

## **Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen**

Die 6. Sitzung des Rates findet am

**Mittwoch, 23.06.2021, 16:00 Uhr,**

im Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151, 57072 Siegen, Großer Saal, statt.

---

### **A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 26.05.2021
2. Fragestunde
3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung
  - 3.1 Etablierung eines städtebaulichen Denkmalschutzes für stadtbildprägende Siedlungsbereiche mit überwiegend historischem Bestand
  - 3.2 Städtische Lichtershow für den Jahreswechsel 2021/2022
  - 3.3 Fahrradwegenetz 2025
  - 3.4 Öffentlich geförderter, barrierefreier Wohnungsbau
  - 3.5 Unterstützung für afghanische Ortskräfte
  - 3.6 Unterstützung der Gastronomie
  - 3.7 Klimaschutzmaßnahmen
4. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses, Feststellung des Jahresabschlusses 2018 und Entlastung des Bürgermeisters
5. Mündlicher Bericht über die finanzielle Lage der Universitätsstadt Siegen gem. § 2 Abs. 2 Covid 19 Isolierungsgesetz
6. Beteiligung der Stadt Siegen an der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH – Erhöhung des Stammkapitals
7. Haushalt 2020 - Übertragung von Ermächtigungen in das Haushaltsjahr 2021
8. 2. Beiratsperiode des Beirats für Stadtgestaltung
9. Widmung Adolf-Wurmbach-Straße in Geisweid
10. Fertigstellung Klimaschutzteilkonzept Mobilität

11. Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan MK-OE-SI; hier: Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen im Rahmen der Behördenbeteiligung
12. Umsetzung des Wohnbaulandkonzeptes 2018; Konzeptionsbeschluss zur Erweiterung des Wohngebietes Bürbacher Giersberg (Untersuchungsfläche Bürbach\_2)
13. 100. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" im Stadtteil Siegen-Mitte  
hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen  
- Zusammenfassende Prüfung (Abwägung) aller im Planverfahren eingegangenen Stellungnahmen  
- Beschluss der 100. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Siegen  
- Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"
14. Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Elternbeitragssatzung)
15. Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs  
- kurzfristiges Erfordernis eines Containerbaus -
16. Video-Echtzeitübertragungen der Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse in das Internet
17. 1. Verschiedene Ausschussnachbesetzungen  
2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen in Organen juristischer Personen und Personenvereinigungen gemäß § 113 GO NRW

## **B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG**

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 26.05.2021
2. Personalangelegenheit
3. Verkauf einer Fläche
4. VERSCHIEDENES
5. MITTEILUNGEN AN DIE PRESSE

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter [www.siegen.de](http://www.siegen.de) abrufbar.



## **Ö F F E N T L I C H E   N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 6. Sitzung des Rates**

vom:           **23.06.2021**

von:           **16.00 Uhr**

bis:           **20.22 Uhr**

Ort:           **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,  
57072 Siegen, Großer Saal**

### **Anwesend waren:**

#### I. Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen	- als Vorsitzender
Stv Becker, Melanie	
Stv Bell, Achim	
Stv Bertelmann, Hans-Günter	
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie	
Stv Böcking, Verena	
Stv Boller, Joachim	
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
Stv Eberlein, Birgit	
Stv Eckhardt, Klaus	- bis TOP 16
Stv Englert, Franz	
Stv Grimm, Benjamin	
Stv Grisse, Robert	
Stv Groß, Michael	
Stv Hähner, André	
Stv Harnacke, Maik	
Stv Heilmann, Martin	
Stv Helm, Martin	
Stv Heupel, Rüdiger	
Stv Hof, Felix	
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah	
1. stellv. BM Jung, Angela	
2. stellv. BM Kamieth, Jens	

Stv Keßler, Silvia  
Stv Klein, Marc  
Stv Köckritz, Anja Alexandra  
Stv Könen, Wolfgang Max  
Stv König, Svenja  
Stv Kraft, Florian  
Stv Krumm, Heike  
Stv Langer, Günther  
Stv Lorenz, Reiner  
Stv Ludewig, Chiara  
Stv Molzberger, Adhemar  
Stv Nüchtern, Markus  
Stv Patt, Alexander  
Stv Pfeifer, Joachim  
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth  
Stv Rompf, Jürgen  
Stv Rompf-Selimi, Nazlije  
Stv Rujanski, Detlef  
Stv Schiltz, Ingmar  
Stv Schmidt, Isabelle Cathrin  
Stv Schmidt, Lena  
Stv Schneider, Silke  
Stv Schoew, Torsten  
Stv Schulz, Jürgen  
Stv Schwarz, Sibylle  
Stv Schwarzer, Michael  
Stv Shirley, Julia  
Stv Six, Annette  
Stv Sondermann, Christian Paul  
Stv Steffe, Roland  
Stv Steuber, Hartmut  
Stv Stinner, Jürgen  
Stv Thimm, Heiko  
Stv Tigges, Johannes  
Stv Wagener, Tanja  
Stv Walter, Klaus Volker  
Stv Weber, Frank  
Stv Wittenburg, Samuel  
Stv Zöller, Klaus  
Stv Zybill, Dr. Christian

- bis 18.35 Uhr, TOP 11

II. Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

s. B. Hellwig, Raimund  
s. B. Kammann, Jacob

III Von der Verwaltung:

StK Cavelius  
StBR Schumann  
StR Fries  
Städt. VD Werthenbach  
Städt. VD Dorsch  
VA Spötter  
Techn. Betriebsleiter ESi Roth  
Kaufm. Betriebsleiter ESi Quandel  
VA Helmes  
VA Dr. Schutz  
StAR Münker                      Schriftführung

Nicht anwesend waren:

Stv Bleckmann, Lisa  
Stv Dil, Yilmaz  
Stv Klein, Henning  
Stv Lechthaler, Tim  
Stv Reifenrath, Frank  
Stv Schmidt (AfD), Sabrina  
Stv Stahl, Peter H.

**A.        ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Ergänzend zur Tagesordnung liegen eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zwei Anfragen der Volt-Fraktion sowie Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Punkten 10 und 11 vor.

Der öffentliche Teil wird um die Punkte 17.1 und 18 bis 22 ergänzt.

**1.        Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 26.05.2021**

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

**6. Rat 23.06.2021**

**Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 14.04.2021**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

**6. Rat 23.06.2021**

**2. Fragestunde**

**2.1 Bericht über Klimaschutzmaßnahmen städtischer Beteiligungsunternehmen  
- Anfrage der Fraktionen CDU und SPD**

Vorlage Nr. AF 49/2021 und AF 49/2021 A

Die Fragen wurden mit der Ergänzungsvorlage abschließend beantwortet.

**6. Rat 23.06.2021**

**2.2 III. Weg - Stellungnahme durch Innenminister Reul  
- Anfrage der Volt-Fraktion**

Vorlage Nr. AF 50/2021 und AF 50/2021 A

Die Fragen wurden mit der Ergänzungsvorlage abschließend beantwortet.

**6. Rat 23.06.2021**

**2.3 Öffentliche Feierlichkeiten an der Nikolaikirche und auf dem Schlossplatz  
- Anfrage der Volt-Fraktion**

Vorlage Nr. AF 51/2021 und AF 51/2021 A

Die Fragen wurden mit der Ergänzungsvorlage abschließend beantwortet.

**6. Rat 23.06.2021**

**3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

**3.1 Etablierung eines städtebaulichen Denkmalschutzes für stadtbildprägende Siedlungsbereiche mit überwiegend historischem Bestand**

- Antrag der Fraktionen B'90/Die Grünen, UWG, DIE LINKE, FDP, Volt -

Vorlage Nr. AT 98/2021

Die Verwaltung wurde von den Fachausschüssen beauftragt, Strategien zum städtischen Denkmalschutz und zum Schutz historischer Bauten und Fassaden zu erarbeiten und den Fachausschüssen zum 1. Quartal 2022 zur Beschlussfassung vorzulegen.

*Eine Abstimmung über den Antrag entfällt daher.*

**6. Rat 23.06.2021**

### 3.2 Städtische Lichtershow für den Jahreswechsel 2021/2022

#### - Antrag der Volt-Fraktion

Vorlage Nr. AT 101/2021

Für die Antragsteller appelliert Frau Ludewig, auf das übliche Feuerwerk aus Gründen des Umwelt- und Tierschutzes zu verzichten und zeitgemäße Alternativen aufzuzeigen.

Herr Weber unterstützt den Appell ausdrücklich, sieht es aber nicht als Aufgabe der Stadt Siegen, eine alternative Veranstaltung zu organisieren und zu finanzieren. Er geht zudem davon aus, dass sich die Bewohner in den Stadtteilen ungeachtet eines zentralen Events nicht davon abhalten lassen werden, selbst Feuerwerk zu zünden.

Herr Schulz begrüßt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Vorschlag und unterstreicht die Argumente von Frau Ludewig. Zudem könnte die Veranstaltung einer Lightshow zur Attraktivität beitragen.

Herr Wittenburg wirbt dafür, zumindest Angebote für eine solche Veranstaltung einzuholen und dann im Rat zu entscheiden

Herr Groß schließt sich dem Vorschlag an und verweist auf ähnliche Veranstaltungen in anderen Städten.

Frau Schneider sieht im Verzicht auf Feuerwerk einen Beitrag zum Klimaschutz und appelliert zum Umdenken. Auch der Schutz von Haus- und Wildtieren ist ihr ein Anliegen. Daher ist es richtig zu eruieren, wie und mit welchem Aufwand Alternativen angeboten werden können.

Herr Bertelmann hat den Eindruck, dass private Feuerwerke sehr zugenommen haben. Daher findet der Vorschlag seine Zustimmung, Angebote für eine städtische Veranstaltung einzuholen. Darüber hinaus sollte noch einmal der Appell an die Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet werden, auf Feuerwerk zu verzichten.

Herr Grimm gibt zu bedenken, dass auch eine Lichtershow zur Lichtverschmutzung beiträgt und anderen Ortes solche Events verboten werden. Ein Feuerwerksverbot würde auch zur Müllreduzierung beitragen.

Für Herrn Heilmann ist die Beanspruchung der Ordnungsbehörden bei einem Verzicht auf Feuerwerk kein schlüssiges Argument, da diese an Silvester ohnehin stark eingesetzt werden müssen. Er geht davon aus, dass zum Jahreswechsel 2021/2022 ohnehin keine großen Versammlungen aufgrund der Pandemielage stattfinden werden. Daher ist es richtig, für die Zukunft Alternativen zum Feuerwerk zu finden.

Herr Walter macht Bedenken geltend, dass durch eine solche Veranstaltung zu viele Menschen an einem zentralen Ort zusammen kommen. Daher sollte es bei dem Appell bleiben, auf Feuerwerk zu verzichten.

Herr Schwarzer lehnt eine Verbotskultur ab. Das Feuerwerk zu Silvester ist für ihn Tradition und es ist nicht Aufgabe der Stadt Siegen, dies zu ändern und auch nicht, für alternative Spaß-

angebote zu sorgen. Allerdings sollte härter dagegen vorgegangen werden, wenn bereits in den Tagen und Stunden vor Silvester geböllert wird.

Herr Schiltz ist der Meinung, dass unter dem Aspekt Klimaschutz auch Traditionen überdacht werden müssen. Eine zentrale Lichtershow stellt für ihn allerdings keine Alternative dar, da die Einwohnerinnen und Einwohner in den umliegenden Stadtteilen daran nicht ohne zusätzlichen Aufwand teilhaben können.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, Kosten für eine Lichtershow zu ermitteln und dem Rat zu berichten.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür**

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen richtet den Appell an die Siegener Bevölkerung, auf Feuerwerk zum Jahreswechsel zu verzichten.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür**

**6. Rat 23.06.2021**

**3.3 Fahrradwegenetz 2025**  
**- Antrag der Fraktion B'90/Grüne**  
Vorlage Nr. AT 104/2021

Herr Heilmann verweist für die Antragsteller auf den Beschluss des Rates vom 26.02.2020, der bisher nicht umgesetzt wurde. Seine Fraktion möchte die Gründe dafür wissen und fordert einen Plan, wie und mit welchem Aufwand eine Realisierung erfolgen kann.

Herr Schiltz hält eine Stellungnahme der Verwaltung für richtig, warum der seinerzeitige Beschluss noch nicht abgearbeitet ist, wie die zeitliche Perspektive aussieht und welche Fördermittel beantragt wurden bzw. werden können. Es wird daher in Abstimmung mit der CDU-Fraktion vorgeschlagen, einen Sachstandsbericht zum Thema bereits nach der Sommerpause vorzulegen und darüber hinaus die Radwegeplanung des Kreises im Abgleich mit der eigenen Planung in den städtischen Gremien vorzustellen.

Herr Steffe verweist auf das positive Votum des zuständigen Ausschusses auf Kreisebene und geht davon aus, dass auch der Kreistag den Plänen, die auch das Stadtgebiet betreffen, zustimmen wird. Er sieht daher keinen weitergehenden Handlungsbedarf. Vielmehr sollten diese Pläne erst einmal abgearbeitet werden.

Herr Groß sieht in dem Antrag der SPD-Fraktion keine Alternative zum Antrag der Grünen. Wieder einmal soll „nur“ ein Bericht gegeben werden, ohne konkrete Aussagen zu Kosten und

Personalbedarf. Auf diese Weise kann kein Fortschritt für den Radverkehr und den Klimaschutz erreicht werden.

Die Volt-Fraktion wird dem Antrag der Grünen zustimmen, so Herr Wittenburg und appelliert, dem Radverkehr mehr Priorität zu geben und die Planungen voranzutreiben.

Herr Bertelmann sieht in dem Antrag der Grünen eine Erinnerung an die seinerzeitige Beschlussfassung und keinen Bedarf für eine weitere Diskussion.

Herr Harnacke unterstreicht den Beitrag seines Vorredners und die Forderung, direkt nach der Sommerpause über den Sachstand zu berichten.

#### **Beschluss (über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):**

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, bis zum IV. Quartal 2021 einen detaillierten und mit konkreten Daten versehenen Plan für Radwege-Achsen auf dem Siegener Stadtgebiet in Nord-Süd und in Ost-West-Richtung vorzulegen, inklusive Kostenschätzung. Dabei sind auch die Erfordernisse bezüglich zusätzlicher Planstellen und finanzieller Mehrausgaben oder die Vergabe von Leistungen an Dritte darzulegen.
2. Da auch der Kreis Siegen-Wittgenstein hier in Teilbereichen plant, wird die Verwaltung beauftragt, den dortigen Planungsstand zum IV. Quartal 2021 zu ermitteln und darzustellen.

#### **Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (CDU, SPD, AfD)**

#### **Beschluss:**

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, einen Sachstandsbericht über die bisherigen Planungen zur Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 26.02.2020 zu den durchgängigen Fahrradwegen auf den Nord-Süd- und Ost-West-Achsen dem Rat nach den Sommerferien 2021 vorzulegen.
2. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, die Radwegeplanung des Kreises Siegen-Wittgenstein, die die Stadt Siegen betrifft, in den zuständigen städtischen Gremien (AK Radverkehrsplanung, Verkehrsausschuss, Bauausschuss) vorzustellen und mit der städtischen Radwegeplanung zu vergleichen und abzustimmen.

#### **Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (CDU, SPD)**

**6. Rat 23.06.2021**

### 3.4 Öffentlich geförderter, barrierefreier Wohnungsbau

#### Antrag der Fraktion B'90/Grüne

Vorlage Nr. AT 105/2021

Frau König verweist für die Antragsteller auf das Defizit bei bezahlbarem Wohnraum und insbesondere im Hinblick auf Barrierefreiheit, Altersarmut und Erwerbslosigkeit. Für eine Reaktion der Politik darauf sind die beantragten Informationen erforderlich.

Herr Schumann verweist auf die Anstrengungen der Verwaltung seit vielen Jahren, im Rahmen der überhaupt vorhandene Möglichkeiten Einfluss zu nehmen. Für ihn ist nicht erkennbar, welches Ziel mit dem Bericht verfolgt werden soll. Die Stadt Siegen selbst kann keinen öffentlich geförderten Wohnraum schaffen. Gefordert sind vielmehr die Wohnungsgenossenschaften und private Investoren. Die Resonanz ist in der Region aber offenbar sehr verhalten.

Herr Schmidt ergänzt aus Sicht der Sozialverwaltung, dass die Zahlen immer wieder in den zuständigen Gremien vorgestellt wurden und bei Stadt und Kreis vorliegen. Die Restbindungszeiten sind individuell für jede Wohnung unterschiedlich, insofern sind dazu keine konkreten Aussagen möglich. Öffentlich geförderter Wohnungsbau wird im Wesentlichen von den Wohnungsgenossenschaften angeboten. Die Fördermöglichkeiten werden von privaten Investoren kaum genutzt.

Herr Schiltz bittet für die SPD-Fraktion um getrennte Abstimmung. Punkt 2 des Beschlussvorschlages findet keine Zustimmung, da bereits die Rahmenbedingungen für mehr öffentlich geförderten Wohnraum geschaffen wurden. Es gilt nun, die beschlossenen Konzepte in neuen Wohnbaugebieten umzusetzen und dort Einfluss zu nehmen, wo es möglich ist. Solange die Finanzierung von Wohnraum auf dem freien Markt zu ähnlichen Konditionen wie mit öffentlicher Förderung, aber ohne deren Einschränkungen attraktiv ist, hat die Kommune keine Handlungsmöglichkeiten.

Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen reicht es nicht aus, auf zusätzliche Wohnbauflächen zu setzen, entgegnet Frau König. Als Beispiele nennt sie den Kauf von Belegungsrechten oder den Einsatz über die KEG. Herr Heilmann ergänzt, dass ein Bericht nicht ausreicht sondern konkret untersucht werden soll, welche Möglichkeiten bestehen.

Herr Weber bestätigt den Bedarf und unterstreicht die Hinweise der Verwaltung auf bereits beschlossene Maßnahmen. Auch in der KEG hat sich das Bewusstsein für eigene Aktivitäten positiv verändert. Daher sind weitergehende Konzepte nicht erforderlich.

Herr Wittenburg verweist auf den Zusammenhang zwischen Wohnraummangel und senioren-gerechtem Wohnraum. Nach Auffassung der Volt-Fraktion sollten die Aktivitäten dahin gehen, die Verteilung des Wohnraumes bedarfsgerechter zu gestalten.

Frau Schneider stellt fest, dass Wohnraum in der Vergangenheit überwiegend für und von Personen geschaffen wurde, die es sich leisten können. Selbst die vom Rat beschlossene Quote für öffentlich geförderten Wohnraum bei Neubaugebieten reicht nicht aus, den Bedarf an Sozialwohnungen zu decken. Dem Wohnungsmarktbarometer ist zu entnehmen, dass sich die Situation in den letzten Jahren verschlechtert hat.



Die UWG-Fraktion unterstützt den Antrag der Grünen, so Herr Langer. Es kann nicht angehen, die Regelung alleine dem freien Markt zu überlassen, wenn nachweisbar Handlungsbedarf besteht. Als Beispiel verweist er auf den Kreis Steinfurt und andere Kommunen, die neue Wege gehen. Auch im Hinblick auf den seines Erachtens zu erwartenden Verdrängungswettbewerb durch den Zuzug der Universitätseinrichtungen in die Innenstadt müssen Alternativen gefunden werden.

Die FDP-Fraktion sieht keine Möglichkeit, alleine auf kommunaler Ebene das Problem zu lösen, erklärt Herr Walter. In Gesprächen mit den Wohnungsbauunternehmen ist der Eindruck entstanden, dass auf Grund der komplizierten Vorgaben kein Interesse für öffentlich geförderten Wohnungsbau besteht. Er sieht daher den Gesetzgeber gefordert.

Im Verlauf der weiteren Diskussion ob bzw. welche Handlungsmöglichkeiten auf Seiten der Kommune bestehen nimmt Herr Wittenburg Bezug auf die beschlossene Quote von 25 % für sozialen Wohnungsbau und beantragt, diese auf 30 % zu erhöhen.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, im 3. Quartal 2021 einen Bericht vorzulegen, in dem u. a. folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie viele öffentlich geförderte Wohnungen gibt es in Siegen?
- Wie viele davon sind seniorengerecht / barrierefrei / rollstuhlgeeignet?
- Wie lange läuft deren Restbindungszeit?
- Wer sind die Anbieter dieser geförderten Wohnungen (Privatpersonen, Gesellschaften, ...)?
- Wie viele Wohnberechtigungsscheine wurden ausgestellt? Wie viele davon an über 60-jährige?
- Wie viele öffentlich geförderte Wohnungen sind in dem letzten Kalenderjahr gebaut worden? Wie hoch ist die Summe der abgerufenen Fördermittel?

Dieser Bericht soll jährlich in der ersten Ratssitzung des 2. Quartals fortgesetzt werden.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen AfD-Fraktion), 0 Enthaltungen**

#### **Beschluss:**

Bis zur ersten Ratssitzung des 2. Quartals 2022 legt die Verwaltung ein Konzept vor, in dem die Maßnahmen zur Schaffung von mehr öffentlich gefördertem Wohnraum und im Speziellen mehr öffentlich gefördertem Wohnraum für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung dargestellt werden. Hier sind auch entsprechende Möglichkeiten durch die KEG zu betrachten.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen, 3 Enthaltungen**

#### **Beschluss:**

In neuen Wohnbaugebieten sollen mindestens **30 %** der realisierten Bruttogeschossfläche für den Bau von gefördertem Wohnraum festgesetzt werden.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen, 1 Enthaltung**

**6. Rat 23.06.2021**

**3.5 Unterstützung für afghanische Ortskräfte  
-Antrag der FDP-Fraktion**

Vorlage Nr. AT 106/2021 und AT 106/2021 A

Herr Walter verweist auf den modifizierten Antrag seiner Fraktion und erläutert diesen.

Herr Weber erachtet die Stoßrichtung des FDP-Antrages grundsätzlich für richtig. Jedoch sei es nicht zielführend, „nur“ die Bereitschaft zur Aufnahme zu signalisieren. Daher haben CDU und SPD die vorliegende Resolution formuliert.

Nicht die Aufnahmebereitschaft der Kommunen sei das Problem, konstatiert Herr Schiltz, sondern das langwierige Antragsverfahren und der Ausschluss der ehemaligen afghanischen Ortskräfte, die sich gleichermaßen in Gefahr befinden. Diese Punkte finden sich im Antrag der FDP-Fraktion nicht wieder. Daher haben CDU und SPD das Thema aufgegriffen und möchte mit der Resolution gezielt die Bundesregierung und den Bundestag ansprechen.

Die Volt-Fraktion hatte dem entgegen den Eindruck, dass mit der vorgeschlagenen Resolution nur Symbolpolitik betrieben wird und würde dem Antrag der FDP folgen, merkt Herr Wittenburg an.

Herr Steffe sieht die Verpflichtung, denjenigen, die viele Jahre für die Bundeswehr gearbeitet haben, zu helfen und sie zu schützen. Die Verabschiedung einer Resolution geht seines Erachtens dafür nicht weit genug.

Herr Könen weist die Unterstellung zurück, die FDP habe mit ihrem Antrag das eigentliche Problem nicht gesehen.

Herr Schmidt macht verwaltungsseitig darauf aufmerksam, dass die Kommunen selbst keine Entscheidung über eine Aufnahme treffen können sondern dies auf Zuweisung durch den Bund erfolgt. Die Bereitschaft zur Aufnahme war auch in der Vergangenheit unstrittig.

Frau Schneider erachtet die Aufforderung an die Bundesregierung entsprechend dem geänderten Antrag der FDP und die Bereitschaft zur Aufnahme für richtiger, als eine nur Resolution zu verabschieden.

Nach weiterer Diskussion zwischen Herrn Groß, Frau I. Schmidt, Herrn Schoew, Herrn Bertelmann und Herrn Weber erklärt Herr Schiltz, auf die Überschrift „Resolution“ verzichten zu können, wenn damit inhaltlich ein Konsens erreicht werden kann. Für ihn ist es aber unverzichtbar, die Forderungen den zuständigen Stellen im Bund vorzulegen.

Bürgermeister Mues sieht inhaltlich keinen der Anträge als weitergehend an und stellt daher die Anträge in der Reihenfolge des Eingangs zur Abstimmung.

**Unterstützung für afghanische Ortskräfte  
-geänderter Antrag der FDP-Fraktion  
Vorlage Nr. AT 106/2021 A**

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, gegenüber den betreffenden Stellen und gegenüber dem Bundesverteidigungsministerium die Aufnahmebereitschaft für afghanische Ortskräfte der Bundeswehr und deren Familien zu signalisieren.
2. Der Rat der Stadt Siegen fordert die Bundesregierung auf, die afghanischen Bundeswehr-Ortskräfte zügig und unbürokratisch parallel zum laufenden Abzug des deutschen Kontingentes in Sicherheit zu bringen, indem sie in Deutschland aufgenommen werden. Auf bürokratische Prüfungsprozeduren wie die Zweijahresfrist ist zu verzichten.
3. Der Rat der Stadt Siegen unterstützt ausdrücklich die Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte.

**Beratungsergebnis: 27 Stimmen dafür, 31 dagegen, 6 Enthaltungen**

**Resolution "Afghanische Bundeswehr-Ortskräfte in Sicherheit bringen"  
- Antrag der Fraktionen CDU und SPD zu TOP 3.5  
Vorlage Nr. AT 110/2021**

**Beschluss:**

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt den Bürgermeister, die nachstehende Erklärung des Rates der Bundesregierung sowie den örtlichen Mitgliedern des Bundestages zur Kenntnis zu geben und auf eine entsprechende Umsetzung zu drängen:

„Der Rat der Universitätsstadt Siegen unterstützt die „Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte“ und fordert die Bundesregierung insbesondere auf, -- afghanische Bundeswehr-Ortskräfte und ihre Familienangehörigen zügig und unbürokratisch parallel zum laufenden Abzug des deutschen Kontingentes in Sicherheit zu bringen, indem sie in Deutschland aufgenommen werden.

- Informationen über ein zu diesem Zweck vereinfachtes Verfahren für (ehemalige) Ortskräfte in Afghanistan öffentlich zu verbreiten.
- auf Prüfungsprozeduren, die in der Praxis weitgehend unmöglich oder für die Antragstellenden unzumutbar sind, zu verzichten.
- auf Ausschlusskriterien, die der Realität nicht gerecht werden, wie die Beschränkung auf Personen, die in den letzten zwei Jahren als Ortskräfte tätig waren, zu verzichten.“

2. Die Stadt Siegen erklärt sich bereit, im Zuge der Zuweisungen von Flüchtlingen und Asylsuchenden auch ehemalige Ortskräfte der Bundeswehr aus Afghanistan und deren Familien aufzunehmen.

**Beratungsergebnis: 31 Stimmen dafür, 16 dagegen, 12 Enthaltungen**

**6. Rat 23.06.2021**

**3.6 Unterstützung der Gastronomie**  
**- Antrag der FDP-Fraktion**  
Vorlage Nr. AT 107/2021

Herr Schumann schildert die Verwaltungspraxis und hält fest, dass soweit irgend möglich Anträge auf Außengastronomie positiv beschieden werden.

=> *Der Antrag wird angesichts der Aussagen als erledigt erklärt.*

**6. Rat 23.06.2021**

**3.7 Klimaschutzmaßnahmen**  
**- Antrag der Fraktionen UWG und Volt**  
Vorlage Nr. AT 108/2021

Der Antwort auf die Anfrage unter TOP 3.1 ist nach Aussage von Herrn Langer zu entnehmen, dass auch in den Beteiligungsunternehmen Maßnahmen zum Klimaschutz auf der Agenda stehen. Er sieht aber noch Verbesserungsmöglichkeiten, besonders bei der Koordination. Wichtig ist auch, dass sich die Mitglieder in den jeweiligen Aufsichtsgremien unabhängig von der finanziellen Seite für die energetische Sanierung von Gebäuden einsetzen. Eine reine Berichterstattung wird jedoch als nicht ausreichend angesehen. Vielmehr sollte eine öffentliche Diskussion geführt werden, um die Bürgerinnen und Bürger für das Thema zu sensibilisieren.

Herr Weber sieht es als ureigene Aufgabe eines jeden Aufsichtsratsmitgliedes, sich mit den Möglichkeiten des Klimaschutzes auseinander zu setzen.

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die städtischen Mitglieder in den Aufsichtsräten der städtischen Beteiligungen und Eigenbetrieben (SVB, KEG, ESi) darauf hinzuwirken, dass diese sich verpflichtend mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinandersetzen, Maßnahmen nach ihren Möglichkeiten umsetzen und dem Rat dazu jährlich berichten. KEG, SVB, ESi müssen dazu beitragen, dass die Stadt Siegen ihre Klimaziele erreicht. Dies gilt auch für eventuelle zukünftige Beteiligungen und Eigenbetriebe.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen**

**6. Rat 23.06.2021**

#### 4. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses, Feststellung des Jahresabschlusses 2018 und Entlastung des Bürgermeisters

Vorlage Nr. VL 405/2021

Frau König berichtet als Vorsitzende über die Beratung des Rechnungsprüfungsausschusses.

=> *Der Bericht ist der Druckversion der Niederschrift beigelegt und steht digital im Ratsinformationssystem unter diesem Punkt zur Verfügung.*

#### Beschluss (in Abwesenheit des Bürgermeisters):

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den der Vorlage als Anlage 1 beigelegten Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 der Stadt Siegen einschließlich des erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerks zur Kenntnis.
2. Der Rat nimmt den nachfolgenden schriftlichen Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Jahresabschlussprüfung 2018 sowie die Erklärung des Rechnungsprüfungsausschusses, dass er nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen erhebt und den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht 2018 vom 01.02.2021 billigt, zur Kenntnis.
3. Der Rat stellt gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW den Jahresabschluss der Stadt Siegen zum 31.12.2018 vom 01.02.2021 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 1.008.974.182,24 € und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 6.821.340,55 € fest.
4. Der Rat beschließt, den Jahresfehlbetrag 2018 von 6.821.340,55 € gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW aus der allgemeinen Rücklage abzudecken.
5. Die Ratsmitglieder der Stadt Siegen erteilen dem Bürgermeister gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**6. Rat 23.06.2021**

#### 5. Mündlicher Bericht über die finanzielle Lage der Universitätsstadt Siegen gem. § 2 Abs. 2 Covid 19 Isolierungsgesetz

Herr Cavelius verweist auf § 2 Abs.2 Covid-19-Isolierungsgesetz, wo es heißt:

*In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 berichtet die Kämmerin oder der Kämmerer dem für den Beschluss über die Haushaltssatzung zuständigen Organ (also dem Rat) vierteljährlich über die finanzielle Lage.*

Aufgrund der Tatsache, dass der Haushalt der Stadt Siegen erst am 14.04.2021 vom Rat beschlossen worden ist, wurde bisher ein entsprechender Bericht als entbehrlich angesehen.

Mit dem heutigen Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2018 wird die letzte Hürde zur Erlangung der Genehmigung des Haushaltssicherungskonzepts 2021 genommen. Es ist davon auszugehen, dass nach Vorlage der Anzeige des Jahresabschlusses (am 24.06.2021) die Haushaltsgenehmigung zeitnah erfolgt und in der kommenden Woche vom Kreis zugesandt wird.

Eine Verwaltungsvorlage zum Haushaltsvollzug zum 30.06.2021 wird für die Ratssitzung am 22.09.2021 erstellt.

Nichtsdestotrotz gibt es an dieser Stelle einen kurzen Überblick über die Haushaltswirtschaft 2021, auch, um der v. g. Rechtsnorm Folge zu leisten.

Der Haushalt 2021 hat ein planmäßiges Defizit von rd. 3,9 Mio. €. Das eigentliche Defizit liegt bei rd. 17,9 Mio. €. Wie Sie wissen, können wir uns einen außerordentlichen Ertrag in Form des Corona-Schadens (rd. 14 Mio. €) „aufschreiben“. Dieser wurde für 2021 auf rd. 14 Mio. € geschätzt.

Der Corona-Schaden bezieht sich insbes. auf die zu erwartenden Steuermindererträge.

Wenn man nunmehr im Ergebnis höhere Steuereinnahmen als angenommen erzielt, bedeutet dies, dass der Corona-Schaden entsprechend geringer ausfällt. Höhere Einnahmen verbessern also nicht das Jahresergebnis, führen jedoch in 2021 zu einer Verstärkung der Liquidität.

Die höchsten Mindererträge hatten wir bei der Gewerbesteuer erwartet, deren Minus alleine auf netto (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) rd. 9,3 Mio. € geschätzt wurde. Aktuell ist aber mit einer Steigerung des Gewerbesteuer-Aufkommens gegenüber den Annahmen zu rechnen. Und zwar insbesondere aufgrund einer atypisch hohen Nachzahlung eines großen Gewerbesteuerzahlers der Stadt, kann im Moment davon ausgegangen werden, dass die Gewerbesteuer im Ergebnis mehr als 60 Mio. € betragen wird (Ansatz: 55 Mio. €). Dieser Vorgang wurde auf der einen Seite sehr erfreut zur Kenntnis genommen. Auf der anderen Seite wird uns die dadurch höhere eigene Steuerkraft im Rahmen des Finanzausgleichs 2022 wieder einholen. Konkret heißt das, dass in 2022 mit niedrigeren Schlüsselzuweisungen gerechnet werden muss.

Die Kommunalministerin hat übrigens bekanntgegeben, dass sie mit dem Finanzminister über eine Erhöhung der FAG-Masse – wie in 2020 – verhandele. Dabei muss aber von kommunaler Seite darauf gedrängt werden, dass diese Erhöhungen nicht als kreditorisch behandelt werden.

Von Seiten des Bundes kann aufgrund der ablaufenden Legislaturperiode wohl eher nicht mit einem Gewerbesteuerausgleich gerechnet werden.

Auch heute ist noch nicht klar, ob die Pandemie größtenteils beendet ist, oder es zu weiteren Einschränkungen im Laufe des Jahres 2021 kommen wird. Von daher ist die Prognose einiger Gebührenarten und privatrechtlicher Leistungsentgelte (VHS, Kultur, Bäder, Halle, etc.) schwierig.

Mindererträgen werden jedoch in jedem Falle auch Ausgabeesparungen gegenüberstehen. Nähere Angaben erfolgen in der angekündigten Vorlage für die September-Sitzung.

In der Summe ist aus heutiger Sicht nicht von einer Verschlechterung des planmäßigen Defizits auszugehen. Auch am Stand der Kassenkredite (als Indiz für diese Aussage) ist dies ablesbar. Die Kassenkredite betrugen zum 01.01.2021: 235 Mio. €. Heute (Stand: 21.06.2021) beträgt der Stand 238 Mio. €.

Im Bereich der Investitionen ist zu konstatieren: Der Ausgabestand am heutigen Tage (21.06.2021) beträgt rd. 11,7 Mio. €. Gebunden (über Aufträge) sind weiterhin rd. 17,4 Mio. €. Einschl. Haushaltsresten stehen insgesamt 59,8 Mio. € kassenwirksam zur Verfügung. Insofern ist über rd. 48,7 % des Investitionsvolumens verfügt.

=> *Die dazu gehörige Präsentation steht im Ratsinformationssystem unter diesem Punkt zur Verfügung.*

=> *Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

**6. Rat 23.06.2021**

**6. Beteiligung der Stadt Siegen an der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH – Erhöhung des Stammkapitals**  
Vorlage Nr. VL 381/2021

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen stimmt der Kapitalerhöhung der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH um 200.000 EURO unter Ausschluss eines Bezugsrechtes für ihre bisherigen kommunalen Gesellschafter zu.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**6. Rat 23.06.2021**

**7. Haushalt 2020**  
**- Übertragung von Ermächtigungen in das Haushaltsjahr 2021**  
Vorlage Nr. VL 389/2021

Herr Cavelius informiert über folgende Ergänzung der Anlage 2 a der Vorlage:

Zur Abwicklung von Baumaßnahmen bzw. zur Ausführung von Beschlüssen ist es erforderlich, im Bereich der Investitionen bei 3 weiteren Maßnahmen/Konten Haushaltsmittel in Höhe von 365 T€ von 2020 nach 2021 zu übertragen.

- V011302100, 7853000 - Photovoltaikanlagen auf städt. Gebäuden –  
Anstatt 45 T€ müssen 335 T€ übertragen werden, um alle Maßnahmen gem. der Beschlusslage des Bauausschusses zu finanzieren.
- H060301101, 7851000 – Jugendtreff Blue Box

Zur Finanzierung von Voruntersuchungen der Sanierungsmaßnahme müssen 25 T€ übertragen werden.

- V030102100, 7853000 – Jung-Stilling-Schule, Austausch Prallwandbelag –

Die Maßnahme soll in 2021 umgesetzt werden. Die HH-Mittel aus 2020 in Höhe von 50 T€ müssen dazu übertragen werden.

Die Summe der investiven Übertragungen erhöht sich dadurch auf 23.550.001,26 €.

	HH-Soll 2021	Übertragungen	fortgeschriebener Ansatz 2021
<b>Finanzplan</b>			
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	36.270.370	23.550.001,26	59.820.371,26

**Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen**

**6. Rat 23.06.2021**

## **8. 2. Beiratsperiode des Beirats für Stadtgestaltung**

Vorlage Nr. VL 353/2021

### **Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beruft für die zweite Beiratsperiode des Beirats für Stadtgestaltung nachstehende Personen als ordentliche Mitglieder

1. Thomas Knüvener
2. Patricia Merkel
3. Ulrike Platz
4. Christoph Menzel
5. Prof. Antje Freiesleben

sowie als stellvertretendes Mitglied

6. Rüdiger Karzel

und nimmt die aktualisierte Geschäftsordnung zur Kenntnis.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**6. Rat 23.06.2021**



**9. Widmung Adolf-Wurmbach-Straße in Geisweid**

Vorlage Nr. VL 377/2021

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Widmung der Adolf-Wurmbach-Straße (Gemarkung Geisweid, Flur 3, Flurstück 1318) in Geisweid.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen****6. Rat 23.06.2021****10. Fertigstellung Klimaschutzteilkonzept Mobilität**

Vorlage Nr. VL 356/2021

**6. Rat 23.06.2021****Klimaschutzteilkonzept Mobilität****- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 10**

Vorlage Nr. AT 112/2021

Herr Boller begründet den Antrag seiner Fraktion. Im Laufe der Erstellung des Konzeptes durch ein externes Büro haben sich sowohl die gesellschaftliche Diskussion als auch die Rahmenbedingungen weiter entwickelt. Dazu ist auf die Konsequenzen der Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Erreichen der Klimaziele und die daraufhin vom Land formulierten Ziele zu verweisen. Diese müssen nunmehr auch auf kommunaler Ebene umgesetzt werden.

Herr Weber bittet die Verwaltungsvorlage abzustimmen.

**Beschluss (über die Verwaltungsvorlage):**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen

1. beschließt das vorliegende Klimaschutzteilkonzept Mobilität der Universitätsstadt Siegen (Anlagen 1 + 2) als Grundlage und Leitlinie für die zukünftige Verkehrspolitik und -planung.
2. beschließt die darin genannten Maßnahmen als Rahmenplan (Anlage 3) für die Weiterentwicklung nachhaltiger Mobilität in Siegen.
3. beauftragt die Verwaltung die Ziele und Leitbilder des Konzeptes bei allen Fach-, Bau-, Leit- und Vorhabenplanungen zu berücksichtigen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen UWG, Bündnis 90/Die Grünen)****Beschluss (über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den vorliegenden Entwurf des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität so zu überarbeiten, dass die Vorgaben des Landes (25 % Radverkehrsanteil)

teil) und des Bundes (Reduzierung der verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen um 43 % bezogen auf das Basisjahr 2019) auch in Siegen erreicht werden können.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des Rates einen Zeitplan zur Umsetzung der kurz- und mittelfristig realisierbaren Maßnahmen, die in dem vorliegenden Konzept aufgelistet werden, vorzulegen.

#### **Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (CDU, SPD)**

**6. Rat 23.06.2021**

#### **11.      Stellungnahme der Stadt Siegen zur Neuaufstellung des Regionalplanes durch die Bezirksregierung - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 11 Vorlage Nr. AT 113/2021**

Herr Boller erläutert zum Antrag, mit dem beispielhaft aus allen Stellungnahmen vier Punkte aufgegriffen werden.

Herr Nüchtern erklärt, die FDP-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen. Die Neuaufstellung des Regionalplanes geht zu Lasten der Entwicklung der Kommunen und ist zudem nicht konform mit den Festlegungen des Landesentwicklungsplanes. Nicht berücksichtigt wurde auch die topografische Lage Siegens und die Unternehmensstruktur der heimischen Wirtschaft.

Ausdrückliche Zustimmung findet jedoch die ablehnende Position im Antrag der Grünen zum Gewerbegebiet Oberschelden/Seelbach.

Der Regionalplan sollte eigentlich den Kommunen den Rahmen geben, selbst über die künftige Entwicklung der Siedlungs- und Gewerbestruktur zu entscheiden, merkt Herr Schiltz an. Die Neuaufstellung wird diesem Ziel in keinsten Weise gerecht und beschneidet vielmehr die Handlungsmöglichkeiten. Die SPD-Fraktion hofft, dass die an vielen Stellen und von vielen Kommunen in der Region vorgebrachte Kritik seitens der Bezirksregierung aufgenommen wird und Korrekturen erfolgen.

Zur Position der Grünen zum Gewerbegebiet Oberschelden/Seelbach vertritt die SPD-Fraktion eine gegensätzliche Auffassung und hält dieses für erforderlich. Gleiches gilt für die Bündelung von Gewerbebetrieben um den Lieferverkehr aus den Ortschaften heraus zu halten. Zum Siegerlandflughafen gibt es unterschiedliche Meinungen, jedoch ist der gesellschaftliche Konsens auf Kreisebene hinnehmbar.

Richtig ist der Hinweis in Ziffer 3 zur redaktionellen Überarbeitung der Stellungnahme.

Herr Weber bedauert es, dass sachlich ausformulierte Stellungnahmen durch ideologische Betrachtungen einseitig diskutiert werden. Die CDU-Fraktion befürwortet den Verwaltungsvorschlag.

Die Fraktion die Linke teilt die generelle Kritik an den vorgesehenen Einschränkungen, so Frau Schneider, schließt sich aber hinsichtlich des Gewerbegebietes Oberschelden/Seelbach und dem Siegerlandflughafen den Grünen an.

**Beschluss (über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):**

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, auf Seite 6 der Stellungnahme der Stadt zum Regionalplanentwurf den Abschnitt „Zu den Ausführungen in den Textlichen Festsetzungen Seite 14 und 24“ zu streichen.
2. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, den Abschnitt „Anregung/Forderung“, Seite 60 Stellungnahme zum Regionalplanentwurf, zu streichen.
3. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, den Abschnitt „2.2-1 - Kernbereich von Kaltluftbahnen ...“, Seite 7/8 Stellungnahme zum Regionalplanentwurf grundlegend zu überarbeiten oder zu streichen.
4. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, den Punkt „6.6-3 Ziel - Flughafen Siegerland“, Seite 145 Regionalplanentwurf in die Stellungnahme aufzunehmen. Hier soll die Anregung formuliert werden, den Siegerlandflughafen aus dem Regionalplan zu streichen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (CDU, SPD)**

**Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan MK-OE-SI;  
hier: Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen im Rahmen der Behördenbeteiligung**

Vorlage Nr. VL 346/2021

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Informationen zur Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan für den Märkischen Kreis und die Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein zur Kenntnis und beschließt die Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen.

*Die Verwaltung wird ergänzend gebeten, die räumlichen Bezeichnungen auf Seite 8 Absatz 1 der Stellungnahme zu korrigieren.*

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen Bündnis 90/Die Grünen)  
einige Enthaltungen**

**6. Rat 23.06.2021**

- 12. Umsetzung des Wohnbaulandkonzeptes 2018;  
Konzeptionsbeschluss zur Erweiterung des Wohngebietes Bürbacher Giersberg (Untersuchungsfläche Bürbach\_2)  
Vorlage Nr. VL 282/2021**

=> *Die Beschlussfassung wird bis zur nächsten Sitzung des Rates zurückgestellt, um das Ergebnis der Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßen NRW zu einer Erschließungsvariante berücksichtigen zu können.*

**6. Rat 23.06.2021**

13. **100. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" im Stadtteil Siegen-Mitte**  
hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen  
- Zusammenfassende Prüfung (Abwägung) aller im Planverfahren eingegangenen Stellungnahmen  
- Beschluss der 100. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Siegen  
- Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

Vorlage Nr. VL 354/2021

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die während der öffentlichen Auslegungen und der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 1 und 2 und § 4 Abs. 1 und 2 BauGB zur 100. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" eingegangenen Stellungnahmen (Anlagen 2 und 3) gemäß Anlage 4 und 5 zu behandeln. Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlussfassung;
- die 100. Änderung des Flächennutzungsplanes samt Begründung und Umweltbericht gem. Anlagen 6 - 8 in der Fassung vom 26.04.2021;
- den Bebauungsplan Nr. 419 samt Begründung und Umweltbericht gem. Anlagen 9 - 11 in der Fassung vom 26.04.2021 als Satzung.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme), einige Enthaltungen**

**6. Rat 23.06.2021**

14. **Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kinder-tagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Elternbeitragssatzung)**  
Vorlage Nr. VL 398/2021

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, vorbehaltlich der Beratungen des Jugendhilfeausschusses und des Ausschuss für Schul- und Bildungswesen, die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen zum 01.08.2021 laut Anlage.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**6. Rat 23.06.2021**

**15. Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs  
- kurzfristiges Erfordernis eines Containerbaus -  
Vorlage Nr. VL 391/2021**

Herr Groß formuliert die im Beschluss dargestellte *Ergänzung*.

Herr Rujanski hält dazu fest, dass sich diese nur auf die Erstellung der Pläne, nicht aber auf deren Umsetzung bezieht.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, im Übergang bis zur Erfüllung des Raumbedarfs der Albert-Schweitzer-Schule als zukünftig vierzünftig geführte Ganztagsgrundschule, den Erwerb eines Containergebäudes vorzunehmen.

*Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Jahr 2023 Pläne für den Ausbau/die Nutzung von Gebäuden vorzulegen, mit denen die Übergangslösung abgelöst werden kann.*

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**6. Rat 23.06.2021**

**16. Video-Echtzeitübertragungen der Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse in das Internet  
Vorlage Nr. VL 280/2021**

Herr Wittenburg begrüßt die Stellungnahme der Verwaltung als umfassend und ausgewogen.

Herr Schiltz erklärt, da es bei der Videoübertragung auch um persönliche Daten, Datenschutz und das Recht am eigenen Bild geht sei die Abstimmung in der SPD-Fraktion freigegeben. Es gebe sowohl gute Gründe für eine Zustimmung als auch gleichermaßen für eine Ablehnung.

Nach Auffassung von Frau König gibt die Vorlage einen guten Überblick über die technischen und rechtlichen Möglichkeiten. Sie gibt zu bedenken, dass mit einer Ablehnung die Möglichkeit vergeben würde, mehr Präsenz in der Öffentlichkeit zu zeigen, mehr Transparenz bei Entscheidungen und einen barrierefreien Zugang zur Kommunalpolitik zu schaffen.

Frau I. Schmidt appelliert, die Videoübertragung als Chance zu sehen, besonders junge Menschen, die in den Zeiten der Pandemie viel in digitalen Formaten unterwegs sind, für die Kommunalpolitik zu interessieren und Entscheidungswege darzustellen.

Herr Groß betont, auch im Fall einer grundsätzlichen Zustimmung habe jede Person jederzeit die Gelegenheit, einer Aufnahme zu widersprechen. Er sieht die Übertragung weniger als ein Medium für die Politik als vielmehr ein Medium für die Bürgerschaft, sich ein Bild von Politik zu machen.

Zum Umfang der Übertragungen möchte er diese auf den Rat beschränken, wo die maßgeblichen Entscheidungen getroffen werden. Eine Einbeziehung der Ausschüsse ist seines Erachtens zu kostenaufwändig.

Herr Schoew äußert Bedenken, dass Mitschnitte in den sozialen Medien missbraucht werden. Er sieht auch keinen Vorteil, eine Sitzung ohne entsprechendes Hintergrundwissen zu Hause zu verfolgen.

Herr Pfeifer hat den Eindruck, dass der demokratische Entscheidungsprozess in der Berichterstattung der Medien in der letzten Zeit in den Hintergrund gerückt ist. Ihm ist aber wichtig, dass dieser für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht und die Übertragung dafür genutzt wird.

Die Fraktion Die Linke sieht die Videoübertragung als guten Weg, mehr Transparenz in der Kommunalpolitik zu schaffen, erklärt Frau Schneider. Eine Sitzung von zu Hause zu verfolgen könnte eine niedrigere Schwelle bedeuten, als zeitlich gebunden zum Sitzungsort zu fahren.

Herr Heilmann hatte zunächst ähnliche Bedenken wie Herr Schoew, hat diese aber revidiert. Er sieht die Übertragung als Chance darzustellen, wie Kommunalpolitik funktioniert. Da alle Unterlagen zur Sitzung zur Verfügung stehen kann sich jede einzelne Person informieren.

Die UWG-Fraktion verbindet nach Aussage von Herrn Bertelmann mit der Übertragung auch die Hoffnung auf einen konzentriertere Sitzungsablauf.

Auch die AfD-Fraktion wird dem Vorschlag zustimmen, erklärt Herr Schwarzer.

Herr Sondermann gibt zu bedenken, dass kein vollständiges Bild von einer Diskussion und Entscheidung entsteht, wenn mehrere Personen in Bild und Ton ausgeblendet werden. Er regt an, zumindest eine Testphase festzulegen, diese am Ende zu bewerten und dann neu zu entscheiden.

Auch Herr Christian sieht die Gefahr, dass ein Sitzungsverlauf durch Nichtbeteiligung verfälscht wird.

Frau Schwarz befürwortet den Vorschlag, die Übertragung auf einen bestimmten Zeitraum zu beschränken und zu beobachten.

Auf Antrag von Herrn Helm für die CDU-Fraktion erfolgt **geheime Abstimmung**.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt - zunächst in einer Testphase von maximal einem Jahr - die Übertragung von **Ratssitzungen** im Internet und beauftragt die Verwaltung, die dafür notwendigen Schritte einzuleiten. Gleichzeitig beschließt der Rat, die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus beschließt der Rat die Änderung der Geschäftsordnung gemäß Vorschlag nach Ziffer 2.2 der Vorlage.

**Beratungsergebnis: 31 Stimmen dafür, 30 dagegen, 1 Enthaltungen**

**6. Rat 23.06.2021**

- 17. 1. Verschiedene Ausschussnachbesetzungen**  
**2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen in Organen juristischer Personen und Personenvereinigungen gemäß § 113 GO NRW**  
Vorlage Nr. VL 403/2021

**Beschluss:**

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt

- a) in den Ausschuss für Soziales, Familien und Seniorenfragen**  
Herrn Dr. Bernd Knapp (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,
- b) in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften**  
Herrn Klaus Leukel (s. B.) als ordentliches beratendes und Frau Elke Lohmeier (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,
- c) in den Jugendhilfeausschuss**  
Herrn Alfonso Garcia-Lopez (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,
- d) in den Kulturausschuss**  
Frau Marlene Müller (s. B.) als ordentliches beratendes und Herrn Alfonso Garcia-Lopez (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,
- e) in den Sport- und Bäderausschuss**  
Herrn Rolf Steinmann (s. B.) als ordentliches beratendes Mitglied,
- f) in den Bezirksausschuss II Siegen-Weidenau**  
Herrn Alfonso Garcia-Lopez (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,
- g) in den projektbegleitenden Arbeitskreis für das Radverkehrskonzept**  
Herrn Hans Amely (s. B.) als ordentliches beratendes Mitglied und Herrn Dr. Bernd Knapp (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,
- h) in den Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung**  
Frau Lada Lübke (s. B.) als ordentliches beratendes Mitglied und Herrn Sertac Kocyigit (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied.
- i) in den Verkehrsausschuss**  
Herrn Andreas Dörner(s. B.) als ordentliches beratendes Mitglied.

- j) **in den Bezirksausschuss VI - Siegen-Eiserfeld -**  
Herrn Maik Utsch (s. B.) als stellvertretendes Mitglied (Direktvertreter für Hartmut Grimm, Position 4 der Vertretungsliste)
2. Die Stadt Siegen entsendet Herrn Henrik Schumann als ordentliches und Herrn Thomas Daschke als stellvertretendes Mitglied zur Vertretung der Stadt Siegen in der **Gesell-schafterversammlung der NRW.URBAN GmbH**.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**6. Rat 23.06.2021**

**17.1 Vertretungsliste der AfD-Fraktion**  
Vorlage Nr. VL 403/2021 A

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt

1. **in den Sport- und Bäderausschuss**  
Frau Birgit Naumann (s. B.) auf Position 2 der Vertretungsliste der AfD-Fraktion,
2. **in den Bezirksausschuss IV- Siegen Mitte**  
Frau Birgit Naumann (s. B.) auf Position 2 der Vertretungsliste der AfD-Fraktion,
3. **in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Lie-genschaften**  
Frau Manuela Rohde (s. B.) auf Position 2 der Vertretungsliste der AfD-Fraktion,
4. **in den Bezirksausschuss I Siegen-Geisweid**  
Frau Manuela Rohde (s. B.) auf Position 2 der Vertretungsliste der AfD-Fraktion.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**6. Rat 23.06.2021**

- 18. Grundsatzentscheidung zur Umsetzung des Projekts "Zeit.Raum Region. Das Neue Siegerlandmuseum"**  
Vorlage Nr. VL 407/2021

Bürgermeister Mues begrüßt Herrn Zimmermann als Vorsitzenden des Vereins der Freunde und Förderer des Siegerlandmuseums, der einen erheblichen finanziellen Beitrag zur Minimie-rung des Eigenanteils zur Realisierung des Projektes leisten will.

Herr Groß stellt für die Fraktionen Grüne, UWG, FDP und Volt den Antrag auf Vertagung, da die Vorlage sehr kurzfristig vorgelegt wurde und noch Beratungsbedarf besteht.



=> *Der Antrag auf Vertagung wird mehrheitlich abgelehnt.*

Herr Fries berichtet zur Vorlage, dass leider keine Förderung aus Städtebaumitteln erreicht werden konnte. Dennoch ist es wichtig, die nächsten Schritte zu Realisierung zu machen und das Augenmerk auf das inhaltliche Konzept zu richten.

Er bittet einen redaktionellen Fehler auf Seite 4 der Vorlage zu korrigieren. Dort ist die Personalkapazität im Soll mit 29,5 angegeben, es muss aber richtig heißen 31,5. Der genaue Personalbedarf wird zu einem späteren Zeitpunkt ermittelt.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt die Umsetzung des Projekts „Zeit.Raum.Region. Das Neue Siegerlandmuseum“ auf der Basis des vorliegenden inhaltlichen und baulichen Konzepts und der darauf aufbauenden Kostenprognose. Der Umsetzungsbeschluss steht unter dem Vorbehalt der Zuschussgewährung durch Dritte.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen**

**6. Rat 23.06.2021**

#### **19. Zuwendungen an Fraktionen hier: Anpassung des Sockelbetrages Vorlage Nr. VL 406/2021**

Die UWG-Fraktion sieht keinen Handlungsbedarf und wird nicht zustimmen, erklärt Herr Langer. Frau Schneider schließt sich für die Fraktion DIE LINKE an.

Für Herrn Wittenburg ist die Begründung nachvollziehbar, aber nicht der Zeitpunkt. Er hält es für richtiger, zunächst die politischen Strukturen zu verschlanken. Zudem sollten die Fraktionen darlegen, wie die Gelder verwendet werden. Daher kann die Volt-Fraktion heute nicht zustimmen.

Herr Groß ist der Meinung, dass der Verwaltungsvorschlag nicht der interfraktionellen Vereinbarung entspricht. Es sollte zunächst bei Vergleichskommunen recherchiert und dann wieder im Ältestenrat besprochen werden. Die Endstufe 6 entspricht einer Betriebszugehörigkeit von 30 Jahren, was bei den Fraktionsgeschäftsführungen nicht zum Tragen komme.

Bürgermeister Mues hält fest, dass die Struktur in anderen Kommunen ähnlich ausgestaltet ist und dazu im Ältestenrat berichtet wurde. Es handle sich um eine moderate Erhöhung der Berechnungsgrundlagen.

Herr Rujanski verweist auf den Auftrag aus der letzten Wahlperiode, die Berechnungsgrundlagen zu überprüfen und hält es für legitim zu hinterfragen, ob diese noch zeitgemäß sind. Die Anforderungen an die Kommunalpolitik und damit auch an das Fraktionsgeschäft sind heute andere, als vor 25 Jahren.

Herr Weber ergänzt, im Vergleich zu anderen Städten werde eine moderate Anhebung der Berechnungsbasis vorgeschlagen. Er weist die Kritik zurück.

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, den Sockelbetrag, der die Grundlage für die Berechnung der Zuwendungen an die Fraktionen bietet, zu erhöhen und auf den Aufwand für eine Vollzeitkraft nach Entgeltgruppe 8 (Grundgehalt Endstufe, Ortszuschlag für Verheiratete, Tarifizulage, Weihnachtsgeld sowie Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung) rückwirkend zum 01.11.2020 festzulegen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (CDU, SPD)**

**6. Rat 23.06.2021**

**20. Entlastung der Eltern von Kostenbeiträgen für Kindertageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder sowie für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen im Zuge von COVID-19 für die Monate Februar bis Mai 2021 -**

Vorlage Nr. VL 424/2021

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, aufgrund der vorgenommenen Schließungen von Kindertagesstätten, Schulen und dem Aussetzen anderer Betreuungsmöglichkeiten bzw. des eingeschränkten Pandemiebetriebs in der Kindertagesbetreuung, den Offenen Ganztagschulen und schulischen Betreuungsformen im Zuge der Schutzmaßnahmen zu COVID-19

- a. für den Monat Februar keine Kostenbeiträge gemäß der gültigen städtischen Satzung für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder und für die Monate März, April und Mai nur den hälftigen Kostenbeitrag zu erheben
- b. für den Monat Februar keine Kostenbeiträge gemäß der gültigen städtischen Satzung für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen und für die Monate März, April und Mai nur den hälftigen Kostenbeitrag zu erheben.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**6. Rat 23.06.2021**

**21. Gendergerechte Sprache bei der Universitätsstadt Siegen**

Vorlage Nr. VL 400/2021

Frau Shirley signalisiert Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Argument, sich an den Regeln der deutschen Rechtschreibung zu orientieren ist nachvollziehbar, aber auch kritisch zu sehen, da man sich hinter diesen Regeln quasi versteckt. Es gibt viele Kommunen, die gendergerecht in ihrer Kommunikation verfahren und zeigen, dass es auf der Verwaltungs-

ebene möglich ist. Ihrer Fraktion ist es wichtig, dass sich die Vorgaben auf alle Schriftstücke der Verwaltung beziehen.

Herr Nüchtern erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Vorschlag nicht zustimmen wird. Er wird als übertrieben und in vielen Punkten an der Lebenswirklichkeit vorbei gehend angesehen. Vielfach wird gendern als Modeerscheinung empfunden und verkompliziert die Sprache. Im Gegensatz würde die Verwendung einfacher Sprache zum Beispiel für behinderte Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund die Teilhabe am Alltag erleichtern.

Frau I. Schmidt stellt fest, dass viele Interessen berücksichtigt, offen dargestellt und abgewogen wurden. Die CDU-Fraktion begrüßt dies und die Umsetzung der Empfehlungen, die alle Menschen im Sprachgebrauch berücksichtigen soll.

Herr Wittenburg schließt sich für die Volt-Fraktion an. Im Laufe der Zeit sollten auch die über den Schriftverkehr hinausgehenden Schriftstück angepasst werden, wenn darin Änderungen anstehen.

Herr Schwarzer stimmt für die AfD-Fraktion Herrn Nüchtern zu. Gleichberechtigung findet seiner Meinung nach im Kopf und nicht in der Sprache statt.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, im allgemeinen Schriftverkehr die amtlichen Regeln der deutschen Rechtsschreibung anzuwenden. Darüber hinaus sind Grundlage des Schriftverkehrs die Empfehlungen des Leitfadens der Gleichstellungsbeauftragten, der der Vorlage beigelegt ist, um die gesellschaftlichen Anforderungen hinsichtlich mehr Diversität zu erfüllen.

**Beratungsergebnis: 52 Stimmen dafür, 6 dagegen, 4 Enthaltungen**

**6. Rat 23.06.2021**

#### **22.      Bebauungsplan Nr. 458 "Sondergebiet Einzelhandel Eiserfelder Straße" und 107.          Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Siegen          Vorlage Nr. VL 427/2021**

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 458 "Sondergebiet Einzelhandel Eiserfelder Straße" und die damit verbundene 107. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Siegen gemäß § 2 Abs. 1 BauGB.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen**

**6. Rat 23.06.2021**

Siegen, den 29.07.2021

gez. Mues  
Bürgermeister

Siegen, den 28.07.2021

gez. Münker  
Schriftführerin

## **A N F R A G E**

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Anfragesteller/in</b>	<b>Fraktionen CDU/ SPD</b>
<b>Eingang</b>	<b>17.06.2021</b>
<b>Federführend</b>	<b>Stabsstelle Klimaschutz</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**23.06.2021**

Betreff:

**Bericht über Klimaschutzmaßnahmen städtischer Beteiligungsunternehmen  
- Anfrage der Fraktionen CDU und SPD**



**CDU** FRAKTION  
SIEGEN



An die Universitätsstadt Siegen  
Herrn Bürgermeister  
Steffen Mues  
Rathaus Siegen  
Markt 2

57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
17. Juni 2021	
GB	PR
Abt. <i>Stabsstelle</i>	INSTITUTE

*Ullrich & Sohn*

Datum:

17.06.2021

**Anfrage gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen zur nächsten Sitzung des Rates am 23.06.2021**

**Berichterstattung über Klimaschutzmaßnahmen städtischer Beteiligungsunternehmen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Universitätsstadt Siegen bitten, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates zu setzen:

In der Sitzung des Rates der Universitätsstadt Siegen vom 25.09.2019 wurde im Rahmen der Beschlussfassung der Klimaschutzmaßnahmen in Siegen auch der folgende Beschluss gefasst:

*„Die Universitätsstadt Siegen fordert auch die städtischen Beteiligungen (SVB, ESi, KEG) dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dem Rat dazu jährlich zu berichten;“*

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Maßnahmen haben die drei genannten städtischen Beteiligungsunternehmen seitdem im Sinne des Klimaschutzes in die Wege geleitet?
2. Warum hat die beschlossene jährliche Berichterstattung im Rat bislang noch nicht stattgefunden?
3. Ab wann wird die jährliche Berichterstattung im Rat von den drei städtischen Beteiligungsunternehmen regelmäßig erfolgen?

Mit freundlichen Grüßen

Frank Weber  
(Fraktionsvorsitzender der CDU)

Detlef Rujanski  
(Fraktionsvorsitzender der SPD)

## A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Fraktionen CDU/ SPD
Eingang	17.06.2021
Federführend	Stabsstelle Klimaschutz

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

23.06.2021

Betreff:

**Bericht über Klimaschutzmaßnahmen städtischer Beteiligungsunternehmen  
- Anfrage der Fraktionen CDU und SPD**

Die Stabsstelle Klimaschutz der Stadtverwaltung Siegen beantwortet die Anfrage wie folgt:

**1. Welche Maßnahmen haben die drei genannten städtischen Beteiligungsunternehmen  
seitdem im Sinne des Klimaschutzes in die Wege geleitet?**

Siehe Übersicht in der Anlage

**2. Warum hat die beschlossene jährliche Berichterstattung im Rat bislang noch nicht  
stattgefunden?**

In der Sitzung des Rates der Stadt Siegen vom 15.12.2020 hat eine Beschlusskontrolle aller Klimabeschlüsse stattgefunden. Leider lagen zum damaligen Zeitpunkt nicht alle Aufstellungen der energie- und klimaschutzrelevanten Maßnahmen der Beteiligungsunternehmen vor.

**3. Ab wann wird die jährliche Berichterstattung im Rat von den drei städtischen Beteiligungsunternehmen regelmäßig erfolgen?**

Die Stabstelle Klimaschutz wird die Forderung des Rates vom 25.09.2019

*„Die Universitätsstadt Siegen fordert auch die städtischen Beteiligungen (SVB, ESi, KEG) dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dem Rat dazu jährlich zu berichten;“*

weitergeben und schlägt vor, dass die städtischen Beteiligungsunternehmen per Vorlage ab 2022 jährlich dem Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie und dem Rat berichten.





**CDU** FRAKTION  
SIEGEN



An die Universitätsstadt Siegen  
Herrn Bürgermeister  
Steffen Mues  
Rathaus Siegen  
Markt 2

57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
17. Juni 2021	
GB	PR
Abt. <i>Stabsstelle</i>	INSTITUTE

*Ullrich & Sohn*

Datum:

17.06.2021

**Anfrage gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen zur nächsten Sitzung des Rates am 23.06.2021**

**Berichterstattung über Klimaschutzmaßnahmen städtischer Beteiligungsunternehmen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Universitätsstadt Siegen bitten, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates zu setzen:

In der Sitzung des Rates der Universitätsstadt Siegen vom 25.09.2019 wurde im Rahmen der Beschlussfassung der Klimaschutzmaßnahmen in Siegen auch der folgende Beschluss gefasst:

*„Die Universitätsstadt Siegen fordert auch die städtischen Beteiligungen (SVB, ESi, KEG) dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dem Rat dazu jährlich zu berichten;“*

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Maßnahmen haben die drei genannten städtischen Beteiligungsunternehmen seitdem im Sinne des Klimaschutzes in die Wege geleitet?
2. Warum hat die beschlossene jährliche Berichterstattung im Rat bislang noch nicht stattgefunden?
3. Ab wann wird die jährliche Berichterstattung im Rat von den drei städtischen Beteiligungsunternehmen regelmäßig erfolgen?

Mit freundlichen Grüßen

Frank Weber  
(Fraktionsvorsitzender der CDU)

Detlef Rujanski  
(Fraktionsvorsitzender der SPD)

## Klimaschutz- und Energiemaßnahmen der ESi:

Im Rahmen seiner Abwasserbeseitigungspflicht ist der Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen in seinem täglichen Handeln vom Umwelt- und Klimaschutz geleitet.

Bereits seit 1985 erfolgt die Eigenstromerzeugung auf den Kläranlagen aus Faulgas. Bei der Beschaffung der technischen Ausstattung ist die Energieeffizienz, damit die CO<sub>2</sub> Einsparung, ein wesentlicher Planungsbaustein der täglichen Arbeit.

Im Zeitraum von September 2019 bis heute wurden nachstehende wesentliche Maßnahmen zum Klimaschutz durchgeführt.

- Erneuerung der Blockheizkraftwerke mit 546 KW, zur effizienteren Eigenstromnutzung.
- Errichtung einer PV-Anlage mit 440 kWp zur Eigenstromnutzung
- Errichtung der Klärschlamm-trocknungsanlage. Dadurch Reduzierung der LKW-Transporte um 70%. Dies sind ca. 17.500 km/Jahr.
- Anschaffung von Elektrofahrzeugen als Ersatz für Dieselfahrzeuge
  - 3 Elektro-PKW
  - 3 Elektro – Kleintransporter
  - 2 Wasserstofffahrzeuge - PKW
  - 1 weiteres Wasserstofffahrzeug - PKW ist bestellt
- 2024 Stilllegung KA Weidenau, Abwassermitbehandlung in der KA Siegen
  - > deutliche Reduzierung des Energiebedarfs
  - > Reduzierung des Stoffeintrages in die Gewässer

## *Maßnahmen für den Klimaschutz*

Mit dem ersten grünen LED-Licht-Parkhaus begann die KEG bereits vor mehr als 10 Jahren mit Klimaschutzmaßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels im Hinblick auf die Senkung des Energieverbrauchs und der damit einhergehenden CO<sub>2</sub>-Reduzierung. Der Einsatz **von intelligenten Beleuchtungssystemen** auf LED-Basis reduziert den Stromverbrauch aufgrund der zwar teureren, aber deutlich energieeffizienteren LED-Leuchtmittel in Kombination mit Bewegungsmeldern und Tageslichtabhängigen Steuerungen. Damit werden folgende Einsparungen pro Jahr erreicht:

Parkhaus Rathaus/Markt	57.000 kWh (-50%)
Parkhaus Löhrtor	66.000 kWh (-46%)
Parkhaus Reichwalds Ecke	93.000 kWh (-43%)
Parkhaus Apollotheater	171.000 kWh (-61%)
Summe Innenstadt Parkhäuser	387.000 kWh (-52%)

In Summe entspricht dies näherungsweise einer Einsparung von 200 Tonnen Co<sub>2</sub> pro Jahr (Abhängig vom Energiemix).

Die KEG ist Mitglied der 2019 vom Bürgermeister der Stadt Siegen eingerichteten Arbeitsgruppe Energie, Klimaschutz und Klimaanpassung, in der sie regelmäßig über ihre Maßnahmen berichtet.

Sämtliche Dächer von KEG-Immobilien wurden und werden als geeigneter Standort für **Photovoltaikanlagen** geprüft. Aktuell existieren folgende Anlagen:

Rathaus Weidenau	60.000 kWh
Parkhaus Apollotheater	40.000 kWh
Parkhaus Weidenau	80.000 kWh

Seit Oktober 2020 ist das Wohnheim für Studierende Am Lohgraben 57 fertiggestellt. Das Gebäude wurde mit Gründach, Grünfassade und Photovoltaikanlage ausgestattet.

Die **energetischen Investitionen im Geschosswohnungsbau** umfassen insbesondere Heizungssanierungen und Dämmmaßnahmen und werden regelmäßig im Rahmen des Modernisierungsplanes (Bestandteil des Wirtschaftsplans) umgesetzt:

2017	48.000 €
2018	110.000 €
2019	58.000 €
2020	46.000 €

In Eigenleistung wurde die Beleuchtung der Treppenhäuser der Punkthochhäuser auf dem Fischbacherberg auf LED-Leuchtmittel umgebaut.

Geschaffen wurden **Ladestationen für E-Mobility** im Parkhaus Löhrtor und Parkhaus Apollotheater. Schnelllader sind für Bismarckplatz geplant. Ziel ist es, in allen Parkhäusern Ladestationen zu errichten.

Im Jahr 2021 hat die KEG einen vollelektrischen Firmenwagen angeschafft.

In Planung/Ausführung:

Die Errichtung einer Kindertagesstätte in Geisweid wird zum Jahresende fertiggestellt. Die Dachfläche soll ein Gründach in Kombination mit einer Photovoltaikanlage erhalten.

Im Parkhaus Rathaus/Markt wird in Zusammenarbeit mit der Fa. Velocity eine öffentliche **Ladestation für E-bikes** für die Oberstadt errichtet.

Im Zuge der Sanierung des Empfangsgebäudes am **Bahnhof Weidenau** wird der Einsatz einer alternativen Heizungsanlage mit Infrarot-Heizplatten in Kombination mit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach geprüft. Für das Außengelände sind zahlreiche Fahrradabstellanlagen geplant. In Zusammenarbeit mit der Fa. Velocity entsteht eine Ladestation für E-bikes. Projekte wie eine Radstation, Carsharing, Sammelschließanlagen für Fahrräder und E-Mobility sind im Rahmen der Umsetzung einer Mobilstation mit dem Zweckverband Personennahverkehr Westfalen-Süd (ZWS) geplant.

# **Siegener Versorgungsbetriebe GmbH**

## **Klimaschutz**

Vorlage zur Sitzung des Rates der Universitätsstadt Siegen am 23. Juni 2021

# Strategie Siegener Versorgungsbetriebe

## Neue Strategie stellt Klimaschutz in den Vordergrund

### Energiewende

**Ziel:**

Bis 2030 ist ein Portfolio aus Anlagen und Beteiligungen im Bereich der Erneuerbaren Energien aufgebaut. Der Fokus liegt in der Umsetzung von lokalen und regionalen Projekten

**Aktueller Status:**

Erstes Projekt zur möglichen Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage mit einer Leistung von rd. 700 kWp befindet sich im Bauleitplanverfahren

### Wärmewende

**Ziel:**

Bis 2030 leisten wir einen Beitrag zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung und damit zur Realisierung der Klimaziele im Gebäudesektor. Erste innovative Versorgungskonzepte sind umgesetzt

**Aktueller Status:**

Entwicklung einer integrierten Wärmemarktstrategie; Erste Projektansätze für innovative Konzepte befinden sich in Prüfung

### Verkehrswende

**Ziel:**

Bis 2030 weiterer Aufbau von Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität in der Stadt Siegen und umliegenden Gemeinden. Umstellung des Fuhrparks auf emissionsfreie Antriebe

**Aktueller Status:**

Errichtung und Betrieb von zwei weiteren E-Ladesäulen für die Kreisverwaltung in Siegen

# Strategie Siegener Versorgungsbetriebe

## Aktuelle Themen und Projekte im Kontext des Themas Klimaschutz

### Vertriebliche Initiativen:

- Produktvertrieb zu 100 % Ökostrom
- Vertrieb von PV-Anlagen als Pachtlösung (Kunde braucht nicht zu investieren)
- Leasingkostenzuschuss für den neuen, vollelektrischen VW iD3

### Unternehmerische Initiativen:

- Projekt „PV-Freiflächenanlage in Siegen-Gosenbach“
- Machbarkeitsprüfung CO<sub>2</sub>-freier Versorgung für 2 Flächenentwicklungen
- Einbindung in das regionale Wasserstoff-Netzwerk; konkrete Prüfung von Projektmöglichkeiten im Gewerbegebiet Steinwiese
- Waldaktion: Anpflanzung von 10.000 Bäumen in Siegen
- Erweiterung des Fuhrparks um elektrische Fahrräder

## **A N F R A G E**

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Anfragesteller/in</b>	<b>Volt- Fraktion</b>
<b>Eingang</b>	<b>18.06.2021</b>
<b>Federführend</b>	<b>GBL 5</b>

Beratungsfolge:

☒

**öffentlich**

☐

**nichtöffentlich**

**Rat**

**23.06.2021**

Betreff:

**III. Weg - Stellungnahme durch Innenminister Reul**  
**- Anfrage der Volt-Fraktion**



Rathaus Siegen  
Herrn Bürgermeister Steffen Mues  
Am Markt 2

57072 Siegen



Siegen, 18. Juni 2021

**Anfrage gemäß §8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 23.06.2021**

**Betreff: III. Weg - Stellungnahme durch Innenminister Reul**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

der III. Weg ist eine echte Herausforderung für unsere Stadt, der insbesondere Sie als Repräsentant und Vertreter der Stadt entschieden entgegentreten. In Folge der Kundgebungen im Mai formulierte Innenminister Reul eine Stellungnahme, in der unter anderem „Optimierungspotential in der behördeninternen Zusammenarbeit“ benannt wird<sup>1</sup>. Darüber hinaus beanstandet Landtagsabgeordneter Johannes Rimmel das Fehlen einer Präventionsstrategie<sup>2</sup>. Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie bewertet die Stadt die zitierte Feststellung Reuls? Welche Maßnahmen werden vor diesem Hintergrund getroffen?
2. Wie bewertet die Verwaltung den von der Politik abgelehnten temporären Arbeitskreis (AT 34/2021) angesichts der von Johannes Rimmel (MdL) geäußerten Kritik?

Mit freundlichen Grüßen

Samuel Wittenburg  
Fraktionsvorsitzender

Chiara Ludewig  
stellv. Fraktionsvorsitzende

<sup>1</sup> <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV17-5293.pdf?fbclid=IwAR0KRk-bHS3t-uphW5vFlyZFw8HxqgrxiiLcHQ6781Jl0VM3pw116admcA> (Seite 6)

<sup>2</sup> <https://www.facebook.com/101483568595005/posts/176160574460637/?d=n>

## A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	18.06.2021
Federführend	GBL 5, Büro Bürgermeister

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

23.06.2021

Betreff:

### III. Weg - Stellungnahme durch Innenminister Reul - Anfrage der Volt-Fraktion

Mit Bericht vom 3. Juni 2021 hat Innenminister Reul im Innenausschuss des Landtages zu den Vorkommnissen in Siegen ausgeführt. Seitens der Universitätsstadt Siegen werden die Ausführungen auf Basis der Stellungnahme des LZPD und der KPB Siegen-Wittgenstein sowie den hier vorliegenden Informationen als zutreffend beschrieben.

Weitergehend wird auf die Ausführungen von Dezernent Schmidt in der Sitzung des Rates am 15. Dezember 2020 hingewiesen: [Beschluss zur Vorlage AT 15/2020 \(kdz-ws.net\)](#). Bezogen auf das Zitat in der Anfrage hinsichtlich des „Optimierungspotenzial in der behördeninternen Zusammenarbeit“ kann festgestellt werden, dass die Stadt Siegen keinerlei Einfluss auf die behördeninterne Organisationsstruktur bei der Kreispolizeibehörde hat, sondern die Möglichkeiten an anderer Stelle ausgeschöpft werden müssen. Der übergeordnete Behördenaustausch funktioniert beginnend auf Arbeitsebene bis hin zur Führungsebene, nicht auch zuletzt durch den im Bericht erwähnten Runden Tisch „Quartier Hammerhütte“, an dem verschiedene Behördenvertreter, insbesondere der Sicherheitsbehörden, teilnehmen. Hinsichtlich der von Herrn Remmel in seinem Facebook-Post geforderten Präventionsstrategie kann festgehalten werden, dass sowohl durch die städtische Jugendpflege sowie durch

andere Träger wie auch in den Schulen präventiv gearbeitet wird, um über links- wie rechts-extreme Strömungen aufzuklären. Einen wichtigen Beitrag leistet weiterhin das Programm „Demokratie leben“ mit dem Jugendfonds.

## **A N F R A G E**

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Anfragesteller/in</b>	<b>Volt- Fraktion</b>
<b>Eingang</b>	<b>18.06.2021</b>
<b>Federführend</b>	<b>GB 2/ Abt. 2/2-1</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**23.06.2021**

Betreff:

**Öffentliche Feierlichkeiten an der Nikolaikirche und auf dem Schlossplatz**  
**- Anfrage der Volt-Fraktion**

Rathaus Siegen  
Herrn Bürgermeister Steffen Mues  
Am Markt 2

57072 Siegen



Siegen, 18. Juni 2021

**Anfrage gemäß §8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 23.06.2021**

**Betreff: Öffentliche Feierlichkeiten an der Nikolaikirche und auf dem Schloßplatz**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

zu unser aller Freude sinkt die Inzidenz bei immer sommerlicher werdenden Temperaturen. Leider führte diese Kombination am vorvergangenen Wochenende dazu, dass die Situation „aus den Fugen geriet“ (SZ, 13.06), insgesamt wurden 50 Platzverweise erteilt. Vor dem Hintergrund dessen, dass Inzidenz und Wetter noch eine Weile mitspielen, ist selbiges Woche für Woche zu erwarten. Aus diesem Grund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welches Konzept verfolgt die Stadt im Kontext der öffentlichen abendlichen Feierlichkeiten an der Nikolaikirche und auf dem Schloßplatz vor dem Hintergrund der Konfliktvermeidung zwischen Feiernden und betroffenen Anwohner/-Innen?
2. Wie bewertet die Verwaltung den von der Politik abgelehnten temporären Arbeitskreis (AT 33/2021) angesichts der aktuellen und der zu erwartenden Entwicklungen?

Mit freundlichen Grüßen

Samuel Wittenburg  
Fraktionsvorsitzender

Chiara Ludewig  
stellv. Fraktionsvorsitzende

## A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	18.06.2021
Federführend	GB 2/ Abt. 2/2-1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

23.06.2021

Betreff:

**Öffentliche Feierlichkeiten an der Nikolaikirche und auf dem Schlossplatz  
- Anfrage der Volt-Fraktion**

Zur Anfrage der VOLT - Fraktion wird wie folgt Stellung genommen:

1. Bei einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung schreitet die Stadtverwaltung ordnungsbehördlich ein. Dies setzt regelmäßig voraus, dass die Ordnungsbehörde von den Situationen Kenntnis hat oder bekommt und über die erforderlichen sächlichen und personellen Ressourcen verfügt.

Das Konzept ergibt sich aus dem bestehenden Sicherheitskonzept in Verbindung mit den Einsatzzeiten und selbstverständlich aus der konkreten Aufgabenstellung des Ordnungsamtes aus Gesetz und Verordnungen.

Die Ordnungsbehörde ist grundsätzlich an konfliktfreien Lösungen interessiert, wird jedoch ordnungsbehördlich einschreiten, sofern die Situation dies erfordert. Um der in Rede stehenden Problematik in angemessenem Umfang begegnen zu können, werden deshalb insbesondere an den Wochenenden und in den Abendstunden vor Ort verstärkt Präsenzstreifen durch den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) durchgeführt. Hierbei werden die Vorgaben der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Siegen über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (OBV), der jeweils geltenden CoronaSchVO sowie die gesetzlichen Ruhezeiten vor Ort kontrolliert und auf dessen Einhaltung hingewirkt. Fehler-



halten und Verstöße werden im Rahmen von Ordnungswidrigkeiten geahndet und Störer/innen im Bedarfsfall der in Rede stehenden Plätze verwiesen. Hierbei wird auch mit der Kreispolizeibehörde zusammengearbeitet, die mit Einsatzkräften unterstützend tätig wird.

Sofern ordnungsbehördliche Maßnahmen erforderlich sind, besteht häufig bereits ein „Konflikt“ mit dem Gesetz. Verursacht dadurch, dass sich Menschen nicht an die geschriebenen öffentlich-rechtlichen Regelungen oder an die ungeschriebene Rechtsordnung wie Anstand, Sitte und Moral hält.

Mithin kann die Ordnungsbehörde Konflikte nicht ursächlich vermeiden, jedoch bei bestehenden Störungen im Rahmen der Möglichkeiten einschreiten und die Zuspitzung und Nichtbeachtung von Regeln sanktionieren.

Die Dienstzeiten wurden in den vergangenen Monaten bzw. in den letzten ca. 2 Jahren Zug um Zug von 16:00 Uhr auf 18:00 Uhr, mittlerweile regelmäßig auf 21:00 Uhr während der Woche und am Wochenende bis teilweise 24:00 Uhr bzw. 01:00 Uhr ausgeweitet.

Hinzu kommt eine regelmäßige Absprache mit der Kreispolizeibehörde, die den Ordnungsdienst auf Anfrage unterstützt. Darüber hinaus ist die Kreispolizeibehörde eigenzuständig im Einsatz in den Zeiten in denen das Ordnungsamt nicht im Dienst ist und wenn Gefahr im Verzuge besteht.

Hinsichtlich der Beseitigung von Müll besteht ein besonderes Einsatz- und Räumungskonzept der Stadtreinigung. So werden beispielsweise an schönen warmen Wochenenden im Bereich der Innenstadt bis Oberstadt mittlerweile bis 21:00 Uhr die Abfalleimer permanent geleert und die Anzahl der Behälter erhöht. Hier besteht auch nicht vordringlich ein Problem mit der Beseitigung, Reinigung und Entsorgung die immer äußerst zeitnah, spätestens am nächsten Tag erfolgt. Im Grunde ist es eher eine Frage des Müllaufkommens bzw. der Müllvermeidung i.S. des Umweltschutzes.

Die Situation wird fortlaufend im Sinne des Sicherheitskonzeptes der Stadt Siegen bewertet, auf aktuelle Entwicklungen wurde und wird weiter reagiert.

2. Die von der VOLT-Partei angefragte verwaltungsseitige Bewertung der Entscheidung des Jugendhilfeausschusses hinsichtlich der Einrichtung eines Arbeitskreises für Freizeitgestaltung halte ich für nicht angebracht.

Persönlich halte ich die Entscheidung allerdings für nachvollziehbar, denn im Kern geht es nicht um fehlende Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, sondern um das persönliche anständige Verhalten in der Freizeit. Das hat weniger mit einem ordnungsrechtlichen Einschreiten zu tun sondern grundlegend mit Bildung, Erziehung, sozialem Verantwortungsbewusstsein und Verhalten.

gez. Fries

## A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	mehrere Fraktionen
Eingang	17.05.2021
Federführend	GB 2, GB 4

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Bauausschuss	02.06.2021
Kulturausschuss	02.06.2021
Rat	23.06.2021

Betreff:

**Etablierung eines städtebaulichen Denkmalschutzes für stadtbildprägende Siedlungsbereiche mit überwiegend historischem Bestand**  
**- Antrag der Fraktionen B'90/Die Grünen, UWG, DIE LINKE, FDP, Volt -**



Fraktionen im Rat der Stadt Siegen - Markt 2 - 57072 Siegen

Rathaus Siegen  
Herrn Bürgermeister Steffen Mues  
Frau Eva-Marie Bialowons-Sting  
Herrn Rüdiger Heupel  
Am Markt 2

57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
17. Mai 2021	
GB <u>L 4</u>	PR
Abt.	INSTITUTE

Kopien erledigt

Siegen, 14.05.2021

**Antrag gemäß §9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Ausschusses des Bauausschusses am 02.06.2021, zur nächsten Sitzung des Kulturausschusses und zur Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 23.06.2021**

**Betreff: Etablierung eines städtebaulichen Denkmalschutzes für stadtbildprägende Siedlungsbereiche mit überwiegend historischem Bestand**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrter Frau Bialowons-Sting,  
sehr geehrter Herr Heupel,

die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, UWG, Die Linke, FDP und Volt im Rat der Stadt Siegen beantragen, folgenden Antrag in die Tagesordnung der o.g. Sitzungen aufzunehmen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Bauausschuss und der Kulturausschuss empfehlen, der Rat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Gesamtkonzept zum städtebaulichen Denkmalschutz und zum Schutz historischer Bauten und Fassaden (Fassaden- und Ensembleschutz) zu erarbeiten und zum 1. Quartal 2022 den Fachausschüssen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Fraktionen im Rat der Stadt Siegen - Markt 2 - 57072 Siegen

### Begründung:

Aus aktuellem Anlass, dem Abbruch des „Deutschen Hauses“ aus rentierlichen Gründen, wird offenbar, dass der Denkmalschutz im Einzelfall nicht geeignet ist, das Siegener Stadtbild vor bedeutenden historischen Verlusten zu schützen.

Das Zentrum der Stadt Siegen wurde im 2. Weltkrieg zu 80% zerstört. Siegen gehört damit zu den am stärksten zerstörten deutschen Städten.

Derzeit sind noch zusammenhängende Reste von Gründerzeitvierteln, etwa auf der Hammerhütte, am Rosterberg, in Straßenzügen am Wellersberg und im Bereich der Bismarckstraße erkennbar.

Hier ist zu vermuten, dass nur einzelne Gebäude so gering überformt sind, dass den Kriterien des Denkmalschutzes für Einzelgebäude entsprochen werden kann.

Die Wahrung bzw. Überlieferung des noch erhaltenen historisch wertvollen Stadtbildes für lebende und kommende Generationen liegt im Interesse der Siegener Öffentlichkeit und muss deswegen dem städtebaulichen Denkmalschutz zugeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Groß  
Fraktionsvorsitzender  
Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Siegen

gez. Hans Günter Bertelmann  
Fraktionsvorsitzender  
UWG-Fraktion  
im Rat der Stadt Siegen

gez. Henning Klein  
Fraktionsvorsitzender  
Die Linke-Fraktion  
im Rat der Stadt Siegen



Klaus Volker Walter  
Fraktionsvorsitzender  
FDP-Fraktion  
im Rat der Stadt Siegen

Samuel Wittenburg  
Fraktionsvorsitzender  
Volt-Fraktion  
im Rat der Stadt Siegen

## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>Volt- Fraktion</b>
<b>Eingang</b>	<b>26.05.2021</b>
<b>Federführend</b>	<b>GB 2, Abt. 2/4</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**23.06.2021**

Betreff:

**Städtische Lichtershow für den Jahreswechsel 2021/2022**  
**- Antrag der Volt-Fraktion**



Rathaus Siegen  
Herrn Bürgermeister Steffen Mues  
Am Markt 2

57072 Siegen

EINGANG	
BÜRGERMEISTER	
25. Mai 2021	
GB	PR
Abt. 212/214	INSITU

Siegen, 25. Mai 2021

**Betreff: Städtische Lichtershow für den Jahreswechsel 2021/22**

**Antrag gemäß §9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 23.06.2021**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die Fraktion Volt im Rat der Universitätsstadt Siegen bittet, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der o. g. Sitzung des Rates zu setzen:

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadt Siegen organisiert eine städtische Lichtershow zum Jahreswechsel 2021/22 und appelliert an die Bevölkerung auf Feuerwerk zu verzichten.

**Begründung:**

Die Silvesternacht ist eine geliebte Tradition, die es zu wahren gilt. Die mit dem Anzünden von Raketen und Böllern verbundenen Gefahren und Verschmutzungen sind aber nicht mehr zeitgemäß. So bringt die Silvesternacht mehr Verletzte mit sich, als jede andere Nacht im Jahr<sup>1</sup>. Darüber hinaus verursachen private Silvesterfeierlichkeiten mit Feuerwerk erhebliche Verunreinigungen gerade in nicht bewohnten Gebieten der Stadt, die von der Stadt zu reinigen sind. Wenn man die bundesweiten Zahlen<sup>2</sup> auf Siegen heruntergerechnet, werden im Schnitt ca. € 80.000 für 15 Tonnen Silvesterfeuerwerk ausgegeben. 15 Tonnen, die zu einem guten Teil von der Stadtreinigung entfernt bzw. von der Natur ausgehalten werden müssen. Auch die Tiere leiden. Die Stadt Siegen selbst veröffentlicht folgenden Rat auf der Homepage:

„Besonders für Tiere bedeutet das laute Neujahrsspektakel einen enormen Stress. Während Haustiere in einem möglichst ruhigen, dunklen Zimmer geschützt sind, können sich die heimischen Wildtiere dem Lärm und den Leuchtraketen oft nur durch panikartige Flucht entziehen. Da sie hierbei viel lebensnotwendige Energie verbrauchen, kann solch eine Flucht im Winter für manches Tier den Tod bedeuten.“<sup>3</sup>

<sup>1</sup> <https://www.welt.de/gesundheit/article204656544/Silvester-2020-An-keinem-anderen-Tag-verletzen-sich-so-viele.html>

<sup>2</sup> <https://www.siegen.de/leben-in-siegen/buergerservice/umwelt/umweltberatung/umwelttipps/silvester-umweltfreundlich-feiern/>

<sup>3</sup> <https://www.siegen.de/leben-in-siegen/buergerservice/umwelt/umweltberatung/umwelttipps/silvester-umweltfreundlich-feiern/>



Angesichts dieser, von der Stadt Siegen veröffentlichten Informationen, ist es vor dem Hintergrund der Wahrung dessen, was unsere Stadt unter anderem auszeichnet – die Natur und inbegriffen darin die Tiere des Waldes – endlich an der Zeit, das Wohl der Tiere auch in der Silvesternacht zu berücksichtigen.

Zuletzt bleibt die Belastung für die Umwelt. Auch hierzu bezieht die Stadt bereits Stellung:

„Der kurze Leuchtspaß ist leider ein wahrer Giftcocktail für die Umwelt, gespickt mit brennbaren Stoffen, Abbrandreglern, Klebstoffen, Quellmitteln oder Kunststoffen. Tausende Tonnen Staub, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid und Stickoxide werden in kürzester Zeit freigesetzt und lassen viele Luftmessstationen verrückt spielen.“<sup>4</sup>

Vor dem Hintergrund der bekannten und von der Stadt Siegen veröffentlichten Informationen grenzt es an Fahrlässigkeit, dass dieser „kurzen Leuchtspaß“ über Jahre hinweg geduldet wurde. Das „sich Erlauben“ einer vereinzelt Umweltstunde ist im Zusammenhang mit unserer Verantwortung für kommende Generationen nicht mehr zeitgemäß.

Mit freundlichen Grüßen



Samuel Wittenburg  
Fraktionsvorsitzender



Chiara Ludewig  
stellv. Fraktionsvorsitzende

---

<sup>4</sup> <https://www.siegen.de/leben-in-siegen/buergerservice/umwelt/umweltberatung/umwelttipps/silvester-umweltfreundlich-feiern/>

## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen</b>
<b>Eingang</b>	<b>09.06.2021</b>
<b>Federführend</b>	<b>GB 4, Abt. 4/1</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**23.06.2021**

Betreff:

**Fahrradwegenetz 2025**  
**- Antrag der Fraktion B'90/Grüne**





**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN**



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister  
der Stadt Siegen  
Herrn S. Mues

Rathaus Am Markt  
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
- 9. Juni 2021	
GB 4	PR
Abt. 411	INSTITUTE

Stabsstelle Umwelt

Bündnis 90/Die Grünen  
Im Rat der Stadt Siegen  
Markt 2/Rathaus  
57072 Siegen  
404-1432  
gruene@siegen.de

08.Juni 2021

Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 23.06.2021  
**Fahrradwegenetz 2025**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,  
sehr geehrte Damen und Herren im Rat der Stadt Siegen,

hiermit bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 23.06.2021 zu setzen und zu beraten:

#### **Beschlussvorschlag**

1. Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, bis zum IV. Quartal 2021 einen detaillierten und mit konkreten Daten versehenen Plan für Radwege-Achsen auf dem Siegener Stadtgebiet in Nord-Süd- und in Ost-West-Richtung vorzulegen, inklusive Kostenschätzung. Dabei sind auch die Erfordernisse bezüglich zusätzlicher Planstellen und finanzieller Mehrausgaben oder die Vergabe von Leitungen an Dritte darzulegen.
2. Da auch der Kreis Siegen Wittgenstein hier in Teilbereichen plant, wird die Verwaltung beauftragt, den dortigen Planungsstand zum IV. Quartal 2021 zu ermitteln und darzustellen.

#### **Begründung**

Der Rat hat am 26.02.2020 nachfolgenden Punkt aus unserem Klimaantrag beschlossen:

*„Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2025 auf den Hauptachsen Nord/Süd und Ost/West durchgängige Fahrradwege zu schaffen. Die Verwaltung wird beauftragt, hier für Detailplanungen (ggf. auch mittels einer externen Vergabe) mit einer Kostenschätzung bis zum 3. Quartal 2020 vorzulegen.*

*Wo möglich sollen die Radwege getrennt vom Kfz-Verkehr auf mindestens 3 m breiten, asphaltieren und kreuzungsarmen Routen verlaufen. Sofern Kfz-Straßen benutzt werden, streben wir auf stark durch Autos befahrenen Routen mindesten 2 m breite geschützte Radwege an.*



*Nebenstraße sollen wo sinnvoll als Fahrradstraßen ausgewiesen werden. Um Kreuzungsfreiheit zu erreichen, kann auch der Bau von Brücken und Unterführungen in Betracht gezogen werden.“*

*Beratungsergebnis: 56 Stimmen dafür, 3 dagegen (Stv Eger-Kahleis, Klein, Dr. Sonneborn), 0 Enthaltungen*

*(Aus der Niederschrift 26.02.2020)*

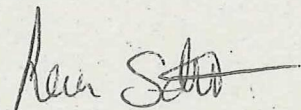
Die Planungen sind entgegen dem Beschluss des Rates vom 26.02.2020 dem Rat und seinen Gremien bisher nicht vorgelegt worden. Wir sehen eine große Gefährdung der im Ratsbeschluss enthaltenen Zielvorgabe, die erforderliche Radwegeinfrastruktur bis 2025 im Sinne der Ratsentscheidung vom 26.02.2020 zu verbessern.

Eine nähere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen,

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Siegen

Michael Groß  
Fraktionsvorsitzender



i.A. Lena Schmidt  
Fraktionsbüro



## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen</b>
<b>Eingang</b>	<b>09.06.2021</b>
<b>Federführend</b>	<b>GB 4/ Abt. 4/5</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**23.06.2021**

Betreff:

**Öffentlich geförderter, barrierefreier Wohnungsbau**  
**Antrag der Fraktion B'90/Grüne**



**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN**



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister  
der Stadt Siegen  
Herrn S. Mues

Rathaus Am Markt  
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
- 9. Juni 2021	
GB 4	PR
Abt. 415	INSTITUTE

Bündnis 90/Die Grünen  
Im Rat der Stadt Siegen  
Markt 2/Rathaus  
57072 Siegen

10/6.

404-1432  
gruene@siegen.de

08. Juni 2021

**Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 23.06.2021**  
**öffentlich geförderter, barrierefreier Wohnungsbau**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,  
sehr geehrte Damen und Herren im Rat der Stadt Siegen,

hiermit bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 23.06.2021 zu setzen und zu beraten:

**Beschlussvorschlag**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im 3. Quartal 2021 einen Bericht vorzulegen, in dem u.a. folgende Fragen beantwortet werden:
  - Wie viele öffentlich geförderte Wohnungen gibt es in Siegen?
  - Wie viele davon sind seniorengerecht / barrierefrei / rollstuhlgeeignet?
  - Wie lange läuft deren Restbindungszeit?
  - Wer sind die Anbieter dieser geförderten Wohnungen (Privatpersonen, Gesellschaften, ...)?
  - Wie viele Wohnberechtigungsscheine wurden ausgestellt? Wie viele davon an über 60-Jährige?
  - Wie viele öffentlich geförderte Wohnungen sind in dem letzten Kalenderjahr gebaut worden? Wie hoch ist die Summe der abgerufenen Fördermittel?Dieser Bericht soll jährlich in der ersten Ratssitzung des 2. Quartals fortgesetzt werden.
2. Bis zur ersten Ratssitzung des 2. Quartals 2022 legt die Verwaltung ein Konzept vor, in dem die Maßnahmen zur Schaffung von mehr öffentlich gefördertem Wohnraum und im Speziellen mehr öffentlich gefördertem Wohnraum für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung dargestellt werden. Hier sind auch entsprechende Möglichkeiten durch die KEG zu betrachten.



### **Begründung**

Altersarmut ist ein ernstzunehmendes Problem, welches in Deutschland weiterhin zunehmen wird. Darauf müssen sich auch die Kommunen einstellen.

Alte Menschen sind, unabhängig von einer drohenden Altersarmut, sowieso schon mehrfach von Benachteiligungen betroffen: für sie ist es schwieriger, altersgerechten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Darüber hinaus sind sie oft in ihrer Mobilität eingeschränkt und benötigen kostenintensive Sonderbedarfe. Hinzu kommt, dass Altersarmut für viele ein Tabuthema ist. Allein in der Stadt Siegen werden im Haushaltsplan für das kommende Jahr 1.804 Personen für Leistungen durch Grundsicherung im Alter u./o. bei Erwerbsminderung nach Kapitel 4 SGB XII eingeplant; eine höhere Dunkelziffer ist zu vermuten.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband mahnte jüngst in einer Sitzung des Sozialausschusses (25.02.2021) an, dass die Politik unbedingt das Thema "bezahlbarer Wohnraum im Alter" im Blick behalten müsse, da mehr öffentlich geförderte Wohnungen entfallen würden, als dass neue hinzukommen, und dies vor dem Hintergrund steigender Zahlen von Grundsicherungsempfängern im Alter.

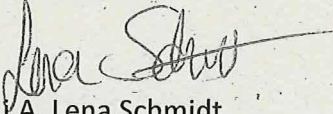
Wir halten es ebenfalls für wichtig, dieses Thema in das öffentliche Blickfeld zu rücken und auf kommunaler Ebene so gut wie möglich Abhilfe zu schaffen. Um die Lage im Blick zu behalten und um gezielt Lösungsmöglichkeiten erarbeiten zu können, fordern wir von der Verwaltung einen jährlichen Bericht.

Das geforderte Konzept soll aufzeigen, welche Möglichkeiten bestehen, zeitnah mehr öffentlich geförderten Wohnraum besonders für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung zu schaffen. Hier sollte im Besonderen die KEG Verantwortung übernehmen und initiativ werden. Schließlich sind auch die Kommunen dazu verpflichtet, den sozialen Wohnungsbau als "vordringliche Aufgabe" zu fördern (siehe § 1 Abs. 1 II. WoBauG). Das Konzept soll aufzeigen, wie die Stadt Siegen dieser Verpflichtung nachkommt.

Mit freundlichen Grüßen,

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Siegen

Svenja König  
Stadtverordnete

  
i.A. Lena Schmidt  
Fraktionsbüro

## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>FDP- Fraktion</b>
<b>Eingang</b>	<b>09.06.2021</b>
<b>Federführend</b>	<b>GBL 5</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**23.06.2021**

Betreff:

**Unterstützung für afghanische Ortskräfte**  
**-Antrag der FDP-Fraktion**



EINGANG BÜRGERMEISTER	
- 9. Juni 2021	
GB <b>L 5</b>	PR
Abt.	INSTITUTE

**0213**

*14. 10.16.*

FDP-Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen | Markt 2 | 57072 Siegen



FDP-Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen

Geschäftsstelle: Rathaus | Markt 2 | 57072 Siegen  
 Zimmer: B 313  
 Telefon: 0271 404-1536/-1537  
 Telefax: 0271 404-1539  
 E-Mail: fdp@siegen.de  
 Internet: www.fdp-siegen.de

An den  
 Bürgermeister der Stadt Siegen  
 Herrn Steffen Mues  
 Rathaus Markt 2  
 57072 Siegen

Siegen, 7.6.2021

**Antrag gemäß § 9 der GO des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 23.6.2021**

**Betreff:** Unterstützung für afghanische Ortskräfte

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, gegenüber den betreffenden Stellen und gegenüber dem Bundesverteidigungsministerium die Aufnahmebereitschaft für fünf afghanische Ortskräfte der Bundeswehr und deren Familien zu signalisieren.

**Begründung:**

Analog zur Entscheidung des Rates, zusätzliche Flüchtlinge im Rahmen der Initiative „Sicherer Hafen“ aufzunehmen, beschließt der Rat die Aufnahme von fünf afghanischen Ortskräften der Bundeswehr und ggf. ihrer Familien. Nach Angaben verschiedener Medien hat Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer gegenüber afghanischen Ortskräften das Versprechen abgegeben, ihnen Visa für Deutschland auszustellen, damit sie nicht Racheaktionen der Taliban zum Opfer fallen. »Wir reden hier von Menschen, die zum Teil über Jahre hinweg auch unter Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit an unserer

Geschäftsstelle  
 Rathaus | Markt 2  
 57072 Siegen

Sprechzeiten  
 Mittwoch und Freitag  
 08.30 - 12.00 Uhr

Parkmöglichkeit  
 Parkhaus Rathaus/Markt  
 Parkplatz Kornmarkt

Busverbindung  
 C 105  
 Haltestelle Rathaus



Seite gearbeitet, auch mitgekämpft haben und ihren persönlichen Beitrag geleistet haben«, so die Bundesverteidigungsministerin im Magazin DER SPIEGEL.

Dies ist kein isoliertes Versprechen der Bundeswehr, sondern ein Versprechen der Bundesrepublik Deutschland. Wenn auch die Stadt Siegen sich zur Aufnahme von einigen Familien bekennt, kann die Stadt Siegen ein Zeichen für die Solidarität mit der Bundeswehr und auch ein Signal für geregelte Zuwanderung setzen.

Weitere Begründung mündlich

Mit freundlichen Grüßen

*Klaus Volker Walter*

Klaus Volker Walter  
Fraktionsvorsitzender

Wolfgang Könen  
stv. Fraktionsvorsitzender

## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>FDP- Fraktion</b>
<b>Eingang</b>	<b>18.06.2021</b>
<b>Federführend</b>	<b>GBL 5</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**23.06.2021**

Betreff:

**Unterstützung für afghanische Ortskräfte  
-geänderter Antrag der FDP-Fraktion**

### **Beschlussvorschlag (geändert):**

- 1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, gegenüber den betreffenden Stellen und gegenüber dem Bundesverteidigungsministerium die Aufnahmebereitschaft für afghanische Ortskräfte der Bundeswehr und deren Familien zu signalisieren.*
- 2. Der Rat der Stadt Siegen fordert die Bundesregierung auf, die afghanischen Bundeswehr-Ortskräfte zügig und unbürokratisch parallel zum laufenden Abzug des deutschen Kontingentes in Sicherheit zu bringen, indem sie in Deutschland aufgenommen werden. Auf bürokratische Prüfungsprozeduren wie die Zweijahresfrist ist zu verzichten.*
- 3. Der Rat der Stadt Siegen unterstützt ausdrücklich die Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte.*

### **Begründung:**

Wir freuen uns über die Unterstützung unseres Antrages durch CDU und SPD, besonders darüber, dass beide Fraktionen sich dazu bekennen, auch mehr als fünf Ortskräfte und ihre Familien in Siegen aufzunehmen. Das nehmen wir gerne auf und ändern unseren Antrag. Was wir nicht so gut finden, ist die Resolution. Hier wird aus einem konkreten Antrag, der methodisch ganz nah bei dem fast einmütig verabschiedeten Antrag „Sicherer Hafen“ ist, plötzlich ein bekanntermaßen folgenloser Appell, von dem wir in Siegen immer wieder welche beschlossen haben, und die in der Regel kurz nach Beschlussfassung von Verfassern und Adressaten vergessen und ignoriert wurden.

Sie versuchen, die – notwendige – Arbeit der Bundesregierung zu machen und klammern dafür die Arbeit aus, die wir hier konkret tun können.

Lassen Sie uns heute Greifbares beschließen, damit der Rat auch im von Ihnen artikulierten Sinne einmütig entscheidet. Lassen Sie die Finger von der gefühlt dreizehnten Resolution in dieser Wahlperiode



und werden auch Sie konkret, wenn wir schon inhaltlich ganz nah beieinander sind. Verwässern Sie die Initiative nicht!

## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>Fraktionen CDU/ SPD</b>
<b>Eingang</b>	<b>17.06.2021</b>
<b>Federführend</b>	.

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**23.06.2021**

Betreff:

**Resolution "Afghanische Bundeswehr-Ortskräfte in Sicherheit bringen"**  
**- Antrag der Fraktionen CDU und SPD zu TOP 3.5**



**CDU** FRAKTION  
SIEGEN

Fraktion  
der Universitätsstadt Siegen

**SPD**

An die Universitätsstadt Siegen  
Herrn Bürgermeister  
Steffen Mues  
Rathaus Siegen  
Markt 2

57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
17. Juni 2021	
GB	PR
Abt.	INSTITUTE

Datum:

17.06.2021

**Antrag zum Tagesordnungspunkt 3.5 „Unterstützung für afghanische Ortskräfte“ der kommenden Sitzung des Rates der Universitätsstadt Siegen am 23.06.2021**

**Resolution „Afghanische Bundeswehr-Ortskräfte in Sicherheit bringen“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Universitätsstadt Siegen bitten, folgenden Antrag unter o. g. Tagesordnungspunkt der nächsten Sitzung des Rates zur Abstimmung zu stellen:

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die folgende Resolution und beauftragt den Bürgermeister, die Resolution der Bundesregierung sowie den örtlichen Mitgliedern des Bundestags zur Kenntnis zu geben und auf eine entsprechende Umsetzung zu drängen.

„Der Rat der Universitätsstadt Siegen unterstützt die „Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte“ und fordert die Bundesregierung insbesondere auf,

- afghanische Bundeswehr-Ortskräfte und ihre Familienangehörigen zügig und unbürokratisch parallel zum laufenden Abzug des deutschen Kontingentes in Sicherheit zu bringen, indem sie in Deutschland aufgenommen werden.
- Informationen über ein zu diesem Zweck vereinfachtes Verfahren für (ehemalige) Ortskräfte in Afghanistan öffentlich zu verbreiten.
- auf Prüfungsprozeduren, die in der Praxis weitgehend unmöglich oder für die Antragsteller und Antragstellerinnen unzumutbar sind, zu verzichten.
- auf Ausschlusskriterien, die der Realität nicht gerecht werden, wie die Beschränkung auf Personen, die in den letzten zwei Jahren als Ortskräfte tätig waren, zu verzichten.“

2. Die Stadt Siegen erklärt sich bereit, im Zuge der Zuweisungen von Flüchtlingen und Asylsuchenden auch ehemalige Ortskräfte der Bundeswehr aus Afghanistan und deren Familien aufzunehmen.

**Begründung:**

Der Antrag der FDP zu TOP 3.5 der Ratssitzung am 23.06.2021 spricht ein Thema an, welches in der Tat dringend einer Lösung bedarf, nämlich wie die afghanischen Ortskräfte der Bundeswehr nach der Beendigung des Abzuges der Bundeswehr aus Afghanistan in Sicherheit gebracht werden können. Allerdings verfehlt der FDP-Antrag das eigentliche Problem bei diesem



**CDU** FRAKTION  
SIEGEN

Fraktion  
der Universitätsstadt Siegen

**SPD**

Unterfangen. Nicht die Aufnahmebereitschaft von Kommunen, denen die afghanischen Ortskräfte im Rahmen ihres Asylverfahrens zugewiesen werden, ist das Problem, sondern das komplizierte und zeitaufwändige Antragsverfahren, um als Ortskraft der Bundeswehr anerkannt und nach Deutschland in Sicherheit gebracht zu werden. Da der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan bereits Mitte August abgeschlossen sein soll, fehlt die Zeit und auch die Mittel, um jeden Antrag intensiv zu prüfen. Auch sind nur Personen antragsberechtigt, die ihre Tätigkeit für die Bundeswehr erst vor weniger als zwei Jahren beendet haben. Afghanische Dolmetscher, qualifiziertes Fachpersonal, Wachleute, Hilfskräfte etc., die ihre Tätigkeit für die Bundeswehr vor mehr als zwei Jahren beendet haben, sind nicht antragsberechtigt. Gleichwohl wird ihr Leben und das ihrer Angehörigen von den Taliban bedroht. Diese haben immer wieder deutlich gemacht, dass sie diese Ortskräfte als Kollaborateure des Westens begreifen, die sie als Unterstützer eines militärischen Besatzungsregimes zur Verantwortung ziehen wollen. Um die Sicherheit aller ehemaligen Ortskräfte der Bundeswehr in Afghanistan zu gewährleisten, müssen daher alle, die dies wünschen, nach Deutschland gebracht werden, bevor der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan abgeschlossen ist.

Die Stadt Siegen erklärt sich bereit, im Rahmen ihrer Aufnahmeverpflichtung von Flüchtlingen und Asylsuchenden auch Ortskräfte der Bundeswehr aus Afghanistan und deren Familien aufzunehmen. Eine Beschränkung auf lediglich 5 Ortskräfte, wie von der FDP beantragt, ist nicht begründbar.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Weber  
(Fraktionsvorsitzender der CDU)

Detlef Rujanski  
(Fraktionsvorsitzender der SPD)

Anlage:

Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte, Quelle (Stand 16.06.2021):  
[https://www.dbwv.de/fileadmin/user\\_upload/Mediabilder/DBwV\\_Info\\_Portal/Einsatz\\_aktuell/2021/Aufruf-mit-Liste-Erstunterzeichnender.pdf](https://www.dbwv.de/fileadmin/user_upload/Mediabilder/DBwV_Info_Portal/Einsatz_aktuell/2021/Aufruf-mit-Liste-Erstunterzeichnender.pdf)



### **Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan: Afghanische Ortskräfte in Sicherheit bringen!**

Der Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan hat begonnen und soll voraussichtlich Anfang Juli 2021 beendet sein. Das Bundesverteidigungsministerium hat erklärt, dass es in der Abzugsphase zu einer größeren Gefährdung der Soldatinnen und Soldaten kommen könne. Medien zitierten unter Berufung auf einen vertraulichen Bericht des Auswärtigen Amtes und des Bundesverteidigungsministeriums, dass die Bundesregierung eine weitere erhebliche Verschlechterung der Sicherheitslage nach dem Abzug erwarte. Während die Truppe unter verstärkten Sicherheitsvorkehrungen längst bei den Vorbereitungen zur Rückkehr ist, wachsen die Befürchtungen der afghanischen Ortskräfte, die oft viele Jahre für die Bundeswehr, die deutsche Polizeiausbildungsmission, diplomatische Missionen und die staatlichen Zwecke der Entwicklungszusammenarbeit u.a. tätig waren – als Dolmetscherinnen und Dolmetscher, qualifiziertes Fachpersonal, Wachleute und Hilfskräfte. Sie fürchten um ihre Sicherheit und ihr Leben - wie auch um das ihrer Familienangehörigen.

### **Wir fordern eine unbürokratische und schnelle Aufnahme der Betroffenen in Deutschland parallel zum Abzug!**

Die Taliban haben immer wieder deutlich gemacht, dass sie diese Ortskräfte als Kollaborateure des Westens begreifen, die sie als Unterstützer eines militärischen Besatzungsregimes zur Verantwortung ziehen wollen. Über Anschläge auf und Morde an Ortskräften wird seit Jahren berichtet, u.a. aus britischen, deutschen und US-amerikanischen Quellen. Letztere berichten von etwa 300 getöteten US-Ortskräften. Viele Ortskräfte haben versucht, sich Bedrohungen durch Umzug in andere Regionen Afghanistans zu entziehen, was aber nur selten eine dauerhafte Lösung und das Ende der Gefährdung ist.

Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat Mitte April von einer tiefen Verpflichtung der Bundesrepublik gesprochen, die afghanischen Ortskräfte jetzt nicht schutzlos zurückzulassen. Zu befürchten ist aber: Genau das geschieht. Wer die effektive Aufnahme wirklich will, der kann in den verbleibenden Wochen nur eine unbürokratische Prozedur für all die Ortskräfte und ihre Angehörigen umsetzen, die für deutsche Stellen gearbeitet haben: Öffentliche Bekanntgabe des Aufnahmeprogramms, Registrierung, Vorbereitung der Ausreise, die möglichst geschehen muss, solange die Bundeswehr noch im Lande ist, ggf. Durchführung von Charterflügen.

Der Verweis auf das bisherige Aufnahmeprogramm für afghanische Ortskräfte mit Abgabe einer individuellen Gefährdungsanzeige bei Vorgesetzten, in der nachgewiesen werden muss, dass für Bedrohungen durch die Taliban die Tätigkeit für deutsche Stellen entscheidend ist, ist angesichts der neuen Sicherheitslage nicht mehr zielführend. Das bisherige Verfahren ist viel zu zeitintensiv, insbesondere seit die Kapazitäten des deutschen Kontingentes im Lande mit dem beginnenden Abzug Woche für Woche schwinden.

Seit 2013 wurden nach Zahlen des Verteidigungsministeriums knapp 800 Ortskräfte (plus Familienangehörige) in Deutschland aufgenommen, fast alle jedoch innerhalb eines kurzen Zeitraums, nachdem das Programm diese Chance eröffnet hatte. Zwischen 2014 und 2021 sind dann gerade einmal 15 zusätzliche Aufnahmen hinzugekommen – trotz einer in diesem Zeitraum immer weiter sich verschlechternden Sicherheitslage.

## Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte

---

### Zügige Aufnahme statt untauglicher Vorschläge

Das Bundesinnenministerium verweist wenige Wochen vor dem Truppenabzug die Ortskräfte auf das alte Prüfungsverfahren mit seinem bürokratischen Aufwand, was in der Kürze der Zeit nicht praktikabel ist. So steht zu befürchten, dass es kein effektives Aufnahmeprogramm, sondern lediglich ein Pseudo-Prüfungsprogramm geben wird. Der ehemalige Wehrbeauftragte des Bundestages Reinhold Robbe hat schon vor Jahren den Umgang mit den Ortskräften als „beschämend“ und „unwürdig“ bezeichnet (vgl. bundeswehr-journal v. 17.10.2014). Diese Diagnose gilt bis heute. Wer seinen Dienst als Ortskraft vor mehr als zwei Jahren beendet hat, der soll von der Aufnahme in Deutschland ausgeschlossen bleiben. Im Ernstfall werden sich die Verfolger bei den Taliban wohl kaum an dieser Frist orientieren. Und noch nicht einmal die zuletzt beschäftigten ca. 500 Ortskräfte, die nicht pro forma bereits wegen dieser Ausschlussregelung aus dem Programm herausfallen, sollten sich darauf verlassen, dass aus der Ankündigung der Bundesverteidigungsministerin und guter Absicht praktische Hilfe wird.

Ein Büro für afghanische Ortskräfte in Kabul und evtl. an einem anderen Ort, so das BMI, soll eingerichtet werden, wo das umständliche Prüfungsverfahren zur Aufnahme stattfinden soll – als ob man sich nicht in einem Land befände, in dem längst ein Großteil der Regionen nicht mehr von der Regierung kontrolliert wird, Reisen riskant sind und selbst die deutsche Botschaft nur noch eingeschränkt operieren kann. Zu befürchten ist, dass ein solches Büro für die Taliban ein vorrangiges Anschlagziel werden könnte, insbesondere wenn sich die Sicherheitslage weiter verschärft.

Waren die Ortskräfte in den Jahren 2014/15, als der größte Teil derer nach Deutschland kamen, die eine Aufnahmezusage erhalten hatten, eine Gruppe, die unter den Geflüchteten hierzulande oft übersehen wurden, so haben sich in den Jahren danach Solidaritäts- und Unterstützungsstrukturen herausgebildet, nicht zuletzt auch ein Patenschaftsnetzwerk der Bundeswehr. Denn auch dort vertraten viele die Auffassung, dass denen, die die Einsatzrisiken mit deutschen Soldatinnen und Soldaten geteilt hatten und ohne die insbesondere die Verständigung in Afghanistan kaum möglich gewesen wäre, in bedrängter Situation geholfen werden müsse. Und für deren Integration wollte man sich einsetzen.

Anlässlich der Vorstellung eines Buches der Bundeszentrale für Politische Bildung im Dezember 2019, in dem die Rolle der afghanischen Ortskräfte dargestellt und gewürdigt wurde, brachte es einer der Mitautoren des Buches und langjähriger Bundestagsabgeordneter auf den Punkt: "(...) die Schlüsselrolle der afghanischen Ortskräfte: Ohne sie wäre der Einsatz unmöglich und von vorneherein aussichtslos gewesen. Mit ihrem Dienst für deutsche Einsatzkräfte meinten viele, ihrem Land am besten dienen zu können. Sie nahmen dafür hohe Belastungen und Risiken in Kauf. Dafür gebührt ihnen von deutscher Politik und Gesellschaft Aufmerksamkeit, Dank, Anerkennung nicht nur verbal (...) sondern auch praktisch. Wo Ortskräfte von sozialen und existenziellen Einsatzfolgen betroffen sind, an Leib und Leben, oft zusammen mit ihren Familien, da steht die Bundesrepublik Deutschland (...) in einer selbstverständlichen Fürsorgepflicht. Das ist ein Gebot der Verlässlichkeit, der Glaubwürdigkeit und auch der politischen Klugheit."

Ähnlich sehen es auch US-Militärs: Ex-US-General David Petraeus hat sich zusammen mit der Nichtregierungsorganisation *No One Left Behind* Ende April in einem Brief an US-Außenminister



## **Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte**

---

Antony Blinken dafür eingesetzt, alle notwendigen Ressourcen aufzubieten, um die afghanischen Ortskräfte aus Afghanistan herauszuholen, bevor die letzten US-Truppen das Land verlassen.

Zwar haben einige andere Truppenstellerstaaten, die z.T. schon vor langer Zeit aus Afghanistan abgezogen sind, ihre Fürsorgepflicht für die Ortskräfte ebenso verstanden und einigen „ihrer“ Ortskräfte Aufnahme gewährt. Demgegenüber waren andere Staaten zögerlich und stehen nun ebenfalls, wie die Bundesrepublik, vor der Situation, von Absichtserklärungen, die nicht eingelöst wurden, zu wirksamen Verfahren zu kommen. Jetzt, wo der vorzeitige und bedingungslose Abzug der US-Armee wie des deutschen Kontingentes die Risiken dramatisch erhöht hat, wäre ein anständiges und großzügiges Verhalten der Bundesregierung mehr denn je nötig. Wie sollten sonst diejenigen, die Unterstützer\*innen in gefährlicher Situation zurücklassen, künftig erwarten können, als verlässliche Partner in allen Bereichen der internationalen zivilen und militärischen Zusammenarbeit angesehen zu werden?

Angesichts der akuten Bedrohung bisheriger Ortskräfte an Leib und Leben und bezugnehmend auf die Wertegebundenheit deutscher Krisenengagements (s. Leitlinien „Krisen verhindern“ der Bundesregierung 2017) erheben wir eindringlich die folgenden Forderungen:

**Zügige und unbürokratische Aufnahme afghanischer Ortskräfte und ihrer Familienangehörigen parallel zum laufenden Abzug des deutschen Kontingentes.**

**Öffentliche Verbreitung von Informationen über ein zu diesem Zweck vereinfachtes Verfahren für (ehemalige) Ortskräfte in Afghanistan.**

**Verzicht auf Prüfungsprozeduren, die in der Praxis weitgehend unmöglich oder für die Antragsteller\*innen unzumutbar sind.**

**Verzicht auf Ausschlusskriterien, die der Realität nicht gerecht werden, wie die Beschränkung auf Personen, die in den letzten zwei Jahren als Ortskräfte tätig waren.**

Berlin, 11.05.2021

### **Erstunterzeichnende**

- Prof. Dr. Michael Daxner, Berater des afghanischen Hochschulministers 2003-2006, Leiter des Afghanistan-Projekts im SFB 700 FU Berlin bis 2018
- Bernd Mesovic, Mitarbeiter von PRO ASYL a.D.
- Winfried Nachtwei, MdB a.D.
- Thomas Ruttig, Afghanistan-Analyst, UNSMA/UNAMA 2000-03, Stellv. des EU-Sondergesandten für Afghanistan 2003/04

## Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte

---

- Pfr. Albrecht Bähr, Sprecher der Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft Diakonie in Rheinland-Pfalz
- Prof. Dr. Ingeborg Baldauf, Afghanistan-Forscherin an der Humboldt-Universität zu Berlin
- Dr. Hans-Peter Bartels, MdB 1998-2015, Wehrbeauftragter 2015-20
- bee4change e.V., Hamburg
- Hannah Birkenkötter, Mitglied des Bundesvorstandes der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen
- Prof. Dr. Thorsten Bonacker, Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg
- Eberhard Brecht, MdB und Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen
- Dr. Doris Buddenberg, Leiterin des UNODC-Büros Afghanistan 2004-06
- Hans-Jörg Deleré, Neustadt-Pelzerhaken, DIPL.Bau-Ing. Straßenbau, als Sohn eines deutschen Beraters des afgh. Ministeriums für Öffentl. Arbeiten in Kabul aufgewachsen (1951-57) und 2006-09 im Auftrag der GIZ und des AA in Afghanistan tätig
- Bernhard Drescher, Oberstleutnant a.D., Bundesvorsitzender Bund Deutscher EinsatzVeteranen e.V.
- Detlef Dzembitzki, MdB i.R., Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen
- Stefan Feller, Senior Adviser Auswärtiges Amt zur Kleinwaffenkontrolle, Leiter Polizeiabteilung im Rat der EU 2008-12, Leitender Polizeiberater des Generalsekretärs der Vereinten Nationen 2013-17
- Botschafter a.D. Dr. Karl Fischer, Stabschef United Nations Assistance Mission in Afghanistan 2001-04
- Marga Flader, für Afghanistan-Schulen e.V.
- Freundeskreis Afghanistan e.V., der seit 1982 Selbsthilfeinitiativen im Land fördert
- Alexander Gunther Friedrich, UN Executive Secretary (rtd)
- Thomas Gebauer, Mitglied im Kuratorium der stiftung medico international
- Rainer L. Glatz, Generalleutnant a.D., Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr 2009-13
- Kristóf Gosztonyi, Forscher und Berater internat. Organisationen in Afghanistan, z.Zt. Univ. Osnabrück
- Angelika Graf MdB a.D., Ehrenvorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 plus, Vorsitzende des Vereins "Gesicht zeigen - Rosenheimer Bündnis gegen rechts" und Ombudsperson der Hilfsorganisation HELP
- Antje Grawe, UNAMA 2006, 2008-10 und 2018/19
- Marcus Grotian, Erster Vorsitzender Patenschaftsnetzwerk Afghanische Ortskräfte
- Heike Hänsel, MdB und Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen
- Matthias Heimer, Militärgeneraldekan, Leiter des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr
- Generalleutnant a.D. Norbert van Heyst, 3. Kommandeur der International Security Assistance Force (ISAF) in Kabul von 10.02. - 11.08.2003
- Dr. Haschmat Hossaini, Literatur- und Sprachwissenschaftler (Iranistik), Berlin
- Prof. Dr. Klaus Hüfner, Präsident a.D., Deutsche UNESCO-Kommission
- Dr. Margret Johannsen, Senior Research Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
- Jürgen Kanne, 2. Vorsitzender Afghanic e.V.
- Hans Peter von Kirchbach, General a.D. und ehem. Generalinspekteur der Bundeswehr
- Dr. Anne Koch, Forschungsgruppe Globale Fragen, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
- Susanne Koelbl, Journalistin „Der Spiegel“, Initiatorin des Poetry Project mit afghanischen Flüchtlingen



## Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte

---

- Tom Koenigs, MdB i.R., UN-Sondergesandter für Afghanistan 2006-07
- Karin Kortmann, Vize-Präsidentin des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZDK)
- Gerald Knaus, Gründungsvorsitzender European Stability Initiative (ESI), Wien/Berlin
- Prof. Dr. rer.pol. Dr. h. c. theol. Klaus Leisinger
- Dr. Kerstin Leitner, Beigeordnete Generaldirektorin, WHO, Genf
- Dr. Thomas Loy, Oriental Institute, Czech Academy of Sciences, Prag
- Daniel Lücking, Redakteur ND.Der Tag, Offizier ISAF Kunduz/Masar-e-Sharif, 2005-08
- Klaus Ludwig, Bundespolizeibeamter a.D., langjährige Erfahrung am Flughafen Ffm; seit 2016 ehrenamtliches Engagement in der Betreuung afgh. Flüchtlinge
- Eckhard Maurer, Kriminalhauptkommissar i.R., Garbsen, leitete 10 Jahre lang khyberchild e.V. mit Projekten in Afghanistan
- Kerstin Müller, MdB 1994-2013, Staatsministerin im Auswärtigen Amt 2002-05
- Botschafter a.D. Bernd Mützelburg, Leiter Abteilung Außen- und Sicherheitspolitik im Bundeskanzleramt 2002-05, Sonderbeauftragter des Auswärtigen Amtes für Afghanistan und Pakistan 2009-10
- Nanette Nadolski, Marketing- und Kommunikationsberaterin u. Afghanistan-Netzwerk bei matteo e.V., Weichs
- Prof. Dr. Sönke Neitzel, Universität Potsdam
- Dr. Hannah Neumann, MdEP
- Prof. Dr. Christine Nölle-Karimi, Wien, Stellvertretende Direktorin, Institut für Iranistik, Österreichische Akademie der Wissenschaften
- Karin Nordmeyer, Präsidiumsmitglied der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen
- Dr. med. Thomas Nowotny, Arzt, Stephanskirchen, Initiator [www.change.org/nodeportation](http://www.change.org/nodeportation)
- Johannes Pflug, MdB i.R., stellv. Sprecher für Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion sowie Vorsitzender der SPD Task Force Afghanistan/Pakistan 2009-13
- Maximilian Pichl, Wissenschaftl. Mitarbeiter am Fachbereich Rechtswissenschaft Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Ruprecht Polenz, MdB 1994-2013, Vors. des Auswärtigen Ausschusses 2005-13
- Nadia Qani, Inhaberin des kultursensiblen Pflegedienstes in Frankfurt/Main und Autorin
- General a.D. Egon Ramms, Oberbefehlshaber Allied Joint Force Command der NATO in Brunssum 2007-10
- Generalleutnant a.D. Friedrich Riechmann, erster Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr 2001-04
- Reinhold Robbe, MdB 1994-2005, Wehrbeauftragter 2005-10
- Dr. Lutz Rzehak, Privatdozent, Zentralasien-Seminar der Humboldt-Universität zu Berlin
- Narwan Sayed, Hamburg
- Klaus-Hermann Scharf, Vorsitzender Fachbereich Zivile Beschäftigte im Bundesvorstand des Deutschen Bundeswehrverbandes
- Niklas Schenck, Autor und Filmemacher
- Prof. Dr. Conrad Schetter, Professor für Friedens- und Konfliktforschung, Universität Bonn, und Direktor des Bonn International Center for Conversion (BICC)
- General a.D. Wolfgang Schneiderhan, 14. Generalinspekteur der Bundeswehr 2002-09
- Wolfgang Schomburg, ehemaliger Richter am Bundesgerichtshof und den UN-Tribunalen für das frühere Jugoslawien und Ruanda
- Georg Schramm, Kabarettist (ZDF-Sendung "Neues aus der Anstalt")
- Ulrike Schultz, Journalistin, Mitarbeiterin der Hanns-Seidel-Stiftung Islamabad und Kabul 2001-09
- Dr. Hans-Ulrich Seidt, Deutscher Botschafter in Afghanistan 2006-08
- Dr. Anja Seiffert, Bundeswehr-Forscherin, Leiterin für die sozialwissenschaftliche Begleitung des Afghanistaneinsatzes seit 2009
- Kava Spartak, Berlin
- Dr. Rainald Steck, Deutscher Botschafter in Afghanistan, 2004-06
- Andrea Thies, European Police Mission in Afghanistan, 2008-15

## Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte

---

- Uwe Trittman, Studienleiter Evangelische Akademie Villigst / Berlin (Villigster Afghanistan-Tagung)
- Verband afghanischer Organisation in Deutschland e.V., Berlin
- Dr. Kira Vinke, Sprecherin des Beirats Zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung
- Dieter Wehe, Inspekteur der Polizei NRW (2002-15) a.D., Vorsitzender der Bund-Länder Arbeitsgruppe Internat. Polizeiemissionen (AG IPM) 2002 -20
- Thomas Wiegold, Journalist, Berlin
- Dr. Almut Wieland-Karimi, Leiterin des Landesbüros Afghanistan der Friedrich-Ebert-Stiftung 2002-05
- Kathrin Willemsen, Unterstützer:innen-Initiative Oranienburg
- Ronja von Wurmb-Seibel, Autorin und Filmemacherin
- Oberstleutnant Andre Wüstner, Bundesvorsitzender des Deutschen BundeswehrVerbandes
- YAAR e.V., Berlin
- ZAN e.V., Frankfurt am Main
- Massieh Zare, Bremen
- Prof. Dr. Christoph Zöpel, MdB a.D., Staatsminister im Auswärtigen Amt, 1999-2002

Stand: 13. Mai 2021, 18.00 Uhr

## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>FDP- Fraktion</b>
<b>Eingang</b>	<b>09.06.2021</b>
<b>Federführend</b>	<b>GB 2, Abt. 2/2</b>

Beratungsfolge:

☒

**öffentlich**

☐

**nichtöffentlich**

**Rat**

**23.06.2021**

Betreff:

**Unterstützung der Gastronomie**  
**- Antrag der FDP-Fraktion**



EINGANG BÜRGERMEISTER	
- 9. Juni 2021	
GB 2	PR
Abt. 212	INSTITUTE

Ø 411

16.10.16.

FDP-Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen | Markt 2 | 57072 Siegen



Geschäftsstelle: Rathaus | Markt 2 | 57072 Siegen  
 Zimmer: B 313  
 Telefon: 0271 404-1536/-1537  
 Telefax: 0271 404-1539  
 E-Mail: fdp@siegen.de  
 Internet: www.fdp-siegen.de

An den  
 Bürgermeister der Stadt Siegen  
 Herrn Steffen Mues  
 Rathaus Markt 2  
 57072 Siegen

Siegen, 7.6.2021

**Antrag gemäß § 9 der GO des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 23.6.2021**

**Betreff: Unterstützung der Gastronomie**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Ratssitzung Flächen im Stadtgebiet zu identifizieren, die für eine Freiluftgastronomie möglicherweise geeignet sein könnten. Diese Flächen sollen vorab gaststättenrechtlich geprüft und gegebenenfalls Gastronomiebetrieben, die keine eigene Außengastronomie betreiben können, ohne Zeitverlust, aber noch vor den Sommerferien als Gastronomieflächen zur Verfügung gestellt werden. Diese Regelung soll auf die Jahre 2021 und 2022 beschränkt bleiben.

Begründung erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

*Klaus Volker Walter*

Klaus Volker Walter  
 Fraktionsvorsitzender

Wolfgang Könen  
 stv. Fraktionsvorsitzender

## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>UWG-Fraktion, Volt-Fraktion</b>
<b>Eingang</b>	<b>10.06.2021</b>
<b>Federführend</b>	<b>Stabsstelle Klimaschutz</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**23.06.2021**

Betreff:

**Klimaschutzmaßnahmen**  
**- Antrag der Fraktionen UWG und Volt**



EINGANG BÜRGERMEISTER	
10. Juni 2021	
GB <i>Stabsstelle</i>	PR
Abt. <i>WBA</i>	INSTITUTE



Fraktion im Rat der Stadt Siegen

Markt 2 • 57072 Siegen

Herrn Bürgermeister  
Steffen Mues  
Markt 2  
57072 Siegen

*Dieter BN* **Kopien erledigt**

Siegen, 08.06.2021

**Antrag gemäß § 9 der GeschO des Rates der Universitätsstadt Siegen zur nächsten Sitzung des Rates**

**Klimaschutzmaßnahmen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die UWG-Fraktion und die Volt-Fraktion im Rat der Stadt Siegen beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die städtischen Aufsichtsratsmitglieder in den Aufsichtsräten der städtischen Beteiligungen und Eigenbetriebe (SVB, ESi, KEG) darauf hinzuwirken, dass diese sich verpflichtend mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinandersetzen, Maßnahmen nach ihren Möglichkeiten umsetzen und dem Rat dazu jährlich berichten. KEG, SVB, ESi müssen dazu beitragen, dass die Stadt Siegen ihre Klimaziele erreicht. Dies gilt auch für eventuelle zukünftige Beteiligungen und Eigenbetriebe.

Begründung:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hatte bereits in seiner Sitzung am 25.09.2019 u. a. folgendes beschlossen:

„Die Universitätsstadt Siegen fordert auch die städtischen Beteiligungen (SVB, ESi, KEG) dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dem Rat dazu jährlich zu berichten.“

Dieser Beschluss ist bisher leider noch nicht umgesetzt worden.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Langer  
Stv. Fraktionsvorsitzender UWG

Samuel Wittenburg  
Fraktionsvorsitzender Volt

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich:

Siegen, 09.06.2021

Bereich:

Bearbeitet von: Frau König/Herrn Spötter

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

23.06.2021

Kurzbezeichnung:

**Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses, Feststellung des Jahresabschlusses 2018 und Entlastung des Bürgermeisters**

### Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den als Anlage 1 beigefügten Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 der Stadt Siegen einschließlich des erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerks zur Kenntnis.
2. Der Rat nimmt den nachfolgenden schriftlichen Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Jahresabschlussprüfung 2018 sowie die Erklärung des Rechnungsprüfungsausschusses, dass er nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen erhebt und den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht 2018 vom 01.02.2021 billigt, zur Kenntnis.
3. Der Rat stellt gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW den Jahresabschluss der Stadt Siegen zum 31.12.2018 vom 01.02.2021 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 1.008.974.182,24 € und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 6.821.340,55 € fest.
4. Der Rat beschließt, den Jahresfehlbetrag 2018 von 6.821.340,55 € gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW aus der allgemeinen Rücklage abzudecken.
5. Die Ratsmitglieder der Stadt Siegen erteilen dem Bürgermeister gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung.

**Sachverhalt / Begründung:**

Nach § 95 GO NRW hat die Gemeinde zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Haushaltsjahres nachzuweisen ist.

Gemäß der für das Haushaltsjahr 2018 anzuwendenden Fassung der GO NRW besteht der Jahresabschluss aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Ihm ist ein Lagebericht beizufügen. Der Jahresabschluss einer Kommune muss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermitteln.

Gemäß 59 Abs. 3 GO NRW prüft der Rechnungsprüfungsausschuss den Jahresabschluss und den Lagebericht der Stadt Siegen unter Einbezug des Prüfberichtes der örtlichen Prüfung. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat zu dem Ergebnis der Jahresabschlussprüfung schriftlich gegenüber dem Rat Stellung zu nehmen. Am Schluss dieses Berichtes hat der Rechnungsprüfungsausschuss zu erklären, ob nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung Einwendungen zu erheben sind und ob er den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht billigt.

Der vom Stadtkämmerer am 01.02.2021 aufgestellte und vom Bürgermeister ebenfalls am 01.02.2021 bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss am 10.02.2021 (Vorlage Nr. VL 198/2021) und vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 03.03.2021 (Vorlage Nr. VL 234/2021) zur Kenntnis genommen. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Jahresabschluss an die örtliche Prüfung, vor Kenntnisnahme durch den Rat, zur Prüfung weitergeleitet.

In den vergangenen Jahren wurde der Entwurf des Jahresabschlusses zunächst dem Rat zugeleitet und sodann an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen. Aus Praktikabilitätsgründen erfolgte die Zuleitung nunmehr zunächst an den Rechnungsprüfungsausschuss, der sich sodann des Rechnungsprüfungsamtes bediente, damit eine zeitnähere Prüfung des Jahresabschlusses erfolgen konnte.

Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über das Ergebnis der örtlichen Prüfung ist als Anlage 1 beigelegt. Art und Umfang der Prüfung sind in dem beigelegten Prüfbericht ausführlich dargestellt und münden in einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk, der sich unter Ziffer 6 auf den Seiten 82 bis 85 des Prüfberichtes befindet. Der Jahresabschluss zum 31.12.2018 vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Siegen.

Zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes hat der Bürgermeister mit Schreiben vom 26.05.2021 die als Anlage 2 beigelegte Stellungnahme abgegeben. Diese wurde vorbesprochen und ist zwischen Bürgermeister, Stadtkämmerer und Rechnungsprüfung abgestimmt.



Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses:

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat gemäß 59 Abs. 3 GO NRW den Jahresabschluss und den Lagebericht der Stadt Siegen zum 31.12.2018 unter Einbezug des Prüfberichtes der örtlichen Prüfung geprüft. Der Jahresabschluss zum 31.12.2018 wurde in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 08.06.2021 intensiv beraten. Eine Prüfung der Belege des Haushaltsjahres 2018 fand im Rahmen der Sitzung am 05.02.2020 statt. Die Belegprüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat geprüft, ob der vorgelegte Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Siegen vermittelt. Die Prüfung des Jahresabschlusses erstreckt sich ebenso darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. In die Prüfung sind die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einzubeziehen. Der Lagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage erwecken.

Ebenfalls Gegenstand der Beratung des Jahresabschlusses 2018 in der Sitzung am 08.06.2021 war der Zeitpunkt der Rechnungslegung im Verhältnis zur diesbezüglichen Gesetzesfiktion, insbesondere auch im Hinblick auf mögliche Schwierigkeiten bei der Genehmigung künftiger Haushalte.

Alle im Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des städtischen Jahresabschlusses zum 31.12.2018 aufgeführten Prüfungsfeststellungen sowie Hinweise und Anregungen wurden in der Sitzung einzeln beraten. Schwerpunktmäßig waren folgende Sachverhalte Gegenstand der Prüfung bzw. der Diskussionen und weitergehenden Beratung:

- Verspätete Vorlage des Entwurfs des Jahresabschlusses zum 31.12.2018,
- Ausbuchung ungeklärter Zahlungseingänge im Jahresabschluss zum 31.12.2018 (vgl. auch Ziffer 3.3. des Berichtes des Rechnungsprüfungsamtes, Seite 19 f.),
- Auswirkungen von verspätet erstellten Jahresabschlüssen in Bezug auf die Genehmigung von künftigen Haushalten
  - letztmalige Ausnahme durch Kommunalaufsicht in 2021 für die Haushaltsgenehmigung 2021
  - eventuell formale Versagungen künftiger Haushaltsgenehmigungen bei Fehlen erforderlicher Jahresabschlüsse.

Des Weiteren wurde zur Kenntnis genommen, dass kämmereiseitig der Jahresabschluss zum 31.12.2020 zur Jahreswende 2021/2022 vorgelegt werden soll. Dies wird sowohl vom Rechnungsprüfungsausschuss als auch vom Rechnungsprüfungsamt für richtig und notwendig erachtet.

Im Rahmen der Beratung des Rechnungsprüfungsausschusses war zur Kenntnis zu nehmen, dass der ausgewiesene Jahresfehlbetrag des Haushaltsjahres 2018 von rd. 6,8 Mio. € (Vor-

jahr ebenfalls rd. 6,8 Mio. €) eine Verbesserung gegenüber der ursprünglichen Planung in der Haushaltssatzung des Jahres 2018 von rd. 6,9 Mio. € darstellt.

Zudem war vom 01.01.2009 bis zum Ende des Jahres 2018 ein Eigenkapitalverzehr in Höhe von 267,6 Mio. € (Eigenkapital in der Eröffnungsbilanz: 446,1 Mio. €) zu verzeichnen, so dass noch ein Eigenkapital von rd. 178,5 Mio. € zum 31.12.2018 verbleibt. Die Verschuldung der Stadt Siegen zum 31.12.2018 betrug rd. 323 Mio. € (Vorjahr rd. 332 Mio. €) (Kassenkredite und fundierte Schulden) zzgl. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen gleichkommen, in Höhe von rd. 11,2 Mio. € (Vorjahr 11,3 Mio. €).

Der rasante Eigenkapitalverzehr konnte in 2017 und 2018 gebremst werden. Die Höhe der Verschuldung ist nach wie vor äußerst bedenklich. Zum Berichtszeitpunkt ist ersichtlich, dass die dramatischen Fehlbeträge der Jahre 2009 bis 2016 (Mittelwert rd. 29 Mio. €) deutlich reduziert werden konnten. Für 2020 wird sogar ein positives Jahresabschlussergebnis von rd. 1,1 Mio. € prognostiziert.

Des Weiteren ist bezüglich der Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Bürgermeisters anzumerken, dass die fiskalischen Auswirkungen der „Corona Pandemie“ auf die Jahre nach 2020 zum Berichtszeitpunkt noch ungewiss und noch nicht abschätzbar sind. Auf die Ausführungen des Kämmerers zum vorläufigen Jahresabschluss 2020 in der Vorlage Nr. VL 349/2021 wird hingewiesen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in nichtöffentlicher Sitzung am 08.06.2021 den Jahresabschluss der Stadt Siegen zum 31.12.2018 unter Einbezug des Bericht des Rechnungsprüfungsamtes intensiv beraten und mit Vorlage Nr. VL 368/2021 einstimmig beschlossen,

- dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 30.04.2021 über die Prüfung des Jahresabschlusses der Universitätsstadt Siegen zum 31.12.2018 beizutreten und in diesem Sinne gemäß § 59 Abs. 3 GO NRW dem Rat schriftlich zu berichten.
- zu erklären, dass nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben sind und dass der Rechnungsprüfungsausschuss den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht billigt.
- dem Rat der Stadt Siegen zu empfehlen, den Jahresabschluss zum 31.12.2018 gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW festzustellen.
- dem Rat zu empfehlen, den Jahresfehlbetrag 2018 durch Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage abzudecken.
- den Ratsmitgliedern zu empfehlen, dem Bürgermeister gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung zu erteilen.

**Aufgrund der durch den Rechnungsprüfungsausschuss erfolgten Prüfung wird gemäß § 59 Abs. 3 GO NRW erklärt, dass nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung keine Ein-**

**wendungen zu erheben sind und der vom Bürgermeister aufgestellte Jahresabschluss und Lagebericht gebilligt werden.**

Nach § 96 Abs. 1 GO NRW stellt der Rat den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss durch Beschluss fest. Zugleich beschließt er über die Behandlung des Jahresfehlbetrages.

Die Entlastung des Bürgermeisters erfolgt gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW durch die Ratsmitglieder ohne die Stimme des Bürgermeisters.

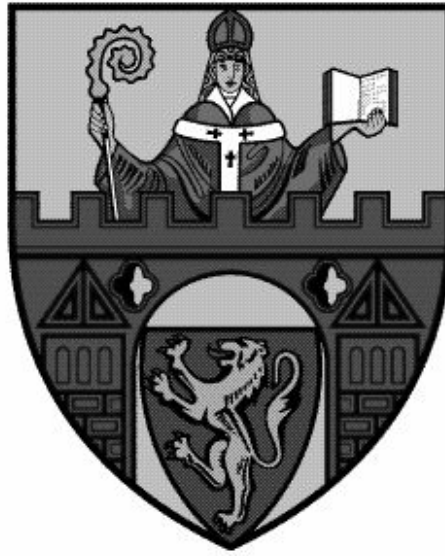
gez.

Svenja König  
Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018](#)
2. [Stellungnahme des Bürgermeisters vom 26.05.2021 zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Universitätsstadt Siegen zum 31.12.2018](#)



**Bericht über die Prüfung  
des Jahresabschlusses der  
Universitätsstadt Siegen  
zum 31.12.2018**

**des Rechnungsprüfungsamtes der Universitätsstadt Siegen  
vom 30.04.2021**

## **Besonderer Hinweis zur Prüfung des Jahresabschlusses 2018**

Bezüglich der Prüfung des Jahresabschlusses 2018 wird seitens der örtlichen Prüfung angemerkt, dass aufgrund

- des Zeitfortschritts bei der Erstellung der Vorjahresabschlüsse sowie auch bei der Erstellung des erst am 10.02.2021 vorgelegten Jahresabschlusses 2018,
- der sich durch diesen Zeitverzug möglicherweise ergebenden Folgen für die Haushaltsführung bzw. Haushaltsgenehmigung 2021,
- der aktuell besonders schwierigen personellen Situation im Rechnungsprüfungsamt der Stadt Siegen,
- der bis zum 31.12.2021 notwendigen Feststellung des Gesamtabchlusses 2018 zur Anwendbarkeit des Vereinfachungsverfahrens („Huckepackverfahren“) und
- der seit März 2020 vorherrschenden Corona-bedingten Einschränkungen

die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 in einem beschleunigten und in einem auf die vorstehend dargestellte Situation angepassten Umfang durchgeführt wurde, ohne deren Seriosität zu gefährden.

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
Verzeichnis der Anlagen	4
Abkürzungsverzeichnis	5
<b>1. Allgemeines</b>	<b>7</b>
1.1. Prüfauftrag	7
1.2. Rechtsgrundlagen	8
1.3. Prüfungsunterlagen	9
1.4. Erklärung der Prüfungshinweise	10
<b>2. Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Bürgermeisters</b>	<b>11</b>
<b>3. Grundsätzliche Feststellungen</b>	<b>18</b>
3.1. Verspätete Vorlage des Entwurfs des Jahresabschlusses zum 31.12.2018	18
3.2. X-Konten	18
3.3. Ausbuchen ungeklärter Zahlungseingänge im Jahresabschluss zum 31.12.2018	19
3.4. Bilanzausweis Pocheweiher (einschließlich Ersatzgewässer)	21
<b>4. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung</b>	<b>22</b>
4.1. Gegenstand der Prüfung	22
4.2. Art und Umfang der Prüfung	22
<b>5. Erläuterungen und Feststellungen zur Rechnungslegung</b>	<b>24</b>
5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018	24
5.2. Nachtragssatzung	24
5.3. Jahresabschluss	24
5.4. Buchführung	27
5.5. Feststellungen zur Ergebnisrechnung und Finanzrechnung	28
5.6. Feststellungen zu den Teilrechnungen	31
5.7. Feststellungen zur Bilanz	35
5.8. Hinweise zum Anhang	71
5.9. Örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände	73
5.10. Inventur, Inventar	75
5.11. Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage	76
5.12. Hinweis zum Bestätigungsvermerk	81
<b>6. Bestätigungsvermerk</b>	<b>82</b>
<b>Anlagen</b>	

<b>Verzeichnis der Anlagen</b>		<b>Seite</b>
Anlage 1	Entwurf der Bilanz zum 31.12.2018	86
Anlage 2	Entwurf der Ergebnisrechnung 2018	88
Anlage 3	Entwurf der Finanzrechnung 2018	89
Anlage 4	Ergebnisse der Teilrechnungen 2018	90

Anmerkung:

Mit Ausnahme der Anlage 4 entsprechen die Anlagen dieses Berichts den Anlagen bzw. den Bestandteilen des in den Rat der Stadt Siegen eingebrachten Entwurfs des Jahresabschlusses 2018.

In Anlage 4 „Ergebnisse der Teilrechnungen 2018“ werden die Ergebnisse der Teilrechnungen komprimiert dargestellt. Die Auswertung wurde von der Rechnungsprüfung erstellt.



## Abkürzungsverzeichnis

AfA	Absetzung für Abnutzung
a.F.	alte Fassung
AiB	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau
B	Beanstandung
CHF	Schweizer Franken
ESi	Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen
EöB	Eröffnungsbilanz
F	Feststellung
FAD	Finanzadresse (Debitor bzw. Kreditor)
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
GO	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
GO (alt)	GO in der Fassung vom 14.07.1994, zuletzt geändert am 23.01.2018
GO (neu)	GO in der Fassung vom 18.12.2018, zuletzt geändert am 29.09.2020
GoA	Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfungen
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GPA	Gemeindeprüfungsanstalt
H	Hinweis
Handreichung	NKF in Nordrhein-Westfalen, Handreichung für Kommunen (aktuell 7. Auflage)
HGB	Handelsgesetzbuch
HFA	Haupt- und Finanzausschuss
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
IDR	Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e.V.
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
IKS	Internes Kontrollsystem
ILV	Interne Leistungsverrechnung/en
IM	Innenministerium Nordrhein-Westfalen
INFOMA	newsystem NKR/NKFSsystem (auch „nsk“)
IT	Informationstechnik
JA	Jahresabschluss
KAG	Kommunalabgabengesetz
KAI	Inventarisierungssoftware "Kann alles inventarisieren"
KDZ	Zweckverband „Kommunale Datenzentrale Westfalen-Süd“
KEG	KOMMUNALE ENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT SIEGEN mbH
KIRP	Kommunales integriertes Rechnungs- und Planungssystem
Kita	Kindertageseinrichtung
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
KomHVO	Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
kvw	Kommunale Versorgungskassen Westfalen-Lippe
MHKBG NRW	Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen NRW
MIK	Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen NRW
MN	Maßnahme
n.F.	neue Fassung
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement

NKFWG	Erstes Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen (1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz - NKFWG)
2. NKFWG	Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften (2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz - 2. NKFWG NRW)
NRW	Nordrhein-Westfalen
nsk	newsystem NKR/NKFSystem
OP	Offene(r) Posten
SIB	Straßeninformationsband
SIT	SIT GmbH (Südwestfalen-IT)
SoPo	Sonderposten
VV	Verwaltungsvorschrift
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
W	wiederholte Feststellung
ZOB	Zentraler Omnibusbahnhof

## **1. Allgemeines**

### **1.1. Prüfauftrag**

Gemäß § 59 Abs. 3 Gemeindeordnung NRW [GO neu] prüft der Rechnungsprüfungsausschuss den Jahresabschluss und den Lagebericht der Gemeinde unter Einbezug des Prüfungsberichtes. Er bedient sich hierbei der örtlichen Rechnungsprüfung oder eines Dritten gemäß § 102 Absatz 2 GO [neu]. Die Verantwortlichen nach Satz 2 haben an der Beratung über diese Vorlagen im Rechnungsprüfungsausschuss teilzunehmen und über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung, insbesondere wesentliche Schwächen des internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, zu berichten. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat zu dem Ergebnis der Jahresabschlussprüfung schriftlich gegenüber dem Rat Stellung zu nehmen. Am Schluss dieses Berichtes hat der Rechnungsprüfungsausschuss zu erklären, ob nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung Einwendungen zu erheben sind und ob er den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht billigt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind, vor Feststellung durch den Rat, durch die örtliche Rechnungsprüfung zu prüfen (Jahresabschlussprüfung). Hat keine Prüfung stattgefunden, so kann der Jahresabschluss nicht festgestellt werden. Wird der Jahresabschluss oder der Lagebericht nach Vorlage des Prüfberichtes geändert, so sind diese Unterlagen erneut zu prüfen, soweit es die Änderung erfordert. Über das Ergebnis der Prüfung ist zu berichten, der Bestätigungsvermerk ist entsprechend zu ergänzen (§ 102 Abs. 1 GO [neu]).

In die Prüfung des Jahresabschlusses ist die Buchführung einzubeziehen. Die Prüfung des Jahresabschlusses hat sich darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften und sie ergänzenden ortsrechtlichen Bestimmungen oder sonstigen Satzungen beachtet worden sind. Die Prüfung ist so anzulegen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die in Satz 2 aufgeführten Bestimmungen, die sich auf die Darstellung des sich nach § 95 Absatz 1 Satz 4 GO (neu) ergebenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde wesentlich auswirken, bei gewissenhafter Berufsausübung erkannt werden.

In die Prüfung des Jahresabschlusses sind die Entscheidungen und Verwaltungsvorgänge aus delegierten Aufgaben auch dann einzubeziehen, wenn die Zahlungsvorgänge selbst durch den Träger der Aufgabe vorgenommen werden und insgesamt finanziell von erheblicher Bedeutung sind.

Der Lagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gemeinde vermittelt. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Lageberichts hat sich auch darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften zu seiner Aufstellung beachtet worden sind.

Die mit der Jahresabschlussprüfung Beauftragten haben über Art und Umfang sowie über das Ergebnis der Prüfung zu berichten. §§ 321 und 322 des Handelsgesetzbuches gelten entsprechend. Das Ergebnis der örtlichen Prüfung ist gemäß § 102 Abs. 8 GO [neu] i.V.m. § 322 Abs. 1 HGB in einem Bestätigungsvermerk zusammenzufassen.

## 1.2. Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlage für die Erstellung des Jahresabschlusses 2018 war die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen [GO (alt) NRW], insbesondere deren 8. Teil "Haushaltswirtschaft", und die dazu erlassene Verordnung über das Haushaltswesen der Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (Gemeindehaushaltsverordnung NRW - GemHVO NRW).

Rechtsgrundlage für die Prüfung war insbesondere der 10. Teil der Gemeindeordnung "Rechnungsprüfung".

Zur Anwendung der durch das 2. NKFVG ab dem 01.01.2019 geltenden neuen Regelungen erläutert die GPA Folgendes:

Die KomHVO NRW und das 2. NKFVG NRW sind zum 01. Januar 2019 in Kraft getreten. Das MHKBG NRW hat im Erlass vom 15. Februar 2019 „Inkrafttreten des 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes und der Kommunalhaushaltsverordnung NRW“ Hinweise zur Anwendung der KomHVO NRW und der neuen GO NRW auf die Jahresabschlüsse gegeben. Das MHKBG NRW unterscheidet zwischen „Vorschriften, die den (Prüfungs-)Maßstab festlegen“ und „Vorschriften zu dem Verfahren und Vorgehen bei der Prüfung“, die wie folgt anzuwenden sind:

Vorschriften zum <b><u>Verfahren und Vorgehen</u></b> bei der Prüfung	Vorschriften, die den <b><u>(Prüfungs-)Maßstab</u></b> festlegen
ab dem 01.01.2019 zu prüfende Jahresabschlüsse (auch Vorjahre)	Jahresabschluss 2019 und Folgejahre

Folglich ist der Jahresabschluss 2018 inhaltlich nach den Vorgaben der GO NRW a.F. sowie der GemHVO NRW zu erstellen und zu prüfen – ungeachtet dessen, dass dieser erst in den Jahren 2019, 2020 und 2021 erstellt wurde. Auf der anderen Seite sind das Verfahren und das Vorgehen bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2018 nach den Vorgaben der GO NRW a.F. zu gestalten. Die neuen Vorgaben für die Erstellung des Prüfungsberichts sind somit schon für die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 anzuwenden.

### 1.3. Prüfungsunterlagen

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2018 wurde dem Rechnungsprüfungsausschuss am 10.02.2021 und dem Rat der Stadt Siegen in seiner Sitzung am 03.03.2021 vorgelegt. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Jahresabschluss an die örtliche Prüfung, vor Kenntnisnahme durch den Rat, zur Prüfung weitergeleitet.

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Entwurf des Jahresabschlussberichtes in gedruckter Form am 05.02.2021 erhalten. Weitere noch ausstehende Unterlagen in Papier bzw. digitaler Form (z.B. Teilrechnungen) sind am 09.02.2021 und 11.02.2021 beim Rechnungsprüfungsamt eingegangen.

Die Anordnungen zu den Jahresabschlussbuchungen wurden dem Rechnungsprüfungsamt zur Verfügung gestellt. Weitere Belege wurden prüfungsbezogen und im Einzelfall von der Kämmerei erbeten.

#### 1.4. Erklärung der Prüfungshinweise

Es bedeuten:

B	Bei den mit einem "B" gekennzeichneten Beanstandungen handelt es sich um Einwendungen im Sinne des § 101 Abs. 5 GO a.F. bzw. Einwendungen im Sinne von § 102 Abs. 8 GO n.F. i.V.m. 322 HGB, die zu einem eingeschränkten Bestätigungsvermerk oder zu dessen Versagung führen.
F	Hierbei handelt es sich um Prüfungsfeststellungen, die zusätzlich durch die Darstellung in einem Rechteck gekennzeichnet sind. Eine Stellungnahme wird nur dann nicht erwartet, wenn die Beanstandung anerkannt und zukünftig beachtet wird.
F/ mit Ziffer	kennzeichnet eine Prüfungsfeststellung, zu der eine Stellungnahme erwartet wird.
W	ist eine wiederholte Feststellung, zu der eine Stellungnahme nicht erwartet wird, wenn sie anerkannt wird und die Beachtung in Zukunft sichergestellt ist.
W/ mit Ziffer	ist eine wiederholte Feststellung, zu der eine Stellungnahme erwartet wird.
H	Mit "H" gekennzeichnet sind Hinweise oder Anregungen, deren Beachtung aus Sicht der Prüfung geboten oder sinnvoll erscheint. Eine Stellungnahme wird nicht zwingend erwartet, kann jedoch durchaus erfolgen.

## 2. Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Bürgermeisters

### Vorbemerkung:

Rechtsgrundlagen für die Erstellung des Lageberichtes und den anzulegenden Prüfungsmaßstab waren die GO NRW in der bis zum 31.12.2018 geltenden Fassung sowie die bis zum 31.12.2018 geltende GemHVO.

Gemäß § 101 Abs. 1 Satz 4 und Abs. 6 GO a.F. ist der Lagebericht darauf zu prüfen, ob

- er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht,
- seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde erwecken und
- Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind.

Rechtsgrundlage für die Erstellung des Lageberichtes 2018 war § 48 GemHVO in Verbindung mit § 95 GO a.F.

Für die äußere Gestaltung des Lageberichtes sowie seinen Aufbau und Umfang bestehen keine besonderen Formvorgaben.

Gemäß § 48 GemHVO ist er jedoch so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt wird. § 48 GemHVO bestimmt zudem:

"Dazu ist ein Überblick über die wichtigen Ereignisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde zu enthalten. In die Analyse sollen die produktorientierten Ziele und Kennzahlen nach § 12, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde sind, einbezogen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss enthaltenen Ergebnisse erläutert werden. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben."

Der Lagebericht 2018 der Stadt Siegen enthält Aussagen

- zur Haushaltssituation 2018 (Ziffer 6.2),
- Erläuterungen der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage (Ziffer 6.3),



- zur Personalsituation (Ziffer 6.4),
- zu den Pflichtangaben nach § 95 GO (Ziffer 6.5),
- zu den Vorgängen von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres (Ziffer 6.6) sowie
- zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Stadt Siegen (Ziffer 6.7).

Der Lagebericht 2018 entspricht nach Auffassung der örtlichen Rechnungsprüfung damit den formalen Anforderungen der GO und der GemHVO (eingeschränkt für den Bereich der Einbindung der produktorientierten Ziele und Kennzahlen gemäß § 12 GemHVO).

**Unter Ziffer 6.2 des Jahresabschlusses wird die Haushaltssituation 2018 dargestellt. Der Jahresfehlbetrag 2018 von rd. 6,8 Mio. € unterschreitet den geplanten Fehlbetrag der Haushaltssatzung (Ergebnisplan) von rd. 13,7 Mio. € somit um rd. 6,9 Mio. € (Mehrerträge rd. 9,6 Mio. €; Mehraufwendungen rd. 2,7 Mio. €).**

Eine Nachtragshaushaltssatzung wurde in 2018 nicht erlassen.

Unter Ziffer 6.3 des Jahresabschlusses werden in aggregierter Form die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt sowie die erheblichen Abweichungen gegenüber der Planung dargestellt.

### **Vermögen/Schulden**

Die Aktiva der Stadt Siegen haben sich in 2018 gegenüber dem Vorjahr um rd. 13,7 Mio. € (im Vorjahr rd. 8,8 Mio. €) wie folgt verringert:

	2018 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2015 Mio. €	2014 Mio. €
Anlagevermögen	975,6	988,2	996,6	1.010,6	1.023,2
Umlaufvermögen	27,9	28,5	26,1	26,3	27,2
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	5,5	5,9	8,7	5,8	5,7
Summe Aktiva	1.009,0	1.022,6	1.031,4	1.042,7	1.056,1

Der städtische Vermögensausweis wird dominiert vom Anlagevermögen (rd. 96,7 %) und beinhaltet eine hohe Anlagenintensität insbesondere im Bereich der Grundstücke und des Infrastrukturvermögens. Die Untergliederung und Aufteilung des städtischen Vermögens sind der Bilanz sowie dem Anlagenspiegel auf Seite 31 des Erstellungsberichtes zu entnehmen.

Das Gesamtvermögen der Stadt Siegen wird jedoch nur zu rd. 17,7 % durch Eigenkapital abgedeckt (Vorjahr 18,1 %; Vorvorjahr 18,5 %).

Den größten Posten der Passivseite stellen die Verbindlichkeiten mit rd. 358,1 Mio. € dar. Dies entspricht rd. 35,5 % der Bilanzsumme. Hiervon entfallen rd. 323,2 Mio. € auf Kredite und rd. 11,2 Mio. € auf Investitionsleasing. Weitere rd. 23,7 Mio. € entfallen auf übrige Verbindlichkeiten.

Nachstehende Tabelle verdeutlicht die Finanzierung des Vermögens auf der Passivseite von 2014 bis 2018:

	2018		2017		2016		2015		2014	
	Mio. €	% der Bilanzsumme	Mio. €	% der Bilanzsumme	Mio. €	% der Bilanzsumme	Mio. €	% der Bilanzsumme	Mio. €	% der Bilanzsumme
Eigenkapital	178,5	17,69	185,2	18,11	190,8	18,50	207,8	19,93	243,8	23,08
Sonderposten	303,5	30,08	305,9	29,91	308,3	29,89	312,1	29,93	307,7	29,13
Rückstellungen	139,7	13,85	133,3	13,04	131,2	12,71	129,9	12,46	126,2	11,95
Verbindlichkeiten insg.	358,1	35,49	369,6	36,14	372,0	36,07	365,6	35,06	351,9	33,32
davon Kredite	323,2	32,03	331,5	32,41	337,0	32,67	328,9	31,55	312,4	29,58
ohne Investitionsleasing										
Passive Rechnungsabgrenzung	29,2	2,89	28,6	2,80	29,1	2,83	27,3	2,62	26,5	2,52
Gesamt	1.009,0	100,00	1.022,6	100,00	1.031,4	100,00	1.042,7	100,00	1.056,1	100,00

Das Eigenkapital sinkt zwar weiterhin, jedoch geringer als geplant und deutlich geringer als im Durchschnitt der Vorjahre. Die Sonderposten bleiben in Summe nahezu unverändert. Die Rückstellungen steigen um rd. 6,4 Mio. €. Dies ist überwiegend durch die erhöhten Pensionsrückstellungen (rd. 5,5 Mio. € Steigerung zum Vorjahr) bedingt. Die Passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind betragsmäßig zu vernachlässigen. Die Kredite konnten erneut geringfügig zurückgeführt werden (rd. 8,3 Mio. €).

### Erträge/Aufwendungen

Die Fehlbetragsvorgabe der Haushaltssatzung wurde nicht voll ausgeschöpft, sondern wie folgt unterschritten:

Fehlbetrag	2018 Mio. €	2017 Mio. €	2016 Mio. €	2015 Mio. €	2014 Mio. €
laut Haushaltssatzung	13,7	18,9	20,3	25,0	29,1
gemäß Rechnungsergebnis	6,8	6,8	13,8	30,5	37,6
Differenz	- 6,9	-12,1	- 6,5	+ 5,5	+ 8,5

Bei den ordentlichen Erträgen (ohne Finanzergebnis) ergab sich eine Verbesserung von rd. 9,8 Mio. €.

Demgegenüber stehen zusätzliche ordentliche Aufwendungen (ohne Finanzergebnis) in Höhe von rd. 1,6 Mio. €.

Dies führt zu einem saldierten verbesserten Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit von rd. 8,2 Mio. €.

Die Differenz (Verbesserung) zwischen Haushaltssatzung und Rechnungsergebnis von rd. 6,9 Mio. € ergibt sich aus einem um rd. 8,2 Mio. € verbesserten Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit sowie einem um rd. 1,3 Mio. € schlechteren Finanzergebnis. Es konnte zum dritten Mal in Folge eine deutliche Verbesserung gegenüber der Haushaltsplanung erzielt werden.

Der Jahresabschluss 2018 gibt zu den Abweichungen vom Ergebnisplan die entsprechenden Erläuterungen auf den Seiten 39 bis 46. Diese können nachvollzogen werden. Die gravierendsten Abweichungen ergeben sich in folgenden Bereichen:

Ertrag		
Bezeichnung	Betrag rd. in Mio. €	Erläuterung
Steuern und ähnliche Abgaben	5,7	Überwiegend Mehrerträge Gewerbesteuer (rd. 4,5 Mio. €) sowie Vergnügungssteuer (rd. 1,0 Mio. €)
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3,0	Weniger Zuweisungen AsylbLG und FlüAG
Sonstige Transfererträge	0,7	Mehr Erstattungen für Sozialleistungen außerhalb von Einrichtungen
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2,0	Diverse Gebühren und Entgelte, z.B. Rettungsdienst, Bauscheingebühren, Elternbeiträge, Müllgebühren
Privatrechtliche Leistungsentgelte	-0,7	Weniger Verkaufserlöse (rd. 0,5 Mio. €) insbesondere Holzverkauf und Erlöse Wertstoffe (Papier/Pappe)
Sonstige ordentliche Erträge	4,8	Auflösung Rückstellungen im Personalbereich rd. 1,4 Mio. €; RWE-Konzessionsabgabe rd. 1,2 Mio. €; Sonstige nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge rd. 1,3 Mio. €; Diverse andere

Aufwand		
Bezeichnung	Betrag rd. Mio. €	Erläuterung
Personalaufwendungen	4,3	Zuführung zu Pensionsrückstellungen (2,8 Mio. €) und Beihilferückstellungen (0,9 Mio. €) gemäß Heubeck-Gutachten
Versorgungsaufwendungen	1,8	Zuführung zu Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger (1,0 Mio. €); Versorgungsaufwendungen für ehemalige Bedienstete (0,7 Mo. €)
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-4,7	Es handelt sich hier im Wesentlichen um nicht verausgabte Mittel der Bauunterhaltung (Hoch- und Tiefbau) Diff. HH-Plan/Ist-Erg. = - 4,7 Mio. € Diff. fortgeschr. Ansatz/Ist-Erg. = - 9,6 Mio. €

Transferaufwendungen	-1,7	AsylbLG rd.- 3,7 Mio. € Gesetzliche BKZ - 1,2 Mio. € Heimerziehung + 0,9 Mio. € Integrationshelfer + 0,8 Mio. € Gewerbesteuerumlage/Fonds Deutsche Einheit + 0,7 Mio. € Diverse weitere Verschiebungen
Sonstige ordentliche Aufwendungen	1,7	Im Wesentlichen - Pauschalwertberichtigungen von Transferforderungen + 0,4 Mio. € - Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen + 0,3 Mio. € - Zuführungen zu Sonderposten für den Gebäuhenausgleich + 0,4 Mio. € - Geschäftsaufwendungen + 0,3 Mio. € - Rückz. kons. Zuweisungen + 0,1 Mio. €
Finanzaufwendungen	1,1	- Wertberichtigung CHF-Kredite + 2,0 Mio. € - Zinsen Kassenkredite – 0,5 Mio. € - Zinsen ordentliche Kredite – 0,3 Mio. €

## Finanzlage

Der Jahresabschluss 2018 schließt mit einem Finanzmittelüberschuss von rd. 7,4 Mio. € ab. Dies stellt eine Verbesserung um rd. 48,5 Mio. € gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz 2018 dar und hat seinen überwiegenden Ursprung in nicht kassenwirksam gewordenen Auszahlungen im Bausektor von rd. 23,8 Mio. € (!!), welche jedoch überwiegend nach 2019 übertragen wurden.

Auch in 2018 wurden keine zusätzlichen Kassenkredite aufgenommen. Aufgrund einer Neubewertung der CHF-Kredite per 31.12.2018 sowie vorgenommener Tilgungen werden in der Schlussbilanz 2018 Kassenkredite in Höhe von 239,0 Mio. € ausgewiesen (Minderung rd. 5,2 Mio. €).

Die Investitionskredite konnten in 2018 auf rd. 84,1 Mio. € gesenkt werden (Minderung rd. 3,1 Mio. €).

Die liquiden Mittel verändern sich zum 31.12.2018 wie folgt:

Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	8.354.998,15 €
+ Saldo aus Investitionstätigkeit	- 963.715,75 €
<b>= Finanzmittelüberschuss!</b>	<b>7.391.282,40 €</b>
+ Saldo Finanzierungstätigkeit	- 10.367.011,14 €
= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln per 31.12.2018	- 2.975.728,74 €
<u>+ Vortrag per 31.12.2017</u>	<u>5.685.484,06 €</u>
= Ausweis der liquiden Mittel in der Finanzrechnung per 31.12.2018	2.709.755,32 €

- H Auf Seite 47 unter Buchstabe d) Finanzlage wird ein Finanzmittelfehlbetrag in Höhe von 7.391.282,40 € ausgewiesen. Tatsächlich handelt es sich jedoch um einen Finanzmittelüberschuss. Da diese Falschbezeichnung bereits zum wiederholten Mal erfolgt, erfolgt ein nochmaliger Hinweis in Schriftform.

### **Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Stadt Siegen**

#### **Vorbemerkung**

Die Prüfung des Lageberichtes 2018 erfolgte im 1. und 2. Quartal des Jahres 2021. Zu diesem Zeitpunkt waren die Haushaltsjahre 2019 und 2020 abgeschlossen, jedoch waren die Jahresabschlüsse noch nicht erstellt. Insofern lagen Erkenntnisse aus vorläufigen Abschlüssen zu den beiden Folgejahren vor.

Die Prüfung in 2021 erfolgte zu einem Zeitpunkt, in welchem die Auswirkungen der „Corona Pandemie“ weltweit noch nicht abschließend überblickt werden konnten. Insofern kann eine verlässliche Beurteilung der Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Stadt Siegen über das Jahr 2020 hinaus prüfungsseitig nicht erfolgen.

Unter diesen Prämissen werden zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Stadt Siegen folgende Anmerkungen gemacht:

#### **Eigenkapitalverzehr**

Bis zum 31.12.2018 wurden rd. 267,6 Mio. € (rd. 60,0 %) des in der EÖB zum 01.01.2009 ausgewiesenen Eigenkapital von rd. 446,1 Mio. € aufgezehrt, so dass noch ein Eigenkapital von rd. 178,5 Mio. € verbleibt.

Der Trend des rasanten und nachhaltigen Eigenkapitalverzehrs konnte in 2017 und 2018 deutlich verlangsamt werden. Hiervon ist auch für die Jahre 2019 und 2020 auszugehen.

#### **Verschuldung (Bilanzpositionen 4.1 – 4.4)**

Die ausgewiesenen fundierten Schulden (Investitionskredite) in Höhe von rd. 84,1 Mio. € sowie die ausgewiesenen Kredite zur Liquiditätssicherung (sog. Kassenkredite) von rd. 239,0 Mio. € kumulieren sich zu einem Schuldenstand von rd. 323,1 Mio. €. Darin nicht berücksichtigt sind Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen (Leasing Feuerwache) in Höhe von rd. 11,2 Mio. €.

Im Jahre 2018 konnte die Verschuldung der Stadt Siegen zum zweiten Mal in Folge reduziert werden. Es ist eine Schuldenminderung um rd. 8,3 Mio. € eingetreten.

Für das Jahr 2019 ist von einer weiteren Kreditreduzierung um rd. 6,7 Mio. € auszugehen, während sich für 2020 eine Verschuldungserhöhung um rd. 12,7 Mio. € ergeben wird (lt. vorläufigen Jahresabschlüssen des Kämmerers).

In der absoluten Verschuldungshöhe liegt nach wie vor ein erhebliches Zinsrisiko für die Haushaltsführung künftiger Jahre (1 % Zinsanstieg für alle Kredite würde grob überschlägig eine jährliche Mehrbelastung von rd. 3 Mio. € bedeuten). Bis zum Berichtszeitpunkt bestand weiterhin ein historisch niedriges Zinsniveau.

### **Bewertung Folgejahre**

Zum Berichtszeitpunkt ist ersichtlich, dass die dramatischen Fehlbeträge der Jahre 2009 bis 2015 (Mittelwert 31,2 Mio. €) für die Jahre 2016 bis 2019 deutlich reduziert werden konnten bzw. können. Für 2020 wird sogar ein positives Jahresabschlussergebnis von rd. 1,1 Mio. € prognostiziert.

Der rasante Eigenkapitalverzehr kann bis 2019 gebremst werden. Die Höhe der Verschuldung ist nach wie vor äußerst bedenklich.

Die fiskalischen Auswirkungen der „Corona Pandemie“ auf die Jahre nach 2020 sind zum Berichtszeitpunkt noch ungewiss und noch nicht abschätzbar. Auf die Ausführungen des Kämmerers zum vorläufigen Jahresabschluss 2020 in der Vorlage Nr. VL 349/2021 wird verwiesen.

Insofern wird sich der Haushalt der Stadt, trotz der „besseren“ Jahre 2016 bis 2019, erheblichen Herausforderungen gegenübersehen.

In einigen Bereichen der Stadtverwaltung (insbesondere im technischen Bereich) erscheint ein umsetzungstechnisches Limit erreicht zu sein. Auf die Ausführungen des Kämmerers zum Mittelabfluss (vgl. Seite 47 des Jahresabschlusses 2018) wird Bezug genommen. Es wurden Investitionsmittel in Höhe von rd. 19,6 Mio. € nach 2018 vorgetragen. Der Vortrag von 2018 nach 2019 betrug sogar 23,8 Mio. €!

**Aufgrund der durchgeführten Prüfungshandlungen kann bestätigt werden, dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss 2018 in Einklang steht und keine falschen Vorstellungen der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Siegen erweckt (§ 101 Abs. 1 Satz 4 GO a.F.).**



### 3. Grundsätzliche Feststellungen

#### 3.1. Verspätete Vorlage des Entwurfs des Jahresabschlusses zum 31.12.2018

Der vom Stadtkämmerer am 01.02.2021 aufgestellte und vom Bürgermeister ebenfalls am 01.02.2021 bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2018 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss am 10.02.2021 (Vorlage-Nr. VL 198/2021) und vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 03.03.2021 (Vorlage-Nr. VL 234/2021) zur Kenntnis genommen. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Jahresabschluss an die örtliche Prüfung, vor Kenntnisnahme durch den Rat, zur Prüfung weitergeleitet.

In den vergangenen Jahren wurde der Entwurf des Jahresabschlusses zunächst dem Rat zugeleitet und sodann an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen. Aus Praktikabilitätsgründen erfolgte die Zuleitung nunmehr zunächst an den Rechnungsprüfungsausschuss, der sich sodann des Rechnungsprüfungsamtes bediente, damit eine zeitnähere Prüfung des Jahresabschlusses erfolgen konnte.

F

Nach § 95 Abs. 5 GO [neu] leitet der Bürgermeister den von ihm bestätigten Entwurf innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres dem Rat zur Feststellung zu. Diese Frist wurde beim Abschluss des Jahres 2018 um 22 Monate überschritten.
---

#### 3.2. X-Konten

Die sogenannten „X-Konten“ wurden erstmalig bei der Überleitung der Bilanzposition „2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“ aus der Finanzsoftware KIRP in die Finanzsoftware INFOMA zum 31.12.2016 genutzt. In der Überleitung der Forderungen kam es aufgrund der unterschiedlichen Systematiken der beiden Programme zu unzutreffenden Überleitungen, deren Umbuchung aufgrund technischer Gegebenheiten nicht möglich war und deren Auswirkungen auf die Bilanz durch die Korrekturbuchungen richtig gestellt wurden.

Zu den Details der Prüfung der Überleitung und der grundsätzlichen Funktionsweise wird auf Ziffer 3.3. des Berichtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Universitätsstadt Siegen zum 31.12.2017, Seite 16 bis 21, verwiesen. U.a. wurde hier ausgeführt, dass die korrekte Ausweisung und Verbuchung von offenen Posten in den Folgejahren Prüfgegenstand sein wird. Im Berichtsjahr 2018, als unmittelbares Folgejahr, wurden deshalb die X-Konten einer (analytischen) Prüfung unterzogen.

Aufgrund der fortschreitenden, verfeinerten Einrichtung der Finanzsoftware INFOMA und den Anmerkungen der Kämmerei zur Funktionsweise der X-Konten wurde deshalb schon damals zum Stichtag 31.12.2018 eine wesentliche Reduzierung der Salden der X-Konten im Vergleich zum Stichtag 31.12.2017 erwartet. Die Salden der X-Konten wurden daher einer Prüfung dahingehend unterzogen, welche Veränderungen in den Salden zu den genannten Stichtagen ersichtlich sind. Eine Prüfung einzelner Buchungen wurde nicht vorgenommen.

Es wurden folgende Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr gemäß vorgelegter Summen- und Saldenliste ermittelt:

Kontonr.	Kontobezeichnung	Saldo		Veränderung
		31.12.2017	31.12.2018	
161990X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22110	141.936,84 €	- €	- 141.936,84 €
162990X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22120	28,10 €	- €	- 28,10 €
164990X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22140	1.862.065,16 €	1.748.801,93 €	- 113.263,23 €
165990X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22150	247.085,19 €	48.647,49 €	- 198.437,70 €
177120X	Korrektur Forder. Vermögensgliederungscode 22220	198.268,10 €	- €	- 198.268,10 €
177130X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22230	635,56 €	6.431,75 €	5.796,19 €
177180X	Korrektur UZE	4.101.097,69 €	- €	- 4.101.097,69 €
177190X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22210	2.091.680,55 €	1.367.203,21 €	- 724.477,34 €
177191X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22220	- €	- €	- €
177192X	Korrekt. Forder. Vermögensgliederungscode 22230	- €	- €	- €
179190X	Korrekt. Sonst. Vermögensgegenstände Code 22300	- €	- €	- €
	Summen	8.642.797,19 €	3.171.084,38 €	- 5.471.712,81 €

Von zum 31.12.2017 genutzten 8 Konten weisen zum 31.12.2018 nur noch 4 Konten einen Korrektursaldo aus, der Saldo ist um rd. 5,5 Mio. € zurückgegangen. Die Korrekturen betreffen zahlreiche Forderungsarten (offene Posten).

Die ungeklärten Zahlungseingänge werden aufgrund der Buchungssystematik in INFOMA weiterhin als Forderungen ausgewiesen, so dass eine entsprechende Korrektur auch zukünftig notwendig bleibt. Die Höhe dieser Korrektur beträgt zum Stichtag 31.12.2018 insgesamt 385.224,59 €. Die Korrektur erfolgte jedoch nicht über das zum Stichtag 31.12.2017 verwendete Konto # 177180X, sondern über # 177190X. Grund hierfür ist nach Angabe der Kämmererei das Bestreben, die Zahl der verwendeten X-Konten auf ein notwendiges Minimum zu reduzieren.

Insgesamt festzustellen ist, dass die summarische Prüfung der systembedingt notwendigen Umgliederungen von Forderungen über die X-Konten ergab, dass die Salden gegenüber dem letzten Jahresabschluss deutlich zurückgegangen sind. Bei der Prüfung der zum 31.12.2018 erfolgten Umgliederungen ergaben sich keine Bedenken.

Insgesamt ergaben sich im Rahmen der vorgenommenen Prüfungshandlungen keine Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

### 3.3. Ausbuchen ungeklärter Zahlungseingänge im Jahresabschluss zum 31.12.2018

Am 22.12.2020 ging dem Rechnungsprüfungsamt ein Vermerk von FB 3 / Kämmererei vom 16.12.2020 per Hauspost zu. Anliegend waren 4 Fibujournale (18.11.2020, zwei vom 25.11.2020 sowie 02.12.2020) enthalten. Dieser Vermerk wurde offensichtlich von Abteilungsleitung 3/2 mitgezeichnet, weitere zwei Kürzel sind nicht entzifferbar bzw. nicht bekannt.

Der Aktenvermerk hat folgenden Inhalt:

„Ausbuchung ungeklärter Zahlungseingänge 2018

1. Im Oktober 2020 fand ein Gespräch zwischen Kämmerei und Stadtkasse mit dem Kämmerer, Herrn Cavelius statt. Inhalt waren u.a. die noch ungeklärten Zahlungseingänge in 2018. Trotz wiederholter Aufforderungen an die Fachämter konnten immer noch 282 Positionen von insgesamt 47.486,78 € nicht zugeordnet werden. Da auch nach mehrfachen erfolglosen Versuchen keine Zuordnung möglich war, wurde entschieden, diesen Betrag ertragsmäßig auf dem Konto 4591000 – sonstige ordentliche Erträge im Kostenträger 16010200 – sonstige allgemeine Finanzwirtschaft zu vereinnahmen. Um nachträglich noch eine Zuordnung machen zu können, wurde pro ungeklärtem Zahlungseingang eine Ertragsbuchung inkl. der in dem Bankbeleg angegebenen Informationen (Verwendungszweck) abgesetzt. Um die Buchungen von anderen Jahresabschlussbuchungen abgrenzen zu können, wurden diese mit eigenem Nummernkreis gebucht. (18UZEJA0001 – 18UZEJA0282)
2. Zwischenzeitliche Zuordnungen von 2 Fällen konnten nachträglich problemlos dank der einzelnen Verbuchungen der Ertragsanordnungen nachgeholt werden.“

F/1

Dem Rechnungsprüfungsamt wurden die bereits bei Vermerkabfassung zum Stichtag 31.12.2018 gebuchten Belege nicht vor Buchung vorgelegt und daher auch nicht im Rahmen der Visa-Kontrolle testiert bzw. freigegeben. Ebenso wurde die Vorgehensweise mit der Rechnungsprüfung (im Vorfeld) nicht besprochen.

Diese Vorgehensweise führt im Ergebnis dazu, dass die ungeklärten Zahlungseingänge (es handelt sich dabei um Verbindlichkeiten) ausgebucht werden und somit in der Buchhaltung nicht mehr enthalten bzw. geführt werden, sondern einen Ertrag im Berichtsjahr darstellen.

Die Rechnungsprüfung bittet um schriftliche Stellungnahme.

Auf den Sachverhalt wurde bereits in Form eines Hinweises („H“) im Bericht über die örtliche Prüfung der Zahlungsabwicklung 2019 vom 22.12.2020 unter „10. Fehlende Sollstellungen bei Zahlungseingängen“ (Seite 9 f.) hingewiesen.

H

Darüber hinaus wird angemerkt, dass ohne Zahlungsgrund auf städtische Konten eingegangene Zahlungen im Zeitpunkt des Geldeingangs Verbindlichkeiten darstellen und grundsätzlich zurückgezahlt werden müssen.

3.4. Bilanzausweis Pocheweiher (einschließlich Ersatzgewässer)

Seitens der Anlagenbuchhaltung ist die Umgestaltung des Pocheweiher und des dazugehörigen Ersatzgewässers unzutreffend in der Bilanzposition „1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen“ und nicht unter dem Posten „1.2.1.1 Grünflächen“ ausgewiesen bzw. verbucht worden. Der Zugangswert (Umbuchungswert) zum 31.08.2018 betrug 2.450.367,08 €.

Es handelt sich somit um einen Ausweisfehler in der Bilanz zum 31.12.2018 in Höhe von ca. 2,4 Mio. €.

Eine Umbuchung des Pocheweiher sowie des Ersatzgewässers von der Bilanzposition „1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen“ in die Bilanzposition „1.2.1.1 Grünflächen“ ist zeitnah vorzunehmen, korrespondierend sind entsprechend die Nutzungsdauern zu korrigieren.

H Ein bilanzieller Falschausweis in dieser Höhe würde in der Regel zwangsläufig eine Korrektur und damit die vollständige Überarbeitung des am 03.03.2021 in den Rat eingebrachten Jahresabschlusses zum 31.12.2018 sowie des Erstellungsberichts der Kämmerei zur Folge haben.

Ausschließlich aufgrund des durch die späte Vorlage des Jahresabschlusses 2018 bedingten Zeitfortschritts sowie des geringen Einflusses auf das Jahresergebnis 2018 (Ergebniswirkung 2018 bei Korrektur der Nutzungsdauer: ca. -18,6 T€) wird prüfungsseitig mitgetragen, wenn eine Korrektur erst im Jahresabschluss 2019 erfolgt.

Zu den Einzelheiten wird auf die Erläuterungen zum Posten „1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen“ auf Seite 44 dieses Berichtes verwiesen.

#### **4. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung**

##### **4.1. Gegenstand der Prüfung**

Prüfungsgegenstand ist nach § 101 i.V.m. § 95 GO a.F. der Jahresabschluss mit Ergebnis- und Finanzrechnung, den Teilrechnungen, mit der Bilanz und Anhang mit Anlagen, daneben die Buchführung, Inventur, Inventar, die Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern abnutzbarer Vermögensgegenstände sowie der Lagebericht.

##### **4.2. Art und Umfang der Prüfung**

Grundsätzlich ist bei der Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse in analoger Anwendung der Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) und Instituts der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland (IDR) der risikoorientierte Prüfungsansatz anzuwenden, da, allein schon aufgrund der immensen Größe der Prüffelder, eine vollumfängliche Prüfung nicht möglich und auch unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten nicht sinnvoll bzw. weiter zielführend ist, da die Prüfsicherheit hierdurch nicht (weiter) wesentlich erhöht werden kann.

Prüffeststellungen und Erfahrungen aus bisherigen Prüfungen sowie aus ganzjährig durchgeführten Visa-Kontrollen der Kassenanordnungen durch das Rechnungsprüfungsamt wurden bei dem Prüfansatz berücksichtigt.

Bei der Durchführung der Prüfung wurden die Vorschriften der Gemeindeordnung, der Gemeindehaushaltsverordnung in der für das Haushaltsjahr 2018 geltenden Fassung, die Handreichung des Innenministeriums und weitere gesetzliche Vorgaben herangezogen. Bei besonderen Problemstellungen wurden auch das Handelsgesetzbuch und die vom IDW festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfungen (GoA) in die Prüfhandlungen mit einbezogen.

Im Rahmen der Prüfung wurden die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Bewertung und Lagebericht beurteilt. Die Prüfung umfasste die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung der Bilanz. Das Rechnungsprüfungsamt wählte dazu Prüfmethode und Stichprobenverfahren aus, die eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfurteil bilden.

Auf der Grundlage des oben genannten gewählten Prüfansatzes wurde zunächst eine Prüfstrategie erarbeitet, deren Umsetzung bezogen auf die Bilanzpositionen verschiedenen Prüferinnen und Prüfern oder Prüfteams im Rechnungsprüfungsamt zugewiesen wurde. Auf Grundlage der Risikobeurteilung wurden einzelne Prüfziele festgelegt und ein entsprechendes Prüfprogramm entwickelt, in dem der anzuwendende Prüfansatz sowie Art und Umfang der Prüfhandlungen festgelegt wurden.

Als Ergebnis des Risikobeurteilungsprozesses sowie der Festlegung der Prüfstrategie und der Prüfziele wurden folgende Schwerpunkte für die Prüfung der Bilanz festgelegt:

- Anlagevermögen (wesentliche Zugänge, Abschreibungen, Abgänge und Umbuchungen einschließlich aktivierter Eigenleistungen, geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau, Wertpapiere des Anlagevermögens),
- Umlaufvermögen mit  
Liquiden Mitteln (Abstimmung mit Bankmitteilungen und Finanzrechnung),
- Eigenkapital,
- Sonderposten,
- Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen,
- Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung,
- Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen,
- erhaltene Anzahlungen.

Für die Einzelfallprüfungen wurden Saldenbestätigungen der für die Stadt Siegen tätigen Kreditinstitute sowie Abstimmungen mit den Beteiligungen und dem Sondervermögen genutzt.

Die versicherungsmathematischen Berechnungen der Pensions- und Beihilferückstellungen wurden im Auftrag der Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw) von der Heubeck AG, Köln, durchgeführt. Nach Auffassung der Prüfung ist die Vorgehensweise im Rahmen des Bewertungsverfahrens sachgerecht. Eigene Berechnungen wurden nicht durchgeführt.

Die von der Rechnungsprüfung erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden zur Verfügung gestellt.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Fehler mit hinreichender Sicherheit hätten erkannt werden müssen. Die Prüfhandlungen umfassten System- und Funktionstests, analytische Prüfhandlungen sowie Einzelprüfungen. Die Ergebnisse der Prüfhandlungen sind in den Arbeitspapieren des Rechnungsprüfungsamtes dokumentiert. Die Aussagen in diesem Bericht stellen eine Zusammenfassung der Endergebnisse dar.

## 5. Erläuterungen und Feststellungen zur Rechnungslegung

### 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018

Nach § 101 Abs. 1 GO erstreckt sich die Prüfung des Jahresabschlusses darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden ortsrechtlichen Bestimmungen oder sonstigen Satzungen beachtet worden sind. Satzung in diesem Zusammenhang ist unter anderem die Haushaltssatzung, die nach § 78 GO die Festsetzung des Haushaltsplanes enthält.

Die Haushaltssatzung der Stadt Siegen für das Jahr 2018 ist wie folgt zustande gekommen:

	Haushalt
Aufstellung des Entwurfs durch den Stadtkämmerer*	27.10.2017
Bestätigung durch den Bürgermeister** (Beig I i.V.)	27.10.2017
Einbringung des Entwurfs in den Rat	08.11.2017
Bekanntmachung über die Offenlegung des Entwurfs***	09.11.2017
Öffentliche Auslegung**** vom	13.11.2017
bis	20.12.2017
Erlass der Haushaltssatzung durch den Rat	20.12.2017
Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes	14.02.2018
Öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung****	01.03.2018

\* durch den stv. Stadtkämmerer

\*\* in Vertretung durch den I. Beigeordneten

\*\*\* Datum der Unterzeichnung

\*\*\*\* Tag der Bekanntmachung in der SZ und WAZ

Durch § 1 der Haushaltssatzung 2018 wurden die voraussichtlich anfallenden Erträge, entstehenden Aufwendungen, die erwarteten Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen geplant und festgesetzt.

### 5.2. Nachtragssatzung

Eine Nachtragssatzung wurde im Haushaltsjahr 2018 nicht erlassen.

### 5.3. Jahresabschluss

Der Jahresabschluss gibt Rechenschaft über die Ausführung des gemeindlichen Haushaltsplanes. § 22 Abs. 4 GemHVO sieht im Zusammenhang mit Ermächtigungsübertragungen einen Plan-Ist-Vergleich vor, d.h. den Ergebnissen der Haushaltswirtschaft des zu prüfenden Abschlusses in Ergebnis- und Finanzrechnung sind die Haushaltsansätze, korrigiert um Festsetzungen der Nachtragssatzungen und zuzüglich übertragener Ermächtigungen des Vorjahres, gegenüberzustellen (fortgeschriebener Ansatz).



Dem Rat ist eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres vorzulegen (§ 22 Abs. 4 GemHVO). Die von 2017 nach 2018 übertragenen Ermächtigungen wurden dem Rat der Stadt Siegen zur Sitzung am 04.07.2018 vorgelegt (Verwaltungsvorlage Nr. 1963/2018). Er hat sie zur Kenntnis genommen. Im Jahresabschlussbericht sind die Übertragungen in den Anlagen C1 bis C3 (Seiten 167 ff.) dargestellt.

Die aus dem Haushaltjahr 2018 ins Haushaltsjahr 2019 übertragenen Ermächtigungen wurden dem Rat zur Sitzung am 25.09.2019 vorgelegt (Verwaltungsvorlage Nr. 2607/2019).

Die Mittelübertragungen im Finanzplan/der Finanzrechnung wurden lediglich für die investiven Ausgaben und die Inanspruchnahme der Rückstellungen dargestellt. Für den übrigen konsumtiven Bereich entsprechen die Übertragungen der Finanzrechnung denen der Ergebnisrechnung, soweit die übertragenen Aufwendungsermächtigungen in Zusammenhang mit Auszahlungen stehen.

Es ergaben sich folgende Übertragungen:

Übertragung von Rückstellungsmitteln	2.332.012,13 €
<i>Eine ursprünglich beschlossene Ermächtigungsübertragung für Rückstellungsmaßnahmen im Straßenbereich wurde wieder storniert, da die Rückstellung im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 aufgelöst wurde.</i>	32.916,96 €
verbleiben an weiteren übertragenen konsumtiven Zahlungsermächtigungen	5.964.089,04 €
Übertragungen für laufende Verwaltungstätigkeit	8.296.101,17 €
Die Abweichung zur Summe der Übertragungen des Ergebnisplans in Höhe von ergibt sich aus übertragenen Mitteln für Abschreibungen der Vermögensgegenstände zwischen 60,00 € und 410,00 €.	6.064.089,04 € 100.000,00 €
Im Bereich der Einzahlungen wurden bei Konto # 6927000 [Investitionskreditaufnahmen v. Kreditinstituten] Kreditermächtigungen übertragen	7.829.000 €
Übertragungen für investive Auszahlungen	19.643.701,98 €

Nachstehende Tabelle stellt die Ansätze und Übertragungen den Ist-Ergebnissen des Jahresabschlusses 2018 gegenüber:

	Haushaltsplan	Übertragungen	Fortgeschriebener Ansatz	Jahresabschluss	Differenz
	€	€	€	€	€
Ordentliche Erträge	286.256.650,00	0,00	286.256.650,00	296.077.923,22	9.821.273,22
Ordentliche Aufwendungen	298.137.625,00	6.064.089,04	304.201.714,04	299.779.525,69	-4.422.188,35
Ordentliches Ergebnis	-11.880.975,00	0,00	-17.945.064,04	-3.701.602,47	14.243.461,57
Finanzerträge	4.145.200,00	0,00	4.145.200,00	3.909.004,88	-236.195,12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.968.000,00	0,00	5.968.000,00	7.028.742,96	1.060.742,96
Finanzergebnis	-1.822.800,00	0,00	-1.822.800,00	-3.119.738,08	-1.296.938,08
<b>Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>-13.703.775,00</b>	<b>-6.064.089,04</b>	<b>-19.767.864,04</b>	<b>-6.821.340,55</b>	<b>12.946.523,49</b>
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	278.880.750,00	0,00	278.880.750,00	290.930.963,26	12.050.213,26
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	281.363.971,00	8.296.101,17	289.660.072,17	282.575.965,11	-7.084.107,06
<b>Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-2.483.221,00</b>	<b>-8.296.101,17</b>	<b>-10.779.322,17</b>	<b>8.354.998,15</b>	<b>19.134.320,32</b>
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	13.531.600,00	0,00	13.531.600,00	11.168.639,01	-2.362.960,99
Auszahl. aus Investitionstätigkeit	24.243.975,00	19.643.701,98	43.887.676,98	12.132.354,76	-31.755.322,22
<b>Saldo der Investitionstätigkeit</b>	<b>-10.712.375,00</b>	<b>-19.643.701,98</b>	<b>-30.356.076,98</b>	<b>-963.715,75</b>	<b>29.392.361,23</b>
Aufnahme u. Rückflüsse von Darlehen	11.798.000,00	7.829.000,00	19.627.000,00	3.139.360,24	-16.487.639,76
Aufn. von Krediten zur Liquiditätssich.	0,00	0,00	0,00	88.776.000,00	88.776.000,00
Tilgung u. Gewährung von Darlehen	6.381.000,00	0,00	6.381.000,00	6.282.371,38	-98.628,62
Tilg. von Krediten zur Liquiditätssich.	0,00	0,00	0,00	96.000.000,00	96.000.000,00
<b>Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>5.417.000,00</b>	<b>7.829.000,00</b>	<b>13.246.000,00</b>	<b>-10.367.011,14</b>	<b>-23.613.011,14</b>

Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die zur Überschreitung der fortgeschriebenen Haushaltsansätze geführt haben, wurden dem Rat zur Entscheidung und zur Kenntnis vorgelegt bzw. sind in Anlage D des Jahresabschlusses dargestellt.

#### 5.4. Buchführung

Die Stadt Siegen hat bis Ende 2016 zur Abwicklung ihres Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens das kommunale integrierte Rechnungs- und Planungssystem „KIRP“ der UNIT4 Business Software GmbH, München, eingesetzt. In 2016 war das Release 7.08 mit einer Freigabe-Verfügung vom 16.03.2016 die angewandte Buchführungssoftware. Ab dem Haushaltsjahr 2017 wird das IT-Verfahren "newsystem® NKR/NKFsystem“, Version 7, der Firma INFOMA Software Consulting GmbH, Ulm, eingesetzt.

Die KDZ Westfalen-Süd, Siegen, die zusammen mit der KDZ Citkomm, Iserlohn, in dem Zweckverband Südwestfalen-IT (SIT), Hemer, aufgegangen ist, leistet die fachliche Beratung und Betreuung, die technische Betriebssteuerung der Verfahren und die Datensicherung. Der Datenschutz, soweit er im Einflussbereich der Stadt Siegen liegt, wird durch die entsprechenden Dienstanweisungen geregelt. Die Rechtevergabe in KIRP wurde aus der Zuständigkeit der Finanzverwaltung gelöst und bis Ende 2016 durch Fachbereich 2/1 (jetzt Abteilung 1-1/1 Organisation) verwaltet. Mit der Umstellung der Buchführungssoftware von KIRP nach INFOMA zum 01.01.2017 wurde die Zuständigkeit wieder der Finanzverwaltung zugeordnet. Seit dem 01.09.2020 ist in Abteilung 3/1 - Kämmerei ein Mitarbeiter als IT-Koordinator beschäftigt, der für die Rechtevergaben zuständig ist.

Die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse der örtlichen und überörtlichen Prüfung der Bereiche IT und Kasse grundsätzlich als gewährleistet angesehen.

Vorgaben zur Erledigung der Aufgaben der Finanzbuchhaltung (Buchführung und Zahlungsabwicklung) enthalten die Regelungen der §§ 93 GO, 30 und 31 GemHVO.

§ 93 Abs. 2 GO schreibt vor, für die Aufgaben der Finanzbuchhaltung eine/einen Verantwortliche/n und eine/einen Stellvertreter/in zu bestellen. Die Stadt Siegen hat die Verantwortung für die Bereiche Finanzbuchhaltung (Buchführung) und Zahlungsabwicklung geteilt und für beide Bereiche Verantwortliche und Stellvertreter benannt. Für die Finanzbuchhaltung und für die Zahlungsabwicklung wurden die jeweiligen Abteilungsleitungen des seinerzeitigen Fachbereichs 3 - Finanzen - bestellt.

Die Stadt Siegen führte in 2018 und auch in den Folgejahren die Finanzbuchhaltung und die Zahlungsabwicklung grundsätzlich zentral im Fachbereich 3 - Finanzen, heute Abteilung 3/1 - Finanzen.

Für die Stadt Siegen hat der Bürgermeister mit Wirkung vom 01.01.2009 die Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung erlassen und dem Rat der Stadt Siegen gemäß § 31 Abs. 1 GemHVO zur Kenntnis gegeben. Gemeinsam mit weiteren Dienstanweisungen (u.a. zur Bewirtschaftung der Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen/Auszahlungen) werden die Forderungen des § 31 GemHVO umgesetzt.

Die Aufsicht über die Finanzbuchhaltung bei der Stadt Siegen hatte im Jahr 2018 nach § 31 Abs. 4 GemHVO der Stadtkämmerer.

Die der Rechnungsprüfung vorgelegten Jahresabschlussbelege wurden stichprobenartig auf Plausibilität und Auffälligkeiten hin eingesehen. Hierbei handelt es sich um Belege, die grundsätzlich durch „JA“ in der Belegnummer gekennzeichnet sind und, da es sich um Jahresabschlussbelege handelt, dem Rechnungsprüfungsamt (unterjährig) nicht zur Prüfung vorgelegt, sondern im Rahmen der Jahresabschlussprüfung eingesehen werden. Im Wesentlichen handelt es sich um Belege zu Buchungen von Rückstellungen, Abgrenzungen und Korrekturen. Diese Belege datieren grundsätzlich zum 31.12. des entsprechenden Haushaltsjahres.

#### 5.5. Feststellungen zur Ergebnisrechnung und Finanzrechnung

Bei Ergebnisrechnung und Finanzrechnung wurden auf Sachkontenebene die teilweise nicht unerheblichen Abweichungen zwischen den Ist-Ergebnissen 2018 und dem Haushaltsansatz bzw. dem fortgeschriebenen Ansatz sowie die Differenzen zwischen Ergebnis- und Finanzrechnung geprüft. Ursachen für die Differenzen zwischen Ergebnis- und Finanzrechnung waren Abweichungen von Fälligkeiten, Zahlungsdaten und periodengerechter Zuordnung sowohl zwischen den Haushaltsjahren 2017 und 2018 als auch zwischen 2018 und 2019. Differenzen zwischen fortgeschriebenen Ansätzen und Ist-Ergebnissen ergaben sich durch nicht geplante Sachkonten und durch tatsächlich von der Planung abweichende Aufwendungen/Auszahlungen und Erträge/Einzahlungen.

Aus der stichprobenartig durchgeführten Prüfung ergaben sich insgesamt keine wesentlichen Feststellungen. Auf Ziffer 5.6. dieses Berichtes wird verwiesen.

#### Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung des Jahresabschlusses 2018 schließt wie folgt ab:

	fortgeschriebener Ansatz 2018	Ist-Ergebnis 2018	Differenz
	€	€	e
Ordentliche Erträge	286.256.650,00	296.077.923,22	9.821.273,22
Ordentliche Aufwendungen	304.201.714,04	299.779.525,69	-4.422.188,35
Ordentliches Ergebnis	-17.945.064,04	-3.701.602,47	14.243.461,57
Finanzerträge	4.145.200,00	3.909.004,88	-236.195,12
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	5.968.000,00	7.028.742,96	1.060.742,96
Finanzergebnis	-1.822.800,00	-3.119.738,08	-1.296.938,08
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-19.767.864,04	-6.821.340,55	12.946.523,49

Aufgrund der Regelung des § 43 Abs. 3 GemHVO sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 90 Abs. 3 S. 1 GO sowie aus Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Diese Aufwendungen und Erträge sind daher nicht in der Ergebnisrechnung enthalten. Die gesetzlich geforderte Erläuterung (§ 43 Abs. 3 GemHVO) im Anhang des Jahresabschlusses wurde gegeben (Ziffer 5.2 b) auf Seite 17 Jahresabschlussbericht). Auf die Darstellung unter Ziffer 5.8. dieses Berichts wird verwiesen.

Da in 2018 keine außerordentlichen Erträge und Aufwendungen zu verzeichnen waren, stellt das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit gleichzeitig das Jahresergebnis dar.

Die einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten mit den jeweiligen Jahresergebnissen und ein Vergleich zu den Haushaltsansätzen sind im Jahresabschluss unter Ziffer 5.5 des Anhangs dargestellt.

Hinsichtlich der **Ergebnisrechnung** wurde festgestellt, dass die Gesamtergebnisrechnung beim fortgeschriebenen Ansatz 2018 nicht identisch mit der Summe der produktbezogenen Teilergebnisrechnungen ist.

Die Gesamtergebnisrechnung weist für das Haushaltsjahr 2018 beim fortgeschriebenen Ansatz ein Jahresergebnis in Höhe von -19.767.864,04 € aus. Die Summe der produktbezogenen Teilergebnisrechnungen weist ein Jahresergebnis in Höhe von -19.767.664,04 € aus.

Es besteht eine Abweichung in Höhe von 200,00 € zwischen der Summe der produktbezogenen Teilergebnisrechnungen und der Gesamtergebnisrechnung.

Eine Erklärung der Abweichung wurde von der Kämmerei gegenüber der Rechnungsprüfung mit Mail vom 23.02.2021 übersandt. Nach dieser Erklärung resultieren die zwischen der Summe der produktbezogenen Teilergebnisrechnungen und der Gesamtergebnisrechnung festgestellten Differenzen aus einem Fehler bei der Planung der Internen Leistungsverrechnung (ILV), namentlich der Grundbesitzabgaben.

Auf dem Konto # 4811800 wurde ein ILV-Ertrag von insgesamt 678.700,00 € veranschlagt, auf dem Konto # 5811800 insgesamt nur ein ILV-Aufwand von 678.500,00 €. Hieraus ergibt sich aus den Planwerten der ILV insgesamt ein positiver Saldo von 200,00 €.

F	Es besteht beim fortgeschriebenen Ansatz eine Abweichung in Höhe von 200,00 € zwischen der Summe der produktbezogenen Teilergebnisrechnungen und der Ergebnisrechnung.
---	--

Der Sachverhalt wurde mit der Kämmerei geklärt, insofern wird auf eine weitergehende Stellungnahme verzichtet.

### Finanzrechnung

Die Finanzrechnung schließt 2018 mit folgenden Ergebnissen ab:

	fortgeschriebener Ansatz 2018	Ist-Ergebnis 2018	Differenz
	€	€	€
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	278.880.750,00	290.930.963,26	12.050.213,26
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	289.660.072,17	282.575.965,11	-7.084.107,06
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-10.779.322,17	8.354.998,15	19.134.320,32
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	13.531.600,00	11.168.639,01	-2.362.960,99
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	43.887.676,98	12.132.354,76	-31.755.322,22
Saldo der Investitionstätigkeit	-30.356.076,98	-963.715,75	29.392.361,23
Finanzmittelfehlbetrag /-überschuss	-41.135.399,15	7.391.282,40	48.526.681,55

Aus diesem Finanzmittelfehlbetrag wird unter Berücksichtigung der Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen, Liquiditätskrediten, sowie deren Tilgung und Gewährung und den Beständen an eigenen Finanzmitteln zum 01.01.2018 der Stand der liquiden Mittel zum Abschluss-tag errechnet.

Die Zahlen der **Finanzrechnung** entsprechen den Summen der produktbezogenen Teilfinanz-rechnungen.

F

In der Finanzrechnung (Seite 3 des Erstellungsberichts) stimmt der Endbestand zum 31.12.2017 in der Spalte „Ergebnis 2017“ / Zeile 40 mit 5.684.604,06 € nicht mit dem Anfangsbestand in der Spalte „Ergebnis 2018“ / Zeile 39 mit 5.685.484,06 € überein. Es ergibt sich eine Differenz in Höhe von 880,00 €.

Die Differenz ergibt sich aus der Differenz bzw. Prüffeststellung aus dem Vorjahr, die sich zwangsweise (programmtechnisch) ins Folgejahr übertragen hat. Die Nichtübereinstimmung von Bilanz und Finanzrechnung zum 31.12.2017 wurde im damaligen Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 mit dem Prüfungsvermerk einer Feststellung unter Ziffer 3.4. (Seite 21 f.) gesehen.

## 5.6. Feststellungen zu den Teilrechnungen

Nach § 95 Abs. 1 GO a.F. besteht der Jahresabschluss unter anderem aus den Teilrechnungen, die nach § 40 GemHVO entsprechend den Teilplänen des Haushalts (§ 4 GemHVO) aufzustellen und in Teilergebnisrechnung und Teilfinanzrechnung zu gliedern sind. § 4 GemHVO lässt grundsätzlich die Aufstellung von Teilplänen nach Produktbereichen, Produktgruppen oder Produkten zu. Das Vorwort zum Haushalt 2018, Ziffer "3. Gliederung des Produkthaushalts der Stadt Siegen" (Seite 6) beschreibt das Vorgehen der Stadt Siegen:

„Die Verwaltung hat sich für eine sachorientierte und auf die Bedarfe der Universitätsstadt Siegen abgestimmte Darstellung des Haushaltes und somit für eine weitere Untergliederung der 17 gesetzlich vorgeschriebenen Produktbereiche nach Produkten (87) mit dem Ausweis der entsprechenden Teilpläne (Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne) entschieden. Auf diese Weise wird der Haushalt konsequent outputorientiert gegliedert und die sachbezogene Diskussion bei der Planerstellung und -beratung unterstützt. Eine zwangsläufige Änderung des Haushaltes vor dem Hintergrund organisatorischer Veränderungen wird so vermieden.

Der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Rat der Universitätsstadt Siegen sollen den Haushalt auf Produktebene beraten und beschließen. Planungen und Entscheidungen des HFA und des Rates auf der Grundlage der Produktbereiche sind zu hoch aggregiert und intransparent. Zu den Detailberatungen der Fachausschüsse sollen ebenfalls die gebildeten Produkte herangezogen werden.

Zur konsequenten Outputsteuerung ist es in Teilbereichen der Verwaltung erforderlich, die prägnanten Leistungen eines Produktes im Rahmen der internen Rechnungslegung mit Hilfe der Kosten- und Leistungsrechnung zu beplanen und zu bewirtschaften. Die hier gewonnenen Erkenntnisse sollen in Form von Leistungs- und Kennzahleninformationen auf der Produktebene in den Haushalt einfließen.

Im Rahmen der internen Leistungsverrechnung soll die Kosten- und Leistungsrechnung mittelfristig für alle Serviceleistungen und Serviceprodukte der Verwaltung aufgebaut werden, um eine/n

- verbesserte Wirtschaftlichkeitskontrolle innerhalb der Verwaltung (Zeitreihen von Kostenentwicklungen)
- Vergleich zu den Angeboten privater Dienstleister
- Vergleich zu den Dienstleistungen anderer Kommunen

zu ermöglichen.“

Der dem Rat zu seiner Sitzung am 03.03.2021 vorgelegte Entwurf des Jahresabschlusses 2018 enthält lediglich Teilrechnungen bzw. Ausschnitte daraus auf Produktbereichsebene. Dem Rechnungsprüfungsamt wurden Teilergebnisrechnungen und Teilfinanzrechnungen auf Produktbereichs-, Produktgruppen- und Produktebene mit der Darstellung der Sachkonten zur jeweiligen Zeile der Teilrechnung zur Verfügung gestellt.



Gemäß Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 27.01.2015 über den Umfang der vorzulegenden Unterlagen sollen die Rechnungsprüfungsausschussmitglieder und die Fraktionen die Teilrechnungen auf Produktbereichs-, Produktgruppen- und Produktebene mit den Ergebnissen und der Zuordnung der Sachkonten zur jeweiligen Zeile der Teilrechnung in digitaler Form erhalten. Die Prüfung geht davon aus, dass dies, den Jahresabschluss 2018 betreffend, so erfolgt ist.

Die Ergebnisse der Teilrechnungen auf Produktbereichs-, Produktgruppen- und Produktebene sind als Anlage 4 diesem Bericht beigelegt.

Zu den Teilrechnungen ergeben sich folgende Prüfungsanmerkungen:

Produkt 01.05.01 Rechnungsprüfung

In der **Teilergebnisrechnung** ist bei den Personalaufwendungen eine Abweichung des Ergebnisses (990.139,43 €) zum Ansatz (728.068,00 €) von 262.071,43 € bzw. um ca. 36 % festzustellen. Die wesentlichen Abweichungen betragen in den Sachkonten # 5011020 [Zuführung Rückstellung Altersteilzeit Beamte] +110.090,12, # 5051000 [Zuführung zu Pensionsrückstellungen] +69.730,49 € und # 5061000 [Zuführung zu Beihilferückstellungen] +23.494,55 €.

Die Ansätze der Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen basieren auf den Vorausberechnungen der Heubeck AG. Diese hat jedoch ihr Berechnungsmodell ab 2018 umgestellt, so dass die Zuführungen insgesamt deutlich höher ausgefallen sind und die Abweichung damit keine alleinige Besonderheit dieses Produktes darstellt.

Auf Konto # 5011020 [Zuführung Rückstellung Altersteilzeit Beamte] wurde kein Ansatz gebildet. In 2018 waren für insgesamt 4 Beamte Rückstellungen zu bilden. Von diesen sind 3 Beamte im Laufe des Jahres 2018 in die Freistellungsphase eingetreten. Das Ergebnis in Höhe von 110.090,12 € wurde anhand der Berechnungen der AG 1/1-2 nachvollzogen und stimmt überein.

Die **Finanzrechnung** wurde analytisch betrachtet und ausgewertet. Die hierdurch gewonnenen Daten (z.B. absolute und prozentuale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, absolute und prozentuale Abweichungen zwischen Plan und Ergebnis im Haushaltsjahr) wurden als Grundlage für eine weitere Durchsicht der Konten der Ergebnisrechnung auf auffällige Buchungen hin herangezogen. Weiter wurden die Daten der Jahre 2015 bis 2018 herangezogen, um einen Verlauf von Planung und Ergebnis auf Produktebene darzustellen.

Bei den Personalauszahlungen ist eine Abweichung von +40.895,82 € bzw. ca. 5,5 % festzustellen. Eine solche Abweichung erscheint angesichts der tariflichen Lohnsteigerungen im Jahr 2018 (+2,35 %) und aufgrund des Personalwechsels in 2018 plausibel.

Insgesamt ergaben sich außer der zuvor genannten Feststellung keine weiteren Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

Produkt 03.01.01 Schulmanagement und -organisation

Das Produkt wurde im Berichtsjahr geprüft.

Hierbei ergaben sich sowohl in der Ergebnis- als auch in der Finanzrechnung keine wesentlichen Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

Produkt 04.01.01 Kulturveranstaltungen und Kulturförderung

Das Produkt wurde im Berichtsjahr geprüft.

Hierbei ergaben sich sowohl in der Ergebnis- als auch in der Finanzrechnung keine wesentlichen Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

Produkt 08.02.01 Stadien und Sportplätze

F

Während die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Kunstrasenplätze auf dem Konto # 4411070 [Auflösung PRAP Kunstrasenplätze] mit 110.000,00 € im Plan angesetzt wurden, erfolgte die Verbuchung der tatsächlichen Erträge in Höhe von 69.329,71 € auf dem Konto # 4147100 [Auflösung PRAP f. Zuschüsse v. priv. Unternehmen].

Dieser Sachverhalt setzte sich in den Haushaltsjahren 2019 ff. fort.

Der Sachverhalt wurde mit der Kämmerei besprochen. Für das Haushaltsjahr 2019 ff. wird durch die Kämmerei bei den Istzahlen eine Korrektur (Zuordnung der Erträge zu # 4411070) vorgenommen. Ab dem Haushaltsjahr 2021 ff. wird Ansatz und Verbuchung des Istergebnisses auf demselben Konto erfolgen. Insofern wird auf eine schriftliche Stellungnahme verzichtet.

Produkt 08.03.01 Hallenbäder und Produkt 08.03.02 Freibäder

F

In diesen Produkten wurden die Erträge aus „sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten“ auf dem allgemeinen Konto # 4461000 [Sonst. privatrechtliche Leistungsentgelte] veranschlagt. Die Buchungen der tatsächlichen Erträge erfolgten aber auf den differenzierten Konten # 4461921 [Eintrittsgelder - regulär] bis # 4461926 [Eintrittsgelder - Kabine]. Im Haushalt erscheint bei diesen differenzierten Kostenarten nur der Gesamtbetrag auf dem „Summenkonto“ # 4461929 [Leistungsentgelte mit diff.Kostenarten (Bäder)].

Ab dem Haushaltsjahr 2020 wurden auch die Planansätze auf den Konten innerhalb der differenzierten Kostenarten veranschlagt, so dass dann Planansatz und Ergebnis auf den selben, entsprechenden Konten erscheinen.

Der Sachverhalt wurde mit der Kämmerei besprochen. Insofern wird auf eine schriftliche Stellungnahme verzichtet.

Produkt 11.01.01 Abfallentsorgung

F

Bei Durchsicht der Teilergebnis- und Teilfinanzrechnung ist aufgefallen, dass die Erträge bzw. Einnahmen aus Rest- und Biomüll auf den „allgemeinen“ Konten # 4321000 [Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte] bzw. # 6321000 [Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte] geplant werden, die unterjährigen Buchungen jedoch auf den „speziellen“ Konten # 4321030 [Restmüll] und # 4321035 [Biomüll] bzw. # 6321030 [Restmüll] und # 6321035 [Biomüll] erfolgen.

Hierbei kommt es im Bereich Abfallentsorgung zu „Verschiebungen“ zwischen den Konten in nicht unerheblicher Höhe. Während in der Ergebnisrechnung auf # 4321030 [Restmüll] und # 4321035 [Biomüll] jeweils der Planansatz 0,00 € beträgt, wurden tatsächlich auf den Konten Erträge in Höhe von 6.012.734,36 € bzw. 2.071.841,45 € gebucht. In der Finanzrechnung wurde analog verfahren.

Der Sachverhalt wurde mit der Kämmerei besprochen. Da die Kämmerei ab dem Haushaltsjahr 2021 eine differenzierte Veranschlagung zugesagt hat, wird auf eine schriftliche Stellungnahme verzichtet.

Produkt 15.04.01 Märkte

Das Produkt wurde im Berichtsjahr geprüft.

Hierbei ergaben sich sowohl in der Ergebnis- als auch in der Finanzrechnung keine wesentlichen Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

## 5.7. Feststellungen zur Bilanz

In die Prüfung der Eröffnungsbilanz wurden die Bestände aller Bilanzpositionen einbezogen und insgesamt positiv testiert. Wegen der Prüfungserleichterung für die Abschlüsse der Haushaltsjahre 2009 und 2010 beschränkte sich dies bei den Veränderungen zum 31.12.2009 und 31.12.2010 auf die Bilanzkontinuität. Die Prüfung der Bilanzen ab dem 31.12.2011 konzentrierte sich daher auf die Veränderungen nach dem jeweiligen Stichtag.

Die Prüfung der Veränderungen der Bilanzwerte in 2018 schloss die Prüfung der Darstellung dieser Veränderungen in den entsprechenden Spiegeln (Anlagen-, Forderungs-, Verbindlichkeitspiegel) des Anhangs ein.

Die Prüfung der Bilanz 2018 wurde unter den vorgenannten Vorgaben mit den unter Punkt „4.2. Art und Umfang der Prüfung“ benannten Schwerpunkten vorgenommen.

Im Folgenden werden Feststellungen und Anmerkungen zu einzelnen Bilanzposten getroffen, soweit dies dem besseren Verständnis dient und aus prüferischer Sicht für sinnvoll und erforderlich gehalten wird. Die Ziffern der folgenden Anmerkungen entsprechen denen der Gliederung der Bilanz.

### **AKTIVA**

<b>1. Anlagevermögen</b>	<b>975.581.296,48 €</b> <b>(Vorjahr 988.249.862,06 €)</b>
--------------------------	--

Das Anlagevermögen enthält gemäß § 33 Abs. 1 Satz 2 GemHVO alle Vermögensgegenstände, die dazu bestimmt sind, dauernd der Aufgabenerfüllung der Stadt Siegen zu dienen.

<b>1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>317.665,73 €</b> <b>(Vorjahr 267.438,84 €)</b>
--	--

Im Berichtsjahr wurden Lizenzen und EDV-Software in Höhe von insgesamt 110.614,11 € beschafft. Die Zugänge des Berichtsjahres bestanden im Wesentlichen aus der Anschaffung von Fachsoftware im Bereich Feuerschutz- und Rettungsdienst (Dienstplansoftware: 34.593,52 €) sowie im Bereich Straße und Verkehr (Via Vis Lizenzen: 24.572,25 €).

Der Posten wurde stichprobenhaft geprüft. Die zur Prüfung ausgewählte Stichprobe umfasste wertmäßige Beschaffungen von insgesamt 83.680,16 €. Somit ergibt sich eine (wertmäßige) Prüfquote von 75,65 %.

Die Aktivierungen erfolgten dem Grunde und der Höhe nach korrekt. Die jeweiligen Aktivierungszeitpunkte sowie Abschreibungen waren zutreffend. Die Abschreibungen bestehen ausschließlich aus Normalabschreibungen. Die Abgänge der nicht mehr nutzbaren Software wurden ebenfalls korrekt gebucht. Der Abgleich zwischen der Inventarisierungssoftware KAI und der Finanzsoftware ergab keine Beanstandungen.

Hinsichtlich der Prüfung der Angaben im Anhang und im Anlagespiegel ergaben sich ebenfalls keine Unstimmigkeiten oder Beanstandungen.

Insgesamt ergaben sich keine Beanstandungen.

**1.2 Sachanlagen** **791.165.661,37 €**  
(Vorjahr **804.483.719,39 €**)

**1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte** **142.936.614,39 €**  
(Vorjahr **144.660.452,30 €**)

Eine Untergliederung dieses Bilanzpostens ist gemäß § 41 Abs. 3 GemHVO mindestens in

- Grünflächen (z. B. Parkanlagen, naturschutzwürdige Flächen, Wasserflächen),
- Ackerland (landwirtschaftlich genutzte Flächen ohne Gebäude-, Hof- oder Wegeflächen),
- Wald, Forsten (der im städtischen Besitz befindliche Wald sowie sonstige forstwirtschaftlich genutzte Flächen ohne Gebäude-, Hof- oder Wegeflächen) und
- Sonstige unbebaute Grundstücke (andere, nicht unter den zuvor genannten Punkten aufgeführte Grundstücke, z.B. unbebaute Bau- oder Gewerbegrundstücke sowie Erbbaugrundstücke)

vorgesehen.

Die städtischen Grundstücke werden mittels der Inventarisierungssoftware KAI geführt. Die aus dieser Software generierten kontenscharfen Listen über Zu- und Abgänge (Käufe, Verkäufe, Teilungen, Verschmelzungen) werden dann manuell in die Anlagenbuchhaltung (INFOMA) übernommen.

**1.2.1.1 Grünflächen** **61.849.704,93 €**  
(Vorjahr **62.539.012,06 €**)

Diese Bilanzposition umfasst unterschiedliche Nutzungsformen, wie Park- und Grünanlagen, Sportflächen, Kleingärten, Kinderspielplätze, Friedhöfe, Naturschutzflächen sowie Wasserflächen von stehenden Gewässern (Teiche).

Zusammensetzung:

	Betrag
	€
Grund und Boden	27.854.112,60
Aufwuchs, Anlagen	16.054.570,63
Betriebsvorrichtungen	9.726.107,39
Gebäude	8.214.914,31
Summe	61.849.704,93

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 wurde der Posten schwerpunktmäßig geprüft. Insofern wurden im Vorjahr sowie im Berichtsjahr keine tiefergehenden Prüfungshandlungen vorgenommen.

Unter diesem Posten hätte der im Berichtsjahr fertiggestellte Pocheweier (einschließlich Ersatzgewässer) ausgewiesen werden müssen. Dieser wurde fälschlicherweise von den Anlagen im Bau in den Posten „1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen“ umgebucht.

Auf die entsprechende Prüffeststellung unter „1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen“ wird verwiesen.

Darüber hinaus ergaben sich keine Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

<b>1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte</b>	<b>291.912.033,70 €</b>
	<b>(Vorjahr 301.235.659,24 €)</b>

Unter dieser Bilanzposition werden in erster Linie Schulen (ca. 173 Mio. €), sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude (ca. 97 Mio. €) sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen (ca. 20 Mio. €) ausgewiesen.

<b>1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen</b>	<b>20.279.248,48 €</b>
	<b>(Vorjahr 19.036.982,76 €)</b>

Im Berichtsjahr wurde der Posten schwerpunktmäßig geprüft. Betragsmäßig größter Zugang ist die KiTa Breitscheidstraße. Dieser wurde deshalb zur Prüfung ausgewählt.

Die KiTa ist in dem Gebäude der Grundschule Hüttentalschule angesiedelt. Eine Etage des Gebäudes wurde zu einer Kindertagesstätte umgebaut, die zweite Etage wird weiterhin durch die Grundschule genutzt. Die KiTa nutzt 53 % der Fläche 1, demzufolge werden mit der Teilnutzungsänderung 53 % von der Hüttentalschule in die KiTa umgewandelt. Die ehemalige Hausmeisterwohnung ist der KiTa zugeordnet. Der sich auf dem Gelände befindliche Pavillon ist nicht Gegenstand der Prüfung. Er ist ungenutzt und baufällig.

Geprüft wurden die Vollständigkeit des Abgangs auf Konto # 0978510 [SK Hochbaumaßnahmen allgemein], der Zeitpunkt der Aktivierung, die Berechnung der AfA, die aktivierten Eigenleistungen sowie der Abgang des Altbestandes.

Die Maßnahme wurde in 2018 umgesetzt und zum 20.08.2018 in Betrieb genommen. Zur Aktivierung wurden die Nutzungsdauer des Gebäudes und der Außenanlagen aus der Eröffnungsbilanz unverändert entsprechend der AfA-Tabelle der Stadt Siegen zutreffend übernommen und fortgesetzt. Die Restnutzungsdauer der Außenanlage und die des Gebäudes waren in der Eröffnungsbilanz mit jeweils 35 Jahren angesetzt. Der Buchwert der KiTa wurde

um die Investitionen im August 2018 folgerichtig erhöht. Der Zeitpunkt der Inbetriebnahme wird durch Unterlagen bestätigt.

Nach den Festlegungen der Stadt Siegen sind zu aktivierende Anlagen im Monat der Anschaffung bzw. Herstellung zum 1. des Monats zu aktivieren. Die Investitionen / Zuschreibungen erfolgten entsprechend der Vorgabe. Die AfA der Gebäudeumnutzung und der Außenanlage wurden (in diesem Fall) taggenau zum 20.08.2018 berechnet und übertragen, da man ansonsten die AfA fälschlicherweise 20 Tage doppelt berechnet hätte, da das Gebäude nicht in Gesamtheit übertragen wurde. Die Abschreibungsbeträge wurden durch eigene Rechnungen bestätigt. Die gewählte taggenaue Abschreibung führt in dem vorliegenden Fall zum korrekten Ergebnis.

- H Im Entwurf der Dienstanweisung für die Anlagenbuchhaltung der Stadt Siegen vom 11.03.2009 hat die Abschreibung zum 01. des Folgemonats zu beginnen. Die Richtlinie sollte an die zwischenzeitlich durch das 1. NKFVG begründete städtische, geänderte Vorgehensweise angepasst bzw. diesbezüglich überarbeitet werden.

Die Investitionen / Zuschreibungen setzen sich aus den Bautätigkeiten und den zugehörigen aktivierten Eigenleistungen - hier Planungsleistungen - zusammen.

- F Die aktivierten Eigenleistungen wurden aus den Abrechnungssummen gemäß HOAI zu niedrig ermittelt. Das Leistungsbild "Technische Ausrüstung" hätte nach den möglichen Objekten der Objektliste nach § 53 Absatz 2 HOAI gesplittet werden müssen. Schon eine grobe Trennung der Herstellungskosten nach Objektgruppe 1 und 2 (Abwasser-, Wasser- oder Gasanlagen und Wärmeversorgungsanlagen) sowie 4 und 5 (Starkstromanlagen und Fernmelde- oder Informationstechnische Anlagen) hätte die aktivierbaren Eigenleistung um mehr als 5 T€ erhöht.

Aufgrund der geringen Ergebniswirksamkeit wird seitens der Rechnungsprüfung auf eine Korrekturforderung verzichtet.

Die Abgänge von Konto # 032400X (Gebäude Schulen), # 032200X (Aufwuchs, Anlagen Schulen) inclusive Stützwand und # 032100X (Boden Schulen) wurden korrekt auf die entsprechenden Konten für Kinderbetreuungseinrichtungen (# 031410X, # 031210X, # 031110X) verbucht. Das Gebäude (fortgeschriebene Anschaffungs- und Herstellungskosten) wurde zu 53 % umgebucht, die anderen Anlagenteile wurden vollständig umgebucht. Auf dem entsprechenden Inventar-Stammblatt des Inventarisierungsprogrammes KAI wird das Gebäude als Schule geführt.



Das Schulgebäude wurde 2014 mittels Fördermittel mit Zweckbindungsfrist bis zum 30.10.2029 energetisch saniert. Seitens des Fördermittelgebers wurde der Teil-Nutzungsänderung zur KiTa ohne Rückforderungsansprüche zugestimmt. Die Ausstattung der KiTa wurde mit Zuwendungsmitteln aus dem Ausbauprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ bestritten, die seitens der Stadt beantragt und an den Träger „VAKS e.V.“ weitergeleitet wurden.

Weitere, außer den zuvor genannten, Beanstandungen und Feststellungen ergaben sich nicht.

#### **1.2.2.2 Schulen**

**172.729.111,35 €**  
**(Vorjahr 179.085.216,46 €)**

Der Posten wurde im Vorjahr in Stichproben geprüft. Eine detaillierte Prüfung erfolgte bezüglich:

- Gesamtschule Eiserfeld, barrierefreier Ausbau, und
- Anlagenabgang/Verkauf Marienschule I (Gebäude Marienschule I).

Im Berichtsjahr fanden keine tiefergehenden Prüfungen statt.

Es gab keine Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

#### **1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude**

**96.583.300,66 €**  
**(Vorjahr 100.679.531,96 €)**

Der Posten wurde im Vorjahr in Stichproben geprüft. Eine detaillierte Prüfung erfolgte dabei bezüglich der Zentralisierung der Bauhöfe. Hinsichtlich des Anlagenzugangs aus dem Erwerb der Tankstelle Koblenzer Str. 84 erfolgte eine Kontendurchsicht auf Plausibilität und Auffälligkeiten.

Im Berichtsjahr fanden keine tiefergehenden Prüfungen statt.

Es gab keine Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

### **1.2.3 Infrastrukturvermögen**

**308.839.049,98 €**  
**(Vorjahr 310.492.090,05 €)**

Das Infrastrukturvermögen stellt die größte Position des Sachanlagevermögens dar und umfasst die öffentlichen Einrichtungen, die ausschließlich nach ihrer Bauweise und Funktion der örtlichen Infrastruktur zu dienen bestimmt sind. In der Bilanz der Stadt Siegen wird das nachfolgende Infrastrukturvermögen aufgeführt:

- Grund und Boden des Infrastrukturvermögens,
- Brücken und Tunnel,
- Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen,
- Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen,
- Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen,
- Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens.

Geprüft wurden anhand ausgewählter Maßnahmen die Vollständigkeit der Zu- und Abgänge, die zeitnahe Aktivierung fertiggestellter Maßnahmen, die Korrektheit der Buchungen und die Ermittlung der Abschreibungen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Bildung der korrespondierenden Sonderposten geprüft. Ergänzend wurde eine Plausibilitätsprüfung unter Berücksichtigung der Eröffnungsbilanz und der Vorjahresabschlüsse vorgenommen.

Die Prüfung des Infrastrukturvermögens erfolgte dabei aufgrund des engen sachlichen Zusammenhangs unter Berücksichtigung der Prüfung des Postens „1.2.8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“ mit. Insofern wird auch auf die Prüfungshandlungen und der sich daraus ergebenden Prüfergebnisse sowie auf die Erläuterungen zu „1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“ dieses Berichtsteils verwiesen.

#### **1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens**

**54.549.312,87 €**  
**(Vorjahr 54.464.513,30 €)**

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 wurde der Posten letztmalig schwerpunktmäßig geprüft. Insofern wurden im Vorjahr sowie im Berichtsjahr keine tiefergehenden Prüfungshandlungen vorgenommen.

Im Rahmen der Prüfung der schwerpunktmäßig ausgewählten Posten sowie des Postens „1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“ ergaben sich bezüglich dieses Postens keine Auffälligkeiten bzw. Hinweise auf fehlerhafte Buchungen.

### 1.2.3.2 Brücken und Tunnel

**35.692.471,48 €**  
**(Vorjahr 36.642.636,97 €)**

Hier ausgewiesen werden alle Brücken, unabhängig von ihrer Nutzung für Fußgänger, Fahrzeug- oder Schienenverkehr. Die Stadt Siegen hat keine Tunnel zu bilanzieren.

Der Posten wurde im Berichtsjahr schwerpunktmäßig geprüft.

Gegenstand der Prüfung des Postens „1.2.3.2 Brücken und Tunnel“ waren die Bilanzkonten # 0421001 [Brücken und Tunnel], # 0421003 [Zug. Brücken und Tunnel], # 0421006 [Abg. Brücken und Tunnel] sowie der Anhang einschließlich des Anlagenspiegels zu dieser Bilanzposition.

Die Stadt Siegen ist bei keinem Tunnel im Stadtgebiet wirtschaftliche Eigentümerin, so dass in der Bilanzposition „1.2.3.2 Brücken und Tunnel“ zutreffend keine Tunnel aufgeführt sind.

Im Berichtsjahr 2018 wurden auf dem Bilanzkonto # 0421003 [Zug. Brücken und Tunnel] drei Anlagenzugänge gebucht. Aufgrund der geringen Anzahl von Buchungen wurden daher alle drei Zugänge geprüft. Auf dem Bilanzkonto # 0421006 [Abg. Brücken und Tunnel] wurden keine Buchungen erfasst. Diesbezüglich erfolgte eine Plausibilitätsprüfung (Abgleich Inventarisierungssoftware KAI und Anlagenbuchhaltung INFOMA). Hierdurch ergaben sich keine Hinweise auf entsprechende zu erfassende Abgänge.

Geprüft wurden die Anlagenzugänge hinsichtlich der zutreffenden und zeitnahen Aktivierung, die dazugehörigen Buchungen und der Anlagenspiegel.

Die Saldenvorträge (Summen- und Saldenliste Spalte: „...31.12.2017“) stimmen mit der Schlussbilanz zum 31.12.2017 und dem testierten Jahresabschluss zum 31.12.2017 für die Bilanzposition „1.2.3.2 Brücken und Tunnel“ überein.

Im Haushaltsjahr 2018 wurden Anlagenzugänge, allesamt nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten, in Höhe von insgesamt 67.784,67€ gebucht. Hierfür wurden zwei Geschäftsvorfälle buchhalterisch erfasst:

Anlagegut Nr.	Bezeichnung INFOMA	Zugangsdatum	Betrag
HANL004288	BW 1470 neu Apollobrücke	16.01.2018	3.510,50 €
ANL000517	BW 3124 Brücke Poststraße	23.10.2018	64.274,17 €
		Summe	<b>67.784,67 €</b>

Aufgrund der geringen Anzahl an Anlagenzugängen und dazu getätigten Geschäftsvorfällen wurden alle Zugänge geprüft, wodurch sich für diese Bilanzposition eine Prüfquote von 100 % ergibt.

Die Buchungsbelege zu den Anlagenzugängen wurden bei der Abteilung 3/1- Kämmerei angefordert und seitens der Anlagenbuchhaltung zur Verfügung gestellt. Die vorgelegten Belege stimmten mit den Buchungen in der Finanzsoftware INFOMA überein. Die Buchung der Geschäftsvorfälle erfolgte der Höhe und dem Grunde nach zutreffend.

Die zur Prüfung ausgewählten Anlagegüter können unter den nachfolgend aufgelisteten Inventarnummern in der Inventarisierungssoftware KAI aufgerufen werden:

Anlagegut Nr. INFOMA	Bezeichnung KAI	Inventarnummer KAI
ANL000517	SIB BW 3124 neu	9500050508
HANL004288	BW 1470 neu Apollobrücke	9500049887

Die Erfassung der nachträglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten in der Inventarisierungssoftware KAI erfolgte bei dem Anlagegut „BW 1470 neu Apollobrücke“ mit der Inventarnummer „9500049887“ für das Berichtsjahr korrekt.

Bei dem Anlagegut „BW 3124 neu“ mit der Inventarnummer „9500049887“ wurden lediglich nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten in Höhe von 3.531,77 € für Markierungsarbeiten der VSO Fahrbahnmarkierung GmbH erfasst, so dass sich eine Differenz zwischen der Inventarisierungssoftware KAI zu der Finanzsoftware INFOMA und der dazugehörigen Anlagenbuchhaltung in Höhe von 60.742,40 € ergibt.

- H Die nachträglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten werden in der Inventarisierungssoftware KAI lediglich nachrichtlich aufgeführt. Die Erfassung der nachträglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten ist dennoch vorzunehmen.

Im Anlagenbuch der Finanzsoftware INFOMA NSK ist unter der Spalte „KAI-Nr. / Straßennr.“ die Inventarnummer aus der Inventarisierungssoftware aufgeführt, so dass eine eindeutige Zuordnung des Anlagegutes in der Inventarisierungssoftware gegeben ist.

Aufgrund der oben genannten Abweichung der nachträglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten zwischen der Inventarisierungssoftware KAI und der Finanzsoftware INFOMA wurde prüfungserweiternd das AiB-Konto # 0978524 [SK Brücken] korrespondierend geprüft.

- F Die geleisteten Auszahlungen für die nachträglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten für das Anlagegut ANL000517 „BW 3124 Brücke Poststraße neu“ wurden fälschlicherweise nicht mit dem tatsächlichen Leistungserbringungsdatum / Rechnungsdatum als nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten aktiviert, wie aus dem Konto # 0421003 [Zugang Brücken und Tunnel] ersichtlich, sondern allesamt (gebündelt) als Anlagenzugang zum 23.10.2018 gebucht.

Die Rechnung mit der Belegnummer „18KG039214“ in Höhe von 29.934,09 € ist entsprechend des Rechnungsdatums 22.08.2018 als nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten in der genannten Höhe zum 22.08.2018 zu buchen. Seitens der Kämmerei wurde das Buchungsdatum auf den 01.01.2018 zurückdatiert. Die Auszahlung erfolgte zum korrekten Zeitpunkt.

In der sich im Entwurf befindlichen „Entwurf der Dienstanweisung für die Anlagenbuchhaltung der Stadt Siegen“ wird unter Punkt 16.2.1 Nachträgliche Anschaffungs-/ Herstellungskosten keine Aussage dazu getroffen, zu welchem Zeitpunkt die nachträglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten zu aktivieren sind.

Seitens der Rechnungsprüfung wurde die Fragestellung, zu welchem Zeitpunkt nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten zu aktivieren sind, an die Kämmerei gestellt. Seitens der Kämmerei wurde mitgeteilt, dass alle Rechnungen zum Rechnungsdatum hätten aktiviert werden müssen.

Aufgrund von Geringfügigkeit (Ergebniswirksamkeit ca. 330 € p.a.) kann nach Auffassung der örtlichen Prüfung auf eine Korrektur im vorliegenden Fall verzichtet werden.

- H Im Berichtsjahr konnten keine Anlagenabgänge in der Bilanzposition „1.2.3.2 Brücken und Tunnel“ festgestellt werden. Hierzu wurde ebenfalls ein Abgleich mit den Anlagen im Bau (AiB) durchgeführt, ob auf Grund einer Brückenbaumaßnahme ein Abriss eines bestehenden Bauwerks im Berichtsjahr stattgefunden hat. Bautechnisch hat sich ein Abriss für den Neubau der Brücke über den Eisernbach BW 3138 ergeben, in der Anlagenbuchhaltung und in der Inventarisierungssoftware war hierzu jedoch kein Anlagegut / Inventargut vorhanden, so dass kein Abgang buchhalterisch zu erfassen war.

Hinsichtlich der Prüfung des Anhangs ist festzustellen, dass der Buchwert, die Höhe des Zugangs und des Abgangs, die Höhe der Abschreibung des laufenden Jahres (2018) sowie der Buchwert zum 31.12.2018 mit den Werten in der Finanzsoftware INFOMA NSK sowie der Summen-Salden-Liste übereinstimmen. Die kämmereiseitigen Erläuterungen im Anhang zu den wertmäßig größten Anschaffungen bei den Brücken sind korrekt und waren Bestandteil der zuvor aufgeführten, getätigten Prüfung.

Die Prüfung des Anlagespiegels 2018 ergab für die Bilanzposition „1.2.3.2 Brücken und Tunnel“ keine Unstimmigkeiten bzw. Beanstandungen.

Insgesamt gab es keine wesentlichen Beanstandungen.

#### **1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen**

**3.272.331,29 €  
(Vorjahr 853.428,14 €)**

Der Posten wurde im Berichtsjahr schwerpunktmäßig geprüft.

Gegenstand der Prüfung waren die Bilanzkonten # 0441101 [Stehende Gewässer], # 0441103 [Zug. Stehende Gewässer], # 0441106 [Abg. Stehende Gewässer] sowie der Anhang (einschließlich Anlagespiegel).

Im Berichtsjahr 2018 wurden auf dem Bilanzkonto # 0441103 [Zug. Stehende Gewässer] zwei Anlagenzugänge gebucht. Aufgrund der geringen Anzahl von Buchungen wurden daher alle (zwei) Zugänge geprüft. Auf dem Bilanzkonto # 0441106 [Abg. Stehende Gewässer] wurden keine Buchungen durchgeführt. Daher wurde hier lediglich eine Plausibilitätsprüfung (Abgleich Inventarisierungssoftware KAI und Anlagenbuchhaltung INFOMA) durchgeführt.

Geprüft wurden die Buchungen für die Anlagenzugänge hinsichtlich der zutreffenden und zeitnahen Aktivierung, die dazugehörigen Buchungen und der Anlagespiegel.

Die Saldenvorträge (Summen- und Saldenliste Spalte: „...31.12.2017“) stimmen mit der Schlussbilanz zum 31.12.2017 und dem testierten Jahresabschluss zum 31.12.2017 für die Bilanzposition „1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigung“ überein.

Im Haushaltsjahr 2018 wurden Anlagenzugänge in Höhe von 2.450.367,08 € gebucht. Es wurden in der Finanzsoftware INFOMA NSK zwei Geschäftsvorfälle buchhalterisch erfasst:

Anlagegut Nr.	Bezeichnung INFOMA	Zugangsdatum	Zugangsbetrag AK / HK
ANL001330	Pocheweiher Hauptteich	31.08.2018	1.893.913,90 €
ANL001331	Pocheweiher Ersatzgewässer	31.08.2018	556.453,18 €
		Summe	<b>2.450.367,08 €</b>

Aufgrund der geringen Anzahl an Anlagenzugängen und der dazu erfassten Geschäftsvorfälle wurden alle (zwei) Zugänge geprüft. Somit ergibt sich eine Prüfquote von 100 %.

Die Buchungsbelege zu den Anlagenzugängen wurden bei der Abteilung 3/1 - Kämmerei angefordert und seitens der Anlagenbuchhaltung zur Verfügung gestellt. Die vorgelegten Belege stimmten mit den Buchungen in der Finanzsoftware INFOMA überein. Die Buchung der Geschäftsvorfälle erfolgte der Höhe nach zutreffend.

Die Anlagenzugänge sind gemäß Arbeitsanweisung „Anweisung zur Inventarisierung und Aktivierung von Vermögensgegenständen“ und dem sich im Entwurf befindlichen „Entwurf der Dienstanweisung für die Anlagenbuchhaltung der Stadt Siegen“ in der Inventarisierungssoftware KAI zu erfassen.

Die zur Prüfung ausgewählten Anlagegüter können unter den nachfolgend aufgelisteten Inventarnummern in der Inventarisierungssoftware KAI aufgerufen werden:

Anlagegut Nr. INFOMA	Bezeichnung KAI	Inventarnummer KAI
ANL001330	Pocheweiher Hauptteich	9500045482
ANL001331	Pocheweiher Ersatzgewässer	9500050842

Die Erfassung der geprüften Inventargüter in KAI erfolgte der Höhe nach korrekt.

Im Anlagenbuch der Finanzsoftware INFOMA ist unter der Spalte „KAI-Nr. / Straßennr.“ die Inventarnummer aus der Inventarisierungssoftware aufgeführt, so dass eine eindeutige Zuordnung des Anlagegutes in der Inventarisierungssoftware gegeben ist. Die Angaben aus der Inventarisierungssoftware wurden ins Anlagenbuch INFOMA korrekt übernommen.

Prüfungsseitig wurde bei der Durchsicht der vorgelegten Belege festgestellt, dass es sich um eine Umgestaltung eines Teiches handelt. Hierzu wurden weitergehende Informationen beim Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi) angefordert.

Aus den zur Verfügung gestellten Unterlagen des ESi ist ersichtlich, dass für die Umgestaltung des Pocheweiheres zunächst ein Ersatzgewässer für die im Habitat vorhandene Tierwelt geschaffen werden musste. Die Umgestaltung des Pocheweiheres erfolgte unter naturschutzrechtlichen Gesichtspunkten. Der Hochwasserschutz für die Unterlieger wurde nicht erhöht. Insgesamt handelt es sich aus Sicht der Rechnungsprüfung bei der Umgestaltung des Pocheweiheres und der Schaffung des Ersatzgewässers nicht um eine dauerhafte Hochwasserschutzanlage.

Seitens der Anlagenbuchhaltung ist die Umgestaltung des Pocheweiheres und das dazugehörige Ersatzgewässer unzutreffend in der Bilanzposition „1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen“ ausgewiesen bzw. verbucht worden.

Die „Zuordnungsvorschriften zum kommunalen haushaltsrechtlichen Kontenrahmen (kommunaler Kontierungsplan)“ [VV Muster zur GO und GemHVO, Anlage 17] ist für die gemeindlichen Geschäftsvorfälle gemäß § 41 GemHVO zu beachten. Unter der Bilanzposition „1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen“ sind Kläranlagen, Abwasserkanäle, Stauraumkanäle, Regenrückhaltebecken, Regenwasserbehandlungsanlagen sowie öffentliche Toiletten zu führen.

Aus Sicht der Rechnungsprüfung handelt es sich, wie oben erläutert, bei dem Pocheweiher und dem Ersatzgewässer jeweils um einen Teich.

Die Rechnungsprüfung sieht daher eine Umbuchung in die Bilanzposition „1.2.1.1 Grünflächen“ in Höhe der fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie eine Korrektur / Anpassung der Abschreibungsdauer als erforderlich an. Dies sollte aufgrund der verspäteten Erstellung / Vorlage des Jahresabschlusses sowie des Zeitfortschritts nicht mehr im Jahresabschluss 2018 sondern im Jahresabschluss 2019 erfolgen. Eine Anpassung der Zuordnung ist ebenfalls in der Inventarisierungssoftware Kai vorzunehmen.



Der Pocheweiher wurde seitens der Anlagenbuchhaltung als eine Hochwasserschutzanlage (dauerhaft) eingestuft und daher die Nutzungsdauer gemäß AfA-Tabelle der Stadt Siegen (Nr. 1.170) auf 80 Jahre für das Hauptgewässer und das Ersatzgewässer festgelegt.

Die Rechnungsprüfung sieht daher ebenso auf Grundlage der zuvor getroffenen Feststellung, nämlich, dass es sich bei den Gewässern um Teiche handelt, eine Anpassung der Nutzungsdauern ebenfalls als erforderlich an. Bei dem Ersatzgewässer ist zu beachten, dass eine spätere Instandhaltung nicht geplant ist, d. h., dass eine Verlandung / Versumpfung in Kauf genommen wird.

Entsprechend der NKF-Rahmentabelle der Gesamtnutzungsdauern für kommunale Vermögensgegenstände wird unter Nr. 2.06 Löschwasserteiche eine Nutzungsdauer von 20 bis 40 Jahren angegeben. Für das Ersatzgewässer wird eine kürzere Nutzungsdauer, entsprechend der in der NKF-Rahmentabelle unter Nr. 2.06 angegebenen minimalen Nutzungsdauer, von 20 Jahren seitens der Rechnungsprüfung als zutreffend angesehen.

In der AfA-Tabelle der Stadt Siegen ist unter Nr. 2.060 Teiche eine Nutzungsdauer von 40 Jahren festgelegt. Für das Hauptgewässer ist die Nutzungsdauer von 40 Jahren aus Sicht der Rechnungsprüfung zutreffend.

Daraus ergeben sich nach Auffassung der Rechnungsprüfung folgende (neue Gesamt-) Nutzungsdauern:

Anlagegut Nr.	Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
ANL001330	Pocheweiher (Hauptgewässer)	40
ANL001331	Pocheweiher (Ersatzgewässer)	20

Die Verringerung der Nutzungsdauern führt im Berichtsjahr zu einer höheren Belastung der Ergebnisrechnung (Bilanzielle Abschreibungen) in Höhe von selbst errechneten 18.558,72 €, also rund 18,6 T€.

Anlagegut Nr.	Vermögensgegenstand	AfA 2018 # 5711000 (Nutzungsdauer 80 Jahre)	AfA 2018 # 5711600 (Nutzungsdauer 40 / 20 Jahre)	Mehrbelastung Ergebnisrechnung 2018
ANL001330	Pocheweiher (Hauptgewässer)	9.864,13 €	19.728,27 €	9.864,14 €
ANL001331	Pocheweiher (Ersatzgewässer)	2.898,19 €	11.592,77 €	8.694,58 €
<b>Summe</b>		<b>12.762,32 €</b>	<b>31.321,04 €</b>	<b>18.558,72 €</b>

Im Berichtsjahr konnten keine Anlagenabgänge in der Bilanzposition „1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen“ in der Inventarisierungssoftware KAI und in der Finanzsoftware INFOMA festgestellt werden. Ebenso gab es auch aufgrund anderer Prüfungshand-

lungen (unterjährige Visa-Kontrolle, Vergabeprüfung, Durchsicht der entsprechenden Gremien-Protokollen) keine Hinweise auf weitere buchhalterisch zu erfassende Geschäftsvorfälle.

Die bilanziellen Abschreibungen 2018 würden sich bei Korrektur im Jahresabschluss 2018 in der Ergebnisrechnung (selbst errechnet) um ca. +18,6 T€ auf ca. 21,9 T€ erhöhen.

Hinsichtlich der Prüfung des Anhangs (einschließlich Anlagenspiegel) ergeben sich keine weiteren Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

Insgesamt wird zusammenfassend festgestellt:

F/2

Eine Umbuchung des Pocheweiher sowie des Ersatzgewässers (in Höhe der fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten: ca. 2,45 Mio. €) in die Bilanzposition „1.2.1.1 Grünflächen“ ist zeitnah vorzunehmen, die Nutzungsdauern sind zu korrigieren.

Die Nutzungsdauern sind wie folgt anzupassen bzw. zu überprüfen:

- Pocheweiher Hauptteich entsprechend AfA-Tabelle Stadt Siegen Nr. 2.060 Teiche auf 40 Jahre
- Ersatzgewässer, kürzere Nutzungsdauer, entsprechend der in der NKF-Rahmentabelle unter Nr. 2.06 angegebener minimaler Nutzungsdauer von 20 Jahren.

Aufgrund der späten Vorlage des Jahresabschlusses, des Zeitfortschritts sowie des geringen Einflusses auf das Jahresergebnis 2018 (Ergebniswirkung ca. -18,6 T€ bei Korrektur) wird prüfungsseitig mitgetragen, wenn eine Korrektur erst im Jahresabschluss 2019 erfolgt.

#### **1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen**

**212.396.075,44 €**  
**(Vorjahr 215.536.117,50 €)**

Der Posten wurde im Berichtsjahr schwerpunktmäßig geprüft.

Gegenstand der Prüfung waren die Bilanzkonten # 0451001 [Straßen, Wegen, Plätzen], # 0451003 [Zug. Straßen, Wegen, Plätzen], # 0451006 [Abg. Straßen, Wege, Plätze], # 0457001 [Stützmauern], # 0457003 [Zug. Stützmauern], # 0457006 [Abg. Stützmauern] sowie der Anhang (einschließlich Anlagenspiegel) zu dieser Bilanzposition.

Die Saldenvorträge (Summen- und Saldenliste Spalte: „...31.12.2017“) stimmen mit der Schlussbilanz zum 31.12.2017 und dem testierten Jahresabschluss zum 31.12.2017 für die Bilanzposition „1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen“ überein.

Im Berichtsjahr 2018 wurden auf dem Bilanzkonto # **0451003 [Zug. Straßen, Wege, Plätze]** 74 Buchungen in Höhe von insgesamt 1.789.549,67 € für Anlagenzugänge getätigt. Zur Prüfung ausgewählt wurden die betragsmäßig größten Anlagenzugänge im Zuge einer Baumaßnahme und daneben die Anlagenzugänge aus einer kombinierten Baumaßnahme (Gehwegbau und Haltestellenneubau). Dabei ergab sich folgende Prüfauswahl:

- Baumaßnahme Am Sender 919.558,91 €
- Gehwegneubau Hengsbachstraße 109.499,99 €.

Investitionscode	Baumaßnahme	Anlagegut Nr.	Via Vis – Nr.	Zugangsdatum	Zugangsbetrag (AK/HK)
T 120201090	Endausbau Am Sender	ANL001372	18324	28.06.2018	656.774,01 €
		ANL001373	18325	28.06.2018	31.302,88 €
		ANL001374	18326	28.06.2018	129.645,78 €
		ANL001375	18327	28.06.2018	101.836,24 €
I 12020100	Gehwegneubau Hengsbachstraße	ANL001391	18338	14.11.2018	20.571,18 €
		ANL001392	18337	14.11.2018	33.747,45 €
		ANL001393	18339	14.11.2018	55.181,36 €
Auswahl Prüfung gesamt:					1.029.058,90 €

Hieraus ergibt sich eine wertmäßige Prüfquote für das Konto # 0451003 [Zug. Straßen, Wegen, Plätzen] von 57,50 %.

Die zur Prüfung ausgewählten Anlagegüter im Bereich der Straßen können unter den aufgelisteten ViaVis – Nummern in der Straßendatenbank ViaVis aufgerufen werden.

Auf dem Bilanzkonto # **0457003 [Zug. Stützmauern]** wurden im Berichtsjahr 2018 31 Buchungen in Höhe von insgesamt 1.981.806,90 € für Anlagenzugänge erfasst. Zur Prüfung ausgewählt wurden Anlagenzugänge in Höhe von insgesamt 903.139,49 €. Diese betreffen die Sanierung der Schloss- und Wehrmauern des ersten Bauabschnittes, 2. Teil (Investitionscode T 090201120) in dem Großprojekt „Rund um den Sieberg“:

- Via 3569 Schlossmauer 49.105,34 €
- Via 3568 Schlossmauer 158.596,97 €
- Via 3570 Schlossmauer 110.155,22 €
- Via 3578 Schlossmauer 173.859,44 €
- Via 3588 Schlossmauer 35.833,63 €
- Via 3589 Schlossmauer 272.733,11 €
- Via 1347 102.855,78 €.

Investitions-code	Baumaßnahme	Anlagegut Nr.	Bezeichnung	Inventar-nummer KAI	Zugangsdatum	Zugangsbetrag (AK/HK)
T090201120	RudS Sanierung Schlossmauer I. BA II. Teil	ANL001385	Via 3569 Schlossmauer RudS	9500050737	17.11.2018	49.105,34 €
		ANL001386	Via 3568 Schlossmauer RudS	9500050745	17.11.2018	158.596,97 €
		ANL001387	Via 3570 Schlossmauer RudS	9500050753	17.11.2018	110.155,22 €
		ANL001388	Via 3578 Schlossmauer RudS	9500050761	06.11.2018	173.859,44 €
		ANL001389	Via 3588 Schlossmauer RudS	9500050770	02.10.2018	35.833,63 €
		ANL001390	Via 3589 Schlossmauer RudS	9500050788	02.10.2018	272.733,11 €
		HANL018106	Via 1347	9500040553	20.11.2018	102.855,78 €
Auswahl Prüfung gesamt:						903.139,49 €

Hieraus ergibt sich eine wertmäßige Prüfquote für das Konto # 0457003 [Zug. Stützmauern] von 45,57 %.

Die zur Prüfung ausgewählten Anlagegüter im Bereich der Stützmauern können unter den aufgelisteten Inventarnummern in der Inventarisierungssoftware KAI aufgerufen werden.

Die Anlagenzugänge wurden hinsichtlich der Buchungswerte, des Aktivierungsdatums (Zugänge Bilanzkonto), der Festlegung der (Rest)Nutzungsdauer und der Abschreibungsbeträge geprüft.

Die Buchungsbelege zu den Anlagenzugängen wurden bei der Abteilung 3/1- Kämmerei angefordert und seitens der Anlagenbuchhaltung zur Verfügung gestellt.

Die vorgelegten Belege für die Anlagenzugänge auf dem Konto # **0451003 [Zug. Straßen, Wegen, Plätzen]** stimmten mit den Buchungen in der Finanzsoftware INFOMA überein. Die Buchung erfolgte der Höhe und dem Grunde nach zutreffend. Die Umbuchungen aus dem Konto # 0912301 [Anlagen im Bau Tiefbau] erfolgten ebenfalls der Höhe und dem Grunde nach zutreffend.

Für die Anlagenzugänge auf dem Konto # **0457003 [Zug. Stützmauern]** wurden die vorgelegten Belege geprüft. Die Auflösung auf dem AiB-Sammelkonto # 0978520 [SK Tiefbaumaßnahmen allgemein] wurden bezüglich der ausgewählten Stützmauern korrespondierend geprüft. Hier ergaben sich keine Beanstandungen. Die Umbuchungen aus dem Konto # 0912301 [Anlagen im Bau Tiefbau] erfolgten der Höhe und dem Grund nach zutreffend.

Die zu aktivierenden Eigenleistungen wurden für die zur Prüfung ausgewählten Anlagengüter im Bereich der Straßen, Wege, Plätze korrekt berechnet, bei den Anschaffungs- und Herstellungskosten der entsprechenden Anlagegütern aktiviert und in der Ergebnisrechnung auf dem Ertragskonto # 4711000 [Aktivierte Eigenleistungen] mit den dazugehörigen Kostenträgern der Höhe nach zutreffend gebucht.

Für die zur Prüfung ausgewählten Anlagegüter im Bereich der Stützmauern wurden die zu aktivierenden Eigenleistungen korrekt berechnet, eine prozentuale Verteilung auf die einzelnen Anlagegüter, wie in der Berechnung der Fachabteilung vorgegeben, erfolgte seitens der Anlagenbuchhaltung jedoch nicht. Unzutreffenderweise wurde die Aktivierung der zu aktivierenden Eigenleistungen in voller Höhe von 1.696,00 € bei den Anschaffungs- und Herstellungskosten beim Anlagegut ANL001390 vorgenommen.

Festgestellt wird, dass die Summe der Erträge in der Ergebnisrechnung auf dem Konto # 4711000 [Aktivierte Eigenleistungen] der Höhe nach korrekt gebucht wurden.

Für die ausgewählten Anlagenzugänge im Bereich der Straßen Bilanzkonto # **0451003 [Zug. Straßen, Wegen, Plätzen]** wurde der Aktivierungszeitpunkt und die Nutzungsdauern entsprechend der AfA-Tabelle Stadt Siegen (gem. § 35 Abs. 3 GemHVO) Nr. „2.100 Straßen (Anlieger-, Hauptverkehrsstraßen) Wege, Plätze, Parkflächen“ ff. korrekt angesetzt.

Die sich aus den unterjährigen Aktivierungen von Anlagenzugängen ergebenden Abschreibungen erfolgten auf dem Konto # 5711200 [Abschreibungen auf Straßen] für die zur Prüfung ausgewählten Anlagegüter dem Grund und der Höhe nach zutreffend.

Bei den Anlagenzugängen auf dem Bilanzkonto # **0451003 [Zug. Straßen, Wegen, Plätzen]** kommt es im Zuge von Baumaßnahmen zu Anlagenabgängen von Altanlagen (teilweise oder in Gänze) auf dem Bilanzkonto # **0451006 [Abg. Straßen, Wege, Plätze]**.

Die Berechnung der Normal-AfA ist nach der Feststellung F/5 im Prüfbericht zum Jahresabschluss 2017 (Seite 56) dahingehend abzuändern, dass es durch die angewandte Methode im AfA-Buch „Monatsende zum Buchungsdatum“ bei Anlagenabgängen bei Straßen, Wegen, Plätzen durch Baumaßnahmen und sich daraus ergebenden Anlagenzugängen nicht zu einer Überschneidung der berechneten Abschreibung kommt.

In der Stellungnahme des Bürgermeisters zum Berichtsentwurf des Jahresabschlusses 2017 vom 04.09.2020 wird auf Seite 3 Bezug genommen zur Feststellung F/5 Seite 56 des Entwurfs des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 und erklärt, dass die Problematik erkannt wurde und beginnend mit dem Jahresabschluss 2018 eine Änderung erfolgen soll.

Prüfungsseitig erfolgt eine wiederholte Beanstandung, da keine Änderung des Abgangsdatums bei „alten Anlagen“ auf den letzten des Vormonats der Inbetriebnahme erfolgte.

Auf dem Bilanzkonto # **0451006 [Abg. Straßen, Wege, Plätze]** wurden Anlagenabgänge in Höhe von 60.824,76 € gebucht. Diese wurden auf das Konto # 5477000 [Wertveränd. Sachanlagen Verrechn. allg. Rücklage] dem Grunde und der Höhe nach zutreffend gebucht.

Für die ausgewählten Anlagenzugänge im Bereich der Stützmauern Bilanzkonto # **0457003 [Zug. Stützmauern]** wurde der Aktivierungszeitpunkt zutreffend angesetzt. Die Nutzungsdauern bei den zur Prüfung ausgewählten Anlagegütern waren auf Grund einer grundhaften Sanierung mit 45 Jahren angegeben worden. Ein Hinweis dazu wurde bislang nicht in die AfA-Tabelle der Stadt Siegen übernommen. Prüfungsseitig kann die angesetzte Nutzungsdauer von 45 Jahren aufgrund einer grundhaften Sanierung als zutreffend angesehen werden, da kein Neubau erfolgte.

Die Nutzungsdauer für Stützmauern beträgt nach der AfA-Tabelle der Stadt Siegen 90 Jahre.

Für das Anlagegut HANL018106 war die Nutzungsdauer nach Vorgabe der Fachabteilung auf 45 Jahre nach erfolgter grundhafter Sanierung zu verlängern. Die Verlängerung erfolgte ab dem 01.01.2009, sodass sich ein Enddatum zum 31.12.2053 ergibt. Die Zuführung der Anschaffungs- und Herstellungskosten durch die grundhafte Sanierung erfolgte zum 20.11.2018, dem Zuzufolge, unter Berücksichtigung der zu verlängernden Nutzungsdauer auf 45 Jahre, ergibt sich aus Sicht der Rechnungsprüfung ein neues Enddatum der Nutzungsdauer zum 31.10.2063.

Auf dem Bilanzkonto # **0457006 [Abg. Stützmauern]** wurden Anlagenabgänge in Höhe von 118.906,94 € gebucht. Diese wurden auf das Konto # 5477000 [Wertveränd. Sachanlagen Verrechn. allg. Rücklage] dem Grunde und der Höhe nach zutreffend gebucht.

Hinsichtlich der Prüfung des Anhangs (einschließlich Anlagenspiegel) ergaben sich für die Bilanzposition „1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen“ keine Unstimmigkeiten bzw. Beanstandungen.

Zusammenfassend wird bezüglich des Postens „1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen“ darauf hingewiesen bzw. beanstandet:

W/1

Bei den Anlagenabgängen auf dem Bilanzkonto # 0451006 [Abg. Straßen, Wege, Plätze] wurde das Abgangsdatum nicht korrekt verwendet. Weiterhin berechnet die Finanzsoftware die Normal-AfA bis zum letzten des Monats, in dem der Anlagenzugang durch eine „Neuanlage“ erfolgt.

Die Feststellung F/5 auf Seite 56 des Berichts über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 wurde entgegen der Stellungnahme des Bürgermeisters zum Berichtsentwurf des Jahresabschlusses 2017 vom 04.09.2020, Seite 3, nicht umgesetzt.

- F Die Aktivierungen erfolgten dem Grunde und der Höhe nach korrekt. Die jeweiligen Aktivierungszeitpunkte waren bis auf den Zeitpunkt des Anlagegutes HANL018106 zutreffend. Hier wurde die Restnutzungsdauer von 45 Jahren fälschlicherweise auf das Zugangsdatum 01.01.2009 bezogen.

Der Sachverhalt wurde mit der Kämmerei erläutert, eine Korrektur soll aufgrund der Geringfügigkeit und des Zeitfortschritts erst im Jahresabschluss zum 31.12.2019 erfolgen.

- H Für die grundhaften Sanierungen im Bereich der Schloss- und Wehrmauern ist eine Nutzungsdauer von 45 Jahren zutreffend. Es wird empfohlen, die Abweichung gegenüberüber der Rahmentabelle und der AfA-Tabelle der Stadt Siegen zu dokumentieren bzw. in die städtische AfA-Tabelle aufzunehmen.
- H Die Aktivierung der zu aktivierenden Eigenleistungen ist entsprechend der erfolgten Aufteilung durch die Fachabteilung vorzunehmen und im Teilergebnisplan des Produktes, welches die Leistung erbracht hat, zu buchen. Die Rechnungsprüfung empfiehlt auch hier eine Überprüfung des Sachverhalts.

#### **1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge**

**9.020.985,66 €**  
**(Vorjahr 9.257.208,27 €)**

Bei diesem Posten sind alle Maschinen und technischen Anlagen erfasst, die für die Leistungserstellung durch die Stadt Siegen erforderlich sind. Hierzu gehören beispielsweise Druckmaschinen, Telefonanlagen oder Kabelnetze. Auch sämtliche Betriebsvorrichtungen (z.B. Notstromaggregate, Kompressoren, Klimaanlage oder Tresore) sind hier zu erfassen.

Des Weiteren umfasst der Bilanzposten alle Fahrzeuge im wirtschaftlichen Eigentum der Stadt Siegen, die von ihr als Transport- und Verkehrsmittel genutzt werden sowie die kommunalen Spezialfahrzeuge (z.B. Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr, Stadtreinigung, Abfallbeseitigung).

Im Jahr 2016 wurden die Fahrzeugzugänge schwerpunktmäßig geprüft. Insofern wurden im Vorjahr sowie im Berichtsjahr keine tiefergehenden Prüfungshandlungen vorgenommen.

Es ergaben sich keine Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

**1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau**

**12.959.473,55 €**  
**(Vorjahr 13.344.047,17 €)**

Unter dieser Bilanzposition werden Anschaffungs- und Herstellungskosten einschließlich Eigenleistungen aktiviert. In diesen Fällen steht der Leistung noch kein fertiggestellter Vermögensgegenstand gegenüber. Erst mit der Betriebsbereitschaft des Vermögensgegenstandes sind die eingestellten Beträge entsprechend der Zuordnung der jeweiligen Anlagegüter umzubuchen.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2018 setzt sich der Posten wie folgt zusammen:

	31.12.2018	31.12.2017
	€	€
Tiefbau	8.754.901,73	10.140.632,24
Hochbau	2.575.461,85	1.605.885,54
Sonstige Anlagen im Bau	1.629.109,97	1.597.529,39
Summe	12.959.473,55	13.344.047,17

Aufgrund der Fehleranfälligkeit (u.a. hinsichtlich des Zeitpunktes der Fertigstellung des Vermögensgegenstandes, der Abgrenzung zum [Unterhaltungs-]Aufwand) sowie der betragsmäßigen Höhe waren die Anlagen im Bau, wie auch schon in Vorjahren, Prüfungsschwerpunkt.

▪ **Zu Tiefbau**

Der Bereich Tiefbau wurde im Berichtsjahr schwerpunktmäßig geprüft.

Im Berichtsjahr wurden auf dem Bilanzkonto # 0912303 [Zug. Anlagen im Bau Tiefbau] Anlagenzugänge in Höhe von 3.202.679,43 € und Umbuchungen in Höhe von 4.570.016,73 € ins Anlagevermögen oder in ein andere Anlage im Bau buchhalterisch erfasst.



Zur Prüfung ausgewählt wurden die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Anlagen im Bau unter Berücksichtigung der angegebenen Kriterien:

AiB Nr. INFOMA	Bezeichnung	Zuführung 2018	Förder- projekt	Auswahlkriterium
HAIB000047	Brücke BW3138 Am Eisernbach TB 3	654.210,84 €	ja	Wertmäßig größte Brückenbaumaßnahme
HAIB000053	L 907 Neubau OD Siegtalstraße	26.963,25 €	ja	Straßenbaumaßnahme Förderprojekt / Zuführung < 50.000 € im Berichtsjahr
AIB000125	Ausbau Hochstraße	397.968,00 €		Gemeinsame Maßnahme ESI / Stadt / KAG Maßnahme/ wertmäßig größte Zuführung für AiB Straßenbaumaßnahmen in 2018
AIB000132	Straßenbau Stockweg	245.584,38 €		Gemeinsame Maßnahme ESI / Stadt
AIB000012	Erschließung Baugebiet Ober dem Feldgarten	109.715,40 €		Einzige Erschließungsmaßnahme in 2018 für Wohngebieterschließung
AIB000115	Helsbach Ren. H.-Nr.40	66.636,11 €		Einzige Gewässerbaumaßnahme als AiB zum 31.12.2018
AIB000089	KSP Hebbelstraße	46.709,07 €		Wertmäßig größte Zuführung für eine Spielplatzmaßnahme im Berichtsjahr
AIB000064	Dr. Dudziak Park	26.179,84 €	ja	Förderprojekt im Bereich Stadtentwicklung / Umsetzung in der Abteilung Grünflächen / Zuführung < 50.000 € im Berichtsjahr
	Summe	<b>1.573.966,89 €</b>		

Für die Buchungen der Anlagenzugänge ergibt sich eine wertmäßige Prüfquote von 49,15 %. Die Zugänge zu den „Anlagen im Bau“ erfolgten dem Grunde und der Höhe nach korrekt.

Die Umbuchungen (Aktivierungen) auf dem Bilanzkonto # **0912303 [Zug. Anlagen im Bau Tiefbau]** wurden für die Maßnahmen „Endausbau Am Sender“ und „Rund um den Sieberg, Sanierung Schlossmauern“ (1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen), „Sanierung Pocheweier“ (1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen) bei den Anlagenzugängen der entsprechenden Bilanzpositionen mit geprüft und es ergibt sich eine wertmäßige Prüfquote von 92,03 %.

Die Umbuchungen erfolgten zeitlich sowie dem Grunde und der Höhe nach korrekt.

Auf dem Bilanzkonto # **0912306 [Abg. Anlagen im Bau Tiefbau]** wurden Anlagenabgänge in Höhe von 18.393,21 € gebucht. Diese wurden auf das Konto # 5477000 [Wertveränd. Sachanlagen Verrechn. allg. Rücklage] dem Grunde und der Höhe nach zutreffend gebucht.

Die zu aktivierenden Eigenleistungen wurden für die zur Prüfung ausgewählten Anlagengüter korrekt berechnet, bei den Anschaffungs- und Herstellungskosten der entsprechenden Anlagen im Bau aktiviert und in der Ergebnisrechnung auf dem Ertragskonto # 4711000 [Aktivierte Eigenleistungen] mit den dazugehörigen Kostenträgern der Höhe nach zutreffend gebucht.

Hinsichtlich der Prüfung der Angaben im Anhang und im Anlagespiegel ergaben sich keine Unstimmigkeiten oder Beanstandungen.

Insgesamt ergaben sich keine Beanstandungen oder Auffälligkeiten.

▪ **Zu Hochbau**

Im Bereich Hochbau wurden die Anlagen im Bau ausgehend vom Posten „1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen“ mit geprüft.

Es ergaben sich keine wesentlichen Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

▪ **Zu Sonstige Anlagen im Bau**

Die entsprechenden Konten wurden im Vorjahr einer Durchsicht unterzogen und in Stichproben geprüft.

Aufgrund der geringen Jahresverkehrszahlen sowie der geringen Veränderung zum Vorjahr von ca. +32 T€ wurden im Jahresabschluss 2018 keine tiefergehenden Prüfungshandlungen vorgenommen.

Hierbei ergaben sich keine Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

**1.3 Finanzanlagen**

**184.097.969,38 €**  
**(Vorjahr 183.498.703,83 €)**

In der Bilanzposition Finanzanlagen werden die Vermögenswerte angesetzt, die dauerhaft finanziellen Anlagezwecken der Stadt Siegen dienen. Diese Bilanzposition untergliedert sich in folgende (Mindest-) Bestandteile (§ 41 Abs. 3 GemHVO):

- 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen,
- 1.3.2 Beteiligungen,
- 1.3.3 Sondervermögen,
- 1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens,
- 1.3.5 Ausleihungen,
  - 1.3.5.1 an verbundene Unternehmen,
  - 1.3.5.2 an Beteiligungen,
  - 1.3.5.3 an Sondervermögen,
  - 1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen.

Die Finanzanlagen stellten 18,9 % (Vorjahr: 18,2 %) des Anlagevermögens bzw. 18,2 % (Vorjahr: 17,6 %) der Bilanzsumme dar.

Die in der Bilanz ausgewiesenen

- Anteile an verbundenen Unternehmen,
- Beteiligungen,
- Sondervermögen

blieben im Vergleich zum Vorjahr - bis auf eine Umbuchung eines Erinnerungswertes von 1,00 € (Sparkassenzweckverband) von dem Posten „1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen“ zu „1.3.2 Beteiligungen“ - unverändert.

Hauptgrund für die Erhöhung des Postens „1.3 Finanzanlagen“ um insgesamt 0,6 Mio. € zum Vorjahr ist die Zuschreibung bei den Wertpapieren (RWE-Aktien) in Höhe von 637.660,47 € (Vorjahr: 2.216.027,97 €).

**1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen**

**65.926.623,83 €**  
**(Vorjahr 65.926.624,83 €)**

Unter diesem Posten wurde entsprechend der damals gültigen Handreichung zu § 53 GemHVO seit der Eröffnungsbilanz (01.01.2009) der Anteil am Sparkassenzweckverband (damals 55,81 %) zu einem Erinnerungswert von 1,00 € ausgewiesen.

Aufgrund der Fusion der Sparkasse Siegen mit der Stadtsparkasse Hilchenbach im Mai 2018 hat sich die Sitzverteilung geändert. Auf die Stadt Siegen entfallen seitdem 25 von 52 Sitzen, die entspricht einem Anteil von 48,08 % (Vorjahr: 52,08 %). Da der Anteil somit unter 50 %

liegt, war dieser Anteil von 1,00 € (Erinnerungswert) im Berichtsjahr in den Posten „1.3.2 Beteiligungen“ umzubuchen.

### **1.3.2 Beteiligungen**

**1.886.102,69 €**  
**(Vorjahr 1.886.101,69 €)**

Der Zugang in Höhe von 1,00 € resultiert aus der Umbuchung des Erinnerungswertes des Sparkassenzweckverbandes vom Posten „1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen“ zu „1.3.2 Beteiligungen“. Vergleiche hierzu auch unsere Erläuterungen zum Posten „1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen“.

### **1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens**

**8.080.602,34 €**  
**(Vorjahr 7.443.825,68 €)**

Mit dem ab 2013 angewandten NKFVG entfiel das bisher in § 35 Abs. 5 GemHVO normierte Wahlrecht zur außerplanmäßigen Abschreibung von Finanzanlagevermögen bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auf einen niedrigeren Wert am Abschlussstichtag.

Zum **31.12.2018** standen **420.898 Aktien der RWE AG** im Bestand der Stadt. Bis zum Jahr 2012 waren 420.870 Aktien mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend vom Eröffnungsbilanzstichtag (**01.01.2009**) mit 49,10 € je Aktie und 28 Aktien (Zukauf in 2012) mit 29,47 € je Aktie (Anschaffungskosten) bewertet.

Am Bilanzstichtag **31.12.2018** betrug der Kurs 18,36 € je Aktie (Vorjahr: 16,845 € je Aktie). Aufgrund der positiven Kursentwicklung wurde zum 31.12.2016 - nach außerplanmäßigen Abschreibungen in den Vorjahren 2013, 2014 und 2015 - eine Zuschreibung in Höhe von 39.985,31 € ( $[11,58 \text{ € je Aktie} \cdot 11,485 \text{ € je Aktie}] \times 420.898 \text{ Stück}$ ), zum 31.12.2017 eine Zuschreibung in Höhe von 2.216.027,97 € ( $[16,845 \text{ € je Aktie} \cdot 11,58 \text{ € je Aktie}] \times 420.898 \text{ Stück}$ ) und zum 31.12.2018 eine Zuschreibung in Höhe von 637.660,47 € ( $[18,36 \text{ € je Aktie} \cdot 16,845 \text{ € je Aktie}] \times 420.898 \text{ Stück}$ ) vorgenommen.

Gemäß § 35 Abs. 8 GemHVO ist eine Zuschreibung bis maximal auf den Wert am Eröffnungsbilanzstichtag bzw. Anschaffungswert vorzunehmen, wenn sich nach erfolgter außerplanmäßiger Abschreibung in einem späteren Haushaltsjahr herausstellt, dass die Gründe für eine Wertminderung nicht mehr bestehen. Eine derartige vorzunehmende Zuschreibung ist analog der vorher erfolgten außerplanmäßigen Abschreibung nach § 43 Abs. 3 GemHVO mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen und verbessert das jeweilige Ergebnis des Haushaltsjahres nicht.

Die Wertveränderung der von der Stadt gehaltenen RWE-Aktien stellt sich seit der Eröffnungsbilanz (01.01.2009) wie folgt dar:

	Kurs je Aktie (gerundet)	Kurswert
	€	€
<b>01.01.2009 bis 31.12.2011</b>	49,10	20.664.717,00
(420.870 Stück zu je 49,10 €)		
<b>01.01.2012</b>	49,10	20.664.717,00
Zukauf 28 Stück zu je 29,4732 €	29,47	825,25
<b>31.12.2012</b>	49,10	20.665.542,25
Außerplanmäßige Abschreibung 2013		9.465.446,47
<b>31.12.2013</b>	26,61	11.200.095,78
Außerplanmäßige Abschreibung 2014		412.480,04
<b>31.12.2014</b>	25,63	10.787.615,74
Außerplanmäßige Abschreibung 2015		5.953.602,21
<b>31.12.2015</b>	11,485	4.834.013,53
Zuschreibung 2016		39.985,31
<b>31.12.2016</b>	11,58	4.873.998,84
Zuschreibung 2017		2.216.027,97
<b>31.12.2017</b>	16,845	7.090.026,81
Zuschreibung 2018		637.660,47
<b>31.12.2018</b>	<b>18,36</b>	<b>7.727.687,28</b>

Aufgrund der ab dem Haushaltsjahr 2013 gültigen Änderungen durch das NKFVG sind solche außerplanmäßigen Abschreibungen sowie Zuschreibungen unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen (§ 43 Abs. 3 GemHVO), so dass diese Abschreibungen bzw. Zuschreibungen nicht die Ergebnisrechnung des entsprechenden Haushaltsjahres belasten bzw. verbessern. Eine derartige, zutreffende Verrechnung erfolgte in den Haushaltsjahren 2013, 2014 und 2015 in Höhe von insgesamt -15.831.528,72 € (Abschreibungen) sowie in den Haushaltsjahren 2016, 2017 und 2018 in Höhe von +2.893.673,75 € (Zuschreibung). Der Werteverzehr beläuft sich somit seit der Eröffnungsbilanz (01.01.2009) bis zum 31.12.2018 auf ca. 63 %.

Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Der Depotauszug der Sparkasse zum **31.12.2019** weist einen Wert von 26,84 € je Aktie und der Depotauszug zum **31.12.2020** einen Wert von 34,49 € je Aktie aus.

Zum Prüfungszeitpunkt (22.03.2021) beträgt der Schlusskurs, nach einem 52-Wochen-Hoch von 38,65 €, 31,92 € je Aktie. Bei weiterhin positiver Kursentwicklung bzw. Rahmenbedingungen ergibt sich nach Auffassung der Rechnungsprüfung für den Jahresabschluss zum 31.12.2019 eine weitere Zuschreibung(splicht) von voraussichtlich ca. 3,6 Mio. € und zum 31.12.2020 von ca. 3,2 Mio. €.

Des Weiteren werden hier Anteile am Verband kommunaler RWE-Aktionäre GmbH ausgewiesen. Die Anteile mussten entsprechend der rückläufigen Wertentwicklung von 1.805,37 € um 921,56 € auf 883,81 € zum 31.12.2018 abgeschrieben werden.

#### **1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen**

**1.705.834,64 €**  
**(Vorjahr 1.743.345,75 €)**

Bei den **Ausleihungen** ergeben sich die Änderungen im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen durch im Haushaltsjahr 2018 erfolgte Tilgungen der Darlehensnehmer (Arbeitgeber- und Wohnungsbaudarlehen).

In den Jahren 2014 bis 2016 wurde hier ein Anteil in Höhe von 500,00 € an der Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Verwaltungen im Deutschen Städtetag eG, Köln, ausgewiesen. Zum 31.12.2016 wurde der Anteil zutreffend in das Umlaufvermögen (Posten „2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens“) umgegliedert, da gemäß Ratsbeschluss vom 30.11.2016 der Austritt zum 31.12.2017 erfolgen sollte. Der buchhalterische Abgang erfolgte erst im Haushaltsjahr 2018. Vergleiche hierzu unsere Erläuterungen unter „2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens“.

**2. Umlaufvermögen** **27.866.484,62 €**  
**(Vorjahr 28.508.285,25 €)**

Als Umlaufvermögen werden auf der Aktivseite der Bilanz die Vermögensgegenstände ausgewiesen, die dem Geschäftsbetrieb der Stadt Siegen nicht dauerhaft dienen sollen, sondern zum Verbrauch, Verkauf oder nur für eine kurzfristige Nutzung vorgesehen sind. Insbesondere sind hier die Vorräte, die Forderungen und die liquiden Mittel auszuweisen.

**2.1 Vorräte** **2.254.398,30 €**  
**(Vorjahr 2.854.148,52 €)**

Der Bestand dieser Bilanzposition entspricht dem des Bilanzpostens „2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren“. Hauptbestandteil des Postens sind Grundstücke, Gebäude des Umlaufvermögens (# 1511301 bis # 1511306) mit einem Bestand zum Abschlussstichtag in Höhe von 1.934.349,32 € (Vorjahr 2.712.552,26 €). Hierbei handelte es sich überwiegend um Baugrundstücke verschiedener Bau- bzw. Gewerbegebiete sowie zum Verkauf bestimmte Baulücken.

**2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** **22.902.331,00 €**  
**(Vorjahr 19.968.152,67 €)**

Dieser Bilanzposten ist gemäß § 41 Abs. 3 GemHVO in öffentlich-rechtliche und Forderungen aus Transferleistungen sowie privatrechtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände zu gliedern.

Im Vorjahr wurden schwerpunktmäßig im Prüfbereich „2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“

- die Vollständigkeit der Übernahme der zum 31.12.2016 in der Software KIRP geführten offenen Posten in die INFOMA-Eröffnungsbilanz zum 01.01.2017, da zum 01.01.2017 ein Softwarewechsel von KIRP nach INFOMA stattfand, sowie
- der Bilanzposten „2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen“ im Bereich Gebührenforderungen (Benutzungsgebühren der Übergangseinrichtungen und Bestattungsgebühren)

geprüft.

Insofern wurden im Berichtsjahr keine tiefergehenden Prüfungshandlungen vorgenommen. Hinweise auf Fehler in diesem Posten haben sich im Rahmen der insgesamt durchgeführten Prüfungshandlungen bei der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 nicht ergeben.

Auf die Ausführungen unter „3.3. X-Konten“ dieses Berichtes wird verwiesen.

<b>2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen</b>	<b>19.948.336,04 €</b> <b>(Vorjahr 17.229.807,32 €)</b>
---	--

<b>2.2.1.1 Gebühren</b>	<b>2.527.266,14 €</b> <b>(Vorjahr 2.728.179,46 €)</b>
-------------------------	--

Der Posten wurde im Vorjahr in Stichproben geprüft. Schwerpunkte waren dabei Forderungen aus Benutzungsgebühren der Übergangseinrichtungen sowie aus Bestattungsgebühren.

Im Berichtsjahr wurden daher keine tiefergehenden Prüfungshandlungen vorgenommen. Es gab dabei keine Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

<b>2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens</b>	<b>0,00 €</b> <b>(Vorjahr 500,00 €)</b>
--	--

In den Jahren 2014 bis 2016 wurde unter dem Posten „1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen“ ein Anteil in Höhe von 500,00 € an der Einkaufsgemeinschaft Kommunalen Verwaltungen im Deutschen Städtetag eG, Köln, ausgewiesen. Zum 31.12.2016 wurde der Anteil zutreffend in das Umlaufvermögen (Posten „2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens“) umgegliedert, da gemäß Ratsbeschluss vom 30.11.2016 der Austritt zum 31.12.2017 erfolgte.

Der Ausweis des Anteils im Jahresabschluss zum 31.12.2017 war unzutreffend, da der Austritt zum 31.12.2017 erfolgte. Die buchhalterische Berücksichtigung des Austritts erfolgte (verspätet) am 09.10.2018 und wurde daher erst im Jahresabschluss 2018 berücksichtigt.

<b>2.4 Liquide Mittel</b>	<b>2.709.755,32 €</b> <b>(Vorjahr 5.685.484,06 €)</b>
---------------------------	--

Unter den liquiden Mitteln sind alle Bar- und Buchgeldguthaben, die kurzfristig verfügbar sind, zu bilanzieren. Dazu zählen die Guthaben der Stadtkasse und anderer städtischer Einrichtungen (u.a. Schulen, Siegerlandhalle, Stiftungen) bei verschiedenen Banken und der Sparkasse Siegen, ebenso die Barmittel aus Handvorschüssen, Büro- und Gebührenkassen in allen Bereichen der Stadt Siegen.

Die liquiden Mittel werden stichtagsgenau erfasst. Anhand der Saldenbestätigungen der Geldinstitute und weiterer geeigneter Belege und Nachweise muss der Bestand nachvollziehbar sein.

Wie in den vorangegangenen Berichten über die Prüfung der Jahresrechnungen bereits ausgeführt, muss der Bestand der liquiden Mittel aus der Finanzrechnung mit dem Bestand der liquiden Mittel in Position 2.4 der Bilanz übereinstimmen. Ein Ansatz, also eine Übernahme des Ergebnisses von der Finanzrechnung in die Bilanz, ist nur bei Übereinstimmung der um die Einzahlungen und Auszahlungen des abgeschlossenen Jahres fortgeschriebenen Vorjah-



resbestände mit der Summe der der Bilanzposition 2.4 zugeordneten Bestandskonten möglich.

Nach dem vorliegenden Entwurf des Jahresabschlusses 2018 ergibt sich, anders wie in den Vorjahren, keine Differenz zwischen Finanzrechnung und Bilanz zum 31.12.2018:

	2018 €
Finanzrechnung (Zeile 40)	2.709.755,32
Bilanz (2.4 Liquide Mittel)	2.709.755,32
Differenz	0,00

Auf die Prüffeststellung zur Finanzrechnung auf Seite 30 dieses Berichtes wird hingewiesen.

## PASSIVA

### 1. Eigenkapital

**178.495.908,58 €**  
(Vorjahr **185.230.935,16 €**)

Nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen des Eigenkapitals seit der EÖB:

	Soll (€)	Haben (€)	Bestand (€)
<b>Eröffnungsbilanz 01.01.2009</b>			<b>446.087.424,18</b>
Jahresfehlbetrag 2009			-43.241.066,09
Weitere Buchungen 2009			-3.374.275,05
<b>Jahresabschluss 31.12.2009</b>			<b>399.472.083,04</b>
Jahresfehlbetrag 2010			-30.495.885,23
Weitere Buchungen 2010			-153.351,26
<b>Jahresabschluss 31.12.2010</b>			<b>368.822.846,55</b>
Jahresfehlbetrag 2011			-24.873.498,08
Weitere Buchungen 2011			285.122,98
<b>Jahresabschluss 31.12.2011</b>			<b>344.234.471,45</b>
Jahresfehlbetrag 2012			-25.930.619,54
Weitere Buchungen 2012			1.702.163,38
<b>Jahresabschluss 31.12.2012</b>			<b>320.006.015,29</b>
Jahresfehlbetrag 2013			-25.825.825,67
Weitere Buchungen			-11.872.223,93
<b>Jahresabschluss 31.12.2013</b>			<b>282.307.965,69</b>
Jahresfehlbetrag 2014			-37.632.804,81
Weitere Buchungen			-872.465,51
<b>Jahresabschluss 31.12.2014</b>			<b>243.802.695,37</b>
Jahresfehlbetrag 2015			-30.490.032,62
Weitere Buchungen			-5.515.041,84
<b>Jahresabschluss 31.12.2015</b>			<b>207.797.620,91</b>
Jahresfehlbetrag 2016			-13.806.353,18
Weitere Buchungen			-3.193.396,46
<b>Jahresabschluss 31.12.2016</b>			<b>190.797.871,27</b>
Jahresfehlbetrag 2017			-6.823.628,71
Weitere Buchungen			1.256.692,60
<b>Jahresabschluss 31.12.2017</b>			<b>185.230.935,16</b>
Jahresfehlbetrag 2018	6.821.340,55		-6.821.340,55
Veränderungen Anlagevermögen	3.496.756,07	527.590,07	-2.969.166,00
Wertveränderungen Finanzanlagen	883,81	637.660,47	636.776,66
Veränderungen Sonderposten		2.346.795,11	2.346.795,11
Korrekturbuchungen		71.908,20	71.908,20
<b>Jahresabschluss 31.12.2018</b>			<b>178.495.908,58</b>

Der Jahresfehlbetrag 2018 entspricht dem Ist-Ergebnis der Ergebnisrechnung 2018.

Bei einem Großteil der Veränderungen der allgemeinen Rücklage handelt es sich um den Jahresfehlbetrag sowie die Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit Anlagenabgängen, die entsprechend der Regelung des § 43 Abs. 3 GemHVO unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen sind. Eine Erläuterung ist, wie gesetzlich vorgeschrieben, im Anhang unter Ziffer 5.2 Buchstabe b) "Kommentierung der Bilanzpositionen" erfolgt. Soweit dem veräußerten bzw. abgeschriebenen Anlagevermögen Sonderposten zugeordnet waren, mussten diese ebenfalls gegen die allgemeine Rücklage verrechnet werden.

Das Ergebnis der Prüfung der Wertveränderungen bei den Finanzanlagen ist unter Ziffer „1.3 Finanzanlagen“ dieses Berichtsteils dargestellt.

Die Prüfung ergab keine Auffälligkeiten oder Beanstandungen.

## **2. Sonderposten**

**303.463.182,14 €**  
**(Vorjahr 305.878.307,95 €)**

Hier werden finanzielle Leistungen Dritter, die zur Bildung von Vermögen geführt haben, gesondert als Sonderposten ausgewiesen, um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage zu vermitteln. Eine (unmittelbare) Verrechnung mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten ist nicht zulässig.

Der Posten wurde in den Bereichen „2.1 Sonderposten für Zuwendungen“ in Stichproben ausgehend von der Prüfung der korrespondierenden aktivierten Vermögensgegenstände geprüft.

### **2.1 für Zuwendungen**

**262.634.578,11 €**  
**(Vorjahr 265.222.691,22 €)**

Es handelt sich bei diesen Zuwendungen um zweckgerichtete, nicht rückzahlbare Leistungen des Bundes oder der Länder an Stellen außerhalb der Bundes- oder Landesverwaltung. Neben den projektgebundenen Zuwendungen führten unter anderem auch Beschaffungen aus der allgemeinen Investitionspauschale, der Schulpauschale, der Feuerschutzpauschale und aus Sportfördermitteln zu einem Ansatz unter diesem Bilanzposten.

Die zutreffende Bildung und Auflösung von Sonderposten wurden im Zusammenhang mit dem Anlagevermögen und den Anlagen im Bau geprüft.

Es ergaben sich keine wesentlichen Feststellungen. Auf die Prüffeststellungen und Erläuterungen zu den korrespondierenden Posten wird hingewiesen.

### **3. Rückstellungen**

**139.740.399,15 €**  
**(Vorjahr 133.315.051,48 €)**

Rückstellungen werden für Verpflichtungen gebildet, die zum Bilanzstichtag dem Grunde und/oder der Höhe nach ungewiss sind und daher nicht als Verbindlichkeiten ausgewiesen werden können. Die Bildung von Rückstellungen bewirkt, dass künftige Vermögensminderungen bereits bei ihrer Entstehung oder wirtschaftlichen Verursachung berücksichtigt werden.

#### **3.1 Pensionsrückstellungen**

**128.946.072,00 €**  
**(Vorjahr 123.415.091,00 €)**

Die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen gegenüber den aktiven Beamtinnen und Beamten sowie den Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern werden auf versicherungsmathematischem Wege durch die Heubeck AG ermittelt.

Die Gutachten der Heubeck AG beinhalten Ergebnisblätter und Einzellisten mit namentlichen Aufstellungen jeweils zu den aktiven Beschäftigten sowie den Versorgungsempfängern. Auf Seiten der Versorgungsempfänger liegt ein zusätzliches Gutachten für ehemalige städtische Lehrer vor, da es hier noch eine anspruchsberechtigte Tochter gibt.

Die Prüfung des Postens ergab, dass im Gutachten 2018 zur Abrechnungsstelle 30236 (Beamte) eine Person geführt wird, die bereits im Jahr 2017 aus dem Beamtenverhältnis ausgeschieden ist und in der Sozialversicherung nachversichert wurde. Die entsprechenden Werte wurden zunächst - gemäß dem nicht korrekten Gutachten - aufwandswirksam zugeführt und nachfolgend ertragswirksam aufgelöst. Dies führt in der Darstellung zu überhöhten Beträgen beim Aufwand aus Zuführung sowie beim Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen.

Insgesamt werden die unzutreffenden Buchungen und auch die hiermit korrespondierenden Angaben im Anhang (siehe Tabelle auf Seite 20 des Erstellungsberichtes) jedoch mit einem Ausweisfehler von 3.969,00 € (im Aufwand) als nicht wesentlich eingestuft.

H Die Korrektur fehlerhafter Zuführungen sollte (unterjährig) nicht ertragswirksam (über Ertrag), sondern durch Storno und damit durch Korrektur des gebuchten Aufwands erfolgen.

### 3.3 Instandhaltungsrückstellungen

**854.620,43 €**  
(Vorjahr **266.884,84 €**)

Für unterlassene Instandhaltungen von Sachanlagen sind Rückstellungen anzusetzen, wenn gemäß § 36 Abs. 3 GemHVO die Nachholung der Instandhaltung hinreichend konkret beabsichtigt ist und als bisher unterlassen bewertet werden muss.

Die Instandhaltungsrückstellungen setzten sich wie folgt zusammen:

Zusammensetzung	31.12.2018 €	31.12.2017 €
Gebäude	854.620,43	266.884,84
Infrastrukturvermögen	0,00	0,00
<b>Summe</b>	<b>854.620,43</b>	<b>266.884,84</b>

Prüfungsseitig wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Höhe der in der Eröffnungsbilanz gebildeten - und in den darauf folgenden Haushaltsjahren abgearbeiteten - Instandhaltungsrückstellungen eine Teilbegründung der stark zunehmenden Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten in den Vorjahren darstellt.

Eine detaillierte, maßnahmenbezogene Übersicht der Zusammensetzung für den Bereich Gebäude enthält der Erstellungsbericht auf den Seiten 177 bis 178 (Anlagen E).

#### Zu Gebäude

Die Rückstellungen haben sich wie folgt verändert:

	Betrag 2018 €	Betrag 2017 €
<b>Bestand am Abschlusstag des Vorjahres</b>	<b>266.884,84</b>	<b>436.223,60</b>
Inanspruchnahme	53.764,41	152.873,04
Auflösung	0,00	77.465,72
Zuführung	641.500,00	61.000,00
<b>Bestand am Abschlusstag</b>	<b>854.620,43</b>	<b>266.884,84</b>

Entsprechend der Prüfungsplanung bzw. Festlegung von Prüfungsschwerpunkten wurden in den Abschlüssen bis einschließlich 2017 die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen für Gebäude regelmäßig schwerpunktmäßig betrachtet.

Im Berichtsjahr wurden keine tiefergehenden Prüfungshandlungen vorgenommen. Hinweise auf Fehler ergaben sich im Rahmen der Prüfung der korrespondierenden Posten des Sachanlagevermögens nicht.

Es ergaben sich keine Prüfungsfeststellungen.

Zu Infrastrukturvermögen

Die Saldenvorträge (Summen- und Saldenliste Spalte: „...31.12.2017“) stimmen mit der Schlussbilanz zum 31.12.2017 und dem testierten Jahresabschluss zum 31.12.2017 für die Bilanzposition „3.3 Instandhaltungsrückstellungen“ überein.

Im Berichtsjahr 2018 wurden auf den Bilanzkonten # 2720001 [Instandhaltungsrückstellungen Infrastruktur], # 2720003 [Zug. Instandhaltungsrückstellungen Infrastruktur] und # 2720006 [Abg. Instandhaltungsrückstellungen Infrastruktur] keine Geschäftsvorfälle buchhalterisch erfasst.

Instandhaltungsrückstellungen Infrastrukturvermögen wurden keine gebildet, ebenso ergaben sich aufgrund der korrespondierend durchgeführten Prüfungshandlungen im Bereich Sachanlagen sowie von Plausibilitätsprüfungen keine Hinweise auf Rückstellungsbedarf. Insofern sind die (Nicht)Erfassung in der Bilanz sowie die Angaben im Anhang als auch in Anlage E (Seiten 177 bis 178 des Erstellungsberichtes) korrekt.

Insgesamt ergaben sich keine Beanstandungen oder Auffälligkeiten.

**4. Verbindlichkeiten**

**358.096.765,06 €**  
**(Vorjahr 369.607.741,79 €)**

Verbindlichkeiten sind alle am Bilanzstichtag dem Grunde, der Höhe und der Fälligkeit nach feststehenden Schulden. Sie sind in der Bilanz mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen (§ 91 Abs. 2 GO und § 54 Abs. 1 GemHVO).

**4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen**

**84.123.988,01 €**  
**(Vorjahr 87.181.289,90 €)**

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sind die der Gemeinde von einem Dritten für Investitionen zur Verfügung gestellten Finanzmittel, die zurückgezahlt werden müssen und für die die Kommune Zinsen zu leisten hat.

Kredite dürfen nach § 86 GO NRW nur für Investitionen und zur Umschuldung aufgenommen werden. Die Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten für Investitionen wird jährlich in der Haushaltssatzung festgelegt. Die Haushaltssatzung der Stadt Siegen für das Haushaltsjahr 2018 setzt im § 2 den Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, auf 10.712.000,00 € fest. Diese Kreditermächtigung wurde im Berichtsjahr nicht überschritten. Im Berichtsjahr wurde ein Kredit zur Umschuldung in Höhe von 1.085.040,24 € aufgenommen.

Erstmals im Jahr 2018 wurde in der Bilanz eine Verbindlichkeit aus Krediten für Investitionen vom öffentlichen Bereich in Höhe von 130.320,00 € ausgewiesen. Es handelt sich hierbei um eine rückzahlungspflichtige Förderung aus dem Grundstücksfond des Kreises Siegen-Wittgenstein, die zum Erwerb verschiedener Gewerbegrundstücke in Kaan-Marienborn, Kichtaler Weg, bestimmt ist. Zinsen werden aus der getroffenen Vereinbarung nicht fällig. Die aus der Weiterveräußerung der Grundstücke erzielten Verkaufserlöse sind bis zur vollständigen Tilgung der zur Verfügung gestellten Mittel an den Kreis Siegen-Wittgenstein abzuführen.

Außerdem wurden aus dem Programm „Gute Schule 2020“ in 2018 insgesamt 2.700.000,00 € aufgenommen, die in Höhe von 1.924.000,00 € für investive Maßnahmen bei den Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen ausgewiesen werden. Die restlichen 776.000,00 € werden bei dem Posten „4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung“ ausgewiesen, da diese für konsumtive Maßnahmen in Anspruch genommen wurden. Die bilanzielle Verbuchung der Verbindlichkeiten aus der Inanspruchnahme aus dem Programm „Gute Schule 2020“ ist im Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 16. Dezember 2016 festgelegt.

Die Kreditverbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Die in der Finanzbuchhaltung ausgewiesenen Beträge entsprechen der Darstellung in der Bilanz. Zu den Bestätigungen der Kreditinstitute zum 31.12.2018 ergaben sich keine Differenzen.

Die stichprobenweise Prüfung der im Verbindlichkeitspiegel angegebenen Restlaufzeiten ergab keine Beanstandungen.

Bezüglich der nachrichtlich unter dem Verbindlichkeitspiegel anzugebenden Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten wird auf Ziffer 5.3 des Anhangs (Erstellungsbericht Seite 24) verwiesen. Das Bürgschaftsvolumen lt. Verbindlichkeitspiegel beläuft sich auf 10.841.659,85 €. Es ergibt sich eine Differenz zwischen den Angaben des Anhangs und dem Beteiligungsbericht der Stadt Siegen zum 31.12.2018. Das Bürgschaftsvolumen der KEG gemäß Beteiligungsbericht beträgt rd. 10,876 Mio. € und gemäß Erläuterung im Anhang 10,77 Mio. €. Die Differenz ist durch einen Übertragungsfehler seitens der KEG im Prüfbericht zum Jahresabschluss 2018 entstanden. Der Prüfbericht der KEG zum Jahresabschluss 2018 war Grundlage für die (unzutreffende) Ausweisung des Bürgschaftsvolumens im Beteiligungsbericht der Stadt Siegen und somit auch im Verbindlichkeitspiegel. Es wird auf die Prüffeststellung unter Ziffer „5.8 Hinweise zum Anhang“ verwiesen.

**4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung 239.048.525,92 €**  
**(Vorjahr 244.294.092,60 €)**

Die Abstimmung der ausgewiesenen Beträge der Bilanz mit den Bestätigungen der Kreditinstitute und mit der Darstellung im Verbindlichkeitspiegel ergab keine Prüfungsfeststellung.

Die stichprobenweise Prüfung der im Verbindlichkeitspiegel angegebenen Restlaufzeiten ergab keine Beanstandungen.

Der Umrechnungskurs für CHF-Kredite wurde anhand einer Aufstellung der Deutschen Bank über Abrechnungskurse für 1 Euro in Devisen vom 31.12.2018, 13.00 Uhr, ermittelt. Diese Aufstellung ergab einen Abrechnungskurs von 1,1287 CHF, welcher als Grundlage für die Ermittlung der Fremdwährungskredite in CHF und der daraus resultierenden Mehraufwendungen wegen Wechselkursschwankungen zugrunde gelegt wurde. Die Berechnungen waren nachvollziehbar und sind in der Bilanz korrekt ausgewiesen.

Im Rahmen des Programms „Gute Schule 2020“ sind in 2018 insgesamt zwei Kredite mit einem Volumen von 2.700.000,00 € aufgenommen worden, die in Höhe von 776.000,00 € bei den Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung ausgewiesen wurden. Diese wurden für konsumtive Maßnahmen in Anspruch genommen. Die restlichen 1.924.000,00 € wurden für investive Maßnahmen bei den Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen ausgewiesen. Die bilanzielle Verbuchung der Verbindlichkeiten aus der Inanspruchnahme aus dem Programm „Gute Schule 2020“ ist im Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 16. Dezember 2016 geregelt.

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung nach § 5 der Haushaltssatzung in Höhe von 295 Mio. € wurde in 2018 nicht überschritten.



F

Im Zuge der Prüfung wurde festgestellt, dass aus den Diensten der Stadtverwaltung Siegen ausgeschiedene (zwei) Mitarbeiter noch über Vertretungsberechtigungen bzw. elektronische Zeichnungsrechte verfügen. Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt eine zeitnahe Überprüfung und Aktualisierung der Angaben bzw. Berechtigungen bei den Kreditinstituten.

**4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen**

**11.210.046,24 €**  
**(Vorjahr 11.304.966,81 €)**

Hier werden ausschließlich Verbindlichkeiten gegenüber der KEG aus dem Leasing der im April 2010 in Betrieb genommenen Feuerwache ausgewiesen.

Eine Abstimmung der in der Bilanz ausgewiesenen Beträge mit dem Zins- und Tilgungsplan ergab keine Beanstandungen.

**4.8 Erhaltene Anzahlungen**

**10.630.538,61 €**  
**(Vorjahr 12.179.634,59 €)**

Der Posten wurde im Zusammenhang mit den korrespondierenden Posten im Anlagevermögen und den Sonderposten geprüft.

Es ergaben sich keine wesentlichen Beanstandungen. Auf die Prüffeststellungen und Erläuterungen zu den korrespondierenden Posten wird hingewiesen.

## 5.8. Hinweise zum Anhang

Gemäß § 37 Abs. 1 Satz 2 GemHVO besteht der Jahresabschluss aus

- der Ergebnisrechnung,
- der Finanzrechnung,
- den Teilrechnungen,
- der Bilanz und
- dem Anhang.

Dem Jahresabschluss ist ein Lagebericht nach § 48 GemHVO beizufügen (§ 37 Abs. 2 GemHVO, § 95 Abs. 1 GO).

Gemäß § 95 Abs. 1 Satz 3 GO (alt) ist der Anhang wie oben dargestellt ein Bestandteil des Jahresabschlusses. Die Bilanz und der Anhang haben zum Bilanzstichtag unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu vermitteln. Nach § 101 Abs. 1 Satz 1 GO (alt) ist der Jahresabschluss, und damit auch der Anhang, dahingehend zu prüfen, ob er dieses Bild vermittelt.

Der Anhang hat im Rahmen des Jahresabschlusses eine übergeordnete Aufgabenstellung und sichert zudem das Zusammenwirken der Bestandteile des Jahresabschlusses (Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Bilanz). Der Anhang soll dazu beitragen, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt (7. Handreichung S. 3899 f.). Die Angaben im Anhang müssen daher den im Haushaltsjahr entstandenen tatsächlichen Verhältnissen bei der Stadt entsprechen, sie müssen richtig und vollständig sowie nachvollziehbar wiedergegeben werden (7. Handreichung S. 3898).

Der wesentliche Inhalt des Anhangs ist durch § 44 GemHVO vorgegeben. Nach Abs. 1 der genannten Vorschrift sind die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben und so zu erläutern, dass sachverständige Dritte sie beurteilen können. Vereinfachungsregelungen und Schätzungen sind zu beschreiben. Des Weiteren sind die Positionen der Ergebnisrechnung und die in der Finanzrechnung nachzuweisenden Einzahlungen und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit zu erläutern.

Diese Erläuterungen werden im Anhang zur städtischen Bilanz im Teil 5.2 Buchstabe a) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden als Überblick und im Folgenden unter Buchstabe b) als Einzelerläuterungen zu den Posten der Bilanz gegeben.

Dem Anhang ist gemäß § 44 Abs. 3 GemHVO ein Anlagenspiegel, ein Forderungsspiegel und ein Verbindlichkeitspiegel nach den §§ 45 bis 47 GemHVO beizufügen. Zu den Spiegeln hat die Rechnungsprüfung folgende Anmerkungen bzw. Feststellungen:

Sowohl Anlagenspiegel (§ 45 GemHVO), Forderungsspiegel (§ 46 GemHVO) als auch Verbindlichkeitspiegel (§ 47 GemHVO) entsprechen formal den gesetzlichen Vorschriften.

F Die im Anlagenspiegel ausgewiesene Abschreibungssumme (21.866.891,45 €) weist gegenüber der in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen Summe (21.866.050,96 €), unter Berücksichtigung der herauszurechnenden Abschreibungen der Finanzanlagen von 883,81 €, eine Differenz in Höhe von 43,32 aus. Diese resultiert aus einer manuellen Umsatzsteuerkorrektur (innergemeinschaftlicher Erwerb), die fälschlicherweise nicht im Anlagenbuch erfasst wurde. Aufgrund der Betragshöhe wird der Sachverhalt nicht weiter beanstandet. Der Sachverhalt wurde mit der Kämmerei besprochen, insofern wird auf eine Stellungnahme verzichtet.

F Die unter dem Verbindlichkeitspiegel anzugebenden Haftungsverhältnisse sind betragsmäßig nicht korrekt. Zum Abschlussstichtag bestehen Haftungsverhältnisse in Höhe von 10.840.000,16 € und nicht von 10.841.659,85 €. Der Sachverhalt wurde mit der Kämmerei besprochen, insofern wird auf eine Stellungnahme verzichtet.

Die Prüfung der zuvor genannten Spiegel ergab keine weiteren Beanstandungen.

Gemäß § 22 Abs. 4 GemHVO in der aufgrund des NKFVG ab dem Haushaltsjahr 2013 anzuwendenden Fassung gilt:

Werden Ermächtigungen übertragen, ist dem Rat eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres vorzulegen. Die Übertragungen sind im Jahresabschluss im Plan-/Ist-Vergleich der Ergebnisrechnung (§ 38 Abs. 2 GemHVO) und der Finanzrechnung (§ 39 GemHVO) und im Anhang anzugeben.

Der Jahresabschluss 2018 enthält als Anlagen C1 bis C3 die entsprechenden Ermächtigungsübertragungen. Hieraus sind unter anderem der Übertragungsbetrag ins Haushaltsjahr 2018, der ursprüngliche Ansatz sowie deren ergebende Summe (fortgeschriebener Haushaltsansatz) zu erkennen. Es wird auf die Prüffeststellungen auf Seite 24 ff. dieses Berichtes hingewiesen.

Hinsichtlich weiterer Erläuterungen, insbesondere zur Entwicklung des Eigenkapitals, zum Jahresergebnis sowie zu den Ertrags- und Aufwandsarten, wird auf „2. Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Bürgermeisters“ dieses Berichtes verwiesen.

**Insgesamt vermittelt der Anhang unter Berücksichtigung der oben genannten Einschränkungen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Siegen zum 31.12.2018.**

#### 5.9. Örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände

Gemäß § 101 Abs. 1 GemHVO ist in die Prüfung des Jahresabschlusses die Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einzubeziehen.

Nach § 35 Abs. 1 GemHVO sind bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, die Anschaffungs- und Herstellungskosten um planmäßige Abschreibungen zu mindern. Für die Erfassung des Werteverzehrs in Form von Abschreibungen sind gemäß § 35 Abs. 3 GemHVO von der Gemeinde wirtschaftliche Nutzungsdauern für das abnutzbare Anlagevermögen zu bestimmen.

Innerhalb des Rahmens der vom Innenministerium bekannt gegebenen Abschreibungstabelle haben die Kommunen gemäß § 35 Abs. 3 GemHVO die jeweiligen Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse festzulegen und in einer Übersicht zusammenzufassen.

Die Stadt Siegen hat unter Beachtung der vom Innenminister verbindlich vorgegebenen „NKF-Rahmentabelle der Gesamtnutzungsdauer für kommunale Vermögensstände“ eine örtliche Abschreibungstabelle erstellt, in der die individuellen Nutzungsdauern für Vermögensgegenstände entsprechend der technischen und betriebsgewöhnlichen Nutzung konkret festgelegt wurden. Die Nutzungsdauern wurden dabei so festgesetzt, dass eine Stetigkeit für zukünftige Festlegungen von Abschreibungen gewährleistet ist.

Neben den durch die Rahmentabelle verbindlich vorgegebenen Vermögenskategorien enthält die örtliche Abschreibungstabelle der Stadt Siegen aufgrund des individuellen Vermögensbestandes weitere Vermögensgegenstände.

Die Vorgaben der Rahmentabelle wurden von der Stadt Siegen grundsätzlich beachtet. Unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten wurden wirtschaftliche Nutzungsdauern von Vermögensgegenständen innerhalb und teilweise auch außerhalb des vom Innenministerium vorgegebenen Rahmens durch konkrete Jahresangaben festgelegt. Die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer erfolgte unter Betrachtung gleichartiger Vermögensgegenstände innerhalb einer Kategorie.

Abweichungen von der NKF-Rahmentabelle sind im Anhang der Abschreibungstabelle der Stadt Siegen erläutert und werden seitens der Prüfung als zulässig angesehen.

Die Festlegungen der Abschreibungstabelle der Stadt Siegen wurden Ende 2012 in die Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 einbezogen. Mit den jeweiligen Jahresabschlüssen wurden daher die im Intranet der Stadt Siegen bekannt gegebenen bzw. die dem Rechnungsprüfungsamt mitgeteilten Änderungen und Ergänzungen der örtlich festgesetzten Nutzungsdauern geprüft.

- H Für die im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2018 ausgewählten Anlagenzugänge im Bereich der Stützmauern (# 0457003 [Zug. Stützmauern]) wurde festgestellt, dass die Nutzungsdauern bei den zur Prüfung ausgewählten Anlagegütern (insbesondere Sanierung Schlossmauer) aufgrund einer grundhaften Sanierung mit 45 Jahren angesetzt wurden. Ein Hinweis dazu wurde bislang nicht in die AfA-Tabelle der Stadt Siegen übernommen.

Prüfungsseitig kann die angesetzte Nutzungsdauer von 45 Jahren bei einer grundhaften Sanierung als zutreffend angesehen werden, da es sich nicht um einen Neubau handelt. Die Nutzungsdauer für Stützmauern beträgt nach AfA-Tabelle der Stadt Siegen 90 Jahre.

#### 5.10. Inventur, Inventar

Nach § 101 Abs. 1 GO a.F. sind die Inventur und das Inventar in die Prüfung des Jahresabschlusses einzubeziehen.

§ 91 Abs. 1 GO a.F. konkretisiert die Begriffe Inventur und Inventar: "Die Gemeinde hat zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten in einer Inventur unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Inventur vollständig aufzunehmen und dabei den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten anzugeben (Inventar)."

Die Gemeindehaushaltsverordnung in der Fassung vom 16.11.2004 sah im § 28 Abs. 1 vor, dass die Vermögensgegenstände mindestens alle drei Jahre durch eine körperliche Inventur aufzunehmen waren. Das 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz (NKFWG) vom 18.09.2012 hat diese Frist von drei auf fünf Jahre verlängert. Dieses Gesetz wurde von der Stadt Siegen erstmals auf das Haushaltsjahr 2013 angewendet.

Durch das 2. NKFWG, gültig ab dem 01.01.2019, ist in § 30 „Inventurvereinfachungsverfahren“ Absatz 2 Satz 2 KomHVO nunmehr geregelt:

„Bei Anwendung des Buchinventurverfahrens soll das Intervall für die körperliche Bestandsaufnahme bei körperlichen beweglichen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens fünf Jahre und bei körperlichen unbeweglichen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens zehn Jahre nicht überschreiten.“

Der bisherige Schwerpunkt der Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes im Rahmen der Inventur-/Inventarprüfung lag seit der Eröffnungsbilanz bzw. dem ersten nach NKF zu erstellenden Jahresabschluss zum 31.12.2009 aufgrund der Wesentlichkeit und der Komplexität bei der Zustandserfassung des Straßenvermögens und dessen wertmäßiger Umsetzung im Rahmen der Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2015. Durch die Neuregelung in § 30 Abs. 2 KomHVO müsste nach derzeitiger Rechtslage in diesem Bereich spätestens zum Jahresabschlusstichtag 31.12.2025 wieder eine körperliche Inventur stattfinden.

#### 5.11. Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage

Aufsichtsbehörden, die Gemeindeprüfungsanstalt und Vertreter der örtlichen Rechnungsprüfungen (VERPA e.V.) haben für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von Kommunen ein landesweit einheitliches NKF-Kennzahlenset erarbeitet. Durch Runderlass des Innenministeriums NRW vom 01.10.2008 werden die Aufsichtsbehörden verpflichtet, die Daten zur Ermittlung dieser Kennzahlen zu erfassen, fortzuführen und zu bewerten.

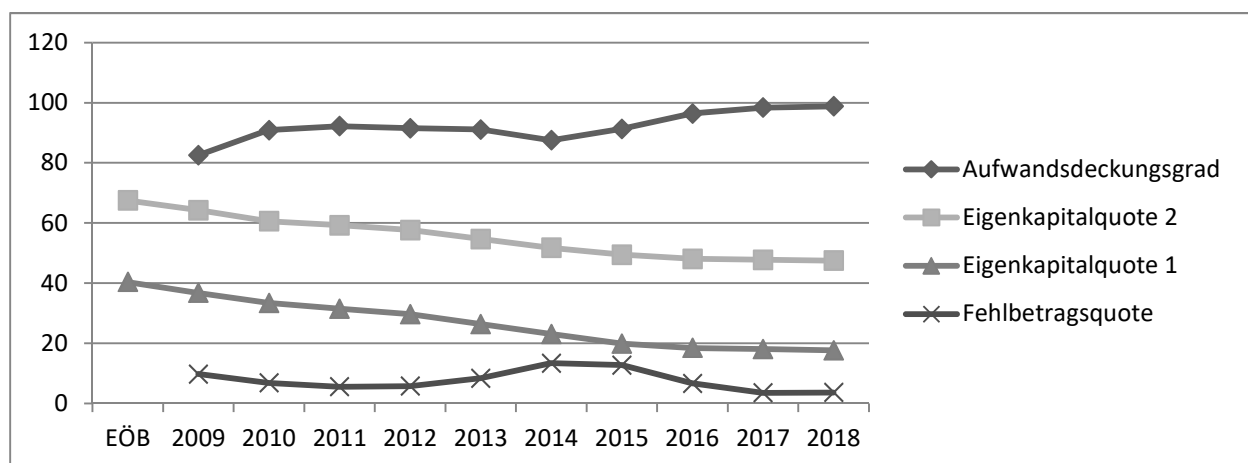
Die Berichte über die Prüfungen der Jahresrechnung sind wichtige Informationen für die örtliche Steuerung durch den Rat als Träger der Gemeindeverwaltung. Insofern wird es für erforderlich gehalten, die vorgenannten Kennzahlen für den jeweiligen Jahresabschluss auch selbst aufzuarbeiten, fortzuschreiben und ihre Entwicklung im zeitlichen Ablauf darzustellen. Aufsichtsbehörde und überörtlicher Prüfung bleibt es überlassen, neben den Zeitreihenvergleichen der einzelnen Kommune auch interkommunale Vergleiche und Benchmarkings vorzunehmen.

Die nach vorstehendem Erlass zu bildenden Kennzahlen werden vier Analysebereichen zugeordnet. Für jeden Analysebereich sind die Kennzahlen seit Einführung des NKF als Diagramm dargestellt. Zu beachten ist, dass zur Eröffnungsbilanz keine ergebnisabhängigen Kennzahlen gebildet werden konnten.

Erläuterungen zu den Kennzahlen sind der Broschüre des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein Westfalen "Neues Kommunales Finanzmanagement Handbuch zum NKF-Kennzahlenset NRW" zu entnehmen. Die Berechnungen wurden mit den von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zur Verfügung gestellten Excel-Tabellen vorgenommen.

## Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation

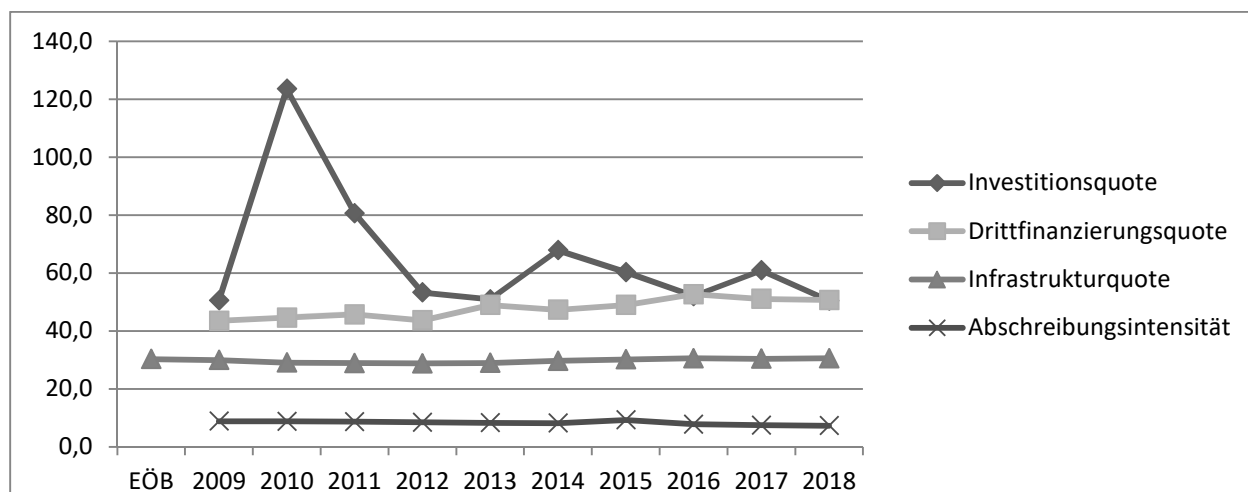
Nr.	Kennzahlenset NRW (Stand Rd.-Erlass IM NRW vom 01.10.2008)											
	Kennzahlen zur Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation	EÖB	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
		%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
1.	Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge / ordentliche Aufwendungen) x 100		82,5	90,9	92,2	91,5	91,1	87,5	91,3	96,4	98,4	98,8
2.	Eigenkapitalquote 1 (Eigenkapital / Bilanzsumme) x 100	40,4	36,8	33,4	31,5	29,7	26,4	23,1	19,9	18,5	18,1	17,7
3.	Eigenkapitalquote 2 (Eigenkapital + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge) x 100 / Bilanzsumme	67,5	64,3	60,6	59,3	57,7	54,7	51,8	49,5	48,1	47,8	47,5
4.	Fehlbetragsquote (negatives Jahresergebnis / (Ausgleichsrücklage + Allgemeine Rücklage)) x (-100)		9,8	6,9	5,6	5,8	8,4	13,4	12,8	6,7	3,6	3,7





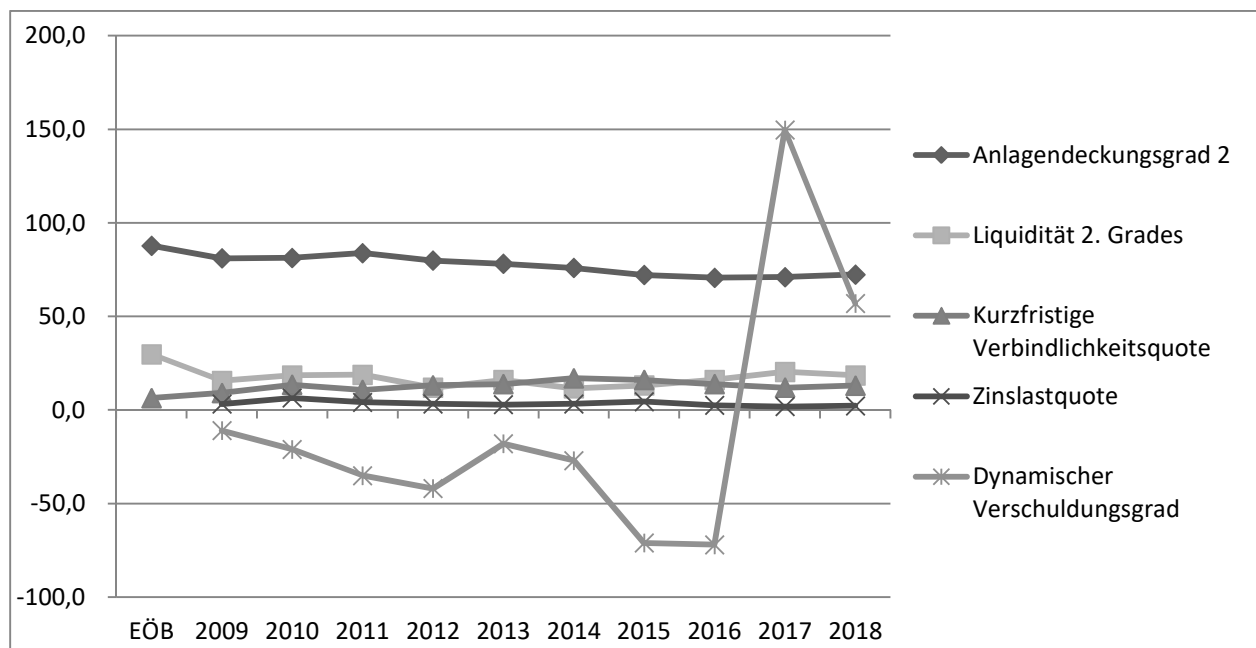
## Kennzahlen zur Vermögenslage

Nr.	Kennzahlenset NRW (Stand Rd.-Erlass IM NRW vom 01.10.2008)											
	Kennzahlen zur Vermögenslage	EÖB	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
		%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
5.	Infrastrukturquote (Infrastrukturvermögen / Bilanzsumme) x 100	30,3	30,0	29,1	28,9	28,8	29,0	29,7	30,2	30,6	30,4	30,6
6.	Abschreibungsintensität (Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen / ordentliche Aufwendungen) x 100		8,9	8,8	8,7	8,5	8,3	8,2	9,3	7,8	7,5	7,3
7.	Drittfinanzierungsquote (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen) x 100		43,5	44,6	45,7	43,7	49,0	47,3	49,0	52,7	51,1	50,7
8.	Investitionsquote Bruttoinvestitionen / (Abgänge des Anlagevermögens + Abschreibungen auf das Anlagevermögen) x 100		50,5	123,6	80,7	53,3	50,9	67,9	60,3	52,0	60,9	50,5



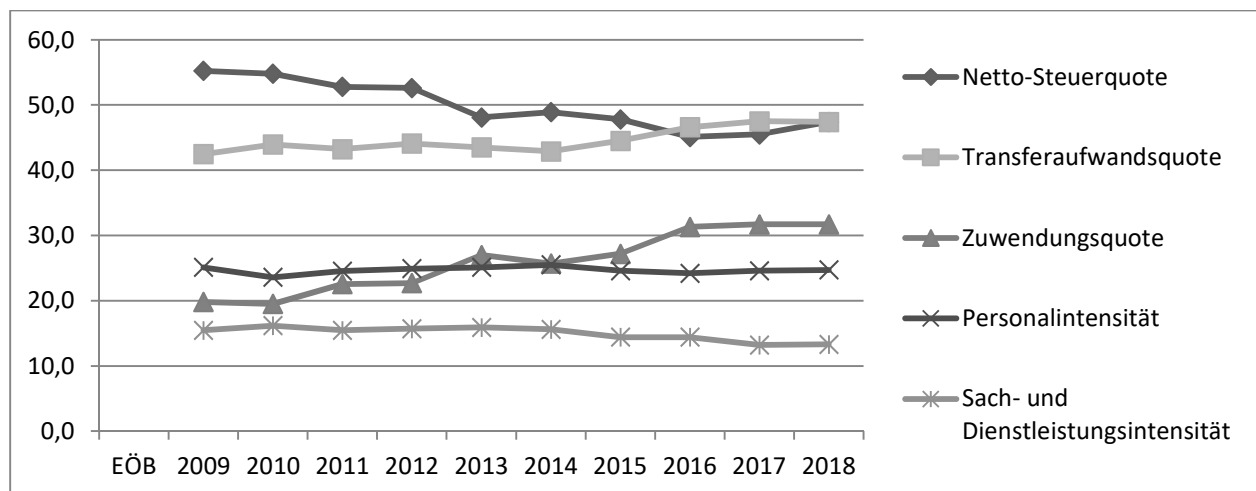
## Kennzahlen zur Finanzlage

Nr.	Kennzahlenset NRW (Stand Rd.-Erlass IM NRW vom 01.10.2008)											
	Kennzahlen zur Finanzlage	EÖB	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
		%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
9.	Anlagendeckungsgrad 2 (Eigenkapital + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge + langfristiges Fremdkapital) x 100 / Anlagevermögen	87,8	81,0	81,3	83,8	79,8	78,1	75,9	72,1	70,7	71,0	72,4
10.	Dynamischer Verschuldungsgrad (Angabe in Jahren) Effektivverschuldung / Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (FR)		-11	-21	-35	-42	-18	-27	-71	-72	149,7	56,9
11.	Liquidität 2. Grades ((Liquide Mittel + kurzfristige Forderungen) / kurzfristige Verbindlichkeiten) x 100	29,8	15,6	18,5	18,8	11,9	16,0	11,6	13,1	16,1	20,4	18,5
12.	Kurzfristige Verbindlichkeitsquote (kurzfristige Verbindlichkeiten / Bilanzsumme) x 100	6,4	9,1	13,4	10,7	13,2	13,8	17,0	16,0	13,8	11,9	13,0
13.	Zinslastquote (Finanzaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100		3,2	6,4	4,1	3,3	2,9	3,3	4,5	2,5	1,8	2,3



## Kennzahlen zur Ertragslage

Nr.	Kennzahlenset NRW (Stand Rd.-Erlass IM NRW vom 01.10.2008)											
	Kennzahlen zur Ertragslage	EÖB	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
		%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
14.	Netto-Steuerquote (bei kreisangehörigen Gemeinden) <small>(Steuererträge - GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit) / (ordentliche Erträge - GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit) x 100</small>		55,2	54,8	52,8	52,6	48,1	48,9	47,8	45,1	45,5	47,4
14.	Allgemeine Umlagenquote (bei Kreisen und Umlageverbänden alternativ zur Netto-Steuerquote) <small>(Allgemeine Umlage / ordentliche Erträge) x 100</small>		./.	./.	./.	./.	./.	./.	./.	./.	./.	./.
15.	Zuwendungsquote <small>(Erträge aus Zuwendungen / ordentliche Erträge) x 100</small>		19,8	19,5	22,5	22,7	27,0	25,7	27,2	31,3	31,7	31,7
16.	Personalintensität <small>(Personalaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100</small>		25,1	23,6	24,6	24,9	25,1	25,5	24,6	24,2	24,6	24,7
17.	Sach- und Dienstleistungsintensität <small>(Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen / ordentliche Aufwendungen) x 100</small>		15,5	16,2	15,5	15,7	15,9	15,6	14,4	14,4	13,2	13,3
18.	Transferaufwandsquote <small>(Transferaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100</small>		42,5	44,0	43,2	44,1	43,5	42,9	44,5	46,6	47,5	47,4



#### 5.12. Hinweise zum Bestätigungsvermerk

Der am 10.02.2021 in den Rechnungsprüfungsausschuss sowie am 03.03.2021 in den Rat eingebrachte Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 wurde durch das Rechnungsprüfungsamt im Zeitraum Februar bis April 2021 (Hauptprüfung) geprüft. Vorgelagerte Prüfungshandlungen (Vorprüfung) haben im Zeitraum Dezember 2020 bis Januar 2021 stattgefunden.

**Auf Seite 2 dieses Berichtes („Besonderer Hinweis zur Prüfung des Jahresabschlusses 2018“) wird an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen.**

Die unter Ziffer 3. dieses Berichts getroffenen grundsätzlichen Feststellungen haben nach Auffassung der Prüfung in ihrer Gesamtheit keine solche Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Siegen, dass der jetzt abzugebende Bestätigungsvermerk einzuschränken wäre.

Die festgestellten und im Bericht aufgeführten fehlerhaften Buchungen bzw. Sachverhalte sind zeitnah zu korrigieren.

Die Prüfung des am 03.03.2021 in den Rat eingebrachten Entwurfs des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 hat zu keinen so wesentlichen Einwendungen geführt, die eine Versagung oder Einschränkung des Testats zum Jahresabschluss 2018 zur Folge haben.

## **6. Bestätigungsvermerk**

An den Bürgermeister, die Mitglieder des Rates und des Rechnungsprüfungsausschusses der Universitätsstadt Siegen

### **Prüfungsurteile**

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Jahresabschluss der Stadt Siegen nach § 95 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2018, der Finanz- und der Ergebnisrechnung inklusive der Teilrechnungen für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus hat das Rechnungsprüfungsamt den Lagebericht der Stadt Siegen für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach der Beurteilung der örtlichen Prüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss vom 01.02.2021 in allen wesentlichen Belangen den für die Stadt Siegen geltenden gemeindehaushaltsrechtlichen Vorschriften des Landes Nordrhein-Westfalen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Siegen zum 31. Dezember 2018. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 102 Absatz 8 GO NRW i.V.m. § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklärt die örtliche Prüfung, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### **Grundlage für die Prüfungsurteile**

Die örtliche Prüfung hat die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 102 GO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt.

Die Verantwortung der örtlichen Prüfung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ dieses Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben.

Die örtliche Prüfung ist gemäß § 101 Absatz 2 GO bei der Erfüllung der ihr zugewiesenen Prüfungsaufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Im Übrigen ist die örtliche Rechnungsprüfung dem Rat unmittelbar verantwortlich und in ihrer sachlichen Tätigkeit ihm unmittelbar unterstellt.

Auf die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 wurde weder intern noch extern Einfluss genommen.

Die örtliche Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die von ihr erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für ihre Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

### **Verantwortung des Bürgermeisters und des Vertretungsorgans für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter der Stadt Siegen sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den für die Stadt Siegen geltenden landesrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Siegen vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist (Internes Kontrollsystem).

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Stadt Siegen zur dauerhaften sachgerechten Erledigung der Verwaltungsaufgaben zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Gefährdung der Fortführung der ordnungsmäßigen Verwaltungstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Verwaltungstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Siegen vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Rat der Stadt Siegen stellt den geprüften Jahresabschluss fest und ist insoweit für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Stadt Siegen zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts verantwortlich. Er entscheidet über die Entlastung des Bürgermeisters.

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Die Zielsetzung der örtlichen Rechnungsprüfung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Siegen vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 102 GO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt.

Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung übt das Rechnungsprüfungsamt pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahrt eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifiziert und beurteilt die örtliche Prüfung die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnt die örtliche Prüfung ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Stadt Siegen abzugeben.
- beurteilt die örtliche Prüfung die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben (z.B. Nutzungsdauern, außerplanmäßige Abschreibungen u.Ä.).

- zieht die örtliche Prüfung Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Verwaltungstätigkeit (Going-Concern-Prinzip) sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Stadt Siegen zur Fortführung der Verwaltungstätigkeit aufwerfen können. Falls die örtliche Prüfung zu dem Schluss kommt, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, ist sie verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, ihr jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Die örtliche Prüfung zieht ihre Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Stadt Siegen ihre Verwaltungstätigkeit nicht mehr ordnungsgemäß fortführen kann.
- beurteilt die örtliche Prüfung die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Siegen vermittelt.
- beurteilt die örtliche Prüfung den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Stadt Siegen.
- führt die örtliche Prüfung Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollzieht die örtliche Prüfung dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilt die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen gibt sie nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben (Prognosen) abweichen.

Die örtliche Prüfung erörtert mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die sie während ihrer Prüfung feststellt.

Siegen, den 30.04.2021



Hans-Jürgen Dorsch  
Leiter des Rechnungsprüfungsamtes



**Anlage 1 Entwurf der Bilanz zum 31.12.2018**

**Bilanz der Stadt Siegen zum 31.12.2018**

Aktiva	31.12.2018	31.12.2017
<b>1. Anlagevermögen</b>	<b>975.581.296,48 €</b>	<b>988.249.862,06 €</b>
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	317.665,73 €	267.438,84 €
1.2 Sachanlagen	791.165.661,37 €	804.483.719,39 €
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	142.936.614,39 €	144.660.452,30 €
1.2.1.1 Grünflächen	61.849.704,93 €	62.539.012,06 €
1.2.1.2 Ackerland	6.786.699,72 €	6.771.782,65 €
1.2.1.3 Wald, Forsten	14.132.593,07 €	14.095.216,43 €
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	60.167.616,67 €	61.254.441,16 €
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	291.912.033,70 €	301.235.659,24 €
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	20.279.248,48 €	19.036.982,76 €
1.2.2.2 Schulen	172.729.111,35 €	179.085.216,46 €
1.2.2.3 Wohnbauten	2.320.373,21 €	2.433.928,06 €
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	96.583.300,66 €	100.679.531,96 €
1.2.3 Infrastrukturvermögen	308.839.049,98 €	310.492.090,05 €
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	54.549.312,87 €	54.464.513,30 €
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	35.692.471,48 €	36.642.636,97 €
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	369.882,14 €	400.705,65 €
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	3.272.331,29 €	853.428,14 €
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	212.396.075,44 €	215.536.117,50 €
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	2.558.976,76 €	2.594.688,49 €
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	13.754.783,41 €	13.982.205,11 €
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	7.123.520,13 €	7.123.030,13 €
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	9.020.985,66 €	9.257.208,27 €
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.619.200,55 €	4.389.027,12 €
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	12.959.473,55 €	13.344.047,17 €
1.3 Finanzanlagen	184.097.969,38 €	183.498.703,83 €
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	65.926.623,83 €	65.926.624,83 €
1.3.2 Beteiligungen	1.886.102,69 €	1.886.101,69 €
1.3.3 Sondervermögen	106.498.805,88 €	106.498.805,88 €
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	8.080.602,34 €	7.443.825,68 €
1.3.5 Ausleihungen	1.705.834,64 €	1.743.345,75 €
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00 €	0,00 €
1.3.5.2 an Beteiligungen	0,00 €	0,00 €
1.3.5.3 an Sondervermögen	0,00 €	0,00 €
1.3.5.4 sonstige Ausleihungen	1.705.834,64 €	1.743.345,75 €
<b>2. Umlaufvermögen</b>	<b>27.866.484,62 €</b>	<b>28.508.285,25 €</b>
2.1 Vorräte	2.254.398,30 €	2.854.148,52 €
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	2.254.398,30 €	2.854.148,52 €
2.1.2 Geleistete Anzahlungen	0,00 €	0,00 €
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.902.331,00 €	19.968.152,67 €
2.2.1 Öffentlich- rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	19.948.336,04 €	17.229.807,32 €
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	2.776.378,04 €	2.587.197,36 €
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	177.616,92 €	151.147,99 €
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	500,00 €
2.4 Liquide Mittel	2.709.755,32 €	5.685.484,06 €
<b>3. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>5.526.401,14 €</b>	<b>5.873.105,63 €</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.008.974.182,24 €</b>	<b>1.022.631.252,94 €</b>

Passiva	31.12.2018	31.12.2017
<b>1. Eigenkapital</b>	<b>178.495.908,58 €</b>	<b>185.230.935,16 €</b>
1.1 Allgemeine Rücklage	185.317.249,13 €	192.054.563,87 €
1.2 Sonderrücklagen	0,00 €	0,00 €
1.3 Ausgleichsrücklage	0,00 €	0,00 €
1.4 Jahresfehlbetrag	-6.821.340,55 €	-6.823.628,71 €
<b>2. Sonderposten</b>	<b>303.463.182,14 €</b>	<b>305.878.307,95 €</b>
2.1 für Zuwendungen	262.634.578,11 €	265.222.691,22 €
2.2 für Beiträge	37.717.440,14 €	38.064.152,60 €
2.3 für den Gebührenaussgleich	1.686.426,00 €	2.012.899,00 €
2.4 Sonstige Sonderposten	1.424.737,89 €	578.565,13 €
<b>3. Rückstellungen</b>	<b>139.740.399,15 €</b>	<b>133.315.051,48 €</b>
3.1 Pensionsrückstellungen	128.946.072,00 €	123.415.091,00 €
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00 €	0,00 €
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	854.620,43 €	266.884,84 €
3.4 Sonstige Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5	9.939.706,72 €	9.633.075,64 €
<b>4. Verbindlichkeiten</b>	<b>358.096.765,06 €</b>	<b>369.607.741,79 €</b>
4.1 Anleihen	0,00 €	0,00 €
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	84.123.988,01 €	87.181.289,90 €
4.2.1 von verbundenen Unternehmen	- €	- €
4.2.2 von Beteiligungen	- €	- €
4.2.3 von Sondervermögen	- €	- €
4.2.4 vom öffentlichen Bereich	130.320,00 €	- €
4.2.5 von Kreditinstituten	83.993.668,01 €	87.181.289,90 €
4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	239.048.525,92 €	244.294.092,60 €
4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	11.210.046,24 €	11.304.966,81 €
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.351.142,05 €	4.359.765,01 €
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	2.599.833,29 €	2.394.926,37 €
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	4.132.690,94 €	7.893.066,51 €
4.8 Erhaltene Anzahlungen	10.630.538,61 €	12.179.634,59 €
<b>5. Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>29.177.927,31 €</b>	<b>28.599.216,56 €</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.008.974.182,24 €</b>	<b>1.022.631.252,94 €</b>



Anlage 2 Entwurf der Ergebnisrechnung 2018

Jahresabschluss 2018

Gesamtergebnisrechnung					
Kernhaushalt					
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Fortgeschr. Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Fortgeschr. Ansatz / Ergebnis 2018
01	Steuern und ähnliche Abgaben	134.507.061,32	139.159.000,00	144.904.096,99	5.745.096,99
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	90.921.904,83	96.708.956,00	93.722.609,19	-2.986.346,81
03	+ Sonstige Transfererträge	1.343.468,86	1.942.575,00	2.619.551,06	676.976,06
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	25.519.647,75	23.326.800,00	25.324.786,32	1.997.986,32
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.331.531,39	6.392.000,00	5.745.521,77	-646.478,23
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.797.312,30	9.329.169,00	9.564.596,49	235.427,49
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	18.543.722,74	8.598.150,00	13.420.653,33	4.822.503,33
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	860.787,52	800.000,00	776.108,07	-23.891,93
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= Ordentliche Erträge	286.825.436,71	286.256.650,00	296.077.923,22	9.821.273,22
11	- Personalaufwendungen	71.657.481,21	69.671.428,00	73.928.438,32	4.257.010,32
12	- Versorgungsaufwendungen	7.976.463,80	7.918.100,00	9.738.494,50	1.820.394,50
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	38.508.279,80	49.635.585,25	39.998.451,04	-9.637.134,21
14	- Bilanzielle Abschreibungen	21.728.215,80	21.788.900,00	21.866.050,96	77.150,96
15	- Transferaufwendungen	138.515.694,27	144.625.890,79	142.126.840,06	-2.499.050,73
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	13.128.039,28	10.561.810,00	12.121.250,81	1.559.440,81
17	= Ordentliche Aufwendungen	291.514.174,16	304.201.714,04	299.779.525,69	-4.422.188,35
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	-4.688.737,45	-17.945.064,04	-3.701.602,47	14.243.461,57
19	+ Finanzerträge	3.195.937,69	4.145.200,00	3.909.004,88	-236.195,12
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	5.330.828,95	5.968.000,00	7.028.742,96	1.060.742,96
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	-2.134.891,26	-1.822.800,00	-3.119.738,08	-1.296.938,08
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	-6.823.628,71	-19.767.864,04	-6.821.340,55	12.946.523,49
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0,00	0,00	0,00
26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	-6.823.628,71	-19.767.864,04	-6.821.340,55	12.946.523,49
28A	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen				
29	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	562.201,26	0,00	2.874.385,18	2.874.385,18
30	Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	2.216.027,97	0,00	637.660,47	637.660,47
31	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	1.297.263,71	0,00	3.496.756,07	3.496.756,07
32	Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	0,00	0,00	883,81	883,81
33	Verrechnungssaldo (= Zeilen 29 bis 32)	1.480.965,52	0,00	14.405,77	14.405,77

Anlage 3 Entwurf der Finanzrechnung 2018

Jahresabschluss 2018

Gesamtfinanzrechnung					
Kernhaushalt					
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Fortgeschr. Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Fortgeschr. Ansatz / Ergebnis 2018
01	Steuern und ähnliche Abgaben	131.760.226,99	139.159.000,00	145.612.275,80	6.453.275,80
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	80.865.879,84	87.700.256,00	83.095.140,73	-4.605.115,27
03	+ Sonstige Transfereinzahlungen	8.609.893,25	1.942.575,00	5.331.587,61	3.389.012,61
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	23.301.475,25	21.724.400,00	23.929.603,04	2.205.203,04
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.231.649,45	6.282.000,00	5.707.931,05	-574.068,95
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.900.869,47	9.329.169,00	9.264.031,08	-65.137,92
07	+ Sonstige Einzahlungen	10.358.889,21	8.598.150,00	7.613.510,41	-984.639,59
08	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	3.545.631,89	4.145.200,00	10.376.883,54	6.231.683,54
09	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	275.574.515,35	278.880.750,00	290.930.963,26	12.050.213,26
10	- Personalauszahlungen	66.254.372,04	69.145.574,00	68.801.937,72	-343.636,28
11	- Versorgungsauszahlungen	7.438.411,92	6.830.100,00	7.086.652,22	256.552,22
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	38.787.114,37	52.578.597,38	39.361.822,36	-13.216.775,02
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	11.433.581,73	5.968.000,00	11.810.462,12	5.842.462,12
14	- Transferauszahlungen	137.815.669,38	144.578.990,79	144.864.152,19	285.161,40
15	- Sonstige Auszahlungen	10.639.230,51	10.558.810,00	10.650.938,50	92.128,50
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	272.368.379,95	289.660.072,17	282.575.965,11	-7.084.107,06
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 9 und 16)	3.206.135,40	-10.779.322,17	8.354.998,15	19.134.320,32
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	9.803.813,73	10.956.600,00	7.119.236,00	-3.837.364,00
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	1.646.829,37	1.643.000,00	3.200.243,62	1.557.243,62
20	+ Einzahlungen aus d. Veräußerung v. Finanzanlagen	0,00	60.000,00	3.836,10	-56.163,90
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	374.256,00	860.000,00	795.245,86	-64.754,14
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	17.664,21	12.000,00	50.077,43	38.077,43
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	11.842.563,31	13.531.600,00	11.168.639,01	-2.362.960,99
24	- Ausz. f. d. Erwerb v. Grundstücken u. Gebäuden	779.241,79	878.000,00	566.333,13	-311.666,87
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	7.089.307,04	34.965.255,90	8.418.246,41	-26.547.009,49
26	- Ausz. f. d. Erwerb v. beweglichem Anlagevermögen	3.180.662,92	7.233.421,08	3.013.456,11	-4.219.964,97
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	60.000,00	0,00	-60.000,00
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	97.800,00	751.000,00	118.569,11	-632.430,89
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	86.469,16	0,00	15.750,00	15.750,00
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	11.233.480,91	43.887.676,98	12.132.354,76	-31.755.322,22
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 23 und 30)	609.082,40	-30.356.076,98	-963.715,75	29.392.361,23
32	= Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag (Zeilen 17 und 31)	3.815.217,80	-41.135.399,15	7.391.282,40	48.526.681,55
33	+ Aufnahme u. Rückflüsse v. Investitionskrediten u. diesen wirtschaftl. gleichk. Rechtsverhältnissen	15.192.035,70	19.627.000,00	3.139.360,24	-16.487.639,76
34	+ Aufnahme und Rückflüsse von Krediten zur Liquiditätssicherung	123.000.000,00	0,00	88.776.000,00	88.776.000,00
35	- Tilgung und Gewährung von Investitionskrediten u. diesen wirtschaftl. gleichk. Rechtsverhältnissen	16.116.488,18	6.381.000,00	6.282.371,38	-98.628,62
36	- Tilgung und Gewährung von Krediten zur Liquiditätssicherung	123.000.000,00	0,00	96.000.000,00	96.000.000,00
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-924.452,48	13.246.000,00	-10.367.011,14	-23.613.011,14
38	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (Zeilen 32 und 37)	2.890.765,32	-27.889.399,15	-2.975.728,74	24.913.670,41
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	2.793.838,74	5.685.484,06	5.685.484,06	0,00
40	= Liquide Mittel (Zeilen 38 und 39)	5.684.604,06	-22.203.915,09	2.709.755,32	24.913.670,41

#### Anlage 4 Ergebnisse der Teilrechnungen 2018

Teilergebnisrechnungen					
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Ist- Ergebnis 2017	fortgeschr. HhAns. 2018	Ist- Ergebnis 2018	Differenz Sp. 5 - Sp. 4 2018
1	2	4	5	6	7
		€	€	€	€
01.01.01	Unterstützung politischer Gremien	- 1.360.265,33	- 1.407.688,00	- 1.308.014,29	99.673,71
<b>01.01</b>	<b>Politische Gremien</b>	<b>- 1.360.265,33</b>	<b>- 1.407.688,00</b>	<b>- 1.308.014,29</b>	<b>99.673,71</b>
01.02.01	Verwaltungsleitung	- 1.154.496,09	- 1.051.916,00	- 1.206.422,34	- 154.506,34
<b>01.02</b>	<b>Verwaltungsleitung</b>	<b>- 1.154.496,09</b>	<b>- 1.051.916,00</b>	<b>- 1.206.422,34</b>	<b>- 154.506,34</b>
01.03.01	Gleichstellung von Frau und Mann	- 156.982,69	- 153.900,00	- 164.342,64	- 10.442,64
<b>01.03</b>	<b>Gleichstellungsstelle</b>	<b>- 156.982,69</b>	<b>- 153.900,00</b>	<b>- 164.342,64</b>	<b>- 10.442,64</b>
01.04.01	Personalrat	- 357.743,83	- 328.459,00	- 361.296,89	- 32.837,89
<b>01.04</b>	<b>Personalrat</b>	<b>- 357.743,83</b>	<b>- 328.459,00</b>	<b>- 361.296,89</b>	<b>- 32.837,89</b>
01.05.01	Rechnungsprüfungsamt	- 797.816,72	- 598.668,00	- 856.069,85	- 257.401,85
<b>01.05</b>	<b>Rechnungsprüfungsamt</b>	<b>- 797.816,72</b>	<b>- 598.668,00</b>	<b>- 856.069,85</b>	<b>- 257.401,85</b>
01.06.01	Finanzmanagement	- 1.316.872,81	- 1.256.268,00	- 1.289.205,54	- 32.937,54
01.06.02	Zahlungsabwicklung	34.631,37	- 409.453,00	- 634.810,82	- 225.357,82
<b>01.06</b>	<b>Finanzmanagement und Zahlungsabwicklung</b>	<b>- 1.282.241,44</b>	<b>- 1.665.721,00</b>	<b>- 1.924.016,36</b>	<b>- 258.295,36</b>
01.07.01	Steuerverwaltung	- 542.953,68	- 419.441,00	- 460.164,76	- 40.723,76
<b>01.07</b>	<b>Steuerverwaltung</b>	<b>- 542.953,68</b>	<b>- 419.441,00</b>	<b>- 460.164,76</b>	<b>- 40.723,76</b>
01.08.01	Medien- und Öffentlichkeitsangelegenheiten, Repräsentation	- 498.779,32	- 501.616,00	- 525.972,60	- 24.356,60
<b>01.08</b>	<b>Medien- und Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>- 498.779,32</b>	<b>- 501.616,00</b>	<b>- 525.972,60</b>	<b>- 24.356,60</b>
01.09.01	Recht und Versicherungen	- 1.048.440,22	- 1.064.132,00	- 1.183.808,39	- 119.676,39
<b>01.09</b>	<b>Recht und Versicherungen</b>	<b>- 1.048.440,22</b>	<b>- 1.064.132,00</b>	<b>- 1.183.808,39</b>	<b>- 119.676,39</b>
01.10.01	Personalmanagement	- 6.724.782,70	- 9.319.845,00	- 9.779.454,57	- 459.609,57
<b>01.10</b>	<b>Personalmanagement</b>	<b>- 6.724.782,70</b>	<b>- 9.319.845,00</b>	<b>- 9.779.454,57</b>	<b>- 459.609,57</b>
01.11.01	Einrichtungen für die gesamte Verwaltung	- 1.165.451,81	- 1.124.763,00	- 1.099.552,51	25.210,49
01.11.02	KFZ-Werkstatt	44.661,05	47.372,00	37.258,72	- 10.113,28
01.11.03	Vergaben	- 230.468,32	- 222.573,00	- 330.368,14	- 107.795,14
<b>01.11</b>	<b>Zentrale Dienste</b>	<b>- 1.351.259,08</b>	<b>- 1.299.964,00</b>	<b>- 1.392.661,93</b>	<b>- 92.697,93</b>
01.12.01	Organisationsberatung und IT-Management	- 2.963.183,34	- 3.225.367,00	- 2.869.105,55	356.261,45
<b>01.12</b>	<b>Organisationsberatung und IT-Management</b>	<b>- 2.963.183,34</b>	<b>- 3.225.367,00</b>	<b>- 2.869.105,55</b>	<b>356.261,45</b>
01.13.01	Beschaffung und Bereitstellung von Immobilien	- 97.522,64	- 173.024,00	146.274,30	319.298,30
01.13.02	Herstellung, Unterhaltung und Abriss von Gebäuden und baulichen Anlagen	-	- 1.406.569,76	3.425,78	1.409.995,54
01.13.03	Gebäudebetrieb	- 9.599,41	218.356,00	- 12.248,55	- 230.604,55
<b>01.13</b>	<b>Immobilienmanagement</b>	<b>- 107.122,05</b>	<b>- 1.361.237,76</b>	<b>137.451,53</b>	<b>1.498.689,29</b>
<b>01</b>	<b>Innere Verwaltung</b>	<b>- 18.346.066,49</b>	<b>- 22.397.954,76</b>	<b>- 21.893.878,64</b>	<b>504.076,12</b>



Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Ist- Ergebnis 2017	fortgeschr. HhAns. 2018	Ist- Ergebnis 2018	Differenz Sp. 5 - Sp. 4 2018
1	2	4	5	6	7
		€	€	€	€
02.01.01	Brandschutz, technische Hilfeleistung und Katastrophenschutz	- 5.388.976,75	- 4.350.672,00	- 5.145.999,45	- 795.327,45
<b>02.01</b>	<b>Brandschutz, technische Hilfeleistung und Katastrophenschutz</b>	<b>- 5.388.976,75</b>	<b>- 4.350.672,00</b>	<b>- 5.145.999,45</b>	<b>- 795.327,45</b>
02.02.01	Rettungsdienst und Krankentransport	450.779,86	291.065,00	- 349.299,08	- 640.364,08
<b>02.02</b>	<b>Rettungsdienst und Krankentransport</b>	<b>450.779,86</b>	<b>291.065,00</b>	<b>- 349.299,08</b>	<b>- 640.364,08</b>
02.03.01	Statistik	- 238.040,40	- 284.288,00	- 286.285,45	- 1.997,45
02.03.02	Wahlen	- 178.034,57	- 12.754,00	36.087,83	48.841,83
<b>02.03</b>	<b>Statistik und Wahlen</b>	<b>- 416.074,97</b>	<b>- 297.042,00</b>	<b>- 250.197,62</b>	<b>46.844,38</b>
02.04.01	Allgemeine Gefahrenabwehr	- 952.647,04	- 1.089.695,00	- 1.256.847,98	- 167.152,98
02.04.02	Gewerbeangelegenheiten	- 523.462,13	- 468.456,00	- 547.913,41	- 79.457,41
02.04.03	Verkehrsüberwachung	57.009,40	- 30.904,00	- 101.282,43	- 70.378,43
<b>02.04</b>	<b>Ordnungsangelegenheiten</b>	<b>- 1.419.099,77</b>	<b>- 1.589.055,00</b>	<b>- 1.906.043,82</b>	<b>- 316.988,82</b>
02.05.01	Einwohnerwesen	- 824.330,58	- 1.046.897,00	- 1.120.477,84	- 73.580,84
02.05.02	Personenstandswesen	- 328.282,84	- 376.163,00	- 313.176,49	62.986,51
02.05.03	Aufenthaltsregelung von Ausländern	- 927.248,08	- 899.574,00	- 1.108.833,48	- 209.259,48
<b>02.05</b>	<b>Einwohner- und Personenstandswesen, Aufenthaltsregelung von Ausländern</b>	<b>- 2.079.861,50</b>	<b>- 2.322.634,00</b>	<b>- 2.542.487,81</b>	<b>- 219.853,81</b>
<b>02</b>	<b>Sicherheit und Ordnung</b>	<b>- 8.853.233,13</b>	<b>- 8.268.338,00</b>	<b>- 10.194.027,78</b>	<b>- 1.925.689,78</b>
03.01.01	Schulmanagement und -organisation	- 395.541,43	- 367.298,00	- 399.445,49	- 32.147,49
03.01.02	Grundschulen	- 5.592.907,47	- 7.225.523,03	- 6.011.988,27	1.213.534,76
03.01.03	Hauptschulen	- 1.004.497,49	- 1.462.882,44	- 1.121.729,83	341.152,61
03.01.04	Realschulen	- 2.223.954,84	- 2.258.048,98	- 2.317.132,29	- 59.083,31
03.01.05	Weiterbildungskolleg	- 402.654,15	- 588.055,00	- 259.475,04	328.579,96
03.01.06	Gymnasien	- 3.738.143,30	- 3.906.382,95	- 3.766.415,24	139.967,71
03.01.07	Förderschulen	- 578.944,83	- 826.252,78	- 583.281,84	242.970,94
03.01.08	Gesamtschulen	- 4.482.628,41	- 4.122.787,00	- 4.576.378,93	- 453.591,93
<b>03.01</b>	<b>Schulverwaltung</b>	<b>- 18.419.271,92</b>	<b>- 20.757.230,18</b>	<b>- 19.035.846,93</b>	<b>1.721.383,25</b>
<b>03</b>	<b>Schulträgeraufgaben</b>	<b>- 18.419.271,92</b>	<b>- 20.757.230,18</b>	<b>- 19.035.846,93</b>	<b>1.721.383,25</b>
04.01.01	Kulturveranstaltungen und Kulturförderung	- 649.983,33	- 637.989,00	- 624.738,75	13.250,25
<b>04.01</b>	<b>Kultur</b>	<b>- 649.983,33</b>	<b>- 637.989,00</b>	<b>- 624.738,75</b>	<b>13.250,25</b>
04.02.01	Stadtarchiv	- 537.170,23	- 492.874,00	- 498.036,46	- 5.162,46
<b>04.02</b>	<b>Archiv</b>	<b>- 537.170,23</b>	<b>- 492.874,00</b>	<b>- 498.036,46</b>	<b>- 5.162,46</b>
04.03.01	Stadtbibliothek	- 972.950,57	- 985.297,00	- 978.532,57	6.764,43
<b>04.03</b>	<b>Bibliothekswesen</b>	<b>- 972.950,57</b>	<b>- 985.297,00</b>	<b>- 978.532,57</b>	<b>6.764,43</b>
04.04.01	Volkshochschule	- 467.106,46	- 409.416,00	- 479.086,70	- 69.670,70
<b>04.04</b>	<b>Volkshochschule</b>	<b>- 467.106,46</b>	<b>- 409.416,00</b>	<b>- 479.086,70</b>	<b>- 69.670,70</b>
04.05.01	Museum	- 1.477.215,50	- 1.489.689,00	- 1.432.064,16	57.624,84
<b>04.05</b>	<b>Museum</b>	<b>- 1.477.215,50</b>	<b>- 1.489.689,00</b>	<b>- 1.432.064,16</b>	<b>57.624,84</b>

Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Ist- Ergebnis 2017	fortgeschr. HhAns. 2018	Ist- Ergebnis 2018	Differenz Sp. 5 - Sp. 4 2018
1	2	4	5	6	7
		€	€	€	€
04.06.01	Musikschule	- 1.087.881,78	- 1.054.248,00	- 1.198.846,94	- 144.598,94
<b>04.06</b>	<b>Musikschule</b>	<b>- 1.087.881,78</b>	<b>- 1.054.248,00</b>	<b>- 1.198.846,94</b>	<b>- 144.598,94</b>
04.07.01	Apollo Theater	- 903.989,98	- 1.031.800,00	- 953.500,39	78.299,61
<b>04.07</b>	<b>Apollo Theater</b>	<b>- 903.989,98</b>	<b>- 1.031.800,00</b>	<b>- 953.500,39</b>	<b>78.299,61</b>
<b>04</b>	<b>Kultur und Wissenschaft</b>	<b>- 6.096.297,85</b>	<b>- 6.101.313,00</b>	<b>- 6.164.805,97</b>	<b>- 63.492,97</b>
05.01.01	Soziale Hilfen	- 1.045.800,74	- 970.818,00	- 1.082.806,58	- 111.988,58
05.01.02	Hilfen nach dem AsylbLG	- 2.722.432,27	- 3.017.287,00	- 2.565.946,23	451.340,77
05.01.03	Sonstige soziale Angelegenheiten	- 1.953.001,00	- 2.037.656,16	- 1.877.156,12	160.500,04
05.01.04	Grundsicherung für Arbeitssuchende	55.450,57	- 304,00	- 6.138,82	- 5.834,82
05.01.05	Amtsvormundschaften/-pflegschaften, Beistandschaften, Unterhaltsvorschuss	- 1.287.405,07	- 1.277.944,00	- 1.083.871,36	194.072,64
<b>05.01</b>	<b>Hilfen bei Einkommensdefiziten, Unterstützungsleistungen, Beratungen</b>	<b>- 6.953.188,51</b>	<b>- 7.304.009,16</b>	<b>- 6.615.919,11</b>	<b>688.090,05</b>
<b>05</b>	<b>Soziale Hilfen</b>	<b>- 6.953.188,51</b>	<b>- 7.304.009,16</b>	<b>- 6.615.919,11</b>	<b>688.090,05</b>
06.01.01	Hilfe für junge Menschen und ihre Familien	- 19.535.965,03	-19.955.435,00	-22.214.220,24	- 2.258.785,24
<b>06.01</b>	<b>Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien</b>	<b>- 19.535.965,03</b>	<b>- 19.955.435,00</b>	<b>- 22.214.220,24</b>	<b>- 2.258.785,24</b>
06.02.01	Tageseinrichtungen für Kinder	- 12.511.271,50	-15.494.548,47	-13.386.713,76	2.107.834,71
06.02.02	Frühe Hilfen für Familien	- 2.499.529,22	-2.407.715,46	-2.792.460,41	- 384.744,95
<b>06.02.</b>	<b>Tagesbetreuung von Kindern</b>	<b>- 15.010.800,72</b>	<b>- 17.902.263,93</b>	<b>- 16.179.174,17</b>	<b>1.723.089,76</b>
06.03.01	Förderung von Kindern und Jugendlichen in und außerhalb von Einrichtungen	- 3.247.391,71	-3.574.076,01	-3.219.432,32	354.643,69
06.03.02	Kinder- und Jugendschutz	- 260.491,04	-280.793,00	-290.109,86	- 9.316,86
<b>06.03</b>	<b>Kinder- und Jugendarbeit</b>	<b>- 3.507.882,75</b>	<b>- 3.854.869,01</b>	<b>- 3.509.542,18</b>	<b>345.326,83</b>
<b>06</b>	<b>Kinder-, Jugend- und Familienhilfe</b>	<b>- 38.054.648,50</b>	<b>- 41.712.567,94</b>	<b>- 41.902.936,59</b>	<b>- 190.368,65</b>
<b>07</b>	<b>Gesundheitsdienste</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
08.01.01	Förderung des Breiten- und Leistungssports	- 279.247,01	- 457.326,00	- 280.280,50	177.045,50
<b>08.01</b>	<b>Breiten- und Leistungssport</b>	<b>- 279.247,01</b>	<b>- 457.326,00</b>	<b>- 280.280,50</b>	<b>177.045,50</b>
08.02.01	Stadien und Sportplätze	- 1.221.760,09	- 1.079.613,00	- 999.672,94	79.940,06
<b>08.02</b>	<b>Stadien und Sportplätze</b>	<b>- 1.221.760,09</b>	<b>- 1.079.613,00</b>	<b>- 999.672,94</b>	<b>79.940,06</b>
08.03.01	Hallenbäder	1.315.207,66	1.001.575,00	431.660,97	- 569.914,03
08.03.02	Freibäder	- 566.234,94	- 671.671,00	- 576.889,71	94.781,29
<b>08.03</b>	<b>Hallen- und Freibäder</b>	<b>748.972,72</b>	<b>329.904,00</b>	<b>- 145.228,74</b>	<b>- 475.132,74</b>
<b>08</b>	<b>Sportförderung</b>	<b>- 752.034,38</b>	<b>- 1.207.035,00</b>	<b>- 1.425.182,18</b>	<b>- 218.147,18</b>
09.01.01	Vermessung und Geodaten	- 606.125,07	- 848.557,00	- 734.564,47	113.992,53
<b>09.01</b>	<b>Vermessung und Geodaten</b>	<b>- 606.125,07</b>	<b>- 848.557,00</b>	<b>- 734.564,47</b>	<b>113.992,53</b>
09.02.01	Stadtentwicklung	- 408.999,95	- 1.288.521,00	- 549.809,94	738.711,06
09.02.03	Flächennutzungsplanung	- 214.075,10	- 213.598,00	- 197.043,63	16.554,37
09.02.04	Baugebietsplanung	- 540.230,31	- 664.056,00	- 466.241,41	197.814,59
09.02.05	Verkehrsplanung	- 451.826,72	- 666.527,00	- 484.585,70	181.941,30
<b>09.02</b>	<b>Räumliche Planung und Entwicklung</b>	<b>- 1.615.132,08</b>	<b>- 2.832.702,00</b>	<b>- 1.697.680,68</b>	<b>1.135.021,32</b>

Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Ist- Ergebnis 2017	fortgeschr. HhAns. 2018	Ist- Ergebnis 2018	Differenz Sp. 5 - Sp. 4 2018
1	2	4	5	6	7
		€	€	€	€
09.03.01	Grundstücksneuordnung und -wertermittlung	- 344.779,85	- 354.200,00	- 330.668,07	23.531,93
<b>09.03</b>	<b>Grundstücksneuordnung und -wertermittlung</b>	<b>- 344.779,85</b>	<b>- 354.200,00</b>	<b>- 330.668,07</b>	<b>23.531,93</b>
<b>09</b>	<b>Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformati- onen</b>	<b>- 2.566.037,00</b>	<b>- 4.035.459,00</b>	<b>- 2.762.913,22</b>	<b>1.272.545,78</b>
10.01.01	Wohnraumförderung und -sicherun	- 1.052.274,42	- 1.265.696,00	- 956.163,99	309.532,01
<b>10.01</b>	<b>Soziales Wohnen</b>	<b>- 1.052.274,42</b>	<b>- 1.265.696,00</b>	<b>- 956.163,99</b>	<b>309.532,01</b>
10.02.01	Baugenehmigung und -überwachung	- 350.058,90	- 492.432,00	- 468.383,54	24.048,46
<b>10.02</b>	<b>Bauaufsicht</b>	<b>- 350.058,90</b>	<b>- 492.432,00</b>	<b>- 468.383,54</b>	<b>24.048,46</b>
10.03.01	Denkmalschutz und -pflege	- 160.015,90	- 182.413,00	- 166.834,34	15.578,66
<b>10.03</b>	<b>Denkmalschutz und -pflege</b>	<b>- 160.015,90</b>	<b>- 182.413,00</b>	<b>- 166.834,34</b>	<b>15.578,66</b>
<b>10</b>	<b>Bauen und Wohnen</b>	<b>- 1.562.349,22</b>	<b>- 1.940.541,00</b>	<b>- 1.591.381,87</b>	<b>349.159,13</b>
11.01.01	Abfallentsorgung	246.868,53	- 584.230,00	- 371.465,94	212.764,06
<b>11.01</b>	<b>Abfallentsorgung</b>	<b>246.868,53</b>	<b>- 584.230,00</b>	<b>- 371.465,94</b>	<b>212.764,06</b>
<b>11</b>	<b>Ver- und Entsorgung</b>	<b>246.868,53</b>	<b>- 584.230,00</b>	<b>- 371.465,94</b>	<b>212.764,06</b>
12.01.01	Verwaltung öffentlicher Verkehrsflächen	- 35.458,90	- 285.567,00	33.092,54	318.659,54
<b>12.01</b>	<b>Straße und Verkehr</b>	<b>- 35.458,90</b>	<b>- 285.567,00</b>	<b>33.092,54</b>	<b>318.659,54</b>
12.02.01	Gemeindestraßen	- 12.540.323,98	- 14.999.006,00	- 12.712.368,33	2.286.637,67
12.02.02	Kreisstraßen	- 317.482,88	- 544.654,00	- 347.432,22	197.221,78
12.02.03	Landesstraßen	- 354.616,01	- 1.102.059,00	17.659,25	1.119.718,25
12.02.04	Bundesstraßen	- 320.135,04	- 419.815,00	- 337.402,92	82.412,08
<b>12.02</b>	<b>Neu-, Ausbau und Unterhaltung städtischer Ver- kehrsflächen [...]</b>	<b>- 13.532.557,91</b>	<b>- 17.065.534,00</b>	<b>- 13.379.544,22</b>	<b>3.685.989,78</b>
12.03.01	Straßenreinigung	- 2.219.296,40	- 1.878.659,00	- 2.380.301,98	- 501.642,98
<b>12.03</b>	<b>Straßenreinigung</b>	<b>- 2.219.296,40</b>	<b>- 1.878.659,00</b>	<b>- 2.380.301,98</b>	<b>- 501.642,98</b>
<b>12</b>	<b>Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV</b>	<b>- 15.787.313,21</b>	<b>- 19.229.760,00</b>	<b>- 15.726.753,66</b>	<b>3.503.006,34</b>
13.01.01	Herstellung und Pflege von Grünanlagen	- 6.137.582,47	- 7.200.617,00	- 6.646.345,35	554.271,65
<b>13.01</b>	<b>Öffentliches Grün</b>	<b>- 6.137.582,47</b>	<b>- 7.200.617,00</b>	<b>- 6.646.345,35</b>	<b>554.271,65</b>
13.02.01	Naturschutz und Landschaftspflege	- 110.785,44	- 102.374,00	- 96.086,70	6.287,30
13.02.02	Städtische Wald- und Forstflächen	- 166.371,39	- 347.337,00	- 368.194,04	- 20.857,04
13.02.03	Wasserläufe	- 1.570.447,19	- 1.846.800,00	- 1.549.450,32	297.349,68
<b>13.02</b>	<b>Natur, Landschaft, Wald und Forstwirtschaft</b>	<b>- 1.847.604,02</b>	<b>- 2.296.511,00</b>	<b>- 2.013.731,06</b>	<b>282.779,94</b>
13.03.01	Friedhofs- und Bestattungswesen	- 649.929,93	- 351.861,00	- 305.363,39	46.497,61
<b>13.03</b>	<b>Friedhöfe</b>	<b>- 649.929,93</b>	<b>- 351.861,00</b>	<b>- 305.363,39</b>	<b>46.497,61</b>
<b>13</b>	<b>Natur- und Landschaftspflege</b>	<b>- 8.635.116,42</b>	<b>- 9.848.989,00</b>	<b>- 8.965.439,80</b>	<b>883.549,20</b>
14.01.01	Umweltschutzmaßnahmen	- 533.610,39	- 596.364,00	- 514.427,72	81.936,28
<b>14.01</b>	<b>Umweltschutzmaßnahmen</b>	<b>- 533.610,39</b>	<b>- 596.364,00</b>	<b>- 514.427,72</b>	<b>81.936,28</b>
<b>14</b>	<b>Umweltschutz</b>	<b>- 533.610,39</b>	<b>- 596.364,00</b>	<b>- 514.427,72</b>	<b>81.936,28</b>



Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Ist- Ergebnis 2017	fortgeschr. HhAns. 2018	Ist- Ergebnis 2018	Differenz Sp. 5 - Sp. 4 2018
1	2	4	5	6	7
		€	€	€	€
15.01.01	Wirtschaftsförderung	- 703.194,31	- 705.243,00	- 798.067,18	- 92.824,18
<b>15.01</b>	<b>Wirtschaftsförderung</b>	<b>- 703.194,31</b>	<b>- 705.243,00</b>	<b>- 798.067,18</b>	<b>- 92.824,18</b>
15.02.01	Siegerlandhalle	- 2.039.670,89	- 1.755.263,00	- 1.146.051,23	609.211,77
15.02.02	Bismarckhalle und sonstige Einrichtungen	- 534.572,89	- 605.332,00	- 639.845,97	- 34.513,97
<b>15.02</b>	<b>Siegerlandhalle, Bismarckhalle und sonstige Einrichtungen</b>	<b>- 2.574.243,78</b>	<b>- 2.360.595,00</b>	<b>- 1.785.897,20</b>	<b>574.697,80</b>
15.03.01	Beteiligungen und Eigengesellschaften	1.289.980,51	1.715.129,00	1.385.341,31	- 329.787,69
<b>15.03</b>	<b>Eigengesellschaften und Beteiligungen</b>	<b>1.289.980,51</b>	<b>1.715.129,00</b>	<b>1.385.341,31</b>	<b>- 329.787,69</b>
15.04.01	Märkte	- 6.349,25	20.626,00	6.384,22	- 14.241,78
<b>15.04</b>	<b>Märkte</b>	<b>- 6.349,25</b>	<b>20.626,00</b>	<b>6.384,22</b>	<b>- 14.241,78</b>
<b>15</b>	<b>Wirtschaft und Tourismus</b>	<b>- 1.993.806,83</b>	<b>- 1.330.083,00</b>	<b>- 1.192.238,85</b>	<b>137.844,15</b>
16.01.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen	117.343.963,04	126.967.600,00	132.995.223,90	6.027.623,90
16.01.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	4.137.988,22	-1.438.000,00	-1.460.936,43	- 22.936,43
<b>16.01</b>	<b>Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen</b>	<b>121.481.951,26</b>	<b>125.529.600,00</b>	<b>131.534.287,47</b>	<b>6.004.687,47</b>
<b>16</b>	<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>121.481.951,26</b>	<b>125.529.600,00</b>	<b>131.534.287,47</b>	<b>6.004.687,47</b>
17.01.01	Stiftungen	525,35	16.610,00	1.590,24	- 15.019,76
<b>17.01</b>	<b>Stiftungen</b>	<b>525,35</b>	<b>16.610,00</b>	<b>1.590,24</b>	<b>- 15.019,76</b>
<b>17</b>	<b>Stiftungen</b>	<b>525,35</b>	<b>16.610,00</b>	<b>1.590,24</b>	<b>- 15.019,76</b>
<b>Summen</b>	<b>Produktbereiche 01-17</b>	<b>- 6.823.628,71</b>	<b>- 19.767.664,04</b>	<b>- 6.821.340,55</b>	<b>12.946.323,49</b>

Teilfinanzrechnungen						
Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2017	fortgeschr. HhAns. 2018	Ist- Ergebnis 2018	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2018
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
01.01.01	Unterstützung politischer Gremien	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.240.554,04	- 1.299.088,00	- 1.185.192,37	113.895,63
		Investitionstätigkeit	- 1.350,04	- 1.900,00	-	1.900,00
01.01	Politische Gremien	Summe	- 1.241.904,08	- 1.300.988,00	- 1.185.192,37	115.795,63
01.02.01	Verwaltungsleitung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.190.185,11	- 1.345.216,00	- 1.259.460,02	85.755,98
		Investitionstätigkeit	- 11.620,10	- 10.600,00	- 11.676,54	- 1.076,54
01.02	Verwaltungsleitung	Summe	- 1.201.805,21	- 1.355.816,00	- 1.271.136,56	84.679,44
01.03.01	Gleichstellung von Frau und Mann	lfd. Verwaltungstätigk.	- 140.280,80	- 142.900,00	- 144.363,99	- 1.463,99
		Investitionstätigkeit	- 940,25	- 200,00	-	200,00
01.03	Gleichstellungsstelle	Summe	- 141.221,05	- 143.100,00	- 144.363,99	- 1.263,99
01.04.01	Personalrat	lfd. Verwaltungstätigk.	- 397.568,94	- 427.609,00	- 428.953,40	- 1.344,40
		Investitionstätigkeit	-	- 900,00	-	900,00
01.04	Personalrat	Summe	- 397.568,94	- 428.509,00	- 428.953,40	- 444,40
01.05.01	Rechnungsprüfungsamt	lfd. Verwaltungstätigk.	- 743.549,19	- 765.308,00	- 804.789,83	- 39.481,83
		Investitionstätigkeit	- 378,46	- 800,00	- 378,46	421,54
01.05	Rechnungsprüfungsamt	Summe	- 743.927,65	- 766.108,00	- 805.168,29	- 39.060,29
01.06.01	Finanzmanagement	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.308.320,02	- 1.418.468,00	- 1.197.280,60	221.187,40
		Investitionstätigkeit	- 673,24	- 2.800,00	- 2.166,85	633,15
		Summe	- 1.308.993,26	- 1.421.268,00	- 1.199.447,45	221.820,55
01.06.02	Zahlungsabwicklung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 967.952,87	- 604.753,00	- 2.373.554,83	- 1.768.801,83
		Investitionstätigkeit	- 1.942,10	- 2.500,00	- 2.396,65	103,35
		Summe	- 969.894,97	- 607.253,00	- 2.375.951,48	- 1.768.698,48
01.06	Finanzmanagement und Zahlungsabwicklung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.276.272,89	- 2.023.221,00	- 3.570.835,43	- 1.547.614,43
		Investitionstätigkeit	- 2.615,34	- 5.300,00	- 4.563,50	736,50
		Summe	- 2.278.888,23	- 2.028.521,00	- 3.575.398,93	- 1.546.877,93
01.07.01	Steuerverwaltung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 465.323,80	- 423.741,00	- 424.972,69	- 1.231,69
		Investitionstätigkeit	-	- 1.800,00	-	1.800,00
01.07	Steuerverwaltung	Summe	- 465.323,80	- 425.541,00	- 424.972,69	568,31
01.08.01	Medien- und Öffentlichkeits- angelegenheiten, Repräsentation	lfd. Verwaltungstätigk.	- 451.149,36	- 470.216,00	- 485.199,06	- 14.983,06
		Investitionstätigkeit	- 1.097,70	- 1.200,00	- 1.084,57	115,43
01.08	Medien- und Öffentlichkeitsarbeit	Summe	- 452.247,06	- 471.416,00	- 486.283,63	- 14.867,63
01.09.01	Recht und Versicherungen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.003.971,03	- 1.100.932,00	- 1.094.859,19	6.072,81
		Investitionstätigkeit	- 346,00	- 3.500,00	- 3.128,32	371,68
01.09	Recht und Versicherungen	Summe	- 1.004.317,03	- 1.104.432,00	- 1.097.987,51	6.444,49
01.10.01	Personalmanagement	lfd. Verwaltungstätigk.	- 8.863.448,61	- 8.641.408,00	- 8.663.222,82	- 21.814,82
		Investitionstätigkeit	- 6.579,66	- 9.200,00	- 5.731,02	3.468,98
01.10	Personalmanagement	Summe	- 8.870.028,27	- 8.650.608,00	- 8.668.953,84	- 18.345,84

Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2017	fortgeschr. HhAns. 2018	Ist- Ergebnis 2018	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2018
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
01.11.01	Einrichtungen für die gesamte Verwaltung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.132.507,89	- 1.108.063,00	- 1.058.474,84	49.588,16
		Investitionstätigkeit	- 18.605,85	- 91.200,00	- 56.763,42	34.436,58
		Summe	- 1.151.113,74	- 1.199.263,00	- 1.115.238,26	84.024,74
01.11.02	KFZ-Werkstatt	lfd. Verwaltungstätigk.	- 595.296,58	- 655.028,00	- 632.933,58	22.094,42
		Investitionstätigkeit	- 183.867,89	- 50.500,00	- 16.220,74	34.279,26
		Summe	- 779.164,47	- 705.528,00	- 649.154,32	56.373,68
01.11.03	Vergaben	lfd. Verwaltungstätigk.	- 261.102,45	- 273.973,00	- 320.294,73	- 46.321,73
		Investitionstätigkeit	-	- 1.500,00	-	1.500,00
		Summe	- 261.102,45	- 275.473,00	- 320.294,73	- 44.821,73
01.11	Zentrale Dienste	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.988.906,92	- 2.037.064,00	- 2.011.703,15	25.360,85
		Investitionstätigkeit	- 202.473,74	- 143.200,00	- 72.984,16	70.215,84
		Summe	- 2.191.380,66	- 2.180.264,00	- 2.084.687,31	95.576,69
01.12.01	Organisationsberatung und IT- Management	lfd. Verwaltungstätigk.	- 3.328.410,93	- 3.329.777,00	- 2.711.664,62	618.112,38
		Investitionstätigkeit	- 10.013,02	- 22.200,00	- 13.626,44	8.573,56
01.12	Organisationsberatung und IT- Management	Summe	- 3.338.423,95	- 3.351.977,00	- 2.725.291,06	626.685,94
01.13.01	Beschaffung und Bereitstellung von Immobilien	lfd. Verwaltungstätigk.	124.032,40	108.318,00	114.579,23	6.261,23
		Investitionstätigkeit	301.943,30	316.510,00	1.634.822,04	1.318.312,04
		Summe	425.975,70	424.828,00	1.749.401,27	1.324.573,27
01.13.02	Herstellung, Unterhaltung und Abriss von Gebäuden und baulichen Anla- gen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 6.932.444,21	- 10.807.481,89	- 6.695.762,88	4.111.719,01
		Investitionstätigkeit	1.518.699,25	- 9.139.441,79	- 2.458.826,82	6.680.614,97
		Summe	- 5.413.744,96	- 19.946.923,68	- 9.154.589,70	10.792.333,98
01.13.03	Gebäudebetrieb	lfd. Verwaltungstätigk.	- 8.475.716,44	- 9.076.744,00	- 8.753.292,41	323.451,59
		Investitionstätigkeit	- 7.471,04	- 15.700,00	- 4.481,74	11.218,26
		Summe	- 8.483.187,48	- 9.092.444,00	- 8.757.774,15	334.669,85
01.13	Immobilienmanagement	lfd. Verwaltungstätigk.	- 15.284.128,25	- 19.775.907,89	- 15.334.476,06	4.441.431,83
		Investitionstätigkeit	1.813.171,51	- 8.838.631,79	- 828.486,52	8.010.145,27
		Summe	- 13.470.956,74	- 28.614.539,68	- 16.162.962,58	12.451.577,10
01	Innere Verwaltung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 37.373.749,87	- 41.782.387,89	- 38.119.692,63	3.662.695,26
		Investitionstätigkeit	1.575.757,20	- 9.039.431,79	- 941.659,53	8.097.772,26
		Summe	- 35.797.992,67	- 50.821.819,68	- 39.061.352,16	11.760.467,52
02.01.01	Brandschutz, technische Hilfeleis- tung und Katastrophenschutz	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.442.411,95	- 2.805.172,00	- 2.686.205,72	118.966,28
		Investitionstätigkeit	- 474.618,64	- 778.533,79	17.764,62	796.298,41
02.01	Brandschutz, technische Hilfeleis- tung und Katastrophenschutz	Summe	- 2.917.030,59	- 3.583.705,79	- 2.668.441,10	915.264,69
02.02.01	Rettungsdienst und Krankentrans- port	lfd. Verwaltungstätigk.	1.007.154,84	321.365,00	1.208.273,35	886.908,35
		Investitionstätigkeit	- 120.954,91	- 164.000,00	- 37.541,33	126.458,67
02.02	Rettungsdienst und Krankentrans- port	Summe	886.199,93	157.365,00	1.170.732,02	1.013.367,02

Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2017	fortgeschr. HhAns. 2018	Ist- Ergebnis 2018	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2018
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
02.03.01	Statistik	lfd. Verwaltungstätigk.	- 228.141,17	- 234.988,00	- 246.823,99	- 11.835,99
		Investitionstätigkeit	-	100,00	297,38	197,38
		Summe	- 228.141,17	- 235.088,00	- 247.121,37	- 12.033,37
02.03.02	Wahlen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 206.922,54	- 12.754,00	69.064,83	81.818,83
		Investitionstätigkeit	- 1.804,56	-	-	-
		Summe	- 208.727,10	- 12.754,00	69.064,83	81.818,83
<b>02.03</b>	<b>Statistik und Wahlen</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>- 435.063,71</b>	<b>- 247.742,00</b>	<b>- 177.759,16</b>	<b>69.982,84</b>
		<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>- 1.804,56</b>	<b>- 100,00</b>	<b>- 297,38</b>	<b>- 197,38</b>
		<b>Summe</b>	<b>- 436.868,27</b>	<b>- 247.842,00</b>	<b>- 178.056,54</b>	<b>69.785,46</b>
02.04.01	Allgemeine Gefahrenabwehr	lfd. Verwaltungstätigk.	- 849.031,51	- 1.043.395,00	- 1.008.702,93	34.692,07
		Investitionstätigkeit	- 7.218,63	- 14.300,00	- 9.633,12	4.666,88
		Summe	- 856.250,14	- 1.057.695,00	- 1.018.336,05	39.358,95
02.04.02	Gewerbeangelegenheiten	lfd. Verwaltungstätigk.	- 365.723,23	- 437.556,00	- 405.837,75	31.718,25
		Investitionstätigkeit	- 9.297,59	- 7.700,00	- 546,95	7.153,05
		Summe	- 375.020,82	- 445.256,00	- 406.384,70	38.871,30
02.04.03	Verkehrsüberwachung	lfd. Verwaltungstätigk.	137.176,50	70.896,00	12.914,03	- 57.981,97
		Investitionstätigkeit	- 6.077,79	- 75.900,00	- 14.493,94	61.406,06
		Summe	131.098,71	- 5.004,00	- 1.579,91	3.424,09
<b>02.04</b>	<b>Ordnungsangelegenheiten</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>- 1.077.578,24</b>	<b>- 1.410.055,00</b>	<b>- 1.401.626,65</b>	<b>8.428,35</b>
		<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>- 22.594,01</b>	<b>- 97.900,00</b>	<b>- 24.674,01</b>	<b>73.225,99</b>
		<b>Summe</b>	<b>- 1.100.172,25</b>	<b>- 1.507.955,00</b>	<b>- 1.426.300,66</b>	<b>81.654,34</b>
02.05.01	Einwohnerwesen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 685.148,75	- 930.197,00	- 923.225,33	6.971,67
		Investitionstätigkeit	- 356,24	- 17.000,00	- 386,18	16.613,82
		Summe	- 685.504,99	- 947.197,00	- 923.611,51	23.585,49
02.05.02	Personenstandswesen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 278.516,98	- 336.363,00	- 267.340,53	69.022,47
		Investitionstätigkeit	- 21.470,26	- 24.000,00	- 8.016,05	15.983,95
		Summe	- 299.987,24	- 360.363,00	- 275.356,58	85.006,42
02.05.03	Aufenthaltsregelung von Ausländern	lfd. Verwaltungstätigk.	- 654.525,79	- 830.274,00	- 869.201,52	- 38.927,52
		Investitionstätigkeit	- 9.700,51	- 9.000,00	- 6.531,33	2.468,67
		Summe	- 664.226,30	- 839.274,00	- 875.732,85	- 36.458,85
<b>02.05</b>	<b>Einwohner- und Personenstandswesen, Aufenthaltsregelung von Ausländern</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>- 1.618.191,52</b>	<b>- 2.096.834,00</b>	<b>- 2.059.767,38</b>	<b>37.066,62</b>
		<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>- 31.527,01</b>	<b>- 50.000,00</b>	<b>- 14.933,56</b>	<b>35.066,44</b>
		<b>Summe</b>	<b>- 1.649.718,53</b>	<b>- 2.146.834,00</b>	<b>- 2.074.700,94</b>	<b>72.133,06</b>
<b>02</b>	<b>Sicherheit und Ordnung</b>	<b>lfd. Verwaltungstätigk.</b>	<b>- 4.566.090,58</b>	<b>- 6.238.438,00</b>	<b>- 5.117.085,56</b>	<b>1.121.352,44</b>
		<b>Investitionstätigkeit</b>	<b>- 651.499,13</b>	<b>- 1.090.533,79</b>	<b>- 59.681,66</b>	<b>1.030.852,13</b>
		<b>Summe</b>	<b>- 5.217.589,71</b>	<b>- 7.328.971,79</b>	<b>- 5.176.767,22</b>	<b>2.152.204,57</b>

Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2017	fortgeschr. HhAns. 2018	Ist- Ergebnis 2018	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2018
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
03.01.01	Schulmanagement und -organisation	lfd. Verwaltungstätigk.	- 275.051,83	- 306.798,00	- 266.008,88	40.789,12
		Investitionstätigkeit	- 227,80	- 3.700,00	- 1.498,57	2.201,43
		Summe	- 275.279,63	- 310.498,00	- 267.507,45	42.990,55
03.01.02	Grundschulen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.109.220,88	- 2.522.823,03	- 1.990.722,65	532.100,38
		Investitionstätigkeit	- 100.144,30	- 204.400,00	- 148.343,57	56.056,43
		Summe	- 2.209.365,18	- 2.727.223,03	- 2.139.066,22	588.156,81
03.01.03	Hauptschulen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 421.274,44	- 745.582,44	- 447.195,53	298.386,91
		Investitionstätigkeit	- 21.037,05	- 58.500,00	- 21.548,38	36.951,62
		Summe	- 442.311,49	- 804.082,44	- 468.743,91	335.338,53
03.01.04	Realschulen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 575.450,73	- 739.648,98	- 603.698,01	135.950,97
		Investitionstätigkeit	- 51.470,84	- 98.050,00	- 37.059,82	60.990,18
		Summe	- 626.921,57	- 837.698,98	- 640.757,83	196.941,15
03.01.05	Weiterbildungskolleg	lfd. Verwaltungstätigk.	- 103.214,83	- 84.055,00	- 24.611,17	59.443,83
		Investitionstätigkeit	- 2.681,52	- 27.000,00	- 8.485,29	18.514,71
		Summe	- 105.896,35	- 111.055,00	- 33.096,46	77.958,54
03.01.06	Gymnasien	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.312.312,56	- 1.483.682,95	- 1.341.436,37	142.246,58
		Investitionstätigkeit	- 83.815,30	- 151.050,00	- 87.245,28	63.804,72
		Summe	- 1.396.127,86	- 1.634.732,95	- 1.428.681,65	206.051,30
03.01.07	Förderschulen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 264.752,60	- 291.652,78	- 333.076,18	- 41.423,40
		Investitionstätigkeit	- 19.552,09	- 15.600,00	- 3.585,06	12.014,94
		Summe	- 284.304,69	- 307.252,78	- 336.661,24	- 29.408,46
03.01.08	Gesamtschulen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.854.989,51	- 1.909.587,00	- 1.960.632,48	- 51.045,48
		Investitionstätigkeit	- 111.667,36	- 248.450,00	- 152.707,98	95.742,02
		Summe	- 1.966.656,87	- 2.158.037,00	- 2.113.340,46	44.696,54
03.01	Schulverwaltung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 6.916.267,38	- 8.083.830,18	- 6.967.381,27	1.116.448,91
		Investitionstätigkeit	- 390.596,26	- 806.750,00	- 460.473,95	346.276,05
		Summe	- 7.306.863,64	- 8.890.580,18	- 7.427.855,22	1.462.724,96
03	Schulträgeraufgaben	lfd. Verwaltungstätigk.	- 6.916.267,38	- 8.083.830,18	- 6.967.381,27	1.116.448,91
		Investitionstätigkeit	- 390.596,26	- 806.750,00	- 460.473,95	346.276,05
		Summe	- 7.306.863,64	- 8.890.580,18	- 7.427.855,22	1.462.724,96
04.01.01 04.01	Kulturveranstaltungen und Kulturförderung Kultur	lfd. Verwaltungstätigk.	- 492.764,31	- 571.354,00	- 542.792,05	28.561,95
		Investitionstätigkeit	8.163,39	- 6.400,00	- 15.555,25	- 9.155,25
		Summe	- 484.600,92	- 577.754,00	- 558.347,30	19.406,70
04.02.01 04.02	Stadtarchiv Archiv	lfd. Verwaltungstätigk.	- 380.686,29	- 393.874,00	- 391.836,94	2.037,06
		Investitionstätigkeit	- 1.456,89	- 13.900,00	- 1.194,85	12.705,15
		Summe	- 382.143,18	- 407.774,00	- 393.031,79	14.742,21

Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2017	fortgeschr. HhAns. 2018	Ist- Ergebnis 2018	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2018
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
04.03.01	Stadtbibliothek	lfd. Verwaltungstätigk.	- 751.121,12	- 797.297,00	- 798.230,14	- 933,14
		Investitionstätigkeit	- 3.344,69	- 24.000,00	- 38.254,98	- 14.254,98
04.03	Bibliothekswesen	Summe	- 754.465,81	- 821.297,00	- 836.485,12	- 15.188,12
04.04.01	Volkshochschule	lfd. Verwaltungstätigk.	- 255.430,83	- 199.616,00	- 325.740,39	- 126.124,39
		Investitionstätigkeit	- 17.204,71	- 11.000,00	- 2.395,95	8.604,05
04.04	Volkshochschule	Summe	- 272.635,54	- 210.616,00	- 328.136,34	- 117.520,34
04.05.01	Museum	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.045.622,17	- 1.118.389,00	- 1.085.862,55	32.526,45
		Investitionstätigkeit	- 27.919,71	- 44.600,00	- 54.292,96	- 9.692,96
04.05	Museum	Summe	- 1.073.541,88	- 1.162.989,00	- 1.140.155,51	22.833,49
04.06.01	Musikschule	lfd. Verwaltungstätigk.	- 896.413,66	- 867.648,00	- 963.826,39	- 96.178,39
		Investitionstätigkeit	- 29.947,81	- 15.000,00	- 11.980,82	3.019,18
04.06	Musikschule	Summe	- 926.361,47	- 882.648,00	- 975.807,21	- 93.159,21
04.07.01	Apollo Theater	lfd. Verwaltungstätigk.	- 327.957,03	- 331.200,00	- 325.757,67	5.442,33
		Investitionstätigkeit	- 96.029,34	- 117.000,00	- 64.784,06	52.215,94
04.07	Apollo Theater	Summe	- 423.986,37	- 448.200,00	- 390.541,73	57.658,27
04	Kultur und Wissenschaft	lfd. Verwaltungstätigk.	- 4.149.995,41	- 4.279.378,00	- 4.434.046,13	- 154.668,13
		Investitionstätigkeit	- 167.739,76	- 231.900,00	- 188.458,87	43.441,13
		Summe	- 4.317.735,17	- 4.511.278,00	- 4.622.505,00	- 111.227,00
05.01.01	Soziale Hilfen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 935.341,05	- 897.518,00	- 882.062,71	15.455,29
		Investitionstätigkeit	- 172,35	- 2.400,00	- 3.325,36	- 925,36
		Summe	- 935.513,40	- 899.918,00	- 885.388,07	14.529,93
05.01.02	Hilfen nach dem AsylbLG	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.685.047,49	- 2.946.187,00	- 2.399.697,65	546.489,35
		Investitionstätigkeit	- 25.632,82	- 52.300,00	- 12.828,64	39.471,36
		Summe	- 2.710.680,31	- 2.998.487,00	- 2.412.526,29	585.960,71
05.01.03	Sonstige soziale Angelegenheiten	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.735.994,44	- 1.935.712,16	- 1.741.730,96	193.981,20
		Investitionstätigkeit	- 4.722,46	- 2.700,00	- 3.613,63	- 913,63
		Summe	- 1.740.716,90	- 1.938.412,16	- 1.745.344,59	193.067,57
05.01.04	Grundsicherung für Arbeitssuchende	lfd. Verwaltungstätigk.	- 26.628,22	- 304,00	120.212,15	120.516,15
		Investitionstätigkeit	-	-	-	-
		Summe	- 26.628,22	- 304,00	120.212,15	120.516,15
05.01.05	Amtsvormundschaften/-pflegschaften, Beistandschaften, Unterhaltsvorschuss	lfd. Verwaltungstätigk.	- 945.444,20	- 1.240.444,00	- 928.166,17	312.277,83
		Investitionstätigkeit	- 1.761,64	- 400,00	- 1.422,36	- 1.022,36
		Summe	- 947.205,84	- 1.240.844,00	- 929.588,53	311.255,47
05.01	Hilfen bei Einkommensdefiziten, Unterstützungsleistungen, Beratungen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 6.328.455,40	- 7.020.165,16	- 5.831.445,34	1.188.719,82
		Investitionstätigkeit	- 32.289,27	- 57.800,00	- 21.189,99	36.610,01
		Summe	- 6.360.744,67	- 7.077.965,16	- 5.852.635,33	1.225.329,83

Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2017	fortgeschr. HhAns. 2018	Ist- Ergebnis 2018	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2018
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
05	Soziale Hilfen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 6.328.455,40	- 7.020.165,16	- 5.831.445,34	1.188.719,82
		Investitionstätigkeit	- 32.289,27	- 57.800,00	- 21.189,99	36.610,01
		Summe	- 6.360.744,67	- 7.077.965,16	- 5.852.635,33	1.225.329,83
06.01.01	Hilfe für junge Menschen und ihre Familien	lfd. Verwaltungstätigk.	- 18.501.353,81	- 19.771.535,00	- 21.676.536,32	- 1.905.001,32
		Investitionstätigkeit	- 8.340,64	- 1.700,00	- 3.673,36	- 1.973,36
06.01	Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien	Summe	- 18.509.694,45	- 19.773.235,00	- 21.680.209,68	- 1.906.974,68
06.02.01	Tageseinrichtungen für Kinder	lfd. Verwaltungstätigk.	- 10.494.590,62	- 15.356.215,47	- 14.214.192,23	1.142.023,24
		Investitionstätigkeit	- 3.120,99	- 2.140.400,00	- 211.052,22	1.929.347,78
		Summe	- 10.497.711,61	- 17.496.615,47	- 14.425.244,45	3.071.371,02
06.02.02	Frühe Hilfen für Familien	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.400.389,64	- 2.346.815,46	- 2.955.890,72	- 609.075,26
		Investitionstätigkeit	- 12.941,88	- 13.900,00	- 2.869,82	11.030,18
		Summe	- 2.413.331,52	- 2.360.715,46	- 2.958.760,54	- 598.045,08
06.02	Tagesbetreuung von Kindern	lfd. Verwaltungstätigk.	- 12.894.980,26	- 17.703.030,93	- 17.170.082,95	532.947,98
		Investitionstätigkeit	- 16.062,87	- 2.154.300,00	- 213.922,04	1.940.377,96
		Summe	- 12.911.043,13	- 19.857.330,93	- 17.384.004,99	2.473.325,94
06.03.01	Förderung von Kindern und Jugendlichen in und außerhalb von Einrichtungen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.756.191,47	- 3.029.376,01	- 2.589.236,52	440.139,49
		Investitionstätigkeit	- 16.400,11	- 16.300,00	- 5.492,86	10.807,14
		Summe	- 2.772.591,58	- 3.045.676,01	- 2.594.729,38	450.946,63
06.03.02	Kinder- und Jugendschutz	lfd. Verwaltungstätigk.	- 268.119,72	- 270.093,00	- 290.764,64	- 20.671,64
		Investitionstätigkeit	-	- 4.200,00	- 887,00	3.313,00
		Summe	- 268.119,72	- 274.293,00	- 291.651,64	- 17.358,64
06.03	Kinder- und Jugendarbeit	lfd. Verwaltungstätigk.	- 3.024.311,19	- 3.299.469,01	- 2.880.001,16	419.467,85
		Investitionstätigkeit	- 16.400,11	- 20.500,00	- 6.379,86	14.120,14
		Summe	- 3.040.711,30	- 3.319.969,01	- 2.886.381,02	433.587,99
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	lfd. Verwaltungstätigk.	- 34.420.645,26	- 40.774.034,94	- 41.726.620,43	- 952.585,49
		Investitionstätigkeit	- 40.803,62	- 2.176.500,00	- 223.975,26	1.952.524,74
		Summe	- 34.461.448,88	- 42.950.534,94	- 41.950.595,69	999.939,25
07	Gesundheitsdienste	lfd. Verwaltungstätigk.	-	-	-	-
		Investitionstätigkeit	-	-	-	-
		Summe	-	-	-	-
08.01.01	Förderung des Breiten- und Leistungssports	lfd. Verwaltungstätigk.	- 63.176,02	- 199.526,00	- 71.476,45	128.049,55
		Investitionstätigkeit	- 285,90	- 1.400,00	-	1.400,00
08.01	Breiten- und Leistungssport	Summe	- 63.461,92	- 200.926,00	- 71.476,45	129.449,55
08.02.01	Stadien und Sportplätze	lfd. Verwaltungstätigk.	- 844.530,85	- 842.213,00	- 731.417,16	110.795,84
		Investitionstätigkeit	- 56.678,56	- 250.100,00	- 222.738,30	27.361,70
08.02	Stadien und Sportplätze	Summe	- 901.209,41	- 1.092.313,00	- 954.155,46	138.157,54

Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2017	fortgeschr. HhAns. 2018	Ist- Ergebnis 2018	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2018
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
08.03.01	Hallenbäder	lfd. Verwaltungstätigk.	1.880.179,67	1.582.375,00	983.616,40	- 598.758,60
		Investitionstätigkeit	- 4.336,83	- 22.000,00	- 11.148,74	10.851,26
		Summe	1.875.842,84	1.560.375,00	972.467,66	- 587.907,34
08.03.02	Freibäder	lfd. Verwaltungstätigk.	- 383.572,82	- 505.571,00	- 298.276,49	207.294,51
		Investitionstätigkeit	- 18.174,58	- 13.600,00	- 12.483,42	1.116,58
		Summe	- 401.747,40	- 519.171,00	- 310.759,91	208.411,09
08.03	Hallen- und Freibäder	lfd. Verwaltungstätigk.	1.496.606,85	1.076.804,00	685.339,91	- 391.464,09
		Investitionstätigkeit	- 22.511,41	- 35.600,00	- 23.632,16	11.967,84
		Summe	1.474.095,44	1.041.204,00	661.707,75	- 379.496,25
08	Sportförderung	lfd. Verwaltungstätigk.	588.899,98	35.065,00	- 117.553,70	- 152.618,70
		Investitionstätigkeit	- 79.475,87	- 287.100,00	- 246.370,46	40.729,54
		Summe	509.424,11	- 252.035,00	- 363.924,16	- 111.889,16
09.01.01	Vermessung und Geodaten	lfd. Verwaltungstätigk.	- 928.852,29	- 1.039.357,00	- 964.020,66	75.336,34
		Investitionstätigkeit	- 21.425,93	- 19.200,00	- 5.294,48	13.905,52
		Summe	- 950.278,22	- 1.058.557,00	- 969.315,14	89.241,86
09.01	Vermessung und Geodaten					
09.02.01	Stadtentwicklung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 316.199,62	- 1.275.421,00	- 548.897,75	726.523,25
		Investitionstätigkeit	- 345.423,41	- 4.655.661,40	- 1.117.807,26	3.537.854,14
		Summe	- 661.623,03	- 5.931.082,40	- 1.666.705,01	4.264.377,39
09.02.03	Flächennutzungsplanung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 202.458,12	- 202.298,00	- 195.250,11	7.047,89
		Investitionstätigkeit	-	100,00	378,46	- 278,46
		Summe	- 202.458,12	- 202.398,00	- 195.628,57	6.769,43
09.02.04	Baugebietsplanung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 527.444,44	- 635.156,00	- 448.352,39	186.803,61
		Investitionstätigkeit	-	1.600,00	1.996,04	- 396,04
		Summe	- 527.444,44	- 636.756,00	- 450.348,43	186.407,57
09.02.05	Verkehrsplanung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 466.130,42	- 628.227,00	- 426.667,74	201.559,26
		Investitionstätigkeit	- 16.769,43	- 40.100,00	-	40.100,00
		Summe	- 482.899,85	- 668.327,00	- 426.667,74	241.659,26
09.02	Räumliche Planung und Entwicklung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.512.232,60	- 2.741.102,00	- 1.619.167,99	1.121.934,01
		Investitionstätigkeit	- 362.192,84	- 4.697.461,40	- 1.120.181,76	3.577.279,64
		Summe	- 1.874.425,44	- 7.438.563,40	- 2.739.349,75	4.699.213,65
09.03.01	Grundstücksneuordnung und -wert- ermittlung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 304.873,75	- 291.800,00	- 278.646,59	13.153,41
		Investitionstätigkeit	- 60.685,50	-	-	-
		Summe	- 365.559,25	- 291.800,00	- 278.646,59	13.153,41
09.03	Grundstücksneuordnung und -wert- ermittlung					
09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 2.745.958,64	- 4.072.259,00	- 2.861.835,24	1.210.423,76
		Investitionstätigkeit	- 444.304,27	- 4.716.661,40	- 1.125.476,24	3.591.185,16
		Summe	- 3.190.262,91	- 8.788.920,40	- 3.987.311,48	4.801.608,92



Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2017	fortgeschr. HhAns. 2018	Ist- Ergebnis 2018	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2018
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
10.01.01	Wohnraumförderung und -sicherung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 875.168,99	- 1.112.196,00	- 914.498,30	197.697,70
		Investitionstätigkeit	-	1.700,00	320,70	1.379,30
10.01	Soziales Wohnen	Summe	- 875.168,99	- 1.113.896,00	- 914.819,00	199.077,00
10.02.01	Baugenehmigung und -überwachung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 319.133,38	- 403.132,00	- 138.942,67	264.189,33
		Investitionstätigkeit	- 2.897,89	- 4.700,00	- 904,28	3.795,72
10.02	Bauaufsicht	Summe	- 322.031,27	- 407.832,00	- 139.846,95	267.985,05
10.03.01	Denkmalschutz und -pflege	lfd. Verwaltungstätigk.	- 106.292,20	- 110.013,00	- 103.317,95	6.695,05
		Investitionstätigkeit	-	58.000,00	-	58.000,00
10.03	Denkmalschutz und -pflege	Summe	- 106.292,20	- 168.013,00	- 103.317,95	64.695,05
10	Bauen und Wohnen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.300.594,57	- 1.625.341,00	- 1.156.758,92	468.582,08
		Investitionstätigkeit	- 2.897,89	- 64.400,00	- 1.224,98	63.175,02
		Summe	- 1.303.492,46	- 1.689.741,00	- 1.157.983,90	531.757,10
11.01.01	Abfallentsorgung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 20.619,81	- 336.730,00	- 240.346,23	96.383,77
		Investitionstätigkeit	- 125.466,54	- 411.200,00	- 18.537,06	392.662,94
11.01	Abfallentsorgung	Summe	- 146.086,35	- 747.930,00	- 258.883,29	489.046,71
11	Ver- und Entsorgung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 20.619,81	- 336.730,00	- 240.346,23	96.383,77
		Investitionstätigkeit	- 125.466,54	- 411.200,00	- 18.537,06	392.662,94
		Summe	- 146.086,35	- 747.930,00	- 258.883,29	489.046,71
12.01.01	Verwaltung öffentlicher Verkehrsflächen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 21.591,66	- 201.967,00	15.571,52	217.538,52
		Investitionstätigkeit	- 230.122,75	- 601.800,00	- 284.210,12	317.589,88
12.01	Straße und Verkehr	Summe	- 251.714,41	- 803.767,00	- 268.638,60	535.128,40
12.02.01	Gemeindestraßen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 8.729.125,66	- 11.592.406,00	- 9.702.973,11	1.889.432,89
		Investitionstätigkeit	- 1.198.953,42	- 8.193.200,00	- 556.614,69	7.636.585,31
		Summe	- 9.928.079,08	- 19.785.606,00	- 10.259.587,80	9.526.018,20
12.02.02	Kreisstraßen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 116.781,23	- 356.254,00	- 123.400,74	232.853,26
		Investitionstätigkeit	- 16.617,08	- 220.000,00	- 82.328,88	137.671,12
		Summe	- 133.398,31	- 576.254,00	- 205.729,62	370.524,38
12.02.03	Landesstraßen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 178.440,46	- 895.259,00	218.722,73	1.113.981,73
		Investitionstätigkeit	- 3.060,45	- 1.208.000,00	77.601,65	1.285.601,65
		Summe	- 181.500,91	- 2.103.259,00	296.324,38	2.399.583,38
12.02.04	Bundesstraßen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 154.038,48	- 271.415,00	- 160.383,25	111.031,75
		Investitionstätigkeit	- 198.560,71	- 188.000,00	- 1.087,31	186.912,69
		Summe	- 352.599,19	- 459.415,00	- 161.470,56	297.944,44
12.02	Neu-, Ausbau und Unterhaltung städtischer Verkehrsflächen [...]	lfd. Verwaltungstätigk.	- 9.178.385,83	- 13.115.334,00	- 9.768.034,37	3.347.299,63
		Investitionstätigkeit	- 1.417.191,66	- 9.809.200,00	- 562.429,23	9.246.770,77
		Summe	- 10.595.577,49	- 22.924.534,00	- 10.330.463,60	12.594.070,40

Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2017	fortgeschr. HhAns. 2018	Ist- Ergebnis 2018	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2018
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
12.03.01	Straßenreinigung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.170.643,56	- 1.265.759,00	- 1.599.469,53	- 333.710,53
		Investitionstätigkeit	- 495.810,67	- 774.300,00	- 595.520,26	178.779,74
12.03	Straßenreinigung	Summe	- 1.666.454,23	- 2.040.059,00	- 2.194.989,79	- 154.930,79
12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	lfd. Verwaltungstätigk.	- 10.370.621,05	- 14.583.060,00	- 11.351.932,38	3.231.127,62
		Investitionstätigkeit	- 2.143.125,08	- 11.185.300,00	- 1.442.159,61	9.743.140,39
		Summe	- 12.513.746,13	- 25.768.360,00	- 12.794.091,99	12.974.268,01
13.01.01	Herstellung und Pflege von Grünanlagen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 4.947.166,81	- 5.537.617,00	- 5.010.521,84	527.095,16
		Investitionstätigkeit	- 169.364,46	- 594.300,00	- 214.701,80	379.598,20
13.01	Öffentliches Grün	Summe	- 5.116.531,27	- 6.131.917,00	- 5.225.223,64	906.693,36
13.02.01	Naturschutz und Landschaftspflege	lfd. Verwaltungstätigk.	- 95.905,69	- 91.074,00	- 81.667,38	9.406,62
		Investitionstätigkeit	- 1.207,31	- 3.700,00	-	3.700,00
		Summe	- 97.113,00	- 94.774,00	- 81.667,38	13.106,62
13.02.02	Städtische Wald- und Forstflächen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 14.178,51	- 240.737,00	- 328.532,64	- 87.795,64
		Investitionstätigkeit	- 1.954,44	- 61.200,00	- 24.261,15	36.938,85
		Summe	- 16.132,95	- 301.937,00	- 352.793,79	- 50.856,79
13.02.03	Wasserläufe	lfd. Verwaltungstätigk.	- 564.581,96	- 728.900,00	- 554.771,58	174.128,42
		Investitionstätigkeit	- 202.377,75	- 2.916.700,00	- 80.079,75	2.836.620,25
		Summe	- 766.959,71	- 3.645.600,00	- 634.851,33	3.010.748,67
13.02	Natur, Landschaft, Wald und Forstwirtschaft	lfd. Verwaltungstätigk.	- 674.666,16	- 1.060.711,00	- 964.971,60	95.739,40
		Investitionstätigkeit	- 205.539,50	- 2.981.600,00	- 104.340,90	2.877.259,10
		Summe	- 880.205,66	- 4.042.311,00	- 1.069.312,50	2.972.998,50
13.03.01	Friedhofs- und Bestattungswesen	lfd. Verwaltungstätigk.	892.022,06	- 62.661,00	391.773,75	454.434,75
		Investitionstätigkeit	- 288.962,15	- 640.000,00	- 544.999,89	95.000,11
13.03	Friedhöfe	Summe	603.059,91	- 702.661,00	- 153.226,14	549.434,86
13	Natur- und Landschaftspflege	lfd. Verwaltungstätigk.	- 4.729.810,91	- 6.660.989,00	- 5.583.719,69	1.077.269,31
		Investitionstätigkeit	- 663.866,11	- 4.215.900,00	- 864.042,59	3.351.857,41
		Summe	- 5.393.677,02	- 10.876.889,00	- 6.447.762,28	4.429.126,72
14.01.01	Umweltschutzmaßnahmen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 451.797,27	- 554.264,00	- 480.881,11	73.382,89
		Investitionstätigkeit	- 2.053,50	- 6.100,00	-	6.100,00
14.01	Umweltschutzmaßnahmen	Summe	- 453.850,77	- 560.364,00	- 480.881,11	79.482,89
14	Umweltschutz	lfd. Verwaltungstätigk.	- 451.797,27	- 554.264,00	- 480.881,11	73.382,89
		Investitionstätigkeit	- 2.053,50	- 6.100,00	-	6.100,00
		Summe	- 453.850,77	- 560.364,00	- 480.881,11	79.482,89
15.01.01	Wirtschaftsförderung	lfd. Verwaltungstätigk.	- 577.351,72	- 669.330,00	- 648.293,03	21.036,97
		Investitionstätigkeit	101.999,56	- 269.200,00	24.161,59	293.361,59
15.01	Wirtschaftsförderung	Summe	- 475.352,16	- 938.530,00	- 624.131,44	314.398,56

Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2017	fortgeschr. HhAns. 2018	Ist- Ergebnis 2018	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2018
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
15.02.01	Siegerlandhalle	lfd. Verwaltungstätigk.	- 891.880,79	- 822.813,00	- 321.437,63	501.375,37
		Investitionstätigkeit	- 53.630,10	- 99.500,00	- 44.354,76	55.145,24
		Summe	- 945.510,89	- 922.313,00	- 365.792,39	556.520,61
15.02.02	Bismarckhalle und sonstige Einrichtungen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 273.365,35	- 390.132,00	- 377.866,21	12.265,79
		Investitionstätigkeit	- 39.881,15	- 107.600,00	- 4.591,96	103.008,04
		Summe	- 313.246,50	- 497.732,00	- 382.458,17	115.273,83
15.02	Siegerlandhalle, Bismarckhalle und sonstige Einrichtungen	lfd. Verwaltungstätigk.	- 1.165.246,14	- 1.212.945,00	- 699.303,84	513.641,16
		Investitionstätigkeit	- 93.511,25	- 207.100,00	- 48.946,72	158.153,28
		Summe	- 1.258.757,39	- 1.420.045,00	- 748.250,56	671.794,44
15.03.01	Beteiligungen und Eigengesellschaf- ten	lfd. Verwaltungstätigk.	1.308.896,67	1.717.129,00	1.406.729,57	- 310.399,43
		Investitionstätigkeit	-	-	500,00	500,00
15.03	Eigengesellschaften und Beteiligun- gen	Summe	1.308.896,67	1.717.129,00	1.407.229,57	- 309.899,43
15.04.01	Märkte	lfd. Verwaltungstätigk.	- 279,28	25.326,00	12.980,92	- 12.345,08
		Investitionstätigkeit	-	200,00	-	200,00
15.04	Märkte	Summe	- 279,28	25.126,00	12.980,92	- 12.145,08
15	Wirtschaft und Tourismus	lfd. Verwaltungstätigk.	- 433.980,47	- 139.820,00	72.113,62	211.933,62
		Investitionstätigkeit	8.488,31	- 476.500,00	- 24.285,13	452.214,87
		Summe	- 425.492,16	- 616.320,00	47.828,49	664.148,49
16.01.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen	lfd. Verwaltungstätigk.	115.681.353,01	126.757.600,00	132.055.564,26	5.297.964,26
		Investitionstätigkeit	3.764.684,86	4.398.000,00	4.617.864,55	219.864,55
		Summe	119.446.037,87	131.155.600,00	136.673.428,81	5.517.828,81
16.01.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	lfd. Verwaltungstätigk.	- 697.386,84	- 1.438.000,00	200.166,66	1.638.166,66
		Investitionstätigkeit	4.269,33	12.000,00	32.618,93	20.618,93
		Summe	- 693.117,51	- 1.426.000,00	232.785,59	1.658.785,59
16.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen	lfd. Verwaltungstätigk.	114.983.966,17	125.319.600,00	132.255.730,92	6.936.130,92
		Investitionstätigkeit	3.768.954,19	4.410.000,00	4.650.483,48	240.483,48
		Summe	118.752.920,36	129.729.600,00	136.906.214,40	7.176.614,40
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	lfd. Verwaltungstätigk.	114.983.966,17	125.319.600,00	132.255.730,92	6.936.130,92
		Investitionstätigkeit	3.768.954,19	4.410.000,00	4.650.483,48	240.483,48
		Summe	118.752.920,36	129.729.600,00	136.906.214,40	7.176.614,40
17.01.01	Stiftungen	lfd. Verwaltungstätigk.	15.730,94	16.710,00	16.452,24	- 257,76
		Investitionstätigkeit	-	-	3.336,10	3.336,10
17.01	Stiftungen	Summe	15.730,94	16.710,00	19.788,34	3.078,34
17	Stiftungen	lfd. Verwaltungstätigk.	15.730,94	16.710,00	16.452,24	- 257,76
		Investitionstätigkeit	-	-	3.336,10	3.336,10
		Summe	15.730,94	16.710,00	19.788,34	3.078,34

Produkt Produktgruppe Produktbereich	Bezeichnung	Saldo aus	Ist- Ergebnis 2017	fortgeschr. HhAns. 2018	Ist- Ergebnis 2018	Differenz Sp. 6 - Sp. 5 2018
1	2	3	4	5	6	7
			€	€	€	€
Summen		lfd. Verwaltungstätigk.	1.780.010,47	- 10.779.322,17	8.354.998,15	19.134.320,32
		Investitionstätigkeit	609.082,40	- 30.356.076,98	- 963.715,75	29.392.361,23
		Summe	2.389.092,87	- 41.135.399,15	7.391.282,40	48.526.681,55

## **Rechnungsprüfungsamt**

### **Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Universitätsstadt Siegen zum 31.12.2018**

hier: Stellungnahme zum Berichtsentwurf vom 30.04.2021

Mit Mail vom 07.05.2021 haben Sie mir eine Ausfertigung des v. g. Berichtsentwurfs übersandt und mir bereits in diesem Stadium, d. h. vor der Beratung in den zuständigen städtischen Gremien, die Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt.

Wie im Berichtsentwurf dargestellt, vermittelt der Jahresabschluss 2018 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Siegen, welches in einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk zum Ausdruck kommt.

Zu den ausgesprochenen Prüfungshinweisen / -feststellungen wird wie folgt Stellung genommen:

#### **Seite   Feststellung   Thema**

##### **20      F 1                      Ausbuchung ungeklärter Zahlungseingänge 2018**

Die Beanstandung des Rechnungsprüfungsamtes erfolgte zu Recht. Vor Fertigstellung des Jahresabschlusses 2019 wird die Thematik – auch unter Einbeziehung der Stadtkasse - nochmals aufgegriffen.

#### **Seite   Feststellung   Thema**

##### **47      F 2                      Verbuchung Pocheweier**

Die Anlagen ANL001330 und ANL001331 wurden auf einem falschen Zugangskonto und somit unter der falschen Bilanzposition 1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen bilanziert, da die Voraussetzungen des § 75 LWG nicht erfüllt sind. Der Ausweis muss folgerichtig unter der Bilanzposition 1.2.1.1 Grünflächen erfolgen, da es sich bei beiden Anlagen um Teiche handelt. Der Stellungnahme von ESi folgend wird davon ausgegangen, dass beide Anlagen jeweils über eine Nutzungsdauer von 40 Jahren (Teiche) abzuschreiben sind, da von einer Verlandung und entsprechender Rückbaumaßnahmen für das Ersatzgewässer nicht ausgegangen wird. Die AfA-Tabelle der Stadt Siegen weist unter der laufenden Nr. 2.060 Teiche, z.B. Löschwasserteiche, Laichgewässer eine Nutzungsdauer von 40 Jahren aus. Eine Nutzungsdauer von 20 Jahren wurde bei

der Erstellung der AfA-Tabelle auch für Biotop (in der Regel einfache bauliche Anforderungen) nicht in Betracht gezogen.

Seite	Feststellung	Thema
-------	--------------	-------

51	W 1	Anlagenabgänge auf Bilanzkonto 0451006 [Abg. Straßen, Wege, Plätze]
----	-----	---

Nach Erhalt des Prüfberichtes für den Jahresabschluss 2017 (August 2020) wurde mit der Abteilung 4/1 vereinbart, dass das jeweilige Abgangsdatum der "alten" Anlagen auf den letzten Tag des Vormonats der Inbetriebnahme festgelegt wird. In Anbetracht des Zeitfortschrittes waren zu diesem Zeitpunkt bereits Buchungen für 2018 erfolgt. Diese Buchungen wurden - auch aufgrund des Zeitverzugs bei der Erstellung des Jahresabschlusses 2018 - nicht nachträglich korrigiert. Zudem wurde die vereinbarte Vorgehensweise augenscheinlich bei den in 2020 erfolgten Personalwechseln sowohl in 3/1, als auch in 4/1, nicht ausreichend kommuniziert. Die Vorgehensweise wurde nach Erhalt des Entwurfs des Prüfberichts 2018 nochmals mit 4/1 besprochen.



Steffen Mues

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

heute liegt uns der Abschluss des HHJ 2018 zur Feststellung und Entlastungserteilung vor. Erst nach dessen Feststellung und Anzeige bei der Kommunalaufsicht wird der Haushalt 2021 **per Ausnahme** genehmigt. Dies kann allerdings unter Umständen noch bis zu 1 Monat dauern.

Eine Zeitaufholung bei der Aufstellung und Prüfung der städt. Jahresabschlüsse ist daher nach wie vor dringend angezeigt, um zu aktuelleren Rechnungslegungen zu gelangen und die Jahresabschlüsse auch für Steuerungszwecke nutzen zu können. Es könnten ansonsten Probleme bei künftigen Haushaltsgenehmigungen entstehen. Hierauf weisen auch die Aufsichtsbehörden im aktuellen Schriftverkehr deutlich hin. Dies ist also durchaus ein ernstzunehmendes Problem, was in Zukunft auf die Stadt Siegen zukommen könnte. Es ist mir wichtig, dies hiermit nochmal deutlich zu machen.

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Prüfung des JA 2018 in einem sehr beschleunigten Verfahren und unter erschwerten Rahmenbedingungen (insbesondere Corona, fehlendes Personal) durchgeführt. Dies kann und wird nicht Standard werden. Auf den besonderen Hinweis hierzu auf Seite 2 des Prüfberichtes verweise ich deshalb ausdrücklich.

Des Weiteren ist geplant, den Gesamtabchluss 2018 bis zum 31.12.2021 im vereinfachten Verfahren festzustellen und der Kommunalaufsicht vorzulegen, um erhebliche Arbeit und Kosten zu vermeiden. Hierzu ist ein festgestellter JA 2018 erforderlich.

An dieser Stelle möchte ich gerne noch ein paar Sätze zum finanzwirtschaftlichen Status Quo der Stadt Siegen per 31.12.2018 sagen:

Die **Bilanzsumme** des Jahres 2018 beträgt rd. 1,009 Milliarden Euro (Vorjahr 1,023 Mrd. €).

Das **Jahresdefizit** 2018 beläuft sich auf **rd. 6,8** Mio. Euro (Vorjahr ebenfalls rd. 6,8 Mio. €), und liegt damit erfreulicherweise um rd. 6,9 Mio. Euro **unter** dem Plandefizit der ursprünglichen Haushaltssatzung von rd. 13,7 Mio. €.

Die **Verschuldung** der Stadt aus Krediten ist in den Jahren 2009 – 2018 von rd. 192 Mio. € um die Summe von rd. 131,1 Mio. Euro auf einen Betrag **von rd. 323,2 Mio. €** (Vorjahr rd. 331,5 Mio.) angewachsen. Die fundierten Schulden betragen davon rd. 84,1 Mio.; die Kassenkredite rd. 239,1 Mio. Euro.

**Die Gesamtverschuldung konnte zum zweiten Mal in Folge leicht reduziert werden (um 5,5 Mio € in 2017 und um 8,3 Mio € in 2018).**

Weitere kreditähnliche Verbindlichkeiten von rd. 11,2 Mio. € (für das Leasing der Feuerwache) sind dabei nicht berücksichtigt.

**Der Kreditstand zum 31.12.2020** steigt nach dem Bericht des Kämmerers zum vorläufigen Abschluss 2020 jedoch wieder auf rd. **329 Mio. € an (2019 voraussichtlich rd. 316 Mio.€)**. Die weitere Zukunft und die exakten Corona-Auswirkungen bleiben abzuwarten.

Der Stand der Kassenkredite (rd. 239,1 Mio. €) ist nach wie vor äußerst besorgniserregend (voraussichtlicher Stand: 31.12.20 rd. 235 Mio. Euro). **Auf das erhebliche Zinsrisiko für die Zukunft muss erneut hingewiesen werden.** Der erhoffte Schuldenschnitt ist - wie wir alle wissen - bis heute nicht eingetreten.

Der **Eigenkapitalverzehr** in den Jahren 2009 – 2018 beträgt rd. 267,6 Mio. €. Dies sind rund 60 % des in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Eigenkapitals von 446,1 Mio. Euro. Der EK-Ausweis per 31.12.2018 beträgt noch 178,5 Mio. Euro.

In 2018 war das Eigenkapital um rd. 0,6 Mio. € aus der RWE-Aktienbewertung nach oben zu korrigieren. Auch in den Jahren 2019 und 2020 werden nach derzeitigem Kenntnisstand weitere Zuschreibungen in Höhe von insgesamt über 6 Mio.€ erfolgen.

Der rasante Eigenkapitalverzehr der Jahre 2009 – 2016 konnte in 2017 und 2018 abgemildert werden.

Damit tritt eine deutliche Verbesserung gegenüber den Vorjahren bis 2016 ein (Mittelwert rd. 29 Mio. € p.a.). Trotzdem sollte die Vermeidung einer bilanziellen Überschuldung natürlich dauerhaft im Auge behalten werden.

Gesondert ansprechen möchte ich die Mittelübertragungen im investiven Bereich:

19,6 Mio.€ von 2017 nach 2018

23,8 Mio.€ von 2018 nach 2019

Tendenz steigend!

Insbesondere im technischen Bereich ist ein Umsetzungslimit erreicht, wenn nicht gar überschritten. Die Haushaltsplanung einschließlich Mittelübertragung und deren Abarbeitung laufen deutlich auseinander. Hierauf muss in Zukunft unbedingt verstärkt geachtet werden! Diese Situation ist für alle Beteiligten sehr unbefriedigend und meiner Meinung nach auch nach außen hin nur noch schwer



zu erklären. Ich befürchte hier auch einen gewissen Vertrauensverlust in die Politik durch die Bürger\*innen.

Bezüglich der Mittelübertragungen verweise ich auf den TOP 7 der heutigen Ratssitzung.

Ich möchte jetzt auf das Ergebnis der Prüfung des JA 2018 kurz eingehen, welches im Bericht des RPA vom 30.04.2021 ausführlich dargestellt ist. Prüfungsschwerpunkte waren insbesondere:

- das Anlagevermögen (Zugänge, Abschreibungen, Abgänge, Umbuchungen und aktivierte Eigenleistungen, geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau und die Wertpapiere des Anlagevermögens)
- das Umlaufvermögen mit den liquiden Mitteln (Abstimmung der Bankbelege und der Finanzrechnung)
- das Eigenkapital
- die Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Geschäften
- sowie die erhaltenen Anzahlungen.

Die fehlerhaften Forderungen aus 2017 i.H. von rd. 134 T€ aus dem Bereich Rettungsdienst wurden in 2018 korrigiert.

Die Stellungnahme des Bürgermeisters vom 26.05.2021 ist dieser Vorlage beigelegt. Die vom RPA angesprochenen Beanstandungen und Hinweise werden anerkannt.

Es bleibt festzuhalten, dass der JA 2018 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Siegen vermittelt. Ebenso steht der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss und stellt die Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung zutreffend dar, soweit dies coronabedingt heute abgeschätzt werden kann.

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist dem Bericht des RPA beigetreten und gibt gegenüber dem Rat der Stadt eine seit dem 1.1.2019 vorgeschriebene eigene, schriftliche Stellungnahme ab, welche die Prüfungshandlungen sowie das Ergebnis der Prüfung des Rechnungsprüfungsausschusses darlegt. Diese können Sie ebenfalls der heutigen Verwaltungsvorlage entnehmen.

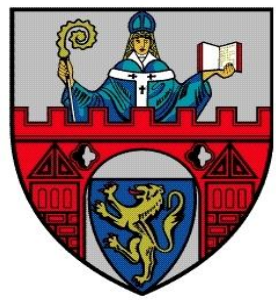
Der Rechnungsprüfungsausschuss erklärt, dass nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben sind und er den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht billigt (gemäß § 59 Abs. 3 GO NRW).

Seitens des Rechnungsprüfungsausschusses werden die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 und die Entlastung des BM für das Haushaltsjahr 2018 vorgeschlagen.

Abschließend ist noch zu erwähnen, dass es sich um die letzte materielle Prüfung eines Jahresabschlusses nach altem Recht (GO NRW bis 31.12.2018) handelt.

Außerdem möchte ich mich an dieser Stelle noch recht herzlich für die geleistete Arbeit der Kämmerei und des RPA bedanken und insbesondere auch für die zügig erfolgte Prüfung des JA 2018, die trotz des ambitionierten Zeitplans nichts an Seriosität eingebüßt hat. Herr Cavelius, Herr Dorsch, vielen Dank an Sie und natürlich auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



TOP 5.:  
Haushaltsvollzug 2021  
Universitätsstadt Siegen

Ratssitzung  
23. Juni 2021

Mündlicher Bericht  
Stadtkämmerer Wolfgang Cavelius

## § 2 Abs. 2 Covid-19-Isolierungsgesetz

- vierteljährlicher Bericht über die finanzielle Lage
- Ratsbeschluss HH 2021 am 14.04.2021
  - Kenntnis finanzieller Lage darf unterstellt werden
- Feststellung Jahresabschluss 2018
  - Voraussetzung für HH-Genehmigung 2021
- Verwaltungsvorlage zum HH-Vollzug 30.06.2021
  - Ratssitzung 22.09.2021

# Eckdaten HH-Wirtschaft 2021

- Planmäßiges Defizit: 3,9 Mio. €
- Defizit eigentlich: 17,9 Mio. €
- „Corona-Schaden“: 14,0 Mio. €
- Wechselwirkung Steuereinnahmen vs. Coronaschaden
  - höhere Einnahmen – a.o. Ertrag geringer
  - geringere Einnahmen – a.o. Ertrag höher
- Höhere Einnahmen ergebnisneutral
  - Verbesserung Liquidität

# Gewerbesteuer 2021

- HH-Ansatz: 55 Mio. €
- Minus ggü. Finanzplanung: 9,3 Mio. € (netto)
- atypische hohe Nachzahlung
  - → Ergebnis vermutlich: 60 Mio. €
- Nachteil:
  - → Steuerkraft im Finanzausgleich steigt
    - → niedrigere Schlüsselzuweisungen 2022

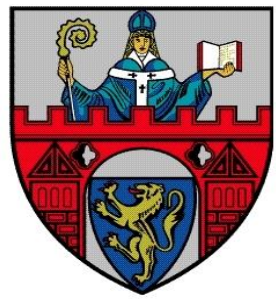
# Aussichten

- Pandemie beendet vs. weitere Einschränkungen
  - Prognose Gebühren + Leistungsentgelte
  - Mindererträge ./ . Aufwandsminderungen
- **keine Verschlechterung planmäßiges Defizit**
- Kassenkredite
  - Stand 01.01.2021: 235 Mio. €
  - 21.06.2021: 238 Mio. €
  - ohne GewSt.-NaZa: > 250 Mio. €

# Investitionen

- per 21.06.2021:
  - verausgabt: 11,7 Mio. €
  - gebunden (Aufträge): 17,4 Mio. €
  - Volumina einschl. HH-Reste: 59,8 Mio. €
  - verfügt:  $(19,6 \% + 29,1 \% =)$  48,7 %





*Vielen Dank für Ihre  
Aufmerksamkeit!*

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3  
Bereich: Kämmerei  
Bearbeitet von: Herrn Ladda

Siegen, 25.05.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Haupt- und Finanzausschuss** **09.06.2021**

**Rat** **23.06.2021**

Kurzbezeichnung:

**Beteiligung der Stadt Siegen an der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH – Erhöhung des Stammkapitals**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt der Kapitalerhöhung der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH um 200.000 EURO unter Ausschluss eines Bezugsrechtes für ihre bisherigen kommunalen Gesellschafter zu.

### Sachverhalt / Begründung:

Die Stadt Siegen ist aufgrund des Ratsbeschlusses vom 06.05.2020 seit Dezember 2020 mit 1.000 € / 1% an der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH, Düsseldorf, beteiligt (Vorlage Nr. 2886/2020). Die Beteiligung hat den Zweck, die Wohnbaulandentwicklung in Siegen zu unterstützen und zu beschleunigen.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100.000 EURO. Bei Gründung der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH war die NRW.URBAN Service GmbH, Dortmund, alleiniger Gesellschafter. Die NRW.URBAN Service GmbH ist berechtigt, Anteile der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH an nordrhein-westfälische Kommunen oder kommunale Wirtschaftsförderungs- oder Stadtentwicklungsgesellschaften zu übertragen. Die NRW.URBAN Service GmbH muss gemäß Gesellschaftsvertrag jedoch jederzeit über 51 % des Stammkapitals und die Mehrheit der Stimmrechte verfügen.

Es ist derzeit absehbar, dass die NRW.URBAN Service GmbH bis Mitte 2021 40.000 EURO Geschäftsanteile – jeweils 1.000 EURO an 40 Kommunen bzw. kommunale Gesellschaften – veräußert haben wird. Die Nachfrage weiterer Kommunen, Geschäftsanteile an der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH zu erwerben, ist ungebrochen. Die Geschäftsführung erwartet, dass die nach Gesell-

schaftsvertrag – bei einem Stammkapital von 100.000 EURO – maximal 49.000 EURO zu veräußern – den Geschäftsanteile bis Ende 2021 veräußert sein werden. Demnach können aktuell nur noch wenige Kommunen in die Gesellschaft aufgenommen werden.

Um auch weiteren Kommunen die Möglichkeit zu bieten, Gesellschafter der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH zu werden, schlägt die Geschäftsführung der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH den Gesellschaftern vor, dass Stammkapital durch Einlagen um 200.000 EURO auf dann 300.000 EURO zu erhöhen. Über diesen Vorschlag hat die Geschäftsführung die Gesellschafter in der letzten Gesellschafterversammlung bereits informiert. Die Gesellschafterversammlung hat den Vorschlag der Geschäftsführung zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Erhöhung des Stammkapitals erfolgt allein durch die NRW.URBAN Service GmbH und erfordert daher keine zusätzliche Einlage durch die übrigen Gesellschafter. Die neu entstehenden Geschäftsanteile werden damit auch allein durch die NRW.URBAN Service GmbH übernommen. Ein Bezugsrecht für die bereits beteiligten kommunalen Gesellschafter wird insoweit ausgeschlossen.

Neue Anteile können nach Erhöhung des Stammkapitals dann durch weitere Kommunen erworben werden. Somit besteht dann für insgesamt 147 Kommunen oder kommunale Gesellschaften in NRW die Möglichkeit, Gesellschafter der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH zu werden, d. h. der jetzige Gesellschafterkreis von 49 Kommunen könnte um bis zu 98 Kommunen erweitert werden.

Der Beschluss zur Erhöhung des Stammkapitals soll im Rahmen der Gesellschafterversammlung der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH am 25.06.2021 erfolgen.

Da die Erhöhung des Stammkapitals eine wesentliche Änderung des Gesellschaftsvertrages darstellt, ist eine vorherige Entscheidung des Rates erforderlich.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

#### Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
--	--	---	--

<input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung		
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

i. V.

gez.

Wolfgang Cavelius  
1. Beigeordneter

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3  
Bereich: Kämmerei  
Bearbeitet von: AG 3/1-1 Haushalt

Siegen, 27.05.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Haupt- und Finanzausschuss** **09.06.2021**

**Rat** **23.06.2021**

Kurzbezeichnung:

**Haushalt 2020**  
**- Übertragung von Ermächtigungen in das Haushaltsjahr 2021**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen gemäß den Anlagen 1 a, 1 b (Ergebnisplan), 2 a und 2 b (Investitionen, Rückstellungen) zur Kenntnis.

### Sachverhalt / Begründung:

Durch Beschluss vom 22.05.2013 (Verwaltungsvorlage 1845/2013) hat der Rat der Stadt Siegen der Grundsatzvorlage über Art, Umfang und Dauer der Übertragung von Haushaltsermächtigungen nach § 22 Absatz 1 KomHVO zugestimmt. Werden Ermächtigungen übertragen, ist dem Rat nach § 22 Absatz 4 KomHVO eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres vorzulegen.

Die Gesamtsumme der Übertragungen im Ergebnisplan (siehe Anlage 1a und 1b) beträgt rd. 10,9 Mio. €. Die Übertragung dieser Summe in den Ergebnisplan 2021 bedeutet auch, dass entsprechende Auszahlungsmittel in den Finanzplan 2021 übertragen werden.

Im Bereich der Investitionen und Rückstellungen setzt sich die Gesamtsumme in Höhe von rd. 26,6 Mio. € (siehe Anlage 2a und 2b) wie folgt zusammen:

1.	Investitionen	23,2 Mio. €
2.	Konsumtive Auszahlungsermächtigungen für Rückstellungen, etc.	<u>3,4 Mio. €</u>
		26,6 Mio. €

Bei einigen Baumaßnahmen erfolgte im abgelaufenen Haushaltsjahr kein Baubeginn. Darüber hinaus wurde in vielen Fällen der eingeplante Zahlungsmittelabfluss nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft, es lagen jedoch überwiegend bereits eingebuchte Bestellungen (Aufträge) vor.

Die Finanzrechnung in 2020 wird dadurch entsprechend entlastet (s. hierzu auch Verwaltungsvorlage „Haushalt 2020 / Vorläufiges Jahresabschlussergebnis“, Vorlage Nr. VL 349/2021).

Die Übertragung der Auszahlungsermächtigungen führt dazu, dass in der Finanzrechnung des Jahres 2021 (und nicht wie ursprünglich geplant in 2020) ein entsprechender Liquiditätsabfluss und damit eine Belastung erfolgt. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass den zusätzlichen Auszahlungen im investiven Bereich (rd. 23,2 Mio €) auch teilbereichlich zweckgebundene Einzahlungen in Form von Zuweisungen, Veräußerungserlösen und Beiträgen sowie übertragene Kreditermächtigungen in entsprechender Höhe gegenüberstehen.

Die Übertragung von Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen fließt in das Ergebnis 2021 ein und bedeutet faktisch eine Ausweitung der Haushaltsansätze 2021. Insofern enthalten die Anlagen jeweils auch das Haushalts-Soll 2021 der betroffenen Konten. Übertragen wurde i. d. R. die voraussichtlich noch benötigte Höhe der zur Verfügung stehenden Ermächtigung.

In Summe ergeben sich folgende fortgeschriebenen Aufwands- bzw. Auszahlungsermächtigungen in 2021:

	HH-Soll 2021	Übertragungen	fortgeschriebener Ansatz 2021
<b><u>Ergebnisplan</u></b>			
ordentliche Aufwendungen	325.188.791	10.937.871,86	336.126.662,86
<b><u>Finanzplan</u></b>			
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	307.035.534	14.370.240,56	321.405.774,56
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	36.270.370	23.185.001,26	59.455.371,26

Leider ist es nicht gelungen, die Höhe der Übertragungen nennenswert abzubauen. Die Übertragungen liegen etwa auf dem Vorjahresniveau. Dies ist wiederum einigen Sondereffekten geschuldet.

Im Bereich des Ergebnisplans (Summe: rd. 10,9 Mio. €) sind folgende Faktoren zu nennen:

Im Bereich Hochbau wurden Bauunterhaltungsmittel von insgesamt 6,3 Mio. € übertragen. Davon entfallen rd. 3,7 Mio. € auf Maßnahmen der Förderprogramme Gute Schule und Kommunalinvest und 950 T€ auf umfangreiche Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Hallenverwaltung.

Bauunterhaltungsmittel im Bereich Straßenbau wurden in Höhe von insgesamt 1,8 Mio. € übertragen, um die Finanzierung laufender Unterhaltungsmaßnahmen sicherzustellen.

Ohne diese Sondereffekte, läge die Höhe der Übertragungen bei lediglich rd. 2,8 Mio. €.

Im Bereich der Investitionen („Reste“: rd. 23,2 Mio. €) führen folgende Maßnahmen zu einer relativ hohen Übertragungssumme:

- Maßnahmen GUTE SCHULE	1,48 Mio. €
- Maßnahmen Kommunalinvestitionsförderungsgesetz	4,69 Mio. €
- Sonstige Hochbaumaßnahmen ZGW	2,55 Mio. €
- Stadtentwicklungsmaßnahmen	5,22 Mio. €
- Straßenbaumaßnahmen	5,57 Mio. €
- Ausstattung der Schulen (u. a. WLAN-Ausbau, Glasfaser-Anbindung)	1,13 Mio. €

An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass bei der Haushaltsberatung 2022 insbesondere im investiven Bereich Zurückhaltung angebracht ist. Die enorme Summe von rd. **59,5 Mio. €** (fortgeschriebener Ansatz, siehe Tabelle auf Seite 2) ist prioritär umzusetzen. Dies kann auch im Jahr 2021 nicht vollständig gelingen. Bei der Vielzahl von Baumaßnahmen, welche finanziert bzw. etatisiert werden, stößt die Bauverwaltung in personeller Hinsicht an ihre Grenzen, zumal vakante Stellen t. w. nur verzögert wiederbesetzt werden konnten. Hinzu kommt die trotz „Corona“ überhitzte Baukonjunktur. Die ohnehin aufwändigen und langwierigen Vergabeverfahren mussten mehrfach aufgehoben werden, da keine oder nur wesentlich überteuerte Angebote abgegeben wurden. Wirtschaftliche Angebote lassen sich oftmals nur erzielen, wenn die Ausführungsfristen deutlich verlängert werden, was zu weiteren Bauverzögerungen führt.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  			

gez.

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

- [Anlage 1a Ermächtigungsübertragungen 2020 konsumtiv](#)
- [Anlage 1b Ermächtigungsübertragungen 2020 konsumtiv](#)
- [Anlage 2a Ermächtigungsübertragungen 2020 investiv](#)
- [Anlage 2b Ermächtigungsübertragungen 2020 konsumtive Auszahlungsmittel](#)



lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto	Beschreibung	Übertragung aus 2019	zweckgebundener Ertrag 2020	Bereitgestellt 2020	noch verfügbar 2020	Übertragung 2020 nach 2021	Ansatz 2021	Summe Aufwands ermächtigung 2021
<b>a) zweckgebundene Zuweisungen, Fördergelder, Spenden</b>										
1	03010206	5317000	LZ OGS	1.000,00 €	2.002.552,13 €	2.731.000,00 €	46.310,45 €	46.310,45 €	2.992.000	3.038.310,45
2	03010204	5317000	Betreuungsangebote Grundschulen	358.000,00 €	241.648,00 €	943.500,00 €	486.903,28 €	400.000,00 €	486.500	886.500,00
3	03010404	5317000	LZ Geld oder Stelle	8.000,00 €	156.826,00 €	209.400,00 €	47.472,54 €	47.472,54 €	92.800	140.272,54
4	03010604	5317000	LZ Geld oder Stelle	12.000,00 €	45.998,00 €	57.700,00 €	13.803,99 €	13.803,99 €	47.100	60.903,99
5	03010704	5317000	LZ Geld oder Stelle	15.000,00 €	34.270,00 €	49.300,00 €	14.565,86 €	14.565,86 €	35.400	49.965,86
6	03010804	5317000	LZ Geld oder Stelle	7.000,00 €	53.653,19 €	61.100,00 €	4.778,29 €	4.778,29 €	66.800	71.578,29
7	05010300	5318000	Förderprogramm zur Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana	- €	28.500,00 €	42.500,00 €	39.744,69 €	28.500,00 €	14.000	42.500,00
8	05010306	A050103900-5317800	Bundeszuweisungen BIWAQ/Zuwend. An Private Unternehmen	74.110,63	325.000,00	399.110,63	74.741,55	74.741,55	325.000	399.741,55
9	05010305	5399010 (früher: 5339110)	Beihilfen nach § 102 III SGB IX	30.408,00 €	80.808,00 €	111.216,00 €	39.658,79 €	29.466,79 €	90.000	119.466,79
10	06020100	5318000	FoBi-Maßnahmen Sprachförderung	9.071,00 €	18.196,75 €	284.071,00 €	206.523,60 €	7.571,75 €	275.500	283.071,75
11	06020101	5281000	Sachleistungen Familienzentrum	42.620,23 €	49.500,00 €	92.120,23 €	60.965,02 €	60.965,02 €	25.000	85.965,02
12	06030105	5281000	Kurse/Spenden	55.365,33 €	33.777,78 €	130.143,11 €	90.828,98 €	90.828,98 €	124.000	232.863,30
			Projektbezogene Drittmittel Maßn. D. Einrichtung	24.293,82 €	37.030,00 €	66.723,82 €	32.301,19 €	32.301,19 €		
			Elternbeiträge Fuchs	- €	12.287,11 €	36.600,00 €	16.469,66 €	- 16.469,66 €		
			OGS	5.562,35 €	- €	10.562,35 €	2.202,79 €	2.202,79 €		
13	06030105	5019000	13 Plus	7.116,06 €	10.000,00 €	38.216,06 €	17.666,85 €	17.666,85 €	34.100	51.766,85
								<b>854.706,39</b>	<b>4.608.200</b>	<b>5.462.906,39</b>

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto	Beschreibung (kons. Auftrag oder Kostenträger-/Kontenbezeichnung)	bereitgestellte Mittel 2020	verfügbar 2020	Übertragung 2020 nach 2021	Ansatz 2021	Summe Aufwands-ermächtigung 2021
	<b>b) sonstige konsumtive Ermächtigungen</b>							
1	01010100	A010101001 - A010101006/5318800	Unterstützung politischer Gremien/ Zuschüsse an übrige Bereiche (Bezirksausschussmittel)	44.773,52	34.805,65	<b>34.805,65</b>	27.600	62.405,65
2	01050100	5412010	Rechnungsprüfungsamt, Fortbildung	10.000,00	6.470,00	<b>1.900,00</b>	8.000	9.900,00
3	01060100	5291000	Finanzmanagement/Aufwendungen f. sonst. Dienstleistungen	32.211,33	24.671,33	<b>15.000,00</b>	20.000	35.000,00
4	01090100	5431050	Recht und Versicherungen, Sachverständigen/Gerichtskosten	75.000,00	41.350,74	<b>40.000,00</b>	65.000	105.000,00
5	01100100	5412010	Personalmanagement/ Aufwendungen für Fortbildung	234.160,04	106.000,00	<b>106.000,00</b>	142.600	248.600,00
6	01100100	5291000	Personalwirtschaft, Sonstige Dienstleistungen	21.700,00	7.553,35	<b>7.500,00</b>	4.000	11.500,00
7	01120101	5291020	Organisation, Gutachter-/Beratungskosten	257.167,54	190.109,31	<b>180.000,00</b>	80.000	260.000,00
	01130200	5215599	Bauunterhaltung ZGW					0,00
		A011302000 - A011302100	Bauunterhaltung Schulen und sonstige Gebäude	4.439.386,88	818.000,07			
8			Schulen		davon:	<b>400.000,00</b>	2.200.000	2.600.000,00
9			sonstige Gebäude			<b>400.000,00</b>	1.943.500	2.343.500,00
10		A011302200	Bauunterhaltung Gute Schule	3.397.699,44	2.952.651,62	<b>2.952.651,62</b>	0	2.952.651,62
11		A011302201	BU Kommunalinvestitionsförderung KITA Gläserstraße	33.453,17	33.453,17	<b>33.453,17</b>	0	33.453,17
12		A011302202	BU Kommunalinvestitionsförderung Bertha-von-Suttner	646.231,84	378.840,40	<b>378.840,40</b>	0	378.840,40
13		A011302203	Kommlnv, Jung-Stilling-Schule, Erweiterungsbau	274.000,00	273.971,08	<b>273.971,08</b>	55.000	328.971,08
14		A011302204	Kommlnv, GS Am Schießberg, Dachsanierung	278.192,87	43.550,76	<b>43.550,76</b>	0	43.550,76
15	01130200	5291000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	174.100,00	130.261,31	<b>130.000,00</b>	24.100	154.100,00

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto	Beschreibung (kons. Auftrag oder Kostenträger-/Kontenbezeichnung)	bereitgestellte Mittel 2020	verfügbar 2020	Übertragung 2020 nach 2021	Ansatz 2021	Summe Aufwands-ermächtigung 2021
16	02010100	5412030	Feuerwehr - Aufwend. Für Fortbildungen und Dienstreisen	50.000,00	13.522,92	12.000,00	40.000	52.000,00
17	02040100	5412010	Allg. Gefahrenabwehr - Fortbildungsaufwand	25.000,00	22.750,48	22.000,00	15.000	37.000,00
18	03010200	5255000	Grundschulen allg. / Unterhaltung sonst. bewegl. Vermögen	69.246,75	58.286,38	20.000,00	130.000	150.000,00
19	03010202	5271000	Grundschulen Lernmittel	126.919,28	45.194,69	45.000,00	155.600	200.600,00
20	03010402	5271000	Realschulen Lernmittel	51.850,74	16.696,49	16.000,00	50.000	66.000,00
21	03010602	5271000	Gymnasien Lernmittel	139.470,07	33.522,21	33.000,00	124.500	157.500,00
22	03010802	5271000	Gesamtschulen Lernmittel	145.163,94	55.997,00	55.000,00	160.000	215.000,00
23	04010100	5215000	Kultur - Sanierung Fürstengruft	150.771,74	97.500,11	96.700,00	9.500	106.200,00
24	04020100	A040201000/ 5281800 + 5291800	Erstellung einer "Siegener Stadtgeschichte"/ Aufwand. f.sonst. Sach- /Dienstleistungen	25.000,00	14.063,60	14.063,60	23.000	37.063,60
25	04050100	A040501000/ 5215901	Museen- Gebäudeunterh.-/Bewirtschaftung	274.000,00	70.781,87	70.000,00	150.000	220.000,00
26	04060100	5255000	Musikschule - Unterhalt. sonst. bew. Vermögen	7.600,00	4.077,42	4.000,00	5.000	9.000,00
27	05010200	5215000	Hilfen nach dem AsylbLG allg. / Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	122.771,69	57.390,39	50.000,00	80.000	130.000,00
28	06010100	5291000	Hilfe für junge Menschen und ihre Familie allg. / Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	27.400,00	8.996,20	5.000,00	0	5.000,00
29	06020102	A060201105 5215901	Kita Gläserstr., Sanierung Gebäude/Außenanlagen	360.000,00	338.994,82	338.000,00	0	338.000,00
30	06020203	5281000	Frühe Hilfen / Aufwendungen für sonstige Sachleistungen	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000	30.000,00
31	06020202	5431400	Kindertagespflege / Erwerb v. Vermögen < 60 €	8.000,00	8.000,00	3.000,00	1.000	4.000,00

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto	Beschreibung (kons. Auftrag oder Kostenträger-/Kontenbezeichnung)	bereitgestellte Mittel 2020	verfügbar 2020	Übertragung 2020 nach 2021	Ansatz 2021	Summe Aufwands-ermächtigung 2021
32	08010100	5317000	Förderung des Breiten- und Leistungs-sports allg./Zuwendungen an Vereine	81.900,00	68.811,50	36.000,00	35.200	71.200,00
33	08030200	A080302000/5 215901; 5215000	Bauunterhaltung Freibäder	85.000,00	39.135,58	39.135,58	418.000	457.135,58
34	09020100	5215000	Stadtentwicklung/ Unterhaltung Grundstücke und baul. Anlagen	110.000,00	92.531,95	30.000,00	50.000	80.000,00
35	09020100	5291000	Stadtentwicklung/ Aufw. für sonstige Dienstleistungen	300.000,00	193.632,83	180.000,00	170.000	350.000,00
36	09020100	A090201089/ 5281800	Umgestaltung Herrengarten, Öffentlichkeitsarbeit/ Aufwend. für Sachleistungen	20.000,00	20.000,00	20.000,00	0	20.000,00
37	09020100	A090201112/ 5215999	RudS, 1. Bew., Erweiterung Aktives Museum/ Gebäudeunterhaltung	705.691,96	401.332,44	401.300,00	0	401.300,00
38	09020100	A090201140/ 5215999	RudS 4. Bew. Haus Seel/ Gebäudeunterhaltung	365.000,00	56.164,29	56.164,29	0	56.164,29
39	09020100	A090201153/ 5291800	RudS, 5.Bew., Erweiterung Siegerlandmuseum Wettbew/ Aufw. Sonst. Dienstleistungen	136.434,00	57.973,48	57.900,00	0	57.900,00
40	09020100	A090201200/ 5318800	Heimat-Fonds, SI.gestalten e. V./ Zuschüsse an übrige Bereiche	48.000,00	45.870,41	45.800,00	0	45.800,00
41	09020500	5291000	Verkehrsplanung/ Aufw. für sonstige Dienstleistungen	210.000,00	131.655,80	79.000,00	10.000	89.000,00
42	12010100	5291000	Verwaltung öffentlicher Verkehrsflächen/ Aufw. für sonstige Dienstleistungen	210.000,00	150.334,27	120.000,00	130.000	250.000,00
43	12020XXX	5216010	Gemeinde-/Kreis-/Landesstraßen / Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze	1.948.351,79	976.508,30	900.000,00	1.065.000	1.965.000,00
44	12020XXX	5216020	Gemeinde-/Kreis-/Landesstraßen / Unterhaltung Brücken	602.645,16	275.113,88	275.000,00	330.000	605.000,00
45	12020XXX	5216030	Gemeinde-/Kreis-/Landesstraßen / Unterhaltung Stützwände	180.000,00	107.520,23	100.000,00	140.000	240.000,00
46	12020100	5216070	Verwaltung öffentlicher Verkehrsflächen / Unterhaltung Lichtsignalanlagen	900.000,00	488.158,42	300.000,00	360.000	660.000,00
47	12020100	5291000	Verwaltung öffentlicher Verkehrsflächen / Aufw. Für sonstige Dienstleistungen	230.000,00	107.367,85	80.000,00	240.000	320.000,00

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto	Beschreibung (kons. Auftrag oder Kostenträger-/Kontenbezeichnung)	bereitgestellte Mittel 2020	verfügbar 2020	Übertragung 2020 nach 2021	Ansatz 2021	Summe Aufwands-ermächtigung 2021
48	12020300	A120203000/5216902	Brückensanierung L 907/K9 Siegtalstraße / Unterhaltung Brücken mit konsumtivem Auftrag	614.562,32	177.932,71	177.932,71	0	177.932,71
49	13020300	5215000	Wasserläufe / Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	200.000,00	107.016,29	60.000,00	220.000	280.000,00
50	13030100	5412010	Friedhofs- und Bestattungswesen allg./ Aufwendungen für Fortbildung	10.137,59	10.137,09	8.000,00	7.000	15.000,00
51	13030104	5215000	Unterhaltung der Grabmale und Gruften / Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	308.066,13	245.234,27	245.234,27	0	245.234,27
52	14010100	5281000	Umweltschutzmaßnahmen allg. / Aufwendungen für sonstige Sachleistungen	65.261,00	28.698,35	25.000,00	5.600	30.600,00
53	14010101	A140101000/5291800	Klimaschutzmaßnahmen / Aufw.sonstige Dienstleist. m. konsumtiv. Auftrag	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000	200.000,00
54	15020100	5215901	Siegerlandhalle, Bauunterhaltung	1.125.000,00	615.508,08	569.262,34	1.000.000	1.569.262,34
55	15020203	A150202003/5215901	Bismarckhalle Verpachtungsobjekte/ Bauunterhaltung Sanierung Restaurant BMH	343.119,56	340.902,89	340.000,00	20.000	360.000,00
56	15020204	A150202004/5215901	Bürgerhäuser, Bauunterhaltung	100.000,00	91.332,90	41.000,00	100.000	141.000,00
<b>SUMME b) sonstige konsumtive Ermächtigungen</b>						<b>10.083.165,47</b>		
<b>SUMME a) zweckgebundene Mittel:</b>						<b>854.706,39</b>		
<b>SUMME Übertragung Aufwandsermächtigungsübertragungen</b>						<b>10.937.871,86</b>		
Summe konsumtive Auszahlungsermächtigungen gem. Anlage 2b						3.432.368,70		
<b>Summe der konsumtiven Auszahlungsermächtigungsübertragungen</b>						<b>14.370.240,56</b>		

lfd. Nr.	Investitions-code		Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2020	zur Verfügung	Übertrag nach 2021	Ansatz 2021	Summe Ausz.-Mittel 2021 insgesamt
1	I	010201000	01020100	Büro Bürgermeister	6.400,32	2.375,92	2.375,00	4.400	6.775,00
2	I	010602000	01060200	Zahlungsabwicklung	12.885,16	6.889,91	6.000,00	4.000	10.000,00
3	I	010901000	01090100	Recht und Versicherungen	4.000,00	2.555,16	2.236,99	2.000	4.236,99
4	I	011001000	01100100	Personalwirtschaft	7.392,66	2.600,25	2.600,00	1.200	3.800,00
5	V	011102003	01110200	KFZ-Werkstatt, Abgasabsauganlage	35.000,00	35.000,00	35.000,00	0	35.000,00
6	V	011102004	01110200	KFZ-Werkstatt, Erneuerung Bremsenprüfstand	70.000,00	70.000,00	70.000,00	0	70.000,00
7	I	011103000	01110300	Büromöbel Zentrale Vergabestelle	2.200,00	1.932,33	1.932,33	200	2.132,33
8	I	011201020	01120102	IT-Management	199.640,00	139.663,33	139.663,33	1.000	140.663,33
9	I	011301000	01130100	Immobilienmanagement	27.981,00	22.360,22	22.039,92	1.200	23.239,92
10	I	011301001	01130100	Allgemeines Grundvermögen	476.219,00	198.832,58	120.000,00	300.000	420.000,00
11	G	030101001	01130200	Gute Schule, Maßnahmen unter Wertgrenze div. Schulen	50.845,22	50.845,22	50.845,22	0	50.845,22
12	G	030104001	01130200	Gute Schule, TH Am Oberen Schloss, Sportbodensan.	23.837,72	22.206,96	22.206,96	0	22.206,96
13	G	030104002	01130200	Gute Schule, ROS, Differenzierungsraum San./Ausst.	62.517,65	18.155,49	18.155,49	0	18.155,49
14	G	030104003	01130200	Gute Schule, GS Schießberg, naturwissenschaftliche Räume	525.000,00	525.000,00	525.000,00	0	525.000,00
15	G	030105001	01130200	Gute Schule, Weiterbildungskolleg (ehem. HS Winch.)	380.761,65	307.918,80	307.918,80	0	307.918,80
16	G	030106004	01130200	Gute Schule, Gym. Löhrtor, naturwissenschaftliche Räume	43.600,95	14.780,03	14.780,03	0	14.780,03
17	G	030106006	01130200	Gute Schule, FJM, Erweit. Sicherheitsbeleuchtung	37.452,69	36.679,19	36.679,19	0	36.679,19
18	G	030106007	01130200	Gute Schule, PPR, Sportbodensanierung	41.391,98	41.391,98	41.391,98	0	41.391,98
19	G	030106008	01130200	Gute Schule, PPR, Prallschutz und Hallentore	18.842,73	18.884,25	18.884,25	0	18.884,25
20	G	030106009	01130200	Gute Schule, PPR, naturwissenschaftliche Räume	653.081,83	413.105,13	413.105,13	0	413.105,13
21	G	030106010	01130200	Gute Schule, Gym. Löhrtor, Sicherheitsbeleuchtungsanlage	87.823,29	14.175,54	14.175,54	0	14.175,54
22	G	030107001	01130200	Gute Schule, Pestalozz, Parkplatzerweit./Schracken	22.579,37	14.525,76	14.525,76	0	14.525,76
23	H	011101002	01130200	KrönchenCenter, Erneuerung Lastenaufzug	150.000,00	60.398,81	60.398,81	0	60.398,81
24	H	020101007	01130200	Neubau Feuerwehrgerätehaus Alchetal - Außenanlagen	28.900,00	27.656,08	27.600,00	0	27.600,00
25	H	020101009	01130200	Feuerwehrgerätehaus Eisern, Neubau Sozialtrakt	48.700,00	20.666,96	20.600,00	0	20.600,00

lfd. Nr.	Investitions-code	Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2020	zur Verfügung	Übertrag nach 2021	Ansatz 2021	Summe Ausz.-Mittel 2021 insgesamt
26	H 020101100	01130200	Feuerwehrgerätehaus Feuersbach - Anbau Fahrzeughalle	15.000,00	10.465,11	3.000,00	0	3.000,00
27	H 030102101	01130200	Nordschule, Erweiterung Mensa	142.500,00	96.182,22	96.182,22	0	96.182,22
28	H 030102103	01130200	Diesterwegschule, Erweiterung	398.000,00	389.564,90	389.564,90	600.000	989.564,90
29	H 030104100	01130200	Realschule Oberes Schloss, Spülküche, Differenzierungsraum	40.000,00	25.826,71	25.826,71	0	25.826,71
30	H 030108008	01130200	Gesamtschule Eiserfeld, Umbau Barrierefreiheit	125.000,00	99.515,92	99.515,92	0	99.515,92
31	H 030108102	01130200	Bertha-von-Suttner-GES, Erweiterung BMA	156.000,00	156.000,00	156.000,00	0	156.000,00
32	H 060301100	01130200	Jugendtreff FBB, Umnutzung ehem. Hausmeisterwohnung	67.000,00	38.759,95	38.759,95	59.000	97.759,95
33	H 080201100	01130200	Leimbachstadion, Neubau WC-Anlage	273.800,00	129.313,27	129.313,27	0	129.313,27
34	H 080301100	01130200	Hallenbad Weidenau, Neubau	400.000,00	399.267,65	399.267,65	800.000	1.199.267,65
35	H 110101000	01130200	Zentralisierung Bauhöfe	2.789.647,73	1.105.154,82	1.105.154,82	805.000	1.910.154,82
36	K 020101001	01130200	Feuerwehrgerätehaus Eisern, energ. San. Fahrzeughalle	183.000,00	12.025,39	12.025,39	0	12.025,39
37	K 030106001	01130200	Komplettsanierung Rundsporthalle, Gymnasium Auf der Morgenröthe	3.921.869,43	2.744.967,14	2.744.967,14	1.355.000	4.099.967,14
38	K 030108005	01130200	Bertha-von-Suttner-GES, Umbau Barrierefreiheit	2.768.439,83	1.916.263,73	1.916.263,73	0	1.916.263,73
39	K 060201062	01130200	KITA Gläserstraße	13.160,97	13.160,97	13.160,97	0	13.160,97
40	V 011302100	01130200	Photovoltaikanlagen auf städt. Gebäuden	381.500,00	335.500,00	45.000,00	0	45.000,00
41	I 020101000	02010100	Feuerschutz und technische Hilfeleistung	60.842,54	20.329,21	17.300,00	40.000	57.300,00
42	V 020101010	02010101	Fahrzeuge Feuerwehr	1.131.467,00	26.109,40	14.500,00	600.000	614.339,34
43	I 020101011	02010101	Alarmsystem	40.000,00	39.109,91	39.000,00	4.000	43.000,00
44	I 020101013	02010101	Maschinen und Geräte	48.664,09	24.120,16	22.000,00	12.500	34.500,00
45	I 020101014	02010101	Mobile Sirenen	60.000,00	11.407,06	11.000,00	0	11.000,00
46	I 020201003	02020100	Maschinen und Geräte	76.845,96	56.495,40	56.000,00	124.000	180.000,00
47	I 030102000	03010200	Grundschulen	45.382,84	44.211,44	41.000,00	0	41.000,00
48	I 030102013	03010201	Bewegl. Vermögen und Lehrmittel Grundschulen	21.798,43	15.219,63	15.000,00	25.000	40.000,00
49	I 030102020	03010202	Medienentwicklungsplanung Grundschulen	507.043,45	107.871,45	100.000,00	180.000	280.000,00
50	I 030102022	03010202	Glasfaseranbindung Grundschulen	381.899,99	381.899,99	381.840,30	445.000	826.840,30
51	I 030103020	03010302	Medienentwicklungsplanung Hauptschulen	59.895,27	7.591,29	6.000,00	22.500	28.500,00
52	I 030104000	03010400	Realschulen	11.750,61	10.205,72	10.000,00	20.000	30.000,00
53	I 030104020	03010402	Medienentwicklungsplanung Realschulen	168.766,43	24.016,64	22.000,00	50.000	72.000,00
54	I 030105020	03010502	Medienentwicklungsplanung Weiterbildungskolleg	56.569,39	7.131,41	6.000,00	18.000	24.000,00
55	I 030105021	03010502	WLAN-Ausbau, diverse Schulen	30.509,73	15.809,48	10.000,00	0	10.000,00
56	V 030106000	03010600	Aula GAL, Erneuerung Bühnenboden und Bestuhlung	247.000,00	128.576,89	80.000,00	150.000	230.000,00



lfd. Nr.	Investitions-code		Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2020	zur Verfügung	Übertrag nach 2021	Ansatz 2021	Summe Ausz.-Mittel 2021 insgesamt
57	I	030106020	03010602	Medienentwicklungsplanung Gymnasien	362.446,86	51.936,30	50.000,00	110.000	160.000,00
58	I	030106021	03010602	WLAN-Ausbau Gymnasien	88.689,27	58.743,59	20.000,00	0	20.000,00
59	I	030107010	03010701	Mobiliar Förderschulen	42.324,01	41.774,63	41.774,63	600	42.374,63
60	I	030107020	03010702	Medienentwicklungsplanung Förderschule	56.535,61	16.333,94	16.000,00	17.500	33.500,00
61	I	030107022	03010702	Glasfaseranbindung Förderschule	138.314,94	138.314,94	138.314,94	0	138.314,94
62	I	030108000	03010800	Gesamtschule Eiserfeld Einrichtung Lehrerzimmer	27.729,95	23.436,64	15.000,00	20.000	35.000,00
63	I	030108013	03010801	BvS-Gesamtschule - Erneuerung NW-Schränke	30.000,00	8.550,38	8.000,00	80.000	88.000,00
64	I	030108020	03010802	Medienentwicklungsplanung Gesamtschulen	337.145,87	69.036,54	66.000,00	130.000	196.000,00
65	I	030108021	03010802	WLAN-Ausbau, diverse Schulen	139.179,52	60.576,52	51.000,00	0	51.000,00
66	V	030108021	03010802	Netzwerk Gesamtschule Auf dem Schießberg	64.000,00	32.056,84	27.000,00	0	27.000,00
67	V	030108100	03010800	Bertha-v-Suttner Gesamtschule, Beachvolleyballanlage	115.000,00	25.183,24	25.146,36	0	25.146,36
68	I	040101000	04010100	Kultur, Veranstaltungen und Einrichtungen	24.300,00	6.779,36	4.733,93	32.500	37.233,93
69	I	040301001	04030100	Bestsellerservice Medienerwerb	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600	3.200,00
70	I	040301002	04030100	Medienerwerb allg.	3.960,00	3.732,75	3.730,00	3.960	7.690,00
71	I	040501000	04050100	Museum	40.400,00	22.973,09	20.000,00	35.000	55.000,00
72	I	040601001	04060100	Projekt Jekits	10.000,00	5.063,20	5.063,20	6.000	11.063,20
73	I	040701000	04070100	Apollo Theater	157.407,67	49.456,16	45.000,00	108.000	153.000,00
74	V	040701102	04070100	Apollo Theater, Austausch Foyer-Einzelbestuhlung	55.000,00	55.000,00	55.000,00	0	55.000,00
75	H	060201100	06020100	Kita Waldesruh, Erweiterung um zwei Gruppen	748.000,00	188.975,39	188.975,39	0	188.975,39
76	H	060201105	06020102	Kita Gläserstraße, Erneuerung Außen-/Innenbereich	63.300,00	52.635,78	52.635,78	0	52.635,78
77	I	060202000	06020200	Frühe Hilfen für Familien allg.	23.351,88	3.869,76	3.800,00	10.000	13.800,00
78	H	090201140	09020100	RudS,4.Bew., Rathaus Oberstadt, Barrierefreiheit	557.000,00	532.831,33	535.220,62	0	535.220,62
79	H	090201200	09020100	DIEK, Bürgerhaus Seelbach, Außensanierung	10.000,00	8.898,00	8.898,00	300.000	308.898,00
80	T	090201080	09020100	Erfahrungsfeld Fischbacherberg	649.000,00	646.840,03	646.840,00	115.000	761.840,00
81	T	090201084	09020100	Regionale 2013- Siegen zu neuen Ufern	72.000,00	72.000,00	72.000,00	0	72.000,00
82	T	090201085	09020100	Maßnahmen zur Stadtbildoffensive	110.000,00	108.814,48	108.800,00	50.000	158.800,00
83	T	090201087	09020100	Dr.-Dudziak-Park Programm Stadtbau West	302.000,00	128.157,15	128.157,15	0	128.157,15
84	T	090201088	09020100	Siegen zu neuen Ufern, Neugestaltung Herrengarten	650.359,40	601.420,89	601.420,89	3.230.000	3.831.420,89
85	T	090201111	09020100	RudS 1. Bew. Erw. Schlosspark	1.195.046,41	31.029,98	31.029,98	0	31.029,98
86	T	090201134	09020100	RudS, 3.Bew., Wiederherstellung Schlosspark	566.561,53	522.017,60	522.017,60	400.000	922.017,60
87	T	090201140	09020100	Ruds 4. Bew. Stadtmauer 3. BA	692.651,04	364.788,84	364.788,84	0	364.788,84
88	T	090201141	09020100	RudS,5.Bew., Stadtmauer 4.BA	1.330.488,89	473.588,58	473.588,58	0	473.588,58



lfd. Nr.	Investitions-code		Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2020	zur Verfügung	Übertrag nach 2021	Ansatz 2021	Summe Ausz.-Mittel 2021 insgesamt
89	T	090201150	09020100	RudS, (5) 6.Bew., Stadtmauer 5.BA	283.700,00	186.679,46	186.679,46	550.000	736.679,46
90	T	090201153	09020100	RudS, 5.+6.Bew.,Erweiterung Schlosspark Mehrkosten	1.325.000,00	1.325.000,00	1.325.000,00	750.000	2.075.000,00
91	T	090201160	09020100	RudS, 6. (bis 8.) Bew., Stadtmauer 6. BA	123.000,00	122.654,90	122.654,90	0	122.654,90
92	T	090201200	09020100	Dorfinnenentwicklungskonzept Seelbach/Trupbach	99.026,76	93.504,40	93.504,40	50.000	143.504,40
93	H	100301001	10030100	Keltische Verhüttungswerkstatt Gerhardsseifen	175.000,00	161.654,76	161.654,76	0	161.654,76
94	V	110101001	11010100	Fahrzeuge Abfallentsorgung	406.000,00	170.801,91	164.000,00	680.000	844.000,00
95	I	120101000	12010100	Öffentlichen Verkehrsflächen	330.000,00	297.712,56	75.000,00	100.000	175.000,00
96	I	120101002	12010100	Baumaßnahmen Barrierefreiheit/ Schulwegsicherung	120.000,00	78.322,69	75.000,00	30.000	105.000,00
97	V	120101001	12010100	Fahrzeuge Straße und Verkehr	190.000,00	63.712,99	63.000,00	300.000	363.000,00
98	I	120201000	12020100	Ausbau von Gemeindestraßen	650.000,00	400.792,12	200.000,00	400.000	600.000,00
99	I	120201002	12020100	Verkehrssignalanlagen	130.000,00	60.408,62	50.000,00	150.000	200.000,00
100	I	120201089	12020100	Haltestellenprogramm	590.000,00	295.915,51	230.000,00	200.000	430.000,00
101	T	120201023	12020100	Adolf-Wurbach-Straße	127.500,00	125.906,16	10.000,00	0	10.000,00
102	T	120201030	12020100	Neubau Brücke 3071 Hubacher Weg	150.000,00	150.000,00	150.000,00	0	150.000,00
103	T	120201032	12020100	Neubau Brücke 3024 Poststraße	445.000,00	445.000,00	445.000,00	0	445.000,00
104	T	120201033	12020100	Neubau Brücke 3138 Am Eisernbach	457.172,27	131.110,58	130.000,00	0	130.000,00
105	T	120201092	12020100	Gewerbegebiet Martinshardt und Leimbachtal	1.250.000,00	108.599,72	100.000,00	0	100.000,00
106	T	120201096	12020100	Ausbau Ludwig-Kenter-Straße	120.000,00	120.000,00	120.000,00	0	120.000,00
107	T	120201100	12020100	Ersatzneubau Brücke 1423, Bhf. Eiserfeld	830.000,00	425.337,99	425.000,00	0	425.000,00
108	T	120201102	12020100	Erschließung Ober dem Feldgarten	1.250.000,00	345.649,45	340.000,00	100.000	440.000,00
109	T	120201103	12020100	Ausbau Fludersbach (Peipers Halde bis Mathiasweg)	650.000,00	37.110,79	2.000,00	0	2.000,00
110	T	120201104	12020100	Billweg	410.000,00	379.030,96	379.000,00	0	379.000,00
111	T	120201107	12020100	Gewerbegebiet Martinshardt II	900.000,00	720.095,22	720.000,00	2.084.000	2.804.000,00
112	T	120201112	12020100	Neubau Radweg Siegufer bis Heeserstraße	354.000,00	354.000,00	354.000,00	0	354.000,00
113	T	120201118	12020100	Neubau Ufermauer An der Alche	50.000,00	50.000,00	50.000,00	250.000	300.000,00
114	T	120201121	12020100	Ausbau Haardtstraße	100.000,00	97.153,38	97.000,00	0	97.000,00
115	T	120201123	12020100	Neubau Stützmauer (Nr. 2507) Schulstraße	200.000,00	163.914,36	160.000,00	260.000	420.000,00
116	D	120202001	12020200	Deckschichterneuerung Rosterstraße	185.000,00	185.000,00	185.000,00	196.000	381.000,00
117	D	120202002	12020200	Deckschichterneuerung K4/K5 Marburger Tor	67.000,00	34.990,08	30.000,00	73.000	103.000,00
118	I	120203000	12020300	Ausbau von Landesstraßen	20.900,00	20.900,00	20.000,00	30.000	50.000,00
119	T	120203096	12020300	Neubau L 907/K9 Siegtalstraße	600.000,00	336.651,87	330.000,00	0	330.000,00
120	T	120203100	12020300	Neubau Brücke 3001 Koblenzer Straße	300.000,00	238.982,23	238.000,00	485.000	723.000,00
121	T	120204083	12020400	B 62 Eiserfelder Straße 2.BA	1.388.470,59	943.945,21	650.000,00	2.000.000	2.650.000,00
122	V	120301001	12030100	Fahrzeuge Straßenreinigung	16.533,00	16.533,00	16.000,00	145.500	161.500,00

lfd. Nr.	Investitions-code	Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2020	zur Verfügung	Übertrag nach 2021	Ansatz 2021	Summe Ausz.-Mittel 2021 insgesamt	
123	I	130101000	13010100	Öffentliches Grün	133.408,90	19.895,75	19.000,00	127.000	146.000,00
124	I	130101001	13010103	Öffentliches Grün- Aktion 800 Bäume für Siegen	2.263,65	2.263,65	2.263,65	0	2.263,65
125	I	130101002	13010100	Kinderspielplätze	179.784,80	126.997,69	125.000,00	225.000	350.000,00
126	I	130101003	13010100	Spielgeräte auf Schulhöfen	63.000,00	55.638,59	55.000,00	70.000	125.000,00
127	T	130101010	13010100	Innerstädtisches Grünflächenkonzept	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000	40.000,00
128	T	130203001	13020300	Renaturierung Pocheweier	38.828,83	31.330,41	30.000,00	0	30.000,00
129	T	130203013	13020300	Verrohrung Sohlbach, Brücke 3083	50.000,00	50.000,00	50.000,00	100.000	150.000,00
130	T	130203014	13020300	Verrohrung Sohlbach Brücke 3085	35.000,00	35.000,00	35.000,00	100.000	135.000,00
131	I	130301000	13030100	Friedhofs- und Bestattungswesen	329.561,78	196.998,34	190.000,00	146.000	336.000,00
132	V	130301001	13030100	Fahrzeuge Bestattungswesen	417.872,27	122.815,67	122.570,00	325.000	447.570,00
133	I	140101001	14010101	Klimaschutzmaßnahmen	200.000,00	200.000,00	200.000,00	201.000	401.000,00
134	I	150101000	15010100	Wirtschaftsförderung	5.300,00	3.715,44	2.920,00	1.800	4.720,00
135	V	150101003	15010100	Elektromobilität, Elektrofahrzeuge	510.000,00	220.573,05	220.573,05	80.000	300.573,05
136	V	150203003	15020200	Restaurant Bismarckhalle, Einrichtung	89.887,45	89.887,45	89.887,45	0	89.887,45
					42.672.410,06	24.729.275,65	23.185.001,26	20.503.460	43.688.300,60

Lfd. Nr.	Kosten-träger	Sachkonto	Produktbeschreibung	Kontobeschreibung	Ausz.mittel 2020	zur Verfügung	Übertrag nach 2021	Ansatz 2021	Summe Ausz.- Mittel 2021
1	01130200	2710006/ 7215090	Herstellung u. Unterhaltung v. Gebäuden u. baul. Anlagen	Instandhaltungsrückstellungen Gebäude	972.264,74	698.290,57	698.290,57	0	698.290,57
2	01130200	2811706/ 7215080	Herstellung u. Unterhaltung v. Gebäuden u. baul. Anlagen	Sonstige Rückstellungen für Verpflichtungen	3.234.691,25	2.655.388,42	2.627.874,13	500.000	3.127.874,13
3	05010200	2811706/ 7215080	Hilfen nach dem AsylbLG allg.	Sonstige Rückstellungen für Verpflichtungen	26.800,00	26.800,00	14.000,00	0	14.000,00
4	08030200	2710006/ 7215090	Freibäder	Instandhaltungsrückstellungen Gebäude	96.280,00	92.204,00	92.204,00	0	92.204,00
<b>Summe "konsumtive" Auszahlungsmittel für Rückstellungen:</b>						<b>3.472.682,99</b>	<b>3.432.368,70</b>	<b>500.000</b>	<b>3.932.368,70</b>

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Beigeordneter 4  
Bearbeitet von: Herrn Bockemühl

Siegen, 28.04.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften</b>	<b>27.05.2021</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>02.06.2021</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>09.06.2021</b>
<b>Rat</b>	<b>23.06.2021</b>

Kurzbezeichnung:

### 2. Beiratsperiode des Beirats für Stadtgestaltung

#### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beruft für die zweite Beiratsperiode des Beirats für Stadtgestaltung nachstehende Personen als ordentliche Mitglieder

1. Thomas Knüvener
2. Patricia Merkel
3. Ulrike Platz
4. Christoph Menzel
5. Prof. Antje Freiesleben

sowie als stellvertretendes Mitglied

6. Rüdiger Karzel

und nimmt die aktualisierte Geschäftsordnung zur Kenntnis.

**Sachverhalt / Begründung:**

Nach Geschäftsordnung werden die Mitglieder des Beirats für Stadtgestaltung für die in der Regel drei Jahre andauernde Beiratsperiode berufen. Die aktuelle Beiratsperiode endet im Frühjahr 2021. Die konstruktiven und zielführenden Beratungen des Beirates für verschiedenste Bauvorhaben im Siegener Stadtgebiet soll in den kommenden Jahren fortgeführt werden. Insbesondere für das städtebauliche Großprojekt „Siegen. Wissen verbindet“ (bisher „Uni (kommt) in die Stadt“) wird die beratende Tätigkeit im architektonischen, städtebaulichen und freiraumplanerischen Bereich als zielführend und gewinnbringend erachtet, um die stadtgestalterische Qualität der Maßnahmen zu fördern.

Bisher wurden die stellvertretenden Mitglieder noch nicht in einer Sitzung des Gestaltungsbeirates tätig. Da der Beirat bereits bei Anwesenheit der Mehrheit der Mitglieder beschlussfähig ist, wird ein stellvertretendes Mitglied als ausreichend erachtet. Einer der bisherigen Stellvertreter, Herr Tobias Hermes, wird aus beruflichen Gründen als stellvertretendes Mitglied ausscheiden.

Im Zuge der Aufnahme der zweiten Beratungsperiode und der Änderung der Stellvertreterregelung wird die Geschäftsordnung geringfügig angepasst. Zudem werden kleinere, vor allem redaktionelle Aktualisierungen vorgenommen. Die aktualisierte Geschäftsordnung ist als Anlage beigelegt.

Um der Vielzahl und dem Umfang der beratungswürdigen städtebaulichen Projekte gerecht zu werden, soll der Sitzungsturnus flexibler gestaltet werden. Zudem sollen (soweit notwendig) mehr als die in der bisherigen Geschäftsordnung festgelegten, maximal vier Sitzungen pro Jahr ermöglicht werden. Auch vor dem Hintergrund der Anhebung der Preisrichterhonorarvorgaben der Architektenkammer NRW soll der Haushaltsansatz ab dem Haushaltsjahr 2022 auf 20.000 € angehoben werden.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten  20.000,00 €	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	--	-----------------------------	--	---

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode 01010100 Sachkonto 5421000
--	--	-------------------------------	----------------------------------	---

## Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  Die Tätigkeit des Gestaltungsbeirates selbst hat keine klimarelevanten Auswirkungen. Bei der Beratung der jeweiligen Bauvorhaben werden klimarelevante Themenbereiche (z. B. Dach- und Fassadenbegrünungen, Photovoltaik-Anlagen auf Gebäudedächern) berücksichtigt.			

i. V.

gez.

Henrik Schumann  
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

# **Geschäftsordnung für den Beirat für Stadtgestaltung der Universitätsstadt Siegen vom 12.05.2021**

## **Präambel**

Ziel des Beirates für Stadtgestaltung der Universitätsstadt Siegen ist es, das Stadtbild gestalterisch zu verbessern, die architektonische und städtebauliche Qualität auf einem hohen Niveau zu sichern und fortzuschreiben sowie Fehlentwicklungen in Architektur und Städtebau zu vermeiden.

Vom Wirken des Beirates für Stadtgestaltung und seiner Mitglieder ist zudem ein positiver Einfluss auf das Bewusstsein für gute Architektur und Stadtgestalt in der Öffentlichkeit wie auch in der Politik und der Verwaltung zu erwarten.

Der Beirat für Stadtgestaltung unterstützt als unabhängiges Sachverständigengremium die politischen Institutionen wie auch die Fachverwaltung in Fragen der Architektur, der Stadtplanung und des Stadtbildes. Er begutachtet Vorhaben von städtebaulicher Bedeutung in ihrer Auswirkung auf Stadtgestalt und Stadtstruktur, um durch fachlich kompetente Empfehlungen eine Entscheidungsgrundlage für politische Institutionen und für die Fachverwaltung zu geben.

## **I. Aufgabenstellung**

Der Beirat für Stadtgestaltung hat die Aufgabe, die ihm vorgelegten Bauvorhaben und Planungen im Hinblick auf ihre städtebaulichen, architektonischen, freiraumplanerischen und gestalterischen Qualitäten zu prüfen und zu beurteilen und den Rat, die Ausschüsse sowie die Verwaltung in einem frühen Planungsstadium zielführend zu beraten. Er formuliert Hinweise und Kriterien zur Erreichung dieses Ziels.

## **II. Mitglieder**

Der Beirat für Stadtgestaltung setzt sich zusammen aus

- fünf durch den Stadtrat berufenen, stimmberechtigten Mitgliedern in folgender Zusammensetzung:
  - 3 Architektinnen bzw. Architekten,
  - 1 Landschaftsarchitektin bzw. Landschaftsarchitekt,
  - 1 Stadtplanerin bzw. Stadtplaner.

Diese Mitglieder sind Fachleute aus den Gebieten Städtebau, Stadt- und Landschaftsplanung, Architektur und Denkmalpflege. Sie besitzen die Qualifikation zur Preisrichterin bzw. zum Preisrichter. Unter den fünf Mitgliedern soll eine Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter der Universität Siegen sein. Die Mitglieder des Beirates sollen ihren Wohn- und Arbeitssitz (mit Ausnahme der Vertreterin bzw. des Vertreters der Universität Siegen) nicht im Beratungsgebiet haben. Die stimmberechtigten Mitglieder sowie ein stellvertretendes Mitglied (Architektin/Architekt oder Stadtplanerin/Stadtplaner) werden aus den Vorschlägen der Berufsverbände

- Bund Deutscher Architekten (BDA),
- Vereinigung freischaffender Architekten (VfA),
- Bund Deutscher Baumeister (BDB),
- Bund deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA),
- Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landschaftsplanung e.V. (SRL) und
- der Universität Siegen

vom Rat der Universitätsstadt Siegen ausgewählt und für die Dauer der Beiratsperiode berufen. Eine einmalige Wiederberufung ist möglich.

Die Mitglieder sollen zwei Jahre vor und während ihrer Beiratsstätigkeit nicht im Beratungsgebiet planen und bauen. Eine Beiratsperiode dauert in der Regel drei Jahre. Die Mitgliedschaft sollte zwei aufeinanderfolgende Perioden nicht überschreiten.

- vier nicht stimmberechtigten Mitgliedern:
  - Der bzw. dem Vorsitzenden des Bauausschusses,
  - der bzw. dem Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften,
  - der Stadtbaurätin bzw. dem Stadtbaurat der Universitätsstadt Siegen und
  - der Leiterin bzw. dem Leiter der Abteilung Stadtentwicklung, -planung und Liegenschaften.

Alle stimmberechtigten Mitglieder wählen aus ihrer Mitte eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden sowie eine Stellvertretung.

Der Beirat kann im Bedarfsfall weitere Beratende hinzuziehen.

### **III. Geschäftsstelle**

Die Arbeit des Beirates wird durch die bei der Stadtbaurätin bzw. beim Stadtbaurat der Universitätsstadt Siegen ansässige Geschäftsstelle unterstützt.

### **IV. Zuständigkeit**

Der Beirat beurteilt Bauvorhaben und Planung, die für die städtebauliche Entwicklung oder für innerstädtische Freiräume aufgrund ihrer Größe, ihrer exponierten Lage oder ihrer Bedeutung für das Stadt- und Landschaftsbild prägend sein können.

Der Beirat soll sich auf Antrag der Bauherrin bzw. des Bauherren mit dessen Bauvorhaben befassen, wenn die Verwaltung das Vorhaben aus gestalterischen Gründen abgelehnt hat.

Vorhaben, die aus einem konkurrierenden Verfahren hervorgegangen sind, fallen nur dann in die Zuständigkeit des Beirates, wenn auf mehrheitliches Verlangen der Mitglieder eine Befassung erwünscht ist oder wenn das tatsächlich eingereichte Vorhaben von dem prämierten Ergebnis wesentlich abweicht. Die Stadtbaurätin bzw. der Stadtbaurat unterrichtet den Beirat frühzeitig über solche konkurrierenden Verfahren.

### **V. Sitzungsturnus**

Die Sitzungen des Beirates finden nach Bedarf statt.

Die Einberufung des Beirates erfolgt schriftlich durch die Geschäftsstelle. Die vorläufigen Sitzungstermine sind mindestens eine Woche vor der jeweiligen Sitzung öffentlich bekannt zu machen.

### **VI. Beschlussfähigkeit und Stimmrecht**

Der Beirat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit – darunter die bzw. der Vorsitzende oder ihre bzw. seine Stellvertretung – anwesend ist.

Entscheidungen werden in einfacher Mehrheit in offener Abstimmung getroffen. Stimmenenthaltung ist nicht zulässig. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der bzw. des Vorsitzenden den Ausschlag.



Die Beiratsmitglieder prüfen von sich aus ihre Befangenheit in Anlehnung an die jeweils gültige Gemeindeordnung. In Zweifelsfällen entscheidet der Beirat über die Befangenheit. Das betroffene Beiratsmitglied wirkt hieran nicht mit.

## **VII. Beiratssitzung**

Die Sitzungen des Beirates bestehen aus einem öffentlichen und einem nicht-öffentlichen Teil. Grundsätzlich soll öffentlich beraten werden. Sofern es die Bauherrinnen bzw. Bauherren jedoch ausdrücklich wünschen, können Bauvorhaben auch in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt werden. Gleiches gilt für Vorhaben, die sich in einem Stadium befinden, welches eine öffentliche Befassung nicht zulässt (Grundstücks- bzw. Vertragsangelegenheiten). Die Entscheidung hierzu trifft letztlich die bzw. der Vorsitzende und die Stadtbaurätin bzw. der Stadtbaurat.

An den nicht-öffentlichen Sitzungen des Beirates können (ohne Stimmrecht) beiwohnen:

- Die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister,
- Mitarbeitende der Universitätsstadt Siegen, die mit den vorgestellten Bauvorhaben dienstlich befasst sind, nach Entscheidung der Geschäftsbereichsleiterin bzw. des Geschäftsbereichsleiters,
- Vertreter der im Bauausschuss und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften vertretenen Fraktionen (in Ausübung ihres Ratsmandats) einschließlich deren sachkundige Bürgerinnen und Bürger,
- Sonderfachleute auf Einladung der Geschäftsstelle.

Der Beirat fasst als Ergebnis seiner Beratungen zur Beurteilung der vorgestellten Vorhaben jeweils eine schriftliche Stellungnahme in Form eines Protokollauszugs. Die Stellungnahme ist der Bauherrin bzw. dem Bauherren und der Entwurfsverfasserin bzw. dem Entwurfsverfasser bekannt zu geben.

Die Niederschriften der Beiratssitzungen sind dem Bauausschuss sowie dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften des Rates der Universitätsstadt Siegen bekannt zu geben.

## **VIII. Wiedervorlage**

Erhält ein Vorhaben nicht die Zustimmung des Beirates, so ist der Bauherrin bzw. dem Bauherren die Möglichkeit zur weiteren Bearbeitung einzuräumen. Der Beirat gibt die Kriterien hierfür bekannt. Das Vorhaben ist dem Beirat wieder vorzulegen.

## **IX. Geheimhaltung**

Die Mitglieder des Beirates und die sonstigen Sitzungsteilnehmenden sind zur Geheimhaltung über die internen Beratungen und Wahrnehmungen verpflichtet. Die Regelungen zur Stellungnahme gegenüber der Bauherrin bzw. dem Bauherren und Architekten bleiben davon unberührt. Eine Verletzung der Geheimhaltung führt zum Ausschluss vom Gestaltungsbeirat.

## **X. Vergütung der Beiratsmitglieder**

Die Tätigkeit der stimmberechtigten Beiratsmitglieder wird in Anlehnung an die Preisrichterhonorare vergütet. Reisekosten werden dem geltenden Reisekostengesetz entsprechend erstattet.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4/1-2 Arbeitsteam Beiträge  
Bereich: Straßenneubau  
Bearbeitet von: Frau Krönert

Siegen, 19.05.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Bauausschuss</b>	<b>02.06.2021</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>09.06.2021</b>
<b>Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid</b>	<b>15.06.2021</b>
<b>Rat</b>	<b>23.06.2021</b>

Kurzbezeichnung:

### Widmung Adolf-Wurmbach-Straße in Geisweid

#### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Widmung der Adolf-Wurmbach-Straße (Gemarkung Geisweid, Flur 3, Flurstück 1318) in Geisweid.

#### Sachverhalt / Begründung:

Die Adolf-Wurmbach-Straße wurde im Bereich ab der Einmündung des Aternweges (Höhe der Hausnummern 46/47) bis zur Einmündung Ruhrststraße 2019 endgültig hergestellt.

Der Teil der Adolf-Wurmbach-Straße ab Einmündung Ruhrststraße bis zur Einmündung Aternweg gilt seit 1961 per Ratsbeschluss als endgültig hergestellte Erschließungsanlage. Aufgrund des Alters der Straße lässt sich nicht klären, ob dieser Teil der Adolf-Wurmbach-Straße jemals förmlich gewidmet worden ist, er gilt als fiktiv gewidmet.

Durch die Schlussvermessung ist die gesamte Adolf-Wurmbach-Straße in dem Flurstück 1318 zusammengefasst worden. Daher soll sie jetzt auch auf ihrer gesamten Länge gewidmet werden.

Die „Restflurstücke“ in den Einmündungsbereichen zur Ruhrststraße und vor den Häusern Adolf-Wurmbach-Straße 47 – 61 sowie vor der Hausnummer 58 befinden sich zwar im Eigen-

tum der Stadt Siegen und sind zum Teil auch mit hergestellt worden, sollen aber über kurz oder lang an die Eigentümerinnen und Eigentümer der angrenzenden Grundstücke veräußert werden, da sie für die Straße nicht mehr benötigt werden. Dementsprechend werden diese Flächen nicht gewidmet.

Die Träger öffentlicher Belange wurden angehört und haben keine Bedenken gegen die Widmung der Adolf-Wurmbach-Straße vorgebracht.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	---

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	--	----------------------------------	--

#### Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  			

In Vertretung

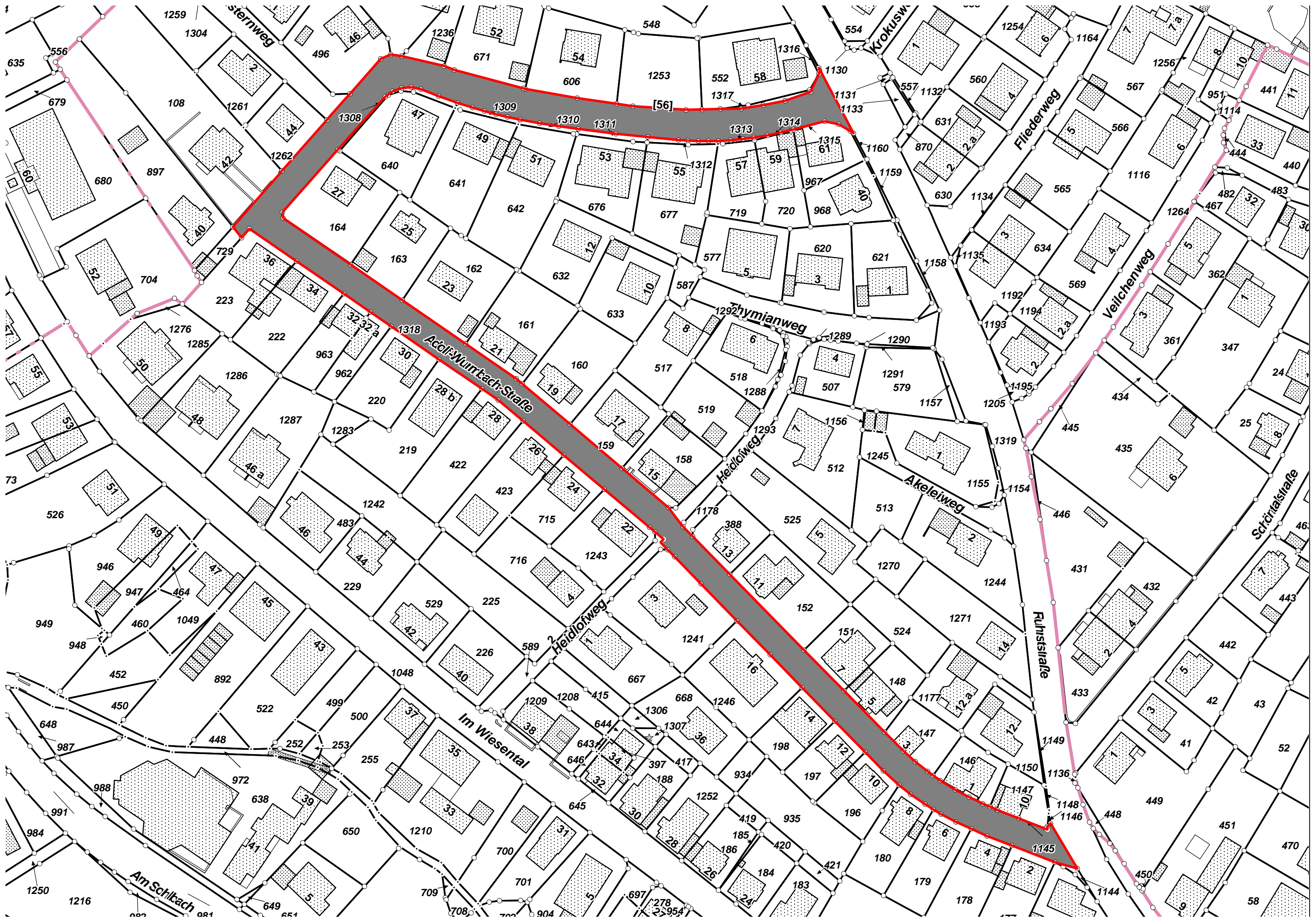
gez.

Henrik Schumann  
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

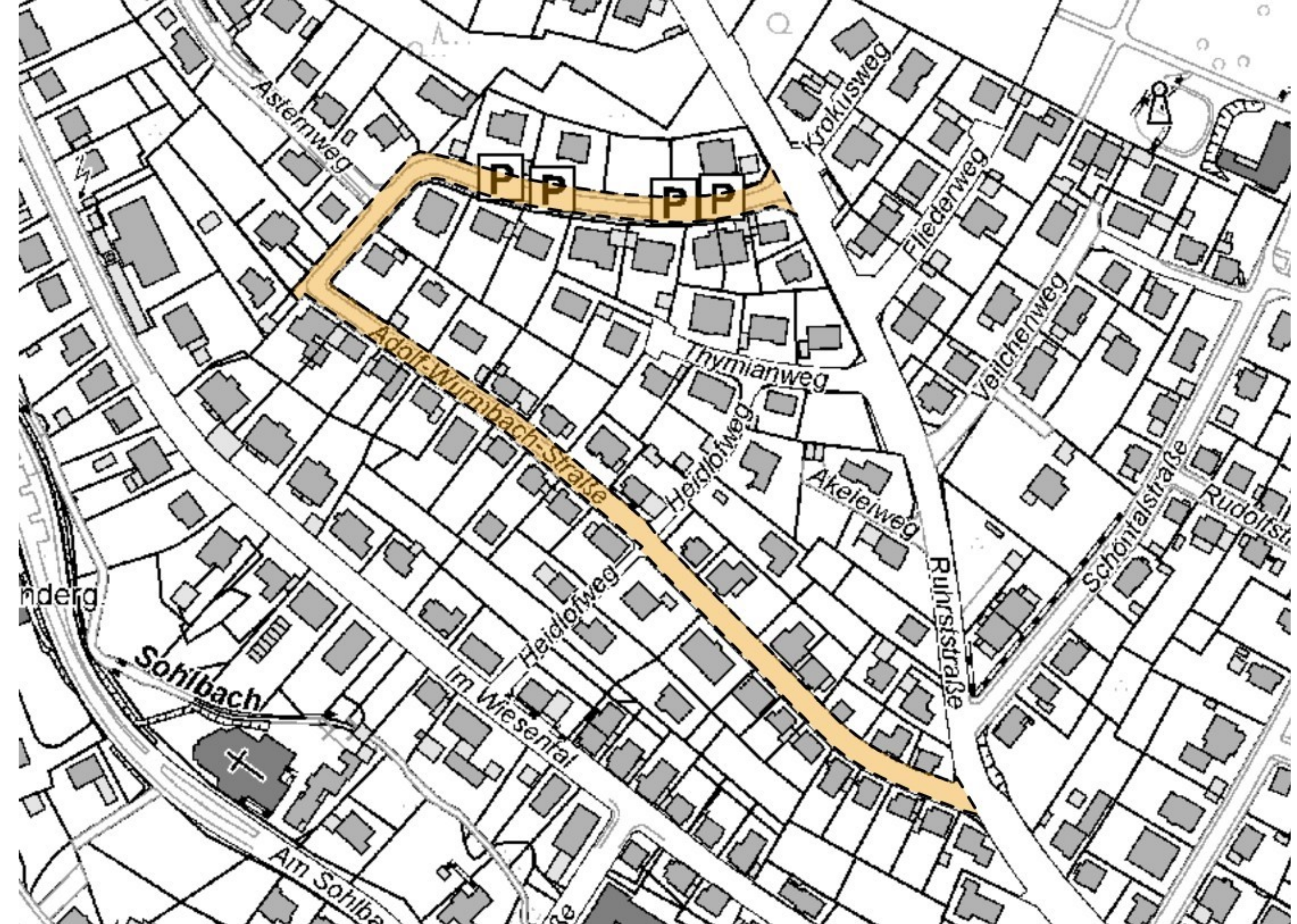
1. [01 Widmungsplan Adolf Wurmbach Straße](#)
2. [02 Luftbild Adolf Wurmbach Straße ohne Flurstücke.jpg](#)
3. [03 Lageplan Adolf Wurmbach Straße.jpg](#)











## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Straßen- und Verkehrsplanung  
Bearbeitet von: Larena Müller

Siegen, 04.05.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften</b>	<b>27.05.2021</b>
<b>Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie</b>	<b>01.06.2021</b>
<b>Verkehrsausschuss</b>	<b>08.06.2021</b>
<b>Rat</b>	<b>23.06.2021</b>

Kurzbezeichnung:

**Fertigstellung Klimaschutzteilkonzept Mobilität**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen

1. beschließt das vorliegende Klimaschutzteilkonzept Mobilität der Universitätsstadt Siegen (Anlagen 1 + 2) als Grundlage und Leitlinie für die zukünftige Verkehrspolitik und -planung.
2. beschließt die darin genannten Maßnahmen als Rahmenplan (Anlage 3) für die Weiterentwicklung nachhaltiger Mobilität in Siegen.
3. beauftragt die Verwaltung die Ziele und Leitbilder des Konzeptes bei allen Fach-, Bau-, Leit- und Vorhabenplanungen zu berücksichtigen.

### Sachverhalt / Begründung:

Der Auftrag zur Erstellung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität (Vorlage Nr. 2501/2019, Vergabeausschuss am 03.06.2019) an das Ingenieurbüro BSV Büro für Stadt- und Verkehrsplanung Dr.-Ing. Reinhold Baier GmbH, Aachen, ist abgewickelt. Die Inhalte und Ergebnisse des Konzeptes werden in den jeweiligen Sitzungen vorgestellt.

### 1. Rückblick



Der derzeit gültige Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Siegen-Mitte stammt aus dem Jahr 2002 und wurde im Jahr 2015 teilweise überarbeitet. Ein VEP, der gesamtstädtisch gültig ist und alle Verkehrsträger abdeckt, liegt aktuell für Siegen nicht vor.

Der VEP Siegen-Mitte beschäftigte sich vor allem mit dem Kfz-Verkehr in einem lokal begrenzten Untersuchungsgebiet.

Mit der Vorlage 1503/2017 wurde die Aufstellung eines gesamtstädtischen VEPs für alle Verkehrsträger unter Berücksichtigung von Klimaschutzzielen beschlossen.

## 2. Förderung

Für die Konzepterstellung wurde eine Förderung beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (kurz: BMU) im Rahmen der Klimaschutzinitiative (NKI) beantragt und mit dem Projekttitel „Klimaschutzteilkonzept Mobilität für die Universitätsstadt Siegen“ bewilligt.

Der bewilligte Fördersatz beträgt 70 %.

Beantragt wurde ein umfassendes Mobilitätskonzept unter Betrachtung aller wesentlicher Verkehrsmittel. Neben den Trägern des Umweltverbundes (Rad- und Fußverkehr sowie ÖPNV) wird auch der Motorisierte Individualverkehr (MIV) und der Wirtschaftsverkehr berücksichtigt.

Das Förderprogramm gibt sehr präzise vor, welche Bestandteile das Konzept beinhalten soll und welche Aspekte betrachtet werden sollen.

So sind folgende Inhalte unbedingt vorgegeben:

- Energie- und THG-Bilanz
- Potenzialanalyse
- Akteursbeteiligung
- Maßnahmenkatalog
- Verstetigungsstrategie
- Controlling-Konzept
- Kommunikationsstrategie

## 3. Ziel des Konzeptes

Mit dem Konzept und der darauffolgenden Anwendung und Umsetzung der Handlungsempfehlungen werden nachstehende Ziele verfolgt:

- Reduzierung der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen
- Sicherung der Mobilität aller Bevölkerungsgruppen
- Weiterentwicklung der Verkehrsplanung unter dem Gesichtspunkt „Klimaschutz“
- Motivation von Bürger\*innen zur Wahl klimafreundlicher Verkehrsmittel

Im Gegensatz zu dem klassischen VEP Siegen-Mitte aus den Jahren 2002 bzw. 2015 stellt dieses Mobilitätskonzept damit eine ganzheitliche Strategie dar, um eine nachhaltige Mobilitätsentwicklung in Siegen zu etablieren.

*„Über die grundlegenden Handlungsansätze der Verkehrsvermeidung und der Verkehrsverlagerung sowie die alternativen Lösungen und technischen Innovationen sollen sich die Modal Split-Werte in den kommenden Jahren zu Gunsten des Umweltverbundes verändern. [...] Von daher berücksichtigt das Mobilitätskonzept neben infra-*

*strukturellen Maßnahmen auch sogenannte „weiche“ Maßnahmen aus den Bereichen Information, Kommunikation, Motivation, Koordination und Service (Mobilitätsmanagement).“*

(aus: Klimaschutzteilkonzept Mobilität für die Stadt Siegen, S. 6, BSV)

Dabei liegt der Schwerpunkt des Konzeptes weniger auf der Lösungsfindung für einzelne Knotenpunkte oder der differenzierten Betrachtung der Verkehrsabwicklung an einzelnen Punkten als in der Formulierung eines Rahmens, um die Bedingungen für eine nachhaltige Mobilität, bzw. die Veränderung hin zu einem nachhaltigen Mobilitätsverhalten, zu schaffen. Für den Rad- und Fußverkehr werden darüber hinaus auch lokal verortete Maßnahmenempfehlungen aufgezeigt, die einen konkreten Handlungsbedarf aufzeigen.

Das nun vorliegende Konzept ist daher vielmehr als ein gesamtstädtisches „Konzept für nachhaltige Mobilität“ zu sehen denn als Fortführung des VEP Siegen-Mitte, der einen Schwerpunkt auf die Betrachtung des MIV legt und die Handlungsempfehlungen auch nahezu ausschließlich darauf ausrichtet.

#### 4. Schwerpunkte des Konzeptes

Ein Schwerpunkt des Konzeptes ist die umfassende Bestandsaufnahme (Kapitel 3), die alle Verkehrsträger (Rad- und Fußverkehr, Kfz-Verkehr und ÖPNV) einschließt. Daneben wurden auch die Themenfelder Wirtschaftsverkehr, Alternative Antriebe und Mobilitätsmanagement untersucht.

In diese Bestandsaufnahme flossen neben Begehungen und Befahrungen (per Rad und Kfz) des Stadtgebietes auch die Rückmeldungen und Anregungen aus einer Online-Bürgerbeteiligung ein. Die Ergebnisse der Mobilitätsbefragung aus dem Jahr 2016 wurden ebenfalls berücksichtigt.

Auf Basis der Bestandsaufnahme wurde eine Stärken-Schwächen-Analyse (Kapitel 3.14.1) erstellt.

Die daraus entwickelten und abgestimmten Leitziele (Kapitel 4.2) wurden in einer vorgeschalteten Präsentation im Verkehrsausschuss (siehe Vorlage 3076/2020) bereits vorgestellt und gemeinsam mit dem Modal Split-Zielwert politisch beschlossen.

Entwickelt wurde auf dieser Basis ein Handlungskonzept mit insgesamt 49 Maßnahmen in sieben Handlungsfeldern (s. Anlagenband zum Schlussbericht):

- 1) Fußverkehr
- 2) Radverkehr
- 3) Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)
- 4) Kfz-Verkehr (fließend und ruhend)
- 5) Wirtschaftsverkehr
- 6) Alternative Antriebe
- 7) Mobilitätsmanagement

Zu den Handlungsfeldern Rad- und Fußverkehr wurden darüber hinaus aus der Bestandsaufnahme lokal verortete Maßnahmen herausgearbeitet, die der Behebung lokaler Mängel dienen und damit das Verkehrssystem des Rad- bzw. Fußverkehrs verbessern sollen.

Das Konzept sieht die Leitlinie

*Verkehrsvermeidung vor  
Verkehrsverlagerung (vom MIV zum Fuß-/Radverkehr und ÖPNV) vor Verkehrsverbesserung (verträgliche Abwicklung des restlichen MIV)*

vor.

Dementsprechend liegt auch der Schwerpunkt in der Maßnahmenentwicklung nicht direkt beim MIV. Das städtische Straßennetz wurden stets zunächst aus der Sicht des Umweltverbundes betrachtet und bewertet.

Die für den MIV ermittelten Maßnahmenvorschläge sehen insbesondere eine verträgliche Abwicklung derjenigen Verkehre vor, die nicht ohne weiteres verlagert werden können.

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass sich durch eine Verlagerung vor allem innerstädtischer Verkehre vom MIV auf den Umweltverbund gleichzeitig auch die Verkehrsabwicklung des MIV an kritischen Punkten verbessern kann.

### 5. Prozess zur Konzeptaufstellung

Das Mobilitätskonzept wurde durch das Fachbüro BSV Büro für Stadt- und Verkehrsplanung aus Aachen erstellt.

Das Ingenieurbüro begann im August 2019 mit der Bearbeitung. Parallel zu der Konzeptentwicklung wurde ein Verkehrsmodell für das städtische Straßennetz aufgestellt. Dieses Verkehrsmodell wurde zur Betrachtung der Verkehrsmengen im Stadtgebiet benötigt und simuliert neben dem Analysefall 2019 auch die Veränderung im Jahr 2030.

Teil der Konzeptaufstellung war eine umfangreiche Information und Beteiligung relevanter Akteure, darunter neben dem politisch besetzten Arbeitskreis auch die Bürgerschaft und Interessensvertreter.

Der Arbeitskreis vereint diejenigen relevanten Akteure, deren Mitwirkung am und Kenntnis über den Erstellungsprozess notwendig war bzw. für den nachfolgenden Umsetzungsprozess notwendig ist. Neben Vertretern der Fraktionen und den betroffenen Abteilungen der Verwaltung sind auch Vertreter des ADFC, des Beirates der Menschen mit Behinderung und des Seniorenbeirates sowie der VWS und der Polizei Mitglieder des Arbeitskreises.

Begleitend zu den unten aufgeführten Terminen des Beteiligungsprozesses fand ein kontinuierlicher Austausch und eine regelmäßige Abstimmung zwischen der zuständigen Abteilung 4/1 Straße und Verkehr und dem beauftragten Büro BSV statt.

Tabelle 1: durchgeführte Beteiligungstermine

Akteur	Datum	Inhalt
Arbeitskreis	10.10.2019	Ortsbesichtigung (Talachse und ZOB Siegen)
Bürger	Oktober – November 2019	Online-Bürgerbeteiligung
Arbeitskreis	05.12.2019	Vorstellung Zwischenergebnisse aus Online-Bürgerbeteiligung
ZWS	09.03.2019	ÖPNV
Arbeitskreis	09.04.2020	Vorstellung - Ergebnisse aus Online-Bürgerbeteiligung,

		- Zwischenergebnisse Bestands- und Potenzialanalyse
Wirtschaftsförderung Stadt Siegen	17.06.2020	Elektromobilität und Wirtschaftsverkehr
Arbeitskreis	25.06.2020	Abstimmung Leitziele und Modal Split-Zielwert
Verkehrsausschuss	08.09.2020	Vorstellung <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ergebnisse online-Bürgerbeteiligung</li> <li>- Zwischenergebnisse Bestands- und Potenzialanalyse</li> </ul>
Verkehrsausschuss	08.09.2020	<b>Beschlussfassung zu Leitzielen und Modal Split-Zielwert (s. Vorlage 3076/2020)</b>
Bürger	28.09.2020	Vorstellung <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ergebnisse online-Bürgerbeteiligung 2019</li> <li>- Zwischenergebnisse Bestands- und Potenzialanalyse</li> <li>- beschlossene Leitziele und Modal Split-Zielwert</li> </ul>
Arbeitskreis	17.12.2020	Abstimmung Entwurf Handlungskonzept Rad- und Fußverkehr (letzteres im Selbststudium mit Gelegenheit zur Rückmeldung)
Arbeitskreis	14.01.2021	Übersendung des Entwurfs zum Handlungskonzept zum Selbststudium mit Möglichkeit zur Rückmeldung
Bürger/Arbeitskreis	18.01.2021 – 31.01.2021	Online-Vorstellung Handlungskonzept mit Möglichkeit zur Rückmeldung über Online-Umfrage
Arbeitskreis	10.02.2021	Vorstellung und Besprechung <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ergebnisse aus Beteiligung</li> <li>- Handlungskonzept</li> <li>- Klimabilanzierung</li> </ul>
Arbeitskreis	04.03.2021	Vorstellung und Besprechung <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ergebnisse Maßnahmenpriorisierung</li> <li>- Klimabilanzierung</li> </ul>

### 5. Umsetzungskonzept

Für die Umsetzung des Konzeptes wird ein Zeitraum ab Beschlussfassung bis 2030 vorgesehen.

Ziel ist die Erreichung des vorgesehenen Modal Split-Zielwertes. Selbstverständlich soll auch der Aufschwung, den vor allem der Radverkehr durch die Corona-Pandemie erhalten hat, genutzt werden.

Mit dem Erreichen des Zieljahres 2030 soll mindestens der im Konzept anberaumte Modal Split erreicht worden sein.

Die benannten Maßnahmen sind sehr unterschiedlich. Teilweise wurden Maßnahmen herausgearbeitet, die als Arbeitsgrundlage für weitere Maßnahmen dienen und sind somit von konzeptioneller Natur.

Die Abhängigkeit der Maßnahmen von- und zueinander wird in der Anlage 3 dargestellt. Zu beachten ist, dass die Abarbeitung des Maßnahmenkataloges nicht strikt analog zu dieser Darstellung erfolgen kann, sondern bedarfsabhängig erfolgen muss.

Viele Maßnahmen, insbesondere die des Rad- und Fußverkehrs, sind im Rahmen von Neu- und Umbauprojekten ständig zu beachten und können nicht mit einer einmaligen Bearbeitung erfüllt werden. Hier sind kontinuierliche und strukturierte Herangehensweisen notwendig, die im Rahmen der Arbeitsprogramme der betroffenen Abteilungen und Arbeitsgruppen festgelegt werden müssen.

Einige Maßnahmen sind bereits in den Arbeitsprogrammen verankert und bedürfen nur einer Verfeinerung und Verstetigung. Andere Maßnahmen werden bislang noch gar nicht angegangen, sodass eine Aufgabendefinition erfolgen muss.

Zu anderen Maßnahmen laufen bereits Planungen. Beispielhaft sind dazu die Steckbriefe R6 „Fahrradabstellanlagen an Bahnhaltepunkten“ (hier: Bike & Ride-Offensive) und R10 „Fahrradmietsystem“ (hier: Kooperation mit Velocity Siegerland GmbH) zu nennen.

Die Zusammenhänge, gegenseitigen Abhängigkeiten sowie der Umsetzungsplan sollen in regelmäßig stattfindenden verwaltungsinternen Besprechungen abgestimmt und im Bedarfsfall in die politischen Gremien getragen werden.

### 6. Ausblick und weiteres Vorgehen

Das Klimaschutzteilkonzept Mobilität ist ein umfassendes Konzept, mit einer Vielzahl an verschiedenen Maßnahmen, die in großen Teilen aufeinander aufbauen bzw. sich gegenseitig bedingen und auf das Ziel einer nachhaltigen und weniger Kfz-orientierten Mobilität hinarbeiten.

Die aufgezeigten Maßnahmen sollen in einem nächsten Schritt innerhalb der Verwaltung mit dem für die Themenfelder zuständigen Abteilungen besprochen werden.

Die Umsetzung der Maßnahmen ist je nach Zuständigkeit an die jeweilige Abteilung abzugeben.

Gleichzeitig soll ein kontinuierlicher Austausch zwischen den Abteilungen geschaffen werden, sodass das Thema der Nachhaltigen Mobilität stärker in die Planung und die Entwicklung der Stadt Siegen integriert und stets mitgedacht wird.

Da die Akzeptanz des Konzeptes maßgeblich von der Bevölkerung abhängt, soll eine entsprechende Kommunikation insbesondere im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes erfolgen.

In regelmäßigen Abständen wird im Rat und den Ausschüssen (in Abhängigkeit von den jeweiligen Maßnahmen) über den Umsetzungsstand des Konzeptes berichtet.

#### Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input checked="" type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b> Das Klimaschutzteilkonzept Mobilität ist ein Mobilitätskonzept, welches alle wesentlichen Verkehrsmittel betrachtet und Maßnahmen aufzeigt, die als Planungsgrundlage dazu beitragen sollen, dass langfristig eine Veränderung der Mobilität vom Kfz-dominierten Verkehr zum Umweltverbund erreicht werden kann.			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b> Das Klimaschutzteilkonzept Mobilität wurde unter Berücksichtigung vorhandener Klimaschutzziele und –zielkonzepte erstellt und baut inhaltlich auf diesen auf. Inhaltlich wurden bereits bekannte Maßnahmen weiter entwickelt und neue Maßnahmen entwickelt, die zur Reduzierung der THG-Emissionen beitragen.			

i.V.

gez.

Henrik Schumann  
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1 KSTK Mobilität Siegen Bericht](#)
2. [Anlage 2 KSTK Mobilität Siegen Anlagenband](#)
3. [Anlage 3 Rahmenplan](#)



**HANBRUCHER STRASSE 9**

**D-52064 AACHEN**

TELEFON 0241 70550-0

TELEFAX 0241 70550-20

MAIL@BSV-PLANUNG.DE

WWW.BSV-PLANUNG.DE

UST-IDNR. DE 121 688 630

## **Klimaschutzteilkonzept Mobilität der Universitätsstadt Siegen**

### **Schlussbericht**

Bearbeitung:

Dr.-Ing. Michael Baier  
Dr.-Ing. Katja Engelen  
Dipl.-Ing. Yvonne Reul  
Claudia Maximini, M.A.

**Aachen, im Februar 2021**

N:\2019\_19\190580\_KSTK Siegen\Texte\Berichte\190580\_KSTK  
Mobilität\_Siegen\_Bericht\_V10.docx

## Förderprojekt

Die Erstellung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität der Universitätsstadt Siegen ist im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), vertreten durch den Projektträger Jülich, gefördert worden.

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und nukleare Sicherheit



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

Hinweis:

Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifische Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.



## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
1.1	Ausgangslage und Anlass	4
1.2	Zielsetzung	5
1.3	Projekthalte und -ablauf	6
<b>2</b>	<b>Methodische Überlegungen und Ansätze</b>	<b>8</b>
2.1	Anwendung der Szenarientechnik	8
2.2	Aufbau eines Verkehrsmodells	9
2.3	Erstellung einer Klimabilanz	10
2.4	Festlegung eines Bewertungssystems	11
2.5	Durchführung einer Akteursbeteiligung	14
<b>3</b>	<b>Bestandsanalyse</b>	<b>16</b>
3.1	Lage und regionale Verflechtungen	16
3.2	Stadt- und Einwohnerstruktur	17
3.2.1	Bevölkerungsverteilung	17
3.2.2	Flächennutzung	18
3.3	Mobilitätsverhalten der Bevölkerung	19
3.4	Bürgersicht (Ergebnisse online-Bürgerbeteiligung)	20
3.5	Fußverkehr	25
3.5.1	Netzdefinition	25
3.5.2	Nutzungsanforderungen	26
3.5.3	Detailbetrachtung der zentralen Versorgungsbereiche	28
3.6	Radverkehr	47
3.6.1	Netzdefinition	47
3.6.2	Dauerzählstellen im Radverkehr	49
3.6.3	Öffentliches Fahrradverleihsystem	52
3.6.4	Nutzungsanforderungen	53
3.6.5	Detailbetrachtung des definierten städtischen Radverkehrsnetzes	57
3.7	ÖPNV und verknüpfte Mobilität	72
3.7.1	Netzdefinition	73
3.7.2	Nutzungsanforderungen	80
3.7.3	Detailbetrachtung zum ÖPNV	81
3.8	Kfz-Verkehr (fließend)	86
3.8.1	Netzdefinition	87
3.8.2	Nutzungsanforderungen	87
3.8.3	Detailbetrachtungen zum fließenden Kfz-Verkehr	88
3.9	Kfz-Verkehr (ruhend)	95
3.9.1	„Netzdefinition“	97
3.9.2	Nutzungsanforderungen	98
3.9.3	Detailbetrachtung zum ruhenden Kfz-Verkehr	98
3.10	Wirtschaftsverkehr	99
3.10.1	Netzdefinition	100
3.10.2	Nutzungsanforderungen	101
3.10.3	Detailbetrachtung zum Wirtschaftsverkehr	102
3.11	Alternative Antriebe	106
3.11.1	Netzdefinition	107
3.11.2	Nutzungsanforderungen	109
3.11.3	Detailbetrachtung zu alternativen Antrieben	109
3.12	Mobilitätsmanagement	116
3.12.1	„Netzdefinition“	117
3.12.2	Nutzungsanforderungen	117
3.12.3	Detailbetrachtung zum Mobilitätsmanagement	117
3.13	Klimabilanz	121
3.14	Zusammenfassung	122

3.14.1	Stärken und Schwächen	122
3.14.2	Quantifizierung der ausgewählten Bewertungsindikatoren	126
<b>4</b>	<b>Potenzialanalyse</b>	<b>129</b>
4.1	Referenzszenario	129
4.1.1	Klimabilanz	129
4.1.2	Zusammenfassung	130
4.2	Klimaschutzszenario	132
4.2.1	Leitziele	132
4.2.2	Zielwert Modal Split	135
4.2.3	Klimabilanz	137
4.2.4	Zusammenfassung	139
<b>5</b>	<b>Planungsleitlinien</b>	<b>142</b>
5.1	Fußverkehr	142
5.2	Radverkehr	143
5.3	Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)	144
5.4	Kfz-Verkehr	145
5.5	Wirtschaftsverkehr	146
5.6	Alternative Antriebe	146
5.7	Mobilitätsmanagement	147
<b>6</b>	<b>Handlungskonzept</b>	<b>148</b>
6.1	Bürgersicht (Ergebnisse online-Bürgerbeteiligung)	148
6.2	Handlungsfeld „Fußverkehr“	155
6.3	Handlungsfeld „Radverkehr“	155
6.4	Handlungsfeld „Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)“	156
6.5	Handlungsfeld „Kfz-Verkehr“ (fließend und ruhend)	156
6.6	Handlungsfeld „Wirtschaftsverkehr“	157
6.7	Handlungsfeld „Alternative Antriebe“	157
6.8	Handlungsfeld „Mobilitätsmanagement“	157
<b>7</b>	<b>Umsetzungskonzept</b>	<b>158</b>
7.1	Klimaorientierte Priorisierung der Maßnahmen	158
7.2	Umsetzungsorientierte Priorisierung der Maßnahmen	163
<b>8</b>	<b>Verstetigungsstrategie</b>	<b>165</b>
8.1	Verwaltungsstruktur	165
8.2	Organisations- und Arbeitsstruktur	166
8.2.1	Verwaltungsinterne Arbeitsgruppe „Mobilität“	166
8.2.2	Temporäre Arbeitsteams	166
8.2.3	Interfraktioneller Arbeitskreis „Klimaschutzteilkonzept Mobilität“	166
8.2.4	Interkommunale Arbeitsgruppe „Mobilität“ des Kreises Siegen-Wittgenstein	166
8.3	Weitere externe Unterstützung	167
8.4	Handlungsempfehlungen	167
<b>9</b>	<b>Controlling-Konzept</b>	<b>170</b>
9.1	Erfassung des Arbeitsstands	170
9.2	Bewertung des Zielerreichungsgrads	170
9.3	Akteursbeteiligung	171
9.4	Handlungsempfehlungen	172
<b>10</b>	<b>Kommunikationsstrategie</b>	<b>173</b>
10.1	Sachliche Wissensvermittlung	173
10.2	Emotionale Überzeugungsarbeit	174
<b>11</b>	<b>Fazit und Ausblick</b>	<b>178</b>

**Bildverzeichnis****180****Tabellenverzeichnis****184**

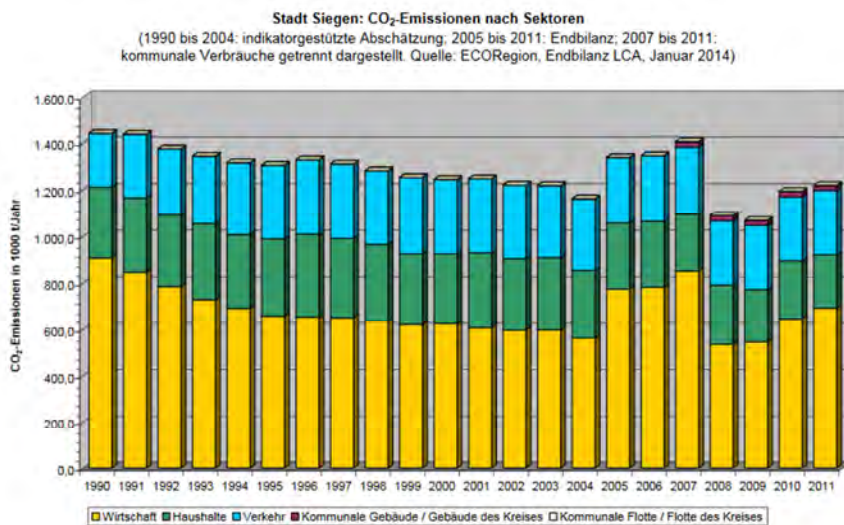
## 1 Einleitung

### 1.1 Ausgangslage und Anlass

Die Universitätsstadt Siegen engagiert sich seit langem im Klimaschutz und ist seit 1995 Mitglied im Klima-Bündnis. Mit dieser Mitgliedschaft verpflichten sich die Kommune, die Treibhausgasemissionen insgesamt alle fünf Jahre um 10 % (ausgehend vom Basisjahr 1990) zu reduzieren und die Emissionen auf 2,5 t-CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Einwohner und Jahr zu senken.

Seit 1995 wurden weitere Konzepte zum Klimaschutz, teilweise unter Beteiligung von Politik und Bevölkerung, erstellt. In 2016 wurde das Zielkonzept „Klimaschutz und Klimaanpassung“ in Eigenleistung der Stadt Siegen erarbeitet und in dem darin enthaltenen Handlungsfeld „Mobilität“ das Leitziel „Erhöhung des Anteils emissionsarmer bzw. -freier Mobilität“ definiert.

Im Jahr 2011 resultieren rund 22,8 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Verkehrssektor, der damit den zweitgrößten CO<sub>2</sub>-Emittent darstellt. Die Summe der CO<sub>2</sub>-Emissionen ist seit 1990 gesunken, jedoch sind die Emissionen des Verkehrssektors annähernd auf dem gleichen Niveau geblieben. (Bild 1)

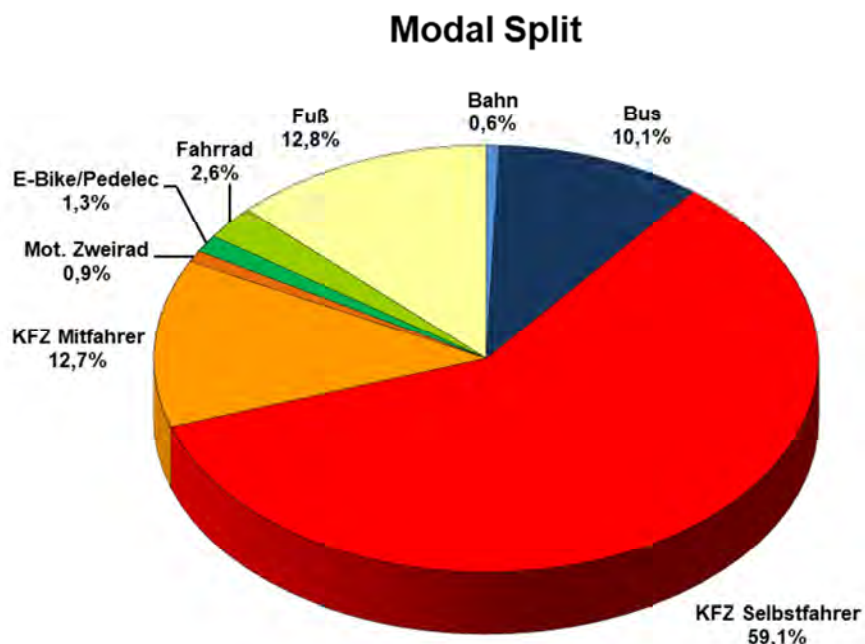


**Bild 1: CO<sub>2</sub>-Emissionen der Stadt Siegen nach Sektoren (Quelle: Integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Siegen-Wittgenstein, 2014)**

Die Notwendigkeit einer Veränderung des Mobilitätsverhaltens der Bürgerinnen und Bürger ist neben den hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen auch an der aktuellen Verkehrsmittelwahl der Bevölkerung der Universitätsstadt Siegen erkennbar. Der Modal Split<sup>1</sup> wurde im

<sup>1</sup> Der Modal Split ist eine Kenngröße, die die Aufteilung der Verkehrsnachfrage auf die verschiedenen Verkehrsmittel beschreibt. Der Modal Split stellt damit die Prozentanteile der einzelnen Verkehrsmittel am Verkehrsaufkommen (hier: Wege) oder der Verkehrsleistung (hier: Personenkilometer) dar.

Jahr 2017 im Rahmen einer Haushaltsbefragung<sup>2</sup> ermittelt. Demnach werden rund 73 % aller Wege mit dem eigenen motorisierten Fahrzeug oder als Mitfahrer zurückgelegt. Lediglich 27 % der Wege entfallen auf den Umweltverbund (Fuß, Rad, Bus und Bahn) (Bild 2).



**Bild 2: Modal Split der Universitätsstadt Siegen (Quelle: Haushaltsbefragung Universitätsstadt Siegen, 2017)**

Um den Handlungsbedarf zur Erreichung des im Zielkonzept „Klimaschutz und Klimaanpassung“ (Stadt Siegen, 2016) verankerten Leitzieles „Erhöhung des Anteils emissionsarmer bzw. -freier Mobilität“ zu identifizieren und einen Handlungsfahrplan aufzustellen, hat sich die Universitätsstadt Siegen 2019 erfolgreich um Fördermittel zur Aufstellung eines Klimaschutzteilkonzept Mobilität beworben.

## 1.2 Zielsetzung

Das Ziel des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität „Klimafreundliche Mobilität in Siegen“, welches im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesministeriums für Umwelt, Natur und Reaktorsicherheit (BMU) gefördert wird, ist die Reduktion von verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen sowie die nachhaltige Sicherung der Mobilität aller Bevölkerungsgruppen. Das Konzept soll eine Grundlage bieten, um in der Verkehrsplanung die zukünftigen demographischen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen zu berücksichtigen und diese im Hinblick auf die gesamtstädtische Mobilitätsentwicklung integrieren und umsetzen zu können.

Vor diesem Hintergrund stellt das ausgearbeitete Mobilitätskonzept eine ganzheitliche Strategie für eine nachhaltige Mobilitäts-

<sup>2</sup> Ingenieurbüro Helmert (2017): Mobilitätsbefragung 2017 zum werktäglichen Verkehrsverhalten der Bevölkerung in der Universitätsstadt Siegen, Aachen.

entwicklung dar, die die Erreichung der nationalen Klimaschutzziele unterstützten soll. Über die grundlegenden Handlungsansätze der Verkehrsvermeidung und der Verkehrsverlagerung sowie die alternativen Lösungen (z. B. Sharingsysteme) und technischen Innovationen (z. B. Elektromobilität) sollen sich die Modal Split-Werte in den kommenden Jahren zu Gunsten des Umweltverbunds verändern. Um diese Zielsetzung effektiv erreichen zu können, müssen die Verkehrsteilnehmer mitgenommen werden. Hierfür ist neben der Beteiligung zukünftig auch Überzeugungsarbeit für ein (umwelt-)bewussteres, klimafreundlicheres und intelligenteres Verkehrsverhalten zu leisten. Von daher berücksichtigt das Mobilitätskonzept neben infrastrukturellen Maßnahmen auch sogenannte „weiche“ Maßnahmen aus den Bereichen Information, Kommunikation, Motivation, Koordination und Service (Mobilitätsmanagement).

Zusammengefasst soll das Konzept im Wesentlichen drei Funktionen erfüllen:

- Das Bewusstsein für klimafreundliche Mobilität in der Bevölkerung soll gesteigert werden.
- Die Bevölkerung soll durch die initiierten Maßnahmen zu einer klimafreundlichen Verkehrsmittelwahl geführt werden.
- Das Mobilitätsverhalten soll unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes durch konkrete Maßnahmenvorschläge anhaltend verändert werden.

### 1.3 Projekthalte und -ablauf

Das Klimaschutzteilkonzept Mobilität für die Universitätsstadt Siegen gliedert sich in die standardisierten Bausteine eines Klimaschutzteilkonzeptes, die mit einer intensiven Beteiligung über den gesamten Planungsprozess inhaltlich erarbeitet werden (Bild 3).



Bild 3: Inhaltliche Bausteine eines Klimaschutzteilkonzeptes<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) (o. J.): Infoblatt "Erstellung von Klimaschutzteilkonzepten", ohne Ort.

Im ersten Baustein (**Energie- und THG<sup>4</sup>-Bilanz**) werden die orts-spezifischen Verkehrsdaten zusammengestellt und ausgewertet. Für die Universitätsstadt Siegen liegen ausgewählte Daten und Materialien bereits vor (z. B. Nahverkehrsplan 2016 für den Kreis Siegen-Wittgenstein; Integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Siegen-Wittgenstein und die Städte und Gemeinden Bad Berleburg, Bad Laasphe, Erndtebrück, Freudenberg, Netphen, Neunkirchen, Siegen und Wilnsdorf; Pendlerverflechtungen aus der Pendlerrechnung NRW). Darüber hinaus wurde eine umfangreiche Bestandsaufnahme vor Ort zur Erfassung der Verkehrsinfrastruktur durchgeführt. Auf Grundlage dieser Daten und Materialien wurde der Ist-Zustand (Status-Quo) beschrieben und bewertet. Auch eine Energie- und THG-Bilanz auf Basis der berechneten ortsspezifischen Verkehrsleistung (Fahrzeugkilometer differenziert nach Verkehrsmitteln) und festgelegten Emissionsfaktoren ist Bestandteil der Bewertung.

Aufbauend auf der Status-Quo Analyse wurden mögliche Handlungsfelder für eine klimafreundliche Mobilität identifiziert (**Potenzialanalyse**). Auf dieser Grundlage wurden Szenarien beschrieben, die darstellen, in welche Richtung sich die Universitätsstadt Siegen zukünftig verkehrs- bzw. mobilitätstechnisch entwickeln könnte. Hierbei werden zwei Szenarien unterschieden. Das Referenzszenario beschreibt die Entwicklung ohne weitere Klimaschutzanstrengungen der Universitätsstadt Siegen. Im Klimaschutzszenario wird die Umsetzung des aufgestellten Handlungskonzeptes als weitere Klimaschutzanstrengungen im Verkehrssektor berücksichtigt.

Der aufzustellende **Maßnahmenkatalog** stellt das Handlungskonzept dar, das unter Berücksichtigung der identifizierten Potenziale sowie Anregungen und Mitteilungen aus der Akteursbeteiligung entwickelt wurde. Maßnahmenvorschläge wurden inhaltlich skizziert (Kurzbeschreibung) und mit Hilfe ausgewählter Kriterien charakterisiert.

Für die spätere Umsetzungsphase wird aufgezeigt, wie das Thema „nachhaltige Mobilität“ in der Kommune besser verankert werden kann (**Verstetigungsstrategie**), wie die Überprüfung der Umsetzung erfolgen soll (**Controlling-Konzept**) und die erarbeiteten Inhalte des Klimaschutzteilkonzeptes öffentlich bekannt gemacht werden können (**Kommunikationsstrategie**).

---

<sup>4</sup> THG = Treibhausgas

## 2 Methodische Überlegungen und Ansätze

### 2.1 Anwendung der Szenarientechnik

Der zu entwickelnde Maßnahmenkatalog stellt das Handlungskonzept dar, welches wiederum der Umsetzung der aufgestellten verkehrspolitischen Leitziele entspricht. Zur Darstellung der Wirkungen des Handlungskonzeptes erfolgt eine Gegenüberstellung mit der Analyse (Bestandssituation) sowie einer Prognose ohne Umsetzung des Handlungskonzeptes als Referenzfall. Hierzu wird die Szenarientechnik als Werkzeug zur Prüfung von Veränderungen und Auswirkungen verschiedener Annahmen in Bezug auf einen Basiszustand eingesetzt.

*„[Szenarien] beschreiben dabei auf konsistente Weise die mögliche zukünftige Entwicklung des Systems unter bestmöglicher Berücksichtigung des aktuellen Wissens bezüglich des Systems, d. h. der internen Abhängigkeiten und Wechselwirkungen der Systemkomponenten, aber auch die Abhängigkeit der Systementwicklung von äußeren Faktoren. Damit liefern Szenarien Leitplanken für zentrale technisch-strukturelle, energiepolitische, ökonomische und gesellschaftliche Weichenstellungen, die einen zielgerichteten Transformationsprozess flankieren müssen.“<sup>5</sup>*

Im Klimaschutzteilkonzept Mobilität der Universitätsstadt Siegen entspricht der Basiszustand der erfassten Bestandssituation (Analyse). Die Prognosen ohne und mit Umsetzung des Handlungskonzeptes stellen Zukunftsszenarien für das Zieljahr 2030 mit unterschiedlichen Entwicklungspfaden dar.

Im **Referenzszenario** werden feststehende bzw. prognostizierte Entwicklungen mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit berücksichtigt, aber kein weiteres Handeln der Universitätsstadt Siegen im Hinblick auf die Reduzierung der THG-Emissionen im Verkehrssektor. D. h. die Universitätsstadt Siegen hat eine passive Haltung und die aufgestellten verkehrspolitischen Zielsetzungen, die die Grundlage des aufzustellenden Handlungskonzeptes darstellen, bleiben unberücksichtigt. Es werden keine neuen Maßnahmen zur Förderung des Umweltverbunds und zur Optimierung des Verkehrsflusses angesetzt. Lediglich allgemeine wirtschaftliche, gesellschaftliche und technische Trends sowie ein energie- und klimapolitisches Handeln auf den übergeordneten Ebenen (EU, Bund, Land) werden angesetzt, da hier die Universitätsstadt Siegen keine direkte Möglichkeit der Einflussnahme hat.

Das **Klimaschutzszenario** baut auf dem Referenzszenario auf. Neben den allgemeinen zu erwartenden Trendentwicklungen und der übergeordneten Politik (vgl. Referenzszenario) wird im Klimaschutzszenario von weiteren Klimaschutzanstrengungen der Universitätsstadt Siegen im Verkehrssektor ausgegangen. Hier wird die Umsetzung der verkehrspolitischen Zielsetzungen, d. h. die Umsetzung von neuen Maßnahmen zur Förderung des Umweltverbundes und zur Optimierung des Verkehrsflusses, angesetzt.

<sup>5</sup> Naegler, Tobias; Szarka, Nora; Henning, Hans-Martin; Brendel, Rolf; Niepelt, Raphael; Taubert, Franziska; Fishedick, Manfred (2016): Transformationsszenarien für das deutsche Energiesystem. Die Rolle von Szenarien für die Transformation des Energiesystems. In: FVEE Themen, S. 6–10



## 2.2 Aufbau eines Verkehrsmodells

Parallel zur Bearbeitung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität der Universitätsstadt Siegen wurde ein makroskopisches Verkehrsmodell<sup>6</sup> für die Gesamtstadt aufgebaut. Es handelt sich hierbei um ein rechnergestütztes Verfahren zur Netzabbildung von Verkehrsmengen.

Die Notwendigkeit zum Aufbau und Einsatz eines makroskopischen Verkehrsmodells besteht grundsätzlich immer dann, wenn im Zuge einer Untersuchung oder eines Konzeptes für eine gesamte Stadt oder Region, Aussagen und Bewertungen zu den verkehrlichen Auswirkungen von großräumigen Maßnahmen für die Stadt bzw. Region getroffen werden sollen. Dies kann Maßnahmen betreffen, die sich ausschließlich auf das Straßennetz des motorisierten Individualverkehrs (MIV) beziehen (z. B. Bau einer neuen Straße/Ortsumgehung, Sperrung/Rückbau von Straßen oder Einrichtung einer Tempo 30-Zone), Maßnahmen, die sich auf das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) beziehen (z. B. Inbetriebnahme einer neuen Buslinie, Taktverdichtung bestehender Buslinien oder Einrichtungen neuer Haltestellen) oder auch Maßnahmen, die zu einer Veränderung der Verkehrsmittelwahl (Modal Split) und somit auch zur Reduzierung von Umweltauswirkungen führen sollen (z. B. Stärkung des Umweltverbundes oder Förderung der Radverkehrsinfrastruktur). Neben den Maßnahmen, die ausschließlich die Straßeninfrastruktur und das Netzangebot betreffen, können mit einem makroskopischen Verkehrsmodell auch Wirkungsanalyse durchgeführt werden, die aus einer erhöhten oder reduzierten Verkehrsnachfrage resultieren, z. B. durch den Bau eines neuen Wohn-/Gewerbegebietes oder die Schließung einer größeren Firma mit vielen Arbeitsplätzen.

Im Rahmen des Klimaschutzteilkonzept Mobilität der Universitätsstadt Siegen wurde das Verkehrsmodell zur Abbildung der Verkehrsbelastungen in der Analyse, im Referenz- sowie im Klimaschutzszenario eingesetzt.

Der Aufbau des makroskopischen Verkehrsmodells für die Universitätsstadt Siegen kann im Wesentlichen in drei Arbeitsschritte bzw. Leistungsbausteine gegliedert werden:

- Netzmodellierung  
Aufbau eines Netzmodells als Grundlage zur Abbildung der Verkehrsbelastungen im Kraftfahrzeug- und öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
- Nachfragemodellierung  
Erzeugung einer Tagesverkehrsnachfragematrix als Nachfragemodell zur Abbildung der Quell-, Ziel-, Binnen- und Pendlerverkehrsbeziehungen zwischen den unterschiedlichen Verkehrszellen für den Kfz-Verkehr und ÖPNV
- Anbindungsmodellierung  
Verknüpfung des Nachfragemodells mit dem Netzmodell durch Anbindung der Binnenzellen für den Kfz-Verkehr und ÖPNV innerhalb der Stadt an das Straßen- bzw. Bus-/Bahnnetz sowie durch Anbindung der Umlandzellen außerhalb des Stadtgebiets Siegen an das Untersuchungsnetz.

<sup>6</sup> Die Arbeiten zum Verkehrsmodell sind nicht Bestandteil der Förderung.

Das erstellte Verkehrsmodell stellt ein langfristiges Planungsinstrument dar, mit dessen Hilfe ausgewählte Verkehrssituationen in Form von Belastungsplänen dargestellt werden können. Um neben dem makroskopischen Einsatz auch eine mikroskopische Betrachtungsebene zu gewährleisten, wurden im Rahmen der Kalibrierung neben Streckenbelastungen auch Abbiegeströme an Knotenpunkten berücksichtigt. Darüber hinaus wurde eine erforderliche flächendeckende hohe Kalibrierungsgüte berücksichtigt.

Die Stadtverwaltung Siegen beabsichtigt das Verkehrsmodell nach Abschluss des Projektes in Eigenregie für städtische Aufgaben- und Fragestellungen einzusetzen und zu pflegen. Aus diesem Grund wurden die erstellten Dateien des Verkehrsmodells, alle zugehörigen Eingangsdaten in aufbereiteter Form sowie eine Dokumentation aller durchgeführten Arbeiten in Form eines gesonderten Methodikberichtes nach Projektabschluss an die Stadtverwaltung übergeben. Es erfolgte zudem eine Art von Schulungstermin, in dem das Verkehrsmodell mit all seinen Komponenten sowie dessen Anwendung ausgewählten Vertretern der Stadtverwaltung vorgestellt wurde.

Aufgrund des gesonderten Methodikberichtes, aber auch dem Sachverhalt, dass die Arbeiten zum Verkehrsmodell nicht Bestandteil der Förderung sind, beschränkt sich die Darstellung des Verkehrsmodells hier im Schlussbericht des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität der Universitätsstadt Siegen auf ein notwendiges Minimum.

### **2.3 Erstellung einer Klimabilanz**

Im nationalen Klimaschutzplan 2050, der vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) 2016 aufgestellt wurde und die klimapolitischen Grundsätze und Ziele der Bundesregierung darstellt, wurde ein weitgehend treibhausgasneutrales Deutschland für das Jahr 2050 beschlossen.

Spezifisch für den Verkehrssektor wird von der Bundesregierung das Ziel verfolgt, die THG-Emissionen bis zum Jahr 2030 um 40 bis 42 % gegenüber 1990<sup>7</sup> und der Endenergieverbrauch bis 2050 um 40 % gegenüber 2005<sup>8</sup> zu reduzieren. Letzteres bedeutet bei einer linearen Interpolation 22 % bis 2030. Hinsichtlich der THG-Emissionen hat sich das Land Nordrhein-Westfalen sogar das Ziel gesetzt die Emissionen bis 2030 um 31 % gegenüber 1990 zu reduzieren.

Diese übergeordneten Zielsetzungen können nur dann erreicht werden, wenn jede einzelne Kommune die Erfüllung der gesetzten Ziele anstrebt und dementsprechend danach handelt. Die Erfolgskontrolle erfordert eine regelmäßige Bilanzierung des Endenergieverbrauchs und der THG-Emissionen durch die Kommunen. Das

<sup>7</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 2015: Klimaschutzplan 2050. Klimapolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung

<sup>8</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 2010: Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung;  
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, 2013: Die Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung (MKS). Energie auf neuen Wegen

Land Nordrhein-Westfalen unterstützt dabei seine Kommunen durch die Bereitstellung eines Bilanzierungstools. Mit diesem Tool arbeitet auch der Kreis Siegen-Wittgenstein und die kreisangehörigen Kommunen. Zwischen dem Kreis Siegen-Wittgenstein und den kreisangehörigen Kommunen wurde vereinbart, dass die Fortschreibung der Bilanzierung zentral durch die Kreisverwaltung durchgeführt wird.

Im Rahmen des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität der Universitätsstadt Siegen wurden die im bereitgestellten Bilanzierungstool für den Verkehrssektor hinterlegten Daten für das Analysejahr 2018 übernommen (siehe Kap. 3.13). Die Bilanzierung der Szenarien (Referenz- und Klimaschutzszenario) wurden auf Grundlage von aus der Forschung vorliegenden Szenarienbetrachtungen separat tabellarisch modelliert (siehe Kap. 4.1.1 und Kap. 4.2.3).

## 2.4 Festlegung eines Bewertungssystems

Die drei Betrachtungssituationen (Analyse, Referenz- und Klimaschutzszenario; vgl. Kap. 1.3) sollen vergleichend gegenübergestellt werden. Hierzu sind geeignete Bewertungskriterien zu benennen, die sowohl verkehrstechnische als auch klimaschutztechnische Aussagen ermöglichen. Dabei gilt es zu beachten, dass es grundsätzlich eine Vielzahl an Messgrößen – sogenannte Indikatoren – zur quantitativen bzw. qualitativen Beschreibung einer verkehrlichen Situation gibt. Vor diesem Hintergrund wurde auf Grundlage einer umfangreichen Darstellung von möglichen Indikatoren in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung eine gestufte Auswahl getroffen, die auch den Aufwand zur Erhebung der notwendigen Daten berücksichtigt.

In der **ersten Ordnung** wurden Indikatoren ausgewählt, die einen sehr schnellen Überblick über die Verkehrssituation ermöglichen (Tabelle 1). In dieser Gruppe befindet sich zum einen der Modal Split<sup>9</sup>, der das Verkehrsmittelwahlverhalten im Gesamtverkehr der Einwohner der Universitätsstadt Siegen und damit die allgemeine Bedeutung der Verkehrsmittel (MIV, ÖPNV, Radverkehr und Fußverkehr) widerspiegelt. Der Modal Split ist auch eine Eingangsgröße des Verkehrsmodells. Zur repräsentativen Identifizierung des Modal Splits ist die Durchführung einer Mobilitätsbefragung notwendig. Die Universitätsstadt Siegen hat im Jahr 2017 eine solche Mobilitätsbefragung durchgeführt, sodass für die Analyse ein aktueller ortsspezifischer Modal Split vorliegt. Für das Referenz- und Klimaschutzszenario müssen Prognosewerte angesetzt werden (siehe Kap. 4.1 und Kap. 4.2).

Des Weiteren wurde die Verkehrsleistung als Indikator der ersten Ordnung ausgewählt. Sie verknüpft die Verkehrsmittelwahl mit der Reiseweite. Im Hinblick auf die vergleichende Bewertung ist vor allem die Kfz- und ÖPNV-Verkehrsleistung auf dem Stadtgebiet Siegens von Bedeutung. In Bezug auf die Kfz-Verkehrsleistung gilt: je höher die Kfz-Verkehrsleistung, desto schlechter. In Bezug auf die ÖPNV-Verkehrsleistung wird eine Erhöhung als Auswei-

<sup>9</sup> Der Modal Split ist eine Kenngröße, die die Aufteilung der Verkehrsnachfrage auf die verschiedenen Verkehrsmittel beschreibt. Der Modal Split stellt damit die Prozentanteile der einzelnen Verkehrsmittels am Verkehrsaufkommen (hier: Wege) oder der Verkehrsleistung (hier: Personenkilometer) dar.

tung des ÖPNV-Angebots verstanden. Vor diesem Hintergrund gilt: je höher die ÖPNV-Verkehrsleistung, desto besser<sup>10</sup>. Die Werte der Verkehrsleistung können für die Analyse, das Referenz- und das Klimaschutzszenario aus dem Verkehrsmodell übernommen werden.

Als dritten Indikator der ersten Ordnung werden die Ergebnisse der Klimabilanzierung (Endenergieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionsmenge) benannt. Sie verknüpfen die Verkehrsleistung mit verkehrsmittelspezifischen Verbrauchs- und Emissionswerten und bilden die klimarelevanten Wirkungen des Verkehrssektors ab. Hier gilt: je höher die Werte, desto schlechter. Die Klimabilanzierung wird auf Kreisebene für alle kreisangehörigen Kommunen stetig fortgeschrieben (vgl. Kap. 2.3), sodass hier für die Universitätsstadt Siegen Analysedaten für das Jahr 2018 abgerufen werden können. Für das Referenz- und Klimaschutzszenario müssen wieder Prognosewerte angesetzt werden (siehe Kap. 4.1.1 und Kap. 4.2.3).

Da die Verkehrsleistung als Berechnungsgrundlage in die Klimabilanzierung einfließt, ist sie als Indikator nicht zwingend erforderlich. Sie ist aber in der Regel „greifbarer“ als der etwas abstraktere Energieverbrauch oder die THG-Emissionen. Von daher wird die Verkehrsleistung trotzdem als Indikator mitgeführt.

**Tabelle 1: Bewertungsindikatoren für die Universitätsstadt Siegen – Indikatoren 1. Ordnung**

Indikatoren 1. Ordnung			
Kategorie	Merkmal	Information	Datenquelle
Verkehrsmittelwahl	Modal Split	Verkehrsmittelbedeutung	Mobilitätsbefragung
Verkehrsleistung	Kfz-Kilometer	Verkehrsabwicklung	Verkehrsmodell
	ÖPNV-Kilometer (Bus)		ZWS (Analyse), Verkehrsmodell
Klimaschutz	Endenergieverbrauch Kfz-Verkehr	Hauptverursacher Endenergieverbrauch	Bilanzierungstool
	Endenergieverbrauch ÖPNV		
	CO <sub>2</sub> -Emissionen Kfz-Verkehr	Hauptverursacher CO <sub>2</sub> -Emissionen	
	CO <sub>2</sub> -Emissionen ÖPNV		

Die Indikatoren **zweiter Ordnung** (Tabelle 2) liefern weitere Detailinformationen zum Mobilitätsverhalten (Informationen zu den Mobilitätsmöglichkeiten der Siegener Einwohner und zur Verkehrsmittelnutzung sowie zur Zufriedenheit mit den vorhandenen Verkehrsangeboten) sowie zur verkehrlichen Situation (Informationen zum verkehrsmittelspezifischen Aufkommen an wichtigen Punkten im Straßennetz und zum Fahrzeugbestand an alternativen Antrieben im Stadtgebiet). Die Informationen zum aktuellen Mobilitätsverhalten (Analyse) liegen über die Ergebnisse der Mobi-

<sup>10</sup> Die negativen klimatischen Auswirkungen (mehr Verkehrsleistung = mehr THG-Emissionen) werden nachfolgend beim dritten Indikator der ersten Ordnung berücksichtigt. Sie lassen sich reduzieren, indem sich die Klimabilanz der Fahrzeugflotte verbessert (neuster Umweltstandard, Einsatz von Filtertechnik oder im Idealfall auch Fahrzeuge mit alternativen Antrieben).

litätsbefragung der Universitätsstadt Siegen aus dem Jahr 2017 vor. Für das Referenz- und Klimaschutzscenario müssen Prognosewerte abgeschätzt werden (siehe Kap. 4.1.1 und Kap. 4.2.3).

Darüber hinaus plant die Universitätsstadt Siegen die Einführung von neuen Angeboten im Radverkehr. Es handelt sich hierbei zum einen um kurzfristig anmietbare Fahrradboxen sowie um die Einrichtung eines Bike-Sharing-Angebots. Zukünftig lässt sich die Nutzung dieser neuen Angebote über die softwaregestützten Buchungsdaten analysieren und bewerten. Auch hier müssen für das Referenz- und Klimaschutzscenario Prognosewerte abgeschätzt werden (siehe Kap. 4.1.1 und Kap. 4.2.3).

Die objektive Verkehrssicherheit lässt sich über die Unfalldaten ablesen. Hier werden von der Polizei sogenannte Unfalltypenkarten geführt, aus denen sich beispielsweise Unfallhäufungsstellen und damit Gefahrenstellen im Straßennetz ablesen lassen.

**Tabelle 2: Bewertungsindikatoren für die Universitätsstadt Siegen – Indikatoren 2. Ordnung**

<b>Indikatoren 2. Ordnung</b>			
<b>Kategorie</b>	<b>Merkmal</b>	<b>Information</b>	<b>Datenquelle</b>
Mobilitätsmöglichkeiten	Fahrzeugbestand im Haushalt	Verkehrsmittelverfügbarkeit und deren Zugänglichkeit	Mobilitätsbefragung (Zeitkartenbesitz kann alternativ über ZWS/ VWS abgefragt werden)
	Führerscheinbesitz		
	Besitz von ÖPNV-Zeitkarten		
Verkehrsmittelnutzung	Nutzungsintensität der Verkehrsmittel	Anteil von Gelegenheits- und Nichtnutzern	Mobilitätsbefragung
Verkehrsaufkommen	Verkehrsmittelspezifische Verkehrsbelastungen	Verkehrsmittelspezifische Bedeutung ausgewählter Netzknoten	Dauerzählstellen, Verkehrszählungen, Fahrgastzählungen
Alternative Antriebe	Neuzulassungen differenziert nach Antriebsart	Bestandsdurchdringung der alternativen Antriebe	Zulassungsstelle des Kreises
Zufriedenheit der Bürger bzgl. Verkehrsangebote	ÖPNV-Fahrgastzufriedenheit	Kunden-, Nutzer- bzw. Bürgersicht	NRW-Kundenbarometer (alle 2 Jahre), Mobilitätsbefragung, Fahrradclimatest
	allgemeine verkehrsmittelspezifische Angebotsbewertung		
Weitere Angebote im Radverkehr	Nutzungskennwerte Fahrradboxen	Angebotsnachfrage	Buchungssoftware
	Nutzungskennwerte Bike-Sharing		
Verkehrssicherheit	Unfallhäufigkeit differenziert nach Typen und Beteiligten	Typische Unfallkonstellationen, unfallauffällige Bereiche im Straßennetz	Unfalldaten, -typenkarte (Unfallkommission)
	Räumliche Verteilung der Unfälle (Lage im Straßennetz)		

In Ergänzung zu den Indikatoren der ersten und zweiten Ordnung wurde noch eine **dritte Ordnung** (Tabelle 3) aufgestellt, über die sich verkehrsmittelspezifische Potenziale ablesen lassen. Ausgewählt wurden hier zum einen die verkehrsmittelspezifischen Wegelängen und zum anderen die Entfernungen der Berufspendler, die aufgrund der Regelmäßigkeit des Arbeitsweges eine große und besondere Gruppe der Verkehrsteilnehmer darstellen.

**Tabelle 3: Bewertungsindikatoren für die Universitätsstadt Siegen – Indikatoren 3. Ordnung**

<b>Indikatoren 3. Ordnung</b>			
<b>Kategorie</b>	<b>Merkmal</b>	<b>Information</b>	<b>Datenquelle</b>
Raumstruktur	Wegelängen differenziert nach Wegezweck	Fuß- und Radpotenzial	Mobilitätsbefragung
Pendlerverflechtungen	Ein- und Auspendler und deren Entfernungen	Radpotenzial, ÖPNV-Verbindungsdefizite	Pendlerrechnung NRW (Landesdatenbank NRW)

## 2.5 Durchführung einer Akteursbeteiligung

Das Klimaschutzteilkonzept Mobilität der Universitätsstadt Siegen wurde mit einer breiten Beteiligung verschiedener Akteure sowie interessierter Bürger erarbeitet. Dabei wurden verschiedene Formen der Beteiligung gewählt:

- Projektverantwortliche der Stadtverwaltung:  
Mit ausgewählten Vertretern der Stadtverwaltung wurden Projekthinhalte (u. a. Zeitplan, Vorgehensweise) sowie Zwischenergebnissen intern abgestimmt.
- Projektbegleitender Arbeitskreis:  
Ähnlich zum Auftraggeber unterstützte der projektbegleitende Arbeitskreis die Projektbearbeitung kontinuierlich. Er besteht aus Vertretern der Stadtverwaltung und Politik sowie mobilitätsrelevante externe Akteure (z. B. ADFC, VWS). Dazu wurden ihm relevante Zwischenergebnisse vorgestellt, die im Anschluss diskutiert wurden. Die Abstimmung mit dem Arbeitskreis war im Normalfall der Abstimmung mit der Stadtverwaltung nachgeschaltet und der Abstimmung mit der Politik und den Bürgern vorgeschaltet.
- Politik:  
Neben der Beteiligung im projektbegleitenden Arbeitskreis wurde die Politik als Entscheidungsträger über Zwischenergebnisse informiert. Im ersten Termin wurden die Ergebnisse der Bestandsanalyse und die darauf aufbauend abgeleiteten Leitziele vorgestellt. Die formulierten Leitziele und der Zielwert Modal Split wurden als weitere Arbeitsgrundlage beschlossen.
- Weitere relevante Akteure:  
Mit ausgewählten Akteuren wurden Einzelgespräche durchgeführt. Hierzu gehörten u. a. der Zweckverband Personennahverkehr Westfalen-Süd ZWS, der Kreis Siegen-Wittgenstein sowie das mit der Erarbeitung des kreisweiten Radverkehrskonzeptes beauftragte Fachplanungsbüro.
- Allgemeine Öffentlichkeit:  
Die allgemeine Öffentlichkeit spiegelt die Verkehrsteilnehmer bzw. die Nutzer der Verkehrsangebote wieder. Ihre Akzeptanz ist für die späteren Wirkungseffekte von großer Bedeutung, da sie diejenigen sind, die ihr Verkehrsverhalten zukünftig ändern sollen. Zu Projektbeginn wurden Mitteilungen zur Bestandssituation sowie Wünsche und Anregungen über eine interaktive online-Plattform erfasst. Die Zwischenergebnisse zur Bestandsanalyse konnten in einer

Präsenzveranstaltung vorgestellt werden. Die Beteiligung zum Handlungskonzept erfolgte aufgrund der pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen erneut online-gestützt.

Die im Rahmen der Beteiligung gesammelten Anregungen und Mitteilungen wurden gesichtet, bewertet und im Rahmen der weiteren Ausarbeitungen unter Berücksichtigung der Bewertung eingebunden.

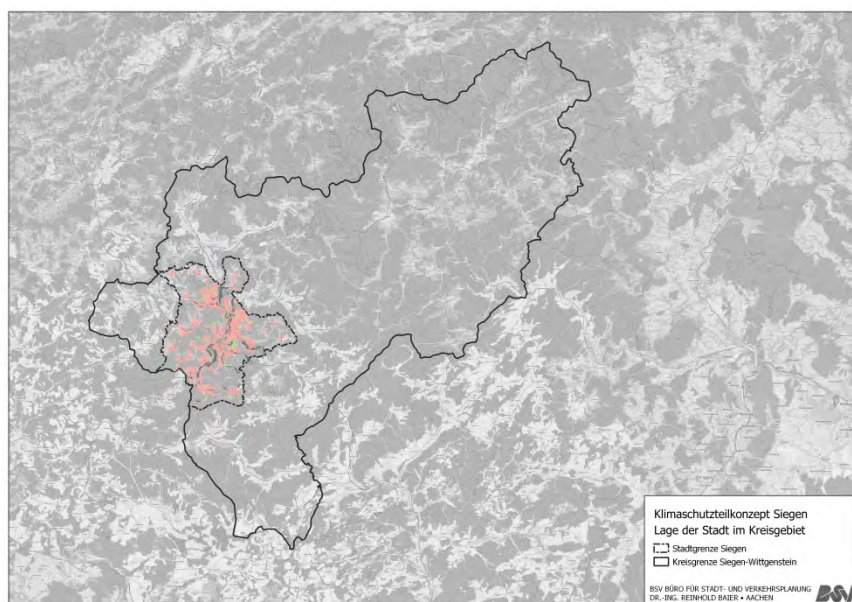
### 3 Bestandsanalyse

Die Bestandsanalyse baut auf drei Säulen auf. Zum einen wurden vorliegende Daten und Materialien zusammengetragen, gesichtet und zu einer Synopse zusammengeführt. Zum anderen wurde eine Bestandsaufnahme vor Ort durchgeführt. Die dritte Säule stellt die Bewertung der Ist-Situation aus Bürgersicht dar, die im Rahmen der online-Bürgerbeteiligung im Herbst 2019 aufgenommen wurde.

Mit dieser dreiteiligen Vorgehensweise konnte eine gesamtheitliche Analyse für alle Verkehrsmittel möglichst kompakt durchgeführt werden. Die Bestandsanalyse dient der Darstellung der Ist-Situation auf deren Grundlage anschließend der Handlungsbedarf identifiziert wird.

#### 3.1 Lage und regionale Verflechtungen

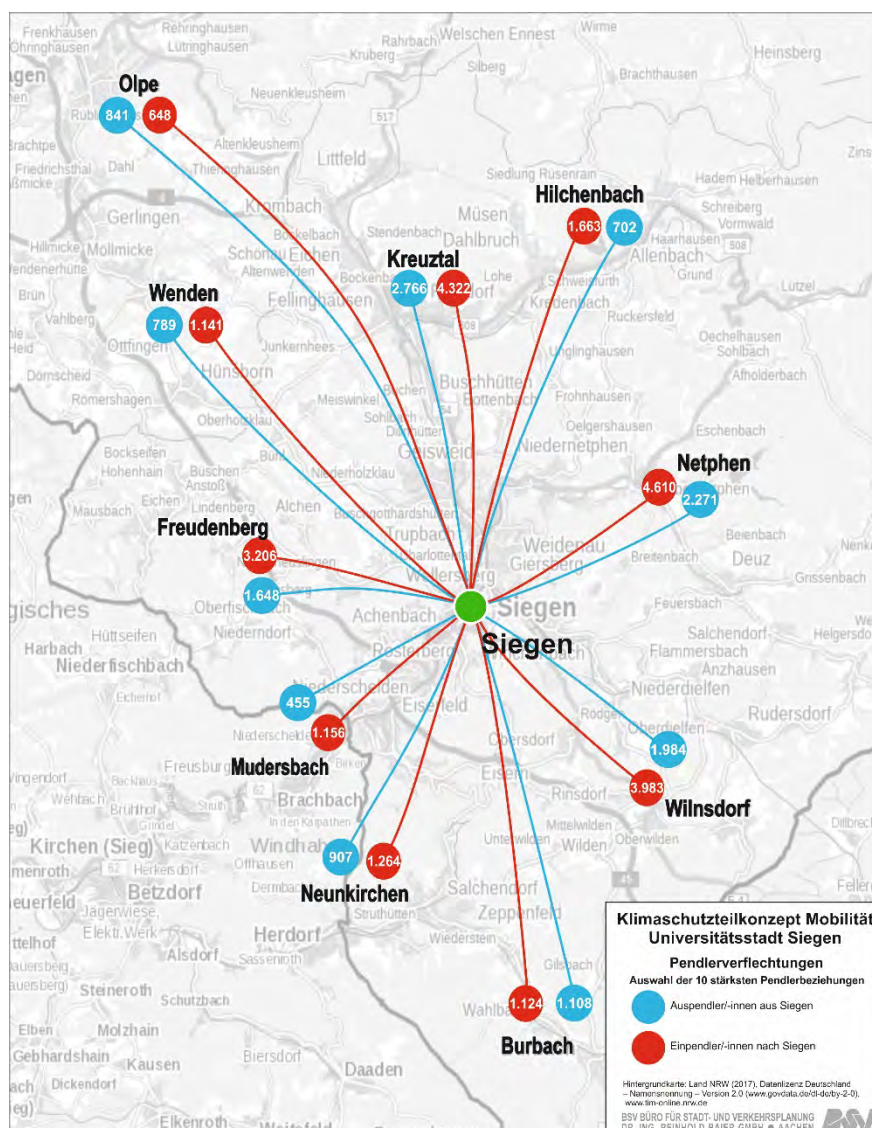
Der Kreis Siegen-Wittgenstein liegt im „Drei-Länder-Eck“ der Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz sowie Hessen. Die Universitätsstadt Siegen gehört zum Kreisgebiet und liegt im dicht besiedelten westlichen Rand des Kreises (Bild 4).



**Bild 4:** Lage der Universitätsstadt Siegen im Kreis Siegen-Wittgenstein

Die Universitätsstadt Siegen ist Oberzentrum mit einem großen Einzugsbereich und stellt damit eine typische Regiopole dar. Die Stadt Siegen und das Siegerland haben eine besondere Stadt-Umland-Beziehung, was sich unter anderem auch an den Pendlerbewegungen ablesen lässt (Bild 5).





**Bild 5: Pendlerverflechtungen der Universitätsstadt Siegen (Datengrundlage: Landesdatenbank NRW, Datenstand 2018)**

## 3.2 Stadt- und Einwohnerstruktur

### 3.2.1 Bevölkerungsverteilung

Die Universitätsstadt Siegen stellt mit ca. 105.000 Einwohnern<sup>11</sup> eine Großstadt und gleichzeitig die Kreisstadt des Kreises Siegen-Wittgenstein dar. Die Einwohner verteilen sich im ca. 11.400 ha großen Stadtgebiet auf insgesamt 23 Stadtteile. Die zentralen Gebiete sind urban, die Randgebiete ländlich geprägt. Dabei stellt Siegen-Mitte mit rund 40.000 Einwohnern den bevölkerungsreichsten Ortsteil dar, gefolgt von Siegen-Weidenau (ca. 16.000 Einwohner).<sup>12</sup>

Die Einwohnerentwicklung der Universitätsstadt Siegen war in den Jahren 2012 bis 2018 entgegen der anhaltenden natürlichen Be-

<sup>11</sup> Hauptwohnsitzbevölkerung

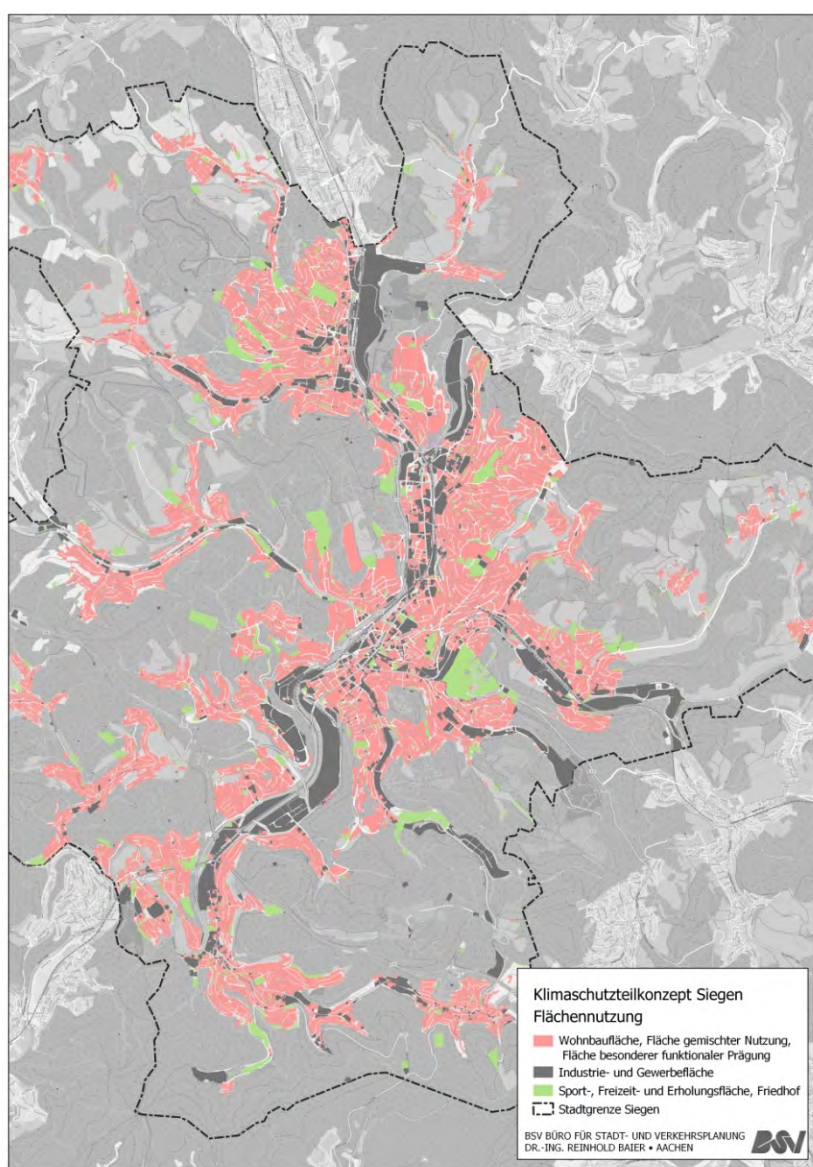
<sup>12</sup> <https://www.siegen.de/leben-in-siegen/siegen-in-zahlen/>; abgerufen am: 23.03.2021; Datenstand 31.12.2020

völkerungsentwicklung fortschreitend positiv (+3,6 %). Von 2018 bis 2019 gibt es einen geringen Bevölkerungsrückgang (-0,1 %).<sup>13</sup>

### 3.2.2 Flächennutzung

Von dem ca. 11.400 ha großen Stadtgebiet fallen ca. 3.900 ha (34,4 %) auf Siedlungs- und Verkehrsflächen, wobei die Verkehrsflächen einen Anteil von 9,8 % ausmachen. Der weitaus größere Teil (65,6 %) umfasst Freiflächen, wobei die Waldflächen mit ca. 6.000 ha den größten Anteil haben<sup>14</sup>.

Das Stadtgebiet ist topographisch bewegt. Das hat sich in Teilen auch auf die Flächennutzung ausgewirkt. Die Industrie- und Gewerbeflächen sind in Siegen vor allem in der Talachse vorzufinden, während sich größere Wohngebiete überwiegend in den höheren Lagen befinden. (Bild 6)



**Bild 6: Flächennutzung der Universitätsstadt Siegen**

<sup>13</sup> Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) (2019): Kommunalprofil Stadt Siegen, Düsseldorf.

<sup>14</sup> Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) (2019): Kommunalprofil Stadt Siegen, Düsseldorf.

### 3.3 Mobilitätsverhalten der Bevölkerung

Im Zuge der geplanten Erarbeitung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität beauftragte die Universitätsstadt Siegen bereits im Jahr 2017 eine Durchführung und Auswertung einer Mobilitätsbefragung zum werktäglichen Verkehrsverhalten. Mit der Mobilitätsbefragung wurde das Verkehrsverhalten der Bevölkerung der Universitätsstadt an einem Normalwerktag empirisch erfasst. Auf diese Weise erhält die Stadtverwaltung im Ergebnis belastbares Zahlenmaterial zum aktuellen, werktäglichen Verkehrsverhalten der Bevölkerung. Nachfolgend wird nur auf die wesentlichen Ergebnisse der Mobilitätsbefragung eingegangen.<sup>15</sup>

#### Mobilität

An einem normalen Werktag verlassen 86 % der Bevölkerung das Haus. Es werden am Tag durchschnittlich 2,8 Wege und Fahrten pro Person unternommen. Jeder Weg dauert im Mittel knapp 19 Minuten; dabei werden etwas weniger als 9 km zurückgelegt. Pro Tag werden insgesamt etwa 54 Minuten für Ortsveränderungen aufgewendet.

#### Kfz als Mobilitätsvoraussetzung

Den meisten Haushalten steht mindestens ein eigenes Kfz zur Verfügung. Durchschnittlich besitzt jeder Haushalt 1,4 Kfz, in Haushalten mit mindestens drei Personen (Familien) sind sogar durchschnittlich 2,1 Kfz vorhanden.

#### Dominanz des Kfz-Verkehrs

73 % aller Wege entfallen auf den Kfz-Verkehr. Die durchschnittliche Wegelänge eines normalwerktäglichen Weges liegt mit 8,7 km in einem Bereich, der nicht einfach durch Rad- / Fußverkehr ersetzt werden kann. Dennoch besteht ein Verlagerungspotenzial, da auch auf kurzen Distanzen unter 4 km in 58 % der Fälle das Kfz genutzt wird.

#### ÖPNV, Rad und Fuß – Träger des Umweltverbundes

Nur 27 % aller Wege der Bürgerinnen und Bürger in der Universitätsstadt Siegen werden mit den Verkehrsmitteln des Umweltverbundes zurückgelegt. Dabei wird das Rad für minimale 4 %, die Verkehrsmittel des öffentlichen Verkehrs für 11 % und „Zu Fuß gehen“ für 13 % aller Wege gewählt. Die wenigen Radwege werden hauptsächlich zur Arbeit und im Freizeitverkehr zurückgelegt. Der ÖPNV wird hauptsächlich im Ausbildungsverkehr von Schülern, Auszubildenden und Studierenden genutzt.

#### Gewohnheiten wirken bis ins hohe Alter

Kinder und Jugendliche (unter 18 Jahren) unternehmen 25 % aller Wege mit Bus und Bahn, 23 % zu Fuß und 3 % mit dem Rad. Mit Erreichen der Volljährigkeit steigt die Benutzung des Kfz auf Kosten des Umweltverbundes sprunghaft an (von 48 % auf 64 %). Im mittleren Alter zwischen 30 und 64 Jahren nimmt das Auto eine noch größere Rolle ein (81 % aller Wege). Erst im Rentenalter nimmt der Anteil des Individualverkehrs leicht ab, das Auto bleibt dennoch das meistgenutzte Verkehrsmittel. Der Anteil der Fußgänger steigt leicht von 9 % auf 16 %. Auch bei den hochbetagten

<sup>15</sup> Helmert, 2018: Mobilitätsbefragung zum werktäglichen Verkehrsverhalten der Bevölkerung in der Universitätsstadt Siegen

Personen über 80 Jahre bleibt der Anteil des Kfz fast unverändert hoch; hier steigt dafür die Nutzung des ÖV wieder deutlich an (von 6 % auf 15 %).

### Elektromobilität

In 13 % der Haushalte in der Universitätsstadt Siegen sind bereits ein oder mehrere E-Bikes oder Pedelecs vorhanden. Damit liegt der Ausstattungsgrad in der Universitätsstadt Siegen bereits über dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt. Das Entwicklungspotential ist groß: der mittlere Besitz eines E-Bikes in Deutschland verdoppelte sich in den vergangenen drei Jahren. Die Weiterentwicklung der Elektromobilität kann in der anspruchsvollen Topografie im Stadtgebiet einen Aufschwung für die Radverkehrsnutzung bedeuten.

### **3.4 Bürgersicht (Ergebnisse online-Bürgerbeteiligung)**

Um die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Siegen über das im August 2019 gestartete Projekt „Klimaschutzteilkonzept Mobilität“ zum ersten Mal zu informieren und Hinweise und Ideen aus der Bürgerschaft zum Thema Verkehr zu sammeln, wurde eine interaktive, online-gestützte Beteiligungsplattform eingesetzt. Vom 1. Oktober bis einschließlich zum 30. November 2019 konnten die Siegener Bürgerinnen und Bürger über diese online-Anwendung entweder eigene Mitteilungen zum Thema Verkehr tätigen oder bereits eingetragene Mitteilungen bewerten („finde ich auch“ bzw. „finde ich nicht“). Die Eintragungen konnten danach noch bis zum 31. Dezember 2019 eingesehen werden.

Insgesamt wurden über die online-Anwendung 844 Mitteilungen von 279 Autorinnen und Autoren gesammelt. Diese „Erstmitteilungen“ wurden zudem insgesamt 17.997 mal bewertet, wobei den eingetragenen Mitteilungen größtenteils zugestimmt wurde (16.360 Zustimmungen, 1.637 Ablehnungen).

Um auch die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, die keine digitalen Medien nutzen (und damit auch nicht die online-Anwendung), konnten Mitteilungen auch telefonisch oder schriftlich getätigt werden. Darüber wurden 40 weitere Mitteilungen von 25 weiteren Autorinnen und Autoren gesammelt. Diese Mitteilungen konnten nicht durch andere Bürgerinnen und Bürger bewertet werden.

Im Ergebnis liegen somit fast 19.000 Mitteilungen („Erstmitteilungen“ und deren Bewertungen) vor. Diese hohe Anzahl kann zum einen als großes Interesse am Thema Verkehr interpretiert werden, zum anderen lässt sich aber vor allem ein großer Handlungswunsch zur Verbesserung der verkehrlichen Situation ablesen.

### **Kategorien**

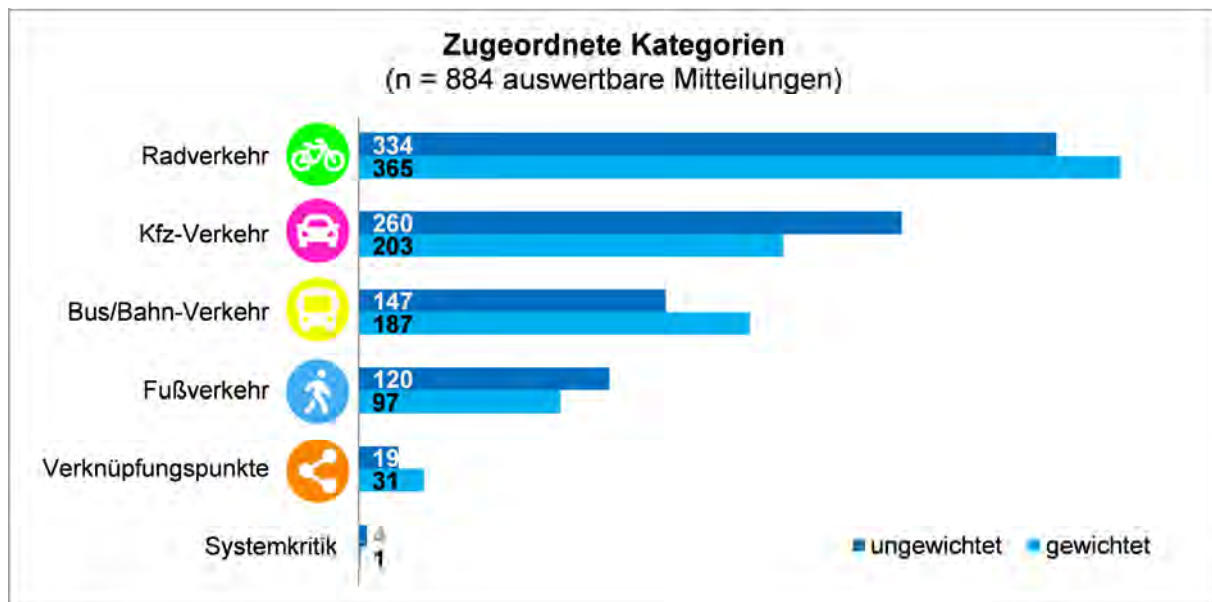
Die Mitteilungen konnten von den Bürgerinnen und Bürgern fünf Kategorien zugeordnet werden: Kfz-Verkehr, Öffentlicher Verkehr (Bus und Bahn), Rad- und Fußgängerverkehr sowie Verknüpfungspunkte.

Die meisten „Erstmitteilungen“ wurden dem Radverkehr (334 Mitteilungen) und dem Kfz-Verkehr (260 Mitteilungen) zugeordnet. Die Menge der Mitteilungen zum Bus- und Bahnverkehr (147 Mitteilungen) und zum Fußgängerverkehr (120 Mitteilungen) sind nahezu gleich groß. Die wenigsten Mitteilungen wurden der Katego-



rie Verknüpfungspunkte zugeordnet (19 Mitteilungen). Vier Mitteilungen beziehen sich nicht auf die verkehrliche Situation in Siegen, sondern auf das angewendete Beteiligungsformat.

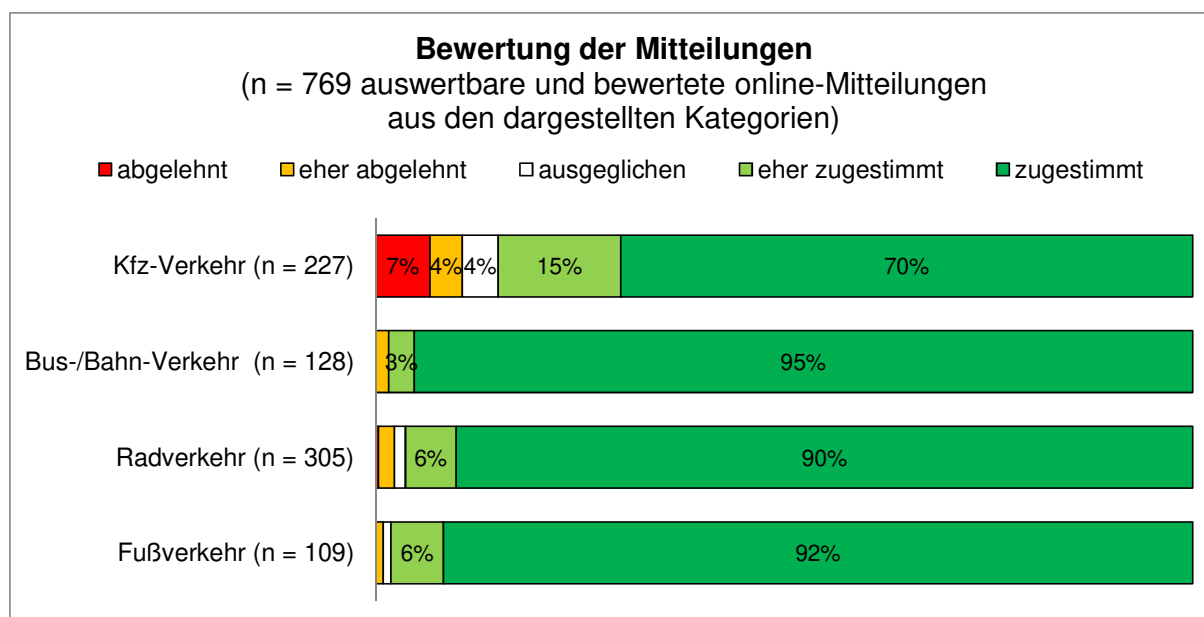
Unter Einbeziehung der Bewertungen – sowohl Zustimmung als auch Ablehnung zu den 884 „Erstmitteilungen“ – ergeben sich insgesamt 18.881 Mitteilungen. Zur Vergleichbarkeit erfolgte eine Gewichtung mit der jeweiligen Anzahl der Bewertungen zu den einzelnen „Erstmitteilungen“. Hierdurch ändert sich die Rangreihung der Kategorien nicht (siehe Grafik). Es ändern sich lediglich die einzelnen Mitteilungsanzahlen. Die Mitteilungsanzahlen zum Radverkehr, Bus- und Bahnverkehr sowie Verknüpfungspunkten nehmen zu, die Mitteilungsanzahlen zum Kfz- und Fußgängerverkehr nehmen ab. Dies bedeutet, dass es zu den „Erstmitteilungen“ im Radverkehr, Bus- und Bahnverkehr sowie zu Verknüpfungspunkten mehr zustimmende oder auch ablehnende Bewertungen gab als zu denjenigen im Kfz- und Fußgängerverkehr.



**Bild 7: Bürgermitteilungen – Auswertung nach Kategorien**

## Bewertung

Von den vorliegenden 840 online-„Erstmitteilungen“ zur verkehrlichen Situation wurden insgesamt 769 bewertet. In Bezug auf die Bewertung selbst zeigt sich, dass die Bürgerinnen und Bürger den getätigten „Erstmitteilungen“ nicht grundsätzlich zustimmen, sondern diese vereinzelt auch von der Mehrheit abgelehnt werden. Die Differenzierung nach den vier betrachteten Verkehrsmittelgruppen (Kfz-, Bus- und Bahn-, Rad-, Fußgängerverkehr) macht deutlich, dass zwar die Zustimmung bei allen vier Verkehrsmittelgruppen deutlich überwiegt. Es zeigt sich aber auch, dass in allen Kategorien – vor allem in der Kategorie Kfz-Verkehr – „Erstmitteilungen“ (eher) abgelehnt werden bzw. die Anzahl an Zustimmungen und Ablehnungen ausgeglichen ist.



**Bild 8: Bürgermitteilungen – Auswertung der Bewertungen**

Die nachfolgenden Auswertungen (Art der Mitteilung, räumlicher Bezug, Schwerpunktthemen der Kritikpunkte bzw. Mängel) beziehen sich ausschließlich auf die Menge der „Erstmitteilungen“ zur verkehrlichen Situation, die nicht über die Bewertungsfunktion mehrheitlich abgelehnt wurden. Dies sind 842 „Erstmitteilungen“ sowie unter Einbeziehung der Bewertungen insgesamt 15.910 Mitteilungen.

### Art der Mitteilung

Über die Mitteilungstexte lässt sich ableiten, dass ein Großteil der nicht abgelehnten „Erstmitteilungen“ zur verkehrlichen Situation in Siegen Kritikpunkte bzw. Mängel beschreiben (659 Mitteilungen), wobei rund zwei Drittel der Mitteilungstexte (418 Mitteilungen) auch schon Maßnahmenvorschläge zur Verbesserung enthalten. Die anderen Mitteilungstexte (183 Mitteilungen) enthalten ausschließlich Maßnahmenvorschläge, d. h. ohne eine Mängelbenennung.

### Räumlicher Bezug

Es konnten entweder Mitteilungen ohne oder mit räumlicher Verortung getätigt werden (Tabelle 4). Während sich die nicht abgelehnten „Erstmitteilungen“ zur verkehrlichen Situation ohne Verortung vor allem auf die Gesamtstadt, Verkehrsverbindungen und ausgewählte Teilgebiete beziehen, können die Mitteilungen mit Verortung konkreten Streckenabschnitten oder Knotenpunkten im Straßennetz bzw. Verknüpfungspunkten zugeordnet werden.

**Tabelle 4: Bürgermitteilungen – Auswertung nach räumlichem Bezug**

<b>Mitteilungen ohne Verortung</b>	<b>67 Mitteilungen</b>
Gesamtstadt	43
Verbindungen	9
Stadtteil/Wohngebiet/Gewerbegebiet	4
Summe	57 (85 %)
<b>Mitteilungen mit Verortung</b>	<b>775 Mitteilungen</b>
Streckenabschnitte	405
Knotenpunkte	186
ZOB/Bahnhof/Verknüpfungspunkte	92
Summe	682 (88 %)

In der nachfolgenden Tabelle sind die am häufigsten bewerteten Streckenabschnitte und Knotenpunkte angegeben.

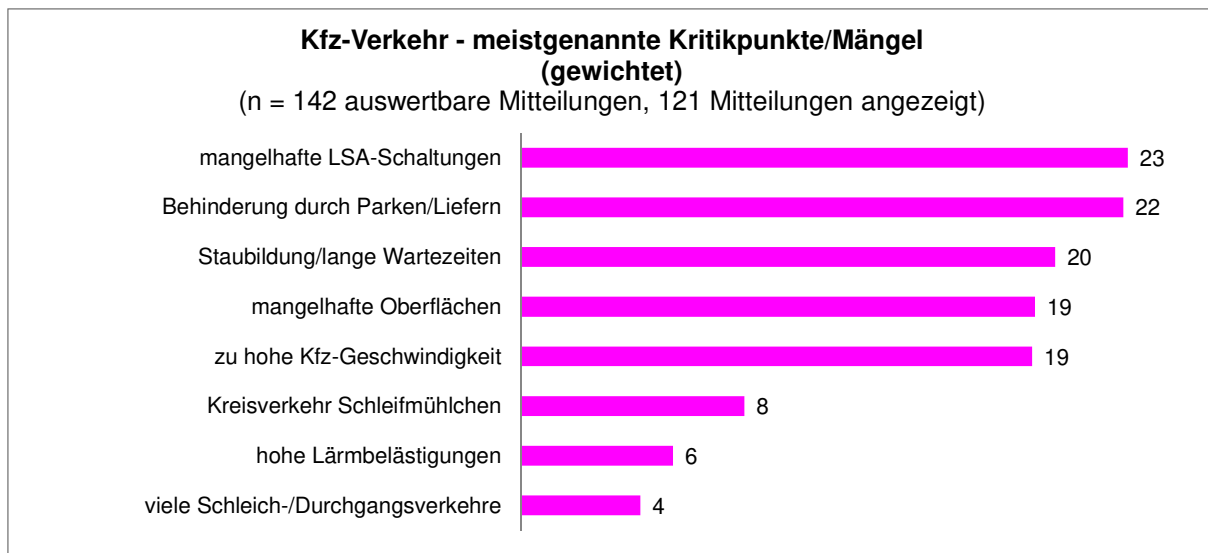
**Tabelle 5: Bürgermitteilungen mit räumlichem Bezug – Auswertung nach Örtlichkeit**

<b>Streckenabschnitte</b>	<b>405 Mitteilungen</b>
Freudenberger Straße	22
Radweg entlang der Bahntrasse	17
Leimbachstraße	14
Siegtalstraße	13
Summe	66 (16 %)
<b>Mitteilungen mit Verortung</b>	<b>186 Mitteilungen</b>
Kreisverkehr Schleifmühlchen	22
Kreuzung Kochs Ecke	18
Kreuzung Hindenburgstraße/Brüder-Busch-Straße	5
Summe	45 (24 %)

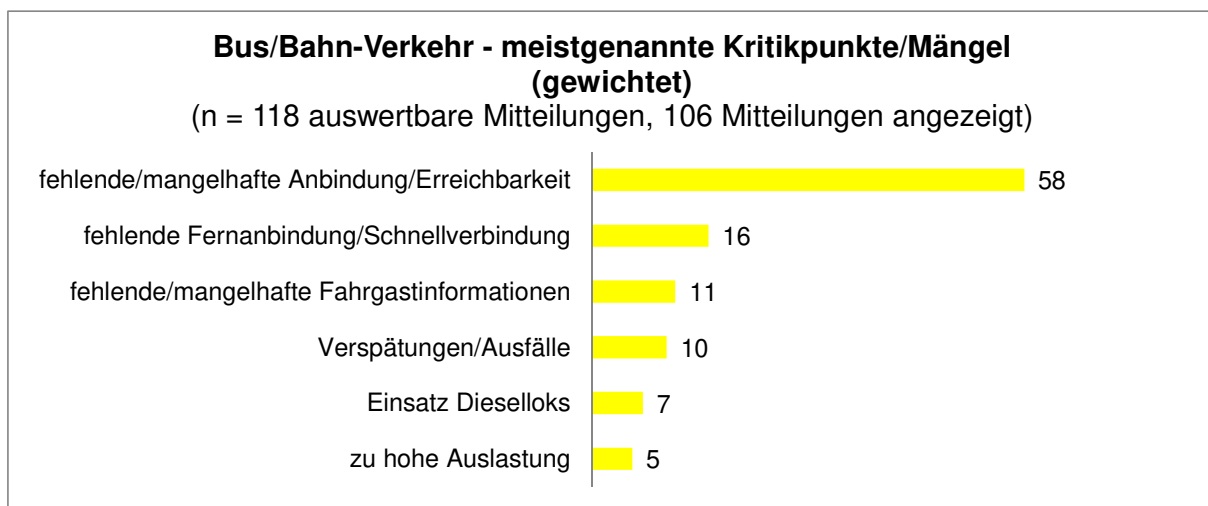
Ohne Berücksichtigung der Mitteilungsbewertungen ergeben sich etwas unterschiedliche Bedeutungen. Weitere häufig genannte Streckenabschnitte sind die Weidenauer Straße und die Löhrstraße. Zudem wurde die Kreuzung Morleystraße/Berliner Straße häufig genannt.

### **Schwerpunkthemen der Kritikpunkte bzw. Mängel**

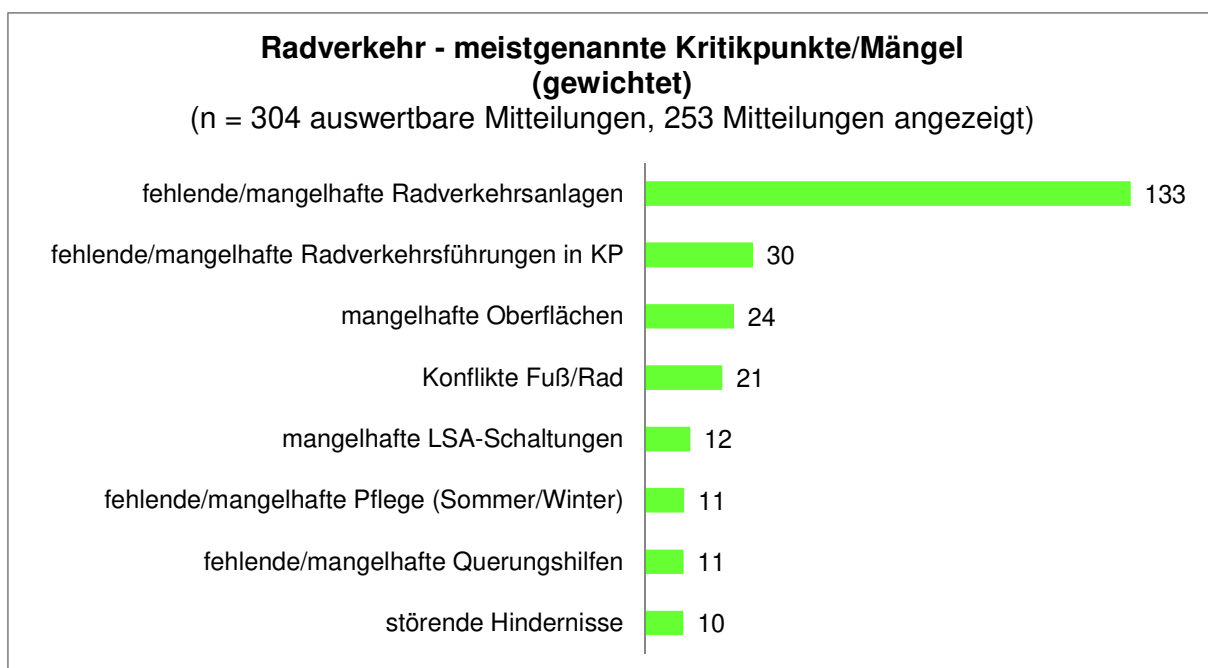
Zur Auswertung der verkehrsmittelspezifischen Schwerpunkthemen der Kritikpunkte bzw. Mängel wurden nach einer ersten Sichtung der Mitteilungstexte standardisierte Themenbezeichnungen festgelegt und zugeordnet. Die nachfolgenden Diagramme zeigen jeweils die meistgenannten Kritikpunkte bzw. Mängel der einzelnen Kategorien.



**Bild 9: Bürgermitteilungen zum Kfz-Verkehr – Meistgenannte Kritikpunkte/Mängel**

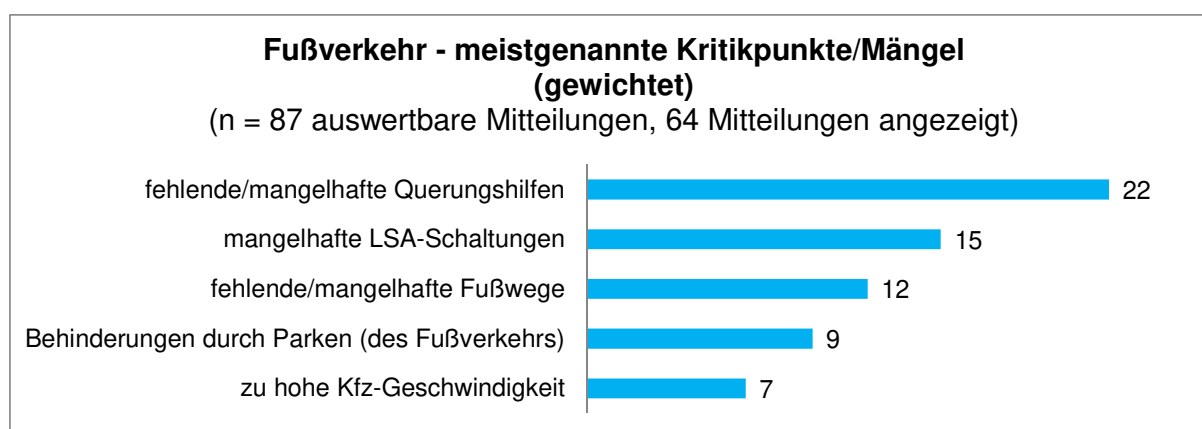


**Bild 10: Bürgermitteilungen zum Bus/Bahn-Verkehr – Meistgenannte Kritikpunkte/Mängel**

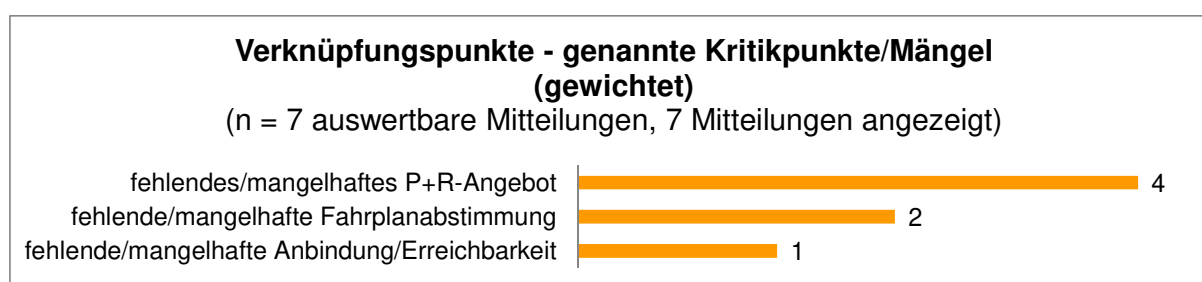


**Bild 11: Bürgermitteilungen zum Radverkehr – Meistgenannte Kritikpunkte/Mängel**





**Bild 12: Bürgermitteilungen zum Fußverkehr – Meistgenannte Kritikpunkte/Mängel**



**Bild 13: Bürgermitteilungen zu Verknüpfungspunkte – Meistgenannte Kritikpunkte/Mängel**

### 3.5 Fußverkehr

#### 3.5.1 Netzdefinition

Zwischen der Stadtentwicklung und dem Handel besteht historisch gesehen ein starker Zusammenhang. Einzelhandels- und Dienstleistungsgeschäfte entstanden vor allem an Kreuzungspunkten und herausragenden Standorten wie Marktplätzen, da hier das notwendige Kundenpotenzial vorhanden ist. Damit zeichnen sich die zentralen Versorgungsbereiche von Stadt-/Ortsteilzentren durch den vorhandenen Einzelhandel und die vorhandenen Dienstleistungen aus. Durch das Kundenaufkommen ist in diesen Bereichen mit erhöhtem Verkehrsaufkommen zu rechnen.

Im Einzelhandelsentwicklungskonzept für die Universitätsstadt Siegen (Stadt + Handel 2013) wurden relevante zentrale Versorgungsbereiche im Stadtgebiet identifiziert und hierarchisiert (Tabelle 6).

Aufgrund des Kundenaufkommens in den zentralen Versorgungsbereichen spielt hier auch das Thema Verkehr eine bedeutende Rolle. Aufgrund der grundlegenden Versorgungsfunktion, aber auch aufgrund der zum Teil hohen Zieldichte, sind vor allem die zentralen Versorgungsbereiche, die die Stadt-/Ortsteilzentren widerspiegeln, für den Fußverkehr von Bedeutung und bilden damit das „Untersuchungsnetz“ im Rahmen des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität der Universitätsstadt Siegen.

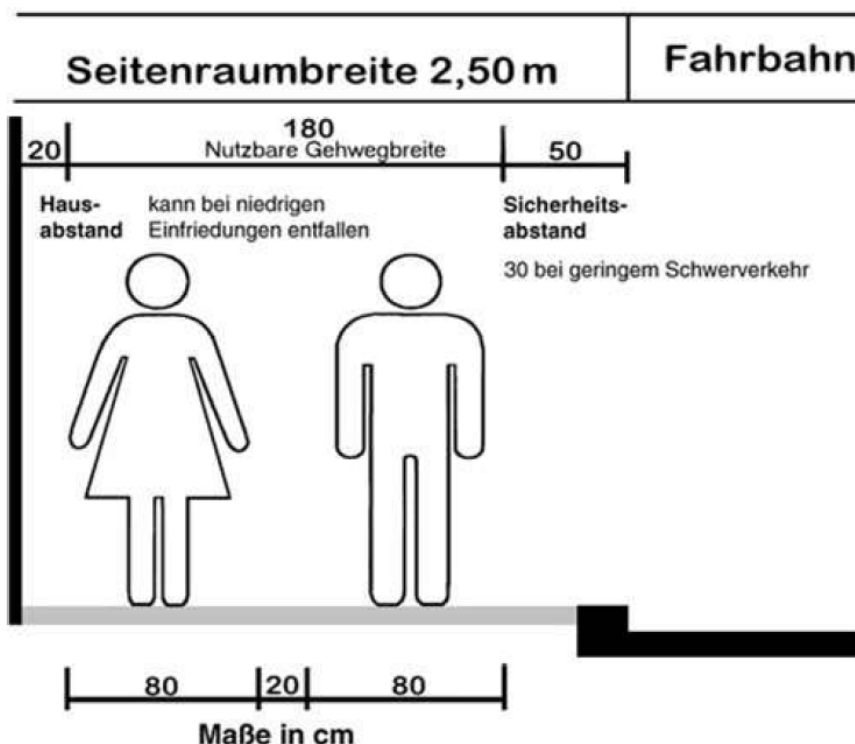
**Tabelle 6: Zentrenhierarchie in der Universitätsstadt Siegen<sup>16</sup>**

Hierarchie		Zentrumsbezeichnung
Hauptzentrum	A-Zentrum	Siegen-City (Unterstadt, Mitte, Oberstadt)
Nebenzentrum	B-Zentrum	Weidenau
Nahversorgungszentren <sup>17</sup>	C-Zentrum	Geisweid
	C-Zentrum	Eiserfeld
	D-Zentrum	Niederschelden
	D-Zentrum	Kaan-Marienborn
	D-Zentrum	Seelbach

### 3.5.2 Nutzungsanforderungen

Für den Fußverkehr ist auf der einen Seite eine sichere und barrierefreie Führung im Längsverkehr und auf der anderen Seite eine sichere und barrierefreie Straßenquerung von Bedeutung.

In den „Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen“ (RASt 2006) sind die räumlichen Nutzeransprüche des Fußverkehrs festgehalten. In den „Empfehlungen für Fußgängerverkehrsanlagen“ (EFA 2002) sind die Anforderungen an die Ausstattung von Fußgängerverkehrsanlagen beschrieben (Seitenraumbreiten sowie Querungshilfen). Das Mindestmaß der Seitenraumbreite von 2,50 m (Regelfall) leitet sich dabei über den Platzbedarf von zwei nebeneinander gehenden oder sich begegnenden Personen und den erforderlichen Abständen zur vorhandenen Bebauung und zur Fahrbahn ab (Bild 14).



**Bild 14: Aufteilung des Seitenraums für Fußgänger (Quelle: EFA 2002, S. 16)**

<sup>16</sup> Stadt + Handel (2013): Einzelhandelsentwicklungskonzept für die Stadt Siegen

<sup>17</sup> Die Nahversorgungszentren C und D sind aufgrund ihrer ermittelten Ausgangsposition (u. a. Einzelhandelsbestand) unterschiedlich geprägt.

Der Fußverkehr kann entweder getrennt vom Radverkehr (Gehweg, Bild 15, oder getrennter Geh-/Radweg, Bild 16) oder gemeinsam mit dem Radverkehr (Gehweg, Radfahrer frei, Bild 17, oder gemeinsamer Geh-/Radweg, Bild 18) geführt werden. Obwohl der Radverkehr bei einer gemeinsamen Führung Rücksicht auf den Fußverkehr nehmen muss (bei einem für den Radverkehr freigegebenen Gehweg muss er Schrittgeschwindigkeit fahren), wird eine gemeinsame Führung von Fuß- und Radverkehr aufgrund des Konfliktpotenzials nur dann als verträglich eingestuft, wenn die Aufkommensstärken im Fuß- und Radverkehr gering sind. Innerorts ist dies im Regelfall nicht gegeben, sodass hier eine gemeinsame Führung nicht empfehlenswert ist. Im Gegensatz dazu ist für außerörtliche Verbindungen (z. B. zwischen den Stadtteilen) aufgrund der größeren Entfernungen mit einem ausreichend geringen Aufkommen im Fußverkehr zu rechnen, sodass hier eine gemeinsame Führung des Fuß- und Radverkehrs als verträglich eingestuft wird.

### Getrennte Fuß- und Radverkehrsführung



**Bild 15: Verkehrszeichen 239**  
„Gehweg“



benutzungspflichtig  
**Bild 16: Verkehrszeichen 241**  
„getrennter Geh-/Radweg“

### Gemeinsame Fuß- und Radverkehrsführung



nicht benutzungspflichtig,  
Radverkehr muss Schrittgeschwindigkeit fahren  
**Bild 17: Verkehrszeichen 239**  
„Gehweg“ mit Zusatzzeichen 102210 „Radfahrer frei“



benutzungspflichtig,  
Radverkehr muss Rücksicht nehmen  
**Bild 18: Verkehrszeichen 240**  
„gemeinsamer Geh-/Radweg“

Der Bedarf an einer Querungshilfe leitet sich über die verkehrlichen Rahmenbedingungen (zulässige Höchstgeschwindigkeit, Verkehrsbelastung) sowie die vorhandenen Randnutzungen ab. Ein Vorrang des Fußverkehrs gegenüber dem Kfz-Verkehr ergibt sich nur bei einem Fußgängerüberweg („Zebrastreifen“). Durch Lichtsignalanlagen lassen sich Fußverkehr und Kfz-Verkehr zeitlich trennen, durch Über- und Unterführungen räumlich trennen.

### 3.5.3 Detailbetrachtung der zentralen Versorgungsbereiche

Im Rahmen des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität werden im Detail die zentralen Versorgungsbereiche im Hinblick auf die Situation für den Fußverkehr analysiert. Im Einzelhandelsentwicklungskonzept für die Universitätsstadt Siegen (Stadt + Handel 2013) sind konkrete Gebietsabgrenzungen der zentralen Versorgungsbereiche durchgeführt. Diese beschränken sich jedoch auf die Versorgungsfunktion. Vor diesem Hintergrund wurden die vorliegenden Gebietsabgrenzungen unter Berücksichtigung des verkehrlichen Aspekts (u. a. zentrale Verkehrsachsen, bedeutende Verkehrsknotenpunkte) geringfügig angepasst.

Nach Festlegung der jeweiligen Gebietsabgrenzungen und der beinhalteten Untersuchungsnetze erfolgt ein Abgleich der Grundanforderungen für den Fußverkehr (Führungsbreiten und Querungsmöglichkeiten) aus den aktuellen technischen Regelwerken mit dem vor Ort erfassten Bestand.

In den EFA 2002 wird über Art und Maß der baulichen Randnutzung sowie das Kfz-Verkehrsaufkommen eine Grundaussstattung für die Gehwegbreiten im Seitenraum sowie Maßnahmen im Querverkehr abgeleitet (Tabelle 7).

Die Zuordnung der straßenbegleitenden Randnutzungen erfolgt auf Grundlage der in den durchgeführten Befahrungen und Begehungen gesammelten Eindrücke.

Über eine Analyse der Lage von fußverkehrsrelevanten Infrastruktureinrichtungen und deren Einflussbereiche werden Aussagen zur Relevanz von Fußgängerlängs- und -querverkehr abgeleitet. Dabei werden die in der EFA aufgeführten und nach Einrichtungen typisierten Einflussbereiche (Tabelle 8) berücksichtigt.

**Tabelle 7: Grundanforderungen an Anlagen des Fußgängerverkehrs<sup>18</sup>**

	Kurzbeschreibung bzw. Nutzung	DTV <sup>1)</sup> [Kfz/24h]	Breite im Seitenraum <sup>1)</sup>	Maßnahmen im Querverkehr <sup>2)</sup>
1	Straßenunabhängig geführte Wege	–	3,00 m	(wenn Straßen gequert werden, gegebenenfalls dort erforderlich)
2	Befahrbare Wohnwege	< 500	Mindestbreite Straßenraum 4,50 m	keine Querungsanlagen erforderlich
3	Wohnstraße, offene Bebauung Einfriedungen ≤ 0,50 m Einfriedungen > 0,50 m	< 5 000	2,10 m 2,30 m	in der Regel keine Querungsanlagen, gegebenenfalls vorgezogene Seitenräume
4	Geschlossene Bebauung, geringe Dichte maximal 3 Geschosse	< 5 000	2,50 m	vorgezogene Seitenräume
5	Geschlossene Bebauung; mittlere Dichte: 3 bis 5 Geschosse	< 5 000	3,00 m	Mittelinseln, vorgezogene Seitenräume
6	Gemischte Wohn- und Geschäftsnutzung, mittlere Dichte: 3 bis 5 Geschosse	< 5 000	3,30 m	Mittelinseln, vorgezogene Seitenräume, Teilaufpflasterungen, FGÜ
7	Gemischte Wohn- und Geschäftsnutzung mit häufig frequentierte ÖPNV-Linie, hohe Dichte	< 5 000 < 10 000	4,00 m 5,00 m	Mittelinseln, FGÜ, gegebenenfalls LSA LSA
8	Ortsdurchfahrt, geringe Dichte, landwirtschaftliche Nutzung	< 15 000 ≥ 15 000	3,30 m 4,00 m	Mittelinseln, FGÜ, gegebenenfalls LSA LSA
9	Geschäftsstraße mit Auslagen, hoch frequentierter ÖPNV-Linie	< 15 000 ≥ 15 000	5,00 m 6,00 m	Linienhafte Querung: Mittelstreifen, FGÜ LSA

<sup>1)</sup> Werden die vorgegebenen Verkehrsstärken um mehr als 5 000 Kfz/24h überschritten, ist die Seitenraumbreite um 1,0 m zu erhöhen. Sind in einer Straße punktuell oder linienhaft örtliche Besonderheiten zu berücksichtigen, so können Zuschläge im Seitenraum nach der Tabelle 3 infrage kommen.

<sup>2)</sup> Die Hinweise für die Ausstattung mit Maßnahmen für den Fußgängerquerverkehr gelten jeweils für durchschnittliche Verhältnisse. Zur Auswahl der geeigneten Art von Querungshilfen vgl. Abschnitt 3.3.

**Tabelle 8: Einflussbereiche von Infrastruktureinrichtungen mit erhöhten Anforderungen an Gehwege<sup>19</sup>**

Art der Einrichtung	Einflussbereich (Radius)
Wohnen – Wohnheime – Altenheime	200 m 500 m
Schulen – Kindergärten/Grundschulen – weiterführende Schulen – Hochschulen	200 m 300 m 400 m
Dienstleistung – Verbrauchermärkte (lokaler Bedeutung) – Einkaufszentren – Gebäude mit Büro, Verwaltungs- und Praxisräumen (z. B. Rathaus, Post, Bank, Ärztehaus)	200 m 300 m 300 m
Versammlungsstätten, Sport- und Freizeit – Spiel-, Sportanlagen, öffentl. Bäder – Hotels, Pensionen, Kurheime – Museen, Denkmäler, Gebäude mit überörtlicher Bedeutung	200 m 300 m 200 m
– ÖPNV-Haltestelle – Bahnhof	200 m 500 m
– Städtisches Krankenhaus – Pflegeheime	200 m 300 m

<sup>18</sup> FGSV (2002): Empfehlungen für Fußgängerverkehrsanlagen, S. 15

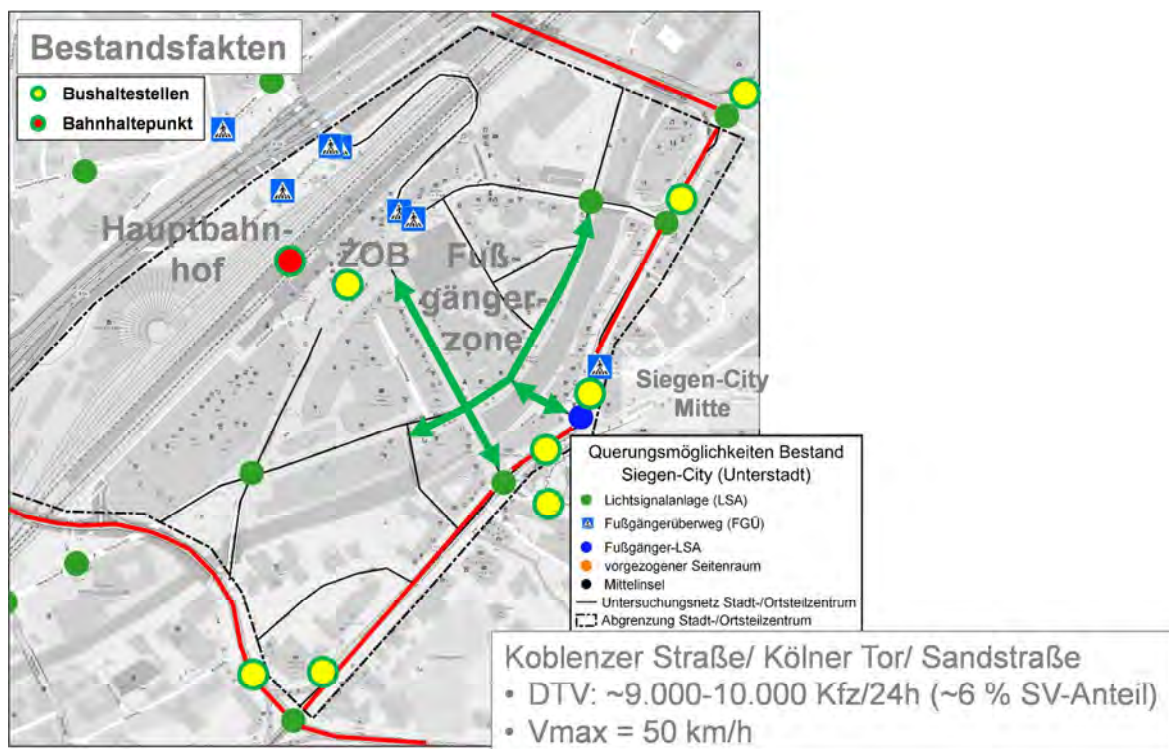
<sup>19</sup> FGSV (2002): Empfehlungen für Fußgängerverkehrsanlagen, S. 17

Der Abgleich zwischen Bestand und Bedarf bzgl. Führungsbreiten und Querungshilfen bietet eine erste Orientierung hinsichtlich des Handlungsbedarfs, ersetzt aber nicht eine Detailbetrachtung der Vor-Ort-Situation. Es zeigt sich aber, dass der Bedarf an Querungshilfen zum Großteil durch den vorhandenen Bestand abgedeckt wird. Im Gegensatz dazu gibt es weitreichenden Handlungsbedarf hinsichtlich der Führungsbreiten im Längsverkehr. Dies begründet sich vor allem durch die langfristige Ausrichtung der Verkehrsinfrastruktur und der über die Jahrzehnte angepassten Planungsrichtlinien. Wurden früher 1,50 m als ausreichende Gehwegbreite eingestuft, ergibt sich für das inzwischen veraltete Baumaß nach heutigem Planungsstandard Handlungsbedarf.

Nachfolgend werden die Analyseergebnisse für die einzelnen zentralen Versorgungsbereiche dargestellt. Im Hinblick auf die Lesbarkeit des Berichts befinden sich die Einzeldarstellungen der Randnutzungen, der Kfz-Belastungen, der Führungsbreiten (Bestand, Bedarf, Abgleich von Bestand und Bedarf) sowie der Querungshilfen (Bestand, Bedarf, Abgleich von Bestand und Bedarf) aller Untersuchungsbereiche im Anlagenband.

### Siegen-City (Unterstadt)

Die Unterstadt ist „eingeschlossen“ vom Hauptverkehrsstraßen und dem Schienennetz. Da die Unterstadt im Osten in das Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City (Mitte) übergeht, hat der Straßenabschnitt Koblenzer Straße/ Kölner Tor/ Sandstraße als für den Fußverkehr zu querende Achse eine besondere Bedeutung. Hier gilt eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h und es ist eine durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsbelastung von 9.000 bis 10.000 Kfz/24h zu verzeichnen. Der Schwerververkehrsanteil liegt in etwa bei 6 %. (Bild 19)



**Bild 19: Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City (Unterstadt)**

Die Unterstadt zeichnet sich in besonderem Maße für den Fußverkehr als attraktiv aus, da sich hier die Fußgängerzone mit Geschäftsbesatz (Bild 20) sowie die neue Sieguferpromenade (Bild 21) zum Flanieren befinden. Die Fußgängerzone schafft zudem Kfz-freie Verbindungsachsen (Bahnhofstraße und Kunstweg) zwischen Siegen-City (Mitte) und dem Verknüpfungspunkt ZOB/Hauptbahnhof Siegen. Die Gehwegbreiten dieser bedeutenden Fußgängerachsen sind ausreichend und Querungshilfen sind hier vorhanden. (Bild 19)



**Bild 20: Fußgängerzone**



**Bild 21: Sieguferpromenade**

Die Hufeisenbrücke (Freudenberger Straße) stellt eine zentrale Verbindung zwischen der auf westlicher und östlicher Seite der Gleise liegenden Bereiche dar. Trotz der geschwungenen Führung über die Gleisanlagen hat die Hufeisenbrücke sowohl für den Fußverkehr (Brückenverbindung zur Tiergartenstraße sowie Treppenverbindung zum Vorplatz der Post) als auch für den Radverkehr eine Bedeutung (Verbindung zwischen Vorrangroute und Hauptnetz). Zurzeit besteht für die Hufeisenbrücke nur eine eingeschränkte Nutzung, da die Bausubstanz marode geworden ist. Eine Entscheidung über die weitere Nutzungsmöglichkeit ist noch nicht getroffen. Aufgrund der Komplexität war diese Fragestellung nicht Aufgabenbestandteil des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität der Universitätsstadt Siegen.

Hinsichtlich des Stadt-/Ortsteilzentrums Siegen-City (Unterstadt) wird kein spezifischer Handlungsbedarf gesehen, sondern vielmehr allgemeiner wie

- die Freihaltung der Gehwege von Hindernissen,
- fußgängerfreundliche Lichtsignalschaltungen („Ampeln“) und
- die Gewährleistung der Barrierefreiheit im Längs- und Querverkehr.

Hinsichtlich der weiteren Planungen zur Hufeisenbrücke sollte in jedem Fall die Bedeutung dieser Verbindung für den Fuß- und Radverkehr berücksichtigt werden. Hierbei ist beispielsweise auch der Knotenpunkt Freudenberger Straße/ Am Bahnhof mitzudenken (Bild 22). Aufgrund der Zufahrtssituation zum ZOB hat dieser Knotenpunkt eine besondere Bedeutung. Heute ist hier ein überbreiter Fußgängerüberweg („Zebrastreifen“) als Querungshilfe angelegt. Hier wird empfohlen, die Gestaltung zu optimieren.

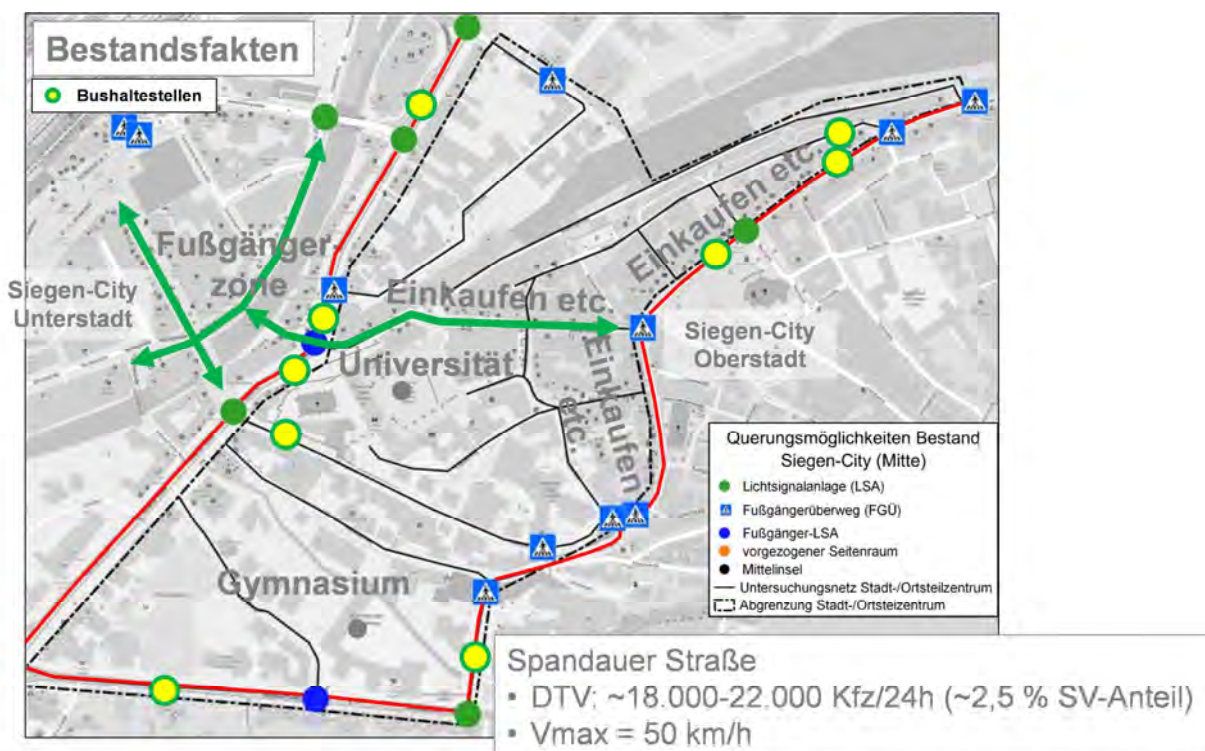




**Bild 22: Knotenpunkt Freudenberger Straße/ Am Bahnhof**

### Siegen-City (Mitte)

Siegen-City (Mitte) ist „eingeschlossen“ von Hauptverkehrsstraßen (Koblenzer Straße/ Kölner Tor/ Sandstraße und Löhrtor/ Löhrstraße). Da das Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City (Mitte) im Westen in die Unterstadt und im Osten in die Oberstadt übergeht, haben die Straßenabschnitte Koblenzer Straße/ Kölner Tor/ Sandstraße (westlich) und Löhrstraße/ Markt/ Marburger Straße (östlich) als für den Fußverkehr zu querende Achsen eine besondere Bedeutung. Sie werden bestandstechnisch in den angrenzenden Stadt-/Ortsteilzentren Siegen-City (Unterstadt) und Siegen-City (Oberstadt) berücksichtigt. (Bild 23)



**Bild 23: Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City (Mitte)**



Auch die im Süden gelegene Spandauer Straße sollte aufgrund der angrenzenden Schulen (Gymnasium am Löhrtor, Grundschule Spandauer Schule) und den zukünftigen Universitätsstandorten berücksichtigt werden. Hier gilt eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h und es ist eine durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsbelastung von 18.000 bis 22.000 Kfz/24h zu verzeichnen. Der Schwerververkehrsanteil liegt in etwa bei 2,5 %. (Bild 23)

Für alle drei Verkehrsachse gilt: an allen für den Fußverkehr bedeutenden Knotenpunkten sind Querungshilfen vorhanden. Die Fußgängerachsen innerhalb von Siegen-City (Mitte) sind

- die Kölner Straße (Verbindungsachse zwischen Unter- und Oberstadt, Bild 24),
- der Obergraben (Verbindungsachse zwischen Unterstadt und Universität, Bild 25),
- der Häutebachweg (Verbindungsachse zwischen Unterstadt und Parkhaus Altstadt, Bild 26) sowie
- die Oranienstraße (Verbindungsachse zwischen ZOB/ Hauptbahnhof Siegen und Schulen, Bild 27).

Die Kölner Straße ist eine Fußgängerzone. Der Häutebachweg und der Obergraben liegen in einer Tempo 30-Zone. Grundsätzlich sind die hier vorhandenen Gehwegbreiten ausreichend dimensioniert, in den beiden Straßen dominiert jedoch der ruhende Kfz-Verkehr. Die Oranienstraße weist zwar eine Gehwegbreite von  $\leq 2,00$  m auf, da sie aber als Verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen ist, gilt der gesamte Straßenraum als Mischfläche, die von allen Verkehrsteilnehmern in Anspruch genommen werden darf. Trotz der geringen zulässigen Höchstgeschwindigkeit (Schrittgeschwindigkeit) wird im Beteiligungsprozess mitgeteilt, dass die Oranienstraße oftmals als „Schleichweg“ genutzt wird.



**Bild 24: Kölner Straße**



**Bild 25: Obergraben**



Bild 26: Häutebachweg

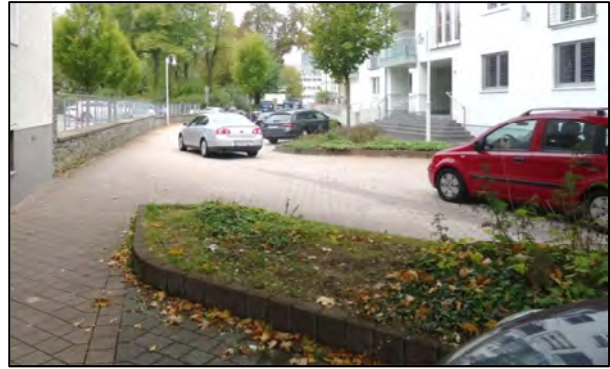


Bild 27: Oranienstraße

Für die Kölner Straße ergibt sich kein Handlungsbedarf.

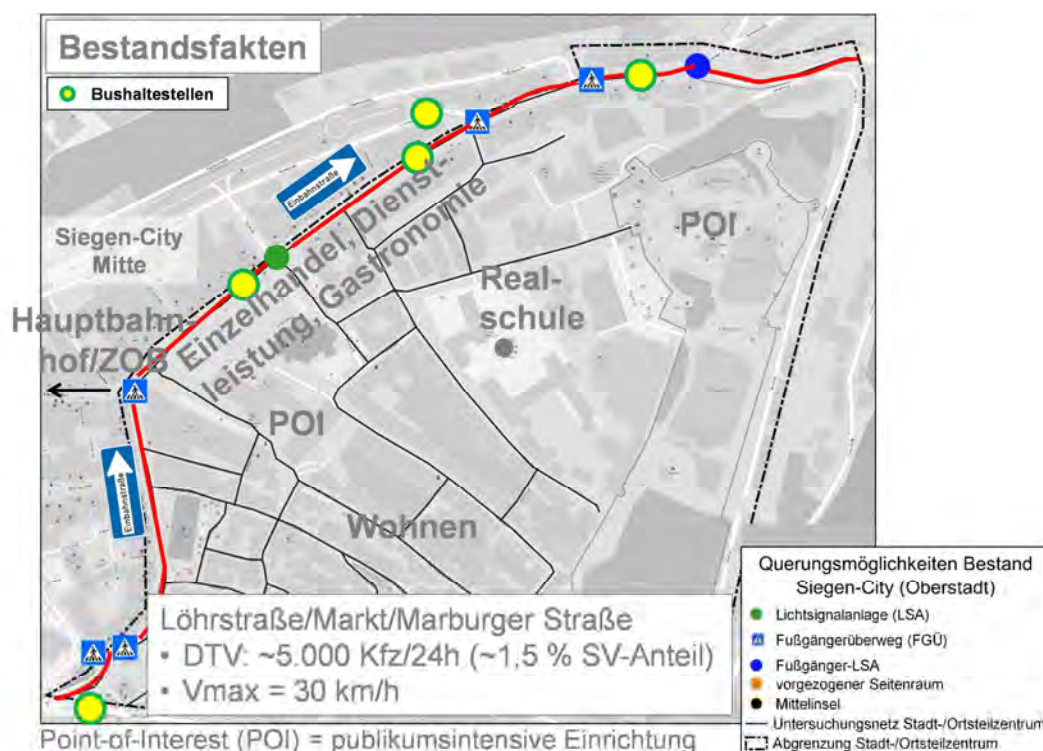
Um die Attraktivität der Verbindungsachse Obergraben für den Fußverkehr weiter zu verbessern, wird eine weitere Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit aufgrund des vorhandenen straßengegebenen Linienbusverkehrs für schwierig erachtet. Es sollte aber überprüft werden, ob das vorhandene Parkraumangebot hier neu strukturiert oder ggf. auch reduziert werden kann, sodass die Gehwege vom ruhenden Kfz-Verkehr freigehalten werden.

Der Häutebachweg und in Verlängerung auch Flurwende/ Am Lohgraben stellt für den Radverkehr eine attraktive Alternativroute zur stark belasteten Spandauer Straße/ Frankfurter Straße dar. Mit der Ausweisung und Gestaltung einer Fahrradstraße kann diese Bedeutung weiter gestärkt werden. Dabei sollte aber in jedem Fall der Fußverkehr mitgedacht werden, sodass die Umgestaltung auch für ihn positive Wirkungen hat (z. B. verbesserte Aufenthaltsqualität). Da im jetzigen Bestand der ruhende Kfz-Verkehr dominiert, ist zu prüfen, ob im Hinblick auf eine attraktive Umgestaltung zur Fahrradstraße das Parkraumangebot neu strukturiert oder ggf. auch reduziert werden kann.

Bezüglich der Oranienstraße ist festzuhalten, dass die bisherige bauliche und verkehrsrechtliche Geschwindigkeitsreduzierung die „Schleichweg“-Nutzung nicht gänzlich unterbindet. Eine Beschränkung der Zufahrt der Oranienstraße nur für Anlieger wird wenig Wirkung haben, da die Beachtung der Zufahrtsbeschränkung eine stetige Kontrolle erfordert. Eine gänzliche Unterbindung der „Schleichweg“-Nutzung ist nur durch eine Abbindung der Oranienstraße von der Koblenzer Straße möglich. Dazu muss in jedem Fall eine Wendemöglichkeit für den in die Oranienstraße aus Richtung Spandauer Straße einfahrenden Kfz-Verkehr geschaffen werden. Es wird empfohlen, als Entscheidungsgrundlage die tatsächliche Kfz-Verkehrsbelastung der Oranienstraße bzw. der Menge der „Schleichverkehre“ (Kennzeichenverfolgung an der Zu- und Ausfahrt der Oranienstraße) zu erheben und mit den Orientierungswerten von typischen Entwurfsituationen aus den Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) zu vergleichen. Wird die erfasste Kfz-Verkehrsbelastung bzw. die Menge der „Schleichweg“-Nutzer als zu hoch eingeschätzt, stellt die Abbindung der Oranienstraße die effektivste Lösungsmöglichkeit zur Unterbindung der „Schleichweg“-Nutzung dar.

### Siegen-City (Oberstadt)

Das Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City (Oberstadt) ist geprägt durch den Altstadtcharakter. Es gibt enge Straßenräume und aufgrund der Hanglage eine starke topographische Bewegung. Für den Fußverkehr hat vor allem die Achse Löhrrstraße/ Markt/ Marburger Straße, entlang derer sich Einzelhandel, Dienstleistungen und Gastronomie angesiedelt haben, eine hohe Bedeutung, da sie zur Erreichung des angrenzenden Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City (Mitte) bzw. zur Erreichung des ZOB/Hauptbahnhof Siegen (Unterstadt) gequert werden muss. Hier gilt eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h und es ist eine durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsbelastung von 5.000 Kfz/24h zu verzeichnen. Der Schwerververkehrsanteil liegt in etwa bei 1,5 %. (Bild 28)



**Bild 28: Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City (Oberstadt)**

An den Knotenpunkten der Querungsachse Löhrrstraße/ Markt/ Marburger Straße sind Querungshilfen vorhanden. Die Gehwegbreiten sind aufgrund des Altstadtcharakters überwiegend gering ( $\leq 2,00$  m bzw. 2,50 m). Aufgrund der Mischnutzung im Gebiet herrscht eine hohe Parkraumnachfrage (Bild 29, Bild 30, Bild 31).





**Bild 29: Löhrrstraße (unterer Abschnitt)**



**Bild 30: Löhrrstraße (oberer Abschnitt)**



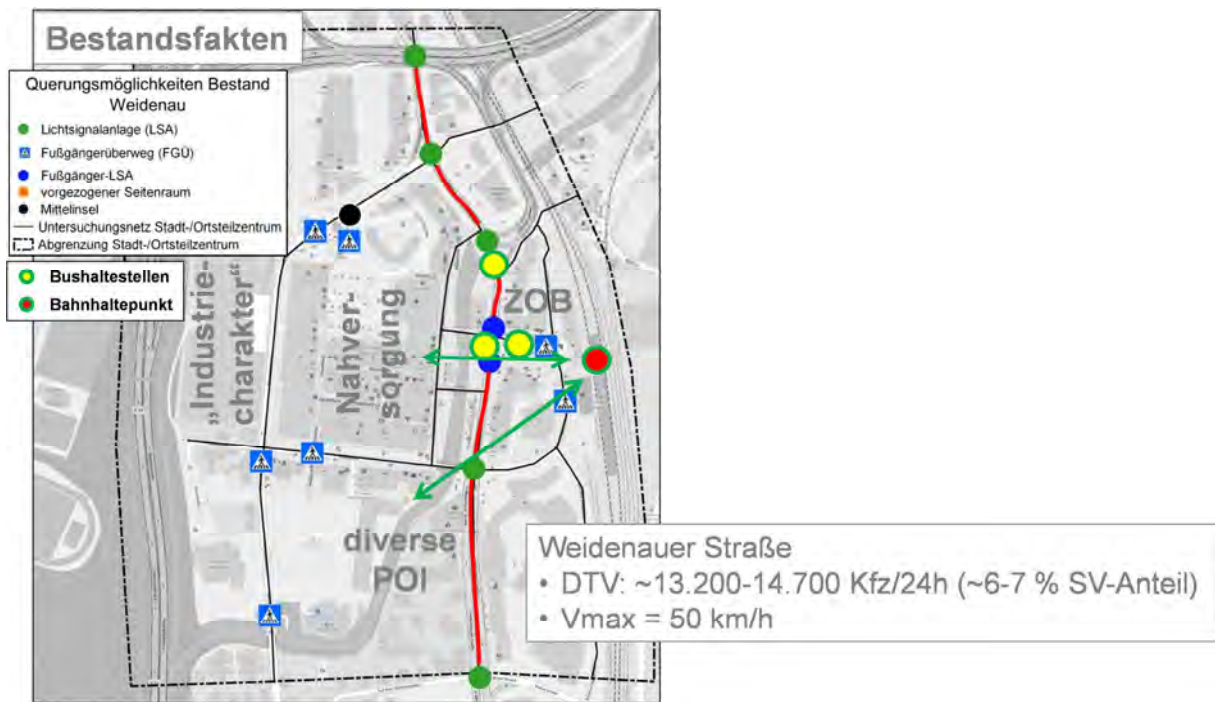
**Bild 31: Markt**

Für das Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City (Oberstadt) wird kein spezifischer Handlungsbedarf gesehen, vielmehr allgemeiner wie

- die Anpassung der Parkraumbewirtschaftung inkl. Kontrollmaßnahmen (Langzeit- und Dauerparker in umliegende Parkhäuser leiten, siehe hierzu auch Kap. 3.9),
- die Freihaltung der Gehwege von Hindernissen,
- fußgängerfreundliche Lichtsignalschaltungen („Ampeln“) und
- die Gewährleistung der Barrierefreiheit im Längs- und Querverkehr.

### Weidenau

Für den Fußverkehr im Stadt-/Ortsteilzentrum Weidenau ist vor allem die Verbindung zum Verknüpfungspunkt ZOB/ Bahnhof Weidenau von Bedeutung und damit die zu querende Verkehrsachse Weidenauer Straße. Hier gilt eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h und es ist eine durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsbelastung von 13.200 bis 14.700 Kfz/24h zu verzeichnen. Der Schwerververkehrsanteil liegt in etwa bei 6 bis 7 %. (Bild 32)



**Bild 32: Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Weidenau**

Die Gehwegbereiten sind zum Großteil in den für den Fußgängerlängsverkehr bedeutenden Bereichen ausreichend dimensioniert. An allen Knotenpunkten der Weidenauer Straße im Stadt-/Ortsteilzentrum Weidenau sind Querungshilfen vorhanden. Vor Ort konnte jedoch beobachtet werden, dass auf dem unteren Abschnitt der Weidenauer Straße (zwischen Poststraße und Breite Straße; ca. 210 m Abschnittslänge) die vorhandene bauliche Fahrstreifentrennung zum Teil als Querungshilfe genutzt wird. Es wird jedoch vermutet, dass es sich hierbei um Einzelfälle und nicht um den Regelfall handelt. Falls ein größerer Querungsbedarf auf Grundlage weiterer Beobachtungen zu erkennen ist, kann eine Fußgängerlichtsignalanlage zwischen den beiden Knotenpunkten installiert werden. Sollen nur Querungen an den Knotenpunkten ermöglicht werden, ist eine Absperrung auf der baulichen Fahrstreifentrennung anzubringen.

Das Wohngebiet „Weidenau“ liegt östlich der Bahnlagen, die in diesem Fall eine Barriere darstellt. Zur Überwindung ist es dem Fußverkehr möglich den fußläufigen Anschluss über den Billweg und die Breite Straße (außerhalb Untersuchungsraum) zu nutzen. Am Billweg kann zur Querung entweder der Bahnübergang (Bild 33) genutzt werden, der jedoch evtl. mit Wartezeiten verbunden ist, oder die Bahnunterführung genutzt werden, die derzeit wenig „einladend“ wirkt (Bild 34). Es wurden aber schon erste Verbesserungsmaßnahmen umgesetzt (Bild 35 und Bild 36). Es wurden die Trittkanten optisch markiert und Schieberillen für den Radverkehr montiert. Hierzu ist jedoch anzumerken, dass die Schieberillen ohne Abstand zur Seitenwand montiert wurden und damit die Nutzung für Fahrräder mit Gepäcktaschen nicht bzw. nur schwer möglich ist. Vor diesem Hintergrund sollte eine Versetzung der Schieberillen geprüft werden.



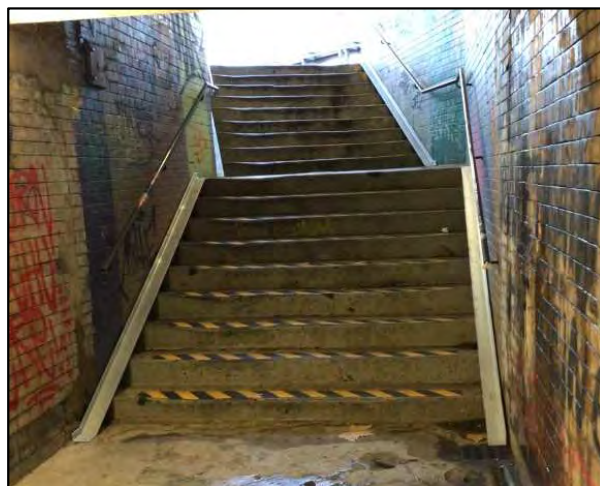
**Bild 33: Bahnübergang Weidenau**



**Bild 34: Eingangsbereich der Unterführung Bahnhof Weidenau**



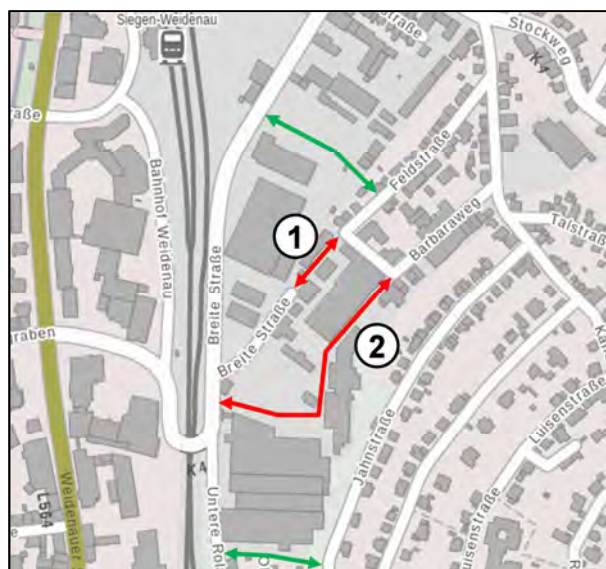
**Bild 35: Unterführungssituation vorher**



**Bild 36: Unterführungssituation nachher**

Eine Durchbindung von der Breite Straße aus zum östlich gelegenen Wohngebiet ist derzeit über zwei Fußwegeverbindungen zur Feldstraße (unbefestigte Oberfläche und verkehrsrechtlich nicht als „Gehweg“ beschildert) und zur Jahnstraße (verkehrsrechtlich als „Gehweg“ beschildert) vorhanden (grün markiert in Bild 37). Um die Nutzbarkeit zu verbessern sollten die Verbindungen zur Feldstraße befestigt und verkehrsrechtlich als „Gehweg“ beschildert werden, sodass sie einen „offiziellen“ Charakter erhalten. Zusätzlich fehlt derzeit eine direkte Durchbindung vom Knotenpunkt Breite Straße/ Untere Rolandstraße, wodurch größere Umwege entstehen. In Bild 37 sind zwei potenzielle Durchbindungen aufgezeigt. Die Herstellung des ersten Vorschlags (Nr. 1) könnte aufgrund vorhandener Bebauung schwierig sein. In Bezug auf den zweiten Vorschlag (Nr. 2) sind Wege auf Privatgrundstück vorhanden. Hier ist die Nutzungsmöglichkeit abzuklären. (Bild 37)





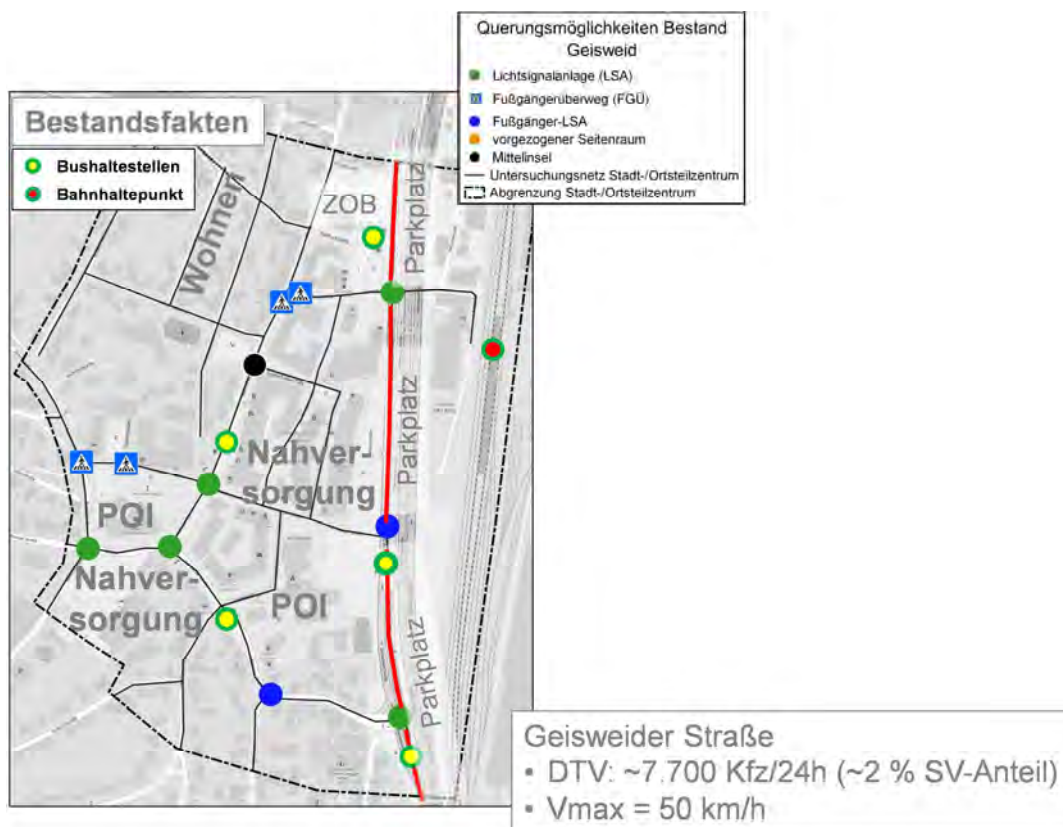
**Bild 37: Maßnahmenmöglichkeit Breite Straße Weidenau**

### Geisweid

Für den Fußverkehr im Stadt-/Ortsteilzentrum Geisweid ist vor allem die Verbindung zum Verknüpfungspunkt ZOB/ Bahnhof Geisweid und den dort vorhandenen Parkplätzen von Bedeutung und damit die zu querende Verkehrsachse Geisweider Straße. Hier gilt eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h und es ist eine durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsbelastung von 7.700 Kfz/24h zu verzeichnen. Der Schwerverkehrsanteil liegt in etwa bei 2 %. (Bild 38)

An allen Knotenpunkten der Geisweider Straße im Stadt-/Ortsteilzentrum Geisweid sind Querungshilfen vorhanden. Fußgängerlängsverkehr ist vor allem für die Geisweider Straße zu verzeichnen, da die Parkplatznutzer zu den Knotenpunkten laufen, um dort zu queren. Die Gehwege der Geisweider Straße erfüllen die Regelbreiten nicht, weisen aber dennoch eine Breite von mehr als 2 m auf.

Neben dem Querungsbedarf der Geisweider Straße wird auch ein erhöhter Querungsbedarf von dem vorhandenen Wohngebiet zum ZOB gesehen. Im Bereich der Nahversorgung ist hier eine Mittelinsel angeordnet. Vor diesem Hintergrund wird analog dazu für den Knotenpunkt Wartburgstraße/ Marktstraße eine Mittelinsel vorgeschlagen. (Bild 38)



**Bild 38: Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Geisweid**

Bezüglich der Führung des Fußverkehrs von dem Parkplatz unterhalb der Hüttentalstraße (HTS) zum Nahversorgungszentrum über die Geisweider Straße gibt es Bereiche, in denen ein „offener Seitenausgang“ besteht (Bild 39). An einigen Stellen, an denen es einen Höhenunterschied zwischen dem Parkplatz und der Hauptverkehrsstraße gibt, ist diese Möglichkeit nicht gegeben (Bild 40). Für die Parkplatznutzer fehlen Hinweisschilder zum Auffinden der Ausgänge bzw. der Knotenpunkte. Dies ist vor allem für Ortsunkundige von Bedeutung. Es wird empfohlen entsprechende Hinweisschilder zu den nächstgelegenen Ausgängen des Fußverkehrs mit Angabe des Knotenpunkts im Parkplatzbereich zur Verbesserung der Orientierung anzubringen.



**Bild 39: Parkplatz unter Hüttentalstraße (Höhe ZOB)**



**Bild 40: Parkplatz unter Hüttentalstraße (Höhe Lindenplatz)**



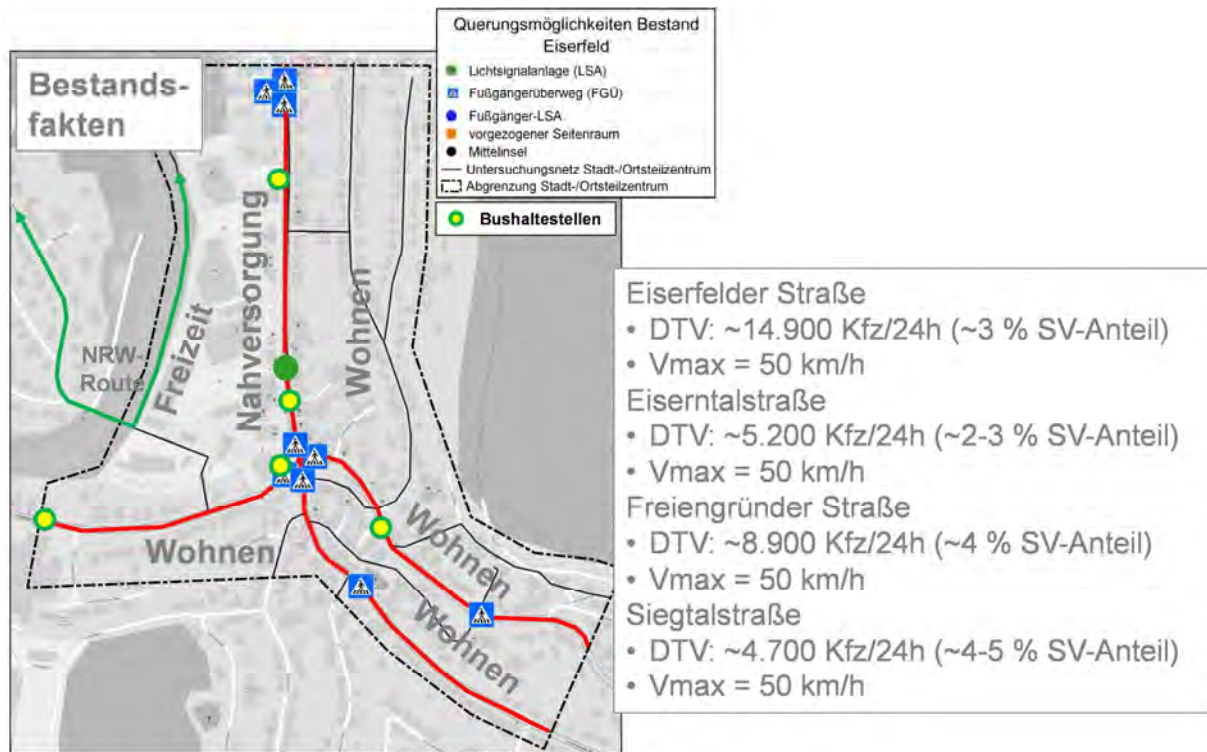
Im Rahmen der Bürgerbeteiligung wurde die Ausweisung der Rijsburger Straße als Fußgängerzone als Wunsch/ Idee angemerkt. Die Ausweisung einer Fußgängerzone ist grundsätzlich möglich, da die Rijsburger Straße nur eine geringe Verbindungsfunktion hat, jedoch wäre dann die Erreichbarkeit der vorhandenen Parkstände nicht mehr gegeben. Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, die Rahmenbedingungen für die Umgestaltung nach dem sogenannten „Shared Space“-Prinzip zu überprüfen (ausreichend hoher Querungsbedarf). Zudem ist die Erweiterung der Fußgängerzone auf den Bereich Röntgenstraße zu prüfen, bei dem dann die vorhandenen Parkstände entfallen würden. (Bild 41)



**Bild 41: Maßnahmenmöglichkeiten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Geisweid**

### Eiserfeld

Im Stadt-/Ortsteilzentrum Eiserfeld besteht ein differenziertes Nahversorgungsangebot entlang der Eiserfelder Straße (v. a. auf der westlichen Seite). Im restlichen Gebiet ist eine Wohnnutzung vorhanden. Damit zeichnet sich das Stadt-/Ortsteilzentrum durch eine Punktlage am Knotenpunkt Eiserfelder Straße/ Eiserntalstraße aus, der die zentralen Hauptverkehrsstraßen im Stadt-/Ortsteilzentrum verknüpft. Die höchste verkehrliche Bedeutung hat dabei die zum Stadtzentrum Siegen führende Verkehrsachse Eiserfelder Straße. Hier gilt eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h und es ist eine durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsbelastung von 14.900 Kfz/24h zu verzeichnen. Der Schwerverkehrsanteil liegt in etwa bei 3 %. Auch für die anderen drei angebundenen Straßen gilt eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h. Die Kfz-Verkehrsbelastung sind jedoch geringer (zwischen 4.700 und 8.900 Kfz/24h). (Bild 42)



**Bild 42: Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Eiserfeld**

Die Gehwegbreiten erfüllen die Dimensionierungsanforderungen (Regelbreite) zum Großteil nicht. Im Bereich der Freiengründer Straßen und den Wohngebieten liegen die Gehwegbreiten sogar bei maximal 2 m.

In Eiserfeld verlaufen die Fußverbindungen vor allem aus den Wohngebieten zur Nahversorgung sowie zum Siegufer als Naherholungsgebiet. Daraus ergibt sich ein Querungsbedarf an der Eiserfelder Straße sowie an der Siegtalstraße. Querungsmöglichkeiten bestehen am Knotenpunkt Eiserfelder Straße/ Eiserntalstraße sowie am Zugang zur Nahversorgung. Auch eine Verbindung zwischen dem Sieguferweg und der Nahversorgung ist vorhanden. Im Bereich der Siegtalstraße ist dagegen keine Querungshilfe vorhanden. Vor allem der Knotenpunkt Siegtalstraße/ Bühlstraße (Bild 43) hat im Hinblick auf die Erreichbarkeit der Sieg (Naherholung) eine Bedeutung, da er auch in das Radverkehrsnetz NRW eingebunden ist. Es ist zu prüfen, ob zur Verbesserung der Querungsmöglichkeit hier eine Mittelinsel und/oder ein Fußgängerüberweg („Zebrastrifen“) umgesetzt werden kann.



**Bild 43: Knotenpunkt Siegtalstraße/ Bühlstraße**

## Niederschelden

Im Stadt-/Ortsteilzentrum Niederschelden verlaufen die Fußverbindungen vor allem zwischen den Wohngebieten und dem Bahnhof sowie zwischen den Wohngebieten und der Nahversorgung, die sich entlang der Siegtalstraße befindet. Für sie gilt eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h und es ist eine durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsbelastung von 8.200 Kfz/24h zu verzeichnen. Der Schwerververkehrsanteil liegt in etwa bei 4-5 %. (Bild 44)



**Bild 44: Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Niederschelden**

Die Siegtalstraße wurde im zentralen Versorgungsbereich erst kürzlich neu gestaltet, sodass ausreichend dimensionierte und moderne Gehwege vorhanden sind. Fußgängerüberwege („Zebrareifen“) sind im zentralen Versorgungsbereich vorhanden.

Im Zuge der Bestandsaufnahme sind vor allem Details in Bezug auf die Erreichbarkeit des Bahnhofpunkts Niederschelden-Nord (Bild 45, Bild 46) aufgefallen:

- fehlende Wegweisung (schwierige Orientierung für Ortsunkundige),
- fehlende Direktverbindung vom Nahversorgungszentrum aus (Umfangfaktor ca. 2,1) und
- fehlende Querungsmöglichkeit im Zugangsbereich zum Bahnhofpunkt.





Bild 45: Bahnüberweg/Zuwegung Bahnhof



Bild 46: Bahnüberweg/Zuwegung Bahnhof

Es werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Wegweisung zum Bahnhofsteilzentrum im zentralen Versorgungsbereich,
- Möglichkeit für eine Direktverbindung zum Bahnhofsteilzentrum über Johannesstraße prüfen sowie
- Anlage eines Fußgängerüberwegs („Zebrastrifen“) zwischen Bühlsstraße und Bahnübergang prüfen.

#### Kaan-Marienborn

Das Stadt-/Ortsteilzentrum Kaan-Marienborn verfügt über eine zentral gelegene punktuelle Nahversorgung, sodass für den Fußverkehr vor allem die Verbindungen zwischen den Wohngebieten und der Nahversorgung von Bedeutung sind. Hierdurch besteht Querungsbedarf für die Verkehrsachse Hauptstraße, für die eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h gilt und eine durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsbelastung von 12.400 Kfz/24h zu verzeichnen ist (Schwerverkehrsanteil von 3-4 %). (Bild 47)

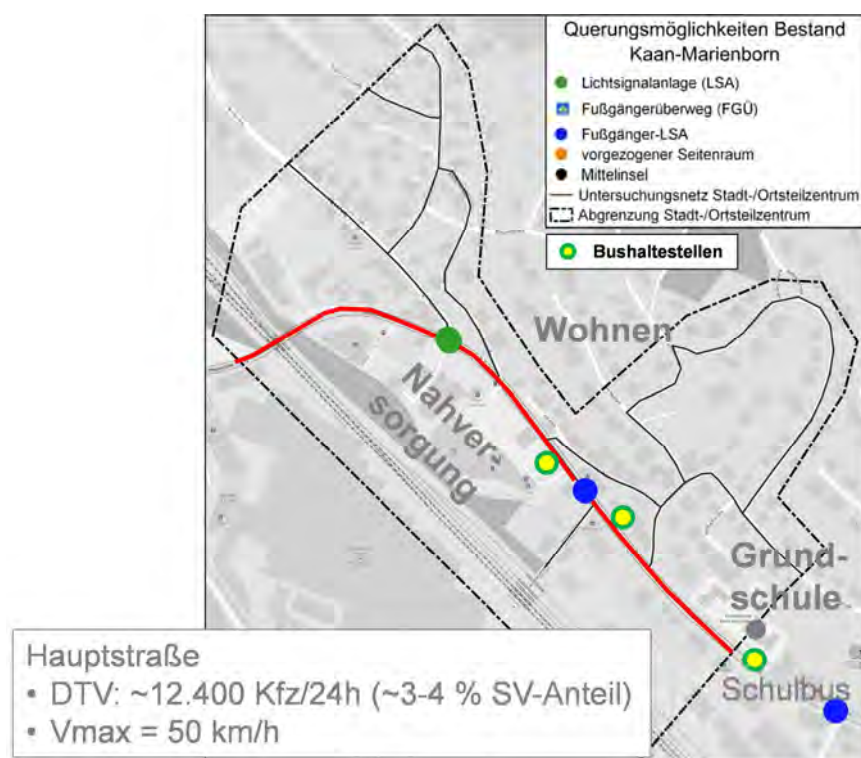
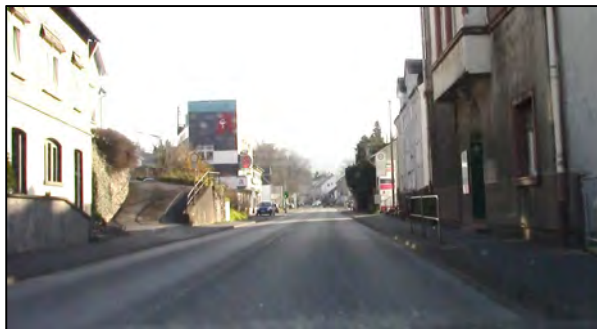


Bild 47: Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Kaan-Marienborn

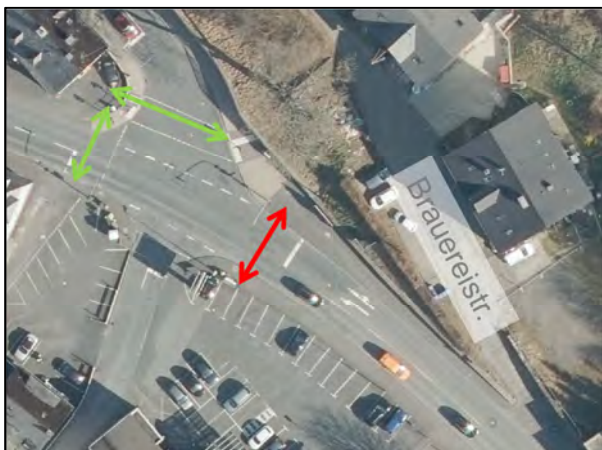
Die Hauptstraße weist ausreichend dimensionierte Gehwege (2,50-3,00 m) auf. An den beiden Zugängen zur Nahversorgung sind Querungshilfen vorhanden. Die Anbindungen der beiden „Wohnstraßen“ Brauereistraße (Bild 48) und Am Rain (Bild 49) an die Hauptstraße verfügen selbst über keine Querungshilfe, liegen aber in unmittelbarer Nähe der vorhandenen Querungshilfen (70 bis 80 m). Am Knotenpunkt Hauptstraße/ Brüderweg fehlt jedoch im östlichen Knotenpunktarm eine Fußgängerfurt, sodass hier beim Queren für den Fußgänger ein Umweg entsteht (zwei Ampelphasen, Bild 50). Es wird empfohlen zu prüfen, ob die fehlende Fußgängerfurt angelegt werden kann.



**Bild 48: Anbindung Brauereistraße**



**Bild 49: Anbindung Am Rain**



**Bild 50: Querung im Bereich Brauereistraße**



**Bild 51: Querung im Bereich Am Rain**

Bei den Haltestellen Eisenhüttenstraße (Bild 52) und Schulbushaltestelle (Bild 53) gibt es keinen separaten Wartebereich für die Nutzer. Aufgrund der geringen Frequentierung wird jedoch auch kein dringlicher Handlungsbedarf gesehen.



**Bild 52: Haltestelle Eisenhüttenstraße, südliche Seite**

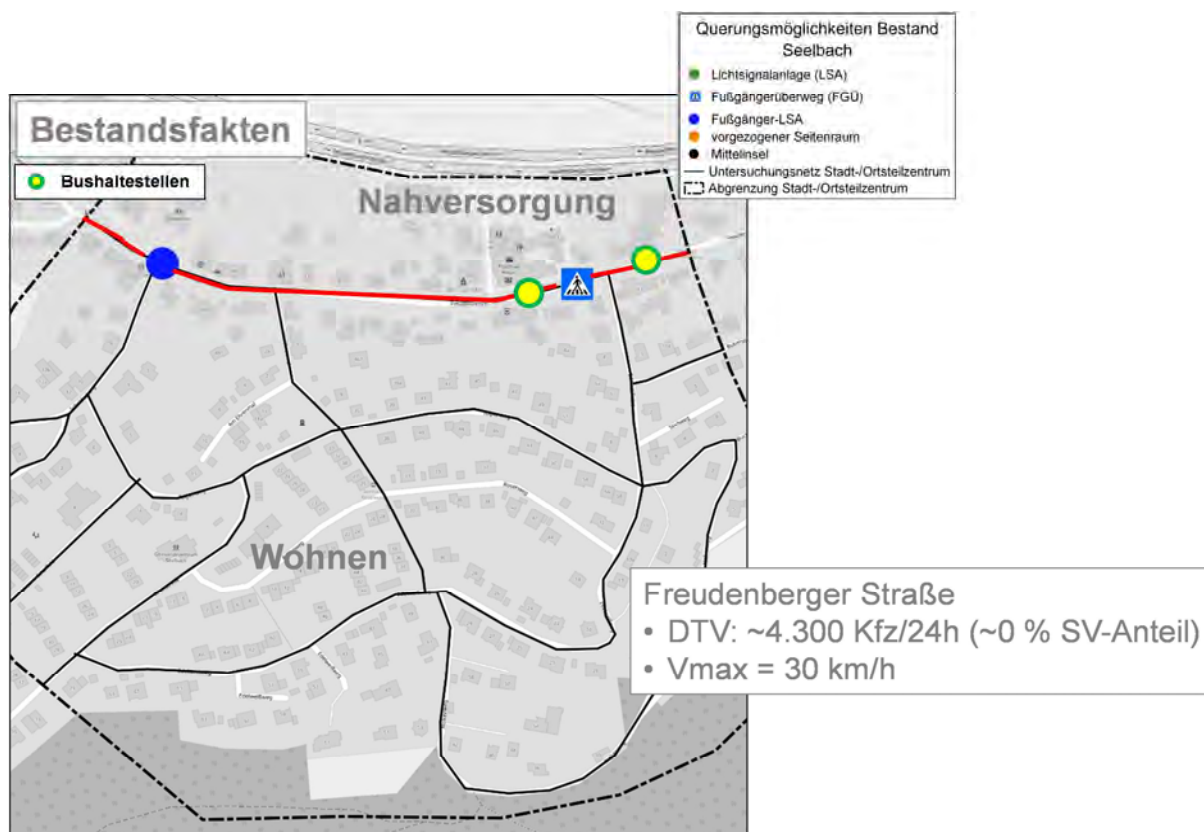


**Bild 53: Schulbushaltestelle**

### Seelbach

Das Stadt-/Ortsteilzentrum Seelbach verfügt über eine zentral gelegene punktuelle Nahversorgung, sodass für den Fußverkehr vor allem die Verbindungen zwischen den Wohngebieten und der Nahversorgung von Bedeutung sind. Hierdurch besteht Querungsbedarf für die Verkehrsachse Alte Freudenberger Straße, für die eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h gilt und eine durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsbelastung von 4.300 Kfz/24h zu verzeichnen ist (Schwerverkehrsanteil ca. 0 %). (Bild 54)

Die im Stadt-/Ortsteilzentrum vorhandenen Gehwege weisen überwiegend eine maximale Führungsbreite von 2 m auf. Unmittelbar vor der Nahversorgung befindet sich ein Fußgängerüberweg („Zebrastreifen“).



**Bild 54: Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Seelbach**



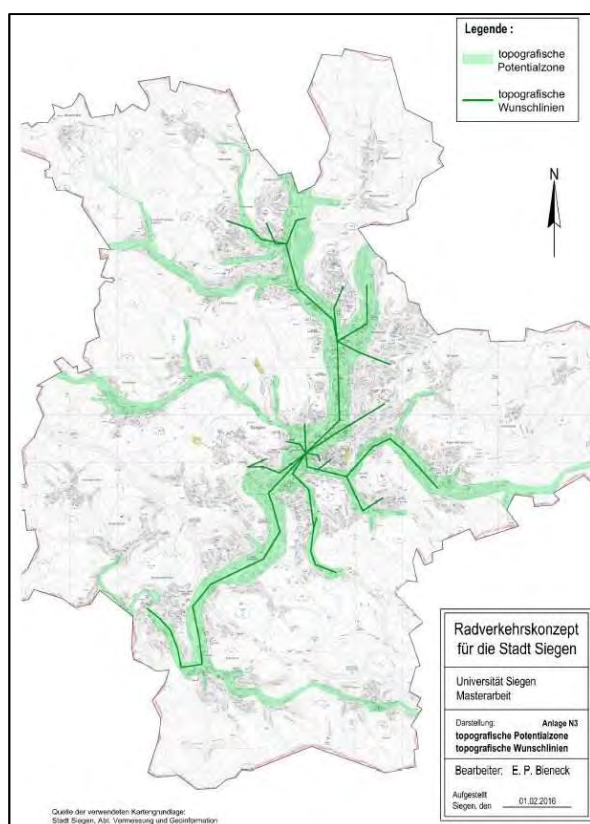
Aufgrund der überwiegenden Wohnnutzung ergibt sich für das Stadt-/Ortsteilzentrum Seelbach kein direkter Handlungsbedarf. Die bemängelte Dimensionierung der Gehwebreiten sollte im Zuge von Neu-/Umgestaltungsmaßnahmen angepasst werden.

### 3.6 Radverkehr

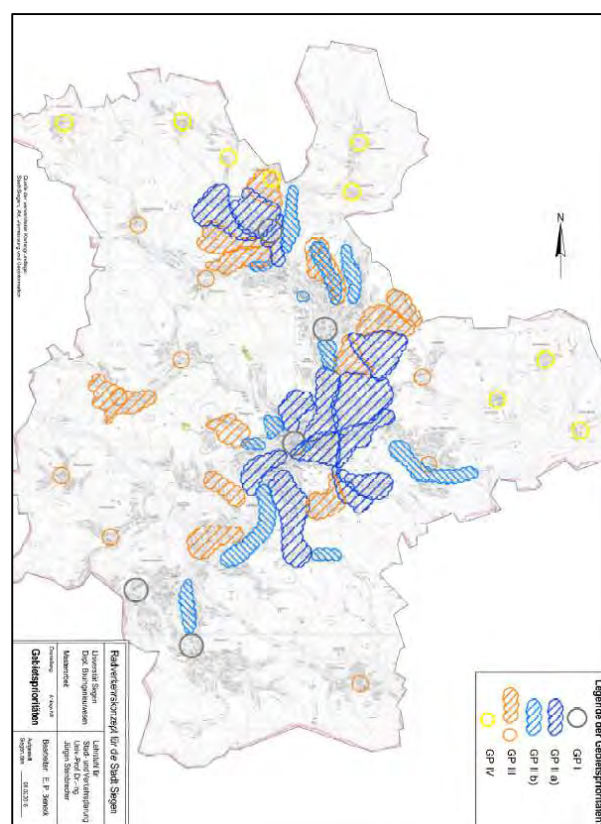
#### 3.6.1 Netzdefinition

Im Rahmen einer studentischen Arbeit an der Universität Siegen wurde 2016 ein städtisches Radverkehrsnetz für die Universitätsstadt Siegen aufgestellt. Der Netzplan wurde unter Berücksichtigung der Topographie (Bild 55), der Siedlungsstruktur (Gebietsprioritäten, Bild 56) sowie der verkehrlichen Verbindungsfunktion zwischen den Siedlungsgebieten (Bild 57) festgelegt und enthält folgende Kategorien (Bild 58):

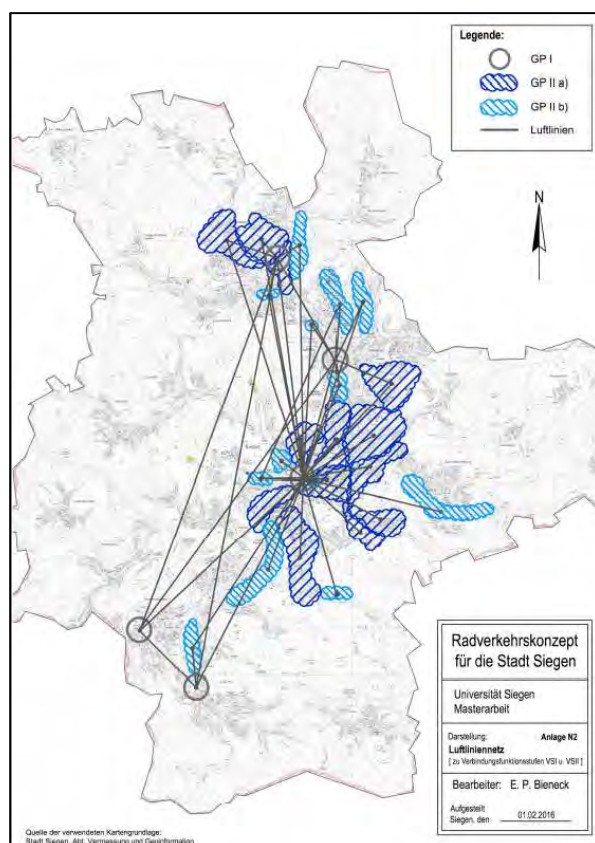
- Hauptnetz: der Radverkehr wird im Hauptverkehrsstraßennetz in der Talachse geführt,
- Vorrangroute: der Radverkehr wird parallel zum Hauptnetz überwiegend abseits des Kfz-Verkehrs geführt,
- Grundnetz: bestehend aus grundlegenden Radverkehrsverbindungen und relevanten Nebenverbindungen,
- Grundnetzerweiterungen (A und B): dienen der Anbindung der abseits der Talachse liegenden Stadtteile an die Talachse.



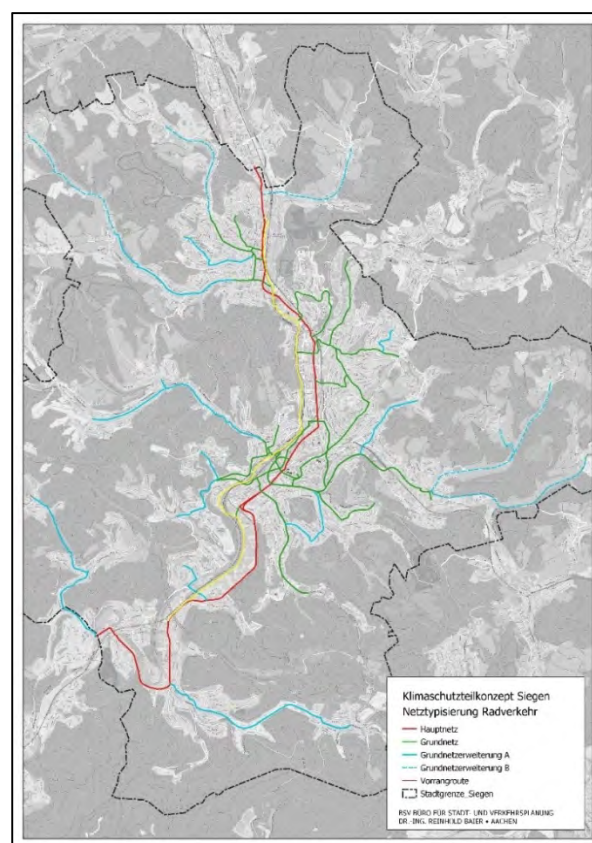
**Bild 55: Topographische Potenzialachsen im Radverkehr**



**Bild 56: Gebietsprioritäten im Radverkehr**



**Bild 57: Verbindungsfunktionen zwischen den Gebietsprioritäten im Radverkehr**



**Bild 58: Kategorisierung des städtischen Radverkehrsnetzes der Universitätsstadt Siegen**

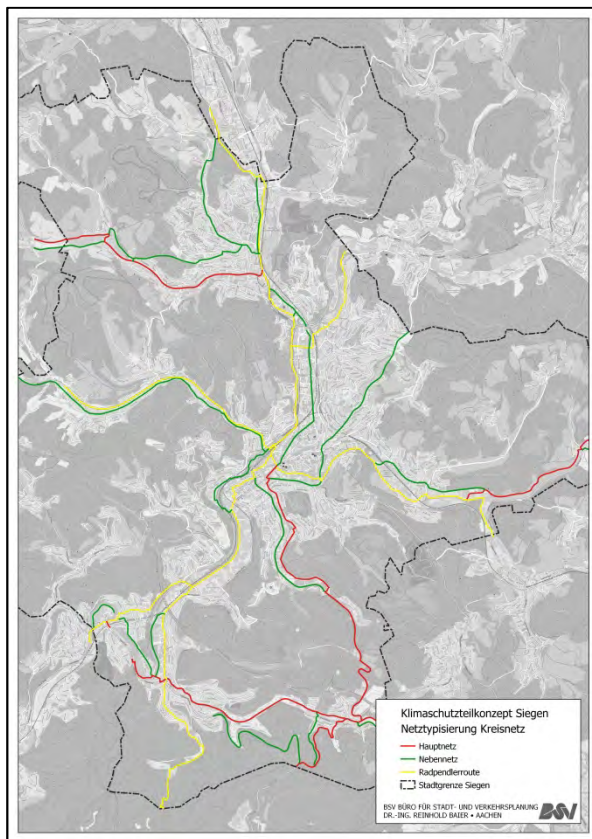
Parallel zur Erarbeitung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität der Universitätsstadt Siegen wurde ein Radverkehrskonzept auf Kreisebene ausgearbeitet, welches neben Verbindungen zwischen den kreisangehörigen Kommunen Anschlusspunkte an das städtische Radverkehrsnetz der Universitätsstadt Siegen berücksichtigt. Auch hier gibt es eine Netzkategorisierung (Bild 59):

- Hauptnetz: möglichst direkte Verbindungsrouten, die in Siegen überwiegend im Hauptverkehrsstraßennetz verlaufen,
- Nebennetz: bestehend aus zum Hauptnetz alternative bzw. ergänzende Verbindungsrouten,
- Radpendlerwegen: Verbindungsrouten, die eine hohe Pendlerbedeutung haben und möglichst topographisch günstig geführt werden.

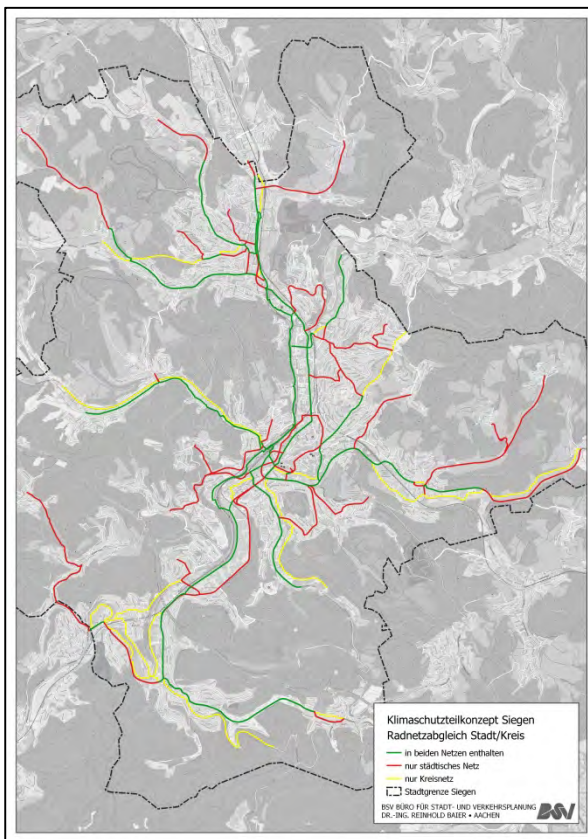
Ein Abgleich des kreisweiten Netzes auf dem Stadtgebiet Siegen (Arbeitsstand 11/2020) mit dem städtischen Radverkehrsnetz Siegen zeigt auf, dass 50 % der Strecken im städtischen Radverkehrsnetz auch im kreisweiten Radverkehrsnetz enthalten sind und damit nicht nur eine kommunale, sondern eine interkommunale Bedeutung haben. Laut Definition dient das kreisweite Radverkehrsnetz nicht der Erschließung aller Stadt-/Ortsteile, sondern vor allem der interkommunalen Anbindung des Hauptzentrums. Dies zeigt sich auch in der Abdeckungsdarstellung der beiden Netze. Die Streckenverbindungen, die ausschließlich im städtischen Radverkehrsnetz der Universitätsstadt Siegen enthalten sind, dienen damit der Vervollständigung der innerstädtischen Erschließung,



beschränken sich aber auch auf die wesentlichen Gebiete. Stadt-/ Ortsteilbezogene Radverkehrsnetze dienen der Feinverteilung und sind nicht Bestandteil des gesamtstädtischen Radverkehrsnetzes. (Bild 60)



**Bild 59: Kategorisierung des kreisweiten Radverkehrsnetzes (Ausschnitt für die Universitätsstadt Siegen, Arbeitsstand 11/2020)**

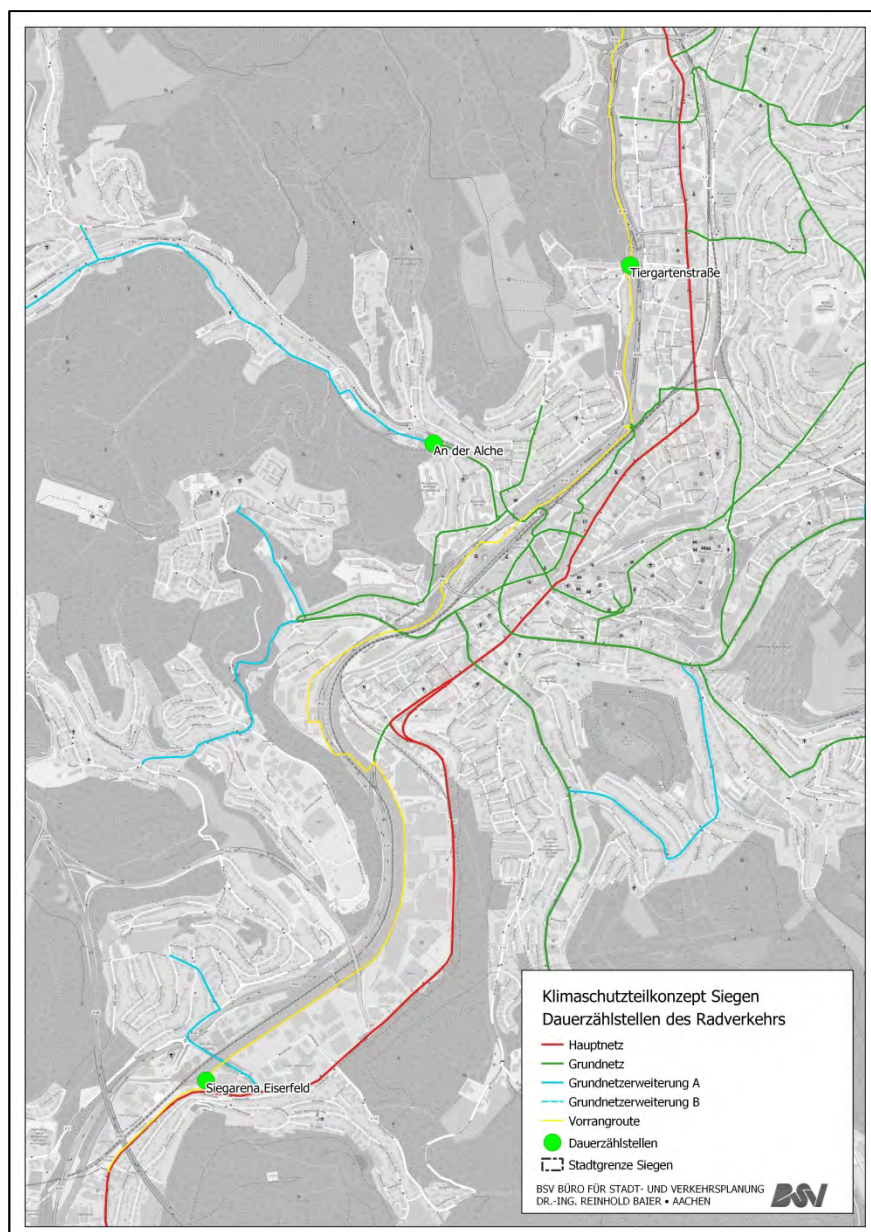


**Bild 60: Abgleich des städtischen Radverkehrsnetzes mit dem kreisweiten Radverkehrsnetzes**

### 3.6.2 Dauerzählstellen im Radverkehr

Seit Anfang November 2019 gibt es in Siegen drei Dauerzählstellen im Radverkehr. Diese liegen auf folgenden Radachsen (Bild 61):

- Tiergartenstraße (Höhe In der Herrenwiese, Bestandteil der Vorrangroute),
- Siegarena Eiserfeld (Höhe Höllenwaldstraße, Bestandteil der Vorrangroute) und
- An der Alche (Höhe Minigolfplatz, Bestandteil der Grundnetzerweiterung A).



**Bild 61: Lage der Dauerzählstellen im Radverkehr in der Universitätsstadt Siegen**

Die bisher erfassten Zählraten (Bild 62 bis Bild 64) zeigen Belastungsunterschiede zwischen der Vorrangroute, die auch im kreisweiten Radverkehrsnetz enthalten und hier mit einer hohen Pendlerbedeutung ausgewiesen ist, und der Grundnetzerweiterung A. Während die durchschnittliche monatliche Radverkehrsbelastungen im Querschnitt auf der Vorrangroute bei über 21.000 liegt, beträgt sie an der Dauerzählstelle der Grundnetzerweiterung A rund 17.000 Radfahrer im Monat und im Querschnitt.

Darüber hinaus zeigen die Daten der Dauerzählstellen auch die typischen jahreszeitlichen Belastungsschwankungen auf.

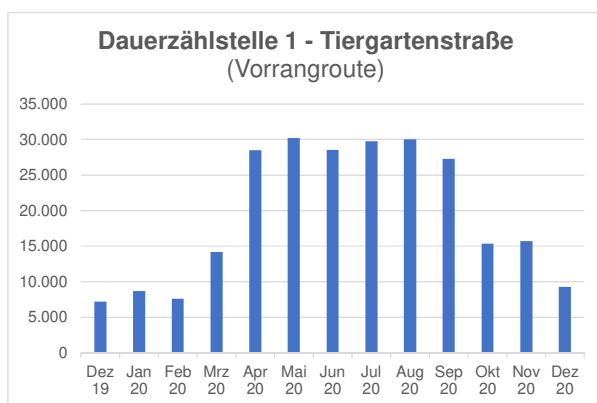


Bild 62: Dauerzählstelle Tiergartenstraße

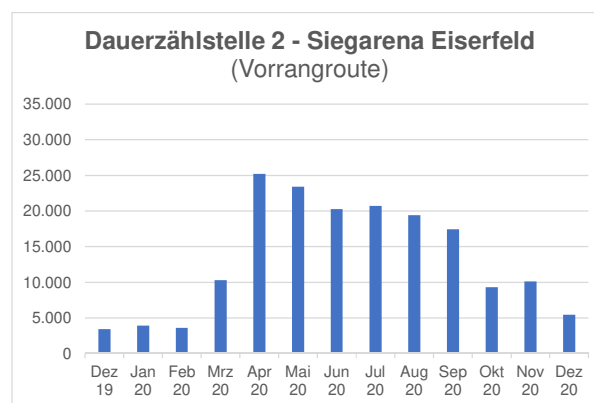


Bild 63: Dauerzählstelle Siegarena

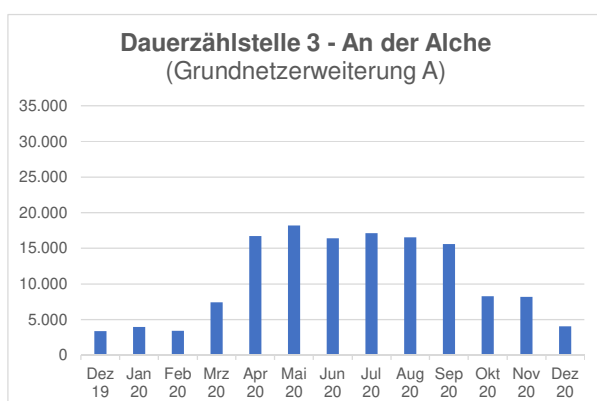


Bild 64: Dauerzählstelle An der Alche

An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass Verkehrszählraten aus dem Jahr 2020 hinsichtlich ihrer Interpretation und als Arbeitsgrundlage mit Vorsicht zu behandeln sind. Angesichts der Corona-Pandemie wurden von der Bundesregierung für Deutschland und seitens der Landesregierung für Nordrhein-Westfalen verschiedene Maßnahmen zur Beschränkung von sozialen Kontakten im öffentlichen Bereich ergriffen. Diese Maßnahmen, wie zum Beispiel die Schließung von Kindergärten, Schulen und des Einzelhandels sowie die Empfehlung zur stärkeren Nutzung der Homeoffice-Möglichkeit, wirken sich auf das Verkehrsaufkommen aus. Aus einer Umfrage der Deutschen Energie-Agentur (dena)<sup>20</sup>, die Ende November 2020 durchgeführt wurde, geht hervor, dass jeder Dritte sein Mobilitätsverhalten während der Corona-Pandemie geändert hat. „Am stärksten betroffen ist der Öffentliche Personen-Nahverkehr (ÖPNV) sowie die Bahn. 47 Prozent der ÖPNV und 40 Prozent der Bahnfahrenden geben ein verändertes tägliches Mobilitätsverhalten an. Bei regelmäßigen Pkw-Nutzern sind dies nur 26 Prozent. Rad- und Fußverkehr profitieren prozentual am stärksten von der Entwicklung: 37 Prozent bzw. 35 Prozent der Befragten geben an, deutlich oder etwas häufiger per Rad oder Fuß unterwegs zu sein. Den eigenen Pkw nutzen 16 Prozent häufiger, 32 Prozent nutzen das eigene Auto hingegen weniger häufig. Für vier von fünf Befragten war der Pkw bereits vor der Pandemie ein regelmäßig genutztes Fortbewegungsmittel. Dies trifft für 55 Prozent der Befragten auf das Rad und 38 Prozent bzw. 31 Prozent auf

<sup>20</sup> Deutsche Energie Agentur (dena) (2020): Mobilitätsverhalten seit Covid-19, Berlin Dezember 2020

*ÖPNV und Bahn zu. Als Gründe für das veränderte Mobilitätsverhalten werden neben der Ansteckungsgefahr (56 Prozent) auch veränderte Freizeitgestaltung (48 Prozent) und die vermehrte Arbeit im Homeoffice angegeben (46 Prozent).“ (dena-Pressemitteilung vom 16.12.2020)*

Es ist davon auszugehen, dass die eingeführten Corona-Maßnahmen auch zukünftig das Mobilitätsverhalten noch prägen werden. Das Jahr 2020 stellt damit den Beginn einer Umbruchsituation dar. Vergleiche mit Vorjahren sind nur bedingt aussagekräftig.

### 3.6.3 Öffentliches Fahrradverleihsystem

Bereits im Jahr 2017 hat die Universitätsstadt Siegen die Möglichkeiten für ein öffentliches Fahrradverleihsystem mit Einsatz von Pedelects im Rahmen des BMBF-Forschungsprojekts „REMONET“, einem gemeinsamen Elektromobilitätsprojekt der Stadt Siegen mit der Universität Siegen und heimischen Unternehmen, getestet.

Für den Feldversuch wurden zwei E-Bike-Verleihstationen am Kölner Tor und vor der Tourismus-Zentrale am Kornmarkt aufgestellt. An diesen Stationen konnten die Räder von ausgewählten Testnutzern (insgesamt 65 Personen) über eine App ausgeliehen werden. Tagsüber konnten die Räder an festgelegten, aber „virtuellen“ Standpunkten (ohne Docking-Station) abgestellt und von den Testnutzern auch wieder ausgeliehen werden (sogenanntes "Free-Floating-Prinzip"). Lediglich zum Aufladen mussten die Räder zurück an eine der beiden E-Bike-Verleihstationen.

*„Mit dem Reallaborversuch soll erforscht werden, wie die Nutzerinnen und Nutzer mit den Bikes umgehen und welche Potentiale existieren, ein solches System stadtweit oder im Rahmen eines betrieblichen Fuhrparks einzuführen.“<sup>21</sup> (www.siegen.de)*

Auf Grundlage der gewonnenen Erfahrungen aus dem Projekt REMONET und der anhaltenden Nachfrage aus der Bevölkerung hat die Stadtverwaltung die Möglichkeiten für die Installation eines öffentlichen Fahrradverleihsystems weiterverfolgt. Anfang des Jahres 2021 wurde die Betreibergesellschaft Velocity Siegerland GmbH als ein „Ableger“ der Velocity Mobility GmbH gegründet, die bereits in mehreren anderen Kommunen ein öffentliches Fahrradverleihsystem installiert hat (u. a. in Aachen und in Ravensburg). Die Betreibergesellschaft übernimmt die Installation und den Betrieb des Fahrradverleihsystems in allen interessierten Kommunen des Kreises Siegen-Wittgenstein. Das Stationsnetz wird in Abstimmung mit den Kommunen, die zum Teil Flächen für die Installation der Stationen bereitstellen werden, und unter Berücksichtigung interessierter Unternehmen, die bereits „Buchungskontingente“ erworben haben, nach und nach aufgebaut. Es ist geplant sowohl Pedelects als auch E-Lastenpedelecs als Fahrzeuge einzubinden.

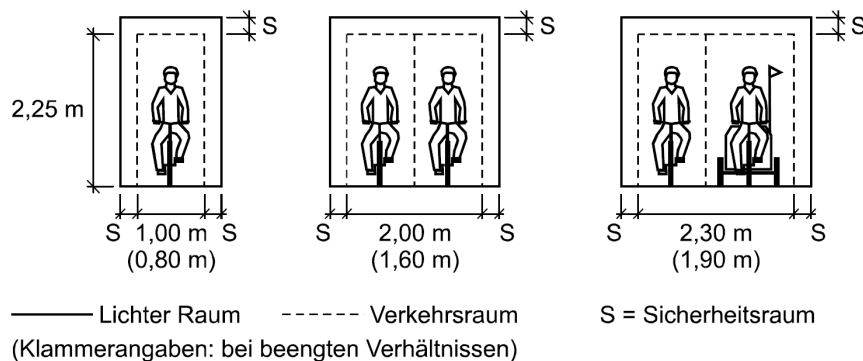
<sup>21</sup> [www.siegen.de/willkommen/detailansicht-news/news/65-nutzer-testen-digitales-e-bike-verleihsystem/](http://www.siegen.de/willkommen/detailansicht-news/news/65-nutzer-testen-digitales-e-bike-verleihsystem/)



### 3.6.4 Nutzungsanforderungen

#### Führungsformen an Hauptverkehrsstraßen

Analog zum Fußverkehr sind in den „Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen“ (RASt 2006) die räumlichen Nutzeransprüche des Radverkehrs festgehalten und in den „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“ (ERA 2010) die Anforderungen an die Verkehrs-räume des Radverkehrs beschrieben (u. a. Anlagentyp, Anlagenbreite, Sicherheitsabstände). Auch hier wird die erforderliche Führungsbreite auf Grundlage des Platzbedarfs von Radfahrenden abgeleitet (Bild 65).



**Bild 65: Platzbedarf von Radfahrenden (Quelle: ERA 2010, S. 16)**

Die Verträglichkeit einer gemeinsamen Führung von Kfz- und Radverkehr auf der Fahrbahn im Mischverkehr ist von mehreren Faktoren abhängig. Neben einer verträglichen Geschwindigkeit muss die Fahrbahn unter Berücksichtigung der Kfz-Verkehrsbelastung eine ausreichende Breite aufweisen.

Erlauben die vorhandenen straßenräumlichen und verkehrlichen Rahmenbedingungen eine Führung des Radverkehrs im Mischverkehr nicht, ist die Anlage eines Radfahrstreifens (Bild 66) als ein von der Fahrbahn abgetrennter Sonderweg zu prüfen. Hier wird der Radverkehr separat vom Kfz-Verkehr auf Fahrbahnniveau, aber weiterhin im Blickfeld des Kfz-Fahrers, geführt. Er ist für den Radverkehr benutzungspflichtig und darf vom Kfz-Verkehr nicht befahren werden.

Ist ein Radfahrstreifen nicht zu verwirklichen, kann auf der Fahrbahn ein Schutzstreifen (Bild 67) angelegt werden. Im Gegensatz zum Radfahrstreifen ist der Schutzstreifen für den Radverkehr nicht benutzungspflichtig. Zudem darf der Schutzstreifen vom Kfz-Verkehr kurzzeitig befahren werden, wenn kein Radfahrender diesen benutzt.



benutzungspflichtig

**Bild 66: Radfahrstreifen, Birkenbacher Straße in Siegen**



nicht benutzungspflichtig

**Bild 67: Schutzstreifen, Eiserfelder Straße in Siegen**

Im Seitenraum kann der Radverkehr entweder getrennt vom Fußverkehr (Radweg, Bild 68, oder getrennter Geh-/Radweg, Bild 69) oder gemeinsam mit dem Fußverkehr (Gehweg, Radfahrer frei, Bild 70, oder gemeinsamer Geh-/Radweg, Bild 71) geführt werden. Bis auf den für den Radverkehr freigegebenen Gehweg sind die Seitenraumführungen für den Radverkehr benutzungspflichtig.

Benutzungspflichtige Radverkehrsanlagen dürfen nur dort angeordnet werden, wo es die Verkehrssicherheit oder der Verkehrsablauf erfordert.

#### Getrennte Fuß- und Radverkehrsführung



benutzungspflichtig

**Bild 68: Verkehrszeichen 237 „Radweg“**



benutzungspflichtig

**Bild 69: Verkehrszeichen 241 „getrennter Geh-/Radweg“**

#### Gemeinsame Fuß- und Radverkehrsführung



nicht benutzungspflichtig,  
Radverkehr muss Schrittgeschwindigkeit fahren

**Bild 70: Verkehrszeichen 239 „Gehweg“ mit Zusatzzeichen 102210 „Radfahrer frei“**



benutzungspflichtig,  
Radverkehr muss Rücksicht nehmen

**Bild 71: Verkehrszeichen 240 „gemeinsamer Geh-/Radweg“**

Obwohl der Radverkehr bei einer gemeinsamen Führung Rücksicht auf den Fußverkehr nehmen muss (bei einem für den Radverkehr freigegebenen Gehweg muss er Schrittgeschwindigkeit fahren), wird eine gemeinsame Führung von Fuß- und Radverkehr aufgrund des Konfliktpotenzials nur dann als verträglich eingestuft, wenn die Aufkommensstärken im Fuß- und Radverkehr gering sind. Innerorts ist dies im Regelfall nicht gegeben, sodass hier eine gemeinsame Führung nicht empfehlenswert ist. Im Gegensatz dazu ist für außerörtliche Verbindungen (z. B. zwischen den Stadtteilen) aufgrund der größeren Entfernungen mit einem ausreichend geringen Aufkommen im Fußverkehr zu rechnen, sodass hier eine gemeinsame Führung des Fuß- und Radverkehrs als verträglich eingestuft wird.

### Radverkehr in Erschließungsstraßen

Hinsichtlich der Führung des Radverkehrs im Erschließungsstraßennetz sollte in der Regel von einer reduzierten Höchstgeschwindigkeit sowie einer geringeren Kfz-Verkehrsbelastung ausgegangen werden können, sodass der Radverkehr im Regelfall im Mischverkehr geführt werden kann.

Konventionelle Tempo 30-Zonen dienen einer gebietsbezogenen (flächigen) Verkehrsberuhigung. Aufgrund der geltenden Rechts-vor-Links-Regel an Knotenpunkten, wird der Verkehrsfluss immer wieder abgebremst. Da alle Fahrzeuge gleichberechtigt sind, gilt dies sowohl für den Kfz-Verkehr als auch für den Radverkehr.

Soll der Radverkehr gegenüber dem Kfz-Verkehr einen gewissen Vorrang haben, ist dies seit der Novellierung der Straßenverkehrsordnung (StVO) im Jahre 2020 über die Ausweisung einer **Fahrradzone** (Bild 72) möglich. Hier muss anderer Fahrzeugverkehr über Zusatzzeichen zugelassen werden. Analog zur Tempo 30-Zone gelten eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h sowie die Rechts-vor-Links-Regel an Knotenpunkten. Eine Bevorrechtigung des Radverkehrs ist nicht möglich, im Gegensatz zur konventionellen Tempo 30-Zone dürfen Radfahrende in der Fahrradzone aber nebeneinander fahren. Eine flächendeckende Umwidmung bestehender Tempo 30-Zonen in Fahrradzonen wird für nicht sinnvoll erachtet. Es gelten die gleichen Anordnungsregeln wie für Tempo 30-Zonen.

Eine gesteigerte Förderung stellen **Fahrradstraßen** (Bild 73) dar. Auch hier gilt eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h. Analog zu den Fahrradzonen muss anderer Fahrzeugverkehr über Zusatzzeichen zugelassen werden und Radfahrende dürfen nebeneinander fahren. Im Gegensatz zu den Fahrradzonen können Fahrradstraßen an Knotenpunkten mittels Beschilderung bevorrechtigt werden, sodass ein zügiges Vorankommen ermöglicht wird. Die Bevorrechtigung gilt jedoch für den gesamten auf der Fahrradstraße zugelassenen Fahrzeugverkehr. Fahrradstraßen sind vor allem dann sinnvoll, wenn es sich um eine bedeutende Radachse mit einem hohen bzw. zu erwarteten hohen Radverkehrsaufkommen handelt, wobei Fahrradstraßen erfahrungsgemäß selbst deutliche Bündelungseffekte haben können.



**Bild 72: Verkehrszeichen 244.3**  
„Beginn Fahrrad-Zone“



**Bild 73: Verkehrszeichen 244.1**  
„Beginn Fahrradstraße“

### Bedeutende Radpendlerrouen

Die zunehmende Verbreitung von Pedelecs und dem damit schneller werdenden Radverkehr, aber auch die wachsende Bedeutung des Fahrrads als Alltagsverkehrsmittel erfordern eine adäquate Berücksichtigung beim Ausbau des Radverkehrsnetzes. In der Planungspraxis hat die Definition von Radschnellverbindungen Einzug erhalten.

*„Radschnellverbindungen sind Verbindungen im Radverkehrsnetz einer Kommune oder einer Stadt-Umland-Region, die wichtige Quell- und Zielbereiche mit entsprechend hohen Potenzialen über größere Entfernungen verknüpfen und durchgängig ein sicheres und attraktives Befahren mit hohen Reisegeschwindigkeiten ermöglichen.“* (FGSV-Arbeitspapier „Einsatz und Gestaltung von Radschnellverbindungen“, 2014; S. 4)

Im kreisweiten Radverkehrsnetz sind sogenannte Radpendlerrouen als Netzkategorie definiert. Die Ausbaumöglichkeiten als sogenannte Radschnellverbindungen werden im Rahmen der Ausarbeitung des kreisweiten Radverkehrsnetzes sowie in einer gesonderten Verkehrsuntersuchung für die Verbindungsachse Kreuztal – Littfeld – Siegen - Betzdorf analysiert. Die Ergebnisse dazu lagen bis zur Fertigstellung des Projektberichts zum Klimaschutzteilkonzept Mobilität der Universitätsstadt Siegen nicht vor. Die Einbindung der Ergebnisse erfolgt im Rahmen einer abschließenden Überlagerung der Ergebnisse zum Radverkehr aus den beiden Projekten. Diese Überlagerung ist nicht mehr Bestandteil des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität.

### Radverkehrsführung an Knotenpunkten

Neben der Radverkehrsführung auf der Strecke muss die Führung des Radverkehrs an Knotenpunkten beachtet werden. Auch hierzu sind die Anforderungen in der ERA differenziert nach Knotenpunktart (Knotenpunkte mit Rechts-vor-Links-Regelung, Knotenpunkte mit Vorfahrtregelung durch Verkehrszeichen, Knotenpunkte mit Lichtsignalanlagen, Kreisverkehre) festgehalten.

### Alltagsradverkehr versus Freizeitradverkehr

In Abhängigkeit des Wegezwecks können die Radfahrenden unterschiedliche Ansprüche an die Radverkehrsinfrastruktur stellen. Während der Radfahrende auf dem Weg zur Arbeit möglichst zügig vorankommen möchte, spielt beim Radfahrenden in der Freizeit vor allem der Erholungsfaktor eine bedeutende Rolle.

Nachfolgend ist das Ergebnis der Gegenüberstellung von den Nutzeransprüchen des Alltagsradverkehrs und des touristischen oder freizeitorientierten Radverkehrs tabellarisch zusammenfassend dargestellt. (Tabelle 9)



Das städtische Radverkehrsnetz sollte beide Nutzeransprüche vereinen. Während das Hauptnetz als Führung im Hauptverkehrsstraßennetz eine direkte und zügig befahrbare Achse darstellt, und damit vor allem für den Alltagsradverkehr von Interesse ist, ist die Vorrangroute als bedeutende Pendlerroute, die überwiegend abseits des Kfz-Verkehrs geführt wird, sowohl für den Alltagsradverkehr als auch für den touristischen bzw. freizeitorientierten Radverkehr relevant. Vor diesem Hintergrund sollte vor allem die Vorrangroute eine ausreichende Beleuchtung aufweisen und für das Hauptnetz eine Winterdienstregelung gelten.

**Tabelle 9: Nutzeransprüche des Alltagsradverkehrs und des touristischen Radverkehrs**

<b>Alltagsradverkehr</b>	<b>Touristischer Radverkehr</b>
klein- bis großräumige Verbindungen	Erreichbarkeit von Points-of-Interest (POI)
Direktheit (keine Umwege) und Schnelligkeit (direkt, zügig befahrbar), aber auch verkehrsrühige Verbindungen für Gelegenheitsradfahrende (wenig geübt) und schutzbedürftige Radfahrende (Kinder und Senioren)	Routen mit Erholungs-/Erlebnissfaktor (Führung abseits des Kfz-Verkehrs)
Sicherheit (konfliktfrei)	
Komfort (u. a. Oberfläche, Breite)	
Beleuchtung und Winterdienst	Wegweisung

### 3.6.5 Detailbetrachtung des definierten städtischen Radverkehrsnetzes

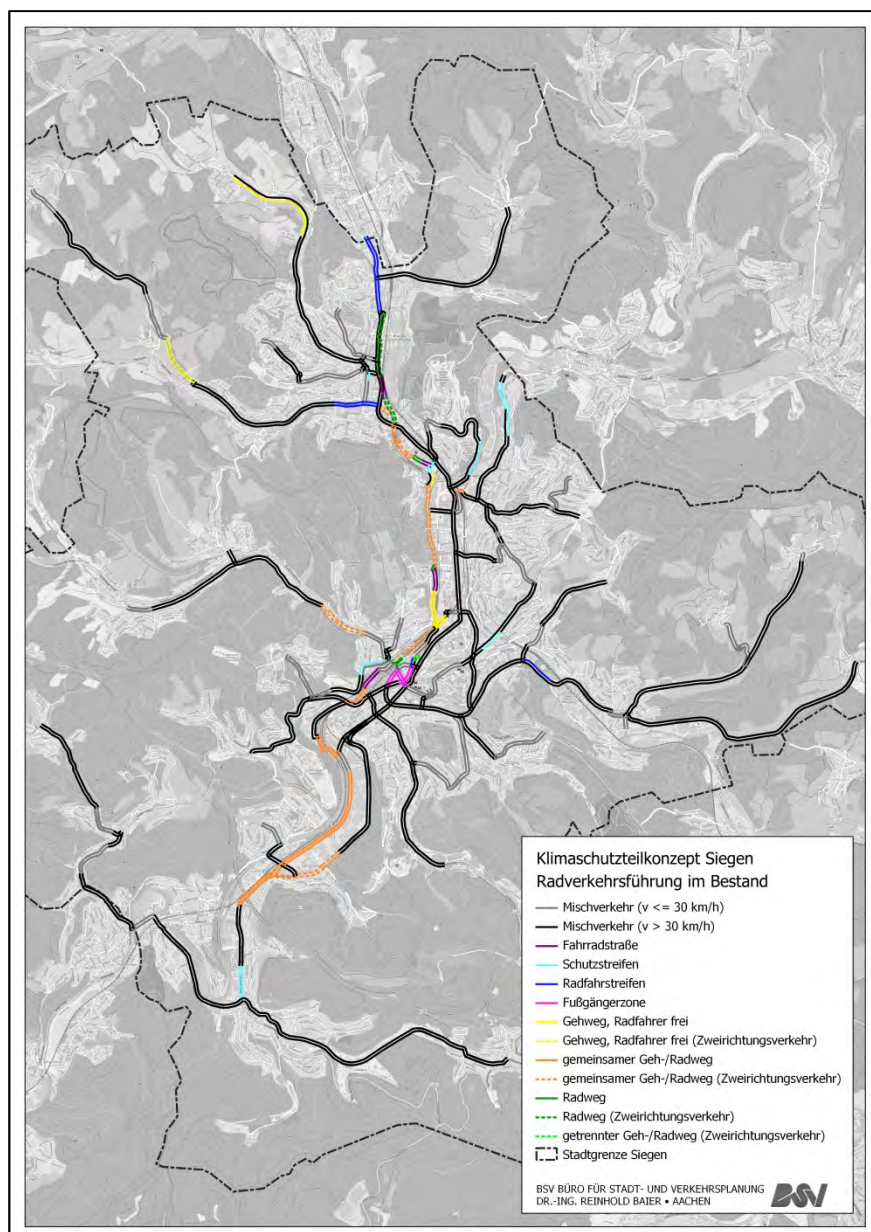
Im Rahmen des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität der Universitätsstadt Siegen beschränkte sich die Detailanalyse auf das definierte städtische Radverkehrsnetz.

Die parallelen Arbeiten zum kreisweiten Radverkehrskonzept lagen zum Projektabschluss des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität noch nicht vor, weshalb kein abschließender Informationsaustausch durchgeführt werden konnte. Eine abschließende Überlagerung der Ergebnisse zum Radverkehr aus den beiden Projekten steht demnach noch aus.

#### Radverkehrsführung

Als Basis für die Ermittlung von Handlungsbedarfen und der Entwicklung eines Zielkonzeptes für die Führung des Radverkehrs im städtischen Radverkehrsnetz erfolgte zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme. Die benötigten Daten wurden teilweise vorliegenden und frei verfügbaren Materialien entnommen, andere Informationen konnten aus Luftbildern abgelesen oder gemessen werden. Andere Informationen konnten jedoch grundsätzlich nur mittels Vor-Ort-Aufenthalten erhoben werden.

Nachfolgend ist die Bestandssituation zur Führung des Radverkehrs im städtischen Radverkehrsnetz dargestellt (Bild 74).

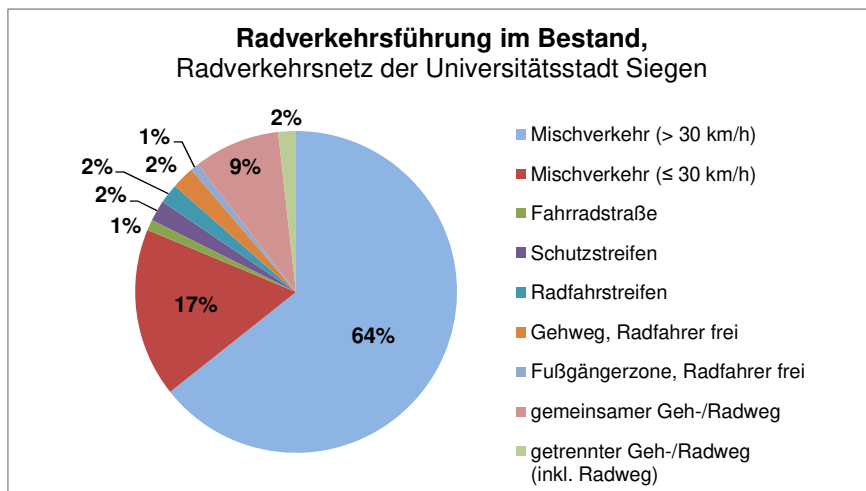


**Bild 74: Bestandssituation zur Radverkehrsführung im definierten städtischen Radverkehrsnetz der Universitätsstadt Siegen**

Im Bestand dominiert mit Abstand (82 %) die Führung im Mischverkehr, d. h. die Radfahrenden fahren gemeinsam mit dem Kfz-Verkehr auf der Fahrbahn. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass eine Mischverkehrsführung bei einer reduzierten zulässigen Höchstgeschwindigkeit von maximal 30 km/h (17 %) als verträglich eingestuft wird. Dies trifft vor allem auch auf eine Führung in einer Fahrradstraße zu (1 %), in der ebenfalls eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h vorgeschrieben ist. (Bild 75)

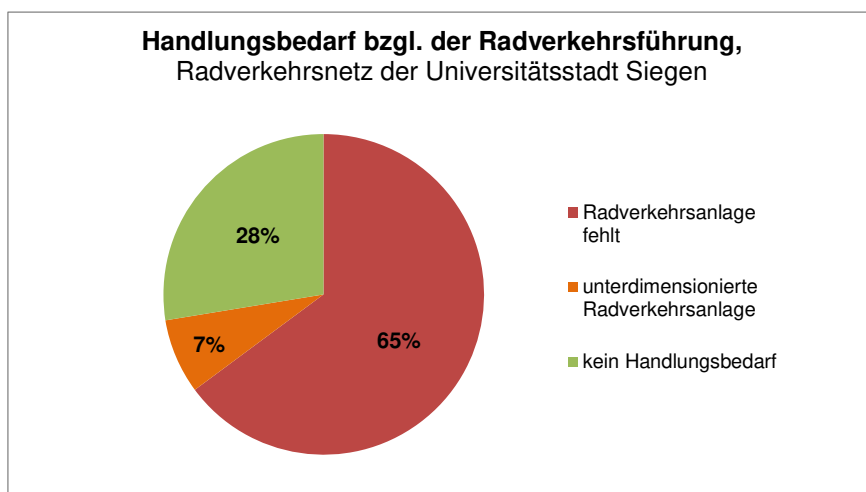
Darüber hinaus ist oftmals eine gemeinsame Führung von Fuß- und Radverkehr vorzufinden (insgesamt 12 %), wobei auch hier verschiedene Formen mit spezifischen Verhaltensregeln zu unterscheiden sind: Gehweg und Fußgängerzone mit Freigabe für den Radverkehr sowie benutzungspflichtige gemeinsame Geh-/Radwege. (Bild 75)

Radfahrstreifen, Schutzstreifen sowie Radwege bilden mit jeweils 2 % eine untergeordnete Rolle. (Bild 75)



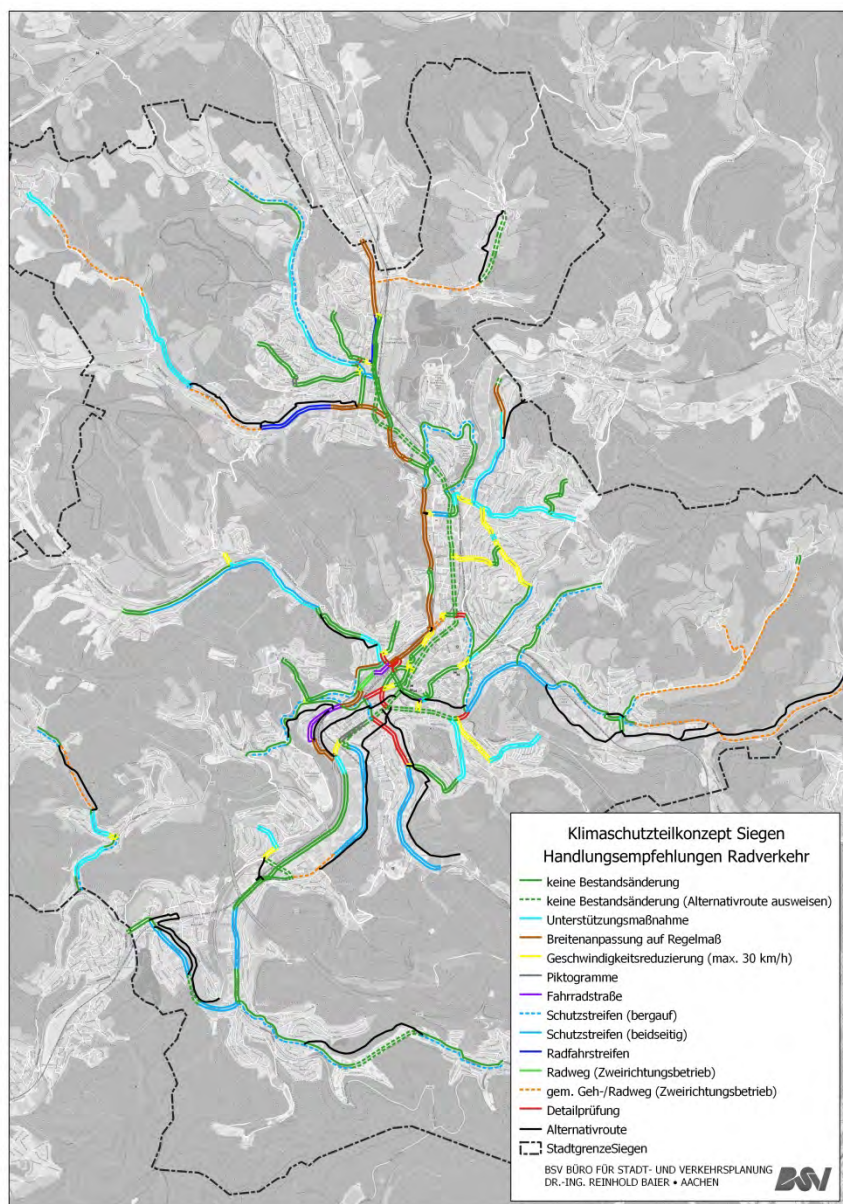
**Bild 75: Verteilung der Art der Radverkehrsführung im Bestand der Universitätsstadt Siegen**

Um einen ersten Hinweis auf den notwendigen Handlungsbedarf zu erhalten, erfolgte ein Abgleich der Bestandssituation mit den in den Regelwerken festgehaltenen Anforderungen. (Bild 76)

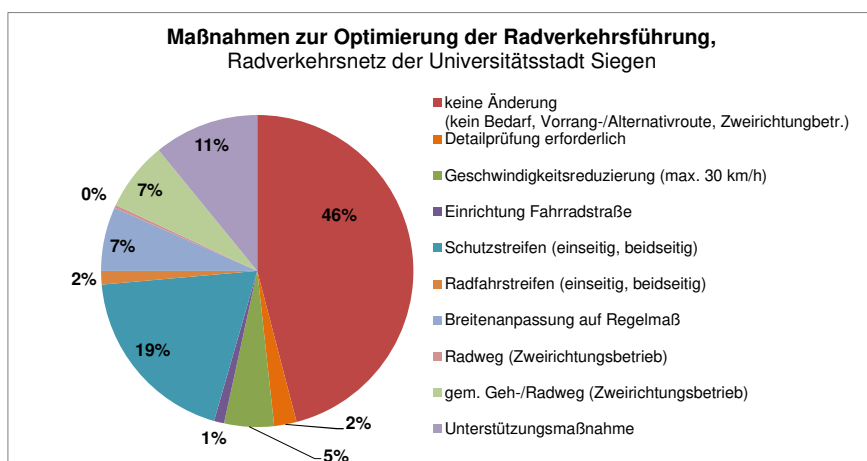


**Bild 76: Handlungsbedarf bzgl. der Radverkehrsführung im Radverkehrsnetz der Universitätsstadt Siegen**

Auf Basis der umfangreich durchgeführten Analysen und der Ableitung von Handlungsbedarfen, der Hinweise und Wünsche aus dem Beteiligungsprozess sowie der festgelegten Leitziele, die auch auf die Vorgaben in den planerischen Regeln verweisen, erfolgte die Entwicklung eines Zielkonzeptes für die Führung des Radverkehrs im städtischen Radverkehrsnetz. (Bild 77)



**Bild 77: Zielkonzept zur Radverkehrsführung im definierten städtischen Radverkehrsnetz der Universitätsstadt Siegen**



**Bild 78: Maßnahmenempfehlungen zur Radverkehrsführung im definierten städtischen Radverkehrsnetz der Universitätsstadt Siegen<sup>22</sup>**

### Fallbeispiele zur Erläuterung der Ableitung des Zielkonzeptes

Die Ableitung der Maßnahmenempfehlungen wird nachfolgend anhand von vier Fallbeispielen mit unterschiedlicher Ausgangslage erläutert.

#### **Beispiel 1:** Route Geisweid/Dillnhütten – Niedersetzen – Obersetzen

Die Route Geisweid/Dillnhütten – Niedersetzen – Obersetzen (Setzetalstraße: 2.600-3.800 Kfz/24h, 4-6 % Schwerverkehrsanteil) gehört zur Grundnetzerweiterung B und bindet Obersetzen und Niedersetzen an die Talachse an. Der Streckenabschnitt liegt überwiegend außerorts bzw. ist überwiegend anbaufrei („Außerortscharakter“). Da der östliche Abschnitt der Setzetalstraße einen engen Straßenverlauf aufweist (Bild 81), ist hier die Außerortsge-  
schwindigkeit auf 50 km/h reduziert. Analog ist die Innerortsge-  
schwindigkeit von Obersetzen auf 30 km/h reduziert. (Bild 79)

Der Streckenverlauf besteht durchgehend aus zwei Fahrstreifen, wobei der östliche Abschnitt der Setzetalstraße beidseitig über einen Mehrzweckstreifen verfügt, der vom Fuß- und Radverkehr mitgenutzt wird. (Bild 80)

<sup>22</sup> Im Hinblick auf die Lesbarkeit wurden zusammengehörige Kategorien für die Diagrammdarstellung zusammengefasst. Dies betrifft die beiden Kategorien „keine Änderungen“ und „Schutzstreifen“. Die Zusammenfassungen sind durch die ergänzende Erläuterung in Klammern verdeutlicht. Der Wert 0 % für die Kategorie „Radweg (Zweirichtungsbetrieb)“ ergibt sich durch die Rundung (0,3 %).



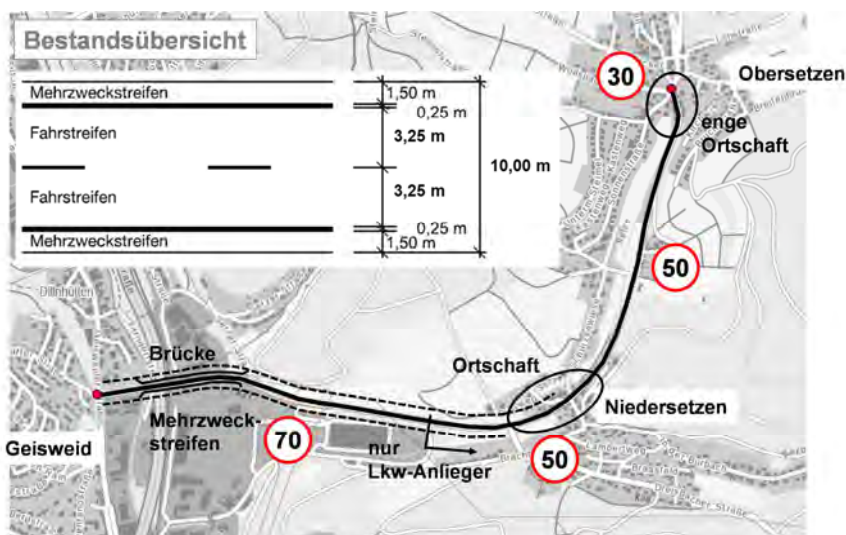


Bild 79: Bestandsfakten zur Radroute Geisweid/Dillnhütten – Niedersetzen – Obersetzen

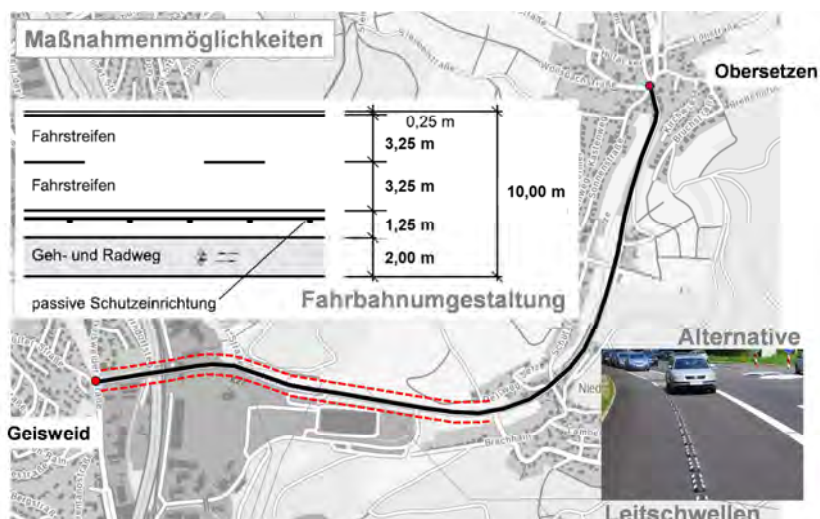


Bild 80: Setzetalstraße, westlicher Abschnitt



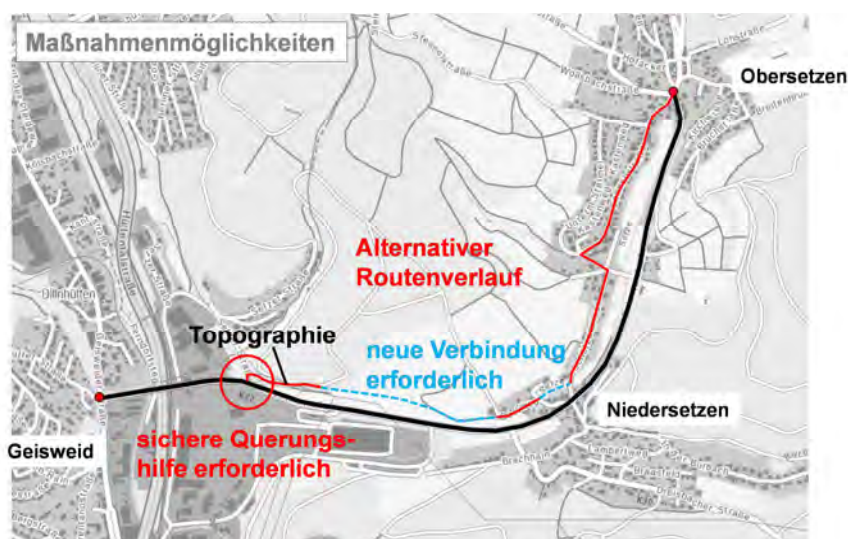
Bild 81: Setzetalstraße, östlicher Abschnitt

Um die Verkehrssicherheit für Zufußgehende und Radfahrende auf dem westlichen Abschnitt der Setzetalstraße zu verbessern, ist zu prüfen, ob die Fahrbahnaufteilung nicht dahingehend verändert werden kann, dass die beiden markierten Mehrzweckstreifen durch einen einseitig angelegten gemeinsamen Geh-/Radweg ersetzt wird, der mit einer passiven Schutteinrichtung („Leitplanke“) vom Kfz-Verkehr getrennt wird. Ist dies nicht möglich, können Leit-schwellen zumindest das subjektive Sicherheitsgefühl ein wenig verbessern. Für den östlichen Abschnitt ist eine Fahrbahneuaufteilung aufgrund der straßenräumlichen Enge nicht möglich. (Bild 82)



**Bild 82:** Maßnahmenmöglichkeiten „Fahrbahnumgestaltung“ zur Radroute Geisweid/Dillnhütte – Niedersetzen – Obersetzen

Für den östlichen Abschnitt der Setzetalstraße (Niedersetzen – Obersetzen) ist die Ausweisung einer parallel verlaufenden Alternativroute möglich. Grundsätzlich kann diese Alternativroute bis nach Dillnhütten verlängert werden, jedoch ist hierzu ein Teilstück neu herzustellen. Zudem wurden im Beteiligungsprozess die topographischen Bedingungen kritisiert. (Bild 83)



**Bild 83:** Maßnahmenmöglichkeiten „Alternativroute“ zur Radroute Geisweid/Dillnhütten – Niedersetzen – Obersetzen

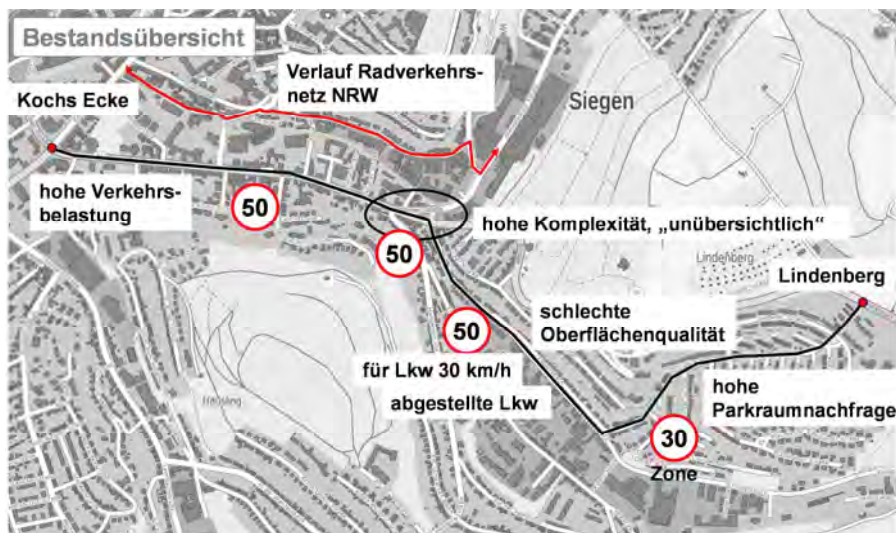
## **Beispiel 2:** Route Siegen-City Kochs Ecke – Schleifmühlchen – Lindenberg

Die Route Siegen-City Kochs Ecke – Schleifmühlchen - Lindenberg, bestehend aus dem Abschnitt Spandauer Straße/ Frankfurter Straße (B 54) (21.000-25.000 Kfz/24h, 4-5 % Schwerverkehrsanteil) und dem Abschnitt Fludersbach/Wetzlarer Straße (3.000-5.800 Kfz/24h, ~6 % Schwerverkehrsanteil), gehört zum Grundnetz und bindet den Wohngebiet Lindenberg an die Talachse an.

Der Abschnitt Spandauer Straße/ Frankfurter Straße (B 54) gehört als klassifizierte Straße zum Vorbehaltsnetz und weist bei einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h eine hohe Verkehrsbelastung auf. Vor diesem Hintergrund sind hier auch zwei Fahrstreifen je Richtung, die teilweise durch Abbiegestreifen unterbrochen werden, markiert. Der vorhandene Seitenraum ist nicht für eine gemeinsame Führung von Fuß- und Radverkehr ausreichend. (Bild 84, Bild 85)

Der Abschnitt Fludersbach ist von Lkw-Verkehr geprägt, für die eine reduzierte Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h gilt (zulässige Höchstgeschwindigkeit für den allgemeinen Kfz-Verkehr 50 km/h). Der Abschnitt Wetzlarer Straße liegt als reines Wohngebiet in einer Tempo 30-Zone, der stark von ruhendem Kfz-Verkehr geprägt ist. Beide Abschnitte weisen eine schlechte Oberflächenqualität auf. (Bild 84, Bild 86)

Beide Abschnitte werden am Knotenpunkt „Schleifmühlchen“ verbunden. Der nahezu kreisförmig ausgebildete Knotenpunkt weist eine hohe Komplexität auf, wodurch er vor allem für Ortsunkundige „unübersichtlich“ erscheint. Der Knotenpunkt wird in den nächsten Jahren umgebaut.



**Bild 84: Bestandsfakten zur Radroute Siegen-City Kochs Ecke – Schleifmühlchen – Lindenberg**





Bild 85: Spandauer Straße/Frankfurter Straße<sup>23</sup>

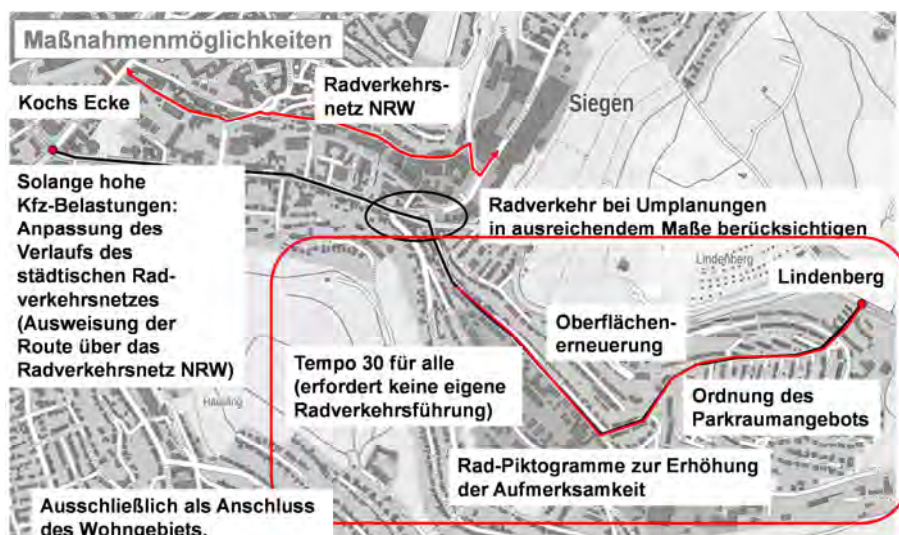


Bild 86: Fludersbach/Wetzlarer Straße

Aufgrund der sehr hohen Kfz-Verkehrsbelastungen auf dem Abschnitt Spandauer Straße/Frankfurter Straße (B 54) wird hier eine Veränderung der Fahrbahnaufteilung ohne vorheriger Reduzierung der Kfz-Verkehrsbelastung für problematisch erachtet. Es wird empfohlen kurzfristig diesen Abschnitt aus der Definition des städtischen Radverkehrsnetzes herauszunehmen und stattdessen die parallele Route Häutebachweg/Löhrstraße/Flurenwende, die auch Bestandteil des Radverkehrsnetzes NRW ist, aufzunehmen. Um diese parallele Achse für den Radverkehr attraktiver zu gestalten, wird die Ausweisung und Gestaltung als Fahrradstraße vorgeschlagen (siehe hierzu auch Kap. 3.5.3, Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City Oberstadt). (Bild 87)

Hinsichtlich des Abschnitts Fludersbach wird eine allgemeine Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30 km/h vorgeschlagen. Zudem können Rad-Piktogramme auf Radfahrende hinweisen. Die Wetzlarer Straße liegt bereits in einer Tempo 30-Zone. Hier wird eine Neuordnung des ruhenden Kfz-Verkehrs vorgeschlagen, sodass dessen Dominanz reduziert wird und die Orientierung erleichtert wird. Auch wenn dieser Abschnitt eine reine Erschließung des Wohngebiets darstellt, sollte in jedem Fall die Oberfläche auf dem gesamten Abschnitt Fludersbach/Wetzlarer Straße erneuert werden. (Bild 87)

<sup>23</sup> Die Seitenraumbreite variiert zwischen 1,50 m und 3,00 m. Sie wird an einer Stelle durch einen kurzen Parkstreifen (zwischen Löhrtor und Melanchthonstraße) eingeschränkt. Haltvorgänge werden durch Poller unterbunden. Eine durchgehende regelkonforme Seitenraumführung des Radverkehrs ist nicht möglich (erfordert ein Mindestmaß von 3,25 m).



**Bild 87: Maßnahmenmöglichkeiten zur Radroute Siegen-City Kochs Ecke – Schleifmühlchen – Lindenberg**

### **Beispiel 3: Ziegenbergtunnel – Auf der Schemscheid**

Die Route Ziegenbergtunnel – Auf der Schemscheid gehört zur Vorrangroute. Auf diesem Abschnitt wird der Radverkehr im nördlichen Abschnitt über den Parkplatz unter der Hüttentalstraße (HTS) geführt. Die Einfahrsituation gestaltet sich durch für die Radfahrenden aufgrund eines Pollers und einer Schwelle schwierig, dient aber dazu, die Schrankenumfahrung für den Kfz-Verkehr zu verhindern. Zudem ist die Einfahrt als Fahrradstraße ausgewiesen, jedoch im weiteren Verlauf über den Parkplatz nicht für den Kfz-Verkehr freigegeben bzw. wird die Fahrradstraße vor der Einfahrt in die Parkplatzfahrgasse nicht wieder aufgehoben. Die verkehrsrechtliche Ausweisung ist damit nicht korrekt und kann zu einer Verwirrung führen. (Bild 88, Bild 89)

Es folgt ein Teilstück, das als gemeinsamer Geh-/Radweg ausgeschildert ist. Am Knotenpunkt Friedrich-Friesen-Straßen soll der Radverkehr im Mischverkehr fahren. Es fehlt eine Aufstellfläche bzw. eine Überleitung in den Mischverkehr. Die Route verläuft weiter parallel zur HTS durch ein Industriegebiet bevor sie dann am Ende der Straße Auf der Schemscheid wieder als gemeinsamer Geh-/Radweg unter der HTS geführt wird. (Bild 88)



**Bild 88: Bestandsfakten zur Radroute Ziegenbergtunnel – Auf der Schemscheid**



**Bild 89: Führung des Radverkehrs über den Parkplatz unter der HTS**

Zur Optimierung der Radverkehrsführung wird eine Ummarkierung der Parkplatzfläche vorgeschlagen, sodass eine durchgehende Radverkehrsführung parallel zur Parkplatzfläche (außerhalb der Fahrgasse) realisiert werden kann. Um Nutzungskonflikte zwischen dem Fuß- und Radverkehr durch die gemeinsame Nutzung zu verringern, wird empfohlen, die Führungsbreite soweit wie möglich durchgehend zu verbreitern. Für den Streckenabschnitt Auf der Schemscheid sollte die zulässige Höchstgeschwindigkeit reduziert oder zumindest Radfahrpiktogramme zur Erhöhung der Aufmerksamkeit markiert werden. Die Nutzung des Streckenabschnitts Auf der Schemscheid könnte gänzlich umgangen werden, wenn eine Führung unter der HTS als gemeinsamer Geh-/Radweg hergestellt werden könnte. Dies sollte geprüft werden. (Bild 90)





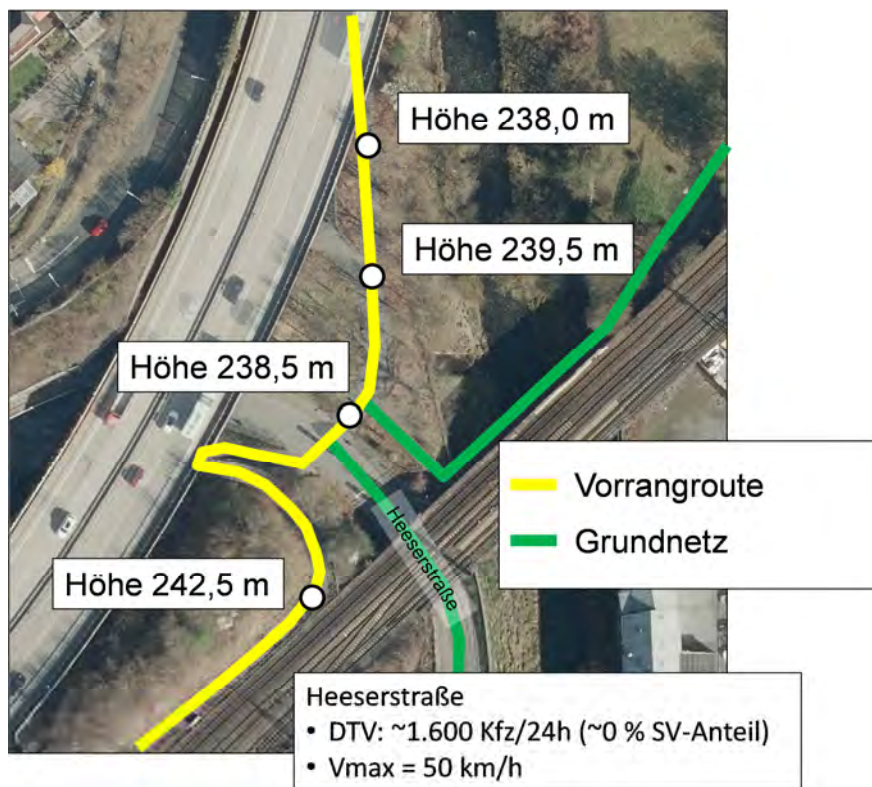
**Bild 90: Maßnahmenmöglichkeiten zur Radroute Ziegenbergtunnel – Auf der Schemscheid**

#### **Beispiel 4: Querung Vorrangroute – Heeserstraße**

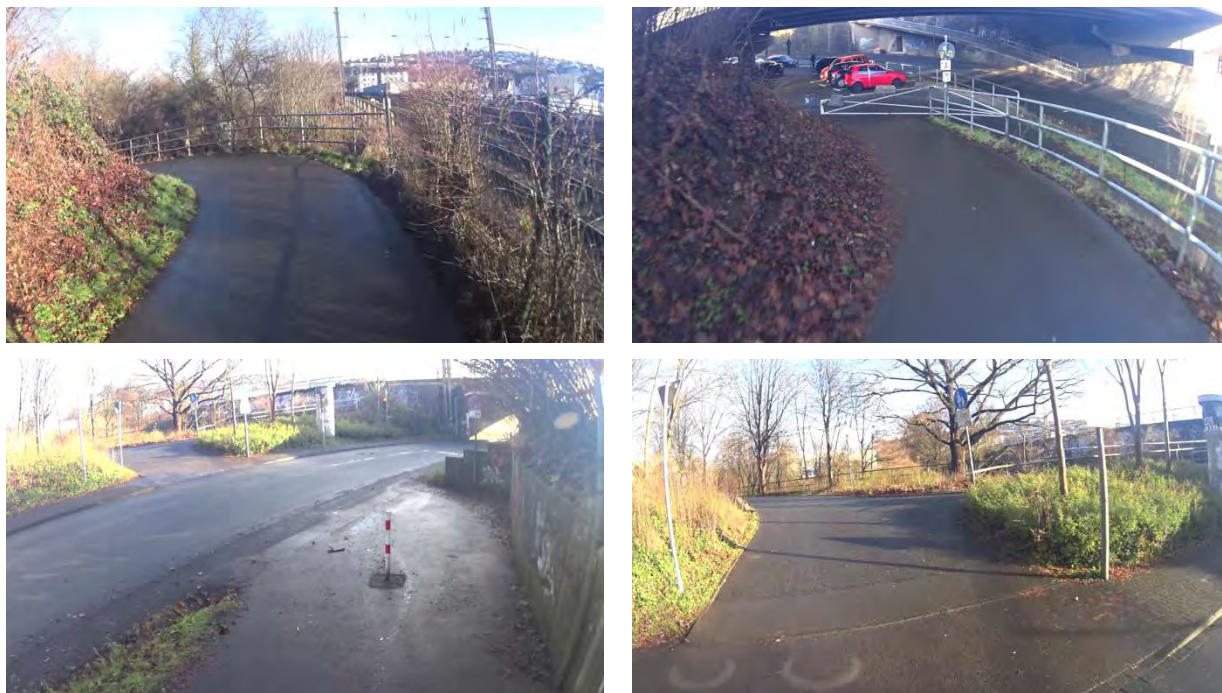
Vom Hauptbahnhof Siegen aus führt die Vorrangroute in nördlicher Richtung entlang der Bahngleise. Im Bereich Heeserstraße muss diese gequert werden, um dem weiteren Verlauf unter der Hüttenalstraße (HTS) entlang der Sieg in Richtung Tiergartenstraße zu folgen. (Bild 91)

Im Rahmen der online-Bürgerbeteiligung gab es zu dieser Querungsstelle Kritik. Zum einen ist der Querungsbereich aufgrund der Kurvenlage nicht gut einsehbar. Für die querenden Zufußgehenden und Radfahrenden gibt es keine Querungshilfe. Die vorhandene Lichtsignalanlage („Ampel“) liegt vor bzw. hinter der Querungsstelle und schließt sie daher nicht mit ein. Zum anderen weist der Weg von den Bahngleisen (Höhe über NHN<sup>24</sup> 242,5 m) runter zum Querungsbereich Heeserstraße (Höhe über NHN 238,5 m) aufgrund des zu überwindenden Höhenunterschieds auf kurzer Strecke einen „Zick-Zack“-Verlauf auf. Die „Haarnadel“-Kurve stellt für die Radfahrenden ebenfalls eine Gefahrenstelle dar. (Bild 92)

<sup>24</sup> NHN = Normalhöhennull



**Bild 91: Bestandsfakten zur Vorrangroutenquerung Heeserstraße**



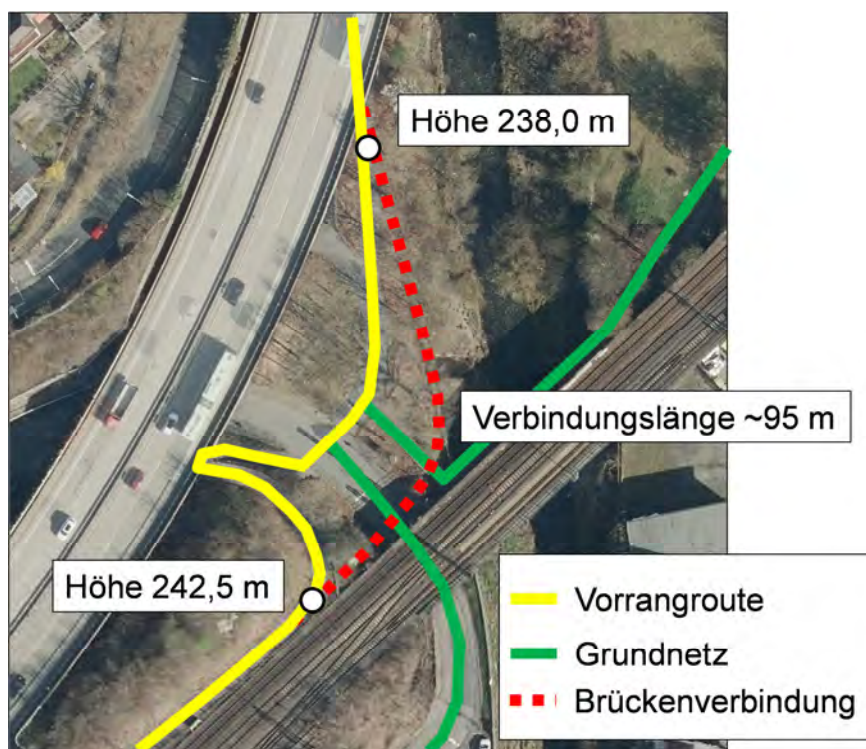
**Bild 92: Vorrangroutenquerung Heeserstraße**

Aus der Bürgerschaft kommt zum einen der Vorschlag die Querungsstelle in die Lichtsignalanlagenschaltung als Bedarfsanforderung mit einzubinden (Verlegung der westlich der Bahngleise gelegenen Lichtsignalmasten in westliche Richtung vor die Querungsstelle). Zum andern wird eine kreuzungsfreie Querung der Heeserstraße (Brückenverbindung) gefordert.



Die Versetzung der Lichtsignalmasten ermöglicht eine sichere Straßenquerung und kann im Vergleich zu einem Brückenbau kurzfristig umgesetzt werden, schafft aber keine Abhilfe bzgl. der erforderlichen Fahrtunterbrechung (warten auf Querungsfreigabe) und der „Haarnadel“-Kurve als Gefahrenstelle.

Eine Brückenverbindung stellt hier die Ideallösung dar, ist aber weder kurzfristig noch kostengünstig umsetzbar. Da die heutige Anbindung der Vorrangroute an die Heeserstraße in jedem Fall weiterhin bestehen bleiben muss (Anbindung an das Grundnetz), kann die Brücke nicht als geradlinige Verbindung angelegt werden. Sie muss bogenförmig möglichst nahe zur Eisenbahnbrücke über die Heeserstraße geführt werden, sodass die bestehende Vorrangroutenführung nicht tangiert wird und die Wegeföhrung im Grundnetz in ausreichender Höhe gequert wird. (Bild 93)



**Bild 93: Maßnahmenmöglichkeiten zur Vorrangroutenquerung Heeserstraße**

Die Versetzung der Lichtsignalmasten ist als kurzfristige Verbesserungsmaßnahme zu empfehlen. Vor dem Hintergrund des Ausbaus der Vorrangroute als attraktive Radpendleroute ist die Brückenverbindung als mittel- bis langfristige Verbesserungsmaßnahme positiv zu bewerten.

#### Zusammenspiel von Hauptnetz und Vorrangroute (Verbindungs- routen und Flächenaufteilung)

Die Talachse, in der das Hauptnetz verläuft, weist zum Teil hohe Kfz-Verkehrsbelastungen auf. Zur Abwicklung der Verkehrsmengen sind je Richtung überwiegend zwei Kfz-Fahrstreifen sowie an den Knotenpunkten zusätzlich noch Abbiegestreifen vorhanden. Abschnittsweise ist zur Beschleunigung des straßengebundenen Linienbusverkehrs ein Bussonderfahrstreifen untergebracht.

Grundsätzlich weist damit die Fahrbahnbreite zwischen den Borden eine großzügige Gesamtbreite auf, die jedoch für die derzeitige Verkehrsabwicklung auch benötigt wird.

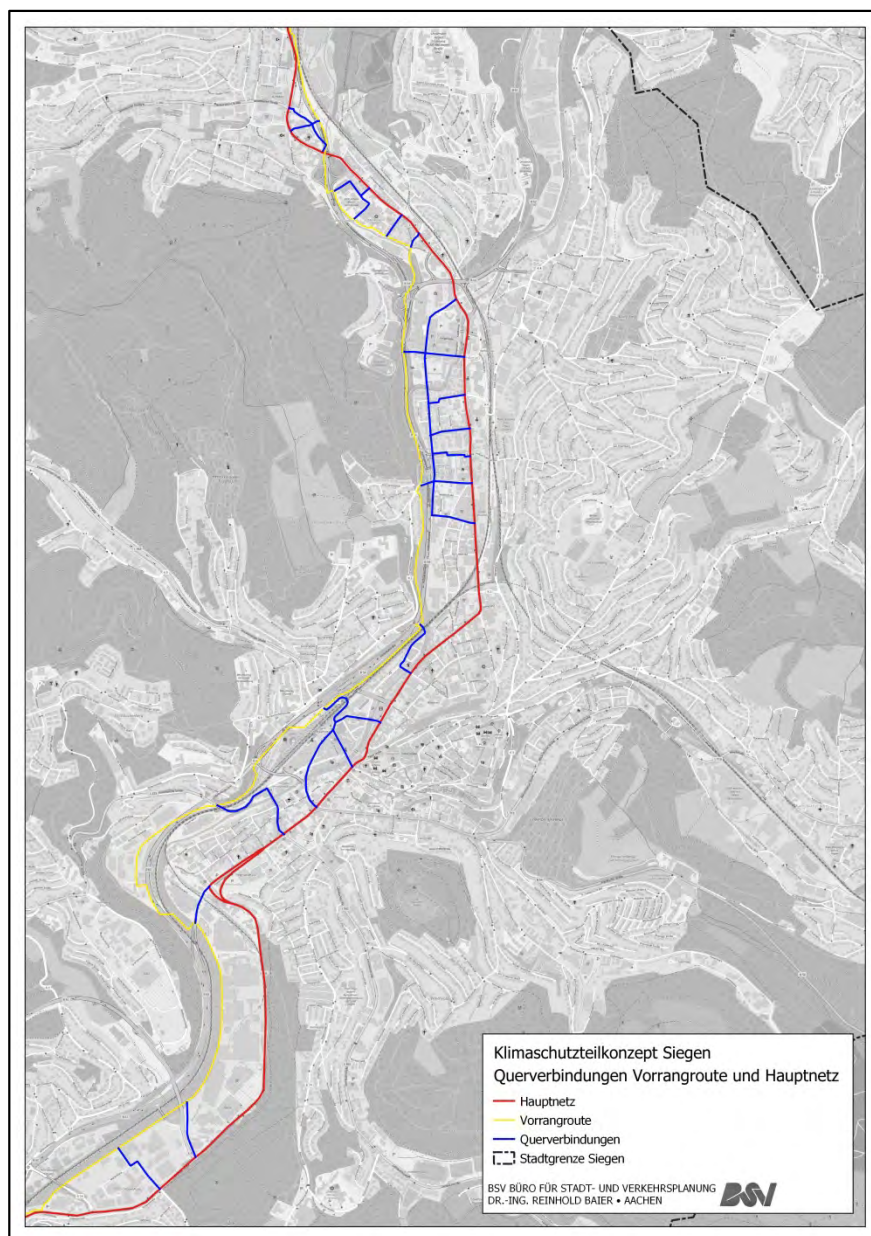
Die Detailanalyse bzgl. der Optimierung der Radverkehrsführung hat aufgezeigt, dass die Möglichkeiten im Bereich des Hauptnetzes unter Beibehaltung der Fahrstreifenaufteilung sehr eingeschränkt sind. Als Maßnahmenempfehlung wurde daher für das Hauptnetz oftmals eine Detailüberprüfung angegeben oder auf die parallel verlaufende Vorrangroute als Alternativroute verwiesen.

Eine Reduzierung der Fahrstreifenanzahl zur Markierung eines Radfahrstreifens oder eines Schutzstreifens ohne vorherige Reduzierung des Kfz-Verkehrsaufkommens wird als problematisch eingestuft, da ein Verkehrskollaps zu erwarten ist, von dem auch der straßengebundene Linienbusverkehr betroffen wäre. Für diesen wird im Bereich der Talachse ebenfalls ein hohes Aufkommen verzeichnet, da die Talachse allgemein eine hohe verkehrliche Verbindungsbedeutung hat. Durch die Anlage eines möglichst durchgängigen Bussonderfahrstreifens wäre zumindest die Abhängigkeit des straßengebundenen Linienbusverkehrs vom Verkehrsfluss des Kfz-Verkehrs aufgehoben, sodass dies für den straßengebundenen Linienbusverkehr eine gute Beschleunigungsmaßnahme auf der Strecke darstellt. Dies sollte aus verkehrsplanerischer Sicht für die nächsten Jahre im Bereich der Talachse Priorität haben.

Grundsätzlich kann ein Bussonderfahrstreifen für den Radverkehr zur Mitbenutzung freigegeben werden. Diese Möglichkeit sollte jedoch nur „punktuell“ angewendet werden, wie z. B. bei einem nicht zu hohen Busverkehrsaufkommen oder auf kurzen Abschnitten. Bei einer Freigabe des Bussonderfahrstreifens für den Radverkehr über den gesamten Verlauf entsteht eine Abhängigkeit des Busverkehrs vom Radverkehr, wodurch die Beschleunigungswirkung für den Busverkehr deutlich eingeschränkt bzw. gänzlich aufgehoben wird.

Für den Radverkehr muss aber dennoch auch die Erreichbarkeit der Ziele in der Talachse gewährleistet werden, so wie für alle anderen Verkehrsteilnehmer auch. Da die vorhandene Vorrangroute parallel zum Hauptnetz verläuft, wird empfohlen, diese zunächst weiter auszubauen und zu optimieren, sodass sie für den Radverkehr weiter an Attraktivität gewinnt. Im Hinblick auf die Erreichbarkeit der Ziele in der Talachse sind dann Querverbindungen notwendig, die ebenfalls für den Radverkehr attraktiv ausgebaut werden müssen. Bestehende Querverbindungen zwischen Vorrangroute und Hauptnetz sind in Bild 94 dargestellt. Diese sollten aufgrund ihrer Verbindungsbedeutung in das städtische Radverkehrsnetz mit aufgenommen werden. Von den Anbindungspunkten an das Hauptnetz aus müssen dann Radverkehrsverbindungen zu den Zielpunkten geschaffen werden, im Idealfall als Radfahrstreifen oder Schutzstreifen. Aufgrund der überschaubaren Abschnittslängen sind hier aber auch gemeinsame Führungen mit dem Linienbusverkehr oder dem Fußverkehr denkbar.

Langfristig soll das Kfz-Verkehrsaufkommen soweit reduziert werden, dass sich für das Straßennetz in der Talachse neue Handlungsmöglichkeiten ergeben. Durch eine neue Flächenaufteilung soll dann eine durchgängige Radverkehrsführung angestrebt werden.



**Bild 94: Querverbindungen zwischen Hauptnetz und Vorrangroute**

### 3.7 ÖPNV und verknüpfte Mobilität

In Bezug auf Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV) gilt es zu berücksichtigen, dass die Aufgabenträgerfunktion zum schienenengebundenen ÖPNV (Bahnverkehr) in Nordrhein-Westfalen den kommunalen Zweckverbänden obliegt. Für das Stadtgebiet Siegen ist der Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) zuständig. Zum straßengebundenen ÖPNV (Busverkehr) obliegt die Aufgabenträgerfunktion den kreisfreien Städten und Kreisen. Für das Stadtgebiet Siegen ist der Zweckverband Personennahverkehr Westfalen-Süd (ZWS) zuständig. Der Kreis Siegen-Wittgenstein hat die Planung, Organisation und Ausgestaltung dem ZWS als Servicefunktion übertragen. Der Kreis ist aber weiterhin Aufgabenträger.



Zu den Aufgaben der Aufgabenträger gehört u. a. die Nahverkehrsplanung zur Sicherstellung eines ausreichenden ÖPNV-Angebots (Fahrplanangebot, Tarife, Umweltverträglichkeit, Fahrzeuge, Barrierefreiheit). Die Stadt Siegen hat die Aufgabe die notwendige Infrastruktur (Haltestellen, Verknüpfungspunkte) zu planen und bereitzustellen sowie die Zuwegung zu den Haltestellen/-punkten zu sichern.

### 3.7.1 Netzdefinition

#### Bahnverkehr

Die Universitätsstadt Siegen ist über insgesamt fünf Bahnhöfe im Stadtgebiet an das Schienennetz des Personenverkehrs angebunden und verfügt über Anbindungen nach

- Iserlohn, Hagen, Essen,
- Betzdorf, Au, Köln, Aachen,
- Erndtebrück, Bad Berleburg, Bad Laasphe sowie
- Dillenburg, Wetzlar, Gießen, Frankfurt. (Bild 95)

Das zugehörige Bahnangebot an einem Werktag sieht wie folgt aus (Bild 96):

- Essen – Hagen – Iserlohn – Siegen
  - o RE 16 (Abellio)
  - o RB 91 (Abellio) (von/bis Hagen)
  - o insg. 72 Fahrten am Werktag
- Bad Berleburg – Erndtebrück – Siegen – (Betzdorf)
  - o RB 93 (HLB)
  - o insg. 34 Fahrten am Werktag
- (Frankfurt) – Gießen – Wetzlar – Dillenburg – Siegen
  - o RB 95 (HLB)
  - o RE 99 (HLB)
  - o insg. 69 Fahrten am Werktag
- (Aachen) – Köln – Au – Betzdorf – Siegen
  - o RE 9 (DB)
  - o RB 90, RB 93 (HLB)
  - o insg. 113 Fahrten am Werktag



Bild 95: Schienengebundenen Regionalverkehrsnetz NRW 2020 mit Bezug zum Stadtgebiet Siegen (gültig ab 01.01.2021)

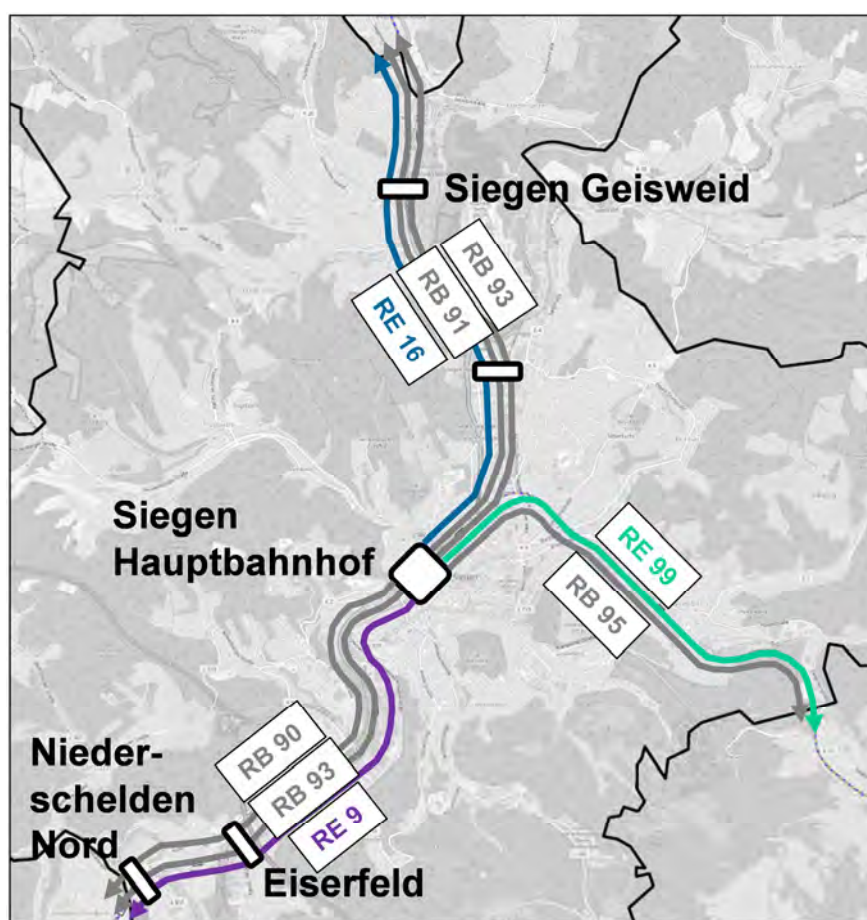


Bild 96: Schienengebundenen Regionalverkehrsnetz NRW 2020 mit Bezug zum Stadtgebiet Siegen – Detailausschnitt Universitätsstadt Siegen (gültig ab 01.01.2021)

### Busverkehr

Das Linienbusangebot für die Universitätsstadt ist in den Taktfahrplan Westfalen-Süd integriert. Es werden unterschiedliche Angebotsformen funktionsgerecht eingesetzt. Mit Bezug zur Universitätsstadt Siegen sind dies im Linienbusverkehr:

- **Schnellbus (SB)** (2 Linien)  
(schnelle Verbindung von Städten und Gemeinden in der Region entlang der Hauptverkehrsachse)
- **Regionalbus (R)** (14 Linien)  
(Flächenererschließung und Verbindung von Städten und Gemeinden in der Region außerhalb der Schienenkorridore)
- **Citybusverkehr (C)** (20 Linien)  
(Erschließung des Stadtgebietes mit hoher Fahrzeugfolge und Sicherung der Anbindung an den sonstigen lokalen und regionalen ÖPNV)
- **UniExpress (UX)** (6 Linien)  
(schnelle Direktanbindung der Universität zu lokalen und regionalen Knotenpunkten)
- **Lokalbus (L)** (6 Linien)  
(Erschließung innerhalb eines Stadtgebietes zur Sicherung der Anbindung an den regionalen ÖPNV)
- **Ausbildungsbuss (A)** (9 Linien)  
(ausschließlich langlaufender Schülerfahrverkehr zur Sicherung von Direktfahrten)
- **TaxiBus (TB)** (Bedarfsangebot nach Fahrplan, Voranmeldung erforderlich)  
(ersetzt den Regional-/Lokalbus in verkehrsschwachen Räumen und Zeiten)
- **Nachtbus (N)** (5 Linien)  
(Verbindung der Städte und Gemeinden in der Region außerhalb der Schienenkorridore in den Abend- und Nachtstunden am Wochenende).







Bild 98: ZOB, Hauptbahnhof Siegen

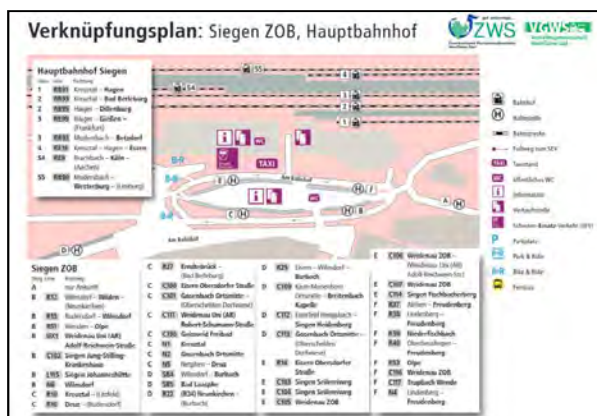


Bild 99: Haltestellenfunktionsplan ZOB, Hauptbahnhof Siegen

Für die Universitätsstadt Siegen sind die nachfolgenden Haltestellen mit Bus- und/oder Bahnanbindung vom ZWS als wichtige Verknüpfungspunkte im Stadtgebiet definiert:

- Kaisergarten (Bus/Bus-Umstieg),
- Koblenzer Straße, Kölner Tor (Bus/Bus-Umstieg),
- Obersdorfer Straße, Eisern (Bus/Bus-Umstieg),
- ZOB, Hauptbahnhof (Bus/Bus- sowie Bus/Bahn-Umstieg),
- ZOB, Bahnhof Geisweid (Bus/Bus- sowie Bus/Bahn-Umstieg) sowie
- ZOB, Bahnhof Weidenau (Bus/Bus- sowie Bus/Bahn-Umstieg).

Der ZWS ist sich seiner Verantwortung für eine optimierte Verknüpfung bewusst und möchte hier Verbesserungen umsetzen. Dazu sind im Kreisgebiet Siegen-Wittgenstein sogenannte Mobilstationen definiert worden, wobei für jede kreisangehörige Kommunen mindestens eine Mobilstation vorgesehen ist.

Für Siegen sind der ZOB/Hauptbahnhof Siegen und der ZOB/Bahnhof Weidenau als Mobilstationen festgelegt. Beide Verknüpfungspunkte verfügen heute schon über Bike & Ride-Anlagen. Park & Ride-Anlagen (Verkehrszeichen 316 „Parken und Reisen“) sind für die beiden Verknüpfungspunkte aufgrund der innerstädtischen Lage nicht ausgewiesen, aber es befinden sich ausreichend Parkmöglichkeiten im Umfeld. Aufgrund der Konkurrenznutzungen sollten die innerstädtischen Parkmöglichkeiten jedoch nicht kostenfrei angeboten werden.

Der Verknüpfungspunkt ZOB/Hauptbahnhof Siegen weist aufgrund seiner zentralen innerstädtischen Lage und den damit verbundenen Randnutzungen eine hohe Nutzungskomplexität auf. Neben dem Linienbusverkehr, der die Haltestellen des ZOB anfährt, gibt es Parkstände für den allgemeinen Kfz-Verkehr (Kurzzeitparken) sowie für den Taxiverkehr. Darüber hinaus sind Fußgänger und Radfahrende vorhanden. (Bild 100)

Im Rahmen der online-Bürgerbeteiligung wurden hierzu Nutzungskonflikte angemerkt. Dies sind vor allem Nutzungskonflikte zwischen dem Linienbusverkehr und dem Kfz-Verkehr – sowohl den



### Fernverkehr (Bahn- und Busverkehr)

Züge bestimmter Klassen – z. B. ICE, IC, EC – die überwiegend für die Fahrt zu weiterentfernt gelegenen Zielen dienen, werden zum Fernverkehr gezählt. Aktuell verfügt Siegen über keine direkte Anbindung an den Schienenfernverkehr. Ab Dezember 2021 gibt es aber unter Einbindung der beiden Bahnhöfe Siegen Hauptbahnhof und Siegen-Weidenau eine IC-Linien, die die Achse Frankfurt – Dortmund – Münster bedienen wird.

Im Busverkehr sind seit 2013 Fernbuslinien zugelassen, die ebenfalls zum Fernverkehr zählen. Die Universitätsstadt Siegen verfügt über ein Fernbusangebot (z. B. nach Amsterdam, Darmstadt, Tübingen, Essen, Dresden), wobei Siegen als Zwischenstopp fungiert. Damit verfügt Siegen über eine zum Schienenfernverkehr gute Verbindungsergänzung zu diversen Fernzielen, jedoch wurde die Lage der vorhandenen Fernbushaltestelle an der Koblenzer Straße im Rahmen der online-Bürgerbeteiligung kritisiert (Bild 101).



**Bild 101: Fernbushaltestelle an der Koblenzer Straße in Siegen**

In den Hinweisen für die Planung von Fernbushaltestellen und Fernbusterminals (FGSV 2019) sind die planerischen Anforderungen festgehalten. Für Kunden muss eine Fernbushaltestelle mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen sein. Diese Anforderung ist durch die innerstädtische Lage in unmittelbarer Nähe zum Verknüpfungspunkt ZOB/Hauptbahnhof Siegen erfüllt. Darüber hinaus erwarten Fernbuskunden aber auch einen möglichst überdachten Wartebereich mit Sitzmöglichkeiten und Toiletten, da sich die Ankunfts- und Abfahrtszeiten der Fernbusse verzögern können und dadurch Wartezeiten entstehen. Sitzmöglichkeiten sind an der vorhandenen Fernbushaltestelle vorhanden, es fehlt jedoch eine Überdachung. Da keine öffentlichen Sanitäranlagen im direkten Umfeld der Fernbushaltestelle vorhanden sind, hat die Stadt eine mobile Toilettenanlage aufstellen lassen.



Zusammenfassend ist daher festzuhalten, dass die Kunden-Anforderungen an eine Fernbushaltestelle bis auf eine fehlende Überdachung des Wartebereichs erfüllt sind. Darüber hinaus ist anzumerken, dass das Fernbusangebot vertraglich zwischen der Stadt und dem Dienstleister geregelt und hier eine Bindefrist zu beachten ist. Diese gilt derzeit noch ca. 10 Jahre. In diesem Zusammenhang müssen neue Standorte für die notwendige Fernbushaltestelle mit dem Dienstleister abgestimmt werden, d. h. dass der Dienstleister einem Alternativvorschlag zustimmen muss, bevor Änderungen in die Wege geleitet werden können. Aufgrund der bekannten Kritik hat die Stadtverwaltung bereits die Standorte Weidenau und Geisweid, die ebenfalls aufgrund der vorhandenen Verknüpfungspunkte eine gute Erreichbarkeit für die Kunden ermöglichen, vorgeschlagen. Diese wurden jedoch beide vom Dienstleister abgelehnt. Weitere geeignete Alternativen wurden noch nicht gefunden.

Da der heutige Standort der Fernbushaltestelle an der Koblenzer Straße in Siegen die planerischen Anforderungen erfüllt und es derzeit keinen akzeptierten Alternativstandort gibt, wird aus fachgutachterlicher Sicht aktuell kein vordringlicher Handlungsbedarf gesehen. Dies gilt vor allem auch vor dem Hintergrund der Alternative: Einstellung des Fernbusangebots, wobei damit die gute Verbindungsergänzung zu diversen Fernzielen verloren geht. Dennoch sollte aufgrund der bestehenden Kritik aus der Bevölkerung die Suche nach einer alternativen Standortmöglichkeit weiterhin im Auge behalten werden.

### 3.7.2 Nutzungsanforderungen

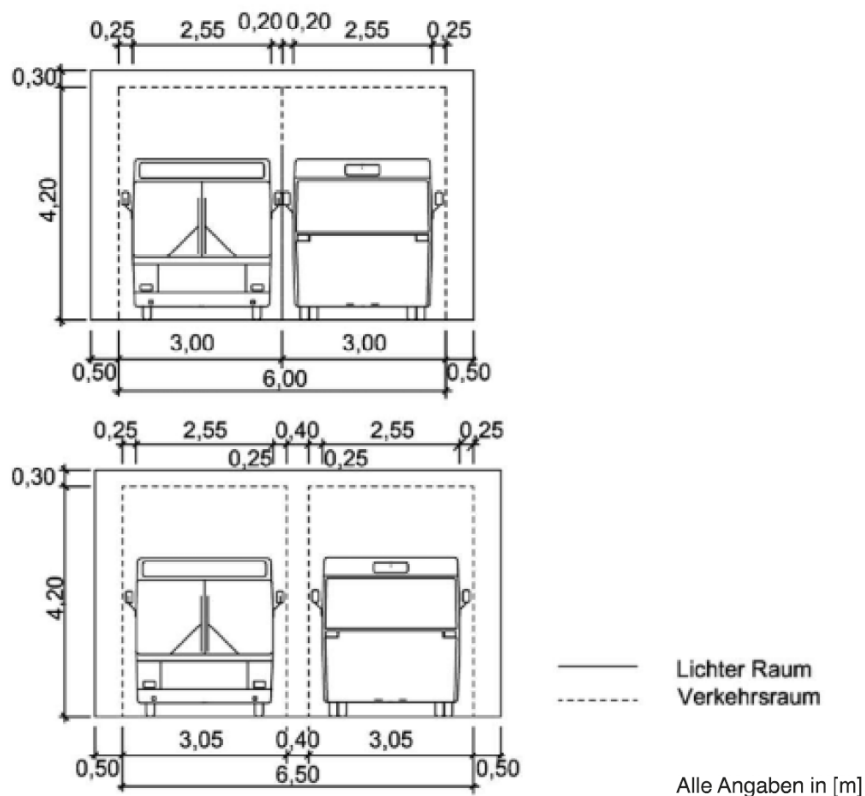
ÖPNV-Kunden stellen folgende Anforderungen an die Nutzung des Bus- und Bahnverkehrs (ÖPNV):

- ausreichende Verkehrsbedienung (zeitlich, räumlich),
- abgestimmte Umsteigebeziehungen (Bus/Bus und Bus/Bahn),
- barrierefreie Zugänglichkeit zu den Haltestellen/-punkten,
- hohes Maß an Pünktlichkeit,
- verständliche und aktuelle Information zum vorhandenen ÖPNV-Angebot (analog und digital),
- verständliche Tarifgestaltung,
- Bezahlbarkeit des ÖPNV-Angebotes,
- Sauberkeit (an Haltestellen/-punkten und in den Fahrzeugen),
- Sicherheit (an Haltestellen/-punkten und in den Fahrzeugen).

Bis auf die barrierefreie Zugänglichkeit zu den Haltestellen/-punkten sowie die Sauberkeit und Sicherheit an den Haltestellen/-punkten berühren die Nutzeransprüche nicht die städtische Zuständigkeit. Grundsätzlich können aber die Kommunen ihre Ansprüche, Wünsche und Anregungen im Rahmen der Nahverkehrsplanung über den Beteiligungsprozess mit einbringen.

Neben den ÖPNV-Kunden müssen aber auch die Fahrwege des ÖPNV – das Straßennetz für den straßengebundenen Linienbus-

verkehr sowie das Schienennetz für den schienengebundenen Bahnverkehr – fahrzeugtechnische Anforderungen erfüllen, die sich aus den Fahrzeugbreiten und den Bewegungsspielräumen ergeben. Hinsichtlich des straßengebundenen Linienbusverkehrs sind diese ebenfalls in den „Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen“ (RASt 2006) als Mindestbreite von 6,00 m (bei eingeschränkten Bewegungsspielräumen) bzw. 6,50 m festgehalten. (Bild 102)



**Bild 102: Platzbedarf von Linienbussen mit maximaler Fahrzeugbreite**  
(Quelle: RAST 2006, S. 26)

### 3.7.3 Detailbetrachtung zum ÖPNV

In Bezug auf die Detailbetrachtung zum Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV) wurde zum einen die Entwicklung der Qualitätsstandards analysiert, die in der Nahverkehrsplanung als Grundlage zur Bewertung der Angebotsqualität definiert werden. Zum anderen wurde unter Anwendung des aufgebauten Verkehrsmodells eine Reisezeitanalyse durchgeführt.

#### Qualitätsstandards (Nahverkehrsplanung)

Im Rahmen der Nahverkehrsplanung, die zur Sicherstellung eines ausreichenden ÖPNV-Angebotes (Fahrplanangebot, Tarife, Umweltverträglichkeit, Fahrzeuge, Barrierefreiheit) zu den Aufgaben der Aufgabenträger gehört, wird das Anforderungsprofil (u. a. Erschließungsqualität, Verbindungsqualität) definiert. Das Maß der Qualitätsvorgaben bestimmt dabei maßgeblich die Kosten, aber auch die Attraktivität des ÖPNV-Angebotes. Zur Ableitung eines Zielkonzeptes erfolgt eine aktuelle Bestandsaufnahme (u. a. Bedienungsstruktur und Bedienungsumfang) sowie ein Abgleich des

Bestands mit dem definierten Anforderungsprofil. Die Ergebnisse werden in einem Nahverkehrsplan (NVP) dokumentiert.

Für den Bahnverkehr ist aktuell noch der Nahverkehrsplan Westfalen-Lippe aus dem Jahre 2011 gültig (Vorgänger NVP: ZWS 1997), der vom Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) aufgestellt wurde (Bild 103). Die Aufstellung des zweiten Nahverkehrsplans als Fortschreibung des vorliegenden Nahverkehrsplans wurde Ende 2016 beschlossen. Ergebnisse lagen zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Projektberichts noch nicht vor.

Für den Busverkehr ist aktuell der Nahverkehrsplan 2016 für den Kreis Siegen-Wittgenstein gültig (Vorgänger NVP: ZWS 2006 sowie ZWS 1997), der vom Zweckverband Personennahverkehr Westfalen-Süd (ZWS) aufgestellt wurde (Bild 104).

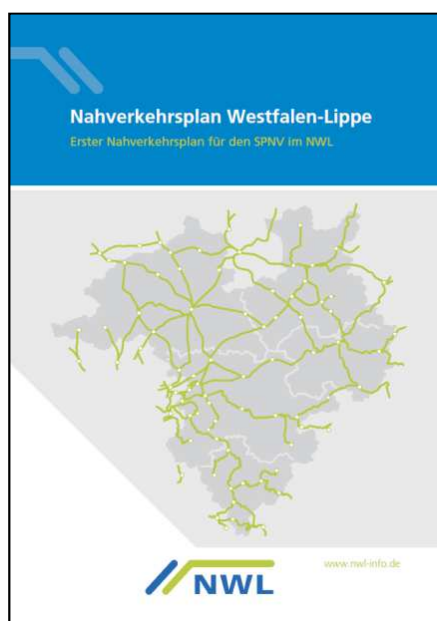


Bild 103: Nahverkehrsplan Westfalen-Lippe (NWL 2011)



Bild 104: Nahverkehrsplan Kreis Siegen-Wittgenstein (ZWS 2016)

Die nachfolgend beschriebenen Qualitätsstandards sind aufgrund der Wahrung der Lesbarkeit des Berichts tabellarisch im Anlagenband aufgeführt.

Die **Erschließungsqualität** wird differenziert nach Bahn- und Busverkehr über die Fußwegentfernungen zur Haltestelle [m] definiert. Im Jahre 1997 wurden diese auf Grundlage von Richtlinien verschiedener Institutionen (z. B. Empfehlungen zum Bedienungsstandard des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen, kurz VDV) abgeleitet. Es wurde zum einen die Lage im Stadtgebiet und zum anderen zwischen Mindeststandard und Attraktivitätsstandard differenziert. Für die Universitätsstadt Siegen als Oberzentrum variieren die Werte für den Busverkehr zwischen 200 und 600 m und für den Bahnverkehr zwischen 600 und 1.200 m.

Da sich die Qualitätsstandards aus dem Jahre 1997 unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als nicht realisierbar erweisen haben, wurden sie im Rahmen der nächsten Fortschreibung (ZWS 2006) entsprechend angepasst. Hinsichtlich der Lage im Stadtge-

biet erfolgte keine Dreiteilung (zentral, nebenzentral, solitär) mehr, sondern eine Zweiteilung (hohe bzw. geringe Nutzungsdichte). In Bezug auf den Busverkehr wurde der Erschließungsradius in Gebieten mit hoher Nutzungsdichte vergrößert, d. h. eine Haltestelle deckt nun einen größeren Einzugsbereich ab. Für die Universitätsstadt Siegen als Oberzentrum variieren die Werte für den Busverkehr zwischen 400 und 600 m und für den Bahnverkehr zwischen 600 und 1.000 m.

Im aktuellen Nahverkehrsplan (ZWS 2016) erfolgte eine weitere Anpassung der Qualitätsstandards. Es wird nun flächendeckend nach der Ortsteilgröße differenziert, aber nicht mehr nach der zentralörtlichen Gliederung gemäß Landesentwicklungsplan. Hierdurch kann es zu niedrigeren Qualitätsstandards kommen. Die Zielwerte für den Busverkehr variieren zwischen 250 und 750 m und für den Bahnverkehr zwischen 500 und 1.000 m.

Die **Bedienungsqualität** wird differenziert nach Bahn- und Busverkehr definiert. Im Bahnverkehr wird die Bedienungsqualität über die Bedienungshäufigkeit bzw. Taktfolge festgelegt, im Busverkehr über Fahrzeitenfolge [min] und die maximalen Umsteigevorgänge.

Im Jahre 1997 wurde für den Bahnverkehr eine stündliche Zugfolgezeit als Grundtakt der Bedienung festgelegt. Für die Hauptverkehrszeit (Mo bis Fr 05:00 bis 09:00 sowie 15:00 bis 19:00 Uhr) wird eine Verkürzung der Zugfolgezeit auf 30 Minuten vorgesehen. Die Bedienung in längeren Zugfolgezeiten soll die Ausnahme darstellen und dann möglichst einen 2-Studentakt umfassen. Im aktuellen NVP zum Bahnverkehr (NWL 2011) werden Bedienungsqualitätsziele aus der Weiterentwicklung des Integralen Taktfahrplans (ITF NRW<sup>25</sup>), der landesweite Mindeststandard sowie nachfrageorientierte Zielwerte im NWL aufgeführt. Damit wurden die bisherigen Zielwerte weiter zeitlich und räumlich differenziert.

Auch die Zielwerte der Bedienungsqualität im Busverkehr haben sich über die Jahre weiterentwickelt. Im Jahr 1997 wurden Zielwerte für die Fahrzeitenfolge, die maximalen Umsteigevorgänge sowie die Luftliniengeschwindigkeit zeitlich (Tages- und Abendverkehr) und räumlich (regionale und lokale Verbindungen sowie raumordnungsbezogene Verbindungskategorien) differenziert festgelegt. Analog zur Erschließungsqualität wurde die Differenzierung nach Attraktivitäts- und Mindeststandard aufgrund der unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten fehlenden Realisierbarkeit in 2006 eingestellt. Die zeitliche (Tages- und Abendverkehr) und räumliche (regionale und lokale Verbindungen sowie raumordnungsbezogene Verbindungskategorien) Differenzierung wurde aber beibehalten. Qualitativ wurden die Zielwerte des Mindeststandards unverändert angesetzt. Im Jahre 2016 erfolgt dann eine weitere Anpassung. Das Bedienzeitfenster (Tages- und Schwachlastverkehr) ist nicht mehr einheitlich, sondern wird hier räumlich differenziert. Es wird jedoch nicht mehr nach regionalen und lokalen Verbindungen unterschieden, sondern nach Verdichtungsraum und ländlicher Raum. Statt der raumordnungsbezogenen Verbindungskategorien werden Verbindungskategorien nach Einwohnerzahl differenziert.

<sup>25</sup> Der Integrale Taktfahrplan (ITF NRW) wurde 1998 eingeführt. In diesem Zuge wurde landesweit erstmalig eine Mindestbedienungszeit bis 20:00 Uhr umgesetzt.

Durch die aufgezeigten Änderungen kann es punktuell zu niedrigeren Qualitätsstandards kommen.

Zur Anschlusssicherung sind **Verknüpfungsqualitäten** für Bahn/Bahn, Bahn/Bus sowie Bus/Bus definiert. Im Jahre 1997 wurden diese nach der Haltestellenkategorie (Verknüpfungspunkt mit überregionaler, regionaler oder lokaler Bedeutung sowie sonstige Haltestellen) differenziert und im Jahr 2006 auch unverändert übernommen. Im aktuellen NVP zum Bahnverkehr (NWL 2011) werden lediglich allgemein formulierte Verknüpfungsqualitäten aufgeführt, die nach DB Netz (zwischen 5 und 8 Minuten), NWL (zwischen 5 bis 15 Minuten) sowie den Verknüpfungen Bahn/Bus (Anschluss ist durch die Flexibilität des Busverkehrs zu realisieren) differenziert werden. Im aktuellen NVP zum Busverkehr (ZWS 2016) werden die Zielwerte der Verknüpfung Bahn/Bus zumindest wieder nach Haltestellenkategorie differenziert aufgeführt. Die Zielwerte sind im Vergleich zu 1997 geringfügig verändert.

Es fehlen derzeit aktuelle Bewertungsergebnisse. Die Ergebnisse der zweiten Fortschreibung des NVP zum Bahnverkehr liegen noch nicht vor und im aktuellen NVP zum Busverkehr (ZWS 2016) wurde keine Bewertung durchgeführt. Für die nächste NVP-Fortschreibung im Busverkehr soll dies aber erfolgen.

Es bleiben die Bewertungsergebnisse abzuwarten, um darauf aufbauend einen Gesamteindruck über die ÖPNV-Angebotsqualität zu erhalten und entsprechende Optimierungsmaßnahmen zu entwickeln bzw. umzusetzen.

Auch wenn die Universitätsstadt Siegen selbst nicht Aufgabenträger ist, wird sie in den Prozess der Nahverkehrsplanung mit eingebunden und kann hier Wünsche und Anregungen mit einbringen. Grundsätzlich steht die ÖPNV-Angebotsqualität in einem engen Zusammenhang mit einer Finanzierung.

#### Verkehrsmodellgestützte Reisezeitanalysen

Sowohl die Bedienungsqualität als auch die Erschließungsqualität gehören zu den Angebotsstandards mit Raumbezug. In Ergänzung dazu sind in den „Empfehlungen für Planung und Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs“ (FGSV 2010) noch Angebotsstandards mit Qualitätskriterien definiert. Hierzu zählen

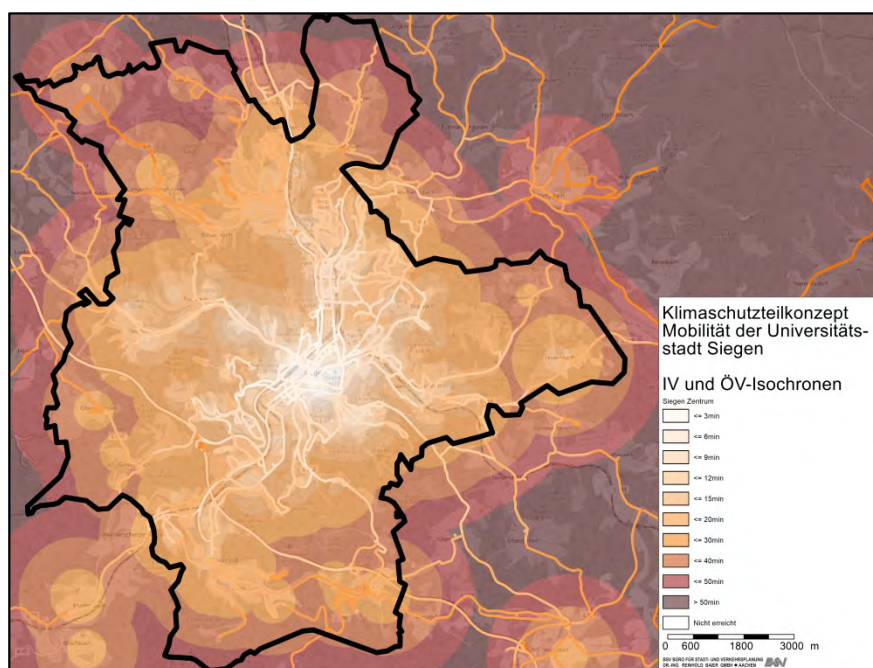
- das Reisezeitverhältnis ÖPNV/MIV,
- die Beförderungsgeschwindigkeit,
- die Beförderungsqualität in den Fahrzeugen sowie
- die Pünktlichkeit und die Anschlussqualität.

Aus der online-Bürgerbeteiligung wurde vor allem die Anbindung der außenliegenden Stadt-/Ortsteile an das Siegener Stadtzentrum kritisiert. Zur Analyse dieser Kritik wurde unter Zuhilfenahme des Verkehrsmodells das Reisezeitverhältnis gesamtstädtisch auf Grundlage der hinterlegten ÖPNV-Fahrplandaten, des Straßennetzes sowie der Kfz-Verkehrsbelastung im Straßennetz analysiert. Zur Bewertung der Ergebnisse werden die in den FGSV-Empfehlungen aufgeführten Qualitätsstufen A bis F angewendet, die nach den „Richtlinien für integrierte Netzgestaltung“ (RIN) (FGSV 2008) definiert sind (Tabelle 10).

**Tabelle 10: Reisezeitverhältnis ÖPNV/MIV als Angebotsstandard mit Qualitätskriterium<sup>26</sup>**

Qualitätsstufe	Qualitätsmerkmal	Reisezeitverhältnis ÖPNV/MIV
A	sehr günstig	< 1,0
B	günstig	1,0 bis < 1,5
C	zufrieden stellend	1,5 bis < 2,1
D	gerade noch akzeptabel	2,1 bis < 2,8
E	schlecht	2,8 bis < 3,8
F	sehr schlecht	≥ 3,8

In Bezug auf die von der Bürgerschaft geäußerte Kritik – schlechte Anbindung der außenliegenden Stadt-/Ortsteile an das Siegener Stadtzentrum – wurden die Reisezeitanalysen für das Siegener Stadtzentrum durchgeführt, d. h. das Stadtzentrum (Siegen-City bestehend aus Unterstadt, Mitte und Oberstadt) stellt den Ausgangspunkt dar. Die ÖPNV-Reisezeiten sind flächig in Form von Isochronen dargestellt, die MIV-Reisezeiten in Form des im Verkehrsmodell abgebildeten Straßennetzes. Die Darstellung lässt erkennen, dass die Reisezeiten wie erwartet mit zunehmender Entfernung vom Stadtzentrum größer werden (hier farblich dunkler dargestellt). (Bild 105)



**Bild 105: Verkehrsmodellgestützte Reisezeitanalysen bzgl. ÖPNV und Kfz-Verkehr im Stadtgebiet Siegen**

Eine tabellarische Auswertung der Reisezeitverhältnisse zeigt auf, dass rund die Hälfte (52 %) der analysierten Verflechtungen zum Stadtzentrum mindestens ein zufrieden stellendes Reisezeitverhältnis ( $\leq$  Qualitätsstufe C) aufweisen. Auf diesen Verflechtungen erfordert die Nutzung des ÖPNV das doppelte Zeitbudget im Ver-

<sup>26</sup> FGSV (2010): Empfehlungen für Planung und Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs, 2010

gleich zur Kfz-Nutzung. Für weitere 35 % der analysierten Verflechtungen wird zumindest noch die Qualitätsstufe D (gerade noch akzeptabel) erreicht. Für insgesamt 17 Verflechtungen (13 %) ist das erfasste Reisezeitverhältnis ÖPNV/MIV nicht mehr akzeptable (Qualitätsstufe E oder F). Es handelt sich hierbei aber nicht nur um Verbindungen zu den äußeren Stadt-/Ortsteilen, sondern auch um innerstädtische Verbindungen<sup>27</sup>:

- Siegen – Rosterberg West,
- Siegen – Rosterberg Ost (fußläufige Entfernung),
- Siegen – Schemscheid,
- Siegen – Achenbach Witschert,
- Siegen – Unterer Fischbacherberg (fußläufige Entfernung),
- Siegen – Wellersberg (fußläufige Entfernung),
- Siegen – Charlottental,
- Siegen – Sieghütte (fußläufige Entfernung),
- Siegen – Giersberg Südwest (fußläufige Entfernung),
- Siegen – Friedrichstraße (fußläufige Entfernung),
- Siegen – Häusling (fußläufige Entfernung),
- Siegen – Hammerhütte (fußläufige Entfernung),
- Siegen – Bahnhof (fußläufige Entfernung),
- Siegen – „hinterm“ Bahnhof (fußläufige Entfernung),
- Siegen – Obersetzen,
- Siegen – Weidenau (Giersberg Nordwest).

Ein Großteil dieser Siegener Verbindungen weisen eine Luftlinienentfernung von rund 1 km auf (10 von 14 Siegener Verbindungen). Es sind im Allgemeinen fußläufige Entfernungen, sodass für diese Verbindungen der ÖPNV eine geringere Bedeutung hat. Alle anderen Verbindungen weisen eine Luftlinienentfernung zum Siegener Stadtzentrum von mindestens 2 km auf und haben daher eine höhere ÖPNV-Bedeutung. Hier besteht Handlungsbedarf das Angebot zu optimieren.

Auf Grundlage der vorliegenden Analyseergebnisse sind mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein (Aufgabenträger des Busverkehrs) und dem ZWS (Beauftragter für Planung, Organisation und Ausgestaltung) Möglichkeiten zur Optimierung des ÖPNV-Angebots im Stadtgebiet Siegen zu besprechen.

### 3.8 Kfz-Verkehr (fließend)

Die Bestandssituation wurde im Rahmen des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität vor allem modellgestützt analysiert (vgl. Kap. 2.2). Neben den Kfz-Verkehrsbelastungen wurde aber auch die Netz- und Geschwindigkeitskonzeption analysiert.

<sup>27</sup> Für die Verbindungen zum Siegener Stadtzentrum (Ausgangspunkt) mit einem schlechten bis sehr schlechten Reisezeitverhältnis sind die Namen der Verkehrszellen (Endpunkt) aufgeführt. Im Allgemeinen sind diese Bezeichnungen im Hinblick auf eine räumliche Verortung aussagekräftig.



### 3.8.1 Netzdefinition

Im Hinblick auf die Kfz-Verkehrsverteilung im Straßennetz sowie den zugehörigen Verkehrsfluss spielt die Definition eines sogenannten Vorbehaltsnetzes eine wichtige Rolle. Es enthält Straßen mit hoher Leistungsfähigkeit (Bundesautobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sowie innerstädtische Hauptverkehrsstraßen). Es sind Vorfahrtstraßen mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von mindestens 50 km/h als Regelfall. Im Bereich von Gefahrenpunkten wird die zulässige Höchstgeschwindigkeit punktuell abgemindert. Das Vorbehaltsnetz dient demnach der Bündelung und leistungsfähigen Abwicklung des gesamten Kfz-Verkehrs, d. h. dem motorisierten Individualverkehr, dem Lkw-Verkehr sowie dem straßengebundenen Linienbusverkehr. Da die Definition eines Vorbehaltsnetzes gemäß der 33. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften Voraussetzung für die Ausweisung von Tempo 30-Zonen ist, dient das Vorbehaltsnetz auch der Verkehrsberuhigung abseitsgelegener Bereiche wie z. B. Wohngebieten.

Für die Universitätsstadt Siegen liegt ein aktuelles Vorbehaltsnetz vor, weshalb hier kein Handlungsbedarf besteht (Bild 106).

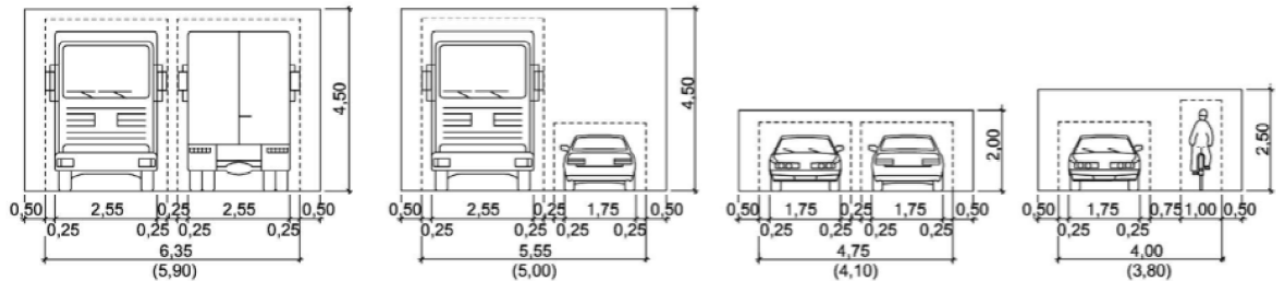


**Bild 106: Vorbehaltsnetz 2016 der Universitätsstadt Siegen**

### 3.8.2 Nutzungsanforderungen

In den „Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen“ (RASt 2006) sind die Nutzeransprüche an Straßenräume für den fließenden

und ruhenden Kfz-Verkehr festgehalten. In Bezug auf den fließenden Kfz-Verkehr resultieren die Nutzungsansprüche aus der Erschließungs- und Verbindungsbedeutung von Stadtstraßen, die Hinweise auf die Aufkommensstärke und die Zusammensetzung des Kfz-Verkehrs geben. (Bild 107)



**Bild 107: Platzbedarf im Begegnungsfall Kfz mit anderen Verkehrsteilnehmern (Quelle: RASSt 2006, S. 27)**

Darüber hinaus hat der Kfz-Fahrer folgende Nutzungsanforderungen:

- Anbindung an das (über-)regionale Verkehrsnetz,
- Direktheit (keine Umwege),
- Schnelligkeit (direkt, zügig befahrbar) sowie
- Abstellmöglichkeiten (parken, siehe hierzu auch Kap. 3.9).

In Bezug auf den Kfz-Verkehr müssen aber auch die Belange der Anwohnerschaft berücksichtigt werden. Für sie ist die Umfeldverträglichkeit (möglichst wenig und möglichst langsamer Kfz-Verkehr in sensiblen Bereichen) von Bedeutung.

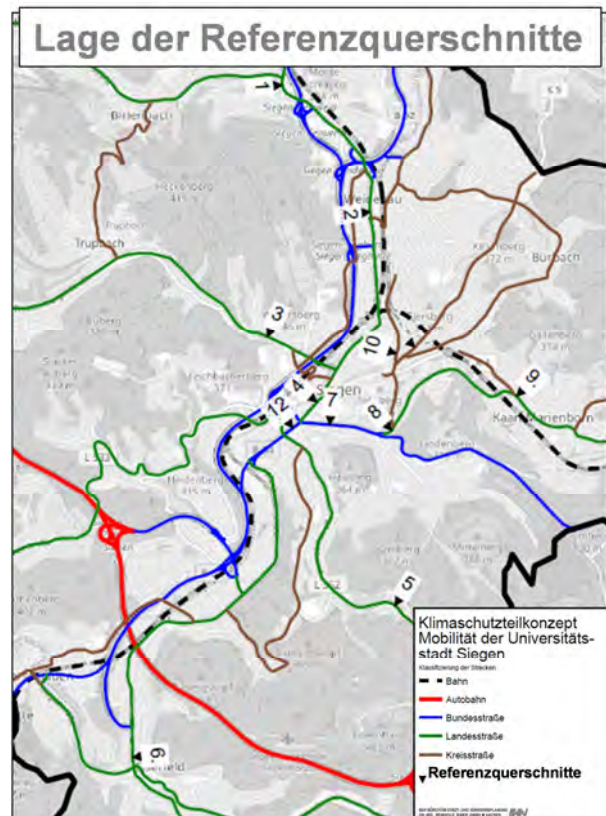
### 3.8.3 Detailbetrachtungen zum fließenden Kfz-Verkehr

#### Verkehrsbelastungen

Die nachfolgende Darstellung der Kfz-Verkehrsbelastung ist das Ergebnis des mit der Stadtverwaltung abgestimmten Modellierungsfalls „Analyse 2019“ (vgl. Kap. 2.2). Im Anlagenband ist ein zugehöriger Belastungsplan dargestellt.

Bereits in der Bestandssituation zeigen die Ergebnisse zum Teil hohe Kfz-Verkehrsbelastungen im strategischen Netz (Vorbehaltsnetz) auf. (Bild 108)

Referenzquerschnitt		DTV [Kfz/24h]
		Analyse
1	Weidenauer Straße (L 564) (zwischen Birlenbacher Straße und Birlenbacher Hütte)	30.800
2	Weidenauer Straße (L 564) (zwischen Poststraße und Breite Straße)	13.200
3	Freudenberger Straße (L 562) (zwischen Schützstraße und Hermelsbacher Weg)	16.400
4	Koblenzer Straße (L 562) (zwischen Obergraben und Häutebachweg)	10.200
5	Leimbachstraße (L 562) (zwischen Wichernstraße und Obere Leimbach; Höhe Haltestelle Siegen Leimbach)	8.000
6	Eiserfelder Straße (L 531) (zwischen Schiefer Weg und Eiserntalstraße; Höhe Nahversorgungszentrum)	15.200
7	Frankfurter Straße (B 54) (zwischen Oranienstraße und Löhrtor)	22.700
8	Marienborner Straße (L 719) (zwischen Frankfurter Straße und Hainer Hütte)	20.100
9	Hauptstraße (L 719) (zwischen Brüderweg und Brauerreistraße)	12.800
10	Hohler Weg (K 3) (zwischen Keilstraße und Giersbergstraße)	10.300
11	Giersbergstraße (K 5) (zwischen Steinstraße und Wittgensteiner Straße)	10.400
12	Koblenzer Straße (B 54) (zwischen Berliner Straße und Kirchweg)	20.500



**Bild 108: Durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsbelastung [Kfz/24h] der Universitätsstadt Siegen (Analyse 2019)**

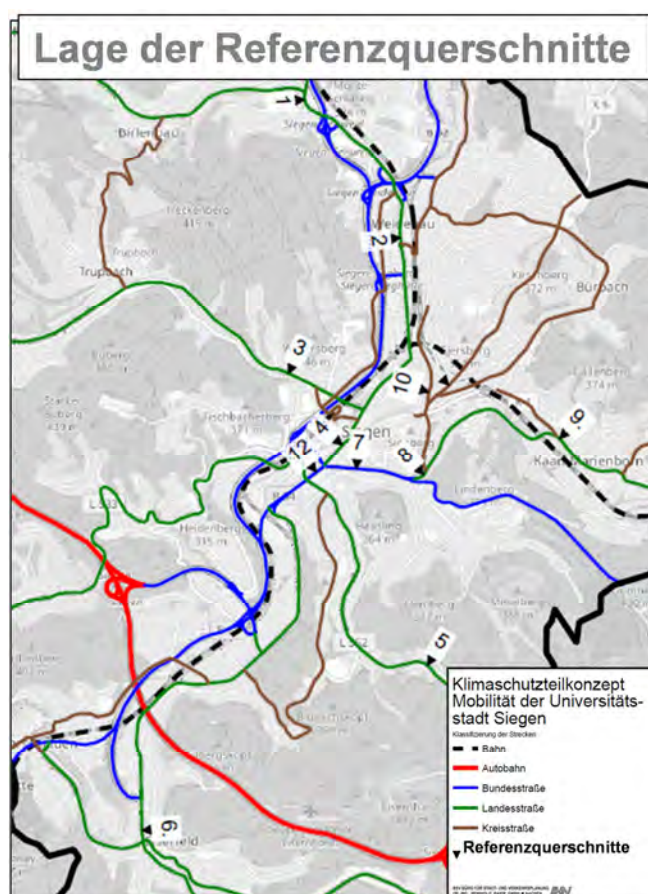
Um die Auswirkungen der zu erwartenden strukturellen Entwicklungen darzustellen, wurde neben dem Analysefall ein sogenannter Prognose-Nullfall für das Jahr 2030 modelliert. Er dient als Referenzfall und berücksichtigt alle verkehrsinfrastrukturellen und siedlungsstrukturellen Veränderungen bis zum Jahr 2030, die für den Untersuchungsraum von Relevanz sind und baut auf den kalibrierten Analysefall 2019 ohne Baustellen (Analyse-Nullfall) auf.

Im Anlagenband sind für den Prognose-Nullfall 2030 ein Belastungsplan sowie ein Differenzenplan zur Analyse 2019 aufgeführt.

Die Ergebnisse des Prognose-Nullfalls 2030 zeigen nahezu flächendeckend eine weitere Zunahme bzgl. der Kfz-Verkehrsbelastungen auf. Die für den Querschnitt Marienborner Straße (L 719) zwischen Frankfurter Straße und Hainer Hütte zu erkennenden Entlastung ergibt sich aufgrund einer von der Stadtverwaltung geplanten Änderung der Knotenpunktart.



Referenzquerschnitt		DTV [Kfz/24h]
		Prognose-Null (Veränderung ggü. Analyse)
1	Weidenauer Straße (L 564) (zwischen Birlenbacher Straße und Birlenbacher Hütte)	33.200 (+ 2.400)
2	Weidenauer Straße (L 564) (zwischen Poststraße und Breite Straße)	14.100 (+ 900)
3	Freudenberger Straße (L 562) (zwischen Schützstraße und Hermelsbacher Weg)	16.500 (+ 100)
4	Koblenzer Straße (L 562) (zwischen Obergraben und Häutebachweg)	11.000 (+ 800)
5	Leimbachstraße (L 562) (zwischen Wichernstraße und Obere Leimbach; Höhe Haltestelle Siegen Leimbach)	7.500 (- 500)
6	Eiserfelder Straße (L 531) (zwischen Schiefer Weg und Eisentalstraße; Höhe Nahversorgungszentrum)	15.300 (+ 100)
7	Frankfurter Straße (B 54) (zwischen Oranienstraße und Löhrtor)	22.000 (- 700)
8	Marienborner Straße (L 719) (zwischen Frankfurter Straße und Hainer Hütte)	15.300 (- 4.800)
9	Hauptstraße (L 719) (zwischen Brüderweg und Brauerreistraße)	12.800 (+ 2.400)
10	Hohler Weg (K 3) (zwischen Keilstraße und Giersbergstraße)	10.700 (+/- 0)
11	Giersbergstraße (K 5) (zwischen Steinstraße und Wittgensteiner Straße)	11.000 (+ 600)
12	Koblenzer Straße (B 54) (zwischen Berliner Straße und Kirchweg)	21.700 (+ 1.200)



**Bild 109: Durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsbelastung [Kfz/24h] der Universitätsstadt Siegen (Prognose-Nullfall 2030)**

Die Ergebnisse der Verkehrsmodellierung verdeutlichen nochmals, dass ohne aktives Handeln der Universitätsstadt Siegen zur Förderung des Umweltverbunds sich die Verkehrssituation weiter verschlechtert. Die Umsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität mit Maßnahmen zur Förderung des Umweltverbunds ist daher zwingend angeraten.

### Geschwindigkeiten

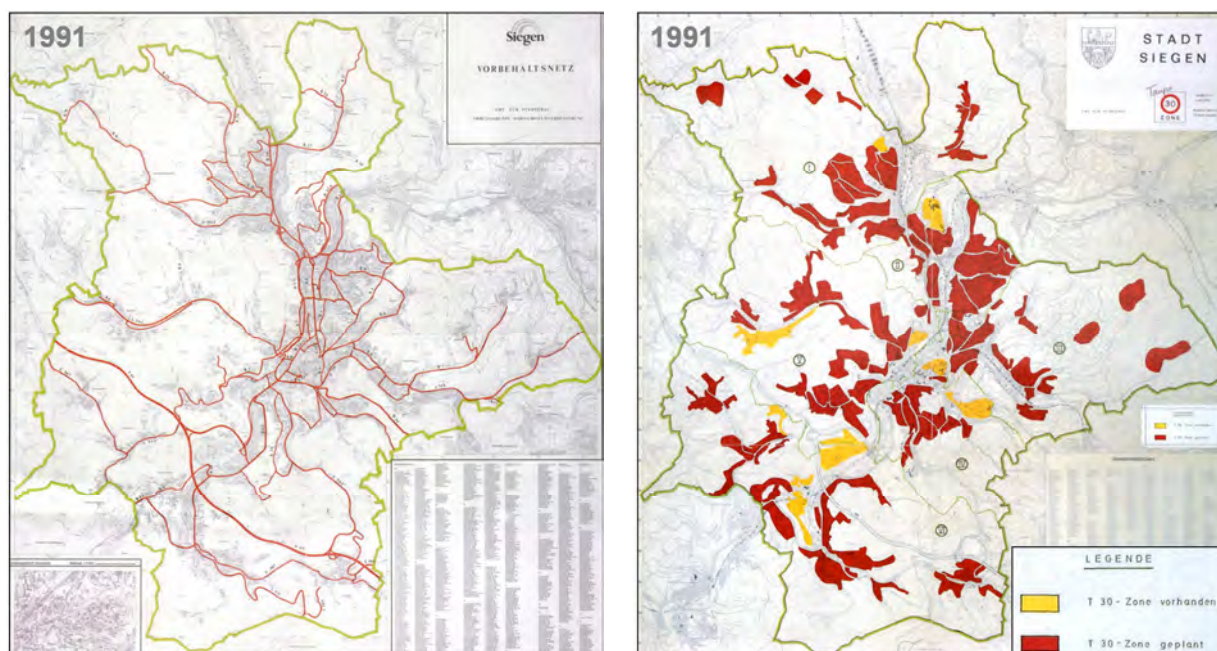
Wie bereits in Kap. 3.8.1 dargestellt wurde, folgt das aufgestellte Vorbehaltsnetz einer Geschwindigkeitslogik (mindestens 50 km/h als Regelfall) und ist zudem Voraussetzung für die Ausweisung von Tempo 30-Zonen.

Bereits 1991 hat die Siegener Stadtverwaltung ein gesamtstädtisches Konzept zur einheitlichen Anwendung von Tempo 30-Zonen erarbeitet. Damit sollten folgende Ziele verfolgt werden:

- Verlagerung der Durchgangsverkehre auf das „schnellere“ Vorbehaltsnetz,
- Reduzierung der Fahrgeschwindigkeiten abseits des Vorbehaltsnetzes,
- Erhöhung der Verkehrssicherheit in den Wohnstraßen,
- Reduzierung von Lärm und Luftverschmutzung,
- Schaffung von Lebensraum (Flächenumnutzung),

- Förderung des Umstiegs auf den Umweltverbund.

Auch hier erfolgte die Konzeptionierung auf Grundlage eines definierten Vorbehaltsnetzes. (Bild 110)



**Bild 110: Vorbehaltsnetz und Tempo 30-Zonen-Konzept aus dem Jahre 1991**

Da sich das aktuelle Vorbehaltsnetz (2016) durch punktuelle Ergänzungen nicht wesentlich vom damaligen Vorbehaltsnetz unterscheidet<sup>28</sup>, ist davon auszugehen, dass die Grundstruktur des Tempo 30-Zonen-Konzeptes noch ihre Gültigkeit hat, jedoch ist der aktuelle Umsetzungsstand des Tempo 30-Zonen-Konzeptes in der Stadtverwaltung nicht bekannt. Dieser Sachverhalt sollte als Anlass genutzt werden, das vorliegende Tempo 30-Zonen-Konzept fortzuschreiben. Dabei sollte sich die Fortschreibung nicht allein auf Tempo 30-Zonen beschränken, sondern flächendeckend auch andere Formen der Verkehrsberuhigung (u. a. streckenbezogenes Tempo 30 im Umfeld von sensiblen Einrichtungen, verkehrsberuhigter Bereich, verkehrsberuhigter Geschäftsbereich) mit einbeziehen.

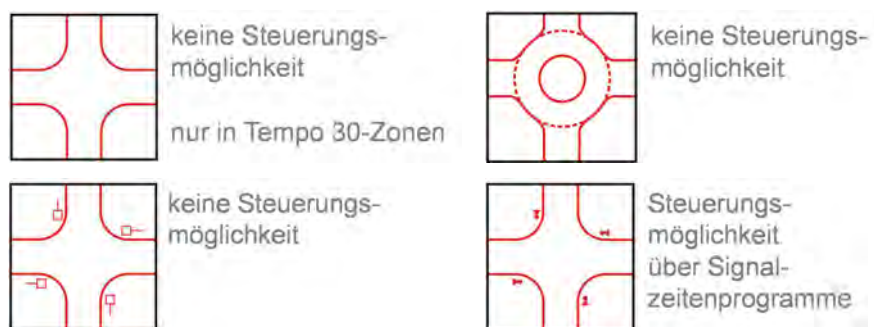
Hierzu sind zunächst die zulässigen Geschwindigkeiten im Stadtgebiet im Zusammenhang mit der Flächennutzung und der Lage von sensiblen Einrichtungen zu erfassen sowie die typische gestalterische Umsetzung der erfassten Formen der Verkehrsberuhigung zu ermitteln. Zeigen sich Bereiche, die im vorliegenden Tempo 30-Zonen-Konzept (1991) als Tempo 30-Zone vorgeschlagen wurden, aber noch nicht umgesetzt sind, ist die Gültigkeit der Empfehlung zu überprüfen (Abgleich der Gebietsbedeutung unter Berücksichtigung des aktuellen Vorbehaltsnetzes). Bei bestehender Gültigkeit, sollen Tempo 30-Zonen verkehrsrechtlich angeordnet werden. Da eine reine Beschilderungsmaßnahme nicht zu einem ausreichenden Erfolg – Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit

<sup>28</sup> Eine grafische Gegenüberstellung der beiden Vorbehaltsnetze ist im Anlagenband aufgeführt.

– führt, sind begleitende Umgestaltungsmaßnahmen zu berücksichtigen. Zeigen sich darüber hinaus weitere Bereiche, für die eine Verkehrsberuhigung sinnvoll ist (z. B. Standorte sensibler Einrichtungen oder neue bzw. noch nicht berücksichtigte Wohnsiedlungen), ist eine geeignete Form der Verkehrsberuhigung festzulegen und die Umsetzung entsprechend der typischen Gestaltung durchzuführen.

### Koordinierung von Lichtsignalanlagen

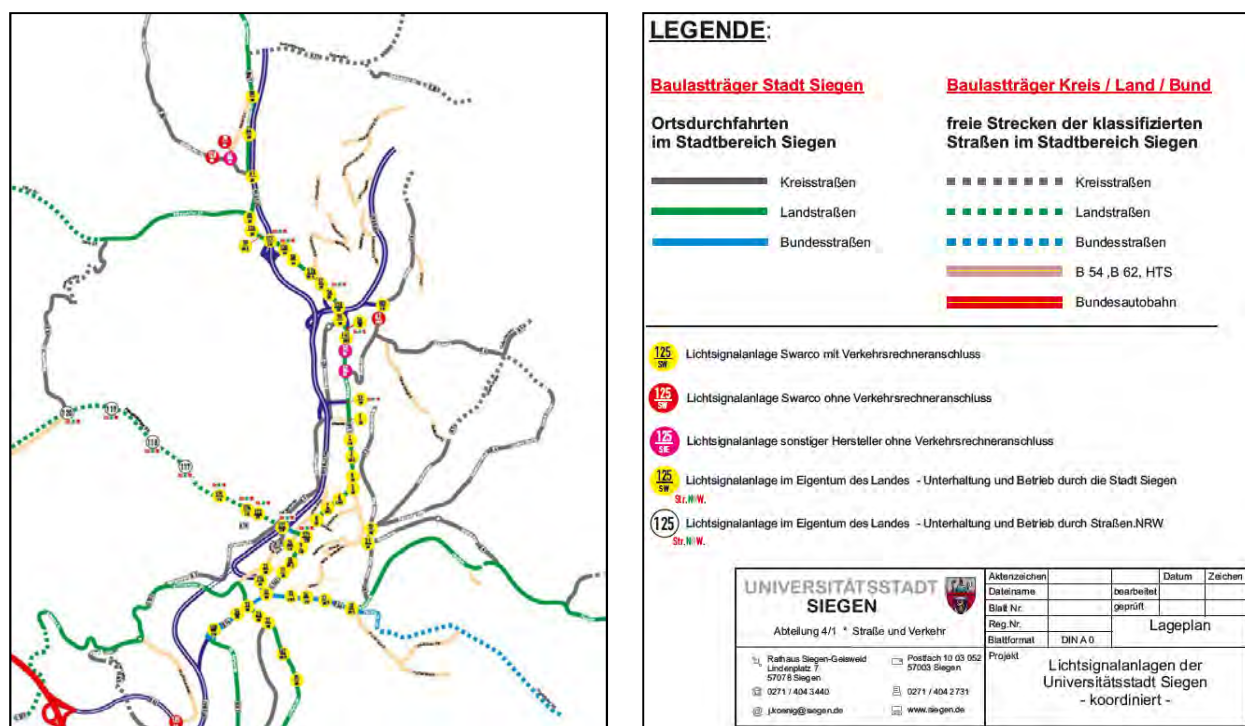
Ein Straßennetz besteht aus Knotenpunkten, die durch Streckenabschnitte verbunden sind. Die Knotenpunkte stellen zum einen für den Kfz-Fahrer Entscheidungspunkte dar (In welche Fahrtrichtung geht es weiter?), zum anderen lässt sich der Verkehrsfluss an den Knotenpunkten steuern. Die Steuerungsmöglichkeiten hängen dabei von der Knotenpunktart ab. (Bild 111)



**Bild 111: Knotenpunktarten und ihre Steuerungsmöglichkeiten des Verkehrsflusses**

Eine Steuerungsmöglichkeit des Kfz-Verkehrsflusses an Knotenpunkten besteht im Wesentlichen an Lichtsignalanlagen (LSA). Die Signalzeitenprogramme der Lichtsignalanlagen können durch Koordinierung aufeinander abgestimmt werden, sodass eine sogenannte „grüne Welle“ den Verkehrsfluss begünstigen kann. Für die vorhandenen Lichtsignalanlagen auf der Talachse in Nord-Süd-Richtung (Weidenauer Straße, Hagener Straße usw.) und in Ost-West-Richtung (Frankfurter Straße, Spandauer Straße, Freudenberger Straße usw.) gibt es in mehreren Teilabschnitten eine Koordinierung, die für einen verbesserten Verkehrsfluss sorgt. (Bild 112)





**Bild 112: Koordinierung von Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet Siegen**

Es steht die Überlegung im Raum, die bestehende LSA-Koordinierung auf der Talachse zu „unterbrechen“ und an den Auf- und Abfahrten der Hüttentalstraße (HTS) zu orientieren. Durch Bildung von Koordinierungsabschnitten zwischen den HTS-Auf- und -Abfahrten wird der allgemeine Kfz-Verkehr zügig aus den dazwischenliegenden Siedlungsgebieten zur HTS (bzw. umgekehrt) geführt. Zugleich sind aufgrund der unterbrochenen „grünen Welle“ Verlagerungen des durchgehenden Kfz-Verkehrs von der Talachse auf die HTS zu erwarten.

Die HTS gehört als Anbindung an das überregionale Straßennetz (A 4 im Norden und B 62 bzw. A 45 im Süden) zum Vorbehaltsnetz und weist auf Grundlage der heutigen Kfz-Verkehrsbelastungen noch freie Kapazitäten auf, sodass die zu erwartenden Mehrbelastungen hinsichtlich der Kapazität als verträglich eingestuft werden. Die resultierenden Umweltauswirkungen (Luft, Lärm) müssen jedoch noch quantifiziert werden. Vor diesem Hintergrund sind die Verlagerungseffekte der angedachten „Unterbrechung“ der bestehenden LSA-Koordinierung im Detail zu bestimmen. Dies gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die HTS-Fertigstellung zeitlich nicht in der Lärmkartierung des Lärmaktionsplans Stufe 3 berücksichtigt werden konnte und noch folgt. Sollte sich eine nicht verträgliche Zunahme der Umweltbelastungen herausstellen, sind bei Umsetzung der „Unterbrechung“ der Koordinierung entsprechende Gegenmaßnahmen zu berücksichtigen (z. B. Anordnung einer nächtlichen Geschwindigkeitsbeschränkung, Änderung des Fahrbahnbelags).

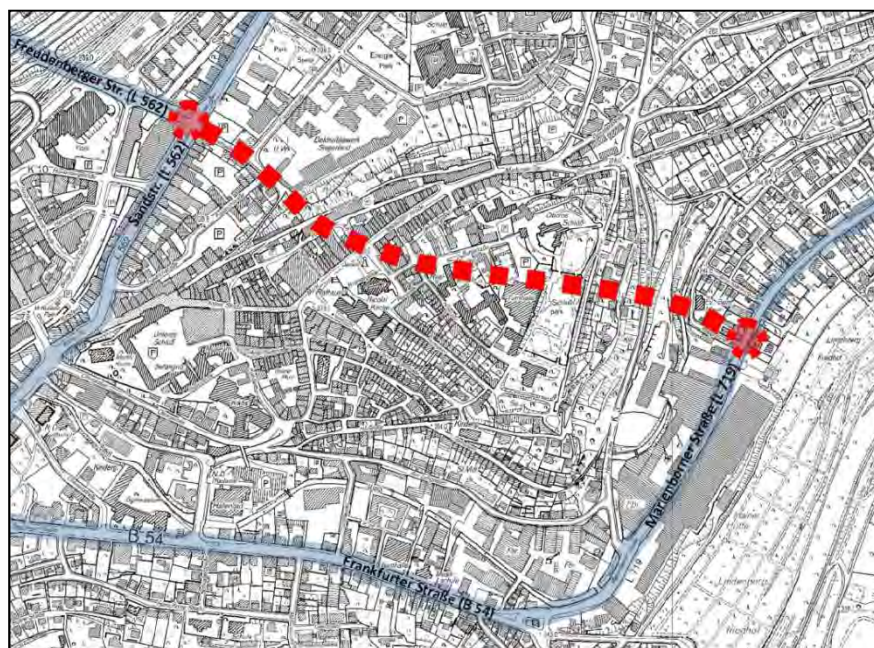
Die angedachte „Unterbrechung“ der bestehenden LSA-Koordinierung tangiert auch den straßengebundenen Linienbusverkehr. Um die Auswirkungen für diesen so gering wie möglich zu halten, ist darauf zu achten, dass diesem weiterhin eine durchgehende Bevorrechtigung gewährleistet wird.



Die konkrete Umsetzung der „Brechung“ der bestehenden Koordination erfordert weitere detailliertere Untersuchungen.

### Siegbergtunnel

Die Idee eines Tunnelbaus unter der Oberstadt („Siegbergtunnel“) wird schon seit mindestens 40 Jahren diskutiert. Im Jahre 2002 wurde für Siegen-Mitte ein Verkehrsentwicklungsplan aufgestellt. In diesem Zuge wurde nochmals der Tunnelbau unter der Oberstadt zur direkten Verbindung von Sandstraße (L 562) und Marienborner Straße (L 719) inhaltlich aufgegriffen (Bild 113). Hier wird der Tunnel unter Berücksichtigung einer Umweltverträglichkeitsstudie aus städtebaulicher Sicht empfohlen, insbesondere zur Entlastung des Bereichs Kölner Tor, aus Umweltsicht jedoch nicht.



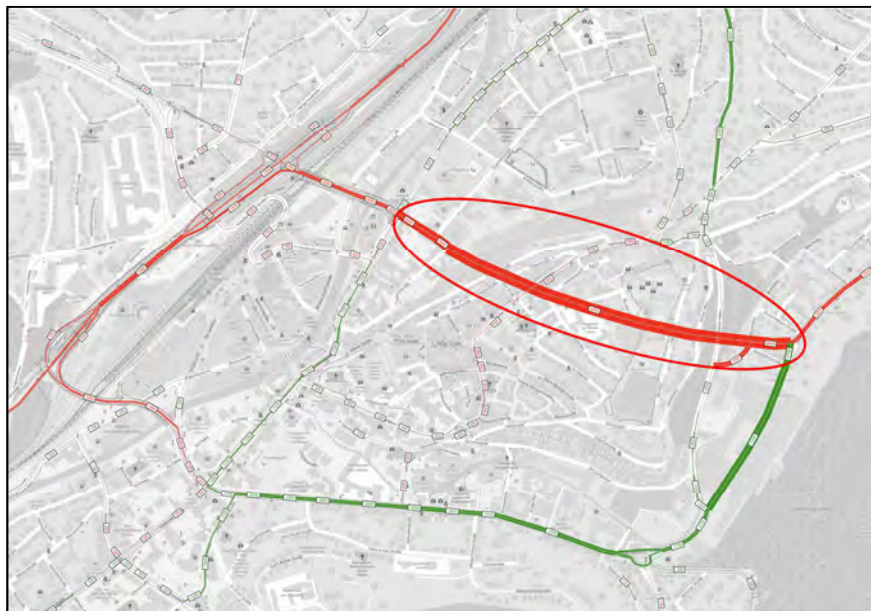
**Bild 113: Siegberttunnel – Direktverbindung von Sandstraße (L 562) und Marienborner Straße (L 719) unter der Oberstadt hindurch (Quelle: Aktualisierung des Verkehrsentwicklungsplans Siegen-Mitte, 2014)**

Problematisch eingeschätzt wurden damals die geschätzten Gesamtkosten in Höhe von rund 47 Mio. € (rund 12 Mio. € kommunaler Eigenanteil zzgl. der Kosten für Erwerb diverser Grundstücke im Bereich der Tunnelenden). Inzwischen werden die Kosten deutlich höher geschätzt, wobei derzeit keine aktuelle Kostenermittlung vorliegt.

Im Jahr 2014 erfolgte eine Aktualisierung des Verkehrsentwicklungsplans Siegen-Mitte, in der auch nochmals der Siegberttunnel gutachterlich hinsichtlich der verkehrlichen Wirkungen untersucht wurde. Trotz der positiven Entlastungseffekte wurde die Realisierung aufgrund der Gesamtkosten als nicht absehbar eingestuft. Es erfolgte jedoch keine monetäre Bewertung der positiven Effekte.

Im Rahmen des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität wurden die verkehrlichen Wirkungen des Tunnelbaus und einer zeitgleichen Verkehrsberuhigung im Bereich Kölner Tor (Tempo 30) erneut verkehrsmodellgestützt analysiert. Die Effekte liegen in einer ähn-

lichen Größenordnung wie bei bisherigen Untersuchungen. Der Tunnel führt vor allem zur Entlastung des Bereichs Kölner Tor, auf der Frankfurter Straße (B 54), der Marienborner Straße (L 719) zwischen Schleifmühlchen und Tunnel sowie auf Hohler Weg. Darüber hinaus ergeben sich ebenfalls Entlastungen auf Sandstraße (L 562) und Kampenstraße sowie Mehrbelastungen auf Juliusstraße, Freudenberger Straße (L 562) und Hüttentalstraße (HTS). (Bild 114)



Rot = Zunahme; Grün = Abnahme

**Bild 114: Belastungsveränderung des Prognose-Planfalls 2030 Siebertunnel gegenüber dem Prognose-Nullfall 2030 (DTV [Kfz/24h])**

Für eine abschließende Empfehlung hinsichtlich der Umsetzung des „Siebertunnels“ sind weitergehende Betrachtungen erforderlich, die aufgrund der Komplexität der Aufgabenstellung nicht mehr Bestandteil des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität sind.

Es ist eine neue Planung für den Tunnel in Form eines Gegenverkehrstunnels mit paralleler Fluchtröhre, die als Radverbindung genutzt werden kann, sowie eine zugehörige neue Kostenschätzung notwendig. Darauf aufbauend muss dann eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung mit Nutzen-Kosten-Analyse durchgeführt werden. In Abhängigkeit des Ergebnisses der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist dann eventuell auch eine neue Umweltverträglichkeitsstudie notwendig. Erst nach Vorliegen der weiteren Analyseergebnisse sollte eine abschließende Empfehlung ausgesprochen werden.

### 3.9 Kfz-Verkehr (ruhend)

Als Wohn- und Wirtschaftsstandort ist die Universitätsstadt Siegen sowohl Quell- als auch Zielpunkt von Verkehr. Sowohl am Start- als auch am Endpunkt einer Fahrt müssen die nicht mehr bewegten Fahrzeuge abgestellt werden, es entsteht eine Flächeninanspruchnahme durch den ruhenden Kfz-Verkehr. Die Fahrzeuge können entweder auf öffentlichen Flächen (z. B. im Straßenraum)

oder auf privaten Flächen (z. B. in Privatgaragen) abgestellt werden.

Vor allem in dicht besiedelten Stadträumen ist die Nutzungskonkurrenz bzgl. der begrenzt verfügbaren öffentlichen Flächen hoch. Des Weiteren entsteht durch das begrenzte innerstädtische Parkraumangebot sogenannter Parksuchverkehr, d. h. Wege zum Auffinden eines verfügbaren und akzeptablen Parkstands zum Abstellen des Fahrzeuges.

Mit der prognostizierten Zunahme bei den Kfz-Verkehrsbelastungen im Prognose-Nullfall 2030 (vgl. Kap. 3.8.3) ist auch eine Zunahme in Bezug auf den Parksuchverkehr und den ruhenden Verkehr zu erwarten. Vor diesem Hintergrund wird der Sachstand zum Parkraummanagement in der Universitätsstadt Siegen analysiert. Das Parkraummanagement umfasst auf der einen Seite die Bewirtschaftung des Parkraums und auf der anderen Seite die Parkwegweisung (Parkleitsystem) zur Steuerung des Suchverkehrs. Damit ist das Parkraummanagement ein Teil des Verkehrsmanagements.

In den „Empfehlungen für Anlagen des ruhenden Verkehrs“ (EAR 2005) sind die Parkmerkmale der verschiedenen Nachfragegruppen von Parkraum aufgeführt, aus denen sich auch die Bedeutungen der unterschiedlichen Maßnahmenansätze (u. a. zeitliche Beschränkung, Kosten, Wegweisung) ablesen lassen. (Bild 115)

		Einwohner	Beschäftigte, Auszubildende, Studierende und Schüler	Kunden	Besucher und Gäste	Dienstleister	Lieferanten
Parkdauer	kurz	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
	lang	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Auf das Parken im öffentlichen Straßenraum angewiesen		<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Verlagerung auf andere Verkehrsmittel möglich		<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Langer Fußweg zumutbar		<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kostenpflichtige Bewirtschaftung zweckmäßig		<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Durch Parkleitsysteme ansprechbar		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
		<input checked="" type="radio"/> Trifft zu <input checked="" type="radio"/> Trifft teilweise zu <input type="radio"/> Trifft nicht zu					

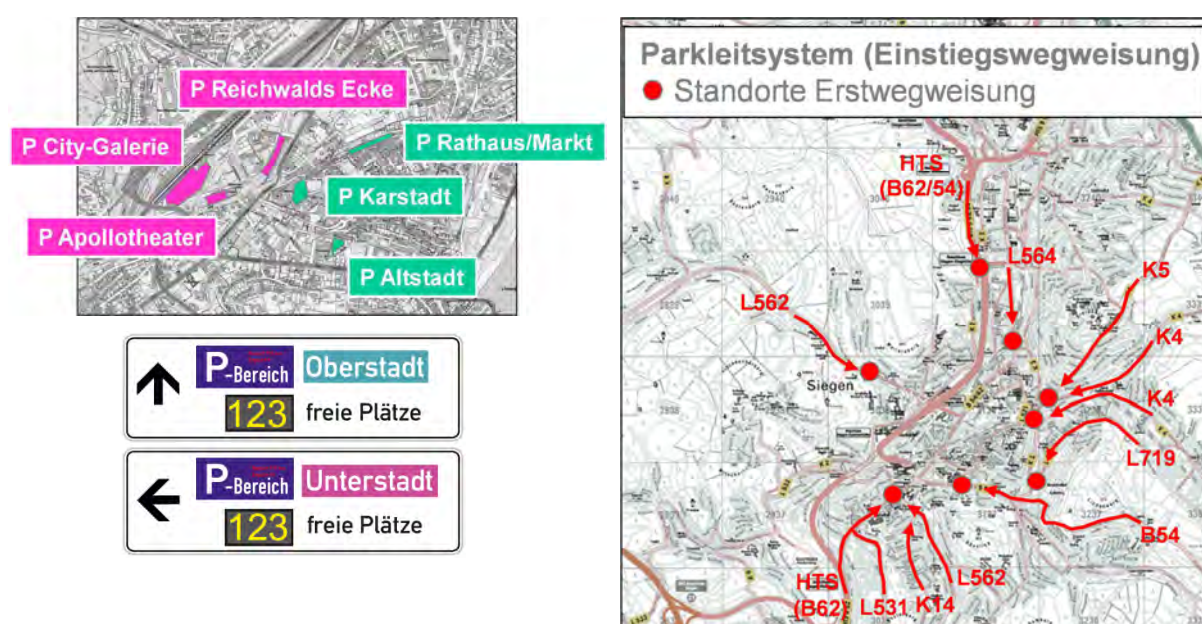
**Bild 115: Kfz-Parkraumnachfrager und Parkmerkmale (Quelle: EAR 2005, S. 9)**



### 3.9.1 „Netzdefinition“

#### Parkleitsystem

Die Universitätsstadt Siegen verfügt über ein statisches und dynamisches Parkleitsystem, welches sich aktuell in der Überarbeitung befindet. Eingebunden sind derzeit die großen Parkbauten im Siegener Stadtzentrum (bestehend aus Unterstadt, Mitte und Oberstadt) mit einem Parkraumangebot von insgesamt rund 3.300 Parkständen. Die Wegweisung zu den eingebundenen Parkbauten beginnt an den Kfz-relevanten Zufahrten zur Kernstadt (Ober-/Unterstadt). Zur besseren Orientierung soll zukünftig eine Untergliederung in die Parkbereiche Oberstadt und Unterstadt erfolgen, die auch durch eine farbliche Zuordnung zu erkennen sein wird. (Bild 116)



**Bild 116: Parkleitsystem der Universitätsstadt Siegen**

#### Parkraumbewirtschaftung

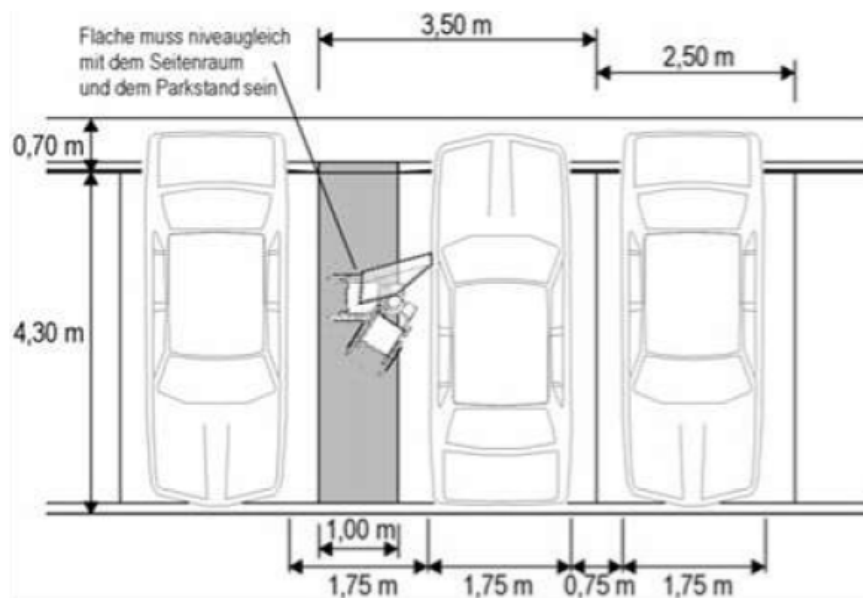
Im Jahr 2015 wurde für den zentralen Geschäftsbereich Siegen-City eine Parkraumuntersuchung durchgeführt, die zu einer Anpassung der Parkraumbewirtschaftung geführt hat. Im Jahr 2018 erfolgte eine Weiterentwicklung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes. Hier wurde eine räumliche Differenzierung nach Siegen-Mitte, Siegen-Weidenau und sonstigen Bereichen mit Parkuhren bzw. Parkscheinautomaten vorgenommen. Während in Mitte und Weidenau 0,60 € pro halbe Stunde als Regelfall angesetzt wurde, lag der Betrag für die sonstigen Bereiche bei 0,50 € je Stunde. Im darauffolgenden Jahr 2019 wurden geringfügige Anpassungen vorgenommen, die sich lediglich auf den Bereich Siegen-Mitte beziehen. Im Hinblick auf die Lesbarkeit ist nachfolgend nur die aktuelle Parkraumbewirtschaftung dargestellt (Tabelle 11). Die Vorgänger sind im Anlagenband dokumentiert.

**Tabelle 11: Parkraumbewirtschaftung in der Universitätsstadt Siegen, Stand 2019**

Bereich	Bewirtschaftung 2019
Siegen-Mitte	0,60 € pro ½ Stunde Kornmarkt, Neumarkt, Pfarrstraße: 1,50 € für Höchstparkdauer von 1 Stunde Sandstraße (bis Emiliestraße), Friedrichstraße (von Sandstraße bis Emiliestraße), Juliusstraße: 1,50 € für Höchstparkdauer von 1 Stunde Sandstraße (von Emiliestraße bis Kampenstraße), Emiliestraße, Grafestraße, Mühlengraben Nordstraße, Albertus-Magnus-Straße, Marienstraße, Kampenstraße (einschließlich Parkplatz Kampenstraße): 1,50 € pro 1 Stunde bei Höchstparkdauer von 2 Stunden Parkfläche Oberes Schloss: 1,50 € pro Stunde für Höchstparkdauer von 3 Stunden
Siegen-Weidenau	0,60 € pro ½ Stunde Poststraße: zusätzlich 0,30 € für Höchstparkdauer von ¼ Stunde
Sonstige Bereiche mit Parkuhr bzw. Parkscheinautomat	0,50 € je 1 Stunde

### 3.9.2 Nutzungsanforderungen

In den „Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen“ (RASt 2006) sind die Nutzeransprüche an Straßenräume für den fließenden und ruhenden Kfz-Verkehr festgehalten. Die Nutzungsansprüche des ruhenden Kfz-Verkehrs resultieren allein aus der Erschließungsfunktion von angebauten Straßen, wobei das Grundmaß für das Abstellen des Kfz vom Fahrzeugtyp (Bemessungsfahrzeug) und weiteren Kriterien des Parkens (z. B. erwünschte Fahrweise beim Ein- und Ausparken, Aufstellungsart) abhängig ist. (Bild 117)

**Bild 117: Platzbedarf für das Bemessungsfahrzeug Pkw (Quelle: RASt 2006, S. 28)**

### 3.9.3 Detailbetrachtung zum ruhenden Kfz-Verkehr

In der Siegener Innenstadt gibt es neben den vorhandenen großen Parkbauten, die insgesamt rund 3.300 Parkstände umfassen, auch weitere, aber deutlich kleinere öffentliche Parkflächen. Die Bedeu-

tung dieser kleineren Parkflächen wird am Beispiel des Stadt-/Ortsteilzentrums Siegen-City (Oberstadt) erläutert.

In der räumlichen Abgrenzung des Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City (Oberstadt) gibt es selbst keine großen Parkbauten. Die nächstgelegenen größeren Parkmöglichkeit, die auch in das Parkleitsystem integriert sind, sind zum einen das Parkhaus Rathaus/Markt nördlich und das Parkhaus Altstadt südlich des Stadt-/Ortsteilzentrums gelegen. Im Gebiet befinden sich aber neben dem Bewohnerparken auch mehrere öffentliche Parkstände mit Parkschein/-scheibenregelung. Diese Parkstände ziehen aufgrund der direkten Nähe Parksuchverkehr an. (Bild 118)

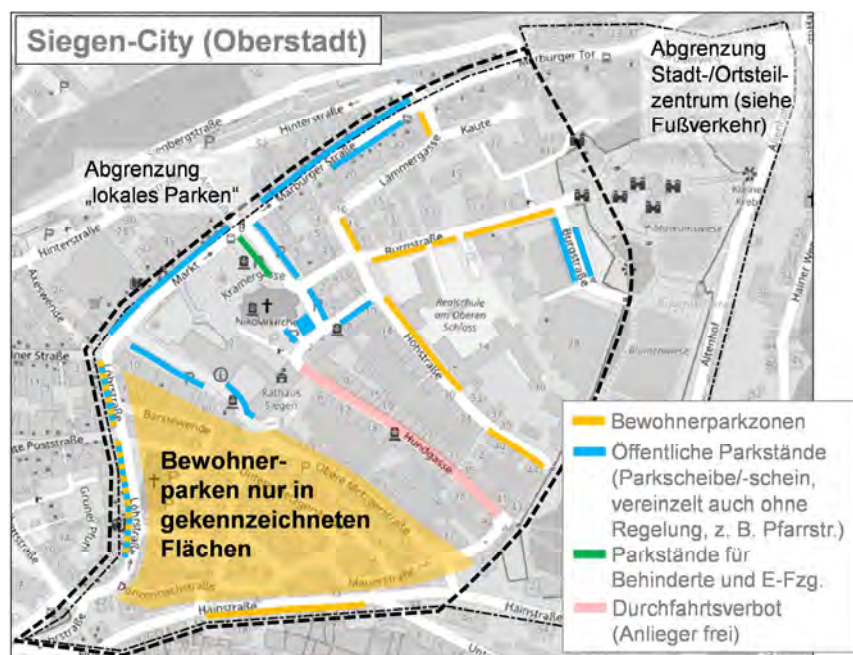


Bild 118: Parkraumangebot im Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City (Oberstadt)

Um den Parksuchverkehr im Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City (Oberstadt) besser steuern zu können, ist die Einrichtung eines lokalbezogenen kleinräumigen Parkleitsystems inklusive Belegungsanzeige denkbar. Vor allem für die Oberstadt, die auf der einen Seite enge Straßenräume aufweist, aber auf der anderen Seite auch einen hohen Besatz an Geschäften, Dienstleistungen und Gastronomie, könnte dies zu einer deutlich spürbaren Entlastung führen. Die Anwendbarkeit für andere Gebiete ist zu prüfen.

### 3.10 Wirtschaftsverkehr

Neben den Metropolregionen, einer bedeutenden Kernstadt (Metropole) mit ihrem Umlandraum, gibt es „zahlreiche Räume, in denen mittelgroße Städte als Oberzentren mit einem großen Einzugsbereich fungieren, der häufig weit mehr Einwohner\*innen aufweist als die Kernstädte selbst (Regiopole). Sowohl in diesen Städten als auch im Umland befinden sich zahlreiche Arbeitsplätze, was enorme Pendelbewegungen zwischen Stadt und Umland sowie innerhalb der Region erzeugt. Man kann diese Regionen weder als „rein“ urban noch als ländlich geprägt umschreiben – es sind verstädterte Provinzen, die geradezu klassisch für das Raumbild Deutschlands sind.“ (Quelle: Radtke J., Daub J.: Verkehrs-

wende im suburbanen Raum - Herausforderungen von Regiopolen bei der Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte).

Die Universitätsstadt Siegen ist eine typische Regiopole. Die Stadt Siegen und das Siegerland haben eine besondere Stadt-Umland-Beziehung, nicht nur in Bezug auf die Pendlerbewegungen, sondern auch im Bereich der Zulieferer-Firmen der mittelständischen Wirtschaft. Es gibt viele Firmen, die ausschließlich in einem Umkreis von 30-50 km andere Firmen mit Vorprodukten oder Produkten beliefern. Dazu zählt auch das Handwerk.

### 3.10.1 Netzdefinition

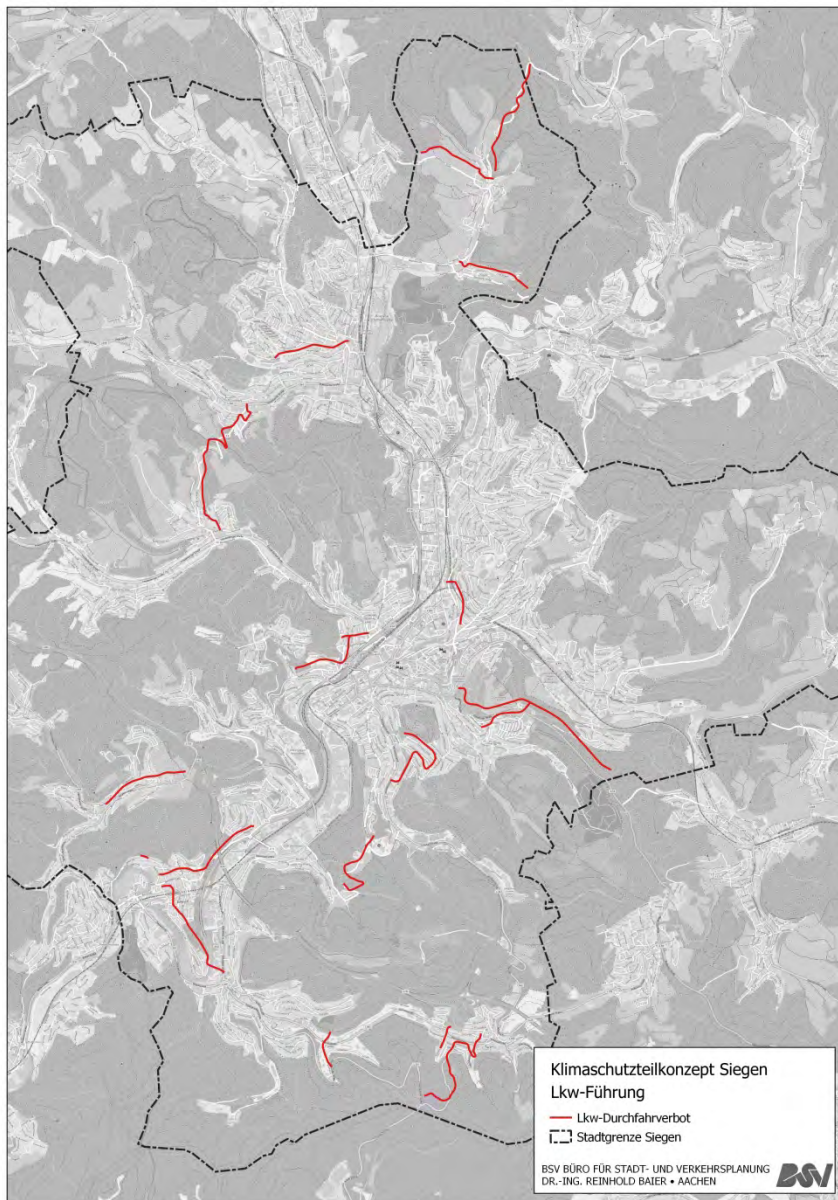
Bereits für den Kfz-Verkehr wurde die Bedeutung des Vorbehaltsnetzes erläutert. Es dient der leistungsfähigen Abwicklung des gesamten Kfz-Verkehrs, d. h. dem motorisierten Individualverkehr, dem Lkw-Verkehr sowie dem straßengebundenen Linienbusverkehr. (vgl. Kap. 3.8.1 und Bild 106)

Kommunen, die hohe Lkw-Belastungen aufweisen, nicht nur im Hauptverkehrsstraßennetz, sondern auch in sensiblen Bereichen, haben die Möglichkeit, in Ergänzung zu einem Vorbehaltsnetz ein Lkw-Führungskonzept zu erarbeiten. Ziel solch eines Lkw-Führungskonzeptes ist eine stadtverträgliche Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs und einer Reduzierung dessen Umweltbelastungen. Analog zur Zielsetzung des Vorbehaltsnetzes soll der Lkw-Verkehr mit Hilfe von Geschwindigkeitsreduzierungen, Zufahrtsbeschränkungen und Leitsystemen im Hauptverkehrsstraßennetz gebündelt und „Schleichverkehre“ weitestgehend unterbunden werden. Die Universitätsstadt Siegen arbeitet bisher ausschließlich mit der Vorbehaltsnetzdefinition und nach Bedarf mit verkehrsrechtlich angeordneten Zufahrtsbeschränkungen (Bild 119).

Die Auswirkungen (Luft- und Lärmbelastungen) werden im Rahmen der Luftreinhalteplanung und Lärmaktionsplanungen in jedem Fall berücksichtigt. Die seit dem 1. Januar 2015 für Teile der Siegener Innenstadt gültige Umweltzone, in die nur noch Fahrzeuge mit der grünen Plakette einfahren dürfen, resultiert beispielsweise aus der Luftreinhalteplanung. Und die Lkw-Zufahrtsbeschränkung für den Abschnitt Sandstraße/ Koblenzer Straße zwischen Freudenberger Straße und Kochs Ecke wurde im Zuge des Lärmaktionsplans der Stufe 1 aus dem Jahre 2008 umgesetzt. Dadurch haben sich Verlagerungseffekte auf die Hüttentalstraße (HTS) ergeben, wodurch Reduzierungseffekte verzeichnet werden konnten.

Auch übergeordnete Maßnahmen können für das Stadtgebiet positive Effekte ergeben. Ab August 2012 wurde beispielsweise die Lkw-Maut für Lkw ab 7,5 t auf Bundesstraßen ausgeweitet, sodass gut ausgebaute Bundesstraßen nicht mehr zur Umfahrung von bisherigen Mautstrecken genutzt werden. Hiervon profitiert auch die Stadt Siegen, da neben den Autobahnen nun auch für die Bundesstraßen B 54 und B 62 eine Maut erhoben wird.





**Bild 119: Verkehrsrechtlich angeordnete Lkw-Zufahrtsbeschränkungen innerhalb der Universitätsstadt Siegen**

### 3.10.2 Nutzungsanforderungen

In den „Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen“ (RASt 2006) sind die Nutzeransprüche an Straßenräume für den fließenden und ruhenden Kfz-Verkehr festgehalten (vgl. Kap. 3.8.2 sowie Kap. 3.9.2). Hierunter fällt auch der Wirtschaftsverkehr, wobei für das Liefern und Laden nochmals eigene Aspekte berücksichtigt werden. Hier ergibt sich der Raumbedarf ähnlich zum ruhenden Kfz-Verkehr aus den Fahrzeugabmessungen sowie aus dem Flächenbedarf für die fahrzeugeigenen Hebevorrichtungen und für das Abstellen der Waren.

Ähnlich zum Kfz-Verkehr lassen sich auch in Bezug auf den Wirtschaftsverkehr unterschiedliche Sichtweisen unterscheiden. Während Dienstleister vor allem an

- der Anbindung an das (über-)regionale Verkehrsnetz,



### Flugdrohnen zum Transport von Kleinmaterialien

Ein weiteres innovatives Beispiel stellt das Forschungsprojekt „Kooperative Drohnentechnologie und Anwendungen zur medizinischen Versorgung“ (KODRONA) dar. Im Rahmen eines Verbundprojekts von drei Kliniken, einem Drohnenhersteller, der Universitätsstadt Siegen sowie der Universität Siegen wurde eine lokale Reallabor-Erprobung zum Transport von Kleinmaterialien wie Laborproben oder Blutkonserven per Drohnenanwendung durchgeführt und evaluiert. Ziel des Forschungsprojekts ist die Entwicklung eines erstmaligen Prototyps im Krankenhausumfeld mit dem Aufbau einer sicheren Flugstrecke außerhalb der Sichtweite der Drohne und der entsprechenden Start-Lande-Infrastrukturen. Die erste Projektstufe ist abgeschlossen (07/2019 – 02/2020). Die Machbarkeitsstudie soll in einen forschungsnahen Demonstrationbetrieb (KODRONA II) überführt werden. Hier ist ein Projektstart im dritten Quartal des Jahres 2021 anvisiert. Entsprechende Förderanträge wurden gestellt, die Entscheidung über die Fortsetzung der Förderung steht aber noch aus. (Bild 121)



**Bild 121: Flugdrohne zum Einsatz von Kleinmaterialtransporten (Quelle: [www.uni-siegen.de/start/news/oeffentlichkeit/889728.html](http://www.uni-siegen.de/start/news/oeffentlichkeit/889728.html))**

### Mikro-Depots für Kurier-, Express- und Paket-Dienstleister (KEP)

Das Logistikunternehmen Gieseler Cargo Service Point CSP aus Freudenberg hat die Probleme des innerstädtischen Verkehrs für die KEP-Dienstleister erkannt (v. a. Zeitverluste durch zähfließenden Verkehr, Haltschwierigkeiten) und sich nach einer geeigneten Zustellalternative umgeschaut. Das Unternehmen arbeitet mit ei-



nem innerstädtischen Zwischenlager, einem sogenannten Mikro-Depot, von dem aus die Zustellung per E-Lastenrad erfolgt (Bild 122). Das E-Lastenrad wird im konventionellen Lieferwagen mit dem täglichen Zustellvolumen zum innerstädtischen Ausgangspunkt gebracht. Der Lieferwagen fungiert dann als Zwischenlager, von dem aus die Zustellrouten per E-Lastenrad durchgeführt werden. Aufgrund der kleineren Ladekapazität teilt sich die tägliche Zustellung auf vier bis fünf Routen auf, die jeweils eine Rückkehr zum Mikro-Depot erfordern, um das Zustellvolumen für die nächste Route aufzunehmen. (Wechsel-)Akkus werden über Nacht in der Unternehmenszentrale wieder aufgeladen. Um das E-Lastenrad an die spezifische Aufgabenstellung optimal anzupassen, ist das Unternehmen selbst an der (Weiter-)Entwicklung beteiligt.

Mit Hilfe des Mikro-Depot-Ansatzes und der Feinverteilung per E-Lastenrad kann die Haltproblematik sowie die Luft- und Lärmemissionen vollständig kompensiert werden. Die Erfahrungen des Unternehmens Gieseler zeigen auf, dass ein E-Lastenrad ein komplettes Dieselfahrzeug ersetzt. Die Zeitverluste reduzieren sich zwar nicht, da u. a. Rückwege zum Zwischenlager erforderlich sind, erhöhen sich aber auch nicht.

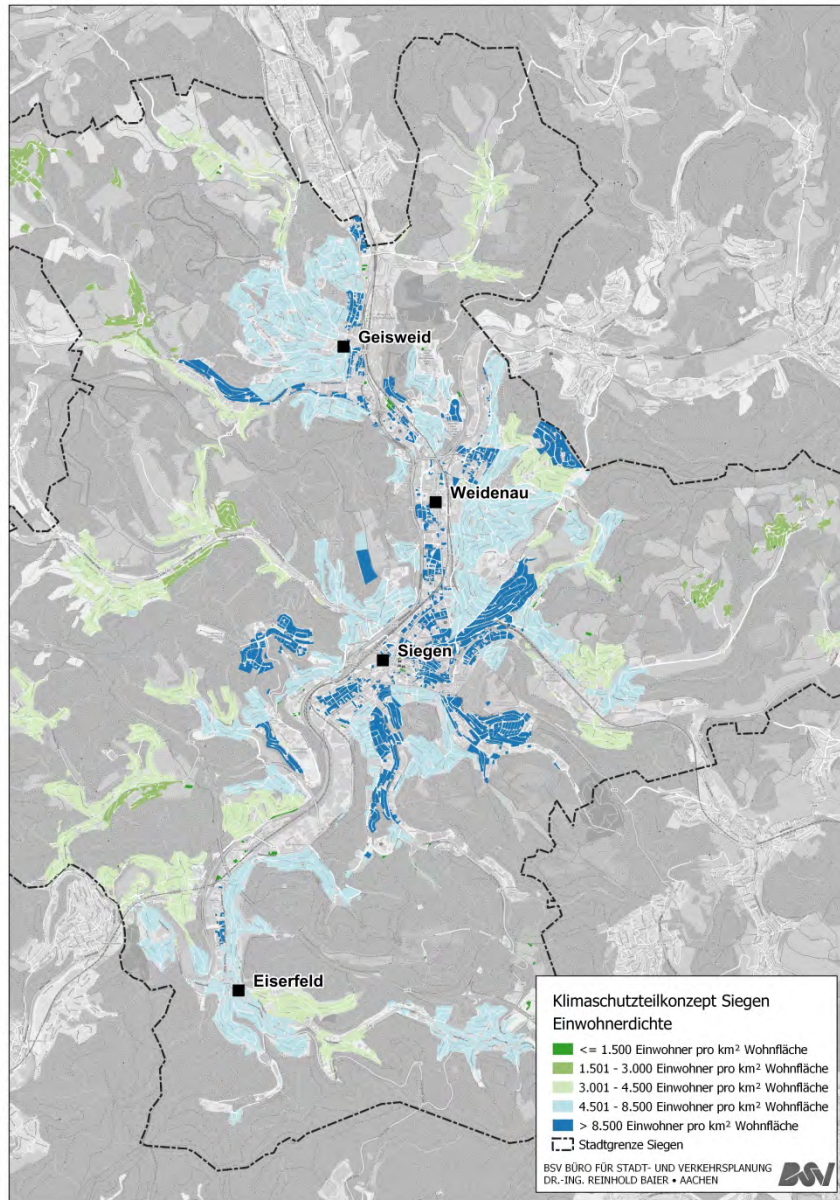


**Bild 122: E-Lastenrad im Zustellverkehr der Firma Gieseler Cargo Service Point CSP (Quelle: [www.gieseler.com](http://www.gieseler.com))**

Auch die großen deutschlandweit tätigen KEP-Dienstleister wenden zum Teil schon den Mikro-Depot-Ansatz an (z. B. UPS in Hamburg). Wissenschaftliche Raumanalysen<sup>29</sup> haben aufgezeigt, dass die Potenziale des Ansatzes nicht von der Stadtgröße an sich, sondern vielmehr von der Siedlungsdichte abhängig sind. Innenstädte zeichnen sich durch Mischflächen aus, in denen eine hohe Kundendichte vorzufinden ist, aber zeitgleich auch hohe Kfz-Verkehrsbelastungen und wenig Parkflächen bzw. Haltemöglichkeiten im öffentlichen Straßenraum. Im Gegensatz dazu weisen Wohn-, Gewerbe oder Industriegebiete geringere Kundendichten sowie moderate Kfz-Verkehrsbelastungen auf und bieten in der

<sup>29</sup> Universität Frankfurt a. M. (2017): Wirtschaftsverkehr 2.0

Regel ausreichend Parkflächen bzw. Haltmöglichkeiten im öffentlichen Straßenraum. Für die Universitätsstadt Siegen zeigen sich vor allem für die Hauptzentrum Siegen sowie die Nebenzentren Geisweid und Weidenau (ggf. auch Eiserfeld) hohe Siedlungsdichten. (Bild 123)



**Bild 123: Einwohnerdichte in der Universitätsstadt Siegen**

Aufgrund der Entwicklung des KEP-Sendungsvolumens in den vergangenen Jahren und der prognostizierten anhaltenden Steigerung ist auch mit einer Zunahme im Aufkommen der innerstädtischen KEP-Verkehre zu rechnen. Vor diesem Hintergrund, der positiven Erfahrungen der Firma Gieseler und der aufgezeigten Potenzialgebiete wird empfohlen, den Mikro-Depot-Ansatz im Stadtgebiet weiter auszubauen. Da die Stadtverwaltung nicht für die KEP-Dienstleistung zuständig ist, sind die vor Ort tätigen KEP-Dienstleister für die Umsetzung der Maßnahme zu gewinnen und einzubinden. Die Stadtverwaltung kann dazu erste Gespräche

initiierten und im Hinblick auf die Umsetzung innerstädtische Flächen oder Gebäude zur Verfügung stellen.

### Analyse der Wirtschaftsverkehrsströme

Wie bereits in Kap. 3.1 und Kap. 3.2.2 aufgezeigt wurde, ist die Universitätsstadt Siegen ein bedeutender Wirtschaftsstandort, wobei sich die Gewerbestandorte oftmals in der zentralen Talachse entwickelt haben. Zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftsstandortes spielt die Erreichbarkeit eine zentrale Rolle. Sie wird im aufgestellten Vorbehaltsnetz berücksichtigt. Darüber hinaus werden sensible Bereiche durch verkehrsrechtlich angeordnete Lkw-Zufahrtsbeschränkungen vor zu hohen Lkw-Verkehrsbelastungen geschützt. (siehe Kap. 3.10.1)

Ein spezifisches Lkw-Führungskonzept wurde bisher für die Universitätsstadt Siegen nicht erarbeitet, kann aber u. U. durch die Steuerungsfunktion die Beeinträchtigungen durch den Wirtschaftsverkehr verträglicher im Stadtgebiet verteilen. Um die Notwendigkeit eines Lkw-Führungskonzeptes zu identifizieren, sind weitere Detailanalysen erforderlich, die Erkenntnisse zum Lkw-Durchgangsverkehr (Aufkommenshöhe, Betroffenheit) sowie zur allgemeinen Routenwahl des Lkw-Verkehrs liefern. Hierzu sind spezifische Verkehrserhebungen (kennzeichengestützte Kordonerhebung) und Befragung der Wirtschaftsbetriebe notwendig. Die Befragungen können jedoch zeitgleich zur Identifizierung der Potenziale des betrieblichen Mobilitätsmanagement genutzt werden.

### Alternative Antriebe im Wirtschaftsverkehr

*siehe hierzu Kap. 3.11.3*

## **3.11 Alternative Antriebe**

In Bezug auf die alternativen Antriebe spielen vor allem die batterieelektrische sowie die wasserstoffbasierte Antriebstechnik (Brennstoffzellentechnik) eine bedeutende Rolle, wobei die Bundesregierung hinsichtlich der Elektromobilität konkrete Ziele formuliert hat:

- 7-10 Mio. zugelassene Elektrofahrzeuge bis 2030 sowie
- 1 Mio. öffentlich-zugängliche Ladepunkte.

Auf Grundlage des heutigen Fahrzeugbestands und unter Beibehaltung der Pkw-Dichte würde dies für die Universitätsstadt Siegen bis zum Jahr 2030 folgendes bedeuten:

- 14.000 bis 20.000 Elektrofahrzeuge sowie
- 2.000 öffentlich-zugängliche Ladepunkte.

Zur Erreichung der Zielsetzung, aber auch zur Förderung der Brennstoffzellentechnik, sind sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene finanzielle Anreize und Förderungen eingeführt worden wie

- Kaufprämie „Umweltbonus“ bis Ende 2025 (bis zu 6.000 € für Elektro- oder Brennstoffzellenautos, bis zu 4.500 € für Plug-In-Hybrid-Autos),
- Innovationsprämie bis Ende 2021 (bis zu 9.000 € für reine Elektroautos),

- Steueranreize für Elektroautos seit Anfang 2020 (Anschaffung und Nutzung von Elektro-Dienst- und Lieferfahrzeugen, steuerfreies Laden beim Arbeitgeber),
- Finanzielle Förderung für Ladeinfrastruktur (privat, Kundenparkplätze),
- Reform der Kfz-Steuer für Autos (Orientierung an CO<sub>2</sub>-Ausstoß), die ab 2021 neu zugelassen werden (Elektroautos weiterhin steuerfrei) sowie
- Förderprogramm „Emissionsarme Mobilität“ über PROGRES.NRW.

Die Wirtschaftsförderung der Universitätsstadt Siegen hat 2017 auf Grundlage von vorherigen Analysen (im Rahmen des BMBF-Forschungsprojekt „REMONET“) einen Aktionsplan Elektromobilität aufgestellt, mit dem der Bestand an Fahrzeugen mit alternativen Antrieben gefördert werden soll. Folgende Handlungsfelder greift der Aktionsplan auf:

- Ausbau der Normal- und Schnellladeinfrastruktur (Ladesäulen) im öffentlichen Bereich (100 Ladepunkte bis 2022) und im halb-öffentlichen Bereich,
- Beschaffung von 20 E-Fahrzeugen für die Kommunalverwaltung (Fuhrpark) mit batterieelektrischen Pkw und Brennstoffzellenfahrzeugen,
- Errichtung von Mobilitätsstationen an den Verwaltungsstandorten,
- Errichtung der ersten Wasserstofftankstelle in Südwestfalen für Brennstoffzellen-Pkw (700 bar) im Industriegebiet Oberes Leimbachtal,
- Durchführung von Modellvorhaben zur Systemintegration von Elektromobilität in kommunale Strukturentwicklung („emobilityhoch3 Oberes Leimbachtal“),
- Maßnahmen zur Förderung und Forschung im Bereich „Logistik- und Wirtschaftsverkehre der Zukunft“ (vgl. Kap. 3.10),
- Förderberatung Elektromobilität,
- Öffentlichkeitsarbeit und Marketing.

### 3.11.1 Netzdefinition

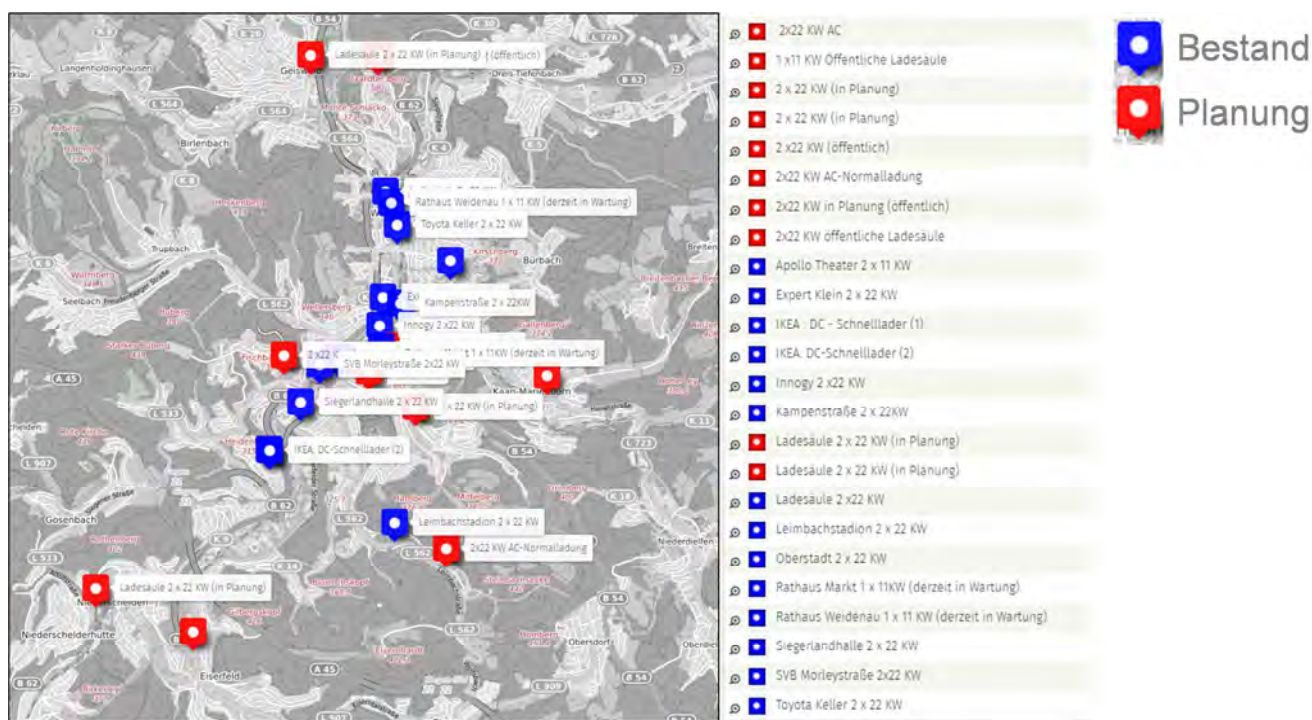
Die nachfolgende Netzdefinition bezieht sich auf die derzeit im Stadtgebiet Siegen vorhandene Ladeinfrastruktur für batterieelektrisch angetriebene Fahrzeuge sowie die Tankstelleninfrastruktur für wasserstoffangetriebene Fahrzeuge.

Die Stadtverwaltung informiert über ihre städtische Internetseite über die bestehenden Fördermöglichkeiten für Ladeinfrastruktur (Bild 124, Kartendarstellung visualisiert nicht den aktuellsten Umsetzungsstand). Derzeit befinden sich im Stadtgebiet an 18 Standorten öffentlich zugängliche AC-Ladesäulen. Weitere neun Standorte für AC-Ladesäulen befinden sich in der Realisierung (Fertigstellung im zweiten oder dritten Quartal 2021) und weitere 15 Standorte für AC-Ladesäulen in der Planung (Fertigstellung im



vierten Quartal 2021). Bis Ende 2021 umfasst der Bestand dann in Summe 71 Ladepunkte verteilt auf 42 Standorte.

Im Juni 2019 öffnet die erste Wasserstofftankstelle in der Region Siegen (Bild 125), damals die 16. Station in NRW und 71. Station in Deutschland. Bis zum Jahreswechsel 2019/2020 sollten es bundesweit 100 Stationen sein.



**Bild 124: Ladepunkte in der Universitätsstadt Siegen, Stand 06/2019**



**Bild 125: Wasserstofftankstelle in Siegen, Oberes Leimbachtal (Quelle: [www.siegen.de/wirtschaft/elektromobilitaet/wasserstoff/erste-wasserstoff-tankstelle-der-region-in-siegen-eroeffnet/](http://www.siegen.de/wirtschaft/elektromobilitaet/wasserstoff/erste-wasserstoff-tankstelle-der-region-in-siegen-eroeffnet/))**

### 3.11.2 Nutzungsanforderungen

In Bezug auf die alternativen Antriebe sind Anforderungen an die Fahrzeugtechnik und an die „Tank“-Infrastruktur zu unterscheiden.

Die Fahrzeugtechnik der alternativen Antriebe muss so ausgereift sein, dass mit einer „Tank“-Füllung eine ausreichende Reichweite ermöglicht wird. Hinsichtlich der „Tank“-Infrastruktur fordern die Nutzer schnelles Aufladen/Tanken, eine sichere Lade-/Tanktechnik sowie eine ausreichend dichte und öffentlich zugängliche „Tank“-Infrastruktur.

Während die Stadtverwaltung keinen Einfluss auf die Fahrzeugtechnik hat, kann sie bei der Erfüllung der Dichteanforderung bzgl. des Aufladens/Tankens unterstützen.

### 3.11.3 Detailbetrachtung zu alternativen Antrieben

#### Kommunaler Fuhrpark

Die Stadtverwaltung ist selbst nur für den eigenen kommunalen Fuhrpark zuständig, in dem sowohl Pkw als auch Nutzfahrzeuge vorhanden sind. Sie ist sich ihrer Vorbildfunktion bewusst und hat daher die Umstellung des kommunalen Fuhrparks auf elektrische Antriebe mit als Handlungsfeld in den Aktionsplan Elektromobilität aufgenommen.

In Bezug auf die Pkw wurden in den vergangenen Jahren zum einen Ersatzbeschaffungen (Anschaffung von Elektrofahrzeugen als Ersatz für ältere Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor) und zum anderen Neuanschaffungen zur Reduzierung der Dienstfahrten mit privatem Pkw durchgeführt. Letzteres wurde haushaltsneutral umgesetzt, d. h. die Kosten für Dienstfahrten mit privatem Pkw wurden den Beschaffungskosten gegengerechnet. Zum jetzigen Zeitpunkt verfügt die Stadtverwaltung über insgesamt 12 voll-elektrische Elektro-Pkw. Grundsätzlich wird in der Dienstanweisung auf die Nutzung der kommunalen Fahrzeugflotte hingewiesen. In Bezug auf die Fahrzeugbeschaffung (Neuanschaffung und Ersatzbeschaffung) müssen die Klimabeschlüsse des Rates berücksichtigt werden.

Die Umstellung der Flotte der Nutzfahrzeuge stellt nun die zweite Stufe der Umsetzung dar. Im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit sollen hier nicht nur batterieelektrische Fahrzeuge, sondern auch wasserstoffbetriebene Fahrzeuge angeschafft werden. Ein kleines Elektronutzfahrzeug (E-Worker, Bild 126) ist bereits im Einsatz.



**Bild 126: Alternativ angetriebene Fahrzeuge im kommunalen Fuhrpark der Universitätsstadt Siegen**

### Infrastruktur

In Bezug auf die batterieelektrische Ladeinfrastruktur sieht sich die Stadt nicht ausschließlich in der Unterstützerrolle (Förderberatung Elektromobilität), sondern auch in der Umsetzung. Die Stadt Siegen beantragt neben der Ladeinfrastruktur für die städtischen Liegenschaften auch Ladeinfrastruktur für zentrale Versorgungspunkte (Normal- und Schnellladung). Die Umsetzung und der Betrieb ist Aufgabe der Stadt. Hier lautet die eigene städtische Zielsetzung: 100 Ladepunkte bis 2022 im öffentlichen Bereich. Der weitere Ausbauplan bezieht sich dann auf die Stadtteil-/Quartiersebene.

Der wasserstoffbasierte Infrastrukturausbau wird im Netzwerk „H2 Südwestfalen“ (bisher „H2 Siegerland“) weiter geplant. Neben der bestehenden Tankstelle für Pkw (700 bar) im Siegener Gewerbegebiet „Obere Leimbach“ sind folgende Standorte geplant:

- Obere Leimbach: Ausbau der bestehenden Wasserstofftankstelle mit 350 bar und Kapazitätserhöhung für Nutzfahrzeuge, Müllsammel und Busse,
- Geisweid: Neubau einer Wasserstofftankstelle mit 700 bar/350 bar (Standortpartner Deutsche Edelstahlwerke GmbH),
- Kaan-Marienborn: Neubau einer Wasserstofftankstelle mit 700 bar/350 bar (Standortpartner Messer GmbH),
- Eiserfeld/Marienhütte: Neubau einer Wasserstofftankstelle mit 700 bar/350 bar (Standortpartner VWS, Utsch GmbH oder ESi Stadt Siegen).

### Einsatz von Elektrofahrzeugen im Sharing-Bereich

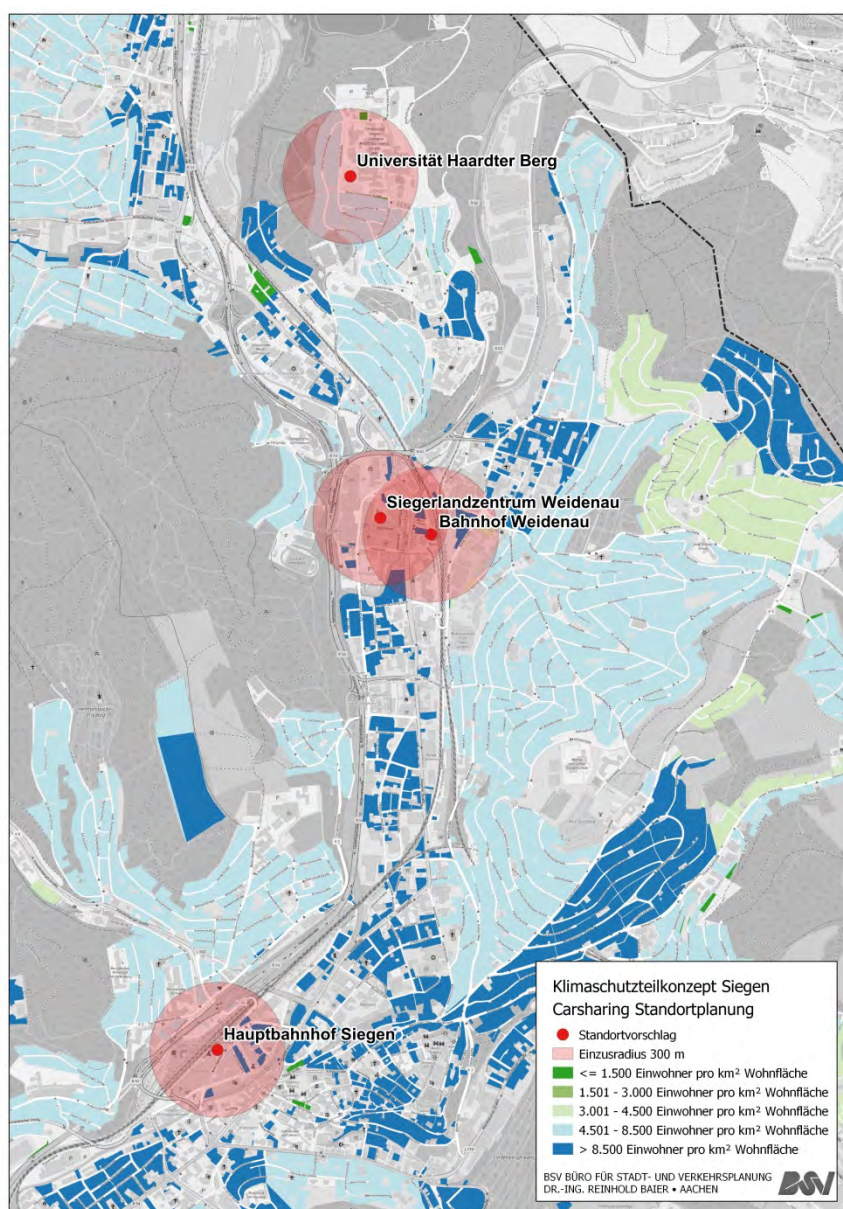
Bereits in Kap. 3.6.3 wurde aufgezeigt, dass die Universitätsstadt Siegen dabei ist, ein öffentliches Fahrradverleihsystem unter Einbindung von Pedelects und E-Lastenpedelecs aufzubauen bzw. aufbauen zu lassen.

Darüber hinaus gibt es noch die Möglichkeit des Carsharings, in das auch Elektro-Pkw eingebunden werden können. In 2019 hat der Kreis Siegen-Wittgenstein in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn ein „Flinkster“-Angebot bestehend aus vier konventio-



nellen Pkw gegenüber dem Kreishaus als Pilotprojekt installiert. Die Kreisverwaltung hatte als Ankermieter für die Zeiten Mo-Fr 07:00-17:00 eine Dauerreservierung, um die Fahrzeuge als Dienstwagen nutzen zu können. Damit sollte langfristig der eigene Fuhrpark verkleinert werden können. Obwohl die Deutsche Bahn Potenziale sowohl bei den Kreisangestellten als auch in der Bevölkerung gesehen hat, blieb eine ausreichende Nutzung aus. Vor diesem Hintergrund wurde das Pilotprojekt nicht weiter fortgesetzt.

Aktuell lässt die Stadtverwaltung Siegen eine Standortanalyse für E-Carsharing an vier Standortvorschlägen durchführen. Auf Grundlage einer ersten Raumanalyse erfolgt nachfolgend eine erste Grobeinschätzung zu den vier Standortvorschlägen (Bild 127). Dabei wurde der übliche Planungsansatz „von innen nach außen“ berücksichtigt, da eine dichte Besiedlung ein hohes Kundenpotenzial und eine zentrale Lage eine gute Erreichbarkeit und Verknüpfung bedeuten.



**Bild 127: E-Carsharing-Standorte (Vorschläge der Stadtverwaltung) in der Universitätsstadt Siegen**

**Hauptbahnhof Siegen:** Der Standort weist mit dem ZOB und dem Bahnhof eine gute ÖPNV-Erschließung auf und bietet damit eine gute Erreichbarkeit des Carsharing-Angebots auf. Im Einzugsradius (300 m) selbst befindet sich nicht die höchste Bevölkerungsdichte, jedoch viel Publikumsverkehr. Der Standortvorschlag steht aber im Zielkonflikt mit den Planungen, den ZOB für den allgemeinen Kfz-Verkehr zu sperren (vgl. Kap. 3.7.1).

**Bahnhof Weidenau:** Analog zum Standort Hauptbahnhof Siegen weist der Standort Weidenau mit dem ZOB und dem Bahnhof eine gute Erreichbarkeit des Carsharing-Angebots auf. Aber auch hier befindet sich im Einzugsbereich nicht die höchste Bevölkerungsdichte. Zudem liegt auch der Standortvorschlag Siegerlandzentrum im Einzugsbereich, sodass sich die Nutzerfrage auf die beiden zusammenliegenden Standorte verteilen würde.

**Siegerlandzentrum:** Aufgrund der unmittelbaren Nähe zum Bahnhof Weidenau ist auch hier eine gute Erreichbarkeit gegeben. Im Einzugsbereich befindet sich erneut nicht die höchste Bevölkerungsdichte. Jedoch ist mit einem hohen Aufkommen im Publikumsverkehr zu rechnen.

**Universität Haardter Berg:** Im Gegensatz zu den anderen Standorten weist dieser eine periphere Lage auf. Die Erreichbarkeit ist hier nicht so gut gegeben. Hier kann aber die Universität als Ankermieter fungieren, wobei darauf zu achten ist, dass die Fahrzeuge nicht wie bei dem Pilotprojekt des Kreises Siegen-Wittgenstein tagsüber dauerbelegt sind, sodass sie nicht der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Für eine detaillierte Standortbewertung liegen etablierte Bewertungsindikatoren vor (Bild 128).

Bereich	Nr.	Indikator	Anbieter/ Nutzer	Gewichtung
<b>Nutzungs- potenzial</b>	1	Einwohnerdichte (EW/km <sup>2</sup> ) bezogen auf das Quartier. Datenstand 2013 bzw. Berechnung auf Basis der Wohneinheiten für Neubau-Quartiere.	A	6
	2	Altersstruktur: Anteil der 18- bis 65-Jährigen bezogen auf das Statistische Gebiet. Datenstand 2013 bzw. Modellrechnung anhand von "Zwillingsgebieten" bei Neubau-Quartieren.	A	3
	3	Beschäftigung: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) an allen 15- bis 65-Jährigen bezogen auf das Statistische Gebiet. Datenstand 2013 bzw. Modellrechnung anhand von "Zwillingsgebieten" bei Neubau-Quartieren.	A	5
	4	Einkommen: durchschnittliche Jahresbruttoeinkünfte je Steuerpflichtigen bezogen auf den Stadtteil. Datenstand 2007 bzw. Modellrechnung anhand von "Zwillingsgebieten" bei Neubau-Quartieren.	A	5
	5	Bildungsstand: Anteil der Schulabgänger mit (Fach-) Hochschulreife bezogen auf das Statistische Gebiet. Mittelwerte der Schuljahre 2010/11, 2011/12, 2012/13 bzw. Modellrechnung anhand von "Zwillingsgebieten" bei Neubau-Quartieren.	A	3
	6	Bandbreite der Eigentumsverhältnisse (Mischung des Wohnraumes im Quartier in Form von Eigentum, Baugemeinschaft, Miete, Genossenschaftlich, Gefördert).	A	3
	7	Nutzungsmischung (Anteil der Geschossfläche anderer "relevanter" Nutzungen (Wohn-Misch-, Gewerbe-, Büro-, Freizeit-, Bildungs-, Versorgungsgebäude) an der gesamten Geschossfläche des Quartiers.	A	6
	8	Nutzungsmischung im 500-m-Umkreis des Quartiers bezogen auf den Zentroid (geometrisches Zentrum).	A	4
<b>Städtebaul. Struktur</b>	9	Anteil der in Geschossbauweise bebauten Fläche an der gesamten Wohnungsbaufäche im Quartier, Kriterium: Gebäude mit 3 Geschossen und mehr.	A	3
	10	Grundflächenzahl (GRZ): Anteil der bebauten Fläche an Gesamtfläche des Quartiers (Nettobauland bzw. Fläche der Baublöcke)	A	3
	11	Geschossflächenzahl (GFZ): Verhältnis der Geschossfläche aller Vollgeschosse zur Gesamtfläche des Quartiers (Nettobauland bzw. Fläche der Baublöcke)	A	3
	12	GFZ im 500-m-Umkreis des Quartiers bezogen auf den Zentroid (geometrisches Zentrum).	A	3
	13	Stellplatzschlüssel: Anzahl der (geplanten) privaten Stellplätze je Wohneinheit bezogen auf das Quartier	A	3
<b>Multi- modalität</b>	14	Nahversorgung: Anzahl der Versorgungseinrichtungen im Umkreis von 750m (Supermarkt bzw. Lebensmittelmarkt, Bäckerei, Drogeriemarkt, Apotheke, Bank)	N	7
	15	PKW-Besitz pro 1.000 Einwohner bezogen auf das Statistische Gebiet. Datenstand 2013 bzw. bzw. Modellrechnung anhand von "Zwillingsgebieten" bei Neubau-Quartieren.	N	6
	16	Parkdruck: Verhältnis gemeldeter PKW (privat und gewerblich) zur Anzahl der Stellplätze bezogen auf das Statistische Gebiet. Datenstand 2013 bzw. Berechnung auf Basis der Wohneinheiten für Neubau-Quartiere.	N	7
	17	Bedienungsqualität S- und U-Bahn: Entfernung zur Haltestelle (Quartier schneidet den Einzugsbereich (400 bis 1.000-m-Radius entsprechend HVV-Angebotsbereich) mindestens einer Haltestelle), Anzahl der erreichbaren Linien, Anzahl der erreichbaren Abfahrten	N	7
	18	Bedienungsqualität Bus: Entfernung zur Haltestelle (Quartier schneidet den Einzugsbereich (300 bis 600-m-Radius entsprechend HVV-Angebotsbereich) mindestens einer Haltestelle), Anzahl der erreichbaren Linien, Anzahl der erreichbaren Abfahrten	N	7
	19	Verfügbarkeit von Carsharing: Quartier liegt im Geschäftsgebiet von Car2Go und/oder drivenow bzw. schneidet den Einzugsbereich (500m-Radius) eines stationsgebundenen Carsharing-Angebots	N	6
				40%
<b>Ener- gie</b>	20	Herstellung außergewöhnlicher Leistungen im Bereich der Energieeffizienz der Quartiersgebäude (Unterschreitung des nach §§ 3 und 4 EnEV 2014 zulässigen Gesamt-Primärenergiebedarfs)	N	4
	21	Berücksichtigung energieautarker Konzepte nach § 5 EnEV 2014 (Anteil der Gebäude, die Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen)	N	6
				10%

**Bild 128: Bewertungsindikatoren zur Standortfinden von E-Carsharing (Quelle: Elektromobilitätsentwicklung auf städtischer Mesoebene: Eignungsfeststellung konkreter E-Carsharing-Standorte mittels Präqualifizierungsverfahren, Hafencity Universität Hamburg)**

Die Ergebnisse der externen Standortanalyse lagen zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Projektberichts nicht vor und bleiben daher für eine finale Entscheidung abzuwarten. Grundsätzlich werden aber Potenziale für E-Carsharing in der Universitätsstadt Siegen gesehen, da es auch im Beteiligungsprozess als Wunsch geäußert wurde, um die Mobilitätsmöglichkeiten zu erweitern. Zudem haben die bisherigen Erfahrungen mit Carsharing aus anderen Kommunen sowie aus der Forschung gezeigt, dass Carsharing einen Beitrag zur Verkehrs- und Umweltentlastung leisten kann. Die Nutzer zeigen infolge der bewussteren Pkw-Nutzung eine Änderung des Mobilitätsdenkens/-verhaltens auf, wodurch ein Carsharing-Angebot als Stärkung des Umweltverbunds gewertet werden kann. Einige Nutzer entscheiden sich sogar dazu, den (Zweit-)Pkw abzuschaffen. Im Durchschnitt ersetzt demnach 1 Carsharing-



Fahrzeug rund 4 bis 8 Privat-Pkw. Dadurch reduziert sich auch der Flächenbedarf zum Parken. Im Durchschnitt gibt 1 Carsharing-Fahrzeug ca. 40-80 m<sup>2</sup> öffentlichen Straßenraum bzw. 80-160 m<sup>2</sup> Fläche in Parkgaragen oder auf privaten Flächen frei. Schlussendlich kann auch eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Belastungen infolge eines Carsharing-Angebots erwartet werden, zum einen durch das veränderte Mobilitätsverhalten der Nutzer, aber auch durch den Einsatz moderner Fahrzeuge.

Neben Pkw und Fahrrädern werden seit Inkrafttreten der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung (eKFV) im Juni 2019 auch Elektrokleinstfahrzeuge mit Lenk- oder Haltestange (ohne Sitz) – im allgemeinen Sprachgebrauch als „E-Scooter“ bezeichnet und im weiteren auch als Begriff verwendet (Bild 129) – als Sharing-Fahrzeuge in Innenstädten angeboten. Es handelt sich hierbei bisher um sogenannte „free-floating“-Systeme (keine fest installierten Stationen, Abstellung innerhalb eines festgelegten Gebiets). Probleme ergeben sich infolge des wahrlosen Abstellens der Fahrzeuge im Seitenraum, da hier oftmals die Gehwege oder aber auch die Bushaltestellen blockiert werden. Erste Evaluationen haben aufgezeigt, dass die Nutzung vor allem mit dem Umweltverbund konkurriert und hier insbesondere mit dem zu Fuß gehen. Vor diesem Hintergrund wird kein Beitrag zur Verkehrs- und Umweltentlastung erwartet. Im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit der kleinen E-Motoren ist davon auszugehen, dass ein Einsatz auf der Talachse grundsätzlich möglich wäre, aber die Siegener Berge die Kleinstfahrzeuge „in die Knie“ zwingen würde. Vor diesem Hintergrund werden für die „E-Scooter“ im Stadtgebiet keine Potenziale gesehen. Grundsätzlich können sich die Kommunen aber gegen eine Einführung nicht wehren, da es sich um öffentlichen Raum handelt.



**Bild 129: Elektrokleinstfahrzeug mit Lenk- oder Haltestange (ohne Sitz) – bekannt als „E-Scooter“**

Die Nutzung von „E-Scootern“ wird im Rahmen des Projektes „Uni (kommt) in die Stadt“ überlegt. Hier sollen die „E-Scooter“ als Mobilitätsoption zwischen den Parkieranlagen und den neuen



Universitätsstandorten angeboten werden. Auch im Zusammenhang mit dem Industrie- und Gewerbepark Oberes Leimbachtal/Martinshardt wird die Nutzung von „E-Scootern“ als Potenzial zur Verbesserung der Erreichbarkeit des ÖPNV gesehen (Mobilitätsoption zwischen den Betrieben und der Bushaltestelle, siehe Kap. 3.12.3).

Die derzeit agierenden öffentlichen Anbieter von „E-Scootern“ (u. a. Tier, Voi und Lime) haben im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit ein Interesse daran, die „E-Scooter“ – analog zum Carsharing-Ansatz – in dicht besiedelten zentralen Stadtbereichen einzusetzen. Hier sind hohe Nutzerzahlen sowie eine gute Anbindung zum ÖPNV zu erwarten. Diese Randbedingung ist für die Universitätsstandorte erfüllt, jedoch nicht für den Industrie- und Gewerbepark Oberes Leimbachtal/Martinshardt. Vor diesem Hintergrund wird das Interesse der „E-Scooter“-Anbieter für den Standort Oberes Leimbachtal geringer ausfallen.

Grundsätzlich ist zu empfehlen, mit den interessierten Anbietern sowohl das Nutzungsgebiet als auch die Regeln für den Betrieb sowie die Abwicklung einvernehmlich abzustimmen, damit es im Betrieb selbst zu keinen Problemen kommt. Dies würde nur zu einer Unzufriedenheit der Kunden führen und damit die Akzeptanz des ergänzenden Mobilitätsangebots mindern.

#### Einsatz im ÖPNV

Auch im straßengebundenen Linienbusverkehr können alternative Antriebe eingesetzt werden, wobei der Kreis Siegen-Wittgenstein als Aufgabenträger bzw. der ZWS, der die Planung, Organisation und Ausgestaltung als Servicefunktion vom Kreis übertragen bekommen hat, keinen direkten Einfluss auf die eingesetzte Fahrzeugtechnik hat. Er unterstützt aber die im Verbandsgebiet tätigen Busunternehmen bei der Modernisierung des Fuhrparks durch eine Förderung. Die Fahrzeugqualität hat sich durch Investitionen der VWS in den vergangenen Jahren auch schon verbessert. Durch Neuanschaffungen wurde das durchschnittliche Fahrzeugalter gesenkt und die Umweltfreundlichkeit verbessert. Seit 2020 sind drei Hybridbusse im Einsatz. Größere Potenziale werden aber bei Elektro- und Wasserstoffbussen gesehen.

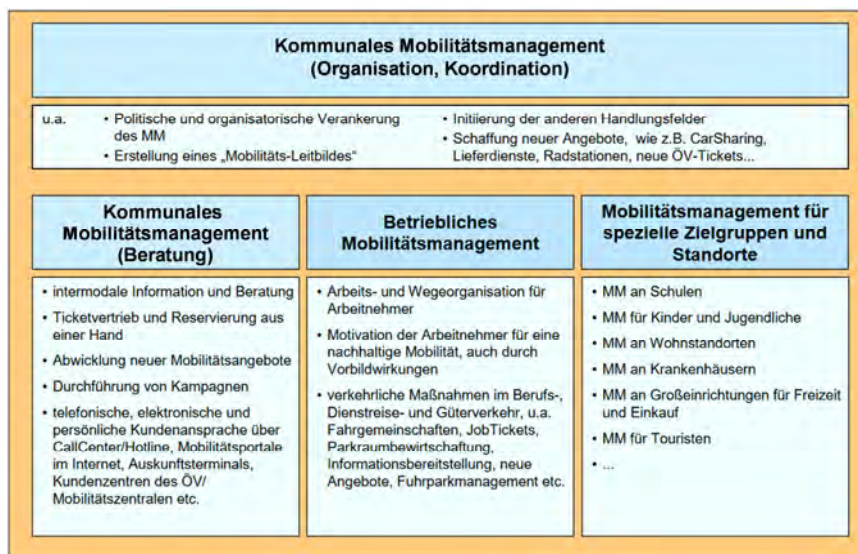
Während der Einsatz von Elektrobussen aufgrund der beschränkteren Reichweiten konzeptionell analysiert werden muss, ist der Einsatz von Wasserstoffbussen bei ausreichender Ladeinfrastruktur unkritisch. Vor dem Hintergrund der Aktivitäten zum Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur sieht daher auch die Wirtschaftsförderung Potenziale für den Einsatz von Wasserstoffbussen.

Auch der ZWS hat bereits Erfahrungen mit Elektrobussen gesammelt. Im Projekt „Südwestfalen Autonom & Mobil“ (SAM) wurde der Einsatz eines voll automatisierten Elektrokleinbusses getestet. Automatisierte Elektrokleinbusse könnten u. a. ein möglicher Ansatz für ländliche Regionen sein, um die wenigen ÖPNV-Kunden bei Bedarf zu zentral gelegeneren Verknüpfungshaltestellen zu bringen. Die Testphasen in Drolshagen und Lennestadt sind abgeschlossen. Es wird angeregt, dass die Universitätsstadt Siegen hierzu nochmals mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein und dem ZWS das Gespräch sucht, um die Einsatzmöglichkeiten von alternativen Antrieben im Linienbusverkehr der Stadt Siegen zu diskutieren.

### 3.12 Mobilitätsmanagement

Mobilitätsmanagement meint eine zielorientierte und zielgruppen-spezifische Beeinflussung des Mobilitätsverhaltens mit koordinierenden, informatorischen, organisatorischen und beratenden Maßnahmen unter Einbeziehung aller relevanten Akteure. Das Mobilitätsmanagement zählt damit zu den „weiche“ Maßnahmen und setzt sich aus drei Handlungsfeldern zusammen (Bild 130):

- kommunales Mobilitätsmanagement (siehe Kap. 8),
- betriebliches Mobilitätsmanagement und
- Mobilitätsmanagement für spezielle Zielgruppen, Fahrtzwecke und Standorte.



**Bild 130: Bausteine des Mobilitätsmanagements (Abbildung in Anlehnung an Mobilitätsmanagement-Handbuch 2003)**

Bild 130 gibt die Inhalte der „Empfehlungen zur Anwendung von Mobilitätsmanagement“ (EAM 2018) wieder.

Das **kommunale Mobilitätsmanagement** meint auf der einen Seite die Strategieentwicklung für eine nachhaltige Mobilitätsentwicklung und auf der anderen Seite die thematische Verankerung in der Verwaltungsstruktur. Die Strategieentwicklung erfolgt mit Erarbeitung dieses Klimaschutzteilkonzept Mobilität für die Universitätsstadt Siegen. Die thematische Verankerung einer nachhaltigen Mobilitätsentwicklung in der Verwaltungsstruktur wird in einem eigenen Kapitel beleuchtet (siehe Kap. 8 „Verstetigungsstrategie“).

**Betriebliches Mobilitätsmanagement** soll betriebliche Veränderungsprozesse für eine nachhaltige Abwicklung der Betriebsverkehre – sowohl die der Belegschaft als auch die der Kunden und der Waren – anstoßen. Da ein Betrieb auch einen Standort hat, kann das betriebliche Mobilitätsmanagement in gewisser Weise auch dem standortbezogenen Mobilitätsmanagement zugeordnet werden. Auch die Stadtverwaltung selbst bildet einen Betrieb. Aufgrund ihrer öffentlichen Funktion hat sie, aber auch andere öffentliche Betriebe, eine Vorbildfunktion und sollte daher bzgl. der Einführung eines betrieblichen Mobilitätsmanagement vorangehen.

Der Ansatz des **zielgruppenspezifischen Mobilitätsmanagement** fokussiert sich auf die Mobilität einzelner Personengruppen (z. B. Kinder, ältere oder aber mobilitätseingeschränkte Personen), Fahrtzwecke (z. B. Schul-, Arbeitswege) und Standorte (z. B. ländlicher Raum, Schule). Die Aufzählung verdeutlicht, dass eine detaillierte inhaltliche Abgrenzung des betrieblichen und zielgruppenspezifischen Mobilitätsmanagements nicht immer möglich ist.

### 3.12.1 „Netzdefinition“

Der Aufbau und die Durchführung von Mobilitätsmanagement erfordert kein eigenes Netz, benötigt aber qualitativ gute Netze für den Umweltverbund, da dieser eine Grundvoraussetzung für die Änderung des Mobilitätsverhaltens zu Gunsten des Umweltverbunds darstellt. Die (Untersuchungs-)Netze zum Fuß- und Radverkehr sowie zum ÖPNV sind in den vorangegangenen Kapiteln beleuchtet worden.

Der Aufbau und die Durchführung von Mobilitätsmanagement erfordert darüber hinaus auch eine Zusammenarbeit der relevanten Akteure, d. h. eine entsprechende Netzwerkarbeit. Auch dies wird im Rahmen der Verstetigungsstrategie beleuchtet (siehe Kap. 8).

### 3.12.2 Nutzungsanforderungen

Im Handlungsfeld Mobilitätsmanagement lassen sich keine unterschiedlichen Sichtweisen oder Zuständigkeiten, sondern lediglich übergeordnete Nutzeransprüche formulieren:

- gute Angebote des Umweltverbunds (u. a. Netze) als Grundlage,
- Information über alternative Mobilitätsangebote,
- Kommunikation der städtischen Aktivitäten zur Förderung des Umweltverbunds,
- Motivation durch Anreizsysteme (u. a. Ausprobieren, Wettbewerb, Erlebnisfaktor) sowie
- Koordination der Aktivitäten und Serviceangebote (u. a. zentrale Informationsstelle, Wissensaustausch, Kooperationen).

### 3.12.3 Detailbetrachtung zum Mobilitätsmanagement

Die Analyse zum kommunalen Mobilitätsmanagement erfolgt in einem separaten Kapitel (siehe Kap. 8 „Verstetigungsstrategie“). Hier erfolgt ausschließlich die Detailanalyse zum betrieblichen und zum zielgruppenspezifischen Mobilitätsmanagement.

#### Betriebliches Mobilitätsmanagement

Die Stadtverwaltung Siegen als öffentlicher Betrieb umfasst derzeit rund 1.400 Mitarbeitende (Stand 2019), die sich auf drei Hauptstandorte (Rathäuser Siegen, Weidenau und Geisweid) und verschiedene Nebenstandorte verteilen. Die Stadtverwaltung ist sich ihrer Vorbildfunktion bzgl. der Durchführung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements bewusst.

In Bezug auf die **Mitarbeitermobilität auf Arbeits- und Dienstwegen** sind folgende Maßnahmen eingeführt:

- Bikeleasing-Angebot (seit 2019): Der Mitarbeitende bekommt von seinem Arbeitgeber ein Leasing-Dienstrad zur Verfügung gestellt, für das dieser einen Teil seines Bruttogehalts wandelt. Für die private Nutzung entsteht dem Mitarbeitenden ein geldwerter Vorteil, der zu versteuern ist (analog zu einem Dienstwagen).
- Zertifizierung als „fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ (seit 2020): Die Zertifizierung ist ein EU-weites Gütesiegel und wird in Deutschland exklusiv vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) vergeben. Vorteile für den Arbeitgeber sind Imagegewinn und Budgeteinsparungen (Fahrradabstellanlagen kosten weniger als ein Pkw-Stellplatz), für den Arbeitnehmer ein attraktives Angebot rund um die Fahrradnutzung und durch die Fahrradnutzung auch eine Gesundheitsförderung. Die THG-Einsparungen wiederum sind vorteilhaft für die allgemeine Gesellschaft.
- Nutzungshinweise zum städtischen Fuhrpark (seit 2005): In den Dienstanweisungen sind Nutzungshinweise zum städtischen Fuhrpark integriert. Nach Möglichkeit sollen die in den Rathäusern vorhandenen Diensträder genutzt werden. Für weitere Fahrten sind stets die ÖPNV-Verbindungen zu prüfen und nach Möglichkeit zu nutzen. Ist dies nicht möglich, soll auf die Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks zurückgegriffen werden und der Nutzung des privaten Pkw vorzuziehen.

Zum betrieblichen Mobilitätsmanagement gehört auch das **Fuhrparkmanagement**. In den vergangenen Jahren wurden Elektrofahrzeuge als Ersatz für ältere Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor getätigt, wobei die Klimabeschlüsse des Rates stets bei den Neuanschaffungen und Ersatzbeschaffungen berücksichtigt werden müssen. In der zweiten Stufe der Fuhrparkumstellung werden konventionelle Nutzfahrzeuge durch batterieelektrische und wasserstoffangetriebene Fahrzeuge ersetzt. (vgl. Kap. 3.11.3).

In Bezug auf die **Kunden- und Besucherverkehre** sind ÖPNV-Anreiseinformationen auf der städtischen Internetseite eingestellt.

Als Initiatorin und Netzwerkerin zählt die Wirtschaftsförderung der Stadt Siegen zu ihren Aufgaben, *„den ortsansässigen Betrieben und allen an einem Standort in der Stadt Siegen interessierten Unternehmen in jeder Phase der Prüfung, Vorbereitung und Durchführung von Projekten zur Seite zu stehen.“* ([www.siegen.de/wirtschaft/wirtschaftsfoerderung/](http://www.siegen.de/wirtschaft/wirtschaftsfoerderung/))

Das neue Gewerbegebiet „Martinshardt II“ im Leimbachtal soll in den nächsten Jahren zu einem nachhaltigen und klimafreundlichen Vorzeigeprojekt entwickelt werden. In diesem Zusammenhang wurde für den Industrie- und Gewerbepark Oberes Leimbachtal/Martinshardt ein Klimaschutzteilkonzept als gemeinsames Projekt von Kreis und Stadt und ortsansässigen Unternehmen erarbeitet, in dem auch das Themenfeld Mobilität mit beleuchtet wurde. Von den insgesamt 16 Handlungsempfehlungen haben 10 Empfehlungen Bezug zum betrieblichen Mobilitätsmanagement:

#### Allgemein:

- Workshop für Mobilitätsmanagement: Wissensvermittlung zu nachhaltigen Mobilitätsalternativen und Vernetzung der Unternehmenschaft für überbetriebliche Aktivitäten

#### Mitarbeitermobilität:

- Jobticket: gemeinsame Bestellung von Jobtickets durch mehrere Unternehmen zur Verbesserung der Verfügbarkeit von ÖPNV Zeitkarten für Beschäftigte,
- Fahrradleasing über den Arbeitgeber: Erhöhung der Besitzquote von Pedelecs unter den Beschäftigten, um den Radverkehrsanteil zu erhöhen,
- Fahrgemeinschaften: Erhöhung des Besetzungsgrads bei Beschäftigtenfahrten mit dem Pkw,

#### Mitarbeitermobilität sowie Kunden- und Besucherverkehre:

- ÖPNV-Anschluss: Schaffung eines bedarfsgerechten ÖPNV-Angebotes zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV,
- Test autonom fahrendes Shuttle von Bushaltestelle zu Unternehmen: Verbesserung der Erreichbarkeit des ÖPNV zwischen Betrieben und Bushaltstelle durch den On-Demand Testbetrieb eines autonom fahrenden und elektrisch betriebenen Shuttles,
- „E-Scooter“: Verbesserung der Erreichbarkeit des ÖPNV durch den Einsatz von elektrischen Tretrollern zwischen Betrieben und Bushaltstelle

#### Zuliefererverkehre:

- Lastenräder: Verlagerung des leichten Wirtschaftsverkehrs auf umweltfreundliche Lastenräder mit Elektroantrieb

#### Fuhrparkmanagement:

- Wasserstofffahrzeuge: gemeinsame Beschaffung von wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen,
- Rahmenvertrag zum Carsharing mit alternativen Antrieben: Optimierung des betrieblichen Fuhrparkmanagements durch Ergänzung mit Carsharing zur Effizienzsteigerung,

Dieser große Anteil am Maßnahmenkonzept spiegelt die hohe Bedeutung wieder.

Auf Grundlage der eigenen Erfahrungen zum betrieblichen Mobilitätsmanagement, aber auch den Erfahrungen zum Industrie- und Gewerbepark Oberes Leimbachtal/Martinshardt wird vorgeschlagen, den Ausbau des betrieblichen Mobilitätsmanagements in anderen Betrieben aktiv anzugehen. Hierzu sollte zunächst eine Analyse der lokal ansässigen Betriebe hinsichtlich ihrer Eignung für die Einführung von betrieblichem Mobilitätsmanagement auf Grundlage einer Betriebsbefragung (z. B. Betriebsgröße, Arbeitszeitmodelle, Aufkommen Kunden- und Lieferverkehre, ÖPNV-Anschluss) durchgeführt werden. Auf Grundlage der Analyseergebnisse kann dann eine gestufte aktive Erstansprache mit anschließender Beratung erfolgen.

In Bezug auf das betriebliche Mobilitätsmanagement der Stadtverwaltung Siegen ist die Erstellung einer Mobilitätsbroschüre

„Wege zur Arbeit“ denkbar, die neue Mitarbeitende bei der Verkehrsmittelwahl für den Arbeitsweg unterstützt. Aufgrund des beruflichen „Neustarts“ befinden sich diese Personen in der Regel in einer Umbruchsituation und müssen sich in Bezug auf den Arbeitsweg neu orientieren.

### Zielgruppenspezifisches Mobilitätsmanagement

Wie bereits in der Kapiteleinleitung dargestellt wurde, lassen sich die Aktivitäten zum zielgruppenspezifischen Mobilitätsmanagement nach unterschiedlichen Ansätzen untergliedern.

#### **Ländlicher Raum:**

Hier steht eine bezahlbare Mobilität auch ohne Auto im Vordergrund. Dazu müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen für den Umweltverbund geschaffen, die vorhandenen Mobilitätsangebote bekannt gemacht und ggf. auch bürgerschaftliche Angebote gefördert werden.

Im Kreisgebiet Siegen-Wittgenstein gibt es mehrere ehrenamtlich organisierte Bürgerbusangebote, aber keins im Stadtgebiet Siegen. Der ZWS erprobt in Lennestadt das Ride-Sharing-Projekt „Bürger fahren Bürger Mobilenn“ und hat den Einsatz eines automatisierten Elektrokleinbus (Südwestfalen Autonom & Mobil, SAM) in Drolshagen und Lennestadt als Pilotprojekte getestet.

Die Stadt Siegen weist zwar Bereiche mit einer geringeren Einwohnerdichte auf, aber auch gesamtstädtisch betrachtet mit dem vorhandenen Bus- und Bahnangebot ein gutes ÖPNV-Angebot auf. Damit ist ein direkter Vergleich mit den Problemen in ländlichen Räumen nicht gegeben. Dennoch gibt es Bereiche im Stadtgebiet, in denen das ÖPNV-Angebot eine deutlich geringere Qualität hat als im Stadtzentrum. Auf Grundlage der Bewertungsergebnisse zur Nahverkehrsplanung sind hier gemeinsam mit dem Aufgabenträger Optimierungsmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Die Erfahrungen des ZWS aus den durchgeführten Pilotprojekten können hier eine gute Grundlage darstellen.

#### **Neubürger:**

Hier steht die Beeinflussung der Schaffung von neuen Mobilitätsmustern zugunsten des Umweltverbunds im Vordergrund. Dazu müssen die Neubürger frühzeitig über die Angebote des Umweltverbunds informiert werden. Im Idealfall erhalten sie über attraktive Schnupperangebote die Möglichkeiten Erfahrungen zu sammeln.

In der Universitätsstadt Siegen gibt es zwar eine Neubürgerbroschüre mit Informationen rund um die Stadt, Informationen zu den vorhandenen Mobilitätsangeboten sind aber nicht eingebunden. Es wird vorgeschlagen diese mit in die Broschüre aufzunehmen, zumal dann, wenn zukünftig neben dem ÖPNV auch ein attraktives Radverkehrsnetz sowie Sharing-Angebote vorhanden sind.

#### **Schulen und Kinder:**

Hier steht die eigene und möglichst nachhaltige Mobilität der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund. Dazu müssen die Rahmenbedingungen für den Umweltverbund geschaffen sowie rund um das Thema Mobilität informiert, aufgeklärt, motiviert und geübt werden.

An vier Grundschulen wurden Hol-/Bringzonen mit Begleitaktionen unter Einbindung der Schulkinder eingerichtet. Die zugehörige Aufklärungs- und Motivationsarbeit wurde von Polizei und Lehrpersonal durchgeführt. Es ist geplant, Hol-/Bringzonen an all jenen Grundschulen einzurichten, die darin Bedarf und Potenzial sehen. Die Umsetzung erfolgt Schritt für Schritt.

### **Ältere und mobilitätseingeschränkte Personen:**

Hier steht die Aufrechterhaltung der Mobilität durch barrierefreie und leicht zugängliche Mobilitätsangebote im Vordergrund. Neben den erforderlichen Rahmenbedingungen für den Umweltverbund können Übungen die Aufrechterhaltung der Mobilität fördern.

Neben der Barrierefreiheit spielt für ältere und mobilitätseingeschränkte Personen ausreichend Ruhe-/Erholungspunkte in Form von Sitzmöglichkeiten eine große Rolle zur Aufrechterhaltung der eigenen Mobilität. Ein fehlendes ausreichendes Angebot wurde auch im Rahmen des Beteiligungsprozesses als Kritik geäußert. Hier wird empfohlen auf Ebene der Stadt-/Ortsteile eine entsprechende Erfassung durchzuführen, um dann gezielt unter Berücksichtigung der relevanten Zielpunkte das Angebot auszuweiten. Dies kann auch im Rahmen der Durchführung eines sogenannten Fußverkehrs-Checks erfolgen, einem inzwischen etablierten Planungsprozess bei dem die Bevölkerung aktiv mit eingebunden wird (u. a. gemeinsame Begehungen zur Begutachtung der Bestandssituationen).

Die Stadtverwaltung ist selbst für die Durchführung der Schulungen/Übungen nicht zuständig. Sie könnte aber entsprechend Informationen zu vorhandenen Angeboten des ZWS, der städtischen Kliniken oder anderen Akteuren auf der städtischen Internetseite aufführen.

### **3.13 Klimabilanz**

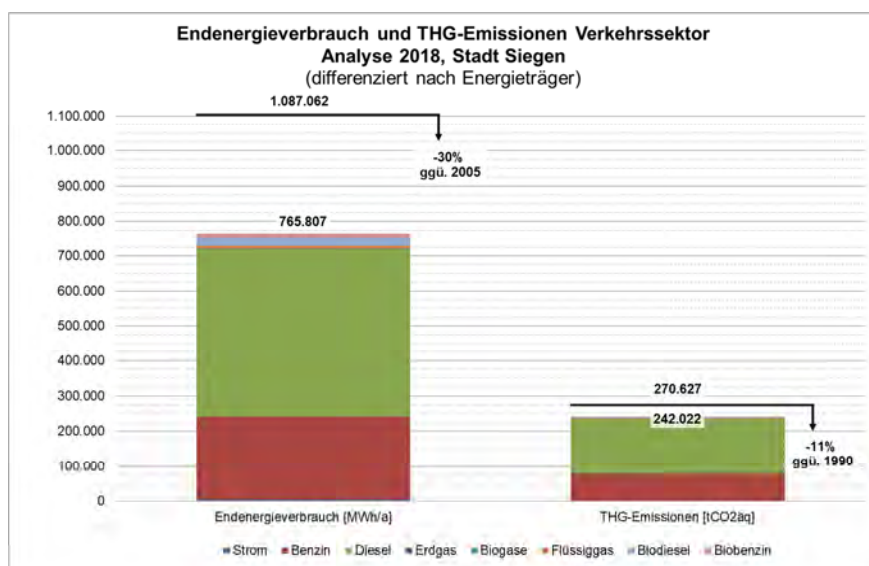
Um die Wirkungen des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität darstellen zu können, werden sogenannte Klimabilanzen erstellt, die den Endenergieverbrauch und die Treibhausgasemissionen differenziert für spezifische Sektoren – u. a. auch für den Verkehrssektor – berechnet.

Als Akteure des Klimaschutzes unterstützt das Land Nordrhein-Westfalen seine Kommunen durch eine kostenlose Bereitstellung eines Bilanzierungstools. Seit Februar 2020 ist dies das internet-basierte Bilanzierungstool Klimaschutz-Planer, das von den drei Projektpartnern Klima-Bündnis e. V., ifeu – Institut für Energie und Umweltforschung Heidelberg und Institut dezentrale Energietechnologien (IdE) mit einer Förderung vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) entwickelt wurde. Durch die Bereitstellung des Bilanzierungstools wird eine einheitliche Vorgehensweise bei der Bilanzierung (Bilanzierungs-Systematik Kommunal – kurz BSKO) sichergestellt, sodass die Bilanzierungsergebnisse der Kommunen untereinander vergleichbar sind.

Für den Verkehrssektor sieht der BSKO-Standard *„ein endenergiebasiertes Territorialprinzip vor, d. h. die Bilanzierung umfasst die Emissionen des motorisierten Verkehrs innerhalb der Gemeindegrenzen.“* (ifeu 2017, S. 1). Die Verkehrsaktivität wird dabei über die verkehrsmittelspezifische Fahrleistung erfasst.



Im Klimaschutz-Planer sind gemeindefein aufbereitete Verkehrsdaten als Bilanzierungsgrundlage hinterlegt, die von den kommunalen Nutzern durch eigene gemeindespezifische Verkehrsdaten ersetzt werden können. Auf Grundlage der im Klimaschutz-Planer für die Stadt Siegen hinterlegten Daten ergibt sich für den Verkehrssektor für das Bilanzierungsjahr 2018 ein Endenergiebedarf in Höhe von 765.807 MWh und darauf aufbauend THG-Emissionen in Höhe von 242.022 t<sub>CO2äq</sub>. Die Differenzierung nach den Energieträgern zeigt die untergeordnete Bedeutung der alternativen „Kraftstoffe“ auf. Benzin und Diesel dominieren. (Bild 131)



**Bild 131: Endenergieverbrauch und THG-Emissionen des Verkehrssektors der Stadt Siegen für die Analyse (2018)**

Hinsichtlich des Endenergieverbrauchs des Verkehrssektors setzt sich die Bundesregierung eine Reduzierung von -40 % bis 2050 ggü. 2005 zum Ziel. Bei einer linearen Interpolation bedeutet dies für das Zieljahr 2030 eine Reduzierung von -22 % ggü. 2005. Die Stadt Siegen liegt derzeit (Bilanzjahr 2018) bei einer Reduzierung von -30 % gegenüber 2005 und erfüllt damit bereits die Zielsetzung für das Jahr 2030.

In Bezug auf die THG-Emissionen des Verkehrssektors setzt sich die Bundesregierung eine Reduzierung von -40-42 % bis 2030 ggü. 1990 und die Landesregierung eine Reduzierung von -31 % bis 2030 ggü. 1990. Die Stadt Siegen liegt derzeit (Bilanzjahr 2018) bei einer Reduzierung von -11 % gegenüber 1990 und hat damit die Zielsetzung für das Jahr 2030 noch nicht erreicht.

### 3.14 Zusammenfassung

#### 3.14.1 Stärken und Schwächen

Aus der Bestandsanalyse wurden die nachfolgenden verkehrsmittelspezifischen Stärken und Schwächen in Abstimmung mit der Verwaltung und dem projektbegleitenden Arbeitskreis herausgestellt.

### Fußverkehr

- + Nahversorgung in allen größeren Stadtteilzentren vorhanden
- + Fußgängerzonen und weitere Aufenthaltsbereiche ohne Kfz-Verkehr
- + Neu gestaltete Straßenräume berücksichtigen die Erfüllung der Barrierefreiheit für mobilitätseingeschränkte Personen
- + Stadt passt Schaltungen der Lichtsignalanlagen („Ampeln“) an verschiedenen Stellen immer wieder zu Gunsten des Fuß- und Radverkehrs an
- Verfügbare Seitenraumflächen sind beschränkt und erfüllen oftmals nicht die heutigen Mindest- bzw. Regelmaße (Problem: gewachsene Verkehrsinfrastruktur mit unterschiedlichen Planungsstandards)
- Punktuell fehlen einem Teil der Bürger Querungshilfen
- Schaltungen der Lichtsignalanlagen („Ampeln“) wird punktuell von Fußgängern bemängelt

### Radverkehr

- + Radverkehrspotenzial bei Pendlerverflechtungen auf Grundlage der Entfernungen gering (keine bedeutenden Verflechtungen von max. 10 km), aber innerhalb der Stadt Siegen groß (Entfernung zur Kernstadt max. 10 km, ein Stadtteil weiter entfernt)
- + Kommunales Radverkehrsnetz ist definiert (Vorrangroute, Haupt-, Grundnetz)
- + Fahrradstadtplan mit Informationen zur Radverkehrsführung und zur Kfz-Verkehrsbelastung liegt vor, Aktualisierung ist wünschenswert
- + Überdurchschnittlicher Ausstattungsgrad an E-Bikes/Pedelecs (13 % der Siegener Haushalte verfügen über mindestens ein E-Bike/Pedelec)
- + Im Bereich der Talachse verläuft Vorrangroute mit moderaten Steigungen abseits des Kfz-Verkehrs (Alternative zur Führung im Hauptverkehrsstraßennetz)
- + Bzgl. Beleuchtung der Vorrangroute wird bereits nachgearbeitet
- + Fahrradboxen an insg. 6 Standorten (Bike & Ride) vorhanden
- + Stadt passt Schaltungen der Lichtsignalanlagen („Ampeln“) an verschiedenen Stellen immer wieder zu Gunsten des Fuß- und Radverkehrs an
- Radverkehrsanteil (4 %) heute noch ohne Bedeutung
- Siegener Stadtteile liegen im Gegensatz zur Kernstadt nicht alle in der Talachse, dadurch sind die Verbindungen zur Kernstadt mit Steigungen behaftet (Topographie verliert aber mit Zunahme an E-Bikes/Pedelecs an Bedeutung)
- Führung des Radverkehrs überwiegend im Mischverkehr (Teil der Bürger fühlt sich unsicher)

- Vorrangroute wird in Stoßzeiten (besonders in den warmen Jahreszeiten) von Fußgängern und Radfahrern benutzt (gegenseitige Beeinträchtigung)
- Fehlende Aufstellflächen an durch Lichtsignalanlagen gesteuerten Knotenpunkten
- Konflikte zwischen Kfz-Verkehr und Radfahrern im Bereich von Kreisverkehren durch undeutliche Radverkehrsführung
- Oberflächenzustand (Straße, Radwege) nicht flächendeckend gut
- Fehlende sichere und komfortable Fahrradabstellanlagen (an Verknüpfungspunkten und anderen bedeutenden Zielpunkten)
- Fahrradboxen können derzeit nicht kurzfristig angemietet werden
- keine öffentliche Ladeinfrastruktur für E-Bikes/Pedelecs
- Schaltungen der Lichtsignalanlagen („Ampeln“) wird punktuell von Radfahrern bemängelt

### ÖPNV

- + Neben Busverkehr auch Schienenpersonenverkehr (5 Bahnhöfe/-haltepunkte mit lokalem und regionalem Angebot)
- + Bahn-Reisezeit nach Frankfurt nahezu gleich wie im Kfz-Verkehr, aber nach Köln und Hagen rund 1,5-fach größer, schnellere Zugverbindungen wünschenswert
- + Bus- und Bahnverkehr über Talachse (Taktung von ~3 Min. in Hauptverkehrszeit)
- + weitere DFI<sup>30</sup>-Anlagen können installiert werden (z. B. ZOB Weidenau)
- + Bus-Apps vorhanden (WestfalenTarif, VWS), überregionale App wünschenswert
- + Angebot Taxibus für nachfrageschwache Zeiten und Räume
- + Ride-Sharing-Projekt „Bürger fahren Bürger - Mobilenn“ vom ZWS kann bei Erfolg und Etablierung ggf. auch in Randbereichen der Stadt Siegen eingeführt werden
- + Fahrradboxen an insg. 6 Standorten (Bike & Ride) vorhanden
- + 4 kostenfreie Park & Ride-Anlagen mit großem Stellplatzangebot, bis auf Geisweid verbesserte Busanbindung wünschenswert
- + 2 definierte Mobilstationen (ZOB/Hauptbahnhof Siegen, ZOB Weidenau)
- + VWS hat in neue umweltfreundliche Fahrzeuge investiert
- Attraktivität des öffentlichen Busverkehrs auf den Hauptachsen zu erhöhen hat Vorrang ggü. einer qualitativ ver-

<sup>30</sup> DFI = Dynamische Fahrgastinformation

besserten ÖPNV-Grundversorgung (Zielsetzung aus NVP aufgrund der Eigenwirtschaftlichkeit)

- Fahrplanangebot in den Abendstunden wird von Bürgern bemängelt (Talachse ~15 Min.-Takt bis 00:00 Uhr, Nachtbus fährt stündlich; Anbindung der Stadtteile und Nachbarkommunen schlechter)
- gemeinsame Führung von Bus- und Kfz-Verkehr (Busverkehr von Behinderungen im Verkehrsfluss auf Talachse in Hauptverkehrszeit betroffen)
- Busse in den Hauptverkehrszeiten zum Teil überfüllt
- Konflikte und gegenseitige Behinderungen im Bereich des ZOB/Hauptbahnhof Siegen (Nutzungsüberlagerungen und Missachtung der Zufahrtsbeschränkung)
- Elektrobusse derzeit nicht im Einsatz (seit 2020 drei Hybridbusse)
- Nutzungskomfort beim Angebot Taxibus wird von Bürgern kritisiert

#### MIV (fließend)

- + Anschluss an das übergeordnete klassifizierte Straßennetz (A 45, A 4)
- + Talachse verfügt in weiten Teilen über zwei parallele Hauptverkehrsstraßen (Hüttentalstraße, L 564)
- + Bzgl. Kfz-Wegen ist ein Verlagerungspotenzial auf den Umweltverbund zu erkennen (58 % der Kfz-Wege kürzer als 4 km)
- Potenzial zur Verdrängung des Kfz-Verkehrs im Bereich der Talachse begrenzt (Quell-/Zielverkehr zur Industrie und Gewerbe)
- Überlastung der Talachse zu den Hauptverkehrszeiten; in diesem Zusammenhang wird von Bürgern die Schaltungen der Lichtsignalanlagen („Ampeln“) bemängelt
- Hohe Kfz-Dominanz (73 % aller Wege mit Kfz; Kfz-Nutzung steigt mit Volljährigkeit sprunghaft an und bleibt bis ins hohe Alter)
- Zulässige Höchstgeschwindigkeit nicht flächendeckend einheitlich nach der Verbindungsfunktion angeordnet (mehrere Bereiche mit einem Sammelsurium aus verschiedenen Geschwindigkeiten)
- Probleme mit Bring- und Holverkehr in Bereich von Schulen
- Straßenoberflächenzustand nicht flächendeckend gut

#### MIV (ruhend)

- + Parkhäuser (Innenstadt)
- + Parkleitsystem (Innenstadt)
- + 4 kostenfreie Park & Ride-Anlagen mit großem Stellplatzangebot, bis auf Geisweid verbesserte Busanbindung wünschenswert

- Punktuell Einschränkung der Einsehbarkeit an Knotenpunkten durch Parken auf der Fahrbahn
- Konflikte zwischen fließendem Verkehr (Kfz, Bus, Rad) und ruhendem Kfz-Verkehr in engen Straßenräumen (zu wenige Ausweichbereiche)
- Bei halbseitigem Gehwegparken Konflikte zwischen ruhendem Kfz-Verkehr und Verkehrsteilnehmern im Seitenraum (Fußgänger, Radfahrer)

### 3.14.2 Quantifizierung der ausgewählten Bewertungsindikatoren

Für die vergleichende Gegenüberstellung der drei betrachteten Situationen Analyse, Referenz- und Klimaschutzszenario werden die ausgewählten Bewertungsindikatoren (vgl. Kap. 2.4) jeweils so weit wie möglich quantifiziert.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Werte für die Analyse dargestellt.

**Tabelle 12: Zusammenfassende Beschreibung der Analyse – Indikatoren 1. Ordnung**

<b>Indikatoren 1. Ordnung</b>		
<b>Kategorie</b>	<b>Merkmal</b>	<b>Wert (Analyse)</b>
Verkehrsmittelwahl	Modal Split	27 % Umweltverbund-Anteil
Verkehrsleistung	Kfz-Kilometer	760,7 Mio.-Fz.km
	ÖPNV-Kilometer (Bus)	4,9 Mio.-Fz.km
Klimaschutz	Endenergieverbrauch Kfz-Verkehr	738.121,7 MWh
	Endenergieverbrauch ÖPNV (Linienbus)	18.706,6 MWh
	CO <sub>2</sub> -Emissionen Kfz-Verkehr	232.399,0 t <sub>CO2äq</sub>
	CO <sub>2</sub> -Emissionen ÖPNV (Linienbus)	5.951,8 t <sub>CO2äq</sub>

Tabelle 13: Zusammenfassende Beschreibung der Analyse – Indikatoren 2. Ordnung

Indikatoren 2. Ordnung		
Kategorie	Merkmal	Wert (Analyse)
Mobilitätsmöglichkeiten	Fahrzeugbestand im Haushalt	1,4 Kfz pro Haushalt 1,4 Fahrräder pro Haushalt 0,2 Motorräder pro Haushalt
	Führerscheinbesitz	91 % der Einwohner
	Besitz von ÖPNV-Zeitkarten	35 % der Einwohner
Verkehrsmittelnutzung	Nutzungsintensität Kfz	71 % häufig 13 % gelegentlich 16 % nie
	Nutzungsintensität ÖPNV	18 % häufig 43 % gelegentlich 39 % nie
	Nutzungsintensität Fahrrad	11 % häufig 38 % gelegentlich 51 % nie
Verkehrsaufkommen	Verkehrsmittelspezifische Verkehrsbelastungen	Kfz-Verkehrsbelastungen für relevante Referenzquerschnitte in Bild 108 zusammengestellt
Alternative Antriebe	Neuzulassungen alternativer Antriebsart	2,3 % aller Neuzulassung (2017) 4,1 % aller Neuzulassungen (2018)
Zufriedenheit der Bürger bzgl. Verkehrsangebote	ÖPNV	2,9 (11 % Note 5/6)
	Rad	3,7 (29 % Note 5/6)
	Fuß	2,6 ( 8 % Note 5/6)
Weitere Angebote im Radverkehr	Nutzungskennwerte Fahrradboxen	53 Dauermieter ./.. Kurzzeitmieter (neues Angebot)
	Nutzungskennwerte Bike-Sharing	./.. (neues Angebot)
Verkehrssicherheit	Unfallhäufigkeit differenziert nach Typen und Beteiligten	./.. (im Rahmen der Projektarbeit werden hierzu keine Auswertungen durchgeführt)
	Räumliche Verteilung der Unfälle (Lage im Straßennetz)	./.. (im Rahmen der Projektarbeit werden hierzu keine Auswertungen durchgeführt)

Tabelle 14: Zusammenfassende Beschreibung der Analyse – Indikatoren 3. Ordnung

Indikatoren 3. Ordnung		
Kategorie	Merkmal	Wert (Analyse)
Raumstruktur (wegezweckspezifische Wegelängen)	Arbeit	13 km
	Ausbildung	9 km
	Schule/Kita	4 km
	Einkauf	5 km
	Freizeit	7 km
Pendlerverflechtungen  (Basis: Pendlerrelationen mit mindestens 150 Pendlern (EP+AP) <sup>31</sup> )	ÖPNV (Reisezeitverhältnis ÖV/MIV)	Anbindung an das Stadtzentrum (hier: ZOB/ Haupt- bahnhof Siegen) <sup>32</sup> : - Qualitätsstufe A oder B: 14 Relationen auf die namentliche Auflistung wird aufgrund der ho- hen Anzahl verzichtet - Qualitätsstufe C oder D: 19 Relationen auf die namentliche Auflistung wird aufgrund der ho- hen Anzahl verzichtet - Qualitätsstufe E oder F: 5 Relationen Wenden, Gummersbach, Drolshagen, Reichshof, Morsbach  Für die anderen 23 relevanten Relationen sind Einzel- betrachtungen erforderlich.
	Rad (Reiseweiten)	Anbindung an das Stadtzentrum (hier: ZOB/ Haupt- bahnhof Siegen): ≤ 10 km: 4 Relationen Wilnsdorf, Freudenberg, Mudersbach, Brachbach > 10 - ≤ 15 km: 8 Relationen Netphen, Kreuztal, Hilchenbach, Neunkirchen, Wen- den, Kirchen (Sieg), Niederfischbach, Herdorf > 15 km: 26 Relationen auf die namentliche Auflistung wird aufgrund der ho- hen Anzahl verzichtet

<sup>31</sup> EP = Einpendler, AP = Auspendler

<sup>32</sup> Mit Hilfe des Verkehrsmodells können nicht alle 38 Relationen, die als relevant eingestuft wurden, analysiert werden, da der Detaillierungsgrad der im Verkehrsmodell abgebildeten Netze (Kfz, ÖPNV) außerhalb des Planungsraums Siegens abnimmt. Die Analyseergebnisse der Kommunen des Kreises Siegen-Wittgensteins sowie die Kommunen Wenden, Mudersbach, Herdorf, Brachbach und Niederfischbach basieren auf dem Verkehrsmodell. Die anderen Ergebnisse wurden mit Hilfe eines online-Routenplaners bestimmt.



## 4 Potenzialanalyse

### 4.1 Referenzszenario

Im Referenzszenario werden feststehende bzw. prognostizierte (infra-)strukturelle Entwicklungen berücksichtigt, aber kein weiteres Handeln der Stadt Siegen im Hinblick auf eine nachhaltige Verkehrsentwicklung. In diesem Szenario wird der Stadt Siegen eine passive Haltung in Bezug auf neue Maßnahmen zur Förderung des Umweltverbunds und zur Optimierung des Verkehrsflusses unterstellt. Lediglich allgemeine wirtschaftliche, gesellschaftliche und technische Trends sowie ein energie- und klimapolitisches Handeln auf den übergeordneten Ebenen (EU, Bund, Land) werden angesetzt, da hier die Stadt Siegen keine direkte Möglichkeit der Einflussnahme hat.

Bis zum Prognosejahr 2030 ist ein gegenüber der Analyse leichter Bevölkerungszuwachs zu erwarten. Gegenüber dem Bevölkerungsstand von 2019 (106.926) nimmt die Einwohnerzahl um rund 2.900 Einwohner (+2,8 %) zu.

Hinsichtlich des Mobilitätsverhaltens wird angenommen, dass sich dies ohne weiteres Handeln nicht ändern wird, d. h. die Verkehrsmittelwahl (Modal Split) wird unverändert aus der Analyse (Mobilitätserhebung 2017) übernommen. Hier dominierte der motorisierte Individualverkehr mit einem Anteil 73 % bei der Verkehrsmittelwahl.

#### 4.1.1 Klimabilanz

Für die Klimabilanzierung des Referenzszenarios müssen Annahmen bzgl. der Eingangsgrößen getroffen werden. Dabei stützen sich die gewählten Annahmen auf veröffentlichte Forschungsergebnisse, insbesondere der im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit erstellten Studie „Klimaschutzszenario 2050“<sup>33</sup>. Das in der Studie aufgezeigte Trendszenario (AMS) werden diejenigen Maßnahmen angesetzt, die bis zum Prognosehorizont ergriffen worden sind. *„Dieses Szenario bildet den Ist-Stand der energie- und klimapolitischen Rahmensetzungen ab.“* (Öko, ISI 2015; S. 33) und entspricht demnach einem Referenzszenario.

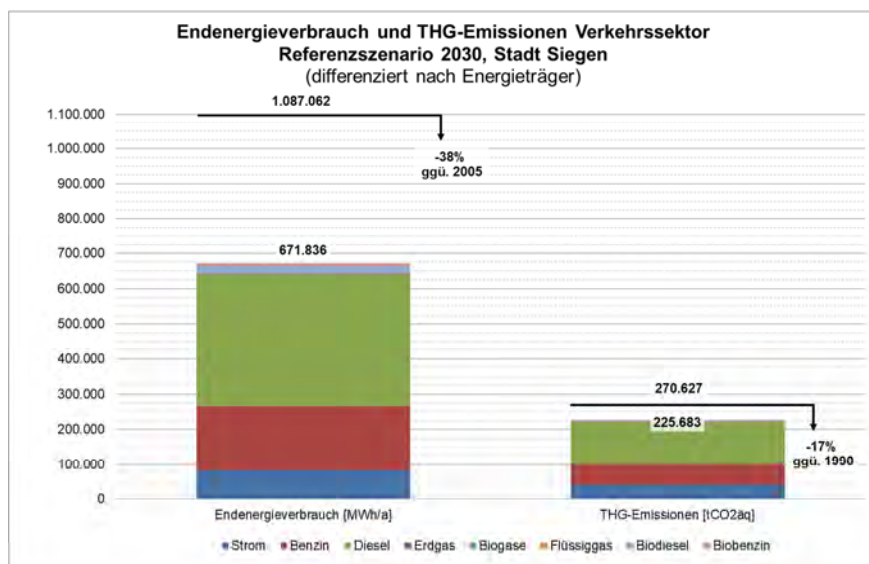
Kurz zusammengefasst werden folgende Annahmen der Klimabilanzierung des Referenzszenarios hinterlegt:

- Die allgemeine Verkehrsmittelwahl (Modal Split) ändert sich nicht.
- Die Fahrleistung von MIV (Pkw, Zweiräder), leichten Nutzfahrzeugen und Lkw > 3,5 t steigt an, während die Fahrleistung von Bussen einen Rückgang verzeichnet.
- Der spezifische Kraftstoffverbrauch – sowohl bei verbrennungstechnischem Betrieb, als auch bei Elektrobetrieb – reduziert sich über alle Fahrzeugklassen.
- Die Fahrleistungsanteile mit Strom im Straßenverkehr steigen in allen Fahrzeugklassen an.

<sup>33</sup> Öko-Institut e. V., Fraunhofer ISI (2015): Klimaschutzszenario 2050 – 2. Endbericht, Berlin, 2015

- Die THG-Emissionsfaktoren für Strom und Erdgas verbessern sich, alle anderen Faktoren werden unverändert aus der Analyse übernommen.

Auf dieser Berechnungsgrundlage sinken sowohl der Endenergieverbrauch (-12,3 %-Punkte) als auch die THG-Emissionen (-6,8 %-Punkte) gegenüber der Analyse. Die Bedeutung von Strom wächst (höhere Anteile als in der Analyse). (Bild 132)



**Bild 132: Endenergieverbrauch und THG-Emissionen des Verkehrssektors der Stadt Siegen für das Referenzszenario 2030**

Ohne aktives Handeln kann die Universitätsstadt Siegen damit die Zielerfüllung in Bezug auf den Endenergieverbrauch und der THG-Emissionen des Verkehrssektors weiter ausbauen. Hinsichtlich des Endenergieverbrauches ergibt sich eine Reduzierung von -38 % gegenüber 2005 (Zielsetzung für das Jahr 2030 wie schon in der Analyse erfüllt). Die Zielsetzung in Bezug auf die THG-Emissionen (Bund: -40-42 % bis 2030 ggü. 1990, Land: -31 % bis 2030 ggü. 1990) bleibt mit einer Reduzierung von -17 % gegenüber 1990 weiterhin nicht erfüllt.

#### 4.1.2 Zusammenfassung

Für die vergleichende Gegenüberstellung der drei betrachteten Situationen Analyse, Referenz- und Klimaschutzszenario werden die ausgewählten Bewertungsindikatoren (vgl. Kap. 2.4) jeweils so weit wie möglich quantifiziert. (Tabelle 15 bis Tabelle 17)

Tabelle 15: Zusammenfassende Beschreibung des Referenzszenarios – Indikatoren 1. Ordnung

Indikatoren 1. Ordnung		
Kategorie	Merkmal	Wert (Referenzszenario)
Verkehrsmittelwahl	Modal Split	27 % Umweltverbund-Anteil
Verkehrsleistung	Kfz-Kilometer	788,7 Mio.-Fz.km
	ÖPNV-Kilometer (Bus)	4,9 Mio. Fz.km
Klimaschutz	Endenergieverbrauch Kfz-Verkehr	644.337,5 MWh
	Endenergieverbrauch ÖPNV (Linienbus)	18.519,5 MWh
	CO <sub>2</sub> -Emissionen Kfz-Verkehr	215.809,0 t <sub>CO2äq</sub>
	CO <sub>2</sub> -Emissionen ÖPNV (Linienbus)	6.202,8 t <sub>CO2äq</sub>

Tabelle 16: Zusammenfassende Beschreibung des Referenzszenarios – Indikatoren 2. Ordnung

Indikatoren 2. Ordnung		
Kategorie	Merkmal	Wert (Referenzszenario)
Mobilitätsmöglichkeiten	Fahrzeugbestand im Haushalt	(nahezu) unverändert
	Führerscheinbesitz	(nahezu) unverändert
	Besitz von ÖPNV-Zeitkarten	(nahezu) unverändert
Verkehrsmittelnutzung	Nutzungsintensität der Verkehrsmittel	(nahezu) unverändert
Verkehrsaufkommen	Verkehrsmittelspezifische Verkehrsbelastungen	Kfz-Verkehrsbelastungen für relevante Referenzquerschnitte in Bild 109 zusammengestellt (inkl. Veränderung ggü. Analyse)
Alternative Antriebe	Neuzulassungen differenziert nach Antriebsart	Deutschlandweite Zielsetzung (7-10 Mio. Elektro-Pkw bis 2030) bedeutet für die Universitätsstadt Siegen 14.000-20.000 Elektro-Pkw <sup>34</sup>
Zufriedenheit der Bürger bzgl. Verkehrsangebote	ÖPNV-Fahrgastzufriedenheit	(nahezu) unverändert
	allgemeine verkehrsmittelspezifische Angebotsbewertung	(nahezu) unverändert
Weitere Angebote im Radverkehr	Nutzungskennwerte Fahrradboxen	./.
	Nutzungskennwerte Bike-Sharing	./.
Verkehrssicherheit	Unfallhäufigkeit differenziert nach Typen und Beteiligten	(nahezu) unverändert
	Räumliche Verteilung der Unfälle (Lage im Straßennetz)	(nahezu) unverändert

<sup>34</sup> Grobabschätzung auf Grundlage des Pkw-Bestands der Universitätsstadt Siegen am 01.01.2019 und unter Beibehaltung der Pkw-Dichte und des Pkw-Anteils an der Gesamtmenge zugelassener Pkw-in Deutschland

Tabelle 17: Zusammenfassende Beschreibung des Referenzszenarios – Indikatoren 3. Ordnung

Indikatoren 3. Ordnung		
Kategorie	Merkmal	Wert (Referenzszenario)
Raumstruktur	Wegelängen differenziert nach Wegezweck	(nahezu) unverändert
Pendlerverflechtungen	Ein- und Auspendler und deren Entfernungen	(nahezu) unverändert

## 4.2 Klimaschutzszenario

Das Klimaschutzszenario baut auf dem Referenzszenario auf. Die dort angesetzten feststehenden bzw. prognostizierten Entwicklungen der Bevölkerung und des Verkehrsnetzes werden übernommen. Auch die allgemeinen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und technischen Trends sowie das energie- und klimapolitische Handeln auf den übergeordneten Ebenen (EU, Bund, Land) werden angesetzt.

Im Gegensatz zum Referenzszenario wird im Klimaschutzszenario jedoch ein aktives Handeln der Stadt Siegen im Hinblick auf eine nachhaltige Verkehrsentwicklung unterstellt. Dieses Handeln unterliegt einer Mobilitätsstrategie, die allgemein eine Förderung des Umweltverbunds anvisiert und durch die nachfolgend dargestellten Leitziele beschrieben wird.

### 4.2.1 Leitziele

Aufbauend auf den Ergebnissen der Bestandsanalyse und unter Berücksichtigung vorliegender Zielformulierungen – sowohl auf städtischer Ebene wie auch auf übergeordneter Ebene (z. B. Leitziele des Kreises Siegen-Wittgenstein aus dem Klimaschutzteilkonzept Mobilität aus dem Jahre 2017) wurden in Zusammenarbeit mit der Verwaltung und dem projektbegleitenden Arbeitskreis zum Klimaschutzteilkonzept Mobilität Leitziele formuliert. Durch die Berücksichtigung der übergeordneten Leitziele können die Leitziele der Stadt Siegen mit denen des Kreises in Einklang gebracht werden, sodass infolge einer grundlegenden Übereinstimmung die weiteren Handlungsaktivitäten durch die synergetischen Effekte gestärkt werden können.

Die Leitziele stellen die Mobilitätsstrategie für eine nachhaltige Mobilitätsentwicklung dar und beschreiben inhaltlich das Klimaschutzszenario als anvisierten Wunschzustand im Verkehr für das Jahr 2030. Dabei werden neben den verkehrsmittelspezifischen Infrastrukturen auch die Themenfelder Verstetigung, Controlling und Kommunikation als grundlegende Handlungsfelder mit aufgegriffen. Damit geben die Leitziele die allgemeine Ausrichtung des Maßnahmenkatalogs bzw. des Handlungskonzeptes vor.

Folgende Leitziele wurden erarbeitet und am 08.09.2020 vom Verkehrsausschuss beschlossen:

#### 1) Leitbild „Lebenswertes Siegen“

Siegen bietet mit seinem Walddreichtum, der schnellen Erreichbarkeit von Naherholungsgebieten sowie der harmonischen Kombination aus städtisch geprägten Stadt-/Ortsteilen sowie ländlichen

Stadt-/Ortsteile eine gute Grundlage für eine lebenswerte Stadt. Hinzu kommen das große Bildungsangebot und vielfältige Arbeitsmöglichkeiten. Diese Lebensqualität gilt es zu erhalten und durch gezielte Förderung der umweltverträglichen Mobilität auszubauen. Dies erfordert eine Förderung des Umweltverbundes (Rad- und Fußverkehr sowie ÖPNV), eine Reduzierung der verkehrsbedingten Emissionen (Lärm und CO<sub>2</sub>) sowie eine Neuaufteilung und Gestaltung der öffentlich zur Verfügung stehenden Verkehrsflächen.

## **2) Leitbild „Stadt der kurzen Wege“**

Das Leitbild „Stadt der kurzen Wege“ ist als Ergänzung zum Leitbild „Lebenswerte Stadt“ zu sehen. Eine kompakte Siedlungsstruktur, Nutzungsdurchmischung sowie eine attraktive Gestaltung der öffentlichen Räume bilden die Voraussetzungen, alltägliche Wege in kurzer Zeit und möglichst ohne Pkw zu bewältigen. Dies erfordert eine komfortable, sichere, möglichst direkte und barrierefreie Wegeführung für den Fuß- und Radverkehr und eine möglichst direkte Erreichbarkeit von Haltestellen/-punkten des ÖPNV.

## **3) Einrichtung eines strategischen Liegenschaftsmanagement**

Da die Flächenverfügbarkeit begrenzt ist und alle Verkehrsteilnehmer Flächen für die benötigten Infrastrukturen beanspruchen, ist eine Sicherung geeigneter und ausreichender Liegenschaften zur Wahrnehmung der kommunalen Aufgabenerfüllung erforderlich. In diesem Zusammenhang ist ein strategisches Liegenschaftsmanagement z. B. innerhalb von Quartieren und in zentralen Bereichen von großer Bedeutung. Bei Bebauungsplanverfahren sind die Belange der verschiedenen Verkehrsträger vorausschauend zu berücksichtigen.

## **4) Förderung des Fußverkehrs**

Für den Fußverkehr ist ein kleinräumiges, komfortables, sicheres und möglichst direktes Fußwegenetz von Bedeutung. Neben der Erreichbarkeit kleinräumiger Ziele ist auch die Erreichbarkeit von großräumigen Zielen ohne Benutzung des Kfz zu ermöglichen. Hierfür sind die Zuwegung zu Verknüpfungspunkten und Haltestellen/-punkten des ÖPNV (Bus und Bahn) sowie eine entsprechende Gestaltung jener notwendig. Dabei ist immer die Nutzbarkeit für alle, d. h. die Barrierefreiheit und die Vermeidung von Nutzungsentfremdung der Gehwege durch z. B. Container oder Schilder, zu beachten. Insbesondere für den Fuß- und Radverkehr sind Maßnahmen zur Instandhaltung der Infrastruktur sowie zur Verkehrssicherung von Bedeutung.

## **5) Förderung des Radverkehrs**

Analog zum Fußverkehr ist auch im Radverkehr ein komfortables, sicheres und möglichst direktes Radverkehrsnetz von Bedeutung. Notwendig sind sowohl klein- als auch großräumige Verbindungen. Auf den Hauptverkehrsachsen sind Radverkehrsanlagen zu schaffen, die neben den Ansprüchen der touristischen Nutzung vor allem die der Alltagsnutzung erfüllen. Es sollen Vernetzungen der Siegener Stadtteile untereinander, aber auch zu Nachbarkommunen geschaffen werden. Auf die sichere und komfortable Erreichung des Hauptradnetzes aus den Wohngebieten etc. ist zu achten. Dazu sind in diesen Bereichen Radverkehrsanlagen oder Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Betracht zu ziehen. Ne-

ben den Radverkehrsanlagen sind sichere und in ausreichender Zahl vorhandene Radabstellanlagen und – zur Förderung der Elektromobilität – Lademöglichkeiten von Bedeutung. Die Verfügbarkeit von Abstellanlagen und Lademöglichkeiten soll dabei sinnvollerweise nicht auf neuralgische Punkte im Stadtgebiet beschränkt sein, sondern auch auf die kleinräumigen Bereiche (z. B. Wohngebiete) übertragen werden. Radverkehrsanlagen und für den Radverkehr vorgesehene Bereiche sollen von Nutzungsentfremdungen durch z. B. Container oder geparkte Autos freigehalten werden. Insbesondere für den Fuß- und Radverkehr sind Maßnahmen zur Instandhaltung der Infrastruktur sowie zur Verkehrssicherung von Bedeutung.

## **6) Förderung des ÖPNV**

Der ÖPNV soll im Rahmen der Einflussmöglichkeiten der Stadt gefördert werden. Dazu zählt vor allem die Planung und Bereitstellung notwendiger Infrastruktur wie Haltestellen und Verknüpfungspunkte mit je nach Lage und Umfeld notwendiger Ausstattung. Um allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln gewähren zu können, soll eine gute Zuwegung zu den Haltepunkten/-stellen vorhanden sein. Sowohl bei der Zuwegung als auch bei den Haltestellen/-punkten und den Fahrzeugen des ÖPNV sollen die Belange der Barrierefreiheit berücksichtigt werden. Zur Förderung der Intermodalität und der Verlagerung von Verkehrsströmen, insb. Pendlerströmen, sollen verkehrsbedeutende ÖPNV-Haltestellen/-punkte mit weiteren Ausstattungselementen wie etwa Radabstellanlagen, Ladeinfrastruktur für Rad und Kfz und Fahrzeuginformationsdiensten (sowohl digital wie auch analog) ergänzt werden. Auch die Erweiterung von Park+Ride-Möglichkeiten ist in Betracht zu ziehen. Die Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV sind sinnvollerweise in enger Kooperation mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein als Aufgabenträger des ÖPNV und dem Zweckverband Personennahverkehr Westfalen-Süd (ZWS) zu erarbeiten und durchzuführen.

## **7) Verträgliche Abwicklung des Kfz-Verkehrs**

Der Kfz-Verkehr, der nicht auf den Umweltverbund verlagert werden kann, ist so verträglich wie möglich abzuwickeln. Dies erfordert eine Optimierung des Verkehrsflusses, eine gezielte Verkehrslenkung sowie eine Förderung von alternativen Kfz-Antrieben.

## **8) Verträgliche Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs**

Zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Siegen ist ein leistungsfähiges innerstädtisches Verkehrsnetz sowie eine gute Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz erforderlich (Gütertransport, Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes). Um die Lebensqualität der Anwohner so wenig wie möglich zu beeinträchtigen, sind hinsichtlich der Lkw-Führung sensible Bereiche zu meiden. Die Abwicklung der KEP-Dienste soll möglichst umwelt- und sozialverträglich gestaltet werden. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit der beteiligten Akteure. Es sollen sowohl alternative Antriebe als auch alternative Betriebskonzepte zur Zielerreichung berücksichtigt werden.

## 9) Mobilitätsmanagement

Das Mobilitätsmanagement wird als Querschnittsaufgabe gesehen. Es ist eine gegenseitige Abstimmung mit den Zielvorgaben der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung sowie der Bauleitplanung und der Wirtschaftsförderung erforderlich, so dass diese bei neuen Planungen frühzeitig berücksichtigt werden können. Durch verschiedene Maßnahmen des Mobilitätsmanagements (z. B. schulisches Mobilitätsmanagement) soll das Mobilitätsbewusstsein der Bevölkerung beeinflusst werden. In Bezug auf ein betriebliches Mobilitätsmanagement übernimmt die Verwaltung eine Vorbildfunktion.

## 10) Koordination und Information

Die Stadt übernimmt eine koordinierende und informierende Rolle bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit. Um das Bewusstsein der Bevölkerung nachhaltig hin zur umweltbewussten Mobilität zu verändern, ist eine gute Kommunikation und Information zu umgesetzten Maßnahmen sowie deren Hintergrund/Notwendigkeit notwendig. Gleichzeitig ist es ratsam, die Bevölkerung zur Nutzung der Angebote, beispielsweise über Kampagnen, zu motivieren. Die Stadt dient der Bürgerschaft und ansässigen Betrieben als zentraler Ansprechpartner für verkehrliche Fragen und Themenstellungen auf städtischer Ebene.

## 11) Umsetzung und Fortschreibung der Leitziele

Die Verkehrssituation unterliegt aufgrund sich stetig verändernder Rahmenbedingungen und der fortschreitenden Verkehrsplanung einem stetigen Wandel, sodass in regelmäßigen Zeitabständen eine Überprüfung des Arbeitsstands erforderlich ist. In den dafür erforderlichen Controlling-Prozess sollen alle relevanten Akteure eingebunden werden (u. a. projektbegleitender Arbeitskreis zur Aufstellung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität, projektbegleitender Arbeitskreis Radverkehr, Verwaltung, Politik). Zu ausgewählten Fragestellungen/Themen ist die Einbindung von weiteren Akteuren wie Kreisverwaltung, Nachbarkommunen oder Zweckverband Personennahverkehr Westfalen-Süd (ZWS) sinnvoll.

### 4.2.2 Zielwert Modal Split

Zentrale Zielsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität der Universitätsstadt Siegen ist die Veränderung der Verkehrsmittelwahl bzw. des Modal Split zugunsten des Umweltverbunds. Um hier einen realistischen Zielwert zu bestimmen, wird auf vorliegende Abschätzungen von Verlagerungspotenzialen zurückgegriffen, die in einem Sachstandsbericht des Umweltbundesamts (UBA)<sup>35</sup> im Rahmen einer Potenzialabschätzung der klimarelevanten Auswirkungen von Maßnahmen im Verkehrssektor angesetzt wurden. In Bezug auf den ÖPNV geht das Umweltbundesamt davon aus, dass bis zu 10 % der Pkw-Fahrten innerorts auf den ÖPNV verlagert werden können. In Bezug auf den Rad- und Fußverkehr ist lediglich ein gemeinsames Verlagerungspotenzial angegeben. Hier hält das UBA es für realistisch, dass 50 % der innerörtlichen Pkw-

<sup>35</sup> UBA (2010): CO<sub>2</sub>-Emissionsminderung im Verkehr in Deutschland, 2010



Fahrten, die kürzer als 5 km sind, auf den Rad- bzw. auf den Fußverkehr verlagert werden können.

Im weiteren Verlauf wird zwischen einem ambitionierten Ansatz und einem moderaten Ansatz unterschieden.

### Ambitionierter Ansatz

In Bezug auf die UBA-Potenziale sollte beachtet werden, dass diese aus dem Jahr 2010 stammen und sich die Verlagerungspotenziale auf einen Zeitraum von 20 Jahren beziehen. Die Prognosezeitspanne der Universitätsstadt Siegen beträgt jedoch nur zehn Jahre (von 2020 bis 2030). Vor diesem Hintergrund sind bei einer linearen Potenzialentwicklung lediglich die halben UBA-Wirkungspotenziale anzusetzen.

Dieser Ansatz wird als ambitionierter Ansatz bezeichnet, weil er die Ausgangssituation der Universitätsstadt Siegen nicht berücksichtigt.

### Moderater Ansatz

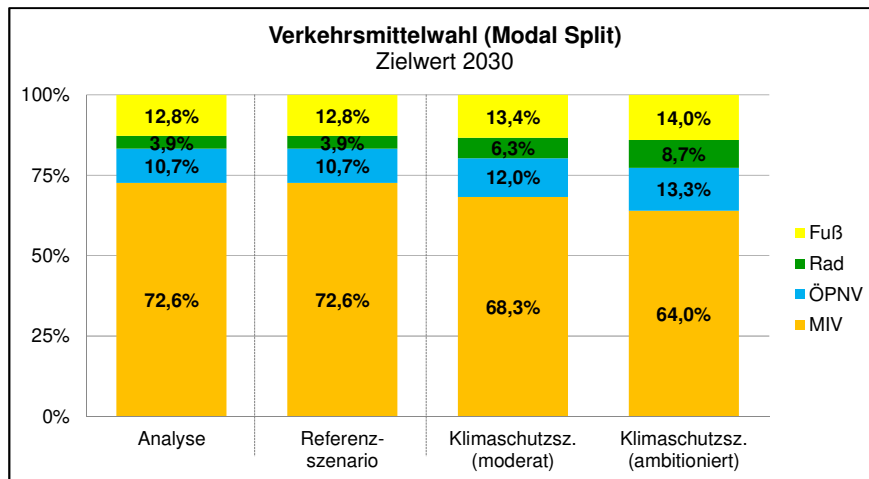
Die Universitätsstadt Siegen steht noch am Anfang einer Radverkehrsförderung. Der Radverkehrsanteil im Modal Split von 4 % fällt derzeit vergleichsweise niedrig aus (vgl. Kap. 3.3). Nach einer Einstufung des Nationalen Radverkehrsplans ist Siegen damit als „Einsteiger“ zu bezeichnen (Radverkehrsanteil < 10 %: organisatorische Radverkehrsförderung ist in Anfängen vorhanden oder existiert nicht). Es muss also zuerst die Grundlage, d. h. das Radverkehrsnetz geschaffen bzw. optimiert werden, bevor sich Verhaltensänderungen nachweislich einstellen können.

In diesem Fall ist daher weniger mit einer linearen Potenzialentwicklung, sondern vielmehr mit einer exponentiellen Potenzialentwicklung zu rechnen. Hier werden die UBA-Wirkungspotenziale zu einem Viertel angesetzt. (Bild 133)

Im Vergleich zum ambitionierten Ansatz führt dieser Ansatz zu einer geringeren Reduzierung des MIV-Anteils im Modal Split und wird daher im Weiteren als moderater Ansatz bezeichnet. (Bild 133)

Im Beteiligungsprozess zum Klimaschutzteilkonzept Mobilität der Universitätsstadt Siegen wurde der prognostizierte Zielwert „Modal Split“ des moderaten Klimaschutzszenarios als anzuvisierender Zielwert beschlossen.<sup>36</sup> Er ist als Mindestwert zu verstehen und wird im Idealfall – bei entsprechender Anstrengung – überschritten, d. h. die Reduzierung des MIV-Anteils im Modal Split fällt gegenüber der Prognose tatsächlich größer aus.

<sup>36</sup> Die Beschlussfassung ist der Vorlage 3076/2020 zu entnehmen.



**Bild 133: Verkehrsmittelwahl (Modal Split) – Zielwert 2030**

#### 4.2.3 Klimabilanz

Analog zur Klimabilanz des Referenzszenarios (vgl. Kap. 4.1.1) müssen auch für das Klimaschutzszenario Annahmen bzgl. der Eingangsgrößen getroffen werden.

In Bezug auf die Verkehrsmittelwahl werden dabei zwei Varianten unterschieden (vgl. Kap. 4.2.2):

- **Moderater Ansatz:** Anteil Umweltverbund steigt gegenüber der Analyse um 4,3 %
- **Ambitionierter Ansatz:** Anteil Umweltverbund steigt gegenüber der Analyse um 8,6 %

Diese beiden Ansätze werden auch bei der Klimabilanzierung des Klimaschutzszenarios differenziert.

Unter Berücksichtigung der Ansätze des Klimaschutzszenarios (KS) aus der Studie „Klimaschutzszenario 2050“<sup>37</sup> werden – kurz zusammengefasst – folgende Annahmen der Klimabilanzierung des Klimaschutzszenarios hinterlegt:

- Der Anteil des Umweltverbunds steigt im Vergleich zur Analyse und dem Referenzszenario. Die Steigerung fällt beim ambitionierten Ansatz größer aus als beim moderaten Ansatz.
- Im Gegensatz zum Referenzszenario sinkt die Fahrleistung bei allen Fahrzeugklassen. Beim ambitionierten Ansatz fällt die Fahrleistungsreduzierung des MIV größer aus als beim moderaten Ansatz.
- Der spezifische Kraftstoffverbrauch – sowohl bei verbrennungstechnischen Betrieb, als auch bei Elektrobetrieb – reduziert sich über alle Fahrzeugklassen im Vergleich zum Referenzszenario weiter. Beim ambitionierten Ansatz fallen die Reduzierungen größer aus als beim moderaten Ansatz.
- Die Fahrleistungsanteile mit Strom im Straßenverkehr steigen in allen Fahrzeugklassen im Vergleich zum Referenz-

<sup>37</sup> Öko-Institut e. V., Fraunhofer ISI (2015): Klimaschutzszenario 2050 – 2. Endbericht, Berlin, 2015

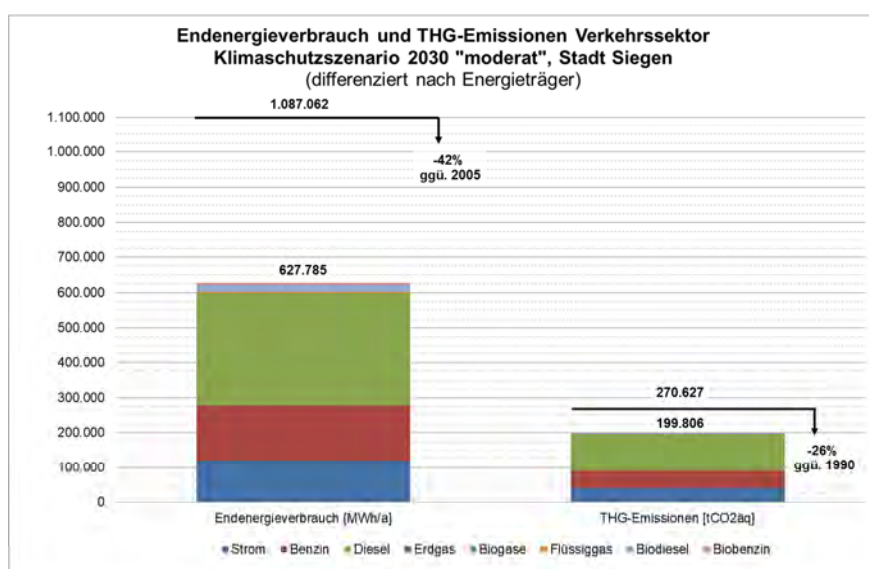
szenario weiter an. Beim ambitionierten Ansatz fallen die Steigerungen größer aus als beim moderaten Ansatz.

- Der THG-Emissionsfaktor für Strom verbessert sich gegenüber dem Referenzszenario weiter. Es wird kein Unterschied zwischen dem moderaten und dem ambitionierten Ansatz gemacht. Alle anderen Faktoren werden analog zum Referenzszenario unverändert aus der Analyse übernommen.

Auf dieser Berechnungsgrundlage sinken sowohl beim moderaten als auch beim ambitionierten Ansatz der Endenergieverbrauch und die THG-Emissionen gegenüber dem Referenzszenario. Die Bedeutung von Strom nimmt weiter zu.

### Moderater Ansatz

Im Vergleich zum Referenzszenario sinkt bei moderatem Ansatz der Endenergieverbrauch um weitere 6,6 %-Punkte und die THG-Emissionen um weitere 11,5 %-Punkte. (Bild 134)

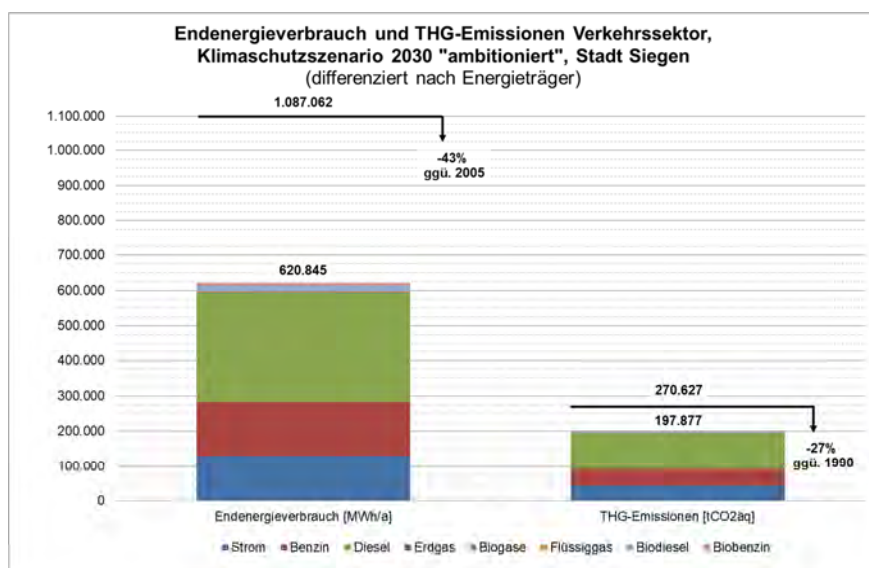


**Bild 134: Endenergieverbrauch und THG-Emissionen des Verkehrssektors der Stadt Siegen für das Klimaschutzszenario 2030 mit moderatem Ansatz**

In Bezug auf den moderaten Aktivitäten-Ansatz kann die Universitätsstadt Siegen erneut die Zielerfüllung in Bezug auf den Endenergieverbrauch und der THG-Emissionen des Verkehrssektors weiter ausbauen. Hinsichtlich des Endenergieverbrauches ergibt sich eine Reduzierung von -42 % gegenüber 2005 (Zielsetzung für das Jahr 2030 wie schon in der Analyse erfüllt). Die Zielsetzung in Bezug auf die THG-Emissionen (Bund: -40-42 % bis 2030 ggü. 1990, Land: -31 % bis 2030 ggü. 1990) bleibt jedoch mit einer Reduzierung von -26 % gegenüber 1990 weiterhin unerfüllt.

### Ambitionierter Ansatz

Im Vergleich zum Referenzszenario sinkt bei ambitioniertem Ansatz der Endenergieverbrauch um weitere 7,6 %-Punkte und die THG-Emissionen um weitere 12,3 %-Punkte. (Bild 135)



**Bild 135: Endenergieverbrauch und THG-Emissionen des Verkehrssektors der Stadt Siegen für das Klimaschutzscenario 2030 mit ambitioniertem Ansatz**

Bei ambitionierter Aktivität der Universitätsstadt Siegen kann die Reduzierung des Endenergieverbrauchs gegenüber dem Vergleichsjahr 2005 weiter ausgebaut werden (-43 %). Auch die Reduzierung der THG-Emissionen gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 wird weiter ausgebaut (-27 %). Jedoch reicht auch hier die städtische Aktivität mit großer Wahrscheinlichkeit nicht aus, um die Zielsetzung auf Bundesebene (-40-42 % bis 2030 ggü. 1990) oder Landesebene (-31 % bis 2030 ggü. 1990) zu erfüllen.

#### 4.2.4 Zusammenfassung

Das Klimaschutzscenario stellt die angestrebte Wunschsituation in Bezug auf den Verkehr dar. Die für das Klimaschutzscenario quantifizierten Bewertungsindikatoren stellen somit Zielwerte dar. Sie dienen im Rahmen des Controllings (siehe Kap. 9) als Vergleichswerte zur Bestimmung des Zielerreichungsgrades.

Für die vergleichende Gegenüberstellung der drei betrachteten Situationen Analyse, Referenz- und Klimaschutzscenario werden die ausgewählten Bewertungsindikatoren (vgl. Kap. 2.4) für das Klimaschutzscenario wie folgt festgehalten.

**Tabelle 18: Zusammenfassende Beschreibung des Klimaschutzszenarios (moderater Ansatz) – Indikatoren 1. Ordnung**

<b>Indikatoren 1. Ordnung</b>		
<b>Kategorie</b>	<b>Merkmal</b>	<b>Wert (Klimaschutzszenario)</b>
Verkehrsmittelwahl	Modal Split	32 % Umweltverbund-Anteil
Verkehrsleistung	Kfz-Kilometer	mindestens Konstanz, besser Verringerung ----- Prognose: 718,2 Mio.-Fz.km
	ÖPNV-Kilometer (Bus)	mindestens Konstanz, besser Steigerung ----- Prognose: 4,6 Mio.-Fz.km
Klimaschutz	Endenergieverbrauch Kfz-Verkehr	Orientierung am Zielwert der Bundesregierung: -40 % bis 2050 ggü. 2005, d. h. -22 % bis 2030 ggü. 2005 bei linearer Interpolation
	Endenergieverbrauch ÖPNV (Linienbus)	
	CO <sub>2</sub> -Emissionen Kfz-Verkehr	Orientierung am Zielwert der Bundes- oder Landesregierung: Bundesregierung: -40-42 % bis 2030 ggü. 1990 oder Landesregierung: -31 % bis 2030 ggü. 1990
	CO <sub>2</sub> -Emissionen ÖPNV (Linienbus)	

**Tabelle 19: Zusammenfassende Beschreibung des Klimaschutzszenarios (moderater Ansatz) – Indikatoren 2. Ordnung**

<b>Indikatoren 2. Ordnung</b>		
<b>Kategorie</b>	<b>Merkmal</b>	<b>Wert (Klimaschutzszenario)</b>
Mobilitätsmöglichkeiten	Fahrzeugbestand im Haushalt	Verringerung Kfz- und Motorrad-Verfügbarkeit, Steigerung Fahrrad-Verfügbarkeit
	Führerscheinbesitz	mindestens Konstanz, besser Verringerung
	Besitz von ÖPNV-Zeitkarten	Erhöhung des Anteils
Verkehrsmittelnutzung	Nutzungsintensität der Verkehrsmittel	Steigerung der Kfz-Gelegenheits- und Kfz-Nichtnutzer-Anteile, Verringerung der ÖPNV/Fahrrad-Gelegenheits- und ÖPNV/Fahrrad-Nichtnutzer
Verkehrsaufkommen	Verkehrsmittelspezifische Verkehrsbelastungen	Verringerung der Kfz-Verkehrsbelastung, Steigerung der Verkehrsbelastungen im Umweltverbund
Alternative Antriebe	Neuzulassungen differenziert nach Antriebsart	Verringerung der Neuzulassungen, Steigerung des Anteils an alternativen Antrieben
Zufriedenheit der Bürger bzgl. Verkehrsangebote	allgemeine verkehrsmittelspezifische Angebotsbewertung	Verbesserung der Durchschnittsnoten
Weitere Angebote im Radverkehr	Nutzungskennwerte Fahrradboxen	Steigerung der Nutzerzahlen
	Nutzungskennwerte Bike-Sharing	Steigerung der Nutzerzahlen
Verkehrssicherheit	Unfallhäufigkeit differenziert nach Typen und Beteiligten	Verringerung der Unfallzahlen, vor allem mit Fußgänger- und Radfahrbeteiligung
	Räumliche Verteilung der Unfälle (Lage im Straßennetz)	Verringerung der Anzahl an Unfallhäufungsstellen

**Tabelle 20: Zusammenfassende Beschreibung des Klimaschutzszenarios (moderater Ansatz) – Indikatoren 3. Ordnung**

<b>Indikatoren 3. Ordnung</b>		
<b>Kategorie</b>	<b>Merkmal</b>	<b>Wert (Klimaschutzszenario)</b>
Raumstruktur	Wegelängen differenziert nach Wegezweck	mindestens Konstanz, besser Verringerung (um Fuß- und Radpotenzial zu erhöhen)
Pendlerverflechtungen	Ein- und Auspendler und deren Entfernungen	mindestens Konstanz, besser Steigerung (Anzahl Relationen mit ÖV-Qualitätsstufe A oder B auf Grundlage des Reisezeitverhältnisses ÖV/MIV und Anzahl Relationen mit Radentfernung $\leq 15$ km)

## 5 Planungsleitlinien

Die Stadtverwaltung hat die Aufgabe, die aufgestellten strategischen Leitziele (vgl. Kap. 4.2.1) planerisch umzusetzen. Um ein möglichst einheitliches Vorgehen zu gewährleisten, wurden unter Berücksichtigung der in den Leitzielen verankerten Nutzeranforderungen sowie der aktuellen planerischen Regelwerke und weiterer rechtlicher Vorgaben (Straßenverkehrsordnung sowie Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung) sogenannte Planungsleitlinien formuliert. Sie stellen somit planerische Anweisungen zur Umsetzung der Inhalte der strategischen Leitziele dar, d. h. übergeordnete Planungsgrundsätze, die im Rahmen von Entwurfs- und Detailplanungen berücksichtigt werden sollen.

### 5.1 Fußverkehr

#### Führung innerorts

Die Dimensionierung von Gehwegen richtet sich nach deren Netzfunktion, den anliegenden Nutzungen und den Anforderungen aus Aufenthalt und Kinderspiel.

Gehwegbreiten sollen nach den in der RAST bzw. EFA empfohlenen Regelmaßen ausgebaut werden, Mindestmaße sollen eine Ausnahme darstellen.

Eine gemeinsame Führung des Fuß- und Radverkehrs, vor allem wenn sie für den Radverkehr benutzungspflichtig ist, soll nur bei schwachen Fußgänger- und Radverkehrsstärken realisiert werden. (analog zum Radverkehr, Kap. 5.2)

Zur fußgängergerechten Gestaltung des Wegenetzes gehören abwechslungsreich gestaltete Straßenräume und Aufenthaltsflächen. Bei der Gestaltung der Fußwege und Fußgängeranlagen sollen behindertengerechte Standards realisiert werden, um die gesetzliche Anforderung der Barrierefreiheit angemessen zu berücksichtigen.

Die Bereiche vor Kindergärten und Schulen sollen vom ruhenden Kfz-Verkehr freigehalten werden.

Ein klar strukturiertes Geschwindigkeitskonzept mit einer im Regelfall zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h für angebaute Hauptverkehrsstraßen (punktuell reduzierte zulässige Höchstgeschwindigkeit im Bereich von Gefahrenstellen und sensiblen Einrichtungen) sowie die Einrichtung von Tempo 30-Zonen oder anderen Formen der Verkehrsberuhigung im Erschließungsnetz sind von großer Bedeutung.

#### Führung außerorts

Außerorts wird an Landstraßen die Anlage eines fahrbahnbegleitenden gemeinsamen Geh- und Radweges im Zweirichtungsbetrieb dann empfohlen, wenn entweder die verkehrlichen Kriterien (u. a. zulässige Höchstgeschwindigkeit, Anteil Schwerverkehr, Linienführung, Verkehrsbelastung) oder eine entsprechende Netzbedeutung für den Fuß- und Radverkehr vorliegt. Wenn diese Ausweisung nicht möglich ist, soll eine Alternativroute gesucht und ausgewiesen werden. (analog zum Radverkehr, Kap. 5.2)



## Querungen

Der Bedarf von Querungshilfen und deren Art richtet sich nach der Netzfunktion, den anliegenden Nutzungen und den Anforderungen aus Aufenthalt und Kinderspiel.

Lichtsignalanlagen sollen fußgänger-/fahrradfreundliche Schaltungen erhalten. Im Zuge von Fußgänger-/Radfahrachsen sind Lichtsignalanlagen mit Anforderung zu vermeiden. Die Grünzeit für Fußgänger/Radfahrer ist in den normalen Umlauf zu integrieren. (analog zum Radverkehr, Kap. 5.2)

An Knotenpunkten, Einmündungsbereichen und Grundstückszufahrten sollen insbesondere bei schlechten Sichtverhältnissen deutliche Hinweise auf querende Fußgänger und Radfahrer gegeben werden (z. B. Piktogramm, Zusatzschilder, Pfeile). (analog zum Radverkehr, Kap. 5.2)

## 5.2 Radverkehr

### Führung innerorts im Hauptverkehrsstraßennetz

Nach dem Prinzip der Angebotsplanung soll ein differenziertes, dichtes und geschlossenes Alltagsnetz für Radfahrer entwickelt werden. Dabei soll sowohl das Radfahren an Hauptverkehrsstraßen gesichert als auch das Radverkehrsnetz in verkehrsrühigen Straßen und auf Routen abseits von Straßen in Relation der Verkehrsstärke angemessen und möglichst konfliktarm mit Fußgängern und anderen Verkehrsträgern weiterentwickelt werden.

Innerorts wird eine kontinuierliche Führung des Radverkehrs umgesetzt. Die Führung auf Radfahrstreifen (Fahrbahnniveau) oder Schutzstreifen soll bevorzugt – soweit wie möglich – als „System“ umgesetzt werden.

Radverkehrsanlagen sollen nach den in der RASSt bzw. ERA empfohlenen Regelmaßen ausgebaut werden, Mindestmaße sollen eine Ausnahme darstellen.

Eine gemeinsame Führung des Fuß- und Radverkehrs, vor allem wenn sie für den Radverkehr benutzungspflichtig ist, soll nur bei schwachen Fußgänger- und Radverkehrsstärken realisiert werden. (analog zum Fußverkehr, Kap. 5.1)

Eine Zweirichtungsführung – insbesondere einseitig – soll innerorts vermieden werden.

Eine „sichtbare“ Doppelstruktur durch die Anlage eines Schutzstreifen und einer Beschilderung „Gehweg, Radfahrer frei“ im Seitenraum) soll zur Vermeidung von Verwirrungen vermieden werden.

Wenn eine Benutzungspflicht im Seitenraum aufgehoben wird (Radweg bzw. getrennter Geh-/Radweg), soll die Führung zu einem nicht benutzungspflichtigen Radweg werden (optisch erkennbar, aber ohne Beschilderung).

### Führung innerorts im Erschließungsstraßennetz

Erschließungsstraßen sind – bzw. sollten sein – in der Regel Bestandteil von Tempo 30-Zonen oder anderen verkehrsberuhigten Bereichen (siehe auch Kap. 5.4), in denen keine besonderen Radverkehrsführungen erforderlich bzw. zulässig sind.

In besonderen Fällen (z. B. Hauptrouten in der Innenstadt oder Hauptschulrouten, in denen der Radverkehr dominiert), sollte die Einrichtung von Fahrradstraßen geprüft werden.

### **Führung außerorts**

Außerorts wird an Landstraßen die Anlage eines fahrbahnbegleitenden gemeinsamen Geh- und Radweg im Zweirichtungsbetrieb dann empfohlen, wenn entweder die verkehrlichen Kriterien (u. a. zulässige Höchstgeschwindigkeit, Anteil Schwerverkehr, Linienführung, Verkehrsbelastung) oder eine entsprechende Netzbedeutung für den Fuß- und Radverkehr vorliegt. Wenn diese Ausweisung nicht möglich ist, soll eine Alternativroute gesucht und ausgewiesen werden. (analog zum Fußverkehr, Kap. 5.1)

### **Führung an Knotenpunkten**

Lichtsignalanlagen sollen fußgänger-/fahrradfreundliche Schaltungen erhalten. Im Zuge von Fußgänger-/Radfahrachsen sind Lichtsignalanlagen mit Anforderung zu vermeiden. Die Grünzeit für Fußgänger/Radfahrer ist in den normalen Umlauf zu integrieren. (analog zum Fußverkehr, Kap. 5.1)

An Knotenpunkten, Einmündungsbereichen und Grundstückszufahrten sollen insbesondere bei schlechten Sichtverhältnissen deutliche Hinweise auf querende Fußgänger und Radfahrer gegeben werden (z. B. Piktogramm, Zusatzschilder, Pfeile). (analog zum Fußverkehr, Kap. 5.1)

### **Fahrradparken**

In Bezug auf die Art der Fahrradabstellanlagen werden als freistehende und öffentlich zugängliche Anlagen die mit dem Arbeitskreis Radverkehr abgestimmten Anlehnhalter bevorzugt (siehe Maßnahmensteckbriefe R6 bis R8 im Anlagenband). Sie erfüllen die vielfältigen Grundanforderungen an Fahrradhalter am besten. In Bezug auf die Abstände der einzelnen Fahrradstellplätze sollen Lastenfahrräder und Fahrradanhänger Berücksichtigung finden.

Freistehende und öffentlich zugängliche Fahrradabstellanlagen stellen den Mindeststandard dar. Ist ein hohes Aufkommen an Fahrradparkern mit längeren Abstellzeilen zu erwarten sind zusätzlich gesicherte Abstellanlagen an zentralen Punkten einzurichten (anmietbare Fahrradboxen, Sammelgaragen, ggf. auch integriert in ein Parkhaus).

## **5.3 Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)**

### **Intermodalität**

Zur Förderung der Intermodalität im Zusammenhang mit dem Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV) sollen an Bahnhalttestellen und Bahnhöfen sowie an bedeutenden Bushalttestellen ausreichend sichere und witterungsgeschützte Fahrradabstellanlagen angeordnet werden. Der Bedarf an Fahrradabstellanlagen richtet sich nach der zu erwartenden Nachfrage. Die Auslastung des vorhandenen Angebots ist regelmäßig zu prüfen und bei Mehrbedarf entsprechend anzupassen.

Analog soll an allen Bahnhalttestellen und Bahnhöfen sowie an den im Randbereich liegenden Verknüpfungshalttestellen im Linienbusverkehr Park & Ride-Anlagen angelegt werden. Auch hier richtet sich der Stellplatzbedarf nach der zu erwartenden Nachfrage. Die

Auslastung des vorhandenen Angebots ist regelmäßig zu prüfen und bei Mehrbedarf entsprechend anzupassen.

Aufgrund der zu erwartenden längeren Standzeiten sind sowohl bei den Bike & Ride- als auch bei den Park & Ride-Anlagen Ladeinfrastruktur zur Förderung der Elektromobilität vorzusehen. (analog zu Alternative Antriebe, Kap. 5.6)

### **Busbeschleunigung**

Wo Buslinien die Verkehrsflächen mit dem motorisierten Individualverkehr teilen, ist der Vorrang des öffentlichen Linienbusverkehrs durchzusetzen – vor allem bei hohen Kfz-Verkehrsbelastungen. Dies sichert die Pünktlichkeit im Buslinienverkehr. Dort wo möglich sind Haltestellen in Form von Kaps zu bevorzugen, um den Einfädelprozess in den fließenden Kfz-Verkehr zu beschleunigen.

### **Haltestellen**

Der ÖPNV soll im Stadtbild präsent sein. Die Bahnhaltepunkte und Bahnhöfe sowie die Haltestellen müssen gut sichtbar bzw. auffindbar sein.

Die Anforderungen an die Haltestellenausstattung (u. a. Sitzmöglichkeit, Überdachung, Beleuchtung) müssen als Mindeststandard erfüllt sein. Da Sitzmöglichkeiten, aber vor allem auch die Barrierefreiheit, vor allem für ältere und mobilitätseingeschränkte Personen eine hohe Bedeutung haben, sind die Anforderungen an die Barrierefreiheit und nach Möglichkeit auch der Bedarf an Sitzgelegenheiten flächendeckend zu erfüllen. Dies gewährleistet die Zugänglichkeit bzw. Nutzbarkeit des ÖPNV für alle.

Darüber hinaus sind Haltestellen ansprechend zu gestalten, d. h. sie sollen sauber, ohne Beschädigungen und nach Möglichkeit modern sein. Die Einhaltung erfordert eine regelmäßige Kontrolle, Pflege und Instandhaltung.

### **Abstimmung mit den Aufgabenträgern**

Neue Wohn- und Gewerbegebiete sollen möglichst zeitnah vom ÖPNV erschlossen werden, um den Bewohnern bzw. Beschäftigten möglichst frühzeitig eine Alternative zum Pkw zu bieten. Hierzu müssen die Planungen frühzeitig mit dem Aufgabenträger abgestimmt werden.

In die Fortschreibungen der Nahverkehrspläne, die in der Verantwortung der Aufgabenträger liegen, werden auf Grundlage der Bewertung des bestehenden Angebots der Handlungsbedarf identifiziert und Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet. Die Universitätsstadt soll sich hier aktiv beteiligen und eigene Wünsche und Anregungen mit in den Fortschreibungsprozess einbringen.

Darüber hinaus kann die Universitätsstadt Siegen die Initiierung von neuen Projekten in Abstimmung mit den Aufgabenträgern anregen (z. B. Einrichtung einer Mobilitätszentrale, Einführung einer Mobilitäts-App).

## **5.4 Kfz-Verkehr**

### **Fließender Kfz-Verkehr**

Der Ausbaustandard und die Gestaltung von Haupt- und Erschließungsstraßen orientieren sich an der Verträglichkeit der Nutzungsansprüche untereinander und mit den Umfeldnutzungen.

Der Ausbaustandard und die Gestaltung sollen nach den in der RASt empfohlenen Regelmanßen ausgebaut werden, Mindestmaße sollen eine Ausnahme darstellen.

Grundsätzlich hat die Verkehrssicherheit gegenüber der Schnelligkeit und Flüssigkeit des Kfz-Verkehrs absoluten Vorrang. Eine umfassende Verkehrssicherheitsarbeit soll zum Schutz des Menschen (unabhängig von der Verkehrsmittelwahl), von Natur und Umwelt und zur Beseitigung der Hauptunfallursachen beitragen.

Zur Verringerung der Umweltbelastungen und Erhöhung der Verkehrssicherheit ist ein stetiger Verkehrsablauf auf niedrigem Geschwindigkeitsniveau anzustreben und durch flankierende Maßnahmen und konsequente Überwachung zu unterstützen.

Ein klar strukturiertes Geschwindigkeitskonzept fördert eine verträgliche Verkehrsabwicklung. Hierzu ist an angebauten Hauptverkehrsstraßen eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h vorzusehen. Bei Gefahrenstellen und im Umfeld von sensiblen Einrichtungen ist die zulässige Höchstgeschwindigkeit punktuell zu reduzieren. Erschließungsstraßen sind – bzw. sollten sein – in der Regel Bestandteil von Tempo 30-Zonen oder anderen verkehrsberuhigten Bereichen (siehe auch Kap. 5.2), sodass keine besonderen Radverkehrsführungen erforderlich bzw. zulässig sind.

### **Ruhender Kfz-Verkehr**

Ein gesamtstädtisches Parkraummanagement ist ein wesentlicher Ansatz zur Verkehrsvermeidung (Reduzierung des Parksuchverkehrs) und Verkehrsverlagerung auf den Umweltverbund. Es beinhaltet die Bewirtschaftung des Parkraumangebots in zentralen Innenstadtbereichen mit hoher Parkraumnachfrage sowie die Steuerung des Parksuchverkehrs über ein Parkleitsystem. Das Parkleitsystem muss leicht begreifbar sein und an den Einfahrten zur Kernstadt beginnen.

Erfolge mit dem Parkraummanagement können nur dann erzielt werden, wenn ein begleitendes Überwachungskonzept umgesetzt wird.

## **5.5 Wirtschaftsverkehr**

Die Planungsleitlinien des Wirtschaftsverkehrs entsprechen denen des fließenden Kfz-Verkehrs (vgl. Kap. 5.4). Zusätzlich wird noch festgehalten, dass der Lkw-Verkehr so weit wie möglich unter Berücksichtigung der Zielerreichung von sensiblen Einrichtungen/Bereichen fernzuhalten ist.

## **5.6 Alternative Antriebe**

Im Hinblick auf die alternativen Antriebe werden keine Leitlinien zur planerischen Umsetzung, sondern vielmehr übergeordnete Leitlinien zur Initiierung von Projekten formuliert.

Die Zusammenarbeit mit relevanten ortsansässigen Akteuren trägt dazu bei, dass neue Projektideen entwickelt und initiiert werden. Der fachliche Austausch kann dazu in Form eines Netzwerkes bzw. einer Arbeitsgruppe erfolgen. (analog zum Mobilitätsmanagement, Kap. 5.7)

Die Stadtverwaltung sollte neu initiierte Projekte im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen (z. B. über die Bereitstellung von geeigneten Flächen).

Grundsätzlich stellt die Stadtverwaltung als Arbeitgeber einen öffentlichen Betrieb dar, der im Hinblick auf die Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung des Umweltverbunds und des Einsatzes von alternativen Antrieben Vorbildfunktion hat. Dies gilt beispielsweise in Bezug auf Maßnahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements (analog zum Mobilitätsmanagement, Kap. 5.7) oder die Umstellung des städtischen Fuhrparks. Die Stadtverwaltung, aber auch andere öffentliche Betriebe, sollen diese Vorbildfunktion wahrnehmen, sodass auf Grundlage der gewonnenen Erfahrungswerte auch praxisnahe Überzeugungsarbeit durchgeführt werden kann.

## **5.7 Mobilitätsmanagement**

Mobilitätsmanagement wird als Querschnittsaufgabe verstanden. Ähnlich zum Handlungsfeld „Alternative Antriebe“ werden auch hier keine Leitlinien zur planerischen Umsetzung, sondern übergeordnete Leitlinien zur Initiierung von Projekten formuliert.

Die Schaffung von attraktiven Angeboten im Umweltverbund bildet die allgemeine Grundlage zur Veränderung der Verkehrsmittelwahl. Dies wird durch die Planungsleitlinien zum Fuß-, Radverkehr und zum ÖPNV aufgegriffen.

Die Zusammenarbeit mit relevanten ortsansässigen Akteuren trägt dazu bei, dass neue Projektideen entwickelt und initiiert werden. Der fachliche Austausch kann dazu in Form eines Netzwerkes bzw. einer Arbeitsgruppe erfolgen. (analog zu Alternative Antriebe, Kap. 5.6)

Grundsätzlich stellt die Stadtverwaltung als Arbeitgeber einen öffentlichen Betrieb dar, der im Hinblick auf die Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung des Umweltverbunds und des Einsatzes von alternativen Antrieben Vorbildfunktion hat. Dies gilt u. a. in Bezug auf Maßnahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements. Die Stadtverwaltung, aber auch andere öffentliche Betriebe, sollen diese Vorbildfunktion wahrnehmen, sodass auf Grundlage der gewonnenen Erfahrungswerte auch praxisnahe Überzeugungsarbeit durchgeführt werden kann. (analog zu Alternative Antriebe, Kap. 5.6)

Die Stadtverwaltung soll ihre informierende, motivierende und koordinierende Rolle zum Auf- und Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit wahrnehmen. Mögliche Handlungsansätze sind hierzu in der Kommunikationsstrategie aufgeführt (siehe Kap. 10).

## 6 Handlungskonzept

Das Handlungskonzept wurde auf Grundlage der Ergebnisse der Detailanalysen entwickelt und in Form von Maßnahmensteckbriefen zusammengefasst. Die erste Entwurfsfassung des Handlungskonzeptes wurde in Form einer umfassenden Ergebnisdokumentation (Präsentationsform zum Eigenstudium) mit dem projektbegleitenden Arbeitskreis sowie der Öffentlichkeit abgestimmt. Die Ergebnisse der Abstimmung sind in Kap. 6.1 dargestellt.

Darauf aufbauend erfolgte eine Überarbeitung des Handlungskonzeptes. Im Ergebnis liegen insgesamt 49 Maßnahmensteckbriefe vor, die das Handlungskonzept für die Universitätsstadt Siegen zur Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung sowie zur umwelt- und umfeldverträglichen Steuerung des nicht vermeidbaren Kfz-Verkehrs bilden.

### 6.1 Bürgersicht (Ergebnisse online-Bürgerbeteiligung)

Der erste Entwurf des Handlungskonzeptes sollte ursprünglich im Rahmen einer Veranstaltung vorgestellt werden, bei der alle Interessierten ihr Meinungsbild zu den Handlungsfeldern sowie den Maßnahmensteckbriefen hätten abgeben können. Da eine Veranstaltung aufgrund der pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen jedoch nicht möglich war, wurden die Ergebnisse zur ersten Entwurfsfassung des Handlungskonzeptes in Form einer umfassenden Ergebnisdokumentation (Präsentationsform zum Eigenstudium) zur Verfügung gestellt. Die Rückmeldungen wurden mit Hilfe eines Fragebogens erfasst.

Die Beteiligung des projektbegleitenden Arbeitskreises und der Öffentlichkeit verlief zeitgleich vom 18. bis zum 31.01.2021. Die Online-Umfrage wurde von 270 Personen „angeklickt“, wobei die Ausfüllmenge unterschiedlich war. Die Unterlagen, die bereitgestellt wurden, wurden ggf. von weiteren Personen angeschaut, die aber keine Rückmeldung über den Fragebogen gegeben haben.

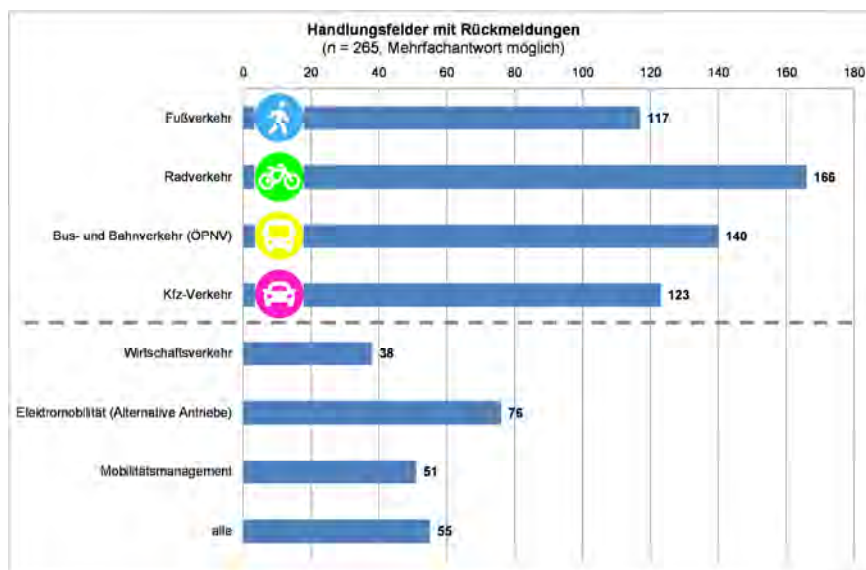
#### Bedeutung der Handlungsfelder zur Veränderung der Mobilitätsgewohnheiten

Der Umweltverbund (d. h. Fußverkehr, Radverkehr, Bus- und Bahnverkehr) hat aus Sicht der Befragungsteilnehmenden die höchste Bedeutung im Hinblick auf die Veränderung des Mobilitätsverhaltens. Dieses Ergebnis stimmt mit der inhaltlichen Schwerpunktsetzung des Konzeptes (Förderung des Umweltverbunds) überein. (Tabelle 21).

Die meisten Rückmeldungen bezogen sich auf die verkehrsmittelspezifischen Handlungsfelder (Fuß-, Rad, Bus- und Bahn-, Kfz-Verkehr). Es ist zu vermuten, dass sich das Ergebnis vor allem durch den direkten Bezug zu den Verkehrsmitteln als Verkehrsteilnehmer begründet. (Bild 136)

**Tabelle 21: Bedeutung der Handlungsfelder zur Veränderung der Mobilitätsgewohnheiten**

	sehr wichtig (1) (%)	wichtig (2) (%)	neutral (3) (%)	unwichtig (4) (%)	Kann ich nicht sagen (0) (absolut)	Ø	±	
Fußverkehr	37	40	19	2	4	1,9	0,8	
Radverkehr	51	29	10	7	5	1,7	0,9	
Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)	65	22	10	3	2	1,5	0,8	
Kfz-Verkehr	22	26	30	19	7	2,5	1,1	
Wirtschaftsverkehr	14	29	37	7	34	2,4	0,9	
Elektromobilität (Alternative Antriebe)	22	33	24	17	12	2,4	1	
Mobilitätsmanagement	29	35	18	6	34	2	0,9	

**Bild 136: Handlungsfelder mit Rückmeldungen**

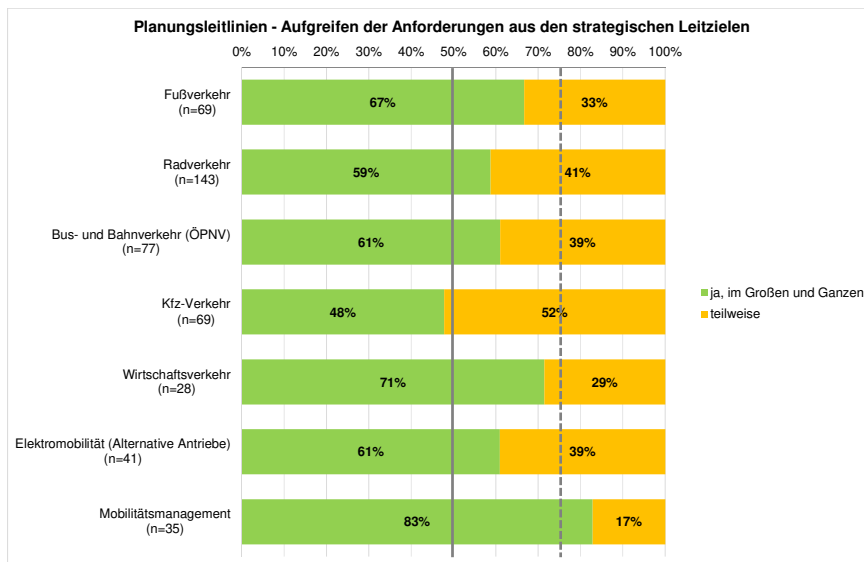
### Bewertung der Planungsleitlinien und der Maßnahmensteckbriefe

Die Planungsleitlinien stellen planerische Anweisungen zur Umsetzung der Inhalte der strategischen Leitziele dar. Es wurde abgefragt, ob die Anforderungen aus den Leitziele in ausreichendem Maße aufgegriffen werden.

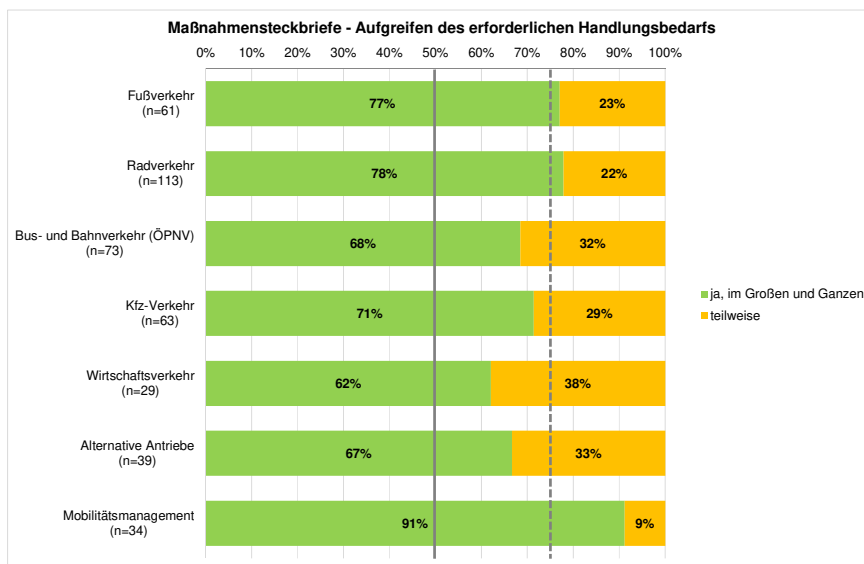
Bis auf das Handlungsfeld „Kfz-Verkehr“ liegt die Zustimmung deutlich über 50 %, aber bis auf das Handlungsfeld „Mobilitätsmanagement“ auch unterhalb von 75 %. Es wird davon ausgegangen, dass die geringe Zustimmung in Bezug auf den Kfz-Verkehr sich – analog zur ersten online-Bürgerbeteiligung (vgl. Kap. 3.4) durch die kontroverse Sichtweise (Fußgänger und Radfahrer versus Kfz-Fahrer) begründet. (Bild 137)

Die Zustimmung in Bezug auf die Inhalte der Maßnahmensteckbriefe fällt gegenüber der Planungsleitlinien positiver aus. Hier liegen die %-Anteile „Zustimmung“ von allen Handlungsfeldern deutlich über 50 % und in Bezug auf drei Handlungsfelder auch über 75 %. (Bild 138)





**Bild 137: Bewertung der Planungsleitlinien im ersten Entwurf**



**Bild 138: Bewertung der Maßnahmensteckbriefe im ersten Entwurf**

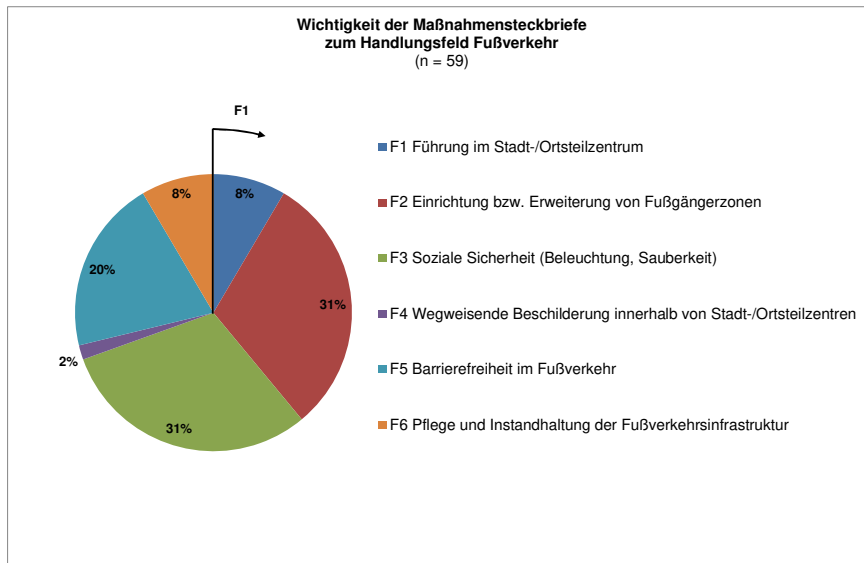
### Rückmeldungen zum Handlungsfeld „Fußverkehr“

Für das Handlungsfeld „Fußverkehr“ wurde die Bedeutung der Steckbriefe Fußgängerzonen (F2), soziale Sicherheit (F3) und Barrierefreiheit (F5) am höchsten bewertet. (Bild 139)

Die Auswertungen der textlichen Rückmeldungen zum Handlungsfeld ließen folgenden Überarbeitungsbedarf erkennen:

- Intensivierung von Parkraum- und Geschwindigkeitskontrollen (neuer Maßnahmensteckbrief im Handlungsfeld Kfz-Verkehr),
- Verbreiterung von Gehwegen im Zuge von Um-/Neubau (neuer Maßnahmensteckbrief),
- Durchführung des Fußverkehrs-Checks (neuer Maßnahmensteckbrief),

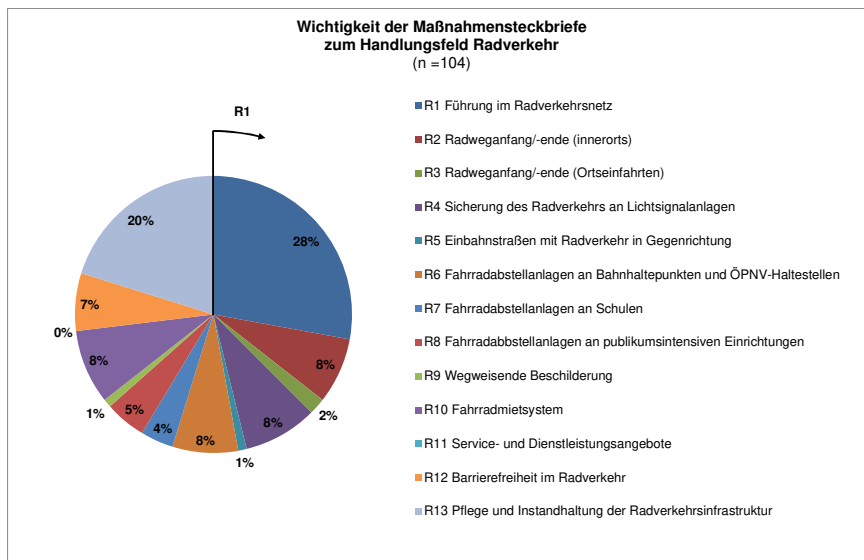
- Erweiterung des Angebots an Sitzgelegenheiten (neuer Maßnahmensteckbrief).



**Bild 139: Wichtigkeit der Maßnahmensteckbriefe des Handlungsfelds „Fußverkehr“**

#### Rückmeldungen zum Handlungsfeld „Radverkehr“

Für das Handlungsfeld „Radverkehr“ wurde die Bedeutung der Steckbriefe Radverkehrsführung (R1) sowie Pflege und Instandhaltung (R13) am höchsten bewertet. (Bild 140).



**Bild 140: Wichtigkeit der Maßnahmensteckbriefe des Handlungsfelds „Radverkehr“**

Die Auswertungen der textlichen Rückmeldungen zum Handlungsfeld ließen folgenden Überarbeitungsbedarf erkennen:

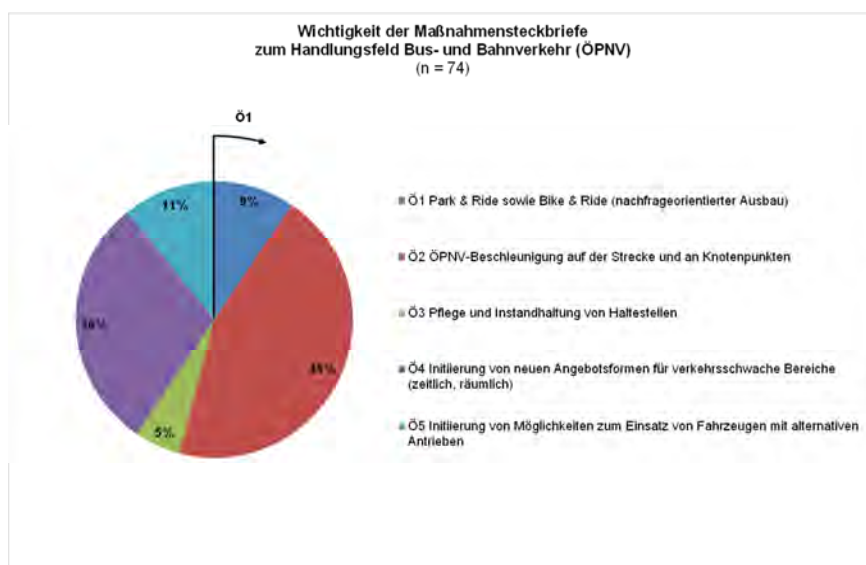
- Gestaltung von Fahrradstraßen und Tempo 30-Zonen/-Straße (neuer Maßnahmensteckbrief),
- Überlagerung des städtischen und des kreisweiten Radverkehrsnetzes sowie Ergänzung auf Stadt-/Ortsteilebene (neuer Maßnahmensteckbrief),
- Bewerbung von Anschaffungsförderung für Pedelecs und Lastenpedelecs (neuer Maßnahmensteckbrief).

#### Rückmeldungen zum Handlungsfeld „Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)“

Für das Handlungsfeld „Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)“ wurde die Bedeutung der Steckbriefe Busbeschleunigung (Ö2) sowie ÖPNV-Angebote für verkehrsschwache Räume und Zeiten (Ö3) am höchsten bewertet. Die Maßnahme Ö6 „Initiierung einer Mobilitätszentrale“ wurde nicht als bedeutend bewertet und taucht daher nicht im Diagramm auf. (Bild 141)

Die Auswertungen der textlichen Rückmeldungen zum Handlungsfeld ließen folgenden Überarbeitungsbedarf erkennen:

- Park & Ride analog zu Bike & Ride auch im Handlungsfeld „Kfz-Verkehr“ aufnehmen,
- Modernisierung der Haltestellenausstattung (in Maßnahmensteckbrief Ö3 „Pflege und Instandhaltung von Haltestellen“ integriert),
- Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der äußeren Stadt-/Ortsteile an das Stadtzentrum Siegen (neuer Maßnahmensteckbrief),
- Verschiebung des Maßnahmensteckbriefs Ö6 „Initiierung einer Mobilitätszentrale“ in das Handlungsfeld „Mobilitätsmanagement“.



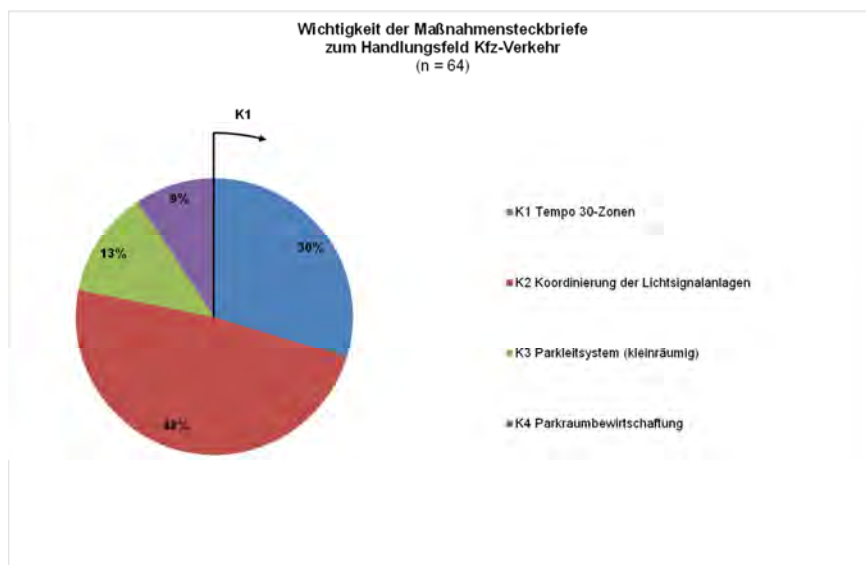
**Bild 141: Wichtigkeit der Maßnahmensteckbriefe des Handlungsfelds „Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)“**

### Rückmeldungen zum Handlungsfeld „Kfz-Verkehr“

Für das Handlungsfeld „Kfz-Verkehr“ wurde die Bedeutung der Steckbriefe Geschwindigkeitsreduzierung (K1) sowie Koordinierung der Lichtsignalanlagen (K2) am höchsten bewertet. (Bild 142)

Die Auswertungen der textlichen Rückmeldungen zum Handlungsfeld ließen folgenden Überarbeitungsbedarf erkennen:

- Machbarkeitsstudie zum Siegbertunnel (neuer Maßnahmensteckbrief),
- Intensivierung von Parkraum- und Geschwindigkeitskontrollen (neuer Maßnahmensteckbrief),
- Park & Ride-Anlagen (analog zum Maßnahmensteckbrief Ö1 hier im Handlungsfeld mit aufnehmen).



**Bild 142: Wichtigkeit der Maßnahmensteckbriefe des Handlungsfelds „Kfz-Verkehr“**

### Rückmeldungen zum Handlungsfeld „Wirtschaftsverkehr“

Eine Bewertung der Bedeutung der Maßnahmensteckbriefe wurde nicht abgefragt, da es im Entwurf nur einen Maßnahmensteckbrief im Handlungsfeld gab.

Die Auswertungen der textlichen Rückmeldungen zum Handlungsfeld ließen folgenden Überarbeitungsbedarf erkennen:

- Gesamtstädtische Analyse der Verkehrsströme im Wirtschaftsverkehr (neuer Maßnahmensteckbrief),
- Machbarkeitsstudie „Infrastrukturen für Wirtschaftsverkehre mit batterieantrieb (BEV) und Wasserstoffantrieb (FCV)“ (neuer Maßnahmensteckbrief).

### Rückmeldungen zum Handlungsfeld „Alternative Antriebe“

Eine Bewertung der Bedeutung der Maßnahmensteckbriefe wurde nicht abgefragt, da es im Entwurf nur einen Maßnahmensteckbrief im Handlungsfeld gab.

Die Auswertungen der textlichen Rückmeldungen zum Handlungsfeld lassen folgenden Überarbeitungsbedarf erkennen:

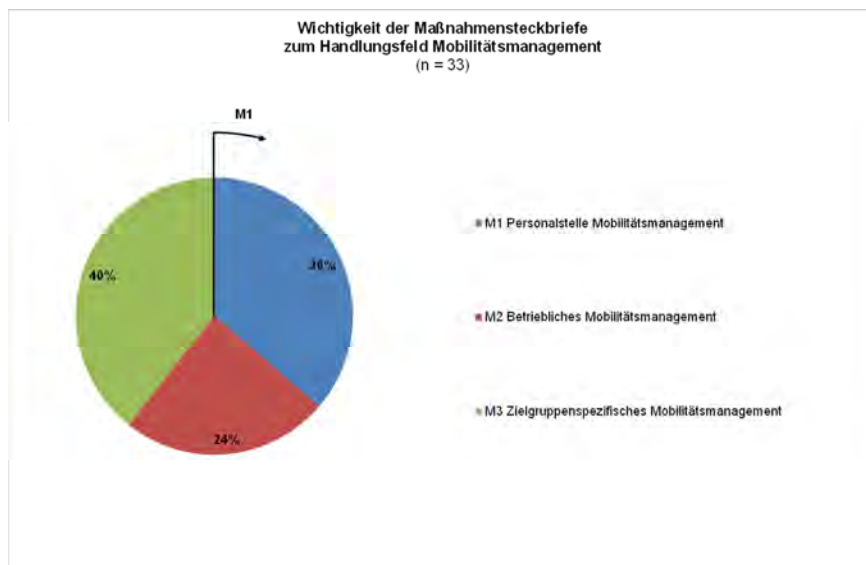
- Strukturierter Ausbau der Ladeinfrastruktur (neuer Maßnahmensteckbrief),
- Ausbau der Wasserstoff-Tankinfrastruktur inkl. Herstellung und Speicherung (neuer Maßnahmensteckbrief).

#### Rückmeldungen zum Handlungsfeld „Mobilitätsmanagement“

Für das Handlungsfeld „Mobilitätsmanagement“ wurde die Bedeutung der Steckbriefe Personalstelle (M1) sowie zielgruppenspezifisches Mobilitätsmanagement (M3) am höchsten bewertet. (Bild 143)

Die Auswertungen der textlichen Rückmeldungen zum Handlungsfeld ließen folgenden Überarbeitungsbedarf erkennen:

- Verschiebung des Maßnahmensteckbriefs Ö6 „Initiierung einer Mobilitätszentrale“ aus dem Handlungsfeld „Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)“ in das Handlungsfeld „Mobilitätsmanagement“,
- Initiierung einer Mobilitätsapp (neuer Maßnahmensteckbrief in Ergänzung zum Maßnahmensteckbrief Ö6 „Initiierung einer Mobilitätszentrale“).



**Bild 143: Wichtigkeit der Maßnahmensteckbriefe des Handlungsfelds „Mobilitätsmanagement“**

## 6.2 Handlungsfeld „Fußverkehr“

Für das Handlungsfeld „Fußverkehr“ wurden insgesamt neun Maßnahmensteckbriefe ausgearbeitet (Tabelle 22). Sie befinden sich gesammelt im Anlagenband.

**Tabelle 22: Maßnahmenempfehlungen für das Handlungsfeld „Fußverkehr“**

Zuordnung		Maßnahmentitel (Handlungsansatz)
<b>Fußverkehr</b>	F1	Führung im Stadt-/Ortsteilzentrum
	F2	Einrichtung bzw. Erweiterung von Fußgängerzonen
	F3	Soziale Sicherheit (Beleuchtung, Sauberkeit)
	F4	Wegweisende Beschilderung innerhalb von Stadt-/Ortsteilzentren
	F5	Barrierefreiheit im Fußverkehr
	F6	Pflege und Instandhaltung der Fußverkehrsinfrastruktur
	F7	Verbreiterung von Gehwegen im Zuge von Um-/Neubau
	F8	Durchführung des Fußverkehrs-Checks
	F9	Erweiterung des Angebots an Sitzgelegenheiten

## 6.3 Handlungsfeld „Radverkehr“

Für das Handlungsfeld „Radverkehr“ wurden insgesamt 16 Maßnahmensteckbriefe ausgearbeitet (Tabelle 23). Sie befinden sich gesammelt im Anlagenband.

**Tabelle 23: Maßnahmenempfehlungen für das Handlungsfeld „Radverkehr“**

Zuordnung		Maßnahmentitel (Handlungsansatz)
<b>Radverkehr</b>	R1	Führung im Radverkehrsnetz
	R2	Radweganfang/-ende (innerorts)
	R3	Radweganfang/-ende an Ortseinfahrten
	R4	Sicherung des Radverkehrs an Lichtsignalanlagen
	R5	Einbahnstraßen mit Radverkehr in Gegenrichtung
	R6	Fahrradabstellanlagen an Bahnhaltepunkten und ÖPNV-Haltestellen
	R7	Fahrradabstellanlagen an Schulen
	R8	Fahrradabstellanlagen an publikumsintensiven Einrichtungen
	R9	Wegweisende Beschilderung (Hauptnetz und Vorrangroute)
	R10	Fahrradmietsystem
	R11	Service- und Dienstleistungsangebote
	R12	Barrierefreiheit im Radverkehr

Zuordnung		Maßnahmentitel (Handlungsansatz)
Radverkehr	R13	Pflege und Instandhaltung der Radverkehrsinfrastruktur
	R14	Gestaltung von Fahrradstraßen und Tempo 30-Zonen/-Straßen
	R15	Überlagerung des städtischen und des kreisweiten Radverkehrsnetzes sowie Ergänzung auf Stadt-/Ortsteilebene
	R16	Bewerbung von Anschaffungsförderung für Pedelecs und Lastenpedelecs

#### 6.4 Handlungsfeld „Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)“

Für das Handlungsfeld „Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)“ wurden insgesamt sechs Maßnahmensteckbriefe ausgearbeitet (Tabelle 24). Sie befinden sich gesammelt im Anlagenband.

Tabelle 24: Maßnahmenempfehlungen für das Handlungsfeld „Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)“

Zuordnung		Maßnahmentitel (Handlungsansatz)
ÖPNV	Ö1	Park & Ride sowie Bike & Ride
	Ö2	ÖPNV-Beschleunigung auf der Strecke und an Knotenpunkten
	Ö3	Pflege und Instandhaltung von Haltestellen
	Ö4	Initiierung von neuen Angebotsformen für verkehrsschwache Bereiche (zeitlich, räumlich)
	Ö5	Initiierung von Möglichkeiten zum Einsatz von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben
	Ö6	Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der äußeren Stadtteile an das Stadtzentrum Siegen

#### 6.5 Handlungsfeld „Kfz-Verkehr“ (fließend und ruhend)

Für das Handlungsfeld „Kfz-Verkehr“ wurden insgesamt sieben Maßnahmensteckbriefe ausgearbeitet (Tabelle 25). Sie befinden sich gesammelt im Anlagenband.

Tabelle 25: Maßnahmenempfehlungen für das Handlungsfeld „Kfz-Verkehr“

Zuordnung		Maßnahmentitel (Handlungsansatz)
Kfz-Verkehr	K1	Geschwindigkeitskonzept
	K2	Koordinierung der Lichtsignalanlagen
	K3	Parkleitsystem (kleinräumig)
	K4	Parkraumbewirtschaftung
	K5	Machbarkeitsstudie zum Siegbertunnel
	K6	Intensivierung von Parkraum- und Geschwindigkeitskontrolle
	K7	Park & Ride-Anlagen



## 6.6 Handlungsfeld „Wirtschaftsverkehr“

Für das Handlungsfeld „Wirtschaftsverkehr“ wurden insgesamt drei Maßnahmensteckbriefe ausgearbeitet (Tabelle 26). Sie befinden sich gesammelt im Anlagenband.

**Tabelle 26: Maßnahmenempfehlungen für das Handlungsfeld „Wirtschaftsverkehr“**

Zuordnung		Maßnahmentitel (Handlungsansatz)
Wirtschaftsverkehr	W1	Mikro-Depots mit Einsatz von Elektronutzfahrzeugen
	W2	Gesamtstädtische Analyse der Verkehrsströme im Wirtschaftsverkehr
	W3	Machbarkeitsstudie „Infrastrukturen für Wirtschaftsverkehre mit Batterieantrieb (BEV) und Wasserstoffantrieb (FCV)“

## 6.7 Handlungsfeld „Alternative Antriebe“

Für das Handlungsfeld „Alternative Antriebe“ wurden insgesamt drei Maßnahmensteckbriefe ausgearbeitet (Tabelle 27). Sie befinden sich gesammelt im Anlagenband.

**Tabelle 27: Maßnahmenempfehlungen für das Handlungsfeld „Alternative Antriebe“**

Zuordnung		Maßnahmentitel (Handlungsansatz)
Alternative Antriebe	A1	E-Carsharing
	A2	Strukturierter Ausbau der Ladeinfrastruktur
	A3	Ausbau der Wasserstoff-Tankstelleninfrastruktur inkl. Herstellung und Speicherung

## 6.8 Handlungsfeld „Mobilitätsmanagement“

Für das Handlungsfeld „Mobilitätsmanagement“ wurden insgesamt fünf Maßnahmensteckbriefe ausgearbeitet (Tabelle 28). Sie befinden sich gesammelt im Anlagenband.

**Tabelle 28: Maßnahmenempfehlungen für das Handlungsfeld „Mobilitätsmanagement“**

Zuordnung		Maßnahmentitel (Handlungsansatz)
Mobilitätsmanagement	M1	Personalstelle Mobilitätsmanagement
	M2	Betriebliches Mobilitätsmanagement
	M3	Zielgruppenspezifisches Mobilitätsmanagement
	M4	Initiierung einer Mobilitätszentrale
	M5	Initiierung einer Mobilitäts-App

## 7 Umsetzungskonzept

Das Umsetzungskonzept stellt eine Priorisierung der Bearbeitung der ausgearbeiteten Maßnahmenempfehlungen dar.

Als erste Orientierung wurde eine klimaorientierte Priorisierung der Maßnahmen ausgearbeitet (siehe Kap. 7.1). Sie zeigt auf, welche Maßnahmen unter Berücksichtigung des Nutzens (CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial), der Kosten und des Zeithorizontes für die Umsetzung am effektivsten sind.

Die Umsetzungspriorisierung ist aber grundsätzlich eine politische Entscheidung. Aus diesem Grund wurde in einem zweiten Arbeitsschritt gemeinsam mit der Stadtverwaltung und dem projektbegleitenden Arbeitskreis eine umsetzungsorientierte Priorisierung erarbeitet. (siehe Kap. 7.2)

Im Anlagenband sind die Priorisierungsergebnisse tabellarisch aufgeführt.

### 7.1 Klimaorientierte Priorisierung der Maßnahmen

Für eine vereinfachte Gegenüberstellung der zusammengetragenen Maßnahmenempfehlungen werden diese mit Hilfe von ausgewählten Kriterien charakterisiert bzw. bewertet.

Nachfolgend werden die für das Klimaschutzteilkonzept Mobilität der Universitätsstadt Siegen als relevant diskutierten und ausgewählten Bewertungskriterien näher erläutert. Im Anlagenband sind die Priorisierungsergebnisse tabellarisch aufgeführt.

#### CO<sub>2</sub>-Emissionen (Minderungspotenzial)

Eine zentrale Zielsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität ist die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen des Verkehrssektors im Stadtgebiet. Das CO<sub>2</sub>-Minderungspotenzial der Maßnahmenempfehlung wird im Kriterium „CO<sub>2</sub>-Emissionen“ festgehalten. Die qualitative Bewertung erfolgt fachlich neutral und regelbasiert auf Grundlage der in den Maßnahmensteckbriefen festgehaltenen Wirkungsparameter:

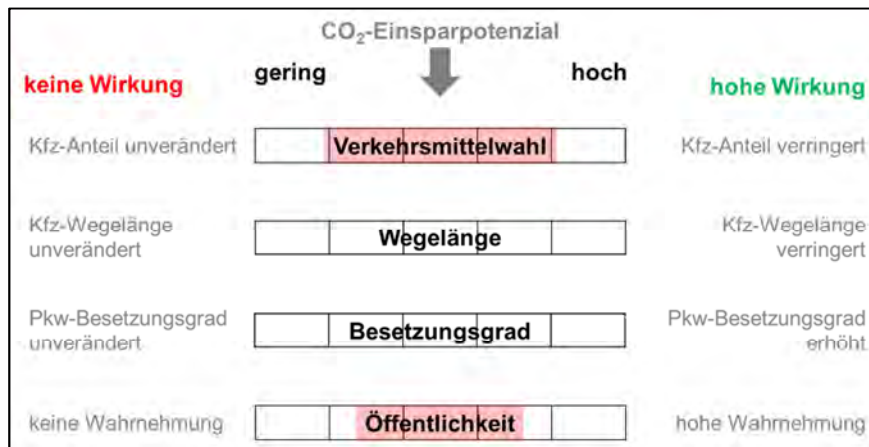
- Verkehrsmittelwahl (Veränderung zu Gunsten des Umweltverbunds),
- Wegelänge (Verringerung zur Reduzierung der Verkehrsleistung),
- Besetzungs-/Auslastungsgrad (Erhöhung),
- Öffentlichkeit (Wahrnehmung in der Öffentlichkeit).

In Bild 144 sowie in Tabelle 29 sind die Zusammenhänge zwischen den Wirkungsparametern und dem CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial schematisch skizziert. Hohe Bedeutung für das CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial haben vor allem die Kriterien Verkehrsmittelwahl und die Wahrnehmung der Maßnahmen in der Öffentlichkeit.

Die Wirkungsparameter Verkehrsmittelwahl, Wegelänge, Besetzungs-/Auslastungsgrad und Öffentlichkeit berücksichtigen nicht die CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale von alternativen Antrieben. Vor diesem Hintergrund wird für die Maßnahmensteckbriefe, die einer Förderung der alternativen Antriebe dienlich sind, von der regelbasierten Bewertung der CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale abgewichen und generell

ein hohes Einsparpotenzial angenommen. Dies betrifft folgende Maßnahmensteckbriefe:

- Ö5 (Initiierung von Möglichkeiten zum Einsatz von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben),
- W1 (Mikrodepots mit Einsatz von Elektronutzfahrzeugen),
- A1 (E-Carsharing),
- A2 (Strukturierter Ausbau der Ladeinfrastruktur) und
- A3 (Ausbau der Wasserstoff-Tankstelleninfrastruktur inkl. Herstellung und Speicherung).



**Bild 144: Inhaltlicher Zusammenhang zwischen den Wirkungsparametern aus den Maßnahmensteckbriefen und dem CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial**

**Tabelle 29: Regelbasierter Zusammenhang zwischen den Wirkungsparametern aus den Maßnahmensteckbriefen und dem CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial**

Verkehrsmittelwahl	Öffentlichkeit	CO <sub>2</sub> -Emissionen
0	./.	kein bzw. vernachlässigbar geringes Einsparpotenzial
1	0	
1	> 0	geringes Einsparpotenzial
2	./.	
3	./.	mittleres Einsparpotenzial
4	0	
4	> 0	hohes Einsparpotenzial
5	./.	

Die Einstufung der CO<sub>2</sub>-Emissionen (Minderungspotenziale) differenziert sich insgesamt wie folgt:

- kein bzw. vernachlässigbar geringes Einsparpotenzial,
- geringes Einsparpotenzial,
- mittleres Einsparpotenzial sowie
- hohes Einsparpotenzial.

### Kostenabschätzung

Auf Grundlage der Maßnahmeninhalte wird der finanzielle Aufwand abgeschätzt, der im Hinblick auf die Vorbereitung und Umsetzung der Maßnahmen zu erwarten ist. Bei den Kosten kann es sich um Personal-, Sach-, Investitions- oder Betriebskosten handeln. Aufgrund der gesamtstädtischen Maßnahmenansätze und den zum Teil fehlenden Kenntnissen über die genauen Inhalte bzw. Arbeitsumfänge, können die Kosten zum Teil nur qualitativ abgeschätzt werden. Die Einschätzung erfolgt über Erfahrungswerte und unter Berücksichtigung der Relation der einzelnen Maßnahmenempfehlungen zueinander.

Es erfolgt eine dreiteilige Bewertung nach

- gering (0 bis kleiner 20.000 €),
- mittel (20.000 bis kleiner 100.000 €),
- hoch (100.000 € und mehr).

### Kosteneffizienz

Die Kosteneffizienz bewertet den Zusammenhang zwischen dem abgeschätzten CO<sub>2</sub>-Minderungspotenzial und dem finanziellen Aufwand. Auf Grundlage von Erfahrungswerten wird folgende reg-basierte Einstufung der Kosteneffizienz verwendet (Tabelle 30):

Keine Kosteneffizienz, wenn

- keine nennenswerte CO<sub>2</sub>-Minderung zu erwarten ist – unabhängig des finanziellen Aufwandes (gering, mittel, hoch).

Geringe Kosteneffizienz, wenn

- ein mittlerer oder hoher finanzieller Aufwand sowie eine geringe CO<sub>2</sub>-Reduzierung zu erwarten sind oder
- der finanzielle Aufwand als hoch eingestuft wird und zeitgleich mittlere CO<sub>2</sub>-Minderungspotenziale zu erwarten sind.

Mittlere Kosteneffizienz, wenn

- der finanzielle Aufwand als gering eingestuft wird und eine geringe bzw. mittlere CO<sub>2</sub>-Minderung zu erwarten ist,
- ein mittlerer finanzieller Aufwand sowie eine mittlere CO<sub>2</sub>-Reduzierung zu erwarten sind oder
- bei einem hohen finanziellen Aufwand auch hohe CO<sub>2</sub>-Minderungen zu erwarten sind.

Hohe Kosteneffizienz, wenn

- der finanzielle Aufwand als gering oder mittel eingestuft wird und eine hohe CO<sub>2</sub>-Minderung zu erwarten ist.

**Tabelle 30: Kosteneffizienz – Regelbasierter Zusammenhang zwischen dem CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial und den Kosten**

Kosteneffizienz		
CO <sub>2</sub> -Minderungspotenzial	Kostenschätzung	
keine	gering	keine
	mittel	
	hoch	
gering	mittel	gering
	hoch	
mittel	hoch	
gering	gering	mittel
mittel		
mittel	mittel	
hoch	hoch	
hoch	gering	hoch
	mittel	

#### Fertigstellung der Maßnahme (Wirkungsbeginn)

Das Kriterium erfasst, zu welchem Zeitpunkt die Umsetzung der Maßnahme fertiggestellt ist bzw. zu welchem Zeitpunkt die Wirkungsentfaltung beginnt. Dabei ist zu beachten, dass die maximale Wirkung nicht immer unmittelbar mit Fertigstellung der Umsetzung erfolgt (direkte CO<sub>2</sub>-Minderungspotenziale), sondern ggf. auch eine Entfaltungsdauer benötigt. Während beispielsweise individuelle Verhaltensänderungen nur langsam ihre Wirkungen entfalten, da zunächst Routinen aufgelöst werden müssen, können CO<sub>2</sub>-Emissionen durch einen Austausch der Antriebstechnik (z. B. Elektrobusse statt Busse mit konventionellem Verbrennungsmotor) unmittelbar nach dem Austausch reduziert werden.

Es wird zwischen folgenden Kategorien unterschieden:

- kurzfristig (fertige Umsetzung und damit Wirkungsbeginn innerhalb von 1-2 Jahren),
- mittelfristig (fertige Umsetzung und damit Wirkungsbeginn innerhalb der nächsten 2-5 Jahre) und
- langfristig (fertige Umsetzung und damit Wirkungsbeginn erst nach mehr als 5 Jahren zu erwarten).

Es gibt Maßnahmenempfehlungen, die zu den Daueraufgaben in einer kommunalen Verwaltung gehören und daher keine Zuordnung der Fertigstellung der Maßnahme erfordern. Sie werden im Maßnahmensteckbrief mit „Daueraufgabe“ gekennzeichnet.

#### Klimaschutzorientierte Priorisierung

Die klimaschutzorientierte Priorisierung erfolgt erneut regelbasiert und damit neutral. Es wird die Kosteneffizienz, die sich aus dem CO<sub>2</sub>-Minderungspotenzial und den Kosten zusammensetzt, und die Fertigstellung der Maßnahme (Wirkungsbeginn) verknüpft. (Tabelle 31)

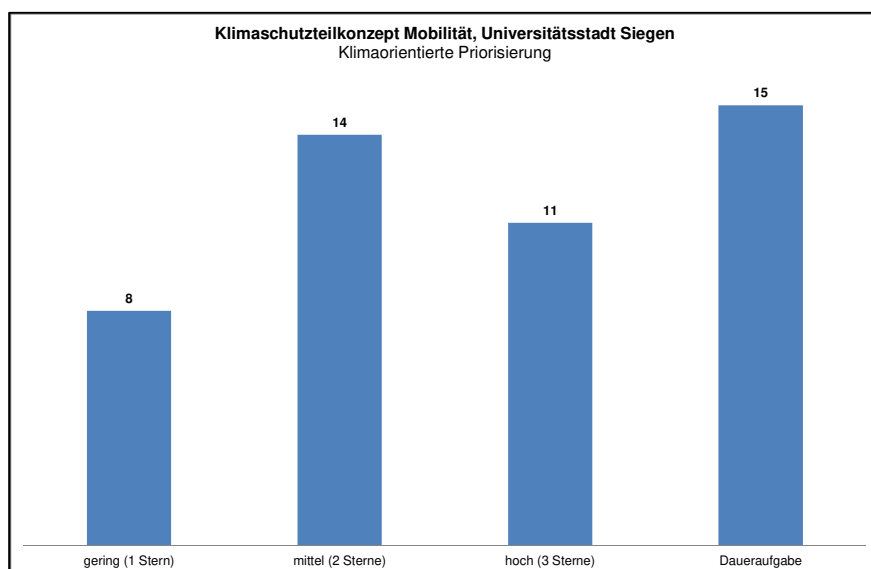
Den Daueraufgaben wird keine klimaschutzorientierte Priorisierung zugeordnet, da sie unabdingbar sind.

Im Anlagenband sind die Priorisierungsergebnisse tabellarisch aufgeführt.

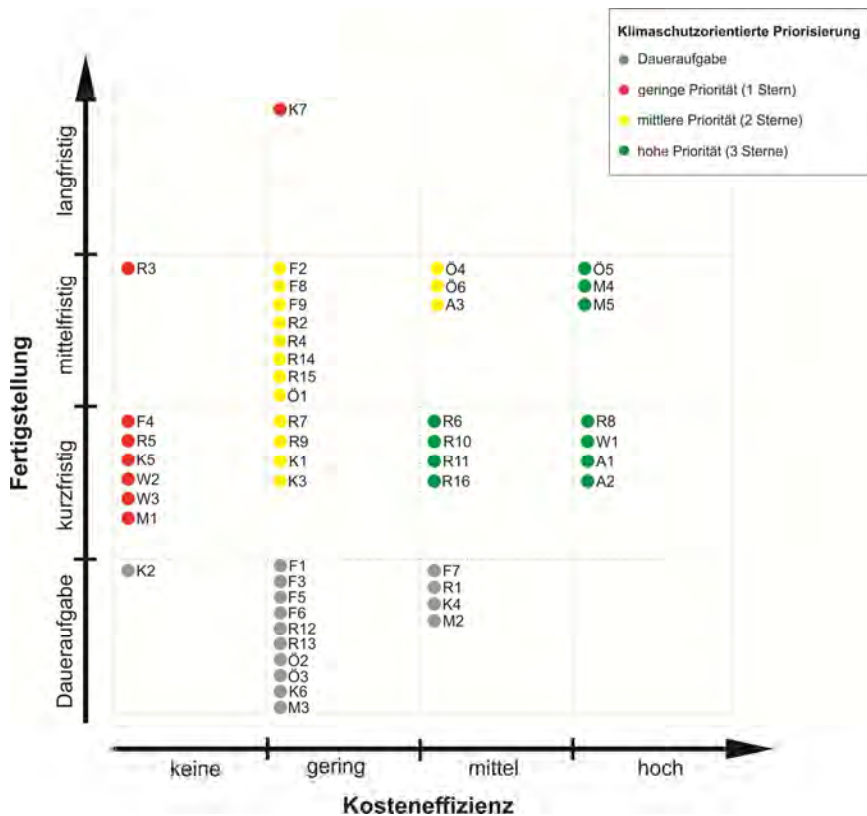
**Tabelle 31: Klimaorientierte Priorisierung – Regelbasierter Zusammenhang zwischen der Kosteneffizienz und der Fertigstellung der Maßnahme**

Kosteneffizienz			Fertigstellung der Maßnahme (Wirkungsbeginn)		
CO <sub>2</sub> -Minderungs- potenzial	Kosten- schätzung		kurzfristig (1-2 Jahre)	mittelfristig (2-5 Jahre)	langfristig (> 5 Jahre)
keine	gering	keine	★	★	★
	mittel				
	hoch				
gering	mittel	gering	★★	★★	★
	hoch				
mittel	hoch				
gering	gering	mittel	★★★	★★	★★
mittel					
mittel					
hoch	hoch				
hoch	gering	hoch	★★★★	★★★★	★★
	mittel				

Das Ergebnis zur klimaorientierten Priorisierung ist in den nachfolgenden Abbildungen grafisch aufbereitet dargestellt.



**Bild 145: Ergebnis der klimaschutzorientierten Priorisierung – Bewertungsverteilung**



**Bild 146: Ergebnis der der klimaschutzorientierten Priorisierung – Bewertungsverteilung**

## 7.2 Umsetzungsorientierte Priorisierung der Maßnahmen

Die umsetzungsorientierte Priorisierung ist grundsätzlich eine politische Entscheidung und wurde im Projekt daher gemeinsam von der Stadtverwaltung und dem projektbegleitenden Arbeitskreis festgelegt.

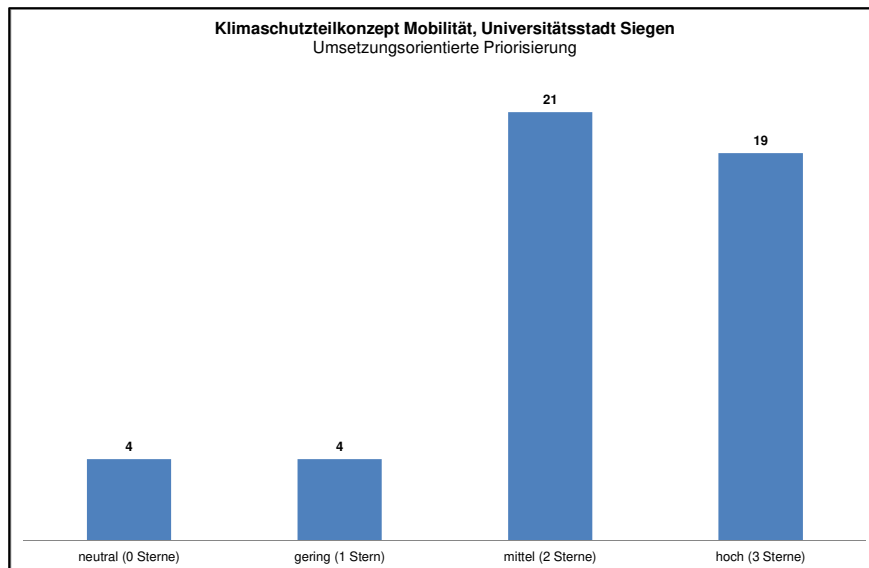
Die grundlegende Festlegung der umsetzungsorientierten Priorisierung basiert auf folgenden Vorüberlegungen:

- hoch (3 Sterne): Grundlagenmaßnahmen sowie laufende bzw. initiierte Maßnahmen,
- mittel (2 Sterne): Maßnahmen, die nicht in die drei anderen Einstufungen fallen,
- gering (1 Stern): Maßnahmen mit längerem Planungsaufwand,
- neutral (0 Sterne): Maßnahmen mit externer Zuständigkeit.

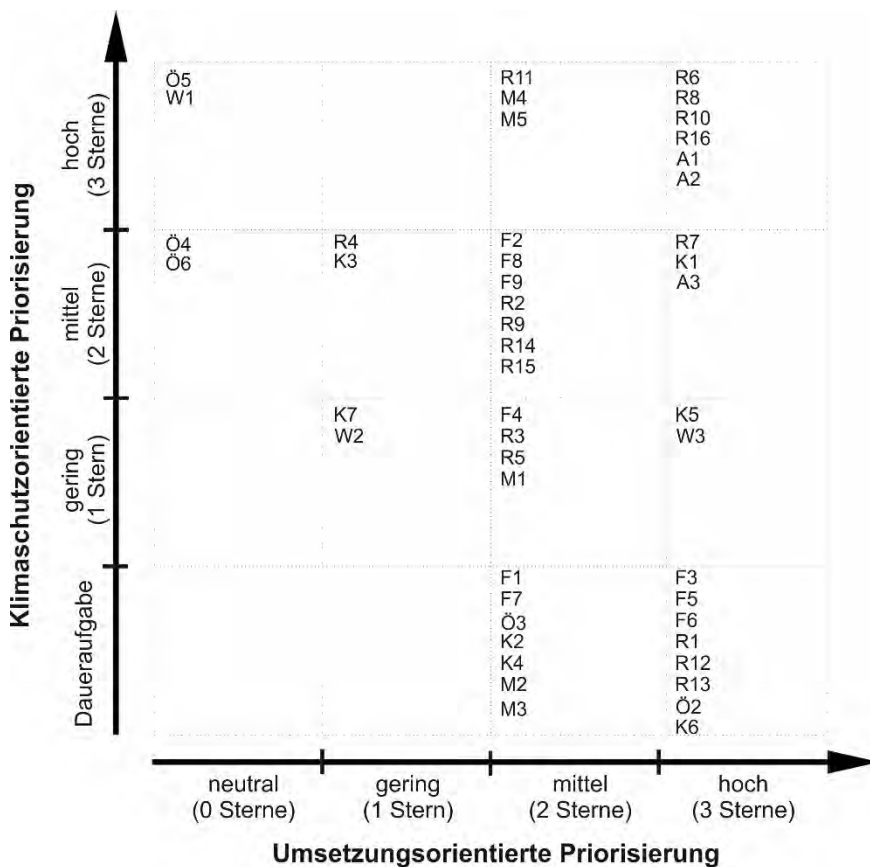
Aus diesem Grund wurde in einem zweiten Arbeitsschritt gemeinsam mit der Stadtverwaltung und dem projektbegleitenden Arbeitskreis eine umsetzungsorientierte Priorisierung erarbeitet.

Das Ergebnis zur umsetzungsorientierten Priorisierung ist nachfolgend grafisch aufbereitet dargestellt. Im Anlagenband sind die Priorisierungsergebnisse tabellarisch aufgeführt.





**Bild 147: Ergebnis der umsetzungsorientierten Priorisierung – Bewertungsverteilung**



Ö1 = setzt sich aus den Einzelmaßnahmen R6 und K7 zusammen und wird daher nicht einzeln bewertet.

**Bild 148: Zusammenhang von klimaschutzorientierten und umsetzungsorientierten Priorisierung**

## 8 Verstetigungsstrategie

Damit die Ziele des Klimaschutzteilkonzeptes und die erarbeiteten Maßnahmen kontinuierlich umgesetzt werden können, wird innerhalb der kommunalen Verwaltung eine entsprechende Organisations- und Koordinationsstruktur benötigt. Sie dient der thematischen Verankerung von Mobilität als Querschnittsthema und gewährleistet eine kontinuierliche Berücksichtigung.

### 8.1 Verwaltungsstruktur

Die Verwaltung der Universitätsstadt Siegen setzt sich aus dem Bürgermeister, den Beigeordneten sowie den verschiedenen Geschäftsbereichen und Abteilungen zusammen. Die Themenfelder Verkehr, Mobilität und Umwelt, die im Klimaschutzteilkonzept Mobilität berührt werden, werden in der Verwaltung hauptsächlich im Geschäftsbereich IV mit den Bereichen

- „Straße und Verkehr“ (4/1),
- „Stadtentwicklung/-planung, Liegenschaften“ (4/5),
- „Umwelt“ (4/7) und
- der Stabsstelle „Klimaschutz“ (GB4)

sowie der „Wirtschaftsförderung“ (1/2) aus dem Geschäftsbereich I behandelt (Tabelle 32).

**Tabelle 32: Aufgabenfelder in der Stadtverwaltung Siegen**

Geschäftsbereich	Abteilung	Aufgabenfelder
<b>1/2 Wirtschaftsförderung</b>		
./.	./.	Elektromobilität City-Logistik
<b>Stabsstelle GB4 Klimaschutz</b>		
./.	./.	Klimaschutz (Querschnittsaufgabe)
<b>4/1 Straße und Verkehr</b>		
4/1-1	Straßen-/Verkehrsplanung	Entwurfsplanung Lichtsignalanlagen Radverkehr Verkehrsplanung
4/1-2	Straßenneubau	Straßenneubau Ingenieurbauwerke ÖPNV Nahverkehrsplan(ung)
4/1-3	Straßenunterhaltung	Straßenunterhaltung
4/1-4	Straßenverkehrsbehörde	Sicherheit und Ordnung des Verkehrs Umweltzone
<b>4/5 Stadtentwicklung/-planung, Liegenschaften</b>		
4/5-1	Stadtentwicklung	Flächennutzungsplan(ung) Stadtentwicklungsplanung Stadterneuerung
4/5-2	Stadtplanung	Bauleitplanung Bebauungspläne
4/5-3	Liegenschaften	Baugrundstücke Liegenschaftsmanagement
<b>4/7 Umwelt</b>		
./.	Umwelt	BUND Luftverunreinigungen Lärmschutz Umwelt-/Naturschutz

## 8.2 Organisations- und Arbeitsstruktur

Das Planen und Handeln der für Mobilität und Verkehr relevanten Fachstellen der Kommunalverwaltung erfordert einen strukturierten und kontinuierlichen fachbereichsübergreifenden Abstimmungs- und Entscheidungsprozess.

Verschiedene Fachstellen innerhalb der Verwaltung sind für den strukturierten und kontinuierlichen fachbereichsübergreifenden Abstimmungs- und Entscheidungsprozess notwendig. Aber auch die Politik und weitere Beteiligte außerhalb der Verwaltung sind einzubeziehen.

Nachfolgend werden die vorhandenen Organisations- und Arbeitsstrukturen vorgestellt.

### 8.2.1 Verwaltungsinterne Arbeitsgruppe „Mobilität“

Die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe „Mobilität“ wird als Lenkungsreis innerhalb der Verwaltung verstanden. Sie dient zum Austausch und Abstimmung der verschiedenen Fachstellen zu verschiedenen anstehenden Mobilitätsthemen. Da ihr letztes Treffen allerdings im Jahr 2018 stattgefunden hat, ist eine Reaktivierung notwendig. Langfristiges Ziel dieser Arbeitsgruppe soll die Abstimmung, Koordinierung und Umsetzung des im Klimaschutzteilkonzept Mobilität entwickelten Maßnahmenkataloges sein.

Zur Bearbeitung von spezifischen Projekten können verschiedene Arbeitsteams gebildet werden, die aus Mitarbeitern verschiedener Abteilungen bestehen (vgl. Tabelle 32).

### 8.2.2 Temporäre Arbeitsteams

Die temporären Arbeitsteams können im Bedarfsfall zur intensiven Beratung und Bearbeitung von Projekten gebildet werden. Um zielgruppenspezifische Handlungsfelder und Maßnahmen beraten und bearbeiten zu können, sind die Teams je nach spezifischer Notwendigkeit einzuberufen und zu besetzen.

### 8.2.3 Interfraktioneller Arbeitskreis „Klimaschutzteilkonzept Mobilität“

Der interfraktionelle Arbeitskreis wurde zur Begleitung der Erstellung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität der Universitätsstadt Siegen eingerichtet. Eine Verstetigung des Arbeitskreises über den Erstellungsprozess hinaus ist angedacht und wird zur Begleitung der Umsetzung des aufgestellten Maßnahmenkataloges als sinnvoll erachtet. Die Begleitung sowohl durch politische Vertreter als auch weiterer Akteure erhöht die Chancen zur Umsetzung verschiedenster Maßnahmen. Mitglieder dieses Arbeitskreises sind politische Vertreter, die Stadtverwaltung Siegen (vgl. Tabelle 32) sowie verkehrliche Interessenvertreter.

### 8.2.4 Interkommunale Arbeitsgruppe „Mobilität“ des Kreises Siegen-Wittgenstein

Die interkommunale Arbeitsgruppe „Mobilität“ wurde vom Kreis Siegen-Wittgenstein initiiert und hat das Ziel die kreisangehörigen Kommunen im Bereich der Mobilität miteinander zu verknüpfen. Dabei steht vor allem der Austausch der kommunalen Vertreter im Vordergrund. Zugleich dient die Arbeitsgruppe dazu, die benann-

ten Maßnahmen im Klimaschutzteilkonzept Mobilität des Kreises anzugehen, abzustimmen und eine gemeinsame Richtung im Bereich Mobilität einzuschlagen. Mitglieder in dieser Arbeitsgruppe sind Vertreter des Kreises und der kreisangehörigen Kommunen. Themenspezifisch können weitere Personen hinzugeladen werden.

### 8.3 Weitere externe Unterstützung

Die Universitätsstadt Siegen ist bereits im Jahr 1995 dem **Klima-Bündnis** beigetreten und verpflichtet sich dadurch seit langem zu klimagerechtem Handeln. Aus diesem Anspruch heraus wurden Konzepte zum Klimaschutz erstellt (Zielkonzept „Klimaschutz und Klimaanpassung“, Integriertes Klimaschutzkonzept des Kreises Siegen-Wittgenstein). Das Klima-Bündnis bietet seinen Mitglieder verschiedene Unterstützungsangebote an: u. a. Beratung zur lokalen Klimaschutzstrategie, Erfahrungsaustausch und Wissenserweiterung durch Veranstaltungen und Publikationen sowie Bereitstellung des Monitoring-Tools „Benchmark Kommunalen Klimaschutz“ (Climate Cities Benchmark)<sup>38</sup>.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat am 19.12.2018 die Mitgliedschaft im **Zukunftsnetz Mobilität NRW** zustimmend zur Kenntnis genommen. Eines der Grundverständnisse des Zukunftsnetzes ist eine nachhaltige Mobilitätsentwicklung und eine Veränderung der Mobilitätskultur durch Mobilitätsmanagement. Mit der Mitgliedschaft seit Januar 2019 nimmt es auch die Universitätsstadt Siegen als Aufgabe an, eine nachhaltige Mobilitätsentwicklung zu fördern. Analog zum Klima-Bündnis bietet auch das Zukunftsnetz Mobilität NRW seinen Mitgliedern verschiedene Unterstützungsangebote an: u. a. Beratung bei der Initiierung eines kommunalen Mobilitätsmanagements, Erfahrungsaustausch und Wissenserweiterung durch Veranstaltungen und Publikationen, Projektvernetzungen, Projektfinanzierungen.

### 8.4 Handlungsempfehlungen

Das kommunale Mobilitätsmanagement zielt darauf ab, eine nachhaltige Mobilitätsentwicklung dauerhaft in der Verwaltungsstruktur zu verankern und mit der Umsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität als kommunales Mobilitätskonzept nachhaltige Verkehrsangebote und verkehrssparende Raumstrukturen zu schaffen.

Bisher gibt es in der Siegener Verwaltung keine zentrale Gesamtkoordination zur Verankerung und Umsetzung des kommunalen Mobilitätsmanagements. Vor diesem Hintergrund wird die Schaf-

---

<sup>38</sup> „Benchmark Kommunalen Klimaschutz“ ist ein neues Instrument für Städte und Gemeinden, das die systematische Erfassung und Darstellung der eigenen Aktivitäten und Ergebnisse im Klimaschutz unterstützt. Durch die vergleichende Präsentation mit nationalen Durchschnittswerten und den Ergebnissen anderer Kommunen werden Prioritäten für das zukünftige Handeln aufgezeigt, für abgebildete Schwachstellen werden konkrete Maßnahmen unterbreitet.“ (Klima-Bündnis e. V. (o. J.): Benchmark Kommunalen Klimaschutz. Flyer. ([http://benchmark-kommunalen-klimaschutz.de/fileadmin/benchmark/inhalte/dokumente/Benchmark\\_Flyer\\_gesamt.pdf](http://benchmark-kommunalen-klimaschutz.de/fileadmin/benchmark/inhalte/dokumente/Benchmark_Flyer_gesamt.pdf)))

fung einer Personalstelle „Mobilitätsmanagement“ empfohlen. Dieser Personalstelle soll zum einen das Controlling zur Umsetzung des kommunalen Mobilitätskonzeptes (vgl. Kap. 9) und zum anderen die Optimierung der Kommunikation zwischen den Fachabteilungen zugeteilt werden. Die Person für das Mobilitätsmanagement übernimmt damit die Aufgabe des Schnittstellenmanagements, d. h. der fachübergreifenden Kommunikation mit:

- der Koordinierung der verwaltungsinternen Prozesse,
- der Organisation der internen und externen Projektkommunikation sowie
- der Ideensammlung und Initiierung von Mobilitätsmanagementvorhaben.

Die inhaltliche Federführung bleibt selbstverständlich bei den jeweiligen Fachabteilungen.

Um die Person auf die zu erfüllenden Aufgaben gezielt vorzubereiten, kann die Möglichkeit eines Fortbildungslehrgangs zum kommunalen Mobilitätsmanagement genutzt werden, der vom Zukunftsnetz Mobilität NRW angeboten wird.

Das Planen und Handeln der für Mobilität und Verkehr relevanten Fachstellen der Kommunalverwaltung erfordert einen strukturierten und kontinuierlichen fachbereichsübergreifenden Abstimmungs- und Entscheidungsprozess. Verschiedene Fachstellen innerhalb der Verwaltung sind dafür notwendig. Das Zusammenspiel der einzelnen Fachstellen mit der Politik und weiteren Beteiligten außerhalb der Verwaltung wird in Bild 149 dargestellt.



**Bild 149: Organisations- und Arbeitsstruktur hinsichtlich der Verankerung von Verkehr und Mobilität**

Die dargestellte Arbeits- und Organisationsstruktur liegt zum größten Teil bereits vor und kann für die Umsetzung des kommunalen Mobilitätsmanagements verwendet werden. Notwendige Elemente zur Etablierung von Mobilitätsmanagement in die Abläufe der Verwaltung werden dadurch in bereits bestehende Strukturen eingebettet. Dopplungen und Parallelstrukturen werden so vermieden. Beteiligte außerhalb der Verwaltung und notwendige Akteure werden durch den interfraktionellen (projektbegleitenden) Arbeitskreis „Klimaschutzteilkonzept Mobilität“ bereits seit der Konzepterstellung eingebunden.

## 9 Controlling-Konzept

Für eine erfolgreiche Umsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität ist eine stetige Überprüfung und Anpassung notwendig. Hierzu ist in regelmäßigen Zeitabständen der Arbeitsstand zu erfassen und der Zielerreichungsgrad zu bewerten. Beides sind Aufgaben des Controllings.

### 9.1 Erfassung des Arbeitsstands

Zur Erfassung des Arbeitsstands ist ein Wissensaustausch mit den für die Maßnahmen benannten Zuständigkeiten erforderlich. Da es sich um eine wiederkehrende Aufgabe handelt – Durchführung für jede Einzelmaßnahme und wiederholt in regelmäßigen Zeitabständen – sollte der Wissensaustausch zur Minimierung des Arbeitsaufwands möglichst standardisiert durchgeführt werden. Es wird daher der Einsatz eines strukturierten Erfassungsbogens empfohlen.

In diesem Erfassungsbogen sollten folgende Informationen abgefragt werden, sodass eine differenzierte Erfassung des aktuellen Arbeitsstands erfolgen kann:

- Grundlegende Projektinformationen (**Worum geht es?**): werden von der Mobilitätsmanagerin vorausgefüllt (u. a. Projekttitel, -inhalte, -ziele, geplanter Zeithorizont); diese können im Wesentlichen aus den Projektsteckbriefen des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität entnommen werden
- Projektstatus (**Woran wird gearbeitet?**): noch nicht gestartet/ in Vorbereitung/ läuft/ abgeschlossen/ Stillstand (in Bezug auf „in Vorbereitung“ und „läuft“ abfragen, was schon gemacht wurde, was aktuell bearbeitet wird und was als nächstes folgt; in Bezug auf „Stillstand“ nach den Gründen fragen)
- Projektziele (**Wo steht das Projekt?**): rot (ohne Anpassung werden die Projektziele nicht erreicht), gelb (es geht voran, aber es gibt Schwierigkeiten), grün (alles läuft nach Plan)
- Schwierigkeiten (**Was muss entschieden werden?**): Falls es Schwierigkeiten in Bezug auf das Projekt gibt/gab, welche sind das und wodurch ergeben/ergaben sich diese? Werden Entscheidungen benötigt, um die Schwierigkeiten zu beheben? (Erfahrungen sammeln, um dies beim nächsten Mal besser machen zu können)

Bezüglich des zeitlichen Rhythmus ist diese Erfassung des Arbeitsstands ca. alle zwei bis drei Jahre durchzuführen, sodass sich die Jahre 2022 sowie das 2025 anbieten würde, da für das letztere Jahr auch eine Modal Split-Erhebung geplant ist. Analog bieten sich weitergehend die Jahre 2027 und 2030 an, da auch hier wieder für das letztere Jahr eine Modal Split-Erhebung geplant ist.

### 9.2 Bewertung des Zielerreichungsgrads

In Zusammenarbeit mit der Verwaltung wurde im Erarbeitungsprozess des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität ein Bewertungssystem mit ausgewählten Indikatoren aufgebaut (siehe Kap. 4.2.3).



Zur Quantifizierung der ausgewählten Indikatoren ist eine Datenerhebung erforderlich.

Diese Datenerhebung umfasst verschiedene Bereiche. Zum einen betrifft das die Bevölkerung, dessen Mobilitätsverhalten durch eine Haushaltsbefragung erfasst werden kann. Die letzte Haushaltsbefragung wurde 2017 durchgeführt. Es wird empfohlen, dies in fünf Jahren (2025) als Halbzeit der Prognosezeit des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität zu wiederholen. Danach ist es ratsam, alle fünf Jahre eine Haushaltsbefragung durchzuführen, um die Entwicklung des Modal Splits kontinuierlich zu beobachten (Kosten: ca. 40.000-50.000 € je Durchführung inkl. Auswertung<sup>39</sup>).

Zum anderen ist eine Datenerhebung im Bereich Klima von Bedeutung. Eine erste Klimabilanzierung (Analyse) wurde 2020 durchgeführt. Die Aufgabe des Klimaschutzmanagers des Kreises Siegen-Wittgenstein ist es, eine weitere Klimabilanzierung alle zwei Jahre durchzuführen (Kosten: ./.. liegen nicht bei Stadt).

Außerdem gilt es fortführend zum Klimaschutzteilkonzept Mobilität der Universitätsstadt Siegen Verkehrszählungen im Kfz-, Rad- und Fußverkehr (Kosten: 350-700 € je Knotenpunkt, abhängig vom Knotenpunkt) sowie ÖPNV-Fahrgastzählungen (Kosten: ./.. liegen nicht bei Stadt) durchzuführen. In Bezug auf die Verkehrszählungen unterhält die Universitätsstadt Siegen keine Dauerzählstellen für den Kfz-Verkehr. Von Seiten des Landesbetriebs wird derzeit eine Dauerzählstelle im Stadtgebiet betrieben (L 531 Eiserfelder Straße, 5114/5332). Seit Anfang November 2019 gibt es in Siegen drei Dauerzählstellen im Radverkehr (vgl. Kap. 3.6.2). (Kosten: ca. 5.700 € einmalige Herstellungskosten je Zählstelle sowie ca. 400 € jährliche Betriebskosten je Zählstelle).

### 9.3 Akteursbeteiligung

Für eine erfolgreiche Umsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität ist die Miteinbeziehung verschiedener Akteure von großer Bedeutung. Während der Erarbeitung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität wurde durch einen zuvor initiierten Arbeitskreis kontinuierlich begleitet.

Es ist zu empfehlen, dass die Sitzungen des projektbegleitenden Arbeitskreises fortgesetzt werden, da so garantiert werden kann, dass aktuelle Themen und Problemstellungen im Bereich Mobilität besprochen und diskutiert werden können und die Ergebnisse in die politischen Fraktionen hineingetragen werden. In diesem Rahmen kann auch über den erfassten Arbeitsstand berichtet werden. Außerdem werden so die Veränderungen gegenüber dem Vorbericht sowie aufgefallene Schwierigkeiten angesprochen. Maßgebende Entscheidungen (z. B. über neue Projekte) sind – wie bisher auch – in den entsprechenden politischen Gremien vorzubereiten bzw. zu treffen (Verkehrsausschuss, Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie, Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften).

Neben dem Arbeitskreis wird auch eine weitere Einbindung der Bürgerschaft für sinnvoll erachtet. Dies erfolgt unter anderem

<sup>39</sup> Die Kosten lassen sich durch Synergieeffekte reduzieren, wenn die Mobilitätserhebung zeitgleich mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein durchgeführt wird, so wie es auch in 2017 erfolgt ist.

durch die empfohlenen Maßnahmen der Kommunikationsstrategie (Kap. 10) und die wiederholte Durchführung der Mobilitätsbefragung der Einwohner der Stadt Siegen (z. B. 2025, also nach acht Jahren). Darüber hinaus wird vorgeschlagen in einem Fünf-Jahres-Rhythmus (Halbzeit 2025 und Zielhorizont 2030) eine Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema Mobilität abzuhalten<sup>40</sup>.

#### **9.4 Handlungsempfehlungen**

Das Controlling benötigt die Einbindung aller relevanten Fachabteilungen, die sich mit der Umsetzung der Handlungsempfehlungen beschäftigen. Es handelt sich demnach um eine fachübergreifende Kommunikation. Diese Aufgabe wurde bereits unter Kap. 8.4 der Personalstelle „Mobilitätsmanagement“ zugeordnet. Es wird daher empfohlen, die Durchführung des Controllings als Aufgabenfeld in den Verantwortungsbereich der empfohlenen Stelle „Mobilitätsmanagement“ zu integrieren.

---

<sup>40</sup> Bürgerinformationen zu ausgewählten verkehrsbezogenen Themen sind der Kommunikationsstrategie zugeordnet.

## 10 Kommunikationsstrategie

Der Erfolg des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität hängt von der Mitwirkung der Öffentlichkeit als Verkehrsteilnehmer ab. Sie soll durch Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen ihr Mobilitätsverhalten zu Gunsten des Umweltverbunds ändern. Eine grundlegende Voraussetzung hierfür stellt die Akzeptanz des Klimaschutzteilkonzeptes als Handlungsfahrplan der Verkehrsplanung für die nächsten zehn Jahre dar. Zur Förderung der Akzeptanz erfolgte bereits im Rahmen der Konzepterstellung eine frühzeitige und breite Akteursbeteiligung (Verwaltung, Arbeitskreis, Politik, Einzelakteure, allgemeine Öffentlichkeit). In Bezug auf die Umsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität gilt es nun diese Beteiligung in Form von Kommunikation weiter fortzusetzen, um die abgeschätzten Wirkungspotenziale optimal ausschöpfen zu können.

Die informatorische Rolle der Stadt in Bezug auf verkehrsrelevante Themen ist in den aufgestellten Leitzielen verankert (vgl. Leitziel 10 „Koordination und Information“).

Die Kommunikationsstrategie fasst die Maßnahmen der strategischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Außendarstellung zusammen. Die Maßnahmen sollen die öffentliche Wahrnehmung der Inhalte des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität und deren Umsetzung fördern. Dabei soll ein Zusammenspiel aus sachlicher Wissensvermittlung (u. a. Umsetzungsstand, weitere Planungen, Angebotsbestand, Verkehrsregeln) und emotionaler Überzeugung (u. a. Aufklärung, Kampagnen, Wettbewerbe) verfolgt werden.

Insbesondere bei begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen sind die Kommunikationsinhalte sowie die einzusetzenden Medienkanäle genau zu planen und kontinuierlich anzupassen. Im Allgemeinen ist auf eine barrierefreie Kommunikation zu achten. Dies gilt nicht nur für gedruckte Medien, sondern vor allem auch ist für die städtische Internetseite. Aspekte wie einfache Sprache oder Skalierbarkeit der angebotenen Inhalte sind hier zu berücksichtigen.

### 10.1 Sachliche Wissensvermittlung

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sachlich über Projekthinhalte und -ergebnisse sowie über den Umsetzungsstand und weitere verkehrsrelevante Themen (z. B. weitere Planungen, vorhandene Mobilitätsangebote, geltende Verkehrsregeln) informiert werden. Dies fördert das Verständnis hinsichtlich der Komplexität der Verkehrsplanung sowie des Handlungsbedarfes und der – zum Teil eingeschränkten – Handlungsmöglichkeiten. Darüber hinaus kann so der Arbeitsfortschritt präsentiert und evtl. Verzögerungen bei der Umsetzung frühzeitig erklärt werden.

Die sachliche Wissensvermittlung beschränkt sich aber nicht nur auf die Umsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität, sondern bezieht sich auch auf die im Stadtgebiet vorhandenen Mobilitätsmöglichkeiten. Nur wenn diese bekannt sind, können sie auch genutzt werden.

Im Rahmen der online-Bürgerbeteiligung wurde häufiger das Miteinander im Straßenverkehr bemängelt – vor allem die Missachtung von Verkehrsregeln, wodurch andere Verkehrsteilnehmende in Bedrängnis kommen (können). Auf der Ebene der sachlichen

Wissensvermittlung bietet es sich daher an, nochmals die grundlegenden bzw. wichtigsten Verkehrs- und Verhaltensregeln den Bürgerinnen und Bürgern ins Bewusstsein zu rufen.

Für die sachliche Wissensvermittlung müssen alle relevanten Daten und Informationen (u. a. zu den Projekthinhalten, dem Projektsachstand, den Mobilitätsangeboten, den Verkehrsregeln) als Grundlage zusammengetragen werden. Die Projekthinhalte und der Projektsachstand sollen kontinuierlich im Rahmen des Controllings erfasst werden, für dessen Durchführung die Stelle des Mobilitätsmanagers verantwortlich sein soll (vgl. Kap. 9).

Die Berichterstattung zum Klimaschutzteilkonzept Mobilität sollte sowohl im politischen Rahmen als auch – ggf. in komprimierter Art und Weise – öffentlich über die städtische Internetseite und die von der Stadt genutzten sozialen Medienkanäle erfolgen. Dies gewährleistet die Erreichung einer Vielzahl an Interessierten. Hierbei ist die Pressestelle der Stadtverwaltung unterstützend einzusetzen. In Bezug auf die Verwendung der sozialen Medienkanäle muss beachtet werden, dass bei Zulassung einer Kommentierung von eingestellten Beiträgen die Mitteilungseingänge kontinuierlich analysiert und ggf. auch darauf reagiert werden muss (Moderation des Kommunikationsprozesses).

Über die städtische Internetseite sollte auch die Übersicht über die vorhandenen Mobilitätsangebote abrufbar sein. Dies ist vor allem für Neubürgerinnen und -bürger sowie für ortsunkundige Besuchende der Universitätsstadt Siegen von Bedeutung. Auf der Startseite befindet sich beispielsweise heute schon die Verknüpfung zu Informationen zum Parken in Siegen (u. a. Parkleitsystem, Parkeinrichtungen, Park & Ride) sowie zu Verkehrshinweisen (Baumaßnahmen und sonstige Sperrungen). Über die Sichtung der Dienstleistungen (alphabetisch gruppiert) ist der Hinweis darauf, wo Informationen zum ÖPNV zu finden sind (Verweis auf die Internetseite des ZWS), aufzufinden. Andere Informationen (z. B. zu den anmietbaren Fahrradboxen) sind nur über die Suchfunktion auffindbar. Das Auffinden der Informationen zu den vorhandenen Mobilitätsangeboten wird erleichtert, wenn unter der Rubrik „Leben in Siegen“ die Unterkategorie „Mobilitätsangebote“ oder „Rund um Mobilität“ eingerichtet wird, in der die zugehörigen Informationen zusammengestellt werden.

Die Vermittlung der grundlegenden bzw. wichtigsten Verkehrs- und Verhaltensregeln liegt an der Schnittstelle zur emotionalen Überzeugungsarbeit. Es werden sachliche Informationen dargestellt. Da diese aber im Allgemeinen bekannt sein sollten, geht es vielmehr um eine Bewusstseins-schaffung über die Konsequenzen der Missachtung (u. a. Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit oder der Wohnbevölkerung). Dies wird oftmals mit Hilfe von emotionalen Kampagnen bewirkt (siehe Kap. 10.2).

## **10.2 Emotionale Überzeugungsarbeit**

Neben der Faktendarstellung sollte emotional über Verhaltenswirkungen aufgeklärt und zur Nutzung umweltfreundlicher Mobilitätsangebote motiviert werden. Letzteres knüpft an die Maßnahmenempfehlungen zum Mobilitätsmanagement an (vgl. Kap. 0).

Die Zielsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität der Universitätsstadt Siegen, die Verkehrsmittelwahl zu Gunsten des

Umweltverbunds zu ändern, hat nur dann Erfolg, wenn die Verkehrsteilnehmenden das Verkehrsverhalten ändern. Dabei gilt zu beachten, dass Verhaltensänderungen stets mit erheblichen Anstrengungen verbunden sind. Verhaltensroutinen müssen aufgebrochen werden, aber auch die Symbolisierung des Autos als einzige individuelle Freiheit im Straßenverkehr. „Für die Verkehrswende bedeutet das: [neben dem Ausbau der Angebote des Umweltverbunds als Grundlage, müssen] auch die Alternativen zur Automobilität [...] professionell vermarktet werden. Dafür sind neue Bilder, Vorstellungen und Geschichten notwendig, da Wandel schnell auch als Bedrohung oder Verlust verstanden wird.“<sup>41</sup> (Agora Verkehrswende 2019, S. 3). Vor diesem Hintergrund reicht eine sachliche Wissensvermittlung der objektiven Vorteile allein nicht aus. Vielmehr muss mit Hilfe von emotionaler Überzeugungsarbeit die nachhaltigen Mobilitätsangebote als attraktive Alternative wahrgenommen werden.

Wie bereits in Kap. 10.1 dargestellt wurde, stellt die Vermittlung der grundlegenden bzw. wichtigsten Verkehrs- und Verhaltensregeln eine sachliche Informationsvermittlung dar, die aber oftmals über **emotionale Botschaften** ins Bewusstsein gerufen werden müssen, da sie im Grunde bekannt sind bzw. sein sollten (z. B. Bild 150).

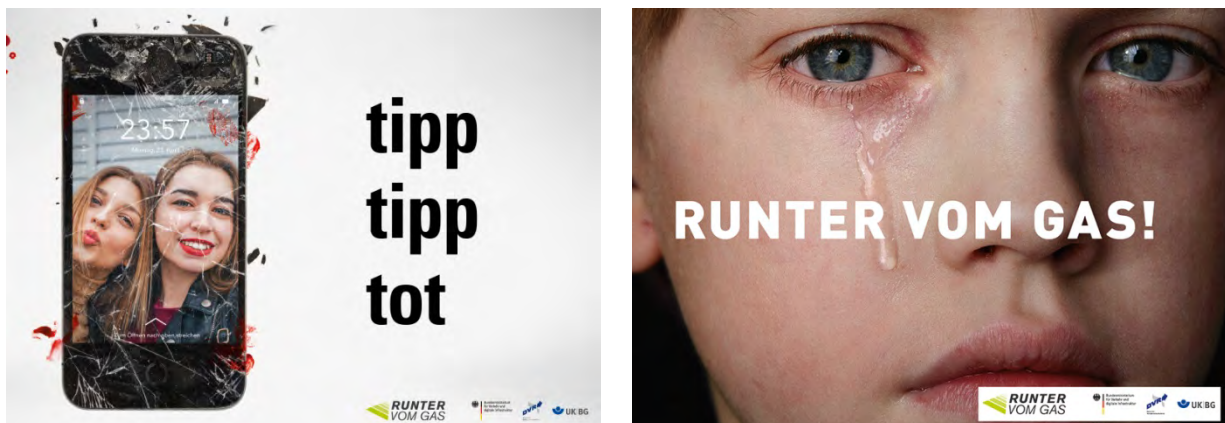


Bild 150: Plakatkampagnen „Finger weg vom Handy“ und „Runter vom Gas“<sup>42</sup>

Diese Verknüpfung von rationalen Botschaften mit emotionalen Bildern ist auch für den innerstädtischen Verkehr anwendbar. Durch Sichtbarkeit, Identifikation und Beteiligung wird eine neue Wertorientierung erzeugt. Im Gegensatz zu den beispielhaften Plakatkampagnen können auch humorvolle und coole Bilder vermittelt werden (Bild 151 und Bild 152).

<sup>41</sup> Agora Verkehrswende (2019): Neue Wege in die Verkehrswende. Impulse für Kommunikationskampagnen zum Behaviour Change. Berlin 2019

<sup>42</sup> <https://www.runtervomgas.de/aktionsmaterial/autobahnplakate.html>; abgerufen am 26.03.2021





Die Informationsbereitstellung für Neubürger (vgl. Kap. 3.12.3 „Zielgruppenspezifisches Mobilitätsmanagement“) gehört zum **Dialogmarketing** und hat sich bereits in vielen deutschen Städten etabliert. *„Das Besondere an dieser Form der Kommunikation: Neuzugezogene werden nicht nur per Anruf kontaktiert (bei dem sie alle für sie relevanten Informationen erfragen können), sondern erhalten auch eine attraktive Informationsmappe, die neben Netzplänen Schnuppertickets für den ÖPNV enthält.“* (Agora Verkehrswende 2019, S. 30). Damit beschränkt sich das Neubürgermarketing nicht auf die reine Informationsvermittlung, sondern baut mit den Schnupperangeboten auch „Nutzungshürden“ ab (Schaffung von Anreizen, Befähigung).

Ähnlich zu den Schnupperangeboten schaffen auch **Wettbewerbe** Anreize den Umweltverbund zu nutzen. Nachfolgend sind hierzu Beispiele aufgeführt, die als Anregung dienen sollen:

- **Motorisierter Individualverkehr:**  
Familie verzichtet für einen Monat auf das eigene Auto und berichtet öffentlich über die Erfahrungen und erhalten dafür ein Pedelec und/oder eine ÖPNV-Familienkarte; Senioren melden Auto oder geben Führerschein ab und bekommen dafür ein ÖPNV-Jahresticket
- **Öffentlicher Personennahverkehr:**  
schönste Bus-/Bahn-Geschichte mit Verlosung (ggf. im Wechsel mit Radverkehr)
- **Radverkehr:**  
Aktion „Stadtradeln“ und/oder „Aktion mit dem Rad zur Arbeit“; Ausarbeitung einer Sommerradroute mit öffentlicher Eröffnungstour und Verlosung (z. B. alle ein bis zwei Jahre); schönste Radfahrgeschichte mit Verlosung (ggf. im Wechsel mit ÖPNV)
- **Fußverkehr:**  
schönster Walking-Bus von Kindergarten- und/oder Schulkindern

In sogenannten **Reallaboren** können Rahmenbedingungen testweise verändert werden, um die Wirkungen in Vorher-Nachher-Untersuchungen zu identifizieren. Dabei werden die Verkehrsteilnehmenden aktiv mit eingebunden – entweder nur als Nutzende (z. B. in Bezug auf Pop-up Radweg) oder auch als Gestaltende (z. B. in Bezug auf Flächenumnutzung). Hier werden die Lösungsansätze nicht „von oben“ angeordnet, sondern vielmehr „von unten“ heraus entwickelt.

Die emotionale Überzeugungsarbeit ist kein typisches Arbeitsfeld der konventionellen Verkehrsplanung. Es bietet sich an, mit externen Fachexperten und unter Einbeziehung des (Stadt-)Marketings sowie ggf. weiteren Akteuren (z. B. Kreis Siegen-Wittgenstein, ZWS oder ADFC) das Themenfeld zu bespielen. Durch ein zuvor festgelegtes Design, ggf. in Kombination mit einer Dachmarke und/oder einem Logo, ergibt sich zudem ein Wiedererkennungswert.



## 11 Fazit und Ausblick

Die Universitätsstadt Siegen möchte die Bundes- und Landesregierung bei der Erreichung der formulierten Klimaschutzziele unterstützen und dabei Synergien für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung schaffen.

Die Ergebnisse der Klimabilanzierung zeigen auf, dass die Zielsetzung bzgl. des Endenergieverbrauchs im Verkehrssektor schon heute erfüllt ist, jedoch die Zielerreichung bzgl. der THG-Emissionen problematisch ist. Unter Berücksichtigung des anvisierten Modal Split-Zielwertes (32 % Umweltverbund-Anteil, +4,3 %-Punkte ggü. der Ausgangssituation) reduzieren sich die THG-Emissionen in den nächsten 10 Jahren gegenüber dem Referenzjahr 1990 voraussichtlich um 26 % (Zielwert Bund: -40-42 % bis 2030 ggü. 1990, Zielwert Land: -31 % bis 2030 ggü. 1990). Im Hinblick auf den Klimaschutz sind daher weitere Anstrengungen im Hinblick auf die Umsetzung einer Verkehrswende zu unternehmen. Dem ist sich die Universitätsstadt Siegen auch bewusst und versteht den anvisierten Modal Split-Zielwert nicht als Ober- sondern vielmehr als Untergrenze (minimales Ziel).

Die Verhaltensänderung soll durch eine verbesserte Infrastruktur für den Umweltverbund, ergänzenden umweltverträglichen Mobilitätsangeboten sowie durch weiche Maßnahmen (Information, Kommunikation, Aufklärung) erfolgen.

Die Berechnung der Klimabilanz mit einem ambitionierterem Modal Split (36 % Umweltverbund-Anteil, +8,6 %-Punkte ggü. der Ausgangssituation) macht aber auch deutlich, dass eine Änderung der Verkehrsmittelwahl allein nicht ausreichen wird. Zusätzlich muss der Emissionsausstoß der Fahrzeuge im Allgemeinen reduziert werden (Förderung der alternativen Antriebe).

Die Umsetzung der im Klimaschutzteilkonzept Mobilität der Universitätsstadt Siegen aufgeführten Handlungsempfehlungen zur Förderung des Umweltverbunds erfordert ein entsprechendes Haushaltsbudget. Der Schwerpunkt wird dabei beim Radverkehr angesetzt, da hier der größte Nachholbedarf gesehen wird. Die finanziellen Mittel müssen dazu adäquat abgeschätzt und im Zuge der nächsten Haushaltsaufstellung(en) berücksichtigt werden. Eine erste Orientierung bieten dabei die vom Bund im Nationalen Radverkehrsplan 2020 formulierten Finanzbedarfe. Dazu erfolgt zunächst eine Unterteilung der Handlungsnotwendigkeit auf Grundlage des bisherigen Radverkehrsanteil des Modal Splits:

- Einsteiger: Radverkehrsanteil < 10 %  
(organisatorische Radverkehrsförderung ist in Anfängen vorhanden oder existiert nicht)
- Aufsteiger: 10% < Radverkehrsanteil < 25 %  
(es existiert eine Dynamik in der Radverkehrsförderung)
- Vorreiter: Radverkehrsanteil > 25 %  
(die Radverkehrsförderung stellt eine Selbstverständlichkeit dar)

Die Universitätsstadt Siegen zählt derzeit mit einem Radverkehrsanteil von 4 % (Mobilitätsbefragung 2017) zu den Einsteigern. Für sie setzt sich der im Nationalen Radverkehrsplan 2020 aufgeführte jährliche Finanzbedarf wie folgt zusammen:

- Infrastruktur: 6,10-13,10 € pro Einwohner (5,00-12,00 € für Umbau, Neubau und Erhaltung sowie 1,10 € für betriebliche Unterhaltung),
- Abstellanlagen: 1,10-2,50 € pro Einwohner,
- weitere Maßnahmen: 0,50 -2,00 € pro Einwohner,
- nicht-intensive Maßnahmen: 0,50 € pro Einwohner.

Das macht in Summe 8,20 bis 18,10 € pro Einwohner. Bei Anwendung dieses Orientierungswertes ergibt sich auf Grundlage der heutigen Einwohnerzahl (ca. 105.000 Einwohnern, Stand 31.12.2020) ein jährlicher Finanzbedarf für den Radverkehr von 0,9 bis 1,9 Mio. €.

Da der Radverkehr nicht das einzige Handlungsfeld darstellt, käme noch der jährliche Finanzbedarf der anderen Handlungsfelder hinzu. Diese vereinfachte Rechnung zeigt auf, dass ein Umdenken in Bezug auf die Aufteilung der finanziellen Mittel erforderlich ist, aber auch die Akquirierung von Fördermitteln. Fördermöglichkeiten sind mit aktuellem Stand im Handlungskonzept aufgeführt.

## Bildverzeichnis

Bild 1:	CO <sub>2</sub> -Emissionen der Stadt Siegen nach Sektoren (Quelle: Integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Siegen-Wittgenstein, 2014).....	4
Bild 2:	Modal Split der Universitätsstadt Siegen (Quelle: Haushaltsbefragung Universitätsstadt Siegen, 2017).....	5
Bild 3:	Inhaltliche Bausteine eines Klimaschutzteilkonzeptes .....	6
Bild 4:	Lage der Universitätsstadt Siegen im Kreis Siegen-Wittgenstein .....	16
Bild 5:	Pendlerverflechtungen der Universitätsstadt Siegen (Datengrundlage: Landesdatenbank NRW, Datenstand 2018) .....	17
Bild 6:	Flächennutzung der Universitätsstadt Siegen .....	18
Bild 7:	Bürgermitteilungen – Auswertung nach Kategorien.....	21
Bild 8:	Bürgermitteilungen – Auswertung der Bewertungen.....	22
Bild 9:	Bürgermitteilungen zum Kfz-Verkehr – Meistgenannte Kritikpunkte/Mängel.....	24
Bild 10:	Bürgermitteilungen zum Bus/Bahn-Verkehr – Meistgenannte Kritikpunkte/Mängel.....	24
Bild 11:	Bürgermitteilungen zum Radverkehr – Meistgenannte Kritikpunkte/Mängel .....	24
Bild 12:	Bürgermitteilungen zum Fußverkehr – Meistgenannte Kritikpunkte/Mängel .....	25
Bild 13:	Bürgermitteilungen zu Verknüpfungspunkte – Meistgenannte Kritikpunkte/Mängel .....	25
Bild 14:	Aufteilung des Seitenraums für Fußgänger (Quelle: EFA 2002, S. 16).....	26
Bild 15:	Verkehrszeichen 239 „Gehweg“ .....	27
Bild 16:	Verkehrszeichen 241 „getrennter Geh-/Radweg“ .....	27
Bild 17:	Verkehrszeichen 239 „Gehweg“ mit Zusatzzeichen 102210 „Radfahrer frei“ .....	27
Bild 18:	Verkehrszeichen 240 „gemeinsamer Geh-/Radweg“ .....	27
Bild 19:	Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City (Unterstadt).....	30
Bild 20:	Fußgängerzone.....	31
Bild 21:	Sieguferpromenade.....	31
Bild 22:	Knotenpunkt Freudenberger Straße/ Am Bahnhof.....	32
Bild 23:	Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City (Mitte) .....	32
Bild 24:	Kölner Straße.....	33
Bild 25:	Obergraben.....	33
Bild 26:	Häutebachweg .....	34
Bild 27:	Oranienstraße .....	34
Bild 28:	Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City (Oberstadt) .....	35
Bild 29:	Löhrstraße (unterer Abschnitt).....	36
Bild 30:	Löhrstraße (oberer Abschnitt).....	36
Bild 31:	Markt.....	36
Bild 32:	Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Weidenau.....	37
Bild 33:	Bahnübergang Weidenau.....	38
Bild 34:	Eingangsbereich der Unterführung Bahnhof Weidenau.....	38
Bild 35:	Unterführungssituation vorher .....	38
Bild 36:	Unterführungssituation nachher .....	38
Bild 37:	Maßnahmenmöglichkeit Breite Straße Weidenau.....	39
Bild 38:	Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Geisweid .....	40
Bild 39:	Parkplatz unter Hüttentalstraße (Höhe ZOB) .....	40
Bild 40:	Parkplatz unter Hüttentalstraße (Höhe Lindenplatz) .....	40
Bild 41:	Maßnahmenmöglichkeiten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Geisweid .....	41
Bild 42:	Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Eiserfeld.....	42
Bild 43:	Knotenpunkt Siegtalstraße/ Bühlstraße .....	42
Bild 44:	Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Niederschelden .....	43
Bild 45:	Bahnüberweg/Zuwegung Bahnhof .....	44
Bild 46:	Bahnüberweg/Zuwegung Bahnhof .....	44
Bild 47:	Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Kaan-Marienborn .....	44
Bild 48:	Anbindung Brauereistraße .....	45
Bild 49:	Anbindung Am Rain .....	45
Bild 50:	Querung im Bereich Brauereistraße .....	45

Bild 51:	Querung im Bereich Am Rain.....	45
Bild 52:	Haltestelle Eisenhüttenstraße, südliche Seite.....	46
Bild 53:	Schulbushaltestelle .....	46
Bild 54:	Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Seelbach.....	46
Bild 55:	Topographische Potenzialachsen im Radverkehr.....	47
Bild 56:	Gebietsprioritäten im Radverkehr.....	47
Bild 57:	Verbindungsfunktionen zwischen den Gebietsprioritäten im Radverkehr .....	48
Bild 58:	Kategorisierung des städtischen Radverkehrsnetzes der Universitätsstadt Siegen.....	48
Bild 59:	Kategorisierung des kreisweiten Radverkehrsnetzes (Ausschnitt für die Universitätsstadt Siegen, Arbeitsstand 11/2020) .....	49
Bild 60:	Abgleich des städtischen Radverkehrsnetzes mit dem kreisweiten Radverkehrsnetzes	49
Bild 61:	Lage der Dauerzählstellen im Radverkehr in der Universitätsstadt Siegen.....	50
Bild 62:	Dauerzählstelle Tiergartenstraße .....	51
Bild 63:	Dauerzählstelle Siegarena .....	51
Bild 64:	Dauerzählstelle An der Alche .....	51
Bild 65:	Platzbedarf von Radfahrenden (Quelle: ERA 2010, S. 16).....	53
Bild 66:	Radfahrstreifen, Birlenbacher Straße in Siegen .....	54
Bild 67:	Schutzstreifen, Eiserfelder Straße in Siegen .....	54
Bild 68:	Verkehrszeichen 237 „Radweg“ .....	54
Bild 69:	Verkehrszeichen 241 „getrennter Geh-/Radweg“ .....	54
Bild 70:	Verkehrszeichen 239 „Gehweg“ mit Zusatzzeichen 102210 „Radfahrer frei“ .....	54
Bild 71:	Verkehrszeichen 240 „gemeinsamer Geh-/Radweg“ .....	54
Bild 72:	Verkehrszeichen 244.3 „Beginn Fahrrad-Zone“ .....	56
Bild 73:	Verkehrszeichen 244.1 „Beginn Fahrradstraße“ .....	56
Bild 74:	Bestandssituation zur Radverkehrsführung im definierten städtischen Radverkehrsnetz der Universitätsstadt Siegen .....	58
Bild 75:	Verteilung der Art der Radverkehrsführung im Bestand der Universitätsstadt Siegen ...	59
Bild 76:	Handlungsbedarf bzgl. der Radverkehrsführung im Radverkehrsnetz der Universitätsstadt Siegen.....	59
Bild 77:	Zielkonzept zur Radverkehrsführung im definierten städtischen Radverkehrsnetz der Universitätsstadt Siegen.....	60
Bild 78:	Maßnahmenempfehlungen zur Radverkehrsführung im definierten städtischen Radverkehrsnetz der Universitätsstadt Siegen.....	61
Bild 79:	Bestandsfakten zur Radroute Geisweid/Dillnhütten – Niedersetzen – Obersetzen .....	62
Bild 80:	Setzetalstraße, westlicher Abschnitt.....	62
Bild 81:	Setzetalstraße, östlicher Abschnitt .....	62
Bild 82:	Maßnahmenmöglichkeiten „Fahrbahnumgestaltung“ zur Radroute Geisweid/Dillnhütte – Niedersetzen – Obersetzen.....	63
Bild 83:	Maßnahmenmöglichkeiten „Alternativroute“ zur Radroute Geisweid/Dillnhütten – Niedersetzen – Obersetzen.....	63
Bild 84:	Bestandsfakten zur Radroute Siegen-City Kochs Ecke – Schleifmühlchen – Lindenberg .....	64
Bild 85:	Spandauer Straße/Frankfurter Straße.....	65
Bild 86:	Fludersbach/Wetzlarer Straße.....	65
Bild 87:	Maßnahmenmöglichkeiten zur Radroute Siegen-City Kochs Ecke – Schleifmühlchen – Lindenberg .....	66
Bild 88:	Bestandsfakten zur Radroute Ziegenbergtunnel – Auf der Schemscheid .....	67
Bild 89:	Führung des Radverkehrs über den Parkplatz unter der HTS .....	67
Bild 90:	Maßnahmenmöglichkeiten zur Radroute Ziegenbergtunnel – Auf der Schemscheid .....	68
Bild 91:	Bestandsfakten zur Vorrangroutenquerung Heeserstraße.....	69
Bild 92:	Vorrangroutenquerung Heeserstraße.....	69
Bild 93:	Maßnahmenmöglichkeiten zur Vorrangroutenquerung Heeserstraße.....	70
Bild 94:	Querverbindungen zwischen Hauptnetz und Vorrangroute .....	72
Bild 95:	Schienengebundenes Regionalverkehrsnetz NRW 2020 mit Bezug zum Stadtgebiet Siegen (gültig ab 01.01.2021) .....	74
Bild 96:	Schienengebundenes Regionalverkehrsnetz NRW 2020 mit Bezug zum Stadtgebiet Siegen – Detailausschnitt Universitätsstadt Siegen (gültig ab 01.01.2021).....	74

Bild 97:	Taktfahrplan Westfalen-Süd 2021 mit Bezug zum Stadtgebiet Siegen – Detailausschnitt Universitätsstadt Siegen (gültig ab 12.08.2020) .....	76
Bild 98:	ZOB, Hauptbahnhof Siegen .....	77
Bild 99:	Haltestellenfunktionsplan ZOB, Hauptbahnhof Siegen .....	77
Bild 100:	Nutzungsdarstellung am Verknüpfungspunkt ZOB/Hauptbahnhof Siegen .....	78
Bild 101:	Fernbushaltestelle an der Koblenzer Straße in Siegen .....	79
Bild 102:	Platzbedarf von Linienbussen mit maximaler Fahrzeugbreite (Quelle: RAS 2006, S. 26) .....	81
Bild 103:	Nahverkehrsplan Westfalen-Lippe (NWL 2011) .....	82
Bild 104:	Nahverkehrsplan Kreis Siegen-Wittgenstein (ZWS 2016) .....	82
Bild 105:	Verkehrsmodellgestützte Reisezeitanalysen bzgl. ÖPNV und Kfz-Verkehr im Stadtgebiet Siegen .....	85
Bild 106:	Vorbehaltsnetz 2016 der Universitätsstadt Siegen .....	87
Bild 107:	Platzbedarf im Begegnungsfall Kfz mit anderen Verkehrsteilnehmern (Quelle: RAS 2006, S. 27) .....	88
Bild 108:	Durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsbelastung [Kfz/24h] der Universitätsstadt Siegen (Analyse 2019) .....	89
Bild 109:	Durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsbelastung [Kfz/24h] der Universitätsstadt Siegen (Prognose-Nullfall 2030) .....	90
Bild 110:	Vorbehaltsnetz und Tempo 30-Zonen-Konzept aus dem Jahre 1991 .....	91
Bild 111:	Knotenpunktarten und ihre Steuerungsmöglichkeiten des Verkehrsflusses .....	92
Bild 112:	Koordinierung von Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet Siegen .....	93
Bild 113:	Siegbertunnel – Direktverbindung von Sandstraße (L 562) und Marienborner Straße (L 719) unter der Oberstadt hindurch (Quelle: Aktualisierung des Verkehrsentwicklungsplans Siegen-Mitte, 2014) .....	94
Bild 114:	Belastungsveränderung des Prognose-Planfalls 2030 Siegbertunnel gegenüber dem Prognose-Nullfall 2030 (DTV [Kfz/24h]) .....	95
Bild 115:	Kfz-Parkraumnachfrager und Parkmerkmale (Quelle: EAR 2005, S. 9) .....	96
Bild 116:	Parkleitsystem der Universitätsstadt Siegen .....	97
Bild 117:	Platzbedarf für das Bemessungsfahrzeug Pkw (Quelle: RAS 2006, S. 28) .....	98
Bild 118:	Parkraumangebot im Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City (Oberstadt) .....	99
Bild 119:	Verkehrsrechtlich angeordnete Lkw-Zufahrtsbeschränkungen innerhalb der Universitätsstadt Siegen .....	101
Bild 120:	Schieneninfrastruktur der KSW Kreisbahn Siegen-Wittgenstein GmbH (Quelle: <a href="http://www.ksw-siegen.de/infrastruktur">www.ksw-siegen.de/infrastruktur</a> ) .....	102
Bild 121:	Flugdrohne zum Einsatz von Kleinmaterialtransporten (Quelle: <a href="http://www.uni-siegen.de/start/news/oeffentlichkeit/889728.html">www.uni-siegen.de/start/news/oeffentlichkeit/889728.html</a> ) .....	103
Bild 122:	E-Lastenrad im Zustellverkehr der Firma Gieseler Cargo Service Point CSP (Quelle: <a href="http://www.gieseler.com">www.gieseler.com</a> ) .....	104
Bild 123:	Einwohnerdichte in der Universitätsstadt Siegen .....	105
Bild 124:	Ladepunkte in der Universitätsstadt Siegen, Stand 06/2019 .....	108
Bild 125:	Wasserstofftankstelle in Siegen, Oberes Leimbachtal (Quelle: <a href="http://www.siegen.de/wirtschaft/elektromobilitaet/wasserstoff/erste-wasserstoff-tankstelle-der-region-in-siegen-eroeffnet/">www.siegen.de/wirtschaft/elektromobilitaet/wasserstoff/erste-wasserstoff-tankstelle-der-region-in-siegen-eroeffnet/</a> ) .....	108
Bild 126:	Alternativ angetriebene Fahrzeuge im kommunalen Fuhrpark der Universitätsstadt Siegen .....	110
Bild 127:	E-Carsharing-Standorte (Vorschläge der Stadtverwaltung) in der Universitätsstadt Siegen .....	111
Bild 128:	Bewertungsindikatoren zur Standortfinden von E-Carsharing (Quelle: Elektromobilitätsentwicklung auf städtischer Mesoebene: Eignungsfeststellung konkreter E-Carsharing-Standorte mittels Präqualifizierungsverfahren, Hafencity Universität Hamburg) .....	113
Bild 129:	Elektrokleinstfahrzeug mit Lenk- oder Haltestange (ohne Sitz) – bekannt als „E-Scooter“ .....	114
Bild 130:	Bausteine des Mobilitätsmanagements (Abbildung in Anlehnung an Mobilitätsmanagement-Handbuch 2003) .....	116

Bild 131:	Endenergieverbrauch und THG-Emissionen des Verkehrssektors der Stadt Siegen für die Analyse (2018) .....	122
Bild 132:	Endenergieverbrauch und THG-Emissionen des Verkehrssektors der Stadt Siegen für das Referenzszenario 2030 .....	130
Bild 133:	Verkehrsmittelwahl (Modal Split) – Zielwert 2030 .....	137
Bild 134:	Endenergieverbrauch und THG-Emissionen des Verkehrssektors der Stadt Siegen für das Klimaschutzszenario 2030 mit moderatem Ansatz.....	138
Bild 135:	Endenergieverbrauch und THG-Emissionen des Verkehrssektors der Stadt Siegen für das Klimaschutzszenario 2030 mit ambitioniertem Ansatz .....	139
Bild 136:	Handlungsfelder mit Rückmeldungen.....	149
Bild 137:	Bewertung der Planungsleitlinien im ersten Entwurf.....	150
Bild 138:	Bewertung der Maßnahmensteckbriefe im ersten Entwurf .....	150
Bild 139:	Wichtigkeit der Maßnahmensteckbriefe des Handlungsfelds „Fußverkehr“ .....	151
Bild 140:	Wichtigkeit der Maßnahmensteckbriefe des Handlungsfelds „Radverkehr“ .....	151
Bild 141:	Wichtigkeit der Maßnahmensteckbriefe des Handlungsfelds „Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)“ .....	152
Bild 142:	Wichtigkeit der Maßnahmensteckbriefe des Handlungsfelds „Kfz-Verkehr“ .....	153
Bild 143:	Wichtigkeit der Maßnahmensteckbriefe des Handlungsfelds „Mobilitätsmanagement“ .....	154
Bild 144:	Inhaltlicher Zusammenhang zwischen den Wirkungsparametern aus den Maßnahmensteckbriefen und dem CO <sub>2</sub> -Einsparpotenzial .....	159
Bild 145:	Ergebnis der klimaschutzorientierten Priorisierung – Bewertungsverteilung .....	162
Bild 146:	Ergebnis der der klimaschutzorientierten Priorisierung – Bewertungsverteilung .....	163
Bild 147:	Ergebnis der umsetzungsorientierten Priorisierung – Bewertungsverteilung .....	164
Bild 148:	Zusammenhang von klimaschutzorientierten und umsetzungsorientierten Priorisierung .....	164
Bild 149:	Organisations- und Arbeitsstruktur hinsichtlich der Verankerung von Verkehr und Mobilität .....	168
Bild 150:	Plakatkampagnen „Finger weg vom Handy“ und „Runter vom Gas“ .....	175
Bild 151:	Kampagne „Pro Fahrrad – Rad fahren bewegt“ des Zweirad Industrie Verbands (ZIV) .....	176
Bild 152:	Plakat „Immer auf den letzten Drücker? Für mehr Sicherheit: Gib der gesengten Sau in Dir keine Chance.“, Stadt Aachen .....	176
Bild 153:	Beispiele zur Verbreitung von Botschaften .....	176

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Bewertungsindikatoren für die Universitätsstadt Siegen – Indikatoren 1. Ordnung .....	12
Tabelle 2:	Bewertungsindikatoren für die Universitätsstadt Siegen – Indikatoren 2. Ordnung .....	13
Tabelle 3:	Bewertungsindikatoren für die Universitätsstadt Siegen – Indikatoren 3. Ordnung .....	14
Tabelle 4:	Bürgermitteilungen – Auswertung nach räumlichem Bezug.....	23
Tabelle 5:	Bürgermitteilungen mit räumlichem Bezug – Auswertung nach Örtlichkeit .....	23
Tabelle 6:	Zentrenhierarchie in der Universitätsstadt Siegen .....	26
Tabelle 7:	Grundanforderungen an Anlagen des Fußgängerverkehrs.....	29
Tabelle 8:	Einflussbereiche von Infrastruktureinrichtungen mit erhöhten Anforderungen an Gehwege.....	29
Tabelle 9:	Nutzeransprüche des Alltagsradverkehr und des touristischen Radverkehrs .....	57
Tabelle 10:	Reisezeitverhältnis ÖPNV/MIV als Angebotsstandard mit Qualitätskriterium.....	85
Tabelle 11:	Parkraumbewirtschaftung in der Universitätsstadt Siegen, Stand 2019.....	98
Tabelle 12:	Zusammenfassende Beschreibung der Analyse – Indikatoren 1. Ordnung.....	126
Tabelle 13:	Zusammenfassende Beschreibung der Analyse – Indikatoren 2. Ordnung.....	127
Tabelle 14:	Zusammenfassende Beschreibung der Analyse – Indikatoren 3. Ordnung.....	128
Tabelle 15:	Zusammenfassende Beschreibung des Referenzszenarios – Indikatoren 1. Ordnung	131
Tabelle 16:	Zusammenfassende Beschreibung des Referenzszenarios – Indikatoren 2. Ordnung	131
Tabelle 17:	Zusammenfassende Beschreibung des Referenzszenarios – Indikatoren 3. Ordnung	132
Tabelle 18:	Zusammenfassende Beschreibung des Klimaschutzszenarios (moderater Ansatz) – Indikatoren 1. Ordnung.....	140
Tabelle 19:	Zusammenfassende Beschreibung des Klimaschutzszenarios (moderater Ansatz) – Indikatoren 2. Ordnung.....	140
Tabelle 20:	Zusammenfassende Beschreibung des Klimaschutzszenarios (moderater Ansatz) – Indikatoren 3. Ordnung.....	141
Tabelle 21:	Bedeutung der Handlungsfelder zur Veränderung der Mobilitätsgewohnheiten.....	149
Tabelle 22:	Maßnahmenempfehlungen für das Handlungsfeld „Fußverkehr“ .....	155
Tabelle 23:	Maßnahmenempfehlungen für das Handlungsfeld „Radverkehr“ .....	155
Tabelle 24:	Maßnahmenempfehlungen für das Handlungsfeld „Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)“ ..	156
Tabelle 25:	Maßnahmenempfehlungen für das Handlungsfeld „Kfz-Verkehr“ .....	156
Tabelle 26:	Maßnahmenempfehlungen für das Handlungsfeld „Wirtschaftsverkehr“ .....	157
Tabelle 27:	Maßnahmenempfehlungen für das Handlungsfeld „Alternative Antriebe“ .....	157
Tabelle 28:	Maßnahmenempfehlungen für das Handlungsfeld „Mobilitätsmanagement“ .....	157
Tabelle 29:	Regelbasierter Zusammenhang zwischen den Wirkungsparametern aus den Maßnahmensteckbriefen und dem CO <sub>2</sub> -Einsparpotenzial .....	159
Tabelle 30:	Kosteneffizienz – Regelbasierter Zusammenhang zwischen dem CO <sub>2</sub> -Einsparpotenzial und den Kosten.....	161
Tabelle 31:	Klimaorientierte Priorisierung – Regelbasierter Zusammenhang zwischen der Kosteneffizienz und der Fertigstellung der Maßnahme.....	162
Tabelle 32:	Aufgabenfelder in der Stadtverwaltung Siegen.....	165





**HANBRUCHER STRASSE 9**

**D-52064 AACHEN**

TELEFON 0241 70550-0

TELEFAX 0241 70550-20

MAIL@BSV-PLANUNG.DE

WWW.BSV-PLANUNG.DE

UST-IDNR. DE 121 688 630

## **Klimaschutzteilkonzept Mobilität der Universitätsstadt Siegen**

### **Anlagenband**

Bearbeitung:

Dr.-Ing. Michael Baier  
Dr.-Ing. Katja Engelen  
Dipl.-Ing. Yvonne Reul  
Claudia Maximini, M.A.

**Aachen, im Februar 2021**

N:\2019\_19\190580\_KSTK Siegen\Texte\Berichte\190580\_KSTK  
Mobilität\_Siegen\_Anlagenband\_V10.docx

## Förderprojekt

Die Erstellung des Klimaschutzteilkonzepts Mobilität der Universitätsstadt Siegen ist im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), vertreten durch den Projektträger Jülich, gefördert worden.

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und nukleare Sicherheit



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

Hinweis:

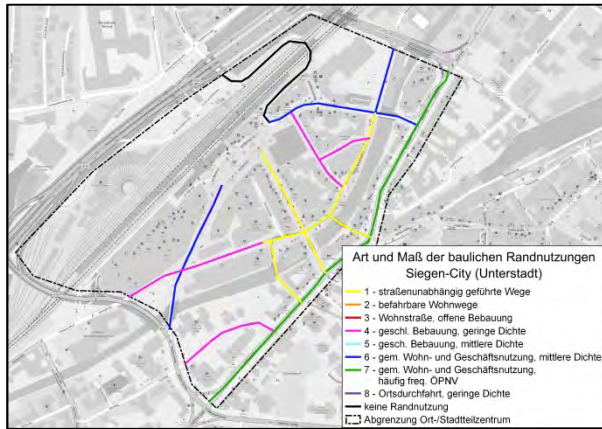
Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifische Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

## Inhaltsverzeichnis

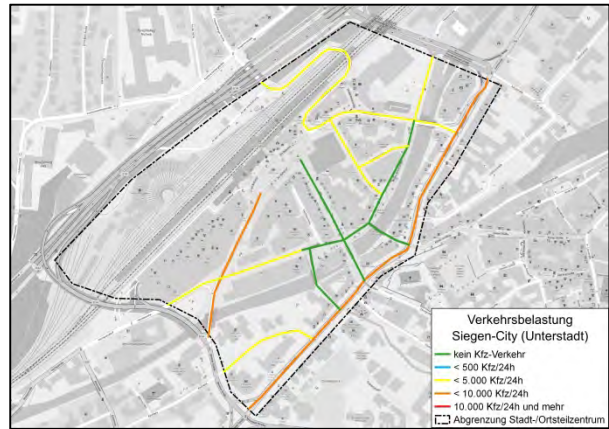
<b>Analyseergebnisse Fußverkehr</b>	<b>2</b>
Siegen-City (Unterstadt)	2
Siegen-City (Mitte)	3
Siegen-City (Oberstadt)	4
Weidenau	6
Geisweid	7
Eiserfeld	8
Niederschelden	10
Kaan-Marienborn	11
Seelbach	12
<b>Qualitätsstandards im Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)</b>	<b>14</b>
Erschließungsqualität – Zielwerte für Bahn- und Busverkehr gemäß den Nahverkehrsplänen	14
Bedienungsqualität – Zielwerte für Bahnverkehr gemäß den Nahverkehrsplänen	15
Bedienungsqualität – Zielwerte für Busverkehr gemäß den Nahverkehrsplänen	16
Verknüpfungsqualität – Zielwerte für Bahn- und Busverkehr gemäß den Nahverkehrsplänen	19
Verknüpfungsqualität – Zielwerte für Busverkehr gemäß den Nahverkehrsplänen	22
<b>Analyseergebnisse zum fließenden Kfz-Verkehr</b>	<b>23</b>
Kfz-Verkehrsbelastung Analyse 2019	23
Kfz-Verkehrsbelastung Prognose-Nullfall 2030	24
Abgleiche der Vorbehaltsnetze aus 1991 und 2016	26
<b>Analyseergebnisse zum ruhenden Kfz-Verkehr</b>	<b>27</b>
Parkraumbewirtschaftung	27
<b>Maßnahmensteckbriefe</b>	<b>28</b>
Handlungsfeld „Fußverkehr“	30
Handlungsfeld „Radverkehr“	48
Handlungsfeld „Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)“	89
Handlungsfeld „Kfz-Verkehr“	102
Handlungsfeld „Wirtschaftsverkehr“	117
Handlungsfeld „Alternative Antriebe“	123
Handlungsfeld „Mobilitätsmanagement“	129
<b>Maßnahmenpriorisierung</b>	<b>140</b>
Handlungsfeld „Fußverkehr“	140
Handlungsfeld „Radverkehr“	140
Handlungsfeld „Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)“	142
Handlungsfeld „Kfz-Verkehr“	143
Handlungsfeld „Wirtschaftsverkehr“	143
Handlungsfeld „Alternative Antriebe“	144
Handlungsfeld „Mobilitätsmanagement“	144
<b>Fördermöglichkeiten</b>	<b>145</b>
Handlungsfeld „Fußverkehr“	146
Handlungsfeld „Radverkehr“	147
Handlungsfeld „Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)“	150
Handlungsfeld „Kfz-Verkehr“	151
Handlungsfeld „Wirtschaftsverkehr“	151
Handlungsfeld „Alternative Antriebe“	153
Handlungsfeld „Mobilitätsmanagement“	154

## Analyseergebnisse Fußverkehr

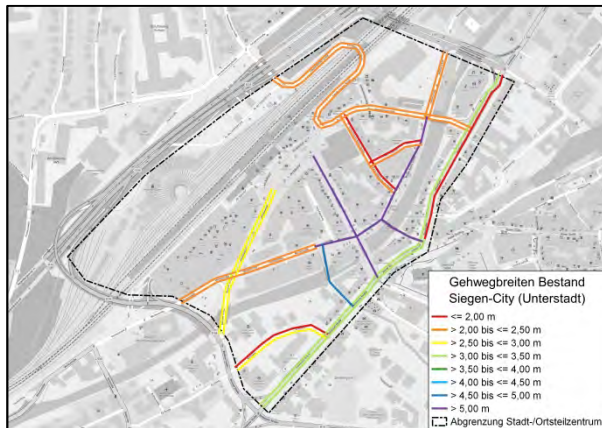
### Siegen-City (Unterstadt)



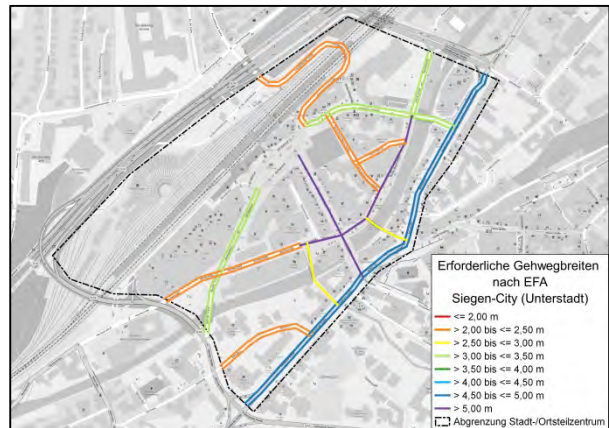
**Bild 1: Art und Maß der baulichen Randnutzungen in Siegen-City (Unterstadt)**



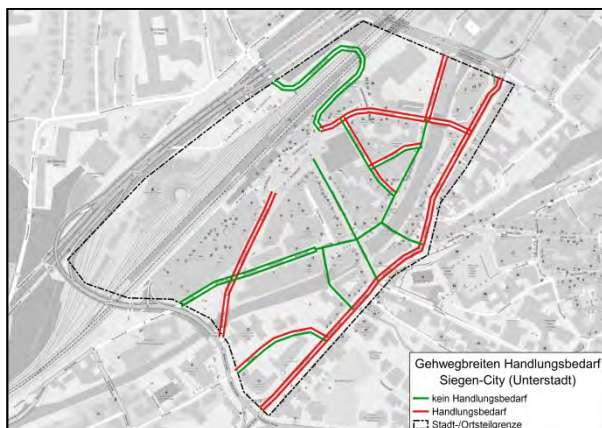
**Bild 2: Kfz-Belastung in Siegen-City (Unterstadt)**



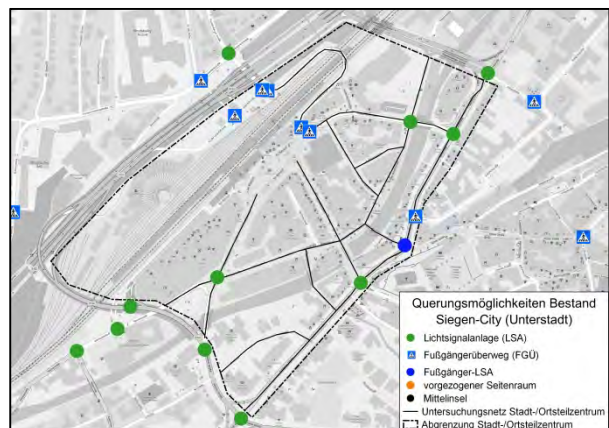
**Bild 3: Vorhandene Gehwegbreiten im Seitenraum in Siegen-City (Unterstadt)**



**Bild 4: Nach EFA abgeleitete erforderliche Gehwegbreiten im Seitenraum in Siegen-City (Unterstadt)**

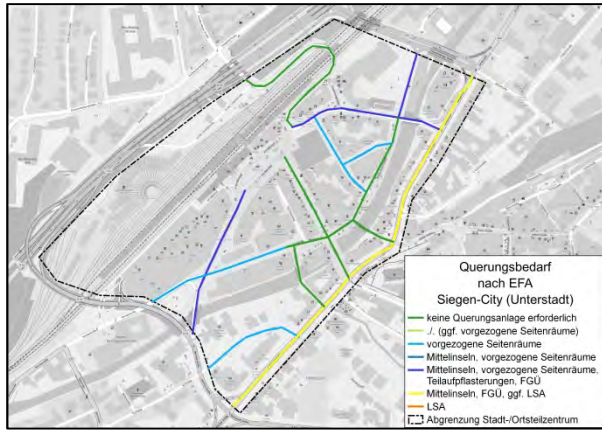


**Bild 5: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Gehwegbreiten in Siegen-City (Unterstadt)**

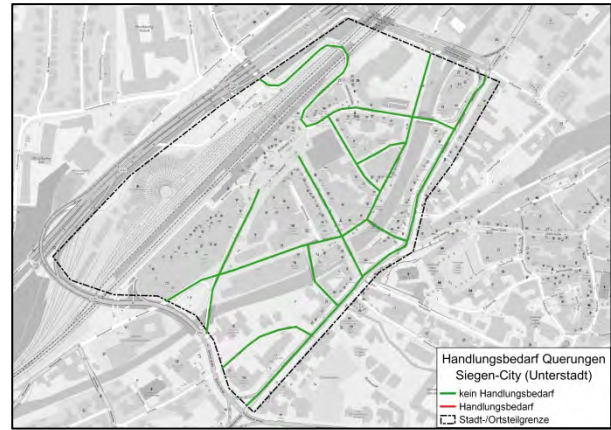


**Bild 6: Vorhandene Querungshilfen in Siegen-City (Unterstadt)**





**Bild 7: Nach EFA abgeleiteter erforderlicher Querungsbedarf in Siegen-City (Unterstadt)**

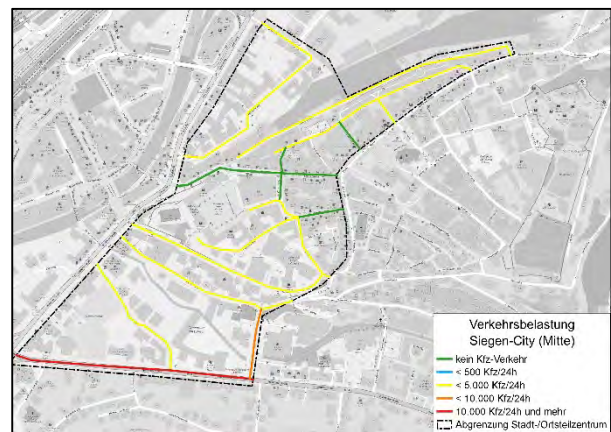


**Bild 8: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Querungshilfen in Siegen-City (Unterstadt)**

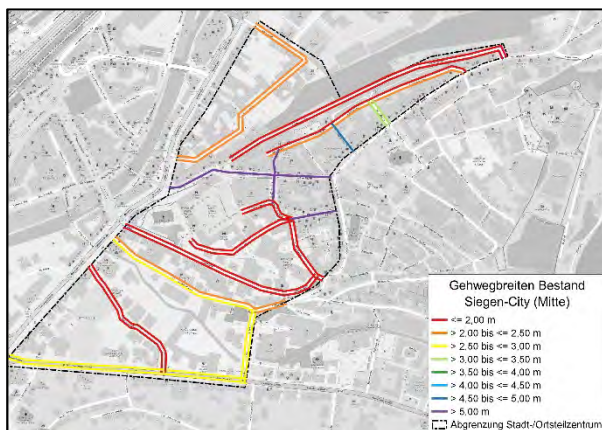
## Siegen-City (Mitte)



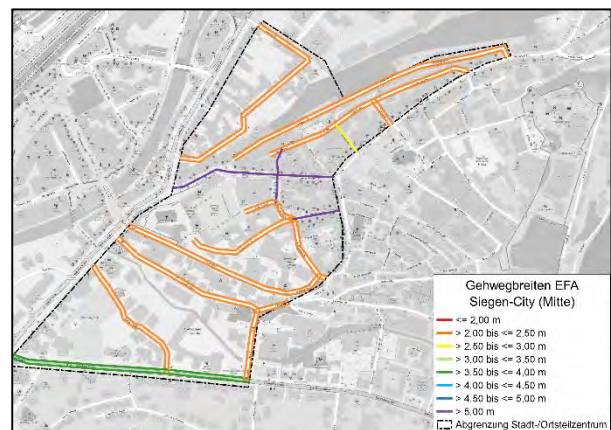
**Bild 9: Art und Maß der baulichen Randnutzungen in Siegen-City (Mitte)**



**Bild 10: Kfz-Belastung in Siegen-City (Mitte)**

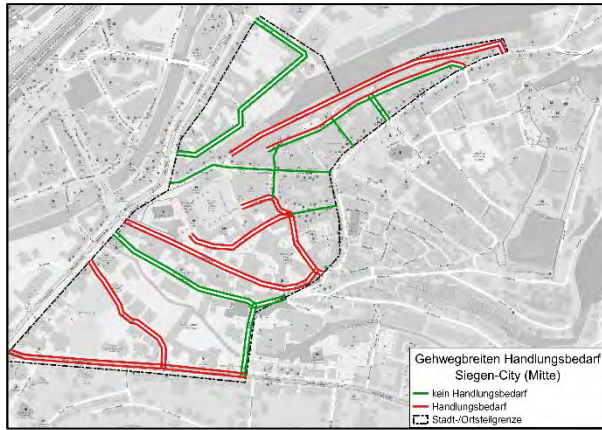


**Bild 11: Vorhandene Gehwegbreiten im Seitenraum in Siegen-City (Mitte)**

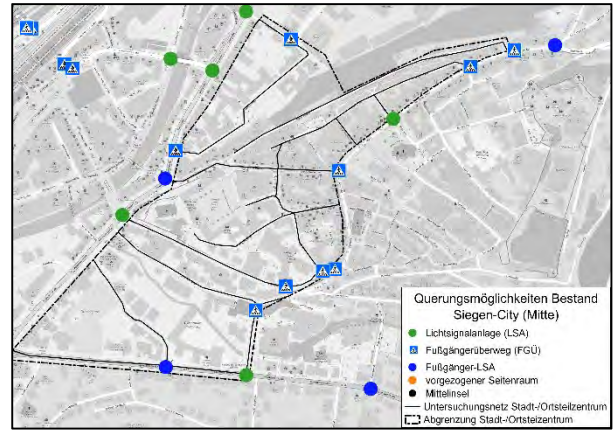


**Bild 12: Nach EFA abgeleitete erforderliche Gehwegbreiten im Seitenraum in Siegen-City (Mitte)**

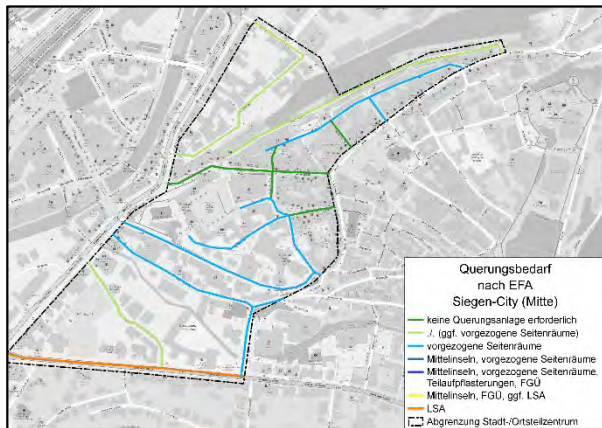




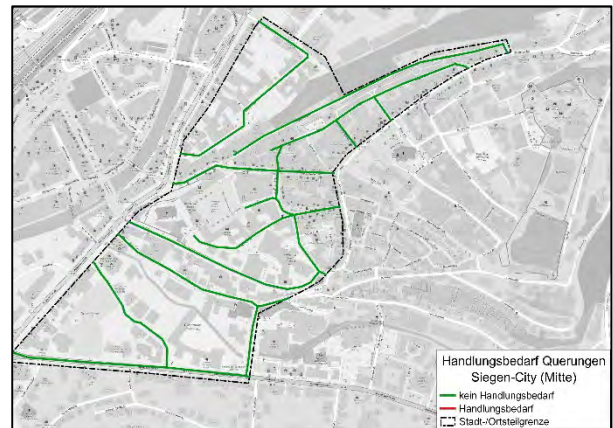
**Bild 13: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Gehwegbreiten in Siegen-City (Mitte)**



**Bild 14: Vorhandene Querungshilfen in Siegen-City (Mitte)**

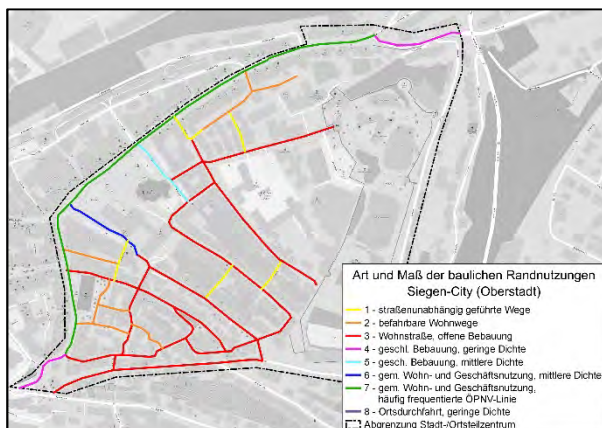


**Bild 15: Nach EFA abgeleiteter erforderlicher Querungsbedarf in Siegen-City (Mitte)**

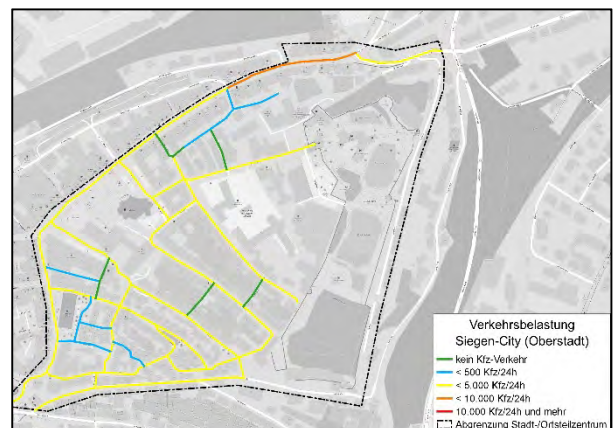


**Bild 16: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Querungshilfen in Siegen-City (Mitte)**

## Siegen-City (Oberstadt)

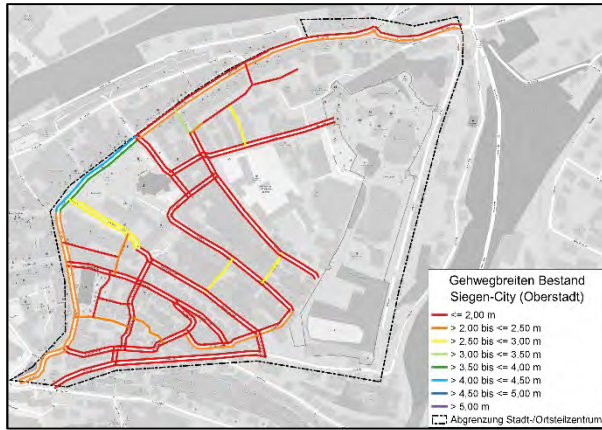


**Bild 17: Art und Maß der baulichen Randnutzungen in Siegen-City (Oberstadt)**

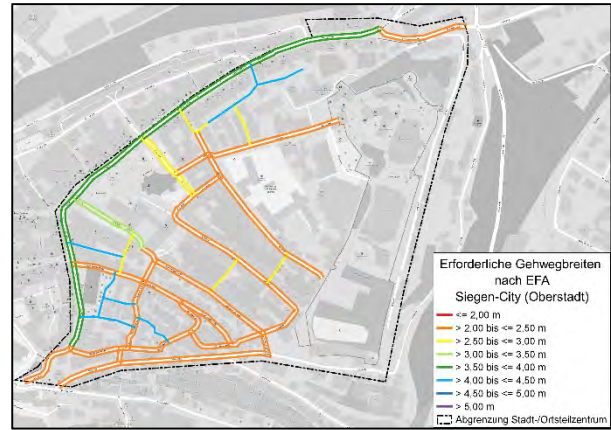


**Bild 18: Kfz-Belastung in Siegen-City (Oberstadt)**

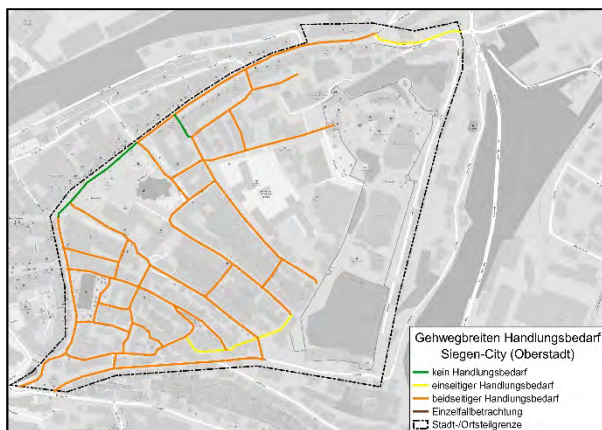




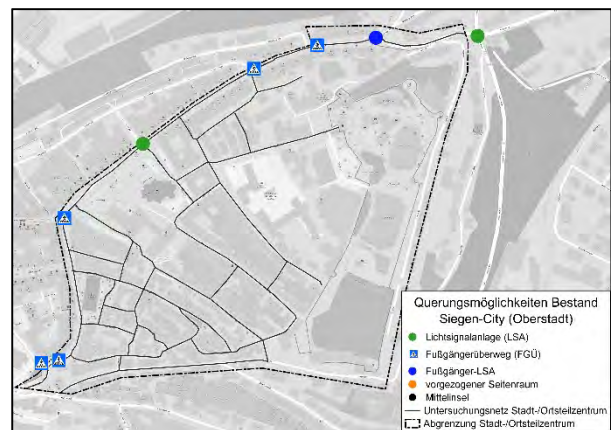
**Bild 19: Vorhandene Gehwegbreiten im Seitenraum in Siegen-City (Oberstadt)**



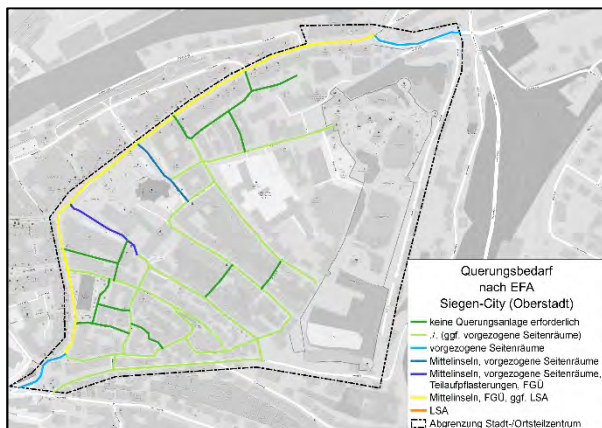
**Bild 20: Nach EFA abgeleitete erforderliche Gehwegbreiten im Seitenraum in Siegen-City (Oberstadt)**



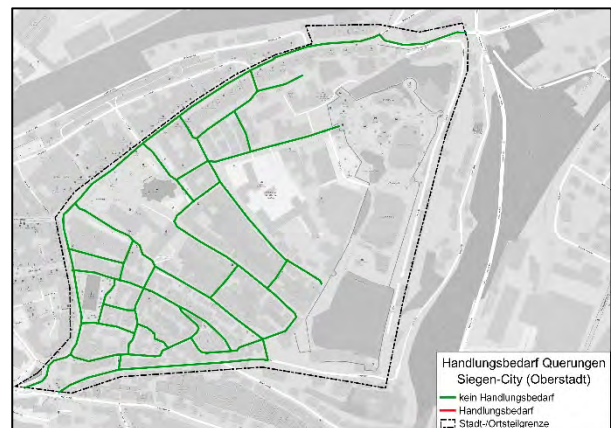
**Bild 21: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Gehwegbreiten in Siegen-City (Oberstadt)**



**Bild 22: Vorhandene Querungshilfen in Siegen-City (Oberstadt)**



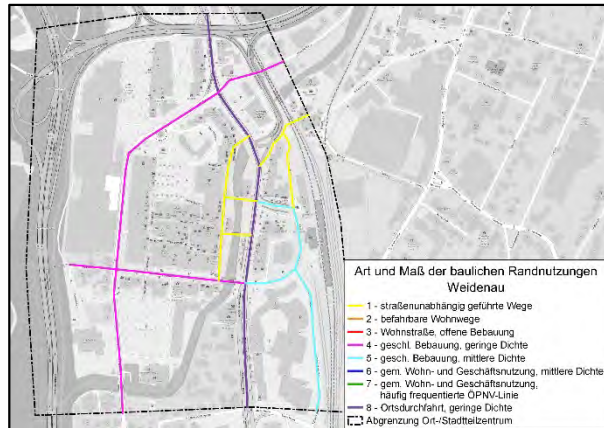
**Bild 23: Nach EFA abgeleiteter erforderlicher Querungsbedarf in Siegen-City (Oberstadt)**



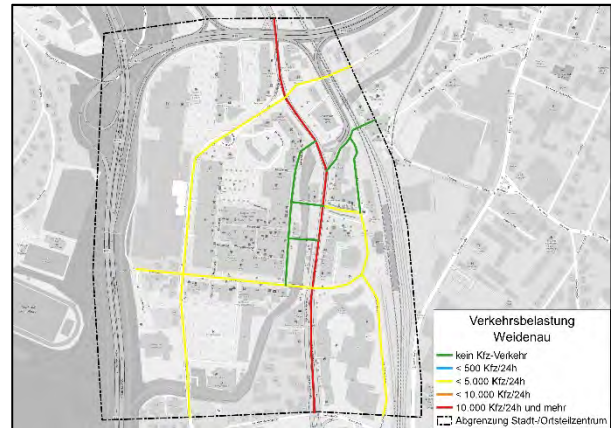
**Bild 24: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Querungshilfen in Siegen-City (Oberstadt)**



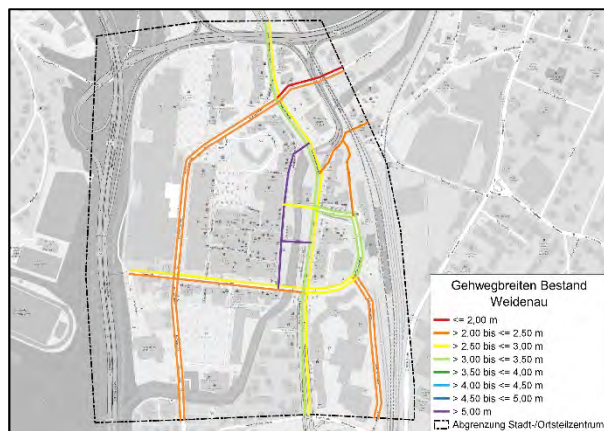
## Weidenau



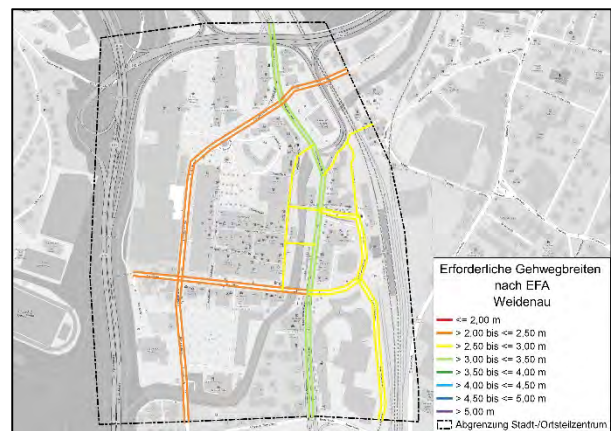
**Bild 25: Art und Maß der baulichen Randnutzungen in Weidenau**



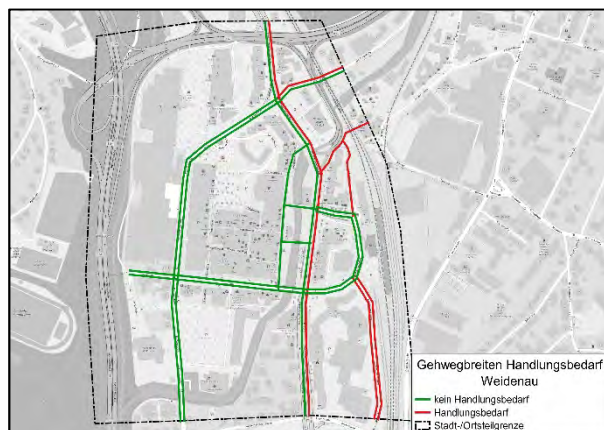
**Bild 26: Kfz-Belastung in Weidenau**



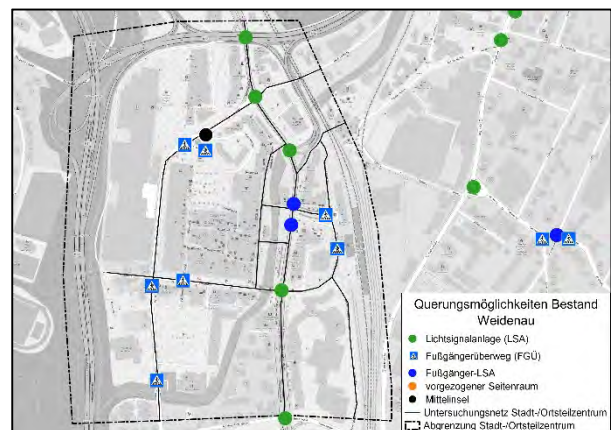
**Bild 27: Vorhandene Gehwegbreiten im Seitenraum in Weidenau**



**Bild 28: Nach EFA abgeleitete erforderliche Gehwegbreiten im Seitenraum in Weidenau**

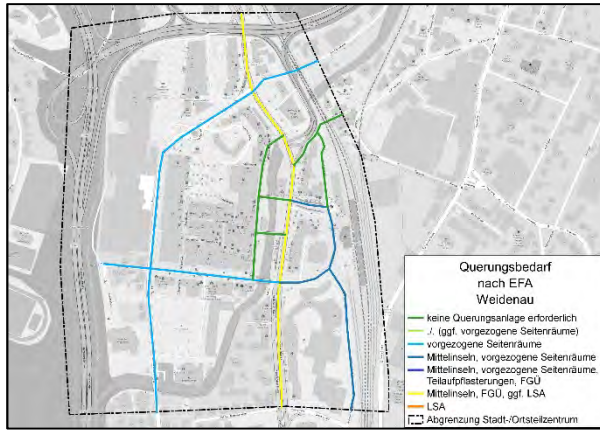


**Bild 29: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Gehwegbreiten in Weidenau**

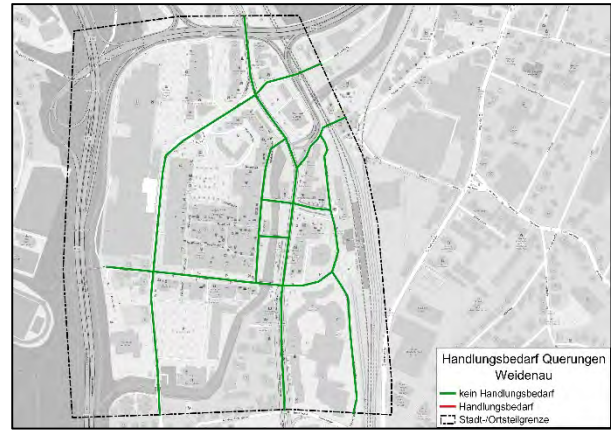


**Bild 30: Vorhandene Querungshilfen in Weidenau**



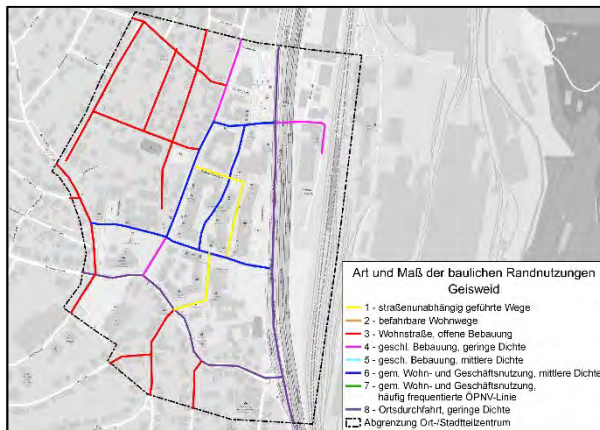


**Bild 31: Nach EFA abgeleiteter erforderlicher Querungsbedarf in Weidenau**

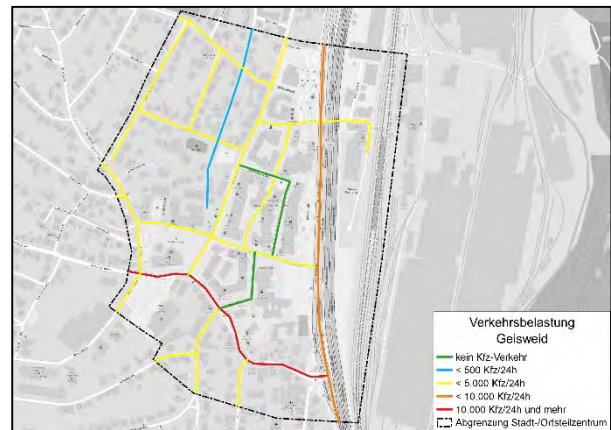


**Bild 32: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Querungshilfen in Weidenau**

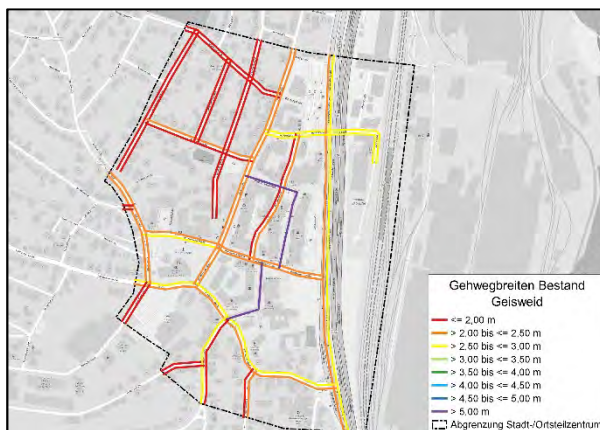
## Geisweid



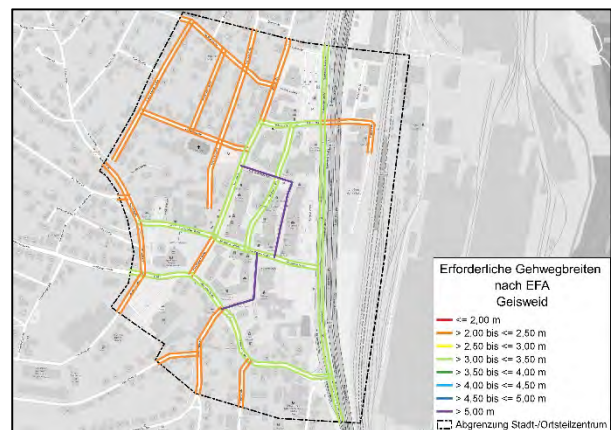
**Bild 33: Art und Maß der baulichen Randnutzungen in Geisweid**



**Bild 34: Kfz-Belastung in Geisweid**

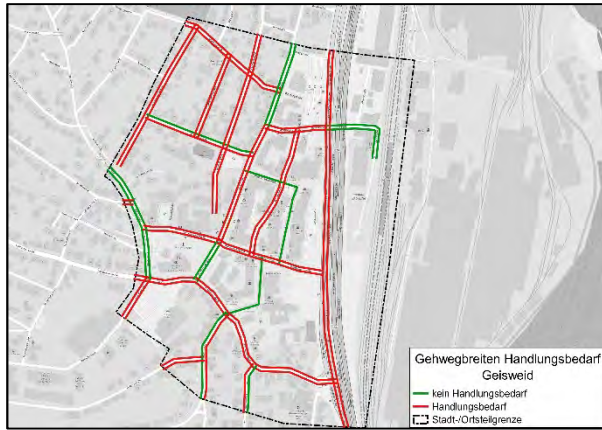


**Bild 35: Vorhandene Gehwegbreiten im Seitenraum in Geisweid**

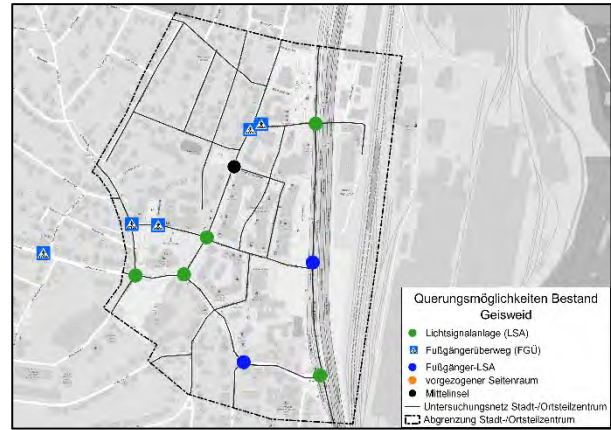


**Bild 36: Nach EFA abgeleitete erforderliche Gehwegbreiten im Seitenraum in Geisweid**

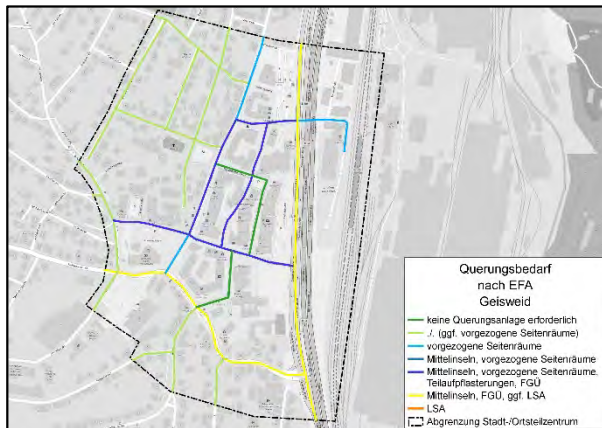




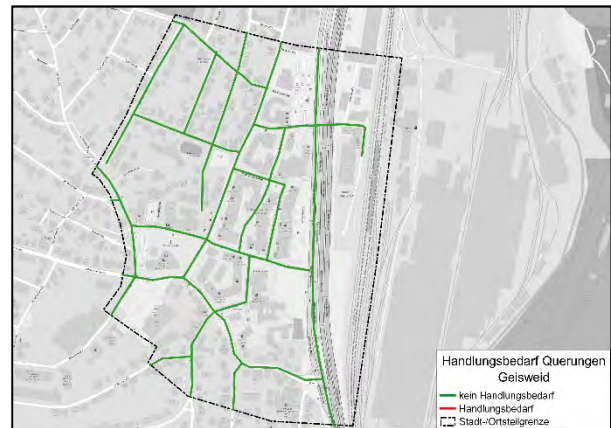
**Bild 37: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Gehwegbreiten in Geisweid**



**Bild 38: Vorhandene Querungshilfen in Geisweid**

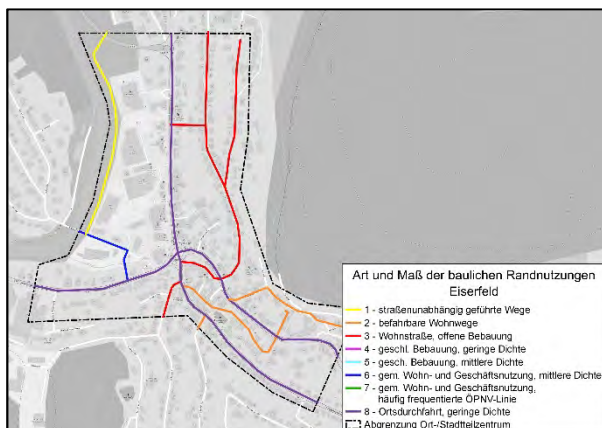


**Bild 39: Nach EFA abgeleiteter erforderlicher Querungsbedarf in Geisweid**

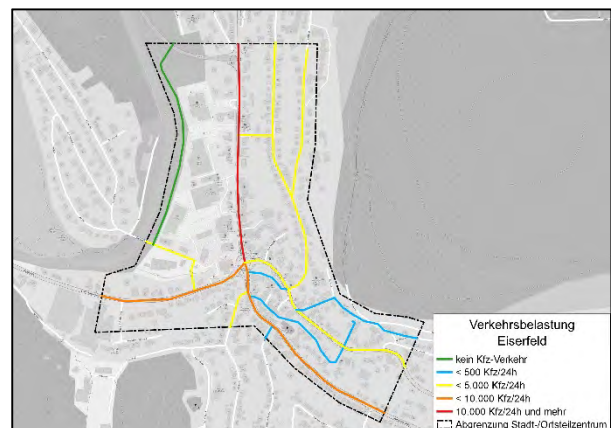


**Bild 40: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Querungshilfen in Geisweid**

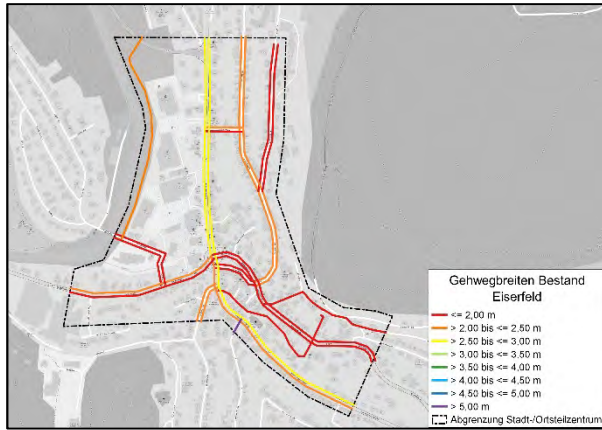
## Eiserfeld



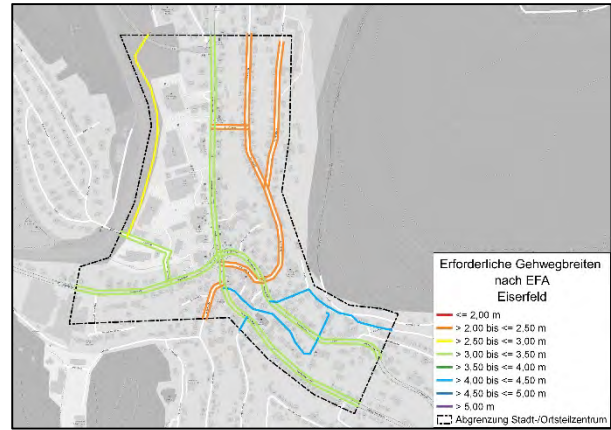
**Bild 41: Art und Maß der baulichen Randnutzungen in Eiserfeld**



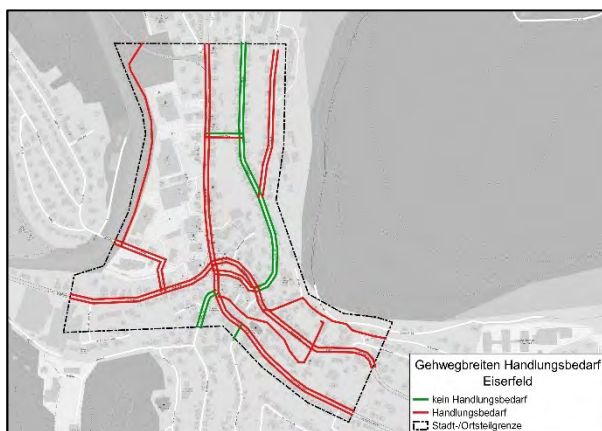
**Bild 42: Kfz-Belastung in Eiserfeld**



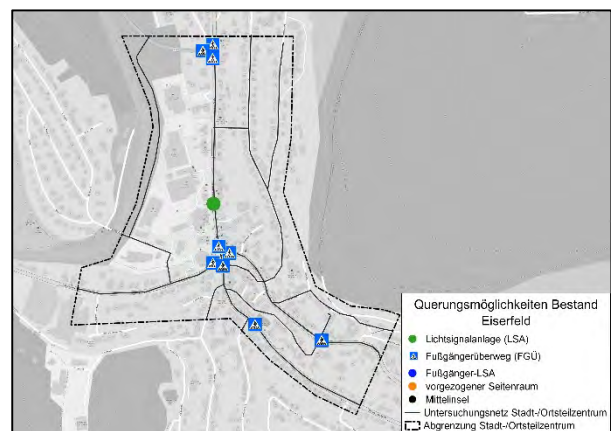
**Bild 43: Vorhandene Gehwegbreiten im Seitenraum in Eiserfeld**



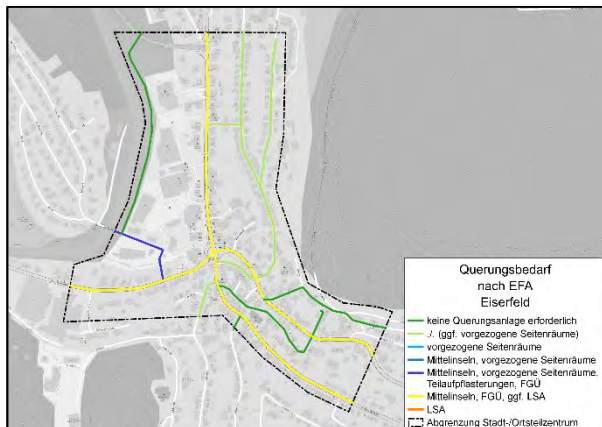
**Bild 44: Nach EFA abgeleitete erforderliche Gehwegbreiten im Seitenraum in Eiserfeld**



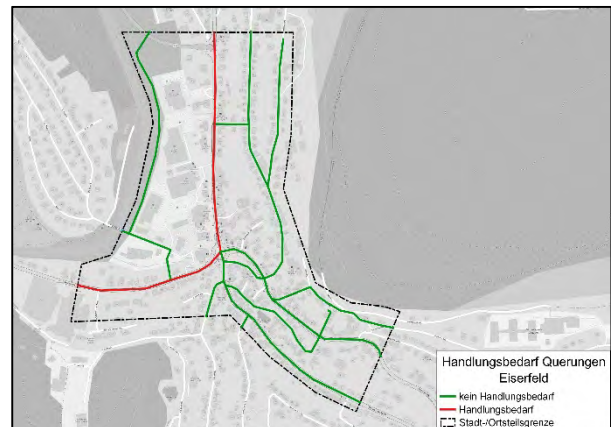
**Bild 45: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Gehwegbreiten in Eiserfeld**



**Bild 46: Vorhandene Querungshilfen in Eiserfeld**



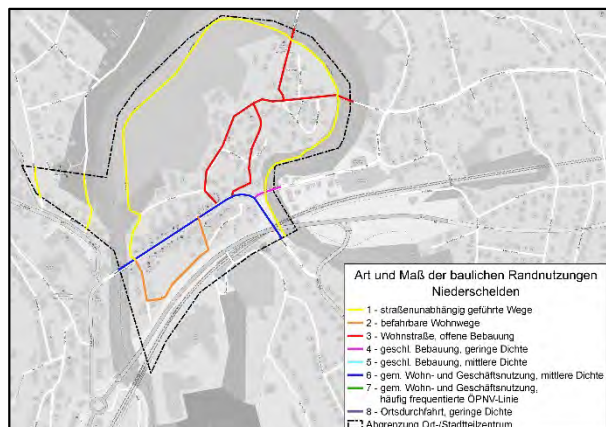
**Bild 47: Nach EFA abgeleiteter erforderlicher Querungsbedarf in Eiserfeld**



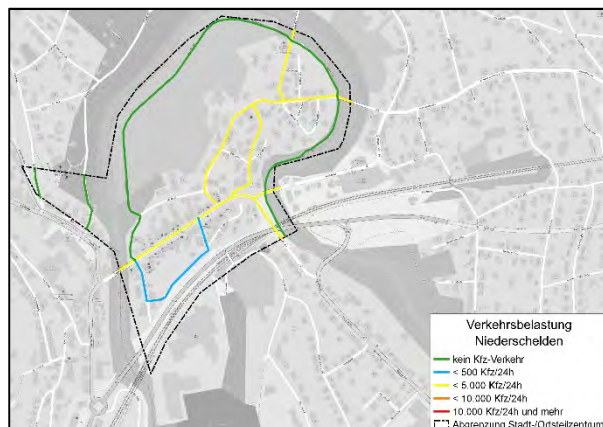
**Bild 48: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Querungshilfen in Eiserfeld**



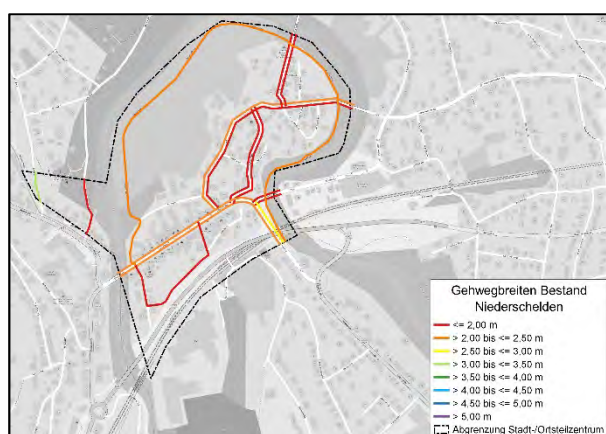
## Niederschelden



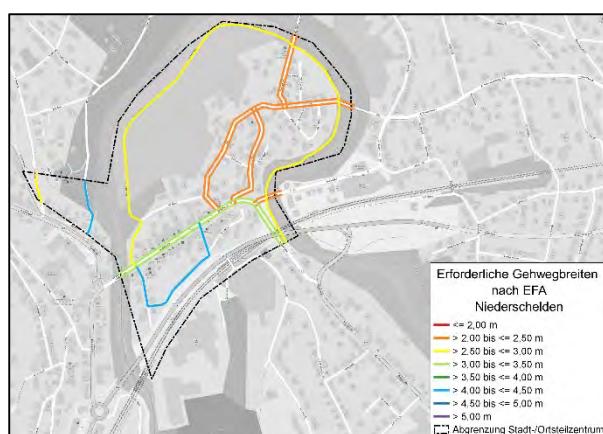
**Bild 49: Art und Maß der baulichen Randnutzungen in Niederschelden**



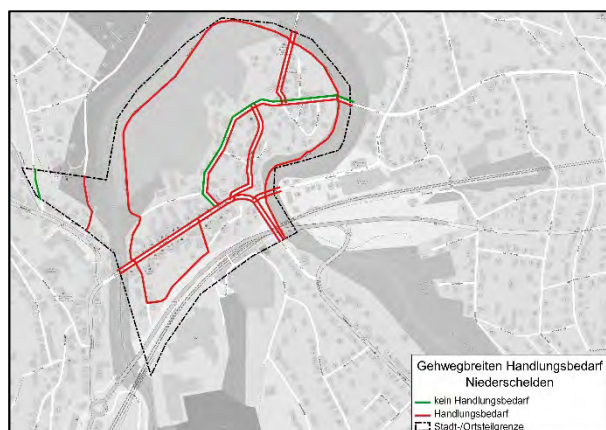
**Bild 50: Kfz-Belastung in Niederschelden**



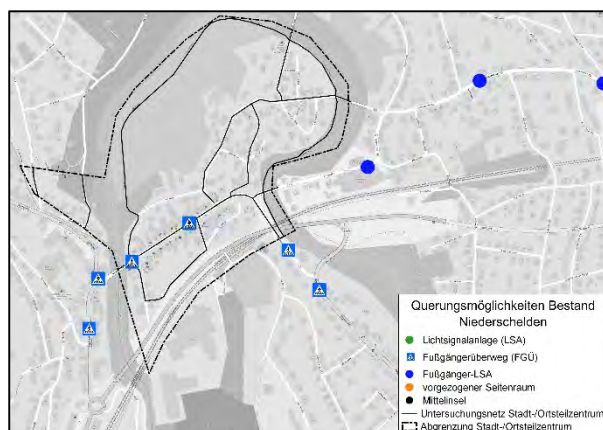
**Bild 51: Vorhandene Gehwegbreiten im Seitenraum in Niederschelden**



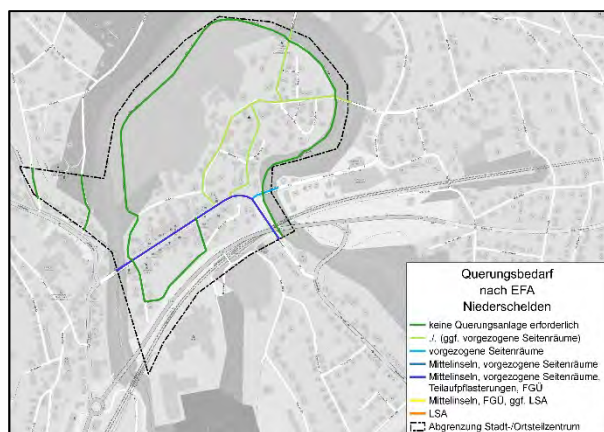
**Bild 52: Nach EFA abgeleitete erforderliche Gehwegbreiten im Seitenraum in Niederschelden**



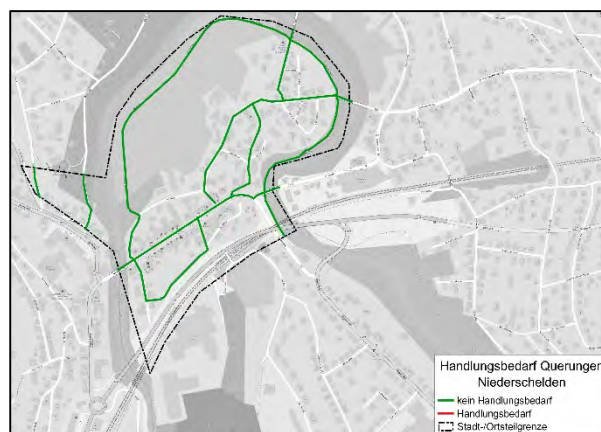
**Bild 53: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Gehwegbreiten in Niederschelden**



**Bild 54: Vorhandene Querungshilfen in Niederschelden**

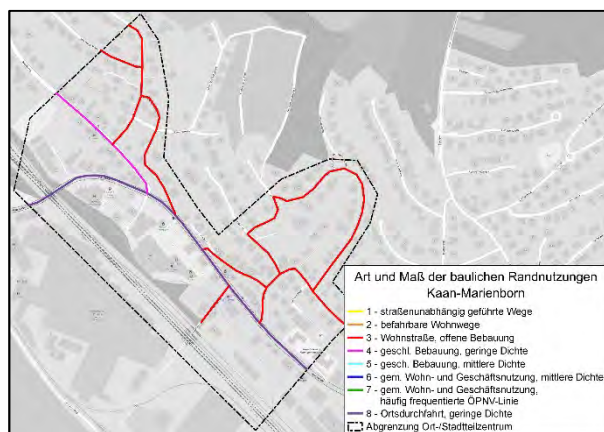


**Bild 55: Nach EFA abgeleiteter erforderlicher Querungsbedarf in Niederscheiden**

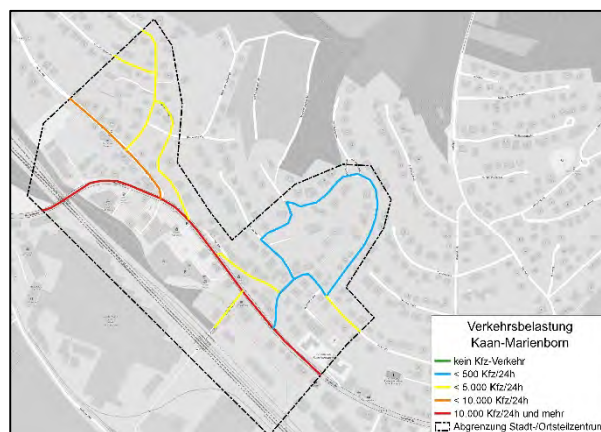


**Bild 56: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Querungshilfen in Niederscheiden**

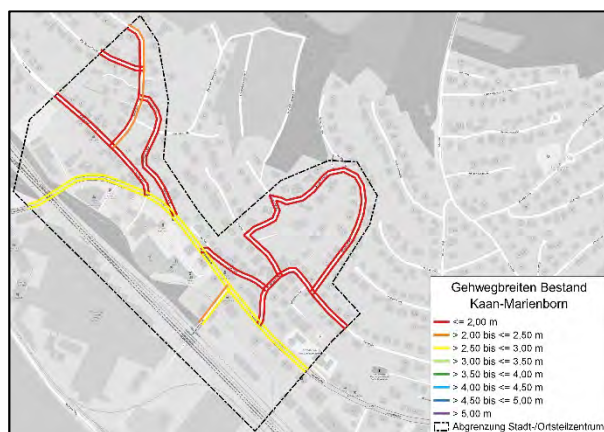
## Kaan-Marienborn



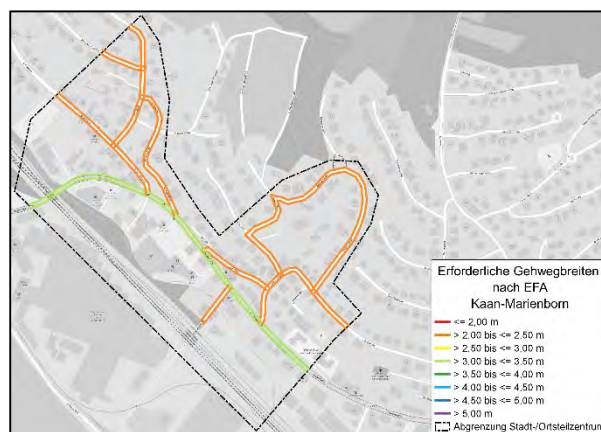
**Bild 57: Art und Maß der baulichen Randnutzungen in Kaan-Marienborn**



**Bild 58: Kfz-Belastung in Kaan-Marienborn**

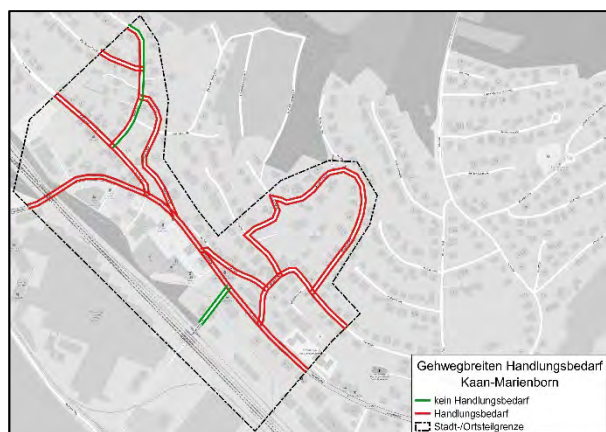


**Bild 59: Vorhandene Gehwegbreiten im Seitenraum in Kaan-Marienborn**

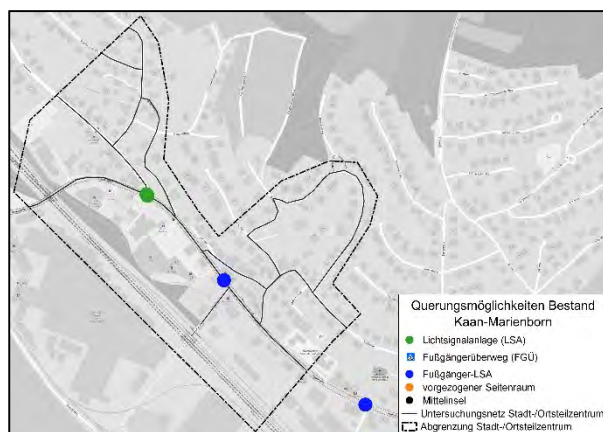


**Bild 60: Nach EFA abgeleitete erforderliche Gehwegbreiten im Seitenraum in Kaan-Marienborn**

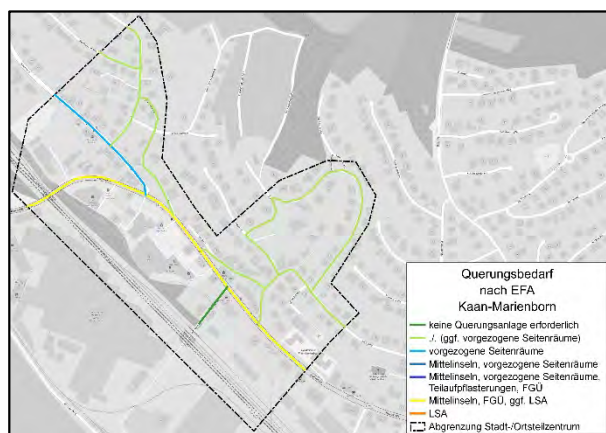




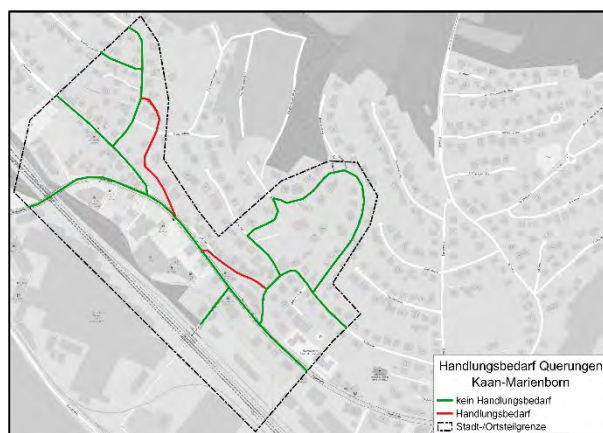
**Bild 61: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Gehwegbreiten in Kaan-Marienborn**



**Bild 62: Vorhandene Querungshilfen in Kaan-Marienborn**

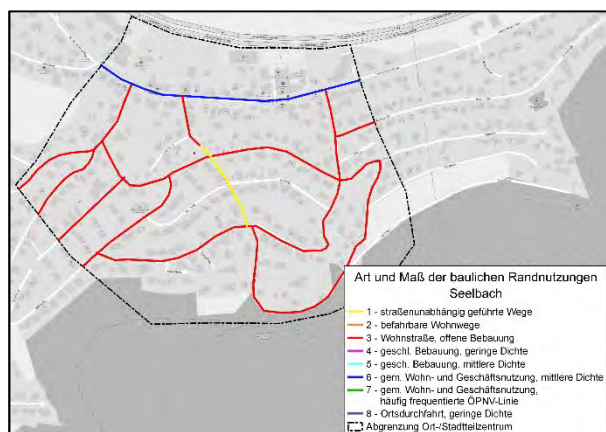


**Bild 63: Nach EFA abgeleiteter erforderlicher Querungsbedarf in Kaan-Marienborn**

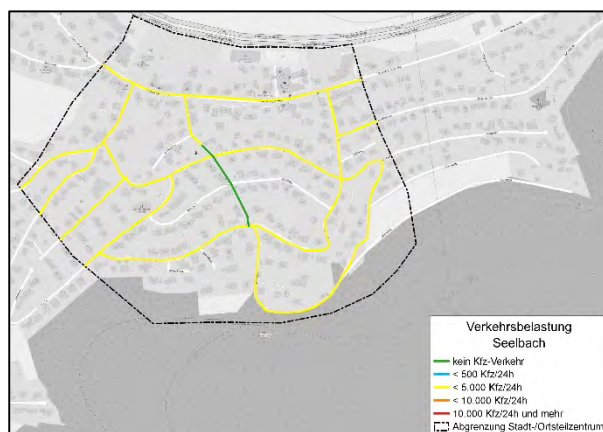


**Bild 64: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Querungshilfen in Kaan-Marienborn**

## Seelbach

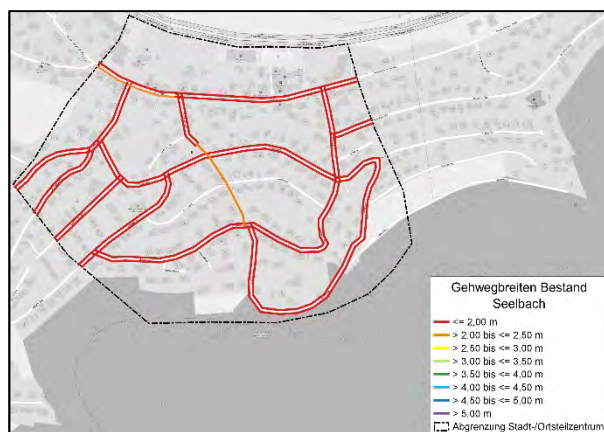


**Bild 65: Art und Maß der baulichen Randnutzungen in Seelbach**

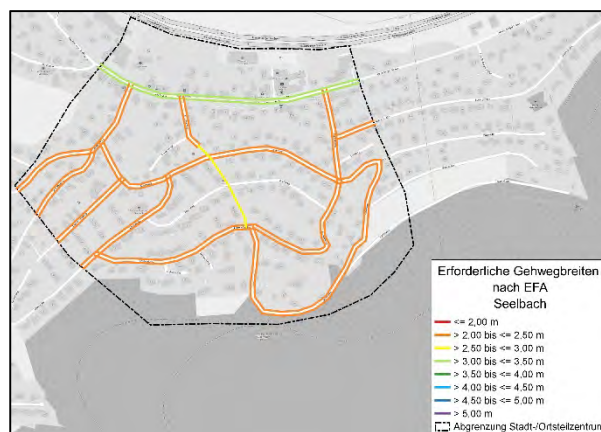


**Bild 66: Kfz-Belastung in Seelbach**

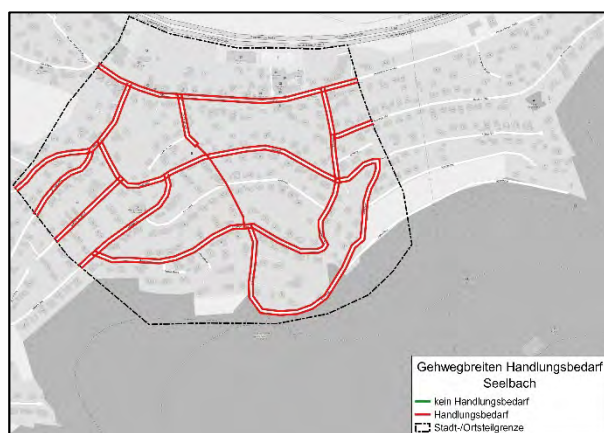




**Bild 67: Vorhandene Gehwegbreiten im Seitenraum in Seelbach**



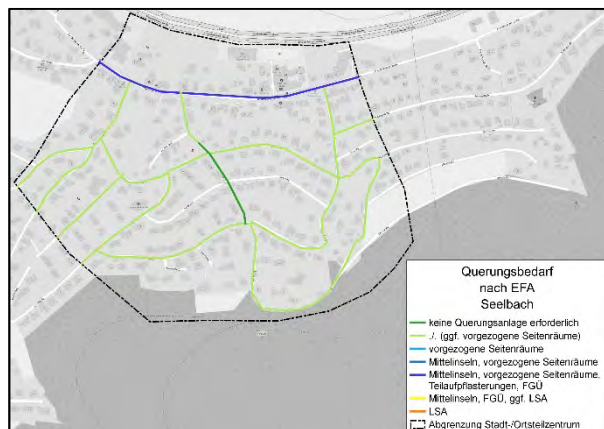
**Bild 68: Nach EFA abgeleitete erforderliche Gehwegbreiten im Seitenraum in Seelbach**



**Bild 69: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Gehwegbreiten in Seelbach**



**Bild 70: Vorhandene Querungshilfen in Seelbach**



**Bild 71: Nach EFA abgeleiteter erforderlicher Querungsbedarf in Seelbach**



**Bild 72: Abgleich von Bestand und Bedarf bzgl. Querungshilfen in Seelbach**

## Qualitätsstandards im Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)

### Erschließungsqualität – Zielwerte für Bahn- und Busverkehr gemäß den Nahverkehrsplänen

Raumkategorie		Fusswegentfernungen zur Haltestelle (m)			
		Busverkehr <sup>1)</sup>		Schienenverkehr	
		Attraktivitätsstandard (Q1)	Mindeststandard (Q2)	Attraktivitätsstandard (Q1)	Mindeststandard (Q2)
<b>Stadt Siegen</b> Zentraler Bereich	Oberzentrum	200	300	600	800
	Mittelzentrum	300	400	800	1000
	Grundzentrum	400	500	1000	1200
<b>Stadt Siegen</b> Neben-zentraler Bereich/ Kernrand-bereich	Oberzentrum	300	500	800	1000
	Mittelzentrum	400	600	1000	1200
	Grundzentrum	500	700	1000	1200
<b>Stadt Siegen</b> solitärer Stadt-/ Ortsteil	Oberzentrum	400	600	1000	1200
	Mittelzentrum	500	700	1200	1500
	Grundzentrum	600	800	1200	1500

Bild 73: Erschließungsqualität Bahn und Bus gemäß dem Nahverkehrsplan 1997

Zielwerte für die Raumerschließung			
Raumkategorie		Fußwegentfernungen zur Haltestelle (m)	
		SPNV [m]	ÖPNV (Bus) [m]
<b>Stadt Siegen</b> Oberzentrum	Gebiet mit hoher Nutzungsdichte	600	400
	Gebiet mit geringer Nutzungsdichte	<1.000	600
Mittelzentrum	Gebiet mit hoher Nutzungsdichte	600	400
	Gebiet mit geringer Nutzungsdichte	<1.000	600
Unterzentrum (Grundzentrum)	Zentraler Bereich	600	400
	Übriges Gebiet	<1.000	600
Gemeinde		<1.000	600

Bild 74: Erschließungsqualität Bahn und Bus gemäß dem Nahverkehrsplan 2006

Raumkategorie	Luftlinienentfernung SPNV in Meter	Luftlinienentfernung Bus in Meter
Gebiet Ortsteilgröße größer als 7.500 Einwohner	500	250
Gebiet Ortsteilgröße von 750 bis 7.500 Einwohner	750	500
Gebiet Ortsteilgröße kleiner als 750 Einwohner	1.000	750

**Bild 75: Erschließungsqualität Bahn und Bus gemäß dem Nahverkehrsplan 2016**

## Bedienungsqualität – Zielwerte für Bahnverkehr gemäß den Nahverkehrsplänen

### Zielwerte

**Grundtakt:** stündliche Verbindungen

**Hauptverkehrszeit** (Mo – Fr von 5 bis 9 Uhr und 15 – 19 Uhr):  
halbstündliche Verbindungen

**Ausnahmeregelung:** 2 stündliche Verbindungen

**Bild 76: Bedienungsqualität Bahn gemäß dem Nahverkehrsplan 1997**

### Zielsetzung aus Weiterentwicklung des ITF NRW

- **Verbindung Oberzentren mit den Metropolregionen:**  
Direktverbindung im Stundentakt
- **Verbindung Oberzentren mit den benachbarten Oberzentren:**  
Direktverbindung im Stundentakt
- **Anbindung an die nächstgelegenen Oberzentren:**  
von jeder Station soll ein Oberzentrum in NRW innerhalb von 60 Minuten erreichbar

### Landesweiter Mindeststandard:

- Mo – Fr von 6 bis 20 Uhr: Stundentakt
- Sa von 7 bis 16 Uhr: Stundentakt
- Sa von 16 bis 20 Uhr: Zweistundentakt
- So/Feiertag von 10 bis 20 Uhr: Zweistundentakt

### Nachfrageorientierte Zielwerte im NWL:

- **7.500 und mehr Rkm/kmBL\*:** mindestens drei stündliche Verbindungen mit Grundbedienung im Halbstundentakt überlagert durch eine schnelle RE/RRX-Linie, Reduzierung der Grundbedienung nach 20 Uhr und an Wochenenden auf Stundentakt
- **3.000 bis unter 7.500 Rkm/kmBL:** zwei stündliche Verbindungen mit Grundbedienung im Halbstunden-takt von Mo-Fr bis nach 20 Uhr
- **2.000 bis unter 3.000 Rkm/kmBL:** Stundentakt mit Verdichtung in der Hauptverkehrszeit (6-9 Uhr, 15-18 Uhr) zu einem Halbstundentakt
- **500 bis unter 2.000 Rkm/kmBL:** Stundentakt
- **unter 500 Rkm/kmBL:** Stundentakt, in begründeten Fällen Zweistundentakt

\*Rkm/kmBL = Reisenden-km je km Betriebslänge

**Bild 77: Bedienungsqualität Bahn gemäß dem Nahverkehrsplan 2011**

# Bedienungsqualität – Zielwerte für Busverkehr gemäß den Nahverkehrsplänen

Verbindungskategorie		Fahrzeugfolgezeit (min.)		Umsteigevorgänge		Luftlinien- geschwindigkeit (km/h)		
		Attraktivitäts- standard (Q1)	Mindest- standard (Q2)	Attraktivitäts- standard (Q1)	Mindest- standard (Q2)	Attraktivitäts- standard (Q1)	Mindest- standard (Q2)	
Regionale Verbindung	Tages- verkehr	GZ-GZ	60	60	0	1	25	20
		GZ-MZ	30	60	0	1	25	20
		GZ-OZ	30	60	0 1)	1	25	20
		MZ-MZ	30	60	0	1	25	20
		MZ-OZ	15	30	0 1)	1	25	20
	Abend- verkehr	GZ-GZ	60	120	0	1	25	20
		GZ-MZ	60	120	0	1	25	20
		GZ-OZ	60	60	0 1)	1	25	20
		MZ-MZ	60	120	0	1	25	20
		MZ-OZ	30	60	0 1)	1	25	20
Lokale Verbindung	Tages- verkehr, OZ	NB/KB-ZB	10	15	0	1	15	10
		OT-ZB	15	30	0	1	15	10
	Abend- verkehr, OZ	NB/KB-ZB	15	30	0	1	15	10
		OT-ZB	30	60	0	1	15	10
	Tages- verkehr, MZ	NB/KB-ZB	15	30	0	1	20	15
		OT-ZB	30	60	0	1	20	15
	Abend- verkehr, MZ	NB/KB-ZB	30	60	0	1	20	15
		OT-ZB	60	60	0	1	20	15
	Tages- verkehr, GZ	NB/KB-ZB	30	60	0	1	20	15
		OT-ZB	60	120	0	1	20	15
	Abend- verkehr, GZ	NB/KB-ZB	60	120	0	1	20	15
		OT-ZB	60	120	0	1	20	15

OZ = Oberzentrum  
ZB = Zentraler Bereich

MZ = Mittelzentrum  
NB = Nebenzentraler Bereich

GZ = Grundzentrum  
KB = Kernrandbereich

OT = solitärer Stadt/Ortsteil

Tagesverkehr: 6 - 19 Uhr, Abendverkehr: 19 - 24 Uhr sowie an Wochenenden

<sup>1)</sup> gilt nur für Relationen, die ausschließlich mit Schienenverkehrsmitteln bedient werden

**Bild 78: Bedienungsqualität Bus gemäß dem Nahverkehrsplan 1997**



Zielwerte für die Raumverbindung					
Verbindungskategorie		Fahrzeugfolgezeit (min.)	Umsteigevorgänge	Luftliniengeschwindigkeit (Km/h)	
Regionale Verbindung	Tages- verkehr	GZ–GZ	60	1	20
		GZ–MZ	60	1	20
		GZ–OZ	60	1	20
		MZ–MZ	60	1	20
		MZ–OZ	30	1	20
	Abend- verkehr	GZ–GZ	120	1	20
		GZ–MZ	120	1	20
		GZ–OZ	60	1	20
		MZ–MZ	120	1	20
		MZ–OZ	60	1	20
Lokale Verbindung	Tages- verkehr, OZ	NB/KB- ZB	15	1	10
		OT-ZB	30	1	10
	Abend- verkehr, OZ	NB/KB- ZB	30	1	10
		OT-ZB	60	1	10
	Tages- verkehr, MZ	NB/KB- ZB	30	1	15
		OT-ZB	60	1	15
	Abend- verkehr, MZ	NB/KB- ZB	60	1	15
		OT-ZB	60	1	15
	Tages- verkehr, GZ	NB/KB- ZB	60	1	15
		OT-ZB	120	1	15
	Abend- verkehr, GZ	NB/KB- ZB	120	1	15
		OT-ZB	120	1	15

OZ = Oberzentrum  
MZ = Mittelzentrum  
GZ = Grundzentrum

ZB = Zentraler Bereich  
NB = Nebenzentraler Bereich  
KB = Kernrandbereich

OT= Solitärer Stadt-/Ortsteil

Tagesverkehr: 6 – 19 Uhr, Abendverkehr: 19 – 24 Uhr sowie an Wochenenden

Bild 79: Bedienungsqualität Bus gemäß dem Nahverkehrsplan 2006

<b>Verdichtungsraum</b> (Verbindungskat. nach Einwohnerzahl)			Zeiten Mo-Fr	Zeiten Sa	Zeiten So	Fahrzeug- folge (Min.)	Umstei- gevor- gänge (maxi- mal)
Verbin- dungs- kategorie I	Ortsteil > 7.500 Einwoh- ner	Tagesverkehr	4 – 20	6 – 17	-	15	0
		Schwachlast- verkehr	20 – 1	4 – 1	6 – 1	30	0
Verbin- dungs- kategorie II	Ortsteil > 3.000 Einwoh- ner	Tagesverkehr	4 – 20	6 – 16	-	30	0
		Schwachlast- verkehr	20 – 24	4 – 24	6 – 24	60	0
Verbin- dungs- kategorie III	Ortsteil $\geq$ 750 Einwohner	Tagesverkehr	4 – 19	-	-	60	1
		Schwachlast- verkehr	19 – 23	4 – 23	8 – 23	120	1
Verbin- dungs- kategorie IV	Ortsteil < 750 Einwohner	Tagesverkehr	6 – 18	-	-	120	1
		Schwachlast- verkehr	18 – 22	8 – 22	10 – 22	120	1

<b>Ländl. Raum</b> (Verbindungskat. nach Einwohnerzahl)			Zeiten Mo-Fr	Zeiten Sa	Zeiten So	Fahrzeug- folge (Min.)	Umsteige- vorgänge (maximal)
Verbin- dungs- kategorie III	Ortsteil $\geq$ 750 Einwohner	Tagesverkehr	4 – 19	-	-	60	1
		Schwachlast- verkehr	19 – 21	4 – 21	8 – 21	120	1
Verbin- dungs- kategorie IV	Ortsteil < 750 Einwohner	Tagesverkehr	6 – 18	-	-	120	1
		Schwachlast- verkehr	18 – 20	8 – 20	10 – 20	120	1

Bild 80: Bedienungsqualität Bus gemäß dem Nahverkehrsplan 2016

# Verknüpfungsqualität – Zielwerte für Bahn- und Busverkehr gemäß den Nahverkehrsplänen

## Zielwerte für Verknüpfungsqualitäten

Haltestellen- kategorie	Verknüpfungs- form	Anforderungen								
		Umsteige- zeit in Minuten		Umsteige- weg in Meter	Anzahl Ebenen	Anschluß- sicherung in Minuten	Orientierungs- hilfe f. Anschlüsse	P+R- Ein- richtung	K+R- Ein- richtung	B+R- Ein- richtung
		min.	max.	max.	max.	max.				
Verknüpfungs- punkte mit überregionaler Verknüpfungs- funktion (Kategorie I)	SPNV-SPNV	3	15	250	2	5	ja	optional <sup>1)</sup>	ja	ja
	SPNV-Bus	7	15		2	10				
	Bus-Bus	5	10		1	5				
Verknüpfungs- punkte mit regionaler Verknüpfungs- funktion (Kategorie II)	SPNV-SPNV	3	15	200	2	5	ja	optional <sup>1)</sup>	optional	ja
	SPNV-Bus	5	15		2	10				
	Bus-Bus	3	10		1	5				
Verknüpfungs- punkte mit lokaler Verknüpfungs- funktion (Kategorie III)	SPNV-Bus	5	10	150	2	10	ja	optional <sup>1)</sup>	optional	ja
	Bus-Bus	3	10		1	5				
Sonstige Haltestellen <sup>2)</sup> (Kategorien IV+V)	Bus-Bus	3	10	100	1	5	ja	optional	nein	optional

<sup>1)</sup> nach Maßgabe der räumlichen und verkehrlichen Situation anzustreben

<sup>2)</sup> Haltestellen dieser Kategorien sind nicht als Verknüpfungspunkte vorgesehen.  
Aus betrieblichen Gründen können jedoch Umstiege erforderlich oder  
P+R- bzw. B+R-Verknüpfungen wünschenswert sein.

**Bild 81: Verknüpfungsqualität Bahn- und Busverkehr gemäß dem Nahverkehrsplan 1997**



Zielwerte für Verknüpfungsqualitäten										
Haltestellen- kategorie	Verknü- pfungs- form	Anforderungen								
		Umsteige- zeit in Minuten		Um- steige- weg in Meter	Anzahl Ebenen	An- schluss- sicherung in Minuten	Orientie- rungshilfe für An- schlüsse	P+R Einrich- tung	K+R- Einrich- tung	B+R- Einrich- tung
		min.	max.	max.	max.	max.				
Verknüpfungs- punkte mit überregionaler Verknüpfungs- funktion (Kategorie I)	SPNV- SPNV	3	15	250	2	5	ja	ja <sup>1)</sup>	ja	ja
	SPNV- Bus	7	15		2	10				
	Bus- Bus	5	10		1	5				
Verknüpfungs- punkte mit regionaler Verknüpfungs- funktion (Kategorie II)	SPNV- SPNV	3	15	200	2	5	ja	ja <sup>1)</sup>	ja	ja
	SPNV- Bus	5	15		2	10				
	Bus- Bus	3	10		1	5				
Verknüpfungs- punkte mit lokaler Verknüpfungs- funktion (Kategorie III)	SPNV- Bus	5	10	150	2	10	ja	ja <sup>1)</sup>	ja	ja
	Bus- Bus	3	10		1	5				
Sonstige Haltestellen <sup>2)</sup> (Kategorien IV+V)	Bus- Bus	3	10	100	1	5	ja			

<sup>1)</sup> Außer Siegen Hbf und Siegen-Weidenau

<sup>2)</sup> Haltestellen dieser Kategorie sind als Verknüpfungspunkte vorgesehen, aus betrieblichen Gründen können jedoch Umstiege erforderlich oder P+R- bzw. B+R-Verknüpfungen wünschenswert sein.

Bild 82: Verknüpfungsqualität Bahn- und Busverkehr gemäß dem Nahverkehrsplan 2006

## **Umsteigezeit Bahn-Bahn:**

### **DB Netz**

- stationsspezifische Mindestübergangszeiten (abhängig von örtlichen Gegebenheiten) zwischen 5 und 8 Minuten (bahnsteiggleiche Anschlüsse in der Regel 3 Minuten)
- in begründeten Fällen (kurze Wege) kann Mindestübergangszeit für einzelne Anschlussbeziehungen reduziert werden

### **NWL**

- Übergangszeiten von 5 bis 15 Minuten (bahnsteiggleiche Anschlüsse kann 3 Minuten betragen)

## **Umsteigezeit Bahn-Bus:**

- Abstimmung erforderlich (Anschluss ist durch die Flexibilität des Busverkehrs zu realisieren)
- Fußläufige Entfernung zwischen den Bahnsteigen und den Bushaltestellen max. 300 m
- Wartezeitregelung zur Anschlusssicherung

**Bild 83: Verknüpfungsqualität Bahn- und Busverkehr gemäß dem Nahverkehrsplan 2011**

## Verknüpfungsqualität – Zielwerte für Busverkehr gemäß den Nahverkehrsplänen

Verknüpfungskategorien	Übergangszeiten / Regelwartezeiten	
<b><u>Verknüpfungskategorie I:</u></b> Siegen ZOB Weidenau ZOB*	<b>Übergangszeiten in Minuten:</b> SPNV-Bus: min. 8, max. 15 Bus-Bus: min. 4, max. 10	<b>Regelwartezeit Bus-Bus:</b> 2 Minuten <b>Regelwartezeit Bahn-Bus:</b> keine
<b><u>Verknüpfungskategorie II:</u></b> ./.	<b>Übergangszeiten in Minuten:</b> SPNV-Bus: min. 6, max. 15 Bus-Bus: min. 3, max. 10	<b>Regelwartezeit Bus-Bus:</b> 3 Minuten <b>Regelwartezeit Bahn-Bus:</b> keine
<b><u>Verknüpfungskategorie III:</u></b> Eiserfeld Bahnhof Eiserfeld Hengsbach Eisern Obersdorfer Straße Geisweid Freibad Geisweid Markt Geisweid ZOB Kaan-Marienborn Ortsmitte Niederschelden Hubenfeld Schule Siegen Koblenzer Straße Weidenau Polizei	<b>Übergangszeiten in Minuten:</b> SPNV-Bus: min. 5, max. 15 Bus-Bus: min. 3, max. 10	<b>Regelwartezeit Bus-Bus:</b> 4 Minuten <b>Regelwartezeit Bahn-Bus:</b> keine

\*Es gelten abweichend die Rahmenbedingungen zu Übergangszeiten und Regelwartezeiten aus Kategorie II.

Bild 84: Verknüpfungsqualität Bus- und Bahnverkehr gemäß dem Nahverkehrsplan 2016

## Analyseergebnisse zum fließenden Kfz-Verkehr

### Kfz-Verkehrsbelastung Analyse 2019

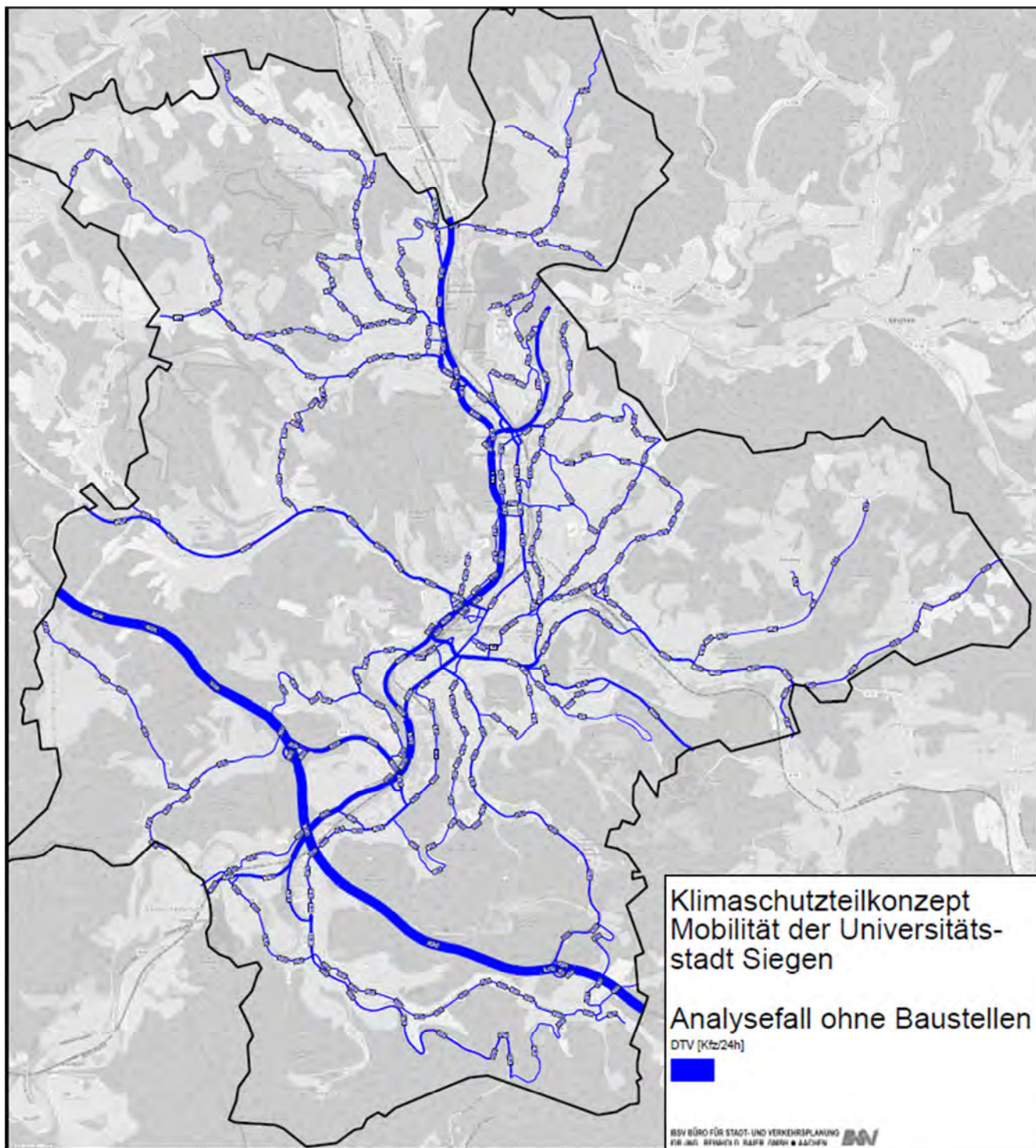
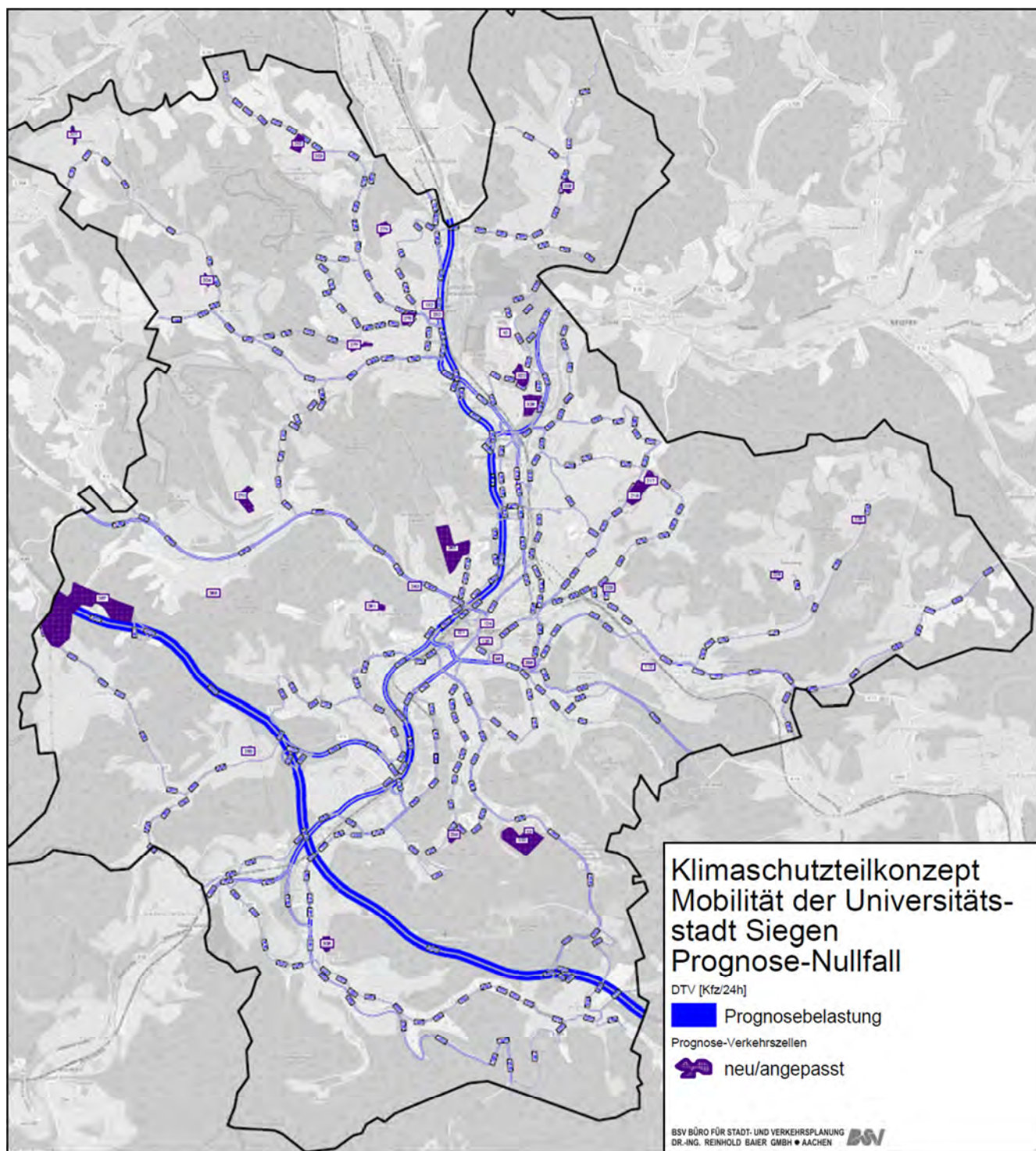


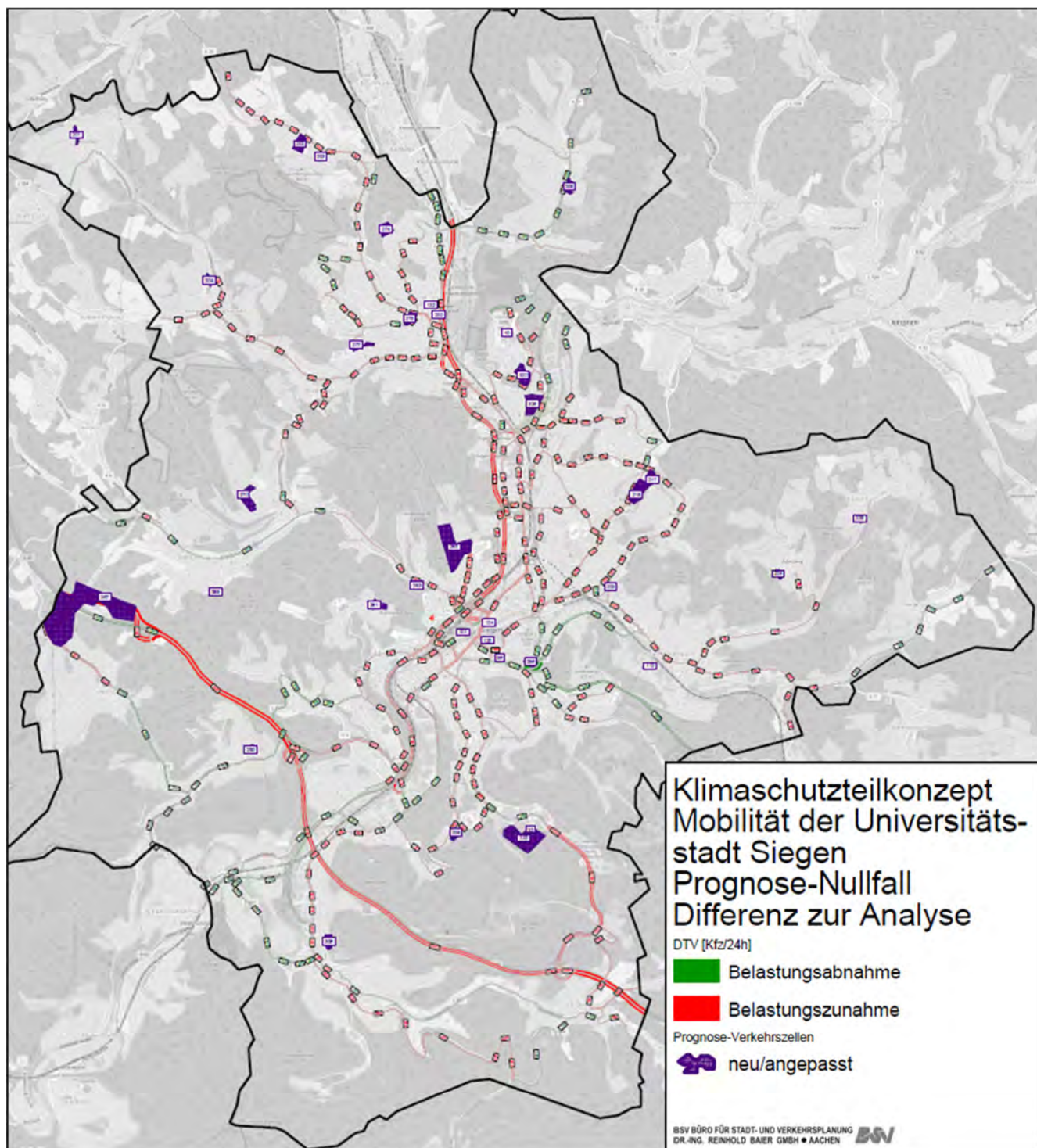
Bild 85: Durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsbelastung [Kfz/24h] für die Analyse 2019 der Universitätsstadt Siegen – Belastungsplan



## Kfz-Verkehrsbelastung Prognose-Nullfall 2030



**Bild 86: Durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsbelastung [Kfz/24h] für den Prognose-Nullfall 2030 der Universitätsstadt Siegen– Belastungsplan**



**Bild 87: Durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsbelastung [Kfz/24h] für den Prognose-Nullfall 2030 der Universitätsstadt Siegen – Differenzenplan zur Analyse 2019**



## Abgleiche der Vorbehaltsnetze aus 1991 und 2016

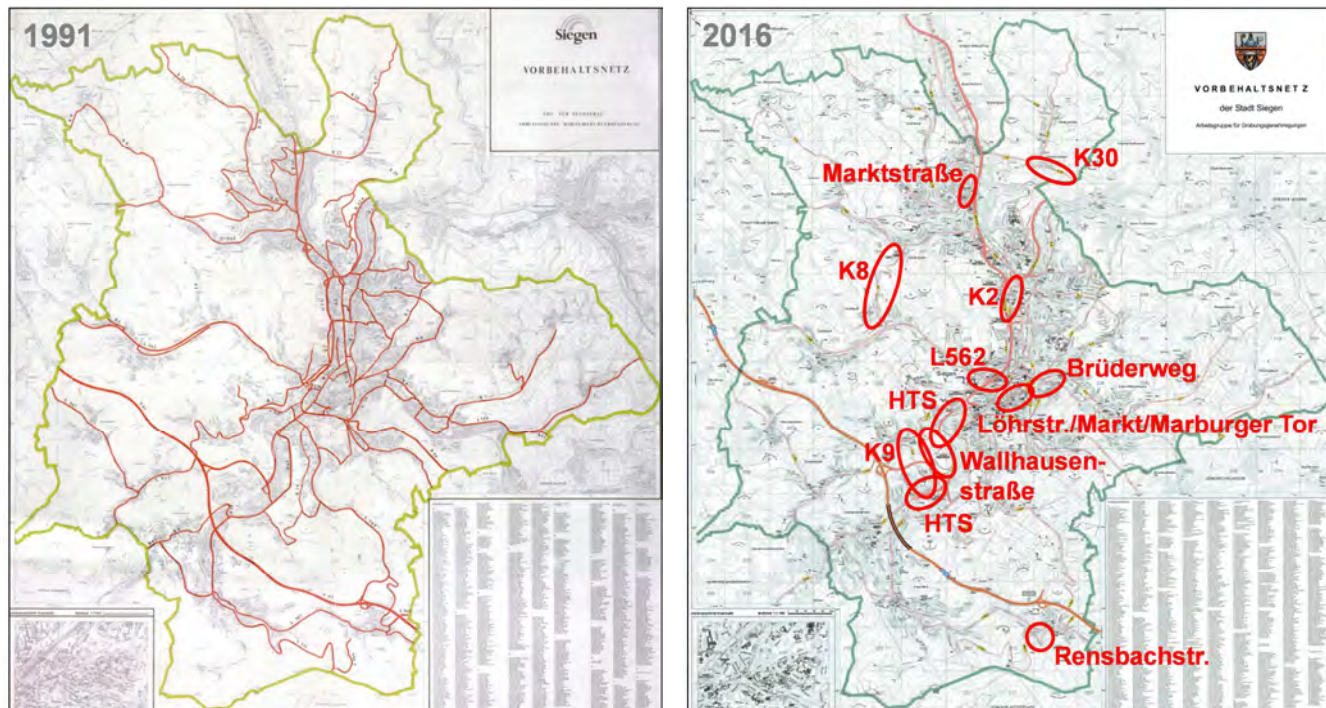


Bild 88: Vorbehaltsnetz der Universitätsstadt Siegen – Gegenüberstellung der Netze aus 1991 und 2016



## Analyseergebnisse zum ruhenden Kfz-Verkehr

### Parkraumbewirtschaftung

**Tabelle 1: Parkraumbewirtschaftung in der Universitätsstadt Siegen, Stand 2015**

Bereich	Bewirtschaftung 2015
Hammerhütte	Parkscheibenregelung
Bahnhofsumfeld	Hindenburgstr.: Parkscheibenregelung, Höchstparkdauer 30 Minuten Fürst-Johann-Moritz-, Sandstr. (bis Reichwalds Eck): Parkscheinregelung
Kaisergarten	Emilien-, Friedrich-, Juliusstr.: Parkscheinregelung Nordstraße, Sandstr. (Reichwalds Eck bis Kaisergarten): Parkscheibenregelung
Oberstadt	Löhrstr., Kornmarkt, Markt, Marburger Str., Marburger Tor: Parkscheibenregelung Neumarkt, Nikolaikirche: Parkscheinregelung
Frankfurter Straße, St.-Johann-Straße	Frankfurter Str.: Parkscheinregelung St.-Johann-Str.: Parkscheibenregelung

**Tabelle 2: Parkraumbewirtschaftung in der Universitätsstadt Siegen, Stand 2018**

Bereich	Bewirtschaftung 2018
Siegen-Mitte	0,60 € pro ½ Stunde Neumarkt, Morleysstraße, Kampenstraße und Kohlbettstraße: zusätzlich 0,30 € für Höchstparkdauer von ¼ Stunde Parkfläche Oberes Schloss: 1,00 € für Höchstparkdauer von 3 Stunden
Siegen-Weidenau	0,60 € pro ½ Stunde Poststraße und Zentralparkplatz: zusätzlich 0,30 € für Höchstparkdauer von ¼ Stunde
Sonstige Bereiche mit Parkuhr bzw. Parkscheinautomat	0,50 € je 1 Stunde

## Maßnahmensteckbriefe

Zuordnung		Maßnahmentitel (Handlungsansatz)
Fußverkehr	F1	Führung im Stadt-/Ortsteilzentrum
	F2	Einrichtung bzw. Erweiterung von Fußgängerzonen
	F3	Soziale Sicherheit (Beleuchtung, Sauberkeit)
	F4	Wegweisende Beschilderung innerhalb von Stadt-/Ortsteilzentren
	F5	Barrierefreiheit im Fußverkehr
	F6	Pflege und Instandhaltung der Fußverkehrsinfrastruktur
	F7	Verbreiterung von Gehwegen im Zuge von Um-/Neubau
	F8	Durchführung des Fußverkehrs-Checks
	F9	Erweiterung des Angebots an Sitzgelegenheiten
Zuordnung		Maßnahmentitel (Handlungsansatz)
Radverkehr	R1	Führung im Radverkehrsnetz
	R2	Radweganfang/-ende (innerorts)
	R3	Radweganfang/-ende an Ortseinfahrten
	R4	Sicherung des Radverkehrs an Lichtsignalanlagen
	R5	Einbahnstraßen mit Radverkehr in Gegenrichtung
	R6	Fahrradabstellanlagen an Bahnhaltepunkten und ÖPNV-Haltestellen
	R7	Fahrradabstellanlagen an Schulen
	R8	Fahrradabstellanlagen an publikumsintensiven Einrichtungen
	R9	Wegweisende Beschilderung (Hauptnetz und Vorrangroute)
	R10	Fahrradmietsystem
	R11	Service- und Dienstleistungsangebote
	R12	Barrierefreiheit im Radverkehr
	R13	Pflege und Instandhaltung der Radverkehrsinfrastruktur
	R14	Gestaltung von Fahrradstraßen und Tempo 30-Zonen/-Straßen
	R15	Überlagerung des städtischen und des kreisweiten Radverkehrsnetzes sowie Ergänzung auf Stadt-/Ortsteilebene
	R16	Bewerbung von Anschaffungsförderung für Pedelecs und Lastenpedelecs
Zuordnung		Maßnahmentitel (Handlungsansatz)
Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)	Ö1	Park & Ride sowie Bike & Ride
	Ö2	ÖPNV-Beschleunigung auf der Strecke und an Knotenpunkten
	Ö3	Pflege und Instandhaltung von Haltestellen
	Ö4	Initiierung von neuen Angebotsformen für verkehrsschwache Bereiche (zeitlich, räumlich)
	Ö5	Initiierung von Möglichkeiten zum Einsatz von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben
	Ö6	Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der äußeren Stadtteile an das Stadtzentrum Siegen

<b>Zuordnung</b>		<b>Maßnahmentitel (Handlungsansatz)</b>
<b>Kfz-Verkehr</b>	K1	Geschwindigkeitskonzept
	K2	Koordinierung der Lichtsignalanlagen
	K3	Parkleitsystem (kleinräumig)
	K4	Parkraumbewirtschaftung
	K5	Machbarkeitsstudie zum Siegbergtunnel
	K6	Intensivierung von Parkraum- und Geschwindigkeitskontrolle
	K7	Park & Ride-Anlagen
<b>Zuordnung</b>		<b>Maßnahmentitel (Handlungsansatz)</b>
<b>Wirtschafts-Verkehr</b>	W1	Mikro-Depots mit Einsatz von Elektronutzfahrzeugen
	W2	Gesamtstädtische Analyse der Verkehrsströme im Wirtschaftsverkehr
	W3	Machbarkeitsstudie „Infrastrukturen für Wirtschaftsverkehre mit Batterieantrieb (BEV) und Wasserstoffantrieb (FCV)“
<b>Zuordnung</b>		<b>Maßnahmentitel (Handlungsansatz)</b>
<b>Alternative Antriebe</b>	A1	E-Carsharing
	A2	Strukturierter Ausbau der Ladeinfrastruktur
	A3	Ausbau der Wasserstoff-Tankstelleninfrastruktur inkl. Herstellung und Speicherung
<b>Zuordnung</b>		<b>Maßnahmentitel (Handlungsansatz)</b>
<b>Mobilitätsmanagement</b>	M1	Personalstelle Mobilitätsmanagement
	M2	Betriebliches Mobilitätsmanagement
	M3	Zielgruppenspezifisches Mobilitätsmanagement
	M4	Initiierung einer Mobilitätszentrale
	M5	Initiierung einer Mobilitäts-App

## Handlungsfeld „Fußverkehr“

## Fußverkehr

## F1 Führung im Stadt-/Ortsteilzentrum

## Bestand



## Lösung

.

## Bestandsfakten zum Stadt-/Ortsteilzentrum Siegen-City (Unterstadt) als exemplarisches Beispiel

## Kurzbeschreibung



Um das Zufußgehen zu fördern, muss die Infrastruktur im Längsverkehr (Gehwegbreiten) und Querverkehr (Querungshilfen) entsprechend attraktiv gestaltet sein. Dies gilt gesamtstädtisch, aber vor allem für die Stadt-/Ortsteilzentren mit Nahversorgungsfunktion, in denen sich oftmals auch noch weitere publikumsintensive Einrichtungen befinden, sowie für bedeutende Fußgängerachsen.

Damit sich zwei Fußgänger ohne Komplikationen begegnen können, ist unter Berücksichtigung von Sicherheitsabständen eine Seitenraumbreite von mindestens 2,50 m erforderlich. Grundsätzlich sind die Gehwegbreiten sowie der Bedarf an Querungshilfen unter Berücksichtigung der Netzfunktion, der anliegenden Nutzungen und den Anforderungen aus Aufenthalt und Kinderspiel auszuwählen (Diagramm zur Auswahl in EFA enthalten). Die Umsetzbarkeit im Bestand erfordert eine Überprüfung der Platzkapazitäten. Mindestmaße der Gehwegdimensionierung sollen nach Möglichkeit vermieden werden. Eine gemeinsame Führung des Fuß- und Radverkehrs – vor allem wenn eine Benutzungspflicht für den Radverkehr besteht – sollte nur bei schwachen Fußgänger- und Radverkehrsstärken zum Einsatz kommen, damit Konflikte zwischen den Verkehrsteilnehmergruppen vermieden werden können.

















Lichtsignalanlagen sollen vor allem auf bedeutenden Fußgängerachsen über eine fußgängerfreundliche Schaltung verfügen. Dazu gehören vor allem, in Abhängigkeit von vorhandenen Koordinierungen, die Vermeidung von Wartezeiten über 30 Sekunden und kurze Grünphasen für den Fußverkehr. Nach Möglichkeit sollen auf Fußgängerachsen Daueranforderungen für den Fußgänger eingestellt werden und Druckknopfampeln nicht zum Einsatz kommen. Sind Druckknopfampeln dennoch notwendig, soll ein zeitnahes Umschalten eingestellt werden. Auch für den Fußgänger geteilte Grünphasen sind fußgängerunfreundlich. Eine Straße sollte für Fußgänger in einem Zug querbar sein. Fußgängerfreundliche Schaltungen verbessern die Akzeptanz der Lichtsignalanlagen und mindern damit die Rotlichtverstöße.

Neben der Dimensionierung der Gehwege sowie der Querbarkeit von Straßen spielt die Aufenthaltsqualität (siehe Steckbriefe F3 und F9) sowie die Beachtung der Barrierefreiheit (siehe Steckbrief F5) eine bedeutende Rolle. Straßenräume und Aufenthaltsflächen sollten abwechslungsreich gestaltet werden und Ruhepunkte für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen beinhalten (siehe Steckbrief F9). Bereiche vor Kindergärten und Schulen sollen nach Möglichkeit von ruhendem Kfz-Verkehr freigehalten werden, um die Gefahren durch ein- und ausparkende Fahrzeuge zu minimieren. (Quellen: RAST 2006, EFA 2002)


### Zielsetzung

-  Erhöhung der Attraktivität des Zufußgehens
-  Erhöhung der Verkehrssicherheit

### Wirkung auf ...

	gering			hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)				
<b>Weglänge</b> (Verringerung)				
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)				
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)				

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	mittel
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	hoch
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	Daueraufgabe
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	 (Daueraufgabe)

### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

## Fußverkehr

### F2 Einrichtung bzw. Erweiterung von Fußgängerzonen

#### Bestand

./.

#### Lösung

./.

#### Kurzbeschreibung

Fußgängerzonen sind besondere Aufenthaltsbereiche für Fußgänger ohne allgemeinen Kfz-Verkehr. Sie eignen sich vor allem bei einer sehr hohen Anzahl von Fußgängern von und zu ausgeprägten Einzelquellen und -zielen, wie beispielsweise einem Straßenabschnitt mit beidseitigem Geschäftsbesatz. Die Anordnung einer Fußgängerzone erfordert stets eine Abwägung zwischen Aufenthaltsqualität für den Fußgängerverkehr und Erreichbarkeit für den Kfz-Verkehr.

Soll der Kfz-Verkehr nicht gänzlich ausgeschlossen werden, aber dennoch eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität für den Fußverkehr erzielt werden, kann eine Verkehrsberuhigung durch die Anordnung eines Verkehrsberuhigten (Geschäfts-)Bereichs geschaffen werden, bei dem die gemeinsame und gleichberechtigte Nutzung des Verkehrsraums durch alle Verkehrsteilnehmer gilt („Shared Space“-Prinzip). Auch hier ist ein hohes Aufkommen im Fußverkehr erforderlich, damit der gemeinschaftliche Nutzungsbedarf erkennbar ist.

In der Stadt Siegen sind bereits ausgewählte Bereiche als Fußgängerzone oder als Verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen. Um weitere „Schutzzräume“ für den Fußverkehr zu schaffen, ist eine Ausweitung dieser bzw. eine Neuausweisung weiterer Bereiche als Fußgängerzone oder Verkehrsberuhigter (Geschäfts-)Bereich zu prüfen. Im Hinblick auf die notwendige Abwägung zwischen den verschiedenen Nutzungsanforderungen sollten dabei sowohl die Anwohnenden als auch die vorhandenen Gewerbetreibenden eingebunden werden.

#### Zielsetzung



Erhöhung der Aufenthaltsqualität

#### Wirkung auf ...

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)

**Wegelängen** (Verringerung)

**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)

**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)

	gering				hoch			
Verkehrsmittelwahl (zu Gunsten des Umweltverbunds)								
Wegelängen (Verringerung)								
Besetzungs-/Auslastungsgrad (Steigerung)								
Öffentlichkeit (Wahrnehmung)								



### Klimaschutzorientierte Bewertung

**CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

gering

**Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

hoch

**Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

mittelfristig

**Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)



### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

## Fußverkehr

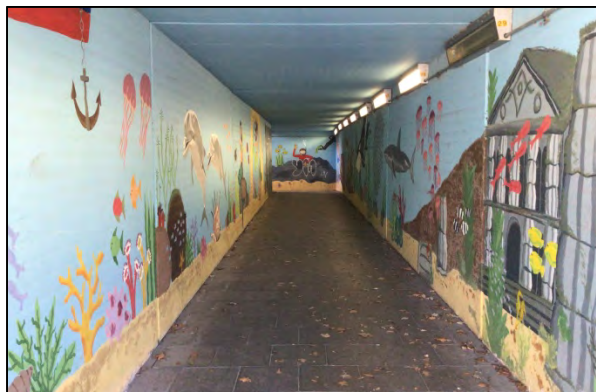
### F3 Soziale Sicherheit (Beleuchtung, Sauberkeit)

**Bestand**



Bahnunterführung Weidenau

**Lösung**



Unterführung Glückaufstraße

#### Kurzbeschreibung

Zur Gewährleistung einer sozialen Sicherheit müssen Verkehrsanlagen angstfrei erlebbar sein. Dies spielt vor allem für den Fußverkehr, aber auch den Radverkehr, eine zentrale Bedeutung.

Ein hohes Maß an subjektiver Sicherheit kann durch eine angemessene Gestaltung und Beleuchtung von Fußgängerverkehrsanlagen erreicht werden, sodass die Aspekte Sauberkeit und Einsehbarkeit gewährleistet werden können. Anlagen für den Fuß- und Radverkehr sollten möglichst so gestaltet sein, dass sie von außen (auch von der Fahrbahn aus) gut einsehbar sind, sodass eine gewisse soziale Kontrolle ermöglicht werden kann.

Oftmals werden vor allem Zwischen- und Verbindungswege vernachlässigt, obwohl sie im Hinblick auf die Durchgängigkeit für den Fuß- und Radverkehr eine hohe Bedeutung haben (z. B. die Fuß- und Radwegeverbindung entlang der Sieg, Himmelstreppe am Marburger Tor).

Zur Gewährleistung sind regelmäßige Kontrollen in Bezug auf Sauberkeit, Beleuchtung und Einsehbarkeit (Grünbewuchs) durchzuführen. Bei identifizierten Defiziten sind Sichtbarrieren (z. B. dichtes Buschwerk) zu entfernen, vorhandene schwache Leuchtmittel zu ersetzen, falsch platzierte Leuchten zu versetzen oder fehlende Leuchten zu installieren.

#### Zielsetzung

- ➡ Erhöhung der objektiven und subjektiven Sicherheit
- ➡ Erhöhung der Aufenthaltsqualität

#### Wirkung auf ...

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)

**Wegelängen** (Verringerung)

**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)

**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)

	gering		hoch	

### Klimaschutzorientierte Bewertung

**CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

gering

**Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

mittel

**Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

Daueraufgabe

**Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)

  
 (Daueraufgabe)

### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

## Fußverkehr

### F4 Wegweisende Beschilderung innerhalb von Stadt-/Ortsteilzentren

#### Bestand

#### Lösung

#### Kurzbeschreibung

Vor allem für Ortsunkundige ist eine Wegweisung von Bedeutung, um sich auch ohne technische Hilfsmittel (z. B. Smartphone) im Stadt-/Ortsteil zurecht zu finden. Neben einer überschaubaren, übersichtlichen Straßenraumgestaltung hilft eine Wegweisung bei der Zielauffindung. Dies gilt nicht nur für Einzelziele, sondern auch für das Auffinden von Mobilitätsangeboten (z. B. Haltestellen, Fahrradabstellanlagen, Parkhäuser). Sie sind möglichst sichtbar im Straßenraum anzuordnen oder entsprechend auszuschildern.

Kommt ein Wegweisungssystem zum Einsatz sind die in das System aufzunehmenden Zielpunkte festzulegen, damit die Inhalte in regelmäßigen Zeitabständen überprüft und ggf. angepasst werden können. Im Hinblick auf den Aufwand und die Übersichtlichkeit sollte sich das System auf die wichtigsten und publikumsintensiven Einrichtungen beschränken. Auch eine räumliche Beschränkung auf Gebiete mit einer hohen Dichte an entsprechenden Zielen ist ratsam (z. B. Siegen-City), da hier mit einem ausreichend hohen Fußverkehrsaufkommen zu rechnen ist.

Eine Wegweisung ist vor allem an bedeutenden ÖPNV-Haltestellen sowie an bedeutenden Knotenpunkten wichtig.

Wenn eine wegweisende Beschilderung installiert wird, gehört in jedem Fall auch die Kontrolle und Pflege dazu (vgl. auch Maßnahmensteckbrief F6).

#### Zielsetzung



Verbesserung der Orientierung, vor allem für Ortsunkundige

#### Wirkung auf ...

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)

**Wegelängen** (Verringerung)

**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)

**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)

gering

hoch


### Klimaschutzorientierte Bewertung

**CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

kein bzw. vernachlässigbar gering

**Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

mittel

**Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

kurzfristig

**Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)



### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

## Fußverkehr

### F5 Barrierefreiheit im Fußverkehr

**Bestand**



Siegen, Hauptstraße

**Lösung**



Siegen, Markt/ Kölner Straße

#### Kurzbeschreibung

Die Anforderungen an die Barrierefreiheit im Fußverkehr sind vielschichtig. Sie umfassen sowohl die Netzdurchlässigkeit als auch die Querbarkeit von Straßen.

##### Netzdurchlässigkeit

Der Fußverkehr ist umwegempfindlich. Vor diesem Hintergrund ist für den Fußverkehr am Anfang einer Sackgasse eindeutig über Beschilderung zu kennzeichnen, ob für den Fußverkehr am Ende eine Durchwegung vorhanden ist.

Im Bereich von Treppenanlagen sind für mobilitätseingeschränkte Personen möglichst Alternativen (z. B. Rampen oder ausgeschilderte kleinräumige Umfahrungen) anzubieten.

##### Querbarkeit

Sichere Querungsstellen müssen für sehingeschränkte Personen auffindbar sein. Hierfür sind taktile Leitelemente zur Führung anzubringen. An Lichtsignalanlagen sind zudem akustische Elemente oder aber Vibrationsplatten zu berücksichtigen.




Durch die Ausgestaltung von Bordabsenkungen an den Übergängen zwischen Seitenraum und Fahrbahn wird eine problemlose Querung der Fahrbahn für geingeschränkte Verkehrsteilnehmer ermöglicht. Damit die Übergänge aber auch für Sehingeschränkte ausreichend erkennbar sind, sind hier im Idealfall getrennte Querungsstellen anzulegen bzw. zumindest eine Bordhöhe von 3-6 cm als Kompromiss anzulegen.

##### Freihaltung des Gehwegs

















Vor allem in engen Straßenräumen (z. B. in historisch gewachsenen Stadtteilen) können Gegenstände auf dem Gehweg (z. B. Werbeständer oder Geschäftsauslagen, abgestellte Zweiräder, verkehrswidrig abgestellte Pkw) die Barrierefreiheit im Längsverkehr ohne ausreichende Ausweichmöglichkeiten einschränken. Diese sind nach Möglichkeit zu entfernen (Identifizierung über Kontrollen, vgl. auch Maßnahmensteckbrief K6).




### Zielsetzung

-  Gewährleistung von Direktheit und Durchlässigkeit
-  Erhöhung der Verkehrssicherheit
-  Erhöhung des Gehkomforts

### Wirkung auf ...

	gering			hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)				
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)				
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)				
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)				

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	gering
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	Daueraufgabe
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	 (Daueraufgabe)

### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen  
 Beirat der Menschen mit Behinderung/ Behindertenbeauftragter  
 Seniorenbeirat/ Seniorenbeauftragter

## Fußverkehr

### F6 Pflege und Instandhaltung der Fußverkehrsinfrastruktur

#### Bestand

#### Lösung

#### Kurzbeschreibung

##### Kontrolle und Unterhaltung

Um die Barrierefreiheit sowie Akzeptanz von Fußverkehrsanlagen zu gewährleisten, soll die Oberfläche jederzeit in einwandfreiem Zustand gehalten werden. Dies ist vor allem für Mobilitätseingeschränkte sowie Ältere von großer Bedeutung. Neben der Oberfläche muss auch die wegweisende Beschilderung in einem einwandfreiem Zustand gehalten werden. Hierzu ist eine regelmäßige Kontrolle erforderlich, wobei die Kontrollhäufigkeit nicht geringer sein sollte als diejenige im übrigen Straßennetz. Identifizierte Schäden sind zu erfassen und möglichst zeitnah zu beheben. Dabei kann der individuelle Fußgänger mit eingebunden werden. Die Stadt Siegen setzt für den Radverkehr hierzu bereits die kostenlose Smartphone-App „SiRad Melder“ ein. Grundsätzlich kann die App auch für den Fußverkehr genutzt werden. Ist dies gewünscht, sollte die App-Bezeichnung „SiRad Melder“ entsprechend angepasst werden (z. B. „Si Mängelmelder“), um die Nutzbarkeit für Fuß- und Radverkehr zu signalisieren. Bei Einsatz einer solchen App ist es wichtig, die Einträge regelmäßig zu kontrollieren und ein Feedback über den Bearbeitungsstand zu geben.

##### Reinigung und Winterdienst

Die Reinigung der Fußverkehrsanlagen wird von der Stadt Siegen in der Straßenreinigungssatzung geregelt. Die Stadt ist für die öffentlichen Straßen, Wege und Plätze innerhalb der geschlossenen Ortslagen, bei Bundesstraßen, Landstraßen und Kreisstraßen jedoch nur der Ortsdurchfahrten, verantwortlich, soweit die Reinigung nicht den Grundstückseigentümern übertragen wird. Nach EFA (2002) sollen Gehwegflächen generell in einer solchen Breite geräumt und gestreut werden, dass mobilitätseingeschränkte Personen sie ungehindert nutzen können. In der städtischen Satzung wird dies mit der Angabe einer Breite von 0,80 m konkretisiert.

##### Baustellensicherung

Bei der Einrichtung einer Baustelle gilt die RSA (Richtlinie für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen). Wird eine Fußverkehrsanlage blockiert, soll die Arbeitsstelle möglichst auf derselben Straßenseite umgehbar sein. Dabei ist auf eine barrierefreie Gestaltung der Umgehung zu achten (z. B. kantenfrei, Rampen mit max. 5 %), damit sie auch von mobilitätseingeschränkten Personen genutzt werden kann. (Quelle: EFA 2002)

#### Zielsetzung



Gewährleistung einer verkehrssicheren Verkehrsinfrastruktur

## Wirkung auf ...

gering

hoch

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)**Wegelängen** (Verringerung)**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)


## Klimaschutzorientierte Bewertung

**CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

gering

**Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

mittel

**Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

Daueraufgabe

**Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)


  
(Daueraufgabe)

## Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



## Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

## Fußverkehr

### F7 Verbreiterung von Gehwegen im Zuge von Um-/Neubau

**Bestand**



Unterdimensionierter Gehweg  
(Obergraben, Siegen-Mitte)

**Lösung**



Ausreichend dimensionierter Gehweg  
(Martinshardt, Leimbachtal)

#### Kurzbeschreibung

In den „Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen“ (RASt 2006) sind die räumlichen Nutzeransprüche des Fußverkehrs festgehalten. In den „Empfehlungen für Fußgängerverkehrsanlagen“ (EFA 2002) sind die Anforderungen an die Ausstattung von Fußgänger-verkehrsanlagen beschrieben (Seitenraumbreiten sowie Querungshilfen). Das Mindestmaß der Seitenraumbreite von 2,50 m (Regelfall) leitet sich dabei über den Platzbedarf von zwei nebeneinander gehenden Personen und den erforderlichen Abständen zur vorhandenen Bebauung und zur Fahrbahn ab. Das Maß berücksichtigt aber auch den Flächenbedarf von mobilitätseingeschränkten Personen. In Abhängigkeit der vorhandenen Randnutzung und dem damit verbundenen erwarteten Fußgängeraufkommen sind zusätzlich zu dem Regelmaß noch Breitenzuschläge erforderlich.

Im Bestand ist die Regelbreite von Gehwegen nicht immer erfüllt, da sich das Qualitätskriterium Führungsbreite in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Punktuell ist die Einhaltung aufgrund der eingeschränkten räumlichen Platzverhältnisse nicht möglich.

Zur Berücksichtigung der neuen Qualitätsanforderungen an Gehwege sollen diese stets bei Neubau zukünftig berücksichtigt werden. Im Zuge von Umbaumaßnahmen soll eine Verbreiterung der Gehwege auf das aktuelle Regelmaß nach Möglichkeit umgesetzt werden.

#### Zielsetzung

- ➡ Attraktivierung der Fußverkehrsverbindungen
- ➡ Gewährleistung einer verkehrssicheren Verkehrsinfrastruktur

**Wirkung auf ...**

gering

hoch

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)**Wegelängen** (Verringerung)**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)


**Klimaschutzorientierte Bewertung****CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

mittel

**Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

mittel

**Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

Daueraufgabe

**Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)


  
(Daueraufgabe)
**Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung****Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen

## Fußverkehr

### F8 Durchführung des Fußverkehrs-Checks

#### Bestand

./.

#### Lösung



Quelle: Bewerbungsaufwurf Fußverkehrs-Check NRW 2021, Flyer

#### Kurzbeschreibung



Um gezielt bedeutende Fußverkehrsverbindungen zu verbessern, ist eine vorherige Analyse dieser unter Berücksichtigung der Ansprüche verschiedener Nutzergruppen (Kinder und Jugendliche, ältere oder auch mobilitätseingeschränkte Personen) notwendig. Im Rahmen eines sogenannten Fußverkehrs-Checks durchlaufen Bürger, Verwaltung, Politik und weitere Interessengruppen gemeinsam verschiedene Arbeitsschritte: Status quo-Berichte, Stärken-Schwächen-Analysen, Maßnahmenpläne sowie Anregungen und Hinweise für eine dauerhafte Fußverkehrsförderung in der Kommune. Ziel ist, die Situation vor Ort für Fußgänger zu verbessern.

Im Rahmen des Klimaschutzteilkonzepts Mobilität als gesamtstädtischer Rahmenplan wurde das Umfeld der Stadt-/Ortsteilzentren fachgutachterlich analysiert und darauf aufbauend der Handlungsbedarf identifiziert (vgl. Maßnahmensteckbrief F1). Dabei wurden die eingegangenen Bürgermitteilungen berücksichtigt, es wurden aber keine gemeinsamen Ortsbegehungen durchgeführt.





Es wird empfohlen nach und nach in den Stadt-/Ortsteilzentren bzw. Bereichen außerhalb der Stadt-/Ortsteilzentren, die für den Fußverkehr von Bedeutung sind (z. B. Verbindungsachsen zwischen ÖPNV-Verkehrsknotenpunkten und bedeutende publikumsintensive Einrichtungen) den Fußverkehrs-Check als Planungsinstrument, aber auch zur Information und Sensibilisierung anzuwenden. Es werden verschiedene Aspekte behandelt, vor allem Querungen, Barrierefreiheit, Aufenthaltsqualität, Wegweisung/Orientierung und ggf. auch Schulwegplanung, sodass hier auch eine Schnittstelle zum zielgruppenspezifischen Mobilitätsmanagement besteht (vgl. Maßnahmensteckbrief M3).




### Zielsetzung

-  Sicherung von eigenständiger Kindermobilität sowie Mobilität im Alter
-  Attraktivierung der Fußverbindungen (des Fußverkehrs)

### Wirkung auf ...

	gering				hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)					
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)					
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)					
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)					

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	gering
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	mittelfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	

### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

## Fußverkehr

### F9 Erweiterung des Angebots an Sitzgelegenheiten

#### Bestand

#### Lösung



Sitzgelegenheit  
(Siegtalstraße, Niederschelden)

#### Kurzbeschreibung

















Spaziergänge und Aktivitäten an der frischen Luft sind für besondere Zielgruppen, darunter Kinder und Senioren, von großer Bedeutung (u. a. zur Stärkung des Immunsystems, zur Erhaltung der körperlichen Fitness, zur Förderung der Motorik). Während für Kinder ein Weg mit Hilfe von Spielelementen attraktiviert werden kann, ist es für ältere Menschen wichtig, dass auf ihren täglichen Wegen ausreichend Ruhepunkte vorhanden sind. Dabei lassen sich manchmal Sitz- und Spielelemente auch kombinieren (z. B. Balancierbalken, der auch als Bank genutzt werden kann).

Im Hinblick auf die Erweiterung des Angebots an Sitzgelegenheiten sind zunächst die relevanten Aufenthaltsbereiche und Wegeverbindungen von älteren Menschen zu identifizieren. Erste Hinweise geben Nutzungseinrichtungen, die für Senioren von Bedeutung sind. Im Idealfall erfolgt die Identifizierung im Rahmen eines partizipativen Prozesses gemeinsam mit der Zielgruppe der älteren Menschen (ähnlich zum Fußverkehrs-Check, vgl. Maßnahmensteckbrief F8). Im nächsten Schritt muss dann erarbeitet werden, an welchen Punkten eine Aufstellung von Sitzgelegenheiten sinnvoll möglich ist. Hierbei sollte die Aufenthaltsqualität des Umfelds sowie die Sichtbarkeit und Erreichbarkeit des Aufstellungsortes berücksichtigt werden. Die Barrierefreiheit (Freihaltung von Fußgängerachsen) darf jedoch durch die Aufstellung nicht beeinträchtigt werden.

#### Zielsetzung

- ➡ Schaffung einer erhöhten Aufenthaltsqualität
- ➡ Förderung der Gesundheit, der Mobilität und des Wohlbefindens

**Wirkung auf ...**

	gering		hoch	
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)				
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)				
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)				
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)				

**Klimaschutzorientierte Bewertung**

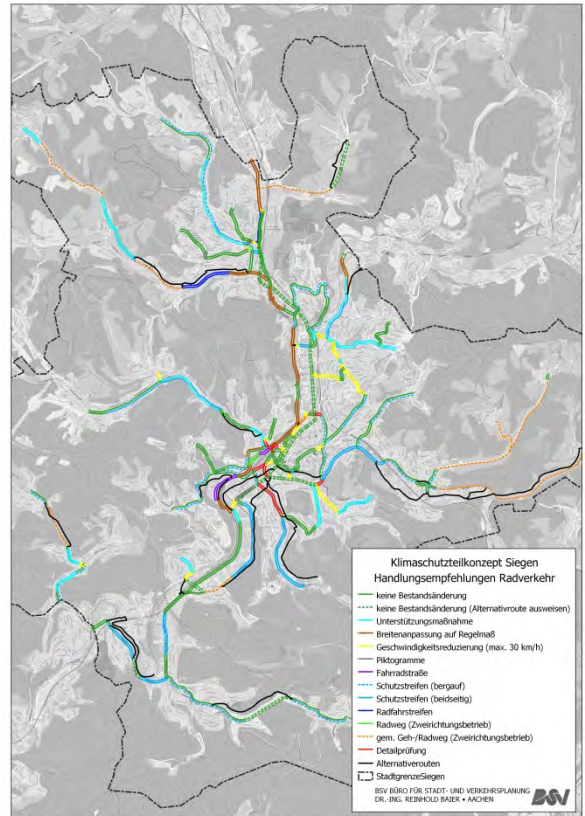
<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	gering
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	mittelfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	  

**Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung****Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen

## R1 Führung im Radverkehrsnetz

## Ergänzung/Lösung



## Radverkehrsführung Zielkonzept

Die Wahl der Radverkehrsführung an Straßen muss die verkehrliche Situation berücksichtigen. Mit den Angaben zur zulässigen Höchstgeschwindigkeit und der Kfz-Verkehrsbelastung erfolgt eine Vorauswahl der möglichen Führungsformen (Diagramm zur Auswahl in ERA enthalten). Die Umsetzbarkeit im Bestand erfordert zudem eine Überprüfung der Platzkapazitäten.

Im innerörtlichen Hauptverkehrsstraßennetz wird die Führung auf Radfahrstreifen oder Schutzstreifen als wiedererkennbares „System“ bevorzugt. Dabei sollen Mindestmaße vermieden und der Ausbau mit den Regelmaßen angestrebt werden (Radfahrstreifen 1,85 m bei  $V_{\max} = 50 \text{ km/h}$ ; Schutzstreifen 1,50 m). Hierbei ist die verbleibende Restfahrbahnbreite für den Kfz-Verkehr zu berücksichtigen (Radfahrstreifen: mind. 5,50 m; Schutzstreifen: mind. 4,50 m).

Bei Schutzstreifen kann der Seitenraum zwar grundsätzlich für den Radverkehr in nicht-benutzungspflichtiger Form freigegeben werden. Auf eine für den Kfz-Verkehr „sichtbare“ Doppelstruktur sollte aber möglichst verzichtet werden. Dies gilt vor allem für die Beschilderung „Gehweg, Radfahrer frei“. Dies erleichtert sowohl für den Kfz-Verkehr als auch für den Radverkehr die Orientierung und erhöht damit die Verkehrssicherheit.

Bei Seitenraumführungen ist der Zweirichtungsbetrieb aufgrund des erhöhten Querungsbedarfs sowie aus Sicherheitsgründen (für den Kfz-Verkehr unerwartete Herkunftsrichtung des Radverkehrs) zu vermeiden.

Um Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern zu vermeiden, sollen benutzungspflichtige gemeinsame Führungen nur bei schwachen Fußgänger- und Radverkehrsstärken und mit einer ausrei-





chenden Nutzungsbreite eingesetzt werden (nutzungsabhängige Einsatzgrenzen sind in ERA enthalten).

Im innerörtlichen Erschließungsstraßennetz soll eine Führung im Mischverkehr bei Tempo 30 angestrebt werden. Zudem können Fahrradstraßen den Komfort für den Radverkehr auf radverkehrsrelevanten Relationen (z. B. Schülerradrouten) erhöhen.

















Außerorts wird aufgrund der verkehrlichen und sozialen Sicherheit eine Führung auf straßenbegleitenden gemeinsamen Geh-/Radwegen im Zweirichtungsbetrieb als Standard angestrebt. Sollte dies nicht möglich sein, ist eine beleuchtete Alternativroute auszuweisen. (Quellen: RASSt 2006, ERA 2010)

Die Vorrangroute, die überwiegend den Radverkehr abseits des Kfz-Verkehrs führt, soll aufgrund der Pendlerbedeutung mittel- bis langfristig als durchgehende Radvorrangroute ausgebaut werden. Hierzu werden im Rahmen des kreisweiten Radverkehrskonzepts zugehörige Ausbaustandards definiert, die eine zügige Befahrbarkeit ermöglichen.

### Zielsetzung

-  Schaffung eines durchgängigen Radverkehrsnetzes zur Gewährleistung der Erreichbarkeit der Stadt-/Ortsteilzentren sowie der benachbarten Kommunen
-  Erhöhung der Verkehrssicherheit für den Radverkehr
-  Erhöhung des Komforts für den Radverkehr
-  Stärkung der Sichtbarkeit von Radverkehr als gleichwertiges Verkehrssystem

### Wirkung auf ...

	gering			hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)				
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)				
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)				
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)				

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	hoch
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	hoch
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	Daueraufgabe
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	☆☆☆ (Daueraufgabe)

### Umsetzungsorientierte Bewertung



**Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen



## Radverkehr

### R2 Radweganfang/-ende (innerorts)

#### Bestand



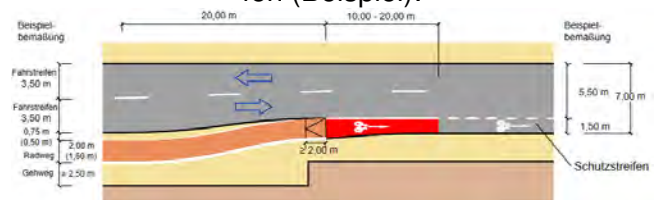
Übergang von Radweg zu Mischverkehr  
(Hufeisenbrücke Freudenberger Straße)

#### Ergänzung/Lösung



Übergang von Gehweg, Rad frei zu Mischverkehr  
(Bühlstraße)

#### Bauliche Überführung von Radweg in Schutzstreifen (Beispiel):



Quelle: Musterlösung für Radverkehrsanlagen  
in Baden-Württemberg

#### Kurzbeschreibung

In den Übergangsbereichen zwischen zwei Radverkehrsführungsformen sind die Mindestbreiten der einzelnen Führungsformen einzuhalten. Der Übergang ist so auszubilden, dass ihn der Radverkehr möglichst stoßfrei, direkt und ohne Verschwenkung überfahren kann.

Die Regellösung für die Überwindung der Höhenunterschiede zwischen baulichen Radwegen und fahrbahngleichen Anlagen sind Rampen mit einer Längsneigung von 4 bis 6 %, sodass sie mindestens eine Länge von 2,00 m besitzen müssen. Die gesamte Verflechtungslänge soll 10 bis 20 m betragen, damit der Radverkehr ohne Sichtverdeckung parallel zum Kfz-Verkehr die Führungsform wechseln kann. Die konkrete Ausführungsform im Übergangsbereich ist von den zu verknüpfenden Führungsformen abhängig, ist jedoch aus Verkehrssicherheitsgründen mindestens zu markieren und besser mit einem baulichen Schutz zu versehen. Zur zusätzlichen Kennzeichnung kann der Übergangsbereich rot eingefärbt werden (optional). (Quellen: RAST 2006, ERA 2010, StVO)

### Zielsetzung



barrierefreie, abgesicherte Überleitung vom Seitenraum auf die Fahrbahn oder umgekehrt

### Wirkung auf ...

	gering				hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)					
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)					
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)					
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)					

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	gering
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	mittelfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	☆☆☆

### Umsetzungsorientierte Bewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

# Radverkehr

## R3 Radweganfang/-ende an Ortseinfahrten

### Bestand



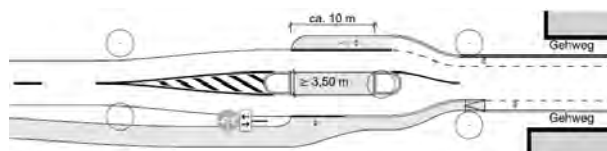
Ortseinfahrt Buchen



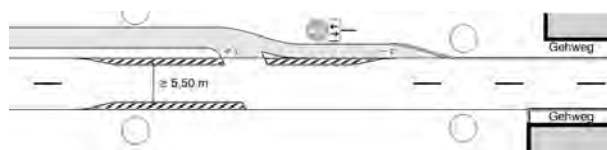
Ortseinfahrt Langenholdinghausen

### Ergänzung/Lösung

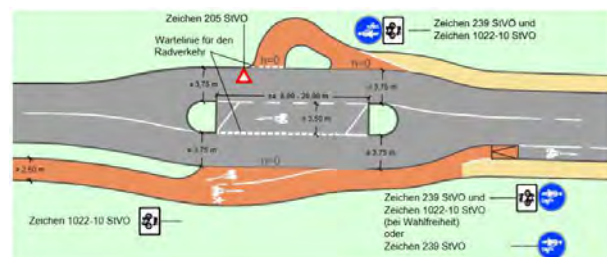
Überquerungsstelle an Ortseinfahrt mit Mittelinsel:



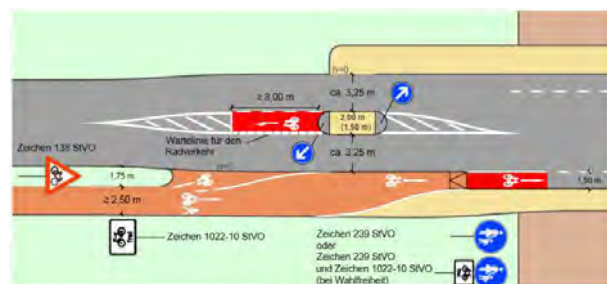
Überquerungsstelle an Ortseinfahrt ohne Mittelinsel:



Aufstellstreifen an Ortseinfahrt innerhalb geteilter Mittelinsel:



Aufstellstreifen an Ortseinfahrt im Schutz baulicher Mittelinsel



Quelle Bild 1/2: ERA (2010)

Quelle Bild 3/4: Musterlösung für Radverkehrsanlagen in Baden-Württemberg



### Kurzbeschreibung

Die Ausbildung des Übergangs zwischen freier Strecke (Außerortsbereich) und Ortsdurchfahrten (Innerortsbereich) soll dem Radverkehr einen sicheren und komfortablen Wechsel der Straßenseite am Anfang und Ende von einseitigen Radverkehrsanlagen ermöglichen.

Die Querungsstelle am Übergang ist in Abhängigkeit von den miteinander zu verknüpfenden Radverkehrsführungen zu gestalten. Im Ortseingangsbereich ist die Überführung ohne bauliches Element oder mit einer Mittelinsel möglich. Sofern Mittelinseln als Querungshilfe vorgesehen sind, sind diese gemäß RASSt mindestens 3,50 m breit umzusetzen, um eine geschwindigkeitsdämpfende Wirkung zu erzielen.

Die Gestaltung der Querungsstelle (z. B. Verschwenkung, Inselöffnung und farbliche Markierung) hat besonderen Einfluss auf die Akzeptanz und Sicherheit. Die konkrete Umsetzungsform ist abhängig von den örtlichen Randbedingungen sowie den zu verknüpfenden Radverkehrsführungen. Der Wechsel der Führungsform, insbesondere von einer einseitigen Führung zu beidseitiger Führung (bzw. umgekehrt), kann indirekt über den Seitenraum oder mittels Abbiegespur für den Radverkehr erfolgen. Eine Kombination dieser Wechselmöglichkeiten kann ebenfalls umgesetzt werden. (Quellen: RASSt 2006, ERA 2010, StVO)

### Zielsetzung

-  Barrierefreie, sichere Querung des Radverkehrs
-  Geschwindigkeitsdämpfung des Kfz-Verkehrs

### Wirkung auf ...

	gering				hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)					
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)					
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)					
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)					

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	kein bzw. vernachlässigbar gering
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	mittelfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	

### Umsetzungsorientierte Bewertung



**Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen

## Radverkehr

### R4 Sicherung des Radverkehrs an Lichtsignalanlagen

#### Bestand



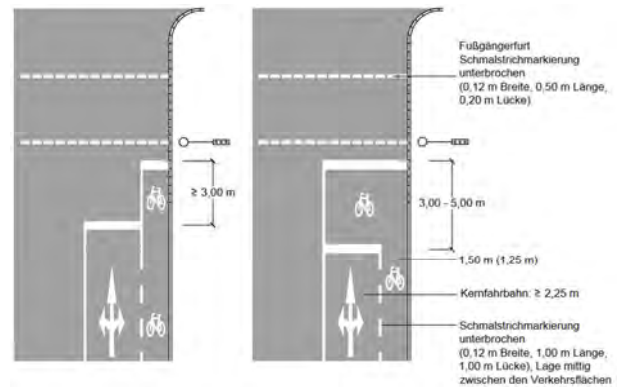
KP Kölner Tor/Obergraben

#### Ergänzung/Lösung



Aufstellfläche  
KP Poststraße/Weidenauer Straße

Vorgezogene Haltlinie und aufgeweiteter Radaufstellstreifen:



Quelle: Musterlösung für Radverkehrsanlagen in Baden-Württemberg

#### Kurzbeschreibung

Bei der Führung des Radverkehrs auf Schutz- oder Radfahrstreifen ist an Knotenpunkten mit Lichtsignalanlage zu prüfen, ob die Umsetzung einer vorgezogenen Haltlinie oder eines aufgeweiteten Radaufstellstreifens umsetzbar ist. Beide Varianten bieten für den Radverkehr die Möglichkeit, sich im Blickfeld des Kfz-Verkehrs aufzustellen und können durch eine Entflechtung rechts abbiegender Kfz von geradeaus fahrendem oder links abbiegendem Radverkehr zu einer erheblichen Entschärfung von Gefahrensituationen beitragen.

Aufgeweitete Radaufstellstreifen kommen vorrangig in Knotenpunktzufahrten mit längeren Sperrzeiten zum Einsatz, damit die Mehrzahl der Radfahrer den Aufstellstreifen auch nutzen kann. (Quellen: ERA 2010)

#### Zielsetzung



Erhöhung der Verkehrssicherheit



### Wirkung auf ...

	gering		hoch		
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)					
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)					
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)					
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)					

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	gering
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	mittelfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	☆☆☆

### Umsetzungsorientierte Bewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

## Radverkehr

### R5 Einbahnstraßen mit Radverkehr in Gegenrichtung

#### Bestand



Einbahnstraße ohne Freigabe für den Radverkehr  
(Hinterstraße)

#### Ergänzung/Lösung

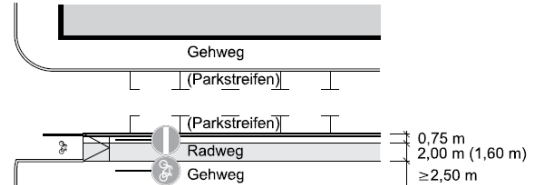
##### Mischverkehr auf der Fahrbahn



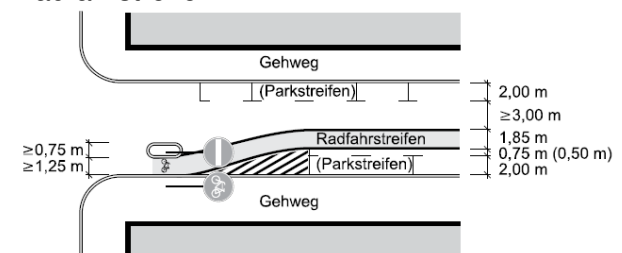
##### Schutzstreifen



##### Baulicher Radweg



##### Radfahrstreifen



Quelle: ERA (2010)

#### Kurzbeschreibung

Gemäß den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA 2010) soll der Radverkehr grundsätzlich Einbahnstraßen auch in Gegenrichtung nutzen können, sofern dies aus Sicherheitsgründen vertretbar ist.

Bei der Freigabe von Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung sind Höchstgeschwindigkeiten von bis zu 30 km/h zulässig. Die notwendige Fahrgassenbreite beträgt 3,50 m (mindestens 3,00 m) mit ausreichenden Ausweichmöglichkeiten. Bei Linienbusverkehr oder erhöhtem Schwerverkehrsanteil ist eine Fahrgassenbreite von mehr als 3,50 m vorzuhalten. Geringere Breiten sind nur im Einzelfall, bei geringen Verkehrsstärken oder einer kurzen Abschnittslänge zulässig.

Zu prüfen ist, ob eine Aufhebung der Einbahnregelung möglich ist. Ist dies der Fall und die Fahrgassenbreite ermöglicht eine Öffnung, ist die Führung des Radverkehrs zu überprüfen (i. d. R. im Mischverkehr oder mit Schutzstreifen auf der Fahrbahn, in Ausnahmefällen baulicher Radweg oder Radfahrstreifen). Gegebenenfalls können ergänzende Maßnahmen notwendig sein.

Die Umsetzbarkeit der Freigabe für den Radverkehr in Gegenrichtung ist im Einzelfall zu entscheiden. Zur Unterstützung des Netzcharakters sind vergleichbare Rahmenbedingungen und einheitliche Regelungen und Gestaltung innerhalb einer Stadt anzustreben. (Quellen: ERA 2010)

### Zielsetzung



direkte Wegebeziehungen (Vermeidung von Umwegen)

### Wirkung auf ...

	gering				hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)					
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)					
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)					
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)					

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	kein bzw. vernachlässigbar gering
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	gering
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	kurzfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	☆☆☆

### Umsetzungsorientierte Bewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

## Radverkehr

### R6 Fahrradabstellanlagen an Bahnhaltepunkten und ÖPNV-Haltestellen

#### Bestand

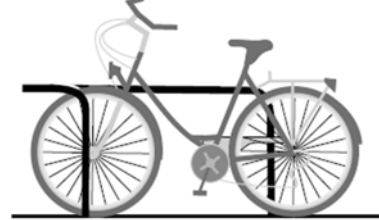


Fahrradparken (Hauptbahnhof)

#### Ergänzung/Lösung

Nachfolgend sind Beispiele dargestellt:

Anlehnhalter als öffentlich zugängliche Abstellanlage  
(Form wurde insb. mit Arbeitskreis Radverkehr abgestimmt)



Quelle: Hinweise zum Fahrradparken (2012)



Fahrradboxen als geschlossene Abstellanlage  
(wie z. B. auch schon am Hauptbahnhof Siegen vorhanden)

#### Kurzbeschreibung

Die Verbesserung des Fahrradparkens gehört zu einer umfassenden Strategie zur Förderung des Radverkehrs. Es ist davon auszugehen, dass ergänzend zu weiteren Maßnahmenbereichen durch eine Verbesserung der Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an den Zielorten zusätzliche Potenziale für die Fahrradnutzung im Alltag erschlossen werden können. Relevante Aspekte bedarfsgerechter Fahrradabstellanlagen sind insbesondere Diebstahlsicherheit, Witterungsschutz und Standsicherheit.

Die Nachfrage nach Fahrradabstellplätzen an ÖPNV-Haltestellen besteht überwiegend tagsüber und für eine längerfristige Dauer. Die erforderliche Kapazität hängt stark von der Funktion der Haltestelle sowie der Lage im Stadt-/Tarifgebiet ab.

Für Bahnhöfe können kein Parkzeitraum und keine Parkdauer als „üblich“ festgelegt werden. Es kann jedoch von einer überwiegend langfristigen Abstelldauer ausgegangen werden, sodass insbesondere ein Witterungsschutz sowie Schutz vor Vandalismus und Diebstahl ausschlaggebend für die dortige Gestaltung einer Fahrradabstellanlage (Bike+Ride-Anlage) sind. Darüber hinaus ist aufgrund starker Verkehrsströme verschiedener Verkehrsteilnehmer besonders auf eine konfliktfreie An-/Abfahrt der Fahrradabstellanlagen zu achten.

An Bahnhöfen oder wichtigen ÖPNV-Haltestellen sind für unterschiedliche Ansprüche der Nutzer so-

wohl öffentlich zugängliche Fahrradabstellanlagen (Anlehnhalter) als auch geschlossene Abstellanlagen (Fahrradboxen) vorzusehen. Auch extra breite Abstellplätze für Lastenräder und Fahrradanhängern sollten berücksichtigt werden. Zusätzlich ist hier ein Angebot von Ladeinfrastrukturen für E-Bikes zu prüfen.

Für Fahrradabstellanlagen an Bahnhof und ÖPNV-Haltestellen werden in Abhängigkeit von der Frequentierung unterschiedliche Kategorien empfohlen:

Standort	Kategorie	Beschreibung	Anzahl Abstellanlagen	Art der Abstellanlage
Bushaltestellen	XS	Basisangebot	bis 6 Stpl.	frei zugängliche Anlehnhalter (Bügel)
(Regional-) Bushaltestellen	S	erweitertes Basisangebot	bis 20 Stpl.	frei zugängliche Anlehnhalter (Bügel) mit Witterungsschutz
Endhaltestellen, Busbahnhöfe, (Regional-)Bahnhöfe	M	kleines Standardangebot	50 bis 200 Stpl.	frei zugängliche Anlehnhalter (Bügel) mit Vorderradhalter und Witterungsschutz
				Geschlossenes Angebot (Fahrradboxen, Sammelanlage)
Wichtige Verknüpfungspunkte, Bahnhöfe	L	großes Standardangebot	> 200 Stpl.	frei zugängliche Anlehnhalter (Bügel) mit Vorderradhalter und Witterungsschutz
				Geschlossenes Angebot (Fahrradboxen, Sammelanlage)



Quelle: eigene Darstellung nach Hinweisen zum Fahrradparken (2012) und Leitfaden Bike+Ride Baden-Württemberg

Im Rahmen der Bike+Ride-Offensive werden an den Bahnhaltepunkten im Stadtgebiet (außer am Bahnhof Eiserfeld) Fahrradboxen aufgestellt werden. Der entsprechende Förderantrag dazu wurde bereits bewilligt.

Aufgrund der längeren Standzeiten an Bahnhaltepunkten und ÖPNV-Haltestellen sollten in Bezug auf die geschlossenen Abstellanlagen Lademöglichkeiten integriert werden.

Die hier dargestellten Inhalte gelten auch für den Maßnahmensteckbrief Ö1 im Handlungsfeld ÖPNV.

### Zielsetzung

-  Verbesserung der Verkehrsmittelverknüpfung
-  Erhöhung der Einzugsbereiche der Bahnhöfe und ÖPNV-Haltestellen

### Wirkung auf ...

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)

**Wegelängen** (Verringerung)

**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)

**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)

gering				hoch

### Klimaschutzorientierte Bewertung

**CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

hoch

**Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

hoch

**Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

kurzfristig

**Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)



### Umsetzungsorientierte Bewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen



## Radverkehr

### R7 Fahrradabstellanlagen an Schulen

#### Bestand



Fahrradabstellanlage am Fürst-Johann-Moritz-Gymnasiums (Weidenau)

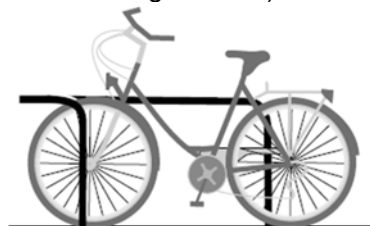


Fahrradabstellanlage an der Grundschule Auf dem Hubenfeld (Niederschelden)

#### Ergänzung/Lösung

Nachfolgend sind Beispiele dargestellt:

Anlehnhalter als öffentlich zugängliche Abstellanlage  
(Form wurde insb. mit Arbeitskreis Radverkehr abgestimmt)



Quelle: Hinweise zum Fahrradparken (2012)

Darüber hinaus sind ab einer bestimmten Schulgröße auch geschlossene Abstellanlagen (Fahrradboxen oder Sammelanlage) empfehlenswert (siehe Tabelle in Kurzbeschreibung).

#### Kurzbeschreibung

Die Nachfrage nach Fahrradabstellplätzen an Schulen (v. a. weiterführende Schulen) besteht regelmäßig tagsüber und über eine längere Dauer.

Die Fahrradabstellanlagen an Schulen besitzen erhöhte Anforderungen an Witterungsschutz und Einsehbarkeit. Von daher wird das Basisangebot (Kategorie XS) ohne Witterungsschutz nicht als geeignet eingestuft. Die Zuordnung der Kategorien S bis L erfolgt auf Grundlage der Orientierungswerte aus den Hinweisen zum Fahrradparken (1 Abstellplatz je Schüler bei bis zu 20 % Radverkehrsanteil).

Die weiterführenden Schulen zählen oftmals zu den Schulen mit mehr als 250 Schülern und erfordern daher das Standardangebot mit frei zugänglichen und einem geschlossenen Angebot. Alternativ zu einzelnen Fahrradboxen sind hier auch Sammelanlagen (z. B. in einem gut zugänglichen Fahrradkeller) einsetzbar.

Darüber hinaus ist besonderer Wert auf eine verkehrssichere Gestaltung der Zu- und Ausfahrten der Abstellanlagen sowie einer dezentralen Anordnung zu legen. Aufgrund der starken Konzentration der Verkehrsströme der Fußgänger und Radfahrer zu Schulbeginn und Schulschluss ist auf eine angemessene Gestaltung der Fahrgassen zu achten. Eine dezentrale Anordnung kann die Verkehrsströme entflechten (Steigerung der Verkehrssicherheit) und eine bessere Erreichbarkeit der einzelnen Abstellanlagen auf dem Schulgelände sicherstellen.

Standort	Kategorie	Beschreibung	Anzahl Abstellanlagen	Art der Abstellanlage
./.	XS	Basisangebot	./.	frei zugängliche Anlehnhalter (Bügel)
Schulen bis 250 Schüler	S	erweitertes Basisangebot	bis 50 Stpl.	frei zugängliche Anlehnhalter (Bügel) und Witterungsschutz
Schulen von > 250 bis ca. 500 Schüler	M	kleines Standardangebot	> 50 bis 100 Stpl.	frei zugängliche Anlehnhalter (Bügel) mit Vorderradhalter und Witterungsschutz Geschlossenes Angebot (Fahrradboxen, Sammelanlage)
Schulen mit mehr als 500 Schüler	L	großes Standardangebot	> 100 Stpl.	frei zugängliche Anlehnhalter (Bügel) mit Vorderradhalter und Witterungsschutz Geschlossenes Angebot (Fahrradboxen, Sammelanlage)

Quelle: eigene Darstellung nach Hinweisen zum Fahrradparken (2012) und Leitfaden Bike+Ride Baden-Württemberg

Aufgrund der längeren Standzeiten an den Schulen können in Bezug auf die geschlossenen Abstellanlagen Lademöglichkeiten integriert werden.

### Zielsetzung



Förderung des Schülerradverkehrs

### Wirkung auf ...

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)

**Wegelängen** (Verringerung)

**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)

**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)

	gering			hoch

### Klimaschutzorientierte Bewertung

**CO<sub>2</sub>-Emissionen**  
(Minderungspotenzial)

gering

**Kostenschätzung**  
(Planung, Material, Umsetzung)

mittel

**Fertigstellung der Maßnahme**  
(Wirkungsbeginn)

kurzfristig

**Klimaschutzorientierte Priorität**  
(Gesamtbewertung)



**Umsetzungsorientierte Bewertung****Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen,  
Schulträger  
Schulen

## Radverkehr

### R8 Fahrradabstellanlagen an publikumsintensiven Einrichtungen

#### Bestand

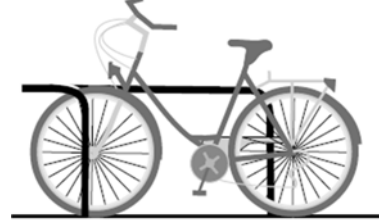


Vorderradhalter  
(Fußgängerzone Siegen-Unterstadt)

#### Ergänzung/Lösung

Nachfolgend sind Beispiele dargestellt:

Anlehnhalter als öffentlich zugängliche Abstellanlage  
(Form wurde insb. mit Arbeitskreis Radverkehr abgestimmt)



Quelle: Hinweise zum Fahrradparken (2012)

Darüber hinaus sind an zentralen Bündelungspunkten bzw. an großen Freizeiteinrichtungen auch geschlossene Abstellanlagen (Fahrradboxen oder Sammelanlagen, ggf. auch integriert in ein Parkhaus) empfehlenswert (siehe Tabelle in Kurzbeschreibung).

#### Kurzbeschreibung

Für publikumsintensive Nutzungen ist i. d. R. eine Mindestanzahl an Fahrradabstellplätzen (Kategorie XS) vorzusehen. Dazu zählen punktuelle Einzelhandels- und Dienstleistungseinrichtungen, kleinere Freizeiteinrichtungen wie Spiel- und Sportplätze sowie städtische Einrichtungen.

In Innenstadtbereichen können punktuelle Bedarfe an Abstellanlagen gebündelt werden (Kategorie S), um den Gesamtbedarf des Gebietes zu decken. Besonders in Bereichen mit Fußgängerzonen stellen zentrale Abstellanlagen am Rand der Zone eine Möglichkeit zur Reduzierung der Konflikte mit dem Fußgängerverkehr dar.

Große bis sehr große Freizeiteinrichtungen besitzen häufig einen höheren Bedarf an Fahrradabstellanlagen und sind daher als Einzelfälle auf die Ausstattung gemäß der Kategorien M oder L zu prüfen.

Grundsätzlich sollten bei Fahrradabstellanlagen an publikumsintensiven Einrichtungen extra breite Abstellplätze für Lastenräder und Fahrradanhängern berücksichtigt werden.

Standort	Kategorie	Beschreibung	Anzahl Abstellanlagen	Art der Abstellanlage
Punktuelle Einzelhandel- und Dienstleistungsstandorte, kleinere Freizeiteinrichtungen	XS	Basisangebot	bis 6 Stpl.	frei zugängliche Anlehnhalter (Bügel)
Randgebiete Fußgängerzone, größere publikumsintensive Nutzungen, mittlere Freizeiteinrichtungen	S	erweitertes Basisangebot	bis 20 Stpl.	frei zugängliche Anlehnhalter (Bügel) mit Witterungsschutz
große Freizeiteinrichtungen	M	kleines Standardangebot	50 bis 200 Stpl.	frei zugängliche Anlehnhalter (Bügel) mit Vorderradhalter und Witterungsschutz
				Geschlossenes Angebot (Fahrradboxen, Sammelanlage)
sehr große Freizeiteinrichtungen	L	großes Standardangebot	> 200 Stpl.	frei zugängliche Anlehnhalter (Bügel) mit Vorderradhalter und Witterungsschutz
				Geschlossenes Angebot (Fahrradboxen, Sammelanlage)

Quelle: eigene Darstellung nach Hinweisen zum Fahrradparken (2012) und Leitfaden Bike+Ride Baden-Württemberg

In Bezug auf geschlossene Abstellanlagen können Lademöglichkeiten als Zusatzangebot integriert werden.

### Zielsetzung



Erhöhung der Fahrradnutzung bei Einkaufen und Freizeit

### Wirkung auf ...

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)

**Wegelängen** (Verringerung)

**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)

**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)

	gering			hoch	

### Klimaschutzorientierte Bewertung

**CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

hoch

**Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

mittel

**Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

kurzfristig

**Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)



### Umsetzungsorientierte Bewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen,

Träger der publikumsintensiven Einrichtung



## Radverkehr

### R9 Wegweisende Beschilderung (Hauptnetz und Vorrangroute)

#### Bestand



Fehlende Wegweisung (NRW-Radnetz) am Knotenpunkt Eiserfelder Straße/Siegtalstraße

#### Ergänzung/Lösung



Wegweisende Beschilderung im Hauptnetz (Bühlstraße)



Wegweisende Beschilderung auf der Vorrangroute (Boschgotthardshütte)

#### Kurzbeschreibung

Seit einigen Jahren erfolgt die Standardisierung und Systematisierung der Radverkehrswegweisung in Nordrhein-Westfalen. Das Hinweisblatt „Hinweise zur wegweisenden Beschilderung für den Radverkehr in Nordrhein-Westfalen (2017)“ des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Verkehr spezifiziert hierzu die Inhalte aus dem „Merkblatt zur wegweisenden Beschilderung im Radverkehr“ (FGSV, 1998). Neben einer zielorientierten Wegweisung für den Alltagsradverkehr mit Orts- und Entfernungangaben besteht die Möglichkeit, die Wegweiser mit einer Zusatzbeschilderung für bestimmte (thematische) Radrouten auszustatten. Diese Zusatzschilder können Namen oder Logos der örtlich verlaufenden speziellen Radrouten abbilden. Sie ermöglichen die Verknüpfung von Freizeitradwegen mit denen des Alltagsradverkehrs in einem Wegweiser-System.

Die Stadt Siegen hat sich dazu entschlossen, die Wegweisung für den Radverkehr ausschließlich mit dem beschriebenen Wegweisungssystem des Radverkehrsnetzes NRW im Stadtgebiet durchzuführen. Hierbei ist darauf zu achten, dass alle wichtigen Ziele im Stadtgebiet in der Wegweisung enthalten sind. Neben den Stadt-/Ortsteilzentren von Siegen und den benachbarten Kommunen sollten vor allem auch bedeutende ÖPNV-Verknüpfungspunkte (sind vom ZWS definiert) ausgeschildert werden. Dies bietet vor allem Ortsfremden und Gelegenheitsradfahrenden eine bessere großräumige Orientierung.

Für die kleinräumige Wegweisung innerhalb der Stadt-/Ortsteilzentren, die ebenfalls für Ortsfremde und Gelegenheitsradfahrende von Bedeutung ist, sollte ein für den Fuß- und Radverkehr einheitliches

Wegweisungssystem zu den vorhandenen Points-of-Interest (POI) eingerichtet werden.

Um einen „Schilderwald“ zu vermeiden, ist ein zu geringer Abstand zwischen mehreren Hauptwegweisern zu vermeiden. Die Wegweisung sollte sich auf Knotenpunkte mit unübersichtlicher oder nicht eindeutiger Wegführung beschränken, um regelwidriges Verhalten der Verkehrsteilnehmenden aufgrund einer fehlenden Orientierung zu vermeiden, und vor allem sichtbar montiert werden. (Quelle: Hinweise zur wegweisenden Beschilderung für den Radverkehr in Nordrhein-Westfalen, 2017)

Wenn eine wegweisende Beschilderung installiert wird, gehört in jedem Fall auch die Kontrolle und Pflege dazu (vgl. auch Maßnahmensteckbrief R13).

### Zielsetzung



Verbesserung der Orientierung, vor allem für Ortsunkundige und Gelegenheitsradfahrenden

### Wirkung auf ...

	gering			hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)				
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)				
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)				
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)				

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	gering
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	kurzfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	

### Umsetzungsorientierte Bewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

## Radverkehr

### R10 Fahrradmietsystem

#### Bestand

./.  
(Es gibt derzeit noch keine Stationen im Stadtgebiet.)

#### Ergänzung/Lösung



Station Fahrradmietsystem Velocity in Aachen (Frankenberger Park) (eigenes Foto)

#### Kurzbeschreibung

Auf Einladung der Universität Siegen wurde Mitte 2018 ein Workshop zum Thema „Velocity – E-Bike-Sharing als erweitertes Angebot im ÖPNV“ initiiert. Daraufhin fanden erste Gespräche mit möglichen beteiligten Akteuren statt. Politisch wurde das Vorhaben dann im Oktober 2019 dem Arbeitskreis Radverkehr der Stadt Siegen vorgestellt.

Vorgesehen ist das Projekt als Kooperationsprojekt zwischen Universität, Stadt und weiteren Unternehmen/Akteuren.

Zunächst soll ein Basisnetz an Verleihstationen nach Wunsch/Bedarf der Kooperationspartner eingerichtet werden. Eine Erweiterung und stetige Vergrößerung des Stationsnetzes ist vorgesehen. Die Erweiterung ist abhängig von den hinzukommenden Kooperationspartnern.

Das System sieht zunächst den Verleih von E-Bikes vor. Eine Erweiterung des Angebotes durch Lastenfahrräder, Trikes oder Roller ist möglich.

Die Planung der Stationen sowie die Organisation des Systemaufbaus werden durch Velocity betreut. Je nach Notwendigkeit können benötigte Flächen von der Stadt Siegen bereitgestellt.

Ziel des Projektes ist die Schaffung eines Netzes an Fahrradverleihstationen an den publikumsintensiven Einrichtungen (Einkaufszentren, Universität etc.) und somit der Schaffung einer Pkw-Alternative. Perspektivisch sollen Standorten auch bei kooperierenden Unternehmen angelegt werden. Auch Stationen in Wohngebieten sind denkbar

#### Zielsetzung

- ➡ Schaffung eines neuen Mobilitätsangebots
- ➡ Radverkehr sichtbar ins Stadtbild integrieren

**Wirkung auf ...**

	gering			hoch	
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)					
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)					
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)					
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)					

**Klimaschutzorientierte Bewertung**

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	mittel
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	kurzfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	☆☆☆

**Umsetzungsorientierte Bewertung****Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen,  
Velocity Siegerland GmbH

## Radverkehr

### R11 Service- und Dienstleistungsangebote

#### Bestand

./.

#### Ergänzung/Lösung



Reparaturstation für den Radverkehr in Aachen (eigenes Foto)



Informationstafeln für ortsfremde Radfahrer (Gewebegebiet Weißtal, In der Steinwiese)

#### Kurzbeschreibung

Zur Förderung des Radverkehrs gehören neben der Verbesserung der Infrastruktur auch ergänzende Maßnahmen und Angebote, die insbesondere auf die Steigerung des Komforts abzielen. Zu solchen Maßnahmen zählen sowohl punktuelle Serviceangebote als auch gesamtstädtische Konzepte. In der Umsetzung sollen die Serviceangebote allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Touristen zur Verfügung stehen. Sie sollten sichtbar installiert oder mit Hilfe von Wegweisern gut auffindbar sein.

Zu den punktuellen frei zugänglichen Serviceangeboten gehören beispielsweise Reparatur- und Luftpumpenstationen sowie Automaten mit Fahrradzubehör (z. B. Flickzeug, Fahrradschlauch, Ventil). Diese Angebote können flexibel im Stadtgebiet, auch in Kooperation mit lokalen Unternehmen (z. B. Fahrradhändler) installiert werden.

Im Hinblick auf den ruhenden Radverkehr sind extra breite Abstellplätze für Lastenräder und Fahrradanhänger interessant. Außerdem können in Bereichen mit hoher Frequentierung bzw. langen Abstellzeiten (z. B. Verknüpfungspunkten mit dem ÖPNV oder am Rand von Fußgängerzonen) Gepäckschließfächer und Ladestationen für E-Bikes installiert werden. Schließfächer lassen sich auch



mit Lademöglichkeiten kombiniert anbieten. Auch hier ist eine Kooperation mit lokalen Unternehmen denkbar (z. B. mit dem lokalen Stromanbieter).

An Standorten mit hohem Potenzial der intermodalen Verkehrsmittelnutzung (hier insbesondere die Kombination von Radverkehr und ÖPNV) können digitale Anzeigetafeln zu Abfahrtszeiten die intermodale Nutzung unterstützen.

Weitere mögliche Angebote, die besonders für den Freizeitverkehr vorgesehen werden, sind die Verfügbarkeit von Toiletten und Rastanlagen entlang ausgewiesener Radrouten. Darüber hinaus können Automaten mit Fahrradzubehör angebracht werden.

An Knotenpunkten auf Radhaupttrouten mit Signalisierung für den Radverkehr und Führung im Seitenraum können Haltegriffe oder Geländer mit Fußstützen installiert werden. Diese ermöglichen es den Radfahrern, sich in der Wartephase festzuhalten/abzustützen und bei Beginn der Grünphase zügig zu starten.

Wichtige Maßnahmen rund um den Radverkehr sind ein entsprechendes Marketing, eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit und Informationsmaterial zu allen Serviceangeboten für den Radverkehr in Siegen. Zum Informationsmaterial zählt insbesondere Kartenmaterial zu Radverkehrsverbindungen im Stadtgebiet (städtisches Radverkehrsnetz). Darüber hinaus kann Kartenmaterial zu landschaftlich attraktiven Strecken und regionalen Verkehrsbeziehungen zur Verfügung gestellt werden. Zur Öffentlichkeitsarbeit gehört auch die Bekanntmachung von vorhanden Angeboten. Dazu zählen unter anderem die Möglichkeit der Mitnahme des Fahrrads im ÖPNV und eine Information über die Standorte von allen Serviceangeboten zum Radverkehr.

### Zielsetzung



Steigerung des Komforts des Radverkehrs

### Wirkung auf ...

	gering				hoch			
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)								
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)								
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)								
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)								

### Klimaschutzorientierte Bewertung

**CO<sub>2</sub>-Emissionen**  
(Minderungspotenzial)

gering

**Kostenschätzung**  
(Planung, Material, Umsetzung)

gering

**Fertigstellung der Maßnahme**  
(Wirkungsbeginn)

kurzfristig

**Klimaschutzorientierte Priorität**  
(Gesamtbewertung)





**Umsetzungsorientierte Bewertung****Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen,

ggf. Kooperationspartner wie lokale Fahrradhändler oder Stromanbieter

## Radverkehr

### R12 Barrierefreiheit im Radverkehr

**Bestand**



Bahnhof Unterführung Weidenau  
(vor Verbesserungsmaßnahme)

**Ergänzung/Lösung**



Bahnhof Unterführung Weidenau  
(mit Schieberillen)



barrierefreie Treppenanlage  
(für Fahrrad und Kinderwagen)  
(Kölner Tor)

### Kurzbeschreibung

Die Anforderungen an die Barrierefreiheit im Radverkehr sind vielschichtig. Sie umfassen sowohl die Netzdurchlässigkeit als auch die Querbarkeit von Straßen und die Übergänge zwischen Seitenraum und Fahrbahn. Zu letzterem Punkt gibt es einen eigenen Steckbrief (R2 „Radweganfang/-ende (innerorts)“ und R3 „Radweganfang/-ende an Ortseinfahrten“).

#### Netzdurchlässigkeit

Im Erschließungsstraßennetz gibt es Teilbereiche, die zur Reduzierung des Verkehrsaufkommens mit Hilfe unterschiedlicher Gestaltungselemente bzw. verkehrsrechtlichen Regelungen für den Kfz-Verkehr nur beschränkt zugänglich sind (z. B. Einbahnstraßen, Abbiegegebote, Diagonalsperren, Sackgassen). Hier ist zu prüfen, ob der Radverkehr aus dieser Beschränkung ausgeschlossen werden kann (z. B. Freigabe von Einbahnstraßen in Gegenrichtung, Abbiegefreigabe für den Radverkehr, für den Radverkehr durchlässige Gestaltung von Diagonalsperren und Sackgassen). Zum Thema Einbahnstraßen gibt es ebenfalls einen eigenen Steckbrief (R5 „Einbahnstraßen mit Radverkehr in Gegenrichtung“).

Auch geschwindigkeitsdämpfende bauliche Elemente (Bremsschwelle) sollten im Hinblick auf den Fahrkomfort für den Radverkehr umfahrbar sein.

### Querbarkeit




Ist Radverkehr im Seitenraum zugelassen (mit oder ohne Benutzungspflicht) und gegenüber dem einmündenden Verkehr bevorrechtigt, sind an den Einmündungen für den Radverkehr Furten zu markieren und Borde abzusenken. Borde sind auch an Querungsstellen für den Radverkehr abzusenken, um ein problemloses Queren zu ermöglichen. Bei gemeinsamer Führung von Fußgänger- und Radverkehr müssen dabei die Anforderungen an die Barrierefreiheit für seheingeschränkte Menschen berücksichtigt werden. Demnach sind hier Querungsstellen mit differenzierter Bordhöhe (Rampen und 3-cm-Borde) zu gestalten und für den Fußverkehr mit taktilen und visuellen Elementen (Bodenindikatoren) zu versehen.

Im Hinblick auf Treppenanlagen sollten nach Möglichkeit Rampen oder mindestens Schieberillen angeordnet werden. Ist dies nicht möglich, ist mit Hilfe von Wegweisung auf kleinräumige Umfahrungsmöglichkeiten hinzuweisen.

### Freihaltung des Fahrwegs

Die Barrierefreiheit im Längsverkehr kann darüber hinaus durch Einbauten im Seitenraum beeinträchtigt werden (z. B. Beschilderung, Umlaufsperrern, Sperrpfosten). Diese sind nach Möglichkeit zu vermeiden bzw. zu entfernen. Ist dies nicht möglich, sind zumindest ausreichende Durchfahrtsbreiten – auch für Lastenräder bzw. Fahrräder mit Anhänger – zu berücksichtigen sowie eine Beleuchtung, sodass die Einbauten ausreichend wahrgenommen werden können. (Quelle: ERA 2010)

#### Zielsetzung

-  Gewährleistung von Direktheit und Durchlässigkeit
-  Erhöhung der Verkehrssicherheit
-  Erhöhung des Fahrkomforts





















#### Wirkung auf ...

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)

**Wegelängen** (Verringerung)

**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)

**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)

gering		hoch		
				
				
				
				

### Klimaschutzorientierte Bewertung

**CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

gering

**Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

mittel

**Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

Daueraufgabe

**Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)

  
 (Daueraufgabe)

### Umsetzungsorientierte Bewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

## Radverkehr

### R13 Pflege und Instandhaltung der Radverkehrsinfrastruktur

#### Bestand



Schlechte Oberflächenqualität (Häutebachweg)

#### Ergänzung/Lösung



Radnetz mit Winterdienst  
der Stadt Karlsruhe  
Quelle: [www.karlsruhe.de](http://www.karlsruhe.de)

### Kurzbeschreibung

#### Kontrolle und Unterhaltung

Um die Akzeptanz von Radverkehrsanlagen zu gewährleisten, soll die Oberfläche jederzeit in einwandfreiem Zustand gehalten werden. Neben der Oberfläche muss auch die wegweisende Beschilderung in einem einwandfreiem Zustand gehalten werden. Hierzu ist eine regelmäßige Kontrolle erforderlich, wobei die Kontrollhäufigkeit nicht geringer sein sollte als diejenige im übrigen Straßennetz. Identifizierte Schäden sind zu erfassen und möglichst zeitnah zu beheben. Dabei kann der individuelle Radfahrer mit eingebunden werden. Die Stadt Siegen setzt hierzu bereits die kostenlose Smartphone-App „SiRad Melder“ ein. Hier ist es wichtig, die Einträge regelmäßig zu kontrollieren und ein Feedback über den Bearbeitungsstand zu geben.

#### Reinigung und Winterdienst



Die Reinigung von Radverkehrsanlagen wird in der Regel durch den Baulastträger (hier: die Stadt Siegen im Auftrag der Baulastträger) im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht übernommen. Nach ERA (2010) ist im Winter die Beseitigung größerer Schneemengen auf Radverkehrsanlagen mit einer erforderlichen Mindestbreite notwendig. Eine Streupflicht besteht nur an besonders gefährlichen und gleichzeitig verkehrswichtigen Stellen, wobei auftauende Streustoffe beste Wirkung ohne eine zusätzliche Gefährdung haben.

Die Festlegung eines Winterradverkehrsnetzes (zusammenhängendes Netz mit verkehrswichtigen Achsen), das hinsichtlich des Winterdienstes Priorität hat, ist von Vorteil und sollte dann auch entsprechend kommuniziert werden. Neben der räumlichen Prioritätenreihung sollte es auch eine zeitliche Prioritätenreihung (z. B. im Hinblick auf Schulen) geben.

















#### Baustellensicherung

Bei der Einrichtung einer Baustelle gilt die RSA (Richtlinie für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen). Wird eine Radverkehrsanlage blockiert, muss eine alternative Führung des Radverkehrs zur Umfahrung geschaffen werden. Fahrbahn- oder Gehwegbrücken sind so zu gestalten, dass sie vom Radverkehr bei Bedarf mitbenutzt werden können. Bei höher belasteten Straßen darf eine Führung des Radverkehrs zu Lasten eines Fahrstreifens festgelegt werden. Die Absperrung an Baugruben unterliegt einzuhaltenden Mindesthöhen. Bei Bedarf kann eine Führung über eine Alternativroute umgesetzt werden. (Quelle: ERA 2010)


### Zielsetzung

-  Gewährleistung einer verkehrssicheren Verkehrsinfrastruktur
-  Ermöglichung von Radverkehr im Winter

### Wirkung auf ...

	gering			hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)				
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)				
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)				
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)				

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	gering
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	Daueraufgabe
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	 (Daueraufgabe)

### Umsetzungsorientierte Bewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen



## Radverkehr

### R14 Gestaltung von Fahrradstraßen und Tempo 30-Zonen/-Straßen

#### Bestand

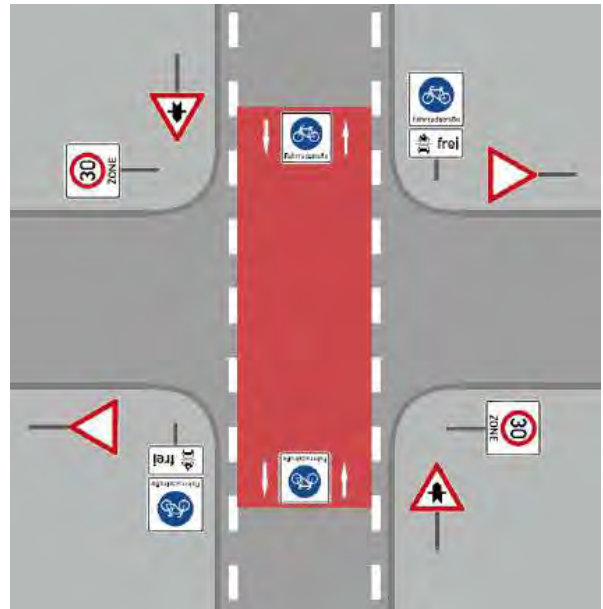


Fahrradstraße, Parkplatz unter HTS  
(Bestandteil Vorrangroute)



Fahrradstraße Siegufer  
(Bestandteil Vorrangroute)

#### Ergänzung/Lösung



Gestaltungsbereich Kreuzungsbereich Fahrradstraße mit Bevorrechtigung,  
Quelle: Standards für die Gestaltung von Fahrradstraßen in der Stadt Aachen

#### Kurzbeschreibung

Alternativ zu den direkten Routen im Hauptverkehrsstraßennetz sollten dem Radverkehr im Erschließungsstraßennetz alternative Routen angeboten werden. Hier sind in der Regel die zulässigen Höchstgeschwindigkeiten niedriger ( $\leq 30$  km/h) und die Kfz-Verkehrsbelastungen geringer.

Konventionelle Tempo 30-Zonen dienen einer gebietsbezogenen (flächigen) Verkehrsberuhigung. Aufgrund der geltenden Rechts-vor-Links-Regel an Knotenpunkten, wird der Verkehrsfluss immer wieder abgebremst. Da alle Fahrzeuge gleichberechtigt sind, gilt dies sowohl für den Kfz-Verkehr als auch für den Radverkehr.





Soll der Radverkehr gegenüber dem Kfz-Verkehr einen gewissen Vorrang haben, ist dies seit der StVO-Novellierung 2020 über die Ausweisung einer Fahrradzone möglich. Hier muss anderer Fahrzeugverkehr über Zusatzzeichen zugelassen werden. Analog zur Tempo 30-Zone gelten eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h sowie die Rechts-vor-Links-Regel an Knotenpunkten. Eine Bevorrechtigung des Radverkehrs ist nicht möglich, im Gegensatz zur konventionellen Tempo 30-Zone dürfen Radfahrende in der Fahrradzone aber nebeneinander fahren. Eine flächendeckende Umwidmung bestehender Tempo 30-Zonen in Fahrradzonen wird für nicht sinnvoll erachtet. Es gelten die gleichen Anordnungsregeln wie für Tempo 30-Zonen.

Eine gesteigerte Förderung stellen Fahrradstraßen dar. Auch hier gilt eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h. Analog zu den Fahrradzonen muss anderer Fahrzeugverkehr über Zusatzzeichen zugelassen werden und Radfahrende dürfen nebeneinander fahren. Im Gegensatz zu den Fahrradzonen können Fahrradstraßen an Knotenpunkten mittels Beschilderung bevorrechtigt

werden, sodass ein zügiges Vorankommen ermöglicht wird. Die Bevorrechtigung gilt jedoch für den gesamten auf der Fahrradstraße zugelassenen Fahrzeugverkehr. Fahrradstraßen sind vor allem dann sinnvoll, wenn es sich um eine bedeutende Radachse mit einem hohen bzw. zu erwarteten hohen Radverkehrsaufkommen handelt, wobei Fahrradstraßen erfahrungsgemäß selbst deutliche Bündelungseffekte haben können.

Unabhängig davon, ob es sich um eine Tempo 30-Zone, eine Fahrradzone oder eine Fahrradstraße handelt, sollte die verkehrsrechtliche Anordnung im Hinblick auf den Wiedererkennungseffekt über die straßenräumliche Gestaltung ablesbar sein. Hierzu sollten nach Möglichkeit jeweils spezifische Gestaltungselemente definiert und einheitlich im Stadtgebiet zum Einsatz kommen. Eine reine Beschilderung wird als nicht ausreichend erachtet. In Bezug auf Fahrradstraßen bedeutet dies eine baulich auffällige Gestaltung der Anfangs- und Endknotenpunkte (z. B. vorgezogene Seitenräume als bauliche Einengung unterstützt durch eine farbliche Oberflächengestaltung wie Rotmarkierung mit Piktogramm). Bei einer Bevorrechtigung der Fahrradstraße sind auch die Zwischenknotenpunkte entsprechend zu gestalten (z. B. Anhebung des Knotenpunktbereichs unterstützt durch eine farbliche Oberflächengestaltung wie Rotmarkierung mit Piktogramm).

### Zielsetzung

-  Verkehrsberuhigung im Kfz-Verkehr
-  Förderung/ Attraktivierung des Radverkehr
-  Verbesserung der Verkehrssicherheit
-  Öffentlichkeitsarbeit (Verbesserung der Sichtbarkeit des Radverkehrs)

### Wirkung auf ...

	gering			hoch	
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)					
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)					
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)					
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)					

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	mittel
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	hoch
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	mittelfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	

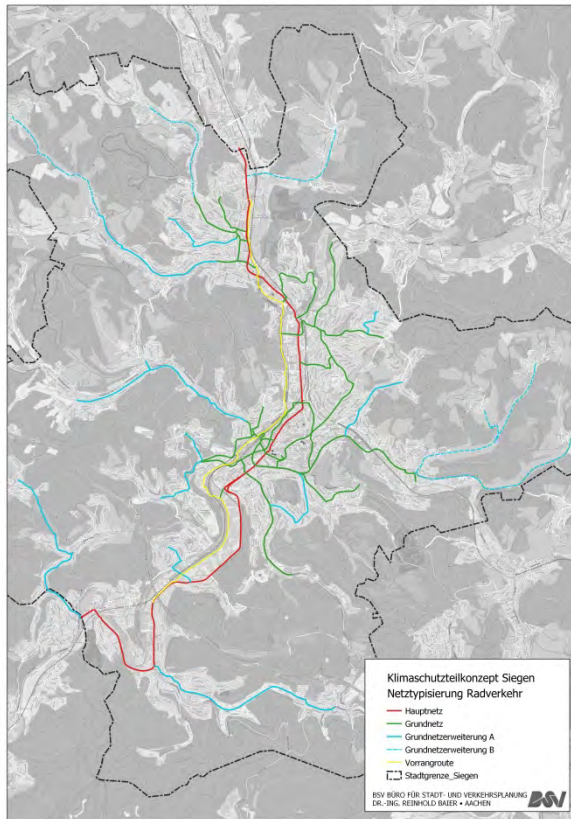
**Umsetzungsorientierte Bewertung****Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen

## Radverkehr

### R15 Überlagerung des städtischen und des kreisweiten Radverkehrsnetzes sowie Ergänzung auf Stadt-/Ortsteilebene

#### Bestand



Städtische Netzdefinition Radverkehr

#### Ergänzung/Lösung

./.

#### Kurzbeschreibung

Für die Stadt Siegen liegt aus einer studentischen Arbeit ein definiertes Radverkehrsnetz (Untersuchungsgegenstand im Rahmen des Klimaschutzteilkonzepts Mobilität, vgl. Maßnahmensteckbrief R1) vor. Die Netzdefinition enthält

- ein Hauptnetz, bei dem der Radverkehr im Hauptverkehrsstraßennetz in der Talachse geführt wird,
- eine parallel dazu verlaufende Vorrangroute, bei der der Radverkehr überwiegend abseits des Kfz-Verkehrs geführt wird,
- ein Grundnetz mit grundlegenden Radverkehrsverbindungen und relevanten Nebenverbindungen sowie
- Grundneterweiterungen (A und B), die der Anbindung der abseits der Talachse liegenden Stadtteile an die Talachse dienen.

Die Routenverläufe wurden unter Berücksichtigung der Topographie, der Siedlungsstruktur (Gebietsprioritäten) sowie der verkehrlichen Verbindungsfunktion zwischen Gebieten festgelegt.

Parallel zur Erarbeitung des Klimaschutzteilkonzepts wird auch ein Radverkehrskonzept auf Kreisebene ausgearbeitet, welches Verbindungen zwischen den kreisangehörigen Kommunen berücksichtigt (nicht Untersuchungsgegenstand im Rahmen des Klimaschutzteilkonzepts Mobilität). Auch hier gibt es eine Netzklassifizierung nach



- Hauptnetz, welches möglichst direkte Verbindungsrouten enthält, die in Siegen überwiegend im Hauptverkehrsstraßennetz verlaufen,

- Nebennetz, welches zum Hauptnetz alternative bzw. ergänzende Verbindungsrouten enthält sowie
- Radpendlerrouen, die eine hohe Pendlerbedeutung haben und möglichst topographisch günstig geführt werden.

















Damit liegen für den Radverkehr im Stadtgebiet Siegen zwei Netzdefinitionen vor. Nach Fertigstellung des kreisweiten Radverkehrskonzepts gilt es die beiden Netzdefinitionen zu überlagern und zu vereinen, damit im Weiteren ein zusammengesetztes Radverkehrsnetz für die Stadt Siegen vorliegt. Das so entstehende Radverkehrsnetz deckt damit die gesamtstädtische Verbindungen (Verbindungen zwischen den Stadtteilen) sowie die interkommunalen Verbindungen (Verbindungen zu den Nachbarkommunen) ab. Im Hinblick auf die Feinerschließung (Stadtteilebene) fehlt eine Netzdefinition. Diese ist für alle Stadtteile im Nachgang an die Netzüberlagerung aufzustellen. Dabei ist die Erschließung von Wohngebieten zur Verbesserung der Anbindung des Radverkehrs an den ÖPNV zu berücksichtigen.

Die in den Netzdefinitionen enthaltenen Verbindungsrouten stellen für den Radverkehr bedeutende Radachsen dar und sind im Hinblick auf infrastrukturelle Verbesserungsmaßnahmen für den Radverkehr priorisiert zu behandeln.


### Zielsetzung

-  Festlegung der Feinverteilung des Radverkehrs (Lenkung des Radverkehrs)
-  Räumliche Priorisierung von infrastrukturellen Verbesserungsmaßnahmen für den Radverkehr

### Wirkung auf ...

	gering			hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)				
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)				
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)				
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)				

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	mittel
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	hoch
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	mittelfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	

### Umsetzungsorientierte Bewertung



**Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen unter Beteiligung weiterer relevanter Akteure (z. B. ADFC)



## Radverkehr

### R16 Bewerbung von Anschaffungsförderung für Pedelecs und Lastenpedelecs

#### Bestand



#### Ergänzung/Lösung

./.

#### Kurzbeschreibung

Pedelecs und vor allem Lastenpedelecs sind derzeit in der Anschaffung verhältnismäßig (im Vergleich zu einem konventionellen Fahrrad) teurer. Durch die elektrische Trittunterstützung bieten sie aber vor allem in topographisch bewegten Gebieten Potenziale für eine Steigerung des Radverkehrsanteils bei der Verkehrsmittelwahl und damit auch CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale.

Im Gegensatz zum Kauf eines E-Pkw gibt es in Deutschland derzeit keine öffentliche, bundesweite Förderung für den Kauf von privaten E-Fahrrädern. Dies gibt es derzeit nur für Lastenfahrräder, die im fahrradgebundenen Lastenverkehr in Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und im kommunalen Bereich eingesetzt werden (E-Lastenrad-Richtlinie, gültig ab 01.03.2021). Diese Lücke haben Kommunen (z. B. München, Münster, Tübingen, Heidelberg, Mannheim, Regensburg) sowie Stadtwerke und Energieversorger erkannt und eigene Fördermöglichkeiten eingerichtet. Während die Förderhöhe der Stadtwerke und Energieversorger im Durchschnitt bei 100 € liegen, fällt die kommunale Förderung in der Regel etwas höher aus (oftmals bei 500 € für Pedelecs und 1.000 € für Lastenpedelecs).

Die Stadt Siegen fördert die private Anschaffung von Pedelecs oder Lastenpedelecs nicht, die Wirtschaftsförderung der Stadt Siegen beabsichtigt aber Lastenpedelecs anzuschaffen, die von Interessierten zum Testen ausgeliehen werden können. Im Gegensatz dazu fördern die Sieger Versorgungsbetriebe (SVB) den privaten Kauf in Höhe von 100 € bei Abschluss eines Stromvertrags mit einer zweijährigen Vertragslaufzeit.

Die bestehenden Angebote sind in jedem Fall zu bewerben, damit sie von Interessierten leicht gefunden und wahrgenommen werden.

Darüber hinaus gibt es auch die Förderungsmöglichkeit über ein Leasing-Dienstrad. Der Mitarbeitende bekommt von seinem Arbeitgeber ein Leasing-Dienstrad zur Verfügung gestellt, für das dieser einen Teil seines Bruttolohns wandelt. Für die private Nutzung entsteht dem Mitarbeitenden ein geldwerter Vorteil, der zu versteuern ist (analog zu einem Dienstwagen).





















Auch diese Möglichkeit kann beworben werden, sodass Interessierte dies mit ihrem Arbeitgeber abstimmen können. Des Weiteren sollte die Möglichkeit des Leasing-Dienstrads in die Beratung zum betrieblichen Mobilitätsmanagement mit eingebunden werden (siehe Maßnahmensteckbrief M2).

#### Zielsetzung



Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten für den Radverkehr

**Wirkung auf ...**

	gering				hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)					
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)					
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)					
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)					

**Klimaschutzorientierte Bewertung**

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	gering
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	gering
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	kurzfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	

**Umsetzungsorientierte Bewertung****Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen

Siegener Versorgungsbetriebe (SVB)

## Handlungsfeld „Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)“

**Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)****Ö1 Park & Ride sowie Bike & Ride****Bestand****Lösung****Kurzbeschreibung**

Um die Verknüpfung des Kfz-Verkehrs und des Radverkehrs mit dem ÖPNV zu verbessern sind ausreichend dimensionierte Park & Ride- sowie Bike & Ride-Anlagen erforderlich.

Park & Ride




Im Handlungsfeld Kfz-Verkehr gibt es einen separaten Maßnahmensteckbrief (K7). Auf die Wiederholung der Inhalte wird an dieser Stelle verzichtet.

Bike & Ride

Im Handlungsfeld Radverkehr gibt es einen separaten Maßnahmensteckbrief (R6). Auf die Wiederholung der Inhalte wird an dieser Stelle verzichtet.

Neben den reinen Abstellmöglichkeiten ist hier auch der Bedarf an Ladeinfrastruktur für Kfz und Rad mitzudenken, da die Standzeiten an Bahnverknüpfungspunkte in der Regel größer sind und die Zeit gut zum Laden genutzt werden kann.

**Zielsetzung**

-  Verbesserung der Verknüpfung mit dem ÖPNV
-  Erhöhung der Einzugsbereiche der Bahnhöfe und ÖPNV-Haltestellen
-  Vermeidung von innerstädtischem Kfz-Verkehr

**Wirkung auf ...**

gering

hoch

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)  
**Wegelängen** (Verringerung)  
**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)  
**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)

*siehe Maßnahmensteckbriefe  
R6 und K7*

### Klimaschutzorientierte Bewertung

#### **CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

#### **Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

*siehe Maßnahmensteckbriefe  
R6 und K7*

#### **Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

#### **Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)

### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung

*siehe Maßnahmensteckbriefe  
R6 und K7*

### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

## Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)

### Ö2 ÖPNV-Beschleunigung auf der Strecke und an Knotenpunkten

#### Bestand

#### Lösung



#### Kurzbeschreibung

In Bereichen, in denen der straßengebundene ÖPNV (Linienbusverkehr) gemeinsam mit dem Kfz-Verkehr geführt wird, sind die Fahrtzeiten im Linienbusverkehr vom allgemeinen Kfz-Verkehrsaufkommen bzw. Kfz-Verkehrsfluss abhängig. Dadurch können in den Hauptverkehrszeiten ungewollte Verzögerungen an Knotenpunkten sowie Probleme beim Einordnen in den fließenden Kfz-Verkehr entstehen.

Die Fahrzeit im Linienbusverkehr beeinflusst die Attraktivität des Angebots. Im Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit müssen diese möglichst schnell und vor allem auch zuverlässig sein. Um dies trotz der Abhängigkeit zum fließenden Kfz-Verkehr gewährleisten zu können, ist der Linienbusverkehr gegenüber dem allgemeinen Kfz-Verkehr zu priorisieren. Dies kann durch organisatorische Maßnahmen (Vorfahrtsberechtigung entlang der Linienwegen) und durch ordnende Maßnahmen (Beseitigung von Störfaktoren, Verhinderung von verbotswidrigem Parken am Fahrbahnrand) erzielt werden.

Eine Beschleunigung des ÖPNV kann neben den organisatorischen und ordnenden Maßnahmen insbesondere durch infrastrukturelle Maßnahmen erreicht werden. Bei Umgestaltungen und Neuanlagen von Haltestellen sollen in Abhängigkeit der Bedingungen vor Ort die Möglichkeiten zur Verlegung der Haltestellen vor eine Lichtsignalanlage (ermöglicht eine signaltechnische Priorisierung des Linienbusverkehrs am Knotenpunkt) oder zur Umwandlung von Busbuchten zu Buskaps (erspart das Einordnen in den fließenden Kfz-Verkehr) geprüft werden. Letzteres wird bereits seit einigen Jahren soweit wie möglich geprüft und umgesetzt. Im Idealfall wird der Linienbusverkehr auf Bussonderfahrstreifen getrennt vom Kfz-Verkehr geführt.

#### Zielsetzung

-  Beschleunigung des ÖPNV
-  Verbesserung der Pünktlichkeit

**Wirkung auf ...**

	gering		hoch		
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)					
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)					
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)					
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)					

**Klimaschutzorientierte Bewertung**

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	gering
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	hoch
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	Daueraufgabe
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	☆☆☆ (Daueraufgabe)

**Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung****Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen



## Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)

### Ö3 Pflege und Instandhaltung von Haltestellen

**Bestand**



Haltestelle Berleburger Straße (vorher)

**Lösung**



Haltestelle Berleburger Straße (nacher)

#### Kurzbeschreibung

Die Haltestellen stellen den Zugang zum Linienbusverkehr dar. Um dessen Nutzungsmöglichkeit grundsätzlich gewährleisten zu können, muss die Infrastruktur der Haltestelle barrierefrei sein, gepflegt und Instand gehalten werden. Für die ungehinderte Nutzbarkeit der Haltestellen sind die Haltestellen sowie die An- und Abfahrtsbereiche freizuhalten. Im Hinblick auf die Attraktivität spielt auch die Modernität der Ausstattungselemente eine Rolle.

Die barrierefreie Gestaltung von Haltestellen ist gesetzlich gefordert (Personenbeförderungsgesetz) und bis 2022 vollständig umzusetzen. Eine barrierefreie Gestaltung von Haltestellen erleichtert nicht nur mobilitätseingeschränkten und älteren Menschen den Zugang und den Einstieg, sondern allen ÖPNV-Nutzenden. Während die barrierefreie Gestaltung der Haltestellen in kommunaler Zuständigkeit liegt, ist die VWS für den Einsatz von barrierefreien Fahrzeugen zuständig. Für die Kommunen der Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein hat der ZWS einen Haltestellenleitfaden entwickelt, der auch die Anforderungen an die Barrierefreiheit beschreibt (Bordausbildung, Bodenindikatoren, Quermöglichkeiten, Fahrgastunterstände, Aufenthalts- und Warteflächen). Zudem wird beim ZWS für die beiden Kreisgebiete Siegen-Wittgenstein und Olpe ein ÖPNV-Haltestellenkataster für den Busbereich geführt. Die VWS muss sich nach den in den Konzessionen enthaltenen Qualitätsanforderungen richten.




Im Hinblick auf den Wohlfühlfaktor sind die Haltestellen in regelmäßigen Zeitabständen zu reinigen und ggf. auch zu modernisieren. Beschädigungen (z. B. zerbrochene Scheiben des Windschutzes bzw. der Überdachungsanlage sollen schnellstmöglich ausgetauscht werden).

Um Haltestellen als Angsträume zu vermeiden und die Verkehrs- und Personensicherheit zu erhöhen wird eine Beleuchtung der Haltestellen empfohlen. Insbesondere zentrale Haltestellen sollten beleuchtet werden. Im Hinblick auf die Energiekosten sind die Möglichkeiten einer Solarbeleuchtung für Bushaltestellen zu prüfen.

















Im Zuge der Überprüfungen sollte auch analysiert werden, ob Sitzmöglichkeiten vorhanden bzw. unter Berücksichtigung der vorhandenen Platzverhältnisse nachträglich installiert werden können. Sie sind vor allem für Ältere von großer Bedeutung.

Die Kontrolle der Freihaltung der Haltestellen sowie der An- und Abfahrtsbereiche obliegt der Kommune und ist stetig durchzuführen.


### Zielsetzung

-  Gewährleistung der Zugänglichkeit zum ÖPNV
-  Verbesserung der Aufenthaltsfunktion
-  Verbesserung des sozialen Sicherheitsgefühl

### Wirkung auf ...

	gering			hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)				
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)				
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)				
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)				

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	gering
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	Daueraufgabe
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	 (Daueraufgabe)

### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

## Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)

### Ö4 Initiierung von neuen Angebotsformen für verkehrsschwache Bereiche (zeitlich, räumlich)

#### Bestand

./.

#### Lösung

./.

#### Kurzbeschreibung

Im Hinblick auf den wirtschaftlichen Betrieb sind die Möglichkeiten für verkehrsschwache Räume (dünn besiedelte Bereiche) und Zeiten (vor allem nachts und am Wochenende) die Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung eines ausreichenden ÖPNV-Angebots zu prüfen.

Im Kreis Siegen-Wittgenstein gibt es in den ländlichen Bereichen schon mehrere Bürgerbusangebote, die nach dem Prinzip „Bürger fahren Bürger“ arbeiten und ein ehrenamtliches Engagement erfordern. Der ZWS führt nach diesem Prinzip in Lennestadt ein Pilotprojekt durch. Das Projekt „Das private Auto als öffentlicher Bus – Mobilenn“ ein Ride-Pooling Projekt, beruht auf der Nutzung von privaten Fahrten der Bürger als Mitfahrangebot für andere. Hierbei wird über eine IT-Plattform (App) das Fahrtangebot mit der Fahrtnachfrage verknüpft. Des Weiteren hat der ZWS den Einsatz eines automatisierten Elektrokleinbusses im Pilotprojekt „Südwestfalen Autonom & Mobil (SAM)“ getestet, um Erfahrungen hinsichtlich der erforderlichen Ladetechnik, der Einbindung in den ÖPNV sowie zur Akzeptanz in der Bürgerschaft zu sammeln.

Beide Projekte zielen darauf ab, die Mobilität insbesondere im ländlichen Raum aufrecht zu erhalten und ohne zusätzlichen Verkehr zu verbessern. Das Projekt „SAM“ ist hierbei bereits abgeschlossen. Es wird angeregt, dass die Stadtverwaltung Siegen im Austausch mit dem ZWS eruiert, inwieweit sich die erhofften Erfolge der beiden Projekte eingestellt haben und ob sie auf Teilbereiche der Stadt Siegen anwendbar sind. Sollte dies nicht der Fall sein, sind neue Möglichkeiten zu identifizieren und ggf. auch als Pilotprojekte im Stadtgebiet Siegen zu erproben.

#### Zielsetzung



Gewährleistung der Daseinsvorsorge

#### Wirkung auf ...

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)

**Wegelängen** (Verringerung)

**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)

**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)

	gering			hoch	

### Klimaschutzorientierte Bewertung

**CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

mittel

**Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

mittel

**Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

mittelfristig

**Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)



### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



(fehlende Zuständigkeit bzgl. der Umsetzung)

### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

Kreis Siegen-Wittgenstein

ZWS

## Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)

### Ö5 Initiierung von Möglichkeiten zum Einsatz von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben

#### Bestand

./.

#### Lösung



Hybridbusse der Wern-Group (Foto: VWS)

#### Kurzbeschreibung

Vor allem im dicht besiedelten Stadtraum kommt es aufgrund der hohen Kfz-Verkehrsbelastungen zu einer Beeinträchtigung durch die klimaschädlichen Fahrzeugabgase. Dabei sind auch die Abgase des Linienbusverkehrs nicht ohne Bedeutung, zumindest auf der vielgenutzten Talachse.

Der ZWS hat keinen direkten Einfluss auf die eingesetzte Fahrzeugtechnik, unterstützt aber die im Verbandsgebiet tätigen Busunternehmen bei der Modernisierung des Fuhrparks durch eine Förderung. Die Fahrzeugqualität hat sich durch Investitionen in den vergangenen Jahren verbessert (liegt z. Zt. in Zuständigkeit der VWS). Durch Neuanschaffungen wurde das durchschnittliche Fahrzeugalter gesenkt und die Umweltfreundlichkeit verbessert (geringerer Schadstoffausstoß). Bisher sind aber noch keine Elektrobuse und Wasserstoffbusse, aber seit 2020 drei Hybridbusse im Einsatz. Aktuell hat der ZWS u. a. für das Linienbündel Mitte eine Studie über zukunftsorientierte Busantriebe in Auftrag gegeben.

Es wird angeregt, dass die Stadtverwaltung Siegen im Austausch mit dem ZWS eruiert, inwieweit der Einsatz von Bussen mit alternativen Antrieben gefördert werden kann. Im Rahmen einer Machbarkeitsuntersuchung können die grundsätzlichen Möglichkeiten abgeklärt werden. Auch der geplante weitere Ausbau des Wasserstofftankstellennetzes in Siegen kann den Einsatz fördern (siehe dazu Maßnahmensteckbrief A3).

#### Zielsetzung



Reduzierung des Schadstoffausstoßes im ÖPNV

#### Wirkung auf ...

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)

**Wegelängen** (Verringerung)

**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)

**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)

	gering		hoch	



### Klimaschutzorientierte Bewertung

**CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

hoch

**Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

gering

**Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

mittelfristig

**Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)



### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



(fehlende Zuständigkeit bzgl. der Umsetzung)

### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

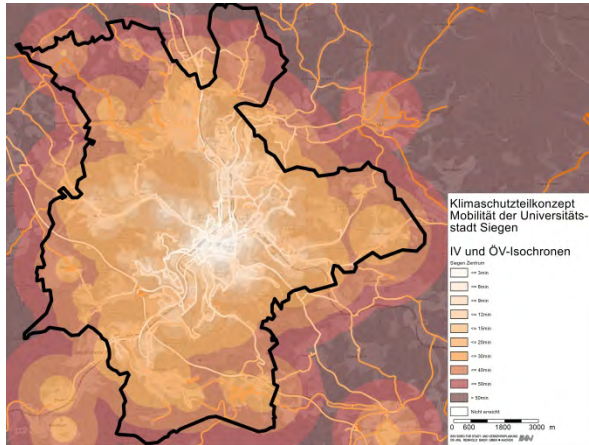
Kreis Siegen-Wittgenstein

ZWS

## Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)

### Ö6 Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der äußeren Stadtteile an das Stadtzentrum Siegen

#### Bestand



Fahrtzeitenvergleich IV und ÖV  
(Ergebnisse Verkehrsmodellierung)

#### Lösung

Qualitätsstufe	Qualitätsmerkmal Reisezeitverhältnis	Reisezeitverhältnis $t_{\text{ÖPNV}}/t_{\text{MIV}}$
A	sehr günstig	< 1,0
B	günstig	1,0 bis < 1,5
C	zufrieden stellend	1,5 bis < 2,1
D	gerade noch akzeptabel	2,1 bis < 2,8
E	schlecht	2,8 bis < 3,8
F	sehr schlecht	≥ 3,8

Empfehlungen für Planung und Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs, FGSV 2010

#### Kurzbeschreibung

Auch wenn erfahrungsgemäß die Reisezeitvorteile des Pkw im Stadtverkehr häufig überschätzt werden, da Parksuchzeiten und die Wege vom Parkplatz zum Zielort oftmals vernachlässigt werden, können Fahrtzeitenvergleiche zwischen ÖPNV und MIV erste Hinweise auf erforderliche Nachbesserungen im ÖPNV-Angebot geben, sodass der ÖPNV als attraktive Alternative zum Pkw wahrgenommen wird.

Hinsichtlich der Planung und des Betriebs des ÖPNV sind Qualitätskriterien auf Grundlage des Reisezeitverhältnisses ÖPNV zu MIV definiert. Ein Reisezeitverhältnis von 2,1 bis < 2,8 ist gerade noch akzeptabel und damit ein Reisezeitverhältnis von 2,8 und mehr nicht mehr ausreichend.

Die verkehrsmodellgestützten Auswertungen zeigen in Bezug auf die Erreichbarkeit des Siegener Stadtzentrums auf, dass rund die Hälfte (52 %) der Verkehrsrelationen auf Stadtteilebene eine günstige bis zufrieden stellende ÖPNV-Reisezeitqualität aufweisen, weitere 35 % eine gerade noch akzeptable und 13 % eine schlechte bis sehr schlechte ÖPNV-Reisezeitqualität aufweisen. Dieses Verhältnis gilt es durch optimierende Maßnahmen (z. B. direktere und ergänzende Linienverläufe) zu verbessern, sodass der ÖPNV innerstädtisch als attraktive Alternative zum Pkw wahrgenommen wird. Diese Wahrnehmung wird durch weitere Begleitmaßnahmen wie z. B. einer innerstädtischen Parkraumbewirtschaftung (vgl. Maßnahme K4) und einer kontinuierlichen Parkraumkontrolle (vgl. Maßnahmensteckbrief K6) gefördert.

Im Hinblick auf den wirtschaftlichen Betrieb (beschränkte Möglichkeiten für verkehrsschwache Räume und Zeiten) ist der hier dargestellte Maßnahmensteckbrief als Ergänzung zum Maßnahmensteckbrief Ö4 zu verstehen.

#### Zielsetzung

- ➡ Gewährleistung der Daseinsvorsorge
- ➡ Attraktivierung des ÖPNV

**Wirkung auf ...**

	gering			hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)				
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)				
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)				
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)				

**Klimaschutzorientierte Bewertung**

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	mittel
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	mittelfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	☆☆☆

**Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung**

☆☆☆  
(fehlende Zuständigkeit bzgl. der Umsetzung)

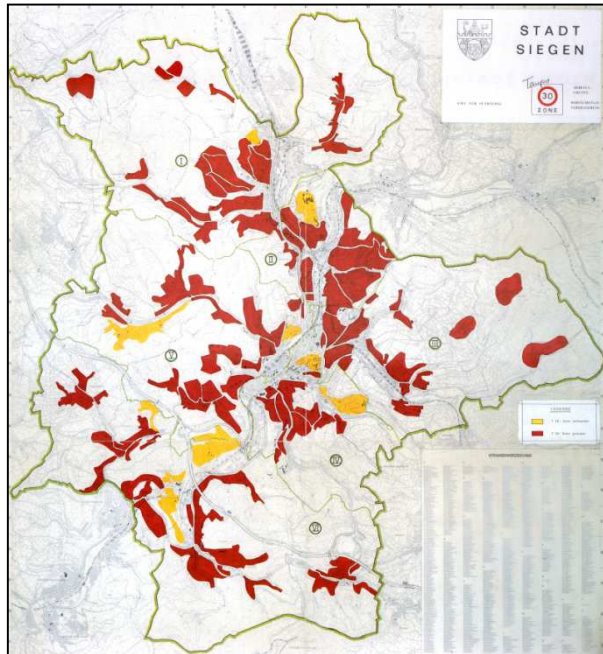
**Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen  
Kreis Siegen-Wittgenstein  
ZWS

## Kfz-Verkehr

### K1 Geschwindigkeitskonzept

#### Bestand



Tempo 30-Zonen-Konzept (1991)

#### Lösung

./.

#### Kurzbeschreibung

Bereits 1991 hat die Siegener Stadtverwaltung ein gesamtstädtisches Konzept zur einheitlichen Anwendung von Tempo 30-Zonen erarbeitet. Ein definiertes Vorbehaltsnetz bildet das leistungsfähige Grundgerüst zur Abwicklung des notwendigen Verkehrsbedarfs mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h als Regelmaß (innerorts). Abseits davon befinden sich sensible (Wohn-)Bereiche für die eine Verkehrsberuhigung erzielt werden soll.





Das definierte Vorbehaltsnetz wurde aufgrund von Netzänderungen 2016 überprüft und angepasst. Das aktuelle Vorbehaltsnetz (2016) unterscheidet sich durch punktuelle Ergänzungen nicht wesentlich vom damaligen Vorbehaltsnetz (1991). Auch die Grundsätze für die Anwendung von Verkehrsberuhigung haben sich nicht geändert.

Aufgrund der durchgeführten Anpassungen bzgl. des Vorbehaltsnetzes sollte das vorliegende Tempo 30-Zonen-Konzept fortgeschrieben werden. Dabei sollte sich die Fortschreibung nicht allein auf Tempo 30-Zonen beschränken, sondern flächendeckend auch andere Formen der Verkehrsberuhigung (u. a. streckenbezogenes Tempo 30 im Umfeld von sensiblen Einrichtungen, verkehrsberuhigter Bereich, verkehrsberuhigter Geschäftsbereich) mit einbeziehen.





Hierzu sind zunächst die zulässigen Geschwindigkeiten im Stadtgebiet im Zusammenhang mit der Flächennutzung und der Lage von sensiblen Einrichtungen zu erfassen sowie die typische gestalterische Umsetzung der erfassten Formen der Verkehrsberuhigung zu ermitteln. Zeigen sich Bereiche, die im Konzept (1991) als Tempo 30-Zone vorgeschlagen wurden, aber noch nicht umgesetzt sind, ist die Gültigkeit der Empfehlung zu überprüfen (Abgleich der Gebietsbedeutung unter Berücksichtigung des aktuellen Vorbehaltsnetzes). Bei bestehender Gültigkeit, sollen Tempo 30-Zonen verkehrsrechtlich angeordnet werden. Da eine reine Beschilderungsmaßnahme nicht zu einem ausreichenden Erfolg – Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit – führt, sind begleitende Umgestaltungsmaßnahmen zu berücksichtigen. Zeigen sich darüber hinaus weitere Bereiche, für die eine Verkehrsberuhigung sinnvoll ist, ist eine geeignete Form der Verkehrsberuhigung festzulegen und die Umsetzung entspre-

chend der typischen Gestaltung durchzuführen.


### Zielsetzung

-  Verlagerung der Durchgangsverkehre auf das schnellere Vorbehaltsnetz
-  Reduzierung der Fahrgeschwindigkeiten abseits des Vorbehaltsnetzes
-  Erhöhung der Verkehrssicherheit in den Wohnstraßen
-  Schaffung von Lebensraum (Flächenumnutzung)

### Wirkung auf ...

	gering				hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)					
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)					
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)					
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)					

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	gering
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	kurzfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesambewertung)	

### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

## Kfz-Verkehr

### K2 Koordinierung der Lichtsignalanlagen

#### Bestand

./.

#### Lösung

./.



#### Kurzbeschreibung

Eine Steuerungsmöglichkeit des Kfz-Verkehrsflusses an Knotenpunkten besteht im Wesentlichen an Lichtsignalanlagen. Die Signalzeitenprogramme der Lichtsignalanlagen können durch Koordinierung aufeinander abgestimmt werden, sodass eine sogenannte „grüne Welle“ den Verkehrsfluss begünstigen kann. Für die vorhandenen Lichtsignalanlagen auf der Talachse in Nord-Süd-Richtung (Weidenauer Straße, Hagener Straße usw.) und in Ost-West-Richtung (Frankfurter Straße, Spandauer Straße, Freudenberger Straße usw.) gibt es in mehreren Teilabschnitten eine Koordinierung, die für einen verbesserten Verkehrsfluss sorgt.

Es steht die Überlegung im Raum, die bestehende Koordinierung auf der Talachse zu „unterbrechen“ und an den HTS-Auf- und -Abfahrten zu orientieren. Durch Bildung von Koordinierungsabschnitten zwischen den HTS-Auf- und -Abfahrten wird der allgemeine Kfz-Verkehr zügig aus den dazwischenliegenden Siedlungsgebieten zur HTS (bzw. umgekehrt) geführt. Zugleich sind aufgrund der unterbrochenen „grünen Welle“ Verlagerungen des durchgehenden Kfz-Verkehrs von der Talachse auf die HTS zu erwarten. Um hier den Umweltauswirkungen der zu erwartenden Mehrbelastungen auf der HTS entgegen zu wirken, sodass für die Anwohner keine weitere Beeinträchtigung entsteht, ist die Anordnung einer nächtlichen Geschwindigkeitsbeschränkung zu prüfen.

In Bezug auf den straßengebundenen ÖPNV (Linienbusverkehr) ist darauf zu achten, dass diesem weiterhin eine durchgehende Bevorrechtigung gewährleistet wird. Die konkrete Umsetzung der „Brechung“ der bestehenden Koordinierung erfordert weitere detailliertere Untersuchungen.

#### Zielsetzung

-  Verkehrsverlagerung der durchgehenden Kfz-Verkehren auf die HTS
-  zügige Verbindung der umliegenden Quell-/Zielfahrten auf die HTS

#### Wirkung auf ...

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)

**Wegelängen** (Verringerung)

**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)

**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)

	gering		hoch	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



### Klimaschutzorientierte Bewertung

**CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

kein bzw. vernachlässigbar gering

**Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

mittel

**Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

Daueraufgabe

**Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)

  
 (Daueraufgabe)

### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

## Kfz-Verkehr

### K3 Parkleitsystem (kleinräumig)

#### Bestand

./.

#### Lösung

./.


#### Kurzbeschreibung


Kfz müssen am Quell- und Zielort abgestellt werden (ruhender Kfz-Verkehr). Dabei sind verschiedene Nutzeransprüche zu unterscheiden. Während Anwohner ihre Fahrzeuge auf privaten Grund oder im direkten Wohnumfeld abstellen und vor allem abends am Wohnstandort parken, haben Kunden/Besucher in der Regel keinen festen Parkstand, wollen aber auch am liebsten in unmittelbarer Nähe des Zielorts parken. Sie müssen sich im öffentlichen Straßenraum einen verfügbaren und geeigneten Parkstand suchen (Parksuchverkehr).

Mit Hilfe des städtischen Parkleitsystems wird der Parksuchverkehr möglichst stadtverträglich zu den großen Parkierungsanlagen (Parkhäuser und Parkplätze) geführt. Neben diesen großen Parkflächen gibt es in den einzelnen Stadt-/Ortsteilzentren aber auch weitere, deutlich kleinere öffentliche Parkflächen (in der Regel im öffentlichen Straßenraum bzw. auf angrenzenden Flächen). Mit Hilfe der Parkraumbewirtschaftung (siehe auch Maßnahmensteckbrief K4) sollen die großen Parkierungsanlagen vor allem von Langzeit- und Dauerparkern genutzt werden und die kleineren Parkflächen im öffentlichen Straßenraum für Kurzzeitparker zur Verfügung stehen.

Vor diesem Hintergrund ist neben der Anzeige der großen Parkierungsanlage auch eine Anzeige der im Straßenraum verfügbaren Parkstände sinnvoll. Aufgrund der Kleinteiligkeit dieses Parkraumangebots ist eine Erweiterung des städtischen Parkleitsystems um eine lokale Komponente sinnvoll. Es soll kleinräumig (z. B. auf Stadt-/Ortsteilebene) angezeigt werden, wo wie viele Parkstände verfügbar sind. Über die Anzeige der Verfügbarkeit soll der Parksuchverkehr gezielt zu freien Parkständen geleitet werden, sodass der Mehraufwand des Parksuchverkehrs auf ein notwendiges Minimum reduziert werden kann.

#### Zielsetzung

 gezielte Lenkung des Parksuchverkehrs zu verfügbaren Parkständen

 Reduzierung des Parksuchverkehrs

**Wirkung auf ...**

gering

hoch

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)**Wegelängen** (Verringerung)**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)


**Klimaschutzorientierte Bewertung****CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

gering

**Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

mittel

**Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

kurzfristig

**Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)

**Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung****Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen

## Kfz-Verkehr

### K4 Parkraumbewirtschaftung

#### Bestand

./.

#### Lösung

./.



#### Kurzbeschreibung

Die Festlegung einer Parkraumbewirtschaftung ist kein einmaliger Planungsvorgang, sondern sollte aufgrund von Entwicklungsprozessen im Stadtgebiet einem stetigen Controlling (Analyse von Parkraumangebot und -nachfrage mit anschließender zielgerichteter Anpassung der Steuerung) unterzogen werden. In Siegen wurde das bestehende Parkraumbewirtschaftungskonzept zuletzt 2018 angepasst. Eine Analyse von Parkraumangebot und -nachfrage erfolgte jedoch nicht.

Mit dem geplanten Standortwechsel der Universität Siegen (Kooperationsprojekt „Uni (kommt) in die Stadt“) sind Änderungen in der Struktur der Verkehrsnachfrage und in diesem Zusammenhang auch mit der Parkraumnachfrage zu erwarten. Vor diesem Hintergrund sollte eine aktuelle Parkraumanalyse im Stadtgebiet Siegen durchgeführt werden.

Hierzu sollten zunächst die gebietsbezogenen Flächennutzungen erfasst werden, um Bereiche mit konkurrierender Parkraumnachfrage zu identifizieren (v. a. Wohnen, Arbeiten, Bildung, Einkaufen/Besorgung, Freizeit), für die anschließend eine detaillierte Analyse durchgeführt werden sollte. Für die Analyse ist das Parkraumangebot (Anzahl Parkstände), die Art der Bewirtschaftung (ohne Regelung, Parkscheibenregelung, Parkscheinregelung) sowie die Parkraumnachfrage (Belegung, ggf. mit Belegungsdauer) für den öffentlichen Straßenraum und im Gebiet vorhandene öffentlich zugängliche Parkflächen zu mehreren Zeitabschnitten zu erfassen und auszuwerten. Anstehende, aber noch nicht umgesetzte Gebietsentwicklungen sind über Prognosen des zukünftigen Parkraumbedarfs zu berücksichtigen. Auf Grundlage der Analyseergebnisse sind die Anpassungsnotwendigkeiten abzuleiten (Bewohnerparkzonen, Bewirtschaftungsgebiet, Bewirtschaftungsform, Wegweisung).

#### Zielsetzung

-  Steuerung des Kfz-Parksuchverkehrs (Routen-, Zielwahl, Umschlaghäufigkeit)
-  Reduzierung des Kfz-Verkehrsaufkommens des ruhenden Kfz-Verkehrs

**Wirkung auf ...**

gering

hoch

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)**Wegelängen** (Verringerung)**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)


**Klimaschutzorientierte Bewertung****CO<sub>2</sub>-Emissionen**  
(Minderungspotenzial)

mittel

**Kostenschätzung**  
(Planung, Material, Umsetzung)

gering

**Fertigstellung der Maßnahme**  
(Wirkungsbeginn)

Daueraufgabe

**Klimaschutzorientierte Priorität**  
(Gesamtbewertung)
  
 (Daueraufgabe)
**Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung****Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen

## Kfz-Verkehr

### K5 Machbarkeitsstudie zum Siegbergtunnel

**Bestand**



Bestandssituation im Bereich Siegen-City (Mitte und Oberstadt)

**Lösung**



Prognose-Planfall mit Siegbergtunnel und zeitgleicher Verkehrsberuhigung im Bereich Kölner Tor (Tempo 30)

#### Kurzbeschreibung

Im Jahre 2002 wurde für Siegen-Mitte ein Verkehrsentwicklungsplan aufgestellt. Der Tunnelbau unter der Oberstadt zur direkten Verbindung von Sandstraße (L 562) und Marienborner Straße (L 719) war ein Ergebnis des VEP unter Berücksichtigung einer Umweltverträglichkeitsstudie mit Betrachtung der Auswirkungen des Tunnels auf die bebaute Umwelt und die Landschaft. Aus städtebaulicher Sicht ist der Tunnel zu empfehlen, insbesondere zur Entlastung des Bereichs Kölner Tor, aus Umweltsicht jedoch nicht.

Problematisch eingeschätzt wurden damals die geschätzten Gesamtkosten in Höhe von rund 47 Mio. € (rund 12 Mio. € kommunaler Eigenanteil zzgl. der Kosten für Erwerb diverser Grundstücke im Bereich der Tunnelenden). Inzwischen werden die Kosten deutlich höher geschätzt, wobei derzeit keine aktuelle Kostenermittlung vorliegt.



Im Jahr 2014 erfolgte eine Aktualisierung des Verkehrsentwicklungsplans Siegen-Mitte, in der auch nochmals der Siegbergtunnel gutachterlich hinsichtlich der verkehrlichen Wirkungen untersucht wurde. Trotz der positiven Entlastungseffekte wurde die Realisierung aufgrund der Gesamtkosten als nicht absehbar eingestuft. Es erfolgte jedoch keine monetäre Bewertung der positiven Effekte.

Im Rahmen des Klimaschutzteilkonzepts Mobilität wurden die verkehrlichen Wirkungen des Tunnelbaus und einer zeitgleichen Verkehrsberuhigung im Bereich Kölner Tor (Tempo 30) erneut verkehrsmodellgestützt analysiert. Die Effekte liegen in einer ähnlichen Größenordnung wie bei bisherigen Untersuchungen. Der Tunnel führt vor allem zur Entlastung des Bereichs Kölner Tor, auf der Frankfurter Straße (B 54), der Marienborner Straße (L 719) zwischen Schleifmühlchen und Tunnel sowie auf Hohler Weg. Darüber hinaus ergeben sich ebenfalls Entlastungen auf Sandstraße (L 562) und Kampenstraße sowie Mehrbelastungen auf Juliusstraße, Freudenberger Straße (L 562) und HTS.

Für eine abschließende Empfehlung hinsichtlich der Umsetzung des „Siegbergtunnels“ sind weitergehende Betrachtungen erforderlich. Es ist eine neue Planung für den Tunnel in Form eines Gegenverkehrstunnels mit paralleler Fluchtröhre, die als Radverbindung genutzt werden kann, sowie eine zugehörige neue Kostenschätzung notwendig. Darauf aufbauend muss dann eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung mit Nutzen-Kosten-Analyse durchgeführt werden. In Abhängigkeit des Ergebnisses der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist dann eventuell auch eine neue Umweltverträglichkeitsstudie notwendig. Erst nach Vorliegen der weiteren Analyseergebnisse sollte eine abschließende Empfehlung ausgesprochen werden.



### Zielsetzung

-  Schaffung einer Direktverbindung zwischen Sandstraße (L 562) und Marienborner Straße (L 719)
-  Entlastung des Bereichs Kölner Tor und der Achse Spandauer Straße / Frankfurter Straße (B 54)

### Wirkung auf ...

	gering			hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)				
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)				
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)				
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)				

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	kein bzw. vernachlässigbar gering
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	hoch
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	kurzfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	☆☆☆

### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

## Kfz-Verkehr

### K6 Intensivierung von Parkraum- und Geschwindigkeitskontrolle

#### Bestand



„Unstrukturiertes“ Parken  
(Häutebachweg, Siegen-Mitte)

#### Lösung

./.

#### Kurzbeschreibung

Verkehrsrechtliche Anordnungen zeigen erst dann ihre volle Wirksamkeit, wenn sie auch eingehalten werden. Dies gilt für alle Verkehrsteilnehmer, sodass ein rücksichtvolles Miteinander im Straßenverkehr gewährleistet werden kann.

Aus der Bürgerbeteiligung zum Klimaschutzteilkonzept Mobilität geht hervor, dass sich vor allem Zufußgehende und Radfahrende durch die Nichteinhaltung von Parkverboten und Geschwindigkeitsbegrenzungen gestört und verunsichert fühlen. Falsch abgestellte Fahrzeuge können die Wegedurchlässigkeit und/oder die Barrierefreiheit einschränken und zu hohe Fahrgeschwindigkeiten Personen verängstigen.

Um die Verkehrssituation für den Fuß- und Radverkehr zu verbessern, wird allgemein eine Intensivierung der Parkraum- und Geschwindigkeitskontrolle empfohlen, sodass die Verkehrsinfrastrukturanlagen von Zufußgehenden und Radfahrenden uneingeschränkt genutzt werden können.

#### Zielsetzung

- ➡ Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit auf das verkehrsrechtlich angeordnete Niveau
- ➡ Konfliktvermeidung zwischen ruhendem Kfz-Verkehr und dem nicht motorisiertem Verkehr
- ➡ Verbesserung der Verkehrssicherheit
- ➡ Gewährleistung der Durchgängigkeit/ Barrierefreiheit

**Wirkung auf ...**

gering

hoch

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)**Wegelängen** (Verringerung)**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)


**Klimaschutzorientierte Bewertung****CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

gering

**Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

mittel

**Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

Daueraufgabe

**Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)

  
 (Daueraufgabe)
**Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung****Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen

## Kfz-Verkehr

### K7 Park & Ride-Anlagen

#### Bestand



P & R-Anlage  
(Seelbacher Weiher)

#### Lösung

./.

#### Kurzbeschreibung

Das anhaltende Wachstum des Kfz-Verkehrsaufkommens führt zur Verschärfung der Verkehrsprobleme in den Stadtzentren. Der Kfz-Verkehr muss soweit wie möglich aus den dicht besiedelten Bereichen rausgehalten werden. Eine Möglichkeit stellen hierbei Park & Ride-Anlagen dar. Sie sollen möglichst viele Kfz-Fahrer zum Umstieg auf den ÖPNV bewegen, um die Stadtzentren zu entlasten. Dabei stellen die Berufs- und Einkaufspendler, die außerhalb des Stadtgebiets wohnen und innerhalb des Stadtgebiets arbeiten oder einkaufen wollen, die primären Zielgruppen für Park & Ride dar. Vor diesem Hintergrund sind die Anlagen in der Regel außerhalb des Stadtzentrums an bedeutenden Zugangspunkten zum ÖPNV angeordnet. Dies ist auch zu empfehlen, da Erfahrungen zeigen, dass eine gewisse Mindestentfernung zum Stadtzentrum die Umsteigebereitschaft bedingt. Hier kann auch eine kostenlose Bereitstellung der Parkmöglichkeiten in der Regel ohne Konflikte ermöglicht werden, da es normalerweise keine Konkurrenznutzungen gibt.

Park & Ride-Anlagen schöpfen nicht ohne weitere Begleitmaßnahmen ihr volles Potenzial aus. Um die Nutzung von Park & Ride zu stärken, bedarf es einer restriktiven und konsequenten Parkraumbewirtschaftung im Stadtzentrum (vgl. Maßnahmensteckbrief K4). Im Hinblick auf den weiteren Ausbau von Park & Ride sollte im Idealfall der Grundsatz gelten, das vorhandene innerstädtische Parkraumbangebot um die erweiterte Park & Ride-Stellplatzkapazität zu reduzieren. Auch eine konsequente Parkraumkontrolle (vgl. Maßnahmensteckbrief K6) gehört zu den Begleitmaßnahmen, da nur so die Einhaltung von Parkzeiten und Parkgebühren gewährleistet werden kann.

Neben der innerstädtischen Parkraumbewirtschaftung ist aber vor allem auch eine attraktive ÖPNV-Anbindung (kurze Taktzeiten, im Idealfall 10-Minuten-Takt) der Park & Ride-Anlagen erforderlich, da ansonsten zu große Zeitverluste gegenüber der Weiterfahrt mit dem Kfz entstehen.

Als Park & Ride-Anlagen sind derzeit folgende Standorte ausgewiesen:

- Geisweid,
- Leimbachstadion,
- Seelbacher Weiher,
- Siegerlandhalle.

Um die Verknüpfung zum ÖPNV zu verbessern wurden im Kreis Siegen-Wittgenstein für jede kreisangehörige Kommune sogenannte Mobilstationen definiert (mindestens eine je Kommune). Für Sie-




gen sind der ZOB/Hauptbahnhof Siegen und der ZOB/Bahnhof Weidenau als Mobilstation festgelegt. Beide Verknüpfungspunkte verfügen heute schon über Bike & Ride-Anlagen sowie Parkmöglichkeiten im Umfeld. Aufgrund der innerstädtischen Lage sind die Parkmöglichkeiten nicht als Park & Ride-Anlagen ausgewiesen. Die Stadtverwaltung Siegen sieht neben den als Mobilstationen definierten Verknüpfungspunkten auch für weitere bedeutende Verknüpfungspunkte Potenziale und bindet daher in den geplanten Um- und Ausbau auch die anderen vorhandenen Bahnhöfe Niederschelden-Nord und Eiserfeld sowie den Verknüpfungspunkt ZOB/Bahnhof Geisweid ein.

Im Hinblick auf positive Erfahrungen mit der Verknüpfung zum ÖPNV ist es wichtig, ein ausreichendes Angebot an Parkständen im Kfz- und Radverkehr für ÖPNV-Kunden an relevanten Punkten anzubieten.

















Neben den reinen Abstellmöglichkeiten ist hier auch der Bedarf an Ladeinfrastruktur mitzudenken, da die Standzeiten an Bahnverknüpfungspunkten in der Regel größer sind und die Zeit gut zum Laden genutzt werden kann.

Die hier dargestellten Inhalte gelten auch für den Maßnahmensteckbrief Ö1 im Handlungsfeld ÖPNV.


### Zielsetzung

-  Vermeidung von innerstädtischem Kfz-Verkehr
-  Verbesserung der Verknüpfung mit dem ÖPNV
-  Erhöhung der Einzugsbereiche der Umstiegshaltestellen/-punkte

### Wirkung auf ...

	gering			hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)				
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)				
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)				
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)				

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	mittel
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	hoch
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	langfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	

**Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung****Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen

ZWS

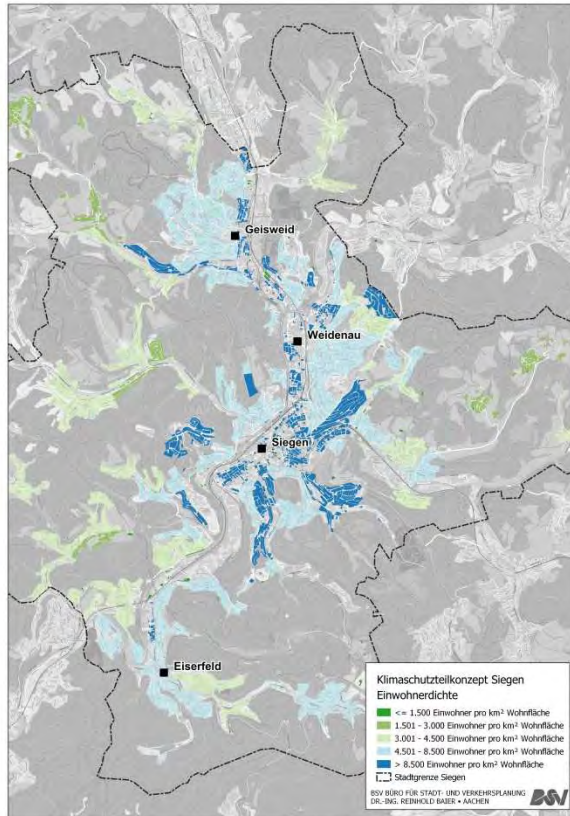


## Handlungsfeld „Wirtschaftsverkehr“

## Wirtschaftsverkehr

## W1 Mikro-Depots mit Einsatz von Elektronutzfahrzeugen

## Bestand



Darstellung der Siedlungsdichte innerhalb der Stadt Siegen

## Lösung

Stadtteiltyp	Anzahl an Distributionsstufen	Belieferungsstrategie
City	2-stufig	Elektro-Nutzfahrzeug – Mikro-Depot – Lastenfahrrad
Mischgebiet	2-stufig	Elektro-Nutzfahrzeug – Mikro-Depot – Lastenfahrrad
Wohnen	1-stufig	Elektro-Nutzfahrzeug / (Diesel-Nutzfahrzeug)
Gewerbe	1-stufig	Elektro-Nutzfahrzeug / (Diesel-Nutzfahrzeug)
Industrie	1-stufig	Elektro-Nutzfahrzeug / (Diesel-Nutzfahrzeug)

Quelle: Wirtschaftsverkehr 2.0, Universität Frankfurt (2017)

## Kurzbeschreibung

Um der verkehrlichen Mehrbelastung infolge der steigenden Nachfrage von Warensendungen entgegen zu wirken, ist die nachhaltige Abwicklung der KEP-Verkehre durch einen stärkeren Einsatz von Elektronutzfahrzeugen zu fördern.

Die KEP-Dienstleister sortieren die zu transportierenden Warensendungen für die Stadt Siegen in den nächstgelegenen Niederlassungen vor. Anschließend erfolgen der Transport nach Siegen und die anschließende Zustellung. Vor allem in dicht besiedelten Innenstadtbereichen werden die Transportfahrzeuge oftmals als „Zwischenlager“ genutzt, da Haltvorgänge zur Warenzustellung nicht immer im direkten Umfeld möglich sind. Dadurch weisen die KEP-Fahrzeuge längere Standzeiten auf, in denen der KEP-Dienstleister mehrere Zustellvorgänge zu Fuß durchführt. Das Grundprinzip des Zwischenlagers – im Weiteren als Mikro-Depots bezeichnet – soll nun zur Steigerung der Effizienz mit dem Einsatz von kleineren Elektronutzfahrzeugen gekoppelt werden.

Für geeignete Zustellgebiete sollen für die KEP-Dienstleister Mikro-Depots als Zwischenlager eingerichtet werden, die im Idealfall von den KEP-Dienstleistern kooperativ genutzt werden. Die für das Zustellgebiet bestimmten Warensendungen werden in der ersten Transportstufe von den KEP-Niederlassungen zu den Mikro-Depots transportiert. Hier ist bereits der Einsatz von Elektronutzfahrzeugen zu prüfen.



Für die zweite Transportstufe (Auslieferung auf der letzten „Meile“) werden die Warensendungen auf kleinere (Elektro-)Nutzfahrzeuge wie z. B. Elektro-Lieferwagen, Elektro-Lastenfahrräder oder Elektro-

Sackkarren umverteilt. Die Eignung der Fahrzeuge hängt von der Größe des Zustellgebiets ab. Für den Einsatz müssen in jedem Fall Ladepunkte am Mikro-Depot vorhanden sein.





















Zur Einsparung von Wegen zur Aufgabe von Warensendungen können im Zuge der Belieferung auch Sendungen (z. B. Retouren) aufgenommen werden. Diese werden dann im Mikro-Depot für den Rücktransport (Rückfahrt in der ersten Transportstufe) in die nächstgelegene Niederlassung gesammelt.

Da die Durchführung der KEP-Verkehre nicht in der Zuständigkeit der Stadtverwaltung liegt, sind die KEP-Dienstleister für die Umsetzung der Maßnahme zu gewinnen und einzubinden. Hierbei kann das Unternehmen Gieseler über seine bisherigen Erfahrungen berichten.


### Zielsetzung

-  Reduzierung der Kfz-Belastung im Wirtschaftsverkehr in der Kernstadt
-  Reduzierung der Umweltbelastungen des Wirtschaftsverkehrs in der Kernstadt

### Wirkung auf ...

	gering		hoch		
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)					
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)					
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)					
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)					

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	hoch
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	kurzfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	

### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung

  
(fehlende Zuständigkeit bzgl. der Umsetzung)

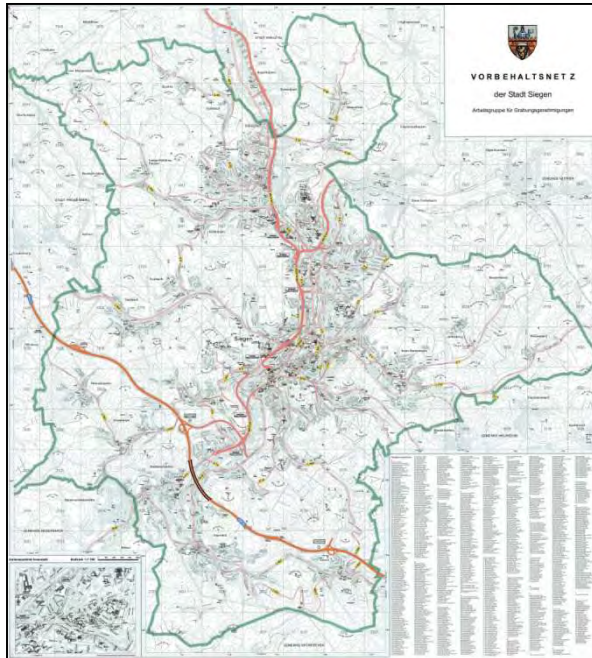
### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen  
Wirtschaftsförderung  
Industrie- und Handelskammer  
KEP-Dienstleister

## Wirtschaftsverkehr

### W2 Gesamtstädtische Analyse der Verkehrsströme im Wirtschaftsverkehr

#### Bestand



Vorbehaltsnetz der Stadt Siegen

#### Lösung

./.

#### Kurzbeschreibung

Die Stadt Siegen ist ein bedeutender Wirtschaftsstandort für Unternehmen im Geräte- und Maschinenbau- sowie im Metallsektor. Die Gewerbestandorte liegen dabei nicht außerhalb des Siedlungsbereichs, sondern aufgrund der vorhandenen topographischen Verhältnisse oftmals in der zentralen Talachse. Zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftsstandorts spielt die Erreichbarkeit eine zentrale Rolle. Sie wird im für die Stadt Siegen aufgestellten Vorbehaltsnetz berücksichtigt.

Der Lkw-Verkehr als ein Teil des Wirtschaftsverkehrs ist einerseits notwendiger Verkehr zur Ver- und Entsorgung der Stadt, andererseits trägt er überproportional zur innerstädtischen Lärm- und Schadstoffbelastung bei.

Der notwendige Quell- und Zielverkehr des Wirtschaftsverkehrs soll konzentriert auf den Hauptverkehrsstraßen gebündelt werden, um reine Wohngebiete sowie weitere sensible Bereiche zu entlasten. Dies wird durch das aufgestellte Kfz-Vorbehaltsnetz und das zugehörige Tempo 30-Konzept im Allgemeinen gewährleistet. Darüber hinaus gilt es die Möglichkeiten zur Minderung des innerstädtischen Lkw-Verkehrs und dessen negativen Auswirkungen näher zu analysieren, um zielgerichtete Maßnahmenempfehlungen ableiten zu können. Hinsichtlich der Erhebungen und Analysen können digitale Methoden und Techniken eingesetzt werden.

#### Kordonerhebung zur Identifizierung des Lkw-Durchgangsverkehrs

Analog zum allgemeinen Kfz-Durchgangsverkehr ist insbesondere der Lkw-Durchgangsverkehr aus dem Stadtgebiet fern zu halten und über das übergeordnete Straßennetz (HTS und Bundesautobahn) abzuwickeln. Durchgangsverkehre sind über Kordonanalysen zu identifizieren.

#### Überprüfung der Routenwahl

Allgemein kann die Routenwahl für ausgewählte Quell-Ziel-Beziehungen mittels Routensuchprogramme analysiert werden (Überprüfung der Routenempfehlungen). Die Routenplaner sollten in erster Linie Routen über das Hauptverkehrsstraßennetz bzw. das für die Stadt Siegen definierte Vorbehaltsnetz empfehlen. Ist dies nicht der Fall, besteht Verbesserungsbedarf.

Neben der Anwendung von Routenplanern ist auch die Durchführung einer Befragung von Unternehmen mit relevantem Lkw-Verkehr (u. a. Speditionen, Einkaufszentren, Unternehmen in Gewerbegebieten) zu empfehlen. Mit Hilfe der Befragung sind das standortbezogene Lkw-Verkehrsaufkommen, die Wegebeziehungen der Lkw-Fahrten, die Ankunfts- und Abfahrtszeitfenster sowie die Gründe für die Fahrten durch das Siegener Stadtgebiet zu ermitteln. Aufbauend auf diesen Ergebnissen können das Vorbehaltsnetz, die bisherigen Zugangsbeschränkungen für den Lkw-Verkehr sowie die Wegweisung zielgerichtet angepasst werden.

In Abhängigkeit der Analyseergebnisse ist zu entscheiden, ob neben dem allgemeinen Kfz-Vorbehaltsnetz ein separates Lkw-Vorbehaltsnetz zu definieren ist.

Die Analyseergebnisse sind zudem als Arbeitsgrundlage für die geplante Machbarkeitsstudie „Infrastrukturen für Wirtschaftsverkehr mit Batterieantrieb (BEV) und Wasserstoffantrieb (FCV)“ (siehe Maßnahmensteckbrief W3) notwendig.

### Zielsetzung



Identifizierung der Verkehrsströme des Wirtschaftsverkehrs als weitere Arbeitsgrundlage

### Wirkung auf ...

	gering				hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)					
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)					
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)					
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)					

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	kein bzw. vernachlässigbar gering
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	kurzfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	★ ★ ★

### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

Wirtschaftsförderung

Industrie- und Handelskammer

## Wirtschaftsverkehr

### W3 Machbarkeitsstudie „Infrastrukturen für Wirtschaftsverkehre mit Batterieantrieb (BEV) und Wasserstoffantrieb (FCV)“

#### Bestand

./.

#### Lösung

./.




#### Kurzbeschreibung

Neben den Metropolregionen, einer bedeutenden Kernstadt (Metropole) mit ihrem Umlandraum, gibt es „zahlreiche Räume, in denen mittelgroße Städte als Oberzentren mit einem großen Einzugsbereich fungieren, der häufig weit mehr Einwohner\*innen aufweist als die Kernstädte selbst (Regiopole). Sowohl in diesen Städten als auch im Umland befinden sich zahlreiche Arbeitsplätze, was enorme Pendelbewegungen zwischen Stadt und Umland sowie innerhalb der Region erzeugt. Man kann diese Regionen weder als „rein“ urban noch als ländlich geprägt umschreiben – es sind verstädterte Provinzen, die geradezu klassisch für das Raumbild Deutschlands sind.“ (Quelle: Radtke J., Daub J.: Verkehrswende im suburbanen Raum - Herausforderungen von Regiopolen bei der Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte).

Die Universitätsstadt Siegen ist eine typische Regiopole. Die Stadt Siegen und das Siegerland haben eine besondere Stadt-Umland-Beziehung, nicht nur in Bezug auf die Pendlerbewegungen, sondern auch im Bereich der Zulieferer-Firmen der mittelständischen Wirtschaft. Es gibt viele Firmen, die ausschließlich in einem Umkreis von 30-50 km andere Firmen mit Vorprodukten oder Produkten beliefern. Dazu zählt auch das Handwerk.

Aufgrund der Flächenkonkurrenz ist zu analysieren (Machbarkeitsstudie), wie für die Wirtschaft ein zusammenhängendes Lade-/Tankinfrastrukturnetz zielgerichtet entwickelt werden kann, sodass ein „Intra-Lade-/Tankstellennetz“ zwischen den Firmen ermöglicht werden kann. Dies bildet die Basis für eine Förderung der alternativen Antriebe im Wirtschaftsverkehr.

#### Zielsetzung

-  Potenzialaschätzung für ein wirtschaftsbezogenes „Intra-Lade-/Tankstellennetz“
-  Schaffung einer Arbeits-/Entscheidungsgrundlage für einen zielgerichteten Auf-/Ausbau
-  Förderung von alternativen Antrieben im Wirtschaftsverkehr

**Wirkung auf ...**

gering

hoch

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)**Wegelängen** (Verringerung)**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)


**Klimaschutzorientierte Bewertung****CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

kein bzw. vernachlässigbar gering

**Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

hoch

**Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

kurzfristig

**Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)

**Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung****Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen

Wirtschaftsförderung

Industrie- und Handelskammer



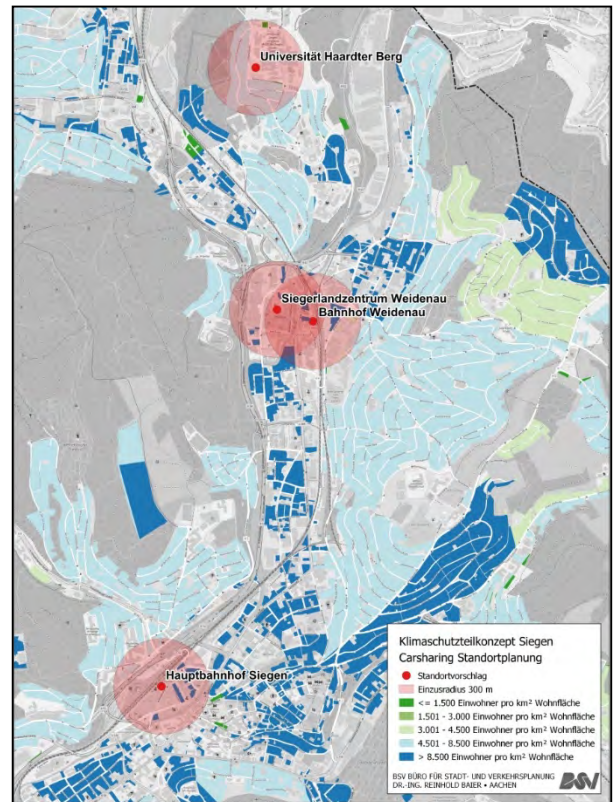
## Alternative Antriebe

### A1 E-Carsharing

#### Bestand

./.

#### Lösung



#### Kurzbeschreibung



Sharing-Angebote sollen eine einfache gemeinschaftliche Nutzung von Fahrzeugen ermöglichen, sodass die Notwendigkeit des privaten Fahrzeugbesitzes an Bedeutung verliert und damit den steigenden Kfz-Zulassungszahlen entgegengewirkt werden kann.

Die Stadt Siegen plant beispielsweise bereits die Installation eines öffentlichen Fahrradverleihs (Bike-Sharing, siehe auch Maßnahmensteckbrief R10). Aufgrund der bewegten Topographie im Stadtgebiet werden keine konventionellen Fahrräder, sondern Pedelecs in das Verleihsystem eingebunden.







Analog zum Bikesharing können auch Kfz gemeinschaftlich genutzt (Carsharing) und mit der Förderung von Elektromobilität verknüpft werden. Es müssen geeignete Standorte für die Verleihstationen gefunden werden, die zum einen ein ausreichendes Kundenpotenzial und zum anderen die technischen Anforderungen für die Aufladung der Elektro-Kfz erfüllen. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Siegen lässt diesbezüglich aktuell vier Standortvorschläge hinsichtlich ihrer Eignung untersuchen. Weitere potenzielle Standorte, wie z. B. in Wohngebieten sind perspektivisch ebenfalls zu prüfen und in das Sharing-System einzubinden, um Nutzern einen einfachen Zugang zu Sharing-Fahrzeugen zu ermöglichen.

Um die Planungen zielgerichtet voranzutreiben und Synergien effektiv nutzen zu können ist eine enge Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaftsförderung und der Fachabteilung „Straße und Verkehr“ vorzusehen. Darüber hinaus ist es sinnvoll analog zum geplanten Bikesharing-System auch in Bezug auf das Carsharing einen professionellen Anbieter für den Betrieb einzubinden.

### Zielsetzung

-  Reduzierung des Kfz-Bestands
-  Förderung eines bewussten Mobilitätsverhaltens

### Wirkung auf ...

	gering			hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)				
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)				
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)				
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)				

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	hoch
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	kurzfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	

### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



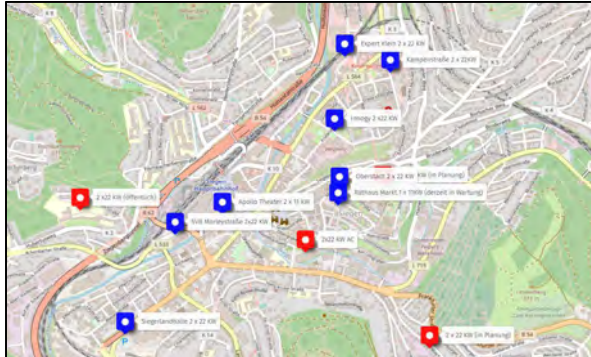
### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen, Wirtschaftsförderung, Carsharing-Anbieter

## Alternative Antriebe

## A2 Strukturierter Ausbau der Ladeinfrastruktur

## Bestand



## Lösung

.

Übersicht der Ladeinfrastruktur  
(blau: Bestand, rot: Planung)  
([www.siegen.de](http://www.siegen.de))

## Kurzbeschreibung

Um den Schadstoffausstoß im Kfz-Verkehr zu reduzieren, bietet sich die Förderung der alternativen Antriebe an. Um effektive Wirkungen zu erzielen, stellt die Stromgewinnung aus regenerativen Energieträgern im Hinblick auf den Elektroantrieb eine Grundvoraussetzung dar. Darüber hinaus ist ein ausreichend dichtes Ladeinfrastrukturnetz erforderlich. Dieses gilt es zielgerichtet zu entwickeln.

Hierzu ist zunächst der Bedarf realistisch abzuschätzen. Dazu wird zunächst der Bestand an Elektrofahrzeugen im Jahr 2035 abgeschätzt (Fortschreibung der nationalen Zielsetzung „7 bis 10 Mio. Elektro-Pkw bis 2030“ und Herunterbrechung auf den Fahrzeugbestand der Stadt Siegen). Danach wird der Bedarf an Ladeinfrastruktur unter Berücksichtigung des empfohlenen Verhältnisses von Ladepunkt zu Fahrzeug von 1:10 (NPE 2015) abgeschätzt. Für die weitere Konzeptionierung muss zwischen privatem Raum und (halb-)öffentlichen Raum differenziert werden (85 % Ladevorgänge im privaten Raum, 13 % im halböffentlichen und 2 % im öffentlichen Raum; NPE 2015). Ein Abgleich zwischen dem heutigen Bestand an öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur und dem ermittelten Bedarf zeigt den mengenmäßigen Ergänzungsbedarf auf.

Private Flächen ohne öffentlichen Zugang (AC) sowie halböffentliche Flächen (z. B. Kundenparkplätze von Handel und Gewerbe, Parkhäuser, Tankstellen; DC) entziehen sich bei der Ladeinfrastrukturplanung weitestgehend dem Einfluss einer Kommune (Beratungsangebote sind möglich, in Bezug auf die halböffentlichen Flächen auch Kooperationsangebote). Die größten rechtlichen Einflussmöglichkeiten bestehen in Bezug auf die öffentlichen Flächen (AC/DC). Jedoch stehen diese aufgrund vielfältiger Nutzungskonkurrenzen nur beschränkt zur Verfügung (Abwägung).

Über eine Flächennutzungsanalyse sollten Potenzialgebiete (gering/mittel/hoch) für Ladeinfrastruktur identifiziert und unter Berücksichtigung der Nutzungen nach AC und DC differenziert werden.

## Zielsetzung



## Reduzierung des Schadstoffausstoßes im Kfz-Verkehr

**Wirkung auf ...**

gering

hoch

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)**Wegelängen** (Verringerung)**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)


**Klimaschutzorientierte Bewertung****CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

hoch

**Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

mittel

**Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

kurzfristig

**Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)

**Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung****Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen, Wirtschaftsförderung, Energieversorger

## Alternative Antriebe

### A3 Ausbau der Wasserstoff-Tankstelleninfrastruktur inkl. Herstellung und Speicherung

#### Bestand



Eröffnung der Wasserstofftankstelle im  
Leimbachtal  
([www.siegen.de](http://www.siegen.de))

#### Lösung

./.

#### Kurzbeschreibung

Um den Schadstoffausstoß im Kfz-Verkehr zu reduzieren, bietet sich die Förderung der alternativen Antriebe an. Analog zum Elektroantrieb ist auch in Bezug auf den Wasserstoffantrieb ein ausreichend dichtes Tankstellennetz erforderlich (vgl. Maßnahmensteckbrief A2). Dieses gilt es ebenfalls zielgerichtet zu entwickeln.

Brennstoffzellenfahrzeuge werden wie Verbrenner an einer Zapfsäule einer (öffentlichen) Tankstelle betankt. Der Tankvorgang selbst unterscheidet sich praktisch nicht von der gewohnten Betankung. Üblicherweise wird dazu eine bestehende konventionelle Tankstelle um eine Wasserstoffzapfsäule erweitert.

2019 wurde die erste Wasserstofftankstelle in der Region Siegen eröffnet. Weitere Tankstellen im Stadtgebiet werden für notwendig erachtet und befinden sich bereits von der Wirtschaftsförderung in der Planung (z. B. Marienhütte, ).

#### Zielsetzung



Reduzierung des Schadstoffausstoßes im Kfz-Verkehr

#### Wirkung auf ...

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)

**Wegelängen** (Verringerung)

**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)

**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)

gering				hoch

### Klimaschutzorientierte Bewertung

**CO<sub>2</sub>-Emissionen**  
(Minderungspotenzial)

hoch

**Kostenschätzung**  
(Planung, Material, Umsetzung)

hoch

**Fertigstellung der Maßnahme**  
(Wirkungsbeginn)

mittelfristig

**Klimaschutzorientierte Priorität**  
(Gesamtbewertung)



### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen, Wirtschaftsförderung



## Handlungsfeld „Mobilitätsmanagement“

## Mobilitätsmanagement

## M1 Personalstelle Mobilitätsmanagement

## Bestand



Organisationsplan (Nov 2020)

## Lösung

Arbeits- und Organisationsstruktur  
Mobilitätsmanagement

## Kurzbeschreibung

Die Themen Verkehr, Mobilität und Umwelt, die im Klimaschutzteilkonzept Mobilität berührt werden, werden in der Verwaltung in mehreren Fachabteilungen behandelt. Ein fachlicher Austausch (intern, aber auch mit der Politik und weiteren Beteiligten außerhalb der Verwaltung) findet bereits heute in unterschiedlichen Arbeitsgremien statt. Darüber hinaus kann die Stadt Siegen durch ihre Mitgliedschaften im Klimabündnis und im Zukunftsnetz Mobilität NRW auf externe Unterstützung zurückgreifen.

In Bezug auf die Umsetzung des kommunalen Mobilitätsmanagements, dessen Grundstruktur im Rahmen des Erarbeitungsprozesses des Klimaschutzteilkonzepts Mobilität entwickelt wurden, fehlt derzeit eine Gesamtkoordination der internen und externen Abstimmungsprozesse. Darüber hinaus erfordert die maximale Potenzilausschöpfung des Klimaschutzteilkonzepts Mobilität ein stetiges Controlling (Erfassung Umsetzungsstand und Bewertung der Zielerreichung) sowie eine öffentliche Kommunikationsstrategie zur Aktivierung der Verkehrsteilnehmer. Es handelt sich hierbei um neue Aufgaben, die noch nicht in der Verwaltung verankert sind und eine fachübergreifende Kommunikation erfordern.

Es wird empfohlen, die Personalstelle des Mobilitätsmanagements in den Organisationsplan der Stadtverwaltung zu integrieren. Der Stellenbeschreibung sind die Leitung der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe „Mobilität“ sowie des interfraktionellen Arbeitskreises „Klimaschutzteilkonzept Mobilität“, die Teilnahme an der interkommunalen Arbeitsgruppe „Mobilität“ des Kreises Siegen-Wittgensteins, die Koordination von temporär eingerichteten Arbeitsgruppen mit Bezug zum Themenfeld Mobilität sowie der Durchführung der öffentlichen Kommunikation und schließlich die Durchführung des Controllings zum Klimaschutzteilkonzept Mobilität zuzuordnen.

## Zielsetzung

- ➡ Personelle Verankerung von Mobilität in der Verwaltung
- ➡ Optimierung des fachlichen Austauschs (intern und extern)
- ➡ Personelle Verankerung des Controllings zum Klimaschutzteilkonzept Mobilität



**Wirkung auf ...**

gering

hoch

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)**Wegelängen** (Verringerung)**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)


**Klimaschutzorientierte Bewertung****CO<sub>2</sub>-Emissionen**

(Minderungspotenzial)

kein bzw. vernachlässigbar gering

**Kostenschätzung**

(Planung, Material, Umsetzung)

mittel

**Fertigstellung der Maßnahme**

(Wirkungsbeginn)

kurzfristig

**Klimaschutzorientierte Priorität**

(Gesamtbewertung)

**Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung****Verantwortlichkeit/ Beteiligung**

Stadt Siegen

## Mobilitätsmanagement

### M2 Betriebliches Mobilitätsmanagement

#### Bestand

./.

#### Lösung

./.

#### Kurzbeschreibung

Betriebe sind große Verkehrserzeuger. Es entsteht Verkehr durch die Mitarbeitenden, die Besuchenden und die Kundschaft sowie ggf. durch Zulieferer. Im Hinblick auf eine nachhaltige Verkehrsentwicklung gilt es, diese Verkehre so verträglich wie möglich abzuwickeln. Mit Hilfe eines betrieblichen Mobilitätsmanagements sollen dazu die notwendigen Veränderungsprozesse angestoßen werden. Da die Stadtverwaltung selbst auch Arbeitgeber ist, zählt sie auch zu den lokal ansässigen Betrieben und soll als Vorbild voran gehen. Aber auch andere öffentliche Betriebe sollten mit Vorbildfunktion vorangehen.




Analog zum kommunalen Mobilitätsmanagement ist ein ganzheitlicher Ansatz zu verfolgen, d. h. neben der Mitarbeitermobilität auf Arbeits- und Dienstwegen sowie der Kunden- und Besucherverkehre, ist auch das eigene Fuhrparkmanagement mit einzubeziehen.

Die Stadtverwaltung Siegen ist sich ihrer Vorbildfunktion bewusst und handelt auch dementsprechend und hat selbst Maßnahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagement eingeführt (u. a. Bikeleasing für Mitarbeitende, Zertifizierung als fahrradfreundlicher Arbeitgeber, Umrüstung des eigenen Fuhrparks auf alternative Antriebe).

















Es gilt nun, weitere lokal ansässige Betriebe von den Vorteilen eines betrieblichen Mobilitätsmanagement zu überzeugen. Hierzu sollte zunächst eine Analyse der lokal ansässigen Betriebe hinsichtlich ihrer Eignung für die Einführung von betrieblichem Mobilitätsmanagement auf Grundlage einer Betriebsbefragung (z. B. Betriebsgröße, Arbeitszeitmodelle, Aufkommen Kunden- und Lieferverkehre, ÖPNV-Anschluss) durchgeführt werden. Anschließend muss eine aktive Erstansprache erfolgen (gestufte Ansprache auf Grundlage der identifizierten Eignung), in der der Mehrwert von betrieblichen Mobilitätsmanagement verdeutlicht und von Praxiserfahrungen berichtet wird. Anschließend sollten interessierte Betriebe bei der Entwicklung und Einführung eines eigenen betrieblichen Mobilitätsmanagement unterstützt werden. Neben Beratungsangeboten und Kontakten bieten auch Förderprogramme entsprechende Anreize.

Aufgrund der bestehenden Kontakte zu den lokal ansässigen Betrieben, sollte die Wirtschaftsförderung in den Ausbauprozess des betrieblichen Mobilitätsmanagements eingebunden werden. Das Zukunftsnetz Mobilität NRW unterstützt seine Mitgliedskommunen bei dieser Maßnahme durch Beratung sowie fachliche und organisatorische Unterstützung. Diese Möglichkeit kann von der Stadt Siegen in Anspruch genommen werden.


### Zielsetzung

-  Motivation von lokal ansässigen Betrieben zur Einführung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements
-  Unterstützung von interessierten lokal ansässigen Betrieben durch eigene Förderprogramme und Beratungsangebote
-  Anstoßen von Veränderungsprozessen für eine nachhaltige Abwicklung der Betriebsverkehre

### Wirkung auf ...

	gering			hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)				
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)				
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)				
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)				

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	mittel
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	Daueraufgabe
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	 (Daueraufgabe)

### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



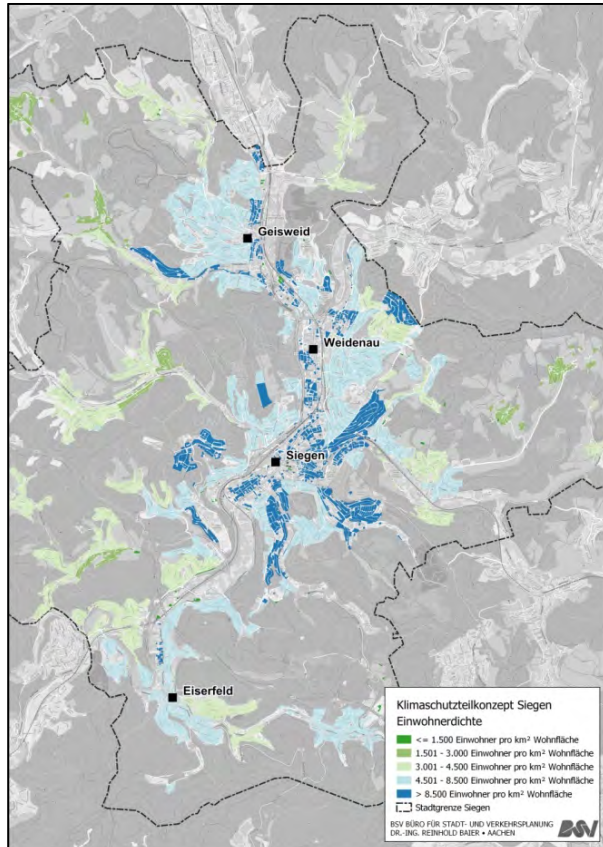
### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen  
Wirtschaftsförderung  
Industrie- und Handelskammer

## Mobilitätsmanagement

### M3 Zielgruppenspezifisches Mobilitätsmanagement

#### Bestand



Einwohnerdichte in Siegen

#### Lösung



Beispiel Informationsbroschüre für neue städtische Mitarbeiter

#### Kurzbeschreibung

Zielgruppenspezifisches Mobilitätsmanagement soll nachhaltige Mobilitätsmöglichkeiten sichern und deren Nutzung weiter fördern. Dabei wird zwischen verschiedenen Ansätzen unterschieden:

In Bezug auf die **Mobilität im ländlichen Raum** gilt es eine bezahlbare Mobilität auch ohne Auto zu sichern. Dazu müssen entsprechend die Rahmenbedingungen geschaffen werden (z. B. Ausbau Radverkehrsnetz, Einrichtung von attraktiven ÖPNV-Angeboten, Förderung von bürgerschaftlichen Angeboten). Sind die Mobilitätsangebote vorhanden, müssen sie entsprechend kommuniziert werden, damit sie auch bekannt sind und genutzt werden können.

Siegen ist Oberzentrum und weist zum Großteil dicht besiedelte Gebiete auf. Bereiche mit ländlichem Charakter zeigen sich für die Stadt-/Ortsteile in städtischer Randlage (Sohlbach, Buchen, Meiswinkel, Langenholdinghausen, Birlenbach, Trupbach, Seelbach, Oberschelden, Gosenbach, Feuersbach, Volnsberg, Breitenbach, Niedersetzen, Obersetzen). Für diese Bereiche sollten die noch vorhandenen Nahversorgungsmöglichkeiten möglichst aufrechterhalten werden. Ist dies wirtschaftlich nicht möglich, ist die Einbindung von ehrenamtlichem Engagement (z. B. Dorfläden) zu prüfen.

Das definierte Radverkehrsnetz berücksichtigt die Anbindung dieser Stadt-/Ortsteile an die Kernstadt (Grundnetz). Hier erfolgt über die Handlungsempfehlungen zum Radverkehr eine Optimierung der Radverkehrsführung. Hinsichtlich der ÖPNV-Anbindung sind gemeinsam mit dem ZWS die Möglichkeiten für alternative ÖPNV-Bedienkonzepte zu klären (z. B. Bürger fahren Bürger, Elektrokleinbus SAM).

Mit einem Umzug in eine neue Stadt erfolgt in der Regel eine Neuorientierung (z. B. Auffindung neuer

Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten). Mit einem frühzeitig greifenden Informationsangebot für **Neubürger**, kann der Neuorientierungsprozess auch für eine Veränderung des Mobilitätsverhaltens genutzt werden. Neben Informationen zum ÖPNV (z. B. Liniennetzkarte und Preistabelle), zum Radverkehr (z. B. Übersichtskarte zum Radverkehrsnetz, Übersichtskarte mit den Verknüpfungspunkten zum ÖPNV) sowie zu vorhandenen bzw. geplanten Sharing-Angeboten (z. B. Carsharing, Bikesharing) können Schnuppertickets zum Ausprobieren der beworbenen Mobilitätsangebote animieren.

Es wird empfohlen, die Information zu den vorhandenen Mobilitätsangeboten gezielt für Neubürger bereitzustellen (über städtische Internetseite, als Neubürgerbroschüre, die bei der Anmeldung ausgehändigt wird). Durch Beilage von Schnuppertickets können Nutzungsanreize zur Sammlung von Erfahrungen geschaffen werden. Da vor allem der Arbeits- und Ausbildungsweg durch die Regelmäßigkeit der Durchführung eine ausgeprägte Verhaltensroutine aufweist, können Neubürger, die in Siegen arbeiten auch über die Arbeitgeber angesprochen und informiert werden (zählt auch zum betrieblichen Mobilitätsmanagement). Es wird empfohlen, dass die Stadt hier als Vorbild voran geht und eine Informationsbroschüre „Wege zur Arbeit“ für die drei Hauptstandorte erstellt und an neue Mitarbeiter verteilt.

*„Die im Kindes- und Jugendalter erworbenen Mobilitätskompetenzen wirken sich darauf aus, wie die Erwachsenen der Zukunft mobil sein werden“* (Zukunftsnetz Mobilität NRW). Vor diesem Hintergrund sind eine frühzeitige Information und Aufklärung bzgl. der Notwendigkeit einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung sowie das Einüben von nachhaltigem Mobilitätsverhalten von hoher Bedeutung. Eine zentrale Erreichbarkeit von **Kindern und Jugendlichen** bietet sich in den Schulen an. Im Hinblick auf die Förderung der eigenständigen Mobilität der Kinder und Jugendlichen müssen zunächst die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden (z. B. Aufstellung von Schulwegplänen unter Einbeziehung der Kinder, Einrichtung von Hol- und Bringzonen an Grundschulen). Die Durchführung von Aufklärungs- und Motivationsarbeit obliegt dem Lehrpersonal in Zusammenarbeit mit der Polizei.

Im Hinblick auf das schulische Mobilitätsmanagement ist die Stadt vor allem für die Schaffung der Rahmenbedingungen zuständig (→ Netze zur sicheren Erreichbarkeit der Schulstandorte mit allen Verkehrsmitteln). Hier soll die geplante Fortsetzung der Einrichtung von Hol-/Bringzonen durchgeführt werden. Darüber hinaus kann die Stadt die Aktionen Schulwegdetektive (3./4. Klasse) und Radwegdetektive (5./6. Klasse) an den Schulen initiieren und in Zusammenarbeit mit den Schulen und der Polizei durchführen. Die Erkenntnisse können als planerische Beteiligung von Kindern in die Aktualisierung von Schulwegplänen oder die Erstellung von quartiersbezogenen Kinderstadtplänen einfließen.

**Senioren sowie mobilitätseingeschränkte Personen** sind alters- bzw. körperlichbedingt in ihren Mobilitätsmöglichkeiten eingeschränkt. Um ihre Mobilität dennoch aufrecht zu erhalten, müssen seniorengerechte sowie für mobilitätseingeschränkte Personen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden (z. B. Rastmöglichkeiten auf Alltagsrouten, barrierefreie Fußverkehrsnetze, barrierefreien ÖPNV). Darüber hinaus können weitere Hilfsangebote (z. B. Busbegleitung, Übungsangebote zur sicheren Nutzung eines Rollators oder eines Pedelegs) unterstützen.

Die Sicherung der Barrierefreiheit soll über die Maßnahmen zum Fuß- und Radverkehr sowie zum ÖPNV gewährleistet werden. Im Hinblick auf Rastmöglichkeiten sind die Alltagsrouten von Senioren und mobilitätseingeschränkten Personen quartiersbezogen zu analysieren (Analyse der Altersstruktur, Erfassung bedeutender Zielpunkte, Identifizierung und Analyse der Routen im Netz). Die Analyse der identifizierten Routen kann im Rahmen eines Fußverkehrschecks unter Einbindung von älteren und mobilitätseingeschränkten Personen aus dem Quartier durchgeführt werden. Um Synergien zur Kindermobilität zu nutzen, können statt reinen Sitzelementen auch kombinierbare Sitz- und Spielelemente eingesetzt werden, zumindest dort, wo sich Alltagswege von Kindern und älteren sowie mobilitätseingeschränkten Personen überlagern. Für die Durchführung von Übungsprogrammen (z. B. Rollator, Pedelec) und Begleitprogrammen (Busbegleitung) ist die Stadt selbst nicht zuständig, kann hier aber als Koordinator und Initiator aktiv werden. Bereits heute informiert die Stadt Siegen gezielt die Gruppe der älteren Menschen über die städtische Internetseite (Leben in Siegen – Senioren in Siegen). Hier können die Hinweise zu vorhandenen Übungs- und Begleitprogrammen eingebunden werden. Das Begleitprogramm Busbegleiter, das Senioren und mobilitätseingeschränkte Menschen bei Bedarf in Anspruch nehmen können, kann in Kooperation mit dem ZWS, dem Jobcenter und cari-

tativen Einrichtungen initiiert und durchgeführt werden.

### Zielsetzung

- ➡ Sicherung von Mobilität ohne privatem Pkw
- ➡ Unterstützung bei der Neuorientierung in Bezug auf die Verkehrsmittelwahl
- ➡ Sicherung von eigenständiger Kindermobilität
- ➡ Sicherung von Mobilität im Alter
- ➡ Sicherung von Mobilität für mobilitätseingeschränkte Personen

### Wirkung auf ...

	gering			hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)				
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)				
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)				
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)				

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	gering
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	Daueraufgabe
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	☆☆☆ (Daueraufgabe)

### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen, Polizei, Schulen, ZWS, ADFC, Jobcenter, Caritative und gesundheitliche Einrichtungen



## Mobilitätsmanagement

### M4 Initiierung einer Mobilitätszentrale

#### Bestand

./.

#### Lösung



Beispiel für eine Mobilitätszentrale  
([www.vrn.de/verbund/presse/pressemeldungen/pm/016351/index.html](http://www.vrn.de/verbund/presse/pressemeldungen/pm/016351/index.html))

#### Kurzbeschreibung

Im Rahmen des Mobilitätsmanagements soll sich die Verkehrsmittelwahlentscheidung mittel- bis langfristig mit Hilfe von Information und Beratung zu Gunsten des Umweltverbunds ändern. Dazu sollen Informationen und Dienstleistungen rund um die Mobilität in einer möglichst zentral gelegenen Serviceeinrichtung, einer sogenannten Mobilitätszentrale, angeboten und verkehrsmittelübergreifend gebündelt werden.

Im Gegensatz zu einem konventionellen Kundencenter des ÖPNV-Betreibers soll das Angebot der Mobilitätszentrale breiter gefächert sein und den Schwerpunkt auf der Beratung sowie einer stärkeren Service- und Kundenorientierung haben. Ziel ist es, dem Kunden eine verlässliche Dienstleistungsqualität zu bieten, die zugleich für die Betreiber wirtschaftlich ist. Das Dienstleistungsangebot der Mobilitätszentrale kann dabei stufenweise auf- und ausgebaut werden. Neben den allgemeinen Mobilitätsmöglichkeiten kann zum Beispiel auch der Bereich betriebliches Mobilitätsmanagement (Beratung von Betrieben) und zielgruppenspezifischen Mobilitätsmanagement (Mobilitätsberatung von Schulen) integriert werden.

Es ist davon auszugehen, dass nicht nur die Stadt Siegen ein Interesse an der Initiierung des Projekts hat, sondern auch weitere Akteure wie beispielsweise der ZWS oder der Kreis Siegen-Wittgenstein. Im Rahmen eines Akteurstreffens (z. B. interkommunaler Arbeitskreis Mobilität des Kreises Siegen-Wittgenstein) sind das Interesse und die Möglichkeiten abzuklären.

#### Zielsetzung



Zentralisierung der Informationen zu den vorhandenen Mobilitätsangeboten

#### Wirkung auf ...

**Verkehrsmittelwahl** (zu Gunsten des Umweltverbunds)

**Wegelängen** (Verringerung)

**Besetzungs-/Auslastungsgrad** (Steigerung)

**Öffentlichkeit** (Wahrnehmung)

	gering		hoch	

### Klimaschutzorientierte Bewertung

**CO<sub>2</sub>-Emissionen**  
(Minderungspotenzial)

hoch

**Kostenschätzung**  
(Planung, Material, Umsetzung)

mittel

**Fertigstellung der Maßnahme**  
(Wirkungsbeginn)

mittelfristig

**Klimaschutzorientierte Priorität**  
(Gesamtbewertung)



### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

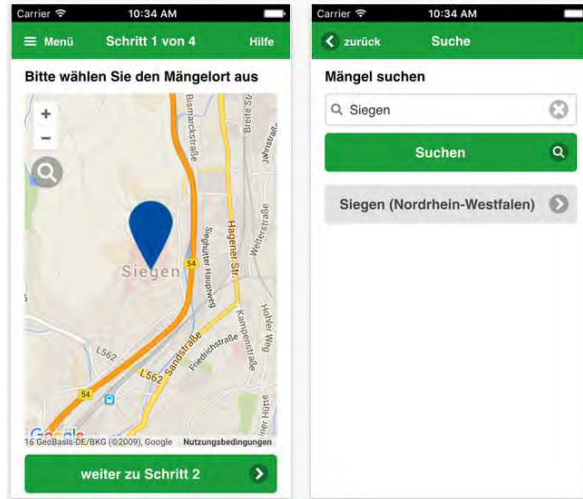
Kreis Siegen-Wittgenstein

ZWS

## Mobilitätsmanagement

### M5 Initiierung einer Mobilitäts-App

#### Bestand



Screenshot zur App „SiRad Melder“  
(www.siegen.de)

#### Lösung

./.

#### Kurzbeschreibung

Im Rahmen des Mobilitätsmanagements soll sich die Verkehrsmittelwahlentscheidung mittel- bis langfristig mit Hilfe von Information und Beratung zu Gunsten des Umweltverbunds ändern. Dazu sollen Informationen und Dienstleistungen rund um die Mobilität in einer möglichst zentral gelegenen Serviceeinrichtung, einer sogenannten Mobilitätszentrale, angeboten und verkehrsmittelübergreifend gebündelt werden (vgl. Maßnahmensteckbrief M4).

Vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung der digitalen und mobilen Medien ist die Initiierung einer Mobilitäts-App in Ergänzung zur Mobilitätszentrale zu empfehlen. Erste App-Einsätze sind in der Stadt Siegen schon vorhanden und im Einsatz (z. B. „SiRad Melder“, siehe Maßnahmensteckbrief R13; WestfalenTarif-App des NWL sowie die App der VWS). Auch Parkgebühren können seit Oktober 2019 per Mobiltelefon bezahlt werden.

Die kommunale Mobilitäts-App soll Informationen rund um die vorhandenen Mobilitätsangebote zentral gebündelt bereitstellen. Dies sind beispielsweise: Lage von Parkmöglichkeiten und deren aktuelle Auslastung, Lage von Bushaltestellen mit Angabe der Busabfahrtszeiten, Lage von Bahnhaltepunkten mit Angabe der Zugabfahrtszeiten, Lage von Sharingangeboten und deren Verfügbarkeit, Informationen zu Stadtrundgängen und Radrundtouren. Das potenzielle Informationsangebot ist vielfältig.

Analog zur Mobilitätszentrale (vgl. Maßnahmensteckbrief M4) ist ein stufenweiser Ausbau der App-Inhalte denkbar. Neben den vorhandenen Mobilitätsangeboten ist beispielsweise auch das Auffinden von Ämtern der Stadtverwaltung oder weitere öffentliche Einrichtungen (z. B. Behörden, Schulen, Kindergärten) oder touristische Informationen (z. B. Hotels, Restaurants, öffentliche Toiletten) von Interesse.

Analog zur Initiierung der Mobilitätszentrale (vgl. Maßnahmensteckbrief M4) ist auch in Bezug auf die Mobilitäts-App davon auszugehen, dass nicht nur die Stadt Siegen ein Interesse an der Initiierung des Projekts hat, sondern auch weitere Akteure wie beispielsweise der ZWS oder der Kreis Siegen-Wittgenstein. Im Rahmen eines Akteurstreffens (z. B. interkommunaler Arbeitskreis Mobilität des Kreises Siegen-Wittgenstein) sind das Interesse und die Möglichkeiten abzuklären.

### Zielsetzung



Zentralisierung der Informationen zu den vorhandenen Mobilitätsangeboten

### Wirkung auf ...

	gering			hoch
<b>Verkehrsmittelwahl</b> (zu Gunsten des Umweltverbunds)				
<b>Wegelängen</b> (Verringerung)				
<b>Besetzungs-/Auslastungsgrad</b> (Steigerung)				
<b>Öffentlichkeit</b> (Wahrnehmung)				

### Klimaschutzorientierte Bewertung

<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b> (Minderungspotenzial)	hoch
<b>Kostenschätzung</b> (Planung, Material, Umsetzung)	mittel
<b>Fertigstellung der Maßnahme</b> (Wirkungsbeginn)	mittelfristig
<b>Klimaschutzorientierte Priorität</b> (Gesamtbewertung)	☆☆☆

### Umsetzungsorientierte Gesamtbewertung



### Verantwortlichkeit/ Beteiligung

Stadt Siegen

Kreis Siegen-Wittgenstein

ZWS

## Maßnahmenpriorisierung

Nachfolgend werden die Ergebnisse zur Klimaschutz- und umsetzungsorientierten Priorisierung dargestellt. Die Herangehensweise bzgl. der Festlegung ist im zugehörigen Projektbericht dargestellt.

### Handlungsfeld „Fußverkehr“

Maßnahmentitel			CO <sub>2</sub> -Emissionen	Kosten	Kosteneffizienz	Fertigstellung	Klimaschutzorientierte Priorität	Umsetzungsorientierte Priorität
Fußverkehr	F1	Führung im Stadt-/Ortsteilzentrum	mittleres Einsparpotenzial	hoch	gering	Daueraufgabe	Daueraufgabe	mittel (2 Sterne)
	F2	Einrichtung bzw. Erweiterung von Fußgängerzonen	geringes Einsparpotenzial	hoch	gering	mittelfristig	mittel (2 Sterne)	mittel (2 Sterne)
	F3	Soziale Sicherheit (Beleuchtung, Sauberkeit)	geringes Einsparpotenzial	mittel	gering	Daueraufgabe	Daueraufgabe	hoch (3 Sterne)
	F4	Wegweisende Beschilderung innerhalb von Stadt-/Ortsteilzentren	kein bzw. vernachlässigbar geringes Einsparpotenzial	mittel	keine	kurzfristig	gering (1 Stern)	mittel (2 Sterne)
	F5	Barrierefreiheit im Fußverkehr	geringes Einsparpotenzial	mittel	gering	Daueraufgabe	Daueraufgabe	hoch (3 Sterne)
	F6	Pflege und Instandhaltung der Fußverkehrsinfrastruktur	geringes Einsparpotenzial	mittel	gering	Daueraufgabe	Daueraufgabe	hoch (3 Sterne)
	F7	Verbreiterung von Gehwegen im Zuge von Um-/Neubau	mittleres Einsparpotenzial	mittel	mittel	Daueraufgabe	Daueraufgabe	mittel (2 Sterne)
	F8	Durchführung des Fußverkehrs-Checks	geringes Einsparpotenzial	mittel	gering	mittelfristig	mittel (2 Sterne)	mittel (2 Sterne)
	F9	Erweiterung des Angebots an Sitzgelegenheiten	geringes Einsparpotenzial	mittel	gering	mittelfristig	mittel (2 Sterne)	mittel (2 Sterne)

### Handlungsfeld „Radverkehr“

Maßnahmentitel			CO <sub>2</sub> -Emissionen	Kosten	Kosteneffizienz	Fertigstellung	Klimaschutzorientierte Priorität	Umsetzungsorientierte Priorität
Radverkehr	R1	Führung im Radverkehrsnetz	hohes Einsparpotenzial	hoch	mittel	Daueraufgabe	Daueraufgabe	hoch (3 Sterne)
	R2	Radweganfang/-ende (innerorts)	geringes Einsparpotenzial	mittel	gering	mittelfristig	mittel (2 Sterne)	mittel (2 Sterne)

Maßnahmentitel			CO <sub>2</sub> -Emissionen	Kosten	Kosten-effizienz	Fertigstellung	Klimaschutz-orientierte Priorität	Umsetzungs-orientierte Priorität
Radverkehr	R3	Radweganfang/-ende an Ortseinfahrten	kein bzw. vernachlässigbar geringes Einsparpotenzial	mittel	keine	mittelfristig	gering (1 Stern)	mittel (2 Sterne)
	R4	Sicherung des Radverkehrs an Lichtsignalanlagen	geringes Einsparpotenzial	mittel	gering	mittelfristig	mittel (2 Sterne)	gering (1 Stern)
	R5	Einbahnstraßen mit Radverkehr in Gegenrichtung	kein bzw. vernachlässigbar geringes Einsparpotenzial	gering	keine	kurzfristig	gering (1 Stern)	mittel (2 Sterne)
	R6	Fahrradabstellanlagen an Bahnhaltepunkten und ÖPNV-Haltestellen	hohes Einsparpotenzial	hoch	mittel	kurzfristig	hoch (3 Sterne)	hoch (3 Sterne)
	R7	Fahrradabstellanlagen an Schulen	geringes Einsparpotenzial	mittel	gering	kurzfristig	mittel (2 Sterne)	hoch (3 Sterne)
	R8	Fahrradabstellanlagen an publikumsintensiven Einrichtungen	hohes Einsparpotenzial	mittel	hoch	kurzfristig	hoch (3 Sterne)	hoch (3 Sterne)
	R9	Wegweisende Beschilderung (Hauptnetz und Vorrangroute)	geringes Einsparpotenzial	mittel	gering	kurzfristig	mittel (2 Sterne)	mittel (2 Sterne)
	R10	Fahrradmietsystem	mittleres Einsparpotenzial	mittel	mittel	kurzfristig	hoch (3 Sterne)	hoch (3 Sterne)
	R11	Service- und Dienstleistungsangebote	geringes Einsparpotenzial	gering	mittel	kurzfristig	hoch (3 Sterne)	mittel (2 Sterne)
	R12	Barrierefreiheit im Radverkehr	geringes Einsparpotenzial	mittel	gering	Daueraufgabe	Daueraufgabe	hoch (3 Sterne)
	R13	Pflege und Instandhaltung der Radverkehrsinfrastruktur	geringes Einsparpotenzial	mittel	gering	Daueraufgabe	Daueraufgabe	hoch (3 Sterne)
	R14	Gestaltung von Fahrradstraßen und Tempo 30-Zonen/-Straßen	mittleres Einsparpotenzial	hoch	gering	mittelfristig	mittel (2 Sterne)	mittel (2 Sterne)
	R15	Überlagerung des städtischen und des kreisweiten Radverkehrsnetzes sowie Ergänzung auf Stadt-/Ortsteilebene	mittleres Einsparpotenzial	hoch	gering	mittelfristig	mittel (2 Sterne)	mittel (2 Sterne)
	R16	Bewerbung von Anschaffungsförderung für Pedelecs und Lastenpedelecs	geringes Einsparpotenzial	gering	mittel	kurzfristig	hoch (3 Sterne)	hoch (3 Sterne)



## Handlungsfeld „Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)“

Maßnahmentitel			CO <sub>2</sub> -Emissionen	Kosten	Kosten-effizienz	Fertigstellung	Klimaschutz-orientierte Priorität	Umsetzungs-orientierte Priorität
Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)	Ö1	Park & Ride sowie Bike & Ride	Zusammensetzung aus Steckbriefen R6 und K7 (nur Einzelbewertung)					
	Ö2	ÖPNV-Beschleunigung auf der Strecke und an Knotenpunkten	geringes Einsparpotenzial	hoch	gering	Daueraufgabe	Daueraufgabe	hoch (3 Sterne)
	Ö3	Pflege und Instandhaltung von Haltestellen	geringes Einsparpotenzial	mittel	gering	Daueraufgabe	Daueraufgabe	mittel (2 Sterne)
	Ö4	Initiierung von neuen Angebotsformen für verkehrsschwache Bereiche (zeitlich, räumlich)	mittleres Einsparpotenzial	mittel	mittel	mittelfristig	mittel (2 Sterne)	neutral (0 Sterne)
	Ö5	Initiierung von Möglichkeiten zum Einsatz von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben	hohes Einsparpotenzial	gering	hoch	mittelfristig	hoch (3 Sterne)	neutral (0 Sterne)
	Ö6	Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der äußeren Stadtteile an das Stadtzentrum Siegen	mittleres Einsparpotenzial	mittel	mittel	mittelfristig	mittel (2 Sterne)	neutral (0 Sterne)

**Handlungsfeld „Kfz-Verkehr“**

Maßnahmentitel			CO <sub>2</sub> -Emissionen	Kosten	Kosten-effizienz	Fertigstellung	Klimaschutz-orientierte Priorität	Umsetzungs-orientierte Priorität
<b>Kfz-Verkehr</b>	K1	Geschwindigkeitskonzept	geringes Einsparpotenzial	mittel	gering	kurzfristig	mittel (2 Sterne)	hoch (3 Sterne)
	K2	Koordinierung der Lichtsignalanlagen	kein bzw. vernachlässigbar geringes Einsparpotenzial	mittel	keine	Daueraufgabe	Daueraufgabe	mittel (2 Sterne)
	K3	Parkleitsystem (kleinräumig)	geringes Einsparpotenzial	mittel	gering	kurzfristig	mittel (2 Sterne)	gering (1 Stern)
	K4	Parkraumbewirtschaftung	mittleres Einsparpotenzial	gering	mittel	Daueraufgabe	Daueraufgabe	mittel (2 Sterne)
	K5	Machbarkeitsstudie zum Siegbertunnel	kein bzw. vernachlässigbar geringes Einsparpotenzial	hoch	keine	kurzfristig	gering (1 Stern)	hoch (3 Sterne)
	K6	Intensivierung von Parkraum- und Geschwindigkeitskontrolle	geringes Einsparpotenzial	mittel	gering	Daueraufgabe	Daueraufgabe	hoch (3 Sterne)
	K7	Park & Ride-Anlagen	mittleres Einsparpotenzial	hoch	gering	langfristig	gering (1 Stern)	gering (1 Stern)

**Handlungsfeld „Wirtschaftsverkehr“**

Maßnahmentitel			CO <sub>2</sub> -Emissionen	Kosten	Kosten-effizienz	Fertigstellung	Klimaschutz-orientierte Priorität	Umsetzungs-orientierte Priorität
<b>Wirtschaftsverkehr</b>	W1	Mikro-Depots mit Einsatz von Elektronutzfahrzeugen	hohes Einsparpotenzial	mittel	hoch	kurzfristig	hoch (3 Sterne)	neutral (0 Sterne)
	W2	Gesamtstädtische Analyse der Verkehrsströme im Wirtschaftsverkehr	kein bzw. vernachlässigbar geringes Einsparpotenzial	mittel	keine	kurzfristig	gering (1 Stern)	gering (1 Stern)
	W3	Machbarkeitsstudie "Infrastrukturen für Wirtschaftsverkehre mit Batterieantrieb (BEV) und Wasserstoffantrieb (FCV)"	kein bzw. vernachlässigbar geringes Einsparpotenzial	hoch	keine	kurzfristig	gering (1 Stern)	hoch (3 Sterne)

## Handlungsfeld „Alternative Antriebe“

Maßnahmentitel			CO <sub>2</sub> -Emissionen	Kosten	Kosten-effizienz	Fertigstellung	Klimaschutz-orientierte Priorität	Umsetzungs-orientierte Priorität
Alternative Antriebe	A1	E-Carsharing	hohes Einsparpotenzial	mittel	hoch	kurzfristig	hoch (3 Sterne)	hoch (3 Sterne)
	A2	Strukturierter Ausbau der Ladeinfrastruktur	hohes Einsparpotenzial	mittel	hoch	kurzfristig	hoch (3 Sterne)	hoch (3 Sterne)
	A3	Ausbau der Wasserstoff-Tankstelleninfrastruktur inkl. Herstellung und Speicherung	hohes Einsparpotenzial	hoch	mittel	mittelfristig	mittel (2 Sterne)	hoch (3 Sterne)

## Handlungsfeld „Mobilitätsmanagement“

Maßnahmentitel			CO <sub>2</sub> -Emissionen	Kosten	Kosten-effizienz	Fertigstellung	Klimaschutz-orientierte Priorität	Umsetzungs-orientierte Priorität
Mobilitätsmanagement	M1	Personalstelle Mobilitätsmanagement	kein bzw. vernachlässigbar geringes Einsparpotenzial	mittel	keine	kurzfristig	gering (1 Stern)	mittel (2 Sterne)
	M2	Betriebliches Mobilitätsmanagement	mittleres Einsparpotenzial	mittel	mittel	Daueraufgabe	Daueraufgabe	mittel (2 Sterne)
	M3	Zielgruppenspezifisches Mobilitätsmanagement	geringes Einsparpotenzial	mittel	gering	Daueraufgabe	Daueraufgabe	mittel (2 Sterne)
	M4	Initiierung einer Mobilitätszentrale	hohes Einsparpotenzial	mittel	hoch	mittelfristig	hoch (3 Sterne)	mittel (2 Sterne)
	M5	Initiierung einer Mobilitäts-App	hohes Einsparpotenzial	mittel	hoch	mittelfristig	hoch (3 Sterne)	mittel (2 Sterne)

## Fördermöglichkeiten

**Hinweis:** Die dargestellten Fördermöglichkeiten stellen eine Momentaufnahme zum Zeitpunkt Februar 2021 dar. Die Fördermöglichkeiten sind stetig neu zu recherchieren, da sich immer wieder den aktuellen Notwendigkeiten und Schwerpunktsetzungen angepasst werden.

## Handlungsfeld „Fußverkehr“

Maßnahmentitel			Förderrichtlinie	Fördergegenstand	Seite/ Absatz
Fußverkehr	F1	Führung im Stadt-/Ortsteilzentrum	FöRi-Nah (2014)	- Bau von innerörtlichen, separat geführten Gehwegen - Bau von Gehwegen im Zuge von Radschnellwegen	Seite 1-2 (Kap. 2.2)
			Kommunalrichtlinie (2020, inkl. Neuerungen zum 01.01.2021)	(bei gemeinsamen oder getrennten Geh- und Radwegen)	S. 9 (Kap. 2.11)
			Richtlinien zur Förderung des kommunalen Straßenbaus (Förderrichtlinien kommunaler Straßenbau – FöRi-kom-Stra)	- Gehwege im Zusammenhang mit dem Aus- und Umbau verkehrswichtiger Straßen	Seite 1 (Kap. 2.2)
	F2	Einrichtung bzw. Erweiterung von Fußgängerzonen			
	F3	Soziale Sicherheit (Beleuchtung, Sauberkeit)	Kommunalrichtlinie (2020, inkl. Neuerungen zum 01.01.2021)	2.8.1 Hocheffiziente Beleuchtungstechnik in Kombination mit der Installation einer Regelungs- und Steuerungstechnik zur zonenweisen zeit- und präsenzabhängigen Schaltung 2.8.3 Einbau von hocheffizienter Beleuchtungstechnik bei der Sanierung von Lichtsignalanlagen 2.11.2 Verbesserung des Radverkehrs <i>(bei gemeinsamen oder getrennten Geh- und Radwegen)</i>	Seite 7/9 (Kap. 2)
	F4	Wegweisende Beschilderung innerhalb von Stadt-/Ortsteilzentren			
	F5	Barrierefreiheit im Fußverkehr	FöRi-Nah (2014)	- Barrierefreie, fußverkehrsgerechte Kreuzungsausgestaltungen - Bau und Sicherung von Querungseinrichtungen	Seite 1-2 (Kap. 2.2)
	F6	Pflege und Instandhaltung der Fußverkehrsinfrastruktur			
	F7	Verbreiterung von Gehwegen im Zuge von Um-/Neubau	Kommunalrichtlinie (2020, inkl. Neuerungen zum 01.01.2021)	(bei gemeinsamen oder getrennten Geh- und Radwegen)	S. 9 (Kap. 2.11)
			Richtlinien zur Förderung des kommunalen Straßenbaus (Förderrichtlinien kommunaler Straßenbau – FöRi-kom-Stra)	- Gehwege im Zusammenhang mit dem Aus- und Umbau verkehrswichtiger Straßen	Seite 1 (Kap. 2.2)
F8	Durchführung des Fußverkehrs-Checks	Zukunftsnetz Mobilität NRW	- Wettbewerb Fußverkehrs-Check		
F9	Erweiterung des Angebots an Sitzgelegenheiten				

## Handlungsfeld „Radverkehr“

Maßnahmentitel			Förderrichtlinie	Fördergegenstand	Seite/ Absatz
Radverkehr	R1	Führung im Radverkehrsnetz	FöRi-Nah (2014)	- Markierung von Radfahrstreifen und Schutzstreifen, - Bau und Sicherung von Querungseinrichtungen, - straßenbegleitende Radwege, - selbstständig geführte Radwege, - Fahrradstraßen, - gemeinsame und getrennte Rad-/Gehwege.	Seite 1-2 (Kap. 2.1)
			Kommunalrichtlinie (2020, inkl. Neuerungen zum 01.01.2021)	- Einrichtung von Radverkehrsanlagen in Form von Radfahrstreifen, Schutzstreifen, Fahrradstraßen oder baulich angelegten Radwegen zur Ergänzung vorhandener Wegenetze (Lückenschluss), - Bau neuer Wege für den Radverkehr (Einrichtung von Fahrradwegen, -straßen und -schnellwegen) - hocheffiziente Beleuchtung für bestehende oder geförderte Wege für den Radverkehr - Umgestaltung bestehender Radverkehrswege, um sie an ein erhöhtes Radverkehrsaufkommen anzupassen - die Errichtung von Fahrradbrücken sowie Über- und Unterführungen (Neuerung seit 01.01.2021)	S. 9 (Kap. 2.11.2)
			Sonderprogramm "Stadt und Land"	- straßenbegleitenden, vom motorisierten Individualverkehr möglichst getrennten Radwegen einschließlich der baulichen Trennung vom KFZ-Verkehr - eigenständigen Radwegen, - Fahrradstraßen und Fahrradzonen, - Radwegebrücken und -unterführungen	Seite 2 (Spalte 2)
			Richtlinien zur Förderung des kommunalen Straßenbaus (Förderrichtlinien kommunaler Straßenbau – FöRi-kom-Stra)	- Radwege im Zusammenhang mit dem Aus- und Umbau verkehrswichtiger Straßen	Seite 1 (Kap. 2.2)
	R2	Radweganfang/-ende (innerorts)	erfolgt insbesondere im Zuge von Neu- und Ausbau (siehe Fördermöglichkeiten bei Maßnahmensteckbrief R1)		
	R3	Radweganfang/-ende an Ortseinfahrten	erfolgt insbesondere im Zuge von Neu- und Ausbau (siehe Fördermöglichkeiten bei Maßnahmensteckbrief R1)		



Maßnahmentitel			Förderrichtlinie	Fördergegenstand	Seite/ Absatz
Radverkehr	R4	Sicherung des Radverkehrs an Lichtsignalanlagen	Sonderprogramm "Stadt und Land"	- Koordinierung aufeinanderfolgender Lichtsignalanlagen und Schaffung getrennter Ampelphasen (Grünphasen)	Seite 2 (Spalte 3)
			Kommunalrichtlinie (2020, inkl. Neuerungen zum 01.01.2021)	- Umgestaltung von Knotenpunkten zur Erhöhung der Sicherheit und des Verkehrsflusses des Radverkehrs - technische Maßnahmen zur Einführung von "grünen Wellen" für den Rad- und Fußverkehr an Ampeln	S. 9 (Kap. 2.11.2)
	R5	Einbahnstraßen mit Radverkehr in Gegenrichtung			
	R6	Fahrradabstellanlagen an Bahnhaltepunkten und ÖPNV-Haltestellen	FöRi-Nah (2014)	- verkehrsgerechte Anbindung an die Basisstraße und Abstellanlage in der Baulast der jeweiligen Kommune. Hierzu gehören auch Ladestationen für Elektrofahräder	Seite 2 (Kap. 2.4)
			Kommunalrichtlinie (2020, inkl. Neuerungen zum 01.01.2021)	- Errichtung von freizugänglichen Radabstellanlagen an öffentlichen Einrichtungen bzw. an Verknüpfungspunkten zum öffentlichen Nahverkehr sowie auf grundstückszugehörigen Flächen, - Errichtung und Einrichtung von diebstahl- und witterungsgeschützten Fahrradabstellanlagen sowie Abstellplätzen in Kfz-Parkbauten mit mindestens 70 Fahrradabstellplätzen	S. 9 (Kap. 2.11.2)
			Sonderprogramm "Stadt und Land"	- Fahrradabstellanlagen – vom Fahrradbügel bis zum Fahrradparkhaus	Seite 2 (Spalte 3)
			ÖPNVG NRW §12	- Neu- und Ausbau von Bike-and-Ride-Anlagen (B+R) an Haltestellen bzw. Verkehrsstationen des ÖPNV	Seite 2 (Kap. 2.1.1.4)
	R7	Fahrradabstellanlagen an Schulen	FöRi-Nah (2014)	- verkehrsgerechte Anbindung an die Basisstraße und Abstellanlage in der Baulast der jeweiligen Kommune. Hierzu gehören auch Ladestationen für Elektrofahräder	Seite 2 (Kap. 2.4)
			Kommunalrichtlinie (2020, inkl. Neuerungen zum 01.01.2021)	- Errichtung von Radabstellanlagen auf Schulhöfen (Neuerung seit 01.01.2021)	S. 9 (Kap. 2.11)
			Sonderprogramm "Stadt und Land"	- Fahrradabstellanlagen – vom Fahrradbügel bis zum Fahrradparkhaus	Seite 2 (Spalte 3)

Maßnahmentitel			Förderrichtlinie	Fördergegenstand	Seite/ Absatz
Radverkehr	R8	Fahrradabstellanlagen an publikumsintensiven Einrichtungen	FöRi-Nah (2014)	- verkehrsgerechte Anbindung an die Basisstraße und Abstellanlage in der Baulast der jeweiligen Kommune. Hierzu gehören auch Ladestationen für Elektrofahräder	Seite 2 (Kap. 2.4)
			Kommunalrichtlinie (2020, inkl. Neuerungen zum 01.01.2021)	- Errichtung von frei zugänglichen Radabstellanlagen an öffentlichen Einrichtungen bzw. an Verknüpfungspunkten zum öffentlichen Nahverkehr sowie auf grundstückszugehörigen Flächen, - Errichtung und Einrichtung von diebstahl- und witterungsgeschützten Fahrradabstellanlagen sowie Abstellplätzen in Kfz-Parkbauten mit mindestens 70 Fahrradabstellplätzen	Seite 9 (Kap. 2.11.2)
			Sonderprogramm "Stadt und Land"	- Fahrradabstellanlagen – vom Fahrradbügel bis zum Fahrradparkhaus	Seite 2 (Spalte 3)
	R9	Wegweisende Beschilderung (Hauptnetz und Vorrangroute)	FöRi-Nah (2014)	- Einrichtung von Wegweisungssystemen für Radverkehrsnetze nach den Hinweisen zur wegweisenden Beschilderung für den Radverkehr NRW (HBR NRW),	Seite 1-2 (Kap. 2.1)
			Kommunalrichtlinie (2020, inkl. Neuerungen zum 01.01.2021)	- Einrichtung von Wegweisungssystemen für alltagsbezogene Radverkehrsrouten zur verbesserten Orientierung und Routenwahl	Seite 9 (Kap. 2.11.2)
			Sonderprogramm "Stadt und Land"	- wegweisender Beschilderung	Seite 2 (Spalte 2)
	R10	Fahrradmietsystem			
	R11	Service- und Dienstleistungsangebote	FöRi-Nah (2014)	- Pannenhilfe, Fahrradwartung und Fahrradreparatur (→ Fahrradstationen an Haltestellen des ÖPNV für mehr als 100 Fahrräder)	Seite 2 (Kap. 2.3)
			Richtlinien zur Förderung der Vernetzten Mobilität und des Mobilitätsmanagements (FöRi-MM) (2019)	- Mobilstationen und andere Infrastrukturen	Seite 2 (Kap. 2.3)
	R12	Barrierefreiheit im Radverkehr			
	R13	Pflege und Instandhaltung der Radverkehrsinfrastruktur	Sonderprogramm "Stadt und Land"	- verkehrstechnischer Ausstattung der Wege einschließlich Beleuchtungsanlagen	Seite 2
	R14	Gestaltung von Fahrradstraßen und Tempo 30-Zonen/-Straßen			

Maßnahmentitel		Förderrichtlinie	Fördergegenstand	Seite/ Absatz
Radverkehr	R15	Überlagerung des städtischen und des kreisweiten Radverkehrsnetzes sowie Ergänzung auf Stadt-/Ortsteilebene		
	R16	Bewerbung von Anschaffungsförderung für Pedelecs und Lastenpedelecs	Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus progres.nrw - Programmbereich Emissionsarme Mobilität - - Beschaffung von von elektrischen (Lasten-) Fahrrädern (für Unternehmen)	Seite 2 (Kap. 2d)

### Handlungsfeld „Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)“

Maßnahmentitel		Förderrichtlinie	Fördergegenstand	Seite/ Absatz
Bus- und Bahnverkehr (ÖPNV)	Ö1	Park & Ride sowie Bike & Ride	Fördermöglichkeiten sind bei R6 und K7 aufgeführt	
	Ö2	ÖPNV-Beschleunigung auf der Strecke und an Knotenpunkten	Richtlinien zur Förderung des kommunalen Straßenbaus (Förderrichtlinien kommunaler Straßenbau – FöRi-kom-Stra)	Seite 1 (Kap. 2.2)
	Ö3	Pflege und Instandhaltung von Haltestellen	ÖPNVG NRW §12	- Neu- und Ausbau einschließlich Ausstattung (Haltestellen bzw. Stationen an Schienenwegen des ÖPNV/SPNV)
	Ö4	Initiierung von neuen Angebotsformen für verkehrsschwache Bereiche (zeitlich, räumlich)		
	Ö5	Initiierung von Möglichkeiten zum Einsatz von Fahrzeugen mit alternativen Antriebe	Förderrichtlinie Elektromobilität	- Konzepte zur Elektrifizierung kommunaler oder gewerblicher Flotten,
			Förderrichtlinie Elektromobilität	- Vorhaben zur Stärkung der Elektrifizierung in den Bereichen Öffentlicher Verkehr, Güter-, Wirtschafts- und Sonderverkehre, maritime bzw. andere verkehrspolitisch relevante Anwendungen.
			ÖPNVG NRW §13	Investitionsmaßnahmen im besonderen Landesinteresse
			Förderrichtlinie für die Nachrüstung von Diesel-Bussen der Schadstoffklassen Euro III, IV, V und EEV im Öffentlichen Personennahverkehr	- System- und Einbaukosten der Nachrüstung mit Abgasnachbehandlungssystemen zur Reduzierung der Stickstoffdioxidemissionen
	Ö6	Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der äußeren Stadtteile an das Stadtzentrum Siegen		

**Handlungsfeld „Kfz-Verkehr“**

Maßnahmentitel		Förderrichtlinie	Fördergegenstand	Seite/ Absatz
<b>Kfz-Verkehr</b>	K1	Geschwindigkeitskonzept		
	K2	Koordinierung der Lichtsignalanlagen		
	K3	Parkleitsystem (kleinräumig)	Richtlinien zur Förderung des kommunalen Straßenbaus (Förderrichtlinien kommunaler Straßenbau – FöRi-kom-Stra)	- Verkehrsleitsysteme Seite 1 (Kap. 2.2)
	K4	Parkraumbewirtschaftung		
	K5	Machbarkeitsstudie zum Siegbertunnel		
	K6	Intensivierung von Parkraum- und Geschwindigkeitskontrolle		
	K7	Park & Ride-Anlagen	ÖPNVG NRW §12 - Neubau und Ausbau von Park-and-ride-Anlagen für Personenkraftwagen und Krafträder für den Übergang zum ÖPNV	Seite 2 (Kap. 2.1.1.4)

**Handlungsfeld „Wirtschaftsverkehr“**

Maßnahmentitel			Förderrichtlinie	Fördergegenstand	Seite/ Absatz
Wirtschaftsverkehr	W1	Mikro-Depots mit Einsatz von Elektronutzfahrzeugen	Förderrichtlinie Elektromobilität	- nachhaltige City-Logistikkonzepte mit elektrisch betriebenen Fahrzeugen - Logistikkonzepte, die innovative elektrisch betriebene Schwerlast- oder Güterverkehre zum Gegenstand haben	Seite 2 (Kap. 2.1)
			Förderrichtlinie „Städtische Logistik“ (2019)	- Ausgaben für die Errichtung von sogenannten lokalen anbieterübergreifenden Mikro-Depots, aus denen Waren mit insbesondere für die Kurzstrecke geeigneten Fahrgeräten, wie Lastenrad oder Sackkarre, oder zu Fuß ausgeliefert werde	Seite 2 (Kap. 2.3.1)
			Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus progres.nrw - Programmbereich Emissionsarme Mobilität -	- Umsetzungsberatungen und -konzepte Elektromobilität, - Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, - Reine Batterieelektrofahrzeuge und Brennstoffzellenfahrzeuge, - Elektrische Lastenfahräder sowie - Konzepte, Studien und Analyse, an denen ein besonderes Landesinteresse besteht	Seite 1/2 (Kap. 2)

Maßnahmentitel			Förderrichtlinie	Fördergegenstand	Seite/ Absatz
Wirtschaftsverkehr	W2	Gesamtstädtische Analyse der Verkehrsströme im Wirtschaftsverkehr	Förderrichtlinie „Städtische Logistik“ (2019)	- Erstellung städtischer Logistikkonzepte – unter Berücksichtigung aller geeigneten Verkehrsträger	Seite 1 (Kap. 2.1)
			IKT für Elektromobilität: intelligente Anwendungen für Mobilität, Logistik und Energie	Entwicklung von IKT-basierten Elektromobilitätslösungen	Seite 2 (Kap. 2)
			Förderrichtlinie "Modernitätsfonds (2021)	- B.2 Datenbezogene Vorhaben für innovative und nachhaltige Verkehrskonzepte - C: Andere Themen zu Dateninnovationen für die Mobilität 4.0 in Weiterentwicklung des bisherigen mFUND-Themen- und Projektspektrums	Seite 3/4 (Kap. 1)
	W3	Machbarkeitsstudie "Infrastrukturen für Wirtschaftsverkehr mit Batterieantrieb (BEV) und Wasserstoffantrieb (FCV)"	Förderrichtlinie „Städtische Logistik“ (2019)	- Erstellung städtischer Logistikkonzepte – unter Berücksichtigung aller geeigneten Verkehrsträger	Seite 1 (Kap. 2.1)
			IKT für Elektromobilität: intelligente Anwendungen für Mobilität, Logistik und Energie	Entwicklung von IKT-basierten Elektromobilitätslösungen	Seite 2 (Kap. 2)
			Förderrichtlinie "Modernitätsfonds (2021)	- B.2 Datenbezogene Vorhaben für innovative und nachhaltige Verkehrskonzepte - C: Andere Themen zu Dateninnovationen für die Mobilität 4.0 in Weiterentwicklung des bisherigen mFUND-Themen- und Projektspektrums	Seite 3/4 (Kap. 1)

## Handlungsfeld „Alternative Antriebe“

Maßnahmentitel			Förderrichtlinie	Fördergegenstand	Seite/ Absatz
Alternative Antriebe	A1	E-Carsharing	Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus progres.nrw - Programmbereich Emissionsarme Mobilität -	- Beschaffung von E-Fahrzeugen: Empfehlungen hinsichtlich Fahrzeugtypen und (E-Car-)Sharing-Möglichkeiten sowie die Integration von elektrischen (Lasten-) Fahrrädern in die Flotte.	Seite 4 (Kap. 6.1.1)
	A2	Strukturierter Ausbau der Ladeinfrastruktur	Förderrichtlinie Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Deutschland (2017)	- öffentlich zugängliche Normalladeinfrastruktur (bis einschließlich 22 Kilowatt) - öffentlich zugängliche Schnellladeinfrastruktur (größer als 22 Kilowatt)	Seite 4
			Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus progres.nrw - Programmbereich Emissionsarme Mobilität -	- Umsetzungsberatungen und -konzepte Elektromobilität, - Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, - Reine Batterieelektrofahrzeuge und Brennstoffzellenfahrzeuge, - Elektrische Lastenfahräder sowie - Konzepte, Studien und Analyse, an denen ein besonderes Landesinteresse besteht	Seite 1/2 (Kap. 2)
	A3	Ausbau der Wasserstoff-Tankstelleninfrastruktur inkl. Herstellung und Speicherung	Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus progres.nrw - Programmbereich Emissionsarme Mobilität -	- Umsetzungsberatungen und -konzepte Elektromobilität, - Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, - Reine Batterieelektrofahrzeuge und Brennstoffzellenfahrzeuge, - Elektrische Lastenfahräder sowie - Konzepte, Studien und Analyse, an denen ein besonderes Landesinteresse besteht	Seite 1/2 (Kap. 2)

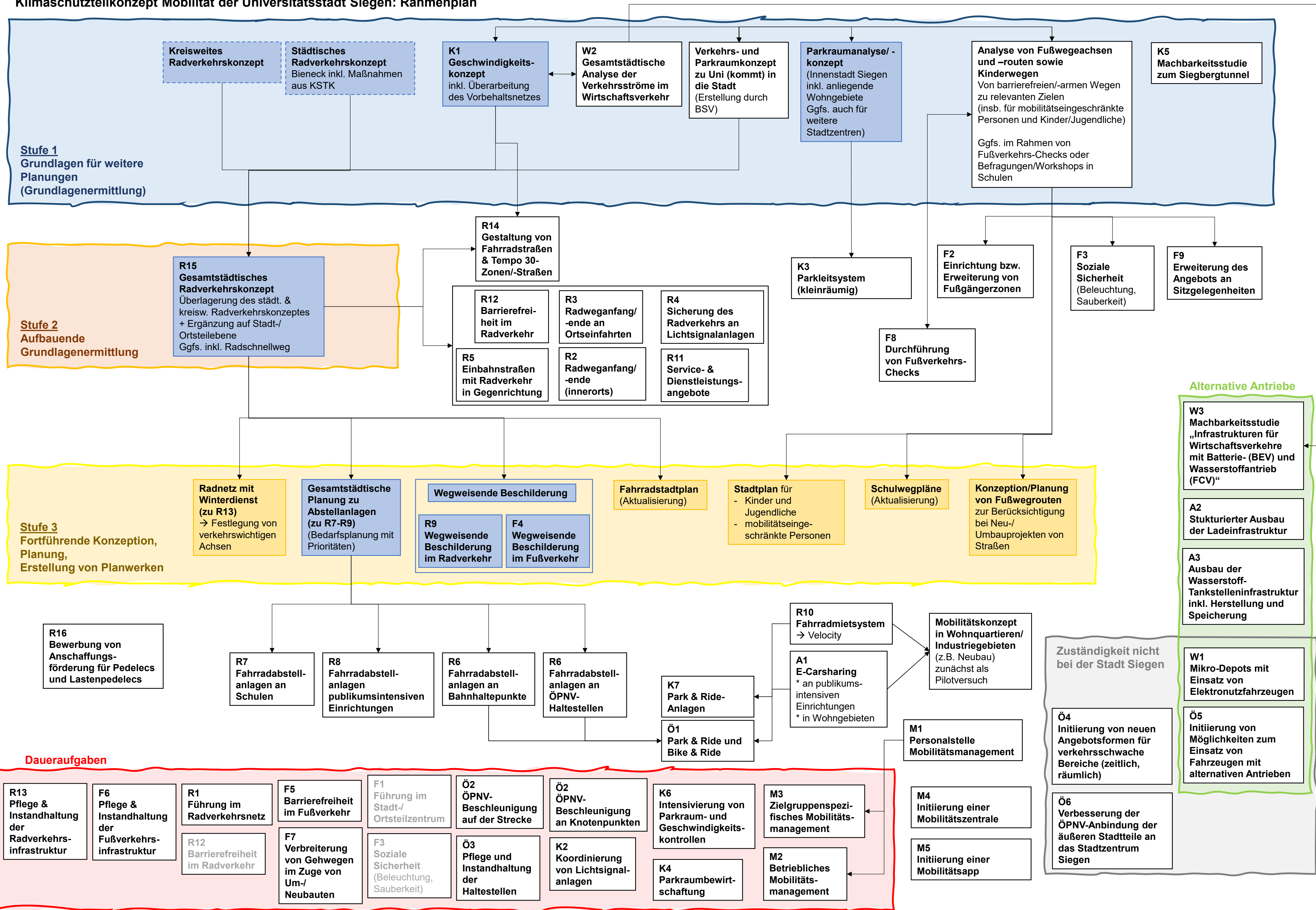
## Handlungsfeld „Mobilitätsmanagement“

Maßnahmentitel			Förderrichtlinie	Fördergegenstand	Seite/ Absatz
Mobilitätsmanagement	M1	Personalstelle Mobilitätsmanagement	Richtlinien zur Förderung der Vernetzten Mobilität und des Mobilitätsmanagements (FöRi-MM) (2019)	- projektbezogenen Sachausgaben wie beispielsweise Beraterleistungen für Maßnahmen des Mobilitätsmanagements, die Planungsroutinen für die vernetzte Mobilität über ein kommunales und regionales Mobilitätsmanagement schaffen oder ein zielgruppen- und standortbezogenes Mobilitätsmanagement etablieren	Seite 3 (Kap. 2.4)
			Kommunalrichtlinie (2020, inkl. Neuerungen zum 01.01.2021)	- Sach- und Personalausgaben für Fachpersonal, das im Rahmen des Vorhabens zusätzlich beschäftigt wird (Stelle für Klimaschutzmanagement)	S. 5 (Kap. 2.7.2)
	M2	Betriebliches Mobilitätsmanagement	Richtlinien zur Förderung der Vernetzten Mobilität und des Mobilitätsmanagements (FöRi-MM) (2019)	- projektbezogenen Sachausgaben wie beispielsweise Beraterleistungen für Maßnahmen des Mobilitätsmanagements, die Planungsroutinen für die vernetzte Mobilität über ein kommunales und regionales Mobilitätsmanagement schaffen oder ein zielgruppen- und standortbezogenes Mobilitätsmanagement etablieren	Seite 3 (Kap. 2.4)
	M3	Zielgruppenspezifisches Mobilitätsmanagement	Richtlinien zur Förderung der Vernetzten Mobilität und des Mobilitätsmanagements (FöRi-MM) (2019)	- projektbezogenen Sachausgaben wie beispielsweise Beraterleistungen für Maßnahmen des Mobilitätsmanagements, die Planungsroutinen für die vernetzte Mobilität über ein kommunales und regionales Mobilitätsmanagement schaffen oder ein zielgruppen- und standortbezogenes Mobilitätsmanagement etablieren	Seite 3 (Kap. 2.4)
	M4	Initiierung einer Mobilitätszentrale	Richtlinien zur Förderung der Vernetzten Mobilität und des Mobilitätsmanagements (FöRi-MM) (2019)	- Investitionen in Infrastrukturen, die verschiedene Verkehrsmittel oder Verkehrsangebote im Personenverkehr verknüpfen wie zum Beispiel Mobilstationen oder mit diesen im direkten Zusammenhang stehen sowie Basisinfrastrukturen	Seite 2 (Kap. 2.3)
	M5	Initiierung einer Mobilitäts-App	Richtlinien zur Förderung der Vernetzten Mobilität und des Mobilitätsmanagements (FöRi-MM) (2019)	- Investitionen in Infrastrukturen, die verschiedene Verkehrsmittel oder Verkehrsangebote im Personenverkehr verknüpfen wie zum Beispiel Mobilstationen oder mit diesen im direkten Zusammenhang stehen sowie Basisinfrastrukturen	Seite 2 (Kap. 2.3)





**Anlage 3**  
**Klimaschutzteilkonzept Mobilität der Universitätsstadt Siegen: Rahmenplan**



## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>UWG- Fraktion</b>
<b>Eingang</b>	<b>23.06.2021</b>
<b>Federführend</b>	<b>GB 4, Abt. 4/1</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**23.06.2021**

Betreff:

**Klimaschutzteilkonzept Mobilität**  
**- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 10**





Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister  
der Stadt Siegen  
Herrn S. Mues

Rathaus Am Markt  
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
23. Juni 2021	
GB 4/11	PR INSTITUTE

Bündnis 90/Die Grünen  
Im Rat der Stadt Siegen  
Markt 2/Rathaus  
57072 Siegen

404-1432  
gruene@siegen.de

23.Juni 2021

**Antrag zum Tagesordnungspunkt 10 der Ratssitzung am 23.06.2021**  
**Klimaschutzteilkonzept Mobilität**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,  
sehr geehrte Damen und Herren im Rat der Stadt Siegen,

hiermit legt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 10 der Tagesordnung –  
Klimaschutzteilkonzept Mobilität - den folgenden Beschlussvorschlag zur Beratung und  
Beschlussfassung vor:

**Beschlussvorschlag**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den vorliegenden Entwurf des Klimaschutzteilkonzepts Mobilität so zu überarbeiten, dass die Vorgaben des Landes (25% Radverkehrsanteil) und des Bundes (Reduzierung der verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen um 43 % bis 2030, bezogen auf das Basisjahr 2019) auch in Siegen erreicht werden können.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des Rates einen Zeitplan zur Umsetzung der kurz- und mittelfristig realisierbaren Maßnahmen, die in dem vorliegenden Konzept aufgelistet werden, vorzulegen.

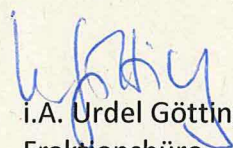
**Begründung**

Erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen,

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Siegen

Joachim Boller  
Stadtverordneter

  
i.A. Urdel Götting  
Fraktionsbüro

## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen</b>
<b>Eingang</b>	<b>23.06.2021</b>
<b>Federführend</b>	<b>GB 4, Abt. 4/5</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Rat**

**23.06.2021**

Betreff:

**Stellungnahme der Stadt Siegen zur Neuaufstellung des Regionalplanes durch die Bezirks-  
regierung  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 11**

...





An den Bürgermeister  
der Stadt Siegen  
Herrn S. Mues

Rathaus Am Markt  
57072 Siegen



Bündnis 90/Die Grünen  
Im Rat der Stadt Siegen  
Markt 2/Rathaus  
57072 Siegen

404-1432  
gruene@siegen.de

23. Juni 2021

**Antrag zum Tagesordnungspunkt 11 der Ratssitzung am 23.06.2021**  
**Stellungnahme der Stadt Siegen zur Neuaufstellung des Regionalplans durch die**  
**Bezirksregierung**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,  
sehr geehrte Damen und Herren im Rat der Stadt Siegen,

hiermit legt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 11 der Tagesordnung – Stellungnahme der Stadt Siegen zum Regionalplan-Entwurf - den folgenden Beschlussvorschlag zur Beratung und Beschlussfassung vor:

**Beschlussvorschlag**

1. Der Rat beschließt, auf Seite 6 der Stellungnahme der Stadt zum Regionalplanentwurf den Abschnitt „Zu den Ausführungen in den Textlichen Festlegungen S. 14 und 24“ zu streichen.
2. Der Rat beschließt, den Abschnitt „Anregung/Forderung“, Seite 60 Stellungnahme zum Regionalplanentwurf, zu streichen.
3. Der Rat beschließt, den Abschnitt „2.2-1 Ziel – Kernbereich von Kaltluftbahnen...“, S. 7/8 Stellungnahme zum Regionalplanentwurf grundlegend zu überarbeiten oder zu streichen.
4. Der Rat beschließt, den Punkt „6.6-3 Ziel – Flughafen Siegerland“, S.145 Regionalplanentwurf in die Stellungnahme aufzunehmen. Hier soll eine Anregung formuliert werden, den Siegerlandflughafen aus dem Regionalplan zu streichen.

**Begründung**

zu 1. Das schnelle Überbauen vorhandener Gewerbegebietsflächen in Siegen mit Bürobauten, die auch an anderer Stelle im Sinne einer Nutzung bestehender Immobilien bzw. Nachverdichtung im städtischen Umfeld einen Standort hätten finden können, führt zu einer Verknappung von Gewerbegebietsflächen für produzierendes Gewerbe, das in einem Wohnumfeld nicht toleriert wird. Die Folge ist die Ausweisung immer neuer Gewerbegebiete auf Kosten von Umwelt und



Natur und die Verödung bestehender Büroflächen im Stadtgebiet. Dass der Regionalplanentwurf diese Entwicklung berücksichtigt und versucht, gegenzusteuern, ist begrüßenswert.

zu 2. Die östlich und westlich von Oberschelden gelegenen Ortschaften (Gosenbach, Heisberg, Ober-, Niederfischbach) sind durch die Anschlussstellen „Siegen“ und „Freudenberg“ ausreichend an die Autobahn angeschlossen. Eine Anbindung allein Oberscheldens ist nicht sinnvoll. Die nördlich der A45 gelegenen Ortschaften (Trupbach, Seelbach, Alchen) sind ebenfalls via „Freudenberg“ sehr gut angebunden. Eine Anschlussstelle Oberschelden ist nur sinnvoll im Zusammenhang mit dem geplanten Gewerbegebiet Oberschelden/Seelbach, das bei sparsamem Umgang mit Grund und Boden überflüssig ist.

zu 3. Die Stellungnahme bemüht ein 28 (in Worten: achtundzwanzig) Jahre altes Klimagutachten. 28 Jahre Waldumbau, 28 Jahre Klimakrise sind in diesem Gutachten nicht abgebildet. Hiermit zu argumentieren ist schwierig.

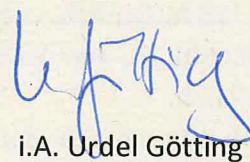
Ferner wird ein Mangel an Wissen der geographischen Gegebenheiten durch die Verfasser des Regionalplanentwurfs moniert („[...] da die Kaltluft danach vom Netphener Siegtal kommend ca. 70 Höhenmeter hangaufwärts über einen bewaldeten Höhenrücken (Feuersbacher Furt) fließen müsste[.]“). Bei diesem Höhenrücken handelt es sich jedoch um die sog. „Deuzer Höhe“. Die „Feuersbacher Furt“ befindet sich im Bereich des Zusammenflusses von Feuersbach und Weiß in der Talsohle, wie der Name Furt bereits vermuten lässt.

zu 4. Der Siegerlandflughafen erfüllt für Siegen keinerlei verkehrstechnische Notwendigkeit für die Allgemeinheit, die einen jährlichen Zuschuss aus Steuermitteln von 1 Mio. €, davon 400 T€ aus dem Haushalt der Stadt Siegen rechtfertigen.

Mit freundlichen Grüßen,

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Siegen

Joachim Boller  
Martin Heilmann  
Stadtverordnete

  
i.A. Urdel Götting  
Fraktionsbüro



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4

Siegen, 22.04.2021

Bereich: Stadtentwicklung

Bearbeitet von: Frau Eckstein, Frau Krippendorf, Herr Daschke

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften</b>	<b>27.05.2021</b>
<b>Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie</b>	<b>01.06.2021</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>02.06.2021</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>09.06.2021</b>
<b>Rat</b>	<b>23.06.2021</b>

Kurzbezeichnung:

**Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan MK-OE-SI;  
hier: Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen im Rahmen der Behördenbeteiligung**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Informationen zur Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan für den Märkischen Kreis und die Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein zur Kenntnis und beschließt die Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen.

### Sachverhalt / Begründung:

Für den Märkischen Kreis, den Kreis Olpe und den Kreis Siegen-Wittgenstein befindet sich derzeit der Regionalplan in Neuaufstellung. Förmlich wurde das Verfahren mit dem Erarbeitungsbeschluss des Regionalrates Arnsberg als Träger der Regionalplanung am 7.12.2017 eingeleitet. Den Beginn des informellen Verfahrens, das der Vorabinbindung der Kommunen und weiterer Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange dienen sollte, markierte eine Auftaktveranstaltung am 11.01.2018. An die Auftaktveranstaltung schloss sich eine sehr umfangreiche Datenerhebung an, im Zuge derer die Stadt Siegen zahlreiche statistische Daten, Geodaten, Konzepte und weitere Informationen als Grundlage für die Entwurfserarbeitung an die Bezirksregierung Arnsberg als planaufstellende Behörde geliefert hat. Zusätzlich zu

dieser Datenerhebung hat die Bezirksregierung zu zwei Werkstattgesprächen (Januar 2019 und Februar 2020) nach Arnsberg eingeladen. Ergänzend zu den Werkstattgesprächen fanden im Erarbeitungszeitraum noch Politikgespräche und Regionalplanforen als Informationsveranstaltungen statt.

Die konkrete Entwurfserarbeitung erfolgte allein durch die Bezirksregierung Arnsberg, eine Vorabstimmung der zeichnerischen und textlichen Festlegungen mit den Kommunen hat weder in den noch nach den Werkstattgesprächen stattgefunden. Beide Werkstattgespräche fanden – anders als es der dargestellte Verfahrensablauf auf der Website der Bezirksregierung (Link: siehe unten) suggeriert, vor der Erstellung des Regionalplanentwurfs statt.

Am 10.12.2020 hat der Regionalrat den Erarbeitungsbeschluss für den Regionalplanentwurf gefasst. Die Offenlage der Planunterlagen findet aktuell – im Zeitraum vom 29.01.2021 bis zum 30.06.2021 statt. Auf Grund der äußerst umfänglichen Planunterlagen (siehe dazu Punkt A der Stellungnahme) und auch wegen der in einzelnen Kommunen feststehenden, nicht passenden Terminierungen der Sitzungsfolge vor der Sommerpause hat die Bürgermeisterkonferenz des Kreises Siegen-Wittgenstein eine Fristverlängerung beantragt. Diese Fristverlängerung wurde bisher nicht bewilligt.

Das Planwerk liegt derzeit bei der Bezirksregierung sowie beim Kreis Siegen-Wittgenstein, beim Märkischen Kreis und beim Kreis Olpe aus. Sämtliche Planunterlagen sind außerdem im Internet unter:

<https://www.bra.nrw.de/kommunalaufsicht-planung-verkehr/regionalrat-und-regionalentwicklung/regionalplan-arnsberg/raeumlicher-teilplan-maerkischer-kreis-kreis-olpe-siegen-wittgenstein-neuaufstellung>

einsehbar.

Die dort eingestellte „Story Map zur Neuaufstellung“ bietet einen Überblick über das Verfahren und sämtliche Planunterlagen.

Kernstück des Plans sind die textlichen und zeichnerischen Festlegungen sowie die Begründung. Die textlichen Festlegungen sind in Ziele und Grundsätze gegliedert.

**Ziele** der Raumordnung sind abschließend abgewogen und in der Bauleitplanung gemäß § 4 Raumordnungsgesetz zu beachten, das heißt, sie unterliegen nicht der bauleitplanerischen Abwägung, sondern müssen beachtet werden.

Dagegen sind **Grundsätze** in der Bauleitplanung der Kommunen lediglich zu berücksichtigen. Die Stadt Siegen kann somit in nachgeordneten Bauleitplanverfahren von Grundsätzen mit Begründung abweichen – sie unterliegen der nachfolgenden Abwägungs- und Ermessensentscheidung.

Die **zeichnerischen Festlegungen** werden im Einklang mit den textlichen Festlegungen getroffen und sind ebenfalls als Ziele und Grundsätze zu verstehen.

Der Planungshorizont, also die geplante Geltungsdauer des Regionalplans, reicht bis zum Jahr 2040. Daher ist es umso wichtiger, im Rahmen der städtischen Stellungnahme insbesondere Bezug zu nehmen auf die Regelungen in Form von Zielen, Grundsätzen und zeichnerischen Festlegungen, die die kommunale Planung und Planungshoheit einschränken wer-

den. Insgesamt befassen sich die textlichen Festlegungen des vorliegenden Entwurfs mit über 100 Zielen und Grundsätzen. In der beigefügten Anlage, also der städtischen Stellungnahme, wird nur auf die wesentlichen Ziele, Grundsätze und deren Ausrichtung eingegangen, die aus fachlichen Gesichtspunkten und/oder strategischen Gründen der Planungshoheit einer Überprüfung/Überarbeitung zugeführt werden oder entfallen sollten.

Wesentliche strategische Themen, die die kommunale Bauleitplanung in Form von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen beeinflussen werden, sind unter den Überschriften

- 4.1 Festlegungen für den gesamten Siedlungsbereich
- 4.2 Allgemeiner Siedlungsbereich
- 4.3 Bereiche für Gewerbliche und Industrielle Nutzungen
- 5.4 Natur und Landschaft
- 8.1 Windenergie

zu finden.

Der Aufbau der städtischen Stellungnahme orientiert sich an den Zielen und Grundsätzen der textlichen Festlegungen, die weiteren Planunterlagen sowie die zeichnerische Darstellung werden ebenfalls herangezogen. Die städtische Stellungnahme liegt dieser Vorlage als Anlage bei und wird nach entsprechender Beschlussfassung fristgerecht bei der Bezirksregierung Arnsberg eingereicht.

Gemäß § 19 Landesplanungsgesetz NRW sind die Stellungnahmen zu erörtern. Von der Erörterung kann abgesehen werden, wenn den Stellungnahmen in vollem Umfang entsprochen wird oder die Beteiligten auf eine Erörterung verzichtet. Ein „Ausgleich der Meinungen“ ist demnach anzustreben. Bei wesentlichen Änderungen des Planentwurfs wird der Regionalrat beschließen, dass eine erneute Beteiligung zum Planentwurf durchgeführt wird. Der Regionalrat entscheidet über die Stellungnahmen und damit auch, ob der Aufstellungsbeschluss gefasst wird. Der Aufstellungsbeschluss im Regionalplanaufstellungsverfahren entspricht dem Satzungsbeschluss, somit dem abschließenden Beschluss für Bebauungspläne auf kommunaler Ebene. Ist der Aufstellungsbeschluss gefasst, wird der Regionalplan bei der Landesplanungsbehörde (Wirtschaftsministerium NRW ) angezeigt. Nach der Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW erlangt der Regionalplan Rechtskraft.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

**Veranschlagung**

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

**Klimaschutz**

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  Zwar stellt der Regionalplan eine Grundlage für eine nachhaltige und damit klimaschützende bzw. klimaangepasste Stadtentwicklung dar, konkrete Auswirkungen für das Klima gehen von der Planaufstellung jedoch nicht aus, da die Festlegungen nachfolgend in den konkretisierenden Bauleitplanungen berücksichtigt und umgesetzt werden.			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  			

gez.

Steffen Mues  
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

**Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen zur Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe, Kreis Siegen-Wittgenstein im Rahmen der Behördenbeteiligung**

**Inhaltsverzeichnis**

Zu 1: Einleitung.....	6
Zu den Ausführungen in den Textlichen Festlegungen S. 12 und 26 .....	6
Zu den Ausführungen in den Textlichen Festlegungen S. 14 und 24 .....	6
Zu 2.1: Klimaschutz.....	7
2.1-1 Grundsatz – Klimaschutzrelevante Böden .....	7
Zu 2.2: Klimafolgenanpassung.....	7
2.2-1 Ziel – Kernbereiche von Kaltluft-Leitbahnen mit sehr hoher und hoher Priorität.....	7
2.2-3 Grundsatz – Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion.....	8
2.2-4 Grundsatz – Böden mit besonderer Kühlungsfunktion.....	10
2.2-5 Grundsatz – Bodenschutz zum Vorbeugen von Schäden durch Starkregen.....	10
Zu 2.3: Regionale Grünzüge.....	10
2.3-1 Ziel – Regionale Grünzüge.....	10
Zu 3.1: Kulturlandschaftsentwicklung .....	19
3.1-2 Grundsatz – Bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche .....	19
3.1-3 Grundsatz – Kulturhistorische Kleinstrukturen .....	19
Zu 3.2: Freizeit, Erholung, Tourismus .....	19
3.2-2 Grundsatz – Sicherung und Schutz des Orts- und Landschaftsbildes .....	19
Zu 4.1: Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum .....	21
4.1-1 Grundsatz – Dezentrale Entwicklung .....	21
4.1-2 Grundsatz – Daseinsvorsorge sichern .....	21
4.1-5 Ziel – Bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung.....	22
4.1-6 Grundsatz – Siedlungsräumliche Gliederung durch Grünflächen .....	24
Zu 4.2 Allgemeine Siedlungsbereiche.....	25
4.2-1 Ziel – Nutzung der Allgemeinen Siedlungsbereiche.....	25
4.2-2 Grundsatz – zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche .....	26
4.2-3 Ziel – Allgemeine Siedlungsbereiche mit Zweckbindung .....	27
Zu 4.3: Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB).....	27
4.3-1 Ziel – Nutzung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen .....	27
4.3-2 Ziel – Nutzungskonforme Entwicklung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen .....	27
4.3-3 Grundsatz – Zukunftsweisende Entwicklung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen .....	29

Zu den Zeichnerische Darstellung – Abgrenzung von ASB und GIB .....	30
4.4-2 Grundsatz – Standorte von Einkaufszentren.....	39
Zu 5.1: Festlegungen für den gesamten Freiraum .....	39
5.1-3 Grundsatz – Leitbilder der Landschaftsentwicklung .....	39
5.1-4 Grundsatz – Orts- und Landschaftsbild bestimmende Strukturen .....	40
5.1-5 Grundsatz – Siedlungs- und freiraumübergreifende Biotopvernetzung.....	40
Zu 5.2: Wald und Forstwirtschaft .....	41
5.2-1 Grundsatz – Erhalt großflächiger, unzerschnittener Waldbereiche und überregionaler Wildtierkorridore.....	41
5.2-6 Ziel – Naturwaldzellen, Wildnisentwicklungsgebiete, Saatgutbestände, forstliche Versuchsflächen .....	42
5.2-7 Grundsatz – Erhalt und Pflege kulturhistorischer Waldnutzungsformen und Objekte .....	43
Zu 5.3: Offenland und Landwirtschaft.....	43
5.3-1 Grundsatz – Sicherung von Offenland .....	43
Zu 5.4: Natur und Landschaft .....	44
5.4-1 Ziel – Bereiche für den Schutz der Natur .....	44
5.4-2 Ziel – Umsetzung der Bereiche für den Schutz der Natur.....	44
5.4-6 Grundsatz – Biotopvernetzung innerhalb der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung.....	52
Zu 5.5: Wasser und Wasserwirtschaft.....	53
5.5-1 Ziel – Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz.....	53
5.5-3 Ziel – Überschwemmungsbereiche .....	56
Zu 6.1: Verkehr .....	60
6.1-1 Grundsatz – Regionales Verkehrssystem .....	60
Zu 6.2: Straßennetz .....	60
6.2-2 Ziel – Zukünftige Straßenbaumaßnahmen.....	60
Zu 6.3: Verkehr .....	61
6.3-1 Grundsatz – Güterverkehr auf den Schienenstrecken .....	61
Zu 6.4: Schienenpersonennahverkehr und straßengebundener ÖPNV .....	61
6.4-6 Grundsatz – Alternative Bedienungsformen des ÖPNV.....	61
Zu 6.5: Radverkehr .....	62
6.5-1 Grundsatz – Regionales Radwegenetz .....	62
6.5-3 Grundsatz – Straßenbegleitende Radwege.....	63
Zu 6.7: Abwasserentsorgung .....	64
6.7-1 Ziel – Abwasserbehandlungs- und Abwasserreinigungsanlagen .....	64
Zu 8.1: Windenergie .....	64
8.1-1 Ziel – Windenergiebereiche .....	64
Zusätzliche Anregung: Regiopole Siegen.....	67



**A Vorbemerkungen und allgemeine Anregungen und Bedenken**

Mit Schreiben vom 27.01.2021 wurde u.a. die Stadt Siegen als Verfahrensbeteiligte über den Sachstand zur Regionalplanaufstellung informiert und zur Abgabe einer Stellungnahme bis zum 30.06.2021 aufgefordert.

In dieses Verfahren zur Neuaufstellung ist die Stadt Siegen bereits seit geraumer Zeit in verschiedenen Formen eingebunden worden: Im Januar 2018 wurden die Kommunen aufgefordert, bis Ende April, also innerhalb von 3 Monaten, umfangreiche Daten zu erfassen, digital verarbeitungsfähig (Shape- und Excel-Dateien) bereitzustellen und Beurteilungen z. B. hinsichtlich der Qualität von gewerblichen Reserveflächen auf Basis von Eigentüternachweisen vorzunehmen. Auf der anderen Seite wurden der Stadt Siegen im laufenden förmlichen Beteiligungsprozess keine GIS-analysefähigen Daten zur Verfügung gestellt. Die Stadt Siegen musste zum Abgleich der zeichnerischen Darstellung des Regionalplanentwurfs mit den kommunalen Entwicklungsvorstellungen die vorgenommenen Abgrenzungen des Regionalplanentwurfs „nachzeichnen“ bzw. Planausschnitte visuell vergleichen, um eine gesicherte Stellungnahme erarbeiten zu können. Dies hat den Arbeitsaufwand zum Verfassen der Stellungnahme bezüglich der zeichnerischen Darstellung unnötigerweise deutlich erhöht.

Hinzu kommen die textlichen Festlegungen: Der Regionalplanentwurf umfasst allein insg. ca. 550 Seiten textliche Festlegungen, Begründung und Erläuterungskartenwerk. Die Lesbarkeit wird beträchtlich dadurch erschwert, dass mehrere Dokumente parallel zu sichten sind und häufig nicht nachvollziehbar ist, warum Textteile den textlichen Erläuterungen bzw. der Begründung, warum den Haupttexten und warum Anhängen zugeordnet sind. Hinzu kommt ein knapp 4.500 Seiten starker Umweltbericht, in dem die betreffenden Textteile zu recherchieren waren, die die Stadt Siegen betreffen. Außerdem wird in den textlichen Festlegungen häufig auf Inhalte von Fachbeiträgen verwiesen, ohne die Inhalte zu zitieren bzw. in den Regionalplanentwurf zu übernehmen, wenn sie für die textlichen Festlegungen maßgeblich sind. Eine mindestens teilweise Lektüre der Fachbeiträge war daher ebenfalls erforderlich, um das gesamte Planwerk zu überblicken.

Der Regionalplanentwurf enthält außerdem an zahlreichen Stellen dynamische Verweisungen. Er verweist beispielsweise auf Webseiten bzw. Online-Fachinformationssysteme bzw. kartographische Inhalte in einem Web-GIS. Solche Informationen können im Gegensatz zum rechtskräftigen Regionalplan beliebig geändert und fortgeschrieben werden. So könnte es beispielsweise dazu kommen, dass eine Flächenkategorie massiv ausgeweitet wird und damit eine textliche Festlegung räumlich eine viel größere Tragweite erhält als bisher. Der Regionalplan ist ein Planwerk, das auf Basis von gesetzlichen Grundlagen in einem demokratischen Prozess aufgestellt wird. Für Änderungen des Regionalplans sind ebenfalls demokratisch legitimierte Verfahren auf Basis der einschlägigen Rechtsgrundlagen erforderlich. Dieses Prinzip wird mit der Möglichkeit unterlaufen, den räumlichen Anwendungsbereich von Festlegungen des Regionalplans durch bloße Änderungen einer WebGIS-Anwendung herbeizuführen. Daher sind dynamische Verweisungen im Regionalplan aus Sicht der Stadt Siegen nicht geeignet, um als Grundlage für eine Festlegung im Regionalplanentwurf zu dienen. Flächenkategorien, auf die in den textlichen Festlegungen Bezug genommen wird, müssen auch innerhalb des Regionalplanentwurfs zeichnerisch dargestellt und erläutert sein. Auch in der kommunalen Bauleitplanung sind dynamische Verweisungen im Übrigen unzulässig.

Der Regionalplanentwurf enthält des Weiteren viele Festlegungen, die nicht seiner Maßstabsebene entsprechen. Es wird Bezug genommen auf kleinteilige Strukturen wie Einzelbäume, historische Ofenreste oder punktuelle öffentliche Trinkwasserentnahmestellen. Auf der Maßstabsebene der zeichnerischen Darstellung (M 1:50.000) werden üblicherweise raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha dargestellt. Wenn einzelne Planungen dennoch raumbedeutsam bzw. von regionaler Bedeutung sind, beispielsweise Haltepunkte im Schienenpersonennahverkehr, können sie als Symbol-Planzeichen dargestellt werden. Die Darstellung von „Kleinststrukturen“, so bezeich-

net im Grundsatz 3.1-3 im Regionalplan, wird seitens der Stadt Siegen als weder notwendig noch zielführend erachtet. Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung sieht § 1 Abs. 6 BauGB einen umfangreichen Katalog von Belangen vor, die in die bauleitplanerische Abwägung einzustellen sind. „Kleinststrukturen“ sind also im Rahmen der Aufstellung des Flächennutzungsplans sowie der Bebauungspläne stets zu beachten. Die gesetzliche Grundlage dafür besteht bereits mit dem Baugesetzbuch – inhaltsgleiche Regelungen im Regionalplan erhöhen den Begründungsaufwand bei der Aufstellung von Bauleitplänen und bürokratisieren die ohnehin bereits komplexen Verfahren zusätzlich.

**Die Stadt Siegen fordert daher allgemein, das Planwerk insgesamt schlanker zu gestalten, auf dynamische Verweisungen zu verzichten und auf die wesentlichen textlichen und zeichnerischen Festlegungen zu reduzieren. Dies gilt insbesondere bezüglich Regelungen zu kleinteiligen oder „Kleinst“-Strukturen sowie im Hinblick auf diverse Eingriffe in die kommunale Planungshoheit durch sehr restriktive, aber aus Sicht der Stadt Siegen nicht notwendige Festlegungen.**

Pro Kommune haben zwei Werkstattgespräche stattgefunden. In dem Ersteren hatten die Kommunen die Möglichkeit, ihre Zukunftsvision bis 2040 darzustellen und zu erläutern. Seitens der Stadt Siegen wurde ein erheblicher Aufwand betrieben, die städtische Zielrichtung aufzuzeigen und welche Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sein müssen, damit sie ihre Rolle als Oberzentrum im ländlichen Raum wahrnehmen kann. Es konnte auch deutlich gemacht werden, dass die Stadt Siegen im Rahmen ihrer Planungshoheit in den letzten Jahren ausschließlich Baugebiete (Wohnen und Gewerbe) entwickelt hat, die sich an dem entsprechenden Bedarf orientieren. Dies ist dadurch belegbar, dass die Gebiete jeweils nach kürzester Zeit fast komplett bebaut waren. Als Beispiel sind die letzten Baugebiete Am Zäunchen und Ober dem Feldgarten zu nennen. Gleiches gilt für die Neuausweisung von Gewerbegebieten. Erst lange, nachdem alle Grundstücke in den B-Plangebieten Leimbachtal und Martinshardt I vermarktet wurden, wird mit der Erschließung des Erweiterungsbereichs Martinshardt II zu rechnen sein. Hierfür liegen bereits einige konkrete Interessensbekundungen vor und die Stadt Siegen plant derzeit die Umsetzung eines zukunftsfähigen, klimaeffizienten, nachhaltigen, innovativen Gewerbegebietes auf einer als GIB im Regionalplan ausgewiesenen Fläche.

**Damit zeigt die Stadt Siegen, wie viele andere Kommunen in Südwestfalen auch, dass sie einen verantwortungsvollen Umgang hinsichtlich der Entwicklung von Siedlungsflächen im Außenbereich bereits seit langer Zeit praktiziert und Eingriffe in die kommunale Planungshoheit, wie sie im vorliegenden Regionalplanentwurf durch die restriktive Siedlungsflächenbedarfsberechnung und -ausweisung getroffen werden, nicht erforderlich sind.**

Beispiele für diese gravierenden Eingriffe in die kommunale Planungshoheit sind die geplanten Einschränkungen der Nutzungsmöglichkeiten der GIB sowie das Heranrücken der BSN und Regionalen Grünzüge an die Siedlungsbereiche auf Siegener Stadtgebiet, aber auch die nicht an den tatsächlichen Gegebenheiten der Stadt Siegen orientierte Siedlungsflächenbedarfsprognose sowie die Ausweisung von Vorranggebieten ohne Eignungswirkung für die Windkraft. Nähere Ausführungen hierzu sind dem Teil B der Stellungnahme zu entnehmen. Erschwerend kommt hinzu, dass viele dieser Themen im Zuge der Werkstattgespräche von Seiten der Bezirksregierung der Stadt Siegen nicht oder nur unzureichend kommuniziert wurden und somit eine Auseinandersetzung im Sinne des Gegenstromprinzips mit den Themen erst jetzt erfolgen kann, nachdem sie Eingang in das umfassende Planwerk gefunden haben.

Flächen, die im Regionalplanentwurf als Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) oder Bereiche für Gewerbliche und Industrielle Nutzung (GIB) oder als andere Siedlungsflächenkategorie ausgewiesen werden, sind mit Restriktionen behaftet, die durch weitere Ziele oder Grundsätze offenbar weiter eingeschränkt werden. Beispielsweise durch Pufferflächen, die beim Angrenzen an BSN innerhalb und damit zu Lasten der ASB und GIB freizuhalten sind, durch überlagernde Festlegung von Überschwemmungsgebieten auf Basis veralteter Daten (preußische Überschwemmungslinien) oder durch die Festlegung, dass Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion nicht beeinträchtigt werden sollen. Im Ergebnis sollen

als Siedlungsflächen ausgewiesene Flächen offenbar nicht in dem Umfang nutzbar sein wie zeichnerisch dargestellt – die Flächenausweisungen sind somit als nicht endabgewogen zu bewerten.

**Die Stadt Siegen fordert, insbesondere im Hinblick auf die zeichnerisch dargestellten ASB und GIB sowie weitere Siedlungsflächenkategorien, nur solche Flächen auszuweisen, die endabgewogen sind. Flächen, die auf Grund anderer Ziele und Grundsätze als Siedlungsfläche nicht oder nur sehr eingeschränkt nutzbar sind, dürfen nicht zeichnerisch dargestellt werden. Durch das Nebeneinanderstellen widersprüchlicher textlicher und zeichnerischer Festlegungen ist der Regionalplan nicht endabgewogen. Der „Flächenetikettenschwindel“ geht zu Lasten der Stadt Siegen, da der berechnete und zeichnerisch dargestellte Siedlungsflächenbedarf nicht der tatsächlich nutzbaren Potenzialfläche für die Bauleitplanung entspricht.**

Es stellt sich zudem die Frage, warum das in dem durch die Bezirksregierung Arnsberg selbst koordinierte Gespräch am 19.09.2019 durch Rechtsanwalt Tyczewski vorgestellte Instrument des Raumordnungsvertrags gem. § 14 ROG keine Anwendung gefunden hat, um den Zielen der Regionalplanung und kommunalen Planung konsensual zur Umsetzung zu verhelfen.

Herrn Tyczewskis Ausführungen<sup>1</sup> zufolge bietet der Raumordnungsvertrag „die Möglichkeiten der Vorbereitung sowie Verwirklichung der Regionalplanung und kann insofern ergänzend zum Regionalplan die Raumentwicklung steuern. Zugleich kann er eine raumordnerische Zusammenarbeit von Regionalplanung und Kommunen auf Augenhöhe bewirken, da sich die Akteure auf bestimmte raumordnungsrechtliche Aspekte einigen und so jeweils eigene Vorstellungen einbringen können.“

Das hier vorliegende Planwerk wurde in wichtigen Punkten nicht annähernd konsensual mit der Stadt Siegen erarbeitet, sondern trotz der vorgenannten Beteiligungsrunden bis zum Erarbeitungsbeschluss unter Verschluss gehalten. Aus Sicht der Stadt Siegen ist das Gegenstromprinzip verletzt: die Rückkopplung des Planentwurfs mit der Bezirksregierung Arnsberg im Zuge der Entwurfserarbeitung hat nicht stattgefunden. Die Stadt Siegen ist erst mit dem fertiggestellten Planwerk im Sinne einer Top-Down-Planung konfrontiert worden. Die Zusammenarbeit der Bezirksplanungsbehörde und der Stadt Siegen auf Augenhöhe wurde nicht gesucht, das Instrument der Raumordnungsverträge wurde ungenutzt gelassen bzw. es wurde seitens des Plangebers in einer digitalen Informationsveranstaltung für den Kreis Siegen-Wittgenstein am 12.04.2021 lediglich darauf verwiesen, dass raumordnerische Verträge im Nachgang zur Regionalplanaufstellung zu schließen seien. Die Stadt Siegen vertritt hier in Übereinstimmung mit den Ausführungen von Rechtsanwalt Tyczewski eine andere Auffassung – raumordnerische Verträge als ein kooperatives Instrument der Regionalplanung sollten Teil des Regionalplanaufstellungsverfahrens sein (vergl. Städtebaulicher Vertrag auf Bebauungsplanebene) .

**Die gesamte Vorgehensweise zur Planaufstellung entspricht aus Sicht der Stadt Siegen nicht dem Gegenstromprinzip und führt nicht zu einer konstruktiven Zusammenarbeit im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung – die Stadt Siegen fordert daher, zumindest die weitere Aufstellung des Regionalplans transparent und in Kooperation und enger Abstimmung zwischen Kommune und Bezirksplanungsbehörde vorzunehmen.**

---

<sup>1</sup> Tyczewski, BauR 2021, 152 - Einleitung

**B Anregungen und Bedenken zu den Zeichnerischen und Textlichen Festlegungen sowie zu den weiteren Bestandteilen des Regionalplanentwurfs**

Der Aufbau dieses Teils der Stellungnahme orientiert sich am Aufbau der textlichen Festlegungen des Regionalplanentwurfs. Wo notwendig, wird im Zuge der einzelnen Anregungen und Bedenken auf die übrigen Unterlagen des Regionalplanentwurfs (Zeichnerische Darstellung, Erläuterungskarten als Teil der textlichen Festlegungen, Umweltbericht und Fachbeiträge) Bezug genommen.

**Zu 1: Einleitung****Zu den Ausführungen in den Textlichen Festlegungen S. 12 und 26**

*[...] Die im rechtswirksamen Regionalplan und den Flächennutzungsplänen der Kommunen gesicherten Flächen für die Wohnbaulandentwicklung werden vielerorts nicht mehr in diesem Maße benötigt.[...]*

*Die Entwicklung der ASB ist nachhaltig und der demographischen Entwicklung entsprechend angemessen zu gestalten. Die Bevölkerungszahl wird in weiten Teilen des Planungsraums bis zum Jahr 2040 deutlich abnehmen. Die derzeit im Regionalplan und auch in den Flächennutzungsplänen gesicherten Flächen für die Wohnraumentwicklung werden daher vielerorts nicht mehr in diesem Maße benötigt und sind im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung zurückzuführen und nicht weiter planerisch als ASB bzw. als Wohnbaufläche zu sichern.*

Bewertung / Kritik bzw. Anregung / Forderung

Diese Aussage kann so pauschal aus Sicht der Stadt Siegen nicht getroffen werden. Da die Restriktionen bei der Entwicklung von Wohnbauland und gewerblichen bzw. industriellen Bauflächen immer stärker zunehmen, muss den Kommunen eine gewisse Flexibilität, auch in Form einer Auswahl zwischen mehreren Flächen, die für eine Entwicklung geeignet sind, eingeräumt werden. Zu dem Ergebnis kommt auch die Veröffentlichung des difu<sup>2</sup>. Darauf gestützt regt die Stadt Siegen an, dies als Hinweis in der Einleitung an beiden Stellen zu ergänzen. Das Vorhandensein der Entwicklungsmöglichkeiten bedeutet nämlich nicht automatisch, dass diese Flächen einer Nutzung zugeführt werden. Dies wird dadurch deutlich, dass, wie oben schon erläutert, die Stadt Siegen in der Vergangenheit sehr flächensparend und passgenau neue Baugebiete eher unter dem Bedarf entwickelt hat.

**Zu den Ausführungen in den Textlichen Festlegungen S. 14 und 24**

*[...] Der Regionalplan unterstützt die nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft im Planungsraum, indem er neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung festlegt. [...]*

*[...] Daher ist es von besonderer Bedeutung, dass die festgelegten GIB auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung effizient und nachhaltig umgesetzt werden. Das bedeutet, dass mit Hilfe der Instrumente des Baugesetzbuches zum einen nicht GIB-konforme Nutzungen ausgeschlossen werden [...].*

Bewertung / Kritik bzw. Anregung / Forderung

Mit den im Regionalplanentwurf getroffenen Festlegungen wird die kommunale Planungshoheit bezüglich der Entwicklung von Bereichen für Gewerbliche und Industrielle Nutzung (GIB) deutlich eingeschränkt, da in dieser Gebietskategorie künftig nur noch Betriebe zulässig sein sollen, die nicht wohnverträglich sind. In der kommunalen Bauleitplanung wird eine Entwicklung der GIB nach dem Willen der Bezirksplanungsbehörde nur noch hin zur Festsetzung GI (Industriegebiet) gemäß BauNVO möglich sein. Die Stadt Siegen bietet in ihren Gewerbe- und Industriegebieten jedoch auch solchen Betrieben Ansiedlungsmöglichkeiten, die nicht stark emittieren, für die jedoch andernorts im Stadtgebiet, beispielsweise

<sup>2</sup> Aktive Bodenpolitik | Fundament der Stadtentwicklung | Bodenpolitische Strategien und Instrumente im Lichte der kommunalen Praxis, Januar 2021

auf Grund verkehrlicher Auswirkungen oder benötigter Flächenzuschnitte, keine Flächen verfügbar sind. Für eine zukunftsgerichtete Gewerbe- und Industriegebietsentwicklung der Stadt Siegen ist es daher essentiell, dass die Flexibilität der bauleitplanerischen Ausgestaltung im Hinblick auf die GIB bestehen bleibt und nicht durch den Regionalplan beschnitten wird. Mehr dazu unter dem Ziel 4.3-1.

## Zu 2.1: Klimaschutz

### 2.1-1 Grundsatz – Klimaschutzrelevante Böden

*Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sollen Böden mit Funktion als Kohlenstoffsinken oder Kohlenstoffspeicher gesichert werden. Bei Planungen und Maßnahmen der Landschaftsentwicklung sollen klimaschutzrelevante Böden gesichert oder wiederhergestellt werden.*

#### Bewertung / Kritik

Die in diesem Grundsatz angesprochenen schutzwürdigen Böden sind im Regionalplanentwurf nicht dargestellt. Es wird auf den Fachbeitrag des GD NRW bzw. auf dessen Kartenwerk verwiesen und darauf, dass die Bereiche, die gemäß dem Grundsatz zu schützen sind, durch aufstehende Vegetation sowie mittels historischer Datenquellen zu identifizieren seien. Der Fachbeitrag des GD NRW ist auf der Seite der Bezirksregierung im Gegensatz zu anderen Fachbeiträgen nicht herunterzuladen oder einzusehen.

#### Anregung / Forderung

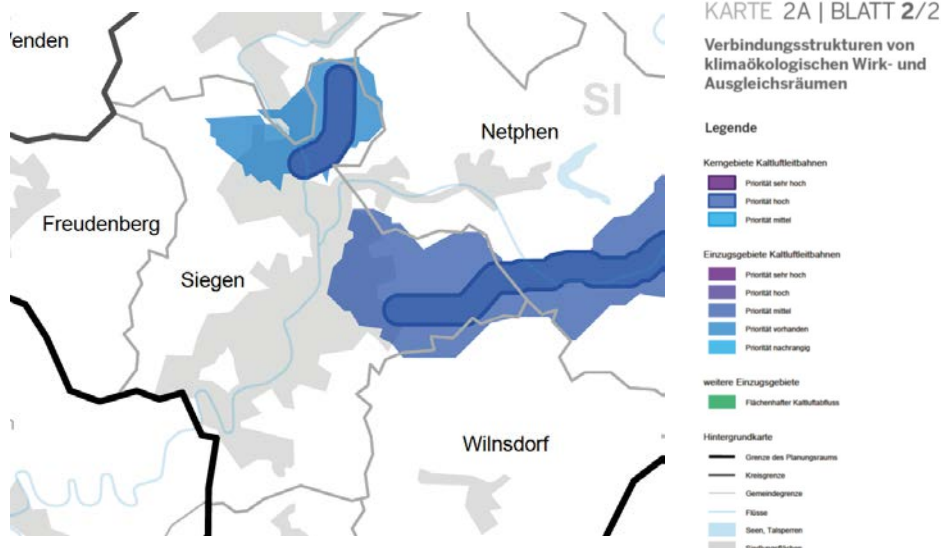
Wenn sich eine Grundsatz- bzw. Zielformulierung des Regionalplans auf eine bestimmte Flächenkategorie bezieht, muss diese im Regionalplan dargestellt werden, vorzugsweise in der zeichnerischen Darstellung, damit der Flächenzuschnitt für die Stadt Siegen klar erkennbar ist. Der Verweis allein auf einen Fachbeitrag, der nicht Teil des förmlichen Planwerks ist, reicht nicht aus. Da der räumliche Bezug dieses Grundsatzes völlig unklar bleibt und somit keine Stellungnahme seitens der Stadt Siegen möglich ist, wird gefordert, diesen Grundsatz zu streichen.

## Zu 2.2: Klimafolgenanpassung

### 2.2-1 Ziel – Kernbereiche von Kaltluft-Leitbahnen mit sehr hoher und hoher Priorität

*Die Kernbereiche von Kaltluft-Leitbahnen mit überörtlicher Bedeutung mit sehr hoher und hoher Priorität dürfen bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen nicht in ihren klimaökologischen und lufthygienischen Funktionen beeinträchtigt werden (vgl. Erläuterungskarte 2A).*

Dazu: Auszug aus der Erläuterungskarte 2A, Blatt 2

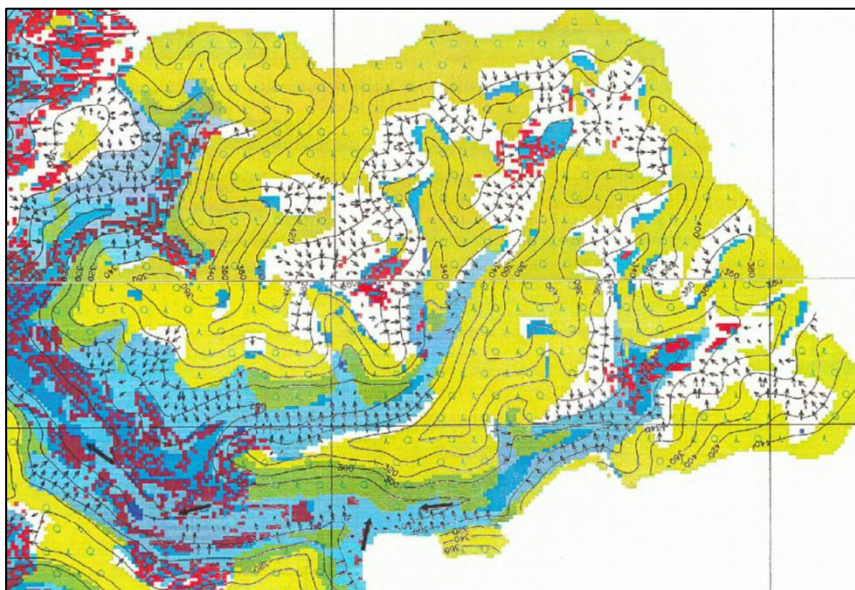


Bewertung / Kritik

Der Regionalplanentwurf beschreibt in der Erläuterungskarte 2A „Verbindungsstrukturen von klimaökologischen Wirk- und Ausgleichsräumen“ eine regional bedeutsame Kaltluftleitbahn, die entlang des Siegtals in Netphen über das Feuersbachtal bis in den städtischen Siedlungsbereich von Kaan-Marienborn verläuft. Diese Ausweisung kann aufgrund der tatsächlichen topografischen Verhältnisse fachlich nicht nachvollzogen werden, da die Kaltluft danach vom Netphener Siegtal kommend ca. 70 Höhenmeter hangaufwärts über einen bewaldeten Höhenrücken (Feuersbacher Furt) fließen müsste, um im Feuersbachtal Richtung Innenstadt abfließen zu können.

Die nachstehende Übersichtskarte (Auszug Klimagutachten Stadt Siegen, 1993) der lokalklimatisch bedeutsamen Flächen Feuersbach- und Breitenbachtal gibt die tatsächlichen Verhältnisse der Kaltluftentstehungsflächen und Kaltluftabflüsse wieder. Ein Zufluss von Kaltluft aus dem Siegtal in Netphen ist hier erwartungsgemäß nicht zu erkennen.

*Auszug Klimagutachten Stadt Siegen, 1993*



Methodisch ist ergänzend darauf hinzuweisen, dass die angesprochenen Kernbereiche der Kaltluftentstehungsgebiete nur in der Erläuterungskarte 2A und nicht in der zeichnerischen Darstellung verortet sind, jedoch als Ziel zu beachten sind. Auf Grund des groben Maßstabs der Erläuterungskarten können die nicht zu beeinträchtigenden Bereiche aus Sicht der Stadt Siegen nicht verortet werden. Da es sich um ein Ziel der Raumordnung handelt und diese als endabgewogen zu verstehen ist, muss eine genaue Verortung und inhaltlich-fachliche Richtigkeit vorausgesetzt sein.

Anregung / Forderung

Die Abgrenzung der Kaltluftentstehungsgebiete ist auf Basis der örtlichen fachlichen Informationen zu überarbeiten. Die neue Abgrenzung ist in eine detailliertere Erläuterungskarte im Sinne einer guten Verortung oder in die zeichnerische Darstellung des Regionalplans aufzunehmen.

Im Hinblick auf die fragliche Endabgewogenheit im Sinne der Verbindlichkeit, der räumlichen und sachlichen Bestimmtheit der Flächen wird angeregt, das Ziel in einen Grundsatz der Raumordnung umzuwandeln, da Grundsätze in die Planung der entsprechend konkretisierenden Bauleitplanung einzelfallbezogen und spezifisch eingebunden werden müssen.

### **2.2-3 Grundsatz – Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion**

*Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion im Übergangsbereich von Siedlungsraum und Freiraum sollen insbesondere im Rahmen der Bauleitplanung gesichert und entwickelt werden. Dabei sol-*



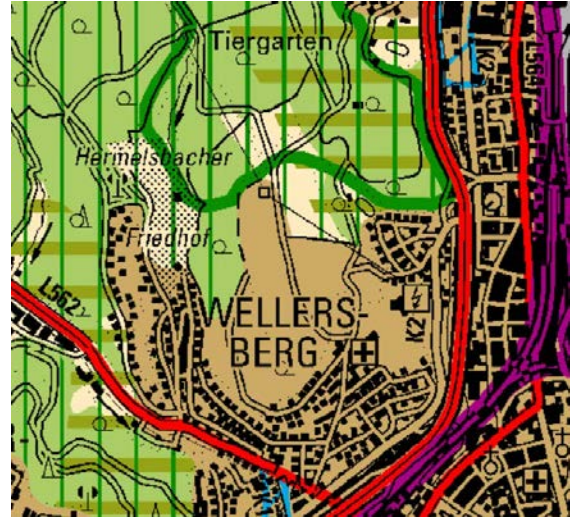
*len vor allem die Flächen mit höchster, sehr hoher und hoher Funktionserfüllung nicht beeinträchtigt werden.*

### Bewertung / Kritik

*Auszug aus dem FIS Klimaanpassung:*



*Auszug aus der zeichnerischen Darstellung des Regionalplanentwurfs:*



Die in diesem Grundsatz angesprochenen Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion sind im Regionalplanentwurf ebenfalls nicht dargestellt. Hier wird auf den Fachbeitrag Klima sowie auf das LANUV-Fachinformationssystem Klima verwiesen.

Der Auszug aus dem FIS Klimaanpassung, Layer Klimaanalyse Gesamtbetrachtung, offenbart, dass lediglich ein Teil der geplanten neuen Wohnbaufläche am Wellersberg als Siedlungsbereich hinterlegt ist. Ein Teil des Bereichs, der seitens der Stadt Siegen zur Entwicklung vorgesehen ist, wird als Grünfläche mit hoher thermischer Ausgleichsfunktion deklariert. Im Umweltbericht hingegen wird die Fläche gemäß dem zugehörigen Steckbrief nur auf sehr hohe bzw. höchste Ausgleichsfunktion untersucht. Die Formulierung des Grundsatzes ist jedoch davon abweichend sehr viel weitreichender und bezieht sich auch auf Flächen mit hoher Ausgleichsfunktion.

### Anregung / Forderung

Wenn sich eine Grundsatz- bzw. Zielformulierung des Regionalplans auf eine bestimmte Flächenkategorie bezieht, muss diese im Regionalplan dargestellt werden, vorzugsweise in der zeichnerischen Darstellung, damit der Flächenzuschnitt für die Stadt Siegen klar erkennbar ist. Der Verweis allein auf einen Fachbeitrag, der nicht Teil des förmlichen Planwerks ist, reicht nicht aus. Bezüglich dieses Grundsatzes wird eine dynamische Verweisung auf das LANUV-Fachinformationssystem Klimaanpassung ergänzt, die so aus Sicht der Stadt Siegen rechtlich als nicht zulässig angesehen wird. Der hier formulierte Grundsatz widerspricht beispielsweise der Ausweisung des ASB im Bereich des Wellersbergs auf Siegener Stadtgebiet. Es wird daher gefordert, dass die Bezirksregierung die Belange des Klimaschutzes im Zuge der Ausweisung von Siedlungsflächen (ASB, GIB) weiter untersucht und die Belange der Siedlungsflächenentwicklung und des Natur- und Landschafts- bzw. Klimaschutzes – wie es als Plangeberin ihre Aufgabe ist – gegen- und untereinander (sach)gerecht abwägt. Im Ergebnis müssen im Regionalplan Siedlungsflächen dargestellt werden, die durch die Stadt Siegen vollumfänglich beplant werden können und nicht in ihrer Realisierbarkeit durch Informationen außerhalb des Regionalplanentwurfs und unkonkret formulierte Grundsätze der textlichen Festlegungen eingeschränkt werden.

**2.2-4 Grundsatz – Böden mit besonderer Kühlungsfunktion**

*Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sollen Böden mit besonderer Kühlungsfunktion vor Inanspruchnahme geschützt werden.*

Bewertung / Kritik und Anregung / Forderung

Siehe dazu auch Textliche Festlegungen S. 33 – klimaschutzrelevante Böden.

**2.2-5 Grundsatz – Bodenschutz zum Vorbeugen von Schäden durch Starkregen**

*Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen soll Schäden in Folge von Starkregenereignissen vorgebeugt werden. Wälder mit besonderer Bedeutung für den Schutz vor Wassererosion sowie Böden mit besonderer Wasseraufnahmekapazität im 2 m-Raum sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen und in ihrer Funktion zu sichern.*

Bewertung / Kritik und Anregung / Forderung

Siehe dazu auch Textliche Festlegungen S. 33 – klimaschutzrelevante Böden.

Zudem wird hier offensichtlich von der Stadt Siegen wie von allen anderen Kommunen erwartet, dass Kartenwerke des Landesbetriebs Wald und Holz sowie des Geologischen Dienstes NRW analysiert und somit Waldbestände mit der im Grundsatz angesprochenen besonderen Wasseraufnahmekapazität des Bodens eigenständig identifiziert werden. Ob nun die im Grundsatz angesprochenen Wälder oder die dort erwähnten Böden oder nur die sich gegenseitig überlagernden Wälder und Böden zu schützen sind, bleibt in der Formulierung offen. Auch in den Flächensteckbriefen des Umweltberichtes ist nur vermerkt, ob Böden mit hoher Wasseraufnahmekapazität in der jeweils ausgewiesenen Fläche vorkommen oder nicht. Eine Verortung wurde auch dort nicht vorgenommen. Die Stadt Siegen sieht die entsprechende Auswertungsarbeit sowie die Abwägung der Belange der Schutzgüter auf Ebene des Regionalplans jedoch klar als Aufgabe der Bezirksregierung Arnsberg als Trägerin der Regionalplanung an. Diese Aufgabe wurde hier nur unzureichend erfüllt und mündet in einer unklaren Grundsatz-Formulierung. Zu diesem Grundsatz sei weiterhin angemerkt, dass sich die Bewertungsgrundlage durch die massiven Borkenkäferkalamitäten auch auf Siegener Stadtgebiet deutlich verändert hat und daher diesbezüglich eine Neubewertung und Neuformulierung des Regionalplanentwurfs als notwendig erachtet wird.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert analog zum Grundsatz 2.1-1, auch den Grundsatz 2.2-5 zu streichen.

**Zu 2.3: Regionale Grünzüge****2.3-1 Ziel – Regionale Grünzüge**

*Die regionalen Grünzüge sind insbesondere aufgrund ihrer klimaökologischen und lufthygienischen Funktion sowie zur siedlungsräumlichen Gliederung zu sichern und zu entwickeln. Sie sind vor siedlungsräumlicher Inanspruchnahme zu schützen. Sie dürfen für siedlungsräumliche Entwicklungen ausnahmsweise in Anspruch genommen werden, wenn für siedlungsräumliche Entwicklungen keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzuges bestehen und insbesondere ihre klimaökologische und lufthygienische Funktionsfähigkeit und ihre Funktion zur siedlungsräumlichen Gliederung erhalten bleiben. Die Entwicklung der im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteile ist im Rahmen der raumordnerischen Voraussetzungen und unter Beachtung von Satz 3 möglich.*

Allgemeine Bewertung / Kritik

Grundsätzlich ist der fachliche Hintergrund zur geplanten Ausweisung Regionaler Grünzüge als Maßnahme zum Erhalt klimaökologischer Ausgleichsflächen zu begrüßen, jedoch nur dann, wenn die Ausweisung solcher Regionalen Grünzüge sachgerecht erfolgt. Die Ausweisung muss sich also klar aus den örtlichen Gegebenheiten und der Lokalklimatischen Bedeutung der Flächen ableiten lassen. Im Ruhrge-

biet, wo die Ausweisung Regionaler Grünzüge seit den 1920er Jahren im Siedlungsflächenverband Ruhr (SVR) Tradition hat, dient die Ausweisung der Regionalen Grünzüge vorrangig der Vernetzung von Grün- und Freiräumen innerhalb der dicht besiedelten Metropolregion Ruhr sowie der siedlungsstrukturellen Gliederung. Einerseits bieten die Regionalen Grünzüge geschützte Bereiche für Flora und Fauna und zur Entwicklung von Trittsteinbiotopen sowie zur Verknüpfung der Natur- bzw. Flussräume von Ruhr, Em-scher und Lippe. Andererseits dienen diese Bereiche den Menschen der Region zur Erholung und als Aufenthaltsflächen.

Die Flächen, die die Bezirksregierung Arnsberg im hier vorliegenden Regionalplanentwurf als Regionale Grünzüge deklariert, bilden kein solches zusammenhängendes Freiraumsystem. Vielmehr handelt es sich um vorrangig punktuelle Flächenfestlegungen, die sich korsettartig um ausgewählte Siedlungsbereiche sowie über Siedlungsbereiche im AFAB (Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche) legen. Die Intention, Freiräume für die Erholung an Siedlungsräume anzubinden, einen Biotopverbund zu schaffen oder den Siedlungsraum zu gliedern, sind mit diesen Flächenausweisungen nicht erkennbar.

Die Methodik zur Ermittlung der Regionalen Grünzüge lässt sich nicht aus deren ursprünglicher Intention bzw. aus der Intention der Grünzugausweisungen des LEP NRW herleiten und erscheint äußerst frag-würdig. In einem ersten Schritt wurden Räume mit einem erhöhten Verdichtungsgrad identifiziert. Wie sich dieser „erhöhte Verdichtungsgrad“ quantitativ bemisst, ist nicht ausgeführt. Hinzugenommen wur-den Bereiche mit ungünstiger thermischer Situation heute sowie in 50 Jahren, basierend auf einer Karte aus dem Fachbeitrag Klima. Weiterhin bilden Siedlungsbereiche einen Suchraum, „bei denen von einer weiteren Verdichtung des Siedlungskörpers bzw. einem Zusammenwachsens von Siedlungskörpern aus-zugehen ist.“ (Begründung: S. 16). Nähere Angaben dazu, worauf diese Prognose der Bezirksregierung Arnsberg fußt, bleiben aus. Für die eigentliche Flächenausweisung wird dann unter anderem auf die nicht korrekt ermittelten Kaltluft-Leitbahnen verwiesen (s. unter „Zu 2.2: Klimaanpassung“ dieser Stel-lungnahme) sowie auf die Räume mit thermischen Ausgleichsfunktionen. Die weiteren Abgrenzungskri-terien für die Flächen werden nur genannt, unter Verweis auf die Funktionen Erholung und Biotopver-netzung:

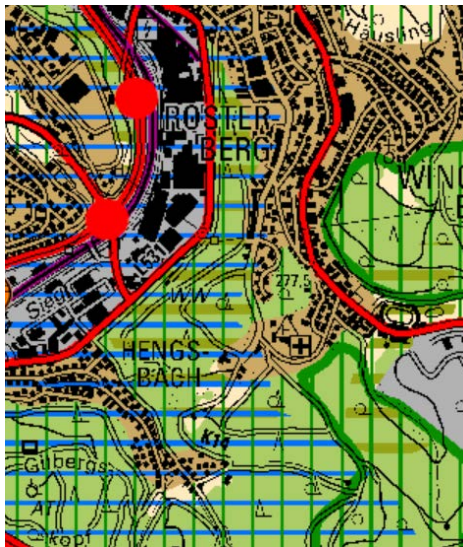
- | Erholungswald nach Waldfunktionenkarte
- | Klimaschutzwald nach Waldfunktionenkarte
- | Flächen des Biotopverbundes gem. Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege
- | Räumlicher Bezug zu Verdichtungsgebiet
- | Lage von Hitzeinseln im Siedlungsraum
- | Kommunale Planungsabsichten

Wie die genaue Abgrenzung vonstattengeht, ist nicht nachzuvollziehen, ebenso nicht, welche Abgren-zungsmethodik sich hinter dem Kriterium „kommunale Planungsabsichten“ verbirgt oder wie sich der „räumliche Bezug“ zu einem Verdichtungsgebiet genau gestaltet. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass das planerische Ergebnis der Abgrenzung nach Abarbeiten der gewählten Methodik nicht der Intention der Ausweisung von Regionalen Grünzügen nach fachlicher, eingangs erläuteter Definition entspricht.

Auch bei detaillierter Betrachtung ist nicht ersichtlich, auf welcher fachlichen Grundlage die Festlegun-gen der Regionalen Grünzüge im Siegener Stadtgebiet basieren. Sie korrespondieren in weiten Teilen nicht mit den örtlichen Erkenntnissen und Untersuchungen:

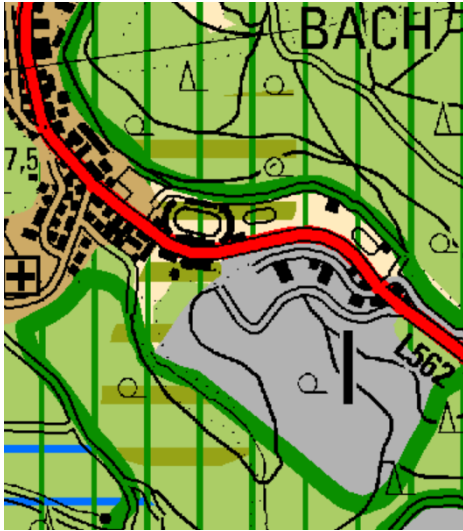
*Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Fischbacherberg / Hermelsbach“***Detailbetrachtung:**

Den mit Wald bestandenen Hängen am Fischbacherberg und entlang der Straße an den drei Pfosten kommt nach dem Klimagutachten Siegen keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden.

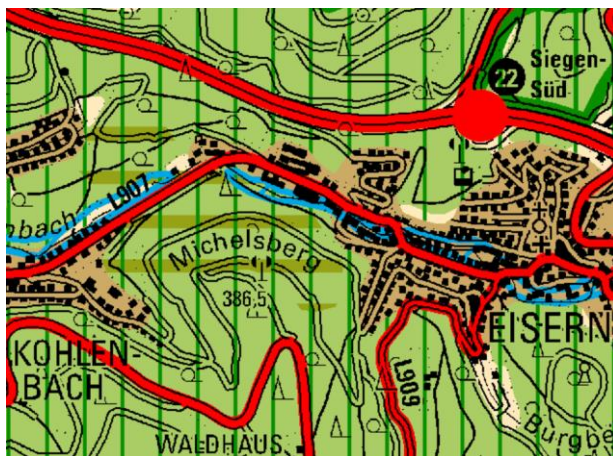
*Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Sieghänge am Rosterberg / Hengsberg“***Detailbetrachtung:**

Relevante Kaltluftabflüsse sind von den waldbestandenen Hängen nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden. Gleichwohl sind und bleiben die Hänge bewaldet, bzw. werden sich nach der Abholzung (Borkenkäferkalamität) wieder als Wald entwickeln. Aufgrund des steilen Geländes sind alternative Nutzungen nicht möglich.

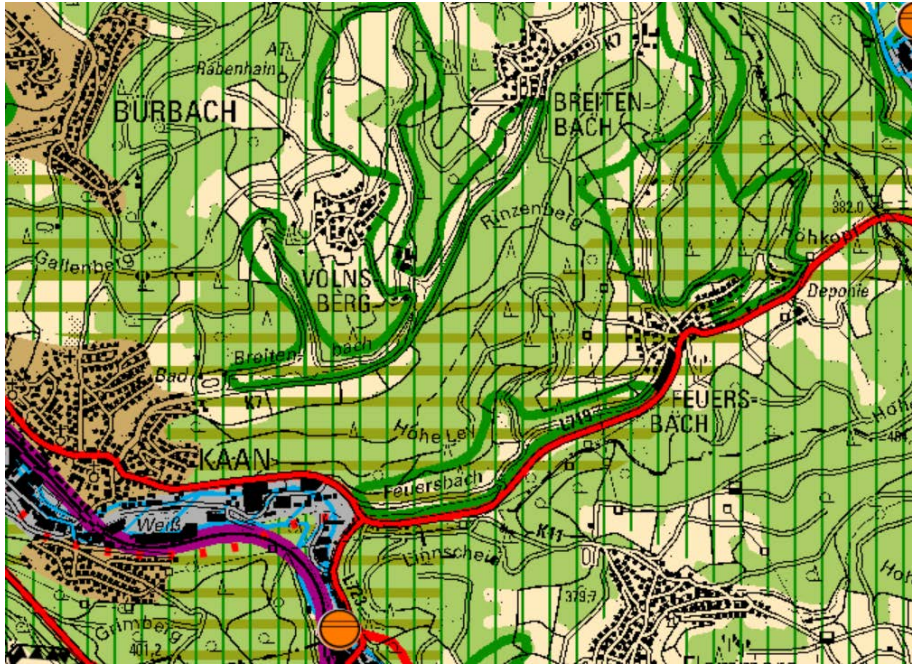


*Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Leimbachtal / Minnerbachtal“***Detailbetrachtung:**

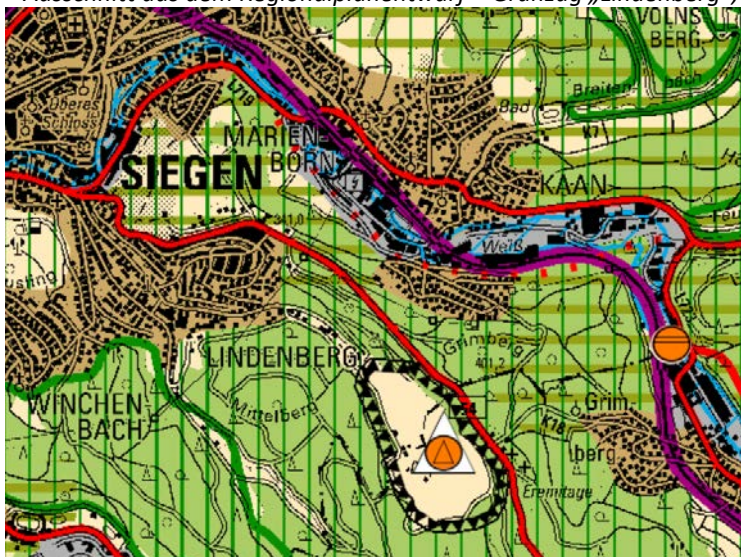
Relevante Kaltluftabflüsse sind von den waldbestandenen Hängen und aus dem Minnerbachtal nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden, zumal große Teile der Flächen bereits bebaut sind (Leimbachstadion, Reitzentrum, Gewerbe). Die zum Teil entwaldeten Hänge werden sich (Borkenkäferkalamität) wieder als Wald entwickeln.

*Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Michelsberg“, Eisern***Detailbetrachtung:**

Relevante Kaltluftabflüsse sind von den waldbestandenen Hängen beidseits des Eisernbachtals nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden.

*Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Feuersbachtal / Breitenbachtal“***Detailbetrachtung:**

Das Klimagutachten Siegen weist im Breitenbachtal und Feuersbachtal großflächig lokalklimatisch bedeutsame Freiflächen aus. Die von den Hängen abfließende Kaltluft kann zur Frischluftversorgung des Siedlungsraum Kaan-Marienborn beitragen. Die Ausweisung eines Regionalen Grünzuges ist aus klimatischer Sicht nachvollziehbar – die allgemeinen Bedenken gelten jedoch auch hier.

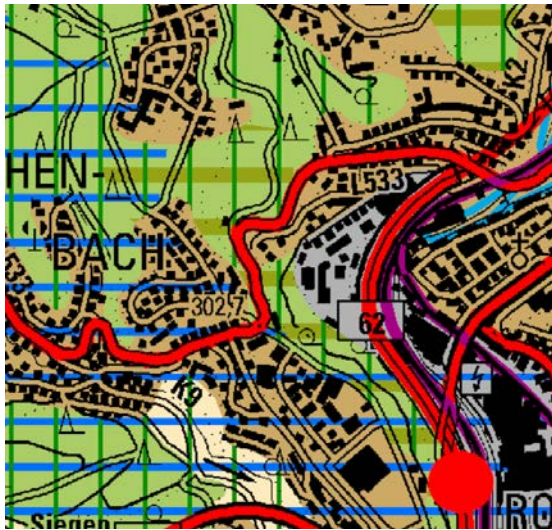
*Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Lindenberg“, Siegen***Detailbetrachtung:**

Das Klimagutachten Siegen weist im Bereich des Lindenberg in Siegen lokalklimatisch bedeutsame Freiflächen aus. Die von den Hängen abfließende Kaltluft kann zur Frischluftversorgung der Siegener Innenstadt bzw. der Ortslage Kaan-Marienborn beitragen.

Die Ausweisung eines regionalen Grünzuges ist aus klimatischer Sicht nachvollziehbar – die allgemeinen Bedenken gelten jedoch auch hier.



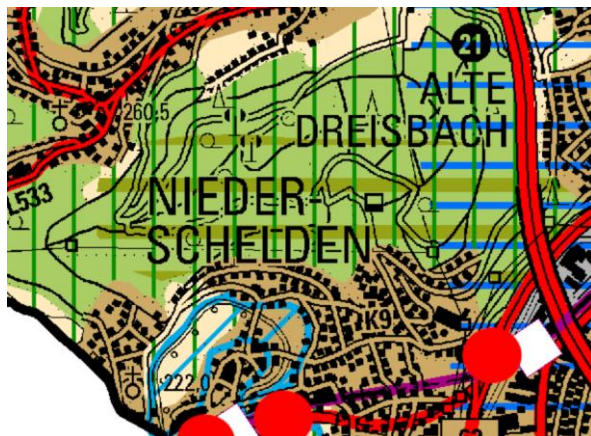
*Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Sieghänge am Heidenberg“*



**Detailbetrachtung:**

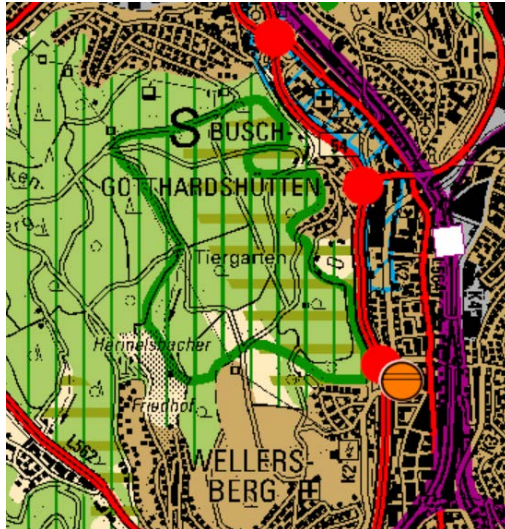
Relevante Kaltluftabflüsse sind von den Waldflächen nördlich Niederschelden nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist demzufolge diesem Bereich keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden.

*Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Waldflächen nördlich Niederschelden“*

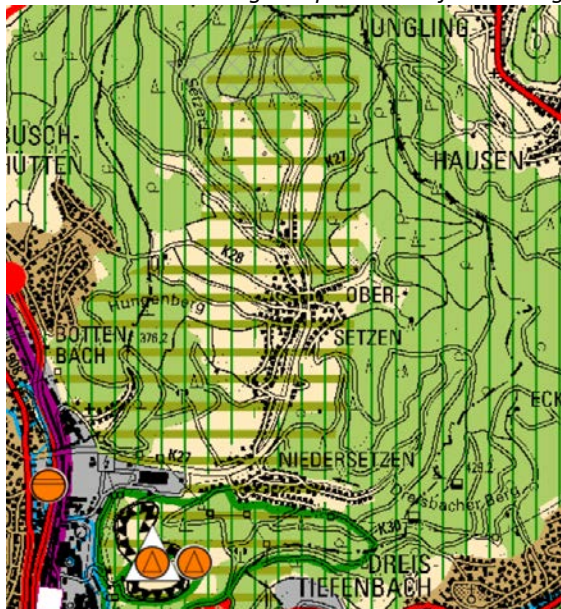


**Detailbetrachtung:**

Relevante Kaltluftabflüsse sind von den waldbestandenen Hängen nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden. Die bewaldeten Hänge bleiben erhalten bzw. werden sich nach der Abholzung (Borkenkäferkalamität) wieder als Wald entwickeln. Aufgrund des steilen Geländes sind alternative Nutzungen nicht möglich.

*Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Tiergarten Weidenau“***Detailbetrachtung:**

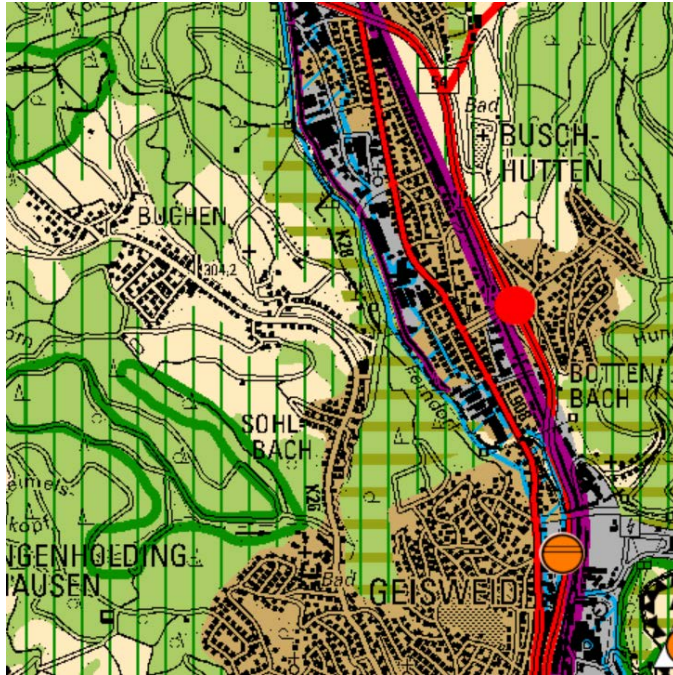
Relevante Kaltluftabflüsse sind aus den Waldflächen des Tiergartens nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Gleichwohl besitzt das Waldgebiet eine große Bedeutung als ortsnahe Erholungsfläche und als struktureicher Wald mit einem bedeutenden Arteninventar. Diesbezüglich bestehen keine Bedenken gegen die Ausweisung als Regionaler Grünzug – allerdings fehlt auch diesem Grünzug wie allen anderen die eigentliche Vernetzungsfunktion.

*Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Setzebachtal“***Detailbetrachtung:**

Das Klimagutachten Siegen weist im Setzebachtal großflächig lokalklimatisch bedeutsame Freiflächen aus. Die von den Hängen abfließende Kaltluft kann zur Frischluftversorgung des Ferndorftales mit der Ortslage Geisweid und dem Industriegebiet beitragen. Die Ausweisung eines Regionalen Grünzuges ist aus klimatischer Sicht nachvollziehbar – die allgemeinen Bedenken gelten jedoch auch hier.



*Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Waldflächen entlang des Ferndorftales“*

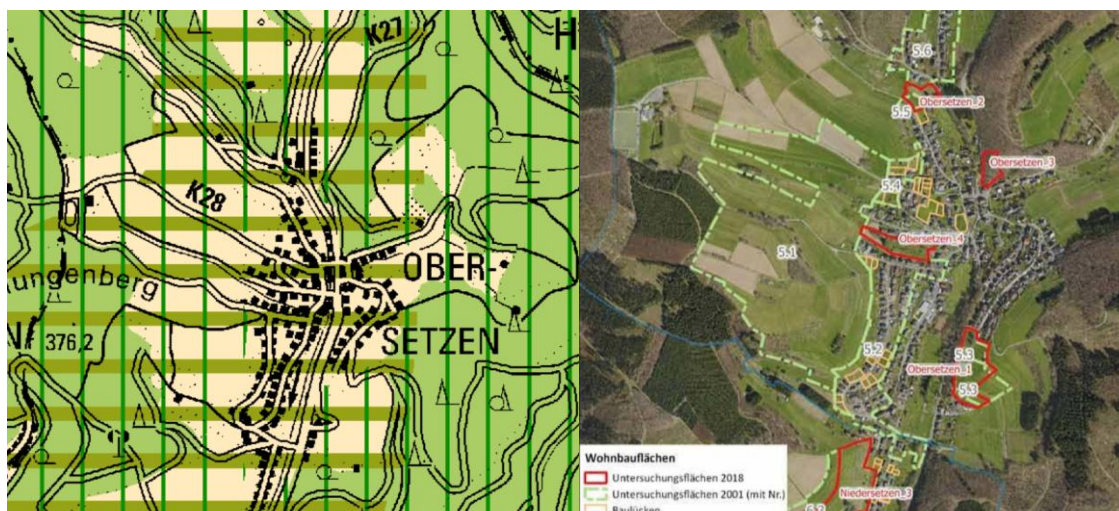


**Detailbetrachtung:**

Relevante Kaltluftabflüsse sind von den waldbestandenen Hängen nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden. Die bewaldeten Hänge bleiben erhalten bzw. werden sich nach der Abholzung (Borkenkäferkalamität) wieder als Wald entwickeln. Aufgrund des zum Teil steilen Geländes sind alternative Nutzungen nicht zu erwarten. Eine relevante klimaökologische Bedeutung kommt dagegen dem westlich angrenzenden Sohlbachtal mit seinen großflächigen Freiflächen zu.

Auch die Überplanung der Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche bzw. kleinerer Ortsteile mit Regionalen Grünzügen bereitet Probleme:

*Auszug aus dem Regionalplanentwurf / Auszug aus dem Wohnbau- und Agrarlandkonzept*



In den als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) deklarierten Stadtteilen lässt der Landesentwicklungsplan (LEP) eine moderate Siedlungsentwicklung zu, von der die Stadt Siegen in den nächsten Jahren zum Erhalt der Trag- und Zukunftsfähigkeit der Stadtteile Gebrauch machen wird. Die Ausnahmeregelung der Zielformulierung, gemäß der keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzugs bestehen dürfen, führt allerdings zu einer abwegigen Gesamtschau:

So könnten im Bereich Obersetzen Flächen an den Siedlungsändern zu Wohnbauland entwickelt werden, weil diese nicht vom Regionalen Grünzug erfasst werden. Flächen im Innenbereich des Ortsteils, die im Zuge des Wohnbaulandkonzeptes untersucht und von denen einige als geeignet für eine Entwicklung angesehen wurden, dürfen gemäß dieser Regelung jedoch gerade nicht entwickelt werden, weil sie sich innerhalb des Regionalen Grünzugs befinden.

Weiterhin enthält die Begründung den Hinweis darauf, dass bei einer generellen Entwicklung von Flächen in Stadtteilen im AFAB, die von Regionalen Grünzügen überlagert werden, künftig nur im Einzelfall entschieden werden kann, ob eine Beeinträchtigung durch die angestrebte Planung vorliegt (vgl. Begründung: S. 17). Einige der ländlichen Stadtteile Siegens wie Feuersbach und Obersetzen/Niedersetzen, werden dadurch in ihrer Entwicklung gehemmt und Bauleitplanverfahren, die die Stadt Siegen in diesen Stadtteilen anstößt, werden mit zusätzlichen, nicht abschätzbaren Restriktionen („Einzelfallentscheidungen“) belegt. Diese Regelung stellt somit einen deutlichen, nicht begründeten Eingriff in die kommunale Planungshoheit dar.

#### Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, die Methodik der Ausweisung von Regionalen Grünzügen sowie deren zeichnerische Darstellung von Grund auf zu überarbeiten. Viele der Flächenfestlegungen auf Siegener Stadtgebiet sind aus fachlicher Sicht nicht nachvollziehbar. Die getroffenen Festlegungen sind daher zurückzunehmen. Aktuell scheint die Flächenkategorie der Regionalen Grünzüge der Plangeberin nur dazu zu dienen, der Stadt Siegen und anderen Kommunen im Planungsraum Südwestfalen Flexibilität bezüglich der Ausweisung von Siedlungsflächen zu nehmen, insbesondere in den Ortsrandbereichen. Auf Grund zahlreicher Restriktionen, mit denen die Baulandentwicklung in den Stadtteilen oder Ortsrandbereichen ohnehin schon behaftet ist, wird daher neben einer grundsätzlichen Überarbeitung dieser Flächenkategorie gefordert, dass die Regionalen Grünzüge nicht bis unmittelbar an die ASB/GIB heranreichen, sondern dass ein Übergang eingeräumt wird, innerhalb dessen der Stadt Siegen ein gewisser Spielraum zur Ausübung ihrer kommunalen Planungshoheit gewährt wird. Dies ist dann gegeben, wenn die Flächen in den Übergangsbereichen beispielsweise als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) oder als Fläche für Wald ausgewiesen werden. Zudem fordert die Stadt Siegen, die Flächenkategorie der Regionalen Grünzüge nicht mit Stadtteilen im AFAB zu überlagern, sondern endabgewogene Festlegungen zu treffen: Die Festlegung als Regionaler Grünzug ist zurückzunehmen, da die Siedlungsbereiche der Bestandssituation entsprechen.

Generell stellt sich die Frage, ob die Flächenkategorie der Regionalen Grünzüge für den hier vorliegenden deutlich weniger dicht besiedelten Planungsraum das richtige Instrument ist. Gemäß Raumordnungsgesetz (ROG) ist die Leitvorstellung für die Raumordnung die, dass eine großräumig ausgewogene Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen herbeigeführt werden soll. Diese hier vorgesehene Festlegung führt jedoch eher dazu, dass sich die ohnehin schon aufgrund ihrer spezifischen Voraussetzungen sehr unterschiedlichen Teilräume perspektivisch noch weiter auseinander entwickeln werden. Auch die Festlegungen des Landesentwicklungsplans deuten darauf hin, dass diese Flächenkategorie eher in Ballungsräumen zum Einsatz kommen sollte und dort auch einen sinnvollen Zweck erfüllt. Dem entsprechend sind im LEP in der zeichnerischen Darstellung im Ruhrgebiet und längs der Rheinschiene auch Regionale Grünzüge festgelegt. In Südwestfalen hat die Landesregierung im LEP – sicherlich aus gutem Grunde – auf eine Ausweisung verzichtet.

## Zu 3.1: Kulturlandschaftsentwicklung

### 3.1-2 Grundsatz – Bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche

*Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen soll der Charakter der bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche mit ihren wertgebenden Elementen und Strukturen unter Berücksichtigung der Leitbilder sowie der fachlichen Grundsätze bewahrt und entwickelt werden (vgl. Fachbeitrag Kulturlandschaft). Die bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche sind in der Erläuterungskarte 3A abgebildet.*

#### Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen regt an, die Kulturgüter mit Raumwirkung sowie die bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche aus der Erläuterungskarte 3A im Regionalplanentwurf in der Legende zur Verortung zu benennen und dahingehend nicht alleine auf den Fachbeitrag zu verweisen. Die Stadt Siegen regt außerdem an, die alte Siegtalbrücke, die im kulturlandschaftlichen Fachbeitrag des LWL beschrieben wird, als kulturlandschaftsprägendes Bauwerk zu streichen bzw. aus der Erläuterungskarte herauszunehmen, weil im Zuge der Ausbaumaßnahme A 45 der Umgang mit dem technischen Bauwerk in Verantwortung des Landesbetriebes NRW liegt und weil aus Sicht der Stadt Siegen nicht geboten ist, beispielsweise Sichtachsen zu diesem technischen Bauwerk in Bezug auf Planungen und Maßnahmen zu schützen.

### 3.1-3 Grundsatz – Kulturhistorische Kleinstrukturen

*Im Rahmen der Landschaftsplanung sollen bei der Darstellung der Entwicklungsziele für die Landschaft morphologische und sonstige kulturhistorisch bedeutsame Kleinstrukturen in ihrem räumlichen Zusammenhang berücksichtigt werden.*

#### Bewertung / Kritik

Bereits die Verwendung der Begrifflichkeit „Kleinststrukturen“ weist darauf hin, dass der Regionalplanentwurf an dieser Stelle Regelungen enthält, die seiner Maßstabebene nicht gerecht werden. Die angesprochenen „Kleinststrukturen“ wie beispielsweise die in den Erläuterungen angesprochenen paläontologischen Relikte oder Ofenreste als Zeugnisse des historischen Bergbaus werden – soweit sie durch Planungen betroffen sind – im Zuge der kommunalen Bauleitplanung gemäß § 1 Abs. 6 BauGB berücksichtigt und die entsprechenden Belange werden in die Abwägung eingestellt.

#### Anregung / Forderung

Aus Sicht der Stadt Siegen ist der Grundsatz zu streichen – der Umgang mit den genannten Schutzgütern kann der kommunalen Planungshoheit überlassen werden.

## Zu 3.2: Freizeit, Erholung, Tourismus

### 3.2-2 Grundsatz – Sicherung und Schutz des Orts- und Landschaftsbildes

*Neue raumbedeutsame Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus sollen sich in das bestehende Orts- und Landschaftsbild einfügen und seinem grundlegenden Charakter entsprechen.*

#### Bewertung / Kritik

Der Grundsatz zur Sicherung und zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes nimmt Bezug auf den Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Ohne Heranziehung dieses Fachbeitrags, in dem die Landschaftsbildeinheiten beschrieben sind, ist der formulierte Grundsatz nicht aus sich heraus verständlich. Für Siegen ist der formulierte Grundsatz jedoch von Bedeutung, da sich aus dem Fachbeitrag ergibt, dass das LANUV das Landschaftsbild auf Siegener Stadtgebiet fast ausnahmslos in die Wertigkeiten „sehr hoch (herausragend)“ (dunkelgrün) und „hoch (besonders)“ (hellgrün) einstuft:

Ausschnitt aus Karte 15 des Fachbeitrags Naturschutz und Landschaftspflege

Anregung / Forderung

Die Bewertung der Landschaftsbildeinheiten aus dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege müssen bei Beibehaltung dieses Grundsatzes Teil des Regionalplanentwurfs werden. In dieser Form ist der räumliche und inhaltliche Bezug des Grundsatzes aus Sicht der Stadt Siegen unklar bzw. allein aus dem Regionalplan heraus nicht verständlich.

Vlb-048-O3	Wald-Offenland-Mosaik östlich von Siegen	Das Landschaftsbild wird in dieser großflächigen LBE durch eine waldreiche Mittelgebirgslandschaft geprägt. Eingestreut finden sich zahlreiche größere Siedlungen, die von Offenland umgeben sind. Das Offenland besteht überwiegend aus Wiesen und Weiden, gelegentlich durchsetzt von Ackerflächen. Der Siedlungsflächenanteil ist vergleichsweise hoch. Das Waldbild prägt in besonderer Weise das aktuelle Bild der Landschaft. Landschaftsraumtypisch ist heute der Wechsel von Fichtenwald und Eichen-Birken-Wald. Stellenweise zeigen Eichen-Birkenwälder noch charakteristische Phasen der Waldentwicklung klassischer Niederwälder. Zum Strukturreichtum tragen zudem zahlreiche kleinere Fließgewässer bei, in deren schmaler Talsohle sich ebenfalls oft Grünland findet. Aufgrund des hohen Siedlungsanteils ist die LBE durchzogen von einigen größeren Straßen. Darüber hinaus finden sich in den Randbereichen der Siedlungen oftmals größere Gewerbegebiete. Südöstlich von Siegen liegt weiterhin eine größere Deponie. Zwischen Anzhausen und Salchendorf stehen einzelne Windenergieanlagen. Insgesamt ist die LBE als vergleichsweise unbelastet einzustufen.	6	3	2	11
Vlb-048-W1	Wald westlich von Kreuztal	Das Landschaftsbild in dieser schmalen LBE ist geprägt von einem hohen Waldanteil. Lediglich nördlich von Krombach finden sich größere Offenlandbereiche, die landwirtschaftlich genutzt werden. Landschaftsraumtypisch ist heute der Wechsel von Nadelwald und Laubwald. Die LBE wird weiterhin geprägt durch zahlreiche Bachtäler, die z. T. steile Einschnitte gebildet haben und für ein abwechslungsreiches Relief sorgen. Die LBE wird von einigen größeren Straßen gequert (u. a. BAB A 45).	6	3	2	11
Vlb-048-W2	Wald um Hilchenbach	Das Landschaftsbild in dieser LBE ist geprägt von einem hohen Waldanteil. Lediglich östlich von Hilchenbach finden sich größere Offenlandbereiche, die landwirtschaftlich genutzt werden. Landschaftsraumtypisch ist heute der Wechsel von Nadelwald und Laubwald. Die LBE wird weiterhin geprägt durch zahlreiche Bachtäler, die z. T. steile Einschnitte gebildet haben und für ein abwechslungsreiches Relief sorgen. Die LBE weist wenige Vorbelastungen auf. Es finden sich vereinzelt größere Straßen.	6	3	2	11



## Zu 4.1: Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum

### 4.1-1 Grundsatz – Dezentrale Entwicklung

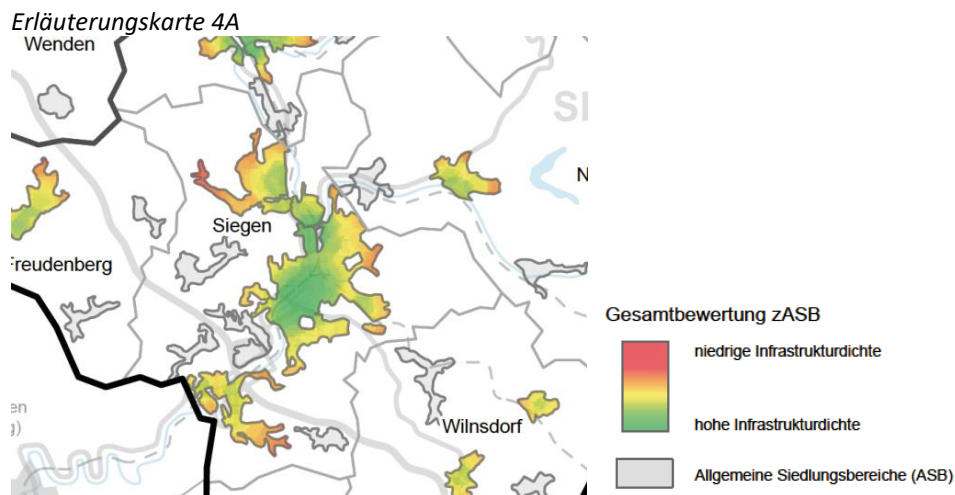
*Die polyzentrische Siedlungsstruktur im Planungsraum soll gemäß der Leitvorstellung der dezentralen Konzentration und unter Berücksichtigung der regionaltypischen Siedlungs- und Landschaftsstruktur gesichert und weiterentwickelt werden.*

### 4.1-2 Grundsatz – Daseinsvorsorge sichern

*Neue Einrichtungen der Daseinsvorsorge sollen vorrangig in den zASB angesiedelt werden. Eine tragfähige und flächendeckende Grundversorgung in den Kommunen soll gesichert werden.*

#### Bewertung / Kritik

In den Erläuterungen zu beiden Grundsätzen ist aufgeführt, dass sich die Siedlungsentwicklung an den zASB (zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereichen) orientieren soll, ebenso die Ansiedlung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Die Erläuterungskarte 4A enthält die Abgrenzung der zASB für die Stadt Siegen:



Im Wohnbaulandkonzept 2018 der Stadt Siegen sind Potenzialflächen für die Wohnbaulandentwicklung auch außerhalb der zASB dargestellt. Weder in den textlichen Festlegungen, noch in den Erläuterungen oder der Begründung des Regionalplanentwurfs wird klargestellt, wie diese beiden Grundsätze in der bauleitplanerischen Abwägung zu berücksichtigen sind und ob Wohnbauflächen und gewerbliche Flächen auch prioritär außerhalb der zASB entwickelt werden dürfen, wenn sie nach einem städtischen Konzept Priorität genießen. Gleiches gilt für die Ansiedlung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die im Zuge der Wohnbaulandentwicklung immer mitgedacht werden muss.

#### Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, in den Grundsätzen 4.1-1 und 4.1-2 klarzustellen, dass der Vorrang der Flächen- und Infrastrukturentwicklung in den zASB nicht gilt, wenn ein Abweichen beispielsweise durch die Priorisierung der städtischen Wohnbauflächenentwicklung oder auf Basis eines Integrierten Handlungskonzeptes begründet ist. Da sich der Grundsatz auf eine konkrete zeichnerische Kategorie bezieht, muss die zeichnerische Abgrenzung der zASB maßstäblich und in der zeichnerischen Darstellung, nicht lediglich in einer Erläuterungskarte erfolgen. Die genaue Abgrenzung der zASB ist so nicht nachvollziehbar.

#### 4.1-5 Ziel – Bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung

Die durch die Bauleitplanung zu sichernden Entwicklungsflächen für Wohnen, Gewerbe, Industrie und Mischnutzungen sind am nachweisbaren aktuellen Handlungsbedarf zu bemessen.

*Übersteigen die Siedlungsflächenreserven in den Bauleitplänen der Kommunen die abgeschätzten Bedarfe, sind nicht mehr benötigte Reserveflächen dem Freiraum zuzuführen. Handelt es sich um Flächen, die bereits in verbindliche Bauleitplanung umgesetzt sind und für die sich aus der Rückführung der Flächen Entschädigungsansprüche ableiten lassen, so gilt Satz 2 nicht. Vorrangig sind Reserveflächen zurückzuführen, die am Übergang zwischen Siedlungs- und Freiraum liegen oder in im regionalplanerischen Freiraum gelegenen Ortsteilen verortet sind und dabei von ihrer Dimensionierung her nicht an die vorhandene Infrastruktur angepasst sind.*

Dazu: Ausführungen zur Methodik der Flächenermittlung in der Begründung (S. 13-17) und Auszug aus den Erläuterungen:

*[...] In Summe setzen sich die ASB-Bedarfe aus den herkömmlichen ASB-Bedarfen und **den erstmalig im Rahmen der Neuaufstellung des vorliegenden Regionalplans abgeschätzten ASB-Gewerbe-Bedarfen (ASB-G)** zusammen. Unter den ASB-G-Bedarfen werden weitere Nutzungen wie Dienstleistungen oder wohnverträgliches Gewerbe subsummiert. Die GIB-Bedarfe umfassen weiterhin die Flächenbedarfe für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe.*

#### Methodik

Die Methodik zur Abschätzung der Siedlungsflächenbedarfe basiert - wie bisher auch - auf einem von der Landesplanung beim Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr der RWTH Aachen in Auftrag gegebenen Gutachtens aus März 2011. Aufbauend auf diesem Gutachten ist von den Regionalplanungsbehörden gemäß LEP zu ermitteln, in welchem Umfang rechnerisch ein Bedarf an zusätzlichen Wohnbauflächen bzw. Allgemeinen Siedlungsbereichen besteht. Kernpunkt dieser Berechnung sind die Wohnungsmarktkennziffern Ersatzbedarf, Neubaubedarf, Fluktuationsreserve und Leerstand. Der resultierende Wohnungsbedarf wird schließlich mit Siedlungsdichteparametern auf Flächenäquivalente umgerechnet. **Auf Basis desselben Gutachtens (!) hat nun die Bezirksregierung nach Beschluss des Regionalrates vom 12.12.2019 die Methode angepasst.** Wesentliche Änderungen betreffen die Nichtberücksichtigung des Leerstands sowie die Reduzierung der Fluktuationsreserve von 3 % auf 1 %. Zur Umrechnung von Wohnungsbedarf in Fläche werden die Kommunen erneut in einen Dichtewert eingestuft:

*"So unterscheidet sich im Planungsraum Arnsberg die Siedlungsentwicklung großer und kleiner Mittelzentren in ihrer Dichte nur unwesentlich. Eine Abgrenzung „verdichtet“ zu „hochverdichtet“ bei 2.000 EW/km<sup>2</sup> Siedlungs- und Verkehrsfläche wirkt aus empirischer Sicht willkürlich. Einzig das Oberzentrum Siegen weist flächige hochverdichtet Strukturen auf. Deshalb werden die siedlungsstrukturtypischen Dichten wie folgt unterschieden:*

- |                      |                                |             |
|----------------------|--------------------------------|-------------|
| - Gering verdichtet: | < 1.000 EW/km <sup>2</sup> SuV | (20 WE/ha)  |
| - Verdichtet:        | > 2.000 EW/km <sup>2</sup> SuV | (30 WE/ha)  |
| - Hochverdichtet:    | > 100.000 EW                   | (40 WE/ha)" |

Als Bezugsgröße wird nicht mehr wie bisher das gesamte Gebiet der Verwaltungseinheit verwendet (Bevölkerungsdichte), sondern nur noch der Flächenanteil, der Siedlungs- und Verkehrsraum umfasst (Siedlungsdichte).

Berechnete Bedarfe (Zusammenschnitt aus der Tabelle auf S. 32 der Begründung):

ASB Bedarfsabschätzung 2018–2040				
Stadt/Gemeinde	ASB-Bedarf Wohnen in ha	ASB-Bedarf Gewerbe in ha	Reserven FNP Wohnen 06.01.2020 in ha	Bedarfsab- schätzung 2040 (+) Überhang (-) Defizit in ha
Siegen	149	33	126	-55
Kreis Siegen- Wittgenstein	294	55	628	278

### Bewertung / Kritik

Die Methode zur Berechnung der Siedlungsflächenbedarfe wurde durch die Bezirksregierung Arnsberg modifiziert, mit der Folge, dass alle Kommunen in Siegen-Wittgenstein zum Teil deutliche Reduzierungen der Flächenbedarfe verkraften müssen. Dies gilt auch für die Stadt Siegen, obwohl es mit dem hier dargestellten Defizit von 55 ha so aussieht, als ob hier zusätzliche Ausweisungen möglich wären. Auf FNP-Ebene wird der Stadt Siegen ein Überhang von 24 ha bescheinigt, welches zurückzunehmen ist. Die Fluktuationsreserve wurde mit Verweis auf den LEP von 3 % auf 1 % reduziert. Wesentliche Auswirkungen haben die Änderungen bei der Umrechnung des Wohnungsbedarfes in Wohnbauflächenbedarf: Die zur Berechnung angesetzten Werte der Siedlungsdichte werden „scheinbar willkürlich“ Siedlungsstrukturtypen zugeordnet (S. 275, 3. Absatz der textlichen Erläuterungen und Festlegungen). Die angesetzten Werte sind nicht nur „scheinbar“ willkürlich, sondern sehr weit von der Realität entfernt und somit tatsächlich willkürlich, da sie sich nicht an den realen Werten der Region orientieren. Siegen wird als Oberzentrum willkürlich aus der Dichteberechnung herausgenommen und bekommt stattdessen den höchsten Dichtewert zugeordnet, obwohl mehr als die Hälfte der Stadtteile eine Siedlungsdichte < 2.000 EW/km<sup>2</sup> aufweisen. In der Konsequenz bedeutet dieser höchste Dichtewert nun einen reduzierten Siedlungsflächenbedarf von ca. 25 ha je 1.000 Wohneinheiten bzw. anders ausgedrückt: es müssen 40 WE je ha realisiert werden. Wenn diese Dichtewerte als Zielsetzung der Bezirksregierung verstanden werden sollen, hat dies deutliche Folgen für die städtebauliche Ausformulierung der Siedlungsbereiche. Eine entsprechend verdichtete Bebauung mit einem deutlichen Anteil an Geschosswohnungsbau ist zwar in den Kernbereichen Siegens vorstellbar, nicht jedoch in den ländlich geprägten kleineren Stadtteilen Siegens.

Die Annahme der Siedlungsdichte sollte sich daher vielmehr an der in Siegen tatsächlich vorhandenen Dichte orientieren. Der Regionalplan spricht zwar im Zusammenhang mit der Siedlungsdichte von einem homogenen Raum. Dieser homogene Raum weist aber bereits auf dem Gebiet der Stadt Siegen nicht flächig die hier zu Grunde gelegte Dichte von 40 Wohneinheiten pro ha auf.

Maßgeblichen Einfluss auf die Berechnung der Bedarfe hat zudem der Wechsel der Bezugsgröße. Während bisher die Fläche des gesamten Stadtgebietes Grundlage der Berechnung war, werden nun lediglich die Siedlungs- und Verkehrsflächen zur Berechnung herangezogen, ohne regionale Besonderheiten zu berücksichtigen.

Bei der Berechnung der Wohnbaulandreserven wird auf Seite 276 der textlichen Erläuterungen und Festlegungen zum Regionalplanentwurf außerdem der „gering verdichtete“ Siedlungsstrukturtyp mit einer Einwohnerzahl kleiner 1.000 Einwohnern festgelegt, der verdichtete Siedlungsstrukturtyp beginnt bei 2.000 Einwohnern. Es stellt sich die Frage, wozu der Siedlungsstrukturtyp zwischen 1.000 und 2.000 Einwohnern zählt. An anderer Stelle in den textlichen Festlegungen (S. 275) wird hingegen eine Einteilung in < 1.000 und > 1.000 Einwohner vorgenommen.

### Anregung / Forderung

Im LEP wird den Bezirksregierungen ausdrücklich die Möglichkeit eingeräumt, „in begründeten Fällen, z. B. auf der Grundlage empirischer Ermittlungen, von den genannten Richtwerten ab[zu]weichen“ (aus: LEP NRW, Erläuterungen zu Ziel 6.1-1). Bedauerlicherweise erfolgt dies im vorliegenden Regionalplanentwurf nur ansatzweise und aus fachlicher Sicht völlig unzureichend. Es wird zwar auf die topografischen Besonderheiten hingewiesen (S. 275 der textlichen Erläuterungen), eine konsequente Anwendung der resultierenden tatsächlichen Dichtewerte bleibt jedoch aus. Die im LEP eingeräumte Abweichungsmöglichkeit aufgrund empirischer Zahlen wird daher unter anderem zu Lasten der Stadt Siegen unverständlicherweise nicht genutzt.

Daher wird gefordert, dass für das Siegener Stadtgebiet eine eigene Bedarfsberechnung anhand tatsächlich vorhandener Dichtewerte der bereits besiedelten Bereiche durchgeführt wird. Die bewegte Topographie, naturschutzfachliche und weitere Restriktionen, die auch den Siedlungsbestand in seiner Entstehung beeinflusst haben, würden somit Berücksichtigung finden und die Berechnung des künftigen Siedlungsflächenpotenzials würde tatsächlich bedarfsgerecht erfolgen. Außerdem sind Widersprüche in der Methodik aufzulösen. Des Weiteren wird gefordert, das Instrument des raumordnerischen Vertrags zum Zwecke einer konsensorientierten Siedlungsflächenentwicklung und abgestimmten Entwicklung von Regionalplanung und Flächennutzungsplanung bereits im Zuge der Regionalplanerarbeitung einzusetzen.

Da die Restriktionen bei der Entwicklung von Wohnbauland und gewerblichen bzw. industriellen Bauflächen immer stärker zunehmen, muss den Kommunen eine gewisse Flexibilität, auch in Form einer Auswahl zwischen mehreren Flächen, die für eine Entwicklung geeignet sind, eingeräumt werden. Daher kann die Formulierung im o.a. Ziel „**Übersteigen die Siedlungsflächenreserven in den Bauleitplänen der Kommunen die abgeschätzten Bedarfe, sind nicht mehr benötigte Reserveflächen dem Freiraum zuzuführen**“ so nicht stehen bleiben und Spielräume müssen berücksichtigt werden und so formuliert werden, dass die kommunalen Zwänge, Entscheidungsspielräume und die Planungshoheit gewahrt bleiben. Das Vorhandensein der Entwicklungsmöglichkeiten bedeutet nämlich nicht automatisch, dass diese Flächen einer Nutzung zugeführt werden. Dies wird dadurch deutlich, dass, wie zuvor bereits erläutert, die Stadt Siegen in der Vergangenheit sehr flächensparend und passgenau neue Baugebiete eher unter dem Bedarf entwickelt hat. Der Raumordnungsvertrag könnte hier das Instrument sein, um den jeweiligen Anforderungen und Intensionen - Regionalplanungsbehörde / Kommune - gerecht zu werden. Die Stadt Siegen fordert, mindestens die Zielformulierung dahingehend umzuformulieren.

Außerdem muss verbindlich klargestellt werden, unter welchen Voraussetzungen und Vorgaben etwaige Rücknahmen zu erfolgen haben (örtlicher und flächenmäßiger Bezug).

Weiterhin fehlt eine eindeutige Klarstellung, wie das in Siegen errechnete Defizit von 55 ha im Kontext der Ermittlungen auf Ebene des Siedlungsflächenmonitorings zu bewerten ist. Bislang wird gefordert, trotz des Defizites bei Neuausweisungen zunächst Rücknahmen vornehmen zu müssen.

Ob die Zuordnung der Tabellen zur Bedarfssituation (Tab. 4.1 und 4.4 der Begründung) rechtskonform im Sinne der Verbindlichkeit, Bestimmtheit und Eindeutigkeit richtig in der Begründung platziert ist und nicht eigentlich den Textlichen Festlegungen zuzuordnen sein müsste, kann von hier nicht eingeschätzt werden. Im Sinne der Verständlichkeit und Klarheit wäre diese auf jeden Fall der Zielformulierung zuzuordnen.

### **4.1-6 Grundsatz – Siedlungsräumliche Gliederung durch Grünflächen**

*Siedlungsflächen sollen durch innerörtliche und vernetzte Grünflächen gegliedert werden. Dabei soll insbesondere die Weiterführung von siedlungsnahen Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion vom regionalplanerisch festgelegten Freiraum in den Siedlungsraum hinein berücksichtigt werden.*

### Bewertung / Kritik

Die auch in diesem Grundsatz angesprochenen Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion sind im Regionalplanentwurf nicht dargestellt (siehe auch unter 2.2 dieser Stellungnahme). Hier wird auf den Fachbeitrag Klima sowie auf das LANUV-Fachinformationssystem Klima verwiesen. Die Gliede-

zung des Siedlungsraums durch Grünflächen wird jedoch bereits über die kommunale Bauleitplanung sowie Konzeptplanungen (z. B. Grünflächenkonzept der Stadt Siegen „Grün kommt an“) hinreichend gesteuert.

#### Anregung / Forderung

Wenn sich eine Grundsatz- bzw. Zielformulierung des Regionalplans auf eine bestimmte Flächenkategorie bezieht, muss diese im Regionalplan dargestellt werden, vorzugsweise in der zeichnerischen Darstellung, damit der Flächenzuschnitt für die Stadt Siegen klar erkennbar ist. Der Verweis allein auf einen Fachbeitrag, der nicht Teil des förmlichen Planwerks ist, reicht nicht aus. Bezüglich dieses Grundsatzes wird eine dynamische Verweisung auf das LANUV-Fachinformationssystem Klimaanpassung ergänzt, die so rechtlich als nicht zulässig erachtet wird. Diese Forderung deckt sich mit der Forderung zu Grundsatz 2.2-3.

Die allein textliche Festlegung deutet auch bei diesem Grundsatz darauf hin, dass der Regionalplan für diesen Regelungsgehalt die falsche Planungsebene ist, da sich die textlichen nicht in zeichnerische Festlegungen im Maßstab 1:50.000 übertragen lassen. Die Planung innerstädtischer Grünflächen sollte daher der Stadt Siegen in eigener Verantwortung überlassen bleiben. Es wird daher gefordert, den Grundsatz zu streichen.

## **Zu 4.2 Allgemeine Siedlungsbereiche**

### **4.2-1 Ziel – Nutzung der Allgemeinen Siedlungsbereiche**

*Die Siedlungsentwicklung mit Wohnen, wohnverträglichem Gewerbe, Wohnfolgeeinrichtungen, öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen vollzieht sich in räumlich konzentrierter Form vorrangig in den zeichnerisch festgelegten zASB und ASB.*

*Dazu: Auszug aus den Erläuterungen:*

*„[...] Wohnverträgliches Gewerbe ist als nicht erheblich störendes Gewerbe mit der Funktion Wohnen vereinbar. [...] Innerhalb der ASB gelegene, kleinteilige Lebensräume, Klimafunktionsflächen, Waldflächen oder sonstige Freiflächen, die durch Fachrecht geschützt sind oder entwickelt werden sollen, sind bei der Umsetzung zu berücksichtigen und ggf. von der baulichen Entwicklung auszunehmen. In der Planungsregion ergeben sich in den Tallagen Überlagerungen von ASB und ÜSB. Hier gilt der Vorrang des vorsorgenden Hochwasserschutzes, sodass diese Standorte von zusätzlichen Bauflächen freizuhalten sind.*

#### Bewertung / Kritik

Während im Ziel selbst noch die zASB erwähnt werden, bleiben diese in den Erläuterungen unberücksichtigt. In dieser Zielformulierung bleibt also unklar, ob die Siedlungsentwicklung in den zASB einen Vorrang genießen soll, oder ob die Siedlungsentwicklung in den zASB und den ASB gleichrangig nebeneinander steht. Sollten diese gleichrangig nebeneinander stehen, stellt sich die Frage, wozu die Kategorie zASB eingeführt wurde.

In den Erläuterungen werden – wie an vielen Stellen des Regionalplanentwurfs – Ausnahmen von der vollumfänglichen Nutzbarkeit der ausgewiesenen Flächenkategorie definiert. Zum einen sind kleinteilige Freiflächen von einer Bebauung freizuhalten bzw. bei der Flächenumsetzung zu berücksichtigen, die im Regionalplan-Maßstab (1:50.000) offensichtlich nicht darstellbar sind. Zum anderen sind die Flächen, für die sich die überlagernde Festlegung ÜSG – ASB ergibt, von zusätzlichen Bauflächen freizuhalten.

#### Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, in der Zielformulierung bzw. den Erläuterungen klar zu stellen, dass die Siedlungsentwicklung in den zASB gegenüber der Siedlungsentwicklung in den ASB keinen Vorrang genießt. Die Festlegung dahingehend, dass wohnverträgliches Gewerbe auch in den ASB zulässig ist, wird seitens der Stadt Siegen begrüßt und sollte auch bei einer Änderung der Festlegungen zu GIB (Öffnung dieser



Flächenkategorie auch für wohnverträgliches Gewerbe, siehe Forderung zu Ziel 4.3-2) beibehalten werden. Damit wäre aus Sicht der Stadt Siegen die notwendige Flexibilität für eine sich an den gesellschaftlichen Entwicklungen orientierende Bauleitplanung gegeben.

Bereiche der überlagernden Festlegung ÜSG – ASB sind aus Sicht der Stadt Siegen auf Regionalplanebene nicht endabgewogen, der regionalplanerische Zielkonflikt wird auf die kommunale Ebene verschoben. Die Stadt Siegen fordert daher, diese überlagernden Darstellungen zurückzunehmen, dies kann vor allem durch Korrektur der Datengrundlage für die Ausweisung der ÜSG geschehen. Im Zuge der kommunalen Bauleitplanung ist die Beachtung bzw. Berücksichtigung von Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes außerdem Gang und Gäbe und rechtlich umfassend normiert, so dass der Hinweis auf die kleinteiligen Freiflächen, die als zusätzliche Restriktion für die nachfolgende Planungsebene gedacht zu sein scheint, aus Sicht der Stadt Siegen ebenfalls entfallen kann.

#### 4.2-2 Grundsatz – zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche

*Die Siedlungsentwicklung soll sich innerhalb der zASB insbesondere in den Bereichen vollziehen, in denen sich räumliche Schwerpunkte von öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen befinden. Die zASB sind der Erläuterungskarte 4A zu entnehmen.*

##### Anregung / Forderung

Die Regelungen des LEP lassen zu, dass die Bezirksregierungen die zASB in Abstimmung mit den Kommunen festlegen. Die neue Kategorie wurde zwar im Rahmen der Werkstattgespräche kommuniziert und es wurden sehr umfangreiche die Infrastrukturdaten bei den Kommunen abgefragt. Eine Rückkopplung zu der Unterscheidung in ASB und zASB durch die Bezirksregierung fand jedoch nicht statt. Für die Stadt Siegen hat dies zur Folge, dass die Stadtteile Seelbach/Trupbach sowie Achenbach, Dreisbach, Gosenbach und Eisern nicht als zASB festgelegt sind. Einrichtungen der Daseinsvorsorge sowie Infrastrukturangebote finden sich jedoch auch in diesen Stadtteilen. Andere Bereiche, die über keinerlei entsprechende Angebote verfügen, sind hingegen als zASB festgelegt (siehe nachfolgendes Beispiel eines Wohngebietes aus Kaan-Marienborn):

*Ausschnitt aus der Erläuterungskarte 4A und Darstellung im Regionalplanentwurf:*



Die Umsetzung von Flächenentwicklungen für Wohnbauland richtet sich vorrangig nach der Priorisierung und den Untersuchungsergebnissen des Wohnbaulandkonzeptes der Stadt Siegen von 2018. In diesem Konzept wurden auch Entwicklungsflächen in den vorgenannten Stadtteilen als geeignet identifiziert, insbesondere unter Berücksichtigung der vorhandenen Infrastrukturen zur Daseinsvorsorge, aber auch der sozialen und Bildungsinfrastruktur. Daher fordert die Stadt Siegen, auch die genannten Stadtteile als zASB auszuweisen.



**4.2-3 Ziel – Allgemeine Siedlungsbereiche mit Zweckbindung**

*ASB-Z dienen den in der Zweckbindung benannten Funktionen. Planungen und Maßnahmen, die der benannten Zweckbindung entgegenstehen, sind ausgeschlossen.*

*| Hochschulbereich der Universität Siegen (Siegen)*

*Die Flächen der Universität Siegen dienen der Unterbringung von Hochschuleinrichtungen, ergänzenden Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie der Unterbringung von hochschulaffinem Gewerbe.*

**Bewertung / Kritik**

Der Campusstandort Haardter Berg ist im Regionalplanentwurf als ASB-Z festgelegt. Am Standort sind neben den im Ziel genannten Hochschuleinrichtungen auch Wohnheime sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge (z. B. Kindertagesstätten) für Studierende angesiedelt bzw. geplant.

**Anregung / Forderung**

Die Stadt Siegen regt an, Wohnheime für Studierende und Einrichtungen der Daseinsvorsorge ebenfalls im ASB-Z Hochschulbereich der Universität Siegen aufzuführen, da es sich bei Studierendenwohnheimen ebenfalls um ergänzende Einrichtungen handelt und bereits Wohnheime am Haardter Berg vorhanden bzw. geplant sind. Ebenso ist im Campus-Bereich bereits eine Kindertagesstätte vorhanden.

**Zu 4.3: Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB)****4.3-1 Ziel – Nutzung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen**

*Die Siedlungsentwicklung mit emittierenden Gewerbe- und Industriebetrieben und emittierenden öffentlichen Betrieben und Einrichtungen vollzieht sich in räumlich konzentrierter Form vorrangig in den zeichnerisch festgelegten GIB.*

**4.3-2 Ziel – Nutzungskonforme Entwicklung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen**

*Die Bauleitplanung hat die spezifischen Nutzungsmöglichkeiten von Gewerbe- und Industrieflächen vor Fremdnutzungen zu schützen.*

*Dazu aus den Erläuterungen:*

*Zu 4.3-1 Ziel – Nutzung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen*

*Die GIB dienen gem. der Anlage 3 zur LPlG DVO der Unterbringung von*

*| emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben,*

*| emittierenden öffentlichen Betrieben und Einrichtungen*

*sowie jeweils zuzuordnender Anlagen (Flächen für Versorgungs- und Serviceeinrichtungen, Grün- und Erholungsflächen, Abstandsflächen). Sie sind insbesondere für die Neuansiedlung, Verlagerung und Erweiterung gewerblicher Betriebe und Anlagen, die wegen ihrer Standortanforderungen, ihrer Größenordnung oder ihres Störgrades den ASB nicht zuzuordnen sind, vorgesehen. Emittierende Betriebe sind Betriebe, von denen Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen i. S. d. § 3 Abs. 3 BImSchG ausgehen.*

*Zu 4.3-2 Ziel – Nutzungskonforme Entwicklung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen*

*Als GIB eignen sich möglichst ebene, großflächige und infrastrukturell gut angebundene Standorte mit einem angemessenen Abstand zu sensiblen Nutzungen. Die topografischen Gegebenheiten des Planungsraums begrenzen die Möglichkeit zur Festlegung entsprechender Bereiche als GIB zum Teil erheblich. Hinzu kommt der wertvolle Naturraum, der vor Inanspruchnahme geschützt werden soll. Das Gewerbe- und Industrieflächenkonzept der Regionalplanungsbehörde zeigt die begrenzten Möglichkeiten zur Festlegung neuer GIB auf. Eine nutzungskonforme Entwicklung der festgelegten GIB ist folglich zwingend notwendig.*

*Die GIB sollen daher der Neuansiedlung, der Verlagerung und der Erweiterung solcher gewerblichen Betriebe und Anlagen vorbehalten bleiben, die wegen ihrer Standortanforderungen, ihrer Größenordnung oder ihres Störgrades nicht wohnverträglich sind. Die Bauleitplanung hat eine Fehlnutzung der GIB durch Betriebe, die auf diese Qualitäten nicht angewiesen sind, auszuschließen.*

*Durch die Flächenknappheit erhält der Schutz der GIB vor heranrückender Wohnbebauung eine besondere Bedeutung. Die Übergangsbereiche zur Wahrung des Abstands zwischen emittierenden und schutzbedürftigen Nutzungen sollen deshalb im ASB liegen. Geeignete Maßnahmen, eine Einschränkung des emittierenden Gewerbes durch heranrückende schutzbedürftige Nutzungen zu vermeiden, können z. B. die Festsetzung von Gewerbegebieten nach § 8 BauNVO oder von Grün- oder Freiflächen im angrenzenden ASB sein.*

Dazu aus der DVO LPlG NRW (Anlage 3):

1.c)

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen – GIB – (Vorranggebiete):

Flächen für die Unterbringung insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und emittierenden öffentlichen Betrieben und Einrichtungen sowie jeweils zuzuordnender Anlagen (Flächen für Versorgungs- und Serviceeinrichtungen, Grün- und Erholungsflächen, Abstandsflächen),

soweit sie nicht mit Planzeichen 1.d) oder 1.e) darzustellen sind.

### Bewertung / Kritik

Gemäß der Regelungen des rechtskräftigen Regionalplans für den Oberbereich Siegen wie auch der geltenden DVO LPlG NRW dienen die GIB der Unterbringung *insbesondere* von gewerblichen Betrieben und Anlagen, die im ASB nicht untergebracht werden können. Auch wohnverträgliches Gewerbe ist gemäß den Formulierungen von Ziel und Grundsatz zulässig. Im hier vorliegenden Regionalplanentwurf hingegen ist über das Ziel 4.3-2 geregelt, dass die Bauleitplanung Betriebe, die wohnverträglich sind, auszuschließen hat. Die nunmehr vorgesehene Festlegung ist hinsichtlich der Ausrichtung nicht mit den Erläuterungen zum geltenden Regionalplan vergleichbar, die noch die Möglichkeit bot, dass gewerbliche Bauflächen für wohnverträgliches Gewerbe (gerade) auch innerhalb der GIB entwickelt werden konnten.

Die kommunale Planungshoheit der Stadt Siegen wird durch die neuen Ziele für gewerbliche und industrielle Bereiche massiv beschnitten. Die Flexibilität bei der Entwicklung von GIB hin zu tragfähigen und zukunftsweisend ausgerichteten Unternehmensstandorten sowohl für produzierende, gleichermaßen aber auch nicht-produzierende Betriebe, die dennoch spezifische Standortanforderungen z. B. hinsichtlich der Flächeninanspruchnahme oder des Verkehrsaufkommens stellen, wird den Kommunen mit diesen Festlegungen genommen. Zum einen muss die Möglichkeit gegeben sein, traditionelle Gewerbe- und Industriezweige in den vorgesehenen GIB ansiedeln zu können und zum anderen kann aber auch der festzustellende Strukturwandel nicht dadurch aufgehalten werden, dass die einzig möglichen Flächenreserven bauleitplanerisch für Betriebe mit entsprechenden Standortanforderungen (Logistik, Industriebetriebe) ausschließlich vorbehalten sind. Das Gewerbegebiet Martinshardt I im Siegener Leimbachtal hätte nach dem derzeitigen Regionalplanentwurf nicht entwickelt werden dürfen bzw. einem aufwändigen Zielabweichungs- oder Regionalplanänderungsverfahren bedurft, um als ASB ausgewiesen zu werden, welches mit dem vorliegenden Entwurf neben dem Wohnen auch auf wohnverträgliches Gewerbe, Dienstleistungen und Einzelhandel abstellt. Auch die Entwicklung des Gewerbegebietes Martinshardt II sowie des GIB Oberschelden/Seelbach ist aus Sicht der Stadt Siegen durch die restriktiven Zielfestlegungen gefährdet.

Aus Gründen des Immissionsschutzes gegenüber schutzwürdigen Nutzungen ergibt sich oftmals erst auf Ebene der Bebauungsplanung – Vorbelastung und Topografie spielt hier eine stark beeinflussende Rolle – der zwingende Ausschluss der industriellen Nutzung und zum Teil auch die Einschränkung der gewerblichen Nutzung. Dies stellt dann die einzige Möglichkeit dar, diese Flächen überhaupt gewerblich zu entwickeln. Inwiefern eine solche Bauleitplanung dann mit den hier in Rede stehenden Zielen der Raumordnung vereinbar ist, wäre im Sinne der Endabgewogenheit der Ziel zu konkretisieren.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, den Spielraum, den auch die DVO LPIG mit der Formulierung „insbesondere“ einräumt, an die Kommunen weiterzugeben, um die Entwicklung ihrer Gewerbe- und Industriegebiete weiterhin am eigenen Bedarf und an der lokalen Unternehmenslandschaft ausrichten zu können und die Vorgaben dahingehend – wie im rechtskräftigen Regionalplan – flexibler zu formulieren. Bereits in der Vergangenheit hat die Stadt Siegen über die Bauleitplanung den Schutz von Gewerbe- und Industriegebieten vor etwaigen Fremdnutzungen – dort, wo nötig und fachlich geboten – hinreichend sichergestellt. Die Steuerungsmöglichkeiten der Stadt Siegen dürfen nicht zusätzlich und in Form eines pauschalen „Störfeuers“ auf Ebene der Regionalplanung auf ein unzumutbares Maß eingeschränkt werden.

**4.3-3 Grundsatz – Zukunftsweisende Entwicklung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen**

*Bei der Planung und Umsetzung von GIB soll die Schaffung mehrgeschossiger Produktionsebenen angestrebt werden.*

*Die für die Betriebsabläufe in den GIB erforderlichen Infrastrukturen sollen flächensparend entwickelt werden. Insbesondere die für den ruhenden Verkehr benötigte Inanspruchnahme von Flächen soll auf ein Mindestmaß begrenzt werden. Für eine gleichzeitig flächensparende und energieeffiziente Ausnutzung der Flächenpotenziale sollen erneuerbare Energien bspw. in Form von Aufdach- und/oder Fassadenanlagen genutzt werden.*

Anregung / Forderung

Für Handwerk und Logistik sowie die Unterbringung von Stellplätzen und Neben-/Sozialräumen oder Büros können mehrgeschossige Gewerbebauten aus Sicht der Stadt Siegen eine gewinnbringende Lösung sein. Gerade für das im Siegerland traditionell ansässige metallverarbeitende Gewerbe, welches beispielsweise mit tonnenschweren Pressen oder anderen Anlagen produziert, erscheint eine solche Festlegung jedoch eher realitätsfern. Die Stadt Siegen regt daher an, den Grundsatz um die Formulierung „wenn betriebstypenabhängig möglich“ zu ergänzen.

Die Stadt Siegen begrüßt die Festlegung zur Doppelnutzung von Flächen für Gewerbe und Energieerzeugung. Damit wird eine Unternutzung von Flächen vermieden. Dennoch sollte die Möglichkeit, über Jahre kaum vermarktungsfähige Gewerbebestandorte bzw. für Betriebserweiterungen vorgesehene Flächen zumindest temporär für PV-Freiflächenanlagen zu nutzen, gegeben sein. Gleiches muss für Rand- und Restflächen gelten. Daher sollte an dieser Stelle eine entsprechende Ausnahmeregelung ergänzt werden. Im Entwurf wird bislang lediglich in den Erläuterungen auf nicht nutzbare Restflächen wie Böschungskanten verwiesen. Somit regt die Stadt Siegen an, die textliche Festlegung um einen Hinweis zu ergänzen, dass Ausnahmen für die Nutzung von Freiflächen für PV-Anlagen im Rahmen der Bauleitplanung definiert werden können.



### Zu den Zeichnerische Darstellung – Abgrenzung von ASB und GIB

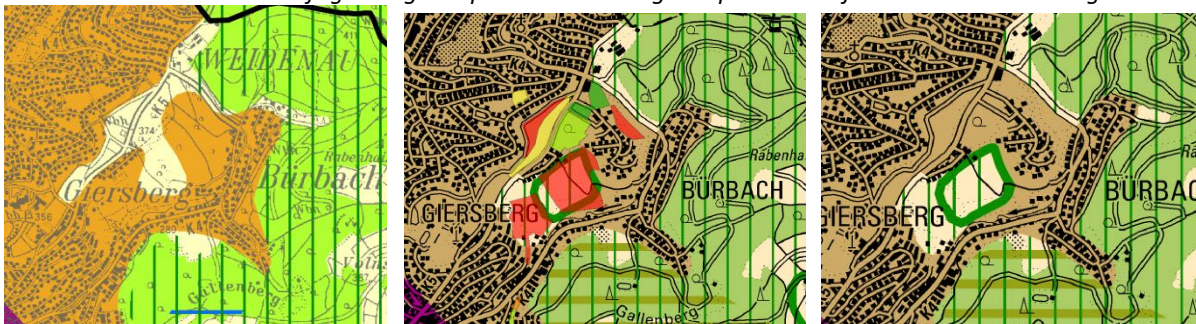
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Bereich Fischbacherberg



#### Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Vorgaben der Stadt Siegen, lediglich am südwestlichen Zipfel (Graudener Straße Richtung Witschert) sollte der ASB vergrößert werden, um die Möglichkeiten einer potentiellen langfristigen Wohnbaulandentwicklung möglichst offen zu gestalten. Ggf. wäre die Einsparung größerer ASB-Reserven im braun umkreisten Bereich möglich. Die Überlagerung des ASB mit der Darstellung "Wasserschutzgebiet" ist zu vermeiden.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Bürbacher Giersberg



#### Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Wünschen der Stadt Siegen, die im Wohnbaulandkonzept priorisierten Flächen sind im ASB enthalten. Die Fläche neben dem Bürbacher Friedhof (rot umrandet) sollte als ASB dargestellt werden, um die Möglichkeiten einer potentiellen langfristigen Wohnbaulandentwicklung möglichst offen zu gestalten.

Ggf. wäre die Einsparung größerer ASB-Reserven in den grau umrandeten Bereichen auf den nicht zur Bebauung empfohlenen Flächen möglich.

Zur BSN-Darstellung siehe Abschnitt zu 5.4.



## Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Häusling/Lindenberg



## Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht nur zum Teil den kommunalen Erfordernissen: Die im Wohnbaulandkonzept untersuchte Fläche Siegen\_2 ist nur zum Teil im ASB enthalten.

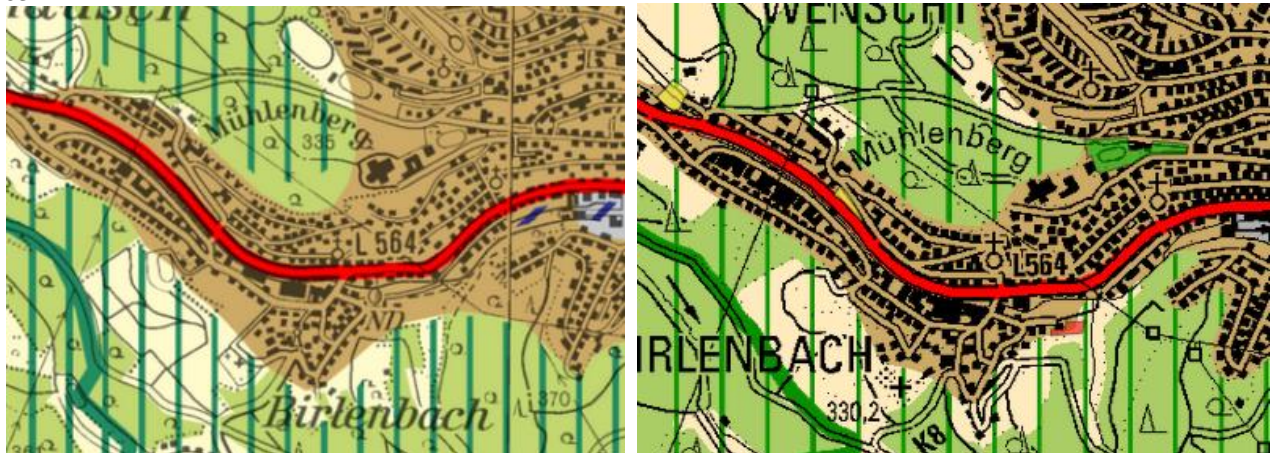
Der Bereich des ehemaligen GIB Fludersbach wurde gemäß der neuen Bestimmungen zu ASB/GIB an die Realnutzung angepasst und durch das überwiegend angesiedelte nicht-störende Gewerbe als jetzt ASB dargestellt.

Die Stadt Siegen hatte eine Erweiterung des ASB in Richtung Deponie entsprechend der tatsächlichen Nutzung gewünscht. Dem ist die BRA nicht nachgekommen, daher bleibt die Fläche als Freiraum ausgewiesen.

Der Bereich ist als unbeplanter Innenbereich zu bewerten – die Ausweisung eines ASB sollte vorgenommen werden.

Eine Flächeneinsparung des ASB zu Bilanzzwecken wäre auch hier durch genauere Abgrenzung möglich. Zur BSN-Darstellung siehe Abschnitt zu 5.4.

## Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Birlenbach/Langenholdinghausen:

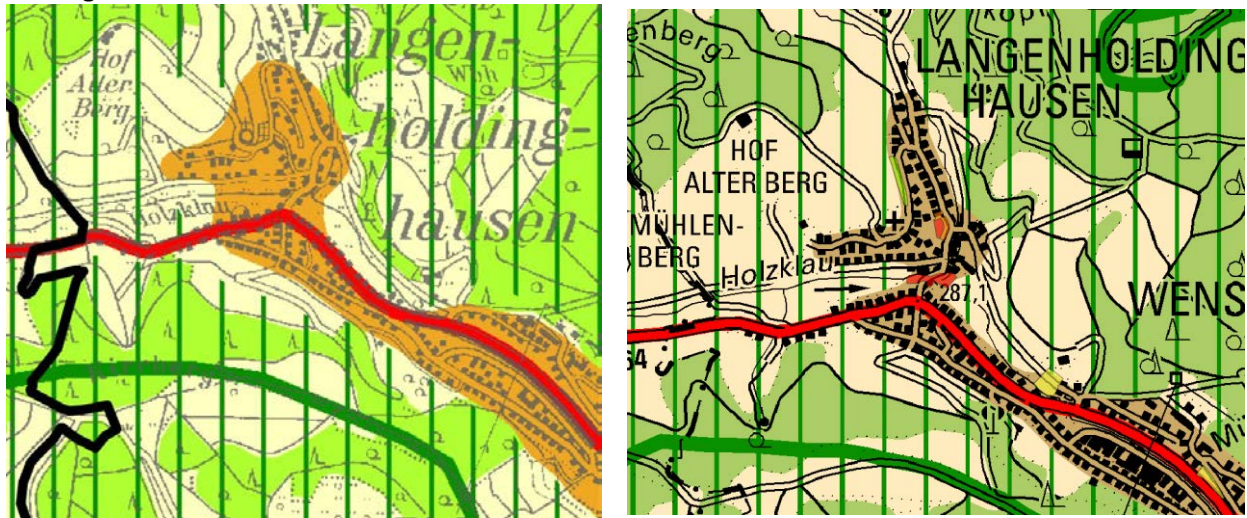


## Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Wünschen der Stadt Siegen und wurde z. B. beim Baugebiet Zäunchen an die reale Nutzung angepasst. Im Bereich des Sportplatzes Birlenbach wurde der ASB zurückgenommen - hier sollte nach Meinung der Verwaltung eine Ausweitung der ASB-Darstellung erfolgen, um die Möglichkeiten einer potenziellen langfristigen Wohnbaulandentwicklung möglichst offen zu gestalten.



Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Birlenbach/ Langenholdinghausen:



Detailbetrachtung:

Die ASB-Ausweisung im Bereich Langenholdinghausen ist an die Realnutzung angepasst und aus Sicht der Verwaltung daher so in Ordnung. Die Fläche Am Altenberg ist nach wie vor im ASB enthalten und könnte aufgrund der aktuellen Entwicklung als Freiraum dargestellt werden.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Geisweid



Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Wünschen der Stadt Siegen, allerdings grenzt ein Regionaler Grünzug unmittelbar an die hoch priorisierte Wohnbaulandkonzeptfläche Geisweid\_3 (Ruhrst) an. Der Vorschlag der Kommune, den "Außenbereich im Innenbereich" im Wensch aus dem ASB herauszunehmen, wurde nicht umgesetzt (Eichenallee-Buchenweg-Eulenweg-Spechtweg).

Die faktisch als Industriegebiet genutzten Flächen der Deutschen Edelstahlwerke östlich der Ferndorf wurden entgegen des Wunsches der Kommune nicht als GIB dargestellt, sondern als BSN. Das bedeutet, dass Gebäude bzw. betriebliche Einrichtungen der DEW nun innerhalb der BSN liegen. BSN und Regionaler Grünzug reichen auch hier unmittelbar bis an den GIB heran – Nutzungskonflikte sind somit vorprogrammiert



Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Haardter Berg



Detailbetrachtung:

Die hier vorgenommene ASB-Z Abgrenzung kann mitgetragen werden. Entsprechend der aktuellen Planungen des Bebauungsplans "Science-Campus" wird angeregt, Wohnheime für Studierende und Einrichtungen der Daseinsvorsorge ebenfalls im ASB-Z Hochschulbereich der Universität Siegen aufzuführen.

BSN sowie Regionaler Grünzug reichen direkt bis an die ASB heran (insb. im Bereich Sportplatz Glückaufstraße).

Der Deponiestandort Haardter Berg ist umgeben von BSN sowie überlagert von einem Regionalen Grünzug, so dass hier Nutzungskonflikte bestehen.

*Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Achenbach*



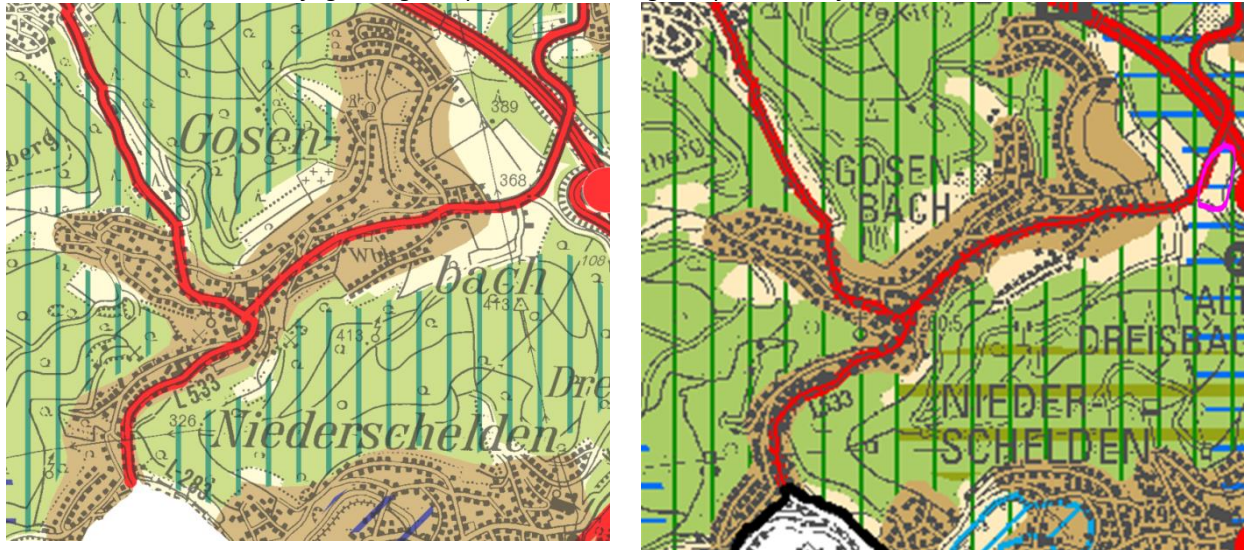
Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht den Wünschen der Stadt Siegen. In Achenbach beginnend zieht sich die Signatur "Wasserschutzgebiet" flächendeckend über die Siedlungsbereiche Alte Dreisbach und Heidenberg, die GI-Flächen im Siegtal einschließlich der nördlichen Teile von Eisernfeld und der Hengsbach bis hin zur Eisernhardt. Vgl. hierzu den Abschnitt zu 5.5-1.

Das GIB Heidenberg wurde aufgrund der Realnutzung in ASB umgewandelt, die Hänge zum Siegtal wie gewünscht in Freiraum.



## Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Gosenbach



## Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Wünschen der Stadt Siegen.

Die Fläche westlich des Friedhofs sollte als ASB dargestellt werden, um die Möglichkeiten einer potenziellen langfristigen Wohnbaulandentwicklung möglichst offen zu gestalten.

Die geplante Photovoltaik-Freiflächenanlage Am Rothenberg (pink umrandet) liegt im Wasserschutzbereich sowie im "Bereich zum Schutz der Landschaft und Erholung". Vgl. hierzu den Abschnitt zu 5.5-1.

Im Bereich "Neue Feld" könnten gemäß Wohnbaulandkonzept weitere Flächen zurück genommen werden:





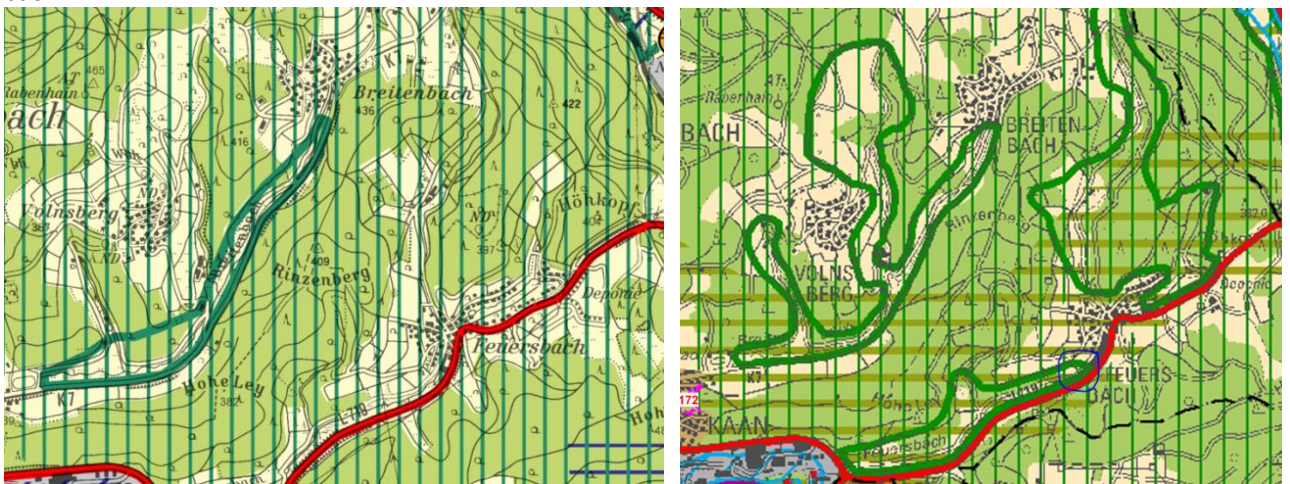
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Kaan



## Detailbetrachtung:

Die ASB-Abgrenzung in der Talaue des Breitenbachs (148) wurde entgegen dem städtischen Wunsch nicht herausgenommen. Da der obere Lauf des Baches im BSN liegt, wäre eine Herausnahme aus dem ASB wünschenswert. Die Darstellung der Überschwemmungsbereiche der Weiß gehen deutlich über die festgesetzten bzw. gesicherten Überschwemmungsbereiche hinaus. Vgl. hierzu den Abschnitt zu 5.5-3.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Volnsberg, Breitenbach, Feuersbach

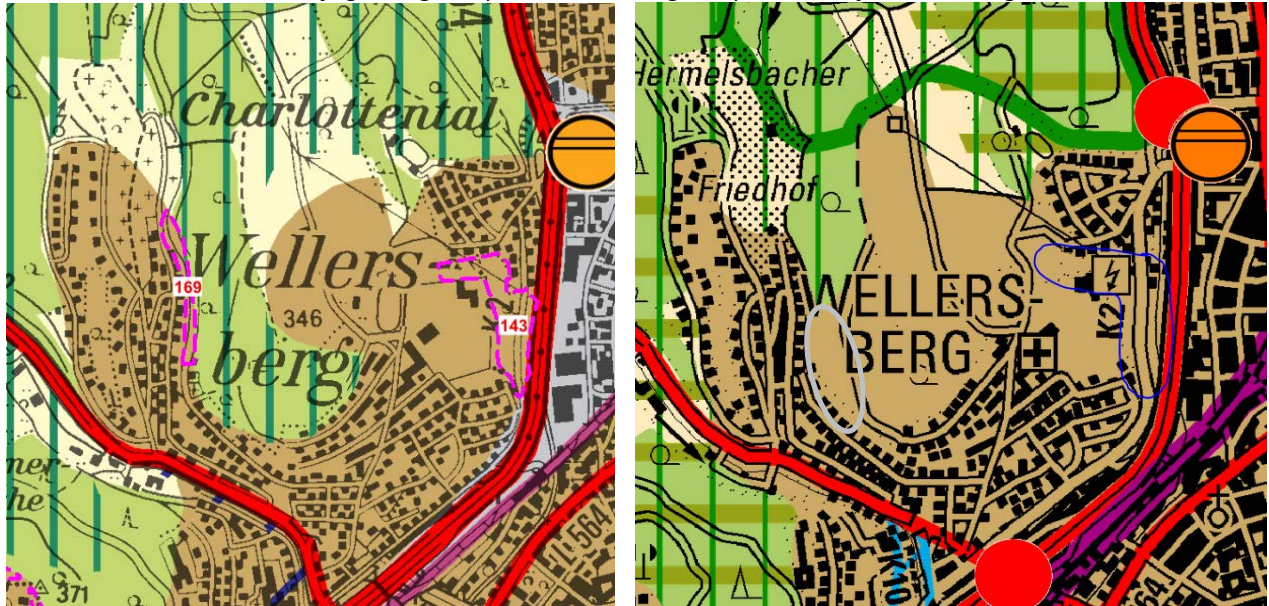


## Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Wünschen der Stadt Siegen. Die großen BSN-Bereiche (u. a. mit den landwirtschaftlich genutzten Flächen in den Talauen von Breitenbach und Feuersbach) schließen direkt an die Siedlungsbereiche an, so dass Konfliktsituationen entstehen. Insbesondere gilt dies angrenzend an die Firma Schäfer in Feuersbach. Die großflächigen Regionalen Grünzüge überlagern die Siedlungsbereiche des Stadtteils Feuersbach. Vgl. hierzu den Abschnitt zu 5.4-1.



Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Wellersberg



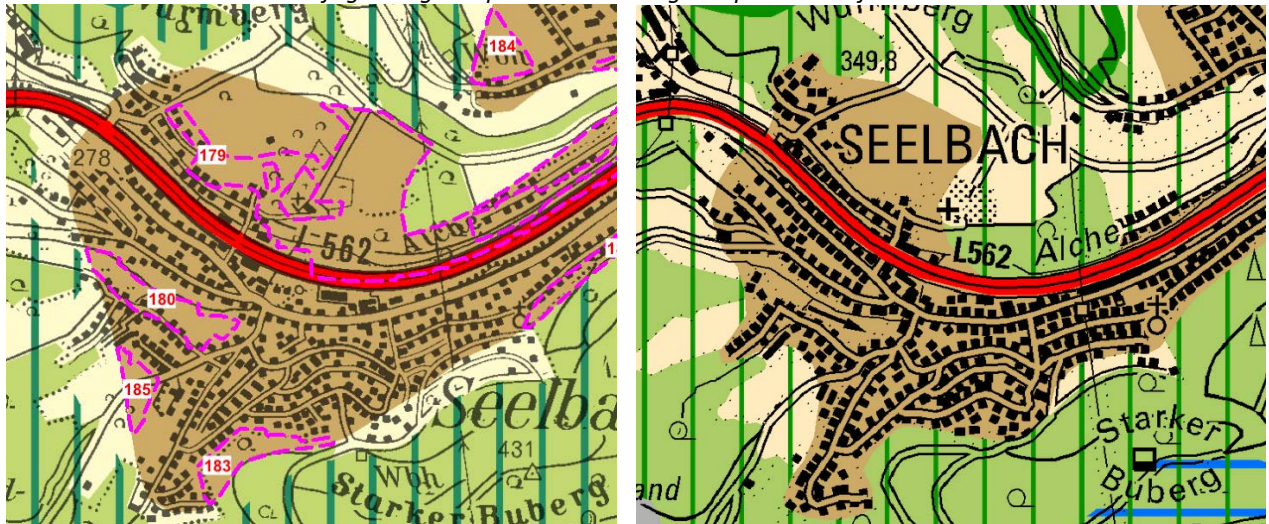
## Detailbetrachtung:

Die ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Gesprächen mit der BRA. Allerdings besteht aus Sicht der Stadt Siegen keine Notwendigkeit, die Waldfläche zwischen der Verlängerung Blücherstraße und der Verlängerung Herderstraße als ASB darzustellen (grau umrandet). Die Fläche 143 östlich der Kinderklinik sollte als Freiraum ausgewiesen werden (ca. 4 ha, blau umrandet).

Die GIB wurden gemäß der neuen Einteilung auf Basis der realen Nutzung in ASB geändert (kein emittierenden Industriebetriebe).

Der Hermelsbacher Friedhof wird tlw. von "Bereich zum Schutz der Landschaft und Erholung" überlagert. Ob diese Abgrenzung einer sachgerechten und fachlichen Abwägung Stand hält, ist zu überprüfen.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Seelbach

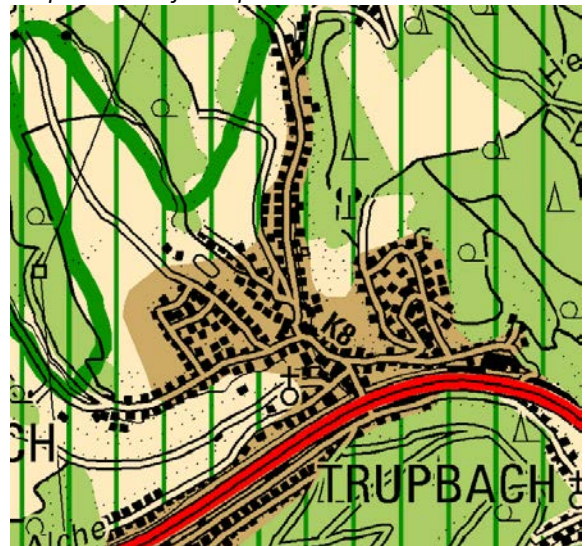
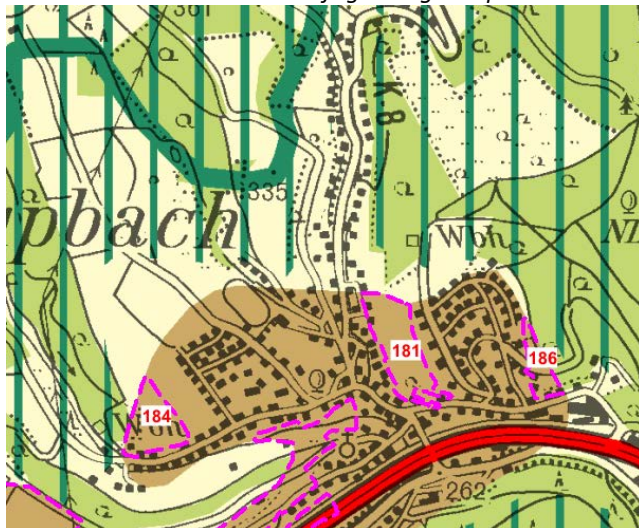


## Detailbetrachtung:

Die ASB-Abgrenzung entspricht in weiten Teilen dem Wunsch der Kommune. Jedoch wurde dem Wunsch der Kommune nicht entsprochen, die Fläche 180 aus dem ASB heraus zu nehmen.



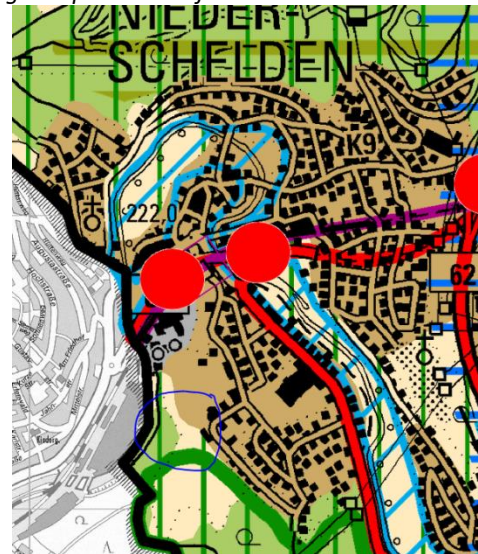
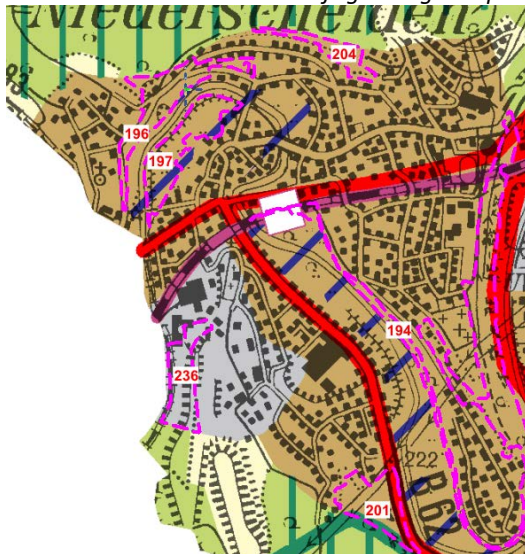
## Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Trupbach



## Detailbetrachtung:

Die ASB-Abgrenzung entspricht in weiten Teilen dem Wunsch der Kommune. Jedoch wurde dem Wunsch der Kommune nicht entsprochen, die Fläche 181 aus dem ASB heraus zu nehmen und die ASB an die Realnutzung anzupassen.

## Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Niederschelden



## Detailbetrachtung:

Die ASB-Abgrenzung entspricht in weiten Teilen dem Wunsch der Kommune. Eine mögliche wohnbauliche / gewerbliche Entwicklung der Sandhalde ist jedoch nicht vollumfänglich im Regionalplanentwurf abgedeckt, da die BRA hier hinter den Wünschen der Kommune zurück geblieben ist.

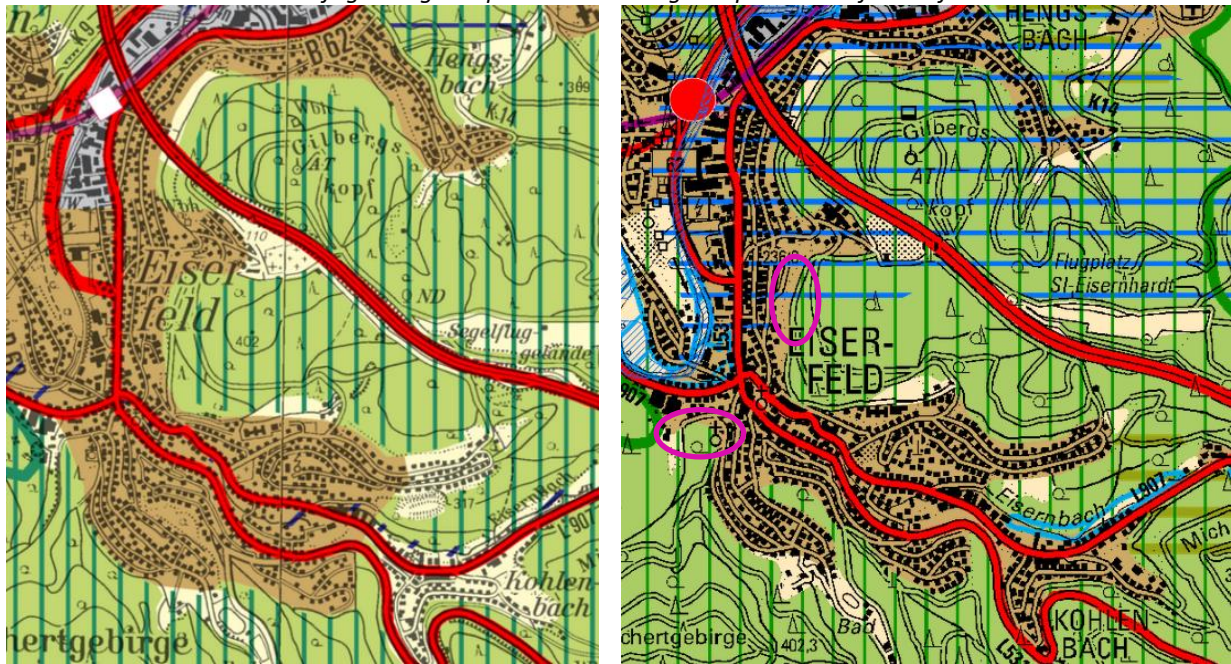
Der BSN umfasst hier nun einen noch größeren Teil der Sandhalde und reicht bis unmittelbar an die aktuelle (und geplante) gewerbliche Nutzung heran.

Die Überschwemmungsbereiche (grob blau schraffiert) sind deutlich zu groß dargestellt und gehen weit über die vorläufig gesicherten Bereiche hinaus (fein blau schraffiert): Vgl. hierzu den Abschnitt zu 5.5-1.





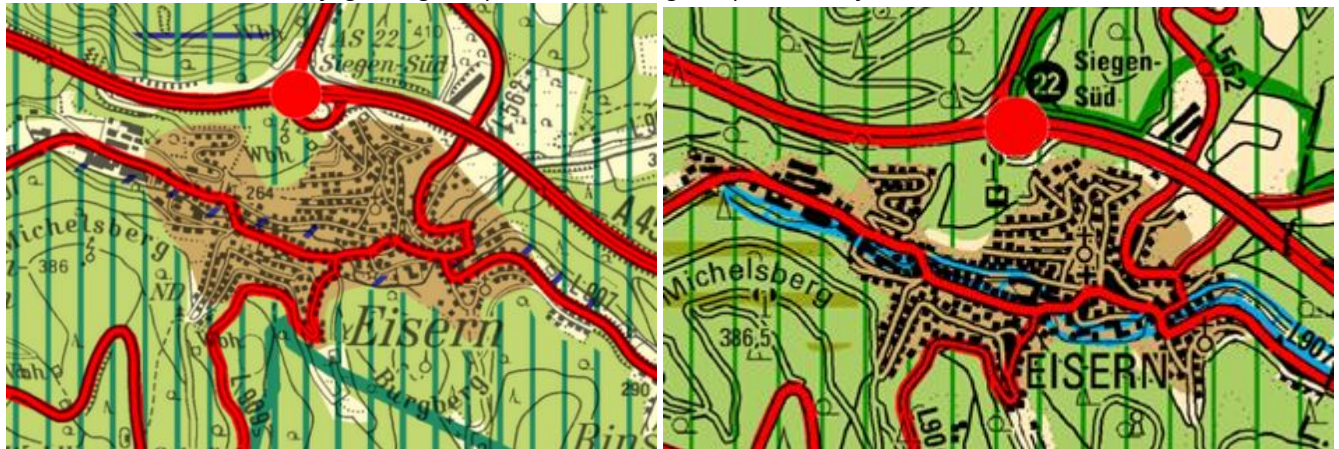
## Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Eiserfeld



## Detailbetrachtung:

ASB-Abgrenzung: Die Fläche "In der Tretenbach" wurde entgegen dem Wunsch der Kommune aus dem ASB entfernt, obwohl dort eine Ergänzungssatzung nach Baugesetzbuch besteht. Ebenfalls nicht nachgekommen wurde dem Wunsch, die Fläche Hengsbach (Eiserfeld\_2 des Wohnbaulandkonzeptes) zurückzunehmen.

## Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Eisern



## Detailbetrachtung:

Die ASB-Abgrenzung wurde an die Realnutzung angepasst. Die Potenzialfläche Eisern\_1 "Auf dem Groben" ist in der neuen ASB-Abgrenzung nicht vollständig enthalten.

Ein BSN grenzt direkt an das Werksgelände der Firma Hundhausen an, Nutzungskonflikte sind hier vorprogrammiert.



Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf überlagert mit der GIB-Abgrenzung aus dem rechtskräftigen Regionalplan (blaue Umrandung) - Bereich Eisernhardt:



Detailbetrachtung:

Die GIB-Fläche wurde im vorliegenden Entwurf deutlich verkleinert (vorher: blaue Umrandung). Die Stadt Siegen fordert daher die Beibehaltung der ursprünglichen Abgrenzung.

#### Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, die ASB-Abgrenzung gemäß den vorangehenden Detailbetrachtungen anzupassen.

### 4.4-2 Grundsatz – Standorte von Einkaufszentren

*Die Darstellung und Festsetzung von Kerngebieten und Sondergebieten für Vorhaben i. S. d. § 11 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO (Einkaufszentren) soll nur innerhalb der zASB erfolgen.*

#### Bewertung / Kritik

Wenn Einkaufszentren nur noch in den zASB angesiedelt werden sollen, sind solche Ansiedlungen in einigen Siegener Stadtteilen gemäß der aktuell vorliegenden Abgrenzung der zASB (Erläuterungskarte 4A) nicht mehr möglich. Jedoch befinden sich auch in den nicht als zASB deklarierten Stadtteilen, beispielsweise in Seelbach und Achenbach, die für sich genommen Schwerpunkte der Siedlungsentwicklung darstellen, Nahversorgungsstandorte. An diesen Standorten ist die Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben mit nahversorgungsrelevanten Sortimenten – auch solchen, die der Definition eines Einkaufszentrums unterfallen könnten – durchaus vorstellbar und im Sinne der dezentralen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger oftmals gewünscht (z. B. Supermarkt, Drogerie, Getränkemarkt in räumlicher Nähe und mit organisatorischer Einheit).

#### Anregung / Forderung

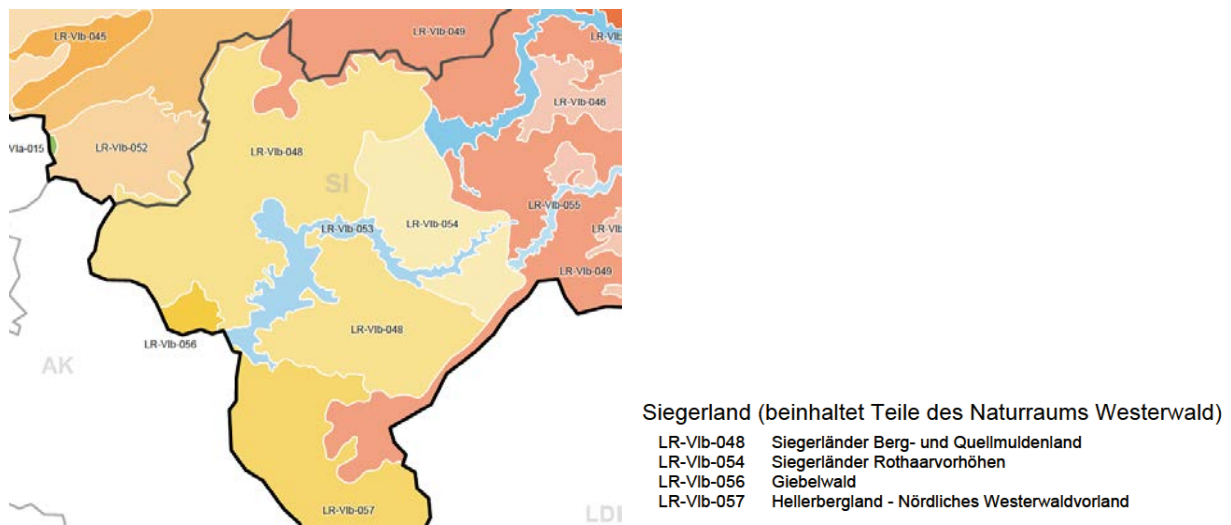
Die Stadt Siegen fordert, die zASB in der Grundsatzformulierung gegen ASB zu ersetzen oder die Formulierung dahingehend zu entschärfen, dass die Darstellung und Festsetzung von Kerngebieten und Sondergebieten für Vorhaben i. S. d. § 11 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO **vorrangig** innerhalb der zASB erfolgen soll. .

## Zu 5.1: Festlegungen für den gesamten Freiraum

### 5.1-3 Grundsatz – Leitbilder der Landschaftsentwicklung

*Bei der Formulierung von Entwicklungszielen der Landschaftsplanung und bei der Erarbeitung von Kompensationskonzepten sollen die Leitbilder der Landschaftsräume und die Entwicklungsziele für die Verbundschwerpunkte des Biotopverbunds berücksichtigt werden. Die Landschaftsräume sind in Erläuterungskarte 5A abgebildet.*

Ausschnitt aus Erläuterungskarte 5A:



### Bewertung / Kritik

Die im Grundsatz erwähnten Leitbilder der Landschaftsräume und Entwicklungsziele der Verbundschwerpunkte sind in Erläuterungskarte 5A nicht näher beschrieben, lediglich dargestellt. In den Erläuterungen zu Grundsatz 5.1-3 wird auf das Landschaftsinformationssystem (LINFOS) des LANUV verwiesen, das im Internet verfügbar ist.

### Anregung / Forderung

Die Leitbilder der Landschaftsräume sowie die Entwicklungsziele aus dem LINFOS sind, wenn sie in der Bauleitplanung Berücksichtigung finden sollen, in den Regionalplanentwurf aufzunehmen. Die dynamische Verweisung wird auch hier seitens der Stadt Siegen als nicht rechtmäßig angesehen.

## **5.1-4 Grundsatz – Orts- und Landschaftsbild bestimmende Strukturen**

*Charakteristische Siedlungs- und Freiraumstrukturen, die das Orts- und Landschaftsbild in besonderer Weise bestimmen, sollen in ihrer Funktion erhalten und entwickelt werden.*

### Bewertung / Kritik

In den Erläuterungen zu diesem Grundsatz werden sehr kleinteilige Strukturen wie beispielsweise markante Einzelbäume oder Streuobstwiesen angesprochen, die zu erhalten und entwickeln seien. Dies auch hier nur textlich, weil die Maßstabebene eine zeichnerische Darstellung gar nicht zulassen würde. Auch diese Strukturen werden jedoch selbstverständlich und bereits ohne Regionalplanentwurf im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung gemäß § 1 Abs. 6 BauGB als Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege berücksichtigt.

### Anregung / Forderung

Auch hier ist der Grundsatz daher aus Sicht der Stadt Siegen zu streichen – der Umgang mit den Schutzgütern ist der kommunalen Planungshoheit zu überlassen.

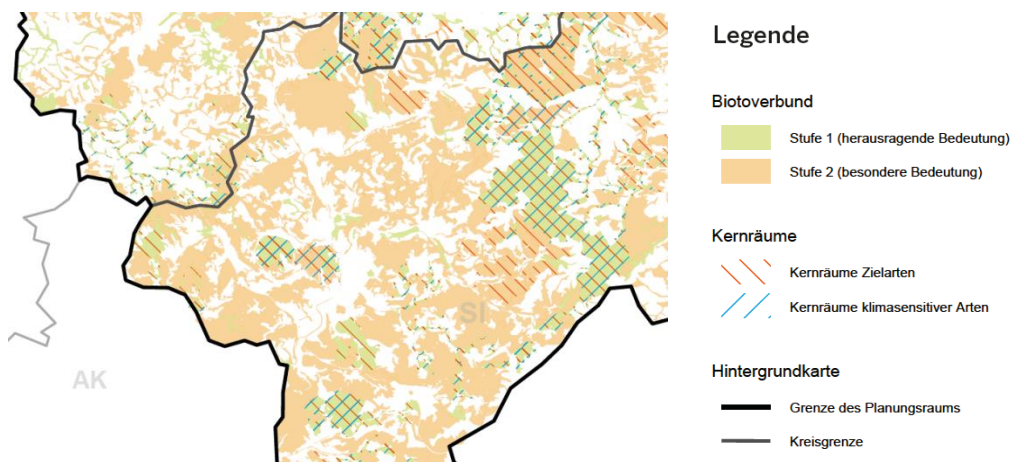
## **5.1-5 Grundsatz – Siedlungs- und freiraumübergreifende Biotopvernetzung**

*Bei der Siedlungsentwicklung sollen freiraum- und siedlungsübergreifend Lebensgemeinschaften und Biotop-e einschließlich ihrer ökologischen Wechselbeziehungen vernetzt werden. Dabei sollen auch die Ansprüche von klimasensitiven Arten berücksichtigt werden. Dies schließt die Sicherung und Entwicklung von Lebensräumen ein, deren Bedeutung für diese Artengruppen erst im Zuge des prognostizierten Klimawandels steigen wird. (vgl. Erläuterungskarte 5B)*

Dazu aus den Erläuterungen S. 88:

*Daher ist der Gedanke der Biotopvernetzung auch bei der Siedlungsentwicklung insbesondere in der Bauleitplanung von Relevanz. Gerade Übergangsbereiche an Siedlungsrändern können ein wesentlicher Bestandteil der Biotopvernetzung sein. Der Siedlungsraum weist durch intensive Nutzung einen hohen Bedarf zur Verbesserung von Biotopverbindungen auf. Hier liegt jedoch auch ein besonders hohes Potenzial, durch vergleichsweise geringen Aufwand zu einer qualitativen Aufwertung der Vernetzungsstruktur beizutragen. (vgl. Grundsatz 4.1-6) Zu nennen ist in diesem Zusammenhang z. B. das Entwickeln von Bachsystemen mit ihren Auen und begleitenden Gehölzen oder angrenzendem Grünland bzw. innerörtlichen Grünflächen. Derartige Maßnahmen bieten häufig viele Möglichkeiten für Synergien beim Zusammenspiel unterschiedlicher Fachplanungen. Bewertung / Kritik*

Ausschnitt aus Erläuterungskarte 5B



Auch die Belange, auf die in diesem Grundsatz Bezug (Artenschutz bzw. klimasensitive Arten bzw. Lebensräume für diese Artengruppen) genommen wird, sind sehr kleinteilig, wenn in den Erläuterungen beispielsweise Bachsysteme und begleitende Gehölze genannt werden. Diese Strukturen werden ebenfalls im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung gemäß § 1 Abs. 6 BauGB als Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege berücksichtigt. Die zeichnerische Darstellung des Biotopverbunds in Erläuterungskarte 5B hingegen lässt auch hier einen konkreten räumlichen Bezug vermissen. Der Begriff der klimasensitiven Arten wird im Regionalplanentwurf nicht näher definiert.

#### Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, Satz 2 und 3 des Grundsatzes 5.1-5 zu streichen und damit den Regelungsgehalt der kommunalen Planungshoheit zu überlassen. Die Stadt Siegen fordert außerdem, den Biotopverbund kartographisch so darzustellen, dass eine dem Maßstab des Regionalplans entsprechende Verortung der Flächenkategorien möglich wird.

## Zu 5.2: Wald und Forstwirtschaft

### 5.2-1 Grundsatz – Erhalt großflächiger, unzerschnittener Waldbereiche und überregionaler Wildtierkorridore

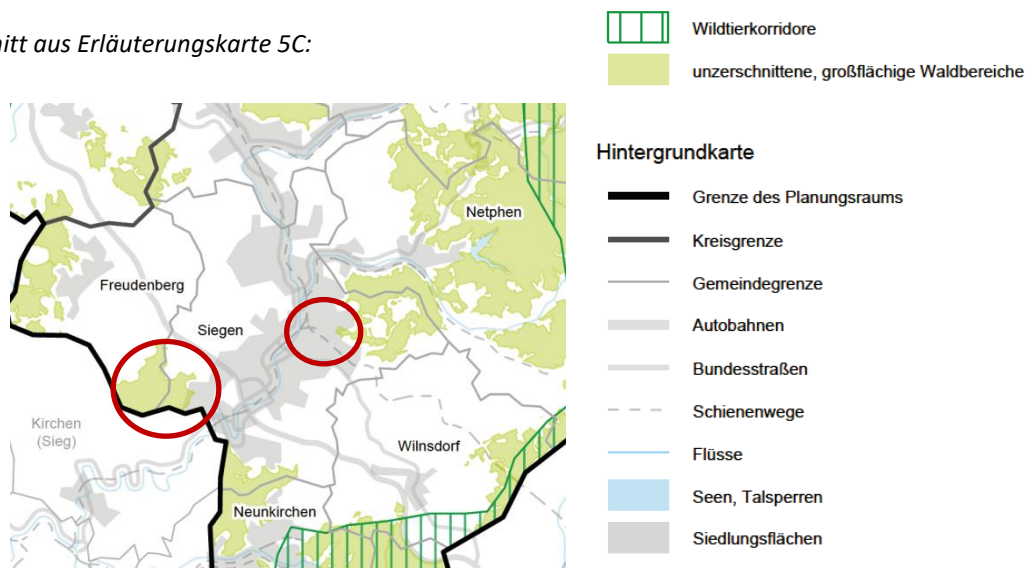
*Die Lebensräume von Arten mit weiträumigem Arealanspruch und deren durchgängige Wanderkorridore sollen gesichert und entwickelt werden.*

*Hierfür sollen großflächige, unzerschnittene und störungsarme Waldbereiche sowie naturnahe, strukturreiche Laubwälder und Waldränder gesichert und entwickelt werden. (vgl. Erläuterungskarte 5C)*

Ausschnitt aus den Erläuterungen S. 93:

*[...] Diese Trittsteine und Korridore können unter die Darstellungsschwelle für regionalplanerisch festgelegte Waldbereiche fallen. Daher können Verbundkorridore für Arten der Waldgilde auch in zeichnerisch nicht als Wald festgelegten Bereichen liegen.[...]*

Ausschnitt aus Erläuterungskarte 5C:



### Bewertung / Kritik

Wie bei vielen Festlegungen wird auch hier wieder Bezug genommen auf kleinteilige Strukturen unterhalb der Darstellungsschwelle, die nicht einmal als Wald festgelegt sind, trotz dass sich dieser Grundsatz auf Waldbereiche bezieht. Der räumliche Bezug dieses Grundsatzes ist somit nicht nachvollzieh- und abgrenzbar. Auch die Erläuterungskarte liefert auf Grund der Maßstäblichkeit keine Erkenntnisse zur Abgrenzung der unzerschnittenen, großflächigen Waldbereiche. Es fällt allerdings auf, dass sich im Siegener Stadtgebiet der als Siedlungsfläche dargestellte Bereich in zwei Teilbereichen (rote Kreise in der Karte) mit den unzerschnittenen, großflächigen Waldbereichen überschneidet. In der Erläuterungskarte scheint die Darstellung der Siedlungsbereiche im Übrigen über die tatsächlich besiedelten Bereiche deutlich hinauszugehen. Es stellt sich die Frage, welche Datengrundlage hier genutzt wurde.

### Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, in den Grundsatz auf die auf Regionalplanebene darstellbaren unzerschnittenen, großflächigen Waldbereiche zu begrenzen und im Übrigen der kommunalen Planungshoheit zu überlassen, kleinteilige schützenswerte Strukturen bzw. Biotopverbünde und Wildtierkorridore im Zuge städtebaulicher Entwicklungen zu schützen. Die Waldbereiche sind so darzustellen, dass eine räumliche Verortung möglich ist und die Siedlungsbereiche sind in der kartographischen Darstellung zu korrigieren. Sollten weiterhin Überschneidungen zwischen den Siedlungsbereichen und den Waldbereichen auftreten, sind die Waldbereiche innerhalb der Siedlungsbereiche zeichnerisch zurückzunehmen.

## **5.2-6 Ziel – Naturwaldzellen, Wildnisentwicklungsgebiete, Saatgutbestände, forstliche Versuchsflächen**

*Naturwaldzellen und deren unmittelbare Umgebung sind zu sichern. Nachteilige Einwirkungen sind zu vermeiden, um die ungestörte Entwicklung der Biozönosen sicherzustellen.*

*Wildnisentwicklungsgebiete und deren unmittelbare Umgebung sind zu sichern. Nachteilige Einwirkungen sind zu vermeiden, um die ungestörte Entwicklung der Biozönosen sicherzustellen.*

*Zugelassene Saatgutbestände und Samenplantagen sind zu sichern. Nachteilige Einwirkungen sind zu vermeiden, um ihre Bedeutung für die Versorgung mit hochwertigem, standortangepasstem Saatgut zu erhalten.*

*Forstliche Versuchsflächen sind bis zum Abschluss der unmittelbaren Beobachtung vor jeder den Versuchszweck beeinträchtigenden Einwirkung zu schützen.*

*Die Naturwaldzellen, Wildnisentwicklungsgebiete, zugelassenen Saatgutbestände und forstlichen Versuchsflächen sind in Erläuterungskarte 5D abgebildet.*

#### Bewertung / Kritik

Im Ziel 5.2-6 wird auf Flächenkategorien (Naturwaldzellen, Wildnisentwicklungsgebiete, Saatgutbestände, forstliche Versuchsflächen) Bezug genommen, die in einer Erläuterungskarte lediglich mit Piktogrammen verortet sind. Die Begriffe der „unmittelbaren Umgebung“ sowie der „nachteiligen“ bzw. „beeinträchtigenden“ „Einwirkungen“ sind nicht näher definiert.

#### Anregung / Forderung

Entsprechend der Zielfestlegung sind die Flächenkategorien mindestens in einer Erläuterungskarte und damit räumlich konkret verortet darzustellen. Die Piktogramme und der Verweis auf den Fachbeitrag des Landesbetriebs Wald und Holz, der nicht Teil des Regionalplanentwurfs ist, reicht aus Sicht der Stadt Siegen nicht aus, da das Planwerk aus sich heraus verständlich und lesbar sein muss. Die vorgenannten Begrifflichkeiten sind außerdem zu definieren. Andernfalls ist nicht nachvollziehbar, welche Auswirkungen die Flächenausweisungen auf ihre Umgebung haben.

### **5.2-7 Grundsatz – Erhalt und Pflege kulturhistorischer Waldnutzungsformen und Objekte**

*Waldflächen mit Relikten historischer Waldnutzungsformen sowie kulturhistorisch wertvolle Objekte und Strukturen im Wald sollen entsprechend ihres schutzwürdigen Charakters auf Grundlage abgestimmter Nutzungskonzepte erhalten und gepflegt werden.*

Ausschnitt aus der Begründung S. 65:

*[...] Wegen ihrer Kleinteiligkeit bzw. geringen Größe ist gegenüber den kulturhistorischen Elementen und Strukturen besondere Aufmerksamkeit geboten, da sie aufgrund von Nutzungsintensivierungen oder Erschließungsmaßnahmen in ihrem Erhalt gefährdet sein können. [...]*

#### Bewertung / Kritik

In den Erläuterungen zu diesem Grundsatz werden wiederum sehr kleinteilige Strukturen wie beispielsweise Kalköfen und Verhüttungsstellen angesprochen, die zu erhalten und entwickeln seien. Dies auch hier nur textlich, weil die Maßstabebene eine zeichnerische Darstellung gar nicht zulassen würde. Auch diese Strukturen werden jedoch selbstverständlich und bereits ohne Regionalplanentwurf im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung gemäß § 1 Abs. 6 BauGB als Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege bzw. des Denkmalschutzes bereits berücksichtigt.

#### Anregung / Forderung

Auch hier ist der Grundsatz daher aus Sicht der Stadt Siegen zu streichen – der Umgang mit den Schutzgütern ist der kommunalen Planungshoheit zu überlassen.

## **Zu 5.3: Offenland und Landwirtschaft**

### **5.3-1 Grundsatz – Sicherung von Offenland**

*Offenland soll als wesentlicher Bestandteil des Landschaftsgefüges gesichert werden.*

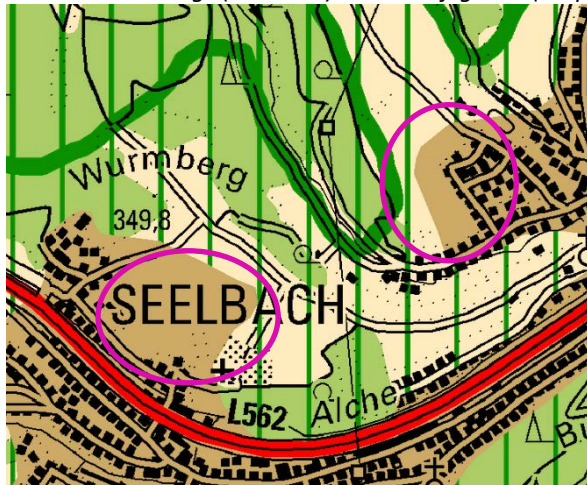
#### Bewertung / Kritik

Die Formulierung des Grundsatzes 5.3-1 lässt offen, was genau „Offenland“ ist. Auch beispielsweise innerhalb von im Regionalplanentwurf festgelegten, aber noch nicht bauleitplanerisch umgesetzten ASB und GIB findet sich „Offenland“, das der Beschreibung in den Erläuterungen und der Begründung zu den textlichen Festlegungen entspricht. Sollen diese „Offenland“-Bereiche nun freigehalten werden, steht der Grundsatz 5.3-1 in großem Widerspruch zu den Festlegungen von ASB, GIB und anderen Siedlungs-



flächenkategorien, die zur baulichen Entwicklung vorgesehen sind und deren Flächen auf Siegener Stadtgebiet z.T. in die Kategorie „Offenland“ fallen.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf und dem gültigen FNP der Stadt Siegen mit Verortung der Offenlandbereiche "Wurmberg" (Seelbach) und "Wolfsgrow" (Trupbach), die als Wohnbaulandreserve im FNP dargestellt sind:



#### Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert klarzustellen, dass sich der Grundsatz auf die Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) bezieht. Andernfalls ist der Grundsatz bzw. sind die Ziel-Festlegungen zu den Siedlungsflächenkategorien nicht endabgewogen – der Grundsatz sollte in diesem Falle gestrichen werden.

## Zu 5.4: Natur und Landschaft

### 5.4-1 Ziel – Bereiche für den Schutz der Natur

*In den BSN ist die naturnahe oder durch Extensivnutzung bedingte Ausprägung von Natur und Landschaft langfristig zu sichern und zu entwickeln.*

*Die aus Gründen der Darstellbarkeit nicht zeichnerisch als BSN festgelegten naturschutzwürdigen Oberflächengewässer und deren zugehörige Talzüge (Anhang 5-I) sind BSN.*

*Die BSN sind durch Maßnahmen des Naturschutzes und eine dem jeweiligen Schutzzweck angepasste Nutzung zu pflegen und zu entwickeln oder einer ungestörten Entwicklung zu überlassen.*

*Dem Arten- und Biotopschutz ist in den BSN der Vorrang vor beeinträchtigenden raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen einzuräumen. Dies schließt auch raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen ein, die in der Umgebung von BSN stattfinden und sich beeinträchtigend auf die wesentlichen Teile des jeweiligen BSN auswirken können.*

*Alle Nutzungen sind in ihrer Art und Intensität den jeweiligen standörtlichen Erfordernissen zur Erhaltung und Entwicklung der BSN anzupassen.*

### 5.4-2 Ziel – Umsetzung der Bereiche für den Schutz der Natur

*Die zeichnerisch festgelegten BSN sind entweder in ihrer Gesamtfläche oder in ihren wesentlichen Teilen (Anhang 5-II i. V. m. Erläuterungskarte 5E) als Naturschutzgebiete festzusetzen oder über langfristige vertragliche Vereinbarungen zu sichern. Die aus Gründen der Darstellbarkeit nicht zeichnerisch festgelegten BSN sind als Naturschutzgebiete oder geschützte Landschaftsbestandteile festzusetzen oder über langfristige vertragliche Vereinbarungen zu sichern. Insbesondere sind die*

- / Kernräume von Zielarten*
- / Räume zur Vernetzung von Zielarten*
- / Räume klimasensitiver Zielarten und Biotopen zu beachten.*



*Im Falle der Sicherung durch vertragliche Vereinbarungen ist eine Schutzqualität sicherzustellen, die der eines Naturschutzgebietes entspricht. Die Durchgängigkeit der Talzüge ist in Hinblick auf den Gewässerbiotopverbund zu sichern und zu entwickeln. (vgl. Anhang 5-I).*

*Auch unterhalb der Darstellungsschwelle des Regionalplans liegende naturschutzwürdige Bereiche sind als Naturschutzgebiete festzusetzen.*

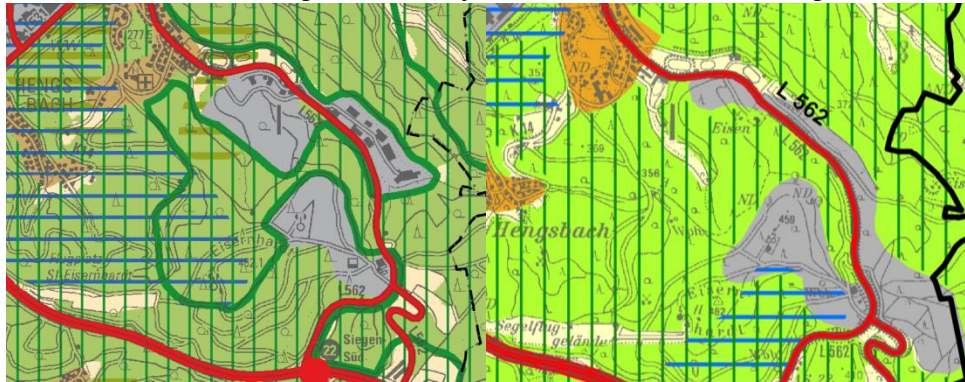
#### Bewertung / Kritik

Insgesamt werden im Stadtgebiet Siegen im Entwurf des Regionalplanes zehn BSN-Flächen dargestellt. Fünf dieser Flächen sind neu aufgenommen worden. Bei allen vorhandenen Bereichen wurden die Bezeichnungen geändert, bei einigen vorhandenen Bereichen wurden im Rahmen der zeichnerischen Darstellung zum Teil erhebliche Erweiterungen vorgenommen. Die BSN-Flächen stellen die Grundlage für die spätere Ausweisung von Naturschutzgebieten durch den Kreis Siegen-Wittgenstein dar. Dies müsste im Rahmen der Überarbeitung des Landschaftsplanes Siegen erfolgen.

Übersicht über die geänderten Bezeichnungen und die neu dargestellten BSN:

<b>BSN-Ausweisung im rechtskräftigen Regionalplan</b>	<b>Neue BSN-Ausweisung</b>
94 Feuchtwiesen Langenbachtal	139 Großes und Kleines Langenbachtal
95 Halde und Wälder am Haardter Berg	145 Siegen Schlackenhalde Monte Schlacko
96 Truppenübungsplatz Trupbach	136 Ehemaliger Truppenübungsplatz Trupbach
98 Schluchtwald am Kleff, Eiserfeld	165 Siegen Hirzhornberg bei Niederschelden
97 Breitenbachtal zwischen Kaan-Marienborn und Breitenbach	166 Weißbachtal mit Nebentälern
	137 Quellsiepen und Nebentäler des Heesbachtales
	138 Laubwälder und Siepen westlich Kreuztal und Geisweid
	142 Waldgebiet Tiergarten-Heckenberg
	167 Grünland bei Siegen-Bürbach
	169 Waldgebiet bei Obersdorf

*Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – Bereich Martinshardt/Eisernhardt in Siegen, im Entwurf mit neuem BSN Nr. 160: „Waldgebiet bei Obersdorf“*

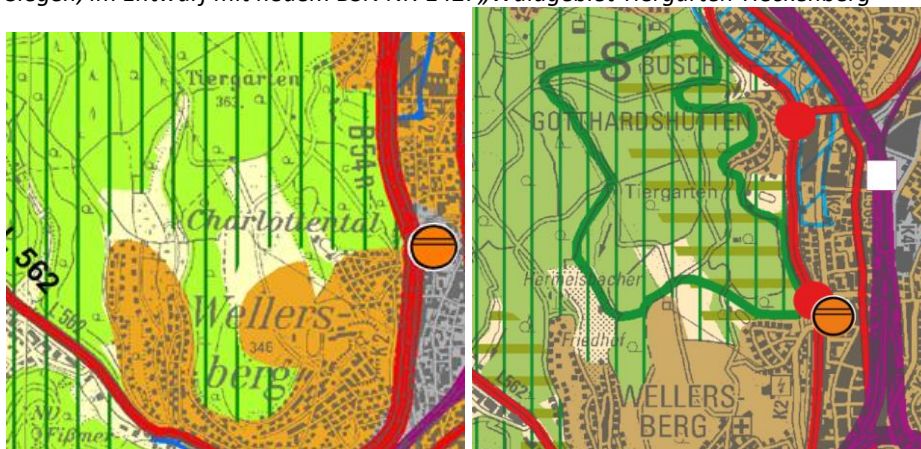


#### Detailbetrachtung:

Der neue BSN-Bereich Nr. 160 „Waldgebiet bei Obersdorf“ umfasst weite Waldareale im Leimbachtal und grenzt unmittelbar an die bestehenden Gewerbegebiete „Oberes Leimbachtal“, und „Martinshardt“ sowie an das geplante Gewerbegebiet „Martinshardt II“ an. Im Bereich des Gewerbegebietes „Martinshardt II“ überlagert die BSN-Festlegung das geplante Regenrückhaltebecken. Als wesentlicher Grund der Ausweisung wird die Eignung der Wälder als Lebensraum für die Bechsteinfledermaus angegeben. Hierzu wird auf folgendes hingewiesen:

- Die Wälder im Leimbachtal werden momentan im Zuge der Borkenkäferkalamität großflächig abgeholzt. Damit gehen wesentliche Habitatstrukturen für die Bechsteinfledermaus verloren, sodass die Eignung der Wälder als BSN-Fläche fachlich zu hinterfragen ist.
- Die unmittelbare Nachbarschaft künftiger Naturschutzgebiete neben bestehenden und geplanten Gewerbegebieten ruft erhebliche Konflikte hinsichtlich vorhandener Lärm- und Lichtemissionen hervor, die möglicherweise zu Nutzungseinschränkungen der gewerblichen Nutzung führen können.
- Gleichzeitig mit der Abgrenzung der BSN Festlegungen wurde die GIB-Fläche Eisernhardt in ihrem Flächenzuschnitt verkleinert. Neben dieser Reduzierung ist die gewerblich industrielle Entwicklung innerhalb des Bereiches zusätzlich noch durch die direkt angrenzende BSN-Festlegung eingeschränkt. Dazu auch Pkt. 4.3

*Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – Bereich Wellersberg in Siegen, im Entwurf mit neuem BSN Nr. 142: „Waldgebiet Tiergarten-Heckenberg“*



#### Detailbetrachtung:

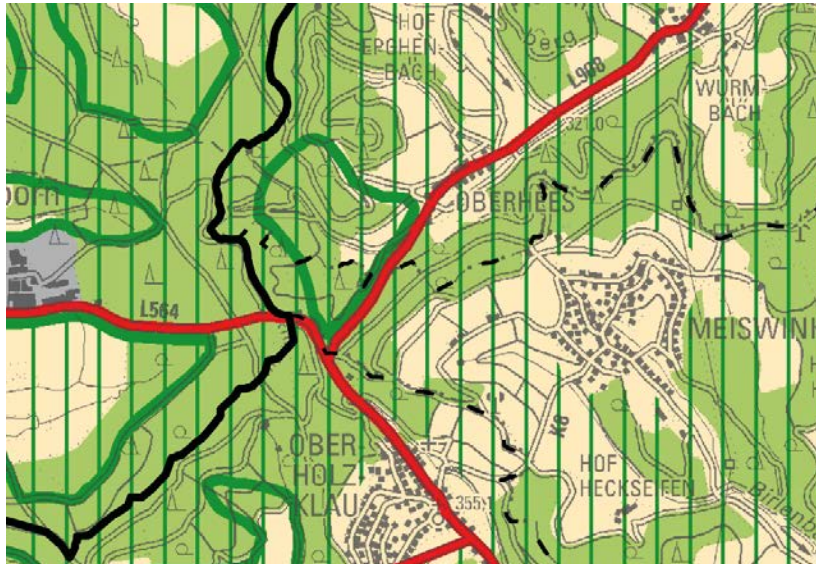
Die geplante BSN- und spätere Ausweisung eines Naturschutzgebietes umfasst weite Bereiche des Stadtwaldes „Weidenauer Tiergarten“, der eine große Bedeutung als Naherholungsgebiet für den Sied-

lungsbereich Weidenau / Siegen besitzt. Demnach darf die Ausweisung des BSN /perspektivisch des NSG der Naherholungsfunktion (z. B. Grillplatz) nicht entgegenstehen.

Große Bereiche des Tiergarten sollen im Rahmen der Ausgleichskonzeption für das geplante Gewerbegebiet Martinshardt II als Kompensationsfläche aus der Nutzung genommen und als Naturwaldfläche entwickelt werden. Beide Entwicklungsabsichten der Stadt Siegen dürfen nicht durch die BSN-Ausweisung gefährdet werden, ebenso nicht die geplante Ausweisung eines Wohngebietes im Bereich des ehemaligen Munitionsdepots und damit in unmittelbarer Nähe des BSN. Auch die forstliche Nutzung auf den übrigen Teilbereichen der BSN-Fläche darf durch die geplante Schutzausweisung nicht eingeschränkt werden. Hier erfolgt die Bewirtschaftung auf der Grundlage des gültigen Forsteinrichtungswerkes. Ebenso tangiert das BSN den Friedhofswald in der Hermelsbach, der jedoch weiterhin genutzt werden können muss.

Die Abgrenzung der BSN-Festlegung im Regionalplanentwurf ist zudem auf die örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um auch den fachlichen Belangen Rechnung zu tragen. Konkret bedeutet dies, dass die nicht vom „Naturwald“ erfassten Bereiche, z. B. westlich der Panzerstraße oder die „Hundewiesen“, aus der BSN-Festlegung herausgenommen werden, da die naturfachlichen Gegebenheiten dies nicht rechtfertigen.

*Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – neuer BSN Nr. 137: „Quellsiepen und Nebentäler des Heesbachtals“*

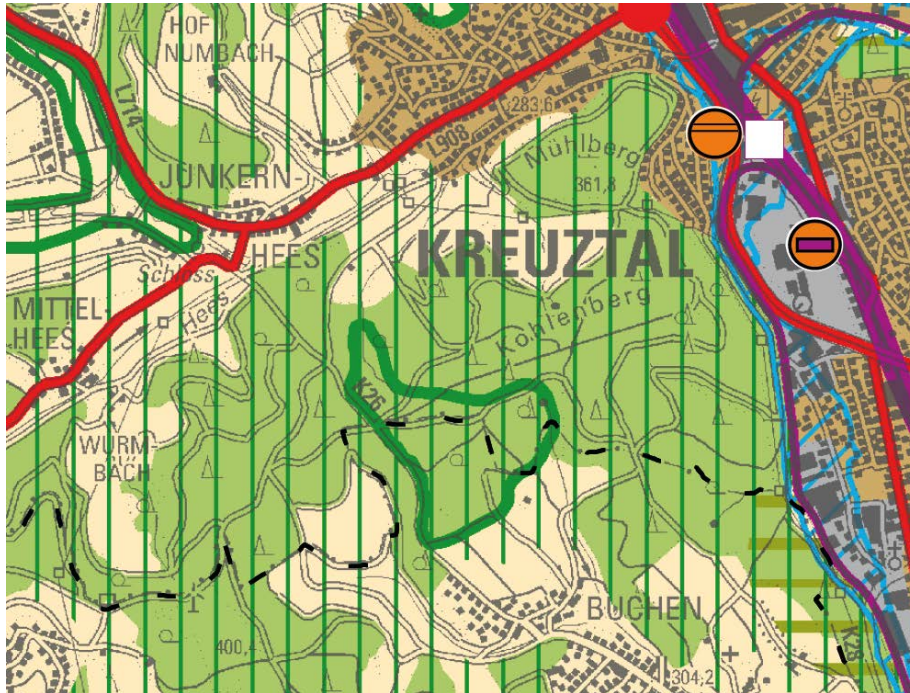


**Detailbetrachtung:**

Die geplante Ausweisung umfasst Laubwaldbereiche im oberen Heestal an der nordwestlichen Grenze von Siegen nach Kreuztal hin. Da es sich dabei im Stadtgebiet Siegen ausschließlich um Wälder handelt, sind Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes nicht betroffen.



Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – neuer BSN Nr. 138: „Laubwälder und Siepen westlich Kreuztal und Geisweid“



**Detailbetrachtung:**

Die geplante Ausweisung umfasst Laubwaldbereiche an der nördlichen Grenze von Siegen nach Kreuztal hin. Da es sich dabei im Stadtgebiet Siegen ausschließlich um Wälder nördlich von Siegen-Buchen handelt, sind Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes nicht betroffen.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – BSN Nr. 139: „Großes und Kleines Langenbachtal“



**Detailbetrachtung:**

Die geplante Ausweisung umfasst ziemlich deckungsgleich das bestehende Naturschutzgebiet „Großes und Kleines Langenbachtal“. Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes sind nicht betroffen.



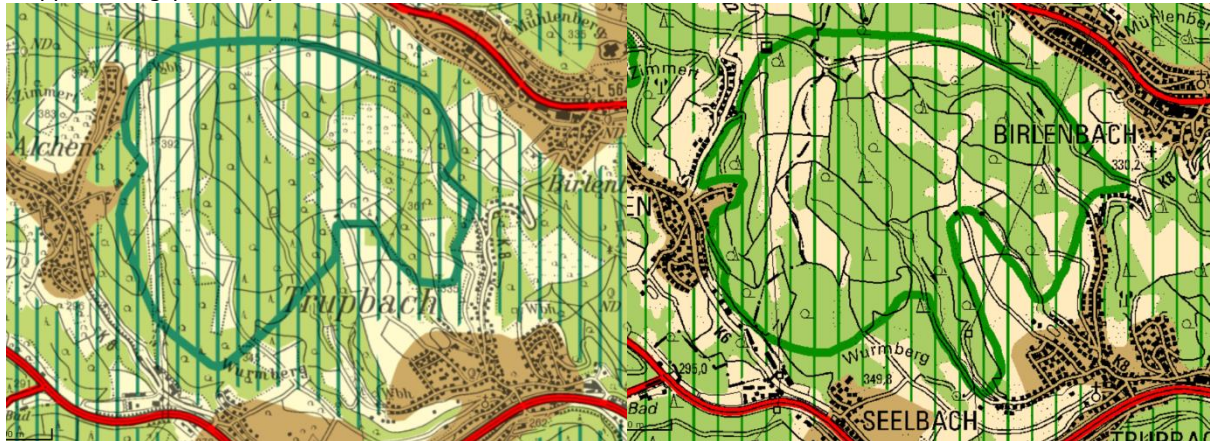
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – BSN Nr. 145: „Siegen Schlackenhalde Monte Schlacko“



#### Detailbetrachtung:

Die geplante Ausweisung umfasst das bestehende Naturschutzgebiet „Schlackenhalde Monte Schlacko“, das nördlich angrenzende Haldengelände der Edelstahlwerke Südwestfalen sowie Waldbereiche in Richtung Niedersetzen. Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes sind nicht betroffen, ebenso wenig wie städtischer Grundbesitz. Der geplante BSN-Bereich grenzt allerdings unmittelbar an das vorhandene Wertstoffzentrum bzw. den ausgewiesenen GIB an und würde keine künftige Erweiterung nach Osten mehr zulassen, sondern vielmehr die Nutzungsmöglichkeiten des ausgewiesenen GIB gemäß der textlichen Festlegungen des Regionalplanentwurfs einschränken. Mit der Deponie Geisweid wurde eine überlagernde Festlegung getroffen, ebenso mit den Industrieanlagen der Edelstahlwerke östlich der Ferndorf (faktisches Industriegebiet) die Festlegung BSN getroffen.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – BSN Nr. 136: „Ehemaliger Truppenübungsplatz Trupbach“



#### Detailbetrachtung:

Die geplante Ausweisung umfasst die beiden Naturschutzgebiete auf dem Gelände des ehemaligen belgischen Truppenübungsplatzes (s. auch FFH-Schutzgebiet). Neu ist auf Siegener Stadtgebiet lediglich die Einbeziehung eines Laubwaldbereiches oberhalb des Wickersbacher Tales in Richtung Trupbach. Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes sind nicht betroffen.



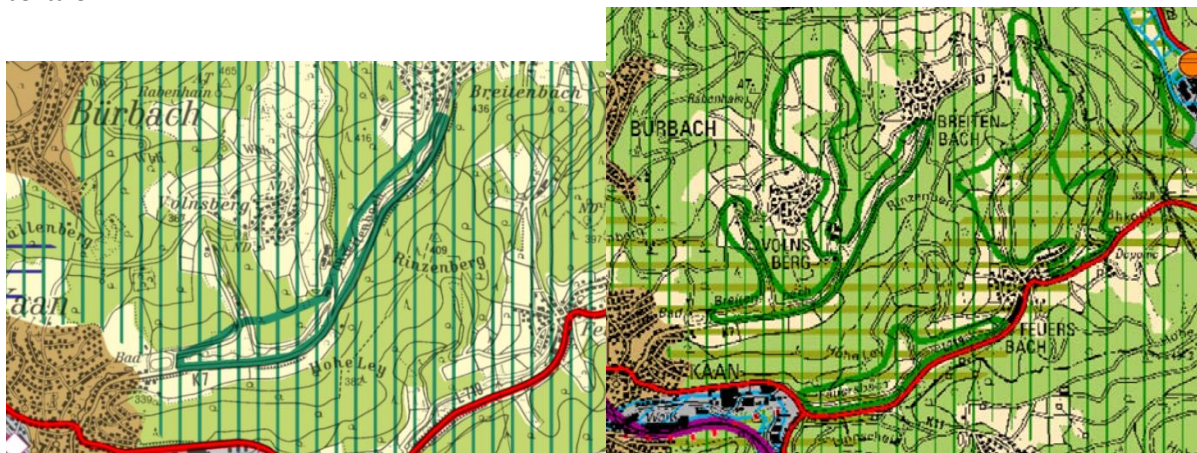
*Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – BSN Nr. 165: „Siegen Hirzhornberg bei Niederschelden“*



**Detailbetrachtung:**

Die geplante Ausweisung umfasst neben dem Naturschutzgebiet „Am Kleff“ die westlich angrenzenden Laubwaldbereiche, die z.T. städtische Forstfläche sind, sowie die rekultivierte Schlackenhalde der Charlottenhütte unterhalb der Birker Ley. Aus hiesiger fachlicher Sicht ist nicht nachvollziehbar, wie die rekultivierte Schlackenhalde Kriterien für die Ausweisung als BSN erfüllen kann. Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes sind nicht betroffen.

*Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – BSN Nr. 166: „Weißbachtal mit Nebentälern“*

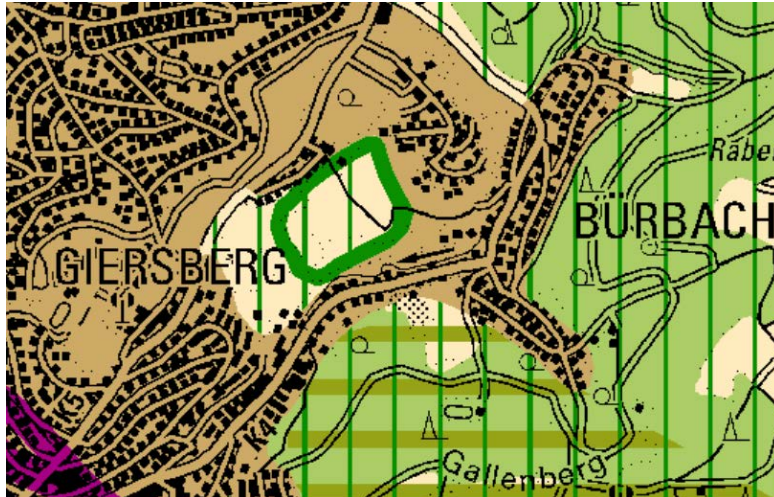


**Detailbetrachtung:**

Die geplante Ausweisung erstreckt sich über die gesamte Länge des Breitenbachtals und der nördlichen Zuflüsse sowie über das obere und untere Feuersbachtal mit einem nördlichen Zufluss. Die Flächen im Breitenbachtal beinhalten das bestehende Naturschutzgebiet, zwei Geschützte Landschaftsbestandteile sowie arrondierende Landschaftseinheiten. Die Wiesen und Wälder im Bereich Feuersbach stehen bis auf zwei kleinere flächige Geschützte Landschaftsbestandteile bisher nicht unter Schutz. Die Potenzialfläche „Haselwiese“ aus dem Wohnbaulandkonzept der Stadt Siegen im Ortsteil Breitenbach wurde jedoch als BSN überplant. Die ausgewiesenen BSN reichen außerdem auch hier unmittelbar bis an besiedelte Bereiche im AFAB (Ortslagen von Breitenbach, Volnsberg und Feuersbach) heran.



Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – neuer BSN Nr. 167: „Grünland bei Siegen-Bürbach“

**Detailbetrachtung:**

Die geplante Ausweisung umfasst Magergrünland und Eichenwald am Siegener Giersberg direkt angrenzend an den Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 355 „Bürbacher Giersberg“. Die Magergrünlandbereiche sind als §30 Biotop (BNatSchG) erfasst und z.T. in städtischem Besitz. Der Eichenwald ist städtische Forstfläche.

Eine Bebauung der Grünlandflächen ist vor Jahren gerichtlich versagt worden. Das städtische Wohnbaulandkonzept stuft die Wiesenbereiche als „unzureichend geeignet“ ein. Von hier ist aus fachlicher Sicht nicht nachvollziehbar, warum die vom BSN-Bereich erfassten Waldflächen die Voraussetzungen für einen BSN-Bereich erfüllen können.

**Gesamtbewertung / Kritik**

In der zeichnerischen Darstellung sind BSN im Regionalplanentwurf häufig direkt bis an GIB und ASB oder Siedlungsbereiche im AFAB herangeplant. Im Bereich Breitenbach wird eine Konzeptfläche des Wohnbaulandkonzeptes überplant. Die textlichen Festlegungen wurden im Vergleich zum rechtskräftigen Regionalplan hinsichtlich des Beeinträchtigungsverbots von BSN durch raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen verschärft.

Insbesondere aufgrund der vorgegebenen Zielrichtung zur Konkretisierung der GIB ausschließlich für emittierende Industriegebiete ist ein direktes Angrenzen von BSN-Festlegungen mit perspektivischer Ausweisung als Naturschutzgebiet in noch aufzustellenden Landschaftsplänen nicht zielführend und es sind die Konflikte dahingehend vorprogrammiert, dass sich durch Industriebetriebe Auswirkungen auf die Naturschutzgebiete sowie generell die BSN ergeben werden. Die unmittelbare Nachbarschaft von BSN bzw. Naturschutzgebieten sowie bestehenden und geplanten Gewerbegebieten ruft beispielsweise erhebliche Konflikte hinsichtlich vorhandener Lärm- und Lichtemissionen hervor.

Auch durch die Entwicklung von ASB können angrenzende BSN beeinträchtigt werden. In der bauleitplanerischen Abwägung ist nach hiesigem Verständnis der Formulierung des Ziels 5.4-1 den BSN stets Vorrang einzuräumen. Das heißt, Abstände, die zur Bewältigung von Konflikten zwischen BSN und angrenzenden ASB bzw. GIB erforderlich sind, sind durch die Kommunen jeweils innerhalb der ausgewiesenen ASB bzw. GIB zu gewährleisten. Selbst eine gestaffelte Nutzung in den GIB (NSG, verträgliches Gewerbe, Industrie) wäre aufgrund der Vorgabe, dass die Bauleitplanung eine ausschließliche Nutzung als Industriegebiet regeln muss, gemäß dem Regionalplanentwurf nicht möglich.

Diese gravierende Einschränkung der kommunalen Planungshoheit auf Regionalplanebene muss auch im Kontext der ohnehin schwierigen Rahmenbedingungen (Topografie, Artenschutz, Bergbau) bei der Entwicklung von Wirtschaftsstandorten und Siedlungsflächen bewertet werden. Durch letztere bereits bestehende Restriktionen reduziert sich das tatsächlich zu beplanende und zugestandene GIB- und ASB-Kontingent ohnehin schon jetzt. An dieser Stelle sei auch auf die Kritik an der neuen Siedlungsflächenbedarfsberechnung sowie auf die IHK-Studie „Vom Brutto zum Netto“ verwiesen.

Die Entwicklung von ASB und GIB, die in der Planungshoheit der Kommunen liegt, wird durch das Beeinträchtigungsverbot der BSN auf unzumutbare Weise eingeschränkt. Die zeichnerische Darstellung und Flächenbilanz der ASB und GIB entspricht somit nicht den Flächenkontingenten, die der Stadt Siegen de facto zur Verfügung stehen.

Im Übrigen wird im textlichen Ziel zusätzlich darauf hingewiesen, dass weitere schützenswerte Landschaftsbestandteile (Oberflächengewässer sowie zugehörige „Talzüge“) unterhalb der Darstellungsschwelle ebenfalls BSN seien. Diese textliche Darstellung soll die eigentlich erforderliche zeichnerische Darstellung ersetzen, die auf der Maßstabsebene des Regionalplans offenkundig nicht möglich ist. Auf Siegener Stadtgebiet betrifft dies gemäß Anhang 5-I der textlichen Festlegungen die Gewässer Ferndorfbach, Weiß, Alche und Sieg. Die allein textlichen Darstellungen sowie die Verwendung des nicht klar abgrenz- und beschreibbaren Begriffs der „Talzüge“ führen dazu, dass der räumliche Bezug des formulierten textlichen Ziels nebulös bleibt. Die restriktive Zielformulierung hätte jedoch Konsequenzen in Form deutlicher Restriktionen für sämtliche Bauleitplanverfahren, die die Stadt Siegen im Bereich der „Talzüge“ der genannten Gewässer durchführt.

#### Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, die Flächenausweisungen der BSN so zurückzunehmen, dass zwischen GIB/ASB bzw. besiedelten Bereichen im AFAB und BSN jeweils ein Abstand verbleibt, der dazu ausreicht, Nutzungskonflikte zu bewältigen. Im Bereich der Wohnbaulandkonzeptfläche in Breitenbach ist die BSN-Ausweisung zurückzunehmen. Der notwendige Abstand zwischen BSN und GIB/ASB sollte nach fachlichen Kriterien ermittelt und so gewählt werden, dass die zeichnerisch dargestellten GIB und ASB vollumfänglich beplanbar sind. Da die Stadt Siegen in ihrer Flächenflexibilität trotz prognostizierter Überhänge durch die deutlich restriktiveren Bedarfsberechnungen über den Regionalplan ohnehin bereits deutlich in ihrer Planungshoheit eingeschränkt wird, ist eine weitere „versteckte“ Flächenrücknahme durch „heranrückende“ BSN nicht akzeptabel. Diese Vorgehensweise war nie Gegenstand der bisherigen Abstimmungen bzw. Werkstattgespräche und wurde somit nicht offen kommuniziert. Die nicht endabgewogene Flächenkonkurrenz wird als irreführend und damit nicht rechtmäßig angesehen und ist zu korrigieren bzw. hinsichtlich der Bestimmtheit konkret zu benennen. .

Die Stadt Siegen fordert darüber hinaus, die BSN-Festlegung im Bereich des Tiergartens (Nr. 142 Waldgebiet Tiergarten-Heckenberg) in der zeichnerischen Darstellung entsprechend der naturfachlichen Gegebenheiten abzugrenzen und die BSN-Ausweisung der ehemaligen Schlackenhalde Charlottenhütte (Nr. 165) und der Forstflächen am Bürbacher Giersberg entsprechend der Detailbetrachtungen zurückzunehmen.

Außerdem fordert die Stadt Siegen, den Bezug auf die Oberflächengewässer und die „Talzüge“ aus ersatzlos aus den textlichen Festlegungen zu streichen. Damit würden sich die regionalplanerischen Regelungen auf die Maßstabsebene beschränken, in der zeichnerische Darstellungen möglich sind. Mit dem umfassenden Prüfkatalog des § 1 Abs. 6 BauGB ist den naturschutzfachlichen Belangen auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung vollumfänglich Genüge getan. Eine darüber hinausgehende Regelung des Regionalplans wird als überflüssiger Eingriff in die kommunale Planungshoheit erachtet.

#### **5.4-6 Grundsatz – Biotopvernetzung innerhalb der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung**

*In den BSLE sollen die naturnahen Biotoptypen und extensiv genutzten Flächen vernetzt sowie eine reiche Ausstattung mit natürlichen Landschaftselementen gesichert und entwickelt werden.*

*Die BSLE sollen auch der funktionalen Einbindung und Vernetzung der BSN und der Sicherung notwendiger Pufferzonen zu diesen dienen.*

*Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die sich beeinträchtigend auf Flächen mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund auswirken können, sollen vermieden werden.*

### Bewertung / Kritik

Laut dem Grundsatz 5.4-6 sollen die BSLE als Pufferzone zu den BSN dienen. Häufig allerdings reichen die BSN, wie vorangegangen ausgeführt, bis unmittelbar an beispielsweise ASB und GIB, und damit an die Siedlungsbereiche, heran.

Die „Flächen mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund“ sind in der Erläuterungskarte 5B dargestellt, allerdings auf der gewählten Maßstabsebene räumlich kaum zu verorten.

### Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, den Grundsatz im Regionalplanentwurf selbst umzusetzen und die zeichnerische Darstellung so auszulegen, dass erforderliche Puffer zwischen beispielsweise ASB und GIB als BSLE bzw. AFAB dargestellt werden. Hierzu wird auch auf die Stellungnahme zu den Zielen 5.4-1 und 5.4-2 verwiesen. Zur Darstellung des Biotopverbunds wird auf die Anregung / Forderung zu Grundsatz 5.1-5 verwiesen.

## **Zu 5.5: Wasser und Wasserwirtschaft**

### **5.5-1 Ziel – Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz**

*Die BGG sind vor nachteiligen Auswirkungen auf die Wassergewinnung und die Wasserqualität zu schützen. Deshalb sind in diesen Bereichen insbesondere*

*/ raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die großflächige Versiegelungen zur Folge haben,*

*/ die Errichtung von wassergefährdenden Anlagen und*

*/ die Errichtung von Abfallentsorgungsanlagen auszuschließen.*

*Auch die nicht zeichnerisch als BGG festgelegten Einzugsgebiete von Wassergewinnungsanlagen und -entnahmestellen für die öffentliche Trinkwasserversorgung sind BGG (vgl. Erläuterungskarte 5G). In den aufgrund ihrer geologischen Struktur oder grundsätzlichen wasserwirtschaftlichen Bedeutung besonders gefährdeten Bereichen ist bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in besonderem Maße der Schutz des Grundwassers vor Verunreinigungen sicherzustellen. Bei der Überlagerung von Siedlungsraumfestlegungen sowie WEB mit BGG sind bei Planungen und Maßnahmen durch die Bauleitplanung und die Fachplanungen verbindliche Regelungen zu treffen, um Wassergefährdungen auszuschließen. Bei der Überlagerung von BGG und BSAB hat die Wassergewinnung stets Vorrang vor dem Abbau von Bodenschätzen.*

*Dazu: Auszüge aus der zeichnerischen Darstellung*

### Bewertung / Kritik

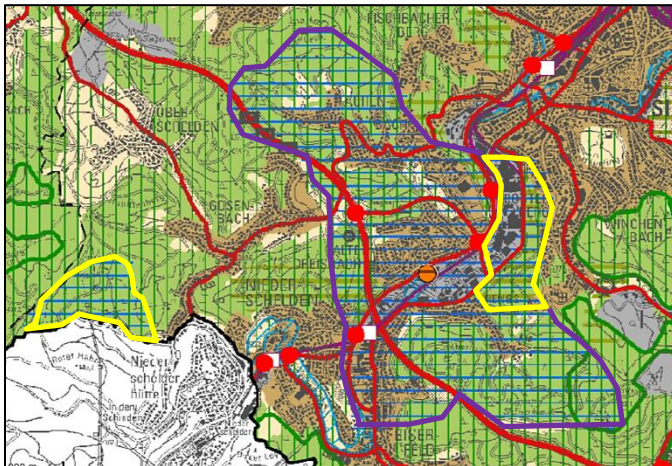
In Bereichen, in denen die BGG ASB und GIB überlagern, ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielstellung der BGG-Festlegung vorliegt. Dazu wird u.a. auf die Wasserschutzgebietsverordnung hingewiesen. Hierzu ist festzustellen, dass solche Konflikte allein dann auftreten können, wenn die im Regionalplan als BGG definierten Flächen wesentlich großzügiger festgelegt werden, als die rechtskräftig festgesetzten Wasserschutzzonen.

Für die Festsetzung der Wasserschutzzonen sind in NRW die Oberen Wasserbehörden zuständig, somit die Bezirksregierungen. Die rechtskräftigen und geplanten Wasserschutzzonen sind im Fachinformationssystem ELWAS-WEB dargestellt und wurden lt. Begründung zum Regionalplanentwurf, S. 79, auch aus ELWAS-WEB in den Regionalplanentwurf übernommen.

Bei Betrachtung der zeichnerischen Festlegungen für das Stadtgebiet Siegen fällt allerdings auf, dass die im Regionalplanentwurf enthaltenden BGG nicht den rechtskräftig festgesetzten Wasserschutzzonen entsprechen, sondern deutlich darüber hinausgehen.



Der Regionalplanentwurf stellt folgende Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz im Stadtgebiet dar:



Legende:

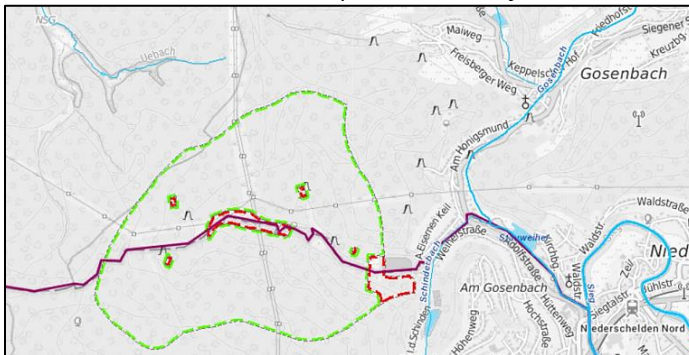
Gelbe Umgrenzungen:

geplante Trinkwasserschutzgebiete gem. ELWAS-Web

Lila Umgrenzung:

BGG-Festlegung im Regionalplanentwurf

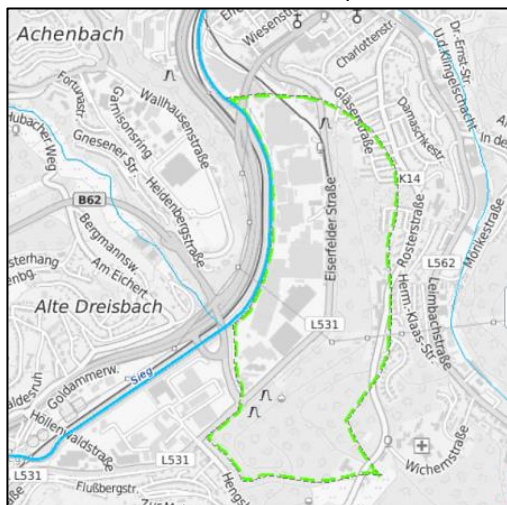
Ausschnitt aus ELWAS-WEB: Geplanter Bereich für den Grundwasserschutz Niederschelden



Detailbetrachtung:

Die vorgesehene Ausweisung des Bereiches für Grundwasserschutz Niederschelden am südwestlichen Stadtrand entspricht der bereits bekannten Abgrenzung des geplanten Trinkwasserschutzgebietes gemäß ELWAS-WEB.

Ausschnitt aus ELWAS-WEB: Geplanter Bereich für den Grundwasserschutz für die Grube Pützhorn Siegen

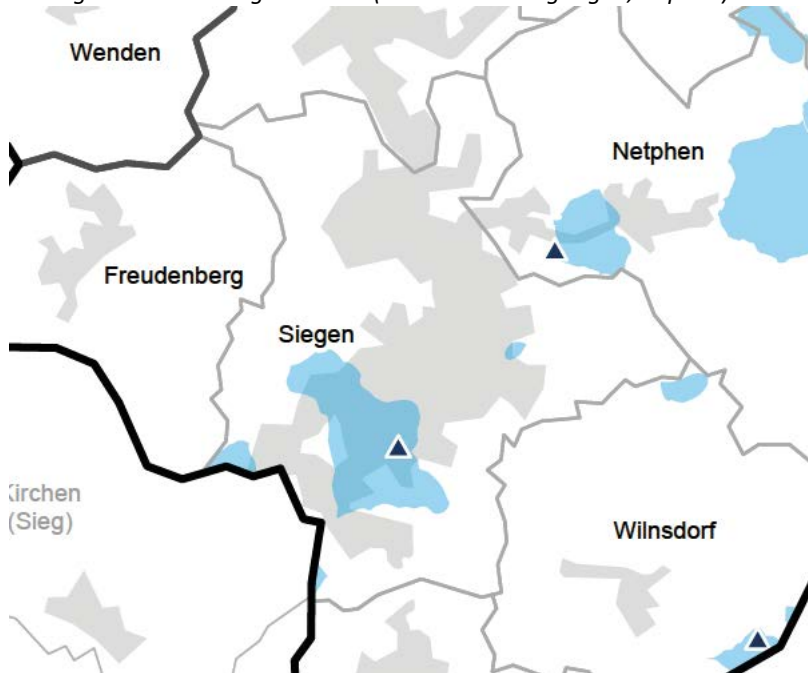


Detailbetrachtung:

Die vorgesehene Ausweisung des Bereiches für Grundwasserschutz für die Grube Pützhorn, Siegen-Hengsbach geht weit über die geplanten Abgrenzung eines Wasserschutzgebietes hinaus und umfasst

die Gemarkungen Achenbach, Dreisbach, Hengsbach bis hin zur Eisernhardt. (siehe Kartenauszug aus ELWAS WEB, 2021, oben gelb dargestellt). Der überwiegende Teil des Bereiches für Grundwasserschutz geht über das eigentliche Einzugsgebiet der Grube Pützhorn hinaus. Damit wäre in den o.g. Ortsteilen bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in besonderem Maße der Schutz des Grundwassers vor Verunreinigungen sicherzustellen. Bei Überlagerung mit neuen Bauflächen wären danach u.a. im Rahmen der Bauleitplanung verbindliche Regelungen zu treffen, um Wassergefährdungen auszuschließen. Es ist hier nicht erkennbar, welche wasserwirtschaftlichen Gründe für die Ausweitung des Bereiches für Grundwasserschutz der Grube Pützhorn ausschlaggebend waren.

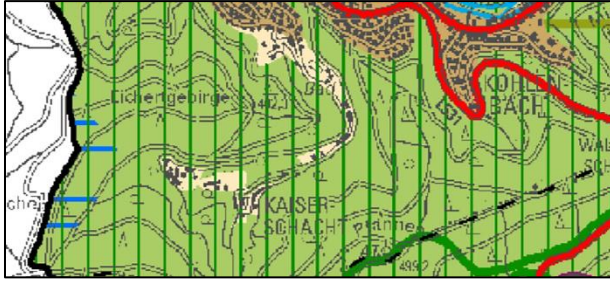
*Auszug aus Erläuterungskarte 5G (Textliche Festlegungen, Kap. 10):*



Detailbetrachtung:

Ein weiterer kleiner Teil im Bereich des Bürbacher Giersbergs, der in der Erläuterungskarte 5G als BGG dargestellt ist, ist weder in ELWAS-WEB noch in der zeichnerischen Darstellung des Regionalplanentwurfs enthalten – die räumliche Verortung bleibt unklar. Die auf Siegener Stadtgebiet verzeichnete punktuelle Trinkwasserentnahmestelle ist räumlich ebenfalls nicht präzise zu verorten. Die in der Erläuterungskarte 5G dargestellten punktuellen öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen bieten daher im Hinblick auf den Maßstab keinerlei Erkenntnisgewinn. Es handelt sich ganz offensichtlich nicht um raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen der Wasserwirtschaft – ebenso sind diese punktuellen öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen im wasserwirtschaftlichen Fachbeitrag nicht erwähnt. Auch aus den landesplanerischen Zielen ergibt sich keine Vorgabe für die Bezirksregierung Arnsberg, die punktuellen öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen mit einer zeichnerischen Darstellung in der Erläuterungskarte sowie einer Zielfestlegung in den Blick zu nehmen. Im wasserwirtschaftlichen Fachbeitrag wird lediglich darauf hingewiesen, dass es öffentliche Trinkwassergewinnungsanlagen gibt, deren Einzugsgebiet derzeit nicht als Wasserschutzgebiete gesichert sind. Es wird darin jedoch kein regionalplanerischer Handlungsbedarf formuliert. Auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung findet die Trinkwasserversorgung im Rahmen des Prüfkatalogs des § 1 Abs. 6 BauGB dagegen stets und ohnehin Berücksichtigung, ebenso wie allgemein kleinräumliche Maßnahmen zum Schutz der Gewässer bzw. des Grundwassers vorzusehen sind.

*Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf: Geplanter Bereich für den Grundwasserschutz südwestlich Eiserfeld*



**Detailbetrachtung:**

Westlich des Siedlungsbereichs Kaiserschacht, Eiserfeld (Kreuzzeichen) ragt ein Bereich für den Grundwasserschutz über die Stadtgrenze in das Stadtgebiet Siegen hinein. Dieser Bereich umfasste seinerzeit die Vorschlagsfläche 10 (Kreuzzeichen) für eine Windenergienutzung. Aktuell liegen konkrete Absichten zur Errichtung einiger Windkraftanlagen in diesem Bereich vor.

#### Anregung / Forderung

Bei Beibehaltung der zeichnerischen Darstellung der BGG würde die kommunale Planungshoheit durch fachlich nicht belegte, jedoch in der Bauleitplanung zwingend zu beachtende Restriktionen des Grundwasser- und Gewässerschutz unzulässig beeinträchtigt. Die Stadt Siegen fordert daher, die Festlegungen der BGG gemäß den in ELWAS-Web dargestellten geplanten und rechtskräftigen Trinkwasserschutzgebieten zu korrigieren und von der Zielfestlegung Abstand zu nehmen.

Da aus Sicht der Stadt Siegen auf Regionalplanebene keinerlei Regelungsbedarf bezüglich der punktuellen öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen besteht, sind diese aus der Erläuterungskarte 5G sowie aus den entsprechenden Zielfestlegungen herauszunehmen. Ebenso sind textliche Festlegungen bezüglich weiterer Flächen für den Grundwasser- und Gewässerschutz unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans zu streichen – der planerische Umgang mit diesen kleinteiligen Strukturen soll der kommunalen Planungshoheit der Stadt Siegen überlassen bleiben.

Es wird weiterhin gefordert, auf die Ausweisung geplanter Trinkwasserschutzgebiete als BGG im Bereich der gewerblichen Bauflächen bzw. bestehenden Gewerbe- und Einzelhandelsbetriebe an der Marienhütte sowie im Bereich westlich Kaiserschacht zu verzichten, um die Bestandsnutzungen sowie die kommunale Windkraftplanung nicht zu gefährden.

### **5.5-3 Ziel – Überschwemmungsbereiche**

*Die aus Gründen der Darstellbarkeit nicht zeichnerisch als ÜSB festgelegten  
 / festgesetzten Überschwemmungsgebiete,  
 / vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete,  
 / Gebiete mit mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit von Hochwasserereignissen (HQ100) und  
 / **Preußischen Überschwemmungsgebiete**  
 sind ÜSB (vgl. Erläuterungskarte 5H).*

*Dazu: Auszüge aus der zeichnerischen Darstellung und Auszüge aus ELWAS-WEB zum Vergleich*

*Darstellung in den Überschwemmungskarten aus ELWAS-WEB:*

*Blau schraffiert: festgesetzte Überschwemmungsgebiete*

*Gepunktet: vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete*

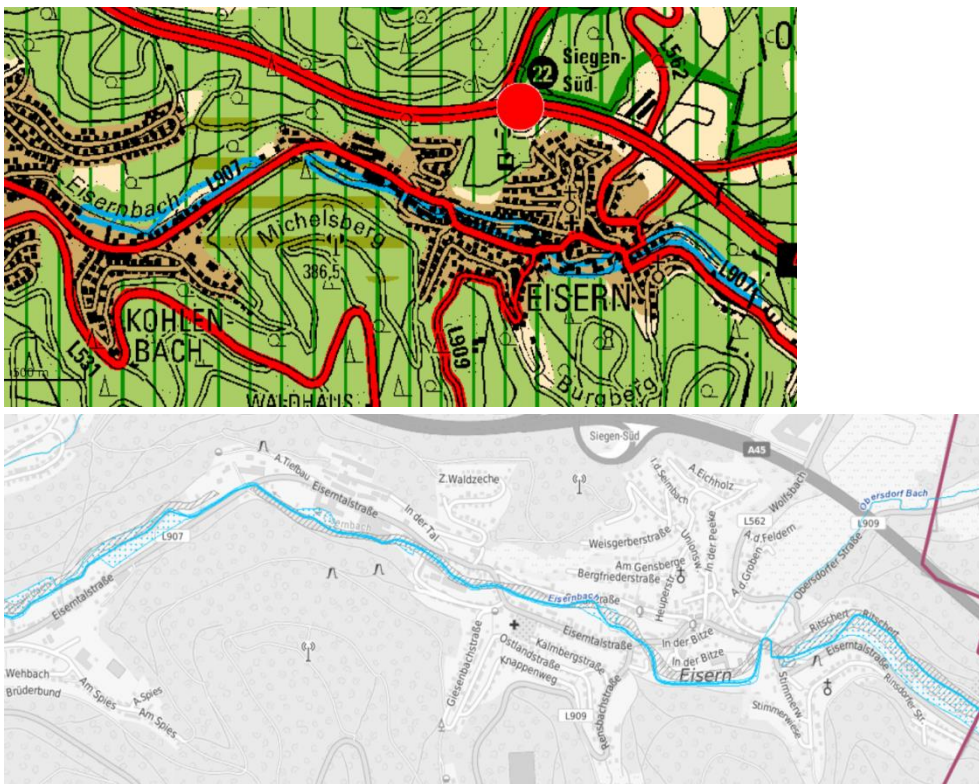
*Grau schraffiert: Überschwemmungsgebiete der preußischen Aufnahme*



Ausschnitt Bereich Niederschelden/Eiserfeld



Ausschnitt Bereich Eisern

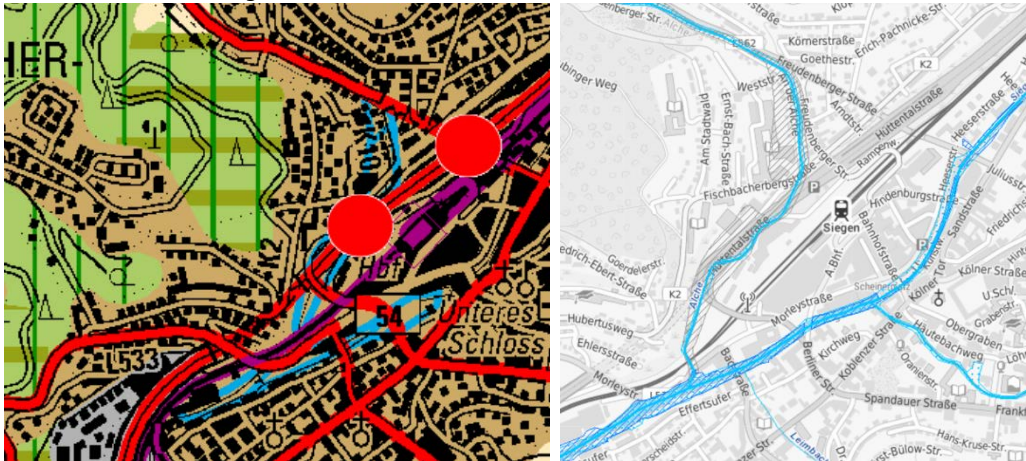


Ausschnitt Bereich Kläranlage Siegen

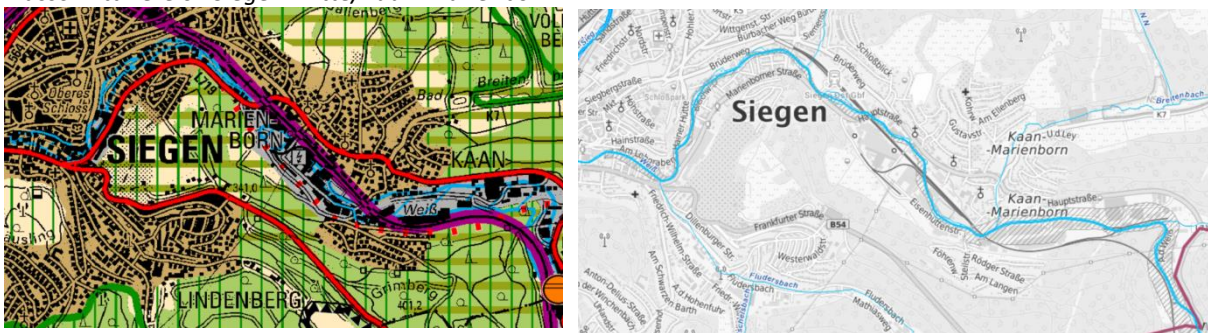




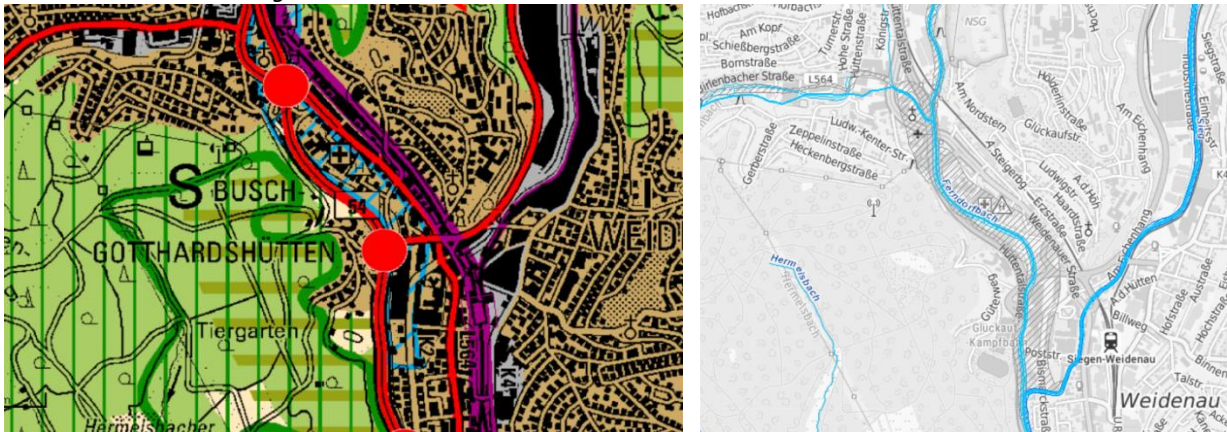
Ausschnitt Bereich Siegen-Mitte



Ausschnitt Bereich Siegen-Mitte/Kaan-Marienborn



Ausschnitt Bereich Buschgotthardshütten



Ausschnitt Bereich Geisweid



### Bewertung / Kritik

Die Ausschnitte aus dem Fachinformationssystem ELWAS-WEB verdeutlichen, dass im Regionalplanentwurf nicht nur die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete als ÜSG festgelegt worden sind. Vielmehr wurden ebenfalls die Überschwemmungsgebiete der preußischen Aufnahme übernommen, auch in den Bereichen, in denen die Gewässer bereits hochwasserfrei ausgebaut sind. Dies führt dazu, dass ASB und GIB im Bereich der Ferndorf (Stadtgrenze Kreuztal bis Einmündung Sieg), der Sieg (Stadtgrenze Netphen bis Landesgrenze Rheinland-Pfalz), der hochwasserfrei ausgebauten Gewässer Alche und Weiß sowie verbreitet im weiteren Stadtgebiet überlagernd mit der Festlegung ÜSG belegt sind. Die Zielfestlegung des Regionalplanentwurfs bzw. die zeichnerische Darstellung von Überschwemmungsgebieten als Vorranggebiet hat die weitreichende Konsequenz, dass faktisch eine Sperre für die Bauleitplanung besteht, das heißt, neue Siedlungsentwicklungen innerhalb der ÜSG nicht zulässig sind.

Aus Sicht der Stadt Siegen und der für den Gewässerschutz zuständigen Entsorgungsbetriebe der Stadt Siegen ist fachlich nicht nachvollziehbar, warum gemäß dem wasserwirtschaftlichen Fachbeitrag (S. 19) die preußischen Überschwemmungsgebiete eine geeignete Datengrundlage für die Ermittlung von Überschwemmungsgebieten im Regionalplan darstellen, weil gerade diese veralteten Daten die in den letzten Jahren erfolgten hochwasserfreien Ausbauten der Gewässer unberücksichtigt lassen. Im wasserwirtschaftlichen Fachbeitrag wird diese These auch nicht näher begründet. In der Regionalplanbegründung selbst ist jedoch festgehalten, dass „zum Zeitpunkt der Erarbeitung der ÜSB-Kulisse die preußischen Überschwemmungsgebiete überprüft“ werden, dieser Prozess noch nicht abgeschlossen sei und im Sinne des Vorsorgegedankens auch diese ÜSB in Abstimmung mit der oberen Wasserbehörde festgelegt würden (Begründung, S. 80). Dies ist aus Sicht der Stadt Siegen keine fachliche Begründung für die Ausweisung von ÜSG.

Die Abgrenzung des punktuell festgelegten ÜSG im Bereich der Kläranlage Siegen ist fachlich aus den Daten von ELWAS-WEB nicht herleitbar – hierbei scheint es sich um einen kartografischen Fehler zu handeln, ansonsten wäre das ÜSG linear darzustellen gewesen oder auf eine Darstellung auf Grund des Maßstabs zu verzichten.

Analog zu den punktuellen öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen wird auch hier in der Zielfestlegung wieder darauf hingewiesen, dass die Zielfestlegung auch für ÜSG anzuwenden ist, die sich auf Grund der Maßstäblichkeit des Regionalplans nicht zeichnerisch darstellen lassen.

### Anregung / Forderung

Bei Beibehaltung der zeichnerischen Darstellung der ÜSG würde die kommunale Planungshoheit durch Darstellungen, die auf den veralteten Daten der preußischen Überschwemmungsgebiete beruhen, unzulässig beeinträchtigt. Die rein „vorsorgliche“ Festlegung von ÜSG auf Basis noch zu prüfender bzw. in Bearbeitung befindlicher Darstellungen stellt einen erheblichen, nicht endabgewogenen und vollkommen unverhältnismäßigen Eingriff in die kommunale Planungshoheit dar.

Die Stadt Siegen fordert daher, in der zeichnerischen Darstellung die Festlegungen der ÜSG auf die festgesetzten und vorläufig gesicherten ÜSG zurückzunehmen und damit die planungsrechtlichen Konflikte, die auf dem Siegener Stadtgebiet durch die zahlreichen Überlagerungen von ASB und GIB mit ÜSG entstehen, zu minimieren. Die Erläuterungskarte 5H ist entsprechend anzupassen. Des Weiteren sind bei verbliebenen Überlagerungen zwischen ASB bzw. GIB und ÜSG die ASB bzw. GIB jeweils aus der zeichnerischen Darstellung herauszunehmen, weil in diesen überlagernden Bereichen für die kommunale Bauleitplanung keinerlei Möglichkeit zur Siedlungsentwicklung besteht und etwaige Flächenreserven nur so andernorts ausgewiesen werden können. Im Übrigen stellt die Überlagerung von ASB / GIB und ÜSG einen Zielkonflikt da und deutet darauf hin, dass die regionalplanerischen Festlegungen auch an dieser Stelle nicht endabgewogen sind.



Weiterhin besteht aus Sicht der Stadt Siegen auf Regionalplanebene keinerlei Regelungsbedarf bezüglich der Überschwemmungsgebiete, die in der zeichnerischen Darstellung auf Grund der Maßstabsebene nicht abbildbar sind. Auf Ebene der Bauleitplanung werden diese ÜSG im Rahmen der Ausübung der kommunalen Planungshoheit in fachlicher Abstimmung mit den entsprechenden Fachbehörden bereits aktuell hinreichend berücksichtigt.

## Zu 6.1: Verkehr

### 6.1-1 Grundsatz – Regionales Verkehrssystem

*Das Verkehrssystem soll die raum- und umweltverträgliche Mobilität von Menschen und Gütern gewährleisten. Dazu ist die Einbindung der Region – insbesondere der GIB – in das großräumige nationale sowie internationale Verkehrsnetz über alle Verkehrsträger sicher zu stellen.*

*Ihre innerregionale Erschließung soll so ausgestaltet werden, dass Mobilität und Leistungsaustausch zwischen den Orten – insbesondere zwischen den zASB – möglich ist. Die Leistungsfähigkeit des Verkehrsnetzes soll gesichert und entwickelt werden.*

*Im zukünftigen Verkehrssystem sollen insbesondere alternative Antriebstechnologien und Mobilitätsformen genutzt werden. Die Anteile der umweltverträglichen Verkehrsträger an der gesamten Verkehrsleistung sollen weiter gesteigert werden.*

#### Anregung / Forderung

Den Ausführungen in der Erläuterung zu 6.1-1 Grundsatz – Regionales Verkehrssystem nach könnte sich der Grundsatz auch auf das Radverkehrsnetz beziehen. Zur Förderung des Umweltverbundes sollte dies aber auch aus dem Grundsatz selber direkt eindeutig ersichtlich werden und nicht erst aus dem Kontext der Erläuterung. Die Stadt Siegen fordert daher, in der Grundsatzformulierung klarzustellen, dass auch der Umweltverbund integrierter Teil des Regionalen Verkehrssystems ist.

## Zu 6.2: Straßennetz

### 6.2-2 Ziel – Zukünftige Straßenbaumaßnahmen

*Im Bereich der als Bedarfsplanmaßnahmen zeichnerisch festgelegten Trassen sind Planungen oder Maßnahmen, die eine spätere Konkretisierung der Planung oder den Bau unmöglich machen oder wesentlich erschweren, ausgeschlossen. Die zukünftigen Straßenbaumaßnahmen sind in Erläuterungskarte 6A abgebildet.*

*Bei der Überlagerung von Straßen für den vorwiegend großräumigen sowie vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr, die im Regionalplan als Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung festgelegt sind, mit Regionalen Grünzügen bzw. mit BSN stehen diese der Umsetzung der Bedarfsplanmaßnahmen nicht entgegen.*

*Die Überlagerung von Straßen für den vorwiegend großräumigen sowie vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr, die im Regionalplan als Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung festgelegt sind, mit den Siedlungsraumfestlegungen stehen diese der Umsetzung dieser nicht entgegen.*

#### Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen regt an, neben den Bedarfsplanmaßnahmen im Regionalplan auch weitere Straßenbauprojekte an klassifizierten Straßen aufzuführen, auch, wenn sie bislang nicht Bestandteil des Bundesverkehrswegeplans oder des Landesbedarfsplans NRW sind. Generell liegt der Planungshorizont des Regionalplans bei 2040, die des BVWP hingegen bei 2030. Daher ist es aus Sicht der Stadt Siegen erforderlich, auch über den BVWP und das Landesstraßenausbaugesetz hinausreichende Zielsetzungen im Regionalplan zu definieren. Die Anregung kann beispielsweise durch Formulierung eines weiteren Grundsatzes umgesetzt werden. Die Bedeutung dieser weiteren Projekte für die Stadt Siegen sowie für die Region würde damit unterstrichen. Aus Sicht der Stadt Siegen wären aufzuführen:

- AS Oberschelden/Seelbach an der BAB 45

Ausschnitt aus Erläuterungskarte 6A:



#### Anregung / Forderung

Die Siegtalstraße ist falsch dargestellt. Die Dicke der Linie deutet auf eine Klassifizierung als Bundesstraße hin, die Siegtalstraße wird jedoch als L907 geführt und müsste daher eine dünnere Linie erhalten (wie die Eiserfelder Straße als L531). Die zeichnerische Darstellung sollte entsprechend korrigiert werden.

## Zu 6.3: Verkehr

### 6.3-1 Grundsatz – Güterverkehr auf den Schienenstrecken

*Die Bedienung des Güterverkehrs auf den Schienenstrecken des Planungsraums soll sichergestellt werden, die vorhandenen Einrichtungen des Güterverkehrs erhalten und bei Bedarf um neue Einrichtungenergänzt werden.*

*Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene soll gefördert werden, indem bei der Konkretisierung von GIB in kommunale Bauleitplanung die gewerblichen und industriellen Bauflächen an das im Umfeld vorhandene Schienennetz angebunden werden.*

#### Anregung / Forderung

Der Grundsatz ist aus theoretischer verkehrsplanerischer bzw. umweltfachlicher Sicht zu begrüßen. Im topografisch bewegten Südwestfalen bzw. im Siegener Stadtgebiet ist eine direkte Anbindung der im Regionalplanentwurf ausgewiesenen und noch nicht mittels Bauleitplanung entwickelten GIB an den Schienenverkehr jedoch auf Grund der Topografie und des historisch gewachsenen Schienennetzes jedoch nicht möglich. Die Stadt Siegen regt daher an, den Grundsatz im Hinblick auf die Konkretisierung der GIB um die Anmerkung „sofern möglich“ zu erweitern.

## Zu 6.4: Schienenpersonennahverkehr und straßengebundener ÖPNV

### 6.4-6 Grundsatz – Alternative Bedienungsformen des ÖPNV

*Es sollen Konzepte für ein tragfähiges ÖPNV-Netz entwickelt werden. Bei der Planung und Ausgestaltung des ÖPNV-Netzes sollen insbesondere die Möglichkeiten alternativer Bedienungsformen berücksichtigt werden.*

#### Anregung / Forderung

Im Gegensatz zu verdichteten Räumen stellen alternative Bedienungsformen des ÖPNV für Südwestfalen und auch für die Stadt Siegen mit einigen verdichteten, aber auch zahlreichen ländlichen Stadtteilen eine tragende Säule der Mobilität dar. Sie ergänzen das bestehende Hauptstreckennetz gerade in den ländlichen Bereichen. Die Stadt Siegen regt daher an, am Ende des Grundsatzes wie folgt zu ergänzen: „[...]“, um auch abseits der ÖPNV-Hauptstrecken eine qualitative ÖPNV-Anbindung anbieten zu können.“

Außerdem regt die Stadt Siegen an, in den Erläuterungen zum Grundsatz 6.4-6 Bezug auf weitere alternative Bedienungsformen zu nennen, beispielsweise Carsharing-Systeme wie das Dorfauto in Hilchenbach-Grund oder den bereits in den Erläuterungen zu Grundsatz 6.1-1 erwähnten autonom fahrenden Bus SAM in Drolshagen bzw. Lennestadt. Außerdem sollte erwähnt werden, dass das System der Bürgerbusse gerade für den ländlichen Raum von hoher Bedeutung ist.

## Zu 6.5: Radverkehr

### 6.5-1 Grundsatz – Regionales Radwegenetz

*Das bestehende Radwegenetz soll in seinem Bestand gesichert und zu einem regionalen Radwegenetz entwickelt werden. Dabei sollen neue Radwegeverbindungen und Lückenschlüsse interkommunal geplant und umgesetzt werden.*

*Eine Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln soll berücksichtigt werden. Das regionale Radwegenetz ist in Erläuterungskarte 6C abgebildet.*

*Dazu aus der Begründung S. 92:*

*MIV wird in ländlichen Regionen weiterhin den Mittelpunkt des Verkehrssystems bilden.*

*[...] Deshalb ist das bestehende Radwegenetz zu sichern und zu einem regionalen Radwegenetz zu entwickeln.*

#### Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen regt an, im Sinne der Verkehrswende und des Grundgedankens der Förderung des Umweltverbundes den aus der Begründung zitierten Satz zu streichen. Außerdem sollte hinter „[...] zu entwickeln“ wie folgt ergänzt werden „und auszubauen“.

In die Erläuterungen zum Grundsatz 6.5-1 sollte die sich derzeit in Erarbeitung befindliche Machbarkeitsstudie für ein kreisweites Radverkehrsnetz im Kreis Siegen-Wittgenstein Eingang finden.

*Ausschnitt aus Erläuterungskarte 6C:*



#### Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen regt an, die Mittelland-Route (D-Route 4), die das Siegener Stadtgebiet von Nordosten nach Südwesten durchläuft, ebenfalls als Radroute mit überregionaler touristischer Bedeutung darzustellen, nicht nur als regionalen Radweg nach Radwegenetz NRW. Zudem wird angeregt, die überregional touristisch bedeutsamen Themenradrouten in der Erläuterungskarte zu benennen.

#### Anregung / Forderung – Ergänzung des Teils 6.5:

Im Radwegenetz gibt es Projekte, für die neue Trassen vorgesehen sind und über das Bürgerradwegprogramm dem Landesbetrieb Straßen.NRW auch schon seit 2011 vorliegen. Aus Sicht der Stadt Siegen



sollten diese, ähnlich der Bedarfplanmaßnahmen im MIV-Bereich, aufgelistet werden. (vgl. Tab. 6.1, Seite 131).

Das betrifft im Stadtgebiet folgende Abschnitte:

- L907 zwischen Gosenbach und Oberschelden
- L564 zwischen Langenholdinghausen und Niederholzklaus (dieser befindet sich aktuell in der LP 1 zwischen der Stadt Freudenberg und Siegen in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW)
- L564 Langenholdinghausen
- K5 in Weidenau an der Giersbergstraße
- K7 zwischen Kaan und Volnsberg
- K7 zwischen Volnsberg und Breitenbach
- K8 zwischen Langenholdinghausen und Meiswinkel

Die Stadt Siegen regt an, hierzu einen eigenen Grundsatz zu formulieren und damit ein deutliches Signal für den Ausbau des städtischen und regionalen Radverkehrsnetzes zu setzen.

### 6.5-3 Grundsatz – Straßenbegleitende Radwege

*Bei der Planung eines Neu- oder wesentlichen Umbaus von Straßen für den vorwiegend großräumigen oder überregionalen und regionalen Verkehr soll die Anlage straßenbegleitender Radwege vorgesehen werden.*

Dazu aus der Begründung S. 93:

*„Da die Anlage straßenbegleitender Radwege insbesondere im topografisch bewegten Planungsraum an bestehenden Straßen oft nur schwierig umsetzbar ist, soll der Radwegebau bei der Planung eines Neu- oder wesentlichen Umbaus mitgedacht werden.“*

#### Bewertung / Kritik

Der in der Begründung zu Grundsatz 6.5-3 formulierte Ansatz ist aus Sicht der Stadt Siegen nicht zielgerichtet. Die derzeitige Formulierung widerspricht außerdem der Begründung auf S. 92 zu Grundsatz 6/5-1, in der erläutert wird, dass „das bestehende Radwegenetz zu einem regionalen Radwegenetz zu entwickeln“ ist und „interkommunal geplant und umgesetzt werden“ soll. Gerade in einem topografisch bewegten und ländlichen Raum wie Südwestfalen sind sichere Radwege längs der überörtlichen Verkehrswege unerlässlich, um den Radfahrerinnen und Radfahrern, deren Anzahl seit der Verbreitung von E-Bikes und Pedelecs gerade auch auf diesen Verkehrswegen deutlich zugenommen hat, sicheres und komfortables Fahren zu ermöglichen und schwere Unfälle zu vermeiden. Zudem sollte der Hinweis darauf, dass die Anlage straßenbegleitender Radwege im topografisch bewegten Planungsraum an bestehenden Straßen oft nur schwierig umsetzbar sei, durch eine positive Formulierung ersetzt werden, etwa: „Auch für bestehende Straßen soll nach Möglichkeiten gesucht werden, straßenbegleitende Radwege zu realisieren.“

#### Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, den Grundsatz in ein Ziel umzuwandeln und so auf eine stärkere Verpflichtung zur Anlage straßenbegleitender Radwege hinzuwirken, dies auch vor dem Hintergrund der Bürgerradwege, die der Landesbetrieb Straßen.NRW selbst in einem eigenen Programm fördert. Zudem sollte die Formulierung wie folgt ergänzt werden: „Die straßenbegleitenden Radwege sind möglichst störungsfrei und getrennt vom MIV zu führen.“

## Zu 6.7: Abwasserentsorgung

### 6.7-1 Ziel – Abwasserbehandlungs- und Abwasserreinigungsanlagen

*An den als Abwasserbehandlungs- und Abwasserreinigungsanlagen festgelegten Standorten sind alle Planungen und Maßnahmen auszuschließen, die mit dieser Nutzung nicht vereinbar sind. Die Bauleitplanung hat unter Berücksichtigung des § 50 BImSchG sicherzustellen, dass die erforderlichen Mindestabstände zu immissionsempfindlichen Nutzungen eingehalten werden.*

#### Anregung / Forderung

Die Kläranlage Siegen-Weidenau wird voraussichtlich 2024 an die Kläranlage Siegen angeschlossen. Die Umbauarbeiten auf der Kläranlage Siegen sind im Gange. Die Stadt Siegen fordert daher, dass die Außerbetriebnahme der Kläranlage Weidenau in den Regionalplan aufgenommen wird und festgelegt wird, das Ziel 6.7-1 nach Außerbetriebnahme auf den Kläranlagenstandort Weidenau keine Anwendung mehr findet.

## Zu 8.1: Windenergie

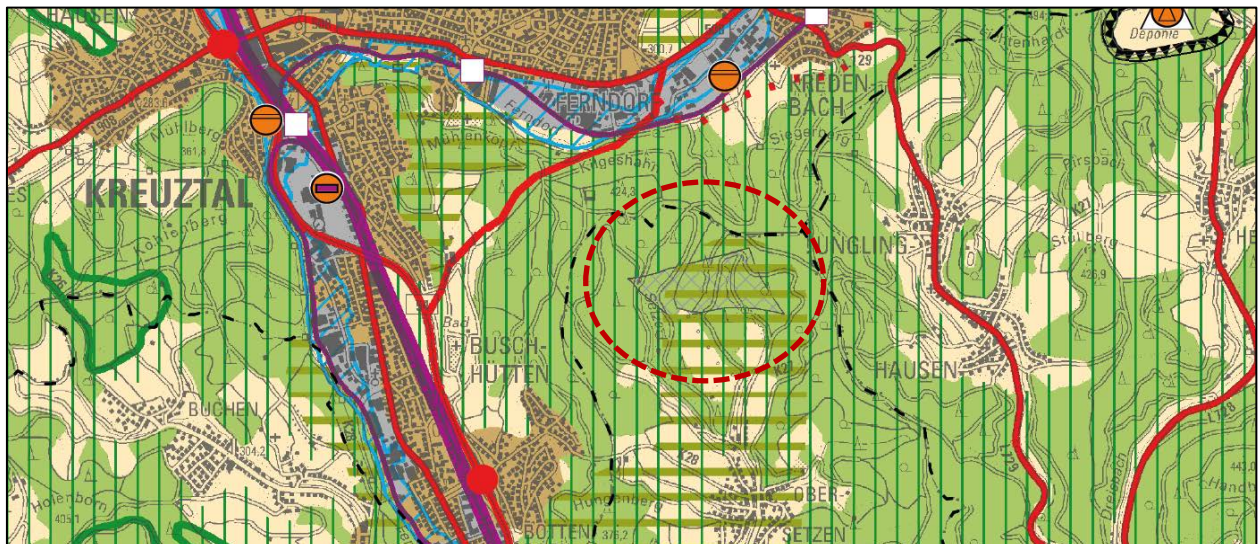
### 8.1-1 Ziel – Windenergiebereiche

*Innerhalb von WEB hat die Errichtung von Windenergieanlagen Vorrang vor allen anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen. Die WEB sind in Erläuterungskarte 8A abgebildet. Ausgenommen von dem Vorrang sind kleinteilige Flächen, die nach fachgesetzlichen Regelungen als Windenergieanlagenstandorte ausgeschlossen sind. Die WEB sind dabei auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung zu konkretisieren. Außerhalb der WEB können auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanungen weitere Flächen dargestellt bzw. Gebiete festgesetzt werden.*

#### Zu 8.1-1 Ziel – Windenergiebereiche

*Die WEB sind Vorranggebiete im Sinne des § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG. Innerhalb dieser Gebiete sind alle räumlichen Planungen und Maßnahmen unzulässig, die der vorrangigen Nutzung entgegenstehen. Demnach darf im Flächennutzungsplan eine Windenergienutzung innerhalb der Vorranggebiete nicht ausgeschlossen werden. Dies gilt sowohl für bestehende als auch für geplante Konzentrationszonen im Flächennutzungsplan. Das mit der Vorranggebietsfestlegung verbundene Umsetzungserfordernis lässt den planenden Kommunen entsprechend des rahmensetzenden Charakters der Regionalplanung Konkretisierungsspielräume. So erfordert die lokale Planungsebene zum Teil eine detailliertere Auseinandersetzung mit verschiedenen Belangen als es im Planungsmaßstab des Regionalplans (1:50.000) möglich ist. Dies betrifft unter anderem Fragen des Artenschutzes oder auch des vorsorgenden Immissionsschutzes. [...]*

#### Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – WEB Obersetzen



### Bewertung / Kritik

Vorranggebiete haben den Charakter von Zielen der Raumordnung und sind demnach von den nachgelagerten Planungsebenen zu beachten und als endabgewogen zu verstehen. Die WEB sind dabei auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung zu konkretisieren. Außerhalb der WEB können auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanungen weitere Flächen dargestellt bzw. Gebiete festgesetzt werden. Aber im Flächennutzungsplan darf eine Windenergienutzung innerhalb der Vorranggebiete des Regionalplanes nicht ausgeschlossen werden.

Für Siegen bedeutet dies:

Die Stadt Siegen hat mit der 28. Flächennutzungsplanänderung im Jahr 2001 drei Konzentrationszonen für Windenergieanlagen in den Stadtteilen Volnsberg, Meiswinkel, und Oberschelden ausgewiesen. Mit dieser Planung wird die Ausschlusswirkung gem. § 35 (3) Nr. 3 BauGB für alle weiteren Außenbereichsflächen innerhalb des Stadtgebietes erzielt.

Im Entwurf der nunmehr vorliegenden Neuaufstellung des Regionalplans ist innerhalb des Stadtgebietes Siegen ein Vorranggebiet für Windenergieanlagen als Ziel der Raumordnung und Landesplanung gemäß Nummer 8.1.1 der Begründung formuliert.

Dieses Gebiet liegt in der Gemarkung Obersetzen und entspricht in etwa der Lage der Fläche Nr. 1 Obersetzen in der begonnenen 85. FNP-Änderung. Das Verfahren zur Aufstellung der 85. Änderung des Flächennutzungsplanes wurden bis zum Stand der frühzeitigen Beteiligung durchgeführt, ruht jedoch seit 2016. Damit ist die 28. FNP-Änderung weiterhin anzuwenden für alle Entscheidungen hinsichtlich der Zulässigkeit von Windenergieanlagen, und sie erzielt Ausschlusswirkung für alle Flächen, die über die drei Konzentrationszonen hinausgehen.

Insofern verstößt die vorhandene Ausschlusswirkung der gemeindlichen Planung (28. Änderung) gegen das nunmehr in Festlegung befindliche landesplanerische Ziel, da aufgrund des vorliegenden Flächennutzungsplanes die im Regionalplan vorgesehene Fläche WEB 82 nicht mit Windenergieanlagen bebaut werden könnte.

Daraus folgt, dass die Anpassungspflicht gem. § 1 Abs. 4 BauGB in Verb. mit § 35 LPlG NRW (materielle Konkordanz der übergeordneten Landes- oder Regionalplanung und der kommunalen Bauleitplanung) ausgelöst wird.

Der Zielkonflikt kann planungsrechtlich nur ausgeräumt werden, wenn entweder die Stadt Siegen ein neues umfangreiches Flächennutzungsplanänderungsverfahren zur Ausweisung von Konzentrationszonen für Windkraftanlagen unter Berücksichtigung der genannten landesplanerischen Vorgabe bzw. der geplanten Vorranggebiete durchführt, oder die bestehenden Ausweisungen durch ein gesondertes Verfahren aufhebt und somit auf die Ausschlusswirkung und kommunale Steuerungsmöglichkeit verzichtet und damit den gesamten Außenbereich gemäß § 35 BauGB für die Windenergienutzung freigibt. Über deren Zulässigkeit entscheidet dann der Kreis Siegen-Wittgenstein auf Grundlage der Vorgaben des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG)

### Zur Fläche WEB 85

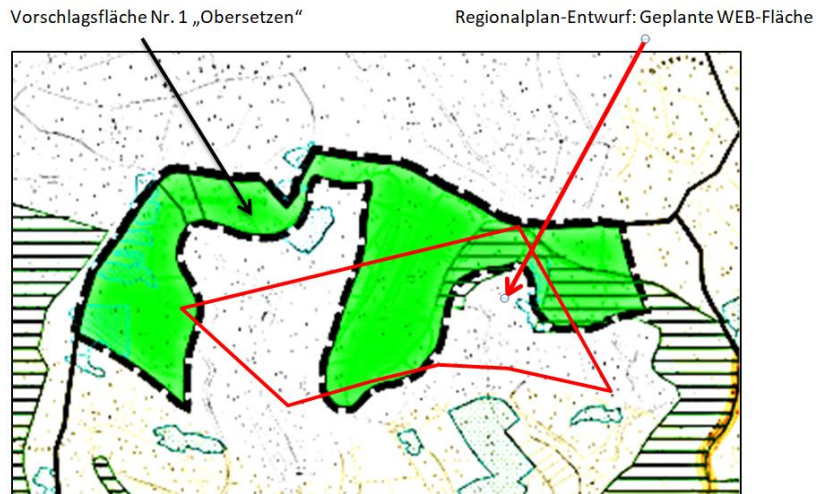
Für den Höhenzug nördlich der Ortslage Obersetzen wurden im Zuge der geplanten Ausweisung von Windkonzentrationszonen im Stadtgebiet (Konzept zur 85. Änderung des Flächennutzungsplanes) eine Vorschlagsfläche abgegrenzt. Diese umfasst ausschließlich die windexponierten Hang- und Kuppenlagen entlang der Stadtgrenze zu Kreuztal.

Zur Feststellung einer naturschutzrechtlichen Zulässigkeit der Vorschlagsfläche wurden umfangreiche Artenschutzuntersuchungen durchgeführt. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass aus Artenschutzgründen keine zwingenden Gründe für eine Unzulässigkeit einer Konzentrationszone für die Windenergie-

nutzung vorliegen. Die von den Gutachtern gegebenen Hinweise auf notwendige Detailuntersuchungen wären im Rahmen nachfolgender Einzelgenehmigungsverfahren durchzuführen.

Daher wurde im FNP-Verfahren vorgeschlagen, die geplante Vorschlagsfläche (Nr. 1 Obersetzen) im Rahmen des FNP-Änderungsverfahrens weiter zu verfolgen.

Die nachstehende Überlagerung der geplanten WEB-Fläche des Regionalplanentwurfs mit der seinerzeit von der Stadt Siegen vorgenommenen Abgrenzung der Vorschlagsfläche Nr. 1 zeigt allerdings, dass die WEB-Fläche hiervon erheblich abweicht.



Die WEB-Fläche orientiert sich nicht an den vor Ort gegebenen topografischen Verhältnissen und umfasst auch die Tallagen des Setzebachtals. Diese sind für eine Windenergienutzung weitgehend ungeeignet. Außerdem rückt die WEB-Fläche näher an die Wohnbebauung von Obersetzen heran, was auch aus Immissionsschutzgründen problematisch zu bewerten ist. Anders als im Umweltbericht dargestellt befindet sich der Siedlungsbereich Obersetzen in einer Entfernung von nur rd. 750 m zum WEB und damit weniger als 1.000 m entfernt, trotz anders lautender Abgrenzungsmethodik gemäß Begründung, S.131 - Wahl eines Vorsorgeabstandes von 1.000 m zu Siedlungsflächen. Am Rande sei angemerkt, dass die Angaben im Flächensteckbrief zum WEB Obersetzen im Umweltbericht (S. 3370 ff.) unter Punkt 4 (Zusammenfassende Bewertung) missverständlich sind. Es sind demnach erhebliche Umweltauswirkungen für zwei Schutzgüter zu erwarten, thematisiert wird das Schutzgut Mensch („Für das Schutzgut Mensch, einschließlich menschliche Gesundheit sind voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen durch die Nähe zu Erholungswäldern der Stufe 1 im Umfeld der Stadt Siegen zu erwarten. Das Plangebiet ist mit Ausnahme des Südkorridors von derartigem Wald umgeben. Infolge der Errichtung von Windenergieanlagen kann es zu Störungen der Erholungsnutzung insbesondere durch Schallimmissionen in den Erholungswald hinein kommen.“). Die Tabelle in Pkt. 4 muss dahingehend angepasst werden.

#### Anregung / Forderung

Gemäß des geltenden LEP NRW mit dem „10.2-2 Grundsatz Vorranggebiete für die Windenergienutzung: In den Planungsregionen können Gebiete für die Nutzung der Windenergie als Vorranggebiete in den Regionalplänen festgelegt werden.“ sollte die Regionalplanbehörde auf die Zielformulierung 8.1-1 verzichten, um der kommunalen Bauleitplanung weiterhin die Planungshoheit zu überlassen. Damit können diese steuernd auf die Entwicklung der Windenergie in ihren Kommunen auf Basis und Auswertung der örtlichen Gegebenheiten Einfluss nehmen und die spezifischen örtlichen Aspekte in die Abwägung einstellen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten (das sind Gebiete, in denen bestimmten raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist) könnte sowohl der regionalplanerischen Intension als auch der kommunalen Planungshoheit Rechnung getragen werden. Diese Festlegung entspräche eben-



falls der Untersuchungs- und Detailtiefe, die auf Regionalplanebene bezüglich der spezifischen örtlichen Gegebenheiten abgearbeitet werden kann.

Sollte die Regionalplanungsbehörde an der Festlegung der Vorranggebiete festhalten wollen und damit diese als rechtssicher im Hinblick auf die Vorgaben des LEPs in Verbindung mit den gesetzlichen Anforderungen an das Gegenstromprinzip und der Wahrung der kommunalen Planungshoheit erachten, ist eine Anpassung an die örtlichen Verhältnisse bzw. vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der städtischen Windkonzeptplanung und eine Anpassung an die derzeitigen bzw. geplanten gesetzlichen Regelungen im Rahmen der Länderöffnungsklausel (harter Tabubereich von 1.000 m um Siedlungsbereiche) zwingend notwendig.

Der Umweltbericht ist zu überarbeiten, Widersprüche sind zu korrigieren. Dem ist eine besondere Bedeutung beizumessen, da die Zusammenfassende Bewertung im Umweltbericht zu dem Schluss kommt, dass für das Schutzgut Mensch erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Im Gesamtresümee wird aber eine geringe bis mäßige Umweltauswirkung bescheinigt.

Wie willkürlich, unbegründet und von politischen Erwägungen getragen die Festlegung des gewählten Vorsorgeabstandes ist, zeigt, dass sich im Rahmen der hier vorliegenden Ausführungen keinesfalls an der Vorgabe des LEP mit „10.2-3 Grundsatz Abstand von Bereichen/Flächen für Windenergieanlagen Bei der planerischen Steuerung von Windenergieanlagen in Regionalplänen und in kommunalen Flächennutzungsplänen soll zu Allgemeinen Siedlungsbereichen und zu Wohnbauflächen den örtlichen Verhältnissen angemessen ein planerischer Vorsorgeabstand eingehalten werden; hierbei ist ein Abstand von 1500 Metern zu allgemeinen und reinen Wohngebieten vorzusehen. ....“ orientiert wird.

## Zusätzliche Anregung: Regiopole Siegen

Am 10.06.2020 hat der Rat der Universitätsstadt Siegen beschlossen, sich als Partnerin am Modellvorhaben des Bundes „Regiopolen und Regiopolregionen für Deutschland“ auf Grundlage des Zuwendungsbescheides der Bundesförderung „Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE/BMI)“ zu beteiligen.

Der Raumentwicklungsfunktion kleiner Großstädte in spezifischen Verflechtungsräumen wird im Zuge der bundespolitischen Raumagenda „Neuvermessung Deutschlands – Unser Plan für Deutschland“<sup>3</sup> und der „Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ eine besondere Bedeutung beigemessen. Die raumordnerische Relevanz von Regiopolen ergibt sich aus ihrer Funktion als Bindeglied zwischen Metropolen und ländlichem Raum. Gerade in den Regiopolen werden sowohl der Einfluss auf Siedlungsstrukturen und Siedlungsentwicklung (Entlastungsfunktion Metropolen), der Innenentwicklung von forschungsnahen Gewerbe- und Industrieansiedlungen (Fachkräfteentwicklung und Standortattraktivität) als auch die Ausbildung spezifischer Verkehrs-, Versorgungs-, Bildungs- und Energieinfrastrukturen (Sektorenkopplung) durch neue gesellschaftliche Entwicklungen, den Klimawandel, die fortschreitende Digitalisierung und sich ändernden Mobilitätskulturen der Menschen erkennbar.

Die Stadt Siegen entwickelt in dem o.g. Förderprogramm mit Laufzeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2022 ein spezifisches Regiopolekonzept für eine „Regiopolregion Siegen“ in Südwestfalen. Gegenstand sind u.a. die Analyse der regiopolitanen Ausstattungsmerkmale und Stadt-Umland-Verflechtungen entsprechend des Kriterienkatalogs, die Ableitung von Anforderungen an die Regiopolregion Siegen und die Erarbeitung der Grundlagen zur nachhaltigen Implementierung in die Regionalplanung. Die Regiopolregion soll dabei auch länderübergreifend (Lage Siegens im Dreiländereck) gedacht werden. Exemplarisch werden im Infrastrukturbereich „Bildung, Forschung & Entwicklung“ der Stadt Siegen die spezifischen Wissensinfrastrukturen als raumordnerische Bedeutung der Regiopolen herausgearbeitet. Das Forschungsprogramm dient als Instrument der EU-Kohäsionspolitik zur Umsetzung des Bundesprogramms „Regionen entwickeln“. Aus Sicht der Stadt Siegen wird daher bereits jetzt – zu Beginn der Konzepterarbeitung – eine Würdigung des Themas im Regionalplan als zielführend erachtet.

<sup>3</sup> Vgl. [Unser Plan für Deutschland - Gleichwertige Lebensverhältnisse überall \(bund.de\)](https://www.bund.de)

Anregung / Forderung

Es wird angeregt, in den textlichen Festlegungen des Regionalplans die Raumkategorie der Regiopolen als zu den Metropolregionen gleichwertige Raumkategorie in ländlich geprägten Räumen im Regionalplan darzustellen und auf die Zielsetzung der Stadt Siegen hinzuweisen, ein Regionpolekonzept für eine „Regiopolregion Siegen“ in Südwestfalen zu entwickeln.



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4

Siegen, 10.05.2021

Bereich: Stadtentwicklung / -planung und Liegenschaften

Bearbeitet von: Herrn Daschke, Frau Herweg

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen  
und Liegenschaften**

**27.05.2021**

**Bauausschuss**

**02.06.2021**

**Rat**

**23.06.2021**

Kurzbezeichnung:

**Umsetzung des Wohnbaulandkonzeptes 2018;  
Konzeptionsbeschluss zur Erweiterung des Wohngebietes Bürbacher Giersberg (Untersu-  
chungsfläche Bürbach\_2)**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die wohnbauliche Entwicklung der Untersuchungsfläche Bürbach\_2 unter Inanspruchnahme von Teilbereichen der Untersuchungsfläche Bürbach\_4.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die städtebaulichen Entwicklungsvarianten 3 und 4 zu den Bereichen „Am Wäldchen“ und „Zur Dicken Eiche“ zur Kenntnis.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung auf Basis der Entwicklungsvariante 4 mit den Vorarbeiten für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 436 „Erweiterung Bürbacher Giersberg“, Stadtteil Bürbach zu beginnen.

**Sachverhalt / Begründung:****Zur Vorgeschichte**

---

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 24.06.2020 über die Erweiterung des Wohngebietes Bürbacher Giersberg (Untersuchungsfläche Bürbach\_2) beraten (Vorlage Nr. 2969/2020).

Durch die Verwaltung wurden insgesamt vier städtebauliche Entwürfe für die Teilfläche „Am Wäldchen“ (Idee A, Idee B, Variante 1 und 2) sowie verschiedene Entwicklungsszenarien auf der Teilfläche „Zur Dicken Eiche“ vorgestellt, die in unterschiedlichem Umfang eine mögliche wohnbauliche Entwicklung der Untersuchungsfläche Bürbach\_2 darstellten.

Die Idee A als Minimalvariante umfasste ausschließlich Wiesenflächen. Waldflächen wurden nur für einen, sich aus der Planung ergebenden, Waldsaum überplant. Als Maximallösung wurde die Idee B vorgestellt, die ca. die Hälfte der Waldfläche in Anspruch nahm und einen Anschluss an die südlich vorhandene Wohnbebauung über den Spiesweg vorsah. Insgesamt wurden diese beiden Ideen aus verschiedenen, in der Vorlage erläuterten Gründen von der Verwaltung als nicht empfehlenswert eingestuft.

Als schlüssige Siedlungserweiterung wurden die Varianten 1 und 2 vorgestellt, die in einem unterschiedlich ausgeprägten Umfang Teilbereiche der Waldflächen überplanten. Beiden ist gemein, dass sie keinen Anschluss an den Spiesweg vorsahen.

Für die Teilfläche „Zur Dicken Eiche“ wurde in Abhängigkeit von der Entwicklung der Teilfläche „Am Wäldchen“ die Planung einer Tageseinrichtung für Kinder, ergänzt durch eine Wohnbebauung vorgeschlagen. Hinsichtlich der verkehrstechnischen Erschließung gab es mehrere Szenarien, die vorgestellt wurden. Von Seiten der Verwaltung wurden weitere Untersuchungen zur technischen Machbarkeit von Verkehrs- und Entsorgungserschließung vorgeschlagen. Daneben sollten Gespräche mit dem Straßenbaulastträger geführt werden.

Entgegen der von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschlussfassung, die unter anderem die Ausarbeitung der Variante 1 für die Teilfläche „Am Wäldchen“ und weitere Untersuchungen für die Teilfläche „Zur Dicken Eiche“ durchzuführen beinhaltete, hat der Rat folgenden Beschluss gefasst:

*„Die Verwaltung wird beauftragt, basierend auf dem ursprünglich gefassten Beschluss zur Wohnbaulandentwicklung die perspektivische, nachhaltige und ökonomisch sinnvolle Erschließung des Wohngebiets Bürbacher Giersberg zu ermöglichen. Dabei sollen die Planungen der Minimalvariante, Idee A, unter Mitberücksichtigung der Flächen Dicke Eiche und der Möglichkeit einer Verlängerung des Spießweges fortgeführt werden. Der Waldeingriff soll dabei nicht mehr als 5 % betragen.“*

**Ausarbeitung neuer städtebaulicher Entwürfe**

---

Auf Grundlage dieses Beschlusses wurde die Minimalvariante (Idee A) weiter ausgearbeitet und die Planung im Bereich der Teilfläche „Zur Dicken Eiche“ konkretisiert.

**1. Teilbereich „Zur Dicken Eiche“**

Für die topografisch und erschließungstechnisch anspruchsvolle Teilfläche „Zur Dicken Eiche“ wurden in der oben genannten Vorlage zwei unterschiedliche städtebauliche Szenarien vorgestellt.

Zum einen wurde eine Erschließung des Plangebiets von Norden über eine neu zu errichtende Zufahrt, die von der Anbaufähigkeit der Kreisstraße K4 (Obere Dorfstraße) abhängig ist, vorgeschlagen (Szenario 1). Da sich die mögliche Anschlussstelle außerhalb einer Ortsdurchfahrt befindet, ist die Anbindung an die Obere Dorfstraße demnach nur in Abstimmung mit dem Straßenbaulastträger Landesbetrieb Straßenbau NRW realisierbar.

Zum anderen wurde eine Erschließung über die vorhandene Straße „Zur Dicken Eiche“ angedacht, die aufgrund ihrer geringen Straßenbreite von 4,75 m (zuzüglich eines einseitigen Parkstreifens) und eines fehlenden separaten Fußweges schon damals die Möglichkeit nur einer eher geringen städtebaulichen Nachverdichtung vermuten ließ (Szenario 2).

Auf Grundlage dieser Planungsüberlegungen wurde der Landesbetrieb Straßenbau NRW um Stellungnahme gebeten, ob eine zusätzliche verkehrliche Anbindung von Norden über die Obere Dorfstraße denkbar wäre.

Mit Schreiben vom 07.12.2020 teilte dieser mit, dass einer weiteren Anbindung an die freien Strecken der K4 (Obere Dorfstraße) und K5 (Giersbergstraße) nicht zugestimmt werden kann. Es wurde darauf hingewiesen, dass in einer 2011 wirksam gewordenen Vereinbarung zwischen der Stadt Siegen und dem Kreis Siegen-Wittgenstein die verkehrliche Erschließung des Wohnbaugebietes „Bürbacher Giersberg“ über eine Anbindung an die freie Strecke der K 5 - in Form eines Kreisverkehrsplatzes - einvernehmlich geregelt wird. Weiterhin wird angegeben, dass in seinerzeit geführten Gesprächen deutlich gemacht wurde, dass weitere (zusätzliche) Anbindungen an die freien Strecken der das Plangebiet tangierenden freien Strecken der K4 und 5 nicht vorzusehen sind.

Vor diesem Hintergrund wurde diese Erschließungsvariante (Szenario 1) verworfen und verwaltungsintern geprüft, in wie weit eine verkehrliche Erschließung, wie sie das Szenario 2 über die Straße „Zur Dicken Eiche“ vorsieht, realisierbar wäre. Ergänzend wurde die zuvor aufgrund der starken Höhendifferenz verworfenen Idee, das Plangebiet über die Leineweberstraße anzubinden, weiter untersucht.

Nach eingehender verwaltungsinterner Prüfung ist festzuhalten, dass eine Erschließung der Teilfläche „Zur Dicken Eiche“ lediglich über die gleichnamige Anwohnerstraße sinnvoll und möglich ist. Allerdings ist diese Anliegerstraße aufgrund der teilweise geringen Fahrbahnbreite von max. 4,75 m und ohnehin schon dichter Bebauung nicht dafür ausgelegt, größere zusätzliche Verkehrsmengen aufzunehmen. Weiterhin ist die Straße „Zur Dicken Eiche“ als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen.

Die verkehrliche Belastung sollte sich trotz des zusätzlichen Verkehrs durch weitere Wohneinheiten im Straßenbild widerspiegeln und dem verkehrsberuhigten Bereich Rechnung tragen. Eine Neubebauung am Ende der Straße „Zur Dicken Eiche“ kann daher nur in einem minimalen Umfang erfolgen (ca. 10 Wohneinheiten), zumal die topografischen Verhältnisse wenig Spielraum für verschieden städtebauliche Lösungen bzw. Erschließungsvarianten bieten.

Eine Erschließung der Teilfläche über die „Leineweberstraße“ entfällt aufgrund der topographischen Gegebenheiten und der daraus resultierenden verkehrstechnischen Anbindung. Für einen Anschluss an die Leineweberstraße würden massive Geländebewegungen notwendig sein und eine nicht unerhebliche Straßenneigung würde entstehen. Vor diesem Hintergrund ist lediglich eine zusätzliche Straßenrandbebauung im Bereich der Leineweberstraße vorgesehen.

### Fazit

Entgegen der von der Verwaltung angedachten großzügigeren städtebaulichen Entwicklung der Teilfläche „Zur Dicken Eiche“ mit einer Kindertageseinrichtung und ergänzendem Wohnraumangebot ist aufgrund der bestehenden Erschließungssituation und der Topografie lediglich eine kleinräumige Erweiterung des Siedlungsbereiches möglich.

## 2. Teilbereich „Am Wäldchen“

Den Rahmen für die Ausarbeitung der Minimalvariante (Idee A) stellte die Beschlussfassung des Rates dar. In dem Bereich Teilbereich „Am Wäldchen“ soll der Waldeingriff nicht mehr als 5 % betragen.



Von Seiten der Verwaltung wurde als Berechnungsgrundlage für den maximal möglichen Waldeingriff die im Grundbuch eingetragene Fläche des städtischen Waldflurstückes Nr. 444 (Gemarkung Bürbach, Flur 6) mit einer Größe von 43.571 m<sup>2</sup> angenommen. Demnach sind bei einem Waldeingriff von 5 % ca. 2.179 m<sup>2</sup> der Waldfläche für die durch die Planung erforderliche Bebauung bzw. Versiegelung in Anspruch zu nehmen. Die notwendigen Flächen zur Ausbildung eines Waldsaums werden dabei nicht als Waldeingriff gewertet.

Überdies wurde von Seiten der Verwaltung nochmals die in der Idee A gewählte Art der Erschließung und der damit einhergehenden städtebaulichen Struktur offen diskutiert. Ziel soll die Entwicklung eines attraktiven Wohnquartiers mit einem autofreien, gemeinschaftlich nutzbaren Innenhofes sein.

Auf Grundlage der oben genannten Zielsetzung und der errechneten möglichen Waldeingriffsfläche wurden neue städtebauliche Varianten erarbeitet.

### 3. Neue städtebauliche Varianten

Als Ergebnis hat nun die Verwaltung zwei neue städtebauliche Entwürfe (Variante 3 und 4) für die Teilflächen „Am Wäldchen“ und „Zur Dicken Eiche“ erarbeitet, wobei für den Bereich „Zur Dicken Eiche“ aufgrund der verschiedensten Vorgaben nur eine Möglichkeit zum Tragen kommt.

#### Leitlinien der Planung

Die städtebaulichen Varianten wurden nach folgenden Leitlinien entwickelt:

- Wohnbauliche Entwicklung zwischen dem Neubaugebiet „Bürbacher Giersberg“ und dem Nahversorgungsbereich an der Giersbergstraße.
- Schaffung eines bedarfsgerechten Angebotes an Wohnformen mit einer Mischung aus Reihen- und Mehrfamilienhäusern (EFH, RH, MFH).
- Entwicklung eines attraktiven Wohnquartiers mit einem autofreien, gemeinschaftlich nutzbarem Innenhof.
- Schaffung von Raumkanten zur Definition des Eingangsbereichs des Wohngebiets am Bürbacher Giersberg und zum vorhandenen Einzelhandelsbetrieb und gleichzeitig als Lärmschutzmaßnahme für die rückwärtigen Bereiche.
- Städtebauliche Betonung der Bebauung an den Hauptstraßen in Form einer 2- bis 3-geschossigen (zzgl. ausgebautem Dach) Bauweise für MFH, abgestufte Geschossigkeit im rückwärtigen Bereich mit 1- bis 2-geschossiger (zzgl. ausgebautem Dach) Bauweise für EFH, RH.
- Der quer durch die Entwicklungsflächen verlaufende Fuß- bzw. Wanderweg bietet die Möglichkeit, die vorhandene Wegebeziehung zwischen der Siedlung „Silberfuchs“ und der Oberen Dorfstraße aufzunehmen und in seiner Funktion weiter auszubauen.
- Die bestehenden jungen Straßenbäume an der Giersbergstraße und der Leineweberstraße bilden eine grüne Raumkante und fassen die Entwicklungsfläche „Am Wäldchen“ attraktiv ein. Diese Begrünung kann Basis für eine weitere Eingrünung des Neubaugebietes sein.
- Berücksichtigung des erforderlichen Waldabstandes (ca. 30 m) durch Umwandlung in einen aufgelockerten, ökologisch hochwertigen Waldsaum.
- Grundsätzlich liegt ein Anschlussverbot an der Leineweberstraße vor, so dass die Erschließung der Erweiterungsfläche „Am Wäldchen“ erst in einer Entfernung von ca. 80 m vom Kreisverkehr ausgehend erfolgen kann. Durch die Berücksichtigung des Anschlussverbots wird sichergestellt, dass der Verkehrsfluss auf der Giersbergstraße und der Leineweberstraße nicht beeinträchtigt wird.
- Berücksichtigung des Anschlussverbotes an die K5 und K4.
- Minimale Beeinträchtigung der im Bebauungsplan Nr. 355 festgesetzten Ausgleichsflächen, da dieser Eingriff an anderer Stelle entsprechend ersetzt werden muss.

#### 3.1 Variante 3 „Am Wäldchen“ und „Zur Dicken Eiche“

Diese Variante (siehe Anlage 1) sieht eine Erschließung über eine ca. 9,0 m breite Straße vor, die zum einen in einer Wendeanlage endet und zum anderen an den Spiesweg anschließt. Da die Erschließungsstraße parallel zum vorhandenen Grünzug mit Fußweg verläuft, ist bei dieser Dimensionierung lediglich ein einseitiger Bürgersteig erforderlich. Der Anschluss an den Spiesweg wurde so ausgebildet, dass aus verkehrstechnischer Sicht ein sinnvoller Kreu-

zungspunkt entsteht und gleichzeitig möglichst wenige bestehende Flurstücke durch die neue Straßenplanung tangiert bzw. zerschnitten werden. Resultierend aus dieser Erschließung ergibt sich eine Waldeingriffsfläche von nur ca. 1.073 m<sup>2</sup> (ca. 2,46%).

Die Zielsetzung der Schaffung eines attraktiven Wohnquartiers mit einem autofreien, gemeinschaftlich nutzbaren Innenhofes wurde im Bereich der Teilfläche „Am Wäldchen“ folgendermaßen umgesetzt.

Entlang der Giersbergstraße und der Leineweberstraße verläuft eine straßenbegleitende 2- bis 3-geschossige (zzgl. ausgebautes Dach) Mehrfamilienhausbebauung. Im rückwärtigen, lärmgeschützten Bereich schließt sich eine 2-geschossige Reihenhausbauung an. Aufgrund der gewählten Baukörperstellung entsteht ein gemeinschaftlicher Innenhof mit Aufenthalts- und Spielmöglichkeiten. Zudem sind alle privat nutzbaren Gärten ebenfalls zum Hof hin orientiert und somit von dem möglichen Lärmeintrag der umgebenden Straßen geschützt.

Die notwendigen Stellplätze für die Reihenhäuser sind nördlich der neuen Erschließungsstraße angeordnet. Für die 6 Mehrfamilienhäuser wurde parallel zur Leineweberstraße eine Tiefgarage mit ca. 50 - 60 Stellplätzen angedacht, die direkt am Eingangsbereich des neuen Quartiers angefahren werden kann. Die Tiefgarage wurde so angeordnet, dass sie im Osten an der Gebietseinfahrt vollständig unterhalb des bestehenden Geländes liegt (siehe Anlage 3). Da das Gelände Richtung Westen (Kreisverkehr) leicht abfällt, würde die Tiefgarage ca. 2,0 m aus der Erde ragen. Durch eine Anschüttung bzw. Modellierung des Bodens kann dieser Überstand kaschiert werden, so dass nur ein Sockel sichtbar bleibt. Im hinteren Bereich der Tiefgarage, also zum Innenhof orientiert, könnten private Grünflächen (ggf. Gärten) entstehen.

Von hier aus sind alle Mehrfamilienhäuser über außenliegende Treppenausgänge direkt oder auf kurzem Wege zu erreichen. Diese Stellplatzlösung ermöglicht die Realisierung eines autofreien Innenhofes, der lediglich durch einen ca. 3,5 m breiten privaten Wohnweg erschlossen wird. Dieser ist nur für den Rettungsdienst, die Stadtreinigung und in Ausnahmefällen für die Anwohner vorgesehen.

Insgesamt können hier je nach Geschossigkeit ca. 36 bis 48 Wohneinheiten (WE) in Mehrfamilienhäusern und ca. 11 WE in Reihenhäusern entstehen.

Im Bereich der Spiesweganbindung können ca. 4 neue Einfamilienhäuser angeordnet werden. Allerdings werden insgesamt 2 bestehende Baugrundstücke des Bebauungsplans Nr. 355 überplant. Außerdem werden bestehende Ausgleichsflächen in Anspruch genommen, die an anderer Stelle des Plangebiets wieder ausgeglichen werden müssen. Dieser Erschließungsaufwand steht somit in keinem annehmbaren Kosten/Nutzen-Verhältnis.

Für die Teilfläche „Zur Dicken Eiche“ wurde aus oben genannten Gründen eine reduzierte städtebauliche Erweiterung angedacht, die lediglich 3 Mehrfamilienhäuser in einer 2-geschossigen (zzgl. ausgebautem Dach) Bauweise mit ca. 12 WE umfasst.

Insgesamt bietet diese Variante die Möglichkeit je nach Geschossigkeit **ca. 63 bzw. 75 WE** realisieren zu können. Da die Anforderung für den Bau einer Kindertageseinrichtung erst ab ca. 80 WE gegeben ist, ist eine Vorhaltung einer Fläche für die Einrichtung nicht erforderlich.



Art der Bebauung		Geschosse	Wohneinheiten	Wohneinheiten (Gesamt)
<b>Wohneinheiten „Am Wäldchen“</b>				
MFH		II +D / III+D	36 / 48	
EFH	EH	I +D	4 (Anbindung Spiesweg)	
	RH	II +D	11	
				<b>51 / 63</b>
<b>Wohneinheiten „Zur Dicken Eiche“</b>				
MFH		II +D	12	<b>12</b>
				<b>63 / 75</b>

Pro	Kontra
<ul style="list-style-type: none"> <li>• attraktives Wohnquartier mit gemeinschaftlichem Innenhof</li> <li>• Geringer Eingriff in die Waldflächen (2,46 %)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausgleichsflächen des B-Plans 355 werden berührt</li> <li>• Bestehende Baugrundstücke aus Umlegungsverfahren erneut zerschnitten</li> <li>• Grünzug wird durch Anbindung an Spiesweg gekreuzt</li> </ul> <p>&gt;Geringer Mehrwert (neue WE) im Hinblick auf die o.g. Restriktionen</p>

### 3.2 Variante 4 „Am Wäldchen“ und „Zur Dicken Eiche“

Diese Variante (siehe Anlage 2 bis 4) sieht die gleiche Erschließungsform wie die bereits erläuterte Variante 3 vor und nimmt auch die städtebauliche Lösung für den Teilbereich „Zur Dicken Eiche“ wieder auf. Ein wesentlicher Unterschied ist allerdings, dass auf die Anbindung an den Spiesweg verzichtet wird und die mögliche 5 % Waldeingriffsfläche vollständig ausgenutzt wird.

Die Zielsetzung der Schaffung eines attraktiven Wohnquartiers auf der Teilfläche „Am Wäldchen“ wird hier mit einem großzügigeren Innenhof mit Quartiersplatz und Spielbereich, wie er Variante 3 bietet, Rechnung getragen.

Insgesamt können hier je nach Geschossigkeit ca. 30 bis 40 Wohneinheiten (WE) in Mehrfamilienhäusern und ca. 11 WE in Reihenhäusern entstehen. Alternativ zur Variante 3 wurden hier anstelle der 4 kleineren Mehrfamilienhäuser 3 größere Mehrfamilienhäuser entlang der Leineweberstraße angeordnet. Vorteil der größeren Mehrfamilienhäuser ist neben einer flexibleren Grundrissgestaltung, dass auch größere Wohnungstypen geplant werden können.

Mit dieser Variante können je nach Geschossigkeit **ca. 54 bzw. 64 WE**, bei einer Waldeingriffsfläche von 2.169 qm (ca. 5 %), umgesetzt werden.

Art der Bebauung		Geschosse	Wohneinheiten	Wohneinheiten (Gesamt)
<b>Wohneinheiten „Am Wäldchen“</b>				
MFH		II +D / III+D	30 / 40	
EFH	EH	-	-	
	RH	II +D	12	
				<b>42 / 52</b>
<b>Wohneinheiten „Zur Dicken Eiche“</b>				
MFH		II +D	12	<b>12</b>
				<b>54 / 64</b>

Pro	Kontra
<ul style="list-style-type: none"> <li>• attraktives Wohnquartier mit großzügigem gemeinschaftlichen Innenhof</li> <li>• zugestandener Eingriff in die Waldflächen (ca. 4,98 %)</li> </ul>	

Für beide Varianten liegt noch keine abschließende Verkehrs- und Grünraumplanung vor. Allerdings wurden zum besseren Verständnis in den vorgestellten Schnitten in den Anlagen 3 und 4 Höhenmaße angenommen, die der zukünftigen Planung vergleichsweise entsprechen können.

Grundsätzlich bildet die angegebene Anzahl der Wohneinheiten lediglich einen ungefähren Rahmen, der je nach gewählter Gebäudekubatur und Grundrissgestaltung variieren kann.

#### 4. Vorstellung der Varianten im Arbeitskreis Wohnbaulandentwicklung

Am 22.04.2021 wurden die Varianten 3 und 4 mit Lageplan und Schnitten dem Arbeitskreis Wohnbaulandentwicklung vorgestellt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sprachen sich einvernehmlich dafür aus, die Variante 4 den zuständigen Ausschüssen zur Umsetzung zu empfehlen. Zudem wurde vorgeschlagen, für die Teilfläche „Zur Dicken Eiche“ zu prüfen, ob gegebenenfalls auch eine Bebauung mit einem Innenhofcharakter realisiert werden kann.

Nach erneuter intensiver Prüfung kommt die Verwaltung zum Schluss, dass aufgrund der anspruchsvollen topografischen Verhältnisse und dem Realisierungsrahmen von ca. 10 Wohneinheiten am Ende der Wendeanlage „Zur Dicken Eiche“ keine wesentlich andere städtebauliche Lösungen in der Maßstabsebene aufzuzeigen ist. Es soll aber im Bebauungsplan ermöglicht werden, einen flexiblen Umgang hinsichtlich der Errichtung der erforderlichen Stellplätze durch großzügige Festsetzungen zu schaffen, sodass im Rahmen der konkreten Architekturplanung entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

#### 5. Empfehlung

Die Verwaltung schlägt aufgrund der oben genannten Gründen vor, die städtebaulich zweckmäßigere Variante 4 weiterzuverfolgen und die weiteren Verfahrensschritte für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 436 „Erweiterung Bürbacher Giersberg“ vorzubereiten.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

#### Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input checked="" type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b> Die Klimarelevanz der Planung kann derzeit nicht abgeschätzt werden. Eine diesbezügliche Prüfung erfolgt im Bauleitplanverfahren.			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b> Bei der Errichtung von baulichen Anlagen werden grundsätzlich aufgrund der Herstellungsprozesse der Baumaterialien			

und der späteren Baumaßnahmen vor Ort CO<sub>2</sub>-Emissionen freigesetzt. Bei dem hier in Rede stehenden Baugebiet handelt es sich um eine Entwicklung im Innenbereich mit dem Ziel, ein bestehendes Wohngebiet zu arrondieren. Die Fläche ist bereits erschlossen, sodass die Lage im Hinblick auf eine wirtschaftliche Nutzung von Infrastruktureinrichtungen als günstig zu bezeichnen ist. Der Eingriff in die Waldfläche muss im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens ausgeglichen werden. Im Rahmen der weiteren Konkretisierung werden die Festsetzungen zum nachhaltigen Bauen herausgearbeitet und auch im Hinblick auf die Energieversorgung werden Prüfungen angestellt.

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann  
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

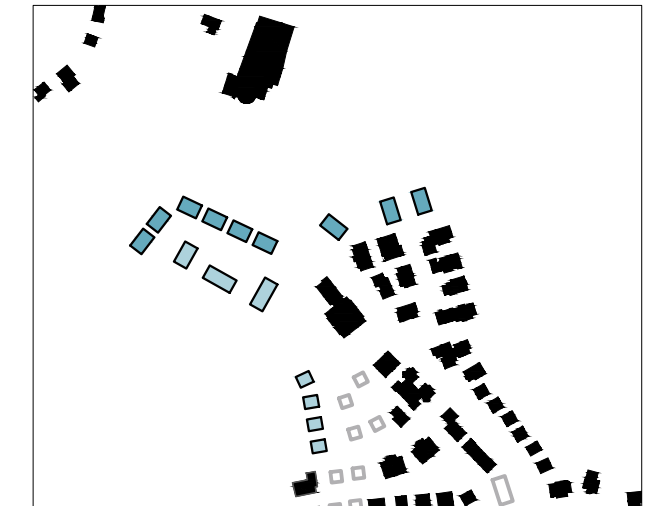
Anlage(n):

1. [Variante 3](#)
2. [Variante 4](#)
3. [Schnitt Variante 4 - Teilfläche Am Wäldchen](#)
4. [Schnitte Variante 4 - Teilfläche Zur Dicken Eiche](#)





### Schwarzplan



### Legende

#### Bestand

- Geltungsbereich BPlan-Nr. 355
- Bebauung
- Baulücken
- Spielplatz
- öffentliche Grünfläche
- Ausgleichsflächen
- öffentliche Fußwege
- Bäume

#### Planung

- Mehrfamilienhausbebauung
- Einfamilienhausbebauung
- öffentliche Grünfläche/Waldsaum
- gemeinschaftliche Grünfläche
- Quartiersplatz
- private Gärten / Mietergärten
- Straße
- privater Weg / Wohnweg / Zufahrt
- öffentliche Fußwege
- keine Durchfahrt für Kfz-Verkehr
- Bäume

## Erweiterung Wohngebiet Bürbacher Giersberg

"Am Wäldchen" und "Zur Dicken Eiche"  
- Variante 3 -

Maßstab 1 : 1000 im Original 03.05.2021

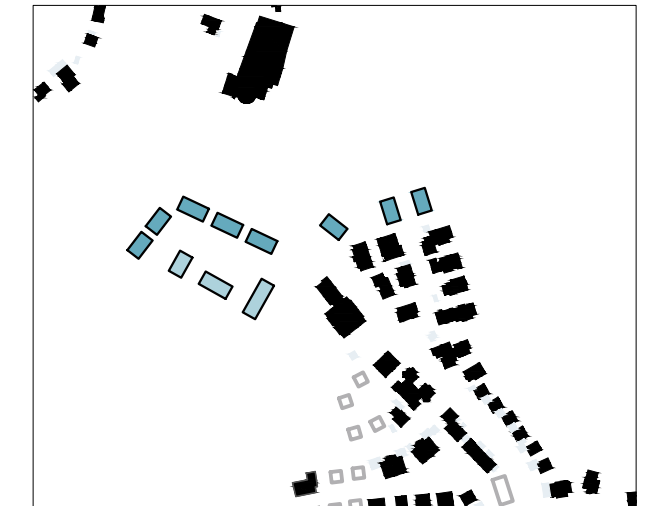
GB 4 | 4/5-2 AG Stadtplanung | Herweg/Jaeger







### Schwarzplan



### Legende

#### Bestand

- Geltungsbereich BPlan-Nr. 355
- Bebauung
- Baulücken
- Spielplatz
- öffentliche Grünfläche
- Ausgleichsflächen
- öffentliche Fußwege
- Bäume

#### Planung

- Mehrfamilienhausbebauung
- Einfamilienhausbebauung
- öffentliche Grünfläche/Waldsaum
- gemeinschaftliche Grünfläche
- Quartiersplatz
- private Gärten / Mietergärten
- Straße
- privater Weg / Wohnweg / Zufahrt
- öffentliche Fußwege
- keine Durchfahrt für Kfz-Verkehr
- Bäume

## Erweiterung Wohngebiet Bürbacher Giersberg

"Am Wäldchen" und "Zur Dicken Eiche"  
- Variante 4 -

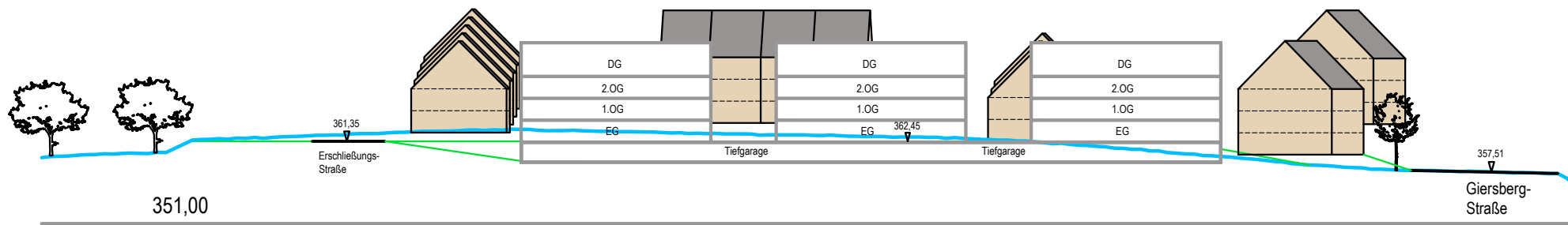
Maßstab 1 : 1000 im Original 03.05.2021

GB 4 | 4/5-2 AG Stadtplanung | Herweg/Jaeger

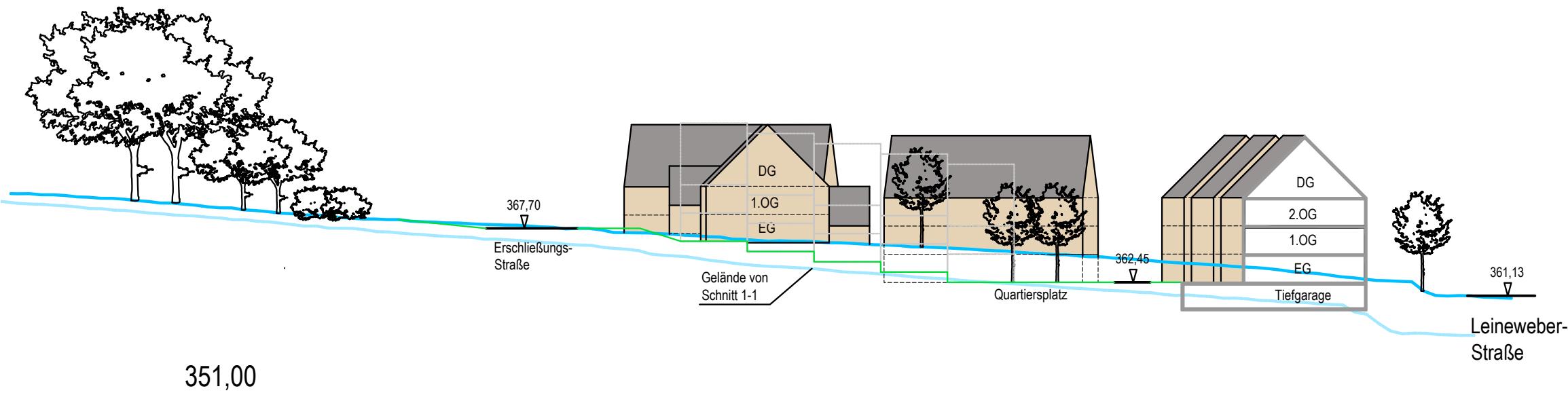




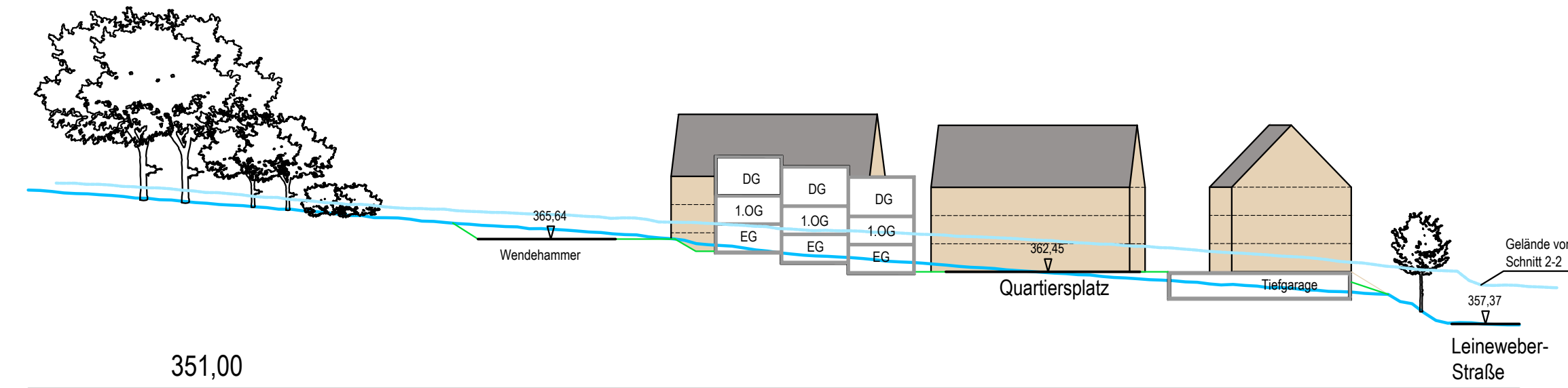
**Übersichtsplan**



Schnitt 1-1 Maßstab 1 : 750









Schnitt 2-2 Maßstab 1 : 500



Schnitt 3-3 Maßstab 1 : 500

**Legende**

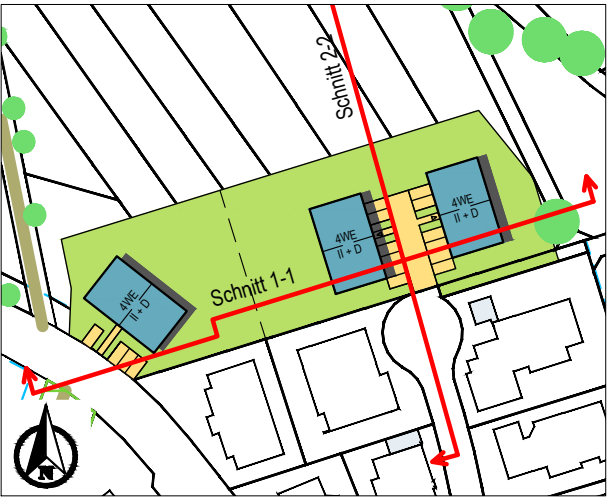
-  Gebäude
-  Gebäudeschnitt
-  Gelände Ursprung
-  Gelände eines anderen Schnittes
-  Gelände Änderung
-  Bäume

**Erweiterung Wohngebiet  
Bürbacher Giersberg**







"Am Wäldchen" - Variante 4 -

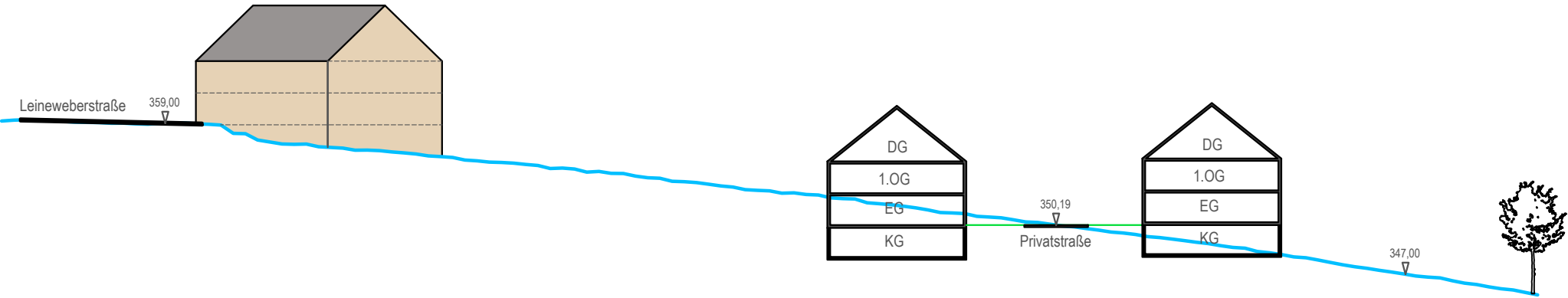
Schnitt 1-1  
Schnitt 2-2  
Schnitt 3-3

Übersichtsplan

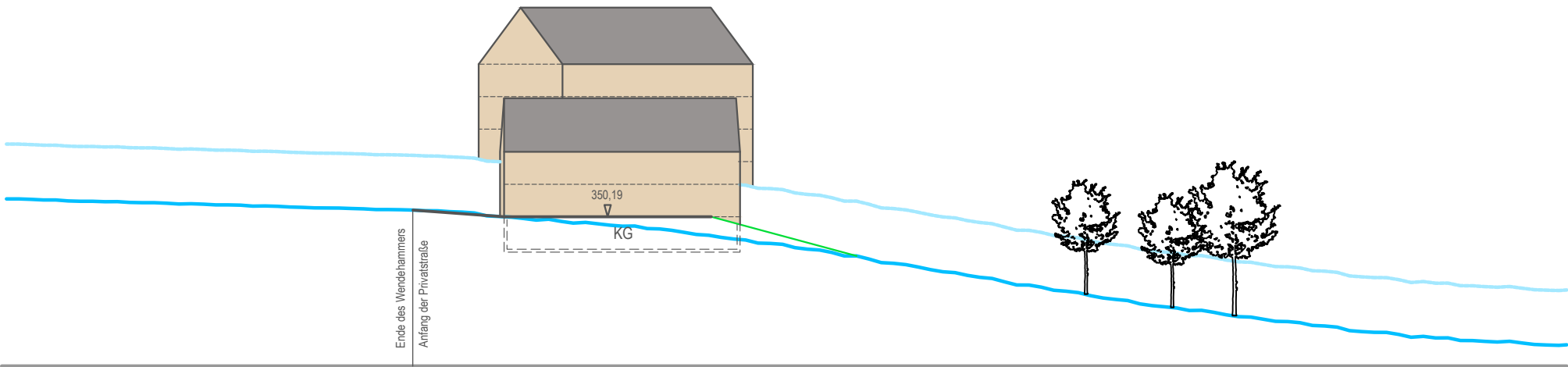


Legende

-  Gebäude
-  Gebäudeschnitt
-  Gelände Ursprung
-  angenommenes Gelände
-  Gelände Änderung
-  Bäume



Schnitt 1 - 1



Schnitt 2 - 2

Erweiterung Wohngebiet  
Bürbacher Giersberg

"Zur Dicken Eiche"  
- Schnitt 1-1 und Schnitt 2 - 2 -

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Stadtplanung  
Bearbeitet von: Herrn Stahl

Siegen, 03.05.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Bauausschuss</b>	<b>02.06.2021</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>09.06.2021</b>
<b>Rat</b>	<b>23.06.2021</b>

Kurzbezeichnung:

**100. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" im Stadtteil Siegen-Mitte**

**hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**

- Zusammenfassende Prüfung (Abwägung) aller im Planverfahren eingegangenen Stellungnahmen**
- Beschluss der 100. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Siegen**
- Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"**

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die während der öffentlichen Auslegungen und der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 1 und 2 und § 4 Abs. 1 und 2 BauGB zur 100. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" eingegangenen Stellungnahmen (Anlagen 2 und 3) gemäß Anlage 4 und 5 zu behandeln. Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlussfassung;
- die 100. Änderung des Flächennutzungsplanes samt Begründung und Umweltbericht gem. Anlagen 6 - 8 in der Fassung vom 26.04.2021;
- den Bebauungsplan Nr. 419 samt Begründung und Umweltbericht gem. Anlagen 9 - 11 in der Fassung vom 26.04.2021 als Satzung.

**Sachverhalt / Begründung:****Planungsziel und wesentliche Inhalte der Planung**

Planungsziel des Bebauungsplans Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" ist die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die zukünftigen Erweiterungen des St. Marien-Krankenhauses sowie die Ansiedlung damit verbundener Nutzungen zu schaffen. Das Plangebiet wird hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung als „Sonstiges Sondergebiet“ gem. § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Klinik“ festgesetzt. Das Sondergebiet „Klinik“ (SO-Gebiet) dient hauptsächlich der Unterbringung von Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen für medizinische Behandlungen sowie weiteren unmittelbar und mittelbaren Nutzungen der Klinik. Das SO-Gebiet ist aufgrund unterschiedlicher, städtebaulicher Festsetzungen in fünf SO-Gebiete (SO 1 bis SO 5) unterteilt.

Mit der Planung sind geringfügige Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft verbunden. Gemäß Umweltbericht sind keine erheblichen, nachteiligen Auswirkungen durch die Umsetzung der Baumaßnahmen auf die Umwelt zu erwarten. Die Bilanzierung des Biotopwertes ergibt, dass bei Berücksichtigung der Erhaltungsmaßnahmen durch das Vorhaben ein geringer Verlust von 25 ökologischen Werteinheiten für den Eingriff in die Biotopfunktion entsteht. Die genaue Bilanzierung der Eingriffe ist dem Umweltbericht zu entnehmen (siehe Anlage 7). Durch die Festsetzung einer extensiven Dachbegrünung von mindestens 30 % der Dachflächen, soll neben den o.g. Kompensationsmaßnahmen die (lokal)klimatischen Auswirkungen reduziert werden. Des Weiteren wurde festgesetzt, dass auf mindestens 30 % der neu zu schaffenden Dachlandschaft Solaranlagen (Thermische Solarkollektoren und/oder Photovoltaikmodule) zu errichten sind. Weitere Inhalte und Festsetzungen sind den Planzeichnungen und den Erläuterungen in den Begründungen und Gutachten zu entnehmen (siehe Anlagen 6 - 14).

**Verfahren der Planaufstellung**

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 03.03.2021 (Vorlage Nr. 123/2021) die Aufstellung und die öffentliche Auslegung der 100. FNP-Änderung und des Bebauungsplanes Nr. 419 beschlossen. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB fand im Zeitraum vom 14.10.2019 bis 28.10.2019 im Rathaus Geisweid statt. In dieser Zeit haben drei Bürgerinnen/Bürger schriftlich Anregungen u.a. zu den Höhenfestsetzungen im „Fischer Quartier“ geäußert. Daraufhin wurde der Planentwurf angepasst und die Höhen in diesem Bereich (SO 4) reduziert. Zur gleichen Zeit fand die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für die Flächennutzungsplanänderung statt. Die Beteiligung der TÖB gemäß § 4 Abs. 1 BauGB im Zuge des Bebauungsplanes, wurde bereits in der Zeit vom 01.03.2019 bis 05.04.2019 durchgeführt. Ebenfalls erfolgt ist die landesplanerische Beteiligung gemäß § 34 Abs. 1 und Abs. 5 LPlG, wonach keine landesplanerischen Bedenken gegenüber der beabsichtigten Planung bestehen. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs der 100. FNP-Änderung und des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 419 und aller erforderlichen Unterlagen gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 2 BauGB wurden in der Zeit vom 15.03.2021 bis zum 23.04.2021 durchgeführt. Alle eingegangenen Stellungnahmen wurden geprüft und sind in der Abwägung dargelegt. Die Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB ist ein zusammenhängender Vorgang zur Berücksichtigung und Gewichtung vorgebrachter öffentlicher und privater Belange in Verantwortung des Rates der Stadt Siegen (siehe Anlagen 1 - 5).

Das Planverfahren wurde als externes Verfahren mit einem Planungsbüro durchgeführt. Der Vorhabenträger übernimmt die Kosten des Verfahrens und hat sich zur Ausarbeitung der städtebaulichen Planung (Bebauungsplan mit Begründung einschl. aller Fachplanungen und Gutachten) auf eigene Rechnung verpflichtet. Die Verfahrenshoheit liegt bei der Stadt Siegen und bleibt davon unberührt. Hierzu wurde eine Planungsvereinbarung zwischen der Stadt Siegen und dem Vorhabenträger geschlossen. Nach erfolgter Beschlussfassung der 100. FNP-Änderung und des Bebauungsplanes Nr. 419, wird die FNP-Änderung der Bezirksregierung Arnsberg zur Genehmigung vorgelegt. Die FNP-Änderung wird nach abschließender Genehmigung durch Bekanntmachung des Beschlusses wirksam und der Bebauungsplan Nr. 419 erlangt anschließend Rechtskraft.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

#### Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input checked="" type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b> Die Klimarelevanz der Planung kann als geringfügig eingeschätzt werden. Aufgrund der Überplanung bereits bestehender Bebauungsstrukturen und Nutzungen des bereits existierenden hohen Versiegelungsgrades ist insgesamt nur mit geringfügigen Änderungen des Lokalklimas zu rechnen.			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b> Bei der Errichtung von baulichen Anlagen ist grundsätzlich von einer Veränderung der CO <sub>2</sub> -Emissionen (Erhöhung) auszugehen, u.a. aufgrund der Herstellungsprozesse der Baumaterialien und der späteren Baumaßnahmen vor Ort. Die Planung wird in einem integrierten, bereits baulich erschlossenen Gebiet durchgeführt und die Neuinanspruchnahme von Flächen wird vermieden. Die Planung entspricht somit dem Nachhaltigkeitsgrundsatz der Nachverdichtung bzw. Innenentwicklung. Durch die Festsetzung von Dachbegrünung sollen die Effekte der hohen Versiegelung gemildert werden. Durch die Ausweisung von PV-Anlagen soll zudem ein Beitrag zur CO <sub>2</sub> -neutralen Energieerzeugung und -nutzung geleistet werden.			

i.V.

gez.

Henrik Schumann  
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Liste der beteiligten Behörden und TÖBs](#)
2. [Stellungnahmen 100. FNP-Änderung im Original](#)
3. [Stellungnahmen BPlan Nr. 419 im Original.pdf](#)
4. [Abwägung Stellungnahmen 100. FNP-Änderung](#)
5. [Abwägung Stellungnahmen BPlan Nr. 419](#)
6. [Planzeichnung 100. FNP-Änderung](#)
7. [Begründung zur 100. FNP-Änderung](#)
8. [Umweltbericht zur 100. FNP-Änderung](#)
9. [Planzeichnung BPlan Nr. 419](#)
10. [Begründung zum BPlan Nr. 419](#)
11. [Umweltbericht zum BPlan Nr. 419](#)
12. [ASP I zum BPlan Nr. 419](#)
13. [Fledermausbericht zum BPlan Nr. 419](#)
14. [Schalltechnische Untersuchung zum BPlan Nr. 419](#)
15. [NICHT Öffentlich - Namens- und Adressliste zur Anlage 3](#)



## Anlage 1

### **100. FNP-Änderung und Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ - Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange**

#### **Stellungnahme angefordert von:**

**Air Liquide Deutschland GmbH**  
Im Lipperfeld 2  
46047 Oberhausen

**Amprion GmbH**  
Rheinlanddamm 24  
44139 Dortmund

**BARBARA Rohstoffbetriebe GmbH**  
Hauptstraße 113  
40764 Langenfeld

**Bezirksregierung Arnsberg**  
Dezernat 53 - Anlagensicherheit (StörfallV)  
Ruhrallee 1-3  
44139 Dortmund

**Bezirksregierung Arnsberg**  
Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW  
Goebenstraße 25  
44135 Dortmund

**BUND Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein**  
Emmaweg 7  
57074 Siegen

**Deutsche Telekom Technik GmbH**  
Postfach 1000  
58086 Hagen

**Industrie- und Handelskammer Siegen**

Referat 27  
Koblenzer Straße 121  
57072 Siegen

**Kreis Siegen – Wittgenstein**

Amt für Bauen und Immissionsschutz  
Koblenzer Straße 73  
57072 Siegen

**Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V. (LNU)**

Südstraße 30  
57250 Netphen

**Landschaftsverband Westfalen-Lippe****LWL-Archäologie für Westfalen**

Außenstelle Olpe  
In der Wüste 4  
57462 Olpe

**NABU-Siegen-Wittgenstein**

Am Buchholz 1  
57319 Bad Berleburg

**Siegener Versorgungsbetriebe GmbH**

Morleystraße 29 - 37  
57072 Siegen

**Unitymedia NRW GmbH**

Postfach 102028  
34020 Kassel

**Verkehrsbetriebe Westfalen-Süd AG**

Betrieb & Technik  
Marienhütte 2  
57080 Siegen

**Wasserverband Siegen - Wittgenstein**

Technik  
Einheitsstraße 23  
57076 Siegen

<b>Westnetz GmbH</b>
Regionalzentrum Sieg
Friedrichstraße 60
57072 Siegen
<b>Zweckverband Personennahverkehr</b>
Westfalen – Süd (ZWS)
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

**Eingegangene Stellungnahmen gem. §§ 3 und 4 Abs. 1 und 2 BauGB  
zur 100. Änderung des Flächennutzungsplanes**

1

---

AIR LIQUIDE Deutschland GmbH • Im Lipperfeld 2 • D-46047 Oberhausen

AIR LIQUIDE Deutschland GmbH

Large Industries / Fernleitung Rhein-Ruhr  
Im Lipperfeld 2  
46047 Oberhausen  
Fon: (02 08) 85 09-4 50  
Fax: (02 08) 85 09-4 99  
[www.airliquide.de](http://www.airliquide.de)

---

Datum:  
01.07.2019

**Ihre Anfrage über unsere E-Mail-Adresse „pipelineanfragen.de“ oder unser FAX-Gerät**

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit einiger Zeit teilen wir bei Anfragen mit, dass wir unsere FAX- und E-Mail-Adresse ab dem 01.07.2019 nicht mehr verwenden bzw. diese abstellen, da wir uns seit einigen Jahren auf dem BIL-Portal engagieren und dies fördern.

Das BIL-Portal (<http://www.bil-leitungsauskunft.de>) ist für den Anfragenden kostenlos und es werden ihrerseits mit einer Anfrage sämtliche Leitungsbetreiber für die angegebene Örtlichkeit, abgefragt, welche bei BIL aktiv sind.

Daher möchten wir Sie mit diesem Schreiben bitten, das BIL-Portal (Beschreibung im Anhang) für Ihre Anfragen an uns zu nutzen und teilen Ihnen hiermit mit, dass die Anfragen über die einschlägige E-Mail-Adresse und unser Fax-Gerät, nicht mehr beantwortet werden.

Wir danken Ihnen im Voraus für Ihr Verständnis und hoffen, dass auch Sie in diesem neuen Weg der Leitungsauskunft, die Vorteile für alle Parteien sehen.

Mit freundlichen Grüßen

**AIR LIQUIDE Deutschland GmbH**

  
i.V. Michael Schork  
Betriebsleiter Pipeline

  
i.A. Kristoffer Kotzur  
Leiter Trasse Fernleitungen

2

**Betreff:** Leitungsauskunft - Vorgangs-Nr. 135577, 100. Flächennutzungsplanänderung der Stadt Siegen, Erweiterung St. Marien-Krankenhaus

**Von:** Vidal Blanco, Bärbel <baerbel.vidal@amprion.net>

**Datum:** 12.09.2019, 09:27

**An:** "h-k-siegen@t-online.de" <h-k-siegen@t-online.de>

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.

Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.

Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.

Mit freundlichen Grüßen

Bärbel Vidal Blanco

Amprion GmbH  
Betrieb / Projektierung  
Leitungen Bestandssicherung  
Rheinlanddamm 24, 44139 Dortmund  
Telefon +49 231 5849-15711  
baerbel.vidal@amprion.net  
www.amprion.net  
<https://www.amprion.net/Information-Datenschutz.html>

Aufsichtsrat: Heinz-Werner Ufer (Vorsitzender) Geschäftsführung: Dr. Hans-Jürgen Brick, Dr. Klaus Kleinekorte  
Sitz der Gesellschaft: Dortmund - Eingetragen beim Amtsgericht Dortmund - Handelsregister-Nr. HR B 15940





Bezirksregierung Arnsberg • Postfach 103862 • 44038 Dortmund

Stadt Siegen  
Bauleitplanung  
z. Hd. Herrn Stahl  
Rathaus Geisweid  
Lindenplatz 7  
57078 Siegen

Datum: 10. Oktober 2019  
Seite 1 von 1

Aktenzeichen:  
53.30.20-020/2019-003-Bos  
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:  
Herr Bossmeyer  
jan-  
hendrik.bossmeyer@bra.nrw.d  
e  
Telefon: 02931/82-5487  
Fax: 02931/82-40390

Dienstgebäude:  
Ruhrallee 1-3  
44139 Dortmund

### **Betriebsbereiche nach Störfall-Verordnung**

Änderung des Flächennutzungsplanes zur Erweiterung des St. Marien Krankenhauses

Sehr geehrter Herr Stahl,

das Büro HKS hat mich gebeten zu dem genannten Vorhaben aus Sicht der Störfall-Verordnung stellen zu nehmen und Ihnen direkt zu übersenden.

Das bestehende St. Marien Krankenhaus, sowie die geplante Erweiterungsfläche, liegen nach Erkenntnis aus der KABAS-Datenbank nicht innerhalb des Achtungsabstandes eines Betriebsbereiches nach Störfall-Verordnung.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

gez. Bossmeyer

Hauptsitz / Lieferadresse:  
Seibertzstr. 1, 59821 Arnsberg

Telefon: 02931 82-0

poststelle@bra.nrw.de  
www.bra.nrw.de

Servicezeiten:  
Mo-Do 08:30 – 12:00 Uhr  
13:30 – 16:00 Uhr  
Fr 08:30 – 14:00 Uhr

Landeshauptkasse NRW  
bei der Helaba:  
IBAN:  
DE59 3005 0000 0001 6835 15  
BIC: WELADED

Umsatzsteuer ID:  
DE123878675



Bezirksregierung Arnsberg • Postfach • 44025 Dortmund

HKS Gerhard Kunze  
Städtebauer - Stadt - Umwelt  
Seelbacher Weg 86  
57072 Siegen

Abteilung 6 Bergbau und  
Energie in NRW

Datum: 25. September 2019  
Seite 1 von 2

Aktenzeichen:  
65.52.1-2019-588  
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:  
Herr Habicht  
joerg.habicht@bezreg-  
arnsberg.nrw.de  
Telefon: 02931/82-3651  
Fax: 02931/82-47219

Dienstgebäude:  
Goebenstraße 25  
44135 Dortmund

## 100. Änderung des Flächennutzungsplanes "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß  
§ 4 (1) BauGB

Ihr Schreiben vom 11.09.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bezüglich des Umfangs und des Detaillierungsgrades der Umweltprüfung werden von hier aus keine Hinweise und Anregungen vorgetragen.

Hinsichtlich der bergbaulichen Verhältnisse teile ich Ihnen mit, dass die vorbezeichnete Planmaßnahme sich sowohl außerhalb verliehener-, als auch außerhalb erloschener Bergwerksfelder befindet.

Ausweislich der derzeit hier vorliegenden Unterlagen ist im Bereich des Planvorhabens kein Abbau von Mineralien dokumentiert. Danach ist mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Hauptsitz:  
Seibertstr. 1, 59821 Arnsberg

Telefon: 02931 82-0

poststelle@bra.nrw.de  
www.bra.nrw.de

Servicezeiten:  
Mo-Do 08:30 – 12:00 Uhr  
13:30 – 16:00 Uhr  
Fr 08:30 – 14:00 Uhr

Landeshauptkasse NRW  
bei der Helaba:  
IBAN:  
DE27 3005 0000 0004 0080 17  
BIC: WELADED3

Umsatzsteuer ID:  
DE123878675





**Bearbeitungshinweis:**

Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden.

Abteilung 6 Bergbau und  
Energie in NRW

Seite 2 von 2

**Hinweis Datenschutz:**

Ihr Antrag bzw. Bezugsschreiben wird dauerhaft zu Dokumentationszwecken veraktet und die Kerndaten werden digital gespeichert. Nähere Hinweise zum Datenschutz gemäß Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) können Sie über das Internet auf der Webseite der Bezirksregierung Arnsberg erhalten (Betroffenenmerkblatt EU-DSGVO;

[https://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/themen/a/auskunft\\_bergbaul\\_situation/betroffenenmerkblatt.pdf](https://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/themen/a/auskunft_bergbaul_situation/betroffenenmerkblatt.pdf) ).

Mit freundlichen Grüßen und Glückauf

Im Auftrag:

(Habicht)



Universitätsstadt Siegen  
z.Hd. Herrn Phillip Stahl  
Stadtplanung  
Lindenplatz 7  
57078 Siegen

Datum: 27. September 2019  
Unser Zeichen: nm  
Ansprechpartner(in): Nina Münker  
Telefon: 0271 3302-150  
Fax: 0271 3302-44150  
E-Mail: [nina.muenker@siegen.ihk.de](mailto:nina.muenker@siegen.ihk.de)

**100. Änderung des Flächennutzungsplanes „Erweiterung St. Marien Krankenhaus“**  
Stellungnahme gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrter Herr Stahl,

in obiger Angelegenheit bestehen auf Basis der vorliegenden Unterlagen aus Sicht der Industrie- und Handelskammer Siegen (IHK) keine Bedenken.

Hintergrund der Maßnahme ist die Absicht einer Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses im Rahmen einer Entwicklung über das Jahr 2025 hinaus. Die Erweiterung dient dazu, den heutigen Ansprüchen an eine moderne medizinische Versorgung vor Ort gerecht zu werden, sei es durch neue medizinische Angebote oder zeitgemäße Anpassungen in der stationäre Unterbringung von Patienten. Dieses Anliegen wird von der IHK positiv gewertet, zumal hiermit eine Stärkung des Standortes insgesamt einhergeht.

Grundsätzlich ist das Vorhaben geeignet, die Attraktivität der Region zu steigern. Ausreichende und moderne medizinische Versorgungsangebote sind nicht nur angesichts der bekannten Verschiebungen in der gesellschaftlichen Altersstruktur in der heimischen Region von hoher Bedeutung, sondern auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in den Kreisen Siegen-Wittgenstein und Olpe.

Mit einer Beeinträchtigung wirtschaftlicher Belange wird nicht gerechnet.

Mit freundlichen Grüßen,  
im Auftrag



Nina Münker

Universitätsstadt Siegen  
Herrn Philipp Stahl  
Lindenplatz 7  
57078 Siegen

Datum: 21. April 2021  
Unser Zeichen: sh  
Ansprechpartner(in): Stephan Häger  
Telefon: 0271 3302-315  
Fax: 0271 3302-44315  
E-Mail: [stephan.haeger@siegen.ihk.de](mailto:stephan.haeger@siegen.ihk.de)

Per Mail an: [p.stahl@siegen.de](mailto:p.stahl@siegen.de)

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ sowie 100.  
Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren**  
Stellungnahme gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrter Herr Stahl,

die Industrie- und Handelskammer (IHK) Siegen bedankt sich für die Beteiligung am Planverfahren und die Zusendung der Planungsunterlagen. Ziel der vorliegenden Bauleitplanungen ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses zu schaffen.

#### **Die Rolle der IHK Siegen im Planungsprozess**

Die IHK Siegen ist als Trägerin öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren zu beteiligen. Im Rahmen der Aufstellung der Bauleitpläne werden öffentliche und private Belange gegeneinander und untereinander abgewogen. Die IHK Siegen vertritt dabei das gesamtwirtschaftliche Interesse, indem sie in den Stellungnahmen auf die Sicherung der Belange der Wirtschaft, wie Entwicklung einer wirtschaftsfreundlichen Infrastruktur und die Vorhaltung ausreichend großer Gewerbeflächen achtet.

#### **Einschätzung und Bewertung der vorliegenden Bauleitplanungen durch die IHK Siegen**

Die IHK Siegen hat gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ als auch gegen die 100. Änderung des FNP keine Bedenken. Die Verbesserung der medizinischen Versorgung in Siegen und in der Region ist zu begrüßen, denn für die Standortwahl von Fachkräften spielt eine gute medizinische Versorgung eine wichtige Rolle und stellt einen wichtigen Standortfaktor dar.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

  
Stephan Häger



**Kreis  
Siegen-Wittgenstein  
Der Landrat**

Postanschrift: Kreis Siegen-Wittgenstein • 57069 Siegen

Stadt Siegen  
Postfach 10 03 52  
57003 Siegen

**Amt für Bauen und Immissionsschutz**

Dienstgebäude:  
Koblenzer Straße 73  
57072 Siegen

**Ihr Ansprechpartner:**  
Dieter Niwar  
Zimmer: 823  
Telefon: 0271 333-1840  
Telefax: 0271 333-291924  
E-Mail: [d.niwar@siegen-wittgenstein.de](mailto:d.niwar@siegen-wittgenstein.de)  
[toeb@siegen-wittgenstein.de](mailto:toeb@siegen-wittgenstein.de)

24. September 2019

Mein Zeichen:  
61.72.10

Ihr Zeichen:

**100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen,  
Bereich "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"  
Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger  
öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**

Servicezeiten:  
montags-freitags  
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr  
und 13.00 bis 15.00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 11.09.19 wird zu der oben genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde  
Untere Abfallwirtschaftsbehörde  
Untere Bodenschutzbehörde  
Untere Naturschutzbehörde  
Fachgebiet Immissionsschutz

wie folgt Stellung genommen:

**1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde**

Aus Sicht der Unteren Wasserbehörde bestehen keine Bedenken gegen die beschriebene Änderung des Flächennutzungsplanes. Anregungen und Hinweise werden nicht gegeben.

**2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde**

Die seitens der Stadt Siegen zur Verfügung gestellten Unterlagen wurden zur Kenntnis genommen. Anregungen und Hinweise werden von hier nicht gegeben.

Zentrale:  
Telefon: 0271 333-0  
Telefax: 0271 333-2500

[www.siegen-wittgenstein.de](http://www.siegen-wittgenstein.de)  
[post@siegen-wittgenstein.de](mailto:post@siegen-wittgenstein.de)  
[post@siegen-wittgenstein.de-mail.de](mailto:post@siegen-wittgenstein.de-mail.de)

Bushaltestellen:  
Kochs Ecke und Kreishaus  
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:  
Sparkasse Siegen  
IBAN:  
DE54 4605 0001 0000 0100 90  
SWIFT/BIC:  
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG  
IBAN:  
DE69 4476 1534 0755 0005 01  
SWIFT/BIC:  
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.  
342/5811/0883



**Siegen-Wittgenstein**  
in Südwestfalen



### 3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

Gegenüber der beabsichtigten Planänderung in der vorgesehen Art und Weise bestehen keine Einwände. Hinsichtlich der Inhalte und des Umfangs des Umweltberichtes nach § 2 (4) BauGB sowie bezüglich der entsprechenden Umweltprüfung wird auf die naturschutzfachlich/landschaftspflegerisch relevanten Inhalte des § 2 (4) BauGB i.V.m. § 1 (6) Nr. 5 u. 7 BauGB sowie § 1a BauGB verwiesen.

### 4. Stellungnahme des Fachgebietes Immissionsschutz

Aus der Sicht des Immissionsschutzes werden keine Anregungen vorgebracht.

Hinweis:

Hinsichtlich möglicher Betroffenheiten im Zusammenhang mit Störfall-Verordnung und größeren Betrieben als Emittenten luftverunreinigender Stoffe (hier: 2 Standorte der Fa. Gontermann-Peipers) wird dringend empfohlen, auch das Immissionsschutzdezernat der Bezirksregierung Arnsberg zu beteiligen. Ausschließlich dort – und somit bei der zuständigen Behörde – liegen zu diesen Aspekten Informationen vor.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



Dieter Niwar



# Kreis Siegen-Wittgenstein Der Landrat

Postanschrift: Kreis Siegen-Wittgenstein • 57069 Siegen

Stadt Siegen  
Postfach 10 03 52  
57003 Siegen

## Bauamt

Dienstgebäude:  
Koblenzer Straße 73  
57072 Siegen

## Ihr Ansprechpartner:

Dieter Niwar  
Zimmer: 823  
Telefon: 0271 333-1840  
Telefax: 0271 333-291924  
E-Mail: [d.niwar@siegen-wittgenstein.de](mailto:d.niwar@siegen-wittgenstein.de)  
[toeb@siegen-wittgenstein.de](mailto:toeb@siegen-wittgenstein.de)

15. April 2021

Mein Zeichen:  
61.72.10

Ihr Zeichen:

Servicezeiten:  
montags-freitags  
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr  
und 13.00 bis 15.00 Uhr

## 100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen, Bereich "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 12.03.21 wird zu der oben genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde  
Untere Abfallwirtschaftsbehörde  
Untere Bodenschutzbehörde  
Untere Naturschutzbehörde  
Fachgebiet Immissionsschutz

wie folgt Stellung genommen:

### 1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde

Aus Sicht der Unteren Wasserbehörde bestehen keine Bedenken gegen die beschriebene Änderung des Flächennutzungsplanes. Anregungen und Hinweise werden nicht gegeben.

### 2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Die seitens der Stadt Siegen zur Verfügung gestellten Unterlagen wurden zur Kenntnis genommen. Anregungen und Hinweise werden von hier nicht gegeben.

### 3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

Gegenüber der vorgesehenen Änderung des FNP werden

Zentrale:  
Telefon: 0271 333-0  
Telefax: 0271 333-2500

[www.siegen-wittgenstein.de](http://www.siegen-wittgenstein.de)  
[post@siegen-wittgenstein.de](mailto:post@siegen-wittgenstein.de)  
[post@siegen-wittgenstein.de-mail.de](mailto:post@siegen-wittgenstein.de-mail.de)

Bushaltestellen:  
Kochs Ecke und Kreishaus  
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:  
Sparkasse Siegen  
IBAN:  
DE54 4605 0001 0000 0100 90  
SWIFT/BIC:  
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG  
IBAN:  
DE69 4476 1534 0755 0005 01  
SWIFT/BIC:  
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.  
342/5894/0610

keine Einwände erhoben.

Jedoch wird festgestellt, dass sowohl der Umweltbericht als auch die Begründung hinsichtlich des Artenschutzes wie folgt teilweise widersprüchliche Ausführungen enthalten.

1. Der Umweltbericht als Teil II der Begründung stellt fest, dass der untersuchungs-relevante Änderungsbereich einen bedeutsamen städtischen Lebensraum insbesondere für die Fledermausarten Zwergfledermaus und Großer Abendsegler darstellt (vgl. Ziff. 3.1 / S. 14 / 3. Abs.). Zudem wird hinsichtlich der Vegetationsstrukturen der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters als erheblich eingeschätzt (vgl. Ziff. 3.1 / S. 15 / 2. Abs.). Dennoch wird jedoch zugleich festgestellt, dass das Plangebiet insgesamt nur eine geringe bis mittlere Bedeutung für das Schutzgut Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt habe (vgl. Ziff. 3.1 / S. 14 / 4. Abs.).
2. Auf die widersprüchlichen Inhalte des Umweltberichtes aufbauend stellt Teil I der Begründung (Allgemeiner Teil) wiederum ebenfalls fest, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen der zu betrachtenden Schutzgüter zu erwarten seien. „Lediglich“ bezüglich des Schutzgutes Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt komme es „zu teilweise erheblichen Umweltauswirkungen“ (vgl. Ziff. 4.1 / S. 12 / 4. Abs.). Neben dem folglich auch hier vorliegenden Widerspruch in sich wird zudem eine evtl. Nachrangigkeit u.a. des Schutzgutes „Tiere“ gegenüber anderen ebenfalls schützenswerten Belangen suggeriert, welches jedoch vor dem Hintergrund, dass der bundesgesetzliche Artenschutz einer planerischen Abwägung nicht zugänglich und mit einer entsprechenden Gewichtung zu betrachten ist, nicht zutrifft.

Im weiteren verbindlichen Bauleitplanverfahren zur Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ bedürfen die vorgenannten Unstimmigkeiten einer Überarbeitung.

#### 4. Stellungnahme des Fachgebietes Immissionsschutz

Zur 100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen, Bereich „Erweiterung St. Marien- Krankenhaus“ wegen Umwidmung von Flächen für den Gemeinbedarf bzw. Mischbauflächen in "Sondergebiet Klinik" sowie "WA-Fläche" in "Urbanes Gebiet" wird aus der Sicht des Immissionsschutzes keine Anregung vorgebracht.

Hinweis: Es wird empfohlen, hinsichtlich möglicher Betroffenheiten im Zusammenhang mit Störfall-Verordnung und größeren Betrieben als Emittenten luftverunreinigender Stoffe (hier: 2 Standorte der Fa. Gontermann-Peipers) auch das Immissionsschutzdezernat der Bezirksregierung Arnsberg zu beteiligen. Ausschließlich dort – und somit bei der zuständigen Behörde – liegen zu diesen Aspekten Informationen vor.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



Dieter Niwar

**LWL-Archäologie für Westfalen**  
Außenstelle Olpe

**LWL**

Für die Menschen.  
Für Westfalen-Lippe.

LWL-Archäologie für Westfalen - In der Wüste 4 - 57462 Olpe

Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30 - 12:30 Uhr, 14:00 - 15:30 Uhr  
Freitag 08:30 - 12:30 Uhr

Stadt Siegen  
Amt für Städtebau  
Postfach 10 03 52

Ansprechpartnerin:  
Melanie Röring B.A.

57003 Siegen

Tel.: 02761 9375-42  
Fax: 02761 937520  
E-Mail: melanie.roering@lwl.org

Az.: 2518rö19.eml

Olpe, 11.09.2019

# **100. Änderung des Flächennutzungsplanes „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“**

Ihr Schreiben vom 11.09.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung der o.g. Planunterlagen bedanke ich mich.

Nach meinem bisherigen Kenntnisstand werden bodendenkmalpflegerische Belange im Geltungsbereich der Planung nicht berührt.

Ich mache jedoch darauf aufmerksam, dass wegen der hier gegebenen Situation bei Erdarbeiten jeglicher Art bisher nicht bekannte Bodendenkmäler neu entdeckt werden können. Deshalb wird aus bodendenkmalpflegerischer Sicht folgender Hinweis gegeben, der zur Unterrichtung möglicherweise Betroffener in den Bescheid bzw. in den Bebauungsplan aufgenommen werden sollte:

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt/Gemeinde als Untere Denkmalbehörde und/oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/ 93750; Fax: 02761/ 937520) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§15 u. 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden

freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monate in Besitz zu nehmen (§16 Abs. 4 DSchG NW).

Im Auftrag

gez.

Prof. Dr. Michael Baales  
(Leiter der Außenstelle)

f. d. R.

M. Röring B.A.



# NABU

NABU-Siegen-Wittgenstein · Am Buchholz 1 · 57319 Bad Berleburg

Stadt Siegen  
Lindenplatz 7  
57078 Siegen  
4/5-2 AG Stadtplanung  
z.Hd. Herrn Stahl

## Kreisverband Siegen- Wittgenstein e.V.

**Michael Düben**

Am Buchholz 1  
57319 Bad Berleburg  
Naturschutzreferent  
Tel.: 02751/5512  
e-mail: [michael.dueben@gmx.de](mailto:michael.dueben@gmx.de)  
Bad Berleburg, 20. September  
2019

**Betr.: 100. Änderung des Flächennutzungsplanes „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“  
Ihr Schreiben vom 11.9.2019; Ihr Zeichen -**

**Hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, NABU Siegen-Wittgenstein  
Labü: SI-115/19**

**[p.stahl@siegen.de](mailto:p.stahl@siegen.de)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Umweltbericht zeigt nochmals, dass es, begründet durch den Verlust wertvoller Baumsubstanz, durch die Planung zu erheblichen Umweltauswirkungen kommen wird (Umweltbericht 3.1).

Dies beweist die Notwendigkeit einer stringenten Umsetzung der im Fachbeitrag 'Artenschutz' definierten Minimierungs-, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen sowie von uns geforderten zusätzlichen Habitats-Optimierungsmaßnahmen für Fledermäuse in der näheren Umgebung.

Ansonsten verweise ich nochmals auch für dieses Flächennutzungsplanänderungsverfahren auf unsere Stellungnahme zum Bebauungsplan 419 vom 15.3.2019

Mit freundlichem Gruß

Michael Düben





Siegen – Wittgenstein Jochen Niemand Südstr. 30 57250 Netphen  
Fon und Fax 02737 – 93225 Mail jo-nie@t-online.de

Netphen Hainchen, den 27. Sept 2019

Stadt Siegen  
Lindeplatz 7  
57078 Siegen  
4/5-2 AG Stadtplanung Herr Stahl

100. Änderung des Flächennutzungsplan „Erweiterung St. Marienkrankenhaus „

Zeichen Landesbüro Umweltverbände Oberhausen SI – 115 / 19

Sehr geehrter Herr Stahl ,

die LNU hat keine gravierenden Einwände bei der Erweiterung.

Wir weisen darauf hin, dass der große Baumbestand soweit es möglich ist erhalten bleibt.

Wir empfehlen Photovoltaikanlagen zur Erzeugung von Strom für den Eigenbedarf zu installieren. Das wird nicht ausreichen aber die Zufuhr aus dem öffentlichen Stromnetz wird gesenkt und ist somit Umweltfreundlicher. Hier kann der kirchliche Träger beweisen, dass nachhaltige Energie ihn wichtig ist.

Mit Freundlichen Grüßen

Jochen Niemand

*Handwritten signature and initials*

Unitymedia NRW GmbH | Postfach 10 20 28 | 34020 Kassel

HKS  
Herr Gerhard Kunze  
Städtebauer  
Seelbacher Weg 86  
57072 Siegen

Bearbeiter(in): Frau Schröder  
Abteilung: Zentrale Planung  
Direktwahl: +49 561 7818-153  
E-Mail: ZentralePlanungND@unitymedia.de  
Vorgangsnummer: EG-3753

Datum  
26.09.2019

Seite 1/1

## **100. Flächennutzungsplanänderung der Stadt Siegen, Erweiterung St. Marien-Krankenhaus**

Sehr geehrter Herr Kunze,

vielen Dank für Ihre Informationen.

Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere oben stehende Vorgangsnummer an.

Freundliche Grüße

Zentrale Planung Unitymedia

**Unitymedia NRW GmbH**

Postanschrift: Unitymedia NRW GmbH, Postfach 10 20 28, 34020 Kassel

Handelsregister: Amtsgericht Köln | HRB 55984 | Sitz der Gesellschaft: Köln | USt-ID DE 813 243 353

Geschäftsführung: Dr. Johannes Ametsreiter (Vorsitzender) | Anna Dimitraova | Bettina Karsch | Andreas Laukenmann | Gerhard Mack | Alexander Saul

[www.unitymedia.de](http://www.unitymedia.de)

WS

**Betreff:** WG: 100. FNP-Änderung der Stadt Siegen, Erweiterung St. Marien-Krankenhaus - WVS  
NICHT BETROFFEN

**Von:** "Stahl, Philipp" <P.Stahl@siegen.de>

**Datum:** 12.09.2019, 13:34

**An:** 'Gerhard Kunze' <h-k-siegen@t-online.de>

Zur Info.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Philipp Stahl



**UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN**

Der Bürgermeister  
Arbeitsgruppe 4/5-2 ▪ Stadtplanung  
Rathaus Geisweid/Lindenplatz 7 ▪ 57078 Siegen  
Telefon: (0271) 404-3397 ▪ Telefax: (0271) 404-2739  
E-Mail: [p.stahl@siegen.de](mailto:p.stahl@siegen.de)  
[www.siegen.de](http://www.siegen.de)



---

**Von:** Göttert, Regine [mailto:R.Goetttert@wvs.nrw]

**Gesendet:** Donnerstag, 12. September 2019 13:31

**An:** Stahl, Philipp

**Betreff:** 100. FNP-Änderung der Stadt Siegen, Erweiterung St. Marien-Krankenhaus - WVS NICHT BETROFFEN

100. FNP-Änderung der Stadt Siegen, Erweiterung St. Marien-Krankenhaus

Ihr Zeichen:

Ihr Datum: 12. September 2019

Unser Zeichen: 6-0-56 / T10

Sehr geehrter Herr Stahl,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

In dem angezeigten Bereich in Siegen, „St. Marien-Krankenhaus“ sind keine Versorgungsleitungen des Wasserverbandes Siegen-Wittgenstein betroffen. Der WVS hat keine Baumaßnahmen geplant.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie mich bitte an.

Freundliche Grüße

**Eingegangene Stellungnahmen gem. §§ 3 und 4 Abs. 1 und 2 BauGB  
zum Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“**

1

AIR LIQUIDE Deutschland GmbH • Im Lipperfeld 2 • D-46047 Oberhausen

AIR LIQUIDE Deutschland GmbH

Large Industries / Fernleitung Rhein-Ruhr  
Im Lipperfeld 2  
46047 Oberhausen  
Fon: (02 08) 85 09-4 50  
Fax: (02 08) 85 09-4 99  
[www.airliquide.de](http://www.airliquide.de)

Datum:  
01.07.2019

## Ihre Anfrage über unsere E-Mail-Adresse „pipelineanfragen.de“ oder unser FAX-Gerät

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit einiger Zeit teilen wir bei Anfragen mit, dass wir unsere FAX- und E-Mail-Adresse ab dem 01.07.2019 nicht mehr verwenden bzw. diese abstellen, da wir uns seit einigen Jahren auf dem BIL-Portal engagieren und dies fördern.

Das BIL-Portal (<http://www.bil-leitungsauskunft.de>) ist für den Anfragenden kostenlos und es werden ihrerseits mit einer Anfrage sämtliche Leitungsbetreiber für die angegebene Örtlichkeit, abgefragt, welche bei BIL aktiv sind.

Daher möchten wir Sie mit diesem Schreiben bitten, das BIL-Portal (Beschreibung im Anhang) für Ihre Anfragen an uns zu nutzen und teilen Ihnen hiermit mit, dass die Anfragen über die einschlägige E-Mail-Adresse und unser Fax-Gerät, nicht mehr beantwortet werden.

Wir danken Ihnen im Voraus für Ihr Verständnis und hoffen, dass auch Sie in diesem neuen Weg der Leitungsauskunft, die Vorteile für alle Parteien sehen.

Mit freundlichen Grüßen

AIR LIQUIDE Deutschland GmbH

  
i.V. Michael Schork  
Betriebsleiter Pipeline

  
i.A. Kristoffer Kotzur  
Leiter Trasse Fernleitungen

Firmensitz: Düsseldorf  
Amtsgericht Düsseldorf HRB 613  
Vorsitzender des Aufsichtsrates:  
Francesco Penné

Geschäftsführung:  
Gilles Le Van (Vors.)  
Francois Moutiez  
Robert van Nieten

Bankverbindungen:  
Citigroup Frankfurt  
UstID-Nr. DE 121289819

BLZ  
502 109 00

Kto-Nr.  
0211479035

BIC  
CITIDF33XXX

IBAN  
DE02 5021 0900 0211 4790 35

**Betreff:** Leitungsauskunft - Vorgangs-Nr. 129617, Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

**Von:** "Bennor, Angelina" <angelina.bennor@amprion.net>

**Datum:** 08.03.2019, 09:38

**An:** "Stahl, Philipp" <P.Stahl@siegen.de>

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Geltungsbereich der o. a. Bauleitplanung verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.

Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.

Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.

Abschließend möchten wir noch einen Hinweis in eigener Sache geben:

Amprion ist seit August 2018 Mitglied bei dem Leitungsauskunftsportal „BIL e.G.“ <https://bil-leitungsauskunft.de/>

Wir möchten Sie daher auffordern, zukünftig für alle Anfragen zu Leitungsauskünften nicht mehr unsere E-Mailadresse zu verwenden, sondern diese Anfragen über das für Sie kostenlose BIL-Portal zu stellen.

Amprion GmbH

Betrieb / Projektierung

Leitungen Bestandssicherung

Rheinlanddamm 24, 44139 Dortmund

T intern 15740

T extern +49 231 5849-15740

mailto: [angelina.bennor@amprion.net](mailto:angelina.bennor@amprion.net)

[www.amprion.net](http://www.amprion.net)

Aufsichtsrat: Heinz-Werner Ufer (Vorsitzender)

Geschäftsführung: Dr. Hans-Jürgen Brick, Dr. Klaus Kleinekorte

Sitz der Gesellschaft: Dortmund - Eingetragen beim Amtsgericht Dortmund - Handelsregister-Nr. HR B 15940 - USt.-IdNr. DE 8137 61 356





# Kreis Siegen-Wittgenstein Der Landrat

Postanschrift: Kreis Siegen-Wittgenstein • 57069 Siegen

Stadt Siegen  
Postfach 10 03 52  
57003 Siegen

## Bauamt

Dienstgebäude:  
Koblenzer Straße 73  
57072 Siegen

## Ihr Ansprechpartner:

Dieter Niwar  
Zimmer: 823  
Telefon: 0271 333-1840  
Telefax: 0271 333-291924  
E-Mail: [d.niwar@siegen-wittgenstein.de](mailto:d.niwar@siegen-wittgenstein.de)  
[toeb@siegen-wittgenstein.de](mailto:toeb@siegen-wittgenstein.de)

15. April 2021

Mein Zeichen:  
61.72.10

Ihr Zeichen:

Servicezeiten:  
montags-freitags  
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr  
und 13.00 bis 15.00 Uhr

## **Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 12.03.21 wird zu der oben genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde  
Untere Abfallwirtschaftsbehörde  
Untere Bodenschutzbehörde  
Untere Naturschutzbehörde  
Fachgebiet Immissionsschutz

wie folgt Stellung genommen:

### **1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde**

Aus Sicht der Unteren Wasserbehörde bestehen keine Bedenken gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419.

Anregungen und Hinweise werden nicht gegeben.

### **2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde**

Gemäß einem Baugrundgutachten aus dem Jahr 2009 für ein Parkhaus beim St. Marien-Krankenhaus wurden unter der Oberflächenbefestigung u.a. Auffüllungen mit Bauschutt, Schlacke etc. bis in eine Tiefe von 1,8 m erbohrt. Es ist davon auszugehen, dass auch in anderen Bereichen des B-Plangebietes mit dieser Untergrundsituation zu rechnen ist.

Zentrale:  
Telefon: 0271 333-0  
Telefax: 0271 333-2500

[www.siegen-wittgenstein.de](http://www.siegen-wittgenstein.de)  
[post@siegen-wittgenstein.de](mailto:post@siegen-wittgenstein.de)  
[post@siegen-wittgenstein.de-mail.de](mailto:post@siegen-wittgenstein.de-mail.de)

Bushaltestellen:  
Kochs Ecke und Kreishaus  
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:  
Sparkasse Siegen  
IBAN:  
DE54 4605 0001 0000 0100 90  
SWIFT/BIC:  
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG  
IBAN:  
DE69 4476 1534 0755 0005 01  
SWIFT/BIC:  
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.  
342/5894/0610

Im Zuge von Baumaßnahmen, die mit Eingriffen in den Untergrund verbunden sind, muss daher ggf. mit erhöhten Entsorgungskosten gerechnet werden (bodenchemische Untersuchungen und fachgerechte Entsorgung des aufgefüllten Bodens).

Wegen der noch ausstehenden aktuellen Untergrund- und Kampfmitteluntersuchungen sowie den geplanten Abbruch-/Neubaumaßnahmen ist die Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde an den weiteren Verfahrensschritten unbedingt zu beteiligen.

### **3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde**

Gegenüber der beabsichtigten Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 der Stadt Siegen bestehen keine Einwände.

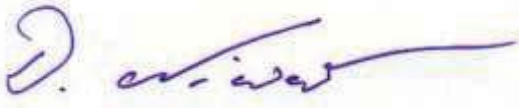
Jedoch sind bezüglich der Beteiligungsunterlagen folgende Hinweise zu geben:

1. Hervorgehoben wird anhand der artenschutzfachlichen Prüfungen eine wesentliche Bedeutung des Planungsraumes als wichtiger innerstädtischer Lebensraum für Fledermäuse in Bezug auf die Nahrungssuche. Dieses insbesondere aufgrund des tlw. alten Baumbestandes v.a. im Bereich des Innenhofes der Immunologie.  
Als Ersatz für erforderliche Baumfällungen ist lt. Ergebnis der Umweltprüfung ein Ausgleich in Form von 11 neu zu pflanzenden standortgerechten heimischen Laubbäumen (Stammdurchmesser 16 – 18 cm) vorzusehen (vgl. Begründung Teil II Umweltbericht, S. 17).  
Wann diese Pflanzmaßnahme wo und in wessen Verantwortung durchzuführen ist geht allerdings aus den weiteren Unterlagen nicht hervor.
2. Die Vorgaben bezüglich einer den Artenschutz unterstützenden zurückhaltenden Beleuchtung [vgl. Hinweis Nr. 5 unter Buchst. d) der Planurkunde] haben im Wesentlichen lediglich empfehlenden Charakter und bauen auf einem nicht zu definierenden subjektiven Empfinden auf, sodass mittels dieser Maßgabe einer unnötigen Überbeleuchtung nicht effektiv entgegengewirkt werden kann.
3. Die fledermausspezifische Optimierungsmaßnahme „Schaffung von Spaltenquartieren“ [vgl. Hinweis Nr. 5 unter Buchst. d) der Planurkunde] bedarf einer Konkretisierung dahingehend, zu welchem Zeitpunkt das Anbringen der Quartiere an neuen Gebäudebereichen zu erfolgen hat und durch wen diese Maßnahme durchzuführen ist. Zudem bedarf der Verweis auf das „Baubuch Fledermäuse“ (2000) einer verbindlichen Vorgabe.
4. Eine Bewertung der vorgenommenen ökologischen Bilanzierung (vgl. Begründung Teil II Umweltbericht, Tab. 2 u. 3) Bestandteil der Unterlagen sind und somit die Einzelpositionen innerhalb des Planbereiches ist fachbehördlicherseits nicht möglich, da entsprechende kartographische Darstellungen nicht einzuordnen sind.  
Daher ist auch nicht nachvollziehbar, inwiefern die lt. Umweltbericht durch den Verlust von nach Baumschutzsatzung der Stadt Siegen geschützten Bäumen erforderliche Neupflanzung von 11 Laubbäumen (s.o.) Teil der Bilanzierung ist.
5. Redaktioneller Hinweis: Auf Seite 11 des Fachbeitrages Artenschutz bedarf im Kapitel Feldsperling der letzte Absatz einer Korrektur der Artangabe.

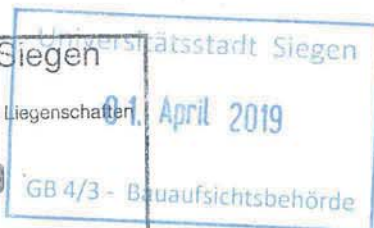
### **4. Stellungnahme des Fachgebietes Immissionsschutz**

Zum Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ der Stadt Siegen, Gemarkung: Siegen, werden aus der Sicht des Immissionsschutzes keine weiteren Anregungen vorgebracht.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'D. Niwar', with a long, sweeping horizontal stroke extending to the right.

Dieter Niwar



# Kreis Siegen-Wittgenstein Der Landrat

## Amt für Bauen und Immissionsschutz

Dienstgebäude:  
Koblenzer Straße 73  
57072 Siegen

### Ihr Ansprechpartner:

Dieter Niwar  
Zimmer: 823  
Telefon: 0271 333-1840  
Telefax: 0271 333-291924  
E-Mail: [d.niwar@siegen-wittgenstein.de](mailto:d.niwar@siegen-wittgenstein.de)  
[toeb@siegen-wittgenstein.de](mailto:toeb@siegen-wittgenstein.de)

Mein Zeichen:  
61.72.10

Ihr Zeichen:

Servicezeiten:  
montags-freitags  
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr  
und 13.00 bis 15.00 Uhr

Zentrale:  
Telefon: 0271 333-0  
Telefax: 0271 333-2500

[www.siegen-wittgenstein.de](http://www.siegen-wittgenstein.de)  
[post@siegen-wittgenstein.de](mailto:post@siegen-wittgenstein.de)  
[post@siegen-wittgenstein.de-mail.de](mailto:post@siegen-wittgenstein.de-mail.de)

Bushaltestellen:  
Kochs Ecke und Kreishaus  
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:  
Sparkasse Siegen  
IBAN:  
DE54 4605 0001 0000 0100 90  
SWIFT/BIC:  
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG  
IBAN:  
DE69 4476 1534 0755 0005 01  
SWIFT/BIC:  
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.  
342/5811/0883



**Siegen-Wittgenstein**  
in Südwestfalen

Stadt Siegen  
Postfach 10 03 52  
57003 Siegen



27. März 2019

## Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger öffentlicher Belange gem. § 13a Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 01.03.19 wird zu der oben genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde  
Untere Abfallwirtschaftsbehörde  
Untere Bodenschutzbehörde  
Untere Naturschutzbehörde  
Fachgebiet Immissionsschutz

wie folgt Stellung genommen:

### 1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde

Durch die Umsetzung der Planung werden sich im Hinblick auf die wasserwirtschaftliche Situation keine Änderungen ergeben. Über die aus der vorhandenen Nutzung resultierenden hinaus sind für das Schutzgut Wasser keine zusätzlichen Beeinträchtigungen zu erwarten.

Aus Sicht der Unteren Wasserbehörde stehen dem Vorhaben keine Bedenken entgegen.

Anregungen und Hinweise werden nicht gegeben.

### 2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Die seitens des Planungsbüros HKS, Siegen, in Zusammen-

arbeit mit der Stadt Siegen zur Verfügung gestellten Unterlagen wurden zur Kenntnis genommen. Hinweise und Anregungen werden von hier zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegeben. Wegen der noch ausstehenden Untergrund- und Kampfmitteluntersuchungen ist die Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde an den weiteren Verfahrensschritten unbedingt zu beteiligen.

### **3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde**

Der „Fachbeitrag Artenschutz“ des Gutachterbüros HKR fasst als Fazit der artenschutzfachlichen Prüfungen zusammen, dass unter Berücksichtigung der im Beitrag formulierten Vermeidungs-, Minderungs-, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG ausgeschlossen werden kann.

Demzufolge bedürfen die in der Planzeichnung lediglich als Empfehlungen formulierten Artenschutzmaßnahmen V 1 „Abrissbeschränkung“, V 5 „Beleuchtung“ und O 1 „Neuschaffung von Spaltenquartieren“ einer klaren Festsetzung als definitiv umzusetzende Maßnahmen.

### **4. Stellungnahme des Fachgebietes Immissionsschutz**

Aus der Sicht des Immissionsschutzes werden keine weiteren Anregungen vorgebracht.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



Dieter Niwar



Siegen – Wittgenstein Jochen Niemand Südstr. 30 57250 Netphen  
Fon und Fax 02737 – 93225 Mail jo-nie@t-online.de

Netphen Hainchen, den 22.04.2021

Stadt Siegen  
Lindenplatz 7  
57078 Siegen

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) Baugesetzbuch

Betr. Erweiterung „ ST. Marienkrankenhaus „

Bebauungsplan Nr. 419

Sehr geehrte Damen und Herren,

die LNU hat keine gravierenden Einwände bei der Erweiterung.

Wir weisen darauf hin, dass der große Baumbestand soweit es möglich ist erhalten bleibt.

Wir empfehlen Photovoltaikanlagen zur Erzeugung von Strom für den Eigenbedarf zu installieren. Das wird nicht ausreichen aber die Zufuhr aus dem öffentlichen Stromnetz wird gesenkt und ist somit Umweltfreundlicher. Hier kann der kirchliche Träger beweisen, dass nachhaltige Energie ihm wichtig ist.

Mit Freundlichen Grüßen



Jochen Niemand



LWL-Archäologie für Westfalen - In der Wüste 4 - 57462 Olpe

Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30 - 12:30 Uhr, 14:00 - 15:30 Uhr  
Freitag 08:30 - 12:30 Uhr

Stadt Siegen  
Amt für Städtebau  
Postfach 10 03 52

57003 Siegen

Ansprechpartnerin:  
Melanie Röring B.A.

Tel.: 02761 9375-42  
Fax: 02761 937520  
E-Mail: melanie.roering@lwl.org

Az.: 567rö19.eml

Olpe, 08.03.2019

**Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“**

Ihr Schreiben vom 01.03.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung der o.g. Planunterlagen bedanken wir uns.

Wir verweisen auf den im Bebauungsplan genannten Punkt „1. Belange des Denkmalschutzes“.

Ansonsten bestehen unsererseits keine Bedenken.

Im Auftrag

gez.

Prof. Dr. Michael Baales  
(Leiter der Außenstelle)

f. d. R.

M. Röring B.A.

LWL-Archäologie für Westfalen - In der Wüste 4 - 57462 Olpe

Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30 - 12:30 Uhr, 14:00 - 15:30 Uhr  
Freitag 08:30 - 12:30 Uhr

Stadt Siegen  
Arbeitsgruppe 4/5-2 Stadtplanung  
Rathaus Geisweid  
Lindenplatz 7  
  
57078 Siegen

Ansprechpartnerin:  
Melanie Röring B.A.

Tel.: 02761 9375-42  
Fax: 02761 937520  
E-Mail: melanie.roering@lwl.org

Az.: 1138rö21.eml

Olpe, 12.03.2021

**Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“**

Ihr Schreiben vom 12.03.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung der o.g. Planunterlagen bedanken wir uns.

Wir verweisen auf den im Bebauungsplan genannten Punkt „1. Belange des Denkmalschutzes“.

Ansonsten bestehen unsererseits keine Bedenken.

Im Auftrag

gez.

Prof. Dr. Michael Baales  
(Leiter der Außenstelle)

f. d. R.

M. Röring B.A.

# NABU

NABU-Siegen-Wittgenstein · Am Buchholz 1 · 57319 Bad Berleburg

Rathaus Geisweid  
Lindenplatz 7  
4/5-2 AG Stadtplanung  
57078 Siegen

Kreisverband Siegen-  
Wittgenstein e.V.

Michael Düben

Am Buchholz 1  
57319 Bad Berleburg

Tel.: 02751/5512

e-mail: [michael.dueben@gmx.de](mailto:michael.dueben@gmx.de)

Bad Berleburg, 15. 3. 2021

**Betr.: Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“**

**Ihr Schreiben vom 12.3.2021; Ihr Zeichen**

**Hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, NABU Siegen-Wittgenstein**

**Labü: SI-115/19**

[stadtplanung@siegen.de](mailto:stadtplanung@siegen.de)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu diesem B-Plan hat der NABU schon Stellung bezogen, am 15.3.2019.  
Leider ist uns das Ergebnis der Abwägung nicht bekannt gegeben worden.

Es ist sehr zu begrüßen, dass nun die Vermeidungsmaßnahmen V 1, V 2, V 5 und die Optimierungsmaßnahmen O 1 als definitiv umzusetzende Maßnahmen im B-Plan klar festgesetzt werden. Was ist mit der Maßnahme V 3?

Diese Festsetzungen sind laut ASP notwendig, um nicht gegen die Bestimmungen des BNatSchG zu verstoßen. Auch die UNB hat dies in ihrer Stellungnahme gefordert.

Vollständig unverständlich ist es daher, dass im B-Plan weiterhin die Vermeidungsmaßnahme V 4 aufgeführt wird. Die Rodungs- und Abrißzeitbeschränkungen müssen unbedingt eingehalten werden. Dieses Gebot ist absolut zumutbar und einhaltbar und kann nicht durch die Tätigkeit einer Umweltbegleitung ersetzt werden.

Meint man wirklich, die Umweltbaubegleitung könnte z.B. ein Vogelei selbst ausbrüten oder Vogelnestlinge großziehen, wenn sie außerhalb der vorgegebenen Zeiten aufgefunden werden?

Natürlich ist allgemein eine Umweltbaubegleitung zu begrüßen, nicht aber zu dem Zwecke, die artenschutzrechtlichen Vorschriften des BNatSchG zu umgehen.

Mit freundlichem Gruß

Michael Düben



# NABU

NABU-Siegen-Wittgenstein · Am Buchholz 1 · 57319 Bad Berleburg

Stadt Siegen  
Lindenplatz 7  
57078 Siegen  
4/5-2 AG Stadtplanung  
z.Hd. Herrn Stahl

## Kreisverband Siegen- Wittgenstein e.V.

**Michael Düben**

Am Buchholz 1  
57319 Bad Berleburg  
Naturschutzreferent

Tel.: 02751/5512

e-mail: [michael.dueben@gmx.de](mailto:michael.dueben@gmx.de)

Bad Berleburg, 20. September  
2019

**Betr.: 100. Änderung des Flächennutzungsplanes „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“  
Ihr Schreiben vom 11.9.2019; Ihr Zeichen -**

**Hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, NABU Siegen-Wittgenstein  
Labü: SI-115/19**

**p.stahl@siegen.de**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Umweltbericht zeigt nochmals, dass es, begründet durch den Verlust wertvoller Baumsubstanz, durch die Planung zu erheblichen Umweltauswirkungen kommen wird (Umweltbericht 3.1).

Dies beweist die Notwendigkeit einer stringenten Umsetzung der im Fachbeitrag 'Artenschutz' definierten Minimierungs-, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen sowie von uns geforderten zusätzlichen Habitats-Optimierungsmaßnahmen für Fledermäuse in der näheren Umgebung.

Ansonsten verweise ich nochmals auch für dieses Flächennutzungsplanänderungsverfahren auf unsere Stellungnahme zum Bebauungsplan 419 vom 15.3.2019

Mit freundlichem Gruß

Michael Düben

**Von:** Loth, Armin [<mailto:Dipl.-Ing.Armin.Loth@svb-siegen.de>]

**Gesendet:** Mittwoch, 7. April 2021 14:12

**An:** Stadtplanung, Siegen

**Cc:** Heinrich, Dirk; Janke, Matthias

**Betreff:** AW: Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ - Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehmen die Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zu o.g. Beteiligung Stellung

Die bisherigen Stellungnahmen wurden vollumfänglich übernommen, daher bestehen keine Bedenken. Im weiteren Verfahren ist die Lage der Hausanschlüsse Erdgas und Trinkwasser zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

=====

**Dipl.-Ing. Armin Loth**  
**Handlungsbevollmächtigter**  
Abteilungsleiter Planung  
**Siegener Versorgungsbetriebe GmbH**  
**Morleystraße 29-37**  
**57072 Siegen**

Tel.: 0271 / 3307-204

E-Mail: [Dipl.-Ing.Armin.Loth@svb-siegen.de](mailto:Dipl.-Ing.Armin.Loth@svb-siegen.de)  
[www.svb-siegen.de](http://www.svb-siegen.de)

=====

Geschäftsführer:  
Thomas Mehrer  
Aufsichtsratsvorsitzender:  
Frank Weber

Sitz der Gesellschaft: Siegen  
Register-Nr.: HRB 1438  
USt.-IdNr.: DE126569515

**Betreff:** WG: Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

**Von:** "Stadtplanung, Siegen" <Stadtplanung@siegen.de>

**Datum:** 25.10.2019, 12:36

**An:** "Stahl, Philipp" <P.Stahl@siegen.de>

---

**Von:** Loth, Armin [mailto:Armin.Loth@svb-siegen.de]

**Gesendet:** Freitag, 25. Oktober 2019 10:53

**An:** Stadtplanung, Siegen

**Betreff:** Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehmen die Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zu o.g. frühzeitiger, öffentlicher Beteiligung Stellung:

Die Stellungnahme aus der Beteiligung der öffentlichen Träger wurde vollumfänglich übernommen, daher bestehen keine Bedenken.

Im weiteren Verfahren ist die Lage der Hausanschlüsse Erdgas und Trinkwasser zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

#### **Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen:**

##### **Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" und zur 100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen-Mitte**

Die Stadt Siegen beabsichtigt den Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" und die 100. FNP-Änderung im Parallelverfahren aufzustellen. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die zukünftigen Erweiterungen des St. Marien-Krankenhauses sowie die Ansiedlung damit verbundener Nutzungen geschaffen werden. Die Flächennutzungsplanänderung Nr. 100 im Parallelverfahren ist erforderlich, um den Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickeln zu können.

Die Geltungsbereiche des Bebauungsplanes und der Flächennutzungsplanänderung sind identisch und liegen im Stadtteil Siegen-Mitte, Flur 25, haben eine Größe von ca. 3,7 ha und werden im Norden von der Friedrichstraße, im Osten von der Kampenstraße, im Süden von der Elisabethstraße und im Osten von der Nordstraße begrenzt. Der Geltungsbereich ist im nachfolgenden Übersichtsplan umgrenzt.

Gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wird der Öffentlichkeit die Gelegenheit gegeben, sich frühzeitig an der Planung zu beteiligen. Die Vorentwürfe des Bebauungsplanes Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" und der 100. Flächennutzungsplanänderung einschließlich Begründungen und Umweltbericht können in der Zeit vom

14.10.2019 - 28.10.2019

in der Arbeitsgruppe Stadtplanung der Stadt Siegen, Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, im Flur des 1. Obergeschosses vor Zimmer 120 a während der Öffnungszeiten (Montag bis Freitag 08.30 bis 12.00 Uhr, Dienstag 14.00 bis 16.00 Uhr, Donnerstag 14.00 bis 18.00 Uhr) eingesehen werden. Der Öffentlichkeit



wird Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben. Stellungnahmen können z.B. schriftlich an „Stadt Siegen, AG Stadtplanung, Lindenplatz 7, 57078 Siegen“, zur Niederschrift, per E-Mail an: [stadtplanung@siegen.de](mailto:stadtplanung@siegen.de) oder persönlich abgegeben werden.

Im Hinblick auf die 100. Flächennutzungsplanänderung ist eine Vereinigung im Sinne des § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 des Umweltrechtsbehelfsgesetzes (UmwRG) in einem Rechtsbehelfsverfahren im Sinne von § 7 Abs. 2 UmwRG wegen § 7 Abs. 3 UmwRG mit allen Einwendungen ausgeschlossen, die sie im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht fristgerecht geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

Siegen, 08.10.2019

Der Bürgermeister  
In Vertretung  
gez.  
Henrik Schumann  
Stadtbaurat

**Armin Loth**

Planung  
Tel.: +492713307204  
Fax.: +49271330722204  
E-Mail: [Armin.Loth@svb-siegen.de](mailto:Armin.Loth@svb-siegen.de)  
[www.svb-siegen.de](http://www.svb-siegen.de)

**Siegener Versorgungsbetriebe GmbH**  
**Morleystraße 29-37**  
**D 57072 Siegen**

Vertretungsberechtigter Geschäftsführer:  
Alfred Richter  
Aufsichtsratsvorsitzender:  
Joachim Boller

Sitz der Gesellschaft: Siegen  
Registergericht: Amtsgericht Siegen  
Register-Nr.: HRB 1438  
Steuer-Nr. 342/5820/0691  
USt.-IdNr.: DE126569515

**Betreff:** Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" - WVS NICHT BETROFFEN

**Von:** Göttert, Regine <R.Goetttert@wvs.nrw>

**Datum:** 05.03.2019, 07:31

**An:** "Stahl, Philipp" <P.Stahl@siegen.de>

Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

Ihr Zeichen:

Ihr Datum: 1: März 2019

Unser Zeichen: 6-0-56 / T10

Sehr geehrter Herr Stahl,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

In dem angezeigten Bereich in Siegen, „St. Marien-Krankenhaus“ sind keine Versorgungsleitungen des Wasserverbandes Siegen-Wittgenstein betroffen.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie mich bitte an.

Freundliche Grüße

***Regine Göttert***

Technische Abteilung

*Wasserverband Siegen-Wittgenstein*

*Einheitsstraße 23*

*57076 Siegen*

*Telefon +49 271 7096-47*

*Telefax +49 271 71098*

[r.goetttert@wvs.nrw](mailto:r.goetttert@wvs.nrw)

[www.wvs.nrw](http://www.wvs.nrw)

Steuer-Nr. 342/5820/2846, USt.IdNr. DE 126572125



Bitte denken Sie an die Umwelt - müssen Sie diese E-Mail wirklich ausdrucken?

**Betreff:** WG: Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“

**Von:** "uwe.achenbach@westnetz.de" <uwe.achenbach@westnetz.de>

**Datum:** 05.03.2019, 09:43

**An:** "Stahl, Philipp" <P.Stahl@siegen.de>

Sehr geehrter Herr Stahl,

nach Erhalt und Durchsicht der zugesandten Unterlagen teilen wir Ihnen hiermit mit, dass wir grundsätzlich keine Bedenken zu dem Bebauungsplan 419 haben.

Gem. Ihrer Begründung unter Pkt 3.6 sind die erforderlichen Stromversorgungskabel vorhanden und werden lediglich von der Bebauungsplanaufstellung tangiert.

Ergänzend fügen wir hinzu, dass im Plangebiet auf dem Flurstück 255 eine Ortsnetz-Trafostation mit Dingl. Sicherung im Grundbuch zur Allgemeinversorgung steht.

Sollten Änderungen an dieser Anlage erforderlich werden, gehen die entstehenden Kosten zu Lasten des Veranlassers.

Mit freundlichem Gruß

**Uwe Achenbach**

Westnetz GmbH

Regionalzentrum Sieg

Netzplanung

Friedrichstraße 60, 57072 Siegen

T intern 753-2394

T extern +49(0)271/ 584-2394

M +49(0)162 /284 60 51

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dr. Joachim Schneider

Geschäftsführung: Dr. Jürgen Grönner, Dr. Stefan Küppers, Dr. Achim Schröder, Jürgen Wefers

Sitz der Gesellschaft: Dortmund

Eingetragen beim Amtsgericht Dortmund

Handelsregister-Nr. HR B 25719

USt.-IdNr. DE 8137 98 535

---

**Von:** Gerhard Kunze [mailto:h-k-siegen@t-online.de]

**Gesendet:** Freitag, 1. März 2019 14:30

**An:** Achenbach, Uwe

**Betreff:** Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“

## **Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“**

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Siegen plant die Aufstellung des oben genannten Bebauungsplanes. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses geschaffen werden. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB durchgeführt werden.

Anbei das Anschreiben und die entsprechenden Planunterlagen in digitaler Form.

**Bitte um Übersendung Ihrer Stellungnahme bis zum 05.04.2019 an die Stadt Siegen:**

**Rathaus Geisweid**, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, **Stadtplanung:** Herr Stahl, Telefon: 0271 404- 3397,

Telefax: 0271 404-2739, E-Mail: [p.stahl@siegen.de](mailto:p.stahl@siegen.de), Internet: [www.siegen.de](http://www.siegen.de)

--

file:///C:/Word-Doc/S%20436%20BP%20Siegen%20Marienkrankenh

— Anhänge: —

Westnetz.pdf	155 KB
BP 419 Siegen Begründung 27-02-2019.pdf	1,9 MB
BP 419 Siegen Planzeichnung 27-02-2019.pdf	1,8 MB

**Von:** [REDACTED]

**Gesendet:** Dienstag, 22. Oktober 2019 11:30

**An:** Stadtplanung, Siegen

**Cc:** [REDACTED]

**Betreff:** Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich bin Eigentümerin des Grundstücks Friedrichstraße [REDACTED]. Seit meinem ersten Lebensjahr wohne ich auf diesem Stück Erde und bin nun äußerst beunruhigt über die Baumaßnahmen, die in der Nähe meines Hauses geplant werden.

Zeit meines Lebens konnte ich den Ausblick auf den Sieberg mit dem Krönchen genießen (abends beleuchtet und auch wunderschön zur Weihnachtszeit) und wünsche mir sehr, dass mir und allen Bewohnern des Hauses diese Aussicht erhalten bleibt. Außerdem ist die Aussicht auf die Gärtnerei, die Bundesagentur und die Nordschule mit ihren Bäumen sehr grün, und ich hoffe sehr, dass mir diese nicht durch eine Betonwand völlig versperrt wird. Die benachbarten Bäume auf 487 müssen, wie derzeit vorgesehen, erhalten bleiben.

Zusammengefasst habe ich erhebliche Bedenken bezüglich der Größe des geplanten Objektes und schlage eine terrassenförmige Bauweise vor, die uns Sonne, Licht und Aussicht auf den Sieberg erhält sowie vor Emissionen schützt.

Folgende Bedenken führe ich im Einzelnen an und bitte diesbezüglich um Auskunft:

1. Ausblick ins Grüne, auf den Sieberg und das Krönchen:

Hier wird in BP\_419\_Siegen\_Begrundung\_08-08-2019 4.3.2 ‚Baugrenzen‘ erwähnt, dass ein Abstand von 13m zu der bestehenden Bebauung einzuhalten ist.

Dieser Abstand der geplanten Gebäude ist als sehr gering zu bewerten, wenn dort ein mehrstöckiges Gebäude entstehen sollte. Unser kleiner Garten ist 8m lang, kämen nur 5m auf dem Baugrundstück dazu. Das ist sehr nah. Wir sind durch den rückwärtigen Anbau der Heilsarmee sowieso schon sehr eingemauert.

Wir schlagen daher eine terrassenförmige Gebäudestruktur von der Nordschule aus abfallend Richtung Norden vor. Welche Struktur ist hier angedacht?

2. Abstand der geplanten Gebäude von der auf der Südgrenze Friedrichstr. [REDACTED] verlaufenden Baugrenze:

Wird hier der Abstand von 13m zum Anbau der Heilsarmee eingehalten? Dies wäre auch zum Schutz der Bäume auf 487 ratsam, damit die Wurzeln keinen Schaden nehmen.

Welchen Abstand wird das zur Südgrenze Friedrichstr. [REDACTED] nächstliegende Gebäude haben?

3. Höhe der geplanten Gebäude:

BP\_419\_Siegen\_Umweltbericht\_EAB\_30-07-2019

In 1.2 schreiben Sie, dass im sog. ‚Fischerquartier‘ mehrgeschossige Gebäude entstehen sollen, deren Höhe sich an den benachbarten Gebäuden orientieren soll. Welche Gebäude sind hier gemeint?

Die Nordschule (alles andere außer den beiden ersten Gebäuden in der Nordstraße wird ja abgerissen) ist sehr hoch, eine Orientierung daran würde den gesamten Ausblick versperren und viel Sonne, gerade im Winter, wegnehmen.

Die Höhe der Nordschule mit den gesetzlich zusätzlich erlaubten Aufbauten (nochmal +3m, Klimaanlage? etc.) wäre für uns eine Katastrophe.

Welche Gebäude sind hier zur Orientierung bzgl. der Höhe gemeint?

4. Versiegelung von Flächen:

Sie weisen auf den hohen Versiegelungsgrad hin und schreiben in

BP\_419\_Siegen\_Umweltbericht\_EAB\_30-07-2019

1.3 ‚Die Ableitung des Oberflächen- und Schmutzwassers erfolgt über die vorhandenen Kanäle.‘  
Wir hatten in der längeren Vergangenheit bei Regen regelmäßig Wasser im Keller (bis zu 50cm hoch). Durch die Begradigung der Sieg wurde das Problem in andere Regionen verlagert, derzeit ist unser Keller trocken.

Ich befürchte, dass durch eine weitere Versiegelung zu viel Sickerfläche verloren geht und wir wieder Wassereinbruch und die damit verbundenen Schäden im Keller haben könnten. Reichen die vorhandenen Kanäle auch unter Berücksichtigung von zunehmenden Starkregen aus? Welche Auswirkungen gibt es auf den Grundwasserspiegel?

5. Emissionen z.B. durch Klimaanlage und Tiefgaragen:

Ich befürchte einen erhöhten Geräuschpegel durch die Klimaanlage, insbesondere nachts und am Wochenende, sowie eine Verschlechterung der Luftqualität durch Autoabgase.

Wo werden die Technikgeräte aufgestellt bzw. wo ist die Entlüftung der Tiefgarage geplant?

Über eine Antwort und Berücksichtigung meiner Bedenken würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted Signature]

57072 Siegen

[Redacted Address Line]



Stadt Siegen  
AG Stadtplanung  
Lindenplatz 7  
57078 Siegen

Bonn, den 21.10.2019

Betreff: Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“  
Bürgerbeteiligung

Sehr geehrte Damen,  
sehr geehrte Herren,

als Eigentümerin des Grundstückes mit Wohnbebauung an der Friedrichstraße [REDACTED] Flurstück [REDACTED] im Bereich des „Fischer Quartiers“ ehemalige Gärtnerei Fischer, nehme ich wie folgt Stellung zu dem „ANGEBOTS BEBAUUNGSPLAN“.

In meinen Ausführungen möchte ich mich in der Sache speziell um die möglichen Planfestsetzungen der ausgewiesenen Planungsgebiete SO3 und SO4 nach dem Maß der baulichen Nutzung und der Bauweise äußern.

Wie Sie feststellen werden, sind die angestrebten / gewünschten Festsetzungen des vorliegenden „ANGEBOTS BEBAUUNGSPLAN“ in diesem Bereich gegenüber der derzeitigen rechtlich und gültigen Baurichtlinien, es handelt sich noch um ein Baugebiet nach §§34 was bedeutet, dass sich bei Bauaktivität jeder gemäß der umliegenden Bebauung zu richten hat, unter anderem auch, dass sich die geplante bauliche Höhenlage an Form und Höhe sowie Nutzung anzupassen hat, sehr verschieden.

Im Plangebiet „Fischer Quartier“ ist die vorhandene Nutzung entlang der Straßenflächen, Straßenhöhen bewegen sich um die ~240,50 ü.NHN., in der Nordstraße und Friedrichstraße straßenorientierte geschlossene und teils offene Wohnbebauung. Diese ist in der Umfassung des Fischer Quartiers 2-3 geschossig mit geneigten Dächern (Sattel-, Walm- und Grübelwalmdächer, Neigung ~40 Grad, mit teils ausgebauten Dachgeschossen und einer durchschnittlichen Gebäudehöhe, Firsthöhe, im Bereich der Friedrichstraße ~254,00 ü.NHN. = 13,50m über Straßenniveau, mit Traufwandhöhen von ~249,00 ü.NHN. = 8,50m über Straßenniveau. Im Bereich der Nordstraße reduzieren sich die Firsthöhen auf 252,00 ü.NHN.=11,50m über Straßenniveau mit Traufwandhöhen von ~248,00-249,00 ü.NHN.=bis 8,50m über Straßenniveau. Einzig das 3-geschossige Wohngebäude mit im Erdgeschoss aufgegebenen Blumenladengeschäft der ehemaligen Gärtnerei Fischer ist neueren Datums, ~1970 Jahre, und ist mit Flachdach,

Attikawandhöhe 249,78 ü.NHN.=9,28m über Straßenniveau, ausgebildet und bleibt deutlich unter den Firsthöhen der angrenzenden Bebauung zurück. Im Grenzabstand zur nachfolgenden Bebauung der Grundschule (Nordschule OGS), führt im Grenzabstand eine Zufahrt in den abgesenkten Innenbereich des Gärtnereibetriebes.

In dieser im Innenbereich abgesenkten Fläche zur straßenflankierenden Bebauung liegen nach Süden ausgerichtet die Gärten, Balkone und Terrassen der Wohngebäude sowie die gärtnerischen Anbauflächen mit den Gewächshäusern. Die Gärten und gärtnerischen Anbauflächen liegen ca. 2,00 bis 3,00 m unterhalb des angrenzenden Niveaus der öffentlichen Straßenverkehrsflächen. Durch eine Stützwand ist die südliche Grenzlinie des „Fischer Quartiers“ zum höhergelegenen Areal der Grundschule, Schulgebäude, Pausenplatz und Turnhalle, geschützt.

Bei dem straßenständigen Schulgebäude zur Nordstraße handelt es sich um einen 2-3 geschossigen Baukörper mit unterschiedlichen Firstlagen, rechtwinkelig und parallel zur Nordstraße und unterschiedlich hohen Traufhöhen. Die Dachlandschaft besteht aus stark und unterschiedlich hohen und geneigten Dachflächen aus Sattel-, Walm- und Grübelwalmdächern.

Der flächig, kleinere Schulbaukörper steht mit seinem First quer zur Nordstraße. Die Firsthöhen betragen im First ~260,48 ü.NHN.=19,98m über Straßenniveau und im Traufwandbereich ~255,05 ü.NHN. =14,55 über Straßenniveau. Der anschließende flächig etwas größere Schulbaukörper ist wesentlich niedriger, sowohl was den First betrifft und sowohl auch die Traufe First ~258,00 ü.NHN. =17,50m über Straßenniveau und Traufe ~251,00 ü.NHN. =10,50 über Straßenniveau.

Noch weiter südlich anschließend zur Schule findet sich entlang der Nordstraße fortführend wieder Wohnbebauung in geschlossener Bauweise und seitlich versetzt die Agentur für Arbeit, die mit ihrer Architekturformensprache, sozial verträglich mit genügend Abstand und niedriger baulicher Höhe, max 3-geschossig, zur Wohnbebauung, sich sozial verträglich zurücknimmt.

Die nun vorgelegte gewünschte Planfestsetzung des „Fischer Quartiers“ mit den Bereichen SO3 und SO4 soll nun an das Sondergebiet Klinik eingegliedert werden.

Die angestrebte Verdichtung im gesamten Sondergebiet Klinik ist mit ausgewiesener Grundflächenzahl sehr hoch. Die Angaben der gewünschten möglichen Gebäudehöhen übertreffen bei Weitem die zurzeit anzutreffenden Bestandsgebäudehöhen des Fischer Quartiers. In der Baufläche SO4 ist die gewünschte Gebäudehöhe mit 260,50 Meter ü.NHN., entspricht 20,00m über Straßenniveau, angegeben. Über die Ausbildung von Dachformen und Dachneigungen wurden jedoch keine Angaben dargestellt. Dies wäre zur Beurteilung der möglichen Baukörper die entstehen könnten aber eine wichtige Größe gewesen. Es ist natürlich zur Beurteilung der Verträglichkeit eines Gebäudes und seiner baulichen Höhe ein Unterschied, ob dieses mit geneigten Dachformen oder Flachdächern abschließt. Im „Fischer Quartier“ sind in den bestehenden Gebäuden sehr stark geneigte und kleinstrukturierte (Walmdach) ausgeprägte Dachflächen um die 45 Grad Dachneigung vorherrschend.

In den ausgewiesenen Bereichen SO3 und SO4 sind derzeit nur Bestandsbauten für Wohnzwecke anzutreffen. Nach Umwidmung in Sondergebiete, sind nach meinem Wissen, Zweckbestimmungen des Wohnens, wie derzeit in der Bestandsnutzung üblich, so nicht möglich.

Fazit:

Die vorhandene bauliche Ausprägung im Fischer Quartier“ muss mit dem in ANGEBOTS BEBAUUNGSPLAN“ vg. Planungsziele und Neuordnung des Quartiers sozial verträglicher gestaltet werden. Die angegebenen möglichen Gebäudehöhen in SO4, mit Baukörperhöhen bis



20,00m über Straßenniveau, sind auf jeden Fall viel zu hoch. Zumal das „Fischer Quartier“ gegenüber den Straßenflächen nochmals ca. 2,00 bis 3,00m abgesenkt ist und auf die Baukörperhöhe addiert werden muss. Genauso wenig kann hingenommen werden, dass Technikräume bis zu einem Drittel der Grundfläche der Dachfläche bei einer maximalen Höhe von 3,00 m über Oberkante Gebäudehöhen von einer Höhenfestsetzung ausgenommen sind und somit zusätzlich die Bauwerke erhöhen. Auch die gewünschte Grundflächenzahl mit Ausnutzung von 80% der Grundstücksflächen bedeutet eine viel zu hohe Versiegelung im „Fischer Quartier“. Hier erhoffe ich mir, dass die Verantwortlichen der Stadt Siegen in diesem Bereich eine sozial verträglichere Festsetzung der baulichen Nutzung festlegen.

Der Wettbewerb auf dem Zentralgelände des Krankenhauses „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“, der zwar nur eine informelle Planung zu der Entwicklung des Krankenhausstandortes über das Jahr 2025 hinaus skizziert, zeigt einen Gewinnerentwurf, der die Masse der Baukörper mit ausgeprägten Gebäudehöhen direkt vor die südlich gelegenen Gärten, Terrassen, Balkone der Bestandsgebäude zur oberen Friedrichstraße hin ausrichtet. Ob die Sonne da ihren Weg noch in die Wohnstuben findet sei dahingestellt.

Wäre es hier nicht erstrebenswert, bei der bereits angekündigten Überarbeitung des Wettbewerbsvorschlages, die Baukörper in Richtung Elisabethstraße hin zu verschieben, mit mehr Abstand zu der Bestandsbebauung der oberen Friedrichstraße.

Im „Fischer Quartier“ kann ich mir daher eine bessere Lösung vorstellen. Der Bebauungsplan sollte auf diesem Areal die Baukörperhöhen besser regeln, sodass die nach Süden orientierten Gärten, Balkone, Terrassen der Wohnbebauung in der Friedrich- und der Nordstraße weiterhin gut belichtet werden.

Dies könnte man erreichen, indem entlang der Grenze zum Schulgelände eine höhere Bebauung zulässig wäre, diese aber dann in Richtung Wohnbebauung sich abnehmend runterstaffelt.

Im „Fischer Quartier“ wurde das Baufeld mit einer Baugrenze versehen. Im Bereich der beiden Bestandsbäume knickt diese in Richtung Wohnbebauung Friedrichstraße [REDACTED] Flurstück [REDACTED] auf die Grundstücksgrenze ab. Hier möchte ich, als Puffer zu meiner Wohnbebauung, dass die Baulinie parallel zur Grundstücksgrenze verlängert wird und dann auf die Grundstücksecke Flurstück [REDACTED] und Flurstück [REDACTED] abknickend zuläuft.

Es würde mich freuen, wenn die vorgetragenen Anregungen und Bedenken in die weiteren Planungen mit einfließen könnten.

Bitte informieren Sie mich über weitere Möglichkeiten zu dem Thema, Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ Bürgerbeteiligung, mit Ihnen in Verbindung zu bleiben.

Mit besten Grüßen

[REDACTED]



# „Fischer Quartier“

zwischen Nordstraße und Friedrichstraße



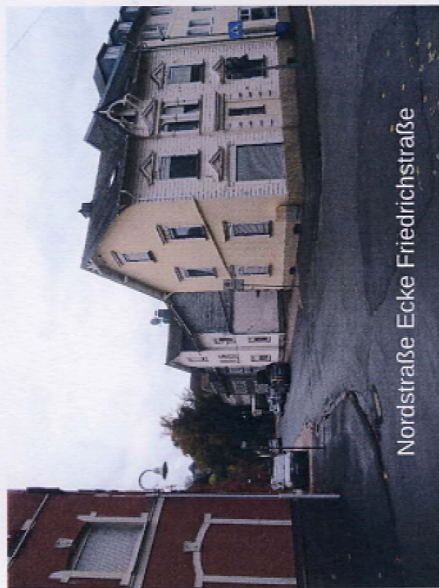
Gelände Gärtnerei Fischer



Gelände Gärtnerei Fischer



Zufahrt Gelände Gärtnerei Fischer von der Friedrichstraße aus



Nordstraße Ecke Friedrichstraße



Nordstraße

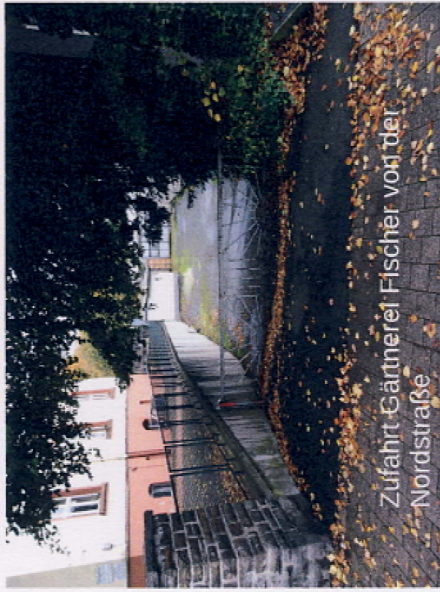


Nordstraße



# „Fischer Quartier“

zwischen Nordstraße und Friedrichstraße



AG 4/5-2 Stadtplanung

Siegen, 28.10.2019

Auskunft: Herr Kapitza  
Telefon: 404-3288**Stellungnahme zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"**

Am 28.10.2019 hat [REDACTED] wohnhaft in der [REDACTED] den Unterzeichner angerufen und eine Stellungnahme zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ abgegeben.

Folgende Hinweise wurden genannt:

- Das Marienkrankenhaus besitzt weitere Grundstücke die sich außerhalb des Plangebietes befinden.
- Die in der Bebauungsplannamen verwendete Bezeichnung des Krankenhauses ist nicht mehr richtig. Die aktuelle Bezeichnung lautet „Marien Gesellschaft Siegen GmbH“.
- Die Höhe der Gebäude sollte auf 20 Meter beschränkt werden.
- Die Gebäudedächer sollen begrünt werden.

Des Weiteren hat [REDACTED] gebeten die vorgebrachte Hinweise an den zuständigen Sachbearbeiter weiterzuleiten.

gez.  
Kapitza



  
57072 Siegen

Handschriftlich abgegebene Stellungnahme einer Anwohnerin – Stellungnahme wurde abgetippt

In Stadt Siegen  
Be-Bau-Plan  
Bezirk Sandstr. - Kampen - Al.-Magnus-Str

14. Jan, 2021

Der bisherige BebauPlan war vor einigen Jahren aufgelöst und danach für überflüssig erklärt.  
Nun beantrage ich hiermit Wiedereinsetzung oder Neugestaltung.

Begründung:

In dem Bezirk ist mit Neukäufen zu rechnen und/oder Abriss vorhandener Bauten und darauf Neubauten.

Plan 419

Anmerkungen von Anliegern zum Bebauungsplan 419

- ❖ Die Grundstücksgrenze ist gleich Baugrenze
- ❖ Zu Nachbargrundstücken geschlossene Bauweise

Vor Bebau-Plan

Separaten Verkehrs-Wege-Plan dieser Gegend

An- Abfahrten  
viel Verkehr im Umfeld

Parken kritisch

Evtl. Parkhaus oben am Kampen

Taxi usw.

Springbrunnen

Brunnen finden  
Wasser wird knapp

Klimawandel  
Hitze  
Dürre

Kühlende Räume  
Offene Terrassen

Fern-Heizwerk für gesamte Gegend  
(viele Gebäude im Umfeld sind auch im gleichen Bezirk)  
Alle gemeinsam an Fernheiz-Werk

Evtl. auch eigenes E-Werk für Zukunft

- ❖ E-Tankstellen
- ❖ Fahrrad-Plätze usw.
- ❖ Vorlesungsräume vorsehen  
falls Fachbereich Medizin an Uni

Im Straßenbelag beachten

- ❖ Im Umfeld
- ❖ Viele Rollstuhl-Nutzer
- ❖ Mit Gehhilfen
- ❖ Rollator usw.
- ❖ Mit Krücken-Patienten

Straßenbelag braucht

- ❖ Glatt
- ❖ Barrierefrei
- ❖ Flach

Kein holpriger Belag, Patienten gehen bis Sandstraße Parken und Tages-Klinik

Einflugschneisen beachten für

- ❖ Hubschrauber
- ❖ Drohnen

Wie werden Patienten anno 3.000 eingeflogen

Sozialverträglich zur Umgebung

Einbeziehen der Umgebung ggf. durch

- ❖ Grünanlage
- ❖ Kleine Läden

Das Klinik-Gelände nicht als anonym-Fremdkörper gestalten  
Öffnen zur Umgebung

Unterirdisch

- ❖ CT-Geräte
- ❖ Röntgen usw.
- ❖ Pathologie usw.

Orte für Palliative vorhalten

## Klimawandel

- ❖ Belüftungen für Hitze
- ❖ Unterirdische Notfallräume  
ggf. für eine spätere Pandemie
- ❖ Räume für ggf. Kalkulieren
- ❖ Vorhandene Räume dann umrüsten

## Notfallorte/-plätze halten

z.B. für Unwetter, Hochwasser, Starkregen, bei Klimakatastrophe  
evtl. auch Schutzräume für Tagesbesucher und Patienten

auf diesem Gelände befinden sich tagsüber sehr viele Menschen

Parkraum für Zulieferverkehr beachten

Es fahren viele LKW und Kleinlaster für Lieferdienste

Viele auswärtige Transporter für Patienten An-/Abholer

Müllentsorger viele für Klinik

Unterirdisch Parken

Tiefgaragen

Fahrräder

E-Auto beachten mit Anschluss

Parken ist in dieser Gegend sehr kritisch, viel „Such“-Verkehr um die Gegend, vor allem die Tagesbesuche, die Mitarbeiter/innen ab 5 Uhr früh heftig

Fassadengrün

Evtl. Dachgrün

Bauen nach neuesten Umweltkriterien, vor allem auf dem Dach

Ggf. Wasserspeicher

Es gibt Dachsteine mit Wasserspeicher

Wasser ist das Gold der Zukunft

Die obere Friedrichstr. ca. 130-39 ca ganz schließen für Durchgangsverkehr

Passanten: Patienten

Ggf. auch Marienstr. Schließen

Viele Passanten von Kampen -> Magnus

Evtl. beachten:

Die Inhaber Boden 419 besitzen im Umfeld nebenan liegenden Gebieten viel Boden und Gebäude  
Es ist ggf. mit Einbeziehung in neuere Bauten zu kalkulieren

Insofern, angrenzende Flächen mit neuem Be-Bau-Plan erfassen

Evtl. ist später ggf. mit Neubauten um Umfeld zu kalkulieren

Aufbauten auf den Gebäuden  
z. B. Satelliten, Klimageräte, Lüftungen  
in die Höhe kalkulieren

Höhe der Bauten drücken

Sonne

Licht

Wind

Luft

Höhe auf max. 5 Etagen

Belichtung/Belüftung der Gegend

Möglich sein für:

- ❖ Friseur
- ❖ Café
- ❖ Kiosk
- ❖ Zeitungsladen
- ❖ Post-Shop

Vor allem auch für Patienten und falls später der Bereich andere Nutzung, wäre es für Anwohner sinnvoll

Barrierefrei in allen Bereichen

Bäume

- ❖ Feste Regeln für Bäume, z. B. auf 500m<sup>2</sup> = 1 Baum

Art der Bäume

- ❖ Z. B. Laub
- ❖ Z. B. immergrün
- ❖ Höhe beachten

Standorte vorher klären

- ❖ Bienenfreundlich
- ❖ Obst – blühend

Bienenkörbe = Pflicht

Pro 500m<sup>2</sup> = 1 Korb

Evtl. auf Dach

Turnhalle

Bewegungshalle für Bewegungstherapie sowohl für Patienten als auch für Kurse, ggf. für Studenten, Sportgruppen, z. B. für Herz-Sport-Gruppen

Eigenes E-Werk

Umspannwerk (Zukunft wird mehr Strom brauchen)

Landeplätze für Drohnen und Regeln für Drohnen, evtl. Größe begrenzen o. ä.

Hubschrauberplatz

Für das lebendige, soziale Miteinander

Darf möglich sein

- ❖ Kindergarten
- ❖ Schule
- ❖ Studierendenorte, z. B. Hörsaal
- ❖ Kunst in div. Formen mit integrierten Ausstellungen, Skulpturen
- ❖ Aktive Kunst ggf. mit integrieren, z. B. Hörsaal für Künstler nutzen

Es darf weitere Nutzung für kleine Läden sein

Manche Patienten kommen von weit her, kaufen im Umfeld Kleinigkeiten

- ❖ Blumenladen
- ❖ Friseur
- ❖ Buchladen – Zeitungen
- ❖ Evtl. Restaurant – Café

Wetterfeste Überdachung für Tagespatienten  
seit 2020 standen oft lange Wartereien am Kampen für Notaufnahme

Bebau-Plan für Klinik der Zukunft

Was braucht Klinik anno 2.090?

Was braucht Medizin der Zukunft?

Was braucht Patient der Zukunft?

Vor Festlegung diese Plans  
Denk-Gruppe zum Thema

Vor allem außen noch Freiflächen halten für Themen der Zukunft

Evtl. hat Klinik 2090 noch anderen Bedarf, den wir heute nicht kennen

Das Heilen der Zukunft

Wie sieht es aus?

Was braucht Gebäude 2090?

- ❖ Wellness
- ❖ Licht

- ❖ Luft
- ❖ Sonne
- ❖ Glas
- ❖ Holz
- ❖ Warmes Material
- ❖ Liebevoller Farben

Vielleicht mehr ambulante Behandlung, d. h. PKW-Anfahrten ggf. eigenen Bus-Bahnhof, Shuttle-Bus-Linie

Lärm ggf. erfassen

- ❖ Silvesterknaller
- ❖ Helikopter
- ❖ Div. Reinigungsmaschinen
  - Luftgebläse für Laubsaugen
  - Kühlgeräte
- ❖ Straßenfeger-Maschinen
- ❖ Streufahrzeuge
- ❖ Rasenmäher usw.

Lärm für Umfeld vom Gebäude Klimaanlage

Mögliche Dezibel festlegen

Die derzeitigen Anlagen/Lüftungen sind sehr laut, vor allem nachts

Vergleichbar dem Lärm der Stahlwerke Geisweid früher

Außenbalkon an Gebäuden

Loggia verboten

Wird erfahrungsgemäß vor allem für Raucher genutzt

Luft in dieser Gegend muss geschont sein

Besucher werden das vermutlich nutzen (siehe Eingangsbereich)

Zwingend Filteranlagen für Auspuff am Gebäude

z. B. Heizen, Röntgen, nukleare Kühlwasser usw.

das ist möglicherweise vorhanden, bitte im Bebauplan erwähnen/beachten

Naturschutz

Fledermäuse

Diese Gegend hat Fledermäuse

Wilde Tauben

Viele Singvögel

Eichhörnchen

Bienen sind anzusiedeln

Die Gegend hat sog. Wellersberg-Milbe

Läden, ggf. Werkstätten für

- ❖ Medizinprodukte, Sanitärhaus z. B.
- ❖ Apotheke
- ❖ Hörgeräte
- ❖ Medizinbedarf, Rollstühle z. B.



Abklären ggf. auf dem Gelände werden evtl. nukleare, radioaktive Stoffe genutzt

Bitte vorher abklären und dafür Regeln

- ❖ Ob es möglich
- ❖ Welche Art von Stoffen
- ❖ Welche Menge
- ❖ Entsorgung
- ❖ Röntgenstrahlen
- ❖ CT-Strahlen

Bitte im Bebau-Plan beachten

Regeln für ästhetische Gestaltung formulieren

- ❖ Farbgestaltung (siehe Oberstadt)
- ❖ Baumaterial (siehe Oberstadt)
- ❖ Goldene Schnitt
- ❖ Harmonische Außengestaltung auch im Umfeld

Vorher klar definieren

Metall als Außenbaustoff meiden

Metall zieht Wärme raus und an

Das Gebäude hat derzeit sehr viele Blitzableiter in sehr gr. Höhe, ggf. beachten

Die Außenluft regelmäßig prüfen, vor allem nachts um 3h nachts bisher deutlicher Auspuff

Klima im Umfeld Stadtklima

Alle Abgas-Öffnungen, Lüftungsöffnungen, Schornsteine usw. öffnen in Richtung Osten

Hier in Gegend kommt Wind von Westen

Klimaschutz

Luftverschmutzung

Nachtflug-Verbot für alle fliegenden Objekte (Drohnen, Helikopter) aus Sicherheit

Gegend ist eng bebaut

Für Sicherheit auch des Umfeldes verboten

- ❖ Offene Werkstätten, z. B. Autoreparatur
- ❖ Schweißarbeiten
- ❖ Feuerwerke (Pyrotechnik)
- ❖ Metzgerbetriebe (Schlachten verboten)

Alles aus Sicherheit auch weiterem Umfeld

Personenschutz

Auf Gelände befinden sich viele Menschen auf engem Raum

Außen-Bewässerungen

Wg. Klimawandel Hitze, Dürre

Auf Dach Wasser beachten

Schottergärten meiden

Mobilfunkantennen verboten

Solaranlagen evtl. untersagen, aus Sicherheit auch für Umfeld, es ist derzeit unklar wie ggf. zu löschen sei, prüfen bitte

Alles aus Sicherheitsbed.

Evtl. sei es sinnvoll mit dem Bebau-Plan zu warten, bis in NRW feststeht wie es mit Kliniken-Zukunft weiter geht  
Ggf. stehen Änderungen an

Bienenkörbe Pflicht

Die Nutzung von nuklearem Material (wird in Medizin genutzt) ist auf dem gesamten Nr. 419 zu beschränken auf max. ... REM (das Bauamt möge sich sachkundig machen, was erlaubt)  
Zum Umweltschutz der Umgebung

Bei Neubauten möglichst auf Stahl-Beton verzichten

Stahl-Beton verbraucht zu viel CO<sub>2</sub>  
(Klimaschutz)

Strukturwandel im Bebau-Plan ist festzuhalten, dass dieser Bebau-Plan verfällt, wenn Klinikbetrieb hier entfällt

Neue, andere Nutzung bedarf neuen Plan

Es ist in nächsten Jahren in NRW mit Veränderungen bei Kliniken zu rechnen

Schwimmhalle auf 419

Das vorhandene in Friedrichstr. wird in ca. 10 Jahren renoviert brauchen  
Dafür neues Bad planen

## 100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen

Abwägung der Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange im Rahmen der Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 und 2

Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
1.	01.07.2019	Air Liquide/BIL	Hinweis auf die BIL-Leitungsauskunft: Nach Air Liquide keine Leitungen im Gebiet betroffen.	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
2.	08.03.2019	Amprion GmbH	Es sind keine Hochspannungsleitungen im Plangebiet. Es sind auch keine geplant.	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
3.	10.10.2019	Bezirksregierung Arnsberg - Dezernat 53 - Anlagensicherheit (Störfallverordnung)	Keine Einwände	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
4.	25.09.2019	Bezirksregierung Arnsberg - Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW	Keine Einwände.	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
5.	27.09.2019	IHK Siegen	Keine Einwände	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>

Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
6-1.	24.09.2019  15.04.2021	Kreis Siegen – Wittgenstein	<u>Untere Wasserbehörde:</u> keine Hinweise oder Anregungen  <u>Untere Wasserbehörde:</u> keine Hinweise oder Anregungen	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
6-2.	24.09.2019  15.04.2021	Kreis Siegen – Wittgenstein	<u>Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde:</u> keine Hinweise oder Anregungen  <u>Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde:</u> keine Hinweise oder Anregungen	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
6-3.	24.03.2019  15.04.2021	Kreis Siegen – Wittgenstein	<u>Untere Naturschutzbehörde:</u> keine Anregungen. Hinsichtlich der Inhalte und des Umfangs des Umweltberichtes und der Umweltprüfung wird auf § 2 (4) BauGB i.V.m. 1 (6) Nr. 5 u. 7 BauGB sowie § 1a BauGB verwiesen.  <u>Untere Naturschutzbehörde:</u> Es werden folgende Anregungen vorgebracht: Es werden keine Einwände erhoben. Jedoch wird festgestellt, dass sowohl der Umweltbericht als auch die Begründung hinsichtlich des Artenschutzes teilweise widersprüchliche Ausführungen enthalten. Im weiteren verbindlichen Bauleitplanverfahren zur Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" bedürfen die Unstimmigkeiten einer Überarbeitung.	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b> Die Hinweise zum Umweltbericht und der Umweltprüfung werden zur Kenntnis genommen und finden Berücksichtigung.  <b>Beschlussempfehlung entfällt</b> Die inhaltlichen Aussagen der Begründung und des Umweltberichtes sind deckungsgleich.

Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
6-4.	24.03.2019 15.04.2021	Kreis Siegen – Wittgenstein	<u>Fachgebiet Immissionsschutz</u> : keine Anregungen. Es wird ein Hinweis zur Störfallverordnung gegeben. Das Immissionsschutzdezernat der Bezirksregierung ist zu beteiligen.	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>  Das Immissionsschutzdezernat der Bezirksregierung wurde beteiligt und hatte keine Bedenken.
7.	11.09.2019	LWL-Archäologie für Westfalen Außenstelle Olpe	Keine Einwände	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
8.	27.09.2019	Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V. (LNU NRW)	Keine Einwände  Es werden Hinweise zu Erhaltung des Baumbestandes und zur Photovoltaik gegeben.	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>  Den Hinweisen wurden zum Teil gefolgt: Solaranlagen (Photovoltaik oder Solarthermie) wurden festgesetzt.
9.	15.03.2019 25.10.2019 07.04.2021	Siegner Versorgungsbetriebe GmbH	Die Inhalte der Begründung sind in Bezug auf die Ver- und Entsorgung, die Verkehrsflächen, die Erhaltungsmaßnahme des Baumtores Nordstraße, den Mindestabständen zu Leitungen, den Geh-, Fahr- und Leitungsrechten und zu den Trinkwasser- und Erdgasleitungen anzupassen. Da die Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung übernommen wurden, bestehen keine Bedenken.	<b>Dem Hinweis wird gefolgt.</b>  Die Begründung wurde zur Offenlage angepasst.
10.	26.09.2019	Unity media	Keine Einwände	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
11.	12.09.2019	Wasserverband Siegen-Wittgenstein	Keine Einwände	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>

Der vollständige Inhalt der Stellungnahmen im Wortlaut ist der Anlage 2 zu entnehmen.

## Anlage 5

### Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" im Stadtteil Siegen-Mitte

Abwägung der Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit im Rahmen der Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 und 2 sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 und 2 BauGB

Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
1.	01.07.2019	Air Liquide/BIL	Hinweis auf die BIL-Leitungsauskunft: Nach Air Liquide sind keine Leitungen im Gebiet betroffen.	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
2.	02.08.2019	Amprion GmbH	Es sind keine Hochspannungsleitungen im Plangebiet. Es sind auch keine geplant.	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
3.	21.04.2021	IHK Siegen	Keine Einwände	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
4.1	27.03.2019 15.04.2021	Kreis Siegen-Wittgenstein	<u>Untere Wasserbehörde:</u>  Keine Hinweise oder Anregungen	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>



Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
4.2	27.03.2019 15.04.2021	Kreis Siegen-Wittgenstein	<u>Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde:</u> Es werde Hinweise zum Baugrund dargelegt. Die Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde ist an den weiteren Verfahrensschritten zu beteiligen.	<b>Hinweise werden zur Kenntnis genommen</b>  Die Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde wird an den weiteren Verfahrensschritten beteiligt.
4.3	27.03.2019 15.04.2021	Kreis Siegen-Wittgenstein	<u>Untere Naturschutzbehörde:</u> keine Einwände. Die Empfehlungen der Artenschutzmaßnahmen V1, V5 und O sind als Festsetzungen zu formulieren.  <u>Untere Naturschutzbehörde:</u> Es werden keine Einwände erhoben. Es werden Hinweise zur Artenschutzprüfung gegeben  1. Fledermäuse 2. Beleuchtung 3. Optimierungsmaßnahme 4. Ökologische Bilanz 5. Feldsperling.	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b> Die Artenschutzmaßnahmen V1 und O1 bleiben als Hinweise in der Planzeichnung eingetragen. Für eine Festsetzung von Artenschutzmaßnahmen fehlt der bodenrechtliche Bezug. V 5 wurde nicht übernommen, da zu erhaltenden Bäume im BPlan rechtsverbindlich festgesetzt wurden.  <b>Beschlussempfehlung entfällt</b> 1. Die Pflanzmaßnahmen sind vom Vorhabenträger in der nach Abschluss der Bauarbeiten in Abstimmung mit der Stadtverwaltung und der Baukommission in der folgenden Pflanzperiode vorzunehmen. 2. Maßnahmen zur Beleuchtung werden nicht als Festsetzung formuliert. 3. Die Optimierungsmaßnahmen sind vom Vorhabenträger unmittelbar nach Abschluss der Bauarbeiten vorzunehmen. 4. Dem Umweltbericht wird eine Tabelle hinzugefügt, aus der die ökologische Bilanzierung einschl.

Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
				Berücksichtigung der Baumschutzsatzung nachvollziehbar hervorgeht. 5. Die Artangabe wird korrigiert.
4.4	27.03.2019 15.04.2021	Kreis Siegen-Wittgenstein	<u>Fachgebiet Immissionsschutz</u> : keine Anregungen.	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
5.	08.03.2019 12.03.2021	LWL - Archäologie für Westfalen Außenstelle Olpe	Keine Einwände	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
6.	22.04.2021	Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V. (LNU NRW)	Keine Einwände  Es werden Hinweise zu Erhaltung des Baumbestandes und zur Photovoltaik gegeben.	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
7.	20.10.2019 15.03.2021	NABU Kreisverband Siegen-Wittgenstein e.V.	Die Rodungs- und Abrißzeitbeschränkungen, Bewegen der Rollläden an Gebäuden müssen unbedingt eingehalten werden. Dieses Gebot ist absolut zumutbar und einhaltbar und kann nicht durch die Tätigkeit einer Umweltbegleitung ersetzt werden.	<b>Dem Hinweis wird nicht gefolgt.</b>  Die Darlegungen zu Rodungs- und Abrisszeitbeschränkungen und Bewegung von Rollläden sind ausreichend. Die vorgeschlagene Maßnahme zur Bewegung der Rollläden fehlt der bodenrechtliche Bezug und zielt auf die Verhaltensweise ab. Es erfolgt daher keine Anpassung.

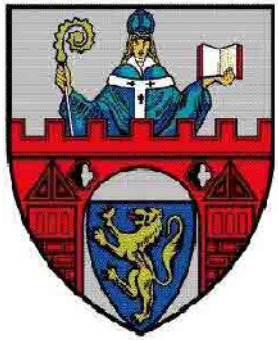
Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
			Es wird auf die Notwendigkeit der Umsetzung der Minimierungs-, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen auch für Fledermäuse hingewiesen.	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
8.	25.10.2019 07.04.2021	Siegener Versorgungs- betriebe GmbH	Keine Einwände	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
9.	05.03.2021	Wasserverband Siegen- Wittgenstein	Keine Einwände	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>
10.	05.03.2019	Westnetz GmbH	Keine Einwände  Es wird dargelegt, dass im Plangebiet auf dem Flurstück 255 eine Ortsnetz-Trafostation mit dinglicher Sicherung im Grundbuch zur Allgemeinversorgung steht. Sollten Änderungen an dieser Anlage erforderlich werden, gehen die entstehenden Kosten zu Lasten des Veranlassers.	<b>Beschlussempfehlung entfällt</b>

Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
11.	22.10.2019	Bürger 1	<p>Es werden folgenden Bedenken und Anregungen der Eigentümerin des Grundstücks Friedrichstraße XXX dargelegt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der Abstand der Gebäude ist zu gering.</li> <li>2. Die Baugrenzen sind zum Schutz der Bäume anzupassen</li> <li>3. Die geplanten Höhen der Gebäude sollen sich an den benachbarten Gebäuden orientieren.</li> <li>4. Es wird auf den hohen Versiegelungsgrad hingewiesen. Es gehen Sickerflächen verloren.</li> <li>5. Es werden ein erhöhter Geräuschpegel und eine Verschlechterung der Luftqualität befürchtet.</li> </ol>	<p><b>Beschlussempfehlung entfällt</b></p> <p><u>Zu 1:</u> Zur Offenlage wurden die Gebäudeabstände (Baugrenzen) zum Grundstück Nordstraße 20 unterbrochen und auf 6,00 m neu festgesetzt. Zum Grundstück Friedrichstraße 102 beträgt der Abstand ca. 9,50 m. Der erforderliche Sozialabstand wurde über die Erfordernisse der Abstandsflächen nach Bauordnung NRW hinaus somit noch erweitert.</p> <p><u>Zu 2:</u> Zu den Baumstandorten ist ein ausreichender Abstand zur Bebauung eingeplant.</p> <p><u>Zu 3:</u> Zur Offenlage wurden die Höhenfestsetzungen des Bereiches angepasst. Im Plan zur frühzeitigen Beteiligung war die Höhenfestsetzung auf ein Maß von 260,50 m ü. NHN für die Gesamtbaufäche festgelegt. Zur Offenlage wurde die Höhenbegrenzung entlang der Nordstraße in einer Tiefe von 22 m beibehalten. Für die rückwärtig gelegen nördlichen Bereiche des sog. „Fischerareals“ wurde die Höhenbegrenzung auf eine Maß von 251,00 m ü. NHN zurückgenommen, für den südlichen Bereich auf eine Maß von 255,00 m ü. NHN. Diese neue Höhenstaffelung beeinflusst die Belichterfordernisse der Bewohner entlang der Friedrichstraße positiv.</p> <p><u>Zu 4:</u> Der Versiegelungsgrad richtet sich nach den Vorgaben der Baunutzungsverordnung als Höchstmaß.</p> <p><u>Zu 5:</u> Die immissionsrechtlichen Vorgaben der einschlägigen Rechtsgrundlagen werden in dem Gebiet einhalten.</p>

Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
12.	21.10.2019	Bürger 2	<p>Es werden folgenden Bedenken und Anregungen der Eigentümerin des Grundstücks Friedrichstraße XXX dargelegt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Es sollte eine höhenmäßige Anpassung an die umliegende Bebauung erfolgen. Die geplanten Gebäude sind höher als die Bestandgebäude. Zulassung von höheren Gebäuden zum Schulgelände hin. Runterstaffelung in Richtung der Wohnbebauung</li> <li>2. Es wird angeregt, dass im Gebiet Wohnen möglich sein sollte.</li> <li>3. Die Grundflächenzahl bzw. Versiegelung sollte angepasst werden.</li> <li>4. Es sollten die Gebäude gemäß dem Wettbewerbsentwurf in Richtung Elisabethstraße verschoben werden.</li> <li>5. Die Baugrenzen sollten parallel zur Grundstücksgrenze angepasst werden.</li> </ol>	<p><b>Beschlussempfehlung entfällt</b></p> <p><u>Zu 1:</u> Zur Offenlage wurden die Höhenfestsetzungen des Bereiches angepasst. Im Plan zur frühzeitigen Beteiligung war die Höhenfestsetzung auf ein Maß von 260,50 m ü. NHN für die Gesamtbaufläche festgelegt. Zur Offenlage wurde die Höhebegrenzung entlang der Nordstraße in einer Tiefe von 22 m beibehalten. Für die rückwärtig gelegen nördlichen Bereiche des sog. „Fischerareals“ wurde die Höhenbegrenzung auf eine Maß von 251,00 m ü. NHN zurückgenommen, für den südlichen Bereich auf eine Maß von 255,00 m ü. NHN. Diese neue Höhenstaffelung beeinflusst die Belichtungserfordernisse der Bewohner entlang der Friedrichstraße positiv.</p> <p><u>Zu 2:</u> Wohnen ist, wie bisher auch, entlang der Friedrichstraße und im Bereich Nordstraße/Elisabethstraße zulässig (SO 1 und 5).</p> <p><u>Zu 3:</u> Der Versiegelungsgrad, die Grundflächenzahl richtet sich nach den Vorgaben der Baunutzungsverordnung als Höchstmaß.</p> <p><u>Zu 4:</u> Durch die Weiterentwicklung der Bedarfsplanung des Krankenhauses kommt der Wettbewerbsentwurf nicht zum Tragen. Eine Bebauungsmöglichkeit der Flächen an der Elisabethstraße ist im B-Plan bereits eingeplant.</p> <p><u>Zu 5:</u> Zur Offenlage wurden die Gebäudeabstände (Baugrenzen) zum Grundstück Nordstraße 20 unterbrochen und auf 6,00 m neu festgesetzt. Zum Grundstück Friedrichstraße 102 beträgt der Abstand ca. 9,50 m. Dem Aspekt der Höhenstaffelung wurde zur Offenlage somit Rechnung getragen.</p>







100. Änderung des Flächennutzungsplanes  
"Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

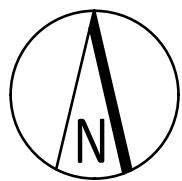
im Stadtteil Siegen

Maßstab 1:5000 im Original (580 x 474 mm)

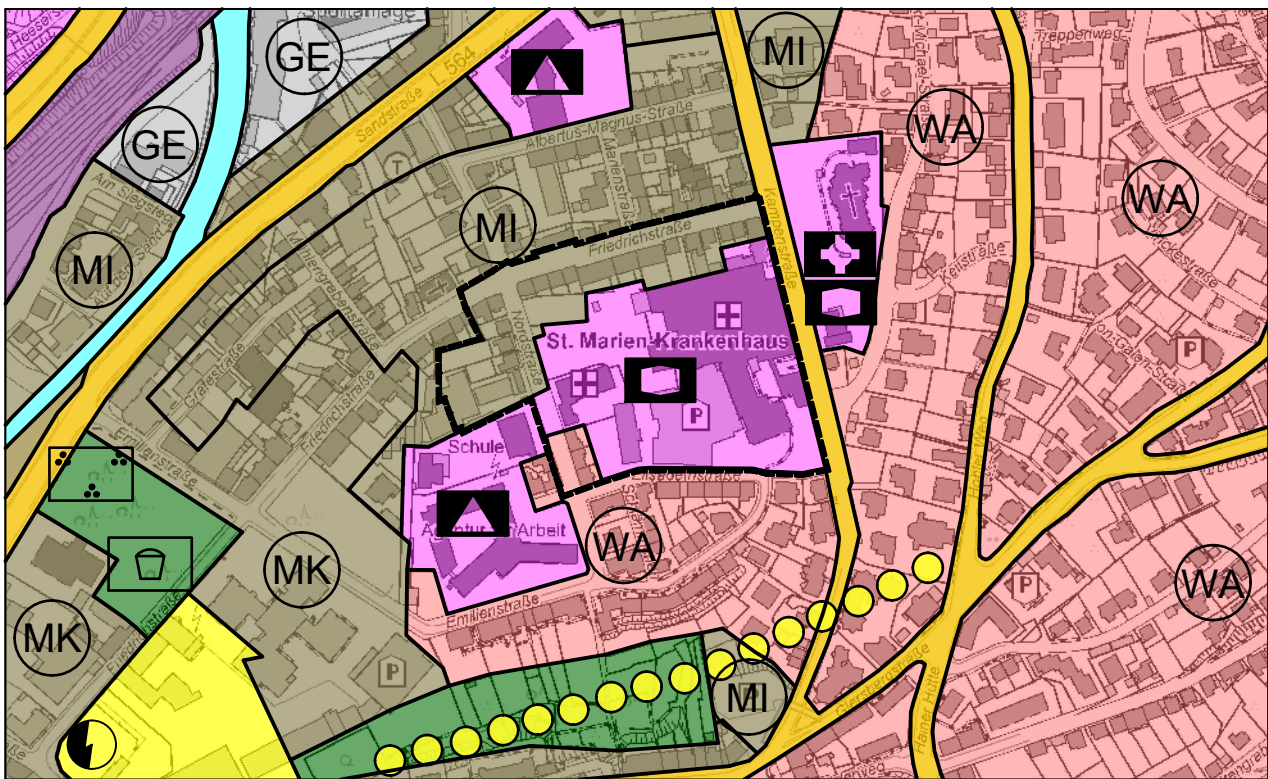
Gemarkung Siegen, Flur 25

Stand: 26.04.2021

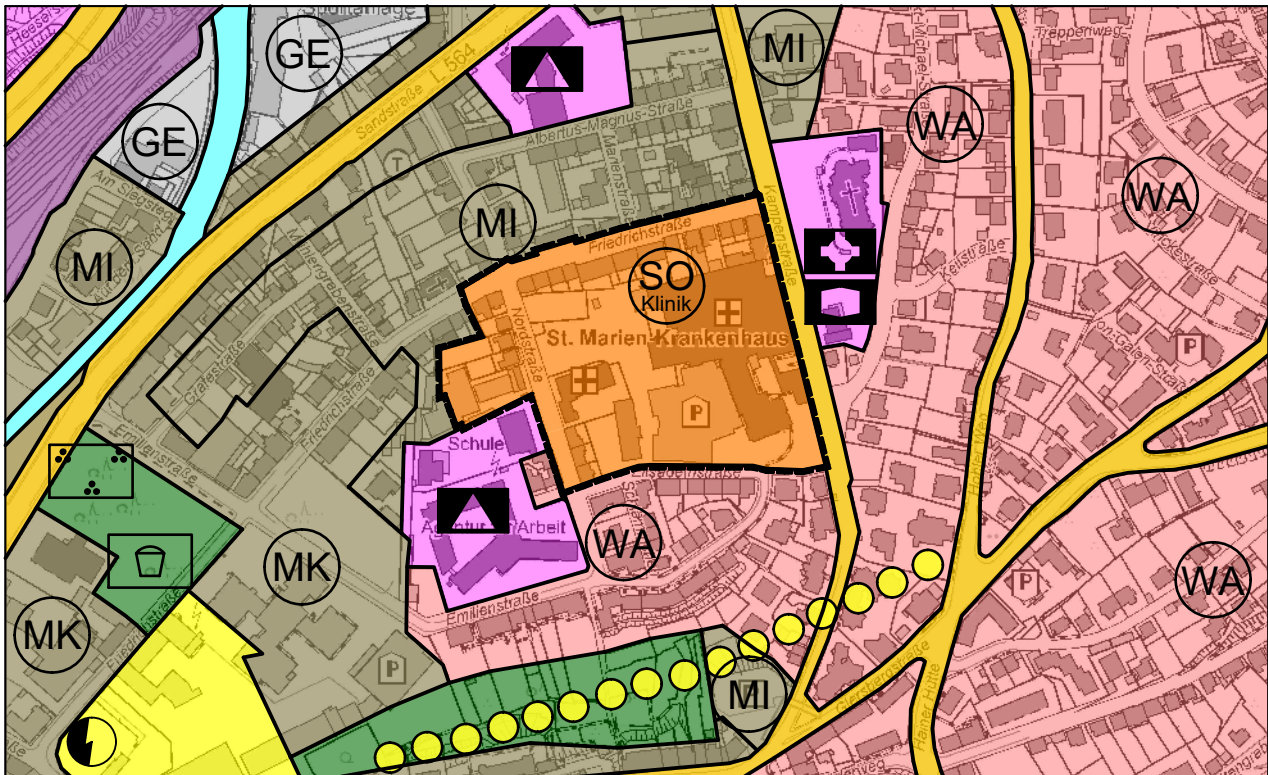
0 50 100 250



Darstellung derzeit rechtswirksamer Flächennutzungsplan



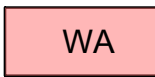
Darstellung 100. Änderung des Flächennutzungsplanes



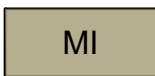
DARSTELLUNGEN DER FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG:

Signaturen gemäß der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90)

1. Art der baulichen Nutzung (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 1 bis 11 BauNVO)



1.1.3 Allgemeine Wohngebiete



1.2.2 Mischgebiete



1.2.3 Kerngebiete



1.3.1 Gewerbegebiete



1.4.2 Sonstige Sondergebiete, Klinik

4. Flächen für den Gemeinbedarf (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 4 BauGB)



4.1 Flächen für den Gemeinbedarf



Schule



Kirchen und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen



Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen

5. Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrszüge (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 BauGB)



5.1.1 Sonstige überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen



5.2.1 Bahnanlagen



Neuplanungen dargestellt § 5 (2) Nr. 3 BauGB

7. Flächen für Versorgungsanlagen (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 BauGB)



Versorgungsanlagen, Zweckbestimmung Elektrizität



Zweckbestimmung: Elektrizität

9. Grünflächen (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 BauGB)



Grünflächen

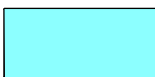


Parkanlage



Spielplatz

10. Wasserflächen (§ 5 Abs. 2 Nr. 7 BauGB)



Wasserflächen

15. Sonstige Planzeichen



15.13. Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der 100. Flächennutzungsplanänderung

PRÄAMBEL:

Der Rat der Stadt Siegen hat am 03.03.2021 gemäß § 2 (1) und § 1 (8) des BauGB die Aufstellung dieser Planänderung beschlossen.  
Der Aufstellungsbeschluss wurde am 06.03.2021 ortsüblich bekanntgemacht.

Siegen,

Der Bürgermeister  
I.A.

Der Rat der Stadt Siegen hat am 03.03.2021 gemäß § 3 (2) des BauGB den Entwurf dieser Planänderung und seine öffentliche Auslegung beschlossen.

Siegen,

Der Bürgermeister  
I.A.

Der Entwurf dieser Planänderung hat mit der Begründung gemäß § 3 (2) BauGB nach der ortsüblichen Bekanntmachung vom 06.03.2021 in der Zeit vom 15.03.2021 bis 23.03.2021 bei der Arbeitsgruppe Stadtplanung der Stadt Siegen öffentlich ausgelegen.

Siegen,

Der Bürgermeister  
I.A.

Nach § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV. NRW. S. 916), der §§ 2 und 5 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.08.2020 (BGBl. IS. 1728) in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786) hat der Rat der Stadt Siegen am diese Planänderung mit Begründung als Flächennutzungsplanänderung beschlossen.

Siegen,

Der Bürgermeister  
I.A.

Die Planänderung ist gemäß § 6 BauGB mit Verfügung vom  
Geschäftszeichen: genehmigt worden.

Arnsberg,

Die Bezirksregierung  
I.A.

Diese mit Verfügung vom genehmigte 100. Änderung des Flächennutzungsplanes wird gemäß § 6 (5) BauGB vom Tage der ortsüblichen Bekanntmachung in der Servicestelle der Abteilung Bauaufsicht der Stadt Siegen zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Siegen,

Der Bürgermeister  
I.A.

Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte am

Planverfasser:

HKS

Gerhard Kunze  
Dipl.-Ing. Städtebau

STADT - UMWELT

Freudenberger Straße 383  
57072 Siegen  
Tel. : 0271-3136-210  
Fax : 0271-3136-211  
Mail: h-k-siegen@t-online.de  
www.hksiegen-städtebauer.de

Kunze

gez. Dipl.-Ing. G. Kunze



## **Begründung**

zur

### **100. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Siegen-Mitte**



#### **TEIL I: Allgemeiner Teil**

**Universitätsstadt Siegen**

**Geschäftsbereich 4**

AG 4/5-2 Stadtplanung

in Zusammenarbeit mit:

# HKS

Gerhard Kunze  
Dipl.-Ing. Städtebau

STADT - UMWELT

**Stand: 26.04.2021**

UNIVERSITÄTSSTADT  
**SIEGEN**



**INHALTSVERZEICHNIS**

<b>1</b>	<b>Einführung</b>	<b>1</b>
1.1	Lage und Abgrenzung des Plangebiets	2
1.2	Gebietsbeschreibung	2
<b>2</b>	<b>Planungsrecht</b>	<b>5</b>
2.1	Raumordnung und Landesplanung	5
2.2	Regionalplan	6
2.3	Flächennutzungsplan	7
2.4	Naturschutzfachliche Pläne und Richtlinien	8
<b>3</b>	<b>Vorgesehene Nutzungsänderung und Flächenbilanz</b>	<b>9</b>
3.1	Aktuelle Nutzung	9
3.2	Angestrebte Nutzung und Neudarstellung des FNP	9
3.3	Erschließung und Versorgung	10
3.4	Flächenbilanz	11
3.5	Auswirkungen der Planänderung	11
<b>4</b>	<b>Umweltbelange</b>	<b>12</b>
4.1	Umweltbericht	12
<b>5</b>	<b>Immissionen</b>	<b>14</b>
<b>6</b>	<b>Rechtsgrundlagen</b>	<b>16</b>

**ABBILDUNGSVERZEICHNIS**

<b>Abbildung 1:</b> Geltungsbereich der 100. Flächennutzungsplanänderung, © Geobasisdaten: tim-online, DGK .....	2
<b>Abbildung 2:</b> LEP NRW, Ausschnitt Siegen (Quelle: Regionalplan Arnsberg, 2008, Erläuterungskarte 1, Auszug).....	6
<b>Abbildung 3:</b> Regionalplan-Teilabschnitt "Oberbereich Siegen" – Ausschnitt (Quelle: Regionalplan Arnsberg, 2008).....	6
<b>Abbildung 4:</b> Flächennutzungsplan der Stadt Siegen - Ausschnitt St. Marien-Krankenhaus.....	8
<b>Abbildung 5:</b> Rechtswirksamer Flächennutzungsplan der Stadt Siegen .....	9
<b>Abbildung 6:</b> Geplante 100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen.....	10

## 1 Einführung

Das Plangebiet der Flächennutzungsplanänderung ist überwiegend als „Flächen für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ dargestellt. Die nördliche Bebauung an der Friedrichstraße ist als „Mischgebiet“ dargestellt. Einzelne Grundstücke an der Ecke Nordstraße Elisabethstraße sind als „Allgemeines Wohngebiet“ im Flächennutzungsplan dargestellt.

Da die geplanten Nutzungen (Sondergebiet, Zweckbestimmung Klinik) nicht den Darstellungen des aktuellen FNP entsprechen, ist diese Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich. Hierdurch soll dem Entwicklungsgebot gem. § 34 Landesplanungsgesetz über die Anpassung an die Ziele der Landes- und Regionalplanung bei der Aufstellung des Bebauungsplanes entsprochen werden.

Das St. Marien-Krankenhaus befindet sich nördlich der Oberstadt. Es ist eingebunden in die örtliche Baustruktur zwischen Friedrichstraße, Nordstraße und Kampenstraße. Wegen der umgebenden Bebauung sind Entwicklungen des Krankenhauses nur in Richtung der Bestandsbebauung möglich. Freiflächen, die für eine Bebauung zur Verfügung stünden, sind nicht vorhanden.

Im St. Marien-Krankenhaus Siegen werden jährlich ca. 20.000 Patienten stationär behandelt. Darüber hinaus werden bis zu 60.000 Menschen in den 10 Kliniken und Instituten ambulant versorgt.

Eine solch hohe Versorgungsquote erfordert neben einer qualitätsorientierten Pflegeversorgung ein hohes Maß an optimierter baulicher Substanz. Eine Anpassung an die Bedürfnisse der Patienten und den Anforderungen der medizinischen Standards sind Ausdruck der ständigen baulichen Veränderung des Klinikbetriebes.

Der Komplex des Krankenhauses besteht aus mehreren Baukörpern, die an der Kampenstraße liegen. Der Haupteingang und die Zufahrt zur Tiefgarage erfolgen von hier.

Rückwärtig an der Nordstraße ist eine Stellplatzanlage vorhanden. In Gebäuden entlang der Friedrichstraße und der Nordstraße sind weitere Einrichtungen und Verwaltung des St. Marien-Krankenhauses untergebracht.

Die Klinikbetreiber haben sukzessiv weitere Grundstücke innerhalb des Areals erworben, um Entwicklungsflächen für den Klinikbetrieb und die Verwaltung zu erhalten. Um diese Entwicklung steuern zu können, wurde ein Architektenwettbewerb für die zukünftigen baulichen Ansprüche und Herausforderungen durchgeführt.

Um die v.g. Planungsziele nun rechtssicher umsetzen zu können, ist eine Flächennutzungsplanänderung mit einem im Parallelverfahren durchzuführenden Bebauungsplanverfahren notwendig.

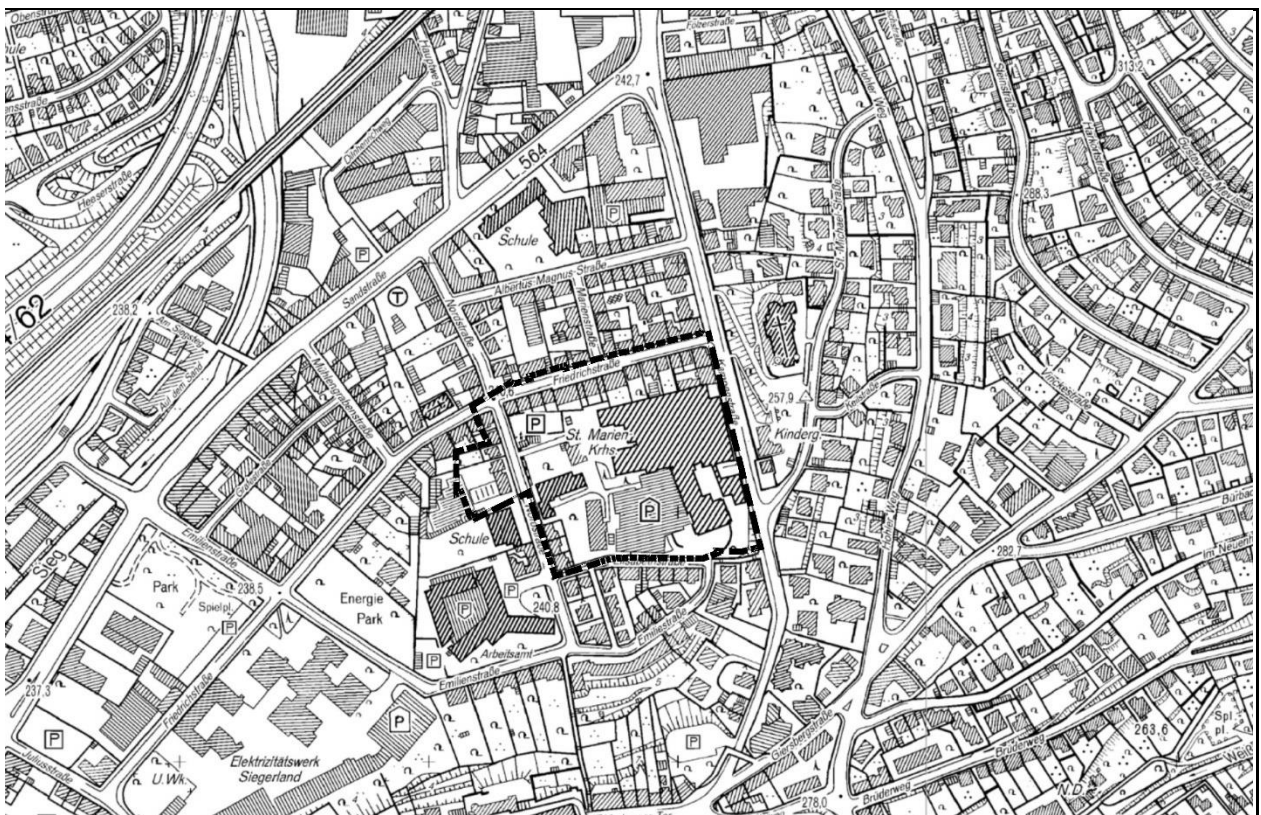
## 1.1 Lage und Abgrenzung des Plangebiets

Das St. Marien-Krankenhaus liegt im Stadtquartier „Friedrichstraße“ an der Kampenstraße unterhalb der auf dem Siegberg gelegenen historischen Oberstadt.

Das Plangebiet wird durch die vier Straßenzüge Friedrichstraße, Kampenstraße, Elisabethstraße und Nordstraße räumlich als Quartier abgegrenzt.

Westlich der Nordstraße werden Grundstücke im Kreuzungsbereich Friedrichstraße / Nordstraße in den Geltungsbereich aufgenommen.

Das Plangebiet ist im nachstehenden Lageplan umgrenzt.



**Abbildung 1: Geltungsbereich der 100. Flächennutzungsplanänderung,**  
(Quelle: Geobasisdaten: tim-online, DGK)

## 1.2 Gebietsbeschreibung

Das Quartier zwischen Sandstraße, Emilienstraße und Kampenstraße ist geprägt von unterschiedlichsten Nutzungen und Gebäudetypen. Es hat eine fast rasterförmige Grundgliederung der Quartiersviertel, die im Wesentlichen durch den Verlauf der Stadtstraßen geprägt ist.

Neben Wohngebäuden und Verwaltungsgebäuden sind auch mischgenutzte Gebäude stark vertreten. Die Nutzungspalette reicht von Apotheke bis Tankstelle und von privater Nutzung bis hin zu öffentlichen Verwaltungen. Die Nutzungsvielfalt des Quartiers spiegelt sich auch in der baulichen Ausprägung wieder.

Neben einer dichten straßenorientierten geschlossenen Wohnbebauung in viergeschossiger Bauweise, sind auch Punkthäuser in siebengeschossiger Bauweise vorhanden.

Die Agentur für Arbeit wie auch das St. Marien-Krankenhaus stellen wiederum eine in sich geschlossen singulare wie auch heterogene großvolumige Bauweise dar, die fünf- bis neungeschossig ist.

Neben Gebäuden der Gründerzeit sind aus allen nachfolgenden Bauepochen verschiedene Bautypen vertreten.

Im Quartier sind je Quartiersviertel nur eine geringe Anzahl von Freiflächen vorhanden. Für den Erholungsfaktor sind lediglich die Grünanlagen Bertramsplatz an der Sandstraße und der Energiepark (Eigentum der RWE) zu benennen. Beide Flächen liegen am Rande des Quartiers.

Auf den Grundstücken sind wenige Gärten und sonstige Freiflächen vorhanden. Wegen des zunehmenden Parkplatzbedarfes, sind verbliebende Freiflächen mehr und mehr zu Stellplätzen umgewandelt worden.

Im Quartiersviertel des Krankenhauses ist eine Freifläche zwischen Nordstraße und dem ehemaligen Schwesternwohnheim an der Elisabethstraße mit großkronigen Laubbäumen bewachsen.

Ebenfalls an der Nordstraße befindet sich eine Stellplatzanlage des Krankenhauses, welche mit jungen Laubbäumen bepflanzt wurde. Eine raumprägende Größe haben diese Bäume noch nicht erreicht.

Um den Freiflächenanspruch auch für die Krankenhausbesucher zu verbessern, wurde das Dach der Tiefgarage teilweise als Grünanlage ausgebildet. Hier befindet sich allerdings auch der Landeplatz des Rettungshubschraubers.

Die Erschließung des Krankenhauses erfolgt zentral von der Kampenstraße. Hier befindet sich sowohl die Zufahrt zur Tiefgarage als auch der Zugang zum Hauptgebäude. Zusätzlich gibt es einen Zugang von der Nordstraße über die Stellplatzanlage. Von hier erfolgt auch ein Teil der Logistik des Krankenhauses.

Auf der Westseite der Nordstraße befindet sich die ehemalige Gärtnerei Fischer (sog. Fischerquartier). Außerdem liegen hier die Nordschule sowie die Agentur für Arbeit. Daneben sind hier noch weitere Wohnhäuser vorhanden.

Die Bebauung im Quartiersviertel reicht von einer zweigeschossigen Wohnbebauung (Nordstraße) bis hin zu dem 9-geschossigen Bettenhaus des Krankenhauses. Es sind sowohl geneigte Dächer (Sattel-, Walm- und Krüppelwalmdächer) als auch Flachdächer vorhanden.

In der Regel (Friedrichstraße, Kampenstraße und Teile der Nordstraße) herrscht eine geschlossene Bauweise vor. Diese wird lediglich an der Nordstraße durch die Stellplatzanlage und an der Elisabethstraße durch das ehemalige Schwesternhaus unterbrochen.



Mit Ausnahme der Stellplatzanlage sind alle Flächen überbaut. Die Versiegelungsrate (Gebäude, Zufahrten, Garagen und Stellplatzanlagen) ist hoch und übersteigt in der Summe 80 % der Fläche Planungsrecht.

## 2 Planungsrecht

Das Planungsrecht in Deutschland beruht auf einer mehrschichtigen Systematik und regelt, vor allem durch Bebauungspläne, im Kern für jedermann die Nutzbarkeit bzw. Bebaubarkeit eines Grundstücks. Entscheidend bestimmt wird das System der räumlichen Planung von der föderalistischen Staatsordnung mit den drei Ebenen des Bundes, der Länder sowie den Gemeinden. Auf Bundesebene werden im sogenannten Raumordnungsgesetz (ROG) Vorgaben bestimmt für die jeweilige Landesplanung bestimmt. In NRW werden diese Vorgaben vom Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen konkretisiert und auf regionaler Ebene in Regionalplänen vertieft. Schließlich folgen auf der kommunalen Ebene die Kreise, Städte und Gemeinden mit der vorbereitenden Bauleitplanung, d.h. dem Flächennutzungsplan und der verbindlichen Bauleitplanung, d.h. dem Bebauungsplan. Zudem wirken verschiedene Fachplanungen, (fach)rechtliche Aspekte, wie naturschutzrechtliche Belange, sowie weitere formelle und informelle Planungen auf den jeweiligen Planungsebenen.

### 2.1 Raumordnung und Landesplanung

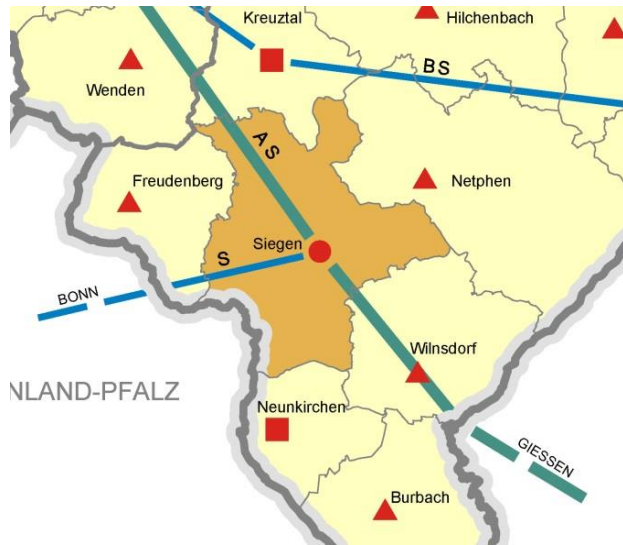
#### Raumordnung

Das System der räumlichen Planung in Deutschland ist durch einen mehrstufigen hierarchischen Aufbau gekennzeichnet. Die höchste Planungsebene bildet die Raumordnung, welche im Raumordnungsgesetz (ROG) auf Bundesebene die mit Leitbildern, Zielen, Grundsätzen und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung festlegt. Nach § 1 Abs. 4 des Baugesetzbuches sind dabei Bauleitpläne, d.h. auch Bebauungspläne, an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Das ROG wird auf der jeweiligen Landesebene konkretisiert, in Nordrhein-Westfalen durch den Landesentwicklungsplan (LEP NRW) auf Grundlage des Landesplanungsgesetzes (LPlG NRW).

#### Landesentwicklungsplan

In Nordrhein-Westfalen werden die abstrakten Aussagen des ROG im Landesentwicklungsplan (LEP) ausgearbeitet und räumlich konkretisiert. Der LEP legt die mittel- und langfristigen strategischen Ziele zur räumlichen Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen, anhand übergreifender Festlegungen, Festlegungen für bestimmte Sachbereiche sowie die zeichnerischen Festlegungen. Sie sind in der nachgeordneten Regional-, Bauleit- und Fachplanung zu beachten bzw. zu berücksichtigen.

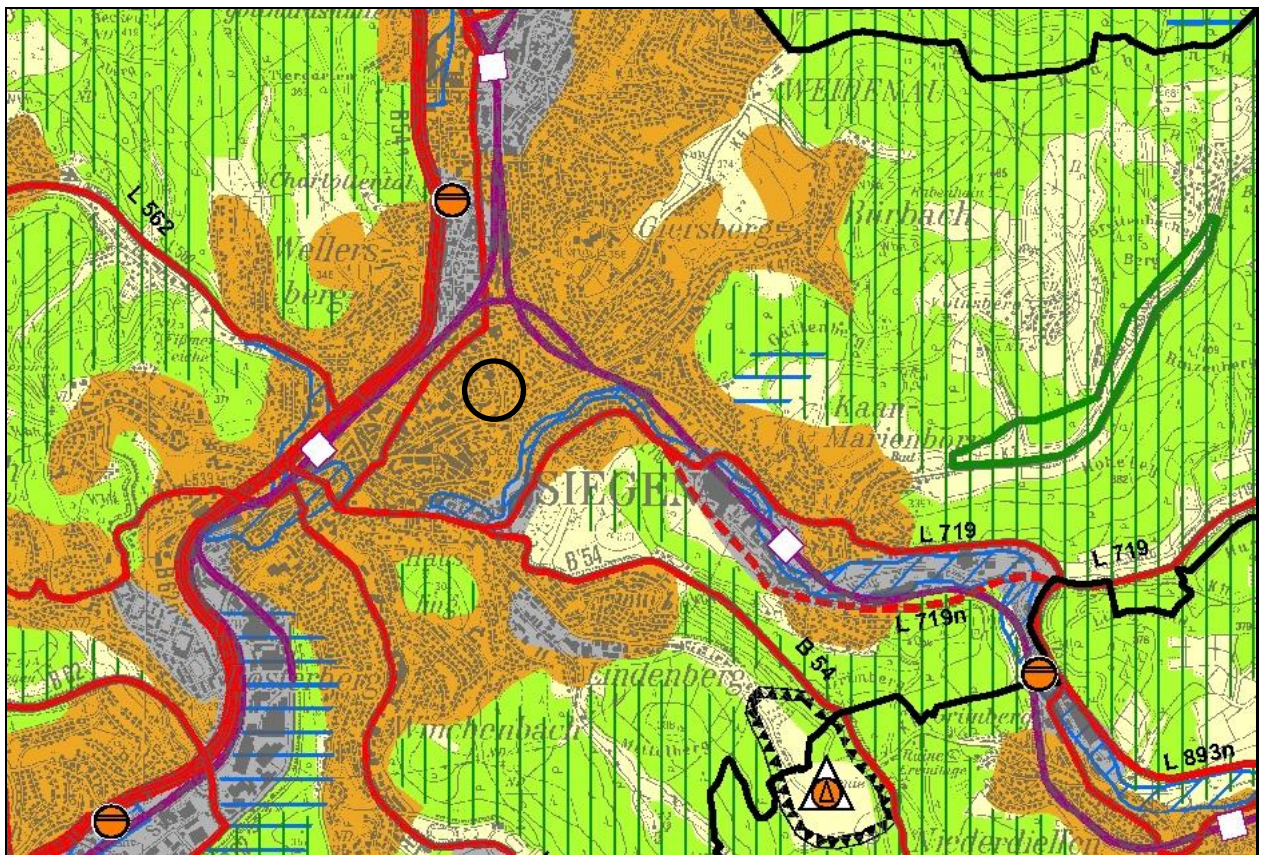
Die Stadt Siegen wird im LEP NRW hinsichtlich der zentralörtlichen Gliederung als Oberzentrum und siedlungsräumlichen Grundstruktur als solitäres Verdichtungsgebiet deklariert. Daneben wird die Bundesautobahn A 45 und Schienenstrecke „Dortmund – Gießen“ als großräumige Achse von europäischer Bedeutung (Entwicklungssachse) und die Schienenstrecke Richtung Bonn als überregionale Achse ausgewiesen. (siehe Abbildung 2: LEP NRW, Ausschnitt Siegen).



**Abbildung 2: LEP NRW, Ausschnitt Siegen**  
(Quelle: Regionalplan Arnsberg, 2008, Erläuterungskarte 1, Auszug)

## 2.2 Regionalplan

Der Regionalplan wurde mit Maßgaben und Hinweisen am 22.11.2007 genehmigt. Die ausgeklammerten Teile des Planes wurden mit Erlass vom 22.10.2008 und 07.11.2008 genehmigt.



**Abbildung 3: Regionalplan-Teilabschnitt "Oberbereich Siegen" – Ausschnitt**  
(Quelle: Regionalplan Arnsberg, 2008)

Die Stadt Siegen ist Oberzentrum des Oberbereichs Siegen. Das Oberzentrum ist Arbeitsplatz-, Dienstleistungs- und Versorgungsstandort. Hier erfolgt die Konzentration oberzentraler Einrichtungen.

Das Plangebiet und sein Umfeld ist als „Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)“ dargestellt.

Ziel 4:

Die Wohn- und Mischbauflächen der Bauleitpläne sind in räumlich konzentrierter Form innerhalb der ASB zu entwickeln.

Grundsatz 5:

In Abstimmung mit der Gesamtentwicklung ist eine siedlungsstrukturell sinnvolle wohnverträgliche bauliche Nutzungsmischung anzustreben.

Um die Aufgaben des Oberzentrum zu erfüllen, sind infrastrukturelle Einrichtung, die der medizinisch – ärztlichen Versorgung der Bevölkerung dienen, an die heutigen Anforderungen und technischen Entwicklungen anzupassen. Insofern kommt die Stadt Siegen mit der Fortentwicklung des St. Marien-Krankenhaus ihrer raumordnerischen Aufgabe nach.

## 2.3 Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan (FNP) ist das zentrale Steuerungsinstrument für eine nachhaltige Siedlungs- und Freiflächenentwicklung der Kommune. Er stellt die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung einschließlich der Freiflächen und Landschaftsräume der Gesamtstadt dar.

Der Flächennutzungsplan ist ein vorbereitender Bauleitplan, der keine direkte Rechtskraft für Bürgerinnen und Bürger entfaltet. Jedoch ist er wichtige Grundlage für die Bebauungspläne, die mit rechtsverbindlichen Festsetzungen die städtebauliche Entwicklung in der Stadt Siegen konkretisieren.

Die im Bebauungsplan festgesetzten bzw. eingeplanten Nutzungen entsprechen nicht den Darstellungen des aktuellen FNP und somit nicht dem Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 BauGB. Eine Änderung des Flächennutzungsplans ist daher erforderlich.

Das Plangebiet der 100. Flächennutzungsplanänderung ist überwiegend als „Flächen für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ gekennzeichnet. Die nördliche Bebauung an der Friedrichstraße ist als „Mischgebiet“ dargestellt. Einzelne Grundstücke an der Ecke Nordstraße Elisabethstraße sind als „Allgemeines Wohngebiet“ im Flächennutzungsplan vermerkt.

Die landesplanerische Anpassungsbestätigung gem. § 34 Landesplanungsgesetz über die Anpassung an die Ziele der Landes- und Regionalplanung der Bezirksregierung Arnsberg liegt mit Schreiben vom 10.03.2021 vor.



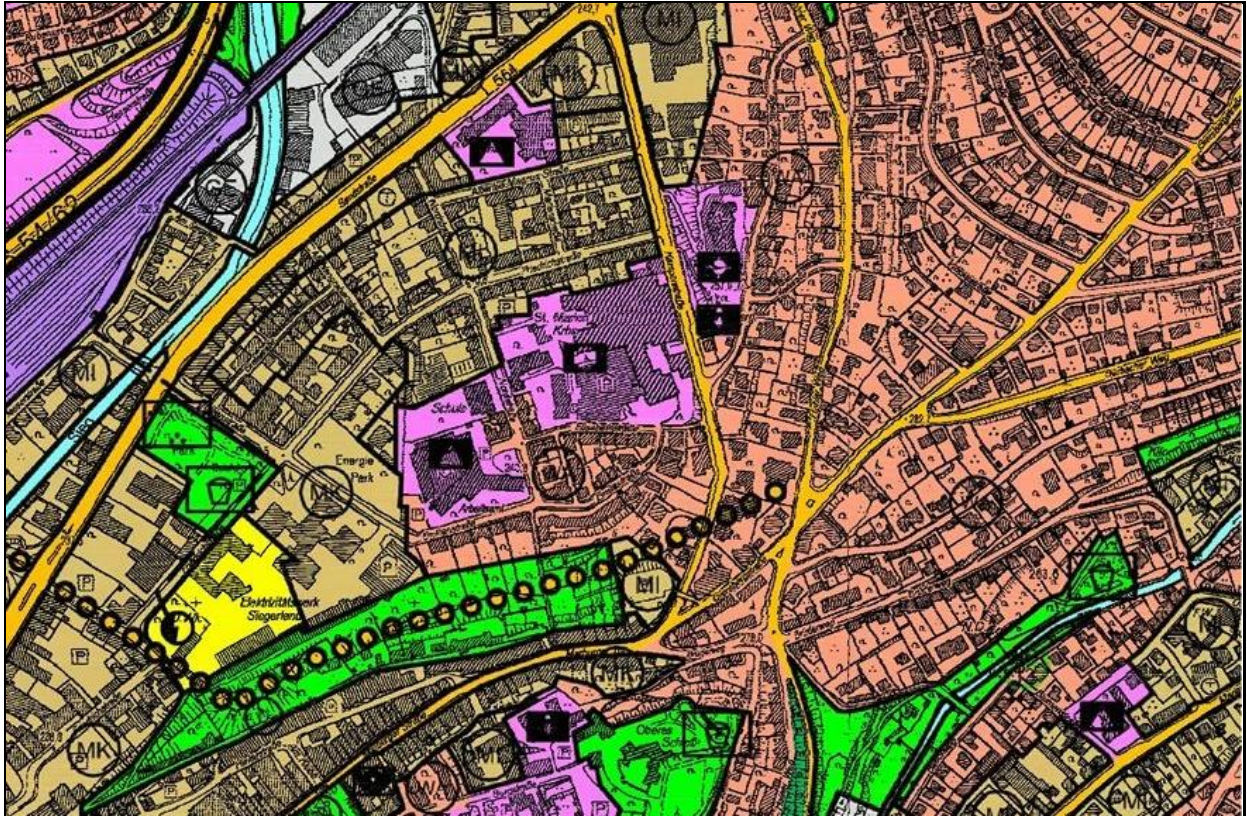


Abbildung 4: Flächennutzungsplan der Stadt Siegen - Ausschnitt St. Marien-Krankenhaus

## 2.4 Naturschutzfachliche Pläne und Richtlinien

### Landschaftsplan / Landschaftsschutzgebiete

Kein Landschaftsplan vorhanden. Keine Landschaftsschutzgebiete betroffen.

### Biotopkataster Nordrhein-Westfalen

Keine Biotope im Geltungsbereich und seines Umfeldes erfasst.

### Geschützte Biotope nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz

Keine Geschützten Biotope nach § 30 BNatSchG vorhanden.

### Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie

Keine Fauna-Flora-Habitat-Gebiet betroffen.

### Baumschutzsatzung

Baumschutzsatzung von 2006 (Änderungserlass):

Geschützt sind Bäume (Laubbäume) mit einem Stammumfang von min. 100 cm und Nadelbäume mit einem Stammumfang ab 120 cm, gemessen auf einer Höhe von 100 cm über Erdboden. Innerhalb des Plangebietes sind vereinzelt Bäume vorhanden, die den Bedingungen der Baumschutzsatzung unterliegen. Dies betrifft vorrangig die Flächen zwischen ehemaligem Schwesternwohnheim und der Bebauung entlang der Nordstraße. Hier sind einzelne großkronige Laubbäume und Nadelgehölze vorhanden.

### 3 Vorgesehene Nutzungsänderung und Flächenbilanz

#### 3.1 Aktuelle Nutzung

Das Plangebiet der Flächennutzungsplanänderung ist überwiegend als „Flächen für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ dargestellt. Die nördliche Bebauung an der Friedrichstraße ist als „Mischgebiet“ dargestellt. Einzelne Grundstücke an der Ecke Nordstraße Elisabethstraße sind als „Allgemeines Wohngebiet“ im Flächennutzungsplan dargestellt.

Für den Bereich der 100. Flächennutzungsplanänderung wird im Parallelverfahren der Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“ erarbeitet.

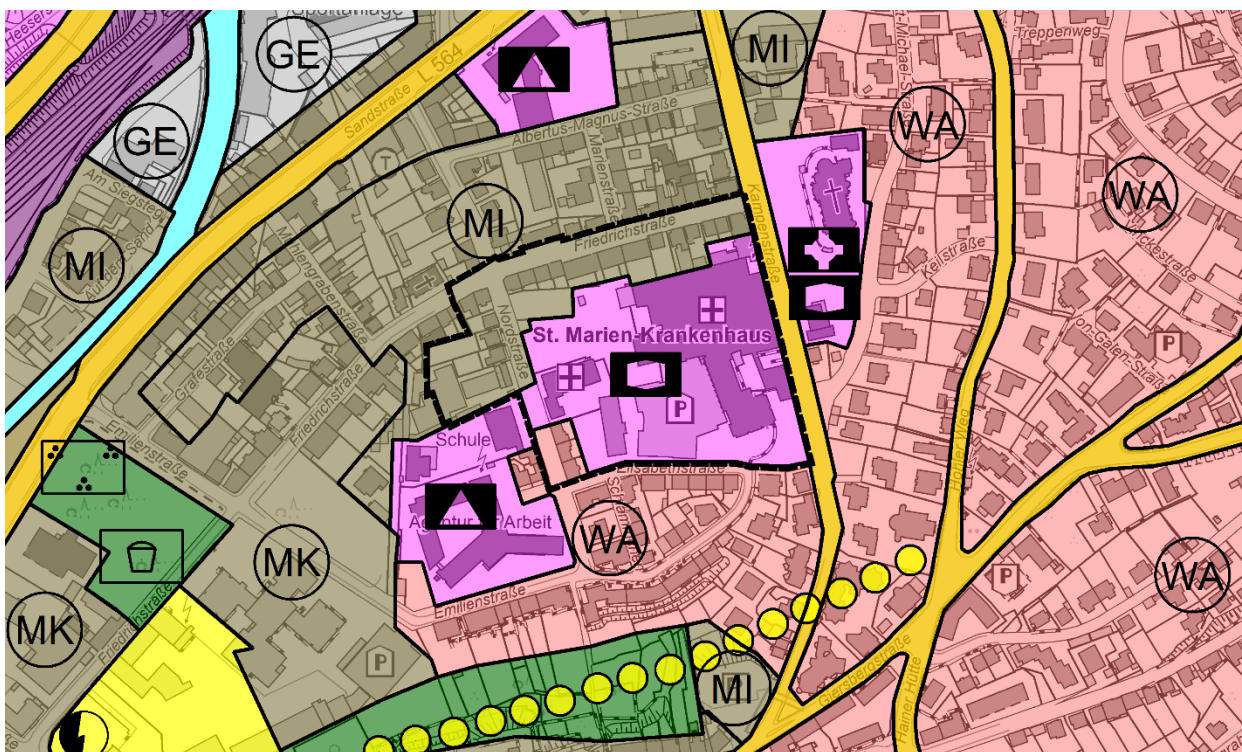


Abbildung 5: Rechtswirksamer Flächennutzungsplan der Stadt Siegen

#### 3.2 Angestrebte Nutzung und Neudarstellung des FNP

Da die im Bebauungsplan geplanten Nutzungen nicht den Darstellungen des aktuellen FNP entsprechen ist daher eine Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich

Der Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren zum Bebauungsplan geändert. Für den Planbereich der 100. Flächennutzungsplanänderung werden die Darstellungen „Sonstiges Sondergebiet, Zweckbestimmung Klinik“ auf Grundlage der Erfordernisse des Bebauungsplanes angepasst.



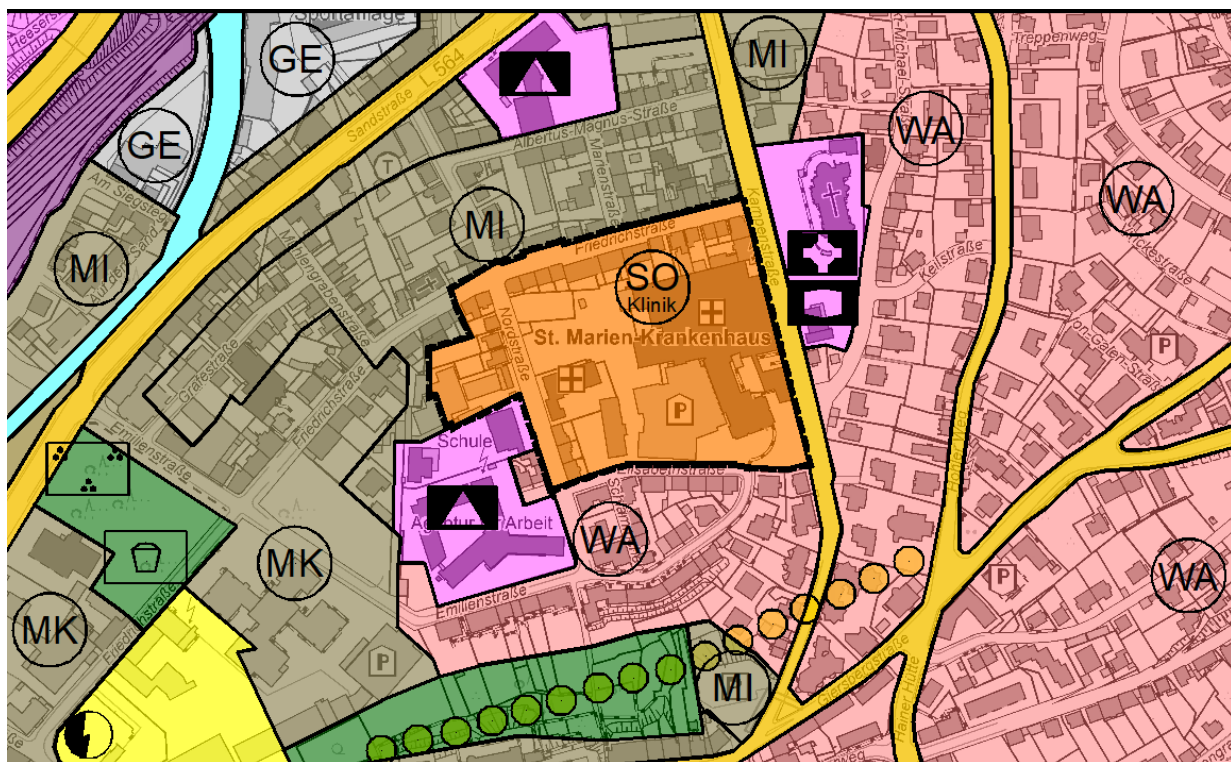


Abbildung 6: Geplante 100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen

### 3.3 Erschließung und Versorgung

Das Plangebiet ist von der Kampenstraße, Elisabethstraße, Nordstraße und Friedrichstraße verkehrlich angebunden. Die Kampenstraße bindet das Quartier an die Oberstadt und an das Siegtal (Sandstraße) an. Eine Neuordnung des fließenden Verkehrs ist nicht erforderlich.

Der ruhende Verkehr wird derzeit durch eine Parkraumbewirtschaftung im öffentlichen Verkehrsraum und durch Stellplatzanlagen (Tiefgarage und Stellplätze) auf dem Klinikgelände geregelt.

Die notwendigen Hauptleitungen für Strom, Wasser und Telekommunikation sind vorhanden. Änderungen im öffentlichen Leitungsnetz werden nicht erwartet.

Die Regenwasser- und Schmutzwasserkanäle sind an die entsprechenden Kanäle im öffentlichen Straßenraum angeschlossen. Die Abwasserfracht wird durch die Nachverdichtung erhöht, stellt aber für das vorhandene Kanalnetz keinen wesentlichen Nachteil dar. Eine Vergrößerung der Querschnitte ist nicht erforderlich.

Die öffentliche Müllentsorgung erfolgt nach den örtlichen Satzungen. Der Sondermüll, aus Klinik-Abfällen wird gesondert entsorgt.

Der Brandschutz ist durch das öffentliche Trinkwassernetz als Grundschutz im Rahmen der DVGW W405 gewährleistet.

### 3.4 Flächenbilanz

Flächen	Flächengröße [ha] Bestand	Flächengröße [ha] Planung
Plangebiet	3,27	3,27
Allgemeine Wohngebiete	0,10	0
Mischgebiete	1,10	0
Flächen für den Gemeinbedarf	2,07	0
Sondergebiete, Zweckbestimmung Klinik	0	3,27

### 3.5 Auswirkungen der Planänderung

Diese 100. Flächennutzungsplanänderung beschreibt in Grundzügen für das Plangebiet „... die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde...“ gemäß § 5 BauGB. Die Planungshoheit besitzt die Kommune. Die Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des FNP trägt zur Wahrung dieses kommunalen Privilegs bei. Für die Verwaltung und Behörden stellt der FNP ein verbindliches Planungsinstrument dar, das für die konkrete Bodennutzung vorbereitend den Rahmen setzt. Dabei erzeugt der FNP als öffentlicher Belang keine Auswirkungen auf die Nutzung einzelner Grundstücke, d.h., es ergeben sich keine unmittelbaren Rechte und Pflichten für den Bürger oder gegenüber Dritten - diese Regelungen treffen erst auf den aus dem FNP abgeleiteten Bebauungsplan zu.

## 4 Umweltbelange

### 4.1 Umweltbericht

Gemäß § 2 a BauGB ist der 100. Flächennutzungsplanänderung ein Umweltbericht als Teil II der Begründung beigelegt. Im Umweltbericht werden auf Grundlage der Beschreibung der Umwelt die Auswirkungen der Planung auf die betroffenen Umwelt-Schutzgüter /-funktionen dargestellt und die ggf. verbleibenden erheblichen Umweltauswirkungen und Maßnahmen zu deren Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich erläutert.

Im Umweltbericht werden die unterschiedlichen Schutzgüter

1. Mensch, Gesundheit des Menschen und Bevölkerung
2. Biotop – Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt
3. Boden
4. Wasser
5. Klima und Luft
6. Landschaft
7. Flächen
8. Kultur- und Sachgüter
9. sowie der Wechselwirkungen der Schutzgüter untereinander

untersucht und die Auswirkungen der Planung bewertet. Auch werden die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern beleuchtet, als auch die Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit des zulässigen Vorhabens für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, betrachtet.

Es wird grundsätzlich festgestellt, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen der einzelnen Schutzgüter zu erwarten sind. Lediglich kommt es bei der Realisierung der Planung beim Schutzgut Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt zu teilweise erheblichen Umweltauswirkungen, da der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters als erheblich einzuschätzen ist.

Ebenso sind keine Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern mit negativen Folgen für die Umwelt zu erwarten.

Auch sind keine erheblichen Beeinträchtigungen infolge von Auswirkungen schwerer Unfälle oder Katastrophen, bzw. durch Emissionen, Abfälle und Abwässer anzunehmen.

Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Blick auf verwendete Stoffe und Technologien und die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nummer 7 der Störfall-Verordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundesimmissionsschutzgesetzes, sind nicht gegeben.

Gemäß Artenschutzprüfung Stufe I (ASP I) zum B-Plan-Verfahren war durch den Abriss von maximal 6 Baukörpern (3 Dachstühle), 2 Gewächshäusern und einem Parkhaus zunächst nicht auszuschließen, dass Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermausarten betroffen sind.

Nach Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein und der Umweltabteilung der Stadt Siegen wurden im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausgutachterin Schmidt-Fasel Fledermauserfassungen durchgeführt. Als Ergebnis der Fledermauserfassungen im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausexpertin Schmidt-Fasel konnte festgestellt werden, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für die Zwergfledermaus und den Großen Abendsegler darstellt. Im Rahmen der Untersuchungen wurden keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere nachgewiesen. Bei Abriss der Gebäude und bei Fällung von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters konnte ein Verlust von Tagesquartieren nicht gänzlich ausgeschlossen werden, deshalb sind Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen umzusetzen.

Abschließend kann festgestellt werden, dass unter Berücksichtigung der im B-Plan dargestellten Maßnahmen das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten **ausgeschlossen werden können**. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht.

## 5 Immissionen

Im Zuge des Verfahrens des Bebauungsplanes Nr. 419 wurde, ausgehend von vorliegenden Verkehrszahlen, die Berechnung<sup>1</sup> der Emissionspegel für Straßenverkehr gemäß RLS 90 durchgeführt.

Als Ergebnis der schalltechnischen Untersuchung sind folgende aktive, passive Lärmschutzmaßnahmen und Maßnahmen nach VDI 2719 (Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen) eingeplant:

### Aktive Schallschutzmaßnahmen

Aufgrund der Lage des Plangebietes innerhalb der bestehenden und dicht bebauten Siedlungsstruktur sind aktive Schallschutzmaßnahmen in Form einer Lärmschutzwand entlang der Kampen- und Friedrichstraße städtebaulich vermutlich nicht umsetzbar. Eine schallabschirmende Wand müsste in Anbetracht der Ausbreitungsbedingungen sehr hoch sein (mind. 7 m), um auch für die oberen Geschosse eine ausreichende Schallpegelminderung bewirken zu können.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird deshalb empfohlen, für die stark betroffenen Fassaden passive Schallschutzmaßnahmen festzusetzen

### Passive Schallschutzmaßnahmen

Zum Schutz der Empfängerseite vor erhöhten Schallimmissionen sind verschiedene passive Schallschutzmaßnahmen möglich. Diese sind z.B.

- Akustisch günstige Orientierung der Gebäude mit Fassaden zu lärmabgewandten Seiten
- Einbau schalldämmender Fenster und Erhöhung der Schalldämmung der Fassade mit Festlegung von Innenpegeln nach VDI 2719
- Akustisch günstige Ausbildung bzw. Anordnung der Freibereiche

Die Vielzahl der vorgenannten Maßnahmen bezieht sich jedoch nur auf eine Neuplanung. Grundrisslösungen sind grundsätzlich Empfehlungen, die sich jedoch für Krankenhäusern mit Bettenräumen in der Regel nicht umsetzen lassen. Die Maßnahmen nach VDI 2719 sind im nachfolgenden aufgeführt.

### Maßnahmen nach VDI 2719 'Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen'

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes für das gesamte Plangebiet werden in Innenraumpegel nach VDI 2719 [13] 'Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen' festgesetzt. Zum Bauantragsverfahren ist ein Schallschutznachweis zum Schutz gegen Außenlärm nach VDI 271 9 zu führen.

Für die Dimensionierung der Außenbauteile wurden die entsprechenden maximalen Innenpegel nach VDI 2713 (13) festgesetzt.

---

<sup>1</sup> Peutz Consult, Berechnung der Emissionspegel für Straßenverkehr gemäß RLS 90, vier Tabellenblätter, Aug. 2018 und Schalltechnische Untersuchung, Bericht FB 7463-1 vom 22.10.2018

Unter Berücksichtigung des Berechnungsverfahrens der VDI 2719 ist die erforderliche Schalldämmung der Außenbauteile bei einem geplanten Erweiterungsbau zu ermitteln. Die Beurteilungspegel bei freier Schallausbreitung sind der Anlage 10 des Schallgutachtens zu entnehmen.

Der Nachweis ist im Rahmen des jeweiligen Bauantragsverfahrens zu führen.

Als Ergebnis der schalltechnischen Untersuchung ist zusammenfassend festzustellen, dass grundsätzlich aufgrund der Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte im Bereich des nördlichen und westlichen Randes des Plangebietes Schallschutzmaßnahmen zur Festsetzung im Bebauungsplan erforderlich sind.



## 6 Rechtsgrundlagen

- § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV. NRW. S. 916),
- §§ 2 und 5 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.08.2020 (BGBl. IS. 1728)
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786)

Siegen, im April 2021

Bearbeitung:

**HKS**

Gerhard Kunze  
Dipl.-Ing. Städtebau

STADT - UMWELT



# Begründung

zur

## 100. FNP-Änderung im Stadtteil Siegen

TEIL II: Umweltbericht



**Universitätsstadt Siegen**

**Geschäftsbereich 4**

AG 4/5-2 Stadtplanung

in Zusammenarbeit mit:

# HKS

Gerhard Kunze  
Dipl.-Ing. Städtebau

STADT - UMWELT

# HKR

Stephan Müller  
Landschaftsarchitekten

Umwelt ■ Stadt ■ Land

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1</b>	<b>EINLEITUNG.....</b>	<b>1</b>
1.1	Hinweise für die Durchführung der Umweltprüfung.....	1
1.2	Inhalt und Ziele der Neuaufstellung der FNP-Änderung Nr. 100 im Stadtteil Siegen.....	1
1.3	Beschreibung der Festsetzungen des Plans.....	2
1.4	Angaben über den Standort.....	4
1.5	Bedarf an Grund und Boden.....	4
1.6	Bau und Vorhandensein der geplanten Vorhaben und Abrissarbeiten.....	5
<b>2</b>	<b>DARSTELLUNG DER IN FACHGESETZEN UND FACHPLÄNEN FESTGE- LEGTE UND FÜR DIE PLANUNG RELEVANTEN UMWELTSCHUTZZIELE...5</b>	
<b>3</b>	<b>UMWELTSITUATION, WIRKUNGSPROGNOSE UND MASSNAHMEN .....</b>	<b>13</b>
3.1	Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt.....	14
3.2	Fläche .....	15
3.3	Boden.....	16
3.4	Wasser .....	16
3.5	Klima / Anfälligkeit des geplanten Vorhabens gegenüber den Folgen des Klima wandels / Luft .....	17
3.6	Landschaft.....	18
3.7	Mensch, menschliche Gesundheit und Bevölkerung.....	19
3.8	Kulturgüter / Kulturelles Erbe /Sachgüter .....	20
3.9	Wechselwirkungen zwischen den Umweltbelangen / Schutzgütern .....	21
3.10	Maßnahmen zum Erhalt, Schutz, zur Vermeidung, Minderung und Kompensation und ggf. Überwachung .....	22
3.11	Zusammenfassende Darstellung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen .....	22
<b>4</b>	<b>BERÜCKSICHTIGUNG DER ANFÄLLIGKEIT DES VORHABENS FÜR SCHWERE UNFÄLLE UND KATASTROPHEN .....</b>	<b>24</b>
<b>5</b>	<b>AUSWIRKUNGEN VON IMMISSIONEN / EMISSIONEN .....</b>	<b>24</b>
<b>6</b>	<b>VERWERTUNG ODER BESEITIGUNG VON ABFÄLLEN.....</b>	<b>25</b>
<b>7</b>	<b>ERNEUERBARE ENERGIEN/SPARSAME UND EFFIZIENTE NUTZUNG VON ENERGIE .....</b>	<b>25</b>
<b>8</b>	<b>VERWENDETE TECHNIKEN UND EINGESETZTE STOFFE.....</b>	<b>25</b>
<b>9</b>	<b>ANDERWEITIGE PLANUNGSMÖGLICHKEITEN.....</b>	<b>26</b>
<b>10</b>	<b>KUMULIERUNG MIT DEN AUSWIRKUNGEN VON VORHABEN BENACH- BARTER GEBIETE.....</b>	<b>26</b>
<b>11</b>	<b>GEPLANTE MASSNAHMEN ZUR ÜBERWACHUNG DER ERHEBLICHEN UMWELTAUSWIRKUNGEN (MONITORING) .....</b>	<b>26</b>
<b>12</b>	<b>VERWENDETE TECHNISCHE VERFAHREN, SCHWIERIGKEITEN, FEH- LENDE KENNTNISSE .....</b>	<b>27</b>
<b>13</b>	<b>ALLGEMEIN VERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG .....</b>	<b>28</b>

<b>14 REFERENZLISTE DER QUELLEN .....</b>	<b>31</b>
<b>Verwendete Internetseiten: .....</b>	<b>31</b>

## **ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS**

Abb. 1: Geltungsbereich der 100. Flächennutzungsplanänderung .....	1
Abb. 2: Rechtswirksamer FNP der Stadt Siegen .....	3
Abb. 3: Geplante bzw. Änderung der FNP der Stadt Siegen .....	3
Tab. 1: Zusammenfassende schutzgutbezogene Beurteilung der Erheblichkeit der Umwelt- auswirkungen für die Neuaufstellung der FNP-Änderung Nr. 100 .....	23

## 1 EINLEITUNG

### 1.1 Hinweise für die Durchführung der Umweltprüfung

Für die Belange des Umweltschutzes nach §§ 1 und 1a BauGB wird für die FNP-Änderung Nr. 100 im Stadtteil Siegen eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen entsprechend dem Planungsstand ermittelt und bewertet werden (§ 2 BauGB). Die Auswirkungen der Planung auf die relevanten Schutzgüter und Landschaftspotenziale, welche durch die getroffenen Festsetzungen im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes prognostizierbar sind, werden im nachfolgenden Umweltbericht dargestellt und bewertet. Im Parallelverfahren wird der Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ aufgestellt.

Der Umweltbericht ist Bestandteil der Begründung zur FNP-Änderung Nr. 100 im Stadtteil Siegen (§ 2a BauGB). Das Ergebnis der Umweltprüfung ist im Bauleitplanverfahren in der Abwägung gem. § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen.

### 1.2 Inhalt und Ziele der Neuaufstellung der FNP-Änderung Nr. 100 im Stadtteil Siegen

Die Stadt Siegen beabsichtigt die 100. Änderung des FNP im Stadtteil Siegen. Ziel der FNP-Änderung ist es, die Erweiterung des Krankenhauses zu ermöglichen und den Standort zu sichern. Abbildung 1 stellt den Geltungsbereich der FNP-Änderung Nr. 100 im Stadtteil Siegen dar.

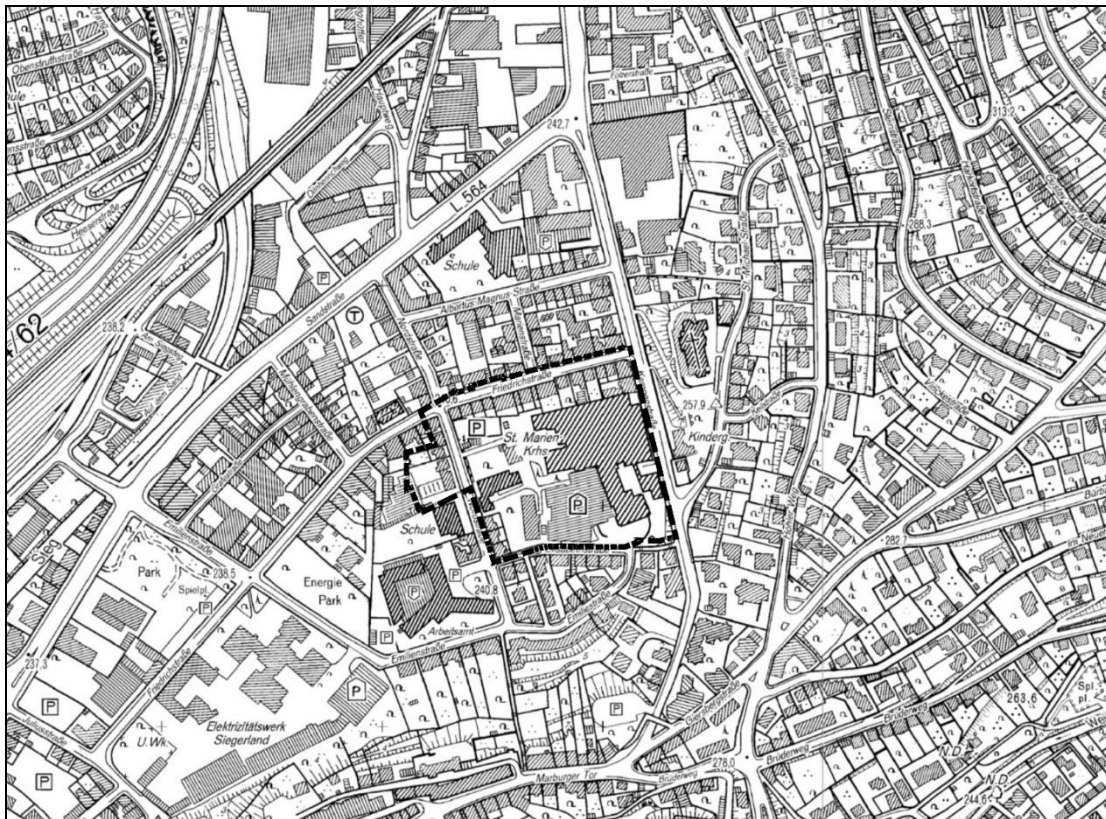


Abb. 1: Geltungsbereich der 100. Flächennutzungsplanänderung

(Quelle: Begründung zur FNP-Änderung Nr. 100, HKS Siegen, o.M.)

Weite Teile des städtebaulichen Quartiers werden durch das vorhandene Marienkrankenhaus beansprucht. Um auch weiterhin den modernen Ansprüchen einer hochwertigen medizinisch bzw. ärztlichen Versorgung nachzukommen, sind sowohl Ergänzungen des medizinischen Angebotes, als auch die Qualität der dauerhaften Unterbringung von Patienten zu optimieren.

Das St. Marien-Krankenhaus liegt im Stadtquartier „Friedrichstraße“ an der Kampenstraße unterhalb der auf dem Sieberg gelegenen historischen Oberstadt und wird durch die Friedrichstraße, Kampenstraße, Elisabethstraße und Nordstraße begrenzt.

Erweiterungen des Krankenhauses sind wegen der umgebenden Bebauung und örtlichen Baustruktur nur im Bereich der Bestandsbebauung möglich. Innerhalb des Areals haben die Klinikbetreiber weitere Grundstücke sukzessiv erworben, um Entwicklungsflächen für den Klinikbetrieb und die Verwaltung zu erhalten.

Die vorhandene Bebauung besteht aus mehreren Baukörpern. Der Haupteingang des Krankenhauses und die Zufahrt zur Tiefgarage erfolgt von der Kampenstraße. Stellplätze sind von der Nordstraße aus zu erreichen.

2017 wurde ein Architektenwettbewerb für die zukünftigen baulichen Ansprüche durchgeführt.

Um die obengenannten Planungsziele rechtssicher umsetzen zu können, ist eine Flächennutzungsplanänderung mit einem im Parallelverfahren durchzuführenden Bebauungsplanverfahren erforderlich.

### **1.3 Beschreibung der Festsetzungen des Plans**

Für das Quartier wird überwiegend sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Klinik“ festgesetzt. Das Sondergebiet „Klinik“ dient der Unterbringung von Gebäuden, Anlagen für medizinische Behandlungen, für medizinische Praxen, für medizinische Forschungs- und Entwicklungszwecke, für medizinische Einrichtungen sowie als Personalwohnungen für Personen aus medizinischen, pharmazeutischen, wissenschaftlichen und Pflegeberufen des Klinikums. Des Weiteren sind die Klinik für Orthopädie, Unfall- und Handchirurgie und Sportverletzungen, Klinik für Allgemein-, Viszeral- und Gefäßchirurgie, Klinik für Kardiologie, Angiologie und internistische Intensivmedizin, Klinik für Gastroenterologie, Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe, Klinik für Hämatologie, Medizinische Onkologie und Palliativmedizin, Klinik für Radio-Onkologie, Klinik für Anästhesie und Intensivmedizin im Plangebiet vertreten. Darüber hinaus sind Belegabteilungen für Nuklearmedizin, Radiologie, das Institut für Diagnostische Radiologie und Einrichtungen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie ein Hubschrauberlandeplatz vorhanden.

In den nachfolgenden Abbildungen ist die 100. Änderung des FNP dargestellt:



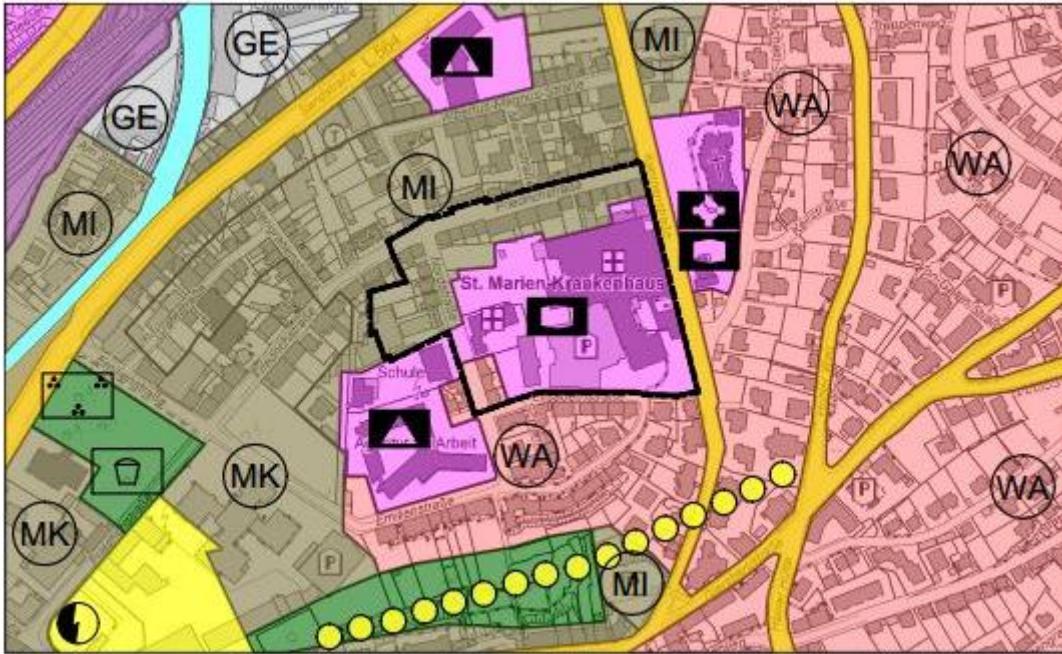


Abb. 2: Rechtswirksamer Flächennutzungsplan der Stadt Siegen (Quelle: Planzeichnung, HKS Siegen, o.M.)

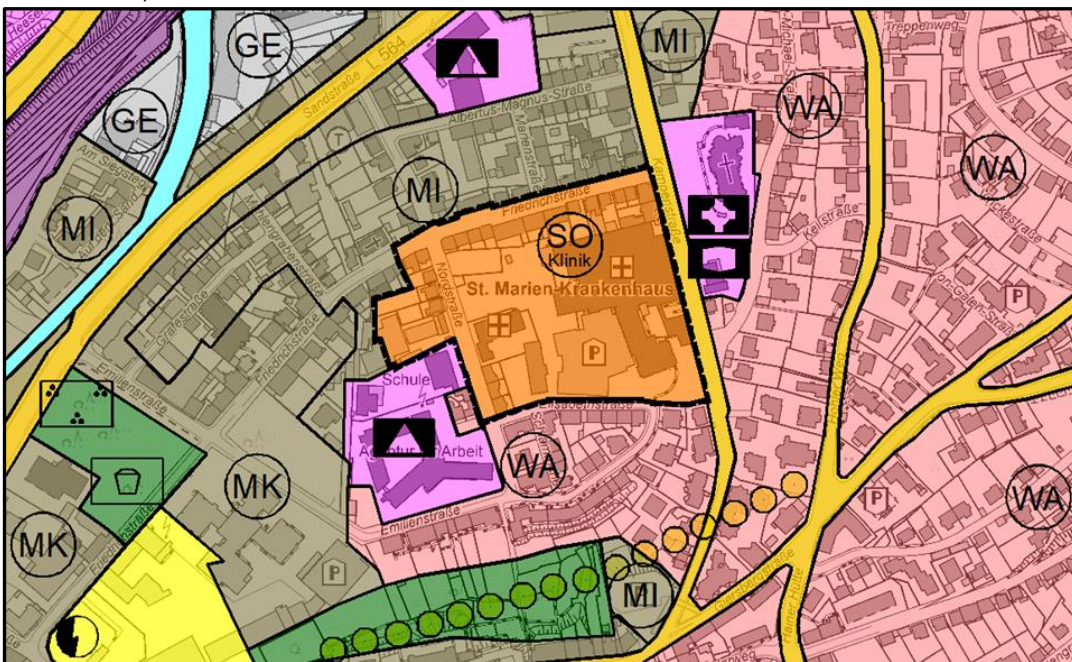


Abb. 3: Geplante 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen (Quelle: Planzeichnung, HKS Siegen, o.M.)

Das Plangebiet ist von der Kampenstraße, Elisabethstraße, Nordstraße und Friedrichstraße verkehrlich angebunden. Die Kampenstraße bindet das Quartier an die Oberstadt und an das Siegtal (Sandstraße) an. Eine Neuordnung des fließenden Verkehrs ist nicht erforderlich.

Der ruhende Verkehr wird derzeit durch eine Parkraumbewirtschaftung im öffentlichen Verkehrsraum und durch Stellplatzanlagen (Tiefgarage und Stellplätze) auf dem Klinikgelände geregelt.

Die Ableitung des Oberflächen- und Schmutzwassers erfolgt über die vorhandenen Kanäle. Die öffentliche Müllentsorgung erfolgt nach den örtlichen Satzungen. Der Sondermüll aus Klinikabfällen wird separat entsorgt. Durch das öffentliche Trinkwassernetz ist der Brandschutz als Grundschutz im Rahmen der DVGW W405 gewährleistet.

#### 1.4 Angaben über den Standort

Folgende Flurstücke der Gemarkung Siegen, Flur 25, werden von dem Bebauungsplan überplant bzw. in den Geltungsbereich einbezogen:

##### **Baugrundstücke:**

98, 99, 104 (nur teilweise), 120, 238, 239, 240, 241, 245, 246, 247, 248, 249, 255, 256, 257, 260, 262, 370 (nur teilweise), 388, 404, 418, 455, 486, 487 (nur teilweise), 525, 526, 531, 548, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572

##### **Verkehrsflächen:**

Friedrichstraße: 237, 357, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563,  
Elisabethstraße: 549,  
Nordstraße: 329.

Weite Teile des Plangebietes werden durch das St. Marien-Krankenhaus genutzt. Der Komplex des Krankenhauses besteht aus mehreren Baukörpern. Der Haupteingang und die Einfahrt der Tiefgarage befinden sich an der Kampenstraße. Entlang der Friedrichstraße und der Nordstraße befinden sich weitere Einrichtungen und die Verwaltung des St. Marienkrankenhauses. Westlich der Nordstraße befindet sich eine Gärtnerei im sogenannten „Fischerquartier“. Der ruhende Verkehr wird derzeit durch Parkplätze im öffentlichen Verkehrsraum und durch eine Tiefgarage und Stellplätze auf dem Klinikgelände geregelt. Das Plangebiet weist einen hohen Versiegelungsgrad auf.

#### 1.5 Bedarf an Grund und Boden

Aus der Beschreibung des Vorhabens ergeben sich für die geplanten Nutzungen folgende Flächenanteile:

Flächen	Flächengröße [ha] Bestand	Flächengröße [ha] Planung
Plangebiet	3,27	3,7
Allgemeine Wohngebiete	0,10	0
Mischgebiete	1,10	0
Flächen für den Gemeinbedarf	2,07	0
Sondergebiete	0	3,7

## 1.6 Bau und Vorhandensein der geplanten Vorhaben und Abrissarbeiten

Infolge der Erweiterung des Krankenhauses kommt es zum Abriss einiger Baukörper. Eine detaillierte Beschreibung und Erläuterung erfolgt auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung.

## 2 DARSTELLUNG DER IN FACHGESETZEN UND FACHPLÄNEN FESTGELEGTE UND FÜR DIE PLANUNG RELEVANTEN UMWELTSCHUTZZIELE

Durch die Fachgesetze bzw. durch weitere eingeführte Normen sind die für die einzelnen Schutzgüter vorgegebenen allgemeinen Vorgaben und Ziele formuliert. Diese sind in der Prüfung der Schutzgüter zu berücksichtigen. Die Bewertung der einzelnen Schutzgüter hat unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich des Schutzzweckes, der Erhaltung bzw. der Weiterentwicklung zu erfolgen.

Die Ziele der Fachgesetze stellen den Rahmen der Bewertung der einzelnen Schutzgüter dar. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass auch aufgrund der Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern, nicht nur ein Fachgesetz oder ein Fachplan eine Zielaussage enthalten kann. Es sind auch die außerhalb des Geltungsbereiches des Bauleitplanes berührten Schutzgüter und die damit verbundenen Fachgesetze zu berücksichtigen.

Die Untersuchungstiefe der Umweltprüfung bzw. des Umweltberichtes orientiert sich an der Formulierung des § 2 Abs. 4 Satz 3 BauGB. Im Rahmen der Umweltprüfung werden nur die regelmäßig anzunehmenden Einwirkungen geprüft, nicht jedoch außergewöhnliche und nicht vorhersehbare Ereignisse.

Geprüft wurde, welche erheblichen Umweltauswirkungen sich aus der 100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen ergeben können und welche erheblichen Einwirkungen im Geltungsbereich der FNP-Änderung Nr. 100 aus der Umgebung zu erwarten sind.

Nachfolgend sind unter Darstellung des jeweiligen Schutzgutes die Zielaussagen der einzelnen anzuwendenden Fachgesetze und Normen aufgeführt.

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
<b>Tiere</b>	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)  Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG)  Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie)  Landschaftsinformationssystem des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV)  Baugesetzbuch (BauGB)	Gemäß § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz sind die für Nordrhein-Westfalen planungsrelevanten streng und besonders geschützten Arten zu schützen. Insbesondere ist es verboten, <ul style="list-style-type: none"><li>- wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,</li><li>- wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert</li><li>- Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,</li><li>- wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu</li></ul>

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
		<p>zerstören."</p> <p>Ziel ist es, zur Sicherung der Artenvielfalt durch die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen im europäischen Gebiet der Mitgliedstaaten, für das der Vertrag Geltung hat, beizutragen.</p> <p>Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.</p>
<b>Pflanzen</b>	<p>Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)</p> <p>Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG)</p> <p>Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie)</p> <p>Landschaftsinformationssystem des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p>	<p>Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die biologische Vielfalt,</li> <li>- Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes einschl. der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie</li> <li>- die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert</li> </ul> <p>von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind. Der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft.</p> <p>Ziel ist es, zur Sicherung der Artenvielfalt durch die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen im europäischen Gebiet der Mitgliedstaaten, für das der Vertrag Geltung hat, beizutragen.</p> <p>Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.</p>
<b>Fläche</b>	<p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)</p>	<p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen soll mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden sparsam umgegangen werden.</p> <p>Die Funktion des Bodens ist zu sichern oder wiederherzustellen. Ziel ist hierbei insbesondere der langfristige Schutz des Bodens hinsichtlich seiner Funktion im Naturhaushalt als Lebensgrundlage und -raum für Menschen, Tiere, Pflanzen, als Bestandteil des Naturhaushaltes mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen, als Ausgleichsmedium für stoffliche Einwirkungen, als Archiv für Natur- und Kulturgeschichte, als Standort für Rohstofflagerstätten, für land- und forstwirtschaftliche sowie siedlungsbezogene und öffentliche Nutzungen. Der Boden ist vor schädlichen Bodenveränderungen zu schützen, sowie die Sanierung von schädlichen Bodenveränderungen ist zu fördern. (BBodSchG).</p>
<b>Boden</b>	<p>Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p>	<p>Ziele des Bodenschutzgesetzes sind:</p> <p>1. Der langfristige Schutz des Bodens hinsichtlich seiner Funktionen im Naturhaushalt, insbesondere als:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Lebensgrundlage und -raum für Menschen, Tier und Pflanzen, Bestandteil des Naturhaushalts mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen,</li> <li>- Ausgleichsmedium für stoffliche Einwirkungen (Grundwasserschutz),</li> <li>- Archiv für Natur- und Kulturgeschichte, als Standort für Rohstofflagerstätten, für land- und forstwirtschaftliche sowie siedlungsbezogene und öffentliche Nutzungen.</li> </ul> <p>2. Der Schutz des Bodens vor schädlichen Bodenveränderungen, das Treffen von Vorsorgeregulungen gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen und die Förderung der</p>

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
		<p>Sanierung schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten</p> <p>3. Der sparsame und schonende Umgang mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden.</p> <p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen soll mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden sparsam umgegangen werden.</p>
<b>Wasser</b>	<p>Wasserhaushaltsgesetz (WHG) Landeswassergesetz (LWG NRW)</p> <p>EU-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL)</p> <p>Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG NRW)</p> <p>Baugesetzbuch</p> <p>Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrW-/AbfG)</p>	<p>Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und deren Bewirtschaftung zum Wohl der Allgemeinheit und zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktionen.</p> <p>Oberflächengewässer und das Grundwasser sind als Bestandteile des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu sichern und zu entwickeln. Die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie 2000 verfolgt das Ziel, die Gewässer bis 2027 in einen „guten ökologischen Zustand“ bzw. einen „guten mengenmäßigen Zustand“ zu bringen und diesen zu erhalten.</p> <p>Ziel der Wasserwirtschaft ist der Schutz der Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen und die sparsame Verwendung des Wassers sowie die Bewirtschaftung von Gewässern zum Wohl der Allgemeinheit.</p> <p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere der sachgerechte Umgang mit Abfällen zu berücksichtigen.</p> <p>Förderung der Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen und zur Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen</p>
<b>Luft</b>	<p>Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)</p> <p>Landesimmissionsschutzgesetz NRW</p> <p>TA Luft, VDI 3471 u. 3472, GIRL 22., 33 u. 39 BImSchV</p> <p>Geruchsmissions-Richtlinie (GIRL)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>16. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz (16.BImSchV)</p>	<p>Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnlichen Erscheinungen).</p> <p>Bei der Errichtung von Anlagen ist Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen zu treffen. Der Stand der Technik ist einzuhalten, soweit dies im Einzelfall nicht einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordert.</p> <p>Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen und der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen</p> <p>Erfassung, Bewertung und Beurteilung der Erheblichkeit von Geruchsbelästigung</p> <p>Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere der Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität, in denen die durch die Rechtsverordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaft festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden.</p> <p>Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche (TA Lärm), Schutz der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Verkehrsgeräusche.</p>

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
	<p>18. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz (18.BImSchV)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>DIN 18005 Schallschutz im Städtebau</p> <p>Hinweise zur Bemessung u. Beurteilung von Lichtimmissionen (LAI)</p>	<p>Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Sportanlagen (18. BImSchV)</p> <p>Nach § 5 (1) des Baugesetzbuches sind bei der Bauleitplanung u. a. die Belange des Umweltschutzes und damit, als Teil des Immissionsschutzes, auch der Schallschutz zu berücksichtigen. Nach § 50 des Bundesimmissionsschutzgesetzes sind die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete soweit wie möglich vermieden werden. Nach diesen gesetzlichen Anforderungen ist es geboten, den Schallschutz soweit wie möglich zu berücksichtigen; er hat gegenüber anderen Belangen einen hohen Rang, jedoch keinen Vorrang (DIN 18005)</p> <p>Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Lichtimmissionen, wenn sie nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder für die Nachbarschaft herbeizuführen ("Hinweise zur Bemessung u. Beurteilung von Lichtimmissionen")</p>
<b>Klima</b>	<p>Bundesimmissionsschutzgesetz Landesimmissionsschutzgesetz TA Luft</p> <p>Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>Klimaschutzgesetz NRW</p> <p>Bundeswaldgesetz (BWaldG) Landesforstgesetz NRW (LForstG NRW)</p> <p>Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)</p>	<p>siehe Schutzgut Luft</p> <p>Natur und Landschaft sind so zu schützen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes,</li> <li>- die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter auf Dauer gesichert sind.</li> </ul> <p>Bauleitpläne sollen dazu beitragen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere in der Stadtentwicklung, zu fördern.</p> <p>Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.</p> <p>Erhaltung und erforderlichenfalls Mehrung des Waldes wegen seines wirtschaftlichen Nutzens und seiner Bedeutung für die Umwelt insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung.</p> <p>Die Forstwirtschaft soll im Hinblick auf die Bedeutung des Waldes für die Umwelt, insbesondere des Klimas, die Reinhaltung der Luft, den Wasserhaushalt, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild und die Erholung der Bevölkerung sowie seines volkswirtschaftlichen Nutzens sachkundig betreut, nachhaltig gefördert und durch Maßnahmen der Strukturverbesserung gestärkt werden.</p> <p>Zweck des EEG ist es, insbesondere im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, Natur und Umwelt zu schützen, einen Beitrag zur Vermeidung von Konflikten um fossile Energieressourcen zu leisten und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien zu fördern.</p>
<b>Landschaft</b>	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und



Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
	Landesnaturenschutzgesetz NRW (LNatSchG NRW)  Landschaftsplan	als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass - die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind.  Der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft.  Der Planbereich liegt nicht innerhalb eines rechtskräftigen Landschaftsplanes.
<b>Biologische Vielfalt</b>	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)  Landesnaturenschutzgesetz NRW (LNatSchG NRW)  Richtlinie 92/43 des Rates vom 21.05.1992	Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass  - die biologische Vielfalt, - Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes einschl. der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie - die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft  auf Dauer gesichert sind. Der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft.
<b>Mensch und seine Gesundheit</b>	Baugesetzbuch (BauGB)  Technische Anleitung Lärm (TA-Lärm);  Bundesimmissionsschutz-gesetz (BImSchG / diverse Ausführungsverordnungen)  DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau)  Hinweise zur Bemessung u. Beurteilung von Lichtimmissionen (LAI)	Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln.  Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge.  Als Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse für die Bevölkerung ist ein ausreichender Schallschutz notwendig, dessen Verringerung insbesondere am Entstehungsort, aber auch durch städtebauliche Maßnahmen in Form von Lärmvorsorge und -minderung bewirkt werden soll.  Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Lichtemissionen, wenn sie nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder für die Nachbarschaft herbeizuführen ("Hinweise zur Bemessung u. Beurteilung von Lichtimmissionen").
<b>Bevölkerung</b>	Baugesetzbuch (BauGB)  Technische Anleitung Lärm (TA-Lärm);  Bundesimmissionsschutz-gesetz (BImSchG / diverse Ausführungsverordnungen)  DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau)	Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln.  Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge.

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
		Als Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse für die Bevölkerung ist ein ausreichender Schallschutz notwendig, dessen Verringerung insbesondere am Entstehungsort, aber auch durch städtebauliche Maßnahmen in Form von Lärmvorsorge und -minderung bewirkt werden soll.
<b>Kulturgüter / kulturelles Erbe / Sachgüter</b>	Baugesetzbuch (BauGB)	Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter zu berücksichtigen.
	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	Historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern sind vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren.
	Denkmalschutzgesetz NRW (DSchG NRW)	Bau- und Bodendenkmäler sind zu schützen, zu pflegen, sinnvoll zu nutzen und wissenschaftlich zu erforschen. Sie sollen der Öffentlichkeit im Rahmen des Zumutbaren zugänglich gemacht werden.
	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	Schutzgüter im Sinne des Gesetzes sind u.a. Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter.  Lage innerhalb des landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ mit kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkern sowie des linienhaft bedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 22.08 „Brüderstraße“
<b>Erneuerbare Energien und sparsame effiziente Nutzung von Energie</b>	Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)	Zweck des EEG ist es, insbesondere im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, Natur und Umwelt zu schützen, einen Beitrag zur Vermeidung von Konflikten um fossile Energieressourcen zu leisten und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien zu fördern.
<b>Auswirkungen schwerer Unfälle oder Katastrophen</b>	Baugesetzbuch (BauGB)	Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie zu berücksichtigen.
	Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)	Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter sind vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen ist vorzubeugen.  Sicherung der Umweltverträglichkeit bei öffentlichen und privaten Projekten, die möglicherweise erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben.
	UVP-Richtlinie, Richtlinie 2012/18/EU (Seveso III-Richtlinie)	Bestimmungen für die Verhütung schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen und für die Begrenzung der Unfallfolgen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt fest, um auf abgestimmte und wirksame Weise in der ganzen Union ein hohes Schutzniveau zu gewährleisten (Richtlinie 2012/18/EU).

In folgenden übergeordneten Plänen und Programmen sowie informellen Planungen werden Zielaussagen zum Plangebiet getroffen:

#### Landesentwicklungsplan

Der Geltungsbereich ist im Landesentwicklungsplan NRW 2017 als Siedlungsraum inklusive großflächiger Infrastruktureinrichtungen dargestellt.

#### Regionalplan

Der Regionalplan Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen, stellt das Plangebiet als Allgemeinen Siedlungsbereich dar.

#### Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen wird der bestehende Krankenhausstandort überwiegend als Fläche des Gemeinbedarfs mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ dargestellt. Teilbereiche der Bebauung an der Nordstraße/Elisabethstraße sind als Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Die Bebauung an der Friedrichstraße und die Bebauung im Bereich der Gärtnerei sind als Mischgebiet dargestellt.

Es existieren nur geringfügige Abweichungen. Der FNP wird im Parallelverfahren geändert und mit den Darstellungen „Sondergebiet Klinik“ angepasst. Die landesplanerische Anpassungsbestätigung gem. § 34 Landesplanungsgesetz liegt mit Datum vom 10.03.2021 vor.

#### Bebauungsplan

Für den zentralen Bereich des Plangebietes liegt derzeit kein Bebauungsplan (BP) vor. Der BP Nr. 13a „Gartenstraße/Friedrichstraße“ mit Festsetzungen entlang der Friedrichstraße wurde im Juli 2017 aufgehoben. Im Parallelverfahren wird der BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“ aufgestellt.

#### Besonders oder streng geschützte Arten

Konkrete Hinweise bzw. Angaben über das Vorkommen „besonders / streng geschützter Arten“ gemäß Anlage 1 Sp. 2 und 3 BArtSchV, EU-ArtenschutzVO Anhang A und B, Arten der EU-VRL Anhang I und FFH-RL Anhang IV im Änderungsbereich, die ggf. durch das Planvorhaben gestört bzw. deren Wohn-, Nist-, Brut- oder Zufluchtsstätten durch das Vorhaben zerstört werden könnten, liegen vor.

In der Artenschutzrechtlichen Prüfung (ASP) gemäß § 44 BNatSchG wird geprüft, ob für die sog. „planungsrelevanten Arten“, die im Einwirkungsbereich des Planvorhabens potenziell auftreten könnten, der Fortbestand der lokalen Population einer Art gewährleistet ist bzw. nicht erheblich beeinträchtigt wird und die ökologische Funktion von Lebensstätten gesichert wird. Eine Erfassung von Fledermäusen im Untersuchungsraum wurde im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausgutachterin Schmidt-Fasel durchgeführt.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum für Fledermäuse darstellt. Im Rahmen der Untersuchungen wurden keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere nachgewiesen.

Aus artenschutzfachlicher Sicht kann abschließend festgestellt werden, dass unter Berücksichtigung der aufgeführten Vermeidungs-, Minderungsmaßnahmen, Erhaltungs- und Optimie-

rungsmaßnahmen das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten ausgeschlossen werden können. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht.

#### Kulturdenkmale/Kulturlandschaftsbereiche

Der Geltungsbereich liegt im landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ mit einem kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkern. Der Burgberg von Siegen wird durch die Nikolaikirche, das Obere Schloss und seine Altstadt geprägt. Innerhalb der Stadt verläuft als linienhafter bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich 22.08 die „Brüderstraße“ als frühmittelalterlicher Fernhandelsweg.

### **3 UMWELTSITUATION, WIRKUNGSPROGNOSE UND MASSNAHMEN**

Aus der nachfolgenden Analyse der Umweltauswirkungen ergibt sich die Art und Weise, wie die in Kap. 2 dargelegten Ziele berücksichtigt werden. Dabei ist festzuhalten, dass die Ziele der Fachgesetze einen bewertungsrelevanten Rahmen rein materiell-inhaltlicher Art darstellen, während die Zielvorgaben der Fachpläne über diesen inhaltlichen Aspekt hinaus auch konkrete räumlich zu berücksichtigende Festsetzungen vorgeben.

Die Ziele der Fachgesetze stellen damit gleichzeitig aber auch den Bewertungsrahmen für die einzelnen Schutzgüter dar. So werden beispielsweise bestimmte schutzgutspezifische Raumeinheiten (z.B. Biotope, Bodentypen, Klimatope etc.) auf der Grundlage der jeweiligen gesetzlichen Vorgaben bewertet. Böden mit beispielsweise bedeutungsvollen Funktionen für den Naturhaushalt erfüllen die Vorgaben des Bodenschutzgesetzes in besonderer Weise, d.h. hier existiert ein hoher Zielerfüllungsgrad.

Somit spiegelt sich der jeweilige Zielerfüllungsgrad der fachgesetzlichen Vorgaben auch in der Bewertung der Auswirkungen auf die Umwelt wider, denn je höher die Intensität einer spezifischen Beeinträchtigung des Vorhabens auf ein bedeutungsvolles Schutzgut ist, umso geringer ist die Chance, die jeweiligen gesetzlichen Ziele zu erreichen. Damit steigt gleichzeitig die Erheblichkeit einer Auswirkung, bei Funktionen mit hoher oder sehr hoher Bedeutung immer dann auch über die jeweilige schutzgutbezogene Erheblichkeitsschwelle.

Die Beschreibung der Bestandssituation im Planbereich umfasst die Funktionen, Vorbelastungen und Bedeutung/Empfindlichkeit des jeweiligen Schutzgutes. Die Beurteilung der Bedeutung/Empfindlichkeit erfolgt verbal-argumentativ. Dabei werden vier Stufen der Bedeutung und Empfindlichkeit gegenüber Auswirkungen des Planvorhabens unterschieden (keine, geringe, mittlere und hohe Bedeutung und Empfindlichkeit).

Ebenso erfolgt die Beurteilung der möglichen Umweltauswirkungen verbal argumentativ. Es werden vier Stufen der Betroffenheit bzw. Erheblichkeit von Umweltauswirkungen unterschieden (keine erheblichen, erhebliche, teilweise erhebliche, keine Betroffenheit). Bei der Beurteilung der Umwelterheblichkeit ist insbesondere die Ausgleichbarkeit der ermittelten nachteiligen Umweltauswirkungen ein wichtiger Indikator. Nicht ausgleichbare Auswirkungen, wie z.B. die dauerhafte Bodenversiegelung schutzwürdiger Böden bei gleichzeitig fehlenden Entsiegelungsmöglichkeiten, werden grundsätzlich als erheblich eingestuft.

Bei der Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen werden nachfolgende Angaben für jedes Schutzgut berücksichtigt:

#### **Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung**

Es wird zunächst eine Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustandes, einschließlich der Umweltmerkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden, beschrieben (Basisszenario). Dem folgt eine Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung, soweit diese Entwicklung gegenüber dem Basisszenario mit zumutbarem Aufwand auf der Grundlage der verfügbaren Umweltinformationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen abgeschätzt werden kann.

## **Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung**

Die Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung; so weit möglich, insbesondere die möglichen erheblichen Auswirkungen während der Bau- und Betriebsphase der geplanten Vorhaben auf die Belange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a-i BauGB.

### **3.1 Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt**

#### **Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung**

Der Geltungsbereich ist überwiegend anthropogen überprägt und er weist einen hohen Versiegelungsgrad auf. Kleinflächig sind im Bereich der Stellplätze und der Zufahrten Ziergehölzflächen mit z.T. jungen Baumanpflanzungen vorhanden. Das Gärtneriegelände wird insbesondere durch Gewächshäuser geprägt. Auf dem Krankenhaus- und Gärtneriegelände sind prägende Einzelbäume und Baumgruppen mittleren bis starken Baumholzes vorhanden. Die kleinen Grünflächen werden durch Scherrasen, Stauden und Ziergehölze geprägt. Das Parkdeck weist eine intensive Dachbegrünung mit Einzelbäumen, Scherrasen und überwiegend Ziergehölzen auf.

Für das Vorhaben wurde eine Artenschutzprüfung Stufe I (ASP I) durchgeführt. Es lagen Informationen seitens der Stadt Siegen vor, dass das Krankenhaugelände eine besondere Bedeutung für Fledermäuse hat. Im Juni/Juli 2018 wurden deshalb Fledermauserfassungen durchgeführt.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für die *Zwergfledermaus* und den *Großen Abendsegler* darstellt. Als weitere Arten wurden die *Mückenfledermaus*, *Kleiner Abendsegler*, *Wasserfledermaus*, *Breitflügelfledermaus* und die *Zweifarbelfledermaus* kartiert. Im Rahmen der Untersuchungen wurden keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere nachgewiesen.

Das Plangebiet hat insgesamt eine geringe bis mittlere Bedeutung für das Schutzgut Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt.

Bei Nichtdurchführung der Planung werden die bisherigen Nutzungen beibehalten.

#### **Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung**

Für die Erweiterung des Krankenhaugeländes und der Neubauten werden insbesondere anthropogen überprägte, zum größten Teil schon versiegelte Flächen dauerhaft in Anspruch genommen. Vorhandener prägender Baumbestand mittleren bis starken Baumholzalters wird teilweise erhalten. In Teilbereichen des Plangebietes kommt es auch zur Inanspruchnahme von Einzelbäumen mittleren bis starken Baumholzalters, welches als erheblich einzuschätzen ist. Bei Abriss des Parkdecks entfällt die intensive Dachbegrünung. Im Bereich der Gärtnerei werden vor allem versiegelte Gewächshausflächen und Einzelbäume dauerhaft in Anspruch genommen.



Nach Abriss des Instituts der Immunologie und des Gebäudes der Geschäftsführung/Krankenpflegeschule entstehen neue Grünflächen auf jetzt noch versiegelten Parkplatzflächen und als Dachbegrünung auf den Parkdecks.

Durch das Vorhaben erfolgt tlw. ein erheblicher Eingriff in Natur und Landschaft, der nach der Numerischen Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) bewertet wird. Die Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung ergibt, dass ein ökologisches Defizit von 25 ökologischen Werteinheiten entsteht. Aufgrund des geringen Ausgleichsbedarfs sollte auf die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen verzichtet werden.

Für Eingriffe in die anthropogen vorbelasteten Böden ist kein Ausgleich erforderlich.

Es werden insgesamt sieben Laub- und Nadelbäume gefällt, die gemäß der Baumschutzsatzung der Stadt Siegen geschützt sind. Es ist ein Ausgleich von insgesamt 11 standortgerechten, einheimischen Laubbäumen mit einem Mindeststammumfang von 16 – 18 cm nachzuweisen.

Der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters ist als erheblich einzuschätzen.

Aus artenschutzfachlicher Sicht kann festgestellt werden, dass unter Berücksichtigung der aufgeführten Vermeidungs-, Minderungsmaßnahmen, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten ausgeschlossen werden können. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht. Eine Erläuterung der Maßnahmen erfolgt auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung.

**Zusammenfassende Beurteilung:** Mit der 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen kommt es zu tlw. erheblichen Umweltauswirkungen, da der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters als erheblich einzuschätzen ist.

### **3.2 Fläche**

#### **Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung**

Zur Bewertung des Schutzgutes Fläche sind im Rahmen der Umweltprüfung qualitative und quantitative Aspekte bzgl. der Flächeninanspruchnahme zu untersuchen. Als Parameter für den Flächenverbrauch sind u.a. die Neuversiegelung, die Nutzungsumwandlung, die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen sowie die potentielle Zerschneidung bzw. Fragmentierung von Schutzgebieten zu beurteilen.

Der rechtswirksame FNP stellt für das Plangebiet überwiegend „Fläche für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen dienende Gebäude und Anlagen“ dar. Als „Mischgebiet“ ist die nördliche Bebauung an der Friedrichstraße ausgewiesen. Einzelne Grundstücke an der Nordstraße sind als „Mischgebiet“ dargestellt. Das Plangebiet weist heute schon einen hohen Versiegelungsgrad auf. Ca. 80% des Krankenhausgeländes sind heute bereits überbaut bzw. durch Stellplätze und Zufahrten versiegelt. Das Plangebiet liegt nicht innerhalb von Schutzgebieten. Landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Nutzungen sind nicht betroffen.

Das Plangebiet hat eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Fläche.

Wird die aktuelle Planung nicht umgesetzt, werden die bisherigen Nutzungen weitergeführt. Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

#### **Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung**

Bei der FNP-Änderung wird an der Nutzung des Plangebietes durch die Festsetzung „Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Klinik“ festgehalten. Nur eine geringe Neuversiegelung stark anthropogen überprägter Flächen erfolgt überwiegend innerhalb des vorhandenen Krankenhausgeländes. Es erfolgt keine Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen und keine Zerschneidung / Fragmentierung von schutzwürdigen Flächen. Es handelt sich um eine Nachverdichtung im Innenbereich.

**Zusammenfassende Beurteilung:** Für das Schutzgut Fläche sind durch die 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen **keine erheblichen, nachteiligen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

### **3.3 Boden**

#### **Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung**

Die Böden im Plangebiet weisen eine hohe Vorbelastung durch Versiegelung (Baukörper, Stellplatzflächen etc.) auf. Ca. 80% der Gesamtfläche sind heute bereits versiegelt. Im Bereich der kleinen Grünflächen ist von anthropogen überprägten Böden auszugehen. Natürlich anstehender Boden ist innerhalb des Geltungsbereiches nicht vorhanden. Es wird nur marginal anthropogen veränderter Boden zusätzlich überbaut und versiegelt.

Das Plangebiet hat eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Boden.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

#### **Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung**

Aufgrund des hohen Anteils an bereits versiegelter Fläche kann nur marginal anthropogen überprägter Boden zusätzlich überbaut bzw. versiegelt werden. Natürlich anstehender Boden ist innerhalb des Geltungsbereiches nicht vorhanden.

**Zusammenfassende Beurteilung:** Für das Schutzgut Boden sind durch die 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen **keine erheblichen, nachteiligen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

### **3.4 Wasser**

#### **Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung**

### Grundwasser

Nennenswerte Grundwasservorkommen liegen nicht vor. Ein Gutachten des Geotechnischen Büros Norbert Müller, Dr. Wolfram Müller und Partner, kam 2009 zu dem Ergebnis, dass der Grundwasserspiegel bei ca. 3,2 m – 4,1 m unter dem jeweiligen Gelände nach einer längeren Trockenperiode lag. Jedoch sollte berücksichtigt werden, dass wegen der Tallage und der Nähe zur Sieg (ca. 200 m) der Wasserspiegel sehr schwankend ist, so dass aufgrund einer langen winterliche Trockenperiode von einem Wasserstand von 2 m über dem obengenannten Wasserspiegel ausgegangen werden sollte. Aufgrund der vorhandenen Lehmschicht kann es zur Bildung von Stau- und Schichtenwasser kommen.

### Oberflächengewässer

Im Plangebiet sind keine Oberflächengewässer vorhanden.

Das Plangebiet hat eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Wasser.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

### **Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung**

Aufgrund der geringen Neuversiegelung des Bodens infolge der geplanten Bebauung kommt es zu keiner erheblichen Erhöhung des Oberflächenabflusses und zu keiner erheblichen Verminderung der Grundwasserneubildungsrate durch zusätzliche Überbauung.

Erhebliche Auswirkungen auf das Grundwasser sind nicht gänzlich auszuschließen. Potentielle baubedingte Umweltauswirkungen des Grundwassers (Verschmutzungen mit z.B. Kraftstoffe) durch einen bauseitigen Grundwasseranschnitt sind mittels Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen im weiteren Planverfahren während des Baubetriebs auszuschließen.

Die Ableitung des Oberflächen- und Schmutzwassers erfolgt über die vorhandenen Kanäle.

**Zusammenfassende Beurteilung:** Im Hinblick auf das Schutzgut Wasser sind durch die 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen **keine erheblichen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

### **3.5 Klima / Anfälligkeit des geplanten Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels / Luft**

#### **Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung**

Laut Klimatopkarte des LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen) ist das Plangebiet überwiegend dem Stadtklima zuzuordnen.

Unter Klimatopen versteht man räumliche Einheiten, die mikroklimatisch einheitliche Gegebenheiten bzgl. der Parameter Flächennutzung, Bebauungsdichte, Versiegelungsgrad, Oberflächenstruktur, Relief und Vegetationsart aufweisen.

Im Plangebiet und dessen Umfeld herrscht aufgrund der bestehenden hohen Versiegelung eine weniger günstige thermische Situation. Das Plangebiet liegt nicht innerhalb eines Klima-

Vorsorgebereichs.

Konkrete Daten zur Luftqualität liegen für den Planbereich nicht vor.

Um die Auswirkungen von Emissionen aus dem Vorhabenbereich beurteilen zu können, wäre die Erstellung von Spezialgutachten erforderlich, die den für die Erstellung dieses Fachbeitrags zumutbaren Aufwand deutlich übersteigen würden. Konkrete Aussagen zu den Auswirkungen von Emissionen können daher nicht getroffen werden.

Das Plangebiet hat eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Klima / Anfälligkeit des geplanten Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimas und Luft.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

### **Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung**

Die Planung sieht ein Sondergebiet „Klinik“ mit einer GRZ von 0,8 vor.

Im Plangebiet besteht eine hohe Vorbelastung durch einen hohen Anteil an bereits versiegelten Flächen. Da sich die Versiegelung nur marginal erhöhen wird, wird es nicht zu einer erheblichen Veränderung der lokalklimatischen Verhältnisse kommen.

Die Anfälligkeit des Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels besteht u.a. in steigenden Durchschnittstemperaturen, stärkeren Klimaschwankungen oder häufigeren Extremwetterereignissen. Die geplante Sonderfläche „Klinik“ liegt nicht in einem gesetzlich festgesetzten bzw. vorläufig gesicherten Überschwemmungsbereich sowie einem Hochwasserrisikobereich. Es kommt zu keiner Inanspruchnahme von Klima-Vorsorgebereichen.

Das Vorhaben trägt nicht erheblich zum Klimawandel bei. Auch führen die Folgen des Klimawandels nicht zu erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen für die Planung.

Angaben zu lufthygienischen Belastungen durch regionale und lokale Emittenten, die zu einer erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit und des Wohlbefindens sowie der Tier- und Pflanzenwelt führen könnten, liegen für das Plangebiet durch die geplanten Festsetzungen nicht vor.

Um die auf das Gebiet einwirkenden Immissionen beurteilen zu können, wurde das Informationssystem „Umwelt vor Ort“ (UvO) ausgewertet. Es befinden sich zwei lokale Emittenten im 1.500 m-Radius um das geplante Vorhaben (s. Kap. 5).

**Zusammenfassende Beurteilung:** Im Hinblick auf das Schutzgut Klima/Anfälligkeit des geplanten Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels / Luft sind durch die 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen **keine erheblichen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

## **3.6 Landschaft**

### **Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurch-**

## **führung der Planung**

Das Plangebiet liegt im innerstädtischen Bereich von Siegen an der Elisabethstraße, Kampenstraße, Friedrichstraße und Nordstraße.

Der Geltungsbereich ist überwiegend anthropogen überprägt und er weist einen hohen Versiegelungsgrad auf. Kleinflächig sind im Bereich der Stellplätze und der Zufahrten Ziergehölzflächen mit z.T. jungen Baumanpflanzungen vorhanden. Das Gärtnereigelände wird durch Gewächshäuser geprägt. Vereinzelt sind prägende Einzelbäume und Baumgruppen vorhanden.

Das Plangebiet hat insgesamt eine geringe Bedeutung für das Stadtbild bzw. Landschaftsbild. Für die landschaftsorientierte Erholung und die Feierabenderholung der Bevölkerung hat die Fläche keine Bedeutung.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung der Planung nicht erkennbar.

## **Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung**

Es erfolgt keine zusätzliche Beeinträchtigung des Landschafts-/Stadtbildes durch die Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses. Das Landschafts-/Stadtbild ist im Geltungsbereich von vorne herein stark beeinträchtigt und von anthropogenen Strukturen geprägt. Prägender Baumbestand wird z.T. erhalten, ein Patientengarten sowie eine Freifläche in einer Größenordnung von ca. 1.500 m<sup>2</sup> werden wiederhergestellt bzw. neu gestaltet.

**Zusammenfassende Beurteilung:** Für das Schutzgut Landschafts-/Stadtbild und Erholungseignung sind durch die 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen **keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

## **3.7 Mensch, menschliche Gesundheit und Bevölkerung**

### **Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung**

Für den Menschen sind im Zusammenhang mit der 100. Änderung des Flächennutzungsplan die möglichen Auswirkungen auf das Wohnen, das unmittelbare Wohnumfeld und die wohnumfeldbezogene Aufenthalts- und Erholungsfunktion durch die vorgesehene Nutzung und hiervon ggf. ausgehenden Immissionen (Lärm, Abgase, Gerüche, Stäube etc.) von Bedeutung.

Der Geltungsbereich wird entsprechend der Festsetzungen des rechtswirksamen Flächennutzungsplanes überwiegend durch das vorhandene Krankenhausgelände geprägt. Innerhalb und unmittelbar angrenzend an den Geltungsbereich, befindet sich Mischgebietsbebauung mit einer Gärtnerei. Die Mischgebietsbebauung konzentriert sich auf die Randbereiche des Geltungsbereiches an der Nord- und Friedrichstraße. Innerhalb des Geltungsbereiches sind keine bedeutenden Erholungsflächen vorhanden.

Dem Geltungsbereich kommt eine mittlere Bedeutung im Hinblick auf die Wohnumfeldfunktion zu. Das Plangebiet ist durch den jetzigen Betrieb des Krankenhauses mit seinen Parkplatz- und Zufahrtsflächen durch Verkehrslärm vorbelastet.

Da der Geltungsbereich bereits heute zu großen Teilen als Krankenhausgelände mit Parkplatzflächen genutzt wird, kommt dem Plangebiet selbst eine geringe Bedeutung im Hinblick auf die Aufenthalts- und Erholungsfunktion zu. Ein kleiner Patientengarten befindet sich auf dem Dach des Parkhauses. Er wird im Zuge der Erweiterung zunächst entfernt und dann wiederhergestellt. Darüber hinaus ist eine neue Grünfläche geplant.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

### **Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung**

Negative Auswirkungen der geplanten Ausweisung als „Sonstige Sonderfläche mit der Zweckbestimmung Klinik“ sind aufgrund der Festsetzungen im rechtswirksamen FNP nicht im erheblichen Maße zu erwarten. Es kommt zu keiner Verschlechterung für den Menschen und seiner Gesundheit. Zusätzliche negative Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die bestehende Wohnbebauung sind nicht zu erwarten.

Bau- und/oder betriebsbedingte Umweltauswirkungen sind in Form eines erhöhten Verkehrsaufkommens möglich. Daraus ergibt sich jedoch voraussichtlich keine erhebliche Beeinträchtigung für die Patienten und die vorhandene Wohnbevölkerung im Plangebiet bzw. unmittelbar angrenzend an den Geltungsbereich des BP.

Zusammenfassende Beurteilung: Mit der 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen sind nach heutigem Erkenntnisstand **keine erheblichen Umweltauswirkungen** der Wohnfunktion, der Gesundheit des Menschen und der Bevölkerung sowie der Erholungsnutzung verbunden.

## **3.8 Kulturgüter / Kulturelles Erbe /Sachgüter**

### **Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung**

Gemäß § 2 ROG sind Kulturlandschaften zu erhalten und zu entwickeln. In ihren prägenden Merkmalen und mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern sind historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschaften zu erhalten.

Der Geltungsbereich liegt im landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ mit einem kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkern. Der Burgberg von Siegen wird durch die Nikolaikirche, das Obere Schloss und seine Altstadt geprägt. Innerhalb der Stadt verläuft als linienhafter bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich 22.08 die „Brüderstraße“ als frühmittelalterlicher Fernhandelsweg.

Als wertgebende Merkmale sind zu nennen:

- Spuren historischen Eisenerzabbaus, Siegerländer Hauberge, eisenzeitliche Wallburganlagen, Hohlwege, Siegener Hecke, mittelalterliche Burganlagen



- Siegen mit dem Burgberg, die Nikolaikirche, das Obere Schloss und seine Altstadt
- „Alter Flecken“ Freudenberg
- Ehemalige Stahlwerke Krupp mit Spitzkegelhalde in Siegen-Geisweid

Die wertgebenden Merkmale liegen nicht innerhalb des Plangebietes und auch nicht im näheren und weiteren Umfeld des Vorhabens. Die Brüderstraße Köln-Siegen verläuft außerhalb des Geltungsbereiches.

An der Kampenstraße befindet sich außerhalb des Geltungsbereiches das Areal der Kirche St. Michael.

Bodendenkmäler gem. § 3 Denkmalschutzgesetz NRW sind innerhalb des Plangebietes und im unmittelbaren Umfeld des Plangebietes nicht vorhanden.

Dem Plangebiet kommt eine mittlere Bedeutung für das Schutzgut Kulturgüter / Kulturelles Erbe und Sachgüter zu.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

### **Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung**

Die oben beschriebenen wertgebenden Merkmale liegen nicht innerhalb des Plangebietes und auch nicht im näheren und weiteren Umfeld des Vorhabens. Die Brüderstraße Köln-Siegen verläuft außerhalb des Geltungsbereiches.

Kultur- und sonstige Sachgüter, die Objekte von gesellschaftlicher Bedeutung und öffentlichem Interesse sind, sowie Bodendenkmäler gem. § 3 Denkmalschutzgesetz NRW sind im unmittelbaren Umfeld des Plangebietes nicht vorhanden.

Das Areal der Kirche St. Michael an der Kampenstraße erfährt keine Veränderungen.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Siegen und dem LWL – Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe gemäß §§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz unverzüglich anzuzeigen.

Zusammenfassende Beurteilung: Durch die 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen sind **keine erheblichen Umweltauswirkungen** auf das Schutzgut Kulturgüter, Kulturelles Erbe, Sachgüter zu erwarten.

### **3.9 Wechselwirkungen zwischen den Umweltbelangen / Schutzgütern**

Die nach den Vorgaben des BauGB zu betrachtenden Schutzgüter beeinflussen sich gegenseitig in unterschiedlichem Maße. Dabei sind Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sowie Wechselwirkungen aus Verlagerungseffekten und komplexe Wirkungszusammenhänge unter den Schutzgütern zu betrachten. Die auf die Teilsegmente der Umwelt und des Naturhaushaltes bezogenen Auswirkungen treffen somit auf ein stark miteinander vernetztes komplexes Wirkungsgefüge.

Die Einzelbeurteilung der Schutzgüter kommt zu dem Ergebnis, dass die 100. Änderung des FNP zu teilweise erheblichen Umweltauswirkungen führt.

Sich kumulierende Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern, die eventuell zu einer anderen Erheblichkeitseinstufung bezüglich dieser Schutzgüter führen, sind nicht erkennbar. Zwischen den nicht erheblich beeinträchtigten Schutzgütern kommt es aufgrund des geringen bzw. nicht vorhandenen Beeinträchtigungsgrades nicht zu Wechsel- oder Akkumulationswirkungen untereinander.

### **3.10 Maßnahmen zum Erhalt, Schutz, zur Vermeidung, Minderung und Kompensation und ggf. Überwachung**

Konkrete Maßnahmen zur Minderung und Vermeidung sowie zur Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft werden auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung formuliert. Im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung können allenfalls allgemeine Maßnahmen wie

- eine möglichst sparsame Flächeninanspruchnahme
- die Einhaltung der in § 39 BNatSchG vorgesehenen Zeiten für Rodungen
- die Einhaltung allgemeingültiger Rechtsvorschriften (z.B. TA Lärm)
- der fachgerechte Umgang mit Boden
- die Verwendung versickerungsfähiger Oberflächenbefestigungen
- Schutz- und Sicherungsmaßnahmen beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

während der Bauzeit angeführt werden.

### **3.11 Zusammenfassende Darstellung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen**

Die in Kap. 3.1 bis 3.9 dargestellten Umweltauswirkungen werden unter Berücksichtigung der ökologischen Wirksamkeit der aufgeführten Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen nachfolgend tabellarisch aufgelistet und hinsichtlich ihrer Erheblichkeit beurteilt.

Nach der Beurteilung der Bedeutung/Empfindlichkeit der einzelnen Schutzgüter (s. Kap. 3.1 – 3.9) werden diese mit den voraussichtlichen Auswirkungen des Planvorhabens aggregiert. Bei der Ermittlung der Erheblichkeit (Wirkprognose) werden berücksichtigt:

- die Reichweite der Auswirkungen,
- die Dauer der Auswirkungen und
- die Intensität der Auswirkungen.

Es werden vier Stufen der Betroffenheit bzw. Erheblichkeit von Umweltauswirkungen unterschieden (keine erheblichen, erhebliche, teilweise erhebliche, keine Betroffenheit). In der folgenden zusammenfassenden schutzgutbezogenen Erheblichkeitsbeurteilung bei Durchführung und Nichtdurchführung der Planung werden die Bedeutung und der Grad der Beeinträchtigung graphisch dargestellt.

Tab. 1: Zusammenfassende schutzgutbezogene Beurteilung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen für die FNP- Änderung Nr. 100

Voraussichtliche Auswirkungen des Planvorhabens			
Schutzgut / Thema	Bedeutung / Empfindlichkeit	Mögliche erhebliche Umweltauswirkungen bei Durchführung der Planung	Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung
Biologische Vielfalt, Tiere, Pflanzen, Biotopfunktion	gering - mittel	Teilweise erhebliche Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Fläche	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Boden	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Wasser (GW)	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Wasser (OF)	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Klima / Luft	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Landschaftsbild	gering	keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Mensch / Lärm	mittel-hoch	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Mensch / Erholung	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Erholung (freie Landschaft)	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Kultur- und sonstige Sachgüter	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Wechselwirkungen	keine	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Keine umweltbeeinträchtigenden erheblichen Wechselwirkungen

#### **4 BERÜCKSICHTIGUNG DER ANFÄLLIGKEIT DES VORHABENS FÜR SCHWERE UNFÄLLE UND KATASTROPHEN**

Die aktuell wirksame FNP-Darstellung „Fläche für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ wird in „Sonstiges Sondergebiet“ mit der Zweckbestimmung „Klinik“ geändert. Durch die FNP-Änderung erfolgt keine Nutzungs- und Funktionsänderung. Die rechtswirksame und geplante FNP-Darstellung entspricht im Wesentlichen der tatsächlichen Nutzung im Plangebiet.

Darüber hinaus sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen für eine bestimmte Nutzung vorgesehene Flächen einander so zuzuordnen, dass neben schädlichen Umwelteinwirkungen insbesondere auch von schweren Unfällen i.S.d. Artikels 3 Nr. 13 der Seveso-III Richtlinie (sog. Störfälle) hervorgerufene Auswirkungen auf schutzwürdige Gebiete/Nutzungen, Hauptverkehrswege etc. soweit wie möglich vermieden werden. Konkret bedeutet dies, dass im Rahmen der Bauleitplanung angemessene Sicherheitsabstände zwischen Betriebsbereichen und schutzbedürftigen Gebieten/Nutzungen einzuhalten sind.

Die im Rahmen der rechtswirksamen und geplanten FNP-Darstellungen zulässigen Vorhaben weisen eine hohe Empfindlichkeit gegenüber Störfällen und Katastrophen auf. Es ist nicht auszuschließen, dass sich in der Nähe des Vorhabensbereichs Nutzungen oder Anlagen befinden, von denen Störfälle oder Katastrophen ausgehen könnten, die das „normale“ Risiko übersteigen. Es wird bei der Erweiterung der Klinik davon ausgegangen, dass die Schutzabstände für die Bauleitplanung der in der UVO aufgeführten Betriebe (s. Kap. 5) gemäß der Abstandsliste des Abstandserlasses NRW bei der Neuaufstellung des Ursprungsbauleitpläne überprüft wurden (Trennungsgrundsatz § 50 BImSchG).

Mit einer geringen Wahrscheinlichkeit kann im Falle einer Katastrophe jedoch für den Änderungsbereich nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass doch nachteilige Auswirkungen für die Bevölkerung entstehen können. Die Art und das Ausmaß möglicher Auswirkungen sind aktuell nicht einzuschätzen.

#### **5 AUSWIRKUNGEN VON IMMISSIONEN / EMISSIONEN**

Konkrete Daten zur Luftqualität liegen für den Planbereich nicht vor. Um die Auswirkungen von Emissionen aus dem Vorhabensbereich beurteilen zu können, wäre die Erstellung von Spezialgutachten erforderlich, die den für die Erstellung dieses Umweltberichtes zumutbaren Aufwand deutlich übersteigen würden. Konkrete Aussagen zu den Auswirkungen von Emissionen können daher nicht getroffen werden.

Um die auf das Gebiet einwirkenden Immissionen beurteilen zu können, wurde das Informationssystem „Umwelt vor Ort“ ausgewertet. Es befinden sich zwei lokale Emittenten im 1.500m-Radius um das geplante Vorhaben. Die Anlagen sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Hinweise zu Art und Menge der Emissionen sind nicht gegeben.

Tabelle 1: Lokale Emittenten im 1.500 m Radius um das Vorhaben.

Art der Anlage	Name	Entfernung
Eisen, Stahlgießereien >= 20 t/d Gussteile	Gontermann-Peipers GmbH Werk Hain	620 m
Eisen, Stahlgießereien >= 20 t/d Gussteile	Gontermann-Peipers GmbH Werk Marienborn	1.400 m

Es wird bei der Erweiterung der Klinik davon ausgegangen, dass die Schutzabstände für die Bauleitplanung der oben aufgeführten Betriebe gemäß der Abstandsliste des Abstandserlasses NRW überprüft wurden. Es ist zu erwarten, dass die von den aufgeführten Emittenten ausgehenden Immissionen keine nachteilige Wirkung auf das geplante Erweiterungsvorhaben haben.

Das Plangebiet ist durch den jetzigen Betrieb des Krankenhauses mit seinen Stellplatzflächen vorbelastet. Auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung wurden Verkehrserhebungen sowie eine Schalltechnische Untersuchung auf der Grundlage der geplanten Entwicklung des Quartiers durchgeführt. Konkrete Maßnahmen zum aktiven bzw. passiven Schallschutz werden auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung formuliert. Insgesamt ergibt sich voraussichtlich keine erhebliche Beeinträchtigung für die Patienten und die vorhandene Wohnbevölkerung im Plangebiet bzw. unmittelbar angrenzend an den Änderungsbereich.

## 6 VERWERTUNG ODER BESEITIGUNG VON ABFÄLLEN

Es erfolgt ein Abriss von Baukörpern im laufenden Krankenhausbetrieb in einem entsprechend schonenden Verfahren. Eine Sprengung der Gebäude wird ausgeschlossen. Die anerkannten Regeln der Technik werden durch Fachunternehmen berücksichtigt.

Infolge des Gesamtbetriebes des Krankenhauses kommt es zu zusätzlichem Abfallaufkommen, da sich zukünftig die Nutzfläche vergrößern wird. Dazu zählt Papierabfall, aber auch für Krankenhäuser spezifische Abfälle, (z. B. Bluthaltige Organe, Atemkalk) die besonders entsorgt werden müssen. Bei der Entsorgung wird die Mitteilung der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) 18 zugrunde gelegt, die eine Vollzugshilfe zur Entsorgung von Abfällen aus Einrichtungen des Gesundheitsdienstes darstellt. Fette und Küchenabfälle werden zukünftig nicht mehr anfallen, da das Essen extern angeliefert wird.

Die Ableitung des Oberflächen- und Schmutzwassers erfolgt über die vorhandenen Kanäle.

Dieser Aspekt wird auf der Bebauungsplanebene genauer definiert.

## 7 ERNEUERBARE ENERGIEN/SPARSAME UND EFFIZIENTE NUTZUNG VON ENERGIE

Die Nutzung regenerativer Energien (Photovoltaikanlagen) wurde im Bestand der Gebäude berücksichtigt. Der Aspekt findet bei dem Neubauvorhaben zukünftig auch Berücksichtigung.

## 8 VERWENDETE TECHNIKEN UND EINGESETZTE STOFFE

Im Rahmen der der vorliegenden Planung sind Techniken und Stoffe vorgesehen, die nicht über den allgemein gebräuchlichen Rahmen hinausgehen. Hinsichtlich der Techniken kommen jene zum Gebrauch, die den aktuellen Richtlinien und Stand der Technik entsprechen.

## **9 ANDERWEITIGE PLANUNGSMÖGLICHKEITEN**

Im Umfeld des Plangebiets wurde nach Alternativstandorten zur Errichtung der geplanten baulichen Anlagen gesucht. Der Standort der Erweiterung ist alternativlos, da im gesamten Umfeld kein Flächenenerwerb getätigt werden kann und eine enge Zuordnung der neugeplanten Nutzungen zum bestehenden Klinikum eine notwendige Voraussetzung für die Umsetzung ist.

## **10 KUMULIERUNG MIT DEN AUSWIRKUNGEN VON VORHABEN BENACHBARTER GEBIETE**

Wenn mehrere Vorhaben gleicher Art von einem oder mehreren Vorhabenträgern durchgeführt werden und in einem engen Zusammenhang stehen, liegen gem. § 10 UVPG kumulierende Vorhaben vor. Der Einwirkbereich sollte sich überschneiden und die Vorhaben sollten funktional und wirtschaftlich auf einander bezogen sein. Um die verschiedenen Zielsetzungen der Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses auch planerisch zu sichern, wird der BP Nr. 419 aufgestellt. Weitere geplante Vorhaben im Zusammenhang mit erheblichen Umweltauswirkungen des Vorhabens benachbarter Gebiete sind nicht bekannt. Hier ist eine Überlagerung von Einwirkbereichen Voraussetzung für eine erforderliche Betrachtung. Zu berücksichtigen sind etwaige bestehende Umweltprobleme im Hinblick auf Gebiete mit besonderer Umweltrelevanz und/oder die Nutzung von natürlichen Ressourcen. Die Erweiterung des Kreiskrankenhauses in Siegen-Weidenau erfolgt in einer Entfernung von ca. 2,6 km. Eine Überlagerung von erheblichen Auswirkungen des Vorhabens wird ausgeschlossen.

## **11 GEPLANTE MASSNAHMEN ZUR ÜBERWACHUNG DER ERHEBLICHEN UMWELTAUSWIRKUNGEN (MONITORING)**

Das Monitoring bezieht sich ausschließlich auf die Überwachung von möglicherweise auftretenden erheblichen Umweltauswirkungen als Folge der in der 100. Änderung des FNP dargestellten Nutzungen.

Für das Monitoring ist die Stadt Siegen zuständig. Die Stadt benachrichtigt die Umweltfachbehörden, dass die 100. Änderung des FNP rechtswirksam geworden ist.

### Erste Überprüfung

Die erste Überprüfung der Auswirkungen der Maßnahme wird 5 Jahre nach Rechtskraft der Flächennutzungsplanänderung vorgenommen. Die bis dahin von den Überwachungs beteiligten vorgetragenen oder ansonsten bekannt gewordene umweltrelevanten, zum Zeitpunkt der Planung nicht zu erwartende Auswirkungen werden dann von der Monitoringstelle der Stadt hinsichtlich ihrer Erheblichkeit gesichtet. Dieses Ergebnis sowie eigene Erkenntnisse werden von der Monitoringstelle hinsichtlich ihrer Erheblichkeit bewertet und ggf. wird, soweit erforderlich und möglich, steuernd eingegriffen. Das Ergebnis der ersten Überprüfung wird dokumentiert.



### Zweite Überprüfung

Die zweite Überprüfung erfolgt ein Jahr nach weitgehendem Abschluss der Maßnahme (bauliche Umsetzung auf 80 % der Flächen), spätestens 10 Jahre nach Rechtskraft des Bauleitplanes. Das Überprüfungsverfahren und evtl. steuernde Maßnahmen werden wie bei der ersten Überprüfung abgewickelt. Das Ergebnis wird abschließend dokumentiert.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Siegen als Unteren Denkmalbehörde und/oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe gemäß §§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz unverzüglich anzuzeigen.

## **12 VERWENDETE TECHNISCHE VERFAHREN, SCHWIERIGKEITEN, FEHLENDE KENNTNISSE**

Die Nutzungsstrukturen mit einer Kartierung des Baumbestands wurden im Rahmen einer Begleichung des Plangebietes im Juli 2018 erfasst. Zudem erfolgte die Auswertung von Luftbildern.

Zur Beurteilung der artenschutzrechtlichen Belange wurde 2018 ein Fachbeitrag Artenschutz einschließlich Artenschutzprüfung der Stufe 1 im Jahr 2018 erstellt. Da nach Einschätzung der Fachbehörden nicht auszuschließen war, dass sich Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermäusen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden, wurde in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde im Juni/Juli 2018 ein separates Fledermausgutachten erstellt.

Die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchungen, eines Schalltechnischen Gutachtens sowie einer Luftbildauswertung bzgl. Kampfmittel werden auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung berücksichtigt.

Für den Bebauungsplan wird darüber hinaus die Baumschutzsatzung der Stadt Siegen für die Bewertung herangezogen.

Weiterhin werden die Angaben aus dem Landschaftsinformationssystem @LINFOS des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW - LANUV (Biotopkataster, gesetzlich geschützte Biotope, Vorkommen planungsrelevanter Arten) ausgewertet. Die o. a. Unterlagen sowie weitere Informationen zu den einzelnen planungsrelevanten Schutzgütern (Bodenkarte, Karte der Grundwasserverhältnisse etc.) werden im Rahmen der Umweltprüfung zur Beurteilung des heutigen Umweltzustands und der voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Planvorhabens herangezogen.

Bestimmte Umweltauswirkungen sind hinsichtlich ihrer Intensität und Reichweite nicht eindeutig zu determinieren, wie z.B. mögliche Auswirkungen im Bereich lokalklimatischer Funktionen und durch Immissionen. Der Aufwand zur Erstellung von weiteren Spezialgutachten ist im Verhältnis zu den dabei speziell für das Plangebiet zu gewinnenden Erkenntnissen aufgrund der ermittelten nur durchschnittlichen Bedeutung und Empfindlichkeit der relevanten Umweltfunktionen im Plangebiet unverhältnismäßig hoch. In diesem Fall erfolgen dann gutachterliche Abschätzungen auf Grundlage von einschlägiger Fachliteratur, Erfahrungswerten und Analogschlüssen.

Die vorhandene Datengrundlage wird zur Beurteilung der mit der 100. Änderung des FNP verbundenen Umweltauswirkungen als inhaltlich und in Bezug auf ihren Umfang um derzeitigen Planungsstand als ausreichend erachtet.

### 13 ALLGEMEIN VERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG

Die allgemein verständliche Zusammenfassung im Umweltbericht ist so auszugestalten, dass Dritten die Beurteilung ermöglicht wird, ob und in welchem Umfang sie von den Umweltauswirkungen des Vorhabens betroffen sein können.

Angesichts des Umfangs und der Komplexität der Angaben nach § 2a Abs. 1 und 2 BauGB kommt hierbei der Zusammenfassung besondere Bedeutung zu.

Die gegenwärtige Situation der Umwelt wurde auf Grundlage vorliegender Daten, Informationen und sonstiger Erkenntnisse untersucht und die Umweltauswirkungen des Planvorhabens wurden **entsprechend dem heutigen Planungsstand** der 100. Änderung des FNP beurteilt.

Im aktuellen Landesentwicklungsplan ist das Plangebiet als Siedlungsraum inklusive großflächiger Infrastruktureinrichtungen dargestellt. Der Regionalplan, des Regierungsbezirks Arnsberg stellt das Plangebiet als „Allgemeinen Siedlungsbereich“ dar. Im rechtskräftigen Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen der bestehende Krankenhausstandort überwiegend als Fläche des Gemeinbedarfs mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ dargestellt. Teilbereiche der Bebauung an der Nordstraße/Elisabethstraße sind als Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Die Bebauung an der Friedrichstraße und die Bebauung im Bereich der Gärtnerei sind als Mischgebiet dargestellt. Der FNP wird im Parallelverfahren geändert und mit den Darstellungen „Sondergebiet Klinik“ und angepasst. Die landesplanerische Anpassungsbestätigung gem. § 34 Landesplanungsgesetz liegt mit Datum vom 10.03.2021 vor.

Für den zentralen Bereich des Plangebietes liegt derzeit kein Bebauungsplan (BP) vor. Der BP Nr. 13a „Gartenstraße/Friedrichstraße“ mit Festsetzungen entlang der Friedrichstraße wurde im Juli 2017 aufgehoben.

Der Geltungsbereich liegt im landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ mit einem kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkern. Der Burgberg von Siegen wird durch die Nikolaikirche, das Obere Schloss und seine Altstadt geprägt. Innerhalb der Stadt verläuft als linienhafter bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich 22.08 die „Brüderstraße“ als frühmittelalterlicher Fernhandelsweg.

Mit der Realisierung der Planung kommt es bei dem **Schutzgut Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt** zu **teilweise erheblichen Umweltauswirkungen**, da der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters als erheblich einzuschätzen ist.

Im Rahmen der artenschutzrechtlichen Beurteilung des Planvorhabens gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG erfolgt eine artenschutzfachliche Risikoeinschätzung der im Quadranten 1 im Messtischblatt 5114 „Siegen“ aufgeführten planungsrelevanten Arten für die Lebensraumtypen „Kleingehölze, Alleen, Bäume, Hecken“, „Gärten, Parkanlagen, Siedlungsbrachen“ und Gebäude“. Insgesamt können 12 Säugetierarten und 21 Vogelarten potenziell vorkommen (potenzielle Brut-, Nahrungs-, Fortpflanzungs- und Ruhestätten). Darüber hinaus lagen Informationen seitens der Stadt Siegen vor, dass das Krankenhausgelände eine besondere Bedeutung für Fledermäuse hat. Im Juni/Juli 2018 wurden deshalb Fledermauserfassungen durchgeführt.

Als Ergebnis der Fledermauserfassungen wurde festgestellt, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge

einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für die *Zwergfledermaus* und den *Großen Abendsegler* darstellt. Bei Abriss der Gebäude und bei Fällung von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters konnte ein Verlust von Tagesquartieren nicht gänzlich ausgeschlossen werden, deshalb sind Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen umzusetzen. Abschließend kann festgestellt werden, dass unter Berücksichtigung oben aufgeführten Maßnahmen das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten ausgeschlossen werden können. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht.

Aufgrund des hohen Anteils an bereits versiegelten Flächen ist von einer flächigen anthropogenen Überprägung des Plangebietes auszugehen. Natürlich anstehender Boden ist im Bereich der Überbauung und Versiegelung nicht mehr vorhanden. Es wird nur marginal anthropogen veränderter Boden zusätzlich überbaut und versiegelt. Es entstehen keine erheblichen Umweltauswirkungen für das **Schutzgut Boden**.

Für die **übrigen Schutzgüter** ergeben sich bei Umsetzung der Planung **voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen**.

Sich **kumulierende Wechselwirkungen** zwischen diesen Schutzgütern, die eventuell zu einer anderen Erheblichkeitseinstufung bezüglich der Schutzgüter führen, sind **nicht erkennbar**.

Bei **Nichtdurchführung der Planung** kommt es nicht zu erheblichen Umweltauswirkungen für die untersuchten Umweltschutzgüter.

Im Umfeld des Plangebiets wurde nach **Alternativstandorten** zur Errichtung der geplanten baulichen Anlagen gesucht. Der Standort der Erweiterung ist alternativlos, da im gesamten Umfeld kein Flächenerwerb getätigt werden kann und eine enge Zuordnung der neugeplanten Nutzungen zum bestehenden Klinikum eine notwendige Voraussetzung für die Umsetzung ist.

Auftragnehmer:  
HKR Landschaftsarchitekten  
Umwelt ▪ Stadt ▪ Land  
Kaiserstraße 28  
51545 Waldbröl

Auftraggeber:  
Mariengesellschaft gGmbH  
Hans-Jürgen Winkelmann  
Kampenstr. 51  
57072 Siegen

Aufgestellt:

Waldbröl, den 01.05.2021



Dipl.-Ing. Stephan Müller Land-  
schaftsarchitekt AK NW

Aufgestellt:

Siegen, den

## 14 REFERENZLISTE DER QUELLEN

BEZIRKSREGIERUNG ARNSBERG, 2008: Regionalplan für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen

GESETZ ÜBER NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE, 2009: Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG vom 29. Juli 2009, zuletzt geändert am 07.08.2013, Seite 4

LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND, 1978: Naturpark Bergisches Land. Potenzielle natürliche Vegetation, M. 1:200.000, Bonn-Bad Godesberg

LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN, 2010: Biotopkataster Nordrhein-Westfalen

LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN, 2007: Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen

LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN, 2008: Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW

MINISTERIUM FÜR STADTENTWICKLUNG, KULTUR UND SPORT, MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ, MINISTERIUM FÜR BAUEN UND WOHNEN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN, 1996: Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft. Arbeitshilfe für die Bauleitplanung

MINISTERIUM FÜR UMWELT, RAUMORDNUNG UND LANDWIRTSCHAFT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (MURL), 2019: Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)

SCHMIDT-FASEL, SIGRID, HEBEL, REINER, 2018: Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus in Siegen“ – Untersuchungen zur Nutzung der Flächen durch Fledermäuse sowie Suche nach potentiellen Wochenstubenquartieren

### Verwendete Internetseiten:

Internetseite	Abfragedatum
<a href="http://www.tim-online.nrw.de">http://www.tim-online.nrw.de</a>	08.05.2018
<a href="http://www.lanuv.nrw.de/service/infosysteme.htm">http://www.lanuv.nrw.de/service/infosysteme.htm</a>	08.05.2018
<a href="http://www.elwasweb.nrw.de">http://www.elwasweb.nrw.de</a>	03.07.2018



## a) Gestaltungsfestsetzung gemäß § 9 (4) BauGB i.V.m. § 89 BauGR NRW

### 1. Dächer

- Im Sondergebiet SO 1 (Baufelder II und III) sind nur Satteldächer (SD) zulässig.
- Im Sondergebiet SO 3 (Baufelder IV) sind nur Satteldächer (SD) zulässig.
- Im Sondergebiet SO 4 (Baufelder V) sind Satteldächer (SD) und Walmdächer (WD) mit Dachneigungen von bis zu 45° zulässig.
- Im Sondergebiet SO 4 (Baufelder VI und VII) sind nur Flachdächer (FD) bis zu einer Dachneigung von 5° zulässig.
- Im Sondergebiet SO 5 (Baufeld XIII) sind Satteldächer (SD) zulässig.

- In allen anderen Sondergebieten sind keine Dachformen bzw. Dachneigungen festgesetzt.

### 2. Gestaltung von Dachaufbauten

In den Sondergebieten SO 1 und SO 3 bis SO 5 (Baufelder I bis IV und XIII) sind Dachaufbauten nur an Dachflächen zulässig, deren Fassadenfront zur Haupterschließung orientiert ist.  
Folgende Dachaufbauten sind zulässig:  
Satteldachgaube, Walmdachgaube mit oder ohne First, Flachdachgaube, Zwerchhaus mit Satteldach, Zwerchhaus mit Flachdach, Zwerchhaus mit Wandscheib.  
Dachaufbauten sind an der jeweiligen Dachfläche einheitlich auszugraben und dürfen in ihren Anbringungshöhen nicht verspringen. Die Anordnung der Dachaufbauten soll mit der Fassadengliederung übereinstimmen. Es ist lediglich ein Gaubenaufsatz auf einer Dachfläche zulässig.  
Die Gesamtbreite aller Dachaufbauten je Dachfläche darf 2/3 der darunter liegenden Fassadenbreite nicht überschreiten. Die Breite eines Dachaufbaus darf insgesamt 1/4 der darunter liegenden Fassadenbreite nicht überschreiten.  
Die Dachaufbauten müssen vom First und von der Dachtraufe (außer Zwerchhäuser) einen Mindestabstand von 1 m einhalten. Der Abstand zwischen den Dachaufbauten muss mindestens 1/2 der Höhe des Dachaufbaus betragen. Der Abstand der Dachaufbauten zum Ortsgang/Giebelsteile muss mindestens 1/3 der Höhe des Dachaufbaus betragen, mindestens jedoch 0,75 m. Die Höhe des Dachaufbaus darf senkrecht gemessen maximal 3,00 m über der Dachfläche betragen.

### 3. Flachdachbegrünzung

Flachdächer sind mindestens zu 30 % ihrer Fläche extensiv zu begrünen, sofern dies nicht mit der Errichtung von Solaranlagen im Konflikt steht. Diese Dächer sind mit einer extensiven Dachbegrünzung und einem Substratbauwerk von mindestens 10 cm zu begrünen. Es sind standortgerechte Gräser- und Kräutermischungen bzw. standortgerechte Stauden anzugeben. Von der Verpflichtung zur Begrünung kann abgesehen werden, wenn technische oder nutzungsbedingte Gründe entgegenstehen. Bei Installation nicht aufgeständerter Solaranlagen kann die Begrünungsaufflage für die von den Solaranlagen überdeckte Fläche entfallen. Ausgenommen von der Begrünung sind Bestandsgebäude zum Zeitpunkt des Beschlusses.

### 4. Solaranlagen

Ausweisung: 30 % der neu geschaffenen Dachflächen sind Solaranlagen (Thermische Solarkollektoren, Photovoltaikmodule) zu errichten. Von der Verpflichtung zur Errichtung von Solaranlagen kann abgesehen werden, wenn technische oder nutzungsbedingte Gründe entgegenstehen.

## c) Sonstige Darstellungen ohne Normcharakter

Das Diagramm zeigt eine schematische Darstellung eines Grundstückes. Eine gestrichelte Linie markiert die 'Flurstücksgrenze'. Innerhalb dieses Bereichs befindet sich eine gepunktete Linie, die als 'Flurstücknummer' beschriftet ist. Ein kleiner rechteckiger Kasten enthält die Nummer '548'.

Das Diagramm zeigt eine Querschnittsansicht eines Geländes. Eine gestrichelte Linie markiert die 'Bestandeshöhe Fahrbahn / Gelände in Meter (m) über Normalhöhennull (N.NHN)'. Ein weiterer Punkt oberhalb davon ist mit '548' gekennzeichnet.

Das Diagramm zeigt einen Ausschnitt eines Kanals. Ein Pfeil weist auf den 'Kanaldeckel mit Höhenangabe (Oberkannte) in Meter (m) über Normalhöhennull (N.NHN)' hin. Ein weiterer Punkt oberhalb davon ist mit '548' gekennzeichnet.

Das Diagramm zeigt einen Baumstamm. Ein Pfeil weist auf den 'Bestandsbaum, Art mit Stammumfang (StU) in cm' hin. Ein weiterer Punkt oberhalb davon ist mit '548' gekennzeichnet.

## d) Hinweise

### 1. Belange des Denkmalschutzes

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmale (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, Fundamente, Einzelteile, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenoberfläche, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus erdschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendankmalen ist der Stadt Siegen als Untere Denkschutzbehörde und/oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Ope (Tel.: 02676-93750; Fax: 02676-93740) unverzüglich anzeigen und die Entdeckungstätte mindestens 3 Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 15 und 16 Denkschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird.  
Der Landschaftserhaltung-Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Boddenkmal zu bergen, auswerten und für wissenschaftliche Forschung bis zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DSchG NW). Das Plangebiet ist, dort wo Bodeneingriffe geplant sind, durch Baggerstationen dazu zu überprüfen um die Erhaltung, Ausschuss bzw. Abgrenzung der zunächst vermuteten Bodendenkmaller - und damit auch die Relevanz für das weitere Verfahren - zu klären. Die Baggerstationen gehen aufgrund des in das DSchG NW aufgenommenen "Veranlasserprinzips" zu Lasten des Vorhabenträgers und sind von einer archäologischen Fachfirma durchzuführen. Die Sondagen bedürfen einer Grabungerlaubnis der Oberen Denkmalbehörde (vgl. § 13 DSchG NW).

### 2. Hinweis Freiflächenfeststellungspllan

Die geplante Gestaltung und Beflügelung der nicht überbauten Grundstücksflächen sowie Freiflächen ist vom Bauleiter nach einem Freiflächenfeststellungsplan als Bestandteil eines Freistellungs- oder Bauantrags gemäß der Verordnung über bautechnische Prüfung (BuAPrNW) einzureichen und darzustellen. Die Inhalte müssen geeignet sein, die Einhaltung gründerischer Festsetzungen des Bebauungsplans, örtlicher Bauvorschriften sowie der Siegen-Wittgenstein-Sonderbestimmungen zum Baumbestand (soweit vorhanden) insbesondere Grünflächen, sonstige Freiflächen, geplante Baumaßnahmen sowie vorgesehene Neupflanzungen von Gehölzen nach Standort, Art, Größe und Qualität differenziert darzustellen.

### 3. Hinweis Bodenausbau

Zur Vermeidung von überschießigem Erdmaterial ist vorrangig Massenausgleich anzustreben; dennoch anfallender überschüssiger Bodenaushub ist in reichlich zusätzlicher Weide zu verwerten oder auf einer außerhalb zugänglichen Deponie des Kreisgebietes zu beseitigen. Die untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein ist daher an künftigen Bauleitplan- und Baugenhingungsverfahren innerhalb des Planungsgebietes unbedingt zu beteiligen.

### 4. Kampfmittel

Die gesamte Planungsgebiete liegt innerhalb eines Bombenabwurfgebietes des 2. Weltkrieges. Es wurden Bombardierungen festgestellt. Im Falle erheblicher Bodeneingriffe im Bereich der kampfmittelbelasteten Flächen (Baubereich) ist eine Oberflächenkontrolle erforderlich. Es ist das „Arbeitsblatt vorbereitender Maßnahmen zur Oberflächenordnung“ zu beachten. Ist der Ersauch bei der Durchführung der Bauvorhaben der Ersauch außergewöhnlich verfarbt oder verdichtet (verfärbt) durch gefährliche Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen. Die Ermittlung der Kampfmittelumdiensien (KBD-WV) durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu be nachrichtigen.  
Die Anwendung der Anlage 1 der Technischen Verwaltungsvorschrift für die Kampfmittelbeiseitigung wird empfohlen. Im Falle eines Bodeneingriffes wird um vorherige rechtliche Rücksprache mit der Ordnungswaltung der Stadt Siegen gebeten.

### 5. Artenschutz

## Abribsbeschränkung

Der Gebäudeabriss darf nur außerhalb der Wochenstunden- und Paarungszeit in der Zeit vom Mitte November bis Ende Februar erfolgen, so dass der Verlust von möglicherweise belegten Brut- oder Niststätten von Hohlen bewohnenden Vögeln und Tagesverstrecken bzw. Zwischenquartieren von Fledermausen vermieden werden kann. Vor Abriss der Gebäude sind die Rodenkästchen nach Vorkommen von Zwergfledermausen zu untersuchen.

## Beschränkung der Rodungszeit

Dies zur Rodung vorgesehenen Geböhlde dürfen nur außerhalb der Aktivitätszeit von Fledermausen und der Brut- und Fortpflanzungszeiten von Vögeln entfernt werden (Mitte November bis Ende Februar), so dass der Verlust von möglicherweise belegten Brut- oder Niststätten von Hohlen bewohnenden Vögeln und Tagesverstrecken bzw. Zwischenquartieren von Fledermausen vermieden werden kann.

## Umweltaubegelung

Die Ausführung der Fall- und Abrisszeit nicht eingehalten werden, so ist alternativ eine Umweltau begelung (UEB) durchzuführen. Im Rahmen der Umweltaubegelung stellt eine fachkundige Person im Auftrag des Vorhabentragers vor der Fällung und des Abrisses der Gebäude sicher, dass bei den vorgesehenen Arbeiten kein Schaden am Naturerbe (Bspw. an Naturschutzpflanzen, -tieren, also keine Tiere der potenziell vorkommenden Arten getötet, verletzt oder erheblich gestört werden.)  
Auch nicht-planungsrelevante Vogelarten, deren Nester und Brut gem. Art. 5 EU-Vogelschutz-Richtlinie ebenfalls nicht zerstört oder beschädigt werden dürfen, können im Rahmen der Umweltaubegelung erfasst und geschützt behandelt werden.  
Werden im Rahmen der Umweltaubegelung streng oder besonders geschützte Tieren nachgewiesen, so sind die Fall- und Abrissarbeiten umgehend zu unterbrechen und das weitere Vorgehen kurzfristig mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein abzustimmen.

## Beleuchtung

Die Beleuchtung von Grundstücken und des Straßenraumes sollte gemäß der Prämisse ausgerichtet sein: „so wenig Licht wie möglich und so viel wie nötig“. Das Licht sollte nur dorthin strahlen, wo es dringend benötigt wird. LED-Leuchten ist der Vorzug zu geben. Es sind keine Leuchten im hohen Spektralbereich (320-720 nm) wie Halogenleuchten oder mit Edelgas gefüllte Lampen zu verwenden.

## Optimierungsmaßnahmen:

### Nausschaffung von Spaltenquartieren

Dass die Beschönigung von Spaltenquartieren nicht gänzlich auszuschließen ist, muss als funktionaler Ausgleich und als Optimierungsmaßnahme das Anbringen von zwei Spaltenquartieren pro neues Gebäude erfolgen. Dem Bauherrn ist der Entwurf (2020) der Spaltenquartiere festzunehmen, damit sie bei der Bauausführung umgesetzt werden können.



## Begründung

zum

### Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"



TEIL I. Allgemeiner Teil

**Universitätsstadt Siegen**

**Geschäftsbereich 4**

AG 4/5-2 Stadtplanung

in Zusammenarbeit mit:

**HKS**

Gerhard Kunze  
Dipl.-Ing. Städtebau

STADT - UMWELT

UNIVERSITÄTSSTADT  
**SIEGEN**



**Stand: 26. April 2021**

---

**INHALTSVERZEICHNIS**

<b>1</b>	<b>Plangebiet</b>	<b>1</b>
1.1	Lage	1
1.2	Gebietsbeschreibung	2
<b>2</b>	<b>Bestehende formelle und informelle Planungen sowie Gutachten</b>	<b>4</b>
2.1	Formelle Planungen	4
2.1.1	Regionalplan	4
2.1.2	Flächennutzungsplan	5
2.1.3	Bebauungsplan	6
2.2	Naturschutzfachliche Pläne und Richtlinien	7
2.3	Informelle Planungen	7
2.3.1	Wettbewerb Erweiterung St. Marien-Krankenhaus	7
2.3.2	Umbau „Fischerquartier“	8
2.4	Untersuchungen und Gutachten	8
2.4.1	Artenschutzprüfung	8
2.4.2	Fledermauskartierung	10
2.4.3	Verkehrsuntersuchung	12
2.4.4	Schalltechnisches Gutachten	12
<b>3</b>	<b>Städtebauliche Rahmenbedingungen</b>	<b>16</b>
3.1	Historie	16
3.2	Ausgangssituation	17
3.3	Planungserfordernis	18
3.4	Erschließung	18
3.5	Ver- und Entsorgung	19
3.6	Altlasten	19
3.7	Kampfmittel	19
3.8	Boden	21
<b>4</b>	<b>Planfestsetzungen</b>	<b>22</b>
4.1	Art der baulichen Nutzung	24
4.1.1	Sondergebiet „Klinik“	25
4.2	Maß der baulichen Nutzung	26
4.2.1	Grundflächenzahl	26
4.2.2	Geschossflächenzahl	26
4.2.3	Höhe baulicher Anlagen	28

4.3	Bauweise und Überbaubare Grundstücksflächen	29
4.3.1	Bauweisen	29
4.3.2	Baugrenzen und Baulinien	29
4.4	Gestaltungsfestsetzungen	30
4.5	Verkehrsflächen	32
4.6	Boden, Natur und Landschaft	33
<b>5</b>	<b>Acer platanoides</b>	<b>34</b>
5.1	Sonstige Festsetzungen	34
5.1.1	Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen	34
5.1.2	Umgrenzung der Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen	35
5.1.3	Geh-, Fahr- und Leitungsrechte	35
5.1.4	Geltungsbereich	35
5.2	Hinweise, Planerläuterungen	36
<b>6</b>	<b>Sonstige Hinweise</b>	<b>38</b>
6.1	Umweltbericht	38
6.2	Alternativstandorte	39
6.3	Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung	39
6.4	Klimaschutz und Klimawandel	39
6.4.1	Klimatop	39
6.4.2	Klimaschutz	40
6.4.3	Klimawandel	41
6.5	Eigentumsverhältnisse, Bodenordnung	41
6.6	Kosten	42
6.7	Städtebauliche Werte	42

## ABBILDUNGEN

Abbildung 1	Geltungsbereich des Bebauungsplanes	1
Abbildung 2	Regionalplan-Teilabschnitt "Oberbereich Siegen" – Ausschnitt	4
Abbildung 3	Flächennutzungsplan der Stadt Siegen - Ausschnitt	5
Abbildung 4	100. Flächennutzungsplanänderung, Entwurf	6

# 1 Plangebiet

## 1.1 Lage

Das St. Marien-Krankenhaus liegt im Stadtquartier „Friedrichstraße“ an der Kampenstraße unterhalb der auf dem Sieberg gelegenen historischen Oberstadt.

Das Plangebiet wird durch vier Straßenzüge räumlich als Quartier abgegrenzt.

- Friedrichstraße,
- Kampenstraße,
- Elisabethstraße,
- Nordstraße.

Westlich der Nordstraße werden Grundstücke im Kreuzungsbereich Friedrichstraße / Nordstraße in den Geltungsbereich aufgenommen.

Das Plangebiet ist im nachstehenden Lageplan umgrenzt.

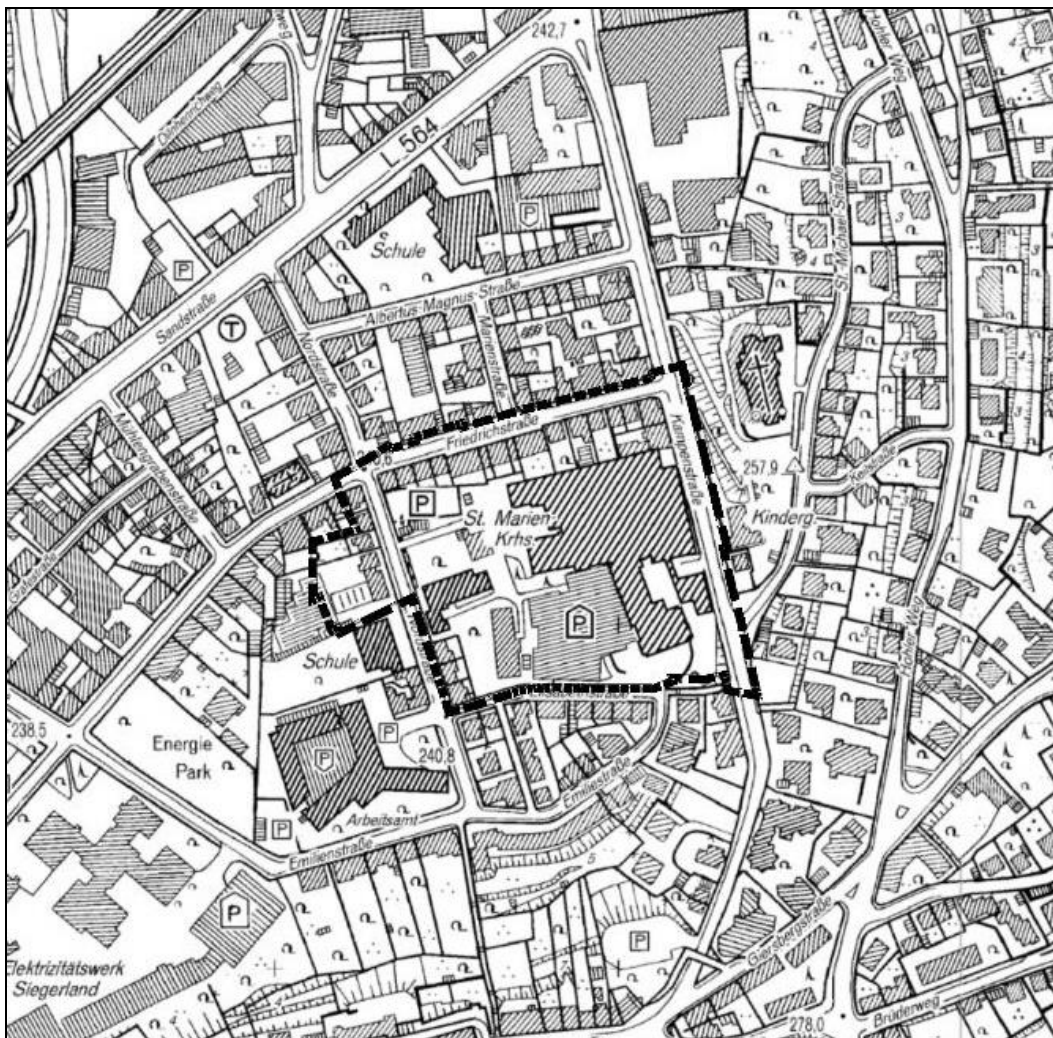


Abbildung 1 Geltungsbereich des Bebauungsplanes, ohne Maßstab, © Geobasisdaten: tim-online, DGK

Folgende Flurstücke der Gemarkung Siegen, Flur 25, werden von dem Bebauungsplan überplant bzw. in den Geltungsbereich einbezogen:

**Baugrundstücke:**

98, 99, 104 (nur teilweise), 120, 238, 239, 240, 241, 245, 246, 247, 248, 249, 255, 256, 257, 260, 262, 370 (nur teilweise), 388, 404, 418, 455, 486, 487 (nur teilweise), 525, 526, 531, 548, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572

**Verkehrsflächen:**

Friedrichstraße: 237, 357, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563,  
Kampenstraße: 575,  
Elisabethstraße: 549,  
Nordstraße: 329.

## 1.2 Gebietsbeschreibung

Das Quartier zwischen Sandstraße, Emilienstraße und Kampenstraße ist geprägt von unterschiedlichsten Nutzungen und Gebäudetypen. Es hat eine fast rasterförmige Grundgliederung der Quartiersviertel, die im Wesentlichen durch den Verlauf der Stadtstraßen geprägt ist.

Neben Wohngebäuden und Verwaltungsgebäuden sind auch mischgenutzte Gebäude stark vertreten. Die Nutzungspalette reicht von Apotheke bis Tankstelle und von privater Nutzung bis hin zu öffentlichen Verwaltungen. Die Nutzungsvielfalt des Quartiers spiegelt sich auch in der baulichen Ausprägung wieder. Neben einer dichten straßenorientierten geschlossenen Wohnbebauung in viergeschossiger Bauweise, sind auch Punkthäuser in siebengeschossiger Bauweise vorhanden.

Die Agentur für Arbeit wie auch das St. Marien-Krankenhaus stellen wiederum eine in sich geschlossen singulare wie auch heterogene großvolumige Bauweise dar, die fünf- bis neungeschossig ist.

Neben Gebäuden der Gründerzeit sind aus allen nachfolgenden Bauepochen verschiedene Bautypen vertreten.

Im Quartier sind je Quartiersviertel nur eine geringe Anzahl von Freiflächen vorhanden. Für den Erholungsfaktor sind lediglich die Grünanlagen Bertramsplatz an der Sandstraße und der Energiepark (Eigentum der RWE) zu benennen. Beide Flächen liegen am Rande des Quartiers.

Auf den Grundstücken sind wenige Gärten und sonstige Freiflächen vorhanden. Wegen des zunehmenden Parkplatzbedarfes, sind verbliebende Freiflächen mehr und mehr zu Stellplätzen umgewandelt worden.

Im Quartiersviertel des Krankenhauses ist eine Freifläche zwischen Nordstraße und dem ehemaligen Schwesternwohnheim an der Elisabethstraße mit großkronigen Laubbäumen bewachsen.

Ebenfalls an der Nordstraße befindet sich eine Stellplatzanlage des Krankenhauses, welche mit jungen Laubbäumen bepflanzt wurde. Eine raumprägende Größe haben diese Bäume noch nicht erreicht.

Um den Freiflächenanspruch auch für die Krankenhausbesucher zu verbessern, wurde das Dach der Tiefgarage teilweise als Grünanlage ausgebildet. Hier befindet sich allerdings auch der Landeplatz des Rettungshubschraubers.

Die Erschließung des Krankenhauses erfolgt zentral von der Kampenstraße. Hier befindet sich sowohl die Zufahrt zur Tiefgarage als auch der Zugang zum Hauptgebäude. Zusätzlich gibt es einen Zugang von der Nordstraße über die Stellplatzanlage. Von hier erfolgt auch ein Teil der Logistik des Krankenhauses.

Auf der Westseite der Nordstraße befindet sich die ehemalige Gärtnerei Fischer (sog. Fischerquartier). Außerdem liegen hier die Nordschule sowie die Agentur für Arbeit. Daneben sind hier noch weitere Wohnhäuser vorhanden.

Die Bebauung im Quartiersviertel reicht von einer zweigeschossigen Wohnbebauung (Nordstraße) bis hin zu dem 9-geschossigen Bettenhaus des Krankenhauses. Es sind sowohl geneigte Dächer (Sattel-, Walm- und Krüppelwalmdächer) als auch Flachdächer vorhanden.

In der Regel (Friedrichstraße, Kampenstraße und Teile der Nordstraße) herrscht eine geschlossene Bauweise vor. Diese wird lediglich an der Nordstraße durch die Stellplatzanlage und an der Elisabethstraße durch das ehemalige Schwesternhaus unterbrochen.

Mit Ausnahme der Stellplatzanlage sind alle Flächen überbaut. Die Versiegelungsrate (Gebäude, Zufahrten, Garagen und Stellplatzanlagen) ist hoch und übersteigt in der Summe 80 % der Fläche.



## 2 Bestehende formelle und informelle Planungen sowie Gutachten

### 2.1 Formelle Planungen

#### 2.1.1 Regionalplan

Der Regionalplan wurde mit Maßgaben und Hinweisen am 22.11.2007 genehmigt. Die ausgeklammerten Teile des Planes wurden mit Erlass vom 22.10.2008 und 07.11.2008 genehmigt.

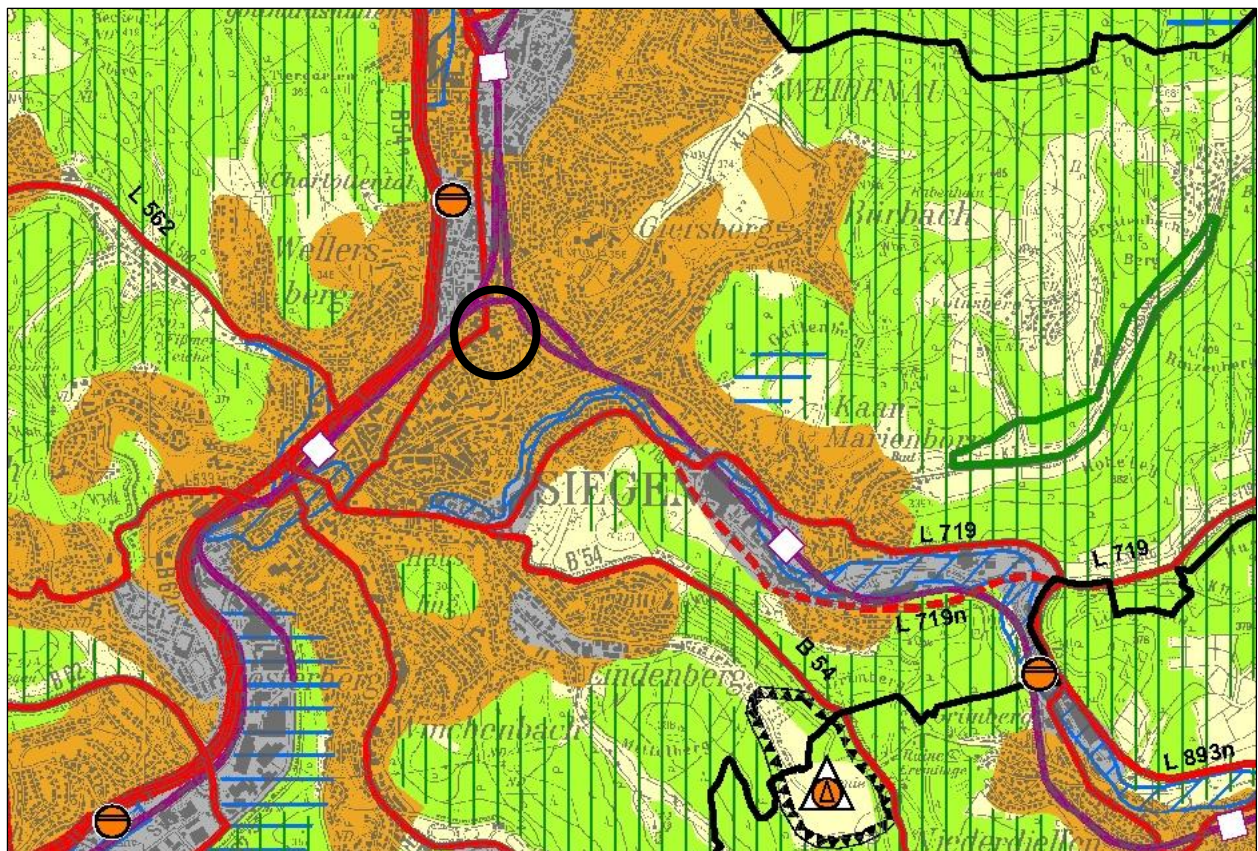


Abbildung 2 Regionalplan-Teilabschnitt "Oberbereich Siegen" – Ausschnitt

Die Stadt Siegen ist Oberzentrum des Oberbereichs Siegen. Das Oberzentrum ist Arbeitsplatz-, Dienstleistungs- und Versorgungsstandort. Hier erfolgt die Konzentration oberzentraler Einrichtungen. Das Plangebiet und sein Umfeld ist als „Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)“ dargestellt.

#### Ziel 4:

Die Wohn- und Mischbauflächen der Bauleitpläne sind in räumlich konzentrierter Form innerhalb der ASB zu entwickeln.

#### Grundsatz 5:

In Abstimmung mit der Gesamtentwicklung ist eine siedlungsstrukturell sinnvolle wohnverträgliche bauliche Nutzungsmischung anzustreben.



Um die Aufgaben des Oberzentrum zu erfüllen, sind Infrastrukturelle Einrichtung, die der medizinisch – ärztlichen Versorgung der Bevölkerung dienen, an die heutigen Anforderungen und technischen Entwicklungen anzupassen. Insofern kommt die Stadt Siegen mit der Fortentwicklung des St. Marien-Krankenhaus ihrer raumordnerischen Aufgabe nach.

### 2.1.2 Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan (FNP) ist das zentrale Steuerungsinstrument für eine nachhaltige Siedlungs- und Freiflächenentwicklung der Kommune. Er stellt die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung einschließlich der Freiflächen und Landschaftsräume der Gesamtstadt dar.

Der Flächennutzungsplan ist ein vorbereitender Bauleitplan, der keine direkte Rechtskraft für Bürgerinnen und Bürger entfaltet. Jedoch ist er wichtige Grundlage für die Bebauungspläne, die mit rechtsverbindlichen Festsetzungen die städtebauliche Entwicklung in der Stadt Siegen konkretisieren.

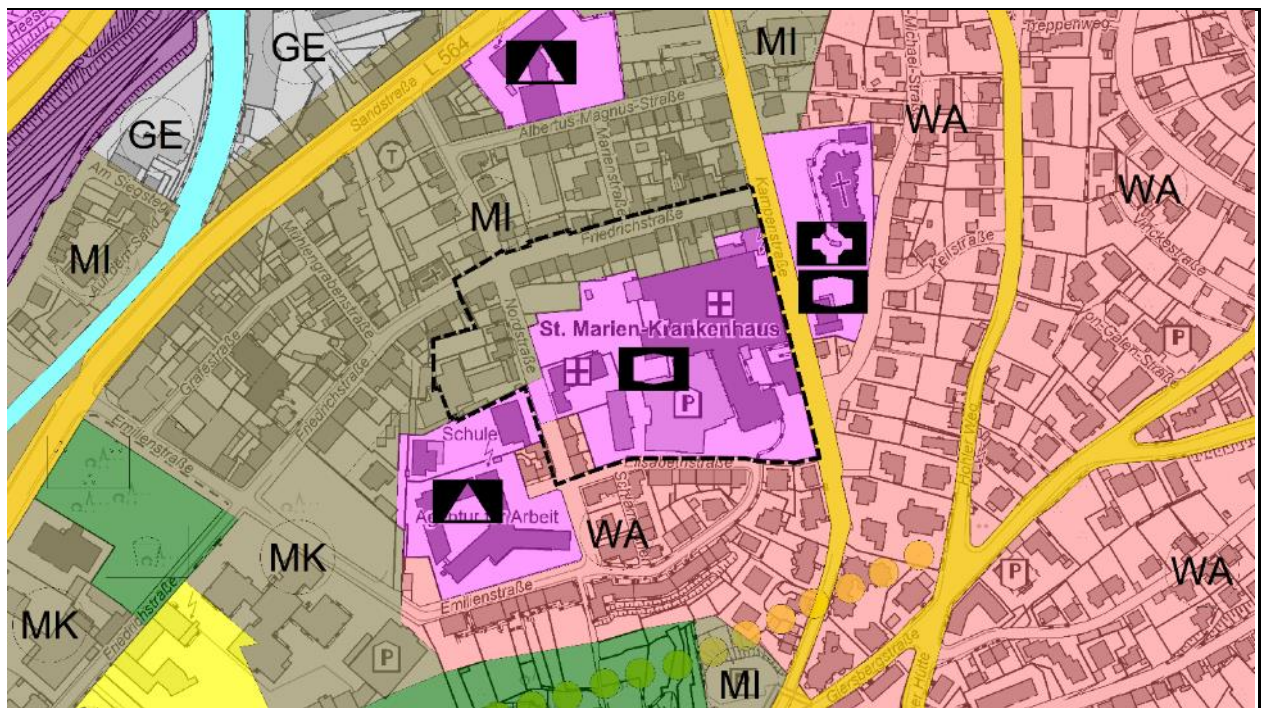


Abbildung 3 Flächennutzungsplan der Stadt Siegen - Ausschnitt St. Marien-Krankenhaus

Das Plangebiet des Bebauungsplanes ist im Flächennutzungsplan überwiegend als „Flächen für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ gekennzeichnet. Die nördliche Bebauung an der Friedrichstraße ist als „Mischgebiet“ dargestellt. Einzelne Grundstücke an der Ecke Nordstraße Elisabethstraße sind als „Allgemeines Wohngebiet“ im Flächennutzungsplan vermerkt.

Dem Grunde nach entspricht die Darstellung des Flächennutzungsplanes den Entwicklungszielen des Bebauungsplanes. Lediglich geringfügige Abweichungen sind hinsichtlich des Mischgebiets und des Allgemeinen Wohngebiets zu verzeichnen.

Der Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren geändert (100. Änderung). Der FNP wird mit der Darstellung „Sonstiges Sondergebiet-Klinik“ angepasst.

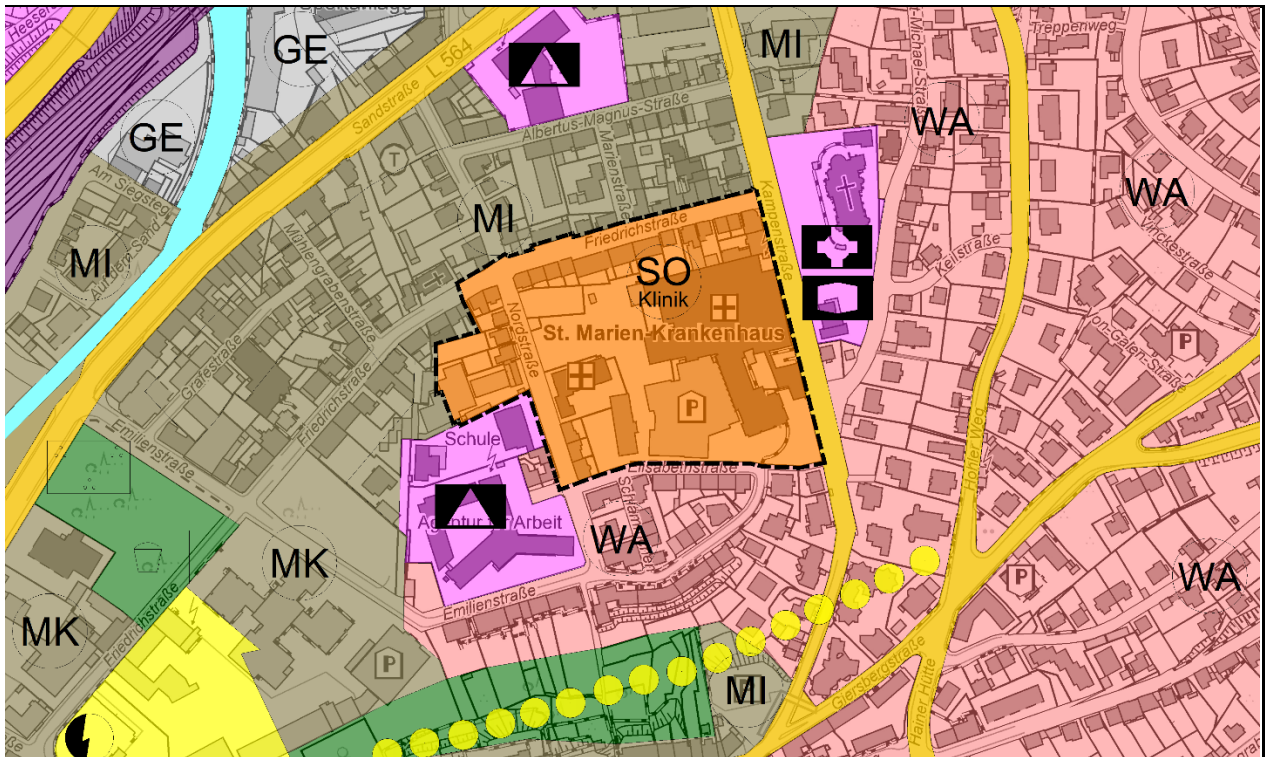


Abbildung 4 100. Flächennutzungsplanänderung, Entwurf

Die landesplanerische Anpassungsbestätigung gem. § 34 Abs. 5 Landesplanungsgesetz über die Anpassung an die Ziele der Landes- und Regionalplanung der Bezirksregierung Arnsberg liegt mit Schreiben vom 10.03.2021 vor.

### 2.1.3 Bebauungsplan

Derzeit besteht für den zentralen Bereich des Plangebiets kein Bebauungsplan.

Die bisherige Bebauung des Krankenhauses wurden als Entwicklung des Innenbereiches gemäß § 34 BauGB beurteilt. Die nun beabsichtigte weitere Verdichtung kann sich aber nach Art und Maß der baulichen Nutzung nicht in die Umgebung einfügen. Daher ist zur Ordnung der städtebaulichen Entwicklung des Gebiets die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich.

Es wird ein Angebots-Bebauungsplan aufgestellt.

Die Flächen entlang der Friedrichstraße und der Nordstraße werden in den Geltungsbereich einbezogen. Es gelten zukünftig die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“.

## 2.2 Naturschutzfachliche Pläne und Richtlinien

### Landschaftsplan / Landschaftsschutzgebiete

Kein Landschaftsplan vorhanden. Keine Landschaftsschutzgebiete betroffen.

### Biotopkataster Nordrhein-Westfalen

Keine Biotope im Geltungsbereich und seines Umfeldes erfasst.

### Geschützte Biotope nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz

Keine Geschützten Biotope nach § 30 BNatSchG vorhanden.

### Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie

Keine Fauna-Flora-Habitat-Gebiet betroffen.

### Baumschutzsatzung

Innerhalb des Plangebietes sind vereinzelt Bäume vorhanden, die der Baumschutzsatzung unterliegen. Dies betrifft vorrangig die Flächen zwischen ehemaligem Schwesternwohnheim und der Bebauung entlang der Nordstraße. Hier sind einzelne großkronige Laubbäume und Nadelgehölze vorhanden.

Geschützt sind Bäume (Laubbäume) mit einem Stammumfang von min. 100 cm und Nadelbäume mit einem Stammumfang ab 120 cm, gemessen auf einer Höhe von 100 cm über Erdboden.

Die Satzung gilt auch für B-Plan-Gebiete, so dass eine Einzelfestsetzung der relevanten Bäume nicht erforderlich ist. Dennoch werden besonders relevante Bäume erhalten werden. Dies ist u.a. aus Sicht des Artenschutzes wesentlich.

## 2.3 Informelle Planungen

### 2.3.1 Wettbewerb Erweiterung St. Marien-Krankenhaus

Im Sommer 2017 wurde ein Einladungswettbewerb mit dem Ziel durchgeführt, die Entwicklung des Krankenhausstandortes über das Jahr 2025 hinaus zu skizzieren. Es wurden acht Architekturbüros aufgefordert einen Beitrag einzureichen. Vier Büros haben an dem Wettbewerb teilgenommen.

Der Entwurf des Gewinners zeichnet sich durch einen kompakten Baukörper aus. An den zentralen Baukörper (Eingang) wird U-förmig ein 7geschossiger Anschlussbau gesetzt. Die Höhe des Bestandes wird dabei berücksichtigt. Nach Westen und Süden werden 3-5-geschossige ebenfalls U-förmig ausgebildete Quader angesetzt. In Richtung Elisabethstraße wird lediglich die Tiefgarage erweitert, sodass dort lediglich ein 2-geschossiger Baukörper anschließt. Die offene Stellplatzanlage wird nach Süden zwischen Tiefgarage und der Bebauung Nordstraße verlegt.

Nach dem das Wettbewerbsergebnis vorlag, hat die Krankenhausleitung eine interne Prüfung und Planung der Funktionsabläufe und Flächenzuordnung durchgeführt. Dabei wurde deutlich, dass eine Neubewertung des Planentwurfes erforderlich ist.

Bedingt durch die klinikspezifischen Nutzungs- und Flächenbedarf soll dieses Konzept nicht zum Tragen kommen.

### 2.3.2 Umbau „Fischerquartier“

Neben der Erweiterung des Zentralgebäudes des St. Marien-Krankenhauses soll der an der Nordstraße vorhandene Gebäudekomplex der Klinik zugeordnet und umgebaut werden. Hierzu soll das rückwärtige sogenannte „Fischerquartier“ (ehemalige Gärtnerei) abgeräumt werden.

## 2.4 Untersuchungen und Gutachten

### 2.4.1 Artenschutzprüfung<sup>1</sup>

Zur Einschätzung der Auswirkungen der Planungen auf den Artenschutz im Sinne von § 44 BNatSchG wurde ein Fachbeitrag Artenschutz einschl. Artenschutzprüfung Stufe I (ASP I) gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG vom **Büro HKR Landschaftsarchitekten Umwelt Stadt Land, Reichshof** im August 2018 erstellt.

Die Artenschutzprüfung ist eine eigenständige Prüfung im Rahmen der naturschutzrechtlichen Zulassung eines Planvorhabens, die nicht durch andere Prüfverfahren ersetzt werden kann. Die Artenschutzprüfung Stufe I erfolgt als Risikoeinschätzung, da eine differenzierte Bestandserfassung der planungsrelevanten Arten aufgrund des kurzen vorgegebenen Bearbeitungszeitraumes nicht erfolgen konnte.

Der Fachbeitrag beinhaltet eine allgemeine Betrachtung möglicher geschützter Arten, wie auch eine Erfassung artenschutzrechtlich geschützter Arten. Der Fachbeitrag betrachtet die möglichen Auswirkungen, die durch die Planung auf geschützte Arten erfolgen können und gibt Empfehlung zur Vermeidung oder Minimierung von Auswirkungen, sofern dies zur Arterhaltung dienlich ist.

Nachfolgende Maßnahmen werden im Fachbeitrag dargelegt:

#### **V 1 Abrissbeschränkung**

Der Gebäudeabriss darf nur außerhalb der Wochenstuben- und Paarungszeit in der Zeit von Mitte November bis Ende Februar erfolgen, so dass der Verlust von möglicherweise belegten Brut- oder Niststätten von Höhlen bewohnenden Vögeln und Tagesverstecken bzw. Zwischenquartieren von Fledermäusen vermieden werden kann. Vor Abriss der Gebäude sind die Rollladenkästen nach Vorkommen von Zwergfledermäusen zu untersuchen.

---

<sup>1</sup> HKR Landschaftsarchitekten Umwelt Stadt Land; Fachbeitrag Artenschutz einschl. Artenschutzprüfung Stufe I (ASP I) gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG, Reichshof im August 2018

**V 2 Beschränkung der Rodungszeit**

Die zur Rodung vorgesehenen Gehölze dürfen nur außerhalb der Aktivitätszeit von Fledermäusen und der Brut- und Fortpflanzungszeit von Vögel entfernt werden (Mitte November bis Ende Februar), so dass der Verlust von möglicherweise belegten Brut- oder Nistkästen von Höhlen bewohnenden Vögeln und Tagesverstecken bzw. Zwischenquartieren von Fledermäusen vermieden werden kann.

**V 3 Umweltbaubegleitung**

Kann die Beschränkung der Fäll- und Abrisszeit nicht eingehalten werden, so ist alternativ eine Umweltbaubegleitung (UBB) durchzuführen. Im Rahmen der Umweltbaubegleitung stellt eine fachkundige Person im Auftrag des Vorhabenträgers vor der Fällung und des Abrisses der Gebäude sicher, dass bei den vorgesehenen Arbeiten keine Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG eintreten, also keine Tiere der potenziell vorkommenden Arten getötet, verletzt oder erheblich gestört werden.

Auch nicht „planungsrelevante Vogelarten“, deren Nester und Brut gem. Art. 5 EU-Vogelschutz-Richtlinie ebenfalls nicht zerstört oder beschädigt werden dürfen, können im Rahmen der Umweltbaubegleitung erfasst und entsprechend behandelt werden. Werden im Rahmen der Umweltbaubegleitung streng oder besonders geschützte Tierarten nachgewiesen, so sind die Fäll- und Abrissarbeiten umgehend zu unterbrechen und das weitere Vorgehen kurzfristig mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein abzustimmen.

**V 4 Beleuchtung**

Die Beleuchtung von Grundstücken und des Straßenraumes sollte gemäß der Prämisse ausgerichtet sein: „so wenig Licht wie möglich und so viel wie nötig“. Das Licht sollte nur dorthin strahlen, wo es dringend benötigt wird. LED-Leuchten ist der Vorzug zu geben. Es sind keine Leuchten im hohen Spektralbereich (320-720 nm) wie Halogenleuchten oder mit Edelgas befüllte Lampen zu verwenden.

**Optimierungsmaßnahmen****O 1 Neuschaffung von Spaltenquartieren**

Da der Verlust von Spaltenquartieren nicht gänzlich auszuschließen ist, muss als funktionaler Ausgleich und als Optimierungs Maßnahme O 1 das Anbringen von zwei Spaltenquartieren pro neues Gebäude erfolgen. Dem Baubuch Fledermäuse (2000) können Maßnahmenvorschläge entnommen werden, damit sie bei der Bauausführung umgesetzt werden können.

Unter Berücksichtigung der aufgeführten Vermeidungs-, Minderungs-, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen kann das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten ausgeschlossen werden.

Da das Untersuchungsgebiet eine besondere Bedeutung für Fledermäuse besitzt, wurde in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde bei 6 Baukörpern, die vorrausichtlich abgeris-



sen werden, eine zweimalige Ausflugkontrolle der Baukörper sowie eine Sichtung von drei Dachstühlen von der Fledermausgutachterin Schmidt-Fasel im Juni/Juli 2018 durchgeführt.

Aus artenschutzfachlicher Sicht ist durch das Planvorhaben keine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen der potenziell hier vorkommenden Arten unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Maßnahmen zu erwarten.

Die artenschutzrechtlich relevanten Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG werden daher mit sehr großer Wahrscheinlichkeit nicht eintreten. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht.

Nach den o. g. Richtlinien und Verordnungen geschützte Pflanzen sind im Wirkungsbereich des Planvorhabens nicht vorhanden.

Die erhebliche Beeinträchtigung eines gemeldeten FFH-Gebietes bzw. maßgeblicher Bestandteile eines FFH-Gebietes ist durch das Planvorhaben nicht zu erwarten. Im Plangebiet sind keine Vorkommen gefährdeter und streng geschützter Pflanzenarten bekannt.

Der Fachbeitrag zum Artenschutz wird als Anlage der Begründung beigelegt und dient der Stadt Siegen als Abwägungsmaterial hinsichtlich des Umganges mit den artenschutzrechtlichen Belangen.

## 2.4.2 Fledermauskartierung

In dem Zeitraum vom 15.06. bis 04.07.2018 wurden zwei Gebäudeausflugskontrollen an sechs Gebäuden zur Erfassung von Fledermäusen<sup>2</sup> durchgeführt. Die Begehungen erfolgten in der Regel zwischen 21:30 und 0:00 Uhr. Neben einer Detektorerfassung erfolgte auch eine örtliche Überprüfung der Gebäudefassaden auf Kotspuren. Darüber hinaus wurden drei Dachstuhlbegehungen am 05.07.2018 durchgeführt, um Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG auszuschließen zu können (s. Anlage 3).

Es wurden folgende Fledermausarten anhand ihrer Flugbewegungen ermittelt:

- Zwergfledermaus (*Pipistrellus pipistrellus*)
- Mückenfledermaus (*Pipistrellus pygmaeus*)
- Gr. Abendsegler (*Nyctalus noctula*)
- Kleiner Abendsegler (*Nyctalus leisleri*)
- Wasserfledermaus (*Myotis daubentonii*)
- Breitflügelfledermaus (*Eptesicus serotinus*)
- Zweifarbfledermaus (*Vespertilio murinus*)

---

<sup>2</sup> HKR, Stefan Müller Landschaftsarchitekten, Abschlussbericht zum 16.08.2018 Fledermauserfassung Marienkrankenhaus Siegen, Daaden, August 2018

Ergebnis der Artenschutzrechtliche Beurteilung des Planvorhabens gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG:

Bezüglich der möglichen Beeinträchtigungen, Gefährdungen und Störungen unter Berücksichtigung der Eignung und Bedeutung der erfassten (Teil-) Lebensräume und der Lebensraumanprüche der Arten werden die im Änderungsbereich kartierten Fledermausarten im Folgenden bewertet. Dabei werden die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG überprüft.

Als Ergebnis der Fledermauserfassungen im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausexpertin Schmidt-Fasel kann festgestellt werden, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für die Zwergfledermaus und den Großen Abendsegler darstellt. Während des Untersuchungszeitraumes wurden einige Hundert Nahrungs- bzw. Überflüge von weiteren 5 Fledermausarten dokumentiert. Als weitere Arten wurden die Mückenfledermaus, Kleiner Abendsegler, Wasserfledermaus, Breitflügel-Fledermaus und die Zweifarbfledermaus kartiert.

Im Rahmen der Untersuchungen wurden keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere nachgewiesen. Vom Abriss der Gebäude werden ggf. Tagesquartiere betroffen sein. Spaltenquartiere wurden zwar über Kotsuren nicht nachgewiesen, doch sind sie aufgrund der Ausgestaltung der Fassaden nicht gänzlich auszuschließen.

Am Gebäude der Geschäftsleitung wurden Rolladenkästen von zwei Zwergfledermäusen angefliegen. Zur Vermeidung sind die Rolläden am Gebäude der Geschäftsleitung oft zu bewegen, damit die Zwergfledermäuse die Rolladenkästen nicht mehr anfliegen. Darüber hinaus sind die Rolladenkästen vor Abriss zu kontrollieren, ob Zwergfledermäuse verletzt werden können.

Da der Verlust von Spaltenquartieren nicht gänzlich auszuschließen ist, wird als funktionaler Ausgleich und zur Optimierung das Anbringen von zwei Spaltenquartieren pro neues Gebäude empfohlen.

Als Nahrungshabitat bzw. Jagdhabitat hat der Untersuchungsraum eine besondere Bedeutung. Gemäß der Aussagen des Fledermausgutachtens ist die Anzahl der Nahrungs-/Überflüge sowie der festgestellten Arten für einen innerstädtischen Bereich sehr hoch und hebt die Bedeutung als Nahrungshabitat für die verschiedenen Fledermausarten hervor. Die Eignung als Jagdhabitat für die Zwergfledermaus und den Großen Abendsegler scheint vor allem im Vorhandensein des alten Baumbestandes und einem möglicherweise damit verbundenen höheren Insektenreichtum rund um das Gebäude der Immunologie und der Gebäude in der Nordstraße begründet. Die Bäume im Bereich des Instituts der Immunologie sowie zwei prägende Bäume auf dem Gärtnergelände werden erhalten. Bei dem Verlust weiterer Bäume, insbesondere jungen Baumholzalters ist davon auszugehen, dass es sich nicht um essentielle Jagdhabitats handelt, da in der näheren Umgebung des Geltungsbereiches weitere Jagdhabitats in ausreichendem Ausmaß zur Verfügung stehen.

Ein Vorkommen von Großhöhlen mit Potential als Wochenstube/Winterquartier von Fledermäusen wird für die zu fällenden Bäume im Plangebiet ausgeschlossen. In einzelnen älteren Bäumen wurden Spalten und Astlöcher gesichtet, die als Tagesverstecke und Zwischenquartiere für Fledermäuse genutzt werden können.

### 2.4.3 Verkehrsuntersuchung

Es wurden Verkehrserhebungen vorgenommen und eine Prognose anhand der beabsichtigten Entwicklung des Gebietes durchgeführt.

Straßenabschnitt	Querschnittkennung	DTV Kfz/24h	DTV-Prognose Kfz/24h
Kampenstraße Süd	<b>Q1</b>	7.915	7.915
Kampenstraße Mitte (Eingang)	<b>Q2</b>	8.825	7.915
Kampenstraße Nord (Schätzung)	<b>Q3</b>	10.815	10.887
Friedrichstraße Ost	<b>Q4</b>	2.985	3.895
Friedrichstraße West	<b>Q5</b>	2.985	3.895
Nordstraße Nord	<b>Q6</b>	1.545	2.455
Nordstraße Süd	<b>Q7</b>	965	1.011
Elisabethstraße (Schätzung)	<b>Q8</b>	750	796

Für die neue Zufahrt über die Nordstraße zur bestehenden Tiefgarage wurde zur Prognose der zukünftigen Verkehrsbelastung die ermittelte Ganglinie der bestehenden Tiefgarage verwendet.

Dies führt zu einer Mehrbelastung (siehe Tabelle), welche in der Friedrichstraße einen Teilrückbau der vorhandenen Verkehrsberuhigung sowie der Stellplätze erforderlich macht. Die Veränderung der Verkehrsbelastung in der Elisabethstraße kann als unerheblich angesehen werden. Bezogen auf die Verkehrsbelastung in der Kampenstraße wird es gerade im Eingangsbereich zu einer Reduzierung kommen.

### 2.4.4 Schalltechnisches Gutachten

Ausgehend von den oben beschriebenen Verkehrszahlen wurde die Berechnung<sup>3</sup> der Emissionspegel für Straßenverkehr gemäß RLS 90 durchgeführt. Sie sind in nachfolgender Tabelle zusammengefasst.

Straßenabschnitt	Querschnittkennung	Bestand Emissionspegel		Planung Emissionspegel	
		L <sub>m,E</sub> Tag [dB(A)]	L <sub>m,E</sub> Nacht [dB(A)]	L <sub>m,E</sub> Tag [dB(A)]	L <sub>m,E</sub> Nacht [dB(A)]
Kampenstraße Süd	<b>Q1</b>	62,5	52,3	62,5	52,3

<sup>3</sup> Peutz Consult, Berechnung der Emissionspegel für Straßenverkehr gemäß RLS 90, vier Tabellenblätter, Aug. 2018 und Schalltechnische Untersuchung, Bericht FB 7463-1 vom 22.10.2018

Straßenabschnitt	Querschnittkennung	Bestand Emissionspegel		Planung Emissionspegel	
Kampenstraße Mitte (Eingang)	<b>Q2</b>	60,4	50,4	60,5	50,4
Kampenstraße Nord (Schätzung)	<b>Q3</b>	63,9	53,7	63,9	53,7
Friedrichstraße Ost	<b>Q4</b>	55,7	45,7	55,7	45,7
Friedrichstraße West	<b>Q5</b>	55,7	45,7	55,7	45,7
Nordstraße Nord	<b>Q6</b>	52,9	42,8	52,9	42,8
Nordstraße Süd	<b>Q7</b>	50,8	40,9	50,8	40,9
Elisabethstraße (Schätzung)	<b>Q8</b>	49,7	39,5	49,7	39,5

Auf Grund der ermittelten Ausgangswerte und den Veränderungen aus der Zunahme des Verkehrs, empfiehlt der Gutachter passiven Schallschutz für das Plangebiet festzusetzen.

Zum Schutz gegen Lärm sind grundsätzlich eine Vielzahl von Maßnahmen möglich. Diese können sich sowohl auf die eigentliche Schallquelle, auf den Übertragungsweg zwischen Schallquelle und Empfänger, als auch auf den Bereich des eigentlichen Empfängers beziehen.

Bei Lärmschutzmaßnahmen wird zwischen aktiven und passiven Maßnahmen unterschieden, wobei sich aktive Maßnahmen auf die eigentliche Schallquelle bzw. den Schallausbreitungsweg beziehen und passive Maßnahmen auf den Bereich des Empfängers beschränkt sind.

Als Ergebnis der schalltechnischen Untersuchung sind folgende aktive, passive Lärmschutzmaßnahmen und Maßnahmen nach VDI 2719 (Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen) eingeplant:

#### Aktive Schallschutzmaßnahmen

Aufgrund der Lage des Plangebietes innerhalb der bestehenden und dicht bebauten Siedlungsstruktur sind aktive Schallschutzmaßnahmen in Form einer Lärmschutzwand entlang der Kampen- und Friedrichstraße städtebaulich vermutlich nicht umsetzbar. Eine schallabschirmende Wand müsste in Anbetracht der Ausbreitungsbedingungen sehr hoch sein (mind. 7 m), um auch für die oberen Geschosse eine ausreichende Schallpegelminderung bewirken zu können.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird deshalb empfohlen, für die stark betroffenen Fassaden passive Schallschutzmaßnahmen festzusetzen

#### Passive Schallschutzmaßnahmen

Zum Schutz der Empfängerseite vor erhöhten Schallimmissionen sind verschiedene passive Schallschutzmaßnahmen möglich. Diese sind z.B.

- Akustisch günstige Orientierung der Gebäude mit Fassaden zu lärmabgewandten Seiten
- Einbau schalldämmender Fenster und Erhöhung der Schalldämmung der Fassade mit Festlegung von Innenpegeln nach VDI 2719
- Akustisch günstige Ausbildung bzw. Anordnung der Freibereiche

Die Vielzahl der vorgenannten Maßnahmen bezieht sich jedoch nur auf eine Neuplanung. Grundrisslösungen sind grundsätzlich Empfehlungen, die sich jedoch für Krankenhäusern mit Bettenräumen in der Regel nicht umsetzen lassen. Die Maßnahmen nach VDI 2719 sind im nachfolgenden aufgeführt.

#### Maßnahmen nach VDI 2719 'Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen'

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes für das gesamte Plangebiet werden in Innenraumpegel nach VDI 2719 [13] 'Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen' festgesetzt. Zum Bauantragsverfahren ist ein Schallschutznachweis zum Schutz gegen Außenlärm nach VDI 2719 zu führen.

Für die Dimensionierung der Außenbauteile sind folgende maximalen Innenpegel zu berücksichtigen:

Schlafräume in Krankenhausgebieten nachts

Mittelungspegel  $L_m$  30 dB(A)

sonstige Schlafräume nachts

Mittelungspegel  $L_m$  30 dB(A)

Wohnräume in Krankenhausgebieten tagsüber

Mittelungspegel  $L_m$  35 dB(A)

sonstige Wohnräume tagsüber

Mittelungspegel  $L_m$  35 dB(A)

Kommunikations- und Arbeitsräume tagsüber

- Einzelbüros

Mittelungspegel  $L_m$  40 dB(A)

- Büros für mehrere Personen

Mittelungspegel  $L_m$  45 dB(A)

- Läden

Mittelungspegel  $L_m$  50 dB(A)

Unter Berücksichtigung des Berechnungsverfahrens der VDI 2719 ist die erforderliche Schalldämmung der Außenbauteile bei einem geplanten Erweiterungsbau zu ermitteln. Die Beurteilungspegel bei freier Schallausbreitung sind der Anlage 10 des Schallgutachtens zu entnehmen.

Der Nachweis ist im Rahmen des jeweiligen Bauantragsverfahrens zu führen.

Als Ergebnis der schalltechnischen Untersuchung ist zusammenfassend festzustellen, dass

grundsätzlich aufgrund der Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte im Bereich des nördlichen und westlichen Randes des Plangebietes Schallschutzmaßnahmen zur Festsetzung im Bebauungsplan erforderlich sind.

Insbesondere für die zu den Straßen Kampenstraße und Friedrichstraße orientierten Fassaden sind passive Schallschutz-Maßnahmen umzusetzen. Im Bebauungsplan sind Innenpegeln nach VDI 2719 für die schutzbedürftigen Aufenthaltsräume festgesetzt, die im Rahmen des jeweiligen Bauantragsverfahrens nachzuweisen sind. Bei Beurteilungspegeln nachts von > 50 dB ist eine Lüftung über gekippte Fenster für die Schlafräume nicht möglich.

Zudem wurde die Veränderung der Verkehrslärmbelastung im Umfeld des Plangebietes beurteilt. Hierbei war festzustellen, dass Erhöhungen der Lärmimmission um maximal 0,1 dB(A) im Tageszeitraum für die Anwohner im Bereich der Kampenstraße vorliegen. Erhöhungen von unter 1 dB(A) sind jedoch nicht wahrnehmbar.

Im Zuge der Planung wurde durch das Büro Peutz eine Beurteilung zu einer möglichen Erschließung der Parkplätze/ Parkhaus bzw. einer Tiefgarage alternativ über die Nordstraße erarbeitet (Stellungnahme vom 07.02.2019). Das Ingenieurbüro Beyer GmbH hat hierzu die Prognoseverkehrsbelastung an der Nordstraße neu berechnet. Die Verkehrsbelastung würde sich von DTV = 1.545 Kfz/24h auf 2.455 Kfz/24h erhöhen. Ein zusätzlicher Schwerlastanteil ist nicht zu erwarten. Die Verkehrszahlen sind der nachfolgenden Liste „Kennwerte für schalltechnische Berechnungen – Bestands- und Prognosefall“ zu entnehmen.

Durch den Mehrverkehr ergibt sich an der Nordstraße eine Erhöhung der Emissionen um 1,9 dB(A) tags und 2 dB(A) nachts.

An den Immissionsorten an der Nordstraße (IO 10 und 11) werden damit erstmalig die schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005 für Mischgebiet überschritten. Bei einer Durchfahrt von der Kampenstraße zur Nordstraße über die Friedrichstraße werden hier an den Immissionsorten 02-05 und 109-112 die Beurteilungspegel ebenfalls um ca. 2 dB(A) erhöht.

Insgesamt ergeben sich jedoch bei weitem keine Beurteilungspegel in der Größenordnung von 70 dB(A) tags / 60 dB(A) nachts. Es ergibt sich auch keine Verdopplung mit 3 dB(A) Erhöhung der Beurteilungspegel.

Abschließend zeigt sich, dass die Berechnungsansätze des Ingenieurbüros Beyer worst case Ansätze abbilden, da derzeit bereits die Zufahrt zu den Mitarbeiterparkplatz an der Nordstraße mit ca. 80 Stellplätzen und die Anlieferung über die Nordstraße erfolgt.



**Kennwerte für schallschutztechnische Berechnungen - Bestands- und Prognosefall**Bestandssituation

Abschnitt	DTV	SV	Anteil SV	Mt	Mn	pt	pn
	[Kfz/24h]	[Kfz/24h]	[%]	[Kfz/24h]	[Kfz/24h]	[%]	[%]
Q 6 (Nordstraße)	1545	25	1,6	93	17	10	3

Prognosesituation

Abschnitt	DTV	SV	Anteil SV	Mt	Mn	pt	pn
	[Kfz/24h]	[Kfz/24h]	[%]	[Kfz/24h]	[Kfz/24h]	[%]	[%]
Q 6 (Nordstraße)	2455	25	1,0	147	27	10	3

gem. RLS90 4.0, Berechnung des Beurteilungspegel, Tabelle 3  
 Ermittlung DTV Wert über Spitzenstunde (Spitzenstunde = 10 % des DTV)

### 3 Städtebauliche Rahmenbedingungen

#### 3.1 Historie

Als am 26.06.1868 die Grundsteinlegung für das St. Marien-Krankenhaus erfolgte, war die städtebauliche Entwicklung am nördlichen Stadtrand der Oberstadt im Siegtal noch nicht vollzogen. Die „Historische Karte von Tranchot 1801-1821“ lässt keinerlei Bebauung erkennen. Die Oberstadt ist klar und eindeutig in seinen Grenzen der historischen Stadtmauer zu erkennen. Die heutige Kampenstraße ist als nördliche Zufahrtstraße zur Oberstadt zu identifizieren.

In der historischen Karte von 1860 hat sich bzgl. der baulichen Entwicklung außerhalb der Stadtmauern keine wesentliche Änderung ergeben. Bereits bei der Neuaufnahme von 1891 bis 1912 hat sich der städtebauliche Wandel deutlicher vollzogen.

Die Stadt Siegen ist über die Eisenbahn an das deutsche Schienennetz angebunden und das Siegtal vollzieht eine deutliche Entwicklung. Die Sandstraße und die Kampenstraße sind als Siedlungsbereiche erkennbar und auch der Wellersberg und der Giersberg werden zunehmend bebaut. Die heutigen Siedlungsstrukturen sind nur bzgl. des St. Marien-Krankenhaus erkennbar.

Die Friedrichstraße wie auch der Bereich bis zum Berghang zur Oberstadt sind unbebaut. Die kath. St. Michaelskirche ist noch nicht vorhanden. Sie wird zwischen 1903 und bis 1906 erbaut.

Die Topografische Karte (TK25) von 1936 bis 1945 zeigt wiederum das heutige städtebauliche Grundgerüst. Allerdings ist die bauliche Dichte noch nicht so ausgeprägt wie heute. Im Quartier nimmt das St. Marien-Krankenhaus bereits eine städtebaulich hervorgehobene Stellung ein.

Am 07. Oktober 1869 erfolgte die Schlüsselübergabe für den ersten Neubau des Krankenhauses. Es konnten ca. 30 Patienten in Krankensälen und Einzelzimmern versorgt werden. Im Jahr 1905 erfolgt ein 3-geschoßiger Anbau als Südflügel, der 1906 fertiggestellt wird. Im darauffolgenden Jahr wird die erste Chirurgie eingerichtet und bereits 1912 wird ein weiterer Anbau im Norden realisiert.

Es folgen nun weitere Erweiterungen 1914 und 1928, so dass sich das Krankenhaus immer stärker etabliert. Das Krankenhaus umfasste nun ca. 285 Betten und war damit das größte und modernste Krankenhaus im weiteren Umkreis.

Mit der Machtergreifung 1933 und dem Beginn des zweiten Weltkrieges verändert sich die Bautätigkeit im Quartier. Zu dem Krankenhaus kommt ein Bunker hinzu. Bei dem Bombenangriff am 16.12.1944 wird das St. Marien-Krankenhaus weitestgehend zerstört. In den Nachkriegsjahren erfolgt der Wiederaufbau beginnend mit dem Nordflügel 1947 und dem Südflügel 1950. Im Jahr 1956 sind dann die letzten Kriegsschäden beseitigt.

In der Neuzeit erfolgten zunächst Erweiterungen in vier Bauabschnitten; 1961 der Bau des Bettenhauses und 1967 der zweite Bauabschnitt „Behandlungsbau“. Im Jahr 1968 war diese Bauentwicklung mit dem Vollenden des dritten und vierten Bauabschnittes einschließlich des 12-geschoßigen „Verkehrsturms“ abgeschlossen.

Im Jahr 2004 wurde der bestehende „Altbau“ vollständig erweitert, nachdem 2001 ein weiterer Anbau entstand. Mit der Neustrukturierung und Erweiterung des Untersuchungs- und Behandlungsbereiches wurden die bisherigen Baumaßnahmen abgeschlossen.

Im Jahre 2008 wurde der Eingangsbereich Kampenstraße erweitert und neugestaltet.

## 3.2 Ausgangssituation

Das St. Marien-Krankenhaus befindet sich nördlich der Oberstadt. Es ist eingebunden in die örtliche Baustruktur zwischen Friedrichstraße, Nordstraße und Kampenstraße. Wegen der umgebenden Bebauung sind Entwicklungen des Krankenhauses nur in Richtung der Bestandsbebauung möglich. Freiflächen, die für eine Bebauung zur Verfügung stünden, sind nicht vorhanden.

Im St. Marien-Krankenhaus Siegen werden jährlich ca. 20.000 Patienten stationär behandelt. Darüber hinaus werden bis zu 60.000 Menschen in den 10 Kliniken und Instituten ambulant versorgt.

Eine solch hohe Versorgungsquote erfordert neben einer qualitätsorientierten Pflegeversorgung ein hohes Maß an optimierter baulicher Substanz. Eine Anpassung an die Bedürfnisse der Patienten und den Anforderungen der medizinischen Standards sind Ausdruck der ständigen baulichen Veränderung des Klinikbetriebes.

Der Komplex des Krankenhauses besteht aus mehreren Baukörpern, die an der Kampenstraße liegen. Der Haupteingang und die Zufahrt zur Tiefgarage erfolgen von hier.

Rückwärtig an der Nordstraße ist eine Stellplatzanlage vorhanden. In Gebäuden entlang der Friedrichstraße und der Nordstraße sind weitere Einrichtungen und Verwaltung des St. Marien-Krankenhauses untergebracht.

Die Klinikbetreiber haben sukzessiv weitere Grundstücke innerhalb des Areals erworben, um Entwicklungsflächen für den Klinikbetrieb und die Verwaltung zu erhalten. Um diese Entwick-

lung steuern zu können, wurde ein Architektenwettbewerb für die zukünftigen baulichen Ansprüche und Herausforderungen durchgeführt.

### 3.3 Planungserfordernis

Bauleitpläne müssen dann aufgestellt werden, sobald und soweit dies für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist (§ 1 (3) BauGB). Eine Planungspflicht besteht also immer dann, wenn städtebauliche Ordnung gefordert ist, d.h. wenn andernfalls die Durchsetzung der planerischen Konzeption der Kommune gefährdet wäre. Diese Konzeption festzulegen und städtebauliche Schwerpunkte zu setzen, ist eine wesentliche Aufgabe der Kommune.

Das vorhandene St. Marien-Krankenhaus beansprucht bereits weite Teile des Quartiers, um die Bevölkerung mit medizinischen Angeboten zu versorgen. Um auch weiterhin den modernen Ansprüchen einer hochwertigen medizinischen bzw. ärztlichen Versorgung nachzukommen, sind sowohl Ergänzungen des medizinischen Angebotes, als auch die Qualität der dauerhaften Unterbringung von Patienten zu optimieren.

Die Stadt Siegen erkennt den erheblichen Entwicklungsdruck, der auf dem St. Marien-Krankenhaus liegt, welcher sich letztlich auch auf das Quartier auswirkt. Um städtebaulich hierauf zu antworten, wurde zunächst ein städtebaulich-architektonischer Wettbewerb durchgeführt, in dem auf die besondere Situation eine Antwort gefunden werden sollte.

Der Entwurf des Gewinners sieht einen zentralen Baukörper im Plangebiet vor, der als Querriegel die Mitte des Quartiers bestimmt. Von dort verringern sich die Kubatur und die Höhe der Baukörper zu den rückwärtigen Bereichen.

Gleichzeitig sieht der Vorhabenträger die Umnutzung des sogenannten „Fischerquartiers“ (ehemalige Gärtnerei) vor.

Die Stadt Siegen unterstützt die Bestrebungen der St. Marien-Krankenhaus GmbH und sieht den Bedarf zur Neuordnung des Quartiers. Hierzu ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich, in dem der städtebauliche Rahmen durch Art und Maß der baulichen Nutzung definiert wird. Auch sind die zulässige Versiegelung (überbaubare Grundstücksflächen) sowie der Erhalt von Bäumen und Grünflächen zu regeln.

### 3.4 Erschließung

Das Plangebiet ist von der Kampenstraße, Elisabethstraße, Nordstraße und Friedrichstraße verkehrlich angebunden. Die Kampenstraße bindet das Quartier an die Oberstadt und an das Siegtal (Sandstraße) an. Eine Neuordnung des fließenden Verkehrs ist nicht erforderlich.

Der ruhende Verkehr wird derzeit durch eine Parkraumbewirtschaftung im öffentlichen Verkehrsraum und durch Stellplatzanlagen (Tiefgarage und Stellplätze) auf dem Klinikgelände geregelt. Durch den Neubau der Tiefgarage, soll der Bedarf an Stellplätzen für den Klinikbetrieb gesichert werden.

An der Zufahrtsituation zur Tiefgarage im Bereich der Kampenstraße wird festgehalten. Je nach Erfordernis wird auch eine Zufahrt von der Nordstraße eingeplant. Die Parkplätze auf dem Krankenhausgrundstück im Bereich der Nordstraße bleiben erhalten.

Zusätzlicher Parkraum wird im Bereich „Fischerquartier“ ausschließlich für die dortigen Beschäftigten eingerichtet.

### **3.5 Ver- und Entsorgung**

Die notwendigen Hauptleitungen für Strom, Wasser und Telekommunikation sind vorhanden. Änderungen im öffentlichen Leitungsnetz werden nicht erwartet.

Die Regenwasser- und Schmutzwasserkanäle sind an die entsprechenden Kanäle im öffentlichen Straßenraum angeschlossen. Die Abwasserfracht wird durch die Nachverdichtung erhöht, stellt aber für das vorhandene Kanalnetz keinen wesentlichen Nachteil dar. Eine Vergrößerung der Querschnitte ist nicht erforderlich.

Die öffentliche Müllentsorgung erfolgt nach den örtlichen Satzungen. Der Sondermüll, aus Klinik-Abfällen wird gesondert entsorgt.

Der Brandschutz ist durch das öffentliche Trinkwassernetz als Grundschutz im Rahmen der DVGW W405 gewährleistet. Darüber hinaus gehende Anforderungen auf Grund besonderer Bedingungen für den Klinikbetrieb sind vom Vorhabenträger auf dem Grundstück mittels Bereitstellung von Löschwasser zu sichern.

### **3.6 Altlasten**

Es liegen keine Erkenntnisse über mögliche Altlasten vor.

### **3.7 Kampfmittel**

Es ist eine Luftbildauswertung für die Flurstücke 256,255, 257, 455, 546 und 487 der Flur 25, Gemarkung Siegen durchgeführt worden. Mit Schreiben vom 07.10.2010, 08.06.2018 und 19.06.2018 wurde mitgeteilt, dass Bombardierungen festgestellt wurden, aber keine konkreten Blindgängerverdachtspunkte.



Das Sondieren der zu bebauenden Flächen und Baugruben und die Anwendung der Anlage 1 der Technischen Verwaltungsvorschrift für die Kampfmittelbeseitigung im Land Nordrhein-Westfalen (Anlage 1 TVV) im Bereich der Bombardierung wird empfohlen.

Im Falle eines erheblichen Bodeneingriffs im Bereich der kampfmittebelasteten Fläche (> 0,70 m) ist eine Oberflächendetektion erforderlich.

Das "Merkblatt vorbereitende Maßnahmen zur Oberflächensondierung" ist zu beachten.

Auf Grund des Befundes müssen die Flächen vor einem Bodeneingriff per Oberflächendetektion untersucht werden. Zunächst sind die Örtlichkeiten vor der Untersuchung vom Vorhabenträger kenntlich zu machen. Büsche müssen entfernt und die Wiesenflächen auf max. 10 cm gemäht sein. Bäume dürfen stehen bleiben.

Eine Oberflächenversiegelung (Asphalt oder Pflaster, etc.) ist möglichst erschütterungsarm einschließlich einer Schottertragschicht zu entfernen. Außerdem ist der Untersuchungsbereich von metallischen oder anderen Gegenständen freizumachen und sie sind in einem Abstand von min. 5 Metern vom Messbereich abzulagern.

Weitergehende Maßnahmen können je nach örtlicher Situation erforderlich werden.

Unter Vorlage von Bildern, Übersichts- und Lageplänen, einer Größenangabe der Untersuchungsfläche sowie einem Terminvorschlag, ist die Oberflächendetektion bei der Ordnungsbehörde der Stadt Siegen (sv.klein@siegen.de oder p.huckestein@siegen.de ) zu beantragen.

Kostenträger aller Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung oder Begleitung der Kampfmittelbeseitigung stehen, ist nach dem Ordnungsbehördengesetz NRW der Grundstückseigentümer.

Es gilt darüber hinaus der allgemeine Hinweis:

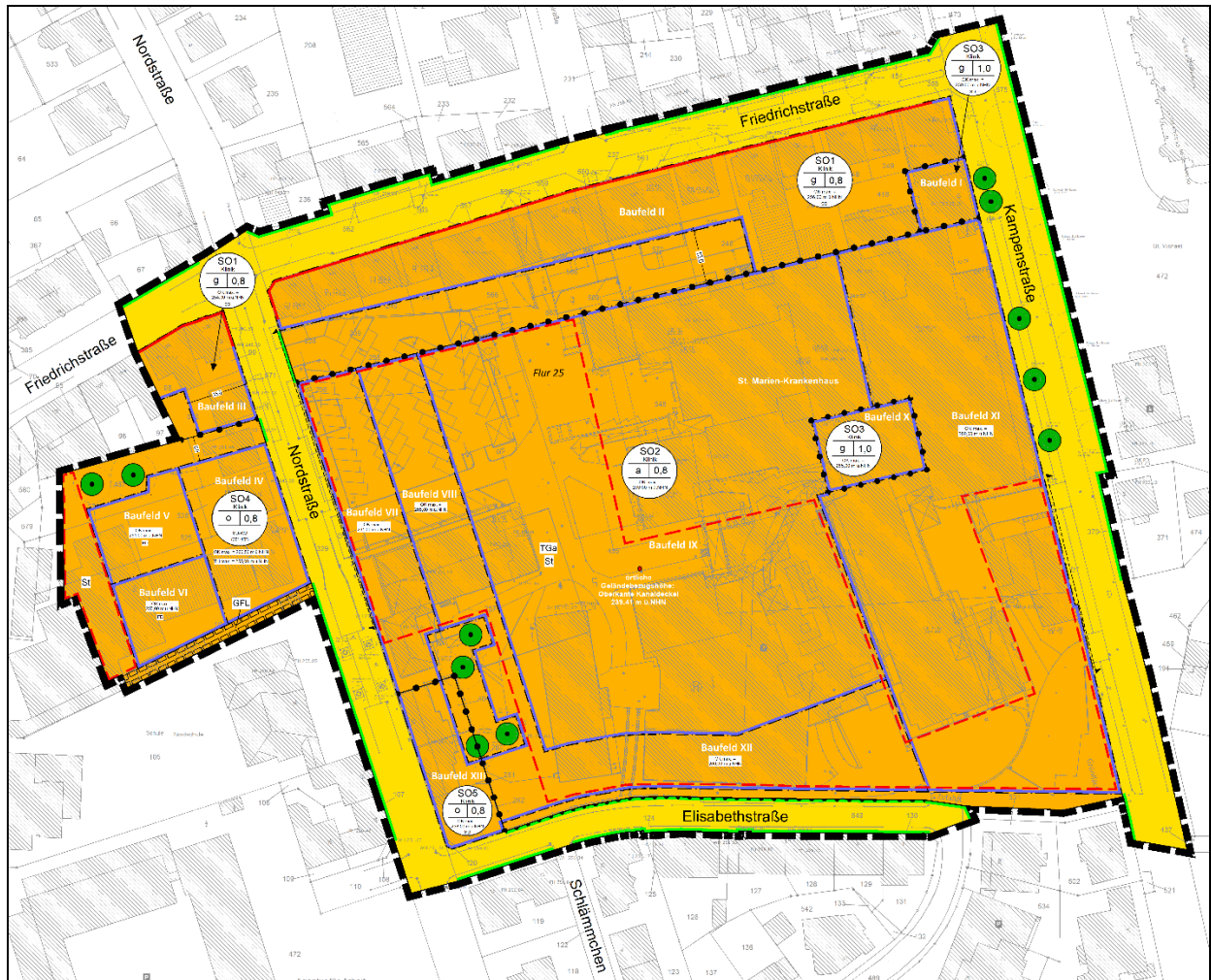
Ist der Erdaushub bei der Durchführung der Bauvorhaben außergewöhnlich verfärbt oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und der KBD-WL ist unverzüglich durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen.

### 3.8 Boden

Zur Vermeidung von überschüssigem Erdmaterial ist vorrangig Massenausgleich anzustreben; dennoch anfallender überschüssiger Bodenaushub ist in rechtlich zulässiger Weise zu verwerten oder auf einer abfallrechtlich zugelassenen Deponie des Kreisgebietes zu beseitigen. Nach den §§ 9 und 12 Abs. 2 Bundesbodenschutzverordnung ist es nicht zulässig, Bodenmaterial, das die Vorsorgewerte überschreitet, auf Flächen, über die keine Erkenntnisse über das Vorliegen von schädlichen Bodenveränderungen bekannt sind, aufzubringen. Überschüssiger Bodenaushub, anfallender Bauschutt etc. ist auf den Erd- bzw. Mülldeponien des Kreises Siegen-Wittgenstein zu lagern. Sollte im Plangebiet Bodenmaterial, das die o.a. Vorsorgewerte überschreitet gefunden werden, so ist der Kreis Siegen-Wittgenstein zu benachrichtigen, um geeignete Maßnahmen zum Umgang mit diesem Boden zu treffen.



## 4 Planfestsetzungen



Entwurf Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung Marienkrankenhaus“, ohne Maßstab

In der nachfolgenden Tabelle sind die Baugebiete mit den einzelnen Baufeldern aufgeführt und beschrieben. Den Baugebieten sind auch das Maß der baulichen Nutzung und die Bauweise zugeordnet, so dass man einen kurzen Überblick über die wesentlichen Festsetzungen hat.

Als Art der baulichen Nutzung ist „Sondergebiet SO Klinik“ festgesetzt.

Die Erläuterungen zu den Festsetzungen sind in den nachfolgenden Kapiteln ausgeführt.

Das SO-Gebiet wurde aufgrund der jeweiligen unterschiedlichen Festsetzungen in fünf SO-Gebiete (SO 1 bis SO 5) unterteilt. Zur besseren Zuordnung und Beschreibung der einzelnen Bauflächen (Umgrenzung von Flächen mit gleichen Festsetzungen, umgrenzt mit Baugrenzen bzw. Baulinien) wurden 13 Baufelderbezeichnungen in die Planzeichnung eingetragen. Diese haben allerdings keinen normativen Charakter, sondern sind rein erläuternd.

Baufeld / Art der baulichen Nutzung	Beschreibung	Grundflächenzahl (GRZ)	Höhe bauli- cher Anlagen (m ü NHN) OK max. / TH max.	Bauweise	Dachform Dachneigung
Baufeld 1 SO3 <small>Klinik</small>	Kampenstraße, Be- standsbebauung, derzeit keine wesentliche bauli- che Änderung geplant, überwiegend Verwal- tungs- und Büronutzun- gen, Praxen, Wohnen	1,0	OK max. 259,0 m -	Geschlossene (g)	Satteldach
Baufeld 2 SO1 <small>Klinik</small>	Friedrichstraße, Be- standsbebauung, derzeit keine wesentliche bauli- che Änderung geplant, überwiegend Verwal- tungs- und Büronutzun- gen, Wohnen	0,8	OK max. 256,0 m -	Geschlossene (g)	Satteldach
Baufeld 3 SO1 <small>Klinik</small>	Friedrichstraße Ecke Nordstraße, Bestandsbe- bauung, derzeit keine wesentliche bauliche Änderung geplant, über- wiegend Verwaltungs- und Büronutzungen, Wohnen	0,8	OK max. 254,0 m -	Geschlossene (g)	Satteldach
Baufeld 4 SO4 <small>Klinik^^</small>	Nordstraße Westseite, derzeit ehemalige Gärt- nerei und Wohnen, Ab- riss der Gärtnereigebäu- de und Neubau eines Verwaltungsgebäudes mit Zentralapotheke, Praxen und klinische Nutzungen	0,8	OK max. 260,5 m TH max. 255,0 m -	Offene (o)	Satteldach/ Walmdach, 35°-45°
Baufeld 5 SO4 <small>Klinik</small>	Nordstraße Westseite, derzeit ehemalige Gärt- nerei und Wohnen, Ab- riss der Gärtnereigebäu- de und Neubau eines Verwaltungsgebäudes mit Zentralapotheke, Praxen und klinische Nutzungen	0,8	OK max. 251,0 m -	Offene (o)	Flachdach
Baufeld 6 SO4 <small>Klinik</small>	Nordstraße Westseite, derzeit ehemalige Gärt- nerei und Wohnen, Ab- riss der Gärtnereigebäu- de und Neubau eines Verwaltungsgebäudes mit Zentralapotheke, Praxen und klinische Nutzungen	0,8	OK max. 255,0 m -	Offene (o)	Flachdach

Baufeld / Art der baulichen Nutzung	Beschreibung	Grundflächenzahl (GRZ)	Höhe bauli- cher Anlagen (m ü NHN) OK max. / TH max.	Bauweise	Dachform Dachneigung
Baufeld 7 SO2 <small>Klinik</small>	Nordstraße Ostseite und Elisabethstraße, Verwaltungsbau und Stellplatzanlage, Bestandserhaltung, optional für eine Bebauung vorgesehen	0,8	261,0 m	Abweichende (a)	-
Baufeld 8 SO2 <small>Klinik</small>	Rückwärtig von SO4, Verwaltungsgebäude und Stellplätze, zu erhaltende Bäume, Bestandserhaltung, optional für Erweiterung vorgesehen	0,8	265,0 m	Abweichende (a)	-
Baufeld 9 SO2 <small>Klinik</small>	Zentraler Bereich West, Stellplatzanlage, rückwärtiger Versorgungshof, ehem. Schwesternwohnheim, Hauptflächen für die Erweiterung der Klinik und der Tiefgarage Bestandsbebauung Klinik, Erhaltung und Erweiterung der Bebauung,	0,8	270,0 m	Abweichende (a)	-
Baufeld 10 SO3 <small>Klinik</small>	Zentraler Bereich Mitte, „Verkehrsturm“, Erhalt und Hubschrauberlandeplatz	1,0	285,0 m	geschlossene (g)	-
Baufeld 11 SO2 <small>Klinik</small>	Kampenstraße, Eingangsbereich Klinik und Zufahrt Tiefgarage, Bettenhaus, Erhalt der Bebauung, ggf. Neuordnung der Freiflächen	0,8	280,0 m	Abweichende (a)	-
Baufeld 12 SO2 <small>Klinik</small>	Bereich entlang Elisabethstraße	0,8	260,0 m	Abweichende (a)	-
Baufeld 13 SO5 <small>Klinik</small>	Nordstraße, Bestandsbebauung, Wohnen und Gewerbliche Büronutzung, Erhalt des Ist-Zustandes	0,8	258,0 m	Offene (o)	Satteldach

## 4.1 Art der baulichen Nutzung

Zur Umsetzung der geplanten Vorhaben und der damit verbunden städtebaulichen Zielsetzung werden im B-Plan Sondergebiet „Klinik“ als Art der baulichen Nutzung festgesetzt.

#### 4.1.1 Sondergebiet „Klinik“

Vorrangiges Ziel der Aufstellung des Bebauungsplanes ist es, die Entwicklung der Klinik St. Marien-Krankenhaus in städtebaulich geordnete Bahnen zu lenken. Das Ergebnis des Wettbewerbes und die daraus resultierende Konkretisierung des Vorhabens der Erweiterung der Klinik in Richtung Nordstraße sind Grundlage für die Festsetzung des Sondergebietes. Berücksichtigt werden die Bestandsnutzungen sowie die Entwicklungsabsichten der Klinikbetreiber.

##### Folgende textliche Festsetzungen wurden getroffen:

Das Sondergebiet „Klinik“ dient der Unterbringung von Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen für medizinische Behandlungen, für medizinische Praxen, für medizinische Forschungs- und Entwicklungszwecke, für medizinische Einrichtungen sowie als Personalwohnungen für Personen aus medizinischen, pharmazeutischen, wissenschaftlichen und Pflegeberufen des Klinikums, Klinik für Orthopädie, Unfall- und Handchirurgie und Sportverletzungen, Klinik für Allgemein-, Viszeral- und Gefäßchirurgie, Klinik für Kardiologie, Angiologie und internistische Intensivmedizin, Klinik für Gastroenterologie, Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe, Klinik für Hämatologie. Medizinische Onkologie und Palliativmedizin, Klinik für Radio-Onkologie, Klinik für Anästhesie und Intensivmedizin, Belegabteilungen für Nuklearmedizin, Radiologie, Institut für Diagnostische Radiologie, Einrichtungen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung, Hubschrauberlandeplatz.

##### Im Rahmen dieser Zweckbestimmung sind allgemein zulässig:

- Klinikgebäude, Ärztehaus für Fachmediziner,
- Praxen,
- Einrichtungen für medizinische Rehabilitation
- Anlagen für soziale und gesundheitliche Zwecke
- Anlagen für Verwaltungen, Bewirtschaftung und Versorgung der Klinik
- Wohngebäude mit betreutem Wohnen
- dem Sondergebiet zugeordnete Apotheken
- Parkhäuser, Parkpaletten, Parkplätze des Sondergebietes

In den Gebieten SO 1 und SO 5 sind zusätzlich auch noch Wohngebäude zulässig.

##### Ausnahmsweise zulässig sind:

- Anlagen für kirchliche und kulturelle Zwecke
- Schank- und Speisewirtschaften zur Versorgung des Klinikgebietes
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- Sonstige den Klinikbetrieb nicht störende Gewerbebetriebe
- Personalwohnungen

## 4.2 Maß der baulichen Nutzung

### 4.2.1 Grundflächenzahl

Die Grundflächenzahl gibt an, wie viel Quadratmeter Grundfläche je Quadratmeter Baugrundstücksfläche von baulichen Anlagen überdeckt werden darf. Die Festsetzung der Grundflächenzahl orientiert sich an der in § 17 (1) BauNVO vorgegebenen Obergrenzen.

Das Quartier weist aufgrund seiner innenstadtnahen Lage und den zentralen Nutzungen einen urbanen Charakter mit entsprechend hoher, aber adäquater Dichte bzw. Versiegelung auf.

Die Bebauungsplanung greift diese städtebaulich Dichte auf, so dass die Grundflächenzahl für alle Teilbereiche des Sondergebiets (SO 1 bis SO 5, Baufelder I bis XIII) auf 0,8 (80 % der Grundstücksfläche) festgesetzt wird. Lediglich der vorhandene Turm mit Hubschrauberlandeplatz auf dem Flachdach wurde mit einer GRZ von 1,0 gemäß dem Versiegelungsgrades des Bestandes festgesetzt.

Die Grundflächenzahl ermöglicht hinsichtlich der Errichtung von baulichen Anlagen jeglicher Art eine hohe Ausnutzbarkeit, da 80 % der als Sondergebiet festgesetzten Grundstücksflächen überbaut werden dürfen. Die Notwendigkeit zur Orientierung der Grundflächenzahl an der Obergrenze leitet sich aus der beabsichtigten Nutzung ab, die flächenmäßig großvolumige bauliche Anlagen erwarten lässt. Außerdem müssen darüber hinaus die übrigen Flächenanteile für die internen Erschließungswege und zum Anlegen von Parkplätzen überbaut werden.

Für die Ermittlung der zulässigen Grundfläche ist die Fläche des Baugrundstücks maßgebend, die im Bauland und hinter der im Bebauungsplan festgesetzten Straßenbegrenzungslinie liegt.

Bei der Ermittlung der Grundfläche ist nicht nur die eigentliche Gebäudegrundfläche maßgebend, sondern es müssen auch die Grundflächen von

- Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,
- Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und
- baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird,

hinzugerechnet werden.

### 4.2.2 Geschossflächenzahl

Eine Geschossflächenzahl wurde nicht festgesetzt. Im Baugenehmigungsverfahren ist es aber dennoch notwendig diese zu berechnen.

Die Geschossflächenflächenzahl gibt an, wie viel Quadratmeter Geschossfläche je Quadratmeter Grundstücksfläche zulässig sind. Die Geschossfläche ist nach den Außenmaßen der Gebäude in allen Vollgeschossen zu ermitteln. Die Festsetzung der Geschossflächenzahl orientiert sich an der in § 17 (1) BauNVO vorgegebenen Obergrenzen. Hierdurch ist gewährleistet, dass eine städtebaulich verträgliche Ausnutzung der Grundstücke ermöglicht wird. Für Sondergebiete beträgt die GFZ maximal 2,4.

Bei der Umsetzung der Planung ist die Überschreitung der Geschossflächenzahl absehbar und notwendig.

Nach der Kommentierung der Baunutzungsverordnung 2017 (Zitat: Bröll/Dr. A. Scheidler 2017) wurde der § 17 Abs. 2 BauNVO durch die Innenentwicklungsnovelle des Jahres 2013 tiefgreifend umgestaltet. Der Spielraum der Gemeinden, die Obergrenzen zu überschreiten, wurde im Interesse einer verstärkten Innenentwicklung erweitert.

Gleichzeitig wurden die Voraussetzungen für die Überschreitung vereinfacht. Die bisherige Sonderregelung für Bestandsgebiete (§ 17 Abs. 3 BauNVO) ist entfallen.

Das Maß der Überschreitung liegt in der Verantwortung der Gemeinde. Sie richtet sich nach der konkreten städtebaulichen Situation, den Planungszielen der Gemeinde und den Grundsätzen für die Bauleitplanung (§ 1 BauGB). Verbindliche Vorgaben, etwa Prozentangaben, wären nicht sachgerecht und sind zu Recht unterblieben. Hinzu kommt, dass Grenzwerte - etwa für die GFZ - in Bezug auf ungesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse allgemeingültig kaum ermittelt werden können. Sie hängen im Einzelfall von einer Vielzahl von Einflussgrößen ab (Belegungsdichte, Grundrisse, Zuschnitte, Dämmung der Außenwände, Anordnung der Freiflächen, Verkehrsverhältnisse)

Eine Überschreitung der Grenzwerte ist nach § 17 Abs. 2 BauNVO jetzt unter folgenden Voraussetzungen, die kumulativ erfüllt sein müssen, möglich:

- Vorliegen städtebaulicher Gründe für eine Überschreitung,
- Ausgleich,
- zur Einhaltung der gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse,
- zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen auf die Umwelt.

#### Begründung für die Überschreitung:

Gemäß der Novelle der BauNVO zum 22.09.2013 müssen keine besonderen städtebaulichen Gründe für eine Überschreitung mehr vorliegen.

In vorliegendem Fall soll eine Innenraumverdichtung für das überregional bedeutsame Krankenhausareal vorgenommen werden. Hierbei wird die flächensparende Nachverdichtung an Stelle einer Neuversiegelung vorgezogen.

Die Erweiterung des Krankenhausareals auf eigene Flächen entspricht in vollem Maße diesem v.g. Planungsziel. Es handelt sich hier um die Standortsicherung und die Erhaltung der gesundheitlichen Versorgungssicherheit.

Der vorhandene Standort des St. Marien-Krankenhauses ist als überregional wichtiger Klinikstandort unverzichtbar und soll standorterhaltend weiter ausgebaut werden, damit den gesundheitlichen Bedürfnissen der Bevölkerung nachhaltig Rechnung getragen werden kann.

Der Krankenhausstandort dient darüber hinaus der Sicherung dieser Infrastruktureinrichtung der Großstadt Siegen regional und überregional dar.



Zum Schutz der gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse wurde eine „Schalltechnische Untersuchung“ erarbeitet. Die festgesetzten „Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes“ dienen diesem Schutzanspruch.

Durch die ökologischen, artenschutzrechtlichen Vermeidungs-, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen wird auch dem Punkt des Ausgleichserfordernis Rechnung getragen.

Gemäß Umweltbericht (Ziffer 6.1 dieser Begründung) sind keine nachteiligen Auswirkungen durch die Umsetzung der Baumaßnahmen auf die Umwelt zu erwarten.

Sonstige öffentliche Belange stehen der Planung nicht entgegen. Es handelt sich um einen Altstandort des Krankenhauses. Dem Grunde nach entspricht die Darstellung des Flächennutzungsplanes den Entwicklungszielen des Bebauungsplanes. Lediglich geringfügige Abweichungen sind hinsichtlich des Mischgebiets und des Allgemeinen Wohngebiets zu verzeichnen.

Die Vorgaben der Überschreitungsmöglichkeit der GFZ gemäß § 17 Abs. 2 BauNVO sind somit als gegeben anzusehen.

#### 4.2.3 Höhe baulicher Anlagen

Die Höhe baulicher Anlagen (OK = Oberkante) wird in Meter (m) über Normalhöhennull (ü.NHN) als Höchstmaß definiert. Dabei gilt:

- Die zulässige Höhe baulicher Anlagen ergibt sich aus der in der Planzeichnung festgesetzten maximalen Oberkante baulicher Anlagen (OK max.) in Meter (m) über Normalhöhennull (ü.NHN).
- In den Sondergebieten SO 1 bis SO 5 sind untergeordnete bauliche Anlagen wie z.B. Kamine, Schornsteine, Lüftungsschächte, Solaranlagen u.ä. von der v.g. Höhenfestsetzung ausgenommen. Ebenfalls sind notwendige Technikräume bis zu einem Drittel der Grundfläche der Dachfläche bei einer maximalen Höhe von 3 m über Oberkante Gebäudehöhe ebenfalls von den v.g. Höhenfestsetzungen ausgenommen. Hierbei müssen die Außenwände der Technikräume von den der öffentlichen Verkehrsfläche zugewandten Gebäudeseiten einen Mindestabstand von 3,00 m aufweisen.

Die Höhe baulicher Anlagen gelten innerhalb der Bereiche des Krankenhauses. Die Festsetzung ist in diesem Sinne bestandssichernd.

Ausnahme hiervon ist der Neubau des Areals (sog. Fischer-Quartier) an der Nordstraße. Hier soll sichergestellt werden, dass mit der Höhenfestsetzung die neuen baulichen Anlagen die Bestandsbebauung im Umfeld nicht überragen.

Für die Neubebauung an der Nordstraße (Baufeld IV bis VII) wurden jeweils die Traufhöhe (Höhe baulicher Anlagen (TH = Traufhöhe) in Meter (m) über Normalhöhennull (ü.NHN) als Höchstmaß) an der festgesetzt, damit die Solitärbebauung ein dem Umfeld angepasstes Erscheinungsbild erhält. Dadurch soll ein Bruch der Blockrandbebauung entlang der Nordstraße verhindert werden.

Eine Einbindung des Neubaus in das städtebauliche Umfeld ist damit sichergestellt.

## 4.3 Bauweise und Überbaubare Grundstücksflächen

### 4.3.1 Bauweisen

Die Bauweise im Plangebiet ist gegliedert in die offene, geschlossene und die abweichende.

#### Offene Bauweise

In der offenen Bauweise werden die Gebäude mit seitlichem Grenzabstand als Einzelhäuser, Doppelhäuser oder Hausgruppen errichtet. Die Länge der Hausformen darf höchstens 50 m betragen.

Die offene Bauweise gilt lediglich für Flächen entlang der Nordstraße, im Einzelnen für das Bau-  
feld SO 4 (geplante Solitärbebauung) und SO 5 (Bestandsbebauung Nordstra-  
ße/Elisabethstraße). Innerhalb dieser Flächen muss also mit seitlichem Grenzabstand gebaut  
werden. Diese Gebäude dürfen eine Länge von 50 m nicht überschreiten.

#### Geschlossene Bauweise

In der geschlossenen Bauweise werden die Gebäude ohne seitlichen Grenzabstand errichtet.  
Die geschlossene Bauweise gilt überwiegend entlang der Friedrichstraße (SO 1, Bestandsbe-  
bauung) und für den Hubschrauberlandeplatz auf dem Dach (SO 3). Die Bebauung ist dort an  
die Grundstücksgrenzen gebaut. Die geschlossen Blockrandstruktur soll erhalten werden.

#### Abweichende Bauweise

Im Bebauungsplan wird für das Gebiet SO 2 eine abweichende Bauweise festgesetzt. Dabei wird  
auch festgesetzt, inwieweit an die vorderen, rückwärtigen und seitlichen Grundstücksgrenzen  
herangebaut werden darf oder muss.

Die abweichende Bauweise gilt für das zentrale Gebiet der Klinik. Der solitäre Baukörper ist  
weder an Grenzen gebaut noch unterschreitet er die Länge von 50 m.

Grundsätzlich sollen aber die Grenzabstände eingehalten werden, um eine ausreichende Be-  
lichtung und Belüftung der umgebenden Bebauung zu gewährleisten. Insofern handelt es sich  
bei der Bebauung um eine Abweichung von der offenen Bauweise, in der Gebäudelängen über  
50m zulässig sind.

### 4.3.2 Baugrenzen und Baulinien

Es werden sowohl Baulinien als auch Baugrenzen festgesetzt. Die Baulinien und Baugrenzen  
definieren die überbaubaren Grundstücksflächen, innerhalb derer die Baukörper errichtet wer-  
den müssen.

Die überbaubaren Grundstücksflächen (Baugrenzen und -linien) werden ergänzt von Umgren-  
zungen der Flächen für Nebenanlagen, Stellplätzen, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (siehe  
hierzu Kapitel 4.6.1).

#### Baulinien

Es ist eine Baulinie festgesetzt, auf welcher gebaut muss werden.

Die Baulinie entlang des Straßenzuges Friedrichstraße unterstützt den Erhalt der Blockrandbebauung.

Die Friedrichstraße ist beidseitig mit Gebäuden bebaut, die auf die Grenze gebaut sind. Hierdurch entsteht eine geschlossene einheitliche Bauflucht und ein typisches Innenstadtquartier aus der Zeit des späten 19. Jahrhunderts, sog. Gründerzeitbebauung. Um den Charakter des Straßenzuges zu erhalten werden in diesem Bereich Baulinien ausgewiesen, um die vorhandenen Baufluchten und die geschlossene Blockstruktur zu erhalten.

#### Baugrenzen

Es ist eine Baugrenze festgesetzt, Gebäude und Gebäudeteile dürfen diese nicht überschreiten.

Die Baugrenzen sind für das Gebiet großzügig als zusammenhängendes Baufeld definiert. Damit bleibt den Bauherren ein ausreichender Spielraum bauliche Anlagen auf den Grundstücken zu errichten.

Lediglich an vier Stellen im Plangebiet wird ein Abstand zur Grundstücksgrenze festgesetzt. Im Bereich des „Fischer Quartiers“ gelten für den rückwärtigen Grundstücksbereich Abstände zur Nachbarbebauung, um einen Schutz der angrenzenden Wohnbebauung zu gewährleisten. Der Aspekt gesunder Wohnverhältnisse und einer ausreichenden Belichtung und Besonnung ist hier höher zu bewerten, als die Gestaltungsfreiheit der Bauherren in Bezug auf die architektonische Umsetzung der Bebauung.

Im rückwärtigen Bereich der „Friedrichstraße / „Nordstraße“ ist ein 13,00 m breiter Bereich durch Baugrenzen freigehalten, um die Sozialabstände auch durch nicht überbaubare Bereiche zu schützen und die Abstandsflächen eindeutig als Mindestmaß vorzugeben.

Im Bereich rückwärtig der Immunologie und der Bebauung an der Nordstraße ist der Bereich mit dem alten Baumbestand ausgegrenzt. Hier dürfen keine hochbaulichen Anlagen errichtet werden, um den Baumbestand zu schützen.

Im Süden des Plangebiets entlang der Elisabethstraße werden ebenfalls Abstände zur Grundstücksgrenze berücksichtigt. Auch hier gilt der Schutz der Wohnbebauung an der Straße als höherwertiges Gut.

## **4.4 Gestaltungsfestsetzungen**

Durch die nachfolgenden Festsetzungen wird eine Leitlinie für die Gestaltung der straßenbegleitenden Bebauung entlang der Friedrichstraße und der Nordstraße in diesem besonderen städtebaulichen Bereich der Innensituation festgesetzt.

Zu folgenden Punkten wurden gestalterische bauordnungsrechtliche Festsetzungen gem. § 9 (4) BauGB i.V.m. § 89 BauO NRW getroffen:

1. Dächer (Dachformen, Dachneigungen),
2. Gestaltung der Dachaufbauten,
3. Flachdachbegrünung und

#### 4. Solaranalagen.

Durch die gestalterischen Festsetzungen wird Sorge getragen, dass es nicht zu einer Disharmonie in der optischen Wahrnehmung des Erscheinungsbildes der bebauten Straßenzüge kommt. Somit werden baugestalterische Festsetzungen (gem. BauO NW) als Unterstützung der städtebaulichen Mittel genutzt, mit denen im Plangebiet ein angenehmes Umfeld geschaffen werden soll.

#### Dächer

Für die Bebauung entlang der Friedrichstraße, der Nordstraße und Ecke Nordstraße/ Elisabethstraße wurde gemäß der vorhandenen baulichen Ausführung die Dachform „Satteldach“ (SD) festgesetzt (Baufelder I bis III und XIII).

Für die Neubebauung an der Nordstraße (Baufeld IV bis VI) wurden die Dachformen (Satteldach, Walmdach entlang der Nordstraße und Flachdach im rückwärtigen Bereich) festgesetzt. Als Dachneigung für die straßenbegleitende Neubebauung an der Nordstraße wurde noch die Dachneigungen mit 35° bis 45° festgesetzt. Somit erhält die neue Solitärbebauung ein dem Umfeld angepasstes Erscheinungsbild als Alleinstellungsmerkmal.

In allen anderen Sondergebieten sind keine Dachformen bzw. Dachneigungen festgesetzt.

#### Gestaltung von Dachaufbauten

Zur Einbindung des Gebietes in das städtebauliche Umfeld wurden in den durch die Wohnbebauung geprägten Bereichen entlang der Friedrichstraße und Nordstraße (Baufelder I bis IV und XIII) für geneigte Dächer auch Festsetzungen zur Dachgestaltung getroffen.

Hier sind Dachaufbauten nur an Dachflächen zulässig, deren Fassadenfront zur Haupteinschließung orientiert ist.

Folgende Dachaufbauten sind zulässig: Satteldachgaube, Walmdachgaube mit und ohne First, Flachdachgaube, Zwerchhaus mit Satteldach, Zwerchhaus mit Flachdach, Zwerchhaus mit Wandscheibe.

Dachaufbauten sind an der jeweiligen Dachseite einheitlich auszuprägen und dürfen in ihren Anbringungshöhen nicht verspringen. Die Anordnung der Dachaufbauten soll mit der Fassadengliederung übereinstimmen. Es ist lediglich eine Gaubenreihe auf einer Dachfläche zulässig.

Die Gesamtbreite aller Dachaufbauten je Dachfläche darf 2/3 der darunter liegenden Fassadenbreite nicht überschreiten. Die Breite eines Dachaufbaus darf insgesamt 1/4 der darunter liegenden Fassadenbreite nicht überschreiten.

Die Dachaufbauten müssen vom First und von der Dachtraufe (außer Zwerchhäuser) einen Mindestabstand von 1 m einhalten. Der Abstand zwischen den Dachaufbauten muss mindestens 1/2 der Höhe des Dachaufbaus betragen. Der Abstand der Dachaufbauten zum Ortsgang/Giebelseite muss mindestens 1/3 der Höhe des Dachaufbaus betragen, mindestens je-

doch 0,75 m. Die Höhe des Dachaufbaus darf senkrecht gemessen maximal 3,00 m über der Dachfläche betragen.

### **Flachdachbegrünung**

Zur Umfeldgestaltung und aus Klimaschutzgründen (z.B. Stärkung des Mikroklima, Herabsetzung der Gebäudetemperaturen, Regenwasserrückhaltung) sind nicht begehbare Dachflächen je Gebäude mit einer Dachneigung bis 10° mit einer extensive Dachbegrünung herzustellen. Bei Installation nicht aufgeständerter PV-Anlagen kann die Begrünungsauflage für die von den Solaranlagen bedeckte Fläche entfallen.

Flachdächer sind mindestens zu 30 % ihrer Fläche extensiv zu begrünen, sofern dies nicht mit der Errichtung von Solaranlagen im Konflikt steht. Diese Dächer sind mit einer extensiven Dachbegrünung und einem Substrataufbau von mindestens 10 cm zu begrünen.

Es sind standortgerechte Gräser- und Kräutermischungen bzw. standortgerechte Staudenmischungen zu verwenden. Von der Verpflichtung zur Begrünung kann abgesehen werden, wenn technische oder nutzungsbedingte Gründe entgegenstehen. Bei Installation nicht aufgeständerter Solaranlagen sollte die Begrünungsauflage für die von den Solaranlagen bedeckte Fläche entfallen. Ausgenommen von der Begrünung sind Bestandsgebäude zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses.

### **Solaranlagen**

Zur Nutzung von regenerativen Energien im Sinne des § 1 (6), 7 f BauGB (Belange des Umweltschutzes und der Landschaftspflege - Nutzung erneuerbarer Energien) wurde festgesetzt, dass auf mindestens 30 % der neu geschaffenen Dachflächen Solaranlagen (Thermische Solarkollektoren, Photovoltaikmodule) zu errichten sind. Von der Verpflichtung zur Errichtung von PV-Anlagen kann abgesehen werden, wenn technische oder nutzungsbedingte Gründe entgegenstehen.

## **4.5 Verkehrsflächen**

### **Straßenverkehrsflächen**

Im Plangebiet sind die öffentlichen Verkehrsflächen als Straßenverkehrsflächen festgesetzt. Änderungen an den bestehenden Verkehrsflächen sind nicht vorgesehen. Sie werden umgrenzt durch die Straßenbegrenzungslinie.

Die Straßenverkehrsflächen umfassen sämtliche Straßenteile, die zur Erschließung der Grundstücke erforderlich sind.

Eine weitere Differenzierung der Straßenverkehrsflächen wird nicht angestrebt. Im Allgemeinen bedeutet dies, dass innerhalb der Straßenverkehrsflächen sowohl die eigentliche Straße als auch Fußwege, Stellplätze für Pkw und Begrünungsflächen angeordnet werden können.

Innerhalb der Straßenverkehrsflächen sind Bäume zum Erhalt festgesetzt. Es handelt sich um Einzelbäume mit tlw. hohem Alter und Bedeutung für den Artenschutz. Es wird auf das nachfolgende Kapitel 4.6 verwiesen.

## 4.6 Boden, Natur und Landschaft

### Erhaltungsfestsetzung

Im Rahmen der Untersuchung des Plangebiets bzgl. des Artenschutzes hat sich deutlich herauskristallisiert, dass die großkronigen Laubbäume im Plangebiet Bedeutung für die vorkommenden Fledermausarten als Jagd- und Nahrungshabitat haben.

Daher werden die Bäume, die in der Regel auch unter die Baumschutzsatzung der Stadt Siegen fallen, als zu erhalten festgesetzt.

Es werden fünf Laubbäume innerhalb der Straßenverkehrsfläche Kampenstraße definiert. Laut Kartierungsliste handelt es sich um zwei Ginkgobäume und drei Roßkastanien in der Kampenstraße.

Im Bereich des „Fischer Quartiers“ sind zwei Bäume zum Erhalt ausgewählt worden. Es handelt sich um eine Blut-Buche und ein Hänge-Buche. Sie sind durch die Baumschutzsatzung berücksichtigt.

Das Baumtor in der Nordstraße steht auf der östlichen Seite auf der Trinkwasser- und Erdgasleitungstrasse und kann daher nicht gesichert werden. Die Bäume müssen - da sie nicht der Baumschutzsatzung entsprechen- bei Reparatur oder Auswechslung der Leitungen weichen, sollte keine alternative Trasse gefunden werden.

Im rückwärtigen Bereich der Immunologie und der Bebauung Nordstraße sind vier Bäume als zu erhalten festgesetzt. Im Einzelnen handelt es sich um zwei Winterlinden, eine Sommerlinde und eine Stieleiche. Die Bäume sind durch die Baumschutzsatzung erfasst. Der Bereich hat auch große Bedeutung für den Artenschutz.

Auch wenn weitere Bäume im Plangebiet unter dem Schutz der Baumschutzsatzung fallen, werden Sie nicht im Rahmen der Bauleitplanung entsprechend festgesetzt. Dennoch gilt für die Bäume der Schutzstatus der Satzung. Sofern also Bäume entfernt werden müssen, um Platz für eine Bebauung zu machen, ist ein Ausgleich dieser Bäume gemäß der Anlage der Baumschutzsatzung „Auswahlverzeichnis einheimischer Bäume“ durchzuführen. Bei Abgang eines festgesetzten Baumes ist ein standortgerechter einheimischer Baum in mindestens 3-mal verpflanzter Qualität und einem Stammumfang von mindestens 16-18 cm anzupflanzen.



## Auswahlverzeichnis einheimischer Gehölze aus der Baumschutzsatzung der Stadt Siegen

### I. Größere Bäume

Spitz-Ahorn	Hainbuche <i>Carpinus betulus</i>	Trauben-Eiche <i>Quercus petraea</i>	Berg-Ulme <i>Ulmus glabra</i>
Berg-Ahorn <i>Acer pseudo-platanus</i>	Rotbuche <i>Fagus sylvatica</i>	Stiel-Eiche <i>Quercus robur</i>	Flatter-Ulme <i>Ulmus laevis</i>
Schwarz-Erle <i>Alnus glutinosa</i>	Esche <i>Fraxinus excelsior</i>	Silber-Weide <i>Salix alba</i>	Winter-Linde <i>Tilia cordata</i>
Sand-Birke <i>Betula pendula</i>	Schwarz-Pappel <i>Populus nigra</i>	Bruch-Weide <i>Salix fragilis</i>	Sommer-Linde <i>Tilia platyphyllo</i>
Moor-Birke <i>Betula pubescens</i>			

Bei Neu- und Ausgleichspflanzungen ist der Mindeststandard zu Leitungen nach DVGW GW125 von 2,50 m einzuhalten.

## 5.1 Sonstige Festsetzungen

### 5.1.1 Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen

#### Maßnahmen nach VDI 2719 "Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen"

Für das gesamte Plangebiet werden Innenraumpegel nach VDI 2719 [5] "Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen" festgesetzt. Zum Bauantragsverfahren ist ein Schallschutznachweis zum Schutz gegen Außenlärm nach VDI 2719 zu führen.

Für die Dimensionierung der Außenbauteile sind folgende maximalen Innenpegel zu berücksichtigen:

Wohnräume tagsüber:	Mittlungspegel Lm 35 dB(A)
Schlafräume nachts:	Mittlungspegel Lm 30 dB(A)

Kommunikations- und Arbeitsräume tagsüber:

- |                               |                            |
|-------------------------------|----------------------------|
| • Einzelbüros:                | Mittlungspegel Lm 40 dB(A) |
| • Büros für mehrere Personen: | Mittlungspegel Lm 45 dB(A) |
| • Läden:                      | Mittlungspegel Lm 50 dB(A) |

Ausgehend von der Vorbelastung des Gebietes, sind Maßnahmen erforderlich, den Schutz vor Verkehrslärm durch bauliche Maßnahmen zu gewährleisten.

Gemäß DIN 18005 Schallschutz im Städtebau sind in Sondergebieten die Schutzansprüche der Gebiete von der definierten Nutzung abhängig und müssen von der verantwortlichen Kommune definiert werden.

Im Sondergebiet Klinik sind besonders die Schlaf- und Aufenthaltsräume der Patienten vor Straßenlärm zu schützen.

Hier ist die Gesundheit wesentlich davon abhängig, gesunde Wohn- und Lebensverhältnisse vorzufinden. Daher sind die Innenpegel für Schlafräume an den Orientierungswerten (OW) eines reinen Wohngebiets [OW = 30 dB(A) nachts] angepasst.

Für andere Nutzungen können höhere Pegel definiert werden, da Umgebungsgeräusche am Tag als weniger störend empfunden werden.

### **5.1.2 Umgrenzung der Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen**

Im Plangebiet ist eine zwei Flächen (St – ehem. Fischerquartier und TGa/St Krankenhausareal) umgrenzt für Stellplätze und Tiefgarage. Innerhalb dieser Flächen dürfen diese Nutzungen zugelassen werden.

Die Tiefgarage liegt innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen. Eine Bebauung ist grundsätzlich zulässig.

Die Festsetzung der Stellplatzflächen umfasst auch Bereiche, die sonst nicht als überbaubar festgesetzt sind. In diesen Flächen wird eine ebenerdige Bebauung mit Stellplätzen, teilweise bis an die Grundstücksgrenze, zugelassen. Die Festsetzung von Stellplätzen schließt damit auf diesen Flächen aber auch aus, das hier Garagen errichtet werden dürfen.

Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen können ansonsten auf den überbaubaren Grundstücksflächen (Abgrenzung durch Baulinie oder Baugrenze) errichtet werden.

### **5.1.3 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte**

Es ist ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht u.a. für Trinkwasser und Erdgasleitungen über die Flurstücke 104 festgesetzt, ansonsten ist die Erschließung nicht gesichert.

Im Bereich zwischen Elisabethstraße und Kampenstraße verlaufen Trinkwasserleitungen 160PE bzw. 150GGG, die zur Erschließung des Krankenhauses notwendig sind.

### **5.1.4 Geltungsbereich**

Der Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ grenzt den Geltungsbereich, in dem die Festsetzungen gelten, durch Planzeichen nach Planzeichenverordnung ab. Innerhalb dieser Grenzen gelten die Festsetzungen dieses Bebauungsplanes unter Berücksichtigung geltenden Rechts.

## 5.2 Hinweise, Planerläuterungen

### Belange des Denkmalschutzes

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden.

Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Siegen als Untere Denkmalschutzbehörde und/oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761-93750; Fax: 02761-9375-20) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens 3 Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs.4 DSchG NW).

Das Plangebiet ist, dort wo Bodeneingriffe geplant sind, durch Baggersondagen näher zu überprüfen, um die Erhaltung, Ausdehnung bzw. Abgrenzung der zunächst vermuteten Bodendenkmäler - und damit auch die Relevanz für das weitere Verfahren - zu klären.

Die Baggersondagen gehen aufgrund des in das DSchG NW aufgenommenen "Veranlasserprinzips" zu Lasten des Vorhabenträgers und sind von einer archäologischen Fachfirma durchzuführen. Die Sondagen bedürfen einer Grabungserlaubnis der Oberen Denkmalbehörde (vgl. § 13 DSchG NW)."

### Freiflächengestaltungsplan

Die Planung und Umsetzung der Freiflächenplanung hat im Zuge der Ausführungsplanung zu erfolgen. Als Hinweis ist aufgeführt, dass die geplante Gestaltung und Bepflanzung der nicht überbauten Grundstücksflächen sowie der Freiflächen vom Bauherrn in einem Freiflächengestaltungsplan als Bestandteil eines Freistellungs- oder Bauantrags gemäß der Verordnung über bautechnische Prüfung (BauPrüfVO) einzureichen und darzustellen ist.

Die Inhalte müssen geeignet sein, die Einhaltung grünordnerischer Festsetzungen des Bebauungsplans sowie der städtischen Baumschutzsatzung zu prüfen.

Neben Baumbestand (soweit vorhanden) sind insbesondere Grünflächen, sonstige Freiflächen, geplante Baumfällungen sowie vorgesehene Neupflanzungen von Gehölzen nach Standort, Art, Größe und Qualität differenziert darzustellen.

### Bodenaushub

Zur Vermeidung von überschüssigem Erdmaterial ist vorrangig Massenausgleich anzustreben. Dennoch anfallender überschüssiger Bodenaushub ist in rechtlich zulässiger Weise zu verwerten oder auf einer abfallrechtlich zugelassenen Deponie des Kreisgebietes zu beseitigen.

Die untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein ist daher an künftigen Bauleitplan- und Baugenehmigungsverfahren innerhalb des Plangebietes unbedingt zu beteiligen.

#### Kampfmittel

Die gesamte Plangebietsfläche liegt innerhalb eines Bombenabwurfgebietes des 2. Weltkrieges. Es wurden Bombardierungen festgestellt. Im Falle erheblicher Bodeneingriffe im Bereich der kampfmittelbelasteten Fläche (> 0,70 m) ist eine Oberflächendetektion erforderlich. Es ist das „Merkblatt vorbereitender Maßnahmen zur Oberflächensondierung“ zu beachten.

Ist der Erdaushub bei der Durchführung der Bauvorhaben der Erdaushub außergewöhnlich verfärbt oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und der Kampfmittelräumdienst (KBD-WL) durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu benachrichtigen. Die Anwendung der Anlage 1 der Technischen Verwaltungsvorschrift für die Kampfmittelbeseitigung wird empfohlen. Im Falle eines Bodeneingriffes wird um vorherige rechtzeitige Rücksprache mit der Ordnungsverwaltung der Stadt Siegen gebeten. „Eine systematische Messwertaufnahme ist für die zu bebauende Flächen und Baugruben erforderlich.“

## 6 Sonstige Hinweise

### 6.1 Umweltbericht

Gemäß § 2 a BauGB ist dem Bebauungsplan Nr. 419 ein Umweltbericht als Teil 2 der Begründung beigelegt. Im Umweltbericht wurden auf Grundlage der Beschreibung der Umwelt die Auswirkungen der Planung auf die betroffenen Umwelt-Schutzgüter /-funktionen dargestellt und die ggf. verbleibenden erheblichen Umweltauswirkungen und Maßnahmen zu deren Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich erläutert.

Im Umweltbericht wurden die unterschiedlichen Schutzgüter

- Mensch, Gesundheit des Menschen und Bevölkerung
- Biotope – Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt
- Boden
- Wasser
- Klima und Luft
- Landschaft
- Flächen
- Kultur- und Sachgüter
- sowie der Wechselwirkungen der Schutzgüter untereinander

untersucht und die Auswirkungen der Planung bewertet.

Auch werden die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern beleuchtet, als auch die Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit des zulässigen Vorhabens für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, betrachtet.

Es wird grundsätzlich festgestellt, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen der einzelnen Schutzgüter zu erwarten sind. Lediglich kommt es bei der Realisierung der Planung beim Schutzgut Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt zu teilweise erheblichen Umweltauswirkungen, da der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters als erheblich einzuschätzen ist.

Ebenso sind keine Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern mit negativen Folgen für die Umwelt zu erwarten. Auch sind keine erheblichen Beeinträchtigungen infolge von Auswirkungen schwerer Unfälle oder Katastrophen, bzw. durch Emissionen, Abfälle und Abwässer anzunehmen.

Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Blick auf verwendete Stoffe und Technologien und die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nummer 7 der Störfall-Verordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundesimmissionsschutzgesetzes, sind nicht gegeben.

## 6.2 Alternativstandorte

Im Umfeld des Plangebiets wurde nach Alternativstandorten zur Errichtung der geplanten baulichen Anlagen gesucht. Der Standort der Erweiterung ist alternativlos, da im gesamten Umfeld kein Flächenerwerb in der gewünschten Größenordnung getätigt werden kann und eine enge Zuordnung der neugeplanten Nutzungen zum bestehenden Krankenhaus eine notwendige Voraussetzung für die Umsetzung ist.

## 6.3 Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung

Da es durch die Aufstellung des Bebauungsplanes zu geringfügigen neuen Flächeninanspruchnahmen kommt, wurde eine in das Umweltbericht integrierte Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung erarbeitet.

Gemäß Ziffer 4 des Umweltberichtes ergibt sich aus der Differenz zwischen Ausgangszustand und Planungszustand für das gesamte Plangebiet folgende Bilanz:

Ökologischer Wert Ausgangszustand:	- 14.220 Wertpunkte
<u>Ökologischer Wert Planungszustand:</u>	<u>+14.195 Wertpunkte</u>
Bilanz (Planungszustand - Ausgangszustand):	- 25 Wertpunkte

Die Bilanzierung ergibt, dass bei Berücksichtigung der Erhaltungsmaßnahmen durch das Vorhaben ein geringer Verlust von 25 ökologischen Werteinheiten für den Eingriff in die Biotopfunktion entsteht.

Die Böden im Plangebiet weisen eine hohe Vorbelastung durch Versiegelung (Baukörper, Stellplatzflächen etc.) auf. Im Bereich der kleinen Grünflächen ist von anthropogen überprägten Böden auszugehen. Natürlich anstehender Boden ist innerhalb des Geltungsbereiches nicht vorhanden. Es wird nur marginal anthropogen veränderter Boden zusätzlich überbaut und versiegelt. Es ist für den Eingriff in den anthropogenen Boden kein Ausgleich erforderlich.

Die Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung (**HKR ▪ Reichshof**) ist als Abwägungsmaterial dieser Begründung in Teil II bzw. der Planung zugrunde gelegt und beigelegt.

## 6.4 Klimaschutz und Klimawandel

### 6.4.1 Klimatop

Der ozeanisch bestimmte Klimaeinfluss prägt auch die klimatischen Verhältnisse im Plangebiet. Kennzeichnend ist ein regenreiches und mäßig kühles Klima mit ca. 1.000-1.100 mm Jahresniederschlag. Kennzeichnend für das Gebiet sind mäßig warme Sommer und milde Winter.

Die mittlere Lufttemperatur liegt im Januar bei -1,0 – 0,0° C, in der Vegetationsperiode steigt die mittlere Temperatur auf 16 -17° C an.



Das Wettergeschehen wird überwiegend durch die vorherrschende Westwindströmung geprägt. Im Plangebiet sind daher West-Südwest-Windlagen mit mittleren Windgeschwindigkeiten bestimmend.

Im Winter treten zeitweise auch Ost-Südostwindlagen auf. Lufthygienisch gesehen werden das Plangebiet und seine Umgebung durch die innerstädtische Lage bestimmt, bedeutsame Emittenten aus Industrie und Gewerbe sind im direkten Nahbereich nicht zu finden. Belastungen der Lufthygiene resultieren im Wesentlichen aus dem Straßenverkehr. Das Plangebiet selbst wird von versiegelten Bauflächen und Verkehrsflächen bestimmt. Die im Plangebiet vorhandenen Gehölzbestände tragen zur Luftschadstoffbindung und Verringerung von Staubimmissionen bei.

### 6.4.2 Klimaschutz

Natur und Landschaft sind von Grund auf so zu schützen, dass

- die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes,
- die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter

auf Dauer gesichert sind.

Bauleitpläne sollen dazu beitragen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere in der Stadtentwicklung, zu fördern.

Zweck des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) ist es, insbesondere im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, Natur und Umwelt zu schützen, einen Beitrag zur Vermeidung von Konflikten um fossile Energieressourcen zu leisten und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern.

Mit der Neufassung des Baugesetzbuches von 2004 im Jahr 2011 kommt der verbindlichen Bauleitplanung gem. § 1 Abs. 5 BauGB eine besondere Verantwortung zu. Insbesondere ist eine klimagerechte Stadtentwicklung zu fördern.

Der Klimaschutz und die Klimaanpassung sind danach zwar keine „selbständige“ Aufgabe der Bauleitplanung, jedoch ergeben sich vielfältige Möglichkeiten zur Berücksichtigung klimarelevanter Festsetzungen wie z. B.:

- Festlegung der Art und des Maßes der baulichen Nutzung mit dem Ziel optimierter Kompaktheit
- Festlegung der Bauweise mit dem Ziel optimierter Orientierung und geringer gegenseitiger Verschattung
- Festsetzung der Baugrenzen mit dem Ziel geringer gegenseitiger Verschattung
- Festsetzungen nach § 9 (1) Nr. 23 b BauGB
- Hinweis für die Nutzung regenerativer Energiesysteme

- Hinweis für den baulichen Standard
- Örtliche Bauvorschriften (Dachgestaltung und Dachbegrünung, Fassadengestaltung, Gebäudetiefe).

Im Bebauungsplan wurden Festsetzungen zur Verwendung regenerativer Energien und über die Energieeinsparverordnung hinausgehende Baustandards nicht getroffen. Bauinteressenten können sich über das Angebot an Fördermaßnahmen zur Verwendung regenerativer Energien und über die Energieeinsparverordnung hinausgehende Baustandards bei den zuständigen Ansprechpartnern der Stadt, der Energieversorger oder der jeweiligen Verbraucherberatungen eigenständig informieren.

Bei den geplanten Nutzungen wird dem Schutzgut Klima dahingehend Rechnung getragen, dass die Anforderungen an den Klimaschutz durch Maßnahmen nach dem neusten Stand der Technik im Baugenehmigungsverfahren angestrebt werden. Die Umsetzung anderer Maßnahmen ist durch die vorhandenen städtebaulichen örtlichen Gegebenheiten (Grundstückszuschnitte, vorhandene Bebauung) nur bedingt möglich.

In Bezug auf die Flachdächer wurde eine Begrünung festgesetzt (siehe Punkt 4.4 der Begründung, Gestaltungsfestsetzung Ziffer 2).

### **6.4.3 Klimawandel**

Das Plangebiet liegt inmitten bebauter Flächen. Da über den Flächen keine nennenswerte Kaltluftbildung stattfindet, ist das Gebiet als randstädtisch und nur mäßig belastet einzustufen. In dieser innerstädtischen Lage sind bedeutsame Emittenten, lufthygienische Belastungen aus Industrie und Gewerbe im direkten Nahbereich nicht zu finden. Belastungen der Lufthygiene resultieren im Wesentlichen aus dem Straßenverkehr.

Ebenfalls werden durch die erneute Bebauung und die Verkehre keine erheblichen Luftschadstoffwerte bewirkt, die die gesetzlich festgelegten Grenzwerte überschreiten.

Im Rahmen der Umsetzung der Inhalte des Bebauungsplanes ist mit keinen Veränderungen des Lokal- und Regionalklimas zu rechnen.

## **6.5 Eigentumsverhältnisse, Bodenordnung**

Die Flurstücke im Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegen zum überwiegenden Teil im Eigentum des Vorhabenträgers. Dieser ist auch weiterhin bemüht durch Ankauf der verbliebenen privaten Grundstücke vollständig in deren Besitz zu kommen. Voraussichtlich werden lediglich die öffentlichen Verkehrsflächen zukünftig im Eigentum der Stadt Siegen verbleiben.

Bodenordnungsmaßnahmen werden zurzeit nicht erforderlich. Inwiefern sich aus der Neuordnung des Vorhabens ggf. neue Grundstückszuschnitte ergeben, wird dem Baugenehmigungsverfahren überlassen. Die innere Erschließung mit Erdgas- und Trinkwasser kann nur für Parzellen sichergestellt werden, die direkt an die öffentlichen Verkehrsflächen angrenzen oder über ein im Grundbuch eingetragenes Leitungsrecht (vergl. 5.1.3) verfügen.

## 6.6 Kosten

Sämtliche Kosten, die mit der Entwicklung des Krankenhausstandortes in Verbindung stehen, werden vom Vorhabenträger getragen. Für die Stadt Siegen entstehen aus der Bauleitplanung keine öffentlichen Kosten.

## 6.7 Städtebauliche Werte

Flächen	Flächengröße [ha]	Flächenanteil [%]
Plangebiet	3,7	100
Verkehrsflächen	0,81	21,9
Netto Bauland Sondergebiet SO <sub>klinik</sub>	2,89	78,1

Siegen, im April 2021

Bearbeitung:

**HKS** |  
Gerhard Kunze  
Dipl.-Ing. Städtebau  
**STADT - UMWELT**

# Begründung

zum

## Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“



TEIL II: Umweltbericht mit Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung

**Universitätsstadt Siegen**

**Geschäftsbereich 4**

AG 4/5-2 Stadtplanung

UNIVERSITÄTSSTADT  
**SIEGEN**



in Zusammenarbeit mit:

**HKR**

Stephan Müller  
Landschaftsarchitekten

Umwelt ■ Stadt ■ Land

**Stand: 26. April 2021**

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1</b>	<b>EINLEITUNG.....</b>	<b>1</b>
1.1	Hinweise für die Durchführung der Umweltprüfung.....	1
1.2	Inhalt und Ziele der Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ der Stadt Siegen.....	1
1.3	Beschreibung der Festsetzungen des Plans.....	2
1.4	Angaben über den Standort.....	4
1.5	Bedarf an Grund und Boden.....	4
<b>2</b>	<b>DARSTELLUNG DER IN FACHGESETZEN UND FACHPLÄNEN FESTGELEGTE UND FÜR DIE PLANUNG RELEVANTEN UMWELTSCHUTZZIELE...5</b>	
<b>3</b>	<b>UMWELTSITUATION, WIRKUNGSPROGNOSE UND MASSNAHMEN .....</b>	<b>15</b>
3.1	Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt.....	16
3.2	Fläche .....	19
3.3	Boden.....	19
3.4	Wasser .....	21
3.5	Klima / Anfälligkeit des geplanten Vorhabens gegenüber den Folgen des Klima wandels / Luft .....	22
3.6	Landschaft.....	23
3.7	Mensch, menschliche Gesundheit und Bevölkerung.....	24
3.8	Kulturgüter / Kulturelles Erbe /Sachgüter .....	25
3.9	Wechselwirkungen zwischen den Umweltbelangen / Schutzgütern .....	26
3.10	Maßnahmen zum Erhalt, Schutz, zur Vermeidung, Minderung und Kompensation und ggf. Überwachung .....	27
3.11	Zusammenfassende Darstellung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen .....	29
<b>4</b>	<b>EINGRIFFS-AUSGLEICHSBILANZIERUNG.....</b>	<b>31</b>
4.1	Ermittlung des Eingriffswertes .....	31
<b>5</b>	<b>BERÜCKSICHTIGUNG DER ANFÄLLIGKEIT DES VORHABENS FÜR SCHWERE UNFÄLLE UND KATASTROPHEN.....</b>	<b>33</b>
<b>6</b>	<b>AUSWIRKUNGEN VON IMMISSIONEN / EMISSIONEN .....</b>	<b>33</b>
<b>7</b>	<b>VERWERTUNG ODER BESEITIGUNG VON ABFÄLLEN.....</b>	<b>34</b>
<b>8</b>	<b>ERNEUERBARE ENERGIEN/SPARSAME UND EFFIZIENTE NUTZUNG VON ENERGIE .....</b>	<b>35</b>
<b>9</b>	<b>VERWENDETE TECHNIKEN UND EINGESETZTE STOFFE.....</b>	<b>35</b>
<b>10</b>	<b>ANDERWEITIGE PLANUNGSMÖGLICHKEITEN.....</b>	<b>35</b>
<b>11</b>	<b>KUMULIERUNG MIT DEN AUSWIRKUNGEN VON VORHABEN BENACHBARTER GEBIETE.....</b>	<b>35</b>
<b>12</b>	<b>GEPLANTE MASSNAHMEN ZUR ÜBERWACHUNG DER ERHEBLICHEN UMWELTAUSWIRKUNGEN (MONITORING).....</b>	<b>36</b>

<b>13</b>	<b>VERWENDETE TECHNISCHE VERFAHREN, SCHWIERIGKEITEN, FEHLLENDE KENNTNISSE .....</b>	<b>37</b>
<b>14</b>	<b>ALLGEMEIN VERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG .....</b>	<b>38</b>
<b>15</b>	<b>REFERENZLISTE DER QUELLEN .....</b>	<b>41</b>
	Verwendete Internetseiten: .....	41

## **ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS**

Abb. 1: Geltungsbereich des BP Nr. 419 .....	1
Abb. 2: BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“ .....	3
Abb. 3: Baumbestand im Plangebiet.....	14
Tab. 1: Zusammenfassende schutzgutbezogene Beurteilung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen für die Neuaufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“ .....	31
Tab. 2: Ermittlung des ökologischen Wertes des Plangebietes im Ausgangszustand .....	31
Tab. 3: Ermittlung des ökologischen Wertes des Plangebietes im Planungszustand.....	32
Tab. 4: Lokale Emittenten im 1.500 m Radius um das Vorhaben .....	34



## 1 EINLEITUNG

### 1.1 Hinweise für die Durchführung der Umweltprüfung

Für die Belange des Umweltschutzes nach §§ 1 und 1a BauGB wird für die Erstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ der Stadt Siegen eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen entsprechend dem Planungsstand ermittelt und bewertet werden (§ 2 BauGB). Die Auswirkungen der Planung auf die relevanten Schutzgüter und Landschaftspotenziale, welche durch die getroffenen Festsetzungen im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes prognostizierbar sind, werden im nachfolgenden Umweltbericht dargestellt und bewertet. Im Parallelverfahren wird der Flächennutzungsplan geändert (100. Änderung).

Der Umweltbericht ist Bestandteil der Begründung zur Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. 419 „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“ der Stadt Siegen (§ 2a BauGB). Das Ergebnis der Umweltprüfung ist im Bauleitplanverfahren in der Abwägung gem. § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen.

### 1.2 Inhalt und Ziele der Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ der Stadt Siegen

Die Stadt Siegen beabsichtigt die Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“. Ziel des Bebauungsplanes ist es, die Erweiterung des Krankenhauses zu ermöglichen und den Standort zu sichern.

Abbildung 1 stellt den Geltungsbereich des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ dar.

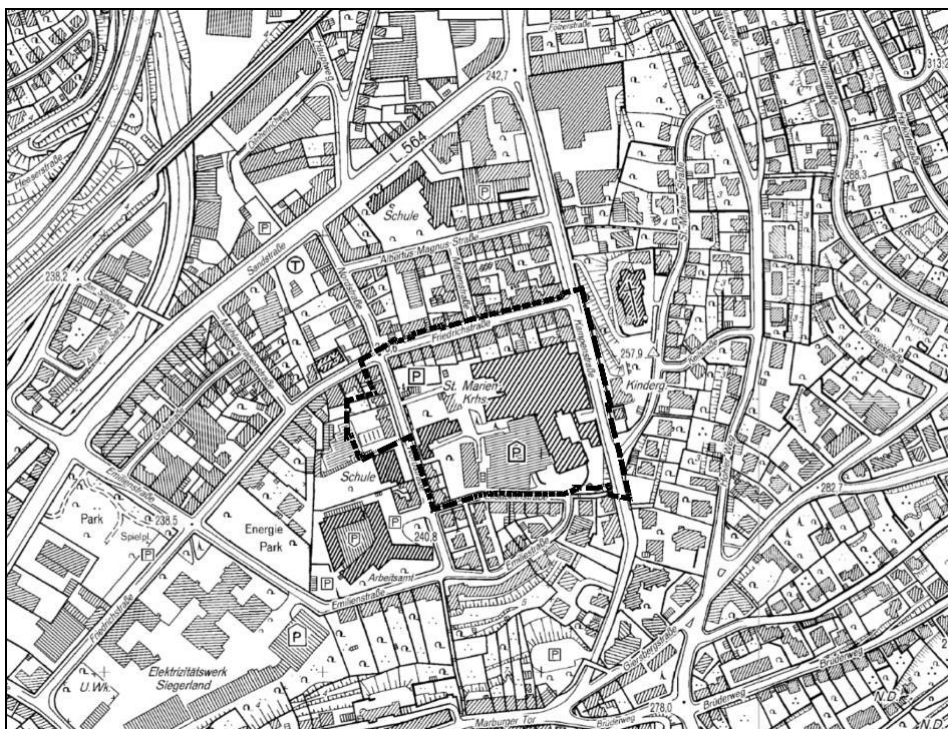


Abb. 1: Geltungsbereich des BP Nr. 419 (Quelle: Begründung zum BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus, HKS Siegen, o.M.)

Weite Teile des städtebaulichen Quartiers werden durch das vorhandene Marienkrankenhaus beansprucht. Um auch weiterhin den modernen Ansprüchen einer hochwertigen medizinischen bzw. ärztlichen Versorgung nachzukommen, sind sowohl Ergänzungen des medizinischen Angebotes, als auch die Qualität der dauerhaften Unterbringung von Patienten zu optimieren.

Das St. Marien-Krankenhaus liegt im Stadtquartier „Friedrichstraße“ an der Kampenstraße unterhalb der auf dem Sieberg gelegenen historischen Oberstadt und wird durch die Friedrichstraße, Kampenstraße, Elisabethstraße und Nordstraße begrenzt.

Erweiterungen des Krankenhauses sind wegen der umgebenden Bebauung und örtlichen Baustruktur nur im Bereich der Bestandsbebauung möglich. Nur westlich der Nordstraße werden zusätzliche Grundstücke im sogenannten „Fischerquartier“ aufgenommen, welche teilweise als Gärtnerei genutzt werden. Es kommt zu einer Neuordnung des Quartiers.

Die vorhandene Bebauung besteht aus mehreren Baukörpern. Der Haupteingang des Krankenhauses und die Zufahrt zur Tiefgarage erfolgt von der Kampenstraße. Stellplätze sind von der Nordstraße aus zu erreichen.

2017 wurde ein Architektenwettbewerb für die zukünftigen baulichen Ansprüche durchgeführt. Nach Vorlage und Prüfung des Wettbewerbsergebnisses durch die Krankenhausleitung wurde deutlich, dass eine Neubewertung des Planentwurfes erforderlich ist. Infolge dessen weist der BP einen geänderten Zulassungsgrad für die bauliche Entwicklung im zentralen Bereich (SO6) auf. Die Grundzüge der Planung des Wettbewerbsergebnisses bleiben hiervon unberührt.

Auf dem sogenannten „Fischerquartier“ soll die ehemalige Gärtnerei abgeräumt werden. Dort soll ein mehrgeschossiger Bau entstehen, der sich bzgl. der Gebäudehöhe an der benachbarten Bebauung orientiert. Hier sind eine Zentralapotheke sowie Verwaltungseinheiten des Krankenhauses denkbar. Stellplätze können auf der westlich gelegenen Rückseite des Gebäudes im Souterrain angeordnet werden. Die Vorplanungen sind noch nicht abgeschlossen.

### **1.3 Beschreibung der Festsetzungen des Plans**

Für das Quartier wird überwiegend sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Klinik“ festgesetzt. Das Sondergebiet „Klinik“ dient der Unterbringung von Gebäuden, Anlagen für medizinische Behandlungen, für medizinische Praxen, für medizinische Forschungs- und Entwicklungszwecke, für medizinische Einrichtungen sowie als Personalwohnungen für Personen aus medizinischen, pharmazeutischen, wissenschaftlichen und Pflegeberufen des Klinikums. Des Weiteren sind eine Klinik für Orthopädie, Unfall- und Handchirurgie und Sportverletzungen, Klinik für Allgemein-, Viszeral- und Gefäßchirurgie, Klinik für Kardiologie, Angiologie und internistische Intensivmedizin, Klinik für Gastroenterologie, Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe, Klinik für Hämatologie, Medizinische Onkologie und Palliativmedizin, Klinik für Radio-Onkologie, Klinik für Anästhesie und Intensivmedizin im Plangebiet vertreten. Darüber hinaus sind Belegabteilungen für Nuklearmedizin, Radiologie, das Institut für Diagnostische Radiologie und Einrichtungen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie ein Hubschrauberlandeplatz vorhanden.

In der nachfolgenden Abbildung ist der Bebauungsplan Nr. 419 dargestellt:

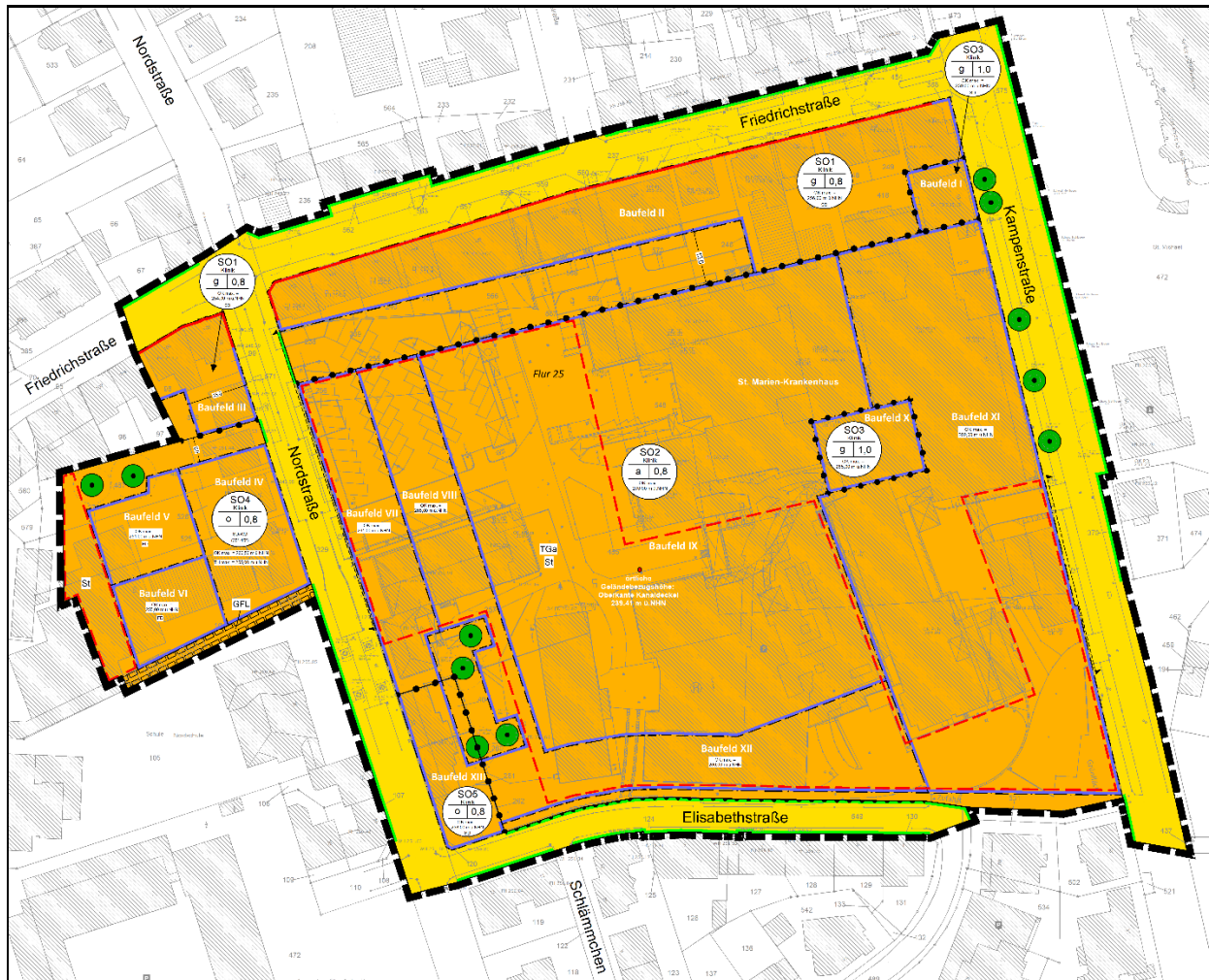


Abb. 2: BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“ (Quelle: Planzeichnung, HKS Siegen, o.M.)

Aufgrund des bereits vorhandenen hohen Versiegelungsgrades des Geltungsbereiches, wird die Grundflächenzahl (GRZ) für alle Teilbereiche des Sondergebietes (SO1 – SO5) auf 0,8 bzw. 1,0 (80% bzw. 100 % der Grundstücksfläche) festgesetzt. Die Gebäudehöhe wird differenziert für die 5 Teilbereiche zwischen 251,00 m ü. NHN und 285 m ü. NHN festgelegt.

Eine Geschossflächenzahl wird nicht festgesetzt. Eine offene, geschlossene und abweichende Bauweise ist im Plangebiet festgelegt. Es werden sowohl Baugrenzen als auch Baulinien festgesetzt.

Die öffentlichen Verkehrsflächen werden als Straßenverkehrsflächen festgesetzt. Sie erfahren keine Änderungen. Prägende Einzelbäume werden im Straßenraum tlw. zur Erhaltung festgesetzt.

Das Plangebiet ist von der Kampenstraße, Elisabethstraße, Nordstraße und Friedrichstraße verkehrlich angebunden. Die Kampenstraße bindet das Quartier an die Oberstadt und an das Siegtal (Sandstraße) an. Eine Neuordnung des fließenden Verkehrs ist nicht erforderlich.

Der ruhende Verkehr wird derzeit durch eine Parkraumbewirtschaftung im öffentlichen Verkehrsraum und durch Stellplatzanlagen (Tiefgarage und Stellplätze) auf dem Klinikgelände geregelt.

Durch den Neu- bzw. Umbau einer Tiefgarage in der Zukunft, soll der Bedarf an Stellplätzen für den Klinikbetrieb gesichert werden.

An der Zufahrtsituation zur Tiefgarage im Bereich der Kampenstraße wird festgehalten. Je nach Erfordernis wird auch eine Zufahrt von der Nordstraße eingeplant. Die Parkplätze auf dem Krankenhausgrundstück im Bereich der Nordstraße bleiben erhalten.

Zusätzlicher Parkraum wird im Bereich „Fischerquartier“ ausschließlich für die dortigen Beschäftigten eingerichtet.

Die Ableitung des Oberflächen- und Schmutzwassers erfolgt über die vorhandenen Kanäle.

#### **1.4 Angaben über den Standort**

Folgende Flurstücke der Gemarkung Siegen, Flur 25, werden von dem Bebauungsplan überplant bzw. in den Geltungsbereich einbezogen:

##### **Baugrundstücke:**

98, 99, 104 (nur teilweise), 120, 238, 239, 240, 241, 245, 246, 247, 248, 249, 255, 256, 257, 260, 262, 370 (nur teilweise), 388, 404, 418, 455, 486, 487 (nur teilweise), 525, 526, 531, 548, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572

##### **Verkehrsflächen:**

Friedrichstraße: 237, 357, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563,  
Kampenstraße: 575,  
Elisabethstraße: 549,  
Nordstraße: 329.

Weite Teile des Plangebietes werden durch das St. Marien-Krankenhaus genutzt. Der Komplex des Krankenhauses besteht aus mehreren Baukörpern. Der Haupteingang und die Einfahrt der Tiefgarage befinden sich an der Kampenstraße. Entlang der Friedrichstraße und der Nordstraße befinden sich weitere Einrichtungen und die Verwaltung des St. Marienkrankenhauses. Westlich der Nordstraße befindet sich eine Gärtnerei im sogenannten „Fischerquartier“. Der ruhende Verkehr wird derzeit durch Parkplätze im öffentlichen Verkehrsraum und durch eine Tiefgarage und Stellplätze auf dem Klinikgelände geregelt. Das Plangebiet weist einen hohen Versiegelungsgrad auf.

#### **1.5 Bedarf an Grund und Boden**

Aus der Beschreibung des Vorhabens ergeben sich für die geplanten Nutzungen folgende Flächenanteile:

**Gesamtgröße:** ca. 3,7 ha

**Planung:**

**Verkehrsflächen (21,9 %)** 0,81 ha

**Netto Bauland (78,1 %)** 2,89 ha

davon:

Sondergebiet Klinik 2,89 ha

## 2 DARSTELLUNG DER IN FACHGESETZEN UND FACHPLÄNEN FESTGELEGTE UND FÜR DIE PLANUNG RELEVANTEN UMWELTSCHUTZZIELE

Durch die Fachgesetze bzw. durch weitere eingeführte Normen sind die für die einzelnen Schutzgüter vorgegebenen allgemeinen Vorgaben und Ziele formuliert. Diese sind in der Prüfung der Schutzgüter zu berücksichtigen. Die Bewertung der einzelnen Schutzgüter hat unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich des Schutzzweckes, der Erhaltung bzw. der Weiterentwicklung zu erfolgen.

Die Ziele der Fachgesetze stellen den Rahmen der Bewertung der einzelnen Schutzgüter dar. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass auch aufgrund der Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern, nicht nur ein Fachgesetz oder ein Fachplan eine Zielaussage enthalten kann. Es sind auch die außerhalb des Geltungsbereiches des Bauleitplanes berührten Schutzgüter und die damit verbundenen Fachgesetze zu berücksichtigen.

Die Untersuchungstiefe der Umweltprüfung bzw. des Umweltberichtes orientiert sich an der Formulierung des § 2 Abs. 4 Satz 3 BauGB. Im Rahmen der Umweltprüfung werden nur die regelmäßig anzunehmenden Einwirkungen geprüft, nicht jedoch außergewöhnliche und nicht vorhersehbare Ereignisse.

Geprüft wurde, welche erheblichen Umweltauswirkungen sich unmittelbar aus der Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 der Stadt Siegen ergeben können und welche erheblichen Einwirkungen im Geltungsbereich der Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 aus der Umgebung zu erwarten sind.

Nachfolgend sind unter Darstellung des jeweiligen Schutzgutes die Zielaussagen der einzelnen anzuwendenden Fachgesetze und Normen aufgeführt.

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
<b>Tiere</b>	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)  Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG)  Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie)	Gemäß § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz sind die für Nordrhein-Westfalen planungsrelevanten streng und besonders geschützten Arten zu schützen. Insbesondere ist es verboten,  - wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
	<p>Landschaftsinformationssystem des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert</li> <li>- Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,</li> <li>- wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören."</li> </ul> <p>Ziel ist es, zur Sicherung der Artenvielfalt durch die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen im europäischen Gebiet der Mitgliedstaaten, für das der Vertrag Geltung hat, beizutragen.</p> <p>Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.</p>
<b>Pflanzen</b>	<p>Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)</p> <p>Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG)</p> <p>Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie)</p> <p>Landschaftsinformationssystem des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p>	<p>Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die biologische Vielfalt,</li> <li>- Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes einschl. der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie</li> <li>- die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der</li> <li>- Erholungswert</li> </ul> <p>von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind. Der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft.</p> <p>Ziel ist es, zur Sicherung der Artenvielfalt durch die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen im europäischen Gebiet der Mitgliedstaaten, für das der Vertrag Geltung hat, beizutragen.</p> <p>Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.</p>
<b>Fläche</b>	<p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)</p>	<p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen soll mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden sparsam umgegangen werden.</p> <p>Die Funktion des Bodens ist zu sichern oder wiederherzustellen. Ziel ist hierbei insbesondere der langfristige Schutz des Bodens hinsichtlich seiner Funktion im Naturhaushalt als Lebensgrundlage und -raum für Menschen, Tiere, Pflanzen, als Bestandteil des Naturhaushaltes mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen, als Ausgleichsmedium für stoffliche Einwirkungen, als Archiv für Natur- und Kulturgeschichte, als Standort für Rohstofflagerstätten, für land- und forstwirtschaftliche sowie siedlungsbezogene und öffentliche Nutzungen. Der Boden ist vor schädlichen Bodenveränderungen zu schützen, sowie die Sanierung von schädlichen Bodenveränderungen ist zu fördern. (BBodSchG).</p>
<b>Boden</b>	<p>Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p>	<p>Ziele des Bodenschutzgesetzes sind:</p> <p>1. Der langfristige Schutz des Bodens hinsichtlich seiner Funktionen im Naturhaushalt, insbesondere als:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Lebensgrundlage und -raum für Menschen, Tier und Pflanzen, Bestandteil des Naturhaushalts mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen,</li> </ul>



Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausgleichsmedium für stoffliche Einwirkungen (Grundwasserschutz),</li> <li>- Archiv für Natur- und Kulturgeschichte, als Standort für Rohstofflagerstätten, für land- und forstwirtschaftliche sowie siedlungsbezogene und öffentliche Nutzungen.</li> </ul> <p>2. Der Schutz des Bodens vor schädlichen Bodenveränderungen, das Treffen von Vorsorgeregulungen gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen und die Förderung der Sanierung schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten</p> <p>3. Der sparsame und schonende Umgang mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden.</p> <p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen soll mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden sparsam umgegangen werden.</p>
<b>Wasser</b>	<p>Wasserhaushaltsgesetz (WHG)</p> <p>Landeswassergesetz (LWG NRW)</p> <p>EU-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL)</p> <p>Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG NRW)</p> <p>Baugesetzbuch</p> <p>Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrW-/AbfG)</p>	<p>Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und deren Bewirtschaftung zum Wohl der Allgemeinheit und zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktionen.</p> <p>Oberflächengewässer und das Grundwasser sind als Bestandteile des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu sichern und zu entwickeln. Die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie 2000 verfolgt das Ziel, die Gewässer bis 2027 in einen „guten ökologischen Zustand“ bzw. einen „guten mengenmäßigen Zustand“ zu bringen und diesen zu erhalten.</p> <p>Ziel der Wasserwirtschaft ist der Schutz der Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen und die sparsame Verwendung des Wassers sowie die Bewirtschaftung von Gewässern zum Wohl der Allgemeinheit.</p> <p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere der sachgerechte Umgang mit Abfällen zu berücksichtigen.</p> <p>Förderung der Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen und zur Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen</p>
<b>Luft</b>	<p>Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)</p> <p>Landesimmissionsschutzgesetz NRW</p> <p>TA Luft, VDI 3471 u. 3472, GIRL 22., 33 u. 39 BImSchV</p> <p>Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p>	<p>Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnlichen Erscheinungen).</p> <p>Bei der Errichtung von Anlagen ist Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen zu treffen. Der Stand der Technik ist einzuhalten, soweit dies im Einzelfall nicht einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordert.</p> <p>Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen und der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen</p> <p>Erfassung, Bewertung und Beurteilung der Erheblichkeit von Geruchsbelästigung</p> <p>Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere der Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität, in denen die durch die Rechtsverordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaft festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht</p>

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
	<p>16. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz (16.BImSchV)</p> <p>18. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz (18.BImSchV)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>DIN 18005 Schallschutz im Städtebau</p> <p>Hinweise zur Bemessung u. Beurteilung von Lichtimmissionen (LAI)</p>	<p>überschritten werden.</p> <p>Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche (TA Lärm), Schutz der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Verkehrsgeräusche.</p> <p>Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Sportanlagen (18. BImSchV)</p> <p>Nach § 5 (1) des Baugesetzbuches sind bei der Bauleitplanung u. a. die Belange des Umweltschutzes und damit, als Teil des Immissionsschutzes, auch der Schallschutz zu berücksichtigen. Nach § 50 des Bundesimmissionsschutzgesetzes sind die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete soweit wie möglich vermieden werden. Nach diesen gesetzlichen Anforderungen ist es geboten, den Schallschutz soweit wie möglich zu berücksichtigen; er hat gegenüber anderen Belangen einen hohen Rang, jedoch keinen Vorrang (DIN 18005)</p> <p>Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Lichtemissionen, wenn sie nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder für die Nachbarschaft herbeizuführen ("Hinweise zur Bemessung u. Beurteilung von Lichtimmissionen")</p>
<b>Klima</b>	<p>Bundesimmissionsschutzgesetz Landesimmissionsschutzgesetz TA Luft</p> <p>Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>Klimaschutzgesetz NRW</p> <p>Bundeswaldgesetz (BWaldG) Landesforstgesetz NRW (LForstG NRW)</p> <p>Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)</p>	<p>siehe Schutzgut Luft</p> <p>Natur und Landschaft sind so zu schützen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes,</li> <li>- die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter auf Dauer gesichert sind.</li> </ul> <p>Bauleitpläne sollen dazu beitragen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere in der Stadtentwicklung, zu fördern.</p> <p>Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.</p> <p>Erhaltung und erforderlichenfalls Mehrung des Waldes wegen seines wirtschaftlichen Nutzens und seiner Bedeutung für die Umwelt insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung.</p> <p>Die Forstwirtschaft soll im Hinblick auf die Bedeutung des Waldes für die Umwelt, insbesondere des Klimas, die Reinhaltung der Luft, den Wasserhaushalt, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild und die Erholung der Bevölkerung sowie seines volkswirtschaftlichen Nutzens sachkundig betreut, nachhaltig gefördert und durch Maßnahmen der Strukturverbesserung gestärkt werden.</p> <p>Zweck des EEG ist es, insbesondere im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung</p>

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
		langfristiger externer Effekte zu verringern, Natur und Umwelt zu schützen, einen Beitrag zur Vermeidung von Konflikten um fossile Energieressourcen zu leisten und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien zu fördern.
<b>Landschaft</b>	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG NRW)  Landschaftsplan	Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind.</li> </ul> Der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft.  Der Planbereich liegt nicht innerhalb eines rechtskräftigen Landschaftsplanes.
<b>Biologische Vielfalt</b>	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)  Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG NRW)  Richtlinie 92/43 des Rates vom 21.05.1992	Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass <ul style="list-style-type: none"> <li>- die biologische Vielfalt,</li> <li>- Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes einschl. der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie</li> <li>- die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft</li> </ul> auf Dauer gesichert sind. Der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft.
<b>Mensch und seine Gesundheit</b>	Baugesetzbuch (BauGB)  Technische Anleitung Lärm (TA-Lärm);  Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG / diverse Ausführungsverordnungen)  DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau)  Hinweise zur Bemessung u. Beurteilung von Lichtimmissionen (LAI)	Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln.  Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge.  Als Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse für die Bevölkerung ist ein ausreichender Schallschutz notwendig, dessen Verringerung insbesondere am Entstehungsort, aber auch durch städtebauliche Maßnahmen in Form von Lärmvorsorge und -minderung bewirkt werden soll.  Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Lichtemissionen, wenn sie nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder für die Nachbarschaft herbeizuführen ("Hinweise zur Bemessung u. Beurteilung von Lichtimmissionen").

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
<b>Bevölkerung</b>	<p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>Technische Anleitung Lärm (TA-Lärm);</p> <p>Bundesimmissionsschutz-gesetz (BImSchG / diverse Ausführungsverordnungen)</p> <p>DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau)</p>	<p>Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln.</p> <p>Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge.</p> <p>Als Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse für die Bevölkerung ist ein ausreichender Schallschutz notwendig, dessen Verringerung insbesondere am Entstehungsort, aber auch durch städtebauliche Maßnahmen in Form von Lärmvorsorge und -minderung bewirkt werden soll.</p>
<b>Kulturgüter / kulturelles Erbe / Sachgüter</b>	<p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)</p> <p>Denkmalschutzgesetz NRW (DSchG NRW)</p> <p>Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)</p>	<p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter zu berücksichtigen.</p> <p>Historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern sind vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren.</p> <p>Bau- und Bodendenkmäler sind zu schützen, zu pflegen, sinnvoll zu nutzen und wissenschaftlich zu erforschen. Sie sollen der Öffentlichkeit im Rahmen des Zumutbaren zugänglich gemacht werden.</p> <p>Schutzgüter im Sinne des Gesetzes sind u.a. Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter. Lage innerhalb des landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ mit kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkern sowie des linienhaft bedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 22.08 „Brüderstraße“</p>
<b>Erneuerbare Energien und sparsame effiziente Nutzung von Energie</b>	Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)	<p>Zweck des EEG ist es, insbesondere im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, Natur und Umwelt zu schützen, einen Beitrag zur Vermeidung von Konflikten um fossile Energieressourcen zu leisten und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien zu fördern.</p>
<b>Auswirkungen schwerer Unfälle oder Katastrophen</b>	<p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)</p> <p>UVP-Richtlinie, Richtlinie 2012/18/EU (Seveso III-Richtlinie)</p>	<p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie zu berücksichtigen.</p> <p>Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter sind vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen ist vorzubeugen.</p> <p>Sicherung der Umweltverträglichkeit bei öffentlichen und privaten Projekten, die möglicherweise erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben.</p> <p>Bestimmungen für die Verhütung schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen und für die Begrenzung der Unfallfolgen für die</p>

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
		menschliche Gesundheit und die Umwelt fest, um auf abgestimmte und wirksame Weise in der ganzen Union ein hohes Schutzniveau zu gewährleisten (Richtlinie 2012/18/EU).

In folgenden übergeordneten Plänen und Programmen sowie informellen Planungen werden Zielaussagen zum Plangebiet getroffen:

#### Landesentwicklungsplan

Der Geltungsbereich ist im Landesentwicklungsplan NRW 2019 als Siedlungsraum inklusive großflächiger Infrastruktureinrichtungen dargestellt.

#### Regionalplan

Der Regionalplan Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen, stellt das Plangebiet als Allgemeinen Siedlungsbereich dar.

#### Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen wird der bestehende Krankenhausstandort überwiegend als Fläche des Gemeinbedarfs mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ dargestellt. Teilbereiche der Bebauung an der Nordstraße/Elisabethstraße sind als Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Die Bebauung an der Friedrichstraße und die Bebauung im Bereich der Gärtnerei sind als Mischgebiet dargestellt.

Die Darstellungen des FNP entspricht im Grunde den Entwicklungszielen des BP Nr. 419. Es existieren nur geringfügige Abweichungen.

Der FNP wird im Parallelverfahren geändert und mit den Darstellungen „sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Klinik“ angepasst. Die landesplanerische Anpassungsbestätigung gem. § 34 Landesplanungsgesetz liegt mit Datum vom 28.03.2019 vor.

#### Bebauungsplan

Für den zentralen Bereich des Plangebietes liegt derzeit kein Bebauungsplan (BP) vor. Der BP Nr. 13a „Gartenstraße/Friedrichstraße“ mit Festsetzungen entlang der Friedrichstraße wurde im Juli 2017 aufgehoben.

### Besonders oder streng geschützte Arten

Konkrete Hinweise bzw. Angaben über das Vorkommen „besonders / streng geschützter Arten“ gemäß Anlage 1 Sp. 2 und 3 BArtSchV, EU-ArtenschutzVO Anhang A und B, Arten der EU-VRL Anhang I und FFH-RL Anhang IV im Änderungsbereich, die ggf. durch das Planvorhaben gestört bzw. deren Wohn-, Nist-, Brut- oder Zufluchtsstätten durch das Vorhaben zerstört werden könnten, liegen vor.

In der parallel durchgeführten Artenschutzrechtlichen Prüfung (ASP) gemäß § 44 BNatSchG wird geprüft, ob für die sog. „planungsrelevanten Arten“, die im Einwirkungsbereich des Planvorhabens potenziell auftreten könnten, der Fortbestand der lokalen Population einer Art gewährleistet ist bzw. nicht erheblich beeinträchtigt wird und die ökologische Funktion von Lebensstätten gesichert wird. Eine Erfassung von Fledermäusen im Untersuchungsraum wurde im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausgutachterin Schmidt-Fasel durchgeführt.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass erhebliche Beeinträchtigungen von planungsrelevanten Arten (sowie sonstiger Vogelarten) aufgrund des Abrisses von mehreren Gebäuden bei Umsetzung von Vermeidungs-, Minderungs, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen voraussichtlich auszuschließen sind. Zudem ist die Fällung von Gehölzstrukturen zur Vermeidung eines Verstoßes gegen das Tötungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG zum Schutz der Niststätten besonders geschützter Vogelarten ausschließlich außerhalb der Hauptbrutzeit im Zeitraum von Mitte November bis Ende Februar durchzuführen.

### Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls (UVPg)

Das Plangebiet umfasst eine Fläche von ca. 3,0 ha (30.000 m<sup>2</sup>). Unter Annahme einer Grundflächenzahl von 0,8 (Obergrenze gemäß § 17 BauNVO für Baugebiete) können maximal 24.000 m<sup>2</sup> versiegelt (überbaut) werden. Der Schwellenwert von 20.000 m<sup>2</sup> bis weniger als 100.000 m<sup>2</sup> Grundfläche bezieht sich nach Anlage 1 zum UVPg, Nr. 18.8 auf den Bau eines Vorhabens der in den Nummern 18.1 bis 18.7 genannten Art. Nach Anlage 1 zum UVPg, Nr. 18.8 ist für den Bau eines Vorhabens der in den Nummern 18.1 bis 18.7 genannten Art, soweit der jeweilige Prüfwert für die Vorprüfung erreicht oder überschritten wird und für den in sonstigen Gebieten ein Bebauungsplan aufgestellt, geändert oder ergänzt wird, eine allgemeine Vorprüfung durchzuführen. Die Vorprüfung wurde von HKR Stephan Müller Landschaftsarchitekten im August 2018 erstellt.

### Verkehrsuntersuchung

Es wurden Verkehrserhebungen durchgeführt und eine Prognose auf der Grundlage der geplanten Entwicklung des Quartiers durchgeführt. Als Ergebnis liegt vor, dass die neue Zufahrt über die Nordstraße zur bestehenden Tiefgarage zu einer Mehrbelastung führt, welche in der Friedrichstraße einen Teilrückbau der vorhandenen Verkehrsberuhigung sowie der Stellplätze erforderlich macht. In der Elisabethstraße sind die Veränderungen der Verkehrsbelastung als unerheblich einzuschätzen. In der Kampenstraße wird es zu einer Reduzierung der Verkehrsbelastung im Eingangsbereich des Krankenhauses kommen.

### Schalltechnisches Gutachten

Aufgrund der Überschreitung der schalltechnischen Orientierungswerte im Bereich des nördlichen und westlichen Randes des Plangebietes ist es erforderlich Schallschutzmaßnahmen im Bebauungsplan festzusetzen.



#### Kulturdenkmale/Kulturlandschaftsbereiche

Der Geltungsbereich liegt im landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ mit einem kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkern.

Der Burgberg von Siegen wird durch die Nikolaikirche, das Obere Schloss und seine Altstadt geprägt. Innerhalb der Stadt verläuft als linienhafter bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich 22.08 die „Brüderstraße“ als frühmittelalterlicher Fernhandelsweg.

#### Altlasten

Eine relevante Vorbelastung des Geltungsbereiches ist nicht bekannt.

#### Kampfmittel

Es ist eine Luftbildauswertung für die Flurstücke 256,255, 257, 455, 546 und 487 der Flur 25, Gemarkung Siegen durchgeführt worden. Mit Schreiben vom 07.10.2010, 08.06.2018 und 19.06.2018 wurde mitgeteilt, dass Bombardierungen festgestellt wurden. Das Sondieren der zu bebauenden Flächen und Baugruben und die Anwendung der Anlage 1 der Technischen Verwaltungsvorschrift für die Kampfmittelbeseitigung im Land Nordrhein-Westfalen (Anlage 1 TVV) im Bereich der Bombardierung wird empfohlen.

#### Baumschutzsatzung

Die Baumschutzsatzung der Stadt Siegen von 2006 (Änderungserlass) schützt Bäume (Laubbäume) mit einem Stammumfang von min. 100 cm und Nadelbäume mit einem Stammumfang ab 120 cm, gemessen auf einer Höhe von 100 cm über Erdboden.

Innerhalb des Plangebietes sind vereinzelt Bäume vorhanden, die den Bedingungen der Baumschutzsatzung unterliegen. Dies betrifft vorrangig die Flächen zwischen ehemaligem Schwesternwohnheim und der Bebauung entlang der Nordstraße. Hier sind einzelne großkronige Laubbäume und Nadelgehölze vorhanden.

In der nachfolgenden Abbildung ist der Baumbestand im Plangebiet dargestellt:

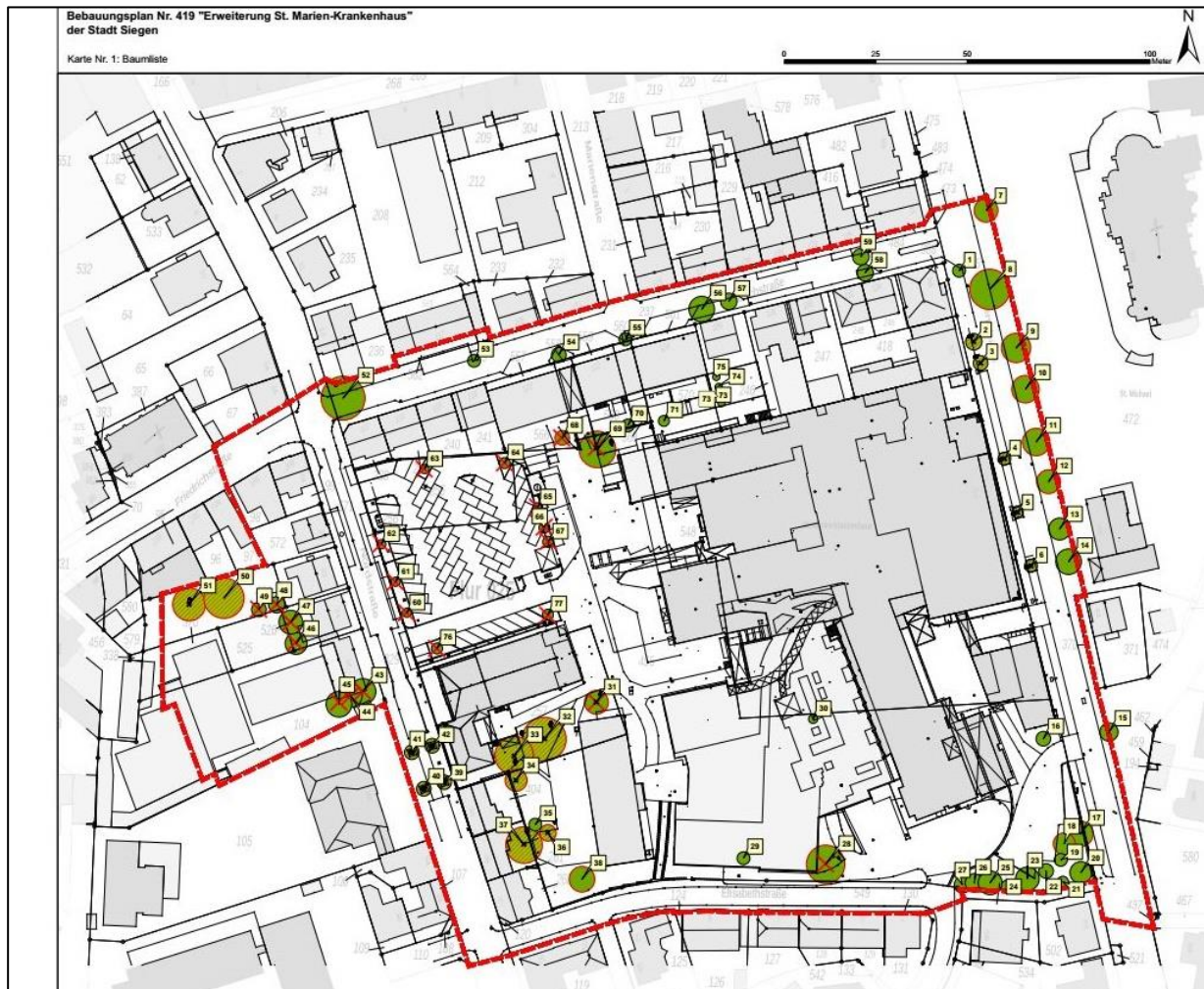


Abb. 3: Baumbestand im Plangebiet

### 3 UMWELTSITUATION, WIRKUNGSPROGNOSE UND MASSNAHMEN

Aus der nachfolgenden Analyse der Umweltauswirkungen ergibt sich die Art und Weise, wie die in Kap. 2 dargelegten Ziele berücksichtigt werden. Dabei ist festzuhalten, dass die Ziele der Fachgesetze einen bewertungsrelevanten Rahmen rein materiell-inhaltlicher Art darstellen, während die Zielvorgaben der Fachpläne über diesen inhaltlichen Aspekt hinaus auch konkrete räumlich zu berücksichtigende Festsetzungen vorgeben.

Die Ziele der Fachgesetze stellen damit gleichzeitig aber auch den Bewertungsrahmen für die einzelnen Schutzgüter dar. So werden beispielsweise bestimmte schutzgutspezifische Raumeinheiten (z.B. Biotope, Bodentypen, Klimatope etc.) auf der Grundlage der jeweiligen gesetzlichen Vorgaben bewertet. Böden mit beispielsweise bedeutungsvollen Funktionen für den Naturhaushalt erfüllen die Vorgaben des Bodenschutzgesetzes in besonderer Weise, d.h. hier existiert ein hoher Zielerfüllungsgrad.

Somit spiegelt sich der jeweilige Zielerfüllungsgrad der fachgesetzlichen Vorgaben auch in der Bewertung der Auswirkungen auf die Umwelt wider, denn je höher die Intensität einer spezifischen Beeinträchtigung des Vorhabens auf ein bedeutungsvolles Schutzgut ist, umso geringer ist die Chance, die jeweiligen gesetzlichen Ziele zu erreichen. Damit steigt gleichzeitig die Erheblichkeit einer Auswirkung, bei Funktionen mit hoher oder sehr hoher Bedeutung immer dann auch über die jeweilige schutzgutbezogene Erheblichkeitsschwelle.

Die Beschreibung der Bestandssituation im Planbereich umfasst die Funktionen, Vorbelastungen und Bedeutung/Empfindlichkeit des jeweiligen Schutzgutes. Die Beurteilung der Bedeutung/Empfindlichkeit erfolgt verbal-argumentativ. Dabei werden vier Stufen der Bedeutung und Empfindlichkeit gegenüber Auswirkungen des Planvorhabens unterschieden (keine, geringe, mittlere und hohe Bedeutung und Empfindlichkeit).

Ebenso erfolgt die Beurteilung der möglichen Umweltauswirkungen verbal argumentativ. Es werden vier Stufen der Betroffenheit bzw. Erheblichkeit von Umweltauswirkungen unterschieden (keine erheblichen, erhebliche, teilweise erhebliche, keine Betroffenheit). Bei der Beurteilung der Umwelterheblichkeit ist insbesondere die Ausgleichbarkeit der ermittelten nachteiligen Umweltauswirkungen ein wichtiger Indikator. Nicht ausgleichbare Auswirkungen, wie z.B. die dauerhafte Bodenversiegelung schutzwürdiger Böden bei gleichzeitig fehlenden Entsiegelungsmöglichkeiten, werden grundsätzlich als erheblich eingestuft.

Bei der Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen werden nachfolgende Angaben für jedes Schutzgut berücksichtigt:

#### **Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung**

Es wird zunächst eine Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustandes, einschließlich der Umweltmerkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden, beschrieben (Basisszenario). Dem folgt eine Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung, soweit diese Entwicklung gegenüber dem Basisszenario mit zumutbarem Aufwand auf der Grundlage der verfügbaren Umweltinformationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen abgeschätzt werden kann.

## **Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung**

Die Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung; soweit möglich, insbesondere die möglichen erheblichen Auswirkungen während der Bau- und Betriebsphase der geplanten Vorhaben auf die Belange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a-i BauGB.

### **3.1 Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt**

#### **Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung**

Auf Grundlage der Ziele und Grundsätze des BNatSchG sind Tiere und Pflanzen als Bestandteil des Naturhaushaltes in ihrer natürlichen und historisch gewachsenen Artenvielfalt zu schützen. Hierzu zählt auch die biologische Vielfalt (Biodiversität), die nach dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt als „Variabilität unter lebenden Organismen jeglicher Herkunft, (...)“ definiert ist (BMU, 2007). Diese umfasst die Vielfalt innerhalb der Arten und zwischen den Arten und die Vielfalt der Ökosysteme. Die Erhaltung der biologischen Vielfalt umfasst den Schutz und die nachhaltige Nutzung. Die Lebensräume von Tieren und Pflanzen sowie die sonstigen Lebensbedingungen sind zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und, soweit erforderlich, nach Eingriffen wiederherzustellen.

Die Erfassung der Nutzungs- und Biotopstrukturen sowie der Bäume erfolgte im Rahmen einer Begehung des Plangebietes im August 2018. Die Kartierung erfolgte nach der auf Grundlage der ökologischen Bewertung nach der Numerischen Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV).

Der Geltungsbereich ist überwiegend anthropogen geprägt und er weist einen hohen Versiegelungsgrad auf. Kleinflächig sind im Bereich der Stellplätze und der Zufahrten Ziergehölzflächen mit z.T. jungen Baumanpflanzungen vorhanden. Das Gärtneireigelände wird durch insbesondere Gewächshäuser geprägt. Eine Blutbuche (*Fagus sylvatica* „Atropunicea“) sowie eine Hängebuche (*Fagus sylvatica* „Pendula“) starken Baumholzalters stocken auf dem Gelände. Zwei Baumgruppen mittleren bis starken Baumholzalters mit u.a. Winter-Linden (*Tilia cordata*) und einer Säulen-Eiche (*Quercus robur* „Fastigiata“) sind westlich der Krankenpflegeschule erhaltenswert. Neben Neuanpflanzungen sind Winter-Linden (*Tilia cordata*) und Sommer-Linden (*Tilia platyphyllos*) mittleren bis starken Baumholzalters, Berg-Ahorn (*Acer pseudoplatanus*) mittleren bis starken Baumholzalters, Blutbuchen (*Fagus sylvatica* *purpurea*) starken Baumholzalters, Zedern (*Cedrus atlantica* „Glauc“) mittleren Baumholzalters und Eschen (*Fraxinus excelsior*) mittleren Baumholzalters auf dem Krankenhaushausgelände mit insgesamt mittlerer ökologischer Wertigkeit vertreten. Die kleinen Grünflächen werden durch Scherrasen, Stauden und Ziergehölze geprägt. Das Parkdeck weist eine intensive Dachbegrünung mit Einzelbäumen, Scherrasen und überwiegend Ziergehölzen auf.

Im Rahmen der artenschutzrechtlichen Beurteilung des Planvorhabens gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG erfolgt eine artenschutzfachliche Risikoeinschätzung der im Quadranten 1 im Messtischblatt 5114 „Siegen“ aufgeführten planungsrelevanten Arten für die Lebensraumtypen „Kleingehölze, Alleen, Bäume, Hecken“, „Gärten, Parkanlagen, Siedlungsbrachen“ und Gebäude“. Insgesamt können 12 Säugetierarten und 21 Vogelarten potenziell vorkommen (potenzielle Brut-, Nahrungs-, Fortpflanzungs- und Ruhestätten).

Darüber hinaus lagen Informationen seitens der Stadt Siegen vor, dass das Krankenhausgelände eine besondere Bedeutung für Fledermäuse hat. Im Juni/Juli 2018 wurden deshalb Fledermauserfassungen durchgeführt.

Als Ergebnis der Fledermauserfassungen wurde festgestellt, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für die *Zwergfledermaus* und den *Großen Abendsegler* darstellt. Als weitere Arten wurden die *Mückenfledermaus*, *Kleiner Abendsegler*, *Wasserfledermaus*, *Breitflügelfledermaus* und die *Zweifarbflledermaus* kartiert. Im Rahmen der Untersuchungen wurden keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere nachgewiesen.

Das Plangebiet hat insgesamt eine geringe bis mittlere Bedeutung für das Schutzgut Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt.

Bei Nichtdurchführung der Planung werden die bisherigen Nutzungen beibehalten.

### **Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung**

Für die Erweiterung des Krankenhausgeländes und der Neubauten werden insbesondere anthropogen überprägte, zum größten Teil schon versiegelte Flächen dauerhaft in Anspruch genommen. Die neuen Baukörper werden so angeordnet, dass vorhandener prägender Baumbestand mittleren und starken Baumholzalters südlich des Instituts der Immunologie und auf dem Gärtneriegelände weitestgehend erhalten werden kann. Vorhandener prägender Baumbestand in der Nordstraße, im Bereich der Schule sowie der Baumbestand in der Friedrichstraße und Kampenstraße wird ebenso erhalten. Es kommt zur dauerhaften Inanspruchnahme von Ziergehölzen, Scherrasen und max. 10 Einzelbäumen jungen Baumholzalters, die zur Eingrünung des Krankenhausgeländes angepflanzt wurden sowie von insgesamt 12 Bäumen mittleren bzw. starken Baumholzalters. Der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters ist als erheblich einzustufen. Bei Abriss des Parkdecks entfällt die Dachbegrünung mit Scherrasen, Ziergehölzen (Patientengarten) sowie ein Baum mittleren Baumholzalters. Im Bereich der Gärtnerei sind vor allem versiegelte Gewächshausflächen und Einzelbäume betroffen.

Es werden 7 Laub- und Nadelbäume gefällt, die gemäß der Baumschutzsatzung der Stadt Siegen geschützt sind (s. Karte Nr. 1: Baumliste). Es ist ein Ausgleich von insgesamt 11 standortgerechten, einheimischen Laubbäumen mit einem Mindeststammumfang von 16 – 18 cm nachzuweisen.

Die Eingriffsbilanzierung (s. Kap. 4.1) ergibt, dass bei Berücksichtigung der Erhaltungsmaßnahmen durch das Vorhaben ein geringer Verlust von 25 ökologischen Werteinheiten für den Eingriff in die Biotopfunktion entsteht.

Aufgrund des geringen Ausgleichsbedarfs sollte auf die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen verzichtet werden.

Nach einem Abriss des Instituts der Immunologie und des Gebäudes der Geschäftsführung/Krankenpflegeschule entstehen neue Freiflächen auf jetzt noch versiegelten Parkplatzflächen sowie ein neuer Patientengarten, der als Dachbegrünung auf den Parkdecks wieder angelegt wird.

Für das Vorhaben wurde eine Artenschutzprüfung Stufe I (ASP I) durchgeführt. Durch den Abriss von maximal 6 Baukörpern (3 Dachstühle), 2 Gewächshäusern und einem Parkhaus war zunächst nicht auszuschließen, dass Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermausarten betroffen sind. Darüber hinaus ist die Fällung von ca. 12 Einzelbäume mittleren bis starken Baumholzalters (u.a. Blutbuche, Berg-Ahorn, Hänge-Buche, Sommer-Linde, Winter-Linde) bedeutsam. Die Gehölzstrukturen können Teilhabitate für planungsrelevante Tierarten (Fledermäuse, Vögel) darstellen.

Da bei Abriss der Gebäude und bei Fällung von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters ein Verlust von Tagesquartieren nicht gänzlich ausgeschlossen werden konnte, sind gemäß des Fachbeitrags Artenschutz Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen umzusetzen.

Abschließend ist festzustellen, dass unter Berücksichtigung oben aufgeführten Maßnahmen das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten ausgeschlossen werden kann. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht.

**Zusammenfassende Beurteilung:** Mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ kommt es zu tlw. erheblichen Umweltauswirkungen, da der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters als erheblich einzuschätzen ist.

### **Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung, zum Erhalt, zur Kompensation und zur Optimierung**

- **V 1** – Abrissbeschränkung
- **V 2** – Beschränkung der Rodungszeit
- **V 3** – Umweltbaubegleitung
- **V 4** – Beleuchtung
- **E 1** – Erhalt von Einzelbäumen
- **O 1** – Neuschaffung von Spaltenquartieren



### 3.2 Fläche

#### Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Zur Bewertung des Schutzgutes Fläche sind im Rahmen der Umweltprüfung qualitative und quantitative Aspekte bzgl. der Flächeninanspruchnahme zu untersuchen.

Als Parameter für den Flächenverbrauch sind u.a. die Neuversiegelung, die Nutzungsumwandlung, die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen sowie die potentielle Zerschneidung bzw. Fragmentierung von Schutzgebieten zu beurteilen.

Ca. 80% des Krankenhausgeländes sind heute bereits versiegelt. Natürlich anstehender Boden ist im Bereich der Überbauung und Versiegelung nicht mehr vorhanden. Der Geltungsbereich des BP Nr. 419 liegt nicht innerhalb von Schutzgebieten. Landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Nutzungen sind nicht betroffen.

Das Plangebiet hat eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Fläche.

Wird die aktuelle Planung nicht umgesetzt, werden die bisherigen Nutzungen weitergeführt. Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

#### Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Die nur geringe Neuversiegelung stark anthropogen überprägter Flächen erfolgt überwiegend innerhalb des vorhandenen Krankenhausgeländes, es erfolgt keine Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen und keine Zerschneidung / Fragmentierung von schutzwürdigen Flächen. Es handelt sich um eine Nachverdichtung im Innenbereich.

**Zusammenfassende Beurteilung:** Für das Schutzgut Fläche sind durch die Aufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ **keine erheblichen, nachteiligen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

### 3.3 Boden

#### Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Gemäß der Bodenkarte NRW im Maßstab 1: 50.000 wird für das Plangebiet überwiegend Braunerde angegeben. Der Boden wird als Wasserspeicher im 2-Meter Raum mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlungsfunktion angegeben. Für einen kleinen Bereich an der Nordstraße wird als Bodentyp Gley-Vega dargestellt. Eine Schutzwürdigkeit ist nicht bewertet. Ca. 80% der Gesamtfläche sind heute bereits versiegelt. Der natürlich anstehende Boden ist im Bereich der Überbauung und Versiegelung nicht mehr vorhanden. In den Bereichen vorhandener kleiner Grünflächen ist das Bodengefüge anthropogen überprägt.

Gemäß des Baugrundgutachten für das geplante Parkhaus beim St. Marien-Krankenhaus in Siegen, Nordstraße 29 des Geotechnischen Büros Norbert Müller, Dr. Wolfram Müller und Partner, 2009 wurden unter der Oberflächenbefestigung Auffüllungen mit überwiegend Kalksteinschotter bzw. Bauschutt, Schlacke etc. bis in eine Tiefe von 1,8 m, darunter bereichsweise steiniger Lehm, lehmiger Gesteinsschutt / Schotter und verwitterter Schiefer auf dem vorhandenen Krankenhausbauengelände erbohrt.

Das Plangebiet hat eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Boden.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

### **Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung**

Die Böden im Plangebiet weisen eine hohe Vorbelastung durch Versiegelung (Baukörper, Stellplatzflächen etc.) auf. Im Bereich der kleinen Grünflächen ist von anthropogen überprägten Böden auszugehen. Natürlich anstehender Boden ist innerhalb des Geltungsbereiches nicht vorhanden. Es wird nur marginal anthropogen veränderter Boden zusätzlich überbaut und versiegelt.

Es ist nachgewiesen, dass das gesamte Plangebiet innerhalb eines Bombenabwurfgebietes des 2. Weltkrieges liegt. Infolge Luftbilddauswertung wurden Bombardierungen nachgewiesen. Bei baubedingten erheblichen Bodeneingriffen im Bereich der kampfmittelbelasteten Fläche (> 0,70 m) ist eine Oberflächendetektion erforderlich. Es wird als erforderlich angesehen, eine systematische Messwertaufnahme für die zu bebauenden Flächen und Baugruben durchzuführen. Es ist das „Merkblatt vorbereitender Maßnahmen zur Oberflächensondierung“ zu berücksichtigen. Die Anwendung der Anlage 1 der Technischen Verwaltungsvorschrift für die Kampfmittelbeseitigung wird empfohlen. Im Falle eines Bodeneingriffes wird um vorherige rechtzeitige Rücksprache mit der Ordnungsverwaltung der Stadt Siegen gebeten.

**Zusammenfassende Beurteilung:** Für das Schutzgut Boden sind durch die Aufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ **keine erheblichen, nachteiligen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

### **Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung, zum Erhalt und zur Kompensation**

- **V allgemein - Boden**

### 3.4 Wasser

#### Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

##### Grundwasser

Nennenswerte Grundwasservorkommen liegen nicht vor. Ein Gutachten des Geotechnischen Büros Norbert Müller, Dr. Wolfram Müller und Partner, kam 2009 zu dem Ergebnis, dass der Grundwasserspiegel bei ca. 3,2 m – 4,1 m unter dem jeweiligen Gelände nach einer längeren Trockenperiode lag. Jedoch sollte berücksichtigt werden, dass wegen der Tallage und der Nähe zur Sieg (ca. 200 m) der Wasserspiegel sehr schwankend ist, so dass aufgrund einer langen winterliche Trockenperiode von einem Wasserstand von 2 m über dem obengenannten Wasserspiegel ausgegangen werden sollte. Aufgrund der vorhandenen Lehmschicht kann es zur Bildung von Stau- und Schichtenwasser kommen.

##### Oberflächengewässer

Im Plangebiet sind keine Oberflächengewässer vorhanden.

Das Plangebiet hat eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Wasser.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

#### Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Aufgrund der geringen Neuversiegelung des Bodens infolge der geplanten Bebauung kommt es zu keiner erheblichen Erhöhung des Oberflächenabflusses und zu keiner erheblichen Verminderung der Grundwasserneubildungsrate durch zusätzliche Überbauung.

Erhebliche Auswirkungen auf das Grundwasser sind nicht gänzlich auszuschließen. Potentielle baubedingte Umweltauswirkungen des Grundwassers (Verschmutzungen mit z.B. Kraftstoffe) durch einen bauseitigen Grundwasseranschnitt sind mittels Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen im weiteren Planverfahren während des Baubetriebs auszuschließen.

Die Ableitung des Oberflächen- und Schmutzwassers erfolgt über die vorhandenen Kanäle.

Zusammenfassende Beurteilung: Im Hinblick auf das Schutzgut Wasser sind durch die Aufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ **keine erheblichen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

#### Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung, zum Erhalt und zur Kompensation

- **V allgemein** - Wasser

### **3.5 Klima / Anfälligkeit des geplanten Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels / Luft**

#### **Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung**

Der ozeanisch bestimmte Klimaeinfluss prägt auch die klimatischen Verhältnisse im Untersuchungsraum. Kennzeichnend ist ein regenreiches und mäßig kühles Mittelgebirgsklima, mit ca. 1.000 - 1.100 mm Jahresniederschlag, mittlerer Temperatur von 0 bis 1° C im Januar und einer Julitemperatur von 17 - 18° C. Die durchschnittliche jährliche Lufttemperatur liegt bei ca. 8 bis 9° C. Das Wettergeschehen wird überwiegend durch die vorherrschende Westwindströmung geprägt. Im Plangebiet sind daher West-Südwest-Windlagen mit mittleren Windgeschwindigkeiten bestimmend. Im Winter treten zeitweise auch Ost-Südost-Windlagen auf.

Laut Klimatopkarte des LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen) ist das Plangebiet überwiegend dem Stadtklima zuzuordnen.

Unter Klimatopen versteht man räumliche Einheiten, die mikroklimatisch einheitliche Gegebenheiten bzgl. der Parameter Flächennutzung, Bebauungsdichte, Versiegelungsgrad, Oberflächenstruktur, Relief und Vegetationsart aufweisen. Im Plangebiet und dessen Umfeld herrscht aufgrund der bestehenden hohen Versiegelung eine weniger günstige thermische Situation. Das Plangebiet liegt nicht innerhalb eines Klima-Vorsorgebereichs.

Konkrete Daten zur Luftqualität liegen für den Planbereich nicht vor. Um die Auswirkungen von Emissionen aus dem Vorhabenbereich beurteilen zu können, wäre die Erstellung von Spezialgutachten erforderlich, die den für die Erstellung dieses Fachbeitrags zumutbaren Aufwand deutlich übersteigen würden.

Konkrete Aussagen zu den Auswirkungen von Emissionen können daher nicht getroffen werden. Das Plangebiet hat eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Klima / Anfälligkeit des geplanten Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimas und Luft.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

#### **Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung**

Die Zunahme versiegelter und befestigter Flächen bewirkt die Einschränkung der Produktion von Frisch-/Kaltluft. Tagsüber kann es zu einer starken Aufheizung kommen, die auch nachts aufgrund der Wärmerückstrahlung anhält. Die Planung sieht ein Sondergebiet „Klinik“ mit einer GRZ von 0,8 vor. Im Plangebiet besteht eine hohe Vorbelastung durch einen hohen Anteil an bereits versiegelten Flächen. Da sich die Versiegelung nur marginal erhöhen wird, wird es nicht zu einer erheblichen Veränderung der lokalklimatischen Verhältnisse kommen.

Die Anfälligkeit des Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels besteht u.a. in steigenden Durchschnittstemperaturen, stärkeren Klimaschwankungen oder häufigeren Extremwetterereignissen.

Die geplante Sonderfläche „Klinik“ liegt nicht in einem gesetzlich festgesetzten bzw. vorläufig gesicherten Überschwemmungsbereich sowie einem Hochwasserrisikobereich. Es kommt zu keiner Inanspruchnahme von Klima-Vorsorgebereichen.

Das Vorhaben trägt nicht erheblich zum Klimawandel bei. Auch führen die Folgen des Klimawandels nicht zu erheblichen nachteiligen Beeinträchtigungen für die Planung.

Angaben zu lufthygienischen Belastungen durch regionale und lokale Emittenten, die zu einer erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit und des Wohlbefindens sowie der Tier- und Pflanzenwelt führen könnten, liegen für das Plangebiet durch die geplanten Festsetzungen nicht vor.

Um die auf das Gebiet einwirkenden Immissionen beurteilen zu können, wurde das Informationssystem „Umweltdaten vor Ort“ (UvO) ausgewertet. Es befinden sich zwei lokale Emittenten im 1.500 m-Radius um das geplante Vorhaben (s. Kap. 6).

**Zusammenfassende Beurteilung:** Im Hinblick auf das Schutzgut Klima/Anfälligkeit des geplanten Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels / Luft sind durch die Aufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ **keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

### 3.6 Landschaft

#### **Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung**

Das Plangebiet liegt im innerstädtischen Bereich von Siegen an der Elisabethstraße, Kampenstraße, Friedrichstraße und Nordstraße.

Der Geltungsbereich ist überwiegend anthropogen geprägt und er weist einen hohen Versiegelungsgrad auf. Kleinflächig sind im Bereich der Stellplätze und der Zufahrten Ziergehölzflächen mit z.T. jungen Baumanpflanzungen vorhanden. Das Gärtnereigelände wird durch Gewächshäuser geprägt. Vereinzelt sind prägende Einzelbäume und Baumgruppen vorhanden.

Das Plangebiet hat insgesamt eine geringe Bedeutung für das Stadtbild bzw. Landschaftsbild. Für die landschaftsorientierte Erholung und die Feierabenderholung der Bevölkerung hat die Fläche keine Bedeutung.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung der Planung nicht erkennbar.

#### **Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung**

Es erfolgt keine zusätzliche Beeinträchtigung des Landschafts-/Stadtbildes durch die Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses. Das Landschafts-/Stadtbild ist im Geltungsbereich von vorne herein stark beeinträchtigt und von anthropogenen Strukturen geprägt. Prägender Baumbestand wird z.T. erhalten, ein Patientengarten sowie eine Grünfläche werden wiederhergestellt bzw. neu gestaltet.

**Zusammenfassende Beurteilung:** Für das Schutzgut Landschafts-/Stadtbild und Erholungseignung sind durch die Aufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ **keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

### **3.7 Mensch, menschliche Gesundheit und Bevölkerung**

#### **Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung**

Für den Menschen sind im Zusammenhang mit der Neuaufstellung des BP Nr. 419 die möglichen Auswirkungen auf das Wohnen, das unmittelbare Wohnumfeld und die wohnumfeldbezogene Aufenthalts- und Erholungsfunktion durch die vorgesehene Nutzung und hiervon ggf. ausgehenden Immissionen (Lärm, Abgase, Gerüche, Stäube etc.) von Bedeutung.

Der Geltungsbereich wird überwiegend durch das vorhandene Krankenhaugelände geprägt. Innerhalb und unmittelbar angrenzend an den Geltungsbereich, befindet sich Mischgebietsbebauung mit einer Gärtnerei. Die Mischgebietsbebauung konzentriert sich auf die Randbereiche des Geltungsbereiches an der Nord- und Friedrichstraße. Innerhalb des Geltungsbereiches sind keine bedeutenden Erholungsflächen vorhanden.

Dem Geltungsbereich kommt eine mittlere Bedeutung im Hinblick auf die Wohnumfeldfunktion und aufgrund der sensiblen Nutzung als Krankenhaus eine hohe Bedeutung bzgl. des Teilschutzgutes „Menschliche Gesundheit zu“. Das Plangebiet ist durch den jetzigen Betrieb des Krankenhauses mit seinen Parkplatz- und Zufahrtsflächen durch Verkehrslärm vorbelastet.

Da der Geltungsbereich bereits heute zu großen Teilen als Krankenhaugelände mit Parkplatzflächen genutzt wird, kommt dem Plangebiet selbst eine geringe Bedeutung im Hinblick auf die Aufenthalts- und Erholungsfunktion zu.

Ein kleiner Patientengarten befindet sich auf dem Dach des Parkhauses. Er wird im Zuge der Erweiterung zunächst entfernt und dann wiederhergestellt. Darüber hinaus ist eine neue Grünfläche geplant.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

#### **Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung**

Mit Realisierung der Planung kommt es baubedingt zu zusätzlichen Belastungen durch Baustellenverkehr in Form von Geräuschemissionen sowie verstärkter Staubentwicklung bei anhaltend trockener Witterung. Diese Beeinträchtigungen können durch die Festlegung von Arbeitszeiten, den Einsatz geräuscharmer Maschinen und Geräte sowie bei Bedarf die Benetzung von Bauflächen mit Wasser bis unter die Erheblichkeitsschwelle minimiert werden.



Bau- und/oder betriebsbedingte Beeinträchtigungen sind in Form eines erhöhten Verkehrsaufkommens möglich. Es wurden Verkehrserhebungen und eine Prognose auf der Grundlage der geplanten Entwicklung des Quartiers durchgeführt (s. HKS Siegen, 2019: Begründung zum BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“). Als Ergebnis liegt vor, dass die neue Zufahrt über die Nordstraße zur bestehenden Tiefgarage zu einer Mehrbelastung führt, welche in der Friedrichstraße einen Teilrückbau der vorhandenen Verkehrsberuhigung sowie der Stellplätze erforderlich macht. In der Elisabethstraße sind die Veränderungen der Verkehrsbelastung als unerheblich einzuschätzen. In der Kampenstraße wird es zu einer Reduzierung der Verkehrsbelastung im Eingangsbereich des Krankenhauses kommen.

Als Ergebnis der schalltechnischen Untersuchung sind aufgrund der Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte im Bereich des nördlichen und westlichen Randes des Plangebietes Schallschutzmaßnahmen festzusetzen. Der Gutachter empfiehlt passiven Schallschutz. Für das gesamte Plangebiet werden für die Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen die Richtlinien nach VDI festgesetzt. Zum Bauantragsverfahren ist ein Schallschutznachweis zum Schutz gegen Außenlärm nach VDI 2719 zu führen. Gemäß DIN 18005 Schallschutz im Städtebau sind die Schutzansprüche der Sondergebiete von der definierten Nutzung abhängig und müssen von der verantwortlichen Kommune definiert werden. Im Sondergebiet Klinik sind insbesondere die Schlaf- und Aufenthaltsräume der Patienten vor Straßenlärm zu schützen.

Zusätzliche negative Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die bestehende Wohnbebauung sind nicht zu erwarten. Bei Umsetzung der obengenannten Maßnahmen ist von keinen erheblichen Umweltauswirkungen auszugehen.

**Zusammenfassende Beurteilung:** Mit der Aufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ sind nach heutigem Erkenntnisstand **keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen** der Wohnfunktion, der Gesundheit des Menschen und der Bevölkerung sowie der Erholungsnutzung verbunden.

### 3.8 Kulturgüter / Kulturelles Erbe /Sachgüter

#### Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Gemäß § 2 ROG sind Kulturlandschaften zu erhalten und zu entwickeln. In ihren prägenden Merkmalen und mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern sind historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschaften zu erhalten.

Der Geltungsbereich liegt im landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ mit einem kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkern. Der Burgberg von Siegen wird durch die Nikolaikirche, das Obere Schloss und seine Altstadt geprägt. Innerhalb der Stadt verläuft als linienhafter bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich 22.08 die „Brüderstraße“ als frühmittelalterlicher Fernhandelsweg.

Als wertgebende Merkmale sind zu nennen:

- Spuren historischen Eisenerzabbaus, Siegerländer Hauberge, eisenzeitliche Wallburganlagen, Hohlwege, Siegener Hecke, mittelalterliche Burganlagen
- Siegen mit dem Burgberg, die Nikolaikirche, das Obere Schloss und seine Altstadt
- „Alter Flecken“ Freudenberg
- Ehemalige Stahlwerke Krupp mit Spitzkegelhalde in Siegen-Geisweid

Die wertgebenden Merkmale liegen nicht innerhalb des Plangebietes und auch nicht im näheren und weiteren Umfeld des Vorhabens. Die Brüderstraße Köln-Siegen verläuft außerhalb des Geltungsbereiches.

An der Kampenstraße befindet sich außerhalb des Geltungsbereiches das Areal der Kirche St. Michael.

Bodendenkmäler gem. § 3 Denkmalschutzgesetz NRW sind innerhalb des Plangebietes und im unmittelbaren Umfeld des Plangebietes nicht vorhanden.

Dem Plangebiet kommt eine mittlere Bedeutung für das Schutzgut Kulturgüter / Kulturelles Erbe und Sachgüter zu.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

### **Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung**

Kultur- und sonstige Sachgüter, die Objekte von gesellschaftlicher Bedeutung und öffentlichem Interesse sind, sowie Bodendenkmäler gem. § 3 Denkmalschutzgesetz NRW sind Plangebiet nicht vorhanden. Das Areal der Kirche St. Michael an der Kampenstraße erfährt keine Veränderungen.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Siegen und dem LWL – Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe gemäß §§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz unverzüglich anzuzeigen.

**Zusammenfassende Beurteilung:** Durch die Aufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ sind **keine erheblichen Umweltauswirkungen** auf das Schutzgut Kulturgüter, Kulturelles Erbe, Sachgüter zu erwarten.

### **3.9 Wechselwirkungen zwischen den Umweltbelangen / Schutzgütern**

Die nach den Vorgaben des BauGB zu betrachtenden Schutzgüter beeinflussen sich gegenseitig in unterschiedlichem Maße. Dabei sind Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sowie Wechselwirkungen aus Verlagerungseffekten und komplexe Wirkungszusammenhänge unter den Schutzgütern zu betrachten. Die auf die Teilsegmente der Umwelt und des Naturhaushaltes bezogenen Auswirkungen treffen somit auf ein stark miteinander vernetztes komplexes Wirkungsgefüge.

Die Einzelbeurteilung der Schutzgüter kommt zu dem Ergebnis, dass die Neuaufstellung des BP Nr. 419 für das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Biologische Vielfalt“ zu teilweise erheblichen Umweltauswirkungen führt.

Sich kumulierende Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern, die eventuell zu einer anderen Erheblichkeitseinstufung bezüglich dieser Schutzgüter führen, sind nicht erkennbar. Zwischen den nicht erheblich beeinträchtigten Schutzgütern kommt es aufgrund des geringen bzw. nicht vorhandenen Beeinträchtigungsgrades nicht zu Wechsel- oder Akkumulationswirkungen untereinander.

### **3.10 Maßnahmen zum Erhalt, Schutz, zur Vermeidung, Minderung und Kompensation und ggf. Überwachung**

Die Belange des Umweltschutzes sind gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB bei der Aufstellung des BP Nr. 419 und in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen. Im Besonderen sind auf der Grundlage der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gem. § 1a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 18 BNatSchG die Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft durch die geplante Bebauung und Erschließung zu beurteilen und Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung, zum Schutz und zur Kompensation zu entwickeln.

Nicht erforderliche Beeinträchtigungen sind durch die planerische Konzeption zu unterlassen bzw. zu minimieren und erhebliche Beeinträchtigungen der Schutzgüter durch Kompensationsmaßnahmen (ökologische und landschaftsgestalterische Aufwertung von Teilflächen) auszugleichen.

Durch folgende allgemeine Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung können die Auswirkungen des Planvorhabens in ihrer Intensität minimiert werden.

#### **Schutzgut Boden**

Vor und während der Bauarbeiten ist schonend mit dem Oberboden zu verfahren (vgl. Gesetz zum Schutz des Bodens vom 17. März 1998; DIN 18300 vom Oktober 1979; Landesbodenschutzgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 09. Mai 2000). Die unnötige Verdichtung, Umlagerung oder Überschüttung von Boden führt zu Störungen des Bodengefüges, mindert die ökologische Stabilität und verändert die Standorteigenschaften in Bezug auf Wasserhaushalt, Bodenleben und Vegetation. Diese Störungen sind möglichst zu vermeiden.

Der Oberboden ist, soweit noch vorhanden, abzutragen, sachgerecht zu lagern und im Bereich der Böschungen und Freiflächen später so wieder aufzubringen, dass kulturfähiges Bodenmaterial nicht in untere Bodenschichten eingebaut wird. Bei Umlagerungen des Bodens ist ein fachgerechter Umgang des Bodens gemäß der DIN 19731 zu berücksichtigen. Versickerungsfähige Oberflächenbefestigungen sind anzustreben.

Zur Vermeidung von überschüssigem Erdmaterial ist vorrangig ein Massenausgleich anzustreben. Dennoch anfallender überschüssiger Bodenaushub ist in rechtlich zulässiger Weise zu verwerten oder auf einer abfallrechtlich zugelassenen Deponie des Kreisgebietes zu beseitigen.

Die untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein ist an künftigen Bauleitplan- und Baugenehmigungsverfahren innerhalb des Plangebietes unbedingt zu beteiligen.

### **Schutzgut Wasser**

Während der Bauarbeiten sind Schutz- und Sicherungsmaßnahmen beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu treffen. Die Lagerung von Kraftstoffen, Ölen sowie das Betanken von Baufahrzeugen und Maschinen sollen auf versiegelten Flächen oder sonstigen gegen Leckagen im Erdreich gesicherten Flächen erfolgen.

Weitere konkrete, planspezifische Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen werden im Folgenden erläutert.

#### **V 1 Abrissbeschränkung**

Der Gebäudeabriss sollte außerhalb der Wochenstuben- und Paarungszeit der Fledermäuse und Brutvögel in der Zeit von Mitte November bis Ende Februar erfolgen, so dass der Verlust von möglicherweise belegten Brut- oder Niststätten von Höhlen bewohnenden Vögeln und Tagesverstecken bzw. Zwischenquartieren von Fledermäusen vermieden werden kann. Vor Abriss der Gebäude sind die Rolladenkästen nach Vorkommen von Zwergfledermäusen zu untersuchen.

#### **V 2 Beschränkung der Rodungszeit**

Die zur Rodung vorgesehenen Gehölze dürfen nur außerhalb der Aktivitätszeit von Fledermäusen und der Brut- und Fortpflanzungszeit von Vögeln entfernt werden (Mitte November bis Ende Februar), so dass der Verlust von möglicherweise belegten Brut- oder Niststätten von Höhlen bewohnenden Vögeln und Tagesverstecken bzw. Zwischenquartieren von Fledermäusen vermieden werden kann.

#### **V 3 Umweltbaubegleitung**

Kann die Beschränkung der Fäll- und Abrisszeit nicht eingehalten werden, so ist alternativ eine Umweltbaubegleitung (UBB) durchzuführen. Im Rahmen der Umweltbaubegleitung stellt eine fachkundige Person im Auftrag des Vorhabenträgers vor der Fällung und des Abrisses der Gebäude sicher, dass bei den vorgesehenen Arbeiten keine Verbotsstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG eintreten, also keine Tiere der potenziell vorkommenden Arten getötet, verletzt oder erheblich gestört werden.

Auch nicht „planungsrelevante Vogelarten“, deren Nester und Brut gem. Art. 5 EU-Vogelschutz-Richtlinie ebenfalls nicht zerstört oder beschädigt werden dürfen, können im Rahmen der Umweltbaubegleitung erfasst und entsprechend behandelt werden. Werden im Rahmen der Umweltbaubegleitung streng oder besonders geschützte Tierarten nachgewiesen, so sind die Fäll- und Abrissarbeiten umgehend zu unterbrechen und das weitere Vorgehen kurzfristig mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein abzustimmen.

#### **V 4 Beleuchtung**

Die Beleuchtung von Grundstücken und des Straßenraumes sollte gemäß der Prämisse ausgerichtet sein: „so wenig Licht wie möglich und so viel wie nötig“. Das Licht sollte nur dorthin strahlen, wo es dringend benötigt wird. LED-Leuchten ist der Vorzug zu geben.

Es sind keine Leuchten im hohen Spektralbereich (320-720 nm) wie Halogenleuchten oder mit Edelgas befüllte Lampen zu verwenden.

## **Erhaltungsmaßnahmen**

### **E 1 Erhalt von Einzelbäumen**

Prägende Einzelbäume mit hoher Bedeutung als Nahrungs- und Jagdhabitat sind zu erhalten.

## **Optimierungsmaßnahmen**

### **O 1 Neuschaffung von Spaltenquartieren**

Da der Verlust von Spaltenquartieren nicht gänzlich auszuschließen ist, wird als funktionaler Ausgleich und als Optimierungsmaßnahme O 1 das Anbringen von zwei Spaltenquartieren pro neues Gebäude empfohlen.

Dem Baubuch Fledermäuse (2000) können Maßnahmenvorschläge entnommen werden, damit sie bei der Bauausführung umgesetzt werden können.

## **3.11 Zusammenfassende Darstellung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen**

Die in Kap. 3.1 bis 3.9 dargestellten Umweltauswirkungen werden unter Berücksichtigung der ökologischen Wirksamkeit der aufgeführten Vermeidungs-, Minderungs- und Erhaltungsmaßnahmen nachfolgend tabellarisch aufgelistet und hinsichtlich ihrer Erheblichkeit beurteilt.

Nach der Beurteilung der Bedeutung/Empfindlichkeit der einzelnen Schutzgüter (s. Kap. 3.1 – 3.9) werden diese mit den voraussichtlichen Auswirkungen des Planvorhabens aggregiert. Bei der Ermittlung der Erheblichkeit (Wirkprognose) werden berücksichtigt:

- die Reichweite der Auswirkungen,
- die Dauer der Auswirkungen und
- die Intensität der Auswirkungen.

Es werden vier Stufen der Betroffenheit bzw. Erheblichkeit von Umweltauswirkungen unterschieden (keine erheblichen, erhebliche, teilweise erhebliche, keine Betroffenheit).

In der folgenden zusammenfassenden schutzgutbezogenen Erheblichkeitsbeurteilung bei Durchführung und Nichtdurchführung der Planung werden die Bedeutung und der Grad der Beeinträchtigung graphisch dargestellt.

Tab. 1: Zusammenfassende schutzgutbezogene Beurteilung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen für die Neuaufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“

Voraussichtliche Auswirkungen des Planvorhabens			
Schutzgut / Thema	Bedeutung / Empfindlichkeit	Mögliche erhebliche Umweltauswirkungen bei Durchführung der Planung	Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung
Biologische Vielfalt, Tiere, Pflanzen, Biotopfunktion	gering - mittel	Teilweise erhebliche Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Fläche	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Boden	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Wasser (GW)	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Wasser (OF)	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Klima / Luft	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Landschaftsbild	gering	keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Mensch / Lärm	mittel-hoch	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Mensch / Erholung	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Erholung (freie Landschaft)	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Kultur- und sonstige Sachgüter	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Wechselwirkungen	keine	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Keine umweltbeeinträchtigenden erheblichen Wechselwirkungen



## 4 EINGRIFFS-AUSGLEICHSBILANZIERUNG

### 4.1 Ermittlung des Eingriffswertes

Die Ermittlung des notwendigen Umfanges der landschaftspflegerischen Ausgleichsmaßnahmen für die unvermeidbaren Eingriffe in die Biotop- und Lebensraumfunktion erfolgt auf Grundlage der ökologischen Bewertung nach der Numerischen Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV). Zunächst wird der Biotopwert des Plangebietes im Ausgangszustand vor dem Eingriff ermittelt. Hierzu wird den Biotoptypen ein Grundwert A zugeordnet, dieser wird mit dem betroffenen Flächenanteil multipliziert. Die ökologische Bewertung wird für das Plangebiet dargestellt.

Biotopwert des Plangebietes im Ausgangszustand:

Tab. 2: Ermittlung des ökologischen Wertes des Plangebietes im Ausgangszustand\*

Code	Biotoptyp	Grundwert A	Fläche in m <sup>2</sup>	Einzelflächenwert In Wertpunkten
1.1	Versiegelte Fläche (Gebäude, Straßen etc.)	0	31.600	0
4.2	Intensive Dachbegrünung	1	1.450	1.450
4.3	Zier- und Nutzgarten mit < 50% heimischen Gehölzen	2	525	1.050
4.5	Intensivrasen, Staudenrabatten, Bodendecker	2	1.850	3.700
7.3	Einzelbaum, nicht lebensraumtypisch, < geringes Baumholz	3	320	960
7.3	Einzelbaum, nicht lebensraumtypisch, geringes bis mittleres Baumholz	4	250	1.000
7.3	Einzelbaum, nicht lebensraumtypisch, starkes bis sehr starkes Baumholz	5	270	1.350
7.4	Einzelbaum, lebensraumtypisch, < geringes Baumholz	5	65	325
7.4	Einzelbaum, lebensraumtypisch, geringes bis mittleres Baumholz	6	305	1.830
7.4	Einzelbaum, lebensraumtypisch, starkes bis sehr starkes Baumholz	7	365	2.555
<b>Gesamtfläche</b>			<b>5.400</b>	
<b>Gesamtflächenwert</b>				<b>14.220</b>

\* Der Straßenbaumbestand wurde bei der Berechnung nicht berücksichtigt, da er erhalten wird.

Im nächsten Schritt wird der ökologische Wert des Plangebietes im Planungszustand ermittelt. Hierbei wird gem. der Numerischen Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW (LANUV) bei Änderung des Biotoptyps der Grundwert P herangezogen. Der Grundwert P stellt den Wert eines Biotops 30 Jahre nach Neuanlage dar.

Biotopwert des Plangebietes im Planungszustand:

Tab. 3: Ermittlung des ökologischen Wertes des Plangebietes im Planungszustand

Code	Biototyp	Grundwert P	Fläche in m²	Einzelflächenwert in Wertpunkten
<b>Gewerbegebiet (GE) GRZ 0,8, 80%</b>				
1.1	<b>Verkehrsflächen</b> Versiegelte Fläche (Straßen etc.)	0	<b>8.100</b> 8.100	0
1.1	<b>Sondergebiet,</b> davon entfallen: Sondergebiet, (0,8 / 1,0), überbaubar	0	<b>28.900</b> 23.120	0
4.5	<b>Sondergebiet,</b> <b>nicht überbaubar</b> davon entfallen: Sondergebiet, (0,20), davon entfallen: Intensivrasen, Staudenrabatten, Boden- decker	2	<b>28.900</b>  5.780 4.795	   9.590
7.3	Einzelbaum, nicht lebensraumtypisch, < geringes Baumholz	3	320	960
7.3	Einzelbaum, nicht lebensraumtypisch, geringes bis mittleres Baumholz	4	155	620
7.3	Einzelbaum, nicht lebensraumtypisch, starkes bis sehr starkes Baumholz	5	195	975
7.4	Einzelbaum, lebensraumtypisch, < geringes Baumholz	5	5	25
7.4	Einzelbaum, lebensraumtypisch, geringes bis mittleres Baumholz	6	145	870
7.4	Einzelbaum, lebensraumtypisch, starkes bis sehr starkes Baumholz	7	165	1.155
<b>Gesamtfläche</b>			<b>37.000</b>	
<b>Gesamtflächenwert</b>				<b>14.195</b>

Aus der Differenz zwischen Ausgangszustand und Planungszustand ergibt sich für das gesamte Plangebiet folgende Bilanz:

Ökologischer Wert Ausgangszustand: - 14.220 Wertpunkte  
Ökologischer Wert Planungszustand: +14.195 Wertpunkte  
 Bilanz (Planungszustand - Ausgangszustand): - 25 Wertpunkte

Die Bilanzierung ergibt, dass bei Berücksichtigung der Erhaltungsmaßnahmen durch das Vorhaben ein geringer Verlust von 25 ökologischen Werteinheiten für den Eingriff in die Biotopfunktion entsteht.

Die Böden im Plangebiet weisen eine hohe Vorbelastung durch Versiegelung (Baukörper, Stellplatzflächen etc.) auf. Im Bereich der kleinen Grünflächen ist von anthropogen überprägten Böden auszugehen. Natürlich anstehender Boden ist innerhalb des Geltungsbereiches nicht vorhanden. Es wird nur marginal anthropogen veränderter Boden zusätzlich überbaut und versiegelt. Es ist für den Eingriff in den anthropogenen Boden kein Ausgleich erforderlich.

## **5 BERÜCKSICHTIGUNG DER ANFÄLLIGKEIT DES VORHABENS FÜR SCHWERE UNFÄLLE UND KATASTROPHEN**

Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sind für eine bestimmte Nutzung vorgesehene Flächen einander so zuzuordnen, dass neben schädlichen Umwelteinwirkungen insbesondere auch von schweren Unfällen i.S.d. Artikels 3 Nr. 13 der Seveso-III Richtlinie (sog. Störfälle) hervorgerufene Auswirkungen auf schutzwürdige Gebiete/Nutzungen, Hauptverkehrswege etc. soweit wie möglich vermieden werden. Konkret bedeutet dies, dass im Rahmen der Bauleitplanung angemessene Sicherheitsabstände zwischen Betriebsbereichen und schutzbedürftigen Gebieten/Nutzungen einzuhalten sind.

Das durch den Bebauungsplan zulässige Vorhaben weist eine hohe Empfindlichkeit gegenüber Störfällen und Katastrophen auf. Es ist nicht auszuschließen, dass sich in der Nähe des Vorhabenbereichs Nutzungen oder Anlagen befinden, von denen Störfälle oder Katastrophen ausgehen könnten, die das „normale“ Risiko übersteigen. Es wird bei der Erweiterung der Klinik davon ausgegangen, dass die Schutzabstände für die Bauleitplanung der in der UVO aufgeführten Betriebe (s. Kap. 6) gemäß der Abstandsliste des Abstandserlasses NRW bei der Neuaufstellung der Ursprungsbauleitpläne überprüft wurden (Trennungsgrundsatz § 50 BImSchG).

Mit einer geringen Wahrscheinlichkeit kann im Falle einer Katastrophe jedoch für den Änderungsbereich nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass doch nachteilige Auswirkungen für die Bevölkerung entstehen können. Die Art und das Ausmaß möglicher Auswirkungen sind aktuell nicht einzuschätzen.

## **6 AUSWIRKUNGEN VON IMMISSIONEN / EMISSIONEN**

Konkrete Daten zur Luftqualität liegen für den Planbereich nicht vor. Um die Auswirkungen von Emissionen aus dem Vorhabenbereich beurteilen zu können, wäre die Erstellung von Spezialgutachten erforderlich, die den für die Erstellung dieses Umweltberichtes zumutbaren Aufwand deutlich übersteigen würden. Konkrete Aussagen zu den Auswirkungen von Emissionen können daher nicht getroffen werden.

Um die auf das Gebiet einwirkenden Immissionen beurteilen zu können, wurde das Informationssystem „Umwelt vor Ort“ ausgewertet. Es befinden sich zwei lokale Emittenten im 1.500 m-Radius um das geplante Vorhaben. Die Anlagen sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Hinweise zu Art und Menge der Emissionen sind nicht gegeben.

Tab. 4: Lokale Emittenten im 1.500 m Radius um das Vorhaben.

Art der Anlage	Name	Entfernung
Eisen, Stahlgießereien >= 20 t/d Gussteile	Gontermann-Peipers GmbH Werk Hain	620 m
Eisen, Stahlgießereien >= 20 t/d Gussteile	Gontermann-Peipers GmbH Werk Marienborn	1.400 m

Es wird bei der Erweiterung der Klinik davon ausgegangen, dass die Schutzabstände für die Bauleitplanung der oben aufgeführten Betriebe gemäß der Abstandsliste des Abstandserlasses NRW überprüft wurden. Es ist zu erwarten, dass die von den aufgeführten Emittenten ausgehenden Immissionen keine nachteilige Wirkung auf das geplante Erweiterungsvorhaben haben.

Das Plangebiet ist durch den jetzigen Betrieb des Krankenhauses mit seinen Stellplatzflächen vorbelastet. Es wurden Verkehrserhebungen auf der Grundlage der geplanten Entwicklung des Quartiers durchgeführt. Als Ergebnis liegt vor, dass die neue Zufahrt über die Nordstraße zur bestehenden Tiefgarage zu einer Mehrbelastung führt, welche in der Friedrichstraße einen Teilrückbau der vorhandenen Verkehrsberuhigung sowie der Stellplätze erforderlich macht. In der Elisabethstraße sind die Veränderungen der Verkehrsbelastung als unerheblich einzuschätzen. In der Kampenstraße wird es zu einer Reduzierung der Verkehrsbelastung im Eingangsbereich des Krankenhauses kommen. Insgesamt ergibt sich voraussichtlich keine erhebliche Beeinträchtigung für die Patienten und die vorhandene Wohnbevölkerung im Plangebiet bzw. unmittelbar angrenzend an den Geltungsbereich des BP.

Eine Schalltechnische Untersuchung wurde erarbeitet (s. Kap. 3.7). Aufgrund der Überschreitung der schalltechnischen Orientierungswerte im Bereich des nördlichen und westlichen Randes des Plangebietes ist es erforderlich, Schallschutzmaßnahmen im Bebauungsplan festzusetzen. Es wird empfohlen passive Lärmschutzmaßnahmen und Maßnahmen nach VDI 2719 (Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen) einzuplanen.

Zum Bauantragsverfahren ist ein Schallschutznachweis zum Schutz gegen Außenlärm zu führen.

## 7 VERWERTUNG ODER BESEITIGUNG VON ABFÄLLEN

Es erfolgt evtl. ein Abriss voraussichtlich folgender Baukörper:

- Krankenpflegeschule/Geschäftsführung (ca. 8.000 m³)
- Institut für Immunologie Nordstraße 29 (ca. 11.000 m³)
- Teilbereich des Schwesternwohnheims/Leichenhalle (ca. 8.700 m³)
- Parkhaus (ca. 10.000 m³)
- Gebäude Nordstraße 22, 24 (ca. 1.878 m³)
- Gebäude Nordstraße 26 (ca. 1.827 m³)
- 2 Gewächshäuser (ca. 541 m³)

Der Abriss soll im laufenden Krankenhausbetrieb in einem entsprechend schonenden Verfahren durchgeführt werden. Eine Sprengung der Gebäude wird ausgeschlossen. Die anerkannten Regeln der Technik werden durch Fachunternehmen berücksichtigt.

Entsprechend der Ergebnisse des neuen Baugrundgutachtens, sind nach Auskoffnung bei der Abfuhr des vorhandenen Bodens ggf. Vorgaben zu berücksichtigen. Zur Zeit liegen noch keine Ergebnisse vor.

Infolge des Gesamtbetriebes des Krankenhauses kommt es zu zusätzlichem Abfallaufkommen, da sich zukünftig die Nutzfläche vergrößern wird. Dazu zählt Papierabfall, aber auch für Krankenhäuser spezifische Abfälle, (z. B. Bluthaltige Organe, Atemkalk) die besonders entsorgt werden müssen. Bei der Entsorgung wird die Mitteilung der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) 18 zugrunde gelegt, die eine Vollzugshilfe zur Entsorgung von Abfällen aus Einrichtungen des Gesundheitsdienstes darstellt. Fette und Küchenabfälle werden zukünftig nicht mehr anfallen, da das Essen extern angeliefert wird.

Die Ableitung des Oberflächen- und Schmutzwassers erfolgt über die vorhandenen Kanäle.

## **8 ERNEUERBARE ENERGIEN/SPARSAME UND EFFIZIENTE NUTZUNG VON ENERGIE**

Die Nutzung regenerativer Energien (Photovoltaikanlagen) wurde im Bestand der Gebäude berücksichtigt. Der Aspekt findet bei dem Neubauvorhaben zukünftig auch Berücksichtigung.

## **9 VERWENDETE TECHNIKEN UND EINGESETZTE STOFFE**

Im Rahmen der vorliegenden Planung sind Techniken und Stoffe vorgesehen, die nicht über den allgemein gebräuchlichen Rahmen hinausgehen. Hinsichtlich der Techniken kommen jene zum Gebrauch, die den aktuellen Richtlinien und Stand der Technik entsprechen.

## **10 ANDERWEITIGE PLANUNGSMÖGLICHKEITEN**

Im Umfeld des Plangebiets wurde nach Alternativstandorten zur Errichtung der geplanten baulichen Anlagen gesucht. Der Standort der Erweiterung ist alternativlos, da im gesamten Umfeld kein Flächenerwerb getätigt werden kann und eine enge Zuordnung der neugeplanten Nutzungen zum bestehenden Klinikum eine notwendige Voraussetzung für die Umsetzung ist.

## **11 KUMULIERUNG MIT DEN AUSWIRKUNGEN VON VORHABEN BENACHBARTER GEBIETE**

Wenn mehrere Vorhaben gleicher Art von einem oder mehreren Vorhabenträgern durchgeführt werden und in einem engen Zusammenhang stehen, liegen gem. § 10 UVPG kumulierende Vorhaben vor. Der Einwirkungsbereich sollte sich überschneiden und die Vorhaben sollten funktional und wirtschaftlich auf einander bezogen sein.

Um die verschiedenen Zielsetzungen der Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses auch planerisch zu sichern, wird der BP Nr. 419 aufgestellt. Weitere geplante Vorhaben im Zusammenhang mit erheblichen Umweltauswirkungen des Vorhabens benachbarter Gebiete sind nicht bekannt. Hier ist eine Überlagerung von Einwirkbereichen Voraussetzung für eine erforderliche Betrachtung.

Zu berücksichtigen sind etwaige bestehende Umweltprobleme im Hinblick auf Gebiete mit besonderer Umweltrelevanz und/oder die Nutzung von natürlichen Ressourcen. Die Erweiterung des Kreiskrankenhauses in Siegen-Weidenau erfolgt in einer Entfernung von ca. 2,6 km. Eine Überlagerung von erheblichen Auswirkungen dieses Vorhabens wird ausgeschlossen.

## **12 GEPLANTE MASSNAHMEN ZUR ÜBERWACHUNG DER ERHEBLICHEN UMWELTAUSWIRKUNGEN (MONITORING)**

Das Monitoring bezieht sich ausschließlich auf die Überwachung von möglicherweise auftretenden erheblichen Umweltauswirkungen als Folge des Inkrafttretens des BP 419 festgesetzten Nutzungen. Es ist kein Instrument, um die Umsetzung der im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen zu überprüfen. Dies ist Aufgabe der Bauaufsichtsbehörden.

Für das Monitoring ist die Stadt Siegen zuständig. Die Stadt benachrichtigt die Umweltfachbehörden, dass der BP 419 rechtswirksam geworden ist.

### Erste Überprüfung

Die erste Überprüfung der Auswirkungen der Maßnahme wird 5 Jahre nach Rechtskraft des Bebauungsplanes vorgenommen. Die bis dahin von den Überwachungsbeteiligten vorgetragenen oder ansonsten bekannt gewordene umweltrelevanten, zum Zeitpunkt der Planung nicht zu erwartende Auswirkungen werden dann von der Monitoringstelle der Stadt hinsichtlich ihrer Erheblichkeit gesichtet. Dieses Ergebnis sowie eigene Erkenntnisse werden von der Monitoringstelle hinsichtlich ihrer Erheblichkeit bewertet und ggf. wird, soweit erforderlich und möglich, steuernd eingegriffen. Das Ergebnis der ersten Überprüfung wird dokumentiert.

### Zweite Überprüfung

Die zweite Überprüfung erfolgt ein Jahr nach weitgehendem Abschluss der Maßnahme (bauliche Umsetzung auf 80 % der Flächen), spätestens 10 Jahre nach Rechtskraft des Bauleitplanes. Das Überprüfungsverfahren und evtl. steuernde Maßnahmen werden wie bei der ersten Überprüfung abgewickelt. Das Ergebnis wird abschließend dokumentiert.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Siegen als Unteren Denkmalbehörde und/oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe gemäß §§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz unverzüglich anzuzeigen.



### **13 VERWENDETE TECHNISCHE VERFAHREN, SCHWIERIGKEITEN, FEHLLENDE KENNTNISSE**

Die Nutzungsstrukturen mit einer Kartierung des Baumbestands wurden im Rahmen einer Begehung des Plangebietes im August 2018 erfasst. Zudem erfolgte die Auswertung von Luftbildern.

Zur Beurteilung der artenschutzrechtlichen Belange wurde 2018 ein Fachbeitrag Artenschutz einschließlich Artenschutzprüfung der Stufe 1 erstellt.

Da nach Einschätzung der Fachbehörden nicht auszuschließen war, dass sich Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermäusen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden, wurde in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde im Juni/Juli 2018 ein separates Fledermausgutachten erstellt.

Zur weiteren Beurteilung wurden die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchungen, eines Schalltechnischen Gutachtens sowie einer Luftbildauswertung bzgl. Kampfmittel berücksichtigt.

Die Baumschutzsatzung der Stadt Siegen wurde des Weiteren für die Bewertung herangezogen.

Weiterhin werden die Angaben aus dem Landschaftsinformationssystem @LINFOS des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW - LANUV (Biotopkataster, gesetzlich geschützte Biotope, Vorkommen planungsrelevanter Arten) ausgewertet. Die o. a. Unterlagen sowie weitere Informationen zu den einzelnen planungsrelevanten Schutzgütern (Bodenkarte, Karte der Grundwasserverhältnisse etc.) werden im Rahmen der Umweltprüfung zur Beurteilung des heutigen Umweltzustands und der voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Planvorhabens herangezogen.

Bestimmte Umweltauswirkungen sind hinsichtlich ihrer Intensität und Reichweite nicht eindeutig zu determinieren, wie z.B. mögliche Auswirkungen im Bereich lokalklimatischer Funktionen und durch Immissionen. Der Aufwand zur Erstellung von weiteren Spezialgutachten ist im Verhältnis zu den dabei speziell für das Plangebiet zu gewinnenden Erkenntnissen aufgrund der ermittelten nur durchschnittlichen Bedeutung und Empfindlichkeit der relevanten Umweltfunktionen im Plangebiet unverhältnismäßig hoch. In diesem Fall erfolgen dann gutachterliche Abschätzungen auf Grundlage von einschlägiger Fachliteratur, Erfahrungswerten und Analogschlüssen.

Es können keine konkreten Aussagen zu den Auswirkungen von Emissionen lufthygienischer Art getroffen werden, da hierzu die Erstellung von Spezialgutachten erforderlich wäre.

Die vorhandene Datengrundlage wird zur Beurteilung der mit der Neuaufstellung des BP Nr. 419 verbundenen Umweltauswirkungen als inhaltlich und in Bezug auf ihren Umfang um derzeitigen Planungsstand als ausreichend erachtet.

## 14 ALLGEMEIN VERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG

Die allgemein verständliche Zusammenfassung im Umweltbericht ist so auszugestalten, dass Dritten die Beurteilung ermöglicht wird, ob und in welchem Umfang sie von den Umweltauswirkungen des Vorhabens betroffen sein können.

Angesichts des Umfangs und der Komplexität der Angaben nach § 2a Abs. 1 und 2 BauGB kommt hierbei der Zusammenfassung besondere Bedeutung zu.

Die gegenwärtige Situation der Umwelt wurde auf Grundlage vorliegender Daten, Informationen und sonstiger Erkenntnisse untersucht und die Umweltauswirkungen des Planvorhabens wurden **entsprechend dem heutigen Planungsstand** des BP Nr. 419 beurteilt.

Im aktuellen Landesentwicklungsplan ist das Plangebiet als Siedlungsraum inklusive großflächiger Infrastruktureinrichtungen dargestellt. Der Regionalplan, des Regierungsbezirks Arnsberg stellt das Plangebiet als „Allgemeinen Siedlungsbereich“ dar.

Im rechtskräftigen Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen der bestehende Krankenhausstandort überwiegend als Fläche des Gemeinbedarfs mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ dargestellt. Teilbereiche der Bebauung an der Nordstraße/Elisabethstraße sind als Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Die Bebauung an der Friedrichstraße und die Bebauung im Bereich der Gärtnerei sind als Mischgebiet dargestellt. Der FNP wird im Parallelverfahren geändert und mit den Darstellungen „Sondergebiet Klinik“ angepasst. Die landesplanerische Anpassungsbestätigung gem. § 34 Landesplanungsgesetz liegt mit Datum vom 28.03.2019 vor.

Für den zentralen Bereich des Plangebietes liegt derzeit kein Bebauungsplan (BP) vor. Der BP Nr. 13a „Gartenstraße/Friedrichstraße“ mit Festsetzungen entlang der Friedrichstraße wurde im Juli 2017 aufgehoben.

Der Geltungsbereich liegt im landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ mit einem kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkern. Der Burgberg von Siegen wird durch die Nikolaikirche, das Obere Schloss und seine Altstadt geprägt. Innerhalb der Stadt verläuft als linienhafter bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich 22.08 die „Brüderstraße“ als frühmittelalterlicher Fernhandelsweg.

Mit der Realisierung der Planung kommt es bei dem **Schutzgut Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt** zu **teilweise erheblichen Umweltauswirkungen**, da der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters als erheblich einzuschätzen ist.

Die Eingriffsbilanzierung (s. Kap. 4.1) ergibt, dass bei Berücksichtigung der Erhaltungsmaßnahmen durch das Vorhaben ein geringer Verlust von 25 ökologischen Werteinheiten für den Eingriff in die Biotopfunktion entsteht. Aufgrund des geringen Ausgleichsbedarfs sollte auf die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen verzichtet werden.

Für das Vorhaben wurde eine **Artenschutzprüfung Stufe I** (ASP I) durchgeführt. Durch den Abriss von maximal 6 Baukörpern (3 Dachstühle), 2 Gewächshäusern und einem Parkhaus war zunächst nicht auszuschließen, dass Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermausarten betroffen sind.

Nach Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein und Herrn Dr. Wiedemann von der Stadt Siegen wurden im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausgutachterin Schmidt-Fasel Fledermauserfassungen durchgeführt. Als Ergebnis der Fledermauserfassungen im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausexpertin Schmidt-Fasel konnte festgestellt werden, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für die *Zwergfledermaus* und den *Großen Abendsegler* darstellt. Im Rahmen der Untersuchungen wurden keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere nachgewiesen. Bei Abriss der Gebäude und bei Fällung von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters konnte ein Verlust von Tagesquartieren nicht gänzlich ausgeschlossen werden, deshalb sind Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen umzusetzen.

Abschließend kann festgestellt werden, dass unter Berücksichtigung oben aufgeführten Maßnahmen das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten ausgeschlossen werden können. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht.

Aufgrund des hohen Anteils an bereits versiegelten Flächen ist von einer flächigen anthropogenen Überprägung des Plangebietes auszugehen.

Natürlich anstehender Boden ist im Bereich der Überbauung und Versiegelung nicht mehr vorhanden. Es wird nur marginal anthropogen veränderter Boden zusätzlich überbaut und versiegelt. Es entstehen keine erheblichen Umweltauswirkungen für das Schutzgut Boden.

Für die **übrigen Schutzgüter** ergeben sich bei Umsetzung der Planung **voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen**.

Sich **kumulierende Wechselwirkungen** zwischen diesen Schutzgütern, die eventuell zu einer anderen Erheblichkeitseinstufung bezüglich der Schutzgüter führen, sind **nicht erkennbar**.

Bei **Nichtdurchführung der Planung** kommt es nicht zu erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen für die untersuchten Umweltschutzgüter.

Im Umfeld des Plangebiets wurde nach **Alternativstandorten** zur Errichtung der geplanten baulichen Anlagen gesucht. Der Standort der Erweiterung ist alternativlos, da im gesamten Umfeld kein Flächenerwerb getätigt werden kann und eine enge Zuordnung der neugeplanten Nutzungen zum bestehenden Klinikum eine notwendige Voraussetzung für die Umsetzung ist.

Waldbröl, im April 2021

Bearbeitung:

**HKR** |  
Stephan Müller  
Landschaftsarchitekten

Umwelt ▪ Stadt ▪ Land

## 15 REFERENZLISTE DER QUELLEN

BEZIRKSREGIERUNG ARNSBERG, 2008: Regionalplan für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen

GESETZ ÜBER NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE, 2009: Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG vom 29. Juli 2009, zuletzt geändert am 07.08.2013, Seite 4

LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND, 1978: Naturpark Bergisches Land. Potenzielle natürliche Vegetation, M. 1:200.000, Bonn-Bad Godesberg

LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN, 2010: Biotopkataster Nordrhein-Westfalen

LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN, 2007: Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen

LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN, 2008: Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW

MINISTERIUM FÜR STADTENTWICKLUNG, KULTUR UND SPORT, MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ, MINISTERIUM FÜR BAUEN UND WOHNEN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN, 1996: Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft.-Arbeitshilfe für die Bauleitplanung

MINISTERIUM FÜR UMWELT, RAUMORDNUNG UND LANDWIRTSCHAFT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (MURL), 2019: Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)

SCHMIDT-FASEL, SIGRID, HEBEL, REINER, 2018: Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus in Siegen“ – Untersuchungen zur Nutzung der Flächen durch Fledermäuse sowie Suche nach potentiellen Wochenstubenquartieren

### Verwendete Internetseiten:

Internetseite	Abfragedatum
<a href="http://www.tim-online.nrw.de">http://www.tim-online.nrw.de</a>	08.05.2018
<a href="http://www.lanuv.nrw.de/service/infosysteme.htm">http://www.lanuv.nrw.de/service/infosysteme.htm</a>	08.05.2018
<a href="http://www.elwasweb.nrw.de">http://www.elwasweb.nrw.de</a>	03.07.2018

**Fachbeitrag Artenschutz einschl.  
Artenschutzprüfung Stufe I (ASP I)  
gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG**

**zum**

**Bebauungsplan Nr. 419  
„Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“**

**Stand: 19. April 2021**

Auftraggeber: Mariengesellschaft gGmbH  
Hans-Jürgen Winkelmann  
Kampenstr. 51  
57072 Siegen

Auftragnehmer: HKR Landschaftsarchitekten  
Umwelt ▪ Stadt ▪ Land  
Kaiserstraße 28  
51545 Waldbröl

Tel.: 02291 / 927803-0  
Fax: 02291 / 927803-9  
info@hkr-landschaftsarchitekten.de  
www.hkr-landschaftsarchitekten.de

**HKR** |  
Stephan Müller  
Landschaftsarchitekten

Bearbeitung: Sabine Nockemann-Hammeran, Landschaftsarchitektin AK NW  
Dipl.-Ing. Stephan Müller, Landschaftsarchitekt BDLA AK NW



## INHALTSVERZEICHNIS

1	ANLASS UND AUFGABENSTELLUNG.....	1
2	ARTENSPEKTRUM UND WIRKFAKTOREN.....	5
3	ARTENSCHUTZFACHLICHE BEURTEILUNG DES PLANVORHABENS GEMÄSS § 44 ABS. 1 BUNDESNATURSCHUTZGESETZ.....	6
4	MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, MINDERUNG ZUR ERHALTUNG UND ZUM AUSGLEICH.....	14
5	FAZIT.....	14
6	LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS.....	17

## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1: Lage des Geltungsbereiches.....	2
Abb. 2: Stellplätze mit hohem Versiegelungsgrad.....	3
Abb. 3: Zu fällende Blutbuchen an der Nordstraße.....	3
Abb. 4: Prägende, zu erhaltende Hänge- und Blutbuche nördlich der Gärtnerei.....	4
Abb. 5: Eingrünung der Stellplätze mit Ziergehölzen.....	4
Abb. 6: Prägende, zu erhaltende Baumgruppen westlich der Krankenpflegeschule.....	4
Abb. 7: Zu fällende Zeder im Bereich des Instituts für Immunologie .....	5
Abb. 8: Spalten im Bereich der Dachlandschaft am Institut der Immunologie (Abriss).....	7

## ANHÄNGE

Anlage 1: Planungsrelevante Arten für die Quadranten 1 im Messtischblatt 51141 „Siegen“

Anlage 2: Protokoll der Artenschutzprüfung

Anlage 3: Schmidt-Fasel, Sigrid, Hebel, Reiner, 2018

## 1 ANLASS UND AUFGABENSTELLUNG

Im Rahmen der Neuaufstellung des vorhabenbezogenen BP Nr. 419 ist die Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses geplant. Der Geltungsbereich umfasst eine Gesamtfläche von ca. 3,7 ha. Davon entfallen ca. 8.100 m<sup>2</sup> auf Verkehrsflächen. Der überwiegende Teil des Geltungsbereiches wird als Sondergebiet „Klinik“ festgesetzt. Ca. 80% der Gesamtfläche sind heute bereits versiegelt. Entweder sie sind überbaut oder werden als Parkplatzflächen bzw. Straßenverkehrsfläche genutzt. Für die Fläche der Gärtnerei gilt ebenfalls die Festsetzung Sondergebiet „Klinik“.

Eine konkrete Planung liegt aktuell noch nicht vor. Doch kann davon ausgegangen werden, dass infolge der Erweiterung maximal 6 Baukörper (3 Dachstühle), 2 Gewächshäuser und ein Parkhaus abgerissen werden müssen. Für die neuen Baukörper werden überwiegend versiegelte Parkplatzflächen bzw. Bereiche der abgerissenen Baukörper in Anspruch genommen. Westlich der Nordstraße kommt es zu einer Inanspruchnahme von Gärtnereiflächen mit Gewächshäusern, die ebenfalls einen hohen Versiegelungsgrad aufweisen. Eine Neuversiegelung wird deswegen nur in einer marginalen Größenordnung auftreten.

Die neuen Baukörper werden so angeordnet, dass vorhandener prägender Baumbestand mittleren Baumholzalters südlich des Instituts der Immunologie erhalten werden kann. Vorhandener prägender Baumbestand in der Nordstraße, im Bereich der Schule sowie der Baumbestand in der Friedrichstraße und Kampenstraße wird erhalten. Es kommt zur dauerhaften Inanspruchnahme von Ziergehölzen, Scherrasen und 10 Einzelbäumen jungen Baumholzalters, die zur Eingrünung des Krankenhausgeländes angepflanzt wurden sowie von insgesamt 12 Bäumen mittleren bzw. starken Baumholzalters. Bei Abriss des Parkdecks entfallen Dachbegrünung mit Scherrasen, Ziergehölzen sowie eine Baum mittleren Baumholzalters. Im Bereich der Gärtnerei entfallen Gewächshausflächen und Einzelbäume.

Zur Umsetzung der Planung ist die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ vorgesehen.

Für das Planvorhaben ist nach den Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes (§§ 44, 45 BNatSchG) eine Artenschutzprüfung (ASP) auf Grundlage eines artenschutzfachlichen Fachbeitrags durchzuführen. Die Artenschutzprüfung ist eine eigenständige Prüfung im Rahmen der naturschutzrechtlichen Zulassung dieses Planvorhabens, die nicht durch andere Prüfverfahren ersetzt werden kann (wie z. B. im Rahmen einer UVS oder einer FFH-Verträglichkeitsprüfung). Grundlage der artenschutzrechtlichen Prüfung ist der vorliegende Fachbeitrag Artenschutz (ASP Stufe I = Vorprüfung; planungsrelevante Arten, Wirkfaktoren).

Die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG sind für die europäischen Vogelarten und die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie folgendermaßen gefasst:

"Es ist verboten,

1. *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*

2. *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
3. *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
4. *wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören."*

Darüber hinaus werden die „nur“ national geschützten Arten („besonders geschützte Arten“) in der ASP Stufe I berücksichtigt, da auch für diese die artenschutzrechtlichen Verbote uneingeschränkt Anwendung finden. Die Artenschutzprüfung Stufe I erfolgt als Risikoeinschätzung, da eine differenzierte Bestandserfassung der planungsrelevanten Arten aufgrund des kurzen vorgegebenen Bearbeitungszeitraumes nicht erfolgen konnte.

Das Planungsbüro HKR LANDSCHAFTSARCHITEKTEN wurde im April 2018 mit der Erstellung des Fachbeitrags Artenschutz und der Artenschutzprüfung Stufe 1 beauftragt. Die Begehung des Geländes erfolgte am 26.04.2018 bei trockener Wetterlage mit guten Sichtverhältnissen zwischen 10:30 und 12:00 Uhr.

Die räumliche Lage des geplanten Vorhabens ist in Abbildung 1 dargestellt.

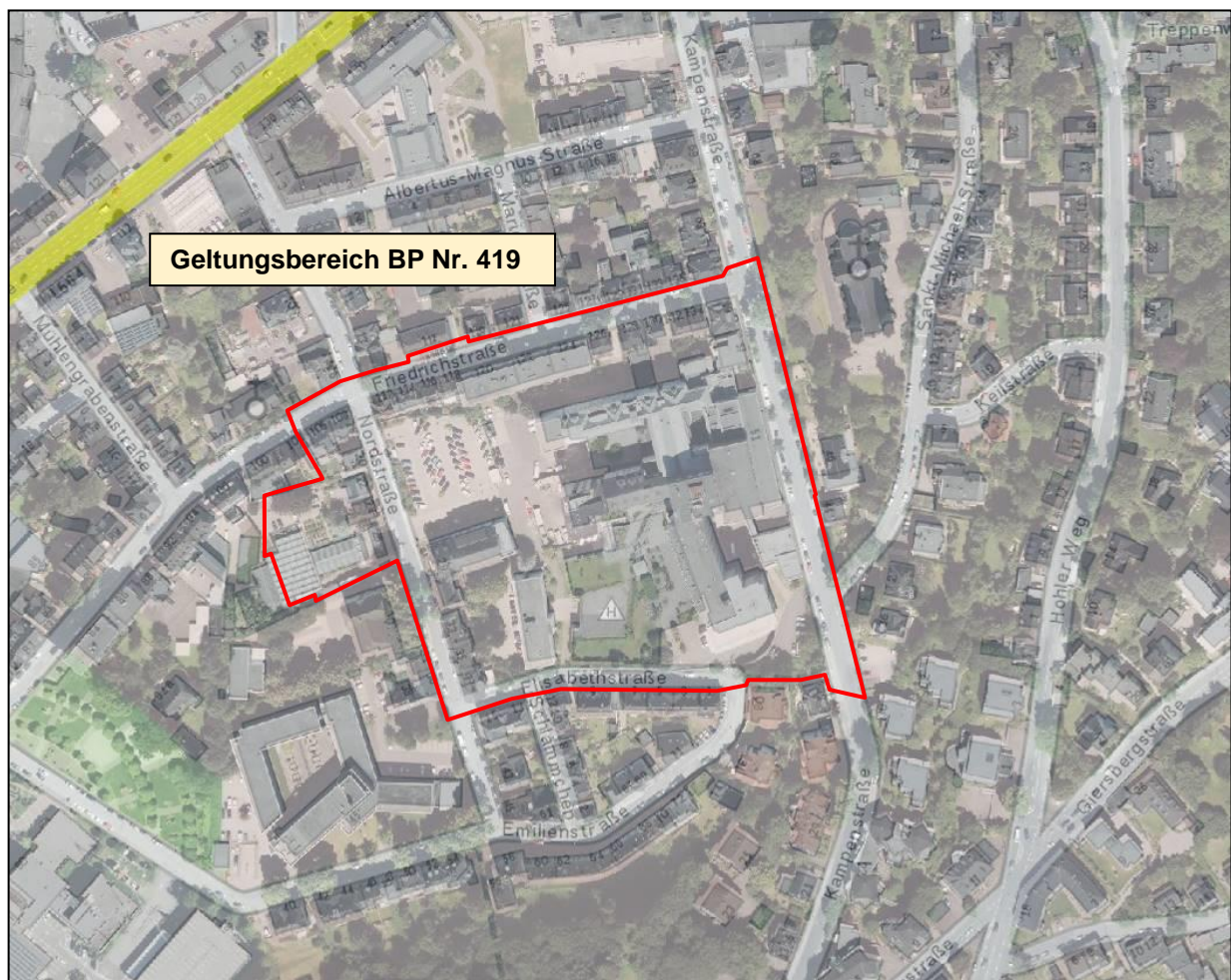


Abb. 1: Lage des Geltungsbereiches, o. M.(Quelle: tim-online.nrw.de, 2018)

Das Plangebiet liegt im innerstädtischen Bereich von Siegen an der Elisabethstraße, Kampenstraße, Friedrichstraße und Nordstraße. (s. Abb. 1).

Der Geltungsbereich ist überwiegend anthropogen überprägt und er weist einen hohen Versiegelungsgrad auf. Kleinflächig sind im Bereich der Stellplätze und der Zufahrten Ziergehölzflächen mit z.T. jungen Baumanpflanzungen vorhanden. Das Gärtneigelände wird durch insbesondere Gewächshäuser geprägt. Eine prägende Blutbuche (*Fagus sylvatica* „Atropunicea“) sowie eine Hängebuche (*Fagus sylvatica* „Pendula“) starken Baumholzalters werden erhalten. Zwei Baumgruppen mittleren bis starken Baumholzalters mit u.a. Winter-Linden (*Tilia cordata*) und einer Säulen-Eiche (*Quercus robur* „Fastigiata“) werden westlich der Krankenpflegeschule weitestgehend zur Erhaltung festgesetzt. Zu fällen sind 1 Winter-Linde (*Tilia cordata*) starken Baumholzalters, 5 Berg-Ahorn (*Acer pseudoplatanus*) mittleren bis starken Baumholzalters, 2 Blutbuchen (*Fagus sylvatica* *purpurea*) starken Baumholzalters, 3 Zedern (*Cedrus atlantica* „Glauca“) mittleren Baumholzalters und 1 Sommer-Linde (*Tilia platyphyllos*) mittleren Baumholzalters. Darüber hinaus werden 10 Laubbäume jungen Baumholzalters voraussichtlich gefällt.



Abb. 2: Stellplätze mit hohem Versiegelungsgrad





Abb. 3: Zu fällende Blutbuchen an der Nordstraße



Abb. 4: Prägende, zu erhaltende Hänge- und Blutbuche nördlich der Gärtnerei



Abb. 5: Eingrünung der Stellplätze mit Ziergehölzen



Abb. 6: Prägende, zu erhaltende Baumgruppen westlich der Krankenpflegeschule



Abb. 7: Zu fällende Zeder im Bereich des Instituts der Immunologie

## 2 ARTENSPEKTRUM UND WIRKFAKTOREN

Die in Kap.1 aufgeführten Zugriffsverbote gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG gelten in Nordrhein-Westfalen für die sogenannten „Planungsrelevanten Arten“. Es handelt sich um eine Auswahl naturschutzfachlich begründeter Arten, die einer Art-für-Art-Betrachtung zu unterziehen sind.



Bei Umsetzung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ ist potenziell mit folgenden möglichen Auswirkungen (Wirkfaktoren) auf die Tier- und Pflanzenwelt und ihre Lebensraumfunktionen zu rechnen:

- Tötung oder Verletzung von Tieren im Zusammenhang mit der Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG),
- Erhebliche Störung von Tieren (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG),
- Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG).

Die Einschätzung der im geplanten Eingriffsbereich und seiner näheren Umgebung vorgefundenen Biotopstrukturen und Habitats sowie die Auswertung der Liste der schutzwürdigen Arten des LANUV hat ergeben, dass im Wirkungsbereich des Eingriffs streng oder besonders geschützte Arten vorkommen könnten. Das Landschaftsinformationssystem des LANUV (LINFOS) weist für den Quadranten 1 im Messtischblatt 5114 „Siegen“ die in Anlage 1 aufgeführten „Planungsrelevanten Arten“ in den vom Eingriff unmittelbar betroffenen bzw. direkt

angrenzenden Lebensraumtypen „Kleingehölze, Alleen, Bäume, Hecken“, „Gärten, Parkanlagen, Siedlungsbrachen“ und Gebäude“ aus. Insgesamt können 12 Säugetierarten und 21 Vogelarten potenziell vorkommen (potenzielle Brut-, Nahrungs-, Fortpflanzungs- und Ruhestätten).

Als wesentliche Wirkfaktoren des Planvorhabens sind die folgenden Beeinträchtigungen der Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensraumfunktionen zu nennen:

- Habitatfunktionsverlust für Tiere, die in ihrer Lebensweise vorwiegend an Kleingehölze, Bäume und Gebäude gebunden sind,
- vorübergehende Störung der Habitatfunktion auf an den Eingriffsbereich angrenzenden Habitats (hier: Gehölzbestände) durch die baubedingten Beeinträchtigungen (Lärm, Erschütterungen, Abgase, Stäube etc.).

Da nach Einschätzung der Fachbehörden nicht auszuschließen war, dass sich Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermäusen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden, wurde in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausgutachterin Schmidt-Fasel eine zweimalige Ausflugkontrolle der Baukörper sowie eine Sichtung von drei Dachstühlen durchgeführt (s. Anlage 3).

### **3 ARTENSCHUTZFACHLICHE BEURTEILUNG DES PLANVORHABENS GEMÄSS § 44 ABS. 1 BUNDESNATURSCHUTZGESETZ**

Nachfolgend werden die im Änderungsbereich potenziell vorkommenden planungsrelevanten Arten (s. Anlage 1) hinsichtlich der möglichen Beeinträchtigungen, Gefährdungen und Störungen unter Berücksichtigung der Eignung und Bedeutung der erfassten (Teil-) Lebensräume und der Lebensraumansprüche der Arten artenschutzfachlich bewertet. Dabei werden die Verbotsstatbestände nach § 44 Abs.1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG überprüft. In Ausnahmefällen können auch Artengruppen zusammengefasst werden, wenn sie ähnliche Ansprüche an ihren Lebensraum stellen.

## Säugetiere

Fledermäuse (Breitflügelfledermaus, Bechsteinfledermaus, Große Bartfledermaus, Wasserfledermaus, Großes Mausohr, Kleine Bartfledermaus, Kleinabendsegler, Abendsegler, Rauhaufledermaus, Zwergfledermaus, Braunes Langohr, Zweifarbfledermaus)

Von den 12 Fledermausarten, die im Messtischblatt 51141 aufgeführt sind, beziehen *Zwergfledermaus*, die *Breitflügelfledermaus*, das *Große Mausohr*, die *Große und Kleine Bartfledermaus*, die *Zweifarbflödermaus* und die *Wasserfledermaus* vor allem Wochenstuben in und an (hohen) Gebäuden. Sie nutzen die Gärten, Parks und Gewässer zur Jagd. Als ausgesprochene Waldbewohner sind die Bechsteinfledermaus, Großer Abendsegler, Kleinabendsegler, das Braune Langohr und die Rauhaufledermaus einzuschätzen.

Innerhalb des Geltungsbereiches werden voraussichtlich maximal 6 Baukörpern (3 Dachstühle), 2 Gewächshäusern und einem Parkhaus abgerissen. Es ist nach Einschätzung der Fachbehörden nicht auszuschließen, dass sich Fortpflanzungs- und Ruhestätten innerhalb der Gebäude befinden, die abgerissen werden sollen. In den vergangenen 20 Jahren wurden immer mal wieder zu den Schwärmzeiten der Fledermäuse im Spätsommer insbesondere Zwergfledermäuse mit hohen Individuenzahlen (80-100 Tiere) und vereinzelt in der Winterzeit, in den Zimmern des Krankenhauses vorgefunden. Ein Einflug erfolgte durch gekippte Fenster. Die Sichtung von Individuen im Winter kann darauf hinweisen, dass sich im Nahbereich auf dem Krankenhausgelände Winterquartiere im Bereich der Dachstühle befinden. Nach Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein und Herrn Dr. Wiedemann von der Stadt Siegen wurden im Juni/Juli 2018 zwei Gebäudeausflugkontrollen an 6 Baukörpern, zwei Gewächshäusern und einem Parkhaus durchgeführt sowie drei Dachstuhlbegehungen, um Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG auszuschließen zu können (s. Anlage 3).

Als Ergebnis der Fledermauserfassungen im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausexpertin Schmidt-Fasel (s. Anlage 3) kann festgestellt werden, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für die *Zwergfledermaus* und den *Großen Abendsegler* darstellt. Während des Untersuchungszeitraumes wurden einige Hundert Nahrungs- bzw. Überflüge von weiteren 5 Fledermausarten dokumentiert (s. Anlage 3). Als weitere Arten wurden die *Mückenfledermaus*, *Kleiner Abendsegler*, *Wasserfledermaus*, *Breitflügelfledermaus* und die *Zweifarbflödermaus* kartiert.

Im Rahmen der Untersuchungen wurden keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere nachgewiesen. Vom Abriss der Gebäude werden ggf. Tagesquartiere betroffen sein. Spaltenquartiere wurden zwar über Kotsuren nicht nachgewiesen, doch sind sie aufgrund der Ausgestaltung der Fassaden nicht gänzlich auszuschließen.



Abb. 8: Potentielle Spalten im Bereich der Dachlandschaft am Institut der Immunologie (Abriss)

Als Vermeidungsmaßnahme V 1 wurde eine Abrissbeschränkung für den Zeitraum von Mitte November bis Ende Februar eines Jahres außerhalb der Wochenstuben- und Paarungszeit der Fledermäuse formuliert.

Am Gebäude der Geschäftsleitung wurden Rolladenkästen von zwei Zwergfledermäusen angefliegen. Als Vermeidungsmaßnahme V 3 sind die Rolläden am Gebäude der Geschäftsleitung oft zu bewegen, damit die Zwergfledermäuse die Rolladenkästen nicht mehr anfliegen. Darüber hinaus sind die Rolladenkästen vor Abriss zu kontrollieren, ob Zwergfledermäuse verletzt werden können.

Da der Verlust von Spaltenquartieren nicht gänzlich auszuschließen ist, wird als funktionaler Ausgleich und als Optimierungsmaßnahme O 1 das Anbringen von zwei Spaltenquartieren pro neues Gebäude empfohlen. Dem Baubuch Fledermäuse (2000) können Maßnahmenvorschläge entnommen werden, damit sie bei der Bauausführung umgesetzt werden können. Auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung können aktuell keine konkreten Maßnahmen formuliert werden.

Als Nahrungshabitat bzw. Jagdhabitat hat der Untersuchungsraum eine besondere Bedeutung. Gemäß der Aussagen des Fledermausgutachtens ist die Anzahl der Nahrungs-/Überflüge sowie der festgestellten Arten für einen innerstädtischen Bereich sehr hoch und hebt die Bedeutung als Nahrungshabitat für die verschiedenen Fledermausarten hervor. Die Eignung als Jagdhabitat für die *Zwergfledermaus* und den *Großen Abendsegler* scheint vor allem im Vorhandensein des alten Baumbestandes und einem möglicherweise damit verbundenen höheren Insektenreichtum rund um das Gebäude der Immunologie und der Gebäude in der Nordstraße begründet. Sollten Bäume in diesen Bereichen entnommen werden müssen, könnte dies gem. der Ergebnisse des Fledermausgutachtens durchaus negative Auswirkungen auf die Eignung als Jagdhabitat für die vorgenannten Arten haben. Die Bäume im Bereich des Instituts der Immunologie werden bis auf eine Winter-Linde erhalten (s. Karte Nr. 1: Baumliste). Bei dem Verlust weiterer Bäume, insbesondere jungen Baumholzalters ist davon auszugehen, dass es sich nicht um essentielle Jagdhabitats handelt, da in der näheren Umgebung des Geltungsbereiches weitere Jagdhabitats in ausreichendem Ausmaß zur Verfügung stehen.

Ein Vorkommen von Großhöhlen mit Potential als Wochenstube/Winterquartier von Fledermäusen wird für die zu fällenden Bäume im Plangebiet ausgeschlossen. In einzelnen älteren Bäumen wurden Spalten und Astlöcher gesichtet, die als Tagesverstecke und Zwischenquartiere für Fledermäuse genutzt werden können. Vorsorglich wird zusätzlich für die Artengruppe der Fledermäuse die Vermeidungsmaßnahme V 2 für die Rodung der Gehölze formuliert.

Bei einer Umsetzung von Vermeidungs- und Minderungs-, sowie Optimierungsmaßnahmen, ergeben sich keine artenschutzrechtlich relevanten Verbotstatbestände gem. § 44 BNatSchG. Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen von Fledermäusen ist nicht zu erwarten.

## **Vögel**

### Greifvögel (Habicht, Mäusebussard, Rotmilan, Sperber, Wespenbussard)

Horste oder größere Baumhöhlen, die als Fortpflanzungs- oder Ruhestätte dienen könnten, wurden im Plangebiet in der Innenstadt von Siegen nicht kartiert. Ein Verlust von Fortpflanzungshabitaten sowie Störungen infolge des Vorhabens sind für die Greifvögel auszuschließen. Auch werden Greifvögel aufgrund der anthropogenen Überprägung des Untersuchungsgebietes vermutlich nicht zur Jagd nutzen. Es ist davon auszugehen, dass essentielle Habitate der Greifvögel nicht verloren gehen.

Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen von Greifvögeln ist nicht zu erwarten. Die Verbotstatbestände nach § 44 (1) Nr. 1-3 BNatSchG werden nicht erfüllt.

### Waldkauz, Uhu

Der Waldkauz bevorzugt als Nistplatz Baumhöhlen, gerne werden auch Nisthilfen angenommen. Diese nutzt er ganzjährig, wobei er als sehr reviertreu gilt. Er besiedelt vorzugsweise abwechslungsreiche Landschaften mit verschiedenen Gehölzstrukturen, oft in der Nähe von Gewässern. Zum heutigen Zeitpunkt kann das Vorhandensein von belegten Baumhöhlen ausgeschlossen werden, da entsprechend große Baumhöhlen nicht kartiert wurden. Somit kommt es zu keinem Verlust oder Störung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten der Eulenarten. Auch gehen im anthropogen überprägten Innenstadtbereich von Siegen keine essentiellen Nahrungshabitate verloren. Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen ist nicht zu erwarten. Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG kann ausgeschlossen werden.

### Waldohreule

Waldohreulen als Bewohner der halboffenen strukturierten Kulturlandschaft brüten nicht in Höhlen und bauen keine eigenen Horste, sondern sie nutzen die Nester von Krähenvögeln, Greifvögeln, Eichhörnchenkobel oder brüten in morschen Astgabeln ohne Nest. Horste und Nester wurden nicht vorgefunden, so dass der Verlust von Individuen sowie die Zerstörung von Fortpflanzungs- bzw. Ruhestätten ausgeschlossen werden können. Als Nahrungshabitate dienen Wälder mit größeren Lichtungen, Waldrandlagen, Feldgehölze und dornenreiche Hecken. Diese sind im Geltungsbereich nicht vorhanden. Essentielle Nahrungshabitate gehen somit nicht verloren.

Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG und eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Populationen kann ausgeschlossen werden.

### Gebäudebewohnende Greifvögel (Turmfalke)

Der Turmfalke baut sein Nest nicht selbst, sondern er besiedelt als Brutplätze Felsnischen und Halbhöhlen an natürlichen Felswänden, Steinbrüchen oder Gebäuden, aber auch alte Krähen-nester in Bäumen. Als Ruheplätze und Tageseinstände werden Nischen, Giebel an Gebäuden, dichte Gehölzgruppen genutzt. Als Nahrungsgebiete suchen Turmfalken Flächen mit niedriger Vegetation wie Dauergrünland, Äcker und Brachen auf.

Bei der Ortsbegehung wurde kein Turmfalke gesichtet. Der Stadt Siegen sowie dem NABU ist kein Vorkommen des Turmfalken auf dem Krankenhausgelände bekannt. Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG und eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Populationen kann ausgeschlossen werden.

### Spechte (Kleinspecht, Schwarzspecht)

Während der Schwarzspecht als Lebensraum ausgedehnte Waldgebiete benötigt, in denen er vorzugsweise in Buchen oder Kiefern ab einem Stammdurchmesser von 35 cm seine Bruthöhle anlegt, besiedelt der Kleinspecht auch Gehölzstrukturen wie Auengehölze und Erlenwälder. Baumhöhlen, die als Fortpflanzungs- oder Ruhestätte der genannten Spechtarten dienen könnten, wurden im Geltungsbereich und der näheren Umgebung nicht vorgefunden. Es kommt zu keinem Verlust von Höhlenbäumen, Tot- und Altholz.

Für die sich im Vorhabenbereich zur Nahrungssuche möglicherweise vorübergehend aufhalten-den Individuen besteht die Möglichkeit zum Ausweichen. Da in der näheren Umgebung weitere Nahrungshabitate in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, handelt es sich nicht um es-sentielle Nahrungshabitate.

Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG kann für den Klein- und Schwarzspecht ausgeschlossen werden.

### Schwalben (Mehl- und Rauchschalbe)

Die genannten Arten sind typische Gebäudebrüter. Die Rauchschalbe baut ihre Nester in Ge-bäuden mit Einflugmöglichkeiten (z.B. Viehställe, Scheunen, Hofgebäude) aus Lehm und Pflan-zeanteilen. Die Mehlschalbe bevorzugt als Koloniebrüter frei stehende, große und mehrstöcki-ge Einzelgebäude in Dörfern und Städten. Ein Vorkommen der Rauchschalbe ist innerstäd-tisch auszuschließen. Bei den drei Gebäuden und dem Parkhaus, die abgerissen werden, wur-den keine Nester und keine Kots Spuren der Mehlschalbe an den Gebäudeseiten, Dachüber-ständen und Parkdecks kartiert. Der Stadt Siegen sowie dem NABU sind keine Vorkommen der Mehlschalbe auf dem Krankenhausgelände bekannt. Da die Arten im Untersuchungsraum offensichtlich nicht brütend vorkommen, kann der Verlust von Individuen bzw. die Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten ausgeschlossen werden.

Für die sich im Geltungsbereich zur Nahrungssuche möglicherweise vorübergehend aufhalten-den Individuen besteht die Möglichkeit zum Ausweichen. Bei der Kartierung wurden überflie-gende Mehlschalben gesichtet. Da in der näheren Umgebung weitere Nahrungshabitate in ausreichendem Maße für die beiden Schwalbenarten zur Verfügung stehen, handelt es sich nicht um essentielle Nahrungshabitate.

Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Population der beiden Arten ist nicht zu erwarten. Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG kann ausgeschlossen werden.

#### Gartenrotschwanz, Neuntöter

Der Gartenrotschwanz brütet als Brutvogel in lichten oder aufgelockerten Altholzbeständen in Wäldern, Waldrändern und -lichtungen, lichten Kiefernwäldern, Streuobstbeständen, Grünlandbereichen mit Kopfweidenreihen, halboffenen Heidelandschaften bis hin zu Gärten, Parks und Friedhöfen. Die Art brütet in Naturhöhlen oder auch an Gebäuden. Im Vorhabensbereich wurden keine Baumhöhlen vorgefunden.

Der Neuntöter hat seinen Habitatschwerpunkt im Bereich offener bis halboffener, strukturreicher Landschaften mit Gebüsch, Einzelbäumen, Säumen, Wiesen und Weiden. Dichte und hochgewachsene Büsche, insbesondere dornenreiche Heckenstrukturen, werden als Fortpflanzungs- und Ruhestätte bevorzugt. Diese Strukturen sind im Geltungsbereich nicht vorhanden, darüber hinaus wurden keine Nester vorgefunden.

Für die sich im Geltungsbereich zur Nahrungssuche möglicherweise vorübergehend aufhaltenden Individuen besteht die Möglichkeit zum Ausweichen. Da in der näheren Umgebung weitere Nahrungshabitate in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, handelt es sich nicht um essentielle Nahrungshabitate. Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Population ist nicht zu erwarten. Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG kann ausgeschlossen werden.

#### Waldschnepfe

Die Waldschnepfe benötigt als Bodenbrüter strukturierte Waldbestände z.T. in einer Größenordnung von > 50 ha. Entsprechend sind die Biotopstrukturen im Plangebiet und der näheren Umgebung nicht als Fortpflanzungs- und Bruthabitate für die Waldschnepfe geeignet. Eine negative Betroffenheit ist auch bzgl. der Nahrungshabitate im innerstädtischen Bereich von Siegen nicht erkennbar. Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der Waldschnepfe nicht zu erwarten. Die Verbotstatbestände nach § 44 (1) Nr. 1-3 BNatSchG werden nicht erfüllt.

#### Feldsperling

Der Feldsperling besiedelt halboffene Agrarlandschaften mit einem hohen Grünlandanteil, Obstwiesen, Feldgehölzen, Waldrändern und Parklandschaften. Er meidet Innenstadtbereiche. Als Höhlenbrüter benötigt er Specht- oder Faulhöhlen, ggf. auch Gebäudenischen. Im Geltungsbereich wurden keine Baumhöhlen vorgefunden.

Der Verlust von Individuen sowie die Zerstörung von Fortpflanzungs- bzw. Ruhestätten dieser störungsempfindlichen Art kann ausgeschlossen werden. Für die sich im Geltungsbereich zur Nahrungssuche möglicherweise vorübergehend aufhaltenden Individuen besteht die Möglichkeit zum Ausweichen. Da in der näheren Umgebung weitere Nahrungshabitate in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, handelt es sich nicht um essentielle Nahrungshabitate.

Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG kann für den Feldsperling ausgeschlossen werden.

#### Feldschwirl

Der Feldschwirl tritt als mittelhäufiger Brutvogel in Nordrhein-Westfalen auf. Gebüschreiche, feuchte Extensivgrünländer, größere Waldlichtungen, grasreiche Heidegebiete sowie Verlandungszonen von Gewässern werden vom Feldschwirl genutzt.



Als Bodenbrüter wird das Nest bevorzugt in Bodennähe oder unmittelbar am Boden in Pflanzenhorsten im insgesamt offenen Gelände angelegt. Der Verlust von Individuen sowie die Zerstörung von Fortpflanzungs- bzw. Ruhestätten dieser störungsempfindlichen Art kann ausgeschlossen werden. Für die sich im Geltungsbereich zur Nahrungssuche möglicherweise vorübergehend aufhaltenden Individuen besteht die Möglichkeit zum Ausweichen.

Da in der näheren Umgebung weitere Nahrungshabitate in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, handelt es sich nicht um essentielle Nahrungshabitate.

Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG kann für den Feldschwirl ausgeschlossen werden.

#### Baumpieper

Als Bodenbrüter an Acker- und Wiesenrändern mit höheren Gehölzen, selten in Acker- und Grünlandflächen, wird der Baumpieper nicht von dem Vorhaben betroffen sein, da das Krankenhausgelände in innerstädtischer Lage anthropogen überprägt ist und intensiv genutzt wird. Eine negative Betroffenheit ist nicht erkennbar. Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG kann ausgeschlossen werden.

#### Kuckuck

Den Kuckuck kommt in fast allen Lebensräumen, vor allem in Parklandschaften, Heide- und Moorgebieten, lichten Wäldern sowie an Siedlungsrändern und auf Industriebrachen vor. Der Kuckuck ist ein Brutschmarotzer, d.h. das Weibchen legt jeweils ein Ei in ein fremdes Nest von bestimmten Singvogelarten. Da Gehölze entfernt werden müssen, kann es potentiell zum Verlust von Fortpflanzungshabitaten kommen. Um den Verlust von Individuen, insbesondere noch nicht flügge gewordenen Jungtieren zu vermeiden, werden Rodungsarbeiten in der Zeit zwischen Mitte November und Ende Februar durchgeführt (Vermeidungsmaßnahme V 2).

Unter Beachtung dieser Vermeidungsmaßnahme kann davon ausgegangen werden, dass es nicht zur Tötung von Individuen kommt. Der Verbotstatbestand nach § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG wird nicht erfüllt. Für die sich im Vorhabenbereich zur Nahrungssuche möglicherweise vorübergehend aufhaltenden Individuen besteht die Möglichkeit zum Ausweichen. Da in der näheren Umgebung weitere Nahrungshabitate in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, handelt es sich nicht um essentielle Nahrungshabitate. Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Population ist nicht zu erwarten. Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG kann ausgeschlossen werden.

#### Eisvogel

Da sich der eingriffsrelevante Bereich ausschließlich innerstädtisch auf anthropogen überprägte Bereiche konzentriert, sind Fortpflanzungshabitate von an Gewässer und Feuchtgebiete gebundene Arten nicht betroffen. Mit einem Vorkommen obengenannter Arten ist aufgrund des Fehlens notwendiger Habitatmerkmale nicht zu rechnen. Die Arten nutzen das Plangebiet und dessen Umgebung möglicherweise zum Nahrungserwerb. Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen ist nicht zu erwarten.

Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands ist nicht zu erwarten. Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG werden nicht erfüllt.

### Weitere Vogelarten

Für die landesweit ungefährdeten ubiquitären Vogelarten, wie z. B. Amsel, Star, Kohl- und Blaumeise, Buch- und Grünfink wurde ermittelt, dass das Eintreten eines Verbotstatbestandes (Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population, Verlust der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätten) für diese Arten auszuschließen ist, da sie allgemein wenig empfindlich gegen Störungen, anpassungsfähig und flexibel hinsichtlich ihrer Lebensräume und daher landesweit in einem günstigen Erhaltungszustand sind. Daher besteht kein Erfordernis, diese Arten einer weiter gehenden Betrachtung zu unterziehen. Auch für die Vogelarten, die auf der Vorwarnliste Nordrhein-Westfalen und/oder Deutschland stehen, war vor diesem Hintergrund keine vertiefende Prüfung erforderlich.

Grundsätzlich können gem. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG auch Störungen während des Baubetriebs infolge staub- und gasförmigen Emissionen, von Bewegung, Lärm oder Licht eintreten und zum Verbotstatbestand führen. Diese Störungen sind allerdings vorübergehend und führen daher nicht zur dauerhaften Beschädigung von ggf. vorhandenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten.

## **4 MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, MINDERUNG, ZUR ERHALTUNG UND ZUM AUSGLEICH**

### **Vermeidungsmaßnahmen**

#### **V 1 Abrissbeschränkung**

Der Gebäudeabriss sollte außerhalb der Wochenstuben- und Paarungszeit in der Zeit von Mitte November bis Ende Februar erfolgen, so dass der Verlust von möglicherweise belegten Brut- oder Niststätten von Höhlen bewohnenden Vögeln und Tagesverstecken bzw. Zwischenquartieren von Fledermäusen vermieden werden kann.

#### **V 2 Beschränkung der Rodungszeit**

Die zur Rodung vorgesehenen Gehölze dürfen nur außerhalb der Aktivitätszeit von Fledermäusen und der Brut- und Fortpflanzungszeit von Vögeln entfernt werden (Mitte November bis Ende Februar), so dass der Verlust von möglicherweise belegten Brut- oder Niststätten von Höhlen bewohnenden Vögeln und Tagesverstecken bzw. Zwischenquartieren von Fledermäusen vermieden werden kann.

#### **V 3 Rolläden**

Die Rolläden sind im Gebäude der Geschäftsleitung oft zu bewegen, damit keine Zwergfledermäuse die Rolladenkästen als Tagesquartier nutzen. Vor Abriss der Gebäude sind die Rolladenkästen nach Vorkommen von Zwergfledermäusen zu untersuchen.

#### **V 4 Umweltbaubegleitung**

Kann die Beschränkung der Fäll- und Abrisszeit nicht eingehalten werden, so ist alternativ eine Umweltbaubegleitung (UBB) durchzuführen. Im Rahmen der Umweltbaubegleitung stellt eine fachkundige Person im Auftrag des Vorhabenträgers vor der Fällung und des Abrisses der Gebäude sicher, dass bei den vorgesehenen Arbeiten keine Verbotsstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG eintreten, also keine Tiere der potenziell vorkommenden Arten getötet, verletzt oder erheblich gestört werden. Auch nicht „planungsrelevante Vogelarten“, deren Nester und Brut gem. Art. 5 EU-Vogelschutz-Richtlinie ebenfalls nicht zerstört oder beschädigt werden dürfen, können im Rahmen der Umweltbaubegleitung erfasst und entsprechend behandelt werden. Werden im Rahmen der Umweltbaubegleitung streng oder besonders geschützte Tierarten nachgewiesen, so sind die Fäll- und Abrissarbeiten umgehend zu unterbrechen und das weitere Vorgehen kurzfristig mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein abzustimmen.

#### **V 5 Beleuchtung**

Die Beleuchtung von Grundstücken und des Straßenraumes sollte gemäß der Prämisse ausgerichtet sein: „so wenig Licht wie möglich und so viel wie nötig“. Das Licht sollte nur dorthin strahlen, wo es dringend benötigt wird. LED-Leuchten ist der Vorzug zu geben. Es sind keine Leuchten im hohen Spektralbereich (320-720 nm) wie Halogenleuchten oder mit Edelgas befüllte Lampen zu verwenden.

## **Erhaltungsmaßnahmen**

### **E 1 Erhalt von Einzelbäumen**

Prägende Einzelbäume mit hoher Bedeutung als Nahrungs- und Jagdhabitat sind zu erhalten.

## **Optimierungsmaßnahmen**

### **O 1 Neuschaffung von Spaltenquartieren**

Da der Verlust von Spaltenquartieren nicht gänzlich auszuschließen ist, wird als funktionaler Ausgleich und als Optimierungsmaßnahme O 1 das Anbringen von zwei Spaltenquartieren pro neues Gebäude empfohlen. Dem Baubuch Fledermäuse (2000) können Maßnahmenvorschläge entnommen werden, damit sie bei der Bauausführung umgesetzt werden können.

## **5 FAZIT**

Unter Berücksichtigung der aufgeführten Vermeidungs-, Minderungsmaßnahmen, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen kann das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten ausgeschlossen werden. Da das Untersuchungsgebiet eine besondere Bedeutung für Fledermäuse besitzt, wurde in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde bei 6 Baukörpern, die voraussichtlich abgerissen werden, eine zweimalige Ausflugkontrolle der Baukörper sowie eine Sichtung von drei Dachstühlen von der Fledermausgutachterin Schmidt-Fasel im Juni/Juli 2018 durchgeführt (s. Anlage 3).

Aus artenschutzfachlicher Sicht ist durch das Planvorhaben keine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen der potenziell hier vorkommenden Arten unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Maßnahmen zu erwarten. Die artenschutzrechtlich relevanten Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG werden daher mit sehr großer Wahrscheinlichkeit nicht eintreten. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht.

Nach den o. g. Richtlinien und Verordnungen geschützte Pflanzen sind im Wirkbereich des Planvorhabens nicht vorhanden. Die erhebliche Beeinträchtigung eines gemeldeten FFH-Gebietes bzw. maßgeblicher Bestandteile eines FFH-Gebietes ist durch das Planvorhaben nicht zu erwarten. Im Plangebiet sind keine Vorkommen gefährdeter und streng geschützter Pflanzenarten bekannt.

Auftragnehmer:  
HKR Landschaftsarchitekten  
Umwelt ▪ Stadt ▪ Land  
Kaiserstraße 28  
51545 Waldbröl

Auftraggeber:  
Mariengesellschaft gGmbH  
Hans-Jürgen Winkelmann  
Kampenstr. 51  
57072 Siegen

Aufgestellt:  
  
Reichshof, den 19.04.2021

Aufgestellt:  
  
Siegen, den



Dipl.-Ing. Stephan Müller  
Landschaftsarchitekt AK NW

## **6 LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS**

ARBEITSKREIS WILDBIOLOGIE DES BUNDES FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ IN DEUTSCHLAND, 2007: Baubuch Fledermäuse.

BAYERISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT, 2008: Fledermausquartiere an Gebäuden.

DIETZ, MARKUS, WEBER, MARION, 2000: Baubuch Fledermäuse, Ideensammlung für fledermausgerechtes Bauen.

LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN, 2007: Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen

LANDESAMT FÜR UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND GEOLOGIE, 2012: Störungsempfindliche Vogelarten. Leitlinie für den Zugang zu Vogelbeobachtungsdaten in der Zentralen Artdatenbank.

SCHMIDT-FASEL, SIGRID, HEBEL, REINER, 2018: Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus in Siegen“ – Untersuchungen zur Nutzung der Flächen durch Fledermäuse sowie Suche nach potentiellen Wochenstubenquartieren

### **Verwendete Internetseiten:**

[www.tim-online.nrw.de](http://www.tim-online.nrw.de), abgerufen am 08.05.2018

<http://www.naturschutzinformationen-nrw.de/artenschutz/de/arten/blatt/liste/51141>,  
abgerufen am 08.05.2018



### Anlage 1: Planungsrelevante Arten für das Messtischblatt 5114 (1. Quadrant) Siegen

Auflistung der erweiterten Auswahl planungsrelevanter Arten in den Lebensraumtypen Kleingehölze, Alleen, Bäume, Gebüsche, Hecken, Gärten, Parkanlagen, Siedlungsbrachen, Gebäude

Art		Status	Erhaltungszustand in NRW (KON)	Kleingehölze	Gärten	Gebäude
Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name					
<b>Säugetiere</b>						
Eptesicus serotinus	Breitflügelfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G-	Na	Na	FoRu!
Myotis bechsteinii	Bechsteinfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	S+	FoRu, Na	Na	(Ru)
Myotis brandtii	Große Bartfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	U	Na	Na	FoRu!
Myotis daubentonii	Wasserfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	Na	Na	FoRu
Myotis myotis	Großes Mausohr	Nachweis ab 2000 vorhanden	U	Na	(Na)	FoRu!
Myotis mystacinus	Kleine Bartfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	Na	Na	FoRu!
Nyctalus leisleri	Kleinabendsegler	Nachweis ab 2000 vorhanden	U	Na	Na	(FoRu)
Nyctalus noctula	Abendsegler	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	Na	Na	(Ru)
Pipistrellus nathusii	Rauhautfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G			FoRu
Pipistrellus pipistrellus	Zwergfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	Na	Na	FoRu!
Plecotus auritus	Braunes Langohr	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	FoRu, Na	Na	FoRu
Vespertilio murinus	Zweifarbfl. Fledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	(Na)	Na	FoRu

Art		Status	Erhaltungszustand in NRW (KON)	Kleingehölze	Säume	Fettwiesen, - weiden
Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name					
<b>Vögel</b>						
Accipiter gentilis	Habicht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	(FoRu), Na	Na	
Accipiter nisus	Sperber	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	(FoRu), Na	Na	
Alcedo atthis	Eisvogel	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G		(Na)	
Anthus trivialis	Baumpieper	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	FoRu		
Asio otus	Waldohreule	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	Na	Na	
Bubo bubo	Uhu	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G			(FoRu)
Buteo buteo	Mäusebussard	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	(FoRu)		
Cuculus canorus	Kuckuck	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U-	Na	(Na)	
Delichon urbicum	Mehlschwalbe	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U		Na	FoRu!
Dryobates minor	Kleinspecht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	Na	Na	
Dryocopus martius	Schwarzspecht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	(Na)		
Falco tinnunculus	Turmfalke	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	(FoRu)	Na	FoRu!
Hirundo rustica	Rauchschwalbe	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U-	(Na)	Na	FoRu!
Lanius collurio	Neuntöter	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G-	FoRu!		
Locustella naevia	Feldschwirl	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	FoRu		

Art		Status	Erhaltungszustand in NRW (KON)	Kleingehölze	Säume	Fettwiesen, - weiden
Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name					
Milvus milvus	Rotmilan	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	(FoRu)		
Passer montanus	Feldsperling	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	(Na)	Na	FoRu
Pernis apivorus	Wespenbussard	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	Na		
Phoenicurus phoenicurus	Gartenrotschwanz	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	FoRu	FoRu	FoRu
Scolopax rusticola	Waldschnepfe	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	(FoRu)		
Strix aluco	Waldkauz	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	Na	Na	FoRu!

Erläuterungen:

G	Erhaltungszustand günstig		
U	Erhaltungszustand ungünstig		
S	Erhaltungszustand schlecht		
-	Bestandstrend abnehmend	+	Bestandstrend zunehmend
FoRu	Fortpflanzungs- und Ruhestätte (Vorkommen im Lebensraum)		
FoRu!	Fortpflanzungs- und Ruhestätte (Hauptvorkommen im Lebensraum)		
(FoRu)	Fortpflanzungs- und Ruhestätte (potentielles Vorkommen im Lebensraum)		
Ru	Ruhestätte (Vorkommen im Lebensraum)		
(Ru)	Ruhestätte (potentielles Vorkommen im Lebensraum)		
Na	Nahrungshabitat (Vorkommen im Lebensraum)		
(Na)	Nahrungshabitat (potentielles Vorkommen im Lebensraum)		

**Bebauungsplan Nr.419  
„Erweiterung St. Marien–Krankenhaus“  
in Siegen**

**Untersuchungen zur Nutzung der Flächen durch  
Fledermäuse sowie Suche nach potentiellen  
Wochenstubenquartieren**

Auftraggeber: Mariengesellschaft gGmbH  
Hans-Jürgen Winkelmann  
Kampenstr. 51  
57072 Siegen

Bearbeitung: Sigrid Schmidt-Fasel  
Schaftrift 3  
57567 Daaden

Reiner Hebel  
Friedenstraße 43  
56076 Siegen

Daaden/Siegen im August 2018

## **Inhaltsverzeichnis:**

- 1. Anlass und Aufgabenstellung**
- 2. Untersuchungsmethoden**
- 3. Ergebnis**
- 4. Festgestellte Fledermausarten im Untersuchungsraum**
- 5. Artenschutzfachliche Beurteilung des Planvorhabens gem.44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz**
- 6. Maßnahmen zur Vermeidung, zur Minderung, zum Erhalt und zur Optimierung**
  - 6.1 Allgemeine Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen**
  - 6.2 Erhaltungsmaßnahmen**
  - 6.3 Optimierungsmaßnahmen**
- 7. Literatur**

## 1. Anlass und Aufgabenstellung:

Im Rahmen der Neuaufstellung des vorhabenbezogenen BP Nr. 419 ist die Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses geplant. Der Geltungsbereich umfasst eine Gesamtfläche von 3,7 ha.

Es ist nach Einschätzung der Fachbehörden nicht auszuschließen, dass sich Fortpflanzungs- und Ruhestätten für Fledermäuse innerhalb der Gebäude befinden, die abgerissen werden sollen. In den vergangenen 20 Jahren wurden mehrfach zu den Schwärmzeiten der Fledermäuse im Spätsommer insbesondere Zwergfledermäuse mit hohen Individuenzahlen (80 bis 100) Tiere und vereinzelt in der Winterzeit, in den Zimmern des Krankenhauses vorgefunden. Der Einflug erfolgte durch gekippte Fenster. Die Sichtung von Individuen im Winter kann darauf hinweisen, dass sich im Nahbereich auf dem Krankenhausgelände Winterquartiere im Bereich der Dachstühle befinden. In Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein und Herrn Dr. Wiedemann von der Stadt Siegen wurde empfohlen vor Gebäudeabriss zwei Gebäudeausflugskontrollen sowie drei Dachstuhlbegehungen durchzuführen, um Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG ausschließen zu können.

Es erfolgt ein Abriss maximal folgender Baukörper:

- Krankenpflegeschule/Geschäftsführung Nordstraße 29 (Eignung des Dachstuhles als Winterquartier oder Wochenstubenquartier)
- Institut für Immunologie
- Teilbereich des Schwesternwohnheimes/Leichenhalle
- Parkhaus (ca. 4000 Quadratmeter)
- Gebäude Nordstraße 22 (Dachstuhl vorhanden)
- Gebäude Nordstraße 24 (Dachstuhl vorhanden)
- Gebäude Nordstraße 26
- 2 Gewächshäuser



Ziel der vorliegenden Arbeit war die Untersuchung der Gebäude auf Fledermausvorkommen, die im Rahmen der Baumaßnahme abgerissen werden müssen. Im Rahmen der durchgeführten abendlichen Begehungen ergaben sich weitere Ergebnisse zum Artenspektrum des Untersuchungsraumes als Nahrungs- und Jagdhabitat für Fledermäuse.

## **2. Untersuchungsmethoden:**

Die Untersuchungen wurden an allen Terminen mit zwei Personen durchgeführt. Beide Personen führten die geforderten Ausflugkontrollen an den Gebäuden mittels Fernglas durch. Um Artenspektrum und Nutzung als Nahrungshabitat festzustellen kamen parallel dazu

**Echo meter pro** und

**Echo meter pro touch 2** , zum Einsatz.

Die Kontrollen wurden an folgenden Tagen, immer von 21.30 Uhr bis 0.00 Uhr durchgeführt:

15. Juni 2018	Temp. 20 Grad, kein Regen, windstill
18. Juni 2018	Temp. 17 Grad, kein Regen, leichter Wind
20. Juni 2018	Temp. 22 Grad, kein Regen, leichter Wind
26. Juni 2018	Temp. 21 Grad, kein Regen, windstill
27. Juni 2018	Temp. 21 Grad, kein Regen , windstill
28. Juni 2018	Temp. 23 Grad, kein Regen, windstill
29. Juni 2018	Temp. 23 Grad, kein Regen, windstill
30. Juni 2018	Temp. 21 Grad, kein Regen, windstill
01. Juli 2018	Temp. 22 Grad, kein Regen, windstill
02. Juli 2018	Temp. 22 Grad, kein Regen, windstill
03. Juli 2018	Temp. 23 Grad, kein Regen, windstill
04. Juli 2018	Temp. 21 Grad, kein Regen, windstill

Die Dachböden der „alten Immunologie“ sowie der beiden sich in der Nordstraße befindlichen Wohnhäuser wurden am 5.7.2018 im Beisein von Mitarbeitern des Marienkrankenhauses auf sichtbar freihängende

Fledermäuse (was bei Zwergfledermäusen ohnehin unwahrscheinlich ist) sowie auf Kotpuren abgesucht. Auch hier kamen wieder die beiden Fledermausdetektoren zum Einsatz um eventuell akustische Signale erkennen zu können. Spaltenquartiere wurden, soweit sie vom Inneren des Dachbodens aus sichtbar waren, ausgeleuchtet.

### 3. Ergebnis

Aus Gebäuden ausfliegende Tiere konnten bei keiner der Kontrollen festgestellt werden, so dass nicht davon auszugehen ist, dass sich in oder an den zum Abriss vorgesehenen Bauwerken Wochenstuben/oder Tagesquartiere von Fledermäusen befinden.

Einzelne Zwergfledermäuse flogen in die Rolladenkästen des Verwaltungsgebäudes ein. Dabei könnte es sich um Männchen handeln, die sich in der Nähe einer möglicherweise im Umkreis befindlichen Wochenstube aufhalten, um die im Spätsommer beginnende Paarungszeit abzuwarten oder auch um Weibchen, die kein Jungtier haben und sich meist dem „Stress“ der Thermoregulation entziehen, indem sie sich nicht direkt im Wochenstubenquartierbereich aufhalten.

Die Absuche von Dachböden brachte in keinem Gebäude den Nachweis von Tieren und Kotpuren sowie keinerlei akustische Hinweise auf Fledermausvorkommen, sodass das Vorhandensein eines Wochenstuben- und/oder Fortpflanzungsquartieres ausscheidet. Gleiches gilt für die vom Dachbodeninneren nach außen einsehbaren Spaltenquartiere. Weitere Spaltenquartiere am Institut für Immunologie (keine Kotpuren in Gebäudenähe oder auf einsehbaren Fenstersimsen) wurden nicht gefunden.

Während des Untersuchungszeitraumes wurden einige Hundert Nahrungs- bzw. Überflüge von Fledermäusen (sechs Arten) dokumentiert (s. Abb. 1). Die Anzahl der Nahrungs-/Überflüge sowie der festgestellten Arten ist unseres Erachtens für einen innerstädtischen Bereich sehr hoch und hebt die Bedeutung als Nahrungshabitat für die verschiedenen Fledermausarten hervor.



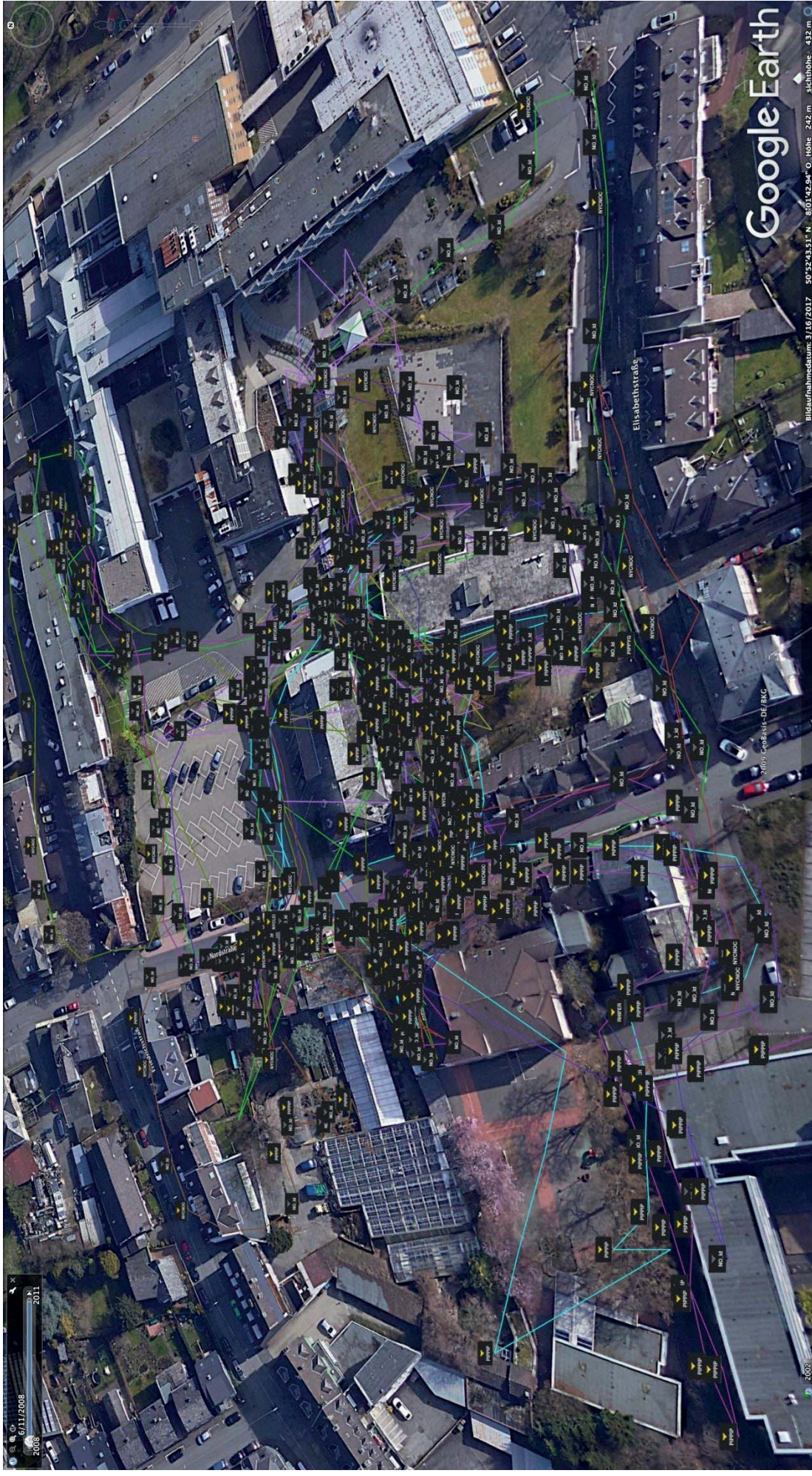


Abb. 1 Fledermausaktivitäten vom 15.6.2018 bis 4.7.2018 (Quelle: Google Earth, Zugriffe 15.6.2018, 18.6.2018, 20.6.2018, 26.6.2018, 28.6.2018, 29.6.2018, 30.6.2018, 1.7.2018, 2.7.2018, 3.7.2018, 4.7.2018 )



Es zeigte sich, dass in erster Linie Strukturen mit altem Baumbestand genutzt wurden, während Straßen ohne Baumbestand und Parkplatzflächen deutlich gemieden wurden. In der Regel hielten sich **Zwergfledermäuse (Pipistrellus pipistrellus)** und **Gr. Abendsegler (Nyctalus noctula)** im Untersuchungsraum auf und nutzten ihn etwa zwei Stunden nach Beginn der Dämmerung und flogen dann in andere Gebiete ab.

Abschließend ist die Bedeutung des Untersuchungsraumes als Nahrungshabitat bzw. Jagdhabitat als hoch einzuschätzen. Besonders der Innenhof des Gebäudes der „Immunologie“, mit seinem alten Baumbestand wurde oft angeflogen.

#### 4. Festgestellte Fledermausarten im Untersuchungsraum

Die im Umkreis der geplanten Maßnahme am häufigsten festgestellte Fledermausart ist die **Zwergfledermaus (Pipistrellus pipistrellus)**. Die Art gehört zu den kleinsten europäischen Fledermäusen, ihre Wochenstuben befinden sich überwiegend an Gebäuden, in von außen zugänglichen Spalten (Hohlräume von Fassadenverkleidungen, Zwischendächern, Rolladenkästen oder Hohlblocksteinen). Dabei werden Quartiere bevorzugt, die so eng sind, dass mit Rücken und Bauch Kontakt zur Unterlage besteht. Die Art nutzt den Untersuchungsraum, hier vor allem die Baumbestände im Innenhof der Immunologie sowie in der Nordstraße, intensiv etwa bis zwei Stunden nach Dämmerungsbeginn zum Nahrungserwerb und fliegt dann in andere Gebiete ab. Die große Anzahl der festgestellten Tiere deutet unseres Erachtens auf ein Wochenstubenquartier in der Nähe hin. Für die abzureißenden Gebäude erfolgte kein Nachweis. Zwei Zwergfledermäuse haben Rolladenkästen angeflogen.

Die kleine „Schwesterart“ der Zwergfledermaus, die **Mückenfledermaus (Pipistrellus pygmaeus)** konnte zweimal nachgewiesen werden. Da seit der Anerkennung der Mückenfledermaus als eigene Art erst einige Jahre vergangen sind, ist das Wissen über Ökologie und Verbreitung noch sehr

lückenhaft. Nach Beobachtungen der Verfasser kommt die Art allerdings häufiger in größeren Flussauen wie zum Beispiel im Mittelrheintal vor.

Die zweithäufigste während der Untersuchungen festgestellte Fledermausart ist der **Große Abendsegler (*Nyctalus noctula*)**. Die Art nutzt ebenfalls die vorhandenen Baumbestände im Umkreis der geplanten Baumaßnahme, jedoch weniger intensiv. Der Große Abendsegler ist ursprünglich eine Waldfledermaus, die Baumhöhlenquartiere in Altholzbeständen bevorzugt, sich aber auch in Fassadenquartieren hoher Gebäude aufhält. Bei dieser Art leben die Geschlechter im Sommer deutlich getrennt. Aus dem Weidenauer Tierpark in Siegen ist eine Männchenkolonie mit 12 Exemplaren bekannt, die in einer Baumhöhle lebt (mdl. Mitteilung M. Graf, Biologische Station Rothaargebirge). Reproduktionsnachweise aus der näheren Umgebung sind den Verfassern nicht bekannt. Die Art ist in erster Linie durch Quartier- und Habitatverluste gefährdet und erleidet in strengen Wintern starke Bestandseinbußen.

Als weitere Art wurde bei den Untersuchungen der **Kleine Abendsegler (*Nyctalus leisleri*)** mit einigen wenigen Überflügen festgestellt. Die Art bevorzugt ausgedehnte Waldgebiete, meist in höheren Lagen. Sommerquartiere befinden sich in Baumhöhlen und Fledermauskästen, so z.B. im Bereich des „NSG Euelsbruch“ in Freudenberg, Kreis Siegen-Wittgenstein (mdl. Mitteilung M. Graf) oder im hessischen Lahn-Dillkreis, Reproduktionsnachweise liegen auch aus den rheinland-pfälzischen Kreisen Altenkirchen und Westerwaldkreis vor (Schmidt-Fasel). Die Art ist durch Habitatveränderungen wie Beseitigung von Altholzbeständen und Baumhöhlen gefährdet und nutzt den Untersuchungsraum nach unseren Erkenntnissen nicht im nennenswerten Umfang als Jagdhabitat.

Lediglich wenige Male den Untersuchungsraum überfliegend festgestellt wurde die **Wasserfledermaus (*Myotis daubentoni*)**. Die Art ist eine Waldfledermaus, die in strukturreichen Landschaften mit einem hohen Gewässeranteil vorkommt. Sie jagt niedrig fliegend über Wasserflächen entlang fester Flugrouten auch mehrere Kilometer von ihrem Quartier

entfernt. Die Bestandsentwicklung zumindest bei den im Siegerland in Stollen überwinternden Tieren der Art scheint nach Beobachtungen der Verfasser negativ zu sein.

Es wurden weiter einzelne Überflüge der **Breitflügelfledermaus (Eptesicus serotinus)** festgestellt. Als typische Gebäudefledermaus kommt die Art vorwiegend im Siedlungs- und siedlungsnahen Bereich vor. Jagdgebiete befinden sich bevorzugt in der offenen und halboffenen Landschaft mit einem Radius von mehreren Kilometern um die Sommerquartiere. Über die weitere Verbreitung der Art im Siegerland ist wenig bekannt.

Ebenso konnte die **Zweifarbfladermaus (Vespertillo murinus)** überfliegend festgestellt werden. Sie ist eine Felsfledermaus, die ursprünglich felsreiche Waldgebiete besiedelt. Ersatzweise nimmt sie auch mit hohen Gebäuden vorlieb. Die Reproduktionsgebiete liegen vermutlich außerhalb von Nordrhein-Westfalen. Möglicherweise hält sich ein Teil der Männchen auch im Sommer in den Überwinterungs- oder Durchzugsquartieren auf. Als Fernstreckenwanderer legt die Zweifarbfledermaus bei ihren saisonalen Wanderungen Entfernungen von bis zu über 1000 Km zurück.

#### **Artenschutzrechtliche Beurteilung des Planvorhabens gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG**

Bezüglich der möglichen Beeinträchtigungen, Gefährdungen und Störungen unter Berücksichtigung der Eignung und Bedeutung der erfassten (Teil-) Lebensräume und der Lebensraumansprüche der Arten werden die im Änderungsbereich kartierten Fledermausarten im Folgenden bewertet. Dabei werden die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG überprüft.

Der untersuchte Raum stellt aufgrund der festgestellten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für den **Großen Abendsegler (Nyctalus noctula)** sowie für die **Zwergfledermaus (Pipistrellus pipistrellus)** dar. Die Eignung als Jagdhabitat für die beiden Arten scheint in



erster Linie im Vorhandensein des alten Baumbestandes und einem möglicherweise damit verbundenen höheren Insektenreichtum rund um die „alte Immunologie“ und in der Nordstraße begründet. Sollten Bäume in diesen Bereichen entnommen werden müssen, könnte dies durchaus negative Auswirkungen auf die Eignung als Jagdhabitat für die vorgenannten Arten haben.

Obwohl keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere im Rahmen der Untersuchungen nachgewiesen werden konnten, werden doch vom Abriss der Gebäude Tagesquartiere (z.B. Rolladenkästen) betroffen sein.

Eine Abstimmung mit Dr. Wiedemann ergab folgendes Ergebnis:

Zwergfledermäuse besiedeln Rolladenkästen nur, wenn die Rolläden nicht in Bewegung sind. Das Krankenhaus wurde zwischenzeitlich informiert, dass die Rolläden zu bewegen sind. Da Zwergfledermäuse oft die Quartiere und Ruhestätten wechseln, besitzen die Rolladenkästen keinen Schutz als Ruhestätte.

Weitere Spaltenquartiere am Institut für Immunologie (keine Kotspuren in Gebäudenähe oder auf einsehbaren Fenstersimsen) wurden nicht gefunden. Gänzlich auszuschließen sind diese Spaltenquartiere aufgrund der Ausgestaltung der Fassaden nicht.

Von einer Störung oder Beeinträchtigung der anderen festgestellten Arten **Mückenfledermaus** (*Pipistrellus pygmaeus*), **Kleiner Abendseger** (*Nyctalus leisleri*), **Wasserfledermaus** (*Myotis daubentoni*), **Breitflügelfledermaus** (*Eptesicus serotinus*) und **Zweifarbflödenmaus** (*Vespertilio murinus*) ist nicht auszugehen, da sie aufgrund der geringen Anzahl der Detektornachweise das Planungsgebiet nicht intensiv nutzen bzw. lediglich überfliegen.

## **6. Maßnahmen zur Vermeidung, zur Minderung , zum Erhalt und zur Optimierung**

### **6.1 Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen**

#### **Abrissbeschränkung**

Der Gebäudeabriss sollte außerhalb der Wochenstubenzeit (Geburt und Aufzuchtphase der Jungtiere) und außerhalb der Paarungszeit der Fledermäuse liegen und sollte daher in der Zeit von Mitte November bis Ende Februar erfolgen.

#### **Beschränkung der Rodungszeit**

Die zur Rodung vorgesehenen Gehölze dürfen nur außerhalb der Aktivitätszeit von Fledermäusen entfernt werden (Mitte November bis Ende Februar), so dass der Verlust von möglicherweise belegten Brut- oder Niststätten von Höhlen bewohnenden Vögeln und Tagesverstecke bzw. Zwischenquartieren von Fledermäusen vermieden werden kann.

#### **Beleuchtung:**

Die Beleuchtung von Grundstücken und des Straßenraumes sollte gemäß der Prämisse ausgerichtet sein: „so wenig Licht wie möglich und so viel wie nötig“. Das Licht sollte nur dorthin strahlen, wo es dringend benötigt wird. LED-Leuchten ist der Vorzug zu geben.“ Keine Leuchten im hohen Spektralbereich (320–720 nm) wie Halogenleuchten oder mit Edelgas befüllte Lampen.

#### **Rolläden**

Die Rolläden sind im Gebäude der Geschäftsleitung oft zu bewegen, damit keine Zwergfledermäuse die Rolladenkästen als Tagesquartier nutzen. Normalerweise befinden sich im Herbst und Winter keine Tiere in den Rolladenkästen, deshalb auch hier die Rolläden bis zum geplanten Abriss weiter bewegen und vor Abriss einzeln aufschrauben und nachsehen ob sich Tiere darin befinden.

## 6.2. Erhaltungsmaßnahmen

### Erhalt des Baumbestandes

Besonders im Innenhof der Immunologie ist der prägende Baumbestand zu erhalten.

## 6.3 Optimierungsmaßnahmen

Da nicht gänzlich auszuschließen ist, dass Spaltenquartiere verloren gehen, wird für einen funktionalen Ausgleich empfohlen, an den neu zu errichtenden Gebäudeteilen in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde zwei Spaltenquartiere pro neues Gebäude zu befestigen.

Maßnahmenvorschläge können dem Baubuch Fledermäuse (2000) entnommen werden, damit sie bei der Bauausführung umgesetzt werden können. Aktuell können auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung keine konkreten Maßnahmen formuliert werden.

## 6. Literatur:

- Dietz, C. , et al. (2016) Handbuch der Fledermäuse Europas und Nordwestafrikas. Stuttgart.
- Dietz, M. & M. Weber (2000) Baubuch Fledermäuse, eine Ideensammlung für fledermausgerechtes Bauen Gießen
- FÖA Landschaftsplanung: (2017)Methodenhandbuch zur Artenschutzprüfung in Nordrhein– Westfalen– Bestandserfassung und Monitoring.
- Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW, Geschützte Arten NRW, artenschutz,naturschutzinformationen, nrw.de
- Landesbetrieb Mobilität Rheinland–Pfalz (Hrsg). (2011)– Entwicklung methodischer Standards zur Erfassung von Fledermäusen im Rahmen von Straßenbauprojekten in Rheinland–Pfalz. Koblenz.

Daaden/Siegen 13.8.2018

*S. Schmidt-Tiesel*

*L. Hühner*

SCHALLSCHUTZ + BAUPHYSIK  
AKUSTIK + MEDIENTECHNIK  
ERSCHÜTTERUNGSSCHUTZ  
UMWELTECHNOLOGIE

**PEUTZ**  
CONSULT

## Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 419 ‚Erweiterung St. Marien- Krankenhaus‘ in 57072 Siegen

Bericht FB 7463-1 vom 22.10.2018

Auftraggeber: St. Marien-Krankenhaus Siegen gem. GmbH  
Kampenstraße 51  
57072 Siegen

Planung: HKS  
Seelbacher Weg 86  
57072 Siegen

Bauwert Projekt Consult GmbH  
Am Bahnhof 23  
57072 Siegen

Bericht-Nr.: FB 7463-1

Datum: 22.10.2018

Ansprechpartner/in: Frau Jacob



Die Akkreditierung gilt für  
den in der Urkundenanlage  
D-PL-20140-01-00  
festgelegten Umfang der  
Module Geräusche und  
Erschütterungen.  
Messstelle nach  
§ 29b BImSchG

VMPA anerkannte  
Schallschutzprüfstelle  
nach DIN 4109

### Leitung:

Dipl.-Phys. Axel Hübel

Dipl.-Ing. Heiko Kremer-Bertram  
Staatlich anerkannter  
Sachverständiger für  
Schall- und Wärmeschutz

Dipl.-Ing. Mark Bless

### Anschriften:

Peutz Consult GmbH

Kolberger Straße 19  
40599 Düsseldorf  
Tel. +49 211 999 582 60  
Fax +49 211 999 582 70  
dus@peutz.de

Borussiastraße 112  
44149 Dortmund  
Tel. +49 231 725 499 10  
Fax +49 231 725 499 19  
dortmund@peutz.de

Carmerstraße 5  
10623 Berlin  
Tel. +49 30 310 172 16  
Fax +49 30 310 172 40  
berlin@peutz.de

Gostenhofer Hauptstraße 21  
90443 Nürnberg  
Tel. +49 911 477 576 60  
Fax +49 911 477 576 70  
nuernberg@peutz.de

### Geschäftsführer:

Dr. ir. Martijn Vercammen  
Dipl.-Ing. Ferry Koopmans  
AG Düsseldorf  
HRB Nr. 22586  
Ust-IdNr.: DE 119424700  
Steuer-Nr.: 106/5721/1489

### Bankverbindungen:

Stadt-Sparkasse Düsseldorf  
Konto-Nr.: 220 241 94  
BLZ 300 501 10  
DE79300501100022024194  
BIC: DUSSEDDXXX

### Niederlassungen:

Mook / Nimwegen, NL  
Zoetermeer / Den Haag, NL  
Groningen, NL  
Paris, F  
Lyon, F  
Leuven, B

[www.peutz.de](http://www.peutz.de)

## Inhaltsverzeichnis

1	Situation und Aufgabenstellung.....	3
2	Bearbeitungsgrundlagen, zitierte Normen und Richtlinien.....	4
3	Örtliche Gegebenheiten und Gebietsnutzungen.....	6
4	Berechnungsgrundlagen.....	7
4.1	Schalltechnische Orientierungswerte gemäß DIN 18005.....	7
4.2	Beurteilung der Verkehrslärmerhöhung im Umfeld.....	7
5	Beurteilung Verkehrslärmerhöhung im Umfeld.....	9
5.1	Schallimmissionen durch Verkehrslärm.....	9
6	Berechnung und Beurteilung der Verkehrslärmimmissionen im Plangebiet.....	11
6.1	Durchführung der Immissionsberechnung für Verkehrslärm.....	11
6.2	Ergebnisse der Immissionsberechnungen und Beurteilung.....	11
7	Lärmschutzmaßnahmen bezüglich Verkehrslärm.....	12
7.1	Allgemeine Erläuterungen.....	12
7.2	Aktive Schallschutzmaßnahmen.....	12
7.2.1	Passive Schallschutzmaßnahmen.....	12
7.3	Maßnahmen nach VDI 2719 'Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen'.....	13
8	Zusammenfassung.....	15



## 1 Situation und Aufgabenstellung

Die St. Marien-Krankenhaus gem. GmbH plant die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 'Erweiterung St. Marien-Krankenhaus' in Siegen. Bei dem Bebauungsplan handelt es sich um ein Grundstück, dass derzeitig entsprechend dem Flächennutzungsplan der Stadt Siegen als Fläche für Gemeinbedarf gekennzeichnet ist. Die wesentlichen Flächen werden bereits von dem St. Marienkrankenhaus genutzt und sollen auch zukünftig weiterhin mit gleicher Nutzung bestehen bleiben. Vonseiten des Krankenhauses sind jedoch Bestrebungen hinsichtlich einer Umstrukturierung vorgesehen. Ein konkreter Planungsentwurf liegt nicht vor. Angedacht ist ggf. die Errichtung eines neuen Gebäudekomplexes mit Bettenzimmern und die Umstrukturierung der Pkw-Stellplätze. Im Bereich des Bebauungsplanes befinden sich auch einzelne Mehrfamilienhäuser. Die Lage des Plangebietes und die Bestandssituation ist den Anlagen 1-3 zu entnehmen.

Die geräuschrelevanten Bereiche Anlieferverkehr, Parkplätze und ein im bereits im Bestand vorhandener Hubschrauberlandeplatz, werden ggf. im Rahmen der Umstrukturierung verlagert. Eine konkrete Planung liegt jedoch nicht vor. Schalltechnische Beurteilungen zum Gewerbelärm sind zunächst nicht Gegenstand dieser schalltechnischen Untersuchung. Der Gewerbelärm soll zum späteren Zeitpunkt im Rahmen des jeweiligen Bauantragsverfahrens untersucht werden.

Die Untersuchung zum Verkehrslärm können jedoch zum derzeitigen Zeitpunkt bereits durchgeführt werden. Es liegen Prognoseberechnung zum Verkehrsaufkommen vom Ingenieurbüro Beyer [15] vor.

Die Hauptzufahrt zur Tiefgarage und dem Parkhaus befindet sich an der Kampenstraße.

Die weiteren Zufahrten sind über die Nordstraße zu einer ebenerdigen Stellplatzanlage sowie die Zufahrt von Seiten der Elisabethstraße zum Parkhaus vorhanden.

Die Planung hinsichtlich der verkehrlichen Situation ist bereits fortgeschritten, auch wenn es sich hier nicht um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt, sind jedoch die groben Planungsparameter auch zur Beurteilung der Verkehrslärmerhöhung im Umfeld und hinsichtlich der Erstellung der Beurteilungspegel durch Verkehrslärm im Plangebiet bereits grundsätzlich fixiert. Die Ergebnisse sind dem nachfolgenden Gutachten zu entnehmen.

Des Weiteren sind Vorschläge für die textlichen Festsetzungen im Bebauungsplan zu formulieren.

## 2 Bearbeitungsgrundlagen, zitierte Normen und Richtlinien

Titel / Beschreibung / Bemerkung			Kat.	Datum
[1]	<b>BImSchG</b> Bundes-Immissionsschutzgesetz	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge	G	Aktuelle Fassung
[2]	<b>16. BImSchV</b> 16. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes / Verkehrslärmschutzverordnung	Bundesgesetzblatt Nr. 27/1990, ausgegeben zu Bonn am 20. Juni 1990	V	12.06.1990 geändert am 18.12.2014
[3]	<b>VDI 2714</b>	Schallausbreitung im Freien	RIL	Januar 1988
[4]	<b>VDI 2720</b>	Schallschutz durch Abschirmung im Freien	RIL	März 1997
[5]	<b>BauO NRW Landesbauordnung</b> Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen	In der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV.NRW. S.256 / SGV.NRW. 232), geändert durch Gesetz vom 16.12.2003 (GV.NRW. S.766 / SGV.NRW. 2129)	V	Zuletzt geändert am 16.12.2003
[6]	<b>TA Lärm</b> Sechste AVwV zum Bundes-Immissionsschutzgesetz, technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm	Gemeinsames Ministerialblatt Nr. 26, herausgegeben vom Bundesministerium des Inneren vom 28.09.1998	VV	26.08.1998, zuletzt geändert am 01.06.2017
[7]	<b>DIN 4109</b>	Schallschutz im Hochbau, Anforderungen und Nachweise	N	November 1989 )
[8]	<b>DIN ISO 9613, Teil 2</b>	Dämpfung des Schalls bei der Ausbreitung im Freien, Allgemeines Berechnungsverfahren; <i>Verweis in der TA Lärm auf den Entwurf September 1997</i>	N	Ausgabe Oktober1999 (Entwurf Sept. 1997)
[9]	<b>DIN EN 12 354, Teil 4</b>	Bauakustik – Berechnung der akustischen Eigenschaften von Gebäuden aus den Bauteileigenschaften – Teil 4: Schallübertragung von Räumen ins Freie	N	April 2001
[10]	<b>DIN 18 005, Teil 1</b>	Schallschutz im Städtebau – Grundlagen und Hinweise für die Planung	N	Juli 2002

Titel / Beschreibung / Bemerkung		Kat.	Datum
[11]	<b>DIN 18 005, Teil 1, Beiblatt 1</b>	Schallschutz im Städtebau – Berechnungsverfahren; Schall- technische Orientierungswerte für die städtebauliche Planung	N Mai 1987
[12]	<b>RLS-90</b> Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen	Eingeführt mit allgemeinem Rundschreiben Straßenbau Nr. 8/1990 vom 10.4.1990	RIL 1990
[13]	<b>VDI 2719</b>	Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen	RIL August 1987
[14]	Entwurf Bebauungsplan Nr. 419	Zur Verfügung gestellt über das Ingenieurbüro HKS aus Siegen	Stand: bis Okto- ber 2018
[15]	Verkehrszahlen	Zur Verfügung gestellt durch das Ingenieurbüro Beyer	Stand: bis Okto- ber 2018
[16]	Abstimmung der Gebietseinstufun- gen / Bebauungspläne im Umfeld	Mit dem Auftraggeber / Stadt Siegen	Stand: bis Okto- ber 2018
[17]	Teilnahme an Besprechungstermin	Planerrunde Verkehr, Städte- bau und Bauherr	Stand: bis Sep- tember 2018

\*) Änderungen mit Stand von 2016 bzw. 2018 in NRW noch nicht baurechtlich eingeführt

Kategorien:

G	Gesetz	N	Norm
V	Verordnung	RIL	Richtlinie
VV	Verwaltungsvorschrift	Lit	Buch, Aufsatz, Berichtigung
RdErl.	Runderlass	P	Planunterlagen / Betriebsangaben

### **3 Örtliche Gegebenheiten und Gebietsnutzungen**

Das Sondergebiet Krankenhaus befindet sich angrenzend bzw. umfasst teilweise den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 13a 'Gartenstrasse, Friedrichstraße'. Die Bereiche entlang der Friedrichstraße, Nordstraße und Kampenstraße sind in dem Bebauungsplan von 1967 als Mischgebiet (MI) ausgewiesen.

Für die Bestandsbebauung südlich des geplanten Bebauungsplanes Erweiterung St. Marienkrankenhaus im Bereich der Elisabethstraße wird ein allgemeines Wohngebiet (WA) berücksichtigt. Der Bebauungsplan selber wird mit einer Ausweisung als Sondergebiet SO Krankenhaus im Bebauungsplan gekennzeichnet. Nach Rücksprache mit der Stadt Siegen, Bauaufsichtsbehörde / Umwelt, sind für die weitere Planung hier Immissionsrichtwerte entsprechend eines Mischgebietes (MI) zu berücksichtigen.

## 4 Berechnungsgrundlagen

### 4.1 Schalltechnische Orientierungswerte gemäß DIN 18005

Für die Bewertung der Verkehrslärmimmissionen im Plangebiet und außerhalb des Plangebietes sind die schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005 maßgebend.

Die anzustrebenden schalltechnischen Orientierungswerte für Verkehrslärm sind in der DIN 18005 "Schallschutz im Städtebau", Beiblatt 1 aufgeführt. Dabei ist die Einhaltung folgender schalltechnischer Orientierungswerte, bezogen auf Verkehrslärm, anzustreben:

Tabelle 1: Schalltechnische Orientierungswerte nach DIN 18005, Beiblatt 1 (hier: Verkehr)

Gebietsausweisung	Immissionsrichtwert [dB(A)]	
	Tag	Nacht
Reine Wohngebiete (WR)	50	40
Allgemeine Wohngebiete (WA)	55	45
Dorfgebiete (MD) und Mischgebiete (MI)	60	50
Kerngebiete (MK) und Gewerbegebiete (GE)	65	55

Für den Gewerbelärm gelten um 5 dB geminderte schalltechnische Orientierungswerte im Nachtzeitraum.

#### Zum Verkehrslärm im Plangebiet:

Für das Plangebiet erfolgt eine Ausweisung als Sondergebiet. Hinsichtlich des Verkehrslärmes im Plangebiet werden die schalltechnischen Orientierungswerte von 60 dB(A) im Tageszeitraum und 50 dB(A) im Nachtzeitraum analog zu einem Mischgebiet (MI) herangezogen.

### 4.2 Beurteilung der Verkehrslärmerhöhung im Umfeld

Aufgrund einer möglichen Umstrukturierung der Stellplätze auf dem Betriebsgelände sind die Auswirkung auf die schalltechnische Situation im Umfeld zu berechnen.

Die Verkehrsberechnungen erfolgen auf der Grundlage der Verkehrszählungen und Prognoseberechnungen des Ingenieurbüros Beyer [15].

Die Verkehrszahlen zeigen, das zukünftig nicht mit einem relevanten Mehrverkehr zu rechnen ist. Die Berechnungsergebnisse der Emissionen der einzelnen Straßenabschnitte sind den Anlagen 4-7 zu entnehmen. Die daraus berechneten Beurteilungspegel für die in Anlage 8 dargestellten Immissionsorte sind der Anlage 9 zu entnehmen. Bei den Immissionsorten mit den Nummern >100 handelt es sich um die Immissionsorte außerhalb des Plangebietes.

Die weiteren Immissionsorte ( $< 100$ ) liegen im Plangebiet und sind an dieser Stelle informativ mit in der Anlage 9 angegeben.

Bei der Bewertung werden die schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005 (Verkehrslärm) berücksichtigt.

Die Bewertung der Verkehrslärmimmissionen erfolgt für die außerhalb des Bebauungsplanes gelegenen schutzbedürftigen Nutzungen im Umfeld. Die Beurteilungspegel durch den Verkehrslärm werden auf der Grundlage der zur Verfügung gestellten Verkehrszahlen durch das Ingenieurbüro Beyer [15] ermittelt. Die Berechnungsergebnisse werden den schalltechnischen Orientierungswerten der DIN 18005 [11] gegenübergestellt.



## 5 Beurteilung Verkehrslärmerhöhung im Umfeld

### 5.1 Schallimmissionen durch Verkehrslärm

Die Berechnung der Emissionspegel als Ausgangsgröße für die Berechnung der Schallimmissionen aus Straßenverkehr erfolgt gemäß der RLS-90.

Für die Bestandsbebauung im Umfeld werden die Geräuschimmissionen durch Straßenverkehr entsprechend den durch das Ingenieurbüro Beyer zur Verfügung gestellten Verkehrszahlen für den Analysefall und Prognosefall berücksichtigt [15]. Die Verkehrsbelastung wurde entsprechend, streng nach RLS-90, als durchschnittliche stündliche Verkehrsstärke DTV angegeben, sowie als maßgebende Verkehrsstärke [in Kfz/h] tags bzw. nachts (mt/mn) mit den maßgebenden Lkw-Anteilen für Fahrzeuge über 2,8t [in %] tags bzw. nachts (pt/pn).

Die Lage der betrachteten Querschnitte ist der nachfolgenden Abbildung 1 zu entnehmen.

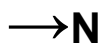
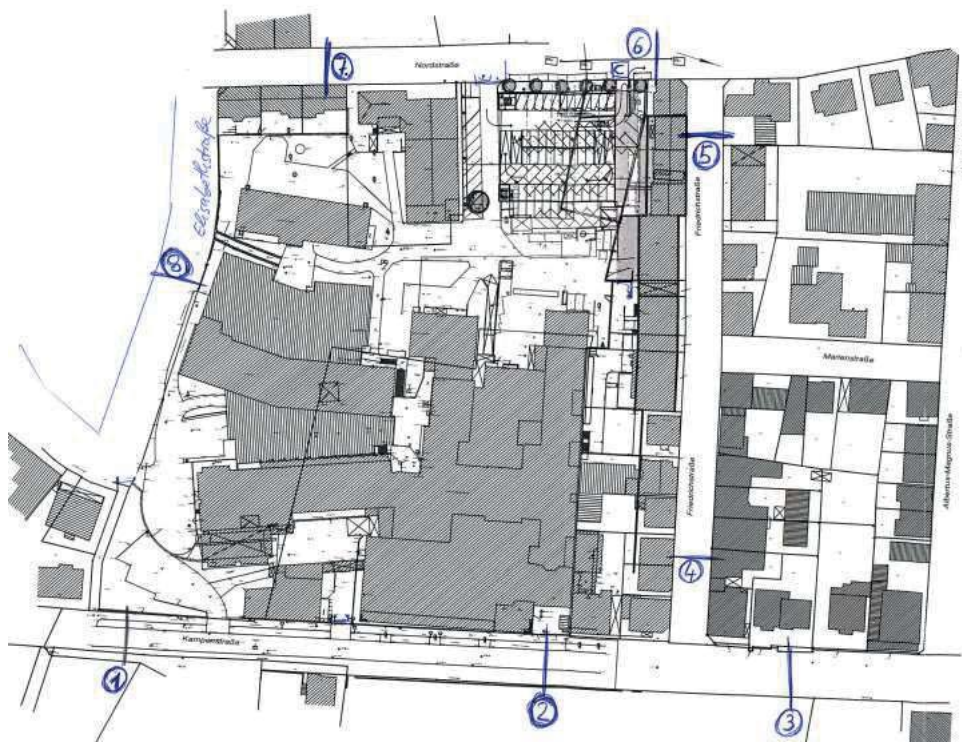


Abbildung 1: Lageplan mit Kennzeichnung der Querschnitte der Verkehrswege im Bereich des St. Marien-Krankenhauses

## Bestandssituation

Abschnitt	DTV	SV	Anteil SV	Mt	Mn	pt	pn
	[Kfz/24h]	[Kfz/24h]	[%]	[Kfz/24h]	[Kfz/24h]	[%]	[%]
Q 1	7915	70	0,9	475	87	10	3
Q 2	8825	70	0,8	530	97	10	3
Q 3 (Schätzung)	10815	77	0,7	649	119	10	3
Q 4	2985	10	0,3	179	33	10	3
Q 5	2985	10	0,3	179	33	10	3
Q 6	1545	25	1,6	93	17	10	3
Q 7	965	0	0	58	11	10	3
Q 8 (Schätzung)	750	0	0	45	8	10	3

## Prognosesituation

Abschnitt	DTV	SV	Anteil SV	Mt	Mn	pt	pn
	[Kfz/24h]	[Kfz/24h]	[%]	[Kfz/24h]	[Kfz/24h]	[%]	[%]
Q 1	7915	70	0,9	475	87	10	3
Q 2	8897	70	0,8	535	98	10	3
Q 3 (Schätzung)	10887	77	0,7	655	120	10	3
Q 4	2985	10	0,3	179	33	10	3
Q 5	2985	10	0,3	179	33	10	3
Q 6	1545	25	1,6	93	17	10	3
Q 7	965	0	0	58	11	10	3
Q 8 (Schätzung)	750	0	0	45	8	10	3

gem. RLS90 4.0, Berechnung des Beurteilungspegel, Tabelle 3  
 Ermittlung DTV Wert über Spitzenstunde (Spitzenstunde = 10 % des DTV)

## Abbildung 2: Verkehrszahlen [15]

Grundsätzlich sind bereits im Bestand (Analyseverkehrsbelastung 2018) hohe Verkehrslärmimmissionen an den Hauptstraßen vorhanden. Im Wesentlichen liegen jedoch die Beurteilungspegel unterhalb von 70 dB(A) am Tag und 60 dB(A) in der Nacht. Die schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005, Beiblatt 1 werden jedoch überschritten.

Wie in Abbildung 2 angegeben, ergibt sich die Verkehrserhöhungen nur für die Querschnitte Q2 und Q3. Die Berechnungsergebnisse der Emissionen der Anlagen 4-7 zeigen, dass sich für den Bereich der Kampenstraße zwischen der Ausfahrt und der Friedrichstraße eine Erhöhung der Emissionen tags um 0,1 dB(A) ergibt. Entsprechend ergeben sich zukünftig auch an einzelnen Immissionsorten im Bereich der Kampenstraße Erhöhungen der Beurteilungspegel um 0,1 dB(A) tags. Im Nachtzeitraum sind keine Erhöhungen zu erwarten. Die Einzelpunktergebnisse sind der Anlage 9 zu entnehmen.

## **6 Berechnung und Beurteilung der Verkehrslärmimmissionen im Plangebiet**

### **6.1 Durchführung der Immissionsberechnung für Verkehrslärm**

Ausgehend von den berechneten Emissionsschallpegeln der im Umkreis des Plangebietes befindlichen Straßen (vgl. Kapitel 5.1) werden die Immissionen, d.h. die individuellen Geräuschbelastungen im Plangebietes mit dem Programm SoundPlan 7.4 errechnet. Die Gebäudehöhen der umliegenden Gebäude sind mit ihrer abschirmenden bzw. reflektierenden Wirkung bei der Berechnung der Beurteilungspegel für die Immissionspunktberechnung im Modell berücksichtigt.

Das Ergebnis der Immissionsberechnungen ist der sogenannte Beurteilungspegel, d.h. der mit Zu- und Abschlägen versehene physikalische Zahlwert des energie-äquivalenten A-bewerteten Dauerschalldruckpegels. Die Berechnung erfolgt unter Berücksichtigung der freien Schallausbreitung im Plangebiet.

### **6.2 Ergebnisse der Immissionsberechnungen und Beurteilung**

Die Berechnungsergebnisse sind flächenhaft in Anlage 10 für den Prognosefall dargestellt.

Die höchsten Verkehrslärmimmissionen liegen hierbei im Bereich der Kampenstraße im östlichen Bereich des Plangebietes vor.

Unmittelbar im Bereich der Kampenstraße betragen die Beurteilungspegel aus der Straßenverkehrsbelastung bis zu 67,5 dB(A) tags und 57,5 dB(A) nachts. Damit liegen Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005 für Sonder-/ Mischgebiete von bis zu 60 dB(A) tags / 50 dB(A) nachts um bis zu 7,5 dB(A) tags / 7,5 dB(A) nachts für die Straßenrandbebauung vor. Für die Friedrichstraße ergeben sich Überschreitungen von bis zu 5 dB(A) tags / 5 dB(A) nachts.

Im wesentlichen Bereich des Plangebietes liegen jedoch Beurteilungspegel von unter 60 dB(A) tags / 50 dB(A) nachts bei freier Schallausbreitung vor. Unter Berücksichtigung der vorhandenen Bebauung (mit Bebauung entlang der Kampen- und Friedrichstraße) ergeben sich jedoch noch weitere Reduzierungen. Die Beurteilungspegel durch Verkehrslärm mit vorhandener Bebauung sind exemplarisch der Anlage 9 zu entnehmen (Immissionsorte 01-11).

Grundsätzlich sind aufgrund der Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte innerhalb des Plangebietes Schallschutzmaßnahmen zur Festsetzung im Bebauungsplan erforderlich.

Bezüglich dieser Schallschutzmaßnahmen sind Ausführungen im Kapitel 7 enthalten.

## **7 Lärmschutzmaßnahmen bezüglich Verkehrslärm**

### **7.1 Allgemeine Erläuterungen**

Zum Schutz gegen Lärm sind grundsätzlich eine Vielzahl von Maßnahmen möglich. Diese können sich sowohl auf die eigentliche Schallquelle, auf den Übertragungsweg zwischen Schallquelle und Empfänger, als auch auf den Bereich des eigentlichen Empfängers beziehen.

Bei Lärmschutzmaßnahmen wird zwischen aktiven und passiven Maßnahmen unterschieden, wobei sich aktive Maßnahmen auf die eigentliche Schallquelle bzw. den Schallausbreitungsweg beziehen und passive Maßnahmen auf den Bereich des Empfängers beschränkt sind.

### **7.2 Aktive Schallschutzmaßnahmen**

Aufgrund der Lage des Plangebietes innerhalb der bestehenden und dicht bebauten Siedlungsstruktur sind aktive Schallschutzmaßnahmen in Form einer Lärmschutzwand entlang der Kampen- und Friedrichstraße städtebaulich vermutlich nicht umsetzbar. Eine schallabschirmende Wand müsste in Anbetracht der Ausbreitungsbedingungen sehr hoch sein (mind. 7 m), um auch für die oberen Geschosse eine ausreichende Schallpegelminderung bewirken zu können.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird deshalb empfohlen, für die stark betroffenen Fassaden passive Schallschutzmaßnahmen festzusetzen.

#### **7.2.1 Passive Schallschutzmaßnahmen**

Zum Schutz der Empfängerseite vor erhöhten Schallimmissionen sind verschiedene passive Schallschutzmaßnahmen möglich. Diese sind z.B.:

- Akustisch günstige Orientierung der Gebäude mit Fassaden zu lärmabgewandten Seiten
- Einbau schalldämmender Fenster und Erhöhung der Schalldämmung der Fassade mit Festlegung von Innenpegeln nach VDI 2719
- Akustisch günstige Ausbildung bzw. Anordnung der Freibereiche

Die Vielzahl der vorgenannten Maßnahmen bezieht sich jedoch nur auf eine Neuplanung. Grundrisslösungen sind grundsätzlich Empfehlungen, die sich jedoch für Krankenhäuser mit Bettenräumen in der Regel nicht umsetzen lassen. Die Maßnahmen nach VDI 2719 sind im nachfolgenden Kapitel detailliert.

### **7.3 Maßnahmen nach VDI 2719 'Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen'**

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes für das gesamte Plangebiet werden Innenraumpegel nach VDI 2719 [13] 'Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen' festgesetzt. Zum Bauantragsverfahren ist ein Schallschutznachweis zum Schutz gegen Außenlärm nach VDI 2719 zu führen.

Für die Dimensionierung der Außenbauteile sind folgende maximalen Innenpegel zu berücksichtigen:

Schlafräume in Krankenhausgebieten nachts	
Mittlungspegel $L_m$	30 dB(A)
sonstige Schlafräume nachts	
Mittlungspegel $L_m$	30 dB(A)
Wohnräume in Krankenhausgebieten tagsüber	
Mittlungspegel $L_m$	35 dB(A)
sonstige Wohnräume tagsüber	
Mittlungspegel $L_m$	35 dB(A)
Kommunikations- und Arbeitsräume tagsüber	
- Einzelbüros	
Mittlungspegel $L_m$	40 dB(A)
- Büros für mehrere Personen	
Mittlungspegel $L_m$	45 dB(A)

- Läden

Mittlungspegel  $L_m$

50 dB(A)

Unter Berücksichtigung des Berechnungsverfahrens der VDI 2719 ist die erforderliche Schalldämmung der Außenbauteile bei einem geplanten Erweiterungsbau zu ermitteln. Die Beurteilungspegel bei freier Schallausbreitung sind der Anlage 10 zu entnehmen.

Der Nachweis ist im Rahmen des jeweiligen Bauantragsverfahrens zu führen.



## 8 Zusammenfassung

In Siegen ist die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 'Erweiterung St. Marien-Krankenhaus' vorgesehen. Geplant ist die Entwicklung von Sondergebietsflächen.

Hierzu wurden in der vorliegenden schalltechnischen Untersuchung die Geräuschimmissionen durch Verkehrslärm im Plangebiet, sowie außerhalb des Plangebietes erhoben und beurteilt.

Hierbei war festzustellen, dass grundsätzlich aufgrund der Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte im Bereich des nördlichen und westlichen Randes des Plangebietes Schallschutzmaßnahmen zur Festsetzung im Bebauungsplan erforderlich sind.


Insbesondere für die zu den Straßen Kamp- und Friedrichstraße orientierten Fassaden sind passive Schallschutz-Maßnahmen umzusetzen. Im Bebauungsplan werden Innenpegeln nach VDI 2719 für die schutzbedürftigen Aufenthaltsräume festgesetzt, die im Rahmen des jeweiligen Bauantragsverfahrens nachzuweisen sind.

Bei Beurteilungspegeln nachts von > 50 dB ist eine Lüftung über gekippte Fenster für die Schlafräume nicht möglich.

Zudem wurde die Veränderung der Verkehrslärmbelastung im Umfeld des Plangebietes beurteilt. Hierbei war festzustellen, dass Erhöhungen der Lärmimmission um maximal 0,1 dB(A) im Tageszeitraum für die Anwohner im Bereich der Kampenstraße vorliegen. Erhöhungen von unter 1 dB(A) sind jedoch nicht wahrnehmbar.

Dieser Bericht besteht aus 15 Seiten und 10 Anlagen.

Peutz Consult GmbH

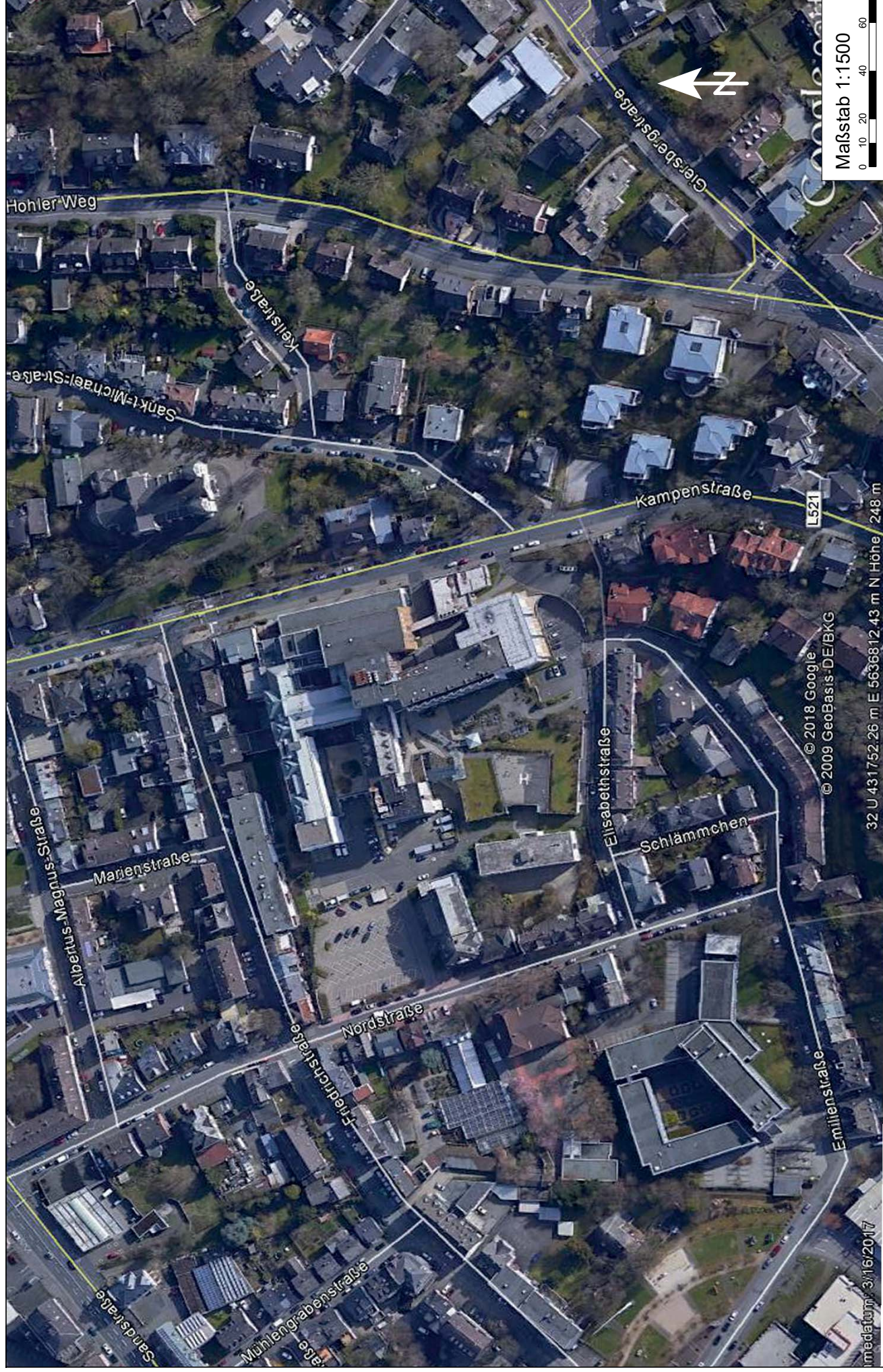
  
ppa. Dipl.-Ing. Mark Bless  
(Messstellenleitung)

  
i.A. Dipl.-Ing. Andrea Jacob  
(Projektleitung / Projektbearbeitung)

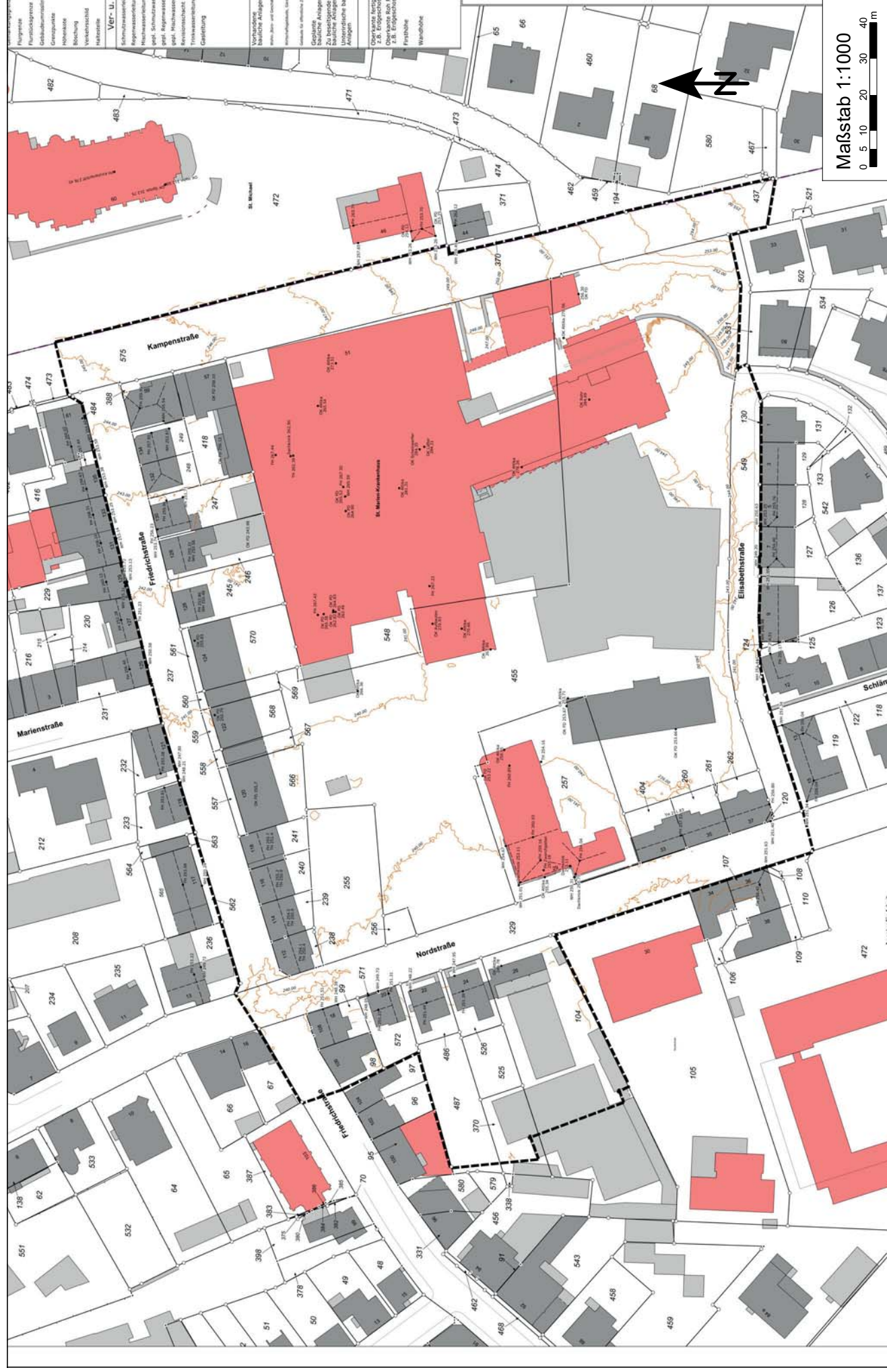
Anlagenverzeichnis

- Anlage 1    Übersichtslageplan 1
- Anlage 2    Übersichtslageplan 2
- Anlage 3    Auszug aus Bebauungsplan
- Anlage 4    Emissionen Analysefall – Blatt 1
- Anlage 5    Emissionen Analysefall – Blatt 2
- Anlage 6    Emissionen Prognosefall – Blatt 1
- Anlage 7    Emissionen Prognosefall – Blatt 2
- Anlage 8    Lageplan mit Lage der Immissionsorte
- Anlage 9    Berechnungsergebnisse Einzelpunkte
- Anlage 10   Rasterlärmkarte in 5 m Höhe













# Berechnung der Emissionspegel für Straßenverkehr gemäß RLS 90

## Analysefall



<b>Straßenbezeichnung:</b>	Kampenstraße Höhe Elisabethstraße (Analyse) (Q1)					Emissionspegel:		
<b>Straßengattung:</b>	Gemeindestraße					<b>Tag</b>	<b>Nacht</b>	
<b>Verkehrswerte - Kfz/h:</b>	Tag:	475	Nacht:	87				
<b>LKW-Anteil [%]:</b>	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L <sub>m</sub> <sup>25</sup>	66,7	57,7	
<b>Straßenoberfläche:</b>	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D <sub>StrO</sub>	0,0	0,0
<b>Geschwindigkeiten [km/h]:</b>	PKW:	50	LKW:	50	D <sub>v</sub>	-4,1	-5,3	
<b>Steigung/Gefälle:</b>	0,0%					D <sub>Stg</sub>	0,0	0,0
						<b>L<sub>m,E</sub> [dB(A)]</b>	<b>62,5</b>	<b>52,3</b>

<b>Straßenbezeichnung:</b>	Kampenstraße vor Friedrichstraße (Prognose) (Q2)					Emissionspegel:		
<b>Straßengattung:</b>	Gemeindestraße					<b>Tag</b>	<b>Nacht</b>	
<b>Verkehrswerte - Kfz/h:</b>	Tag:	530	Nacht:	97				
<b>LKW-Anteil [%]:</b>	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	$L_m^{25}$	67,1	58,1	
<b>Straßenoberfläche:</b>	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					$D_{StrO}$	0,0	0,0
<b>Geschwindigkeiten [km/h]:</b>	PKW:	30	LKW:	30	$D_v$	-6,7	-7,7	
<b>Steigung/Gefälle:</b>	0,0%					$D_{Stg}$	0,0	0,0
						<b><math>L_{m,E}</math> [dB(A)]</b>	<b>60,4</b>	<b>50,4</b>

<b>Straßenbezeichnung:</b>	Kampenstraße nach Friedrichstraße (Analyse) (Q3)					Emissionspegel:		
<b>Straßengattung:</b>	Gemeindestraße					<b>Tag</b>	<b>Nacht</b>	
<b>Verkehrswerte - Kfz/h:</b>	Tag:	649	Nacht:	119				
<b>LKW-Anteil [%]:</b>	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L <sub>m</sub> <sup>25</sup>	68,0	59,0	
<b>Straßenoberfläche:</b>	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D <sub>StrO</sub>	0,0	0,0
<b>Geschwindigkeiten [km/h]:</b>	PKW:	50	LKW:	50	D <sub>v</sub>	-4,1	-5,3	
<b>Steigung/Gefälle:</b>	0,0%					D <sub>Stg</sub>	0,0	0,0
						<b>L<sub>m,E</sub> [dB(A)]</b>	<b>63,9</b>	<b>53,7</b>

<b>Straßenbezeichnung:</b>	Friedrichstraße (Analyse) (Q4)					Emissionspegel:		
<b>Straßengattung:</b>	Gemeindestraße					<b>Tag</b>	<b>Nacht</b>	
<b>Verkehrswerte - Kfz/h:</b>	Tag:	179	Nacht:	33				
<b>LKW-Anteil [%]:</b>	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L <sub>m</sub> <sup>25</sup>	62,4	53,4	
<b>Straßenoberfläche:</b>	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D <sub>StrO</sub>	0,0	0,0
<b>Geschwindigkeiten [km/h]:</b>	PKW:	30	LKW:	30	D <sub>v</sub>	-6,7	-7,7	
<b>Steigung/Gefälle:</b>	0,0%					D <sub>Stg</sub>	0,0	0,0
						<b>L<sub>m,E</sub> [dB(A)]</b>	<b>55,7</b>	<b>45,7</b>



## Analysefall

<b>Straßenbezeichnung:</b>	Friedrichstraße (Analyse) (Q5)					Emissionspegel:		
<b>Straßengattung:</b>	Gemeindestraße					<b>Tag</b>	<b>Nacht</b>	
<b>Verkehrswerte - Kfz/h:</b>	Tag:	179	Nacht:	33				
<b>LKW-Anteil [%]:</b>	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	$L_m^{25}$	62,4	53,4	
<b>Straßenoberfläche:</b>	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					$D_{StrO}$	0,0	0,0
<b>Geschwindigkeiten [km/h]:</b>	PKW:	30	LKW:	30	$D_v$	-6,7	-7,7	
<b>Steigung/Gefälle:</b>	0,0%					$D_{Stg}$	0,0	0,0
<b><math>L_{m,E}</math> [dB(A)]</b>						<b>55,7</b>	<b>45,7</b>	

<b>Straßenbezeichnung:</b>	Nordstraße nach Friedrichstraße (Analyse) (Q6)					Emissionspegel:		
<b>Straßengattung:</b>	Gemeindestraße					<b>Tag</b>	<b>Nacht</b>	
<b>Verkehrswerte - Kfz/h:</b>	Tag:	93	Nacht:	17				
<b>LKW-Anteil [%]:</b>	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L <sub>m</sub> <sup>25</sup>	59,6	50,6	
<b>Straßenoberfläche:</b>	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D <sub>StrO</sub>	0,0	0,0
<b>Geschwindigkeiten [km/h]:</b>	PKW:	30	LKW:	30	D <sub>v</sub>	-6,7	-7,7	
<b>Steigung/Gefälle:</b>	0,0%					D <sub>Stg</sub>	0,0	0,0
						<b>L<sub>m,E</sub> [dB(A)]</b>	<b>52,9</b>	<b>42,8</b>

<b>Straßenbezeichnung:</b>	Nordstraße vor Elisabethstraße (Analyse) (Q7)					Emissionspegel:		
<b>Straßengattung:</b>	Gemeindestraße					<b>Tag</b>	<b>Nacht</b>	
<b>Verkehrswerte - Kfz/h:</b>	Tag:	58	Nacht:	11				
<b>LKW-Anteil [%]:</b>	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	$L_m^{25}$	57,5	48,7	
<b>Straßenoberfläche:</b>	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					$D_{StrO}$	0,0	0,0
<b>Geschwindigkeiten [km/h]:</b>	PKW:	30	LKW:	30	$D_v$	-6,7	-7,7	
<b>Steigung/Gefälle:</b>	0,0%					$D_{Stg}$	0,0	0,0
<b><math>L_{m,E}</math> [dB(A)]</b>						<b>50,8</b>	<b>40,9</b>	

<b>Straßenbezeichnung:</b>	Elisabethstraße (Analyse) (Q8)					Emissionspegel:		
<b>Straßengattung:</b>	Gemeindestraße					<b>Tag</b>	<b>Nacht</b>	
<b>Verkehrswerte - Kfz/h:</b>	Tag:	45	Nacht:	8				
<b>LKW-Anteil [%]:</b>	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L <sub>m</sub> <sup>25</sup>	56,4	47,3	
<b>Straßenoberfläche:</b>	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D <sub>StrO</sub>	0,0	0,0
<b>Geschwindigkeiten [km/h]:</b>	PKW:	30	LKW:	30	D <sub>v</sub>	-6,7	-7,7	
<b>Steigung/Gefälle:</b>	0,0%					D <sub>Stg</sub>	0,0	0,0
						<b>L<sub>m,E</sub> [dB(A)]</b>	<b>49,7</b>	<b>39,5</b>

# Berechnung der Emissionspegel für Straßenverkehr gemäß RLS 90

## Prognosefall



<b>Straßenbezeichnung:</b>	Kampenstraße Höhe Elisabethstraße (Prognose) (Q1)					Emissionspegel:		
<b>Straßengattung:</b>	Gemeindestraße					<b>Tag</b>	<b>Nacht</b>	
<b>Verkehrswerte - Kfz/h:</b>	Tag:	475	Nacht:	87				
<b>LKW-Anteil [%]:</b>	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	$L_m^{25}$	66,7	57,7	
<b>Straßenoberfläche:</b>	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					$D_{StrO}$	0,0	0,0
<b>Geschwindigkeiten [km/h]:</b>	PKW:	50	LKW:	50	$D_v$	-4,1	-5,3	
<b>Steigung/Gefälle:</b>	0,0%					$D_{Stg}$	0,0	0,0
<b><math>L_{m,E}</math> [dB(A)]</b>						<b>62,5</b>	<b>52,3</b>	

<b>Straßenbezeichnung:</b>	Kampenstraße vor Friedrichstraße (Prognose) (Q2)					Emissionspegel:		
<b>Straßengattung:</b>	Gemeindestraße					<b>Tag</b>	<b>Nacht</b>	
<b>Verkehrswerte - Kfz/h:</b>	Tag:	535	Nacht:	98				
<b>LKW-Anteil [%]:</b>	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	$L_m^{25}$	67,2	58,2	
<b>Straßenoberfläche:</b>	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					$D_{StrO}$	0,0	0,0
<b>Geschwindigkeiten [km/h]:</b>	PKW:	30	LKW:	30	$D_v$	-6,7	-7,7	
<b>Steigung/Gefälle:</b>	0,0%					$D_{Stg}$	0,0	0,0
<b><math>L_{m,E}</math> [dB(A)]</b>						<b>60,5</b>	<b>50,4</b>	

<b>Straßenbezeichnung:</b>	Kampenstraße nach Friedrichstraße (Prognose) (Q3)					Emissionspegel:		
<b>Straßengattung:</b>	Gemeindestraße					<b>Tag</b>	<b>Nacht</b>	
<b>Verkehrswerte - Kfz/h:</b>	Tag:	655	Nacht:	120				
<b>LKW-Anteil [%]:</b>	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	$L_m^{25}$	68,1	59,0	
<b>Straßenoberfläche:</b>	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					$D_{StrO}$	0,0	0,0
<b>Geschwindigkeiten [km/h]:</b>	PKW:	50	LKW:	50	$D_v$	-4,1	-5,3	
<b>Steigung/Gefälle:</b>	0,0%					$D_{Stg}$	0,0	0,0
<b><math>L_{m,E}</math> [dB(A)]</b>						<b>63,9</b>	<b>53,7</b>	

<b>Straßenbezeichnung:</b>	Friedrichstraße (Prognose) (Q4)					Emissionspegel:		
<b>Straßengattung:</b>	Gemeindestraße					<b>Tag</b>	<b>Nacht</b>	
<b>Verkehrswerte - Kfz/h:</b>	Tag:	179	Nacht:	33				
<b>LKW-Anteil [%]:</b>	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L <sub>m</sub> <sup>25</sup>	62,4	53,4	
<b>Straßenoberfläche:</b>	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D <sub>StrO</sub>	0,0	0,0
<b>Geschwindigkeiten [km/h]:</b>	PKW:	30	LKW:	30	D <sub>v</sub>	-6,7	-7,7	
<b>Steigung/Gefälle:</b>	0,0%					D <sub>Stg</sub>	0,0	0,0
						<b>L<sub>m,E</sub> [dB(A)]</b>	<b>55,7</b>	<b>45,7</b>

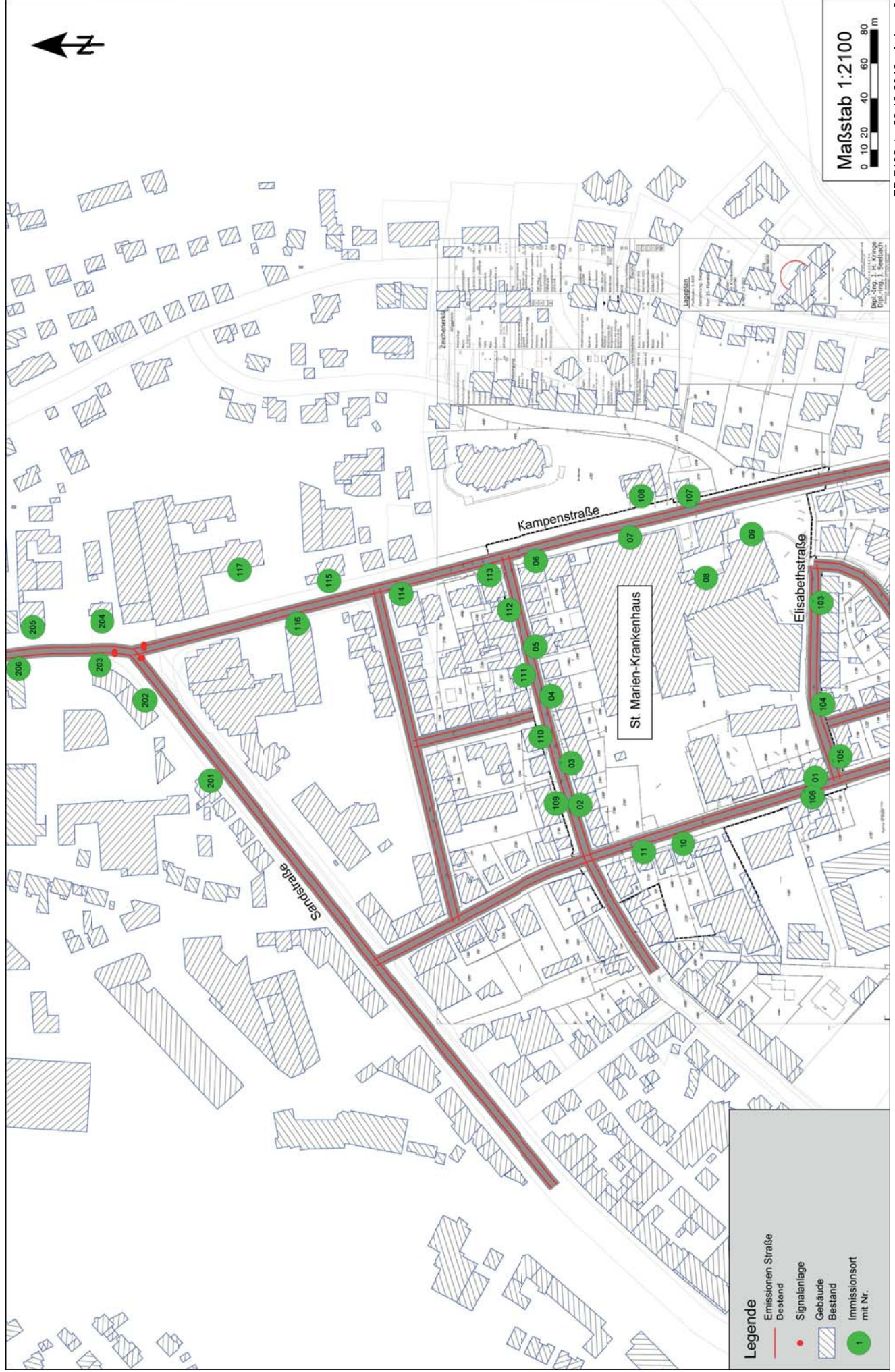
## Prognosefall

<b>Straßenbezeichnung:</b>	Friedrichstraße (Prognose) (Q5)					Emissionspegel:		
<b>Straßengattung:</b>	Gemeindestraße					<b>Tag</b>	<b>Nacht</b>	
<b>Verkehrswerte - Kfz/h:</b>	Tag:	179	Nacht:	33				
<b>LKW-Anteil [%]:</b>	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	$L_m^{25}$	62,4	53,4	
<b>Straßenoberfläche:</b>	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					$D_{StrO}$	0,0	0,0
<b>Geschwindigkeiten [km/h]:</b>	PKW:	30	LKW:	30	$D_v$	-6,7	-7,7	
<b>Steigung/Gefälle:</b>	0,0%					$D_{Stg}$	0,0	0,0
<b><math>L_{m,E}</math> [dB(A)]</b>						<b>55,7</b>	<b>45,7</b>	

<b>Straßenbezeichnung:</b>	Nordstraße nach Friedrichstraße (Prognose) (Q6)					Emissionspegel:		
<b>Straßengattung:</b>	Gemeindestraße					<b>Tag</b>	<b>Nacht</b>	
<b>Verkehrswerte - Kfz/h:</b>	Tag:	93	Nacht:	17				
<b>LKW-Anteil [%]:</b>	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	$L_m^{25}$	59,6	50,6	
<b>Straßenoberfläche:</b>	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					$D_{StrO}$	0,0	0,0
<b>Geschwindigkeiten [km/h]:</b>	PKW:	30	LKW:	30	$D_v$	-6,7	-7,7	
<b>Steigung/Gefälle:</b>	0,0%					$D_{Stg}$	0,0	0,0
<b><math>L_{m,E}</math> [dB(A)]</b>						<b>52,9</b>	<b>42,8</b>	

<b>Straßenbezeichnung:</b>	Nordstraße vor Elisabethstraße (Prognose) (Q7)					Emissionspegel:		
<b>Straßengattung:</b>	Gemeindestraße					<b>Tag</b>	<b>Nacht</b>	
<b>Verkehrswerte - Kfz/h:</b>	Tag:	58	Nacht:	11				
<b>LKW-Anteil [%]:</b>	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	$L_m^{25}$	57,5	48,7	
<b>Straßenoberfläche:</b>	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					$D_{StrO}$	0,0	0,0
<b>Geschwindigkeiten [km/h]:</b>	PKW:	30	LKW:	30	$D_v$	-6,7	-7,7	
<b>Steigung/Gefälle:</b>	0,0%					$D_{Stg}$	0,0	0,0
<b><math>L_{m,E}</math> [dB(A)]</b>						<b>50,8</b>	<b>40,9</b>	

<b>Straßenbezeichnung:</b>	Elisabethstraße (Prognose) (Q8)					Emissionspegel:		
<b>Straßengattung:</b>	Gemeindestraße					<b>Tag</b>	<b>Nacht</b>	
<b>Verkehrswerte - Kfz/h:</b>	Tag:	45	Nacht:	8				
<b>LKW-Anteil [%]:</b>	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L <sub>m</sub> <sup>25</sup>	56,4	47,3	
<b>Straßenoberfläche:</b>	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D <sub>StrO</sub>	0,0	0,0
<b>Geschwindigkeiten [km/h]:</b>	PKW:	30	LKW:	30	D <sub>v</sub>	-6,7	-7,7	
<b>Steigung/Gefälle:</b>	0,0%					D <sub>Stg</sub>	0,0	0,0
						<b>L<sub>m,E</sub> [dB(A)]</b>	<b>49,7</b>	<b>39,5</b>



# Beurteilungspegel Verkehrslärm nach DIN 18005



Immissionspunkt			Gebiets- einstufung	Schalltechnischer Orientierungswert		Beurteilungspegel		Beurteilungspegel		Pegeldifferenz		Überschreitung des Orientierungswertes		
IP	Name	Fassaden- orientierung		Geschoss	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
01	Nordstraße 37	W	EG	MI	60	50	60,7	50,8	60,7	50,8	0,0	0,0	0,7	0,8
		W	1.OG	MI	60	50	60,0	50,1	60,0	50,1	0,0	0,0	-	0,1
		W	2.OG	MI	60	50	59,0	49,1	59,0	49,1	0,0	0,0	-	-
		W	3.OG	MI	60	50	58,1	48,3	58,1	48,3	0,0	0,0	-	-
02	Friedrichstraße 116	N	EG	MI	60	50	65,7	55,7	65,7	55,7	0,0	0,0	5,7	5,7
		N	1.OG	MI	60	50	64,9	55,0	64,9	55,0	0,0	0,0	4,9	5,0
		N	2.OG	MI	60	50	63,8	53,9	63,8	53,9	0,0	0,0	3,8	3,9
		N	3.OG	MI	60	50	63,0	53,1	63,0	53,1	0,0	0,0	3,0	3,1
03	Friedrichstraße 120	N	EG	MI	60	50	63,5	53,5	63,5	53,5	0,0	0,0	3,5	3,5
		N	1.OG	MI	60	50	63,7	53,8	63,7	53,8	0,0	0,0	3,7	3,8
		N	2.OG	MI	60	50	63,3	53,3	63,3	53,3	0,0	0,0	3,3	3,3
		N	3.OG	MI	60	50	62,7	52,7	62,7	52,7	0,0	0,0	2,7	2,7
		N	4.OG	MI	60	50	62,2	52,3	62,2	52,3	0,0	0,0	2,2	2,3
04	Friedrichstraße 124	N	EG	MI	60	50	64,2	54,2	64,2	54,2	0,0	0,0	4,2	4,2
		N	1.OG	MI	60	50	64,5	54,5	64,5	54,5	0,0	0,0	4,5	4,5
		N	2.OG	MI	60	50	63,8	53,9	63,8	53,9	0,0	0,0	3,8	3,9
		N	3.OG	MI	60	50	63,2	53,2	63,2	53,2	0,0	0,0	3,2	3,2
		N	4.OG	MI	60	50	62,7	52,7	62,7	52,7	0,0	0,0	2,7	2,7
05	Friedrichstraße 128	N	EG	MI	60	50	66,1	56,1	66,1	56,1	0,0	0,0	6,1	6,1
		N	1.OG	MI	60	50	65,7	55,7	65,7	55,7	0,0	0,0	5,7	5,7
		N	2.OG	MI	60	50	64,6	54,7	64,6	54,7	0,0	0,0	4,6	4,7
06	Kampenstraße 59	O	EG	MI	60	50	67,6	57,6	67,7	57,6	0,1	0,0	7,7	7,6
		O	1.OG	MI	60	50	68,0	58,0	68,1	58,0	0,1	0,0	8,1	8,0
		O	2.OG	MI	60	50	67,5	57,4	67,5	57,4	0,0	0,0	7,5	7,4
		O	3.OG	MI	60	50	66,8	56,8	66,9	56,8	0,1	0,0	6,9	6,8
07	Krankenhausgebäude 2	O	2.OG	SOK	60	50	67,7	57,7	67,8	57,7	0,1	0,0	7,8	7,7
		O	3.OG	SOK	60	50	67,5	57,5	67,6	57,5	0,1	0,0	7,6	7,5
		O	4.OG	SOK	60	50	66,9	56,8	66,9	56,8	0,0	0,0	6,9	6,8
		O	5.OG	SOK	60	50	66,2	56,1	66,2	56,1	0,0	0,0	6,2	6,1
		O	6.OG	SOK	60	50	65,5	55,5	65,6	55,5	0,1	0,0	5,6	5,5

# Beurteilungspegel Verkehrslärm nach DIN 18005



Immissionspunkt				Gebiets- einstufung	Schalltechnischer Orientierungswert		Beurteilungspegel		Beurteilungspegel		Pegeldifferenz		Überschreitung des Orientierungswertes	
IP	Name	Fassaden- orientierung	Geschoss		Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
07	Krankenhausgebäude 2	O	7.OG	SOK	60	50	64,9	54,9	65,0	54,9	0,1	0,0	5,0	4,9
08	Krankenhausgebäude 2	O	2.OG	SOK	60	50	46,5	36,3	46,5	36,3	0,0	0,0	-	-
		O	3.OG	SOK	60	50	46,7	36,6	46,7	36,6	0,0	0,0	-	-
		O	4.OG	SOK	60	50	47,8	37,6	47,8	37,6	0,0	0,0	-	-
		O	5.OG	SOK	60	50	48,6	38,5	48,6	38,5	0,0	0,0	-	-
		O	6.OG	SOK	60	50	49,4	39,3	49,4	39,3	0,0	0,0	-	-
		O	7.OG	SOK	60	50	50,3	40,3	50,3	40,3	0,0	0,0	-	-
		O	3.OG	SOK	60	50	61,1	50,9	61,1	50,9	0,0	0,0	1,1	0,9
		O	4.OG	SOK	60	50	63,3	53,1	63,3	53,1	0,0	0,0	3,3	3,1
09	Krankenhausgebäude 2	O	5.OG	SOK	60	50	63,7	53,5	63,7	53,5	0,0	0,0	3,7	3,5
		O	6.OG	SOK	60	50	63,7	53,5	63,7	53,5	0,0	0,0	3,7	3,5
		O	7.OG	SOK	60	50	63,7	53,5	63,7	53,5	0,0	0,0	3,7	3,5
		O	EG	MI	60	50	56,8	47,0	56,8	47,0	0,0	0,0	-	-
		O	1.OG	MI	60	50	57,5	47,6	57,5	47,6	0,0	0,0	-	-
		O	2.OG	MI	60	50	57,1	47,3	57,1	47,3	0,0	0,0	-	-
		O	EG	MI	60	50	59,0	49,1	59,0	49,1	0,0	0,0	-	-
		O	1.OG	MI	60	50	59,1	49,3	59,1	49,3	0,0	0,0	-	-
10	Nordstraße 24	O	2.OG	MI	60	50	58,6	48,7	58,6	48,7	0,0	0,0	-	-
		O	3.OG	MI	60	50	58,0	48,2	58,0	48,2	0,0	0,0	-	-
		N	EG	WA	55	45	61,4	51,2	61,4	51,2	0,0	0,0	6,4	6,2
		N	1.OG	WA	55	45	60,6	50,4	60,6	50,4	0,0	0,0	5,6	5,4
		N	2.OG	WA	55	45	58,9	48,7	58,9	48,7	0,0	0,0	3,9	3,7
		N	3.OG	WA	55	45	57,9	47,8	57,9	47,8	0,0	0,0	2,9	2,8
		N	EG	WA	55	45	59,6	49,5	59,6	49,5	0,0	0,0	4,6	4,5
		N	1.OG	WA	55	45	58,4	48,2	58,4	48,2	0,0	0,0	3,4	3,2
103	Elisabethstraße 3	N	EG	WA	55	45	59,4	49,2	59,4	49,2	0,0	0,0	4,4	4,2
		N	1.OG	WA	55	45	58,6	48,5	58,6	48,5	0,0	0,0	3,6	3,5
104	Elisabethstraße 10-12	O	EG	MI	60	50	60,4	50,5	60,4	50,5	0,0	0,0	0,4	0,5
		O	1.OG	MI	60	50	60,4	50,5	60,4	50,5	0,0	0,0	0,4	0,5
105	Elisabethstraße 13-15	O	2.OG	MI	60	50	59,4	49,6	59,4	49,6	0,0	0,0	-	-
		O	EG	MI	60	50	59,4	49,6	59,4	49,6	0,0	0,0	-	-
106	Nordstraße 36	O	EG	MI	60	50	59,4	49,6	59,4	49,6	0,0	0,0	-	-
		O	1.OG	MI	60	50	59,4	49,6	59,4	49,6	0,0	0,0	-	-



# Beurteilungspegel Verkehrslärm nach DIN 18005



Immissionspunkt				Gebiets- einstufung	Schalltechnischer Orientierungswert		Beurteilungspegel		Beurteilungspegel		Pegeldifferenz		Überschreitung des Orientierungswertes	
IP	Name	Fassaden- orientierung	Geschoss		Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Analyse-Prognose Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
106	Nordstraße 36	O	3.OG	MI	60	50	58,6	48,8	58,6	48,8	0,0	0,0	-	-
107	Kampenstraße 44	W	EG	MI	60	50	69,3	59,1	69,3	59,1	0,0	0,0	9,3	9,1
		W	1.OG	MI	60	50	69,1	58,9	69,1	58,9	0,0	0,0	9,1	8,9
		W	2.OG	MI	60	50	68,5	58,3	68,5	58,3	0,0	0,0	8,5	8,3
		W	3.OG	MI	60	50	67,9	57,7	67,9	57,7	0,0	0,0	7,9	7,7
108	Kampenstraße 46	W	EG	MI	60	50	65,1	55,1	65,2	55,1	0,1	0,0	5,2	5,1
		W	1.OG	MI	60	50	65,5	55,5	65,6	55,5	0,1	0,0	5,6	5,5
		W	2.OG	MI	60	50	65,4	55,4	65,5	55,4	0,1	0,0	5,5	5,4
109	Friedrichstraße 117	S	EG	MI	60	50	63,5	53,5	63,5	53,5	0,0	0,0	3,5	3,5
		S	1.OG	MI	60	50	63,5	53,5	63,5	53,5	0,0	0,0	3,5	3,5
		S	2.OG	MI	60	50	63,1	53,1	63,1	53,1	0,0	0,0	3,1	3,1
110	Friedrichstraße 121	S	EG	MI	60	50	64,9	54,9	64,9	54,9	0,0	0,0	4,9	4,9
		S	1.OG	MI	60	50	64,5	54,5	64,5	54,5	0,0	0,0	4,5	4,5
		S	2.OG	MI	60	50	63,8	53,8	63,8	53,8	0,0	0,0	3,8	3,8
111	Friedrichstraße 127	S	EG	MI	60	50	64,7	54,7	64,7	54,7	0,0	0,0	4,7	4,7
		S	1.OG	MI	60	50	64,3	54,3	64,3	54,3	0,0	0,0	4,3	4,3
		S	2.OG	MI	60	50	63,6	53,6	63,6	53,6	0,0	0,0	3,6	3,6
112	Friedrichstraße 133	S	EG	MI	60	50	65,6	55,6	65,7	55,6	0,1	0,0	5,7	5,6
		S	1.OG	MI	60	50	65,4	55,4	65,4	55,4	0,0	0,0	5,4	5,4
		S	2.OG	MI	60	50	64,7	54,7	64,7	54,7	0,0	0,0	4,7	4,7
113	Kampenstraße 61	O	EG	MI	60	50	69,9	59,8	69,9	59,8	0,0	0,0	9,9	9,8
		O	1.OG	MI	60	50	70,1	59,9	70,1	59,9	0,0	0,0	10,1	9,9
		O	2.OG	MI	60	50	69,4	59,3	69,5	59,3	0,1	0,0	9,5	9,3
		O	3.OG	MI	60	50	68,6	58,5	68,6	58,5	0,0	0,0	8,6	8,5
		O	4.OG	MI	60	50	67,8	57,7	67,9	57,7	0,1	0,0	7,9	7,7
114	Kampenstraße 69	O	EG	MI	60	50	72,2	62,0	72,2	62,0	0,0	0,0	12,2	12,0
		O	1.OG	MI	60	50	71,8	61,7	71,8	61,7	0,0	0,0	11,8	11,7
		O	2.OG	MI	60	50	71,0	60,8	71,0	60,8	0,0	0,0	11,0	10,8
115	Kampenstraße 76	O	3.OG	MI	60	50	70,1	59,9	70,1	59,9	0,0	0,0	10,1	9,9
		W	EG	MI	60	50	69,1	58,9	69,1	58,9	0,0	0,0	9,1	8,9

# Beurteilungspegel Verkehrslärm nach DIN 18005



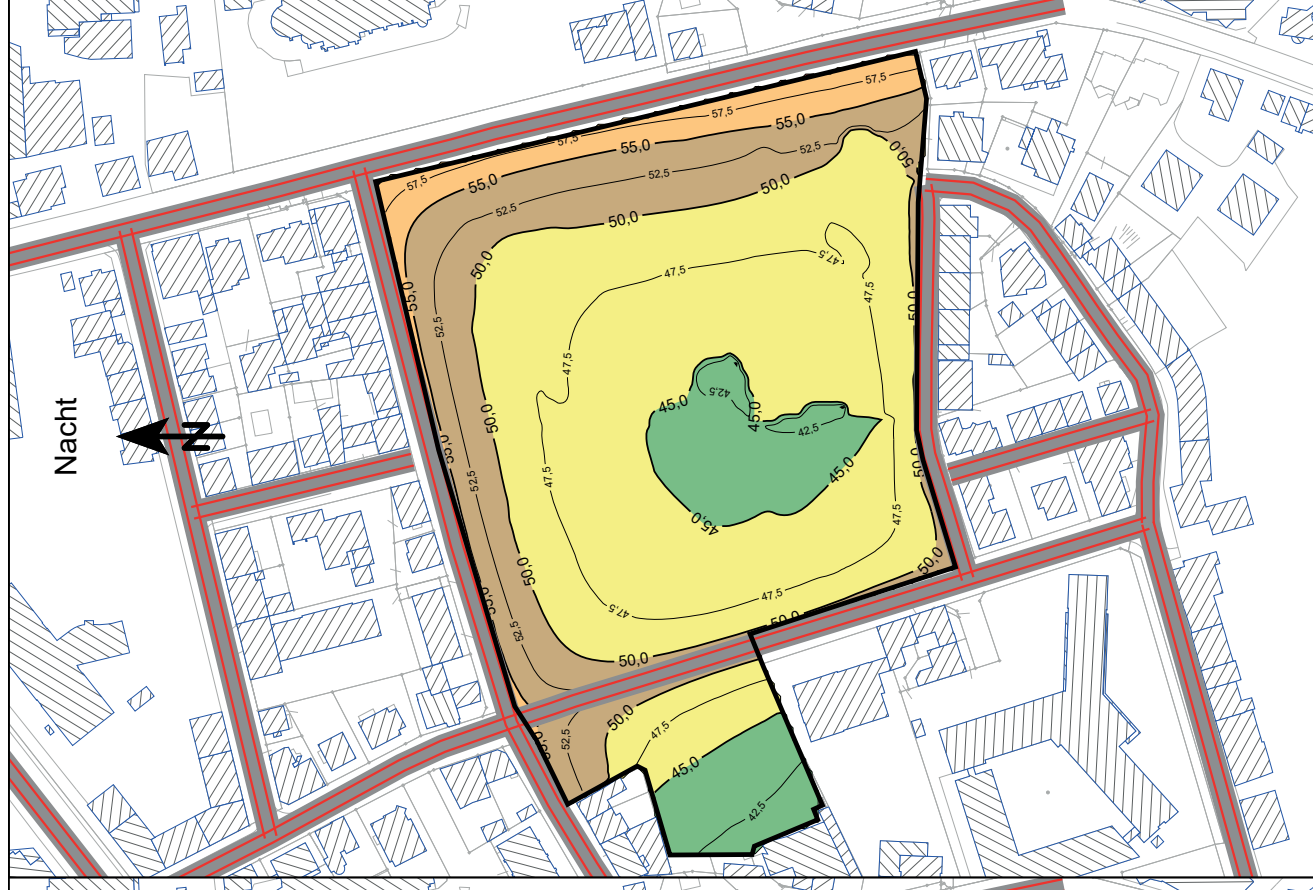
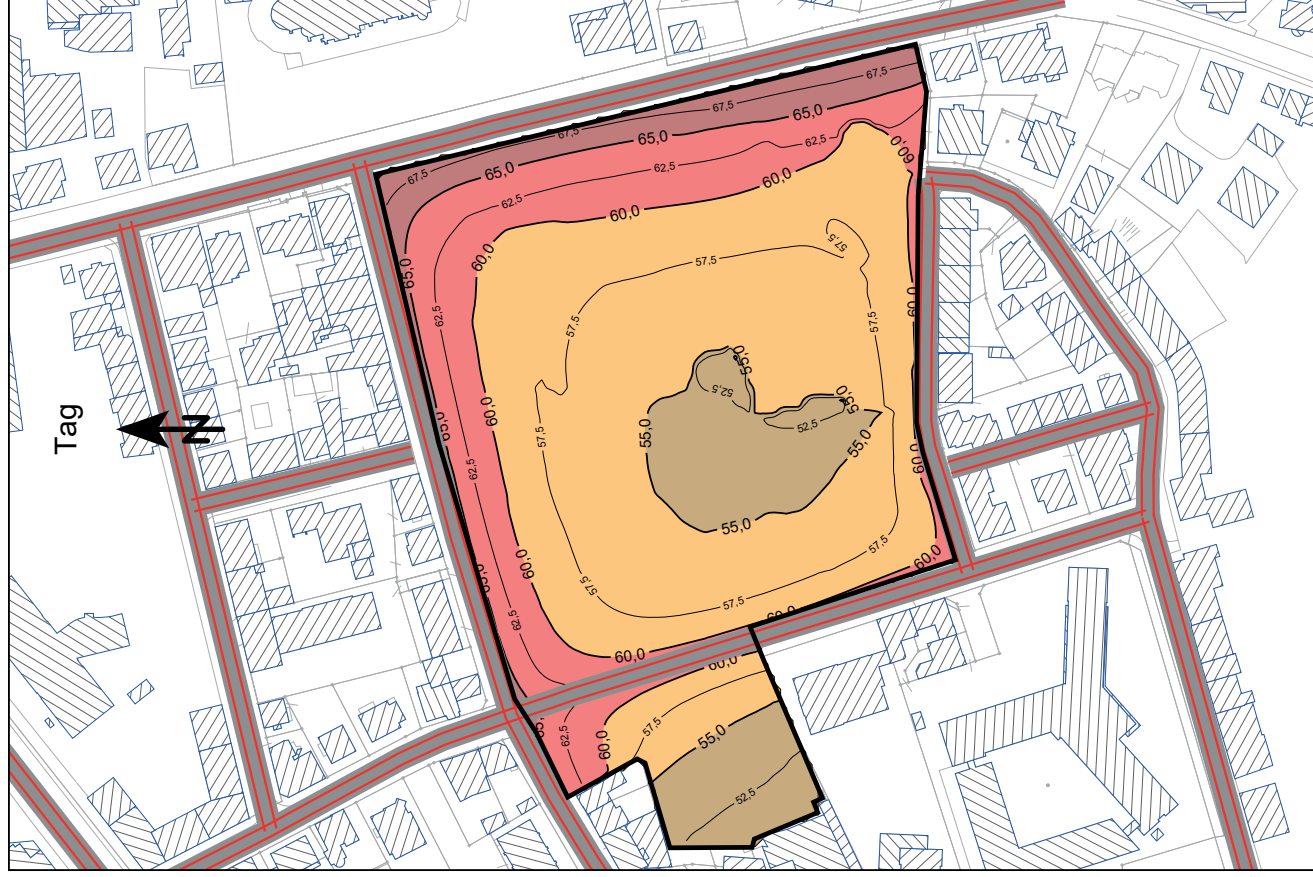
Immissionspunkt			Gebiets- einstufung	Schalltechnischer Orientierungswert		Beurteilungspegel		Beurteilungspegel		Pegeldifferenz		Überschreitung des Orientierungswertes		
IP	Name	Fassaden- orientierung		Geschoss	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
115	Kampenstraße 76	W	1.OG	MI	60	50	69,2	59,0	69,2	59,0	0,0	0,0	9,2	9,0
116	Kampenstraße 83	O	EG	MI	60	50	71,9	61,7	71,9	61,7	0,0	0,0	11,9	11,7
		O	1.OG	MI	60	50	71,6	61,4	71,6	61,4	0,0	0,0	11,6	11,4
		O	2.OG	MI	60	50	70,9	60,7	70,9	60,7	0,0	0,0	10,9	10,7
		O	3.OG	MI	60	50	70,1	59,9	70,1	59,9	0,0	0,0	10,1	9,9
		O	4.OG	MI	60	50	69,3	59,2	69,3	59,2	0,0	0,0	9,3	9,2
		O	5.OG	MI	60	50	68,7	58,6	68,7	58,6	0,0	0,0	8,7	8,6
		O	6.OG	MI	60	50	68,0	57,9	68,0	57,9	0,0	0,0	8,0	7,9
		O	7.OG	MI	60	50	67,3	57,2	67,3	57,2	0,0	0,0	7,3	7,2
		O	8.OG	MI	60	50	66,7	56,6	66,7	56,6	0,0	0,0	6,7	6,6
117	Kampenstraße 84	W	EG	MI	60	50	64,1	54,1	64,1	54,1	0,0	0,0	4,1	4,1
		W	1.OG	MI	60	50	65,7	55,7	65,7	55,7	0,0	0,0	5,7	5,7
		W	2.OG	MI	60	50	65,9	55,9	65,9	55,9	0,0	0,0	5,9	5,9
201	Sandstraße 161	SO	EG	WA	55	45	69,2	62,0	69,2	62,0	0,0	0,0	14,2	17,0
		SO	1.OG	WA	55	45	69,3	62,1	69,3	62,1	0,0	0,0	14,3	17,1
		SO	2.OG	WA	55	45	69,0	61,8	69,0	61,8	0,0	0,0	14,0	16,8
		SO	3.OG	WA	55	45	68,6	61,3	68,6	61,3	0,0	0,0	13,6	16,3
202	Sandstraße 173	SO	EG	WA	55	45	71,2	63,6	71,2	63,6	0,0	0,0	16,2	18,6
		SO	1.OG	WA	55	45	71,5	63,8	71,5	63,8	0,0	0,0	16,5	18,8
		SO	2.OG	WA	55	45	71,2	63,4	71,2	63,4	0,0	0,0	16,2	18,4
		SO	3.OG	WA	55	45	70,9	63,0	70,9	63,0	0,0	0,0	15,9	18,0
203	Hagenerstraße 3	O	EG	WA	55	45	72,3	64,9	72,3	64,9	0,0	0,0	17,3	19,9
		O	1.OG	WA	55	45	72,3	64,7	72,3	64,7	0,0	0,0	17,3	19,7
		O	2.OG	WA	55	45	71,8	64,2	71,8	64,2	0,0	0,0	16,8	19,2
		O	3.OG	WA	55	45	71,3	63,6	71,3	63,6	0,0	0,0	16,3	18,6
204	Hagenerstraße 4	W	EG	WA	55	45	69,3	61,6	69,3	61,6	0,0	0,0	14,3	16,6
		W	1.OG	WA	55	45	69,9	62,1	69,9	62,1	0,0	0,0	14,9	17,1
		W	2.OG	WA	55	45	70,0	62,2	70,0	62,2	0,0	0,0	15,0	17,2
205	Hagenerstraße 10	W	EG	WA	55	45	68,1	60,7	68,1	60,7	0,0	0,0	13,1	15,7
		W	1.OG	WA	55	45	68,2	60,9	68,2	60,9	0,0	0,0	13,2	15,9

# Beurteilungspegel Verkehrslärm nach DIN 18005

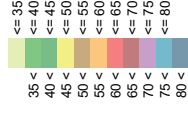


IP	Immissionspunkt		Gebiets- einstufung	Schalltechnischer Orientierungswert		Beurteilungspegel		Beurteilungspegel		Pegeldifferenz		Überschreitung des Orientierungswertes		
	Name	Fassaden- orientierung		Geschoss	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Analysefall Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Prognosefall Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Analyse-Prognose Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Prognosefall Tag dB(A)	Nacht dB(A)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
205	Hagenerstraße 10	W	2.OG	WA	55	45	68,1	60,7	68,1	60,7	0,0	0,0	13,1	15,7
206	Hagenerstraße 15	O	EG	WA	55	45	70,6	63,3	70,6	63,3	0,0	0,0	15,6	18,3
		O	1.OG	WA	55	45	70,3	63,1	70,3	63,1	0,0	0,0	15,3	18,1

Rasterlärmkarten mit Darstellung der Beurteilungspegel durch Verkehrslärm tags/nachts in dB(A)  
 Berechnung bei freier Schallausbreitung - Rechenhöhe: 5m über Gelände



Beurteilungspegel  
in dB(A)



**Legende**

- Emissionen Straße
- Signalanlage
- ▨ Gebäude außerhalb des B-Planes

Maßstab 1:1700



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5  
Bereich: 5/2-4 Kostenbeiträge  
Bearbeitet von: Fadia Taha

Siegen, 07.06.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Rat</b>	<b>23.06.2021</b>
<b>Ausschuss für Schule und Bildung</b>	<b>29.06.2021</b>
<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>01.07.2021</b>

Kurzbezeichnung:

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Elternbeitragssatzung)**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, vorbehaltlich der Beratungen des Jugendhilfeausschusses und des Ausschuss für Schul- und Bildungswesen, die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen zum 01.08.2021 laut Anlage.

### Sachverhalt / Begründung:

Die Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen wurde zuletzt mit Wirkung zum 01.08.2020 durch Beschluss des Rates der Universitätsstadt Siegen vom 24.06.2020 erlassen. In der Anlage wird Neu- und Altfassung gegenüber gestellt, Änderungen sind rot markiert.

Neben den redaktionellen Änderungen und gesetzlichen Anpassungen weise ich besonders auf folgende Änderungen hin:

- Wegfall der ausführlichen Präambel - die vorstehend formulierte Präambel nimmt Bezug auf gesetzliche Grundlagen in der derzeit geltenden Fassung. Die Alternative ist im Gegensatz dazu bewusst weniger ausführlich und umfänglich und für den Beitragspflichti-

gen verständlicher. Eine Präambel wie vorher verfasst ist juristisch nicht zwingend und vermeidet damit Fehlerquellen oder Erklärungsnotwendigkeiten bei (erneuter) Änderung einer der o. g. gesetzlichen Grundlagen (und Erlassregelungen).

- § 2 Abs. 1b – nähere Erläuterung zu dem Angebot Tagestickets – mit Einführung sozialer Staffelung. Demnach wären Beitragspflichtige mit einem Jahresbruttoeinkommen unter 30.000,- € von den Kosten der Tagestickets befreit. Bei einem Jahreseinkommen über 30.000,- € bleiben die Regelungen zur Beitragserhebung wie vorher auch. Das Tagesticket im Rahmen der anderen Betreuungsform in Offenen Ganztagsschulen kostet pro Monat demnach zusätzlich 25,00 € für einen Nachmittag und 50,00 € für zwei Nachmittage.
- § 3 Abs. 1 betrifft den beitragspflichtigen Personenkreis. Nach jüngster Rechtsprechung ist der beitragspflichtige Personenkreis in Satzungen klarer zu definieren. Auch gilt nach jüngster Rechtsprechung, dass bei Elternteilen nicht mehr das Einkommen des neuen Partners in eheähnlicher Gemeinschaft heranzuziehen ist.
- § 3 Abs. 3 wurde gestrichen, da die Regelung in der Satzung nicht notwendig ist und gem. § 49 Abs. 1 KiBiz die Ermächtigungsgrundlage zur Forderung des Interkommunalen Ausgleichs aufgeführt ist. Weiterhin betrifft der Interkommunale Ausgleich nicht die Beitragspflichtigen an sich, sondern der Kostenausgleich unter den Kommunen selbst.
- § 7 Abs. 6 einfachere Formulierung für den Kreis der Beitragspflichtigen. Im Bereich der Kostenbeitragserhebung spielt dieser Punkt lediglich für die Ferienbetreuung eine Rolle, da der Kostenbeitrag im Falle der Ferienbetreuung immer erhoben wird. In den restlichen Fällen sind Familien mit mind. 3 Kindern beitragsfrei.
- Einführung des § 9 zur Geschwisterkindregelung (vorher § 9 Abs. 6) – Hiermit wurde zum einen der ursprüngliche § 9 zur Beitragsfreiheit entzerrt. Gleichzeitig dient es den Beitragspflichtigen zur besseren Übersicht und Darstellung welche Regelungen im Falle von Geschwistern im Stadtgebiet gelten.
- § 10 (vorher § 9) zur Beitragsfreiheit - Abs. 5 wurde auf Abs. 1 vorgezogen, da diese die allgemeinen Beitragsbefreiungen beinhalten.
- § 10 Abs. 2 wurde neu eingeführt für Eltern mit Wechselmodell.
- § 10 Abs. 3 bis 6 vorher § 9 Abs. 1 – 4
- § 13 – neu eingeführt und betrifft die allgemein geltenden Verjährungsfristen.
- § 14 – neu eingeführt und betrifft die Bestimmungen des Verwaltungsverfahrens
- § 15 – neu eingeführt und betrifft die Bestimmungen des Vollstreckungsverfahrens

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
geringere Einnahmen i.H.v. ca. 30.000 €				

Veranschlagung



<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 2021	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 1.250.000 €	Kostenträger/ Investitionscode 06020100 Sachkonto 4321100
--	---	-------------------------------	--	---

**Klimaschutz**

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt  
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [SYNOPSE Satzungsentwurf 2021 Elternbeiträge](#)

# **Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

<b>Satzung vom 24.06.2020</b>	<b>Satzungsentwurf NEU</b>
<p>Aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b), des § 90 Abs. 1 Sozialgesetzbuch VIII in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch Artikel 36 vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2652), des § 9 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 15. Februar 2005 (GV. NRW. S. 102/SGV NRW 223), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Juli 2019 (GV.NRW. S. 331), des Artikels 1 des Gesetzes zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung vom 3. Dezember 2019 - Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) - Sechstes Gesetz zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - (§§ 50, 51 KiBiz NRW)(GV. NRW. 2019 Nr. 27 vom 13. Dezember 2019, S. 877), in Kraft ab 1. August 2020, der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712 / SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2019 (GV. NRW. S. 1029), und der Runderlasse des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes NRW "Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I" vom 23. Dezember 2010 (ABl.NRW.01/11 S. 38, berichtigt 02/11 S.85), zuletzt geändert durch Runderlass vom 13. Dezember 2018 (ABl.NRW. 01/19), und "Zuwendungen für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen im Primarbereich" vom 12. Februar 2003 (ABl. NRW. S. 43), zuletzt geändert durch Runderlass vom 13. Dezember 2018 (ABl.NRW 01/19), hat der Rat der Universitätsstadt Siegen in seiner Sitzung am 24. Juni 2020 folgende Satzung beschlossen:</p>	<p><del>Aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023),</del> <b>zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW. S. 916),</b> des § 90 Abs. 1 Sozialgesetzbuch VIII in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), <b>zuletzt geändert durch Artikel 4 Absatz 6 vom 12. Februar 2021 (BGBl. I S. 226),</b> des § 9 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 15. Februar 2005 (GV. NRW. S. 102/SGV NRW 223), <b>zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. September 2020 (GV.NRW. S. 890),</b> des Artikels 1 des Gesetzes zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung vom 3. Dezember 2019 — Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz — KiBiz) — Sechstes Gesetz zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch — (§§ 50, 51 KiBiz NRW)(GV. NRW. 2019 Nr. 27 vom 13. Dezember 2019, S. 877), in Kraft ab 1. August 2020, der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712 / SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2019 (GV. NRW. S. 1029), und der Runderlasse des <del>Ministeriums für Schule und Bildung</del> des Landes NRW "Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I" vom 23. Dezember 2010 (ABl. NRW. 01/11 S. 38, berichtigt 02/11 S. 85), zuletzt geändert durch Runderlass vom 13. Dezember 2018 (ABl. NRW. 01/19), und "Zuwendungen für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen im Primarbereich" vom 12. Februar 2003 (ABl. NRW. S. 43), zuletzt geändert durch Runderlass vom 13. Dezember 2018 (ABl. NRW. 01/19), hat der Rat der Universitätsstadt Siegen in seiner Sitzung am .... folgende Satzung beschlossen:</p> <p><b>Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat in seiner Sitzung am ..... 2021 folgende Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) beschlossen:</b></p>

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

**§ 1  
Allgemeines**

- (1) Für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in
1. Kindertagespflege nach den §§ 22, 23, 24 SGB VIII (KJHG), § 1 Absatz 1, § 2 Absätze 2, 3, §§ 21 bis 23 KiBiz NRW
  2. Tageseinrichtungen für Kinder nach den §§ 22, 22a, 24 SGB VIII (KJHG), § 1 Absatz 1, § 2 Absätze 2, 3 KiBiz NRW
  3. außerunterrichtlichen Angeboten für Schülerinnen und Schüler in Grundschulen nach § 24 Absatz 4 SGB VIII (KJHG), § 9 Absatz 2 und 3 SchulG NRW, 51 Absatz 4 KiBiz NRW, Ziffer 8 des Runderlasses des Ministeriums für Schule und Weiterbildung "Gebundene und offene Ganztagschulen so-wie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I (offene Ganztagschule (Grund- und Förderschulen)" im Gebiet der Universitätsstadt Siegen

erhebt diese von den jeweils Beitragspflichtigen in monatlichen Teilbeträgen zu entrichtende, sozial gestaffelte öffentlich-rechtliche Kostenbeiträge (nachfolgend Elternbeitrag genannt) zur Mitfinanzierung der in großem Umfang öffentlich finanzierten (Jahres-) Betriebskosten der jeweiligen, in Anspruch genommenen Tagesbetreuung. Die Elternbeiträge haben die Funktion eines die staatliche Leistungsgewährung reduzierenden Minderungspostens; sie sind nicht kein Bestandteil des Familienleistungsausgleichs zur Abfederung kinderbedingter Belastungen.

(2) Voraussetzung für die Inanspruchnahme einer Tagesbetreuung im Sinne des Absatzes 1 ist der Abschluss eines privatrechtlichen Betreuungsvertrages mit dem Einrichtungs- bzw. Angebotsträger der Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder oder in einer außerunterrichtlichen Betreuung an Grundschulen oder in einer durch die Universitätsstadt Siegen - Jugendamt (nachfolgend Jugendamt genannt) - vermittelten Kindertagespflegestelle.

**§ 1  
Allgemeines**

- (1) Für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in
1. Kindertagespflege nach den §§ 22, 23, 24 SGB VIII (KJHG), § 1 Absatz 1, § 2 Absätze 2, 3, §§ 21 bis 23, § 51 Abs. 1 KiBiz NRW
  2. Tageseinrichtungen für Kinder nach den §§ 22, 22a, 24 SGB VIII (KJHG), § 1 Absatz 1, § 2 Absätze 2, 3, §§ 25 bis 31, § 51 Abs. 1 KiBiz NRW
  3. außerunterrichtlichen Angeboten für Schülerinnen und Schüler in Grundschulen nach § 24 Absatz 4 SGB VIII (KJHG), § 9 Absatz 2 und 3 SchulG NRW, 51 Absatz 4 5 KiBiz NRW, Ziffer 8 des Runderlasses des Ministeriums für Schule und Bildung "Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I" (offene Ganztagschule, Grund- und Förderschulen) im Gebiet der Universitätsstadt Siegen

erhebt diese von den jeweils Beitragspflichtigen in monatlichen Teilbeträgen zu entrichtende, sozial gestaffelte, öffentlich-rechtliche Kostenbeiträge (nachfolgend Elternbeitrag genannt) zur Mitfinanzierung der in großem Umfang öffentlich finanzierten (Jahres-) Betriebskosten der jeweiligen, in Anspruch genommenen Tagesbetreuung. Die Elternbeiträge haben die Funktion eines die staatliche Leistungsgewährung reduzierenden Minderungspostens; sie sind nicht kein Bestandteil des Familienleistungsausgleichs zur Abfederung kinderbedingter Belastungen.

(2) Voraussetzung für die Inanspruchnahme einer Tagesbetreuung im Sinne des Absatzes 1 ist der Abschluss eines privatrechtlichen Betreuungsvertrages mit dem Einrichtungs- bzw. Angebotsträger der Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder oder in einer außerunterrichtlichen Betreuung an Grundschulen oder in einer durch die Universitätsstadt Siegen - Jugendamt (nachfolgend Jugendamt genannt) - vermittelten Kindertagespflegestelle. Grundlage für die Erhebung von

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

<p>Grundlage für die Erhebung von Elternbeiträgen bei Kindertagespflege ist zusätzlich der Antrag und die Bewilligung der Betreuungsleistung durch das Jugendamt.</p> <p>(3) Die Elternbeiträge enthalten keine Verpflegungskosten. Hierfür kann der Träger des Tagesbetreuungsangebotes gemäß § 51 Absatz 3 KiBiz NRW bzw. gemäß Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung "Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I", Ziffer 8.4, bzw. im Rahmen des § 51 Absatz 1 Satz 5 KiBiz NRW die Tagespflegeperson ein gesondertes Entgelt verlangen. Weitere Teilnahme- oder Kostenbeiträge der Beitragspflichtigen an den Träger des Betreuungsangebots sind ausgeschlossen; keine Teilnahme- oder Kostenbeiträge sind nach § 51 Absatz 1 Satz 6 KiBiz NRW Mitgliederbeiträge für Elterninitiativen.</p> <p>(4) Zusätzlich zum Elternbeitrag für Tagesbetreuungsangebote nach Absatz 1 kann von den Beitragspflichtigen die Finanzierung der im Rahmen einer besonderen Aktion während der Ferienbetreuung an Grundschulen angefallenen Kosten (z. B. Eintrittskosten, Fahrtkosten) durch den Träger der Maßnahme verlangt werden.</p>	<p>Elternbeiträgen bei Kindertagespflege ist zusätzlich der Antrag und die Bewilligung der Betreuungsleistung durch das Jugendamt.</p> <p>(3) Die Elternbeiträge enthalten keine Verpflegungskosten. Hierfür kann der Träger des Tagesbetreuungsangebotes gemäß § 51 Absatz 3 KiBiz NRW bzw. gemäß Runderlass des <b>Ministeriums für Schule und Bildung</b> "Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I", Ziffer 8.4, bzw. im Rahmen des § 51 Absatz 1 Satz 5 KiBiz NRW die Tagespflegeperson ein gesondertes Entgelt verlangen. Weitere Teilnahme- oder Kostenbeiträge der Beitragspflichtigen an den Träger des Betreuungsangebots sind ausgeschlossen; keine Teilnahme- oder Kostenbeiträge sind nach § 51 Absatz 1 Satz 6 KiBiz NRW Mitgliederbeiträge für Elterninitiativen.</p> <p>(4) Zusätzlich zum Elternbeitrag für Tagesbetreuungsangebote nach Absatz 1 kann von den Beitragspflichtigen die Finanzierung der im Rahmen einer besonderen Aktion während der Ferienbetreuung an Grundschulen angefallenen Kosten (z. B. Eintrittskosten, Fahrtkosten) durch den Träger der Maßnahme verlangt werden.</p>
<p><b>§ 2</b> <b>Bestimmungen für außerunterrichtliche Angebote</b></p> <p>(1) An den außerunterrichtlichen Angeboten können nur Schülerinnen und Schüler teilnehmen, an deren Schule ein entsprechendes Angebot besteht. Es werden nur Kinder aufgenommen, soweit freie Plätze vorhanden sind. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Aufnahme und den Besuch der Angebote. Der Maßnahmeträger und die Schulleitung entscheiden gemeinsam über die Aufnahme. Die außerunterrichtlichen Angebote und die Ferienbetreuung gelten als schulische Veranstaltung.</p> <p>(2) An den Grundschulen der Universitätsstadt Siegen sind folgende</p>	<p><b>§ 2</b> <b>Bestimmungen für außerunterrichtliche Angebote</b></p> <p>(1) An den außerunterrichtlichen Angeboten können nur Schülerinnen und Schüler teilnehmen, an deren Schule ein entsprechendes Angebot besteht. Es werden nur Kinder aufgenommen, soweit freie Plätze vorhanden sind. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Aufnahme und den Besuch der Angebote. Der Maßnahmeträger und die Schulleitung entscheiden gemeinsam über die Aufnahme. Die außerunterrichtlichen Angebote und die Ferienbetreuung gelten als schulische Veranstaltung.</p> <p>(2) An den Grundschulen der Universitätsstadt Siegen sind folgende</p>

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

<p>außerunterrichtliche Betreuungsangebote eingerichtet:</p> <p>a) In einer Offenen Ganztagschule im Primarbereich (§ 9 Absatz 3 SchulG NRW) nimmt ein Teil der Schülerinnen und Schüler der Schule an den außerunterrichtlichen Angeboten teil. Der Zeitrahmen Offener Ganztagschulen erstreckt sich unter Einschluss der allgemeinen Unterrichtszeit in der Regel an allen Unterrichtstagen von spätestens 08.00 Uhr bis 16.00 Uhr, bei Bedarf auch länger, mindestens aber bis 15.00 Uhr. Die Anmeldung zu diesen Angeboten bindet für die Dauer eines Schuljahres und verpflichtet in der Regel zur regelmäßigen Teilnahme an diesen Angeboten. Die Kosten ergeben sich aus Anlage C.a.</p> <p>b) Andere Betreuungsformen an einer Offenen Ganztagschule werden in der Regel als Vor- und Übermittagsbetreuung angeboten, in der Regel an allen Unterrichtstagen bis mindestens 13.00 Uhr. Bei Bedarf können Tagestickets für bis zu zwei Nachmittage gebucht werden, soweit dies von der Schule angeboten wird und Platz vorhanden ist. Die Kosten für Tagestickets ergeben sich aus Anlage C.d.1 und C.d.2.</p> <p>c) "Schule von acht bis eins" umfasst die Betreuung vor und nach dem Unterricht und die pädagogische Betreuung an allen Unterrichtstagen, in der Regel von 08.00 Uhr bis mindestens 13.00 Uhr. Für eine flexible Betreuung können auch Fünferkarten erworben werden. Die Kosten für "Schule von acht bis eins" ergeben sich aus Anlage C.d und für Fünferkarten aus Anlage C.d.1.</p> <p>d) "Dreizehn Plus" ist ein Ganztagsangebot an mindestens vier Unterrichtstagen pro Woche in einem festen zeitlichen Rahmen in der Regel von 13.00 bis 15.00 Uhr, bei Bedarf auch länger. Es besteht die Verpflichtung zur regelmäßigen Teilnahme an mindestens vier Unterrichtstagen pro Woche bis mindestens 15.00 Uhr. Die Kosten für "Dreizehn Plus" ergeben sich aus Anlage C.b.</p> <p>e) Die "flexible Ganztagsbetreuung" umfasst die Betreuung vor dem Unterricht</p>	<p>außerunterrichtlichen Betreuungsangebote eingerichtet:</p> <p>a) In einer Offenen Ganztagschule im Primarbereich (§ 9 Absatz 3 SchulG NRW) nimmt ein Teil der Schülerinnen und Schüler der Schule an den außerunterrichtlichen Angeboten teil. Der Zeitrahmen Offener Ganztagschulen erstreckt sich unter Einschluss der allgemeinen Unterrichtszeit in der Regel an allen Unterrichtstagen von spätestens 08.00 Uhr bis 16.00 Uhr, bei Bedarf auch länger, mindestens aber bis 15.00 Uhr. Die Anmeldung zu diesen Angeboten bindet für die Dauer eines Schuljahres und verpflichtet in der Regel zur regelmäßigen Teilnahme an diesen Angeboten. Die <b>Elternbeiträge</b> ergeben sich aus Anlage C.a.</p> <p>b) Andere Betreuungsformen an einer Offenen Ganztagschule werden in der Regel als Vor- und Übermittagsbetreuung angeboten, in der Regel an allen Unterrichtstagen bis mindestens 13.00 Uhr. <b>Schulen können zusätzlich auch Nachmittagsangebote anbieten, für die für maximal zwei Nachmittage pro Woche sogenannte Tagestickets gelöst werden können, wenn und soweit ein Betreuungsplatz vorhanden und frei ist. Der für diese Tagestickets zu leistende Elternbeitrag ergibt sich aus <del>Anlage C.d.1</del> und C.d.2.</b></p> <p>c) "Schule von acht bis eins" umfasst die Betreuung vor und nach dem Unterricht und die pädagogische Betreuung an allen Unterrichtstagen, in der Regel von 08.00 Uhr bis mindestens 13.00 Uhr. <b>Dieses Angebot wird von Schulen angeboten, die keine Offene Ganztagschule sind.</b> Für eine flexible Betreuung können auch Fünferkarten erworben werden. Die <b>Kosten Elternbeiträge</b> für "Schule von acht bis eins" ergeben sich aus Anlage C.d und für Fünferkarten aus Anlage C.d.1.</p> <p>d) "Dreizehn Plus" ist ein Ganztagsangebot an mindestens vier Unterrichtstagen pro Woche in einem festen zeitlichen Rahmen in der Regel von 13.00 bis 15.00 Uhr, bei Bedarf auch länger <b>und wird von Schulen angeboten, die keine Offene Ganztagschule sind.</b> Es besteht die Verpflichtung zur regelmäßigen Teilnahme</p>
--	---

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

<p>und die pädagogische Übermittagsbetreuung in der Regel von 08.00 Uhr bis mindestens 13.00 Uhr an allen Unterrichtstagen der Woche, sowie ein bis drei Nachmittage bis 15.00 Uhr, bei Bedarf auch länger, an Schulen, die keine Offene Ganztagschule sind. Welche(r) Nachmittag(e) gewünscht wird/werden, ist im Betreuungsvertrag festzulegen. Die Anmeldung ermöglicht die tägliche Teilnahme an der Vor- und Übermittagsbetreuung sowie der im Betreuungsvertrag festgelegten Nachmittagsbetreuung. Die Kosten für "flexible Ganztagsbetreuung" ergeben sich aus Anlage C.c.</p> <p>(3) Zusätzlich zu den außerunterrichtlichen Angeboten bieten Grundschulen, zum Teil bei Bedarf, Ferienbetreuung an. Für diese wird ein zusätzlicher Kostenbeitrag erhoben (Anlage C.e). Ein Anspruch auf Teilnahme an der Ferienbetreuung besteht nicht. Die Aufnahme erfolgt, soweit Plätze vorhanden sind. Die Aufnahmekriterien legt der Träger der Ferienbetreuung im Benehmen mit der Universitätsstadt Siegen fest. Grundschulkinder können auch an einer anderen als der eigenen Grundschule zur Betreuung angemeldet werden, sofern noch freie Plätze vorhanden sind. In den Sommerferien sollen bei entsprechendem Bedarf und verfügbaren Plätzen auch Kinder mit betreut werden, die nach den Ferien eingeschult werden oder die nach den Sommerferien eine weiterführende Schule besuchen.</p>	<p>an mindestens vier Unterrichtstagen pro Woche bis mindestens 15.00 Uhr. Die <b>Elternbeiträge</b> für "Dreizehn Plus" ergeben sich aus Anlage C.b.</p> <p>e) Die "flexible Ganztagsbetreuung" umfasst die Betreuung vor dem Unterricht und die pädagogische Übermittagsbetreuung in der Regel von 08.00 Uhr bis mindestens 13.00 Uhr an allen Unterrichtstagen der Woche, sowie ein bis drei Nachmittage bis 15.00 Uhr, bei Bedarf auch länger, an Schulen, die keine Offene Ganztagschule sind. Welche(r) Nachmittag(e) gewünscht wird/werden, ist im Betreuungsvertrag festzulegen. Die Anmeldung ermöglicht die tägliche Teilnahme an der Vor- und Übermittagsbetreuung sowie der im Betreuungsvertrag festgelegten Nachmittagsbetreuung. Die <b>Elternbeiträge</b> für "flexible Ganztagsbetreuung" ergeben sich aus Anlage C.c.</p> <p>(3) Zusätzlich zu den außerunterrichtlichen Angeboten bieten Grundschulen, zum Teil bei Bedarf, Ferienbetreuung an. Ein Anspruch auf Teilnahme an der Ferienbetreuung besteht nicht. Die Aufnahme erfolgt, soweit Plätze vorhanden sind. Die Aufnahmekriterien legt der Träger der Ferienbetreuung im Benehmen mit der Universitätsstadt Siegen fest. Grundschulkinder können auch an einer anderen als der eigenen Grundschule zur Betreuung angemeldet werden, sofern noch freie Plätze vorhanden sind. In den Sommerferien sollen bei entsprechendem Bedarf und verfügbaren Plätzen auch Kinder mit betreut werden, die nach den Ferien eingeschult werden oder die nach den Sommerferien eine weiterführende Schule besuchen. <b>Für die Ferienbetreuung wird ein zusätzlicher Elternbeitrag erhoben (Anlage C.e).</b></p>
<p><b>§ 3</b> <b>Beitragspflichtiger Personenkreis</b></p> <p>(1) Beitragspflichtig sind die Personen, die mit dem Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt werden soll bzw. wird,</p> <p>1. eine Tagesbetreuung im Sinne des § 1 Absatz 1 dieser Satzung und</p>	<p><b>§ 3</b> <b>Beitragspflichtiger Personenkreis</b></p> <p>(1) <b>Für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern im Sinne des § 1 Absatz 1 dieser Satzung sind folgende Personen beitragspflichtig, wenn und soweit das Kind mit ihnen zusammenlebt:</b></p>



**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

<p>damit eine in großem Umfang aus öffentlichen Mitteln finanzierte (Sozial-)Leistung in Anspruch nehmen, die das Kind in seiner Entwicklung zur eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern soll, und</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>2. die das alleinige oder - zusammen mit einem weiteren Elternteil - das gemeinsame Personensorgerecht haben oder erziehungsberechtigt im Sinne des § 7 Absatz 1 Nr. 6 SGB VIII sind (siehe auch § 1 Absatz 3 Satz 1 KiBiz NRW).</li> </ol> <p>Hierzu zählen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Eltern bzw. die Elternteile, mit denen das Kind zusammenlebt,</li> <li>2. ein Elternteil und dessen Ehegatte oder Ehegattin ("echte" Stieffamilie), mit denen das Kind zusammenlebt,</li> <li>3. ein Elternteil und dessen Partnerin bzw. Partner in einer eheähnlichen Gemeinschaft, in der der Partnerin bzw. dem Partner einzelne Aufgaben der Personensorge zur Ausübung übertragen sind, mit denen das Kind zusammenlebt,</li> <li>4. ein Elternteil und dessen Partner oder Partnerin in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft, mit denen das Kind zusammenlebt (vgl. § 9 Absätze 1, 2 LPartG),</li> <li>5. verheiratete gleichgeschlechtliche Paare im Sinne des § 1353 BGB, mit denen das Kind zusammenlebt (siehe Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (Eheöffnungsgesetz) vom 18. Dezember 2018).</li> </ol> <p>(2) Keine Beitragspflicht besteht, wenn das Kind in einer Tagesbetreuung im Sinne des Absatzes 1</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII bei Pflegeeltern lebt, denen ein Kinderfreibetrag nach § 32 Einkommensteuergesetz gewährt oder Kindergeld gezahlt wird,</li> <li>2. in einer Einrichtung der Hilfen zur Erziehung über Tag und Nacht</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Eltern bzw. die Elternteile, mit denen das Kind zusammenlebt,</li> <li>2. die getrennt lebenden Eltern, die ihre Kinder im Wechselmodell zu gleichen Teilen erziehen und dabei die Personensorgeberechtigung und das Aufenthaltsbestimmungsrecht gemeinsam ausüben,</li> <li>3. ein wieder verheirateter Elternteil; das Kind lebt zusammen mit seinem Eltern- und dem Stiefelternteil,</li> <li>4. ein Elternteil in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft; das Kind lebt zusammen mit seinem Elternteil und dessen Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner (siehe hier auch § 9 Absätze 1, 2 LPartG),</li> <li>5. ein Elternteil in einer gleichgeschlechtlichen Ehe im Sinne des § 1353 BGB; das Kind lebt zusammen mit seinem Elternteil und dessen Ehepartnerin bzw. Ehepartner (siehe Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (Eheöffnungsgesetz) vom 18. Dezember 2018),</li> <li>6. Großeltern bzw. Großelternteil, mit denen bzw. dem das Kind zusammenlebt.</li> </ol> <p>Lebt die beitragspflichtige Person in einem Haushalt mit ihrer Ehegattin bzw. ihrem Ehegatten oder Partnerin bzw. Partner in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft und ist diese bzw. dieser nicht zugleich leiblicher oder Adoptivelternteil des Kindes (s. Absatz 1 Satz 1 Nummern 3 – 5), gehören auch das Einkommen der Ehegattin bzw. des Ehegatten oder der Partnerin bzw. des Partners zum beitragsrelevanten Einkommen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bemisst sich nach dem Jahreseinkommen der Beitragspflichtigen und der in Absatz 1 Satz 1 Nummern 3 – 5 genannten Personen.</p> <p>(2) Keine Beitragspflicht besteht, wenn das Kind in einer Tagesbetreuung im Sinne des Absatzes 1</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII bei Pflegeeltern lebt, denen ein Kinderfreibetrag nach § 32 Einkommensteuergesetz gewährt oder Kindergeld gezahlt wird,</li> </ol>
---	--

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

<p>pädagogisch betreut wird und dort stationär untergebracht ist.</p> <p>(3) Die Universitätsstadt Siegen behält sich vor, von der Möglichkeit des interkommunalen Ausgleichs gemäß § 49 KiBiz NRW in der jeweils geltenden Fassung Gebrauch zu machen.</p> <p>(4) Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.</p>	<p>2. in einer Einrichtung der Hilfen zur Erziehung über Tag und Nacht pädagogisch betreut wird und dort stationär untergebracht ist.</p> <p><del>(3) Die Universitätsstadt Siegen behält sich vor, von der Möglichkeit des interkommunalen Ausgleichs gemäß § 49 KiBiz NRW in der jeweils geltenden Fassung Gebrauch zu machen.</del></p> <p>(3) Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.</p>
<p><b>§ 4</b> <b>Entstehen, Beginn, Ende der Beitragspflicht, Beitragszeitraum</b></p> <p>(1) Die monatlich zu entrichtenden Elternbeiträge werden für das durch den Abschluss eines Betreuungsvertrages begründete Vorhalten eines Tagesbetreuungsplatzes im Sinne des § 1 Absatz 1 dieser Satzung zugunsten des Kindes erhoben.</p> <p>(2) Veranlagungszeitraum ist das jeweilige Kindergartenjahr/Schuljahr (1. August bis 31. Juli des Folgejahres) (siehe auch § 1 Absatz 3 Satz 2 KiBiz NRW).</p> <p>(3) Die Beitragspflicht beginnt im Falle der Tagesbetreuung nach § 1 Absatz 1 Nummern 2, 3 dieser Satzung mit Beginn des im Betreuungsvertrag genannten Monats bzw. in dem Monat, in dem der Tagesbetreuungsplatz bereitgestellt wird. Dies ist im Falle der Tagesbetreuung im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummern 2, 3 dieser Satzung grundsätzlich der Beginn des Kindergarten-/Schuljahres. Für die Ferienbetreuung wird je Anmeldung ein Beitrag erhoben. Erfolgt eine Aufnahme während eines laufenden Veranlagungszeitraumes, so ist der Beitrag ab dem 1. des Monats zu entrichten, in dem der Betreuungsplatz vertraglich vorgehalten wird.</p> <p>(4) Die Beitragspflicht endet zum Letzten des Monats, in dem der</p>	<p><b>§ 4</b> <b>Entstehen, Beginn, Ende der Beitragspflicht, Beitragszeitraum</b></p> <p>(1) Die monatlich zu entrichtenden Elternbeiträge werden für das durch den Abschluss eines Betreuungsvertrages begründete Vorhalten eines Tagesbetreuungsplatzes im Sinne des § 1 Absatz 1 dieser Satzung <del>zugunsten des Kindes</del> erhoben.</p> <p>(2) Veranlagungszeitraum ist das jeweilige Kindergartenjahr/Schuljahr (1. August bis 31. Juli des Folgejahres) (siehe auch § 1 Absatz 3 Satz 2 KiBiz NRW).</p> <p>(3) Die Beitragspflicht beginnt im Falle der Tagesbetreuung nach § 1 Absatz 1 Nummern 2, 3 dieser Satzung mit Beginn des im Betreuungsvertrag genannten Monats bzw. in dem Monat, in dem der Tagesbetreuungsplatz bereitgestellt wird. Dies ist im Falle der Tagesbetreuung im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummern 2, 3 dieser Satzung grundsätzlich der Beginn des Kindergarten-/Schuljahres. Für die Ferienbetreuung wird je Anmeldung ein Beitrag erhoben. Erfolgt eine Aufnahme während eines laufenden Veranlagungszeitraumes, so ist der Beitrag ab dem 1. des Monats zu entrichten, in dem der Betreuungsplatz vertraglich vorgehalten wird.</p> <p>(4) Die Beitragspflicht endet zum Letzten des Monats, in dem der</p>

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

<p>Betreuungsvertrag endet oder die mit dem Träger des jeweiligen Tagesbetreuungsangebotes vereinbarte Kündigung des Platzes wirksam wird. Endet der Vertrag im Laufe eines Monats, so ist der Elternbeitrag für den vollen Monat zu entrichten, in dem der Vertrag endet.</p> <p>(5) Der Beitragszeitraum in der Kindertagespflege (§ 1 Absatz 1 Nummer 1 dieser Satzung) entspricht dem Bewilligungszeitraum. Beginnt oder endet die Kindertagespflege nicht zum ersten eines Monats bzw. zum Monatsletzten, so wird für diesen Monat nur ein (tageweise) anteiliger Elternbeitrag erhoben.</p> <p>(6) Änderungen des Elternbeitrages durch eine Änderung des Betreuungsverhältnisses bzw. -umfangs werden zum 1. des jeweiligen Monats, in dem die Änderung erfolgt, wirksam.</p> <p>(7) Die Beitragspflicht besteht unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme der Betreuungsleistung und erstreckt sich auf alle Monate, in denen ganz oder teilweise ein Betreuungsvertrag besteht.</p> <p>(8) In Ferienzeiten ist der Elternbeitrag ebenfalls zu entrichten. Bei Tagesbetreuung in Kindertagespflege (siehe § 1 Absatz 1 Nummer 1 dieser Satzung) wird die Beitragspflicht bei bzw. durch Urlaub der Tagespflegeperson von bis zu 4 Wochen im Kalenderjahr nicht berührt. Der Elternbeitrag ist auch dann in voller Höhe zu zahlen, wenn das Kind nicht an allen Tagen des Monats betreut wird. Die Beitragspflicht wird auch durch sonstige Schließungs- oder Ausfallzeiten der Tagesbetreuung nicht berührt. Bei vorübergehenden Unterbrechungen oder Einschränkungen der Betreuung, insbesondere durch Betriebsstörungen oder Naturereignisse, haben die Beitragspflichtigen grundsätzlich keinen Anspruch auf Beitragsminderung.</p>	<p>Betreuungsvertrag endet oder die mit dem Träger des jeweiligen Tagesbetreuungsangebotes vereinbarte Kündigung des Platzes wirksam wird. Endet der Vertrag im Laufe eines Monats, so ist der Elternbeitrag für den vollen Monat zu entrichten, in dem der Vertrag endet.</p> <p>(5) Der Beitragszeitraum in der Kindertagespflege (§ 1 Absatz 1 Nummer 1 dieser Satzung) entspricht dem Bewilligungszeitraum. Beginnt oder endet die Kindertagespflege nicht zum ersten eines Monats bzw. zum Monatsletzten, so wird für diesen Monat nur ein (tageweise) anteiliger Elternbeitrag erhoben.</p> <p>(6) Änderungen des Elternbeitrages durch eine Änderung des Betreuungsverhältnisses bzw. -umfangs werden zum 1. des jeweiligen Monats, in dem die Änderung erfolgt, wirksam.</p> <p>(7) Die Beitragspflicht besteht unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme der Betreuungsleistung und erstreckt sich auf alle Monate, in denen ganz oder teilweise ein Betreuungsvertrag besteht.</p> <p>(8) In Ferienzeiten ist der Elternbeitrag ebenfalls zu entrichten. Bei Tagesbetreuung in Kindertagespflege (siehe § 1 Absatz 1 Nummer 1 dieser Satzung) wird die Beitragspflicht bei bzw. durch Urlaub der Tagespflegeperson von bis zu 4 Wochen im Kalenderjahr nicht berührt. Der Elternbeitrag ist auch dann in voller Höhe zu zahlen, wenn das Kind nicht an allen Tagen des Monats betreut wird. Die Beitragspflicht wird auch durch sonstige Schließungs- oder Ausfallzeiten der Tagesbetreuung nicht berührt. Bei vorübergehenden Unterbrechungen oder Einschränkungen der Betreuung, insbesondere durch Betriebsstörungen oder Naturereignisse, haben die Beitragspflichtigen grundsätzlich keinen Anspruch auf Beitragsminderung.</p>
<p><b>§ 5</b> <b>Fälligkeit des Elternbeitrages</b></p>	<p><b>§ 5</b> <b>Fälligkeit des Elternbeitrages</b></p>

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

<p>(1) Der Elternbeitrag wird im Voraus in 12 Monatsbeiträgen erhoben und ist jeweils am 5. eines Monats fällig.</p> <p>(2) Werden Elternbeiträge erstmals festgesetzt oder rückwirkend neu festgesetzt und ergibt sich aus einer solchen Festsetzung eine Nachzahlung, sind die Elternbeiträge zum 1. des übernächsten Monats nach dem Monat, in dem der Bescheid erteilt worden ist, in einer Summe fällig.</p> <p>(3) Die Elternbeitragszahlung erfolgt grundsätzlich bargeldlos über eine Einzugsermächtigung oder Überweisung (Selbsteinzahlung) unter der Angabe der hierfür erforderlichen Daten.</p>	<p>(1) Der Elternbeitrag wird im Voraus in 12 Monatsbeiträgen erhoben und ist jeweils am 5. eines Monats fällig.</p> <p>(2) Werden Elternbeiträge erstmals festgesetzt oder rückwirkend neu festgesetzt und ergibt sich aus einer solchen Festsetzung eine Nachzahlung, sind die Elternbeiträge zum 1. des übernächsten Monats nach dem Monat, in dem der Bescheid erteilt worden ist, in einer Summe fällig.</p> <p>(3) Die Elternbeitragszahlung erfolgt grundsätzlich bargeldlos über eine Einzugsermächtigung oder Überweisung (Selbsteinzahlung) unter der Angabe der hierfür erforderlichen Daten.</p>
<p><b>§ 6</b> <b>Höhe der Elternbeiträge</b></p> <p>(1) Der Elternbeitrag ergibt sich bei Inanspruchnahme von Angeboten</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Kindertagespflege aus Anlage A,</li> <li>2. in Tageseinrichtungen für Kinder aus Anlage B,</li> <li>3. der außerunterrichtlichen Betreuung an Grundschulen aus den Anlagen C.a bis C.e.</li> </ol> <p>Die vorgenannten Anlagen sind Bestandteil dieser Satzung. Die Höhe der Elternbeiträge ist nach dem Jahreseinkommen gemäß § 7 und dem zeitlichen Betreuungsumfang gestaffelt.</p> <p>(2) Nimmt ein Kind ergänzend zur Betreuung</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in einer Tageseinrichtung für Kinder eine durch das Jugendamt vermittelte regelmäßige Kindertagespflege in Anspruch, wird für den monatlich zu entrichtenden Elternbeitrag die Gesamtbetreuungszeit beider <del>bei der</del> Angebote auf Grundlage der Beitragstabelle für Kindertageseinrichtungen (Anlage B) zugrunde</li> </ol>	<p><b>§ 6</b> <b>Höhe der Elternbeiträge</b></p> <p>(1) Der Elternbeitrag ergibt sich bei Inanspruchnahme von Angeboten</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Kindertagespflege aus Anlage A,</li> <li>2. in Tageseinrichtungen für Kinder aus Anlage B,</li> <li>3. der außerunterrichtlichen Betreuung an Grundschulen, <b>gemäß § 2 Abs. 2 a-e und Abs. 3 der Satzung</b>, aus den Anlagen C.a bis C.e.</li> </ol> <p>Die vorgenannten Anlagen sind Bestandteil dieser Satzung. Die Höhe der Elternbeiträge ist nach dem Jahreseinkommen gemäß § 7 und dem zeitlichen Betreuungsumfang gestaffelt.</p> <p>(2) Nimmt ein Kind ergänzend zur Betreuung</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in einer Tageseinrichtung für Kinder eine durch das Jugendamt vermittelte regelmäßige Kindertagespflege in Anspruch, wird für den monatlich zu entrichtenden Elternbeitrag die Gesamtbetreuungszeit beider Angebote auf Grundlage der Beitragstabelle für Kindertageseinrichtungen (Anlage B) zugrunde gelegt.</li> </ol>

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

<p>gelegt.</p> <p>2. in einem außerunterrichtlichen Betreuungsangebot an Grundschulen eine durch das Jugendamt vermittelte regelmäßige Kindertagespflege in Anspruch, wird neben dem monatlich zu entrichtenden Elternbeitrag für die Betreuung an der Grundschule auch der Elternbeitrag der Kindertagespflege fällig.</p>	<p>2. in einem außerunterrichtlichen Betreuungsangebot an Grundschulen eine durch das Jugendamt vermittelte regelmäßige Kindertagespflege in Anspruch, wird neben dem monatlich zu entrichtenden Elternbeitrag für die Betreuung an der Grundschule auch der Elternbeitrag der Kindertagespflege fällig.</p>
<p><b>§ 7</b> <b>Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Einkommensbegriff</b></p> <p>(1) Die Beitragspflichtigen werden entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Zahlung von Elternbeiträgen herangezogen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit richtet sich nach dem für die Beitragsermittlung maßgeblichen, in den nachfolgenden Absätzen 2 bis 6 definierten Einkommen. Maßgebend für die Bemessung des Elternbeitrages ist jeweils das in dem Kalenderjahr (1. Januar bis 31. Dezember = Jährlichkeitsprinzip), für das der Elternbeitrag festzusetzen ist, tatsächlich erzielte, elternbeitragsrelevante Einkommen.</p> <p>(2) Maßgebliches Einkommen ist zunächst die Summe der positiven Einkünfte der Beitragspflichtigen im Sinne des § 2 Absätze 1, 2 und 5a Satz 2 des Einkommensteuergesetzes (EStG) in der jeweils geltenden Fassung und vergleichbarer Einkünfte, die im Ausland erzielt werden. Der Werbungskostenabzug bei ausländischen Einkünften erfolgt wie bei inländischen Einkünften. Vorschriften des EStG insbesondere über Freibeträge, Freigrenzen, Steuerbefreiungen bzw. Steuerfreibeträge, Sonderausgaben mit Ausnahme des § 2 Absatz 5a Satz 2 EStG, außergewöhnliche Belastungen sind für den Einkommensbegriff nach dieser Satzung nicht von Bedeutung und mindern das Einkommen nicht. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig.</p>	<p><b>§ 7</b> <b>Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Einkommensbegriff</b></p> <p>(1) Die Beitragspflichtigen werden entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Zahlung von Elternbeiträgen herangezogen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit richtet sich nach dem für die Beitragsermittlung maßgeblichen, in den nachfolgenden Absätzen 2 bis 6 definierten Einkommen. Maßgebend für die Bemessung des Elternbeitrages ist jeweils das in dem Kalenderjahr (1. Januar bis 31. Dezember = Jährlichkeitsprinzip), für das der Elternbeitrag festzusetzen ist, tatsächlich erzielte, elternbeitragsrelevante Einkommen</p> <p>(2) Maßgebliches Einkommen ist zunächst die Summe der positiven Einkünfte der Beitragspflichtigen im Sinne des § 2 Absätze 1, 2 und 5a Satz 2 des Einkommensteuergesetzes (EStG) in der jeweils geltenden Fassung und vergleichbarer Einkünfte, die im Ausland erzielt werden. Der Werbungskostenabzug bei ausländischen Einkünften erfolgt wie bei inländischen Einkünften. Vorschriften des EStG insbesondere über Freibeträge, Freigrenzen, Steuerbefreiungen bzw. Steuerfreibeträge, <b>Verlustvor- bzw. Verlustrückträge</b>, Sonderausgaben mit Ausnahme des § 2 Absatz 5a Satz 2 EStG, außergewöhnliche Belastungen sind für den Einkommensbegriff nach dieser Satzung nicht von Bedeutung und mindern das Einkommen nicht. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig.</p>

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

(3) Dem Einkommen im Sinne des Absatzes 2 sind steuerfreie Einkünfte unabhängig von ihrer Zweckbestimmung, Unterhaltsleistungen sowie die zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmten öffentlichen Leistungen für die Beitragspflichtigen und das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt wird, hinzuzurechnen.

(4) Das Baukindergeld des Bundes sowie das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz und entsprechenden Vorschriften sind elternbeitragsrechtlich kein Einkommen. Das Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz bleibt bis zu den in § 10 dieses Gesetzes genannten Beträgen unberücksichtigt. Bei Mehrlingsgeburten vervielfachen sich die vorgenannten Beträge mit der Zahl der geborenen Kinder.

(5) Bezieht eine beitragspflichtige Person Einkünfte aus einem sozialversicherungsfreien Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis oder auf Grund der Ausübung eines Mandats und steht ihr auf Grund dessen für den Fall des Ausscheidens eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zu oder ist sie in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern, dann ist dem nach den Absätzen 2 bis 4 ermittelten Einkommen ein Betrag von 10 v. H. der Einkünfte aus diesem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis oder auf Grund der Ausübung des Mandats hinzuzurechnen.

(6) Für das dritte und jedes weitere Kind sind die nach § 32 Absatz 6 EStG zu berücksichtigenden Freibeträge von dem ermittelten Einkommen abzuziehen. Der auf das dritte und jedes weitere Kind jeweils entfallende Kinderfreibetrag ist von den Beitragspflichtigen anzugeben. Abweichend von § 32 Absatz 6 Satz 5 EStG wird auch in den Jahren, in denen die Voraussetzungen für einen Freibetrag nach § 32 Absatz 6 Sätze 1 bis 4 EStG nur teilweise vorliegen, für das dritte und jedes weitere Kind jeweils der volle Jahresfreibetrag zugrunde gelegt.

(3) Dem Einkommen im Sinne des Absatzes 2 sind steuerfreie Einkünfte unabhängig von ihrer Zweckbestimmung, Unterhaltsleistungen sowie die zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmten öffentlichen Leistungen für die Beitragspflichtigen und das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt wird, hinzuzurechnen.

(4) Das Baukindergeld des Bundes sowie das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz und entsprechenden Vorschriften sind elternbeitragsrechtlich kein Einkommen. Das Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz bleibt bis zu den in § 10 dieses Gesetzes genannten Beträgen unberücksichtigt. Bei Mehrlingsgeburten vervielfachen sich die vorgenannten Beträge mit der Zahl der geborenen Kinder.

(5) Bezieht eine beitragspflichtige Person Einkünfte aus einem sozialversicherungsfreien Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis oder auf Grund der Ausübung eines Mandats und steht ihr auf Grund dessen für den Fall des Ausscheidens eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zu oder ist sie in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern, dann ist dem nach den Absätzen 2 bis 4 ermittelten Einkommen ein Betrag von 10 v. H. der Einkünfte aus diesem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis oder auf Grund der Ausübung des Mandats hinzuzurechnen.

(6) ~~Für das dritte und jedes weitere Kind sind die nach § 32 Absatz 6 EStG zu berücksichtigenden Freibeträge von dem ermittelten Einkommen abzuziehen. Der auf das dritte und jedes weitere Kind jeweils entfallende Kinderfreibetrag ist von den Beitragspflichtigen anzugeben. Abweichend von § 32 Absatz 6 Satz 5 EStG wird auch in den Jahren, in denen die Voraussetzungen für einen Freibetrag nach § 32 Absatz 6 Sätze 1 bis 4 EStG nur teilweise vorliegen, für das dritte und jedes weitere Kind jeweils der volle Jahresfreibetrag zugrunde gelegt.~~ Für das dritte und jedes weitere Kind ist das Doppelte der in § 32 Abs. 6 S. 1



**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

	Einkommenssteuergesetz genannten Freibeträge von dem ermittelten Einkommen abzuziehen.
<p><b>§ 8</b> <b>Ermittlung des maßgeblichen Einkommens, vorläufige Beitragsfestsetzung</b></p> <p>(1) Für die vorläufige Festsetzung des Elternbeitrages ist grundsätzlich das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres heranzuziehen.</p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 ist das Zwölfwache des Einkommens des letzten Monats zugrunde zu legen, wenn es voraussichtlich auf Dauer höher oder niedriger ist als das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres. Wird das Zwölfwache des Einkommens des letzten Monats zugrunde gelegt, so sind auch Einkünfte hinzuzurechnen, die zwar nicht im letzten Monat bezogen wurden, aber im laufenden Jahr anfallen.</p> <p>(3) Bei Selbständigen kann zur vorläufigen Festsetzung des Elternbeitrages eine Einnahme-Überschussrechnung herangezogen werden.</p> <p>(4) Bei vorläufiger Festsetzung des Kostenbeitrags erfolgt die endgültige Festsetzung, sobald die Festsetzungshindernisse beseitigt sind. Die endgültige Festsetzung erfolgt im Rahmen der Festsetzungsverjährung (vgl. § 12 Absatz 1 Nummer 4 b KAG NRW, §§169 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2, 170 Absatz 1 AO) jeweils rückwirkend.</p> <p>(5) Bei Überprüfung einer bereits erfolgten oder bei einer erstmaligen rückwirkenden Beitragsfestsetzung ist das Einkommen nach § 7 zugrunde zu legen.</p> <p>(6) Eine Ermittlung des Einkommens entfällt, wenn und solange sich die bzw. der Beitragspflichtige/n durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Jugendamt zur Zahlung des jeweils höchsten nach der Anlage zu dieser Satzung ausgewiesenen Elternbeitrags verpflichten.</p>	<p><b>§ 8</b> <b>Ermittlung des maßgeblichen Einkommens, vorläufige Beitragsfestsetzung</b></p> <p>(1) Für die vorläufige Festsetzung des Elternbeitrages ist grundsätzlich das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres heranzuziehen.</p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 ist das Zwölfwache des Einkommens des letzten Monats zugrunde zu legen, wenn es voraussichtlich auf Dauer höher oder niedriger ist als das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres. Wird das Zwölfwache des Einkommens des letzten Monats zugrunde gelegt, so sind auch Einkünfte hinzuzurechnen, die zwar nicht im letzten Monat bezogen wurden, aber im laufenden Jahr anfallen.</p> <p>(3) Bei Selbständigen kann zur vorläufigen Festsetzung des Elternbeitrages eine Einnahme-Überschussrechnung herangezogen werden.</p> <p>(4) Bei vorläufiger Festsetzung des <del>Kostenbeitrags</del> Elternbeitrages erfolgt die endgültige Festsetzung, sobald die Festsetzungshindernisse beseitigt sind. Die endgültige Festsetzung erfolgt im Rahmen der Festsetzungsverjährung (vgl. § 12 Absatz 1 Nummer 4 b KAG NRW, §§169 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2, 170 Absatz 1 AO) jeweils rückwirkend.</p> <p>(5) Bei Überprüfung einer bereits erfolgten oder bei einer erstmaligen rückwirkenden Beitragsfestsetzung ist das Einkommen nach § 7 zugrunde zu legen.</p> <p>(6) Eine Ermittlung des Einkommens entfällt, wenn und solange sich die bzw. der Beitragspflichtige/n durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Jugendamt zur Zahlung des jeweils höchsten nach der Anlage zu dieser Satzung ausgewiesenen Elternbeitrags verpflichten.</p>

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

	<p>NEU – vorher § 9 Abs. 6 und 7</p> <p><b>§ 9</b></p> <p><b>Geschwisterkinder</b></p> <p>(1) Nehmen zwei Kinder der Beitragspflichtigen nebeneinander in Siegen eine durch das Jugendamt vermittelte, regelmäßig durchgeführte Kindertagespflege, eine Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder, in einer außerunterrichtlichen Betreuung an Grundschulen, mit Ausnahme der Ferienbetreuung, in Anspruch, so entfallen die Elternbeiträge für ein Kind. Ergeben sich ohne Elternbeitragsbefreiung nach Satz 1 unterschiedlich hohe Elternbeiträge, so ist der höchste Elternbeitrag zu zahlen; bei gleich hohen Elternbeiträgen entfällt ein Elternbeitrag.</p> <p>(2) Nehmen zwei Kinder der Beitragspflichtigen eine Betreuung im Sinne des Absatzes 1 wahr, von denen ein Kind aufgrund landesrechtlicher Regelung beitragsfreigestellt ist, werden für beide Kinder keine Elternbeiträge nach dieser Satzung erhoben.</p> <p>(3) Nimmt ein Kind oder nehmen mehrere Kinder der Beitragspflichtigen in Siegen eine durch das Jugendamt vermittelte, regelmäßig durchgeführte Kindertagespflege, eine Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder, in einer außerunterrichtlichen Betreuung an Grundschulen, mit Ausnahme der Ferienbetreuung, in Anspruch, entfallen die Elternbeiträge, wenn die Beitragspflichtigen für mindestens drei Kinder Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz beziehen.</p> <p>(4) Für Unterhaltsverpflichtete im Sinne des § 1601 BGB, die nachweislich ihre Unterhaltsverpflichtung erfüllen, gilt, wenn ihnen</p> <p>1. für mehr als ein Kind ein Kinderfreibetrag (mindestens 1,5 Kinderfreibeträge) im Sinne des § 32 Absatz 6 Satz 1 EStG zusteht, Absatz</p>

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

	<p>1 entsprechend.</p> <p>2. für mehr als zwei Kinder Kinderfreibeträge (mindestens 2,5 Kinderfreibeträge) im Sinne des § 32 Absatz 6 Satz 1 EStG zustehen, Absatz 3 entsprechend.</p>
<p><b>§ 9</b> <b>Beitragsbefreiung</b></p> <p>(1) Kraft landesgesetzlicher Regelung sind ab dem 1. August 2020 Beitragspflichtige von der Zahlung von Elternbeiträgen dann befreit, wenn ihr Kind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in einer Tagesbetreuung im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummern 1, 2 dieser Satzung betreut und gefördert wird und</li> <li>2. bis zum 30. September des Kalenderjahres sein viertes Lebensjahr vollendet.</li> </ol> <p>Die Beitragsfreiheit beginnt in diesen Fällen mit dem 1. August des Jahres, in dem das Kind sein viertes Lebensjahr vollendet, und dauert bis zur Einschulung des Kindes fort. Vollendet das Kind in einer Tagesbetreuung im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummern 1, 2 dieser Satzung sein viertes Lebensjahr erst nach dem 30. September, tritt die Beitragsfreiheit erst mit dem 1. August des Folgejahres in Kraft.</p> <p>(2) Wird ein Kind, das bis zum 30. September des Kalenderjahres sein viertes Lebensjahr vollendet, vorzeitig eingeschult, verkürzt sich die mit § 50 Absatz 1 KiBiz NRW mit Wirkung ab dem 1. August 2020 eingeführte grundsätzlich 2-jährige Beitragsfreiheit auf ein (Kindergarten-)Jahr.</p> <p>(3) Wird ein Kind aus erheblichen gesundheitlichen Gründen nach § 35 Absatz 3 SchulG NRW für ein Jahr zurückgestellt, erstreckt sich die Elternbeitragsfreiheit nach Absatz 1 ausnahmsweise auf drei (Kindergarten-)Jahre.</p>	<p><b>§ 10</b> <b>Beitragsbefreiung</b></p> <p>(1) Beziehen mit dem Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt werden soll, gemeinsam zusammenlebende Beitragspflichtige oder das Kind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) oder</li> <li>2. Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) (§§ 27 ff., §§ 41 ff SGB XII) oder</li> <li>3. Leistungen zur Deckung des Lebensunterhalts nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder</li> <li>4. Leistungen nach dem Wohngeldgesetz (Miet- oder Lastenzuschuss) oder</li> <li>5. Kinderzuschlag gemäß § 6a des Bundeskindergeldgesetzes,</li> </ol> <p>werden für die nachgewiesene Dauer des Bezugs dieser Leistung/en keine Elternbeiträge, mit Ausnahme der Ferienbetreuung, erhoben.</p> <p>(2) Lebt das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt werden soll, mit Beitragspflichtigen in einem sog. Wechselmodell zusammen und bezieht nur einer der Beitragspflichtigen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) oder</li> <li>2. Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) (§§ 27 ff., §§</li> </ol>

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

(4) Ist für mehrere Kinder von Beitragspflichtigen die Inanspruchnahme von Tagesbetreuungsangeboten im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummern 1, 2 nach den Absätzen 1 bis 3 beitragsfrei, gilt die Beitragsfreiheit für jedes der Kinder.

(5) Beziehen Beitragspflichtige oder das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt werden soll,

1. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) oder
  2. Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Sozialgesetzbuch XII (§§ 27ff./§§ 41ff.SGB XII)oder
  3. Leistungen zur Deckung des Lebensunterhalts nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder
  4. Leistungen nach dem Wohngeldgesetz (Miet- oder Lastenzuschuss) oder
  5. Kinderzuschlag gemäß § 6a des Bundeskindergeldgesetzes,
- werden für die nachgewiesene Dauer des Bezugs dieser Leistung/en keine Elternbeiträge, mit Ausnahme der Ferienbetreuung, erhoben.

(6) Darüber hinaus sind Beitragspflichtige in folgenden Fällen beitragsbefreit:

1. Nehmen zwei Kinder der Beitragspflichtigen nebeneinander in Siegen eine durch das Jugendamt vermittelte, regelmäßig durchgeführte Kindertagespflege, eine Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder, in einer außerunterrichtlichen Betreuung an Grundschulen, mit Ausnahme der Ferienbetreuung, in Anspruch, so entfallen die Elternbeiträge für ein Kind. Ergeben sich ohne Elternbeitragsbefreiung nach Satz 1 unterschiedlich hohe Elternbeiträge, so ist der höchste Elternbeitrag zu zahlen; bei gleich hohen Elternbeiträgen entfällt ein Elternbeitrag.
2. Nehmen zwei Kinder der Beitragspflichtigen eine Betreuung im Sinne des Absatzes 3 Nummer 1 wahr, von denen ein Kind aufgrund landesrechtlicher Regelung beitragsfreigestellt ist, werden für beide Kinder keine Elternbeiträge

41 ff SGB XII) oder

3. Leistungen zur Deckung des Lebensunterhalts nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder
4. Leistungen nach dem Wohngeldgesetz (Miet- oder Lastenzuschuss) oder
5. Kinderzuschlag gemäß § 6a des Bundeskindergeldgesetzes,

so wird für die nachgewiesene Dauer des Bezugs dieser Leistung/en lediglich auf das Einkommen der beitragspflichtigen Person abgestellt, die keine der vorgenannten Sozialleistungen bezieht.

(3) Kraft landesgesetzlicher Regelung sind ab dem 1. August 2020 Beitragspflichtige von der Zahlung von Elternbeiträgen dann befreit, wenn ihr Kind

1. in einer Tagesbetreuung im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummern 1, 2 dieser Satzung betreut und gefördert wird und
2. bis zum 30. September des Kalenderjahres sein viertes Lebensjahr vollendet.

Die Beitragsfreiheit beginnt in diesen Fällen mit dem 1. August des Jahres, in dem das Kind sein viertes Lebensjahr vollendet, und dauert bis zur Einschulung des Kindes fort. Vollendet das Kind in einer Tagesbetreuung im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummern 1, 2 dieser Satzung sein viertes Lebensjahr erst nach dem 30. September, tritt die Beitragsfreiheit erst mit dem 1. August des Folgejahres in Kraft.

(4) Wird ein Kind, das bis zum 30. September des Kalenderjahres sein viertes Lebensjahr vollendet, vorzeitig eingeschult, verkürzt sich die mit § 50 Absatz 1 KiBiz NRW mit Wirkung ab dem 1. August 2020 eingeführte grundsätzlich 2-jährige Beitragsfreiheit auf ein (Kindergarten-)Jahr.

(5) Wird ein Kind aus erheblichen gesundheitlichen Gründen nach § 35 Absatz 3

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

<p>nach dieser Satzung erhoben.</p> <p>3. Nimmt ein Kind oder nehmen mehrere Kinder der Beitragspflichtigen in Siegen eine durch das Jugendamt vermittelte, regelmäßig durchgeführte Kindertagespflege, eine Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder, in einer außerunterrichtlichen Betreuung an Grundschulen, mit Ausnahme der Ferienbetreuung, in Anspruch, entfallen die Elternbeiträge, wenn die Beitragspflichtigen für mindestens drei Kinder Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz beziehen.</p> <p>4. Für Unterhaltsverpflichtete im Sinne des § 1601 BGB, die nachweislich ihre Unterhaltsverpflichtung erfüllen, gilt, wenn ihnen</p> <p>a) für mehr als ein Kind ein Kinderfreibetrag im Sinne des § 32 Absatz 6 Satz 1 EStG zusteht, Absatz 3 Nr. 1 entsprechend.</p> <p>b) für mehr als zwei Kinder Kinderfreibeträge im Sinne des § 32 Absatz 6 Satz 1 EStG zustehen, Absatz 3 Nummer 3 entsprechend.</p>	<p>SchulG NRW für ein Jahr zurückgestellt, erstreckt sich die Elternbeitragsfreiheit nach Absatz 1 ausnahmsweise auf drei (Kindergarten-)Jahre.</p> <p>(6) Ist für <del>mehrere</del> Kinder von Beitragspflichtigen die Inanspruchnahme von Tagesbetreuungsangeboten im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummern 1, 2 nach den Absätzen 3 bis 5 beitragsfrei, gilt die Beitragsfreiheit <b>für alle Kinder im Haushalt, die Angebote der Förderung von Kindern nach § 1 Abs. 1, 2 der Satzung in Anspruch nehmen.</b></p>
<p><b>§ 10</b> <b>Mitteilungspflichten</b></p> <p>Für Zwecke der Beitragsfestsetzung teilt der Träger des Tagesbetreuungsangebotes im Sinne des § 1 Absatz 1 dem Jugendamt nach Abschluss des Betreuungsvertrages die Namen, Anschriften, Geburtsdaten, bei Kindertagespflege und bei Kindertageseinrichtungen zusätzlich die Betreuungszeit sowie die Aufnahme- und Abmeldedaten der Kinder und die entsprechenden Angaben der Beitragspflichtigen im Sinne des § 3 dieser Satzung (vgl. hierzu für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege § 51 Absatz 2 KiBiz NRW) unverzüglich mit. Das gilt ebenso für Änderungen in den vorgenannten Daten.</p>	<p><b>§ 11</b> <b>Mitteilungspflichten</b></p> <p>Für Zwecke der Beitragsfestsetzung teilt der Träger des Tagesbetreuungsangebotes im Sinne des § 1 Absatz 1 dem Jugendamt nach Abschluss des Betreuungsvertrages die Namen, Anschriften, Geburtsdaten, bei Kindertagespflege und bei Kindertageseinrichtungen zusätzlich die Betreuungszeit sowie die Aufnahme- und Abmeldedaten der Kinder und die entsprechenden Angaben der Beitragspflichtigen im Sinne des § 3 dieser Satzung (vgl. hierzu für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege § 51 Absatz 2 KiBiz NRW) unverzüglich mit. Das gilt ebenso für Änderungen in den vorgenannten Daten.</p>
<p><b>§ 11</b> <b>Auskunfts- und Anzeigepflichten, Ordnungswidrigkeit</b></p>	<p><b>§ 12</b> <b>Auskunfts- und Anzeigepflichten, Ordnungswidrigkeit</b></p>

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

(1) Die bzw. der Beitragspflichtige/n hat bzw. haben sich innerhalb eines Monats nach Erhalt des Einkommenserklärungsbogens bzw. nach Aufforderung verbindlich zu ihrer Einkommenssituation zu erklären und alle Tatsachen, die für die Bemessung des Elternbeitrags maßgeblich sind, schriftlich mitzuteilen und die erforderlichen Nachweise, insbesondere über das maßgebliche Einkommen, unverzüglich vorzulegen.

(2) Abweichend von Absatz 1 ist bzw. sind die bzw. der Beitragspflichtige/n während des gesamten Veranlagungszeitraumes verpflichtet, Veränderungen der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, soweit sie für die Bemessung des Elternbeitrages maßgeblich sind, unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen. Unabhängig von den vorgenannten Pflichten ist das Jugendamt aus Gründen der Beitragsgerechtigkeit jederzeit berechtigt, die Angaben über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Beitragspflichtigen - auch rückwirkend - zu überprüfen.

(3) Kommen die Beitragspflichtigen ihren Auskunfts-, Nachweis- und Anzeigepflichten nach § 11 Absatz 1 und 2 nicht oder nicht in ausreichendem Maße nach, so ist der für die jeweilige Betreuungsart des Kindes höchste Elternbeitrag zu leisten.

(4) Ordnungswidrig im Sinne des § 20 Absatz 2b Kommunalabgabengesetz NRW (KAG NRW) handelt, wer die in § 7 bezeichneten Angaben bei Aufnahme des Kindes oder auf Verlangen vorsätzlich oder fahrlässig falsch oder unvollständig macht.

(5) Außerdem handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig Einkommensänderungen, die zu einem höheren Elternbeitrag führen, nicht oder nicht unverzüglich mitteilt.

(6) Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 20 Absatz 3 KAG NRW mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 EUR geahndet werden.

(1) Die bzw. der Beitragspflichtige/n hat bzw. haben sich innerhalb eines Monats nach Erhalt des Einkommenserklärungsbogens bzw. nach Aufforderung verbindlich zu ihrer Einkommenssituation zu erklären und alle Tatsachen, die für die Bemessung des Elternbeitrags maßgeblich sind, schriftlich mitzuteilen und die erforderlichen Nachweise, insbesondere über das maßgebliche Einkommen **der in § 3 Abs. 1 der Satzung genannten Personen**, unverzüglich vorzulegen.

(2) Abweichend von Absatz 1 ist bzw. sind die bzw. der Beitragspflichtige/n während des gesamten Veranlagungszeitraumes verpflichtet, Veränderungen der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, soweit sie für die Bemessung des Elternbeitrages maßgeblich sind, unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen. Unabhängig von den vorgenannten Pflichten ist das Jugendamt aus Gründen der Beitragsgerechtigkeit jederzeit berechtigt, die Angaben über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Beitragspflichtigen - auch rückwirkend - zu überprüfen.

(3) Kommen die Beitragspflichtigen ihren Auskunfts-, Nachweis- und Anzeigepflichten nach § 11 Absatz 1 und 2 nicht oder nicht in ausreichendem Maße nach, so ist der für die jeweilige Betreuungsart des Kindes höchste Elternbeitrag zu leisten.

(4) Ordnungswidrig im Sinne des § 20 Absatz 2b Kommunalabgabengesetz NRW (KAG NRW) handelt, wer die in § 7 bezeichneten Angaben bei Aufnahme des Kindes oder auf Verlangen vorsätzlich oder fahrlässig falsch oder unvollständig macht.

(5) Außerdem handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig Einkommensänderungen, die zu einem höheren Elternbeitrag führen, nicht oder nicht unverzüglich mitteilt.

(6) Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 20 Absatz 3 Kommunalabgabengesetz NRW (KAG NRW) mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 EUR geahndet werden.



**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

	<p><b>§ 13</b> <b>Verjährung</b></p> <p>Die Verjährungsfrist für die rückwirkende Festsetzung der Elternbeiträge beträgt 4 Jahre. Sie beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Abgabe entstanden ist. Die Regelungen der Festsetzungsverjährung gemäß § 1 Absatz 3 i. V. m. § 12 Absatz 1 Nr. 4 b des Kommunalabgabengesetzes (KAG) und in Verbindung mit §§ 169 und 170 Abgabenordnung (AO) gelten entsprechend.</p>
	<p><b>§ 14</b> <b>Verwaltungsverfahren</b></p> <p>Für das Verwaltungsverfahren gelten die Vorschriften des Sozialgesetzbuches X (SGB X) entsprechend.</p>
	<p><b>§ 15</b> <b>Vollstreckung</b></p> <p>Für Zwangsmaßnahmen nach dieser Satzung gilt das Verwaltungsvollstreckungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen in seiner jeweils geltenden Fassung.</p>
<p><b>§ 12</b> <b>Inkrafttreten</b></p> <p>(1) Diese Satzung tritt am 1. August 2020 in Kraft.</p> <p>(2) Mit Inkrafttreten dieser Satzung tritt die Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher</p>	<p><b>§ 16</b> <b>Inkrafttreten</b></p> <p>(1) Diese Satzung tritt am ... in Kraft.</p> <p>(2) Mit Inkrafttreten dieser Satzung tritt die Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher</p>

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 19. Juni 2019 außer Kraft.

Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020 außer Kraft.

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

**Anlage A**  
**Kostenbeitragstabelle für Kindertagespflege**

der Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen

Jahresbrutto- einkommen nach §§ 7, 8	Monatsbeiträge			
	40 und mehr Betreuungsstunden / Woche	30 – 40 Betreuungsstunden / Woche	15 – 30 Betreuungsstunden / Woche	5 – 15 Betreuungsstunden / Woche
unter 30.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
ab 30.000,00 €	48,00 €	34,56 €	31,20 €	15,60 €
ab 35.000,00 €	56,00 €	40,32 €	36,40 €	18,20 €
ab 40.000,00 €	64,00 €	46,08 €	41,60 €	20,80 €
ab 45.000,00 €	80,00 €	57,60 €	52,00 €	26,00 €
ab 50.000,00 €	96,00 €	69,12 €	62,40 €	31,20 €
ab 55.000,00 €	120,00 €	86,40 €	78,00 €	39,00 €
ab 60.000,00 €	161,00 €	115,92 €	104,65 €	52,33 €
ab 65.000,00 €	205,00 €	147,60 €	133,25 €	66,63 €
ab 70.000,00 €	235,00 €	169,20 €	152,75 €	76,38 €
ab 80.000,00 €	255,00 €	183,60 €	165,75 €	82,88 €
ab 90.000,00 €	275,00 €	198,00 €	178,75 €	89,38 €
ab 100.000,00 €	300,00 €	216,00 €	195,00 €	97,50 €
ab 120.000,00 €	330,00 €	237,60 €	214,50 €	107,25 €
ab 140.000,00 €	360,00 €	259,20 €	234,00 €	117,00 €
ab 150.000,00 €	390,00 €	280,80 €	253,50 €	126,75 €

Die Höhe des Beitrags ergibt sich aus der Einkommensspalte und der jeweiligen Betreuungszeit.

Wenn Kindertagespflege zusätzlich zur Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder in Anspruch genommen wird, wird ein **Elternbeitrag** entsprechend dem zeitlichen Gesamtumfang erhoben. Der Betreuungsumfang aller in Anspruch genommenen Angebote wird dabei addiert.

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

**Anlage B**  
**Kostenbeitragstabelle für Kindertageseinrichtungen**

der Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen

Jahresbrutto- einkommen nach §§ 7,8	Monatsbeiträge		
	Kindertageseinrichtung 45 Stunden / Woche	Kindertageseinrichtung 35 Stunden / Woche	Kindertageseinrichtung 25 Stunden / Woche
unter 30.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
ab 30.000,00 €	48,00 €	34,56 €	31,20 €
ab 35.000,00 €	56,00 €	40,32 €	36,40 €
ab 40.000,00 €	64,00 €	46,08 €	41,60 €
ab 45.000,00 €	80,00 €	57,60 €	52,00 €
ab 50.000,00 €	96,00 €	69,12 €	62,40 €
ab 55.000,00 €	120,00 €	86,40 €	78,00 €
ab 60.000,00 €	161,00 €	115,92 €	104,65 €
ab 65.000,00 €	205,00 €	147,60 €	133,25 €
ab 70.000,00 €	235,00 €	169,20 €	152,75 €
ab 80.000,00 €	255,00 €	183,60 €	165,75 €
ab 90.000,00 €	275,00 €	198,00 €	178,75 €
ab 100.000,00 €	300,00 €	216,00 €	195,00 €
ab 120.000,00 €	330,00 €	237,60 €	214,50 €
ab 140.000,00 €	360,00 €	259,20 €	234,00 €
ab 150.000,00 €	390,00 €	280,80 €	253,50 €

Die Höhe des Beitrags ergibt sich aus der Einkommensspalte und der jeweiligen Betreuungszeit.

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

**Anlage C.a**  
**Kostenbeitragstabelle für OGS**

der Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen

Stufen	Jahresbruttoeinkommen	Monatsbeitrag
1	unter 30.000,00 €	0,00 €
2	ab 30.000,00 €	40,00 €
3	ab 35.000,00 €	42,50 €
4	ab 40.000,00 €	47,60 €
5	ab 45.000,00 €	54,40 €
6	ab 50.000,00 €	61,20 €
7	ab 55.000,00 €	71,40 €
8	ab 60.000,00 €	86,70 €
9	ab 65.000,00 €	105,40 €
10	ab 70.000,00 €	115,60 €
11	ab 80.000,00 €	122,40 €
12	ab 90.000,00 €	129,20 €
13	ab 100.000,00 €	137,70 €
14	ab 120.000,00 €	149,60 €
15	ab 140.000,00 €	161,50 €
16	ab 150.000,00 €	202,90 €

Jährlich zum 01.08. erhöht sich der **Elternbeitrag** in Stufe 16 um 3 % beginnend ab dem 01.08.2021.

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

**Anlage C.b**  
**Kostenbeitragstabelle für Dreizehn Plus**

der Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen

Stufen	Jahresbruttoeinkommen	Monatsbeitrag
1	unter 30.000,00 €	0,00 €
2	ab 30.000,00 €	45,00 €
3	ab 40.000,00 €	74,00 €
4	ab 50.000,00 €	95,00 €
5	ab 60.000,00 €	125,00 €
6	ab 70.000,00 €	135,00 €
7	ab 80.000,00 €	145,00 €
8	ab 90.000,00 €	160,00 €
9	ab 100.000,00 €	175,00 €
10	ab 120.000,00 €	190,00 €
11	ab 140.000,00 €	205,00 €
12	ab 150.000,00 €	251,30 €

Jährlich zum 01.08. erhöht sich der **Elternbeitrag** in Stufe 12 um 3 %, beginnend ab dem 01.08.2021.



**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

**Anlage C.c**  
**Kostenbeitragstabelle für den flexiblen Ganztag**

der Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen

Stufen	Jahresbruttoeinkommen	Monatlicher Beitrag		
		1 Nachmittag / Woche	2 Nachmittage / Woche	3 Nachmittage / Woche
1	unter 30.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2	ab 30.000,00 €	40,00 €	45,00 €	50,00 €
3	ab 40.000,00 €	51,00 €	57,00 €	63,00 €
4	ab 50.000,00 €	57,00 €	64,00 €	71,00 €
5	ab 60.000,00 €	63,00 €	71,00 €	79,00 €
6	ab 70.000,00 €	69,00 €	78,00 €	87,00 €
7	ab 80.000,00 €	77,00 €	87,00 €	97,00 €
8	ab 90.000,00 €	86,00 €	97,00 €	108,00 €
9	ab 100.000,00 €	96,00 €	108,00 €	120,00 €
10	ab 120.000,00 €	106,00 €	119,00 €	132,00 €
11	ab 140.000,00 €	129,00 €	143,00 €	157,00 €
12	ab 150.000,00 €	141,00 €	156,00 €	171,00 €

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

**Anlage C.d**  
**Kostenbeitragstabelle für Schule von acht bis eins sowie andere Betreuungsformen im Rahmen**  
**der Offenen Ganztagschule**

der Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen

		Monatlicher Beitrag				
Stufen	Jahresbruttoeinkommen	5 Stunden / Tag	5,5 Stunden / Tag	6 Stunden / Tag	6,5 Stunden / Tag	7 Stunden / Tag
1	unter 30.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2	ab 30.000,00 €	20,00 €	23,00 €	26,00 €	29,50 €	32,00 €
3	ab 40.000,00 €	25,00 €	28,50 €	32,00 €	35,50 €	39,00 €
4	ab 50.000,00 €	30,00 €	34,00 €	38,00 €	42,00 €	46,00 €
5	ab 60.000,00 €	35,00 €	39,50 €	44,00 €	48,50 €	53,00 €
6	ab 70.000,00 €	40,00 €	45,00 €	50,00 €	55,00 €	60,00 €
7	ab 80.000,00 €	45,00 €	50,50 €	56,00 €	61,50 €	67,00 €

**Anlage C.d.1**

Der **Elternbeitrag** für die Betreuung an fünf Schultagen in der Betreuungsform „Schule von acht bis eins“ (Fünferkarte) beträgt 27,50 €, unabhängig vom Einkommen der Beitragspflichtigen und ist für ein Schuljahr gültig.

**Anlage C.d.2**

Das Tagesticket im Rahmen der anderen Betreuungsform in Offenen Ganztagschulen kostet pro Monat zusätzlich 25,00 € für einen Nachmittag und 50,00 € für zwei Nachmittage. **Bei einem Jahresbruttoeinkommen unter 30.000,- EUR werden keine Elternbeiträge erhoben. Gleichzeitig gelten die Bestimmungen der Beitragsbefreiungen gemäß den §§ 9 und 10 der Satzung.**

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

**Anlage C.e**  
**Kostenbeitragstabelle für die Ferienbetreuung**

der Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen

		Einmaliger Beitrag		
Stufen	Jahresbruttoeinkommen	1 Woche	2 Wochen	3 Wochen
1	bis 20.000,00 €	10,00 €	20,00 €	30,00 €
2	bis 40.000,00 €	20,00 €	40,00 €	60,00 €
3	bis 60.000,00 €	30,00 €	60,00 €	90,00 €
4	bis 80.000,00 €	40,00 €	80,00 €	120,00 €
5	bis 90.000,00 €	50,00 €	100,00 €	150,00 €
6	bis 100.000,00 €	60,00 €	120,00 €	180,00 €
7	ab 100.000,00 €	70,00 €	140,00 €	210,00 €

**Geschwisterkinder**

		Einmaliger Beitrag		
Stufen	Jahresbruttoeinkommen	1 Woche	2 Wochen	3 Wochen
1	bis 20.000,00 €	5,00 €	10,00 €	15,00 €
2	bis 40.000,00 €	10,00 €	20,00 €	30,00 €
3	bis 60.000,00 €	15,00 €	30,00 €	45,00 €
4	bis 80.000,00 €	20,00 €	40,00 €	60,00 €
5	bis 90.000,00 €	25,00 €	50,00 €	75,00 €
6	bis 100.000,00 €	30,00 €	60,00 €	90,00 €
7	ab 100.000,00 €	35,00 €	70,00 €	105,00 €

**Satzung der Universitätsstadt Siegen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen (Kostenbeitragssatzung) vom 24.06.2020**

**Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit der Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Siegen vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Die Bekanntmachung kann darüber hinaus im Internet unter [www.siegen.de](http://www.siegen.de) > Verwaltung & Politik > Bekanntmachungen / Öffentliche Auslegungen / Bürgerbeteiligungen eingesehen werden.

Siegen, den

Der Bürgermeister

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4 / 5  
Bereich: 4/4-2 / 5/4  
Bearbeitet von: M. Busch, J. Heide, C. Uhr

Siegen, 01.06.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>09.06.2021</b>
<b>Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid</b>	<b>15.06.2021</b>
<b>Rat</b>	<b>23.06.2021</b>
<b>Ausschuss für Schule und Bildung</b>	<b>29.06.2021</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>25.08.2021</b>

Kurzbezeichnung:

**Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs  
- kurzfristiges Erfordernis eines Containerbaus -**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, im Übergang bis zur Erfüllung des Raumbedarfs der Albert-Schweitzer-Schule als zukünftig vierzünftig geführte Ganztagsgrundschule, den Erwerb eines Containergebäudes vorzunehmen.

Der Ausschuss für Schule und Bildung und der Bauausschuss nehmen den Beschluss aufgrund der Dringlichkeit und mit Blick auf die Beratungsfolge ebenso wie der Bezirksausschuss I Siegen-Geisweid zur Kenntnis.

### Sachverhalt / Begründung:

#### Ausgangssituation

##### Schülerzahlenprognose

In den ehemaligen Einzugsbereichen der drei Grundschulen Albert-Schweitzer-Schule, Birnenbacher Schule und Geisweider Schule ist – auch aufgrund von zuziehenden und zuwandernden Familien, die im Raum Geisweid Wohnraum gefunden haben – ein anwachsendes

Schülerpotential festzustellen. Vor diesem Hintergrund werden für die Grundschulen steigende Schülerzahlen erwartet.

Sollten die Schülerzahlen der Albert-Schweitzer-Schule, Birlenbacher Schule und Geisweider Schule sich in diesem Maße entwickeln, wird es notwendig sein, zukünftig jährlich jeweils 8 statt der bisher üblichen 6 Eingangsklassen einzurichten, um so eine ausreichende Anzahl von Schulplätzen zu gewährleisten.

Schon im Anmeldeverfahren zum Schuljahr 2021/2022 ist die Bildung von 8 Eingangsklassen notwendig.

	Anmeldungen	Eingangsklassen
Albert-Schweitzer-Schule	65	3
Birlenbacher Schule	56	2
Geisweider Schule	64	3
Insgesamt	185	8

Im Hinblick auf die kommenden Jahre ist es erforderlich, die Zügigkeiten so zu erhöhen, dass die zukünftig schulpflichtig werdenden Kinder wohnortnah beschult werden können.

Die Schulgebäude der drei Schulen sind in ihrer jetzigen Form jedoch für eine Erhöhung der Zügigkeit, auch unter den Gesichtspunkten Integration, Inklusion und Ganzttag, nicht ausgelegt.

#### Zügigkeit

Die Albert-Schweitzer-Schule, Birlenbacher Schule und Geisweider Schule sind gemäß Ratsbeschluss vom 05.07.2017 hinsichtlich der Zügigkeit der Eingangsklassen (Schuljahre 2018/2019 bis 2021/2022) auf eine Zweizügigkeit festgelegt. Abweichend davon ist für einzelne Schuljahre festgelegt, dass 3 Eingangsklassen gebildet werden können. Aufgrund der tatsächlichen Entwicklung bei den Anmeldezahlen können sich Veränderungen ergeben, die wiederum Nachsteuerungen erfordern.

Schon im Schuljahr 2021/2022 wird die Albert-Schweitzer-Schule u.a. mit Blick auf Schülerinnen und Schüler, die länger in der Schuleingangsphase verbleiben, in 11 Klassen beschulen. Sie wird somit, mit Ausnahme der zukünftigen Jahrgangsstufe 4, dreizügig geführt. Dies wiederum ist nur durch die Umwandlung des derzeitigen Werkraums in einen Unterrichtsraum sowie durch die multifunktionale Nutzung eines originären Betreuungsraums möglich.

Die Gesamtzahl an Klassen an den drei Grundschulen im Raum Geisweid könnte folgendermaßen aussehen:

- Schuljahr 2020/2021                      26
- Schuljahr 2021/2022                      28
- Schuljahr 2022/2023                      30\*
- Schuljahr 2023/2024                      31\*
- Schuljahr 2024/2025                      31\*

\* voraussichtliche Klassenbildung auf Grundlage der Schülerzahlenprognose



Insgesamt werden die zu bildenden Klassen nicht in den Gebäuden der drei Grundschulen unterzubringen sein. Ein Umlenken auf entferntere Grundschulen wie die Glückaufschule und Friedrich-Flender-Schule in Weidenau scheidet aufgrund der großen Anzahl von Schülerinnen und Schülern aus.

Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung in einem ersten Schritt zur Prüfung möglicher Erweiterungen die Schulgebäude und -gelände der drei Grundschulen sowie deren Lage im Raum Geisweid in den Blick genommen.

Dabei liegt der Standort der Albert-Schweitzer-Schule zwischen der Birlenbacher Schule und der Geisweider Schule. Wird die Albert-Schweitzer-Schule räumlich erweitert, könnten Schülerinnen und Schüler aus den ehemaligen Einzugsbereichen der Birlenbacher Schule und der Geisweider Schule, die aufgrund mangelnder Aufnahmekapazitäten an ebendiesen Schulen keinen Schulplatz an der nächstgelegenen Grundschule erhalten, alternativ an der nahegelegenen Albert-Schweitzer-Schule aufgenommen werden. Ein unnötig langer Schulweg aus dem ehemaligen Einzugsbereich der Geisweider Schule bis zur Birlenbacher Schule bzw. aus dem ehemaligen Einzugsbereich der Birlenbacher Schule zur Geisweider Schule kann so hoffentlich vermieden werden.

Entsprechend soll vorrangig die Erweiterung der Zügigkeit der Albert-Schweitzer-Schule zu einer vierzügigen Grundschule forciert werden. Der Anstieg der Schülerschaft und die dafür zu bildenden Klassen soll mit einer baulichen Erweiterung des Standortes der Schule (Amselweg) oder der Reaktivierung des ehemaligen Schulgebäudes im Rüsterweg aufgefangen werden.

### **Erfordernis einer Übergangslösung**

Mit Blick auf die oben genannten Schülerzahlen der kommenden Schuljahre wird ersichtlich, dass schon zum Schuljahr 2022/2023 Räumlichkeiten benötigt werden, die an den drei Grundschulen nicht vorhanden sind und auch nicht durch eine verstärkte multifunktionale Nutzung im Bestand geschaffen werden können.

Um allen Schülerinnen und Schülern einen Schulplatz bieten zu können, ist die Schaffung von weiterem Schulraum alternativlos.

Die Verwaltung wird folglich die Reaktivierung des ehemaligen Gebäudes der Albert-Schweitzer-Schule im Rüsterweg sowie die Erweiterung des aktuellen Schulgebäudes im Amselweg prüfen und einen entsprechenden Vorschlag erarbeiten.

Bis zur abgeschlossenen Prüfung und endgültigen baulichen Umsetzung des dann gegebenen Vorschlags ist jedoch eine Übergangslösung in Form der Nutzung von Unterrichtsräumen im ehemaligen Schulgebäude (Rüsterweg) oder der Aufstellung eines Containergebäudes am jetzigen Schulgebäude (Amselweg) anzustreben.

### Nutzung des ehemaligen Schulgebäudes Rüsterweg

Die notdürftige Herrichtung von Unterrichtsräumen im ehemaligen Schulgebäude Rüsterweg bis Sommer 2022 wird von der Verwaltung bezogen auf den Zustand der Räumlichkeiten und den Zeitplan als problematisch bzw. unmöglich angesehen. Hinzukommt, dass die sanitären Anlagen im Untergeschoss der Schule nur schwer zugänglich sind und in dieser Form nicht genutzt werden können, so dass eine mobile Sanitäreinrichtung auf dem Schulgelände aufgestellt werden müsste.

Da nicht gewährleistet werden kann, dass die erforderlichen Räumlichkeiten bis zum Beginn des Schuljahres 2022/2023 tatsächlich hergerichtet werden können, wird die Aufstellung eines Containergebäudes unumgänglich.

### Aufstellung eines Containergebäudes am aktuellen Standort Amselweg

Das Containergebäude soll für den Übergang genutzt werden, bis die Albert-Schweitzer-Schule durch die Reaktivierung des ehemaligen Schulgebäudes oder eine bauliche Erweiterung des Bestandsgebäudes über die Räumlichkeiten einer vierzügigen Ganztagsgrundschule verfügt.

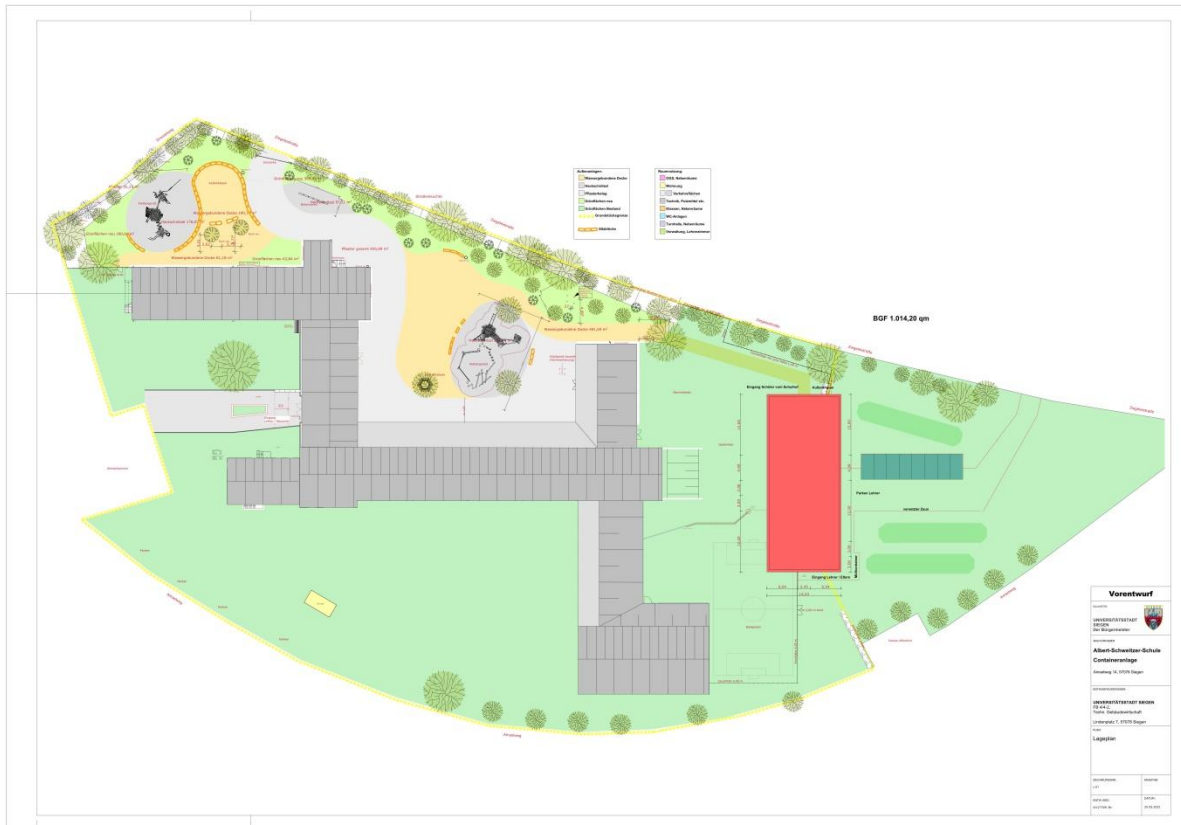
Bei einer auf Modulen beruhenden Containeranlage sind die Raumgrößen nicht variabel wählbar, so dass nicht in jedem Fall Raumgrößen erreicht werden, welche den ehemals geltenden Grundsätzen für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemein bildende Schulen und Förderschulen entsprechen. Des Weiteren wird die Anlage den Ansprüchen der Barrierefreiheit nicht gerecht.

Aus diesen Gründen soll die Containeranlage als Übergangslösung dienen und die notwendige Schaffung von Schulraum nicht ersetzen.

### Erfordernis eines Containerbaus

#### Vorentwurf

Ein erster Vorentwurf mit dem Raumprogramm des Planungsauftrags zur Erweiterung der Albert-Schweitzer-Schule zu einer vierzügigen Ganztagsgrundschule als Grundlage wurde Anfang März vorgestellt und mit ersten geschätzten Kosten beziffert.



Der Entwurf sieht eine separate Containeranlage auf der Spielwiese des Schulgebäudes vor, in dem Bereich, in dem auch die provisorische Kita der AWO (Rüsterweg) stand. Die Versorgungsrohre der Kita wurden für etwaige neue Containeranlagen bewusst nicht zurückgebaut. Die Lage etwas abseits des Schulgebäudes ist erforderlich, da aktuell die Ausbildung für die, je nach Ergebnis der Prüfungen, anstehende Erweiterung des Schulgebäudes noch nicht definiert ist.

Nach gemeinsamer Prüfung dieses Vorentwurfs wurde das Raumprogramm für die provisorische Containeranlage auf ein Minimum beschränkt. Im April wurden der überarbeitete Entwurf und die geschätzten Kosten für die Mietdauer einer Containeranlage für 3-5 Jahre dargestellt und alternativ der Erwerb einer Containeranlage mit möglichen Kosten beziffert.

Die geplante zweigeschossige Containeranlage ergibt eine Brutto-Grundfläche von ca. 1.015 qm mit:

- 5 Klassenräume à 67,80 qm
- 2 Differenzierungsräume à 26,90 qm
- 1 Mehrzweckraum à 60,10 qm
- 1 Mehrzweckraum à 67,80 qm
- 2 Betreuungsräume à 67,80 qm
- 1 (zweites) Lehrerzimmer à 26,90 qm
- 1 Besprechungsraum à 15,90 qm
- 1 Büro mit Liege à 15,90 qm

Hinzu kommen die notwendige Anarbeitung der Außenanlagen, eine befestigte Zufahrt sowie 5 Stellplätze für Lehrer und 3 Stellplätze für OGS-Personal. Die geplante Containeranlage entspricht den Vorgaben der Energieeinsparverordnung. Dadurch ist auch der sommerliche und winterliche Wärmeschutz gewährleistet.

Eine provisorische Anlage mit geringeren baulichen Anforderungen (u.a. Wärmeschutzanforderungen) ist grundsätzlich lediglich temporär für die Dauer von 2 Jahren genehmigungsfähig

Durch den Raumbestand im Schulgebäude und unter Hinzunahme der Räumlichkeiten im neu zu errichtenden Containergebäude soll die Albert-Schweitzer-Schule die Möglichkeit erhalten, über die für die Erweiterung der Zügigkeit erforderlichen Räumlichkeiten – wenn auch im Übergang teils stark eingeschränkt – zu verfügen.

Die Entwurfspläne liegen der Vorlage als Anhang bei.

#### Kostenschätzung

Zum Vergleich der Mietvarianten und Kaufvariante sind im Folgenden drei Tabellen mit den Kostenschätzungen für die beschriebene Containeranlage abgebildet.

In den Kostenschätzungen ist die erforderliche Einrichtung noch nicht enthalten.

In den Summen sind bisher keine Lüftungsgeräte, keine Sonnenschutzverglasung (jedoch Raffstores) und keine kindgerechten Sanitäranlagen enthalten.

Optional sind diese Zusatzausstattungen beim Erwerb möglich. Für eine gepflasterte Zuwegung müssten zusätzlich ca. 25.000,- € eingeplant werden (Empfehlung seitens AWO, aktuell Standard). Bei der Miete einer Containeranlage erfolgen die Wartungen durch den Bauherrn, ebenso wie beim Erwerb.

**1. Miete der Containeranlage ab 3 Jahren mit Verlängerungsoption:**

Kostenzusammenstellung bei 3 Jahren Mietdauer einer Containeranlage mit ca. 1.015 qm BGF				
	einmalig	monatlich	36 Monate	
Bauantragszeichnungen	450,00 €			
Brandschutzkonzept	5.000,00 €			
Tiefbau	50.000,00 €			
Aufstellen Container	43.750,00 €			
Stromanschluss	10.000,00 €			
Wasseranschluss	5.000,00 €			
Miete Container		20.800,00 €	748.800,00 €	
Versicherung		672,00 €	24.192,00 €	
Sanitärinstallation	5.000,00 €			
Elektroinstallation	20.000,00 €			
GaLa (Außenanlagen)	30.000,00 €			
Rückbau Container	34.300,00 €			
Einhausung Außentreppe	6.000,00 €			
Elektroausstattung	115.000,00 €			
Akustikdecke	97.000,00 €			
Sockelblende	6.000,00 €			
Sondertüren	10.500,00 €			
Summe	438.000,00 €		772.992,00 €	
19 % MWST	83.220,00 €		146.868,48 €	
Brutto	521.220,00 €		919.860,48 €	
<b>Gesamtkosten für Containermiete 3 Jahre:</b>		<b>1.441.080,48 €</b>		
je weiteres Mietjahr:	257.664,00 €			
Summe für 48 Monate:	1.698.744,48 €		Differenz 36/48 Monate:	257.664,00 €

**2. Miete der Containeranlage ab 4 Jahre mit Verlängerungsoption:**

Kostenzusammenstellung bei 4 Jahren Mietdauer einer Containeranlage mit ca. 1.015 qm BGF				
	einmalig	monatlich	48 Monate	
Bauantragszeichnungen	450,00 €			
Brandschutzkonzept	5.000,00 €			
Tiefbau	50.000,00 €			
Aufstellen Container	43.750,00 €			
Stromanschluss	10.000,00 €			
Wasseranschluss	5.000,00 €			
Miete Container		18.600,00 €	892.800,00 €	
Versicherung		672,00 €	32.256,00 €	
Sanitärinstallation	5.000,00 €			
Elektroinstallation	20.000,00 €			
GaLa (Außenanlagen)	30.000,00 €			
Rückbau Container	34.300,00 €			
Einhausung Außentreppe	6.000,00 €			
Elektroausstattung	115.000,00 €			
Akustikdecke	97.000,00 €			
Sockelblende	6.000,00 €			
Sondertüren	10.500,00 €			
Summe	438.000,00 €		925.056,00 €	
19 % MWST	83.220,00 €		175.760,64 €	
<b>Brutto</b>	<b>521.220,00 €</b>		<b>1.100.816,64 €</b>	
<b>Gesamtkosten für Containermiete 4 Jahre:</b>		<b>1.622.036,64 €</b>		
je weiteres Mietjahr:	231.264,00 €			
Summe für 60 Monate:	<b>1.853.300,64 €</b>		Differenz 48/60 Monate:	<b>231.264,00 €</b>



**3. Erwerb der Containeranlage mit Abbau und Entsorgung (ohne Verkauf):**

Kostenzusammenstellung bei Erwerb einer Containeranlage mit ca. 1.015 qm BGF			
	einmalig	monatlich	36 Monate
Bauantragszeichnungen	450,00 €		
Brandschutzkonzept	5.000,00 €		
Tiefbau	50.000,00 €		
Aufstellen Container	43.750,00 €		
Stromanschluss	10.000,00 €		
Wasseranschluss	5.000,00 €		
Erwerb Container	1.100.000,00 €		
Versicherung intern		500,00 €	18.000,00 €
Sanitärinstallation	5.000,00 €		
Elektroinstallation	20.000,00 €		
GaLa (Außenanlagen)	30.000,00 €		
Rückbau und Entsorgung Container	52.000,00 €		
Einhausung Außentreppe	6.000,00 €		
Elektroausstattung*			
Akustikdecke*			
Sockelblende*			
Sondertüren	10.500,00 €		
Summe	1.337.700,00 €		18.000,00 €
19 % MWST	254.163,00 €		3.420,00 €
Brutto	1.591.863,00 €		21.420,00 €
Gesamtkosten für Containererwerb:		1.613.283,00 €	
*in Erwerb Container enthalten			

Bei einer festgelegten **Mietzeit von 3 Jahren** ergibt sich somit ein geschätzter Kostenrahmen von ca. **1.442.000,- €**.

*Je weiterem Mietjahr erhöht sich diese Summe um ca. 258.000,-€, dies ergibt bei 4 Jahren Miete einen Kostenrahmen von ca. 1.700.000,- €.*

Bei einer vorher festgelegten **Mietzeit von 4 Jahren** ergibt sich ein geschätzter Kostenrahmen von ca. **1.623.000,- €**.

*Je weiterem Mietjahr erhöht sich diese Summe um ca. 232.000,- €, dies ergibt bei 5 Jahren Miete einen Kostenrahmen von ca. 1.855.000,- €.*

Der **Erwerb der Containeranlage** würde ca. **1.614.000,- €** kosten.

In diesen Kosten sind ein eventuell später erforderlicher Abbau und die Entsorgung enthalten.

(Sollte die Containeranlage an einem anderen Standort wieder aufgebaut werden, ist dies nur mit gleichem Grundriss wirtschaftlich sinnvoll. Die gesamte Dachdämmung und Abdichtung müsste auf jeden Fall für eine Versetzung entsorgt und anschließend am neuen Standort erneuert werden. Weiterhin bedeutet der Standortwechsel zusätzlich hohe Kran- und Transportkosten sowie Kosten für Rück- oder Umbauten im Innenraum und hinzu kommen alle notwendigen Tiefbau- und Installationsarbeiten, auch am neuen Standort.)

Durch den Raumbestand im Schulgebäude und unter Hinzunahme der Räumlichkeiten im neu zu errichtenden Containergebäude soll die Albert-Schweitzer-Schule die Möglichkeit

erhalten, über die für die Erweiterung der Zügigkeit erforderlichen Räumlichkeiten – wenn auch im Übergang teils stark eingeschränkt – zu verfügen.

### Zeitplan

Bei einer zügigen Mittelbereitstellung und Umverlagerung von Projektprioritäten im Arbeitsprogramm der Technischen Gebäudewirtschaft könnte ggf. eine Planung und zum Ende des Jahres eine Ausschreibung der Gewerke für die Containeranlage erfolgen. Die notwendige Bauantragstellung könnte nachfolgend während der Angebotslaufzeit erstellt werden.

Ob eine Errichtung des Objektes für das Schuljahr 2022/2023 durchführbar ist, hängt letztlich von den Lieferzeiten der Gewerke ab.

Inwiefern und wenn ja, in welchem Umfang, noch in diesem Haushaltsjahr Mittel benötigt werden, ist derzeit unklar. Eventuell ist es erforderlich, im 4. Quartal außerplanmäßig Mittel bereitzustellen.

**Finanzielle Auswirkungen** ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
1.614.000,00 €				

### **Veranschlagung**

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

### **Klimaschutz**

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  			

gez.  
Schumann  
Stadtbaurat

gez.  
A. Schmidt  
Dezernent

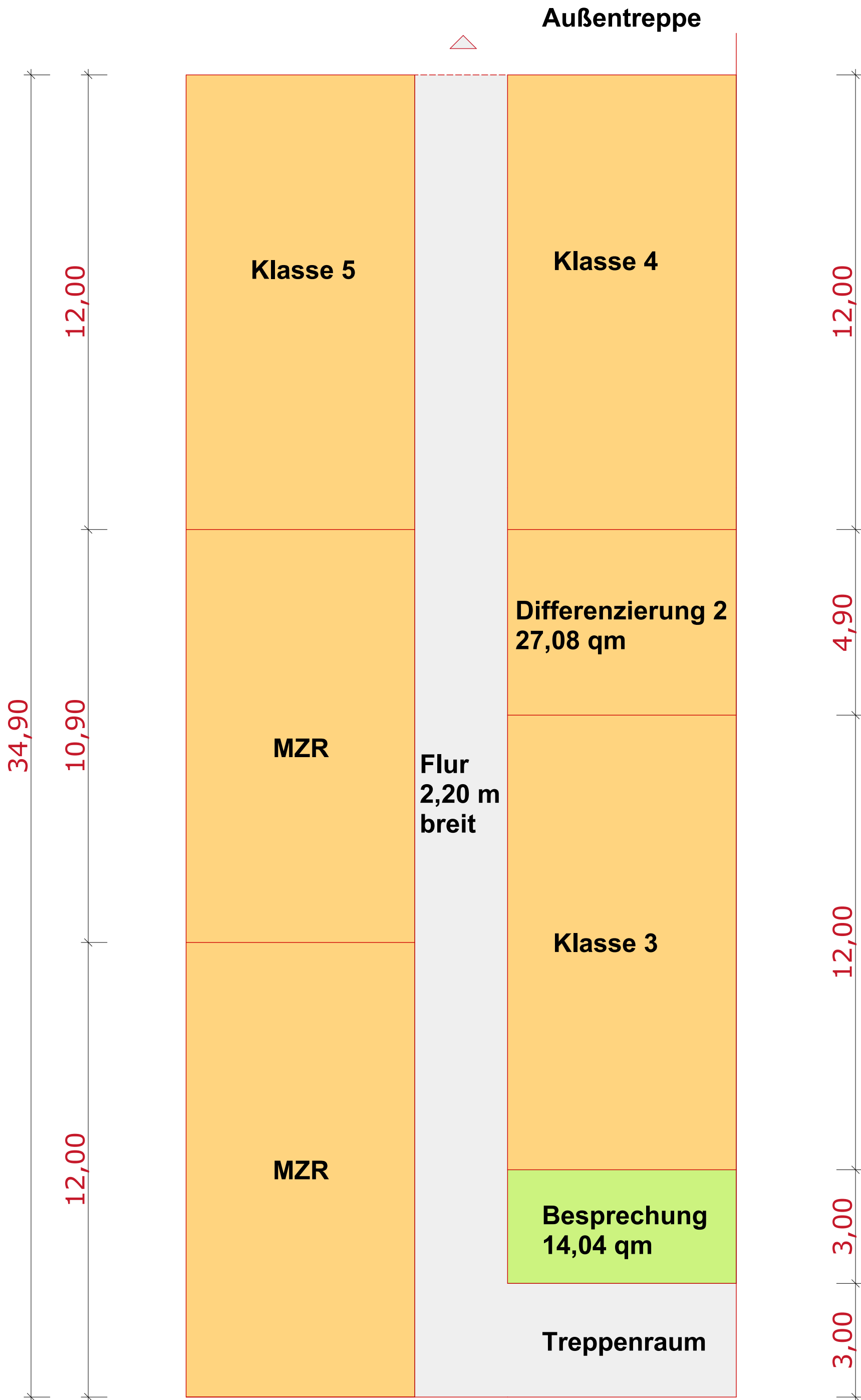
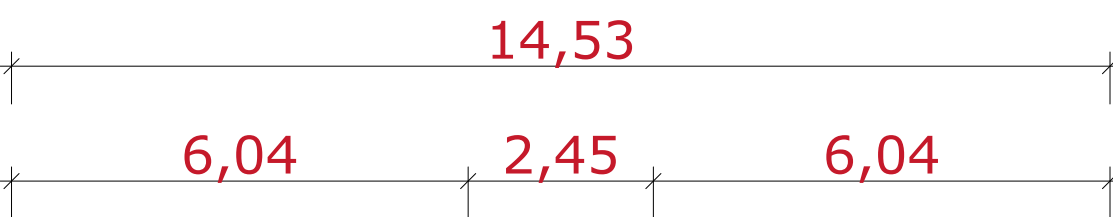
Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.












- Raumnutzung:
- OGS, Nebenräume
  - Wohnung
  - Verkehrsflächen
  - Technik, Putzmittel etc.
  - Klassen, Nebenräume
  - WC-Anlagen
  - Turnhalle, Nebenräume
  - Verwaltung, Lehrerzimmer

Vorentwurf

BAUHERR:

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN  
Der Bürgermeister



BAUVORHABEN

Albert-Schweitzer-Schule  
Containeranlage

Amselweg 14, 57078 Siegen

ENTWURFSVERFASSER:

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN  
FB 4/4-2,  
Techn. Gebäudewirtschaft

Lindenplatz 7, 57078 Siegen

PLAN:

Grundriss Obergeschoss

ZEICHNUNGSNR.:  
G-02

MASSTAB:

ENTW./GEZ.:  
4/4-2 TGW, Bu

DATUM:  
25.05.2021



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1  
Bereich: Büro des Bürgermeisters  
Bearbeitet von: Johannes Werthenbach

Siegen, 28.05.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Rat** **23.06.2021**

Kurzbezeichnung:

### **Video-Echtzeitübertragungen der Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse in das Internet**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Übertragung von **Ratssitzungen** im Internet und beauftragt die Verwaltung, die dafür notwendigen Schritte einzuleiten. Gleichzeitig beschließt der Rat, die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus beschließt der Rat die Änderung der Geschäftsordnung gemäß Vorschlag nach Ziffer 2.2.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

##### **1. Einführung**

In seiner Sitzung am 15.12.2020 hat der Rat der Universitätsstadt Siegen die Verwaltung beauftragt zu prüfen, unter welchen rechtlichen wie technischen Voraussetzungen Sitzungen des Rates und der Ausschüsse in Echtzeit ins Internet übertragen und die Aufzeichnungen als Videomitschnitte auf der Internetseite der Stadt Siegen zum Abruf bereitgestellt werden können. Bereits im Jahre 2011 wurde diesbezüglich eine umfangreiche Vorlage erstellt. Dem Grunde nach hat sich seit dem keine grundlegende rechtliche Veränderung ergeben. Gleichwohl wird verwaltungsseitig nachfolgend wiederholt eine Würdigung vorgenommen. Vorangestellt wird insofern eine grundlegende Einordnung, bevor auf die einzelnen rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen eingegangen wird.

Ein hohes Gut der kommunalpolitischen Debatte ist die Öffentlichkeit. Die Sitzungen des Rates wie auch der Ausschüsse sind Grundlage, um als Einwohner an der politischen Be-

schlussfassung teilzunehmen und sich aus erster Hand über politische Willensbildungsprozesse zu informieren. Ergänzt wird die Information durch eine Berichterstattung über den Sitzungsinhalt in den Medien. Darüber hinaus wird durch das Referat Medien- und Öffentlichkeitsarbeit regelmäßig zu aktuellen Themen aus den Sitzungen berichtet. Wesentlich ist das Ratsinformationssystem, mithilfe dessen verfolgt werden kann, welche Punkte aktuell in den Gremien beraten werden.

Eine Liveübertragung bzw. späteres Abrufen von Gremiensitzungen stellt insofern eine Erweiterung des Informationsangebotes für Bürgerinnen und Bürger dar, dem sich die Verwaltung dem Grunde nach offen gegenüber, auch vor dem Hintergrund des Aspektes „Digitale Verwaltung“, zeigt. Gleichwohl sind in die Abwägung weitere Aspekte einzubeziehen, die nachfolgend erörtert werden. Insbesondere sind dies rechtliche, technische, finanzielle und organisatorische Aspekte.

## **2. Rechtliche Aspekte**

### **2.1 Persönlichkeitsrecht/Datenschutzvorschriften**

Eine Video- und Tonaufzeichnung wie auch die anschließende dauerhafte Bereitstellung der selbigen greift in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ein, das von dem in Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG verankerten allgemeinen Persönlichkeitsrecht umfasst wird. Insofern wird dadurch jedem Einzelnen garantiert, selbst darüber zu bestimmen, wie er selbst mit der Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten verfährt. Insofern wäre die vorherige Einwilligung der Beteiligten einzuholen oder durch technische Möglichkeiten sicherzustellen, dass diejenigen, die nicht eingewilligt haben, ausgeblendet werden oder erst gar nicht erst eingebildet werden wie beispielsweise Zuhörer. Dem Grunde nach ist aber zunächst von einer Betroffenheit aller Sitzungsteilnehmenden auszugehen, also Ratsmitglieder, Verwaltungsmitarbeiter, geladene Referenten, Zuschauer, sowie Presse. Ein Widerspruch einzelner Personen führt dazu, dass sichergestellt werden muss, dass keine personenbezogenen Daten der betreffenden Personen verarbeitet werden.

Die nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) i. V. m. Art. 7 DSGVO notwendige Einwilligung ist nach Art. 4 Ziffer 11 Datenschutzgesetz NRW (DSG NRW) definiert:

"Einwilligung" der betroffenen Person ist jede freiwillig für den bestimmten Fall, in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist."

Wichtig zu erwähnen ist, dass die erteilte Einwilligung widerrufen werden kann (Art. 7 Abs. 3 DSGVO, § 38 Abs. 3 DSG NRW).

Insofern ist es zielführend, die schriftliche Einwilligung der betroffenen Personen einzuholen, insbesondere der Ratsmitglieder und der Mitarbeiter der Verwaltung. Eine Einwilligung der Zuhörer oder der Pressevertreter wäre dann notwendig, wenn nicht durch technische Möglichkeiten eine Aufnahme ausgeschlossen werden kann.

Unterm Strich ist sowohl die Live-Übertragung wie auch der nachgelagerte Abruf von Gremiensitzungen unter den o.a. Voraussetzungen aus datenschutzrechtlicher Sicht möglich.

## 2.2 Kommunalrechtliche Regelungen

Unter anderem maßgeblich für Rats- und Ausschusssitzungen ist § 48 GO NRW. Gemäß Abs. 2 sind die Sitzungen des Rates öffentlich, dies gilt gleichermaßen für die Ausschüsse, die der Rat gebildet hat. Nur in besonderen, in der Geschäftsordnung abschließend aufgeführten Fällen kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Abgeleitet wird der Öffentlichkeitsgrundsatz durch Art. 20 Abs. 1 GG. Ausführungen zur Zulässigkeit von (Live-)Video- und Audioübertragungen von Sitzungen hat der Landesgesetzgeber in der Gemeindeordnung nicht gemacht, vielmehr überlässt er es der kommunalen Vertretung dahingehend weitere Einzelheiten in der Geschäftsordnung zu regeln. Derzeit sieht die Geschäftsordnung des Rates diese Möglichkeit nicht vor, so dass eine Änderung wie folgt vorzunehmen ist:

*Neufassung neuer § 5 (2) Öffentlichkeit:*

*Jeder öffentliche Teil der Sitzungen des Rates wird in Bild und Ton aufgenommen und zeitgleich im Internet übertragen sowie anschließend dauerhaft zum nachträglichen Abruf im Internet zur Verfügung gestellt (Rats-TV). Die Übertragung und die Aufzeichnung sind gemäß den datenschutzrechtlichen Bestimmungen nur zulässig mit dem Einverständnis der davon betroffenen Personen. Diese haben das Recht, jederzeit und ohne Angabe von Gründen, ihre freiwillige Einverständniserklärung zu widerrufen. Der Zuschauerbereich sowie Personen, die keine Einverständniserklärung erteilt haben, werden nicht aufgenommen.*

## 2.3 Sonstige Regelungen

Sofern Verwaltungsmitarbeitende aufgezeichnet werden, ist ggf. die Einbindung des Personals notwendig.

## 2.4 Zusammenfassung

Die (Live-)Video- und Audioübertragung von Rats- und Ausschusssitzungen ist unter Beachtung der o.a. Rahmenbedingung rechtlich möglich. Besonders zu beachten ist,

- die schriftliche Einwilligung jeder betroffenen Person,
- dass bei fehlender Einwilligung gewährleistet sein muss, dass weder Bild noch Ton von der betroffenen Person übertragen werden dürfen,
- dass eine Anpassung der Geschäftsordnung des Rates erfolgen muss.

### 3. Technische Umsetzung

Für die Aufzeichnung bzw. Übertragung und Konservierung von Rats- und Ausschusssitzungen sind die derzeit eingesetzten technischen Komponenten nicht geeignet. Insofern sind Überlegungen anzustellen, wie die technische Umsetzung erfolgen kann ausgehend von der Annahme, dass nach Rückkehr zur Normalität die überwiegenden Gremiensitzungen im Ratssaal in Geisweid stattfinden. Der Kreis Siegen-Wittgenstein führt in seiner Vorlage [Drucksache 121/2021](#) aus, das sich für diesen Raum anbietet, zwei stationäre Kameras (auf Stativ) für das Plenum einerseits und die Sitzungsleitung anderes zu installieren. Nach Rücksprache mit den Verantwortlichen der Siegerlandhalle geht deren Einschätzung noch ein Schritt weiter.

Um alle mit der Aufnahme/Streaming einverstanden Mitglieder zu erfassen, wird neben dem Einsatz von festen Kameras, vorgeschlagen, auch eine mobile Kamera einzusetzen. Derzeit ist die Praxis so, dass die Mitglieder von ihrem jeweiligen Sitzplatz und nicht von einem zentralen Rednerpult aus sprechen. Daher dürfte davon auszugehen sein, dass im Hinblick auf die Raumsituation und die Sitzordnung neben zwei stationären Kameras mindestens eine weitere bewegliche Kamera benötigt würde. Dabei ist es nach Auffassung der Verwaltung dienlich, bei dieser dritten Kamera diese ebenfalls stationär anzubringen, die jedoch von einem festen Standort aus gesteuert werden kann (durch drehen und zoomen). Bei allen Varianten kann der Ton zum Bild über die mobile Sprechanlage übernommen werden, sofern entsprechende technische Voraussetzungen gegeben sind. Dies ist bei entsprechendem Beschluss weiter zu klären.

Erforderlich ist ein professioneller Regieplatz mit Bildmischer, an dem der gewünschte Bildausschnitt und der Ton zusammengeführt wird, beim Kamerawechsel das jeweilige Bild aus- und eingeblendet und auch weitere Quellen eingebunden werden, also z.B. Power-Point Präsentationen (Bild-in-Bild-Variante), Namenseinblendung oder die Einblendung des aktuellen Tagesordnungspunktes. Sofern externe Referenten über Web-Portale (Zoom, WebEx etc.) zugeschaltet werden müssen, erhöht sich der Aufwand weiter (zusätzlicher Rechner, erweiterter Bildmischer, Tonsignal etc.), sodass diese Leistung im Bedarfsfall gesondert kalkuliert werden muss. Wichtig ist auch hier zu prüfen, ob die Bandbreite der Internetleitung für die beiden, dann parallel genutzten Dienste ausreicht. In dieser Richtung sollte jedoch weiter gedacht werden, um letztlich auch den Zusehern eine Abwechslung anzubieten.

Aus dieser Bildregie wird dann auch ein eventueller Livestream gesteuert. Dieser wird auf eine dafür geeignete Plattform übertragen und ein entsprechender Link auf die Homepage übernommen werden. Das Video-/Audiosystem müsste für den Fall, dass die Sitzungen in wechselnden Räumlichkeiten durchgeführt werden, eine gewisse Variabilität besitzen. Für ein Live-Streaming ist außerdem ein störungsfreies, kabelgebundenes Internet vor Ort mit mindestens 6 Mbit konstanter Upload-Geschwindigkeit notwendig (idealerweise mit einer Back-up-Lösung).

Nach Auskunft der Südwestfalen-IT ist grundsätzlich geplant, das Rathaus Geisweid im Laufe des Jahres 2021 mit einem leistungsfähigen Glasfaseranschluss zu versehen, sodass davon ausgegangen werden kann, dass zumindest perspektivisch die erforderliche Upload-

Geschwindigkeit verfügbar sein sollte. Dies müsste aber zeitnah mit der ZGW hinsichtlich der Anbindung des Ratssaals thematisiert werden.

Derzeit sind weder die technischen noch die personellen Ressourcen zur Durchführung eines Videostreaming-Angebotes vorhanden. Da eine Hard-und Softwarebeschaffung unter Berücksichtigung der zu erwartenden Anzahl an zu unterstützenden Sitzungen wirtschaftlich eher nicht sinnvoll erscheint, wäre grundsätzlich die Beauftragung eines externen Dienstleisters empfehlenswert.

#### **4. Kosten**

Eine unverbindliche Preisanfrage bei einem Dienstleister hat ergeben, dass die entstehenden Kosten in erster Linie von der Anzahl der eingesetzten Kameras abhängen. Unter Berücksichtigung der oben dargestellten Rahmenbedingungen und den technischen Voraussetzungen wäre bei einem Einsatz von zwei stationären Kameras (einschl. Bildregie) mit Kosten in Höhe von ca. 1.400 € (netto) für eine Sitzung mit einer Dauer von ca. drei bis vier Stunden zu rechnen. Die Kosten erhöhen sich auf bis zu ca. 2.500 € (netto) pro Sitzung, wenn mit drei Kameras gearbeitet werden soll.

Davon ausgehend, dass in erster Linie alle Sitzungen des Rates mithilfe von drei Kameras übertragen werden sollen, beläuft sich der einzukalkulieren Aufwand auf rund 25.000 Euro (netto) jährlich bei Übertragung von ca. 10 Sitzungen.

Bei der Nutzung der Siegerlandhalle würden weitere Aufwendungen entstehen, die nicht bei der o.a. Preisanfrage berücksichtigt worden sind. Ebenso ist nicht auszuschließen, dass aufgrund technischer Notwendigkeiten weitere Aufwendungen entstehen.

#### **5. Sonstige Hinweise**

Abschließend sollen noch folgende Hinweise gegeben werden, die in Teilen bereits in der Vorlage genannt sind:

- Die Debattenkultur soll erhalten bleiben. Insofern der Vorschlag dahingehend, dass wie bisher Wortbeiträge vom Sitzplatz aus erfolgen.
- Angedacht ist, Indexmarken zu setzen, damit bereits während des Livestreams zurückgesprungen werden kann.
- Der Datenschutz wird vollumfänglich gewährleistet für die Zuschauerinnen und Zuschauer, Personen ohne Einwilligung, ...
- Abruf der vollständigen Aufzeichnung nach Möglichkeit zeitnah nach Beendigung des Livestreams unter Berücksichtigung etwaiger Nachbearbeitungen.
- Einbindung in die Internetseite der Stadt.
- Sofern technisch möglich die Verknüpfung mit dem eingesetzten Ratsinformationssystem.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
siehe oben, bisher stehen keine HH-Mittel zur Verfügung	siehe oben	komplett		

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>          			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>          			

gez.

Steffen Mues  
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1  
Bereich: Sitzungsdienst  
Bearbeitet von: Frau Rohde

Siegen, 08.06.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Rat** **23.06.2021**

Kurzbezeichnung:

- 1. Verschiedene Ausschussnachbesetzungen**
- 2. Bestellung von Vertretern der Stadt Siegen in Organen juristischer Personen und Personenvereinigungen gemäß § 113 GO NRW**

### Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt

**a) in den Ausschuss für Soziales, Familien und Seniorenfragen**

Herrn Dr. Bernd Knapp (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,

**b) in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften**

Herrn Klaus Leukel (s. b.) als ordentliches beratendes und Frau Elke Lohmeier (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,

**c) in den Jugendhilfeausschuss**

Herrn Alfonso Garcia-Lopez (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,

**d) in den Kulturausschuss**

Frau Marlene Müller (s. B.) als ordentliches beratendes und Herrn Alfonso Garcia-Lopez (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,

**e) in den Sport- und Bäderausschuss**

Herrn Rolf Steinmann (s. B.) als ordentliches beratendes Mitglied,

**f) in den Bezirksausschuss II Siegen-Weidenau**

Herrn Alfonso Garcia-Lopez (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,

**g) in den projektbegleitenden Arbeitskreis für das Radverkehrskonzept**

Herrn Hans Amely (s. B.) als ordentliches beratendes Mitglied und Herrn Dr. Bernd Knapp (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied,

**h) in den Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung**

Frau Lada Lübke (s. B.) als ordentliches beratendes Mitglied und Herrn Sertac Kocyigit (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied.

**i) in den Verkehrsausschuss**

Herrn Andreas Dörner(s. B.) als ordentliches beratendes Mitglied.

2. Die Stadt Siegen entsendet Herrn Henrik Schumann als ordentliches und Herrn Thomas Daschke als stellvertretendes Mitglied zur Vertretung der Stadt Siegen in der Gesellschafterversammlung der NRW.URBAN GmbH.

**Sachverhalt / Begründung:**

**Ziffern 1a)-g):** Der Seniorenbeirat bittet um o. g. Neubesetzungen.

**Ziffer 1h):** Der Integrationsrat bittet um Tausch der beiden Sitze.

**Ziffer 1i):** Die VWS bittet um o. g. Neubesetzung.

**Ziffer 2:** Gemäß § 10 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages wird von jedem Gesellschafter ein Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsendet. Die Verwaltung schlägt o. g. Verwaltungsmitarbeiter zur Entsendung vor.

gez.

Steffen Mues  
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1  
Bereich: Sitzungsdienst  
Bearbeitet von: Frau Rohde

Siegen, 16.06.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Rat** **23.06.2021**

Kurzbezeichnung:

### **Vertretungsliste der AfD-Fraktion**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt

**1. in den Sport- und Bäderausschuss**

Frau Birgit Naumann (s. B.) auf Position 2 der Vertretungsliste der AfD-Fraktion,

**2. in den Bezirksausschuss IV- Siegen Mitte**

Frau Birgit Naumann (s. B.) auf Position 2 der Vertretungsliste der AfD-Fraktion,

**3. in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften**

Frau Manuela Rohde (s. B.) auf Position 2 der Vertretungsliste der AfD-Fraktion,

**4. in den Bezirksausschuss I Siegen-Geisweid**

Frau Manuela Rohde (s. B.) auf Position 2 der Vertretungsliste der AfD-Fraktion.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Die AfD-Fraktion bittet um o. g. Besetzungen der Vertretungsliste.

gez.

Steffen Mues  
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: GB 2. GB4  
Bereich: Kultur  
Bearbeitet von: Astrid Schneider

Siegen, 09.06.2021

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

23.06.2021

Kurzbezeichnung:

**Grundsatzentscheidung zur Umsetzung des Projekts "Zeit.Raum Region. Das Neue Siegerlandmuseum"**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt die Umsetzung des Projekts „Zeit.Raum Region. Das Neue Siegerlandmuseum“ auf der Basis des vorliegenden inhaltlichen und baulichen Konzepts und der darauf aufbauenden Kostenprognose. Der Umsetzungsbeschluss steht unter dem Vorbehalt der Zuschussgewährung durch Dritte.

### Sachverhalt / Begründung:

Mit dem Projekt „Zeit.Raum Region. Digitale Vermittlung von kultureller Bildung am Beispiel des Siegerlandmuseums“ hat sich die Stadt Siegen 2019 um Aufnahme in das Strukturförderprogramm „Südwestfalen Regionale 2025“ des Landes NRW beworben. Es handelt sich um ein mehrstufiges Verfahren. Der erste Stern zeichnet die „herausragende konzeptionelle Idee“ aus, der zweite Stern „honoriert die Qualität der Planungsphase“. Mit dem dritten Stern bestätigt die Region, dass „das Projekt in Gänze den besonderen Anforderungen des REGIONALE-Prozesses entspricht und zu realisieren ist.“

Mit den Bewerbungen um den ersten und zweiten Stern war die Stadt Siegen erfolgreich. Gewürdigt wurde damit,

- dass die Neukonzeption des Siegerlandmuseums mit ihrer Schwerpunktsetzung auf Digitalisierung und Partizipation Modellcharakter für den gesamten Raum Südwestfalen hat,
- dass mit Burg und Bunker prägende Zeugnisse der Zeitgeschichte zusammengedacht werden und Siegen auf diesem Weg ein überregional wirksames Alleinstellungsmerkmal erlangt,

- dass mit dem Umbau des Bunkers und dessen kultureller Nutzung ein städtebaulicher Missstand im historischen Kern der Stadt behoben wird und schließlich
- dass die Neukonzeption unter Mitwirkung bürgerschaftlicher Gruppierungen, der Universität Siegen und des Kreises Siegen-Wittgenstein entstanden ist und von diesen vertreten wird.

Ausschlaggebend für den zweiten Stern war insbesondere die konsequente Weiterentwicklung im Hinblick auf die bauliche Umsetzung in Form des hochbaulichen Realisierungswettbewerbs, der im Frühjahr 2020 zur Auswahl von drei Siegerentwürfen führte. Unter Beratung des Büros Post + Welters wurde eine Kostenprognose erstellt, nach der sich die Investition auf insgesamt 14,4 Mio Euro beläuft, davon 13,3 Mio Euro Bau- und Planungskosten, 1,1 Mio Euro Museumsausstattung.

Noch vor Einreichung der Bewerbung um den 2. Stern wurde der Rat der Stadt Siegen in seiner Sitzung vom 26.8.2020 über den Sachstand informiert und um Einverständnis zur zweigleisigen Beantragung von Fördermitteln gebeten. Zugestimmt wurde der Bewerbung in das Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ sowie der Beantragung von Städtebaufördermitteln, hier zunächst in Höhe von 3 Mio Euro zur Finanzierung der Planungskosten.

Der Eigenanteil der Stadt Siegen an der Gesamtinvestition wurde seitens der Verwaltung mit 3 Mio Euro angegeben.

Die genannten Anträge wurden im September bzw. Oktober 2020 gestellt.

Parallel wurde das Museumskonzept im Hinblick auf Kernbestandteile der digitalen Vermittlung und Partizipation sowie auf Folgekosten weiterentwickelt. Die Verhandlungen zur Beteiligung Dritter, hier insbesondere des Fördervereins des Siegerlandmuseums und des Oberen Schlosses e. V. sowie des Kreises Siegen-Wittgenstein wurden konkretisiert, wobei im Falle des Fördervereins eine verbindliche Spendenzusage in Höhe von 1,66 Mio vorliegt, im Falle des Kreises Siegen-Wittgenstein steht der Vorschlag einer Kostenbeteiligung in Höhe von 300.000 Euro zur Beschlussfassung an.

Entgegen der Erwartungen war die Bewerbung um Aufnahme in das Programm „Nationale Projekte des Städtebaus“ nicht erfolgreich. Auch der Antrag auf Städtebauförderung des Landes NRW wurde für das Jahr 2021 nicht berücksichtigt. Gespräche mit der Bezirksregierung und dem Ministerium haben jedoch bestätigt, dass das Vorhaben grundsätzlich als förderwürdig erachtet und eine erneute Beantragung der Planungskosten für das Jahr 2022 empfohlen wird.

#### Begründung des Entscheidungsbedarfs

Wie oben ausgeführt, befindet sich das Projekt „Zeit.Raum Region“ an der Schwelle der Bewerbung um den dritten Regionale-Stern. Die Erlangung dieses Qualitätssiegels hat den Zugang zur prioritären Förderung durch das Land NRW zur Folge. Die Kriterien lauten im Einzelnen:

- Darstellung der zeitlichen Realisierung
- schlüssiges Betriebskonzept
- Dokumentation der Einbindung von Projektpartnern



- Zustimmung der lokalen politischen Gremien zur Realisierung und Finanzierung des Projekts

Um eine Realisierung im Horizont der Südwestfalen Regionale 2025 zu erreichen, beabsichtigt die Verwaltung sich zum Stichtag 30.9.2021 um den dritten Stern zu bewerben, so dass der Regionale-Ausschuss im November des Jahres über das Projekt entscheiden kann. Der vom Rat erbetene Grundsatzbeschluss stellt ein entscheidendes Kriterium für den Bewerbungserfolg dar.

#### Zur zeitlichen Realisierung

Nach aktuellem Planungsstand soll das Projekt in folgenden Schritten weiterbetrieben werden:

30.9.2021      Antrag auf Förderung der Planungskosten in Höhe von 3 Mio Euro (mit voraussichtlicher Bewilligung im Frühjahr 2022)

bis Mitte  
2022            Verhandeln mit Preisträgern, Vertragserstellung und Beauftragung

bis Ende  
2022            Entwurfsplanung bis Leistungsphase 3

30.9.2023      Antragstellung auf Basis Kostenberechnung

Frühj. 2024    Bewilligung

Sommer 2024 Weitere Ausführungsplanung

Winter 24/25 Ausschreibung aller Gewerke

Bauzeit        2 Jahre

Fertigstellung Herbst / Winter 2026 / 2027

Als fortlaufender Prozess wird das inhaltliche Konzept des Siegerlandmuseums weiter konkretisiert. Nach der erfolgten räumlichen und thematischen Gliederung der Ausstellungsbestände besteht die Arbeit des Museums aktuell in der Zuordnung von Sammlungsobjekten zu den Ausstellungsbereichen sowie in der Konstituierung einer Steuerungsgruppe für den Partizipationsprozess als Grundlage einer kontinuierlichen bürgerschaftlichen Beteiligung an der Ausstellungsplanung und –vermittlung des Siegerlandmuseums. Darüber hinaus werden vom Siegerlandmuseum Pilotprojekte zur digitalen Vermittlung entwickelt, die außerhalb der Investitionskosten für das neue Haus finanziert und vor dessen Realisierung unter Mitwirkung des Publikums erprobt werden.

#### Schlüssiges Betriebskonzept

Das Siegerlandmuseum wird auch in Zukunft ein Kulturinstitut der Stadt Siegen sein, das der Steuerung des Rates und seiner Gremien unterliegt.

Mit der Erweiterung des Hauses ist ein Bedeutungsgewinn als außerschulischer Lernort und

als kulturtouristische Destination verbunden, der sich dauerhaft auf die Betriebskosten auswirkt.

Das Museum verfügt derzeit über 20 MitarbeiterInnen. Die nachstehende, mit dem Museumsumsamt des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe und der Organisationsabteilung abgestimmte, Synopse verdeutlicht, welcher personelle Mehrbedarf erforderlich ist, um die zukünftigen Aufgaben wahrzunehmen. (Auf die Darstellung der Stellenwertigkeit wird im Zuge der öffentlichen Beratung verzichtet.)

	Ist	Soll	ab wann
Direktion	1	1	
KuratorIn	1/2	1	2024
Museumspädagoge/in	1/2	1	2024
Digitalmanager/in	-	1	2022
Kommunikation	-	1/2	2023
Verwaltungsleitung	1	1	
Sekretariat	1	1	
Museumstechnik	1	1	
Hausmeister/in	1	2	2025
Service / Kasse	1	2	2026
Aufsichtskräfte	10	14	2026
Reinigungskräfte	3	6	2026
<b>Summe</b>	<b>20</b>	<b>29,5</b>	

Zur Erläuterung anzumerken ist folgendes:

Der / die Digitalmanager/in hat eine Schlüsselfunktion bei der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie. Diese besteht im Aufbau des digitalen Museumsarchivs, der Entwicklung der digitalen Vermittlungsinstrumente und deren Verknüpfung mit der Datenbasis sowie der späteren laufenden Aktualisierung und Pflege der implementierten Systeme. Die frühestmögliche Erweiterung des Museumsteams um die diese Kompetenz wird deshalb als zwingend notwendig erachtet.

Die Kommunikation umfasst nicht nur den klassischen Bereich der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, sondern darüber hinaus die Netzwerkarbeit im Sinne der Kontaktpflege zu vorhandenen und potentiellen Nutzer/innen des Museums. Diese Netzwerkarbeit ist Teil der Partizipationsstrategie und setzt weit vor der Realisierung des Erweiterungsbaus an.

Museumspädagogik und Kuratorentätigkeit nehmen mit der Erweiterung des Hauses an Umfang zu. Sie gehören zum Kern des Museumsbetriebs und müssen ihre Planungsarbeit und Angebotsentwicklung deutlich vor Aufnahme des erweiterten Museumsbetriebs beginnen. Der Zuwachs an Haustechnikern und Aufsichtskräften erklärt sich durch den Bedarf im Erweiterungsbau, wobei die Haustechnik in der letzten Phase der baulichen Realisierung besetzt sein sollte. Bei der angegebenen Zahl der Aufsichtskräfte handelt es sich um Vollzeitstellen, die Aushilfskräften besetzt werden soll. Die Anzahl der Stellen entspricht insofern nicht der Anzahl der Stelleninhaber.

Für die Bewirtschaftung geht die ZGW von folgenden Kosten des Erweiterungsbaus aus:

Bunker Burgstraße - Kostenschätzung Bewirtschaftungskosten					02.03.2021
	Oberes Schloss	NGF 1.570 m²		Bunker Burgstraße	NGF 1.377 m²
Strom		16.000,00 €			25.000,00 €
Gas		15.000,00 €			15.000,00 €
Wasser / Abwasser		1.250,00 €			2.000,00 €
Wartung Heizung		500,00 €			750,00 €
Wartung Aufzug					750,00 €
Wartung Brandschutztüren		2.100,00 €			4.000,00 €
Wartung Feuerlöscher		600,00 €			700,00 €
Wartung RLT mit BSK		750,00 €			2.500,00 €
Wartung Hydranten		300,00 €			500,00 €
Wartung EMA		5.500,00 €			5.500,00 €
Wartung BMA		2.500,00 €			2.500,00 €
Summe netto		44.500,00 €			59.200,00 €
Summe brutto		52.955,00 €			<b>70.448,00 €</b>
Versicherungen (Gebäude) brutto		9.200,00 €			<b>10.000,00 €</b>
Versicherungen (Kunst) brutto					

Zu berücksichtigen sind weiterhin ca. 50.000 Euro an Bauunterhaltungskosten. Hierbei handelt es sich um Schätzung, die sich an den derzeitigen Unterhaltungskosten des Oberen Schlosses orientiert.

#### Dokumentation der Einbindung von Projektpartnern

Das Projekt „Zeit.Raum Region“, mit dessen Konzeption 2018 begonnen wurde, ist von Anfang an ein Projekt, das auf die Einbindung von Projektpartnern setzt, die sowohl in inhaltlicher wie auch in technischer Hinsicht wertvolle Kompetenz einbringen.

Zu nennen sind hier die Universität Siegen mit den Fachbereichen für Geschichte, Informatik und Geodäsie, aber auch der Kreis Siegen-Wittgenstein mit der dort tätigen Beauftragten für die Errichtung eines Dokumentationszentrums für Wirtschafts- und Industriegeschichte. Nicht minder bedeutsam ist die Zusammenarbeit mit dem Förderverein des Siegerlandmuseums, der einen wichtigen Anker in Richtung der Bürgerschaft darstellt.

Die genannten Kooperationspartner sind bereit, die Realisierung des „Neuen Siegerlandmuseums“ auf Dauer zu begleiten und zu unterstützen. An anderer Stelle dargestellt wurde bereits, dass Beteiligung ein integraler Bestandteil des Museumskonzepts ist.

Mit der Übergabe eines Spendenschecks in Höhe von 1,66 Mio Euro hat der Förderverein des Siegerlandmuseums sein Engagement auf eindrucksvolle Weise belegt. In nur vier Monaten konnten Spendenzusagen von 40 Einzelspendern erreicht werden, wobei die Spendensumme den erforderlichen Betrag von 1,66 Mio Euro zur Deckung der Investitionskosten mit Stand April sogar übersteigt. Der Förderverein hat der Stadt Siegen versichert, seine Akquise weiter fortzusetzen. Die Motivation der Bürgerschaft, das Siegerlandmuseum zu einem Ort der lebendigen Auseinandersetzung mit Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Stadt Siegen zu machen, sucht ihresgleichen.

Aus Sicht des Kreises Siegen-Wittgenstein bietet das erweiterte Siegerlandmuseum die Chance, den lang gehegten Wunsch nach einem Ort für die Darstellung der Wirtschafts- und Regionalgeschichte umzusetzen. Der konzeptionelle Ansatz, den das „Neue Siegerlandmuseum“ gewählt hat, trägt der Bedeutung von Siegen-Wittgenstein als Wirtschaftsraum mit

Jahrtausende alter Tradition Rechnung und schafft eine modellhafte Architektur und Infrastruktur an zentralem Ort. Das Siegerlandmuseum schafft eine Präsentationsfläche und wird zur Drehscheibe für Exkursionen zu Kultur- und Geschichtsorten der Region. Für diese Qualität ist der Kreis Siegen-Wittgenstein bereit, einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 300.000 Euro zu zahlen.

#### Realisierung und Finanzierung des Konzepts

Wie dem nachstehenden Ausgabenplan zu entnehmen ist, belaufen sich die Investitionskosten für die Erweiterung des Siegerlandmuseums auf rd. 14,4 Mio Euro, davon 13,3 Mio Euro Bauinvestition und 1,1 Mio Euro Museumsausstattung, Partizipationsstrategie und Marketing. Relevant ist diese Unterscheidung wegen der unterschiedlichen, zu erzielenden Fördersätze

Der Finanzierungsplan geht von folgender Deckung aus:

#### **Eigenanteil**

Stadt Siegen	3,00 Mio Euro
Förderverein	1,66 Mio Euro
Kreis Si-Wi	0,30 Mio Euro
<b>Summe</b>	<b>4,96 Mio Euro</b>

#### **Förderbedarf**

Bauinvestition	NRW Städtebau	9,31 Mio Euro	70 %
Ausstattung	NRW MKW, LWL	0,33 Mio Euro	30 %
<b>Summe</b>		<b>9,64 Mio Euro</b>	

Die Finanzierung des Projekts steht und fällt mit der Bezuschussung durch das Land Nordrhein-Westfalen. Mit einem Eigenanteil von rund 40 % an den Gesamtkosten stellen die Stadt Siegen, die Siegerner Bürgerschaft und der Kreis Siegen-Wittgenstein jedoch die Entschlossenheit, das Siegerlandmuseum zu einem kulturellen Leuchtturm für ganz Südwestfalen zu machen überzeugend unter Beweis.

Was jetzt nötig ist, ist eine klare Willensbekundung des Rates der Stadt Siegen, das Vorhaben „Zeit.Raum Region. Das Neue Siegerlandmuseum“ in Kenntnis der vorliegenden Informationen und Berechnungen auf die nächste Stufe der Regionale-Qualifizierung zu heben. Die Grundsatzentscheidung ist eindeutig an die Gewährung der Landesmittel in dem beschriebenen Umfang geknüpft. Eine erste finanzielle Verpflichtung geht die Stadt Siegen für 2022 im Umfang der Eigenmittel von 30 % an den Bau- und Planungskosten ein, die sich auf 3 Mio Euro belaufen. Auch diese Verpflichtung steht unter dem Vorbehalt der Zuschussbewilligung. Die weiteren Eigenmittel verteilen sich auf die Haushaltsjahre 2023 bis 2026. Die Personalkosten für die Jahre 2022 ff. sind im Anteil von 3 Mio Euro an den Investitionskosten nicht enthalten. Die Entscheidung über ihren Einsatz bleibt dem Rat im Zuge der Stellenplanberatungen vorbehalten.

Ausgabenplan siehe nächste Seite

**Ausgabenplan (Projektkosten) ()**

## Ausgabenplan (Projektkosten) 2021

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Betrag €
1	Ausbau Bunkeranlage	1.331.400,00
2	Ausstattung Bunkeranlage	25.000,00
3	Digitale Infrastruktur und Ausstattung Ob. Schloss	25.000,00
4	Technische Realisierung Digitalstrategie	5.000,00
5	Partizipationsstrategie	15.000,00
6	Marketing, Öffentlichkeitsarbeit	6.000,00
<b>Σ</b>		<b>1.407.400,00</b>

## Ausgabenplan (Projektkosten) 2022

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Betrag €
1	Ausbau Bunkeranlage	1.331.400,00
2	Ausstattung Bunkeranlage	39.500,00
3	Digitale Infrastruktur und Ausstattung Ob. Schloss	20.000,00
4	Technische Realisierung Digitalstrategie	15.000,00
5	Partizipationsstrategie	15.000,00
6	Marketing, Öffentlichkeitsarbeit	6.000,00
<b>Σ</b>		<b>1.426.900,00</b>

## Ausgabenplan (Projektkosten) 2023

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Betrag €
1	Ausbau Bunkeranlage	3.162.800,00
2	Ausstattung Bunkeranlage	39.500,00
3	Digitale Infrastruktur und Ausstattung Ob. Schloss	15.000,00
4	Technische Realisierung Digitalstrategie	20.000,00
5	Partizipationsstrategie	20.000,00
6	Marketing, Öffentlichkeitsarbeit	6.000,00
<b>Σ</b>		<b>3.263.300,00</b>

## Ausgabenplan (Projektkosten) 2024

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Betrag €
1	Ausbau Bunkeranlage	5.325.600,00
2	Ausstattung Bunkeranlage	300.000,00
3	Digitale Infrastruktur und Ausstattung Ob. Schloss	30.000,00
4	Technische Realisierung Digitalstrategie	20.000,00
5	Partizipationsstrategie	20.000,00
6	Marketing, Öffentlichkeitsarbeit	6.000,00
<b>Σ</b>		<b>5.701.600,00</b>

FKZ:

12 Online-Kennung:

100495644



## Ausgabenplan (Projektkosten) 2025

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Betrag €
1	Ausbau Bunkeranlage	2.162.800,00
2	Ausstattung Bunkeranlage	350.000,00
3	Digitale Infrastruktur und Ausstattung Ob. Schloss	10.000,00
4	Technische Realisierung Digitalstrategie	20.000,00
5	Partizipationsstrategie	30.000,00
6	Marketing, Öffentlichkeitsarbeit	6.000,00
Σ		2.578.800,00

## Ausgabenplan (Projektkosten) Gesamt

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Betrag €
1	Ausbau Bunkeranlage	13.314.000,00
2	Ausstattung Bunkeranlage	754.000,00
3	Digitale Infrastruktur und Ausstattung Ob. Schloss	100.000,00
4	Technische Realisierung Digitalstrategie	80.000,00
5	Partizipationsstrategie	100.000,00
6	Marketing, Öffentlichkeitsarbeit	30.000,00
Σ		14.378.000,00

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
---	---	---	--

<input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Unbekannt	
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

Der Kämmerer lehnt die Mitzeichnung der Vorlage unter Hinweis auf seine abweichende Stellungnahme vom 26.8.2020 ab. Er begründet dies mit den Folgekosten, die in der sich abzeichnenden Höhe nicht mit den Zielen der Haushaltskonsolidierung vereinbar seien.

i. V.

gez.

Arne Fries  
Stadtrat

Henrik Schumann  
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1

Siegen, 09.06.2021

Bereich: Büro des Bürgermeisters

Bearbeitet von: Julia Pfeifer

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

23.06.2021

Kurzbezeichnung:

### Zuwendungen an Fraktionen

**hier: Anpassung des Sockelbetrages**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, den Sockelbetrag, der die Grundlage für die Berechnung der Zuwendungen an die Fraktionen bietet, zu erhöhen und auf den Aufwand für eine Vollzeitkraft nach Entgeltgruppe 8 (Grundgehalt Endstufe, Ortszuschlag für Verheiratete, Tarifzulage, Weihnachtsgeld sowie Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung) rückwirkend zum 01.11.2020 festzulegen.

### Sachverhalt / Begründung:

Gemäß § 56 Abs. 3 der Gemeindeordnung NRW erhalten die Fraktionen des Rates Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung. Die Gemeindeordnung enthält jedoch keine Bestimmungen über die Höhe der zu gewährenden Zuwendungen. Die Bestimmung der Höhe der Zuwendungen steht im pflichtgemäßen Ermessen der kommunalen Vertretungen und muss eine angemessene Mindestausstattung der sächlichen und personellen Aufwendungen ermöglichen. Dies folgt aus der insoweit durch den Gesetzgeber unangetasteten Finanzhoheit der Kommunen. Aufgrund verschiedener und teilweise auch gravierender Unterschiede bei den Städten und Gemeinden hat das Land NRW durch den Erlass „Zuwendungen kommunaler Körperschaften an Fraktionen der Vertretungen“ grundlegende Festlegungen gemacht und Verwendungszwecke für die Fraktionsmittel bestimmt.

Für die Fraktionen im Rat der Stadt Siegen wurde bereits im Jahr 1999 eine Berechnungsgrundlage festgelegt, die allen Fraktionen eine finanzielle Auskömmlichkeit ermöglicht, dabei jedoch auch der Größe der Fraktionen und dem damit einhergehenden unterschiedlichen Aufwand durch eine abgestuftes Faktorisierungssystem Rechnung trägt.

Festgelegt wurde damals, dass der Sockelbetrag aus dem Aufwand für eine Vollzeitkraft nach Vergütungsgruppe VI b BAT (Grundgehalt Endstufe, Ortszuschlag für Verheiratete, Tarifizulage, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld sowie Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung) resultiert. Dies wurde mit dem Übergang zum TVöD entsprechend zur Entgeltgruppe 6 Stufe 6 umgewandelt. Auch wurden die Tarifierhöhungen, die im öffentlichen Dienst stattgefunden haben, bisher auch immer auf den Sockelbetrag angewendet.

Aus der Politik heraus wurde nun die Bitte an die Verwaltung herangetragen, die Berechnung der Fraktionszuwendungen zu überprüfen. Da sich die Anforderungen an die Mitarbeiter der Fraktionen deutlich, vor allem qualitativ, erhöht haben, entspricht die bisherige Eingruppierung in Entgeltgruppe 6 nicht mehr der Realität der ausgeführten Tätigkeiten.

Eine Abfrage bei anderen Kommunen, auf welcher Grundlage dort die Fraktionszuwendungen berechnet werden, hat ein gemischtes Bild ergeben, auch hinsichtlich der Berechnungssysteme. Bei den Städten, die den TVöD als Grundlage nutzen werden verschiedene Entgeltgruppen zwischen EG 8 und EG 10 Stufe 2 zu Grunde gelegt.

Zur Verdeutlichung der finanziellen Auswirkungen für die Fraktionen und den städtischen Haushalt wurden verschiedene Möglichkeiten berechnet.

	<b>EG 6, Stufe 6</b>	<b>EG 8, Stufe 6</b>	<b>EG 9b Stufe 6</b>	<b>EG 10, Stufe 6</b>
TVöD Entgelt	3.180,12 €	3.530,76 €	4.482,58 €	4.869,48 €
Arbeitgeberanteil	889,96 €	1.002,21 €	1.272,38 €	1.382,20 €
<b>Summe TVöD-Entgelt+ Arbeitgeberanteil</b>	<b>4.070,08 €</b>	<b>4.532,97 €</b>	<b>5.754,96 €</b>	<b>6.251,68 €</b>
1/12 der Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld)	261,06 €	299,78 €	336,55 €	365,64 €
<b>Gesamtsumme (Sockelbetrag)</b>	<b>4.331,14 €</b>	<b>4.832,75 €</b>	<b>6.091,51 €</b>	<b>6.617,32 €</b>
<b>Gesamtsumme Zuwendungen an Fraktionen (pro Jahr)</b>	<b>345.517,44 €</b>	<b>369.738,24 €</b>	<b>457.347,94 €</b>	<b>493.944,31 €</b>
Mehraufwand im Vergleich zum Status Quo		24.220,80 €	111.830,50 €	148.426,87 €

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, den Sockelbetrag auf Grundlage der Berechnung nach Entgeltgruppe 8 Stufe 6 anzupassen. Es ist anzuerkennen, dass sich die Tätigkeiten in den Fraktionsgeschäftsstellen in den vergangenen Jahren hinsichtlich ihrer Komplexität verändert haben und die Aufgaben umfangreicher geworden sind. Hinsichtlich der divergierenden Ausgestaltung der Tätigkeiten in den Fraktionsbüros bietet die Eingruppierung in die Entgeltgruppe 8 allen Fraktionen die Möglichkeit, ihre Mitarbeiter entsprechend der durchzuführenden Tätigkeiten zu vergüten. Gleichzeitig muss eine Festsetzung der Mittel auf dem haushaltsrechtlichen Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit erfolgen. Eine Eingruppierung in die Entgeltstufen 9b oder 10 bei Beibehaltung der Stufe 6 wäre hinsichtlich der aktuellen Haushaltssituation schwerlich vertretbar.

Die Angemessenheit der festgelegten Eingruppierung soll zukünftig alle fünf Jahre zum Ende der Legislaturperiode überprüft und erforderlichenfalls angepasst werden.

Die Finanzierung der Erhöhung erfolgt im Jahr 2021 durch Minderausgaben im Kostenträger 01010100 im Bereich der Aufwendungen für ehrenamtliche/sonstige Tätigkeiten.

**Finanzielle Auswirkungen**    ☒ ja    ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme  in 2021 28.257,60 €	jährliche Folgekosten  24.220,80 €	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer  <input type="checkbox"/> ist erfolgt.  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
--	--	-----------------------------	--	--

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode 010101000 Sachkonto 5492000
--	--	--	----------------------------------	--

#### Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  			

gez.

Steffen Mues  
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5

Siegen, 17.06.2021

Bereich: Kinder-, Jugend- und Familienförderung

Bearbeitet von: Fadia Taha

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

<b>Rat</b>	<b>23.06.2021</b>
<b>Ausschuss für Schule und Bildung</b>	<b>29.06.2021</b>
<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>01.07.2021</b>

Kurzbezeichnung:

**Entlastung der Eltern von Kostenbeiträgen für Kindertageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder sowie für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen im Zuge von COVID-19 für die Monate Februar bis Mai 2021 -**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, aufgrund der vorgenommenen Schließungen von Kindertagesstätten, Schulen und dem Aussetzen anderer Betreuungsmöglichkeiten bzw. des eingeschränkten Pandemiebetriebs in der Kindertagesbetreuung, den Offenen Ganztags-schulen und schulischen Betreuungsformen im Zuge der Schutzmaßnahmen zu COVID-19

- a. für den Monat Februar keine Kostenbeiträge gemäß der gültigen städtischen Satzung für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder und für die Monate März, April und Mai nur den hälftigen Kostenbeitrag zu erheben
- b. für den Monat Februar keine Kostenbeiträge gemäß der gültigen städtischen Satzung für die Inanspruchnahme außerunterrichtlicher Betreuungsangebote an Grundschulen und für die Monate März, April und Mai nur den hälftigen Kostenbeitrag zu erheben.

### Sachverhalt / Begründung:

Aufgrund der anhaltenden Pandemie und der damit verbundenen erneuten vorgenommenen Schließungen von Kindertagesstätten, Kindertagespflege und Schulen und dem Aussetzen anderer Betreuungsmöglichkeiten im Zuge der Schutzmaßnahmen zu COVID-19 hat sich



die Landesregierung mit dem Städtetag NRW darauf geeinigt die Kostenbeiträge ganz zu erlassen. Für die Monate März bis Mai soll nur der hälftige Kostenbeitrag erhoben werden.

Der Beschluss basiert auf einer Verständigung des Landes NRW mit den kommunalen Spitzenverbänden der Städte und Gemeinden. Die konkrete Umsetzung dieser Regelung verfügte das Kommunalministerium durch entsprechende Erlasse.

Bereits während des ersten und zweiten Lockdowns hat der Rat der Universitätsstadt Siegen in vorangegangenen Sitzungen beschlossen, für die Monate April und Mai 2020 keine Kostenbeiträge zu erheben. Auch wurden die Kostenbeiträge für die Monate Juni und Juli 2020 nur zur Hälfte erhoben. Weiterhin wurde per Dringlichkeitsbeschluss vom 11.01.2021 der Kostenbeitrag für Januar erlassen. Der Ausfall der Beiträge wurde zwischen Land und Kommunen hälftig geteilt.

Mit Schreiben vom 15.06.2021 haben sich das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI), das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBG) und die kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen ebenfalls zu den Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege auf zweieinhalb weitere Monate insgesamt pauschal verständigt.

Am 11. Januar startete der eingeschränkte Pandemiebetrieb in der Kindertagesbetreuung. Um die Eltern in der aktuellen Krise weiter zu entlasten, hat sich die Landesregierung mit den Kommunen darauf verständigt, die Elternbeiträge für die Betreuung in Kitas, Kindertagespflege und dem offenen Ganztag für den Monat Januar zu erlassen. Für den Monat Januar sind die Städte, Kreise und Gemeinden bereit, deshalb auf das Erheben von Elternbeiträgen für Kitas und den offenen Ganztag zu verzichten. Der eingeschränkte Pandemiebetrieb gilt weiter. Familien übernehmen seit Monaten die Betreuung Ihrer Kinder, so dass ein weiterer Beitragserlass für die Monate Februar bis Mai gerechtfertigt ist.

Die konkrete Abwicklung obliegt den Kommunen. Den Ausfall der Beiträge teilen sich Land und Kommunen hälftig. Die Entscheidung des Ministeriums steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Haushalt- und Finanzausschusses des Landtags. Dieser soll in seiner nächsten Sitzung über die Bewilligung der finanziellen Mittel aus dem NRW-Rettungsschirm final entscheiden. Das Sondervermögen aus dem Rettungsschirm wird zur Bewältigung der direkten und indirekten Folgen der Corona-Pandemie eingesetzt.

Das Beitragsaufkommen lag im Februar bis Mai 2021 jeweils bei ca. 150.000,00 €.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme  ca. 187.500,00 €	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
--	-----------------------	-----------------------------	--	---

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>          			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>          			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt  
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1 und 5 Siegen, 08.06.2021  
Bereich: Gleichstellungsstelle, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit,  
Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Büro des Bürgermeisters  
Bearbeitet von: Frau Kratzel, Frau Dr. Schutz, Frau Massenhove, Herr Werthenbach

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Rat 23.06.2021

Kurzbezeichnung:

### Gendergerechte Sprache bei der Universitätsstadt Siegen

#### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, im allgemeinen Schriftverkehr die amtlichen Regeln der deutschen Rechtsschreibung anzuwenden. Darüber hinaus sind Grundlage des Schriftverkehrs die Empfehlungen des Leitfadens der Gleichstellungsbeauftragten, der als Anlage beigelegt ist, um die gesellschaftlichen Anforderungen hinsichtlich mehr Diversität zu erfüllen.

#### Sachverhalt / Begründung:

In seiner konstituierenden Sitzung am 4. November 2020 hat sich der Rat anlässlich der Beratung über eine Neufassung der Geschäftsordnung für selbige auch mit der gendergerechten Sprache beschäftigt. Verschiedene Aspekte und Standpunkte der unterschiedlichen Schreibweisen wurden diskutiert. Im Ergebnis wurde eine Entscheidung vertagt, verbunden mit dem Auftrag an die Verwaltung, eine Maßgabe festzulegen. Diesem Anliegen ist die Verwaltung nachgekommen, nicht zuletzt auch im eigenen Interesse, um in ihrem Schriftverkehr eine einheitliche Vorgehensweise zu definieren. In Abstimmung mit der Gleichstellungsstelle, der Beauftragten der Menschen mit Behinderung sowie des Referats für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sind folgende Anmerkungen zum vorgelegten Beschlussvorschlag zu machen.

#### 1. Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS)

Die Gesellschaft für deutsche Sprache unterstützt ausdrücklich die Bemühungen um eine sprachliche Gleichbehandlung aller Geschlechter und gibt entsprechende Empfehlungen

heraus, die sich auch in dem als Anlage beigefügten Leitfaden wiederfinden. Nicht unterstützt werden jedoch solche, die den Regeln von Verständlichkeit, Les- und Vorlesbarkeit sowie Eindeutigkeit und Rechtssicherheit widersprechen oder die zu grammatikalisch oder orthografisch fehlerhaften Formen führen. Hierzu zählt insbesondere die Lösung mit Binnenmajuskel, also die Varianten, bei denen das „i“ in der Wortmitte großgeschrieben wird wie beispielsweise bei *VertreterInnen*, *LehrerInnen*. Ebenso der „Gendergap“, bei dem die weibliche Endung mit einem Unterstrich ( \_ ) von der männlichen Form abgetrennt wird: *Verkäufer\_in*, *Sammler\_innen*. Am häufigsten verbreitet ist das so genannte „Gendersternchen“. Ähnlich wie beim Gendergap wird die weibliche Endung mit einem Sternchen/Asterisk ( \* ) von der männlichen Form abgetrennt: *Verkäufer\*in*, *Sammler\*innen*. Auch diese Formen entsprechen nicht den Intentionen der GfdS.

Informationen zur gendergerechten Sprache der GfdS sind hier zu finden:

[Leitlinien der GfdS zu den Möglichkeiten des Genderings | GfdS](#)

## 2. Rat für deutsche Rechtschreibung

Der Rat für deutsche Rechtschreibung hat in einer aktuellen Stellungnahme, datierend vom 26. März 2021, verkündet:

*„Der Rat für deutsche Rechtschreibung bekräftigt in seiner Sitzung am 26.03.2021 seine Auffassung, dass allen Menschen mit geschlechtergerechter Sprache begegnet werden soll und sie sensibel angesprochen werden sollen. Dies ist allerdings eine gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Aufgabe, die nicht allein mit orthografischen Regeln und Änderungen der Rechtschreibung gelöst werden kann. Das amtliche Regelwerk gilt für Schulen sowie für Verwaltung und Rechtspflege. Der Rat hat vor diesem Hintergrund die Aufnahme von Asterisk („Gender-Stern“), Unterstrich („Gender-Gap“), Doppelpunkt oder anderen verkürzten Formen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen im Wortinnern in das amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung zu diesem Zeitpunkt nicht empfohlen.“*

Da das o.g. Gremium auch die amtlichen Regelwerke festsetzt, wird die Anwendung dessen u.a. für die deutschen Behörden verbindlich.

Informationen zur gendergerechten Sprache des Rates für deutsche Rechtschreibung sind hier zu finden:

[Geschlechtergerechte Schreibung: Empfehlungen vom 26.03.2021 \(rechtschreibrat.com\)](#)

insgesamt spricht sich die Verwaltung der Universitätsstadt Siegen dafür aus, die amtlichen Regeln der deutschen Rechtschreibung zu beachten, gleichwohl aber die Möglichkeiten der deutschen Sprache zu nutzen, um den Anforderungen im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit und Barrierefreiheit genügen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  			

gez.

Steffen Mues  
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.



## **Gendergerechte Sprache - Empfehlungen -**

Die drei wichtigsten Faktoren auf dem Weg zur sprachlichen Gerechtigkeit:

### **Mit Sinn**

Menschen müssen verstehen, warum sie ihren Sprachgebrauch ändern sollen.

### **Mit Verstand**

Klare Regeln, offizielle Unterstützung und eine positive Fehlerkultur erlauben eine konsequente Umsetzung

### **Mit Spaß**

Mit Freude und Lockerheit lässt sich gerade bei schwierigen Veränderungen häufig mehr bewegen.

## **1. GRUNDSÄTZLICH:**

- Verwenden Sie bitte **nicht** die Generalklausel „dass aus Gründen der Lesbarkeit nur die männliche Form verwendet wird und alle anderen Geschlechter mitgemeint sind“.
- Achten Sie bei der Verwendung von Bildern auf eine gezielte Auswahl unter der Fragestellung, wen Sie erreichen möchten und wie alle Geschlechter berücksichtigt werden können.
- Verhindern Sie Rollenklischees und Stereotype wie zum Beispiel Mutter-Kind-Parkplatz, Wickelraum für Mütter. Gleiches gilt für Sprachbilder, wie z. B. Not am Mann oder Milchmädchenrechnung.

## **2. GESCHLECHTSNEURALE PERSONENBEZEICHNUNGEN (alle Menschen)**

Studentinnen	-	Studierende
Mitarbeiterinnen	-	Mitarbeitende
Leiterinnen	-	Leitende
Arbeitnehmerinnen	-	Beschäftigte
Lehrerinnen	-	Lehrende
Teilnehmerinnen	-	Teilnehmende
Schülerinnen	-	Lernende
Akteure und Akteurinnen	-	Handelnde/Agierende
Antragstellerinnen	-	Antragstellende

**Möglich ist auch die Umformulierung mithilfe von „Mensch“, „Person“ oder „Mitglied“:**

Der/die Betroffene	-	die betroffene Person
Der/die Stimmberechtigte	-	das stimmberechtigte Mitglied
Seniorinnen	-	ältere Menschen
Migrantinnen	-	Personen mit Migrationshintergrund
Der/die Erziehungsberechtigte	-	erziehungsberechtigte Personen
Ansprechpartnerin	-	Ansprechperson
Antragstellerin	-	die antragstellende Person

**Auch Pluralformen sind eine schlichte und elegante Weise, alle Geschlechter einzubeziehen, statt nur die männliche Version zu verwenden:**

Der Fraktionsvorsitzende	-	Die Fraktionsvorsitzenden
Der Beauftragte	-	Die Beauftragten
Der Sachverständige	-	Die Sachverständigen
Jeder Jugendliche, der...	-	Alle Jugendlichen, die....
Jeder Ehrenamtliche, der....	-	Alle Ehrenamtlichen, die...

### 3. PAARFORMEN

Es gibt Momente in Sprache und Schrift, wo es Sinn macht, sowohl die männliche als auch die weibliche Form zu nennen. Dies ist zum Beispiel bei der konkreten Ansprache, Begrüßung oder Verabschiedung sinnvoll.

Damit schenken Sie ausdrücklich beiden Geschlechtern Ihre Aufmerksamkeit.

Sehr geehrte Damen und Herren  
Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
Liebe Bürgerinnen und Bürger

### 4. GESCHLECHTSNEUTRALE BEGRIFFE (alle Menschen)

Je nach Text und Zusammenhang bietet sich anstelle der Benennung von Personen auch die Möglichkeit an, auf Funktions- oder Kollektivbezeichnungen zurückzugreifen:

Vertreterinnen der Kommune	-	Vertretung der Kommune
Vertreterinnen aus Wirtschaft und Politik	-	Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik
Vertreterinnen des Ministeriums	-	Angehörige des Ministeriums
Leiterin	-	Leitung/Leitungskraft
Fachmann/Fachfrau	-	Fachkraft
Mitarbeiterinnen	-	Beschäftigte/Dienstkraft/ Personal
Vertragspartnerinnen	-	Vertragsparteien/Vertragschließende
Geschäftsführer/in	-	Geschäftsführung
Mutter/Vater	-	Elternteil
Schirmherr/Schirmfrau	-	Vertretung der Schirmherrschaft
Mannschaft	-	Team/Gruppe

**Auch zusammengesetzte Wörter können durch Umformulieren neutralisiert werden:**

Mitarbeitergespräch	-	Qualifikations-/Beurteilungsgespräch
Teilnehmerliste	-	Teilnahmeliste

## **5. GESCHICKTE UMFORMULIERUNGEN (alle Menschen)**

Im Umgang mit der geschlechtergerechten Sprache sind der Kreativität kaum Grenzen gesetzt. Manchmal wird das Ziel auch durch eine geschickte Umformulierung erreicht:

Bewerber sollten...	-	Wer sich bewirbt, sollte...
Es gab 20 Teilnehmer	-	Teilgenommen haben 20 Personen
Ansprechpartner ist	-	Auskunft gibt/erteilt
Freiwillige Helfer benötigt.	-	Freiwillige Hilfe benötigt.
Jeder macht Fehler.	-	Alle machen Fehler.
Herausgeber	-	Herausgegeben von...
Unterstützung durch Kollegen	-	Kollegiale Unterstützung
Man muss beachten...	-	Es muss darauf geachtet werden...
Aus Sicht des Psychologen...	-	Aus psychologischer Sicht....

## **6. GESCHLECHT VON INSTITUTIONEN (alle Menschen)**

Frauen und Männer im Plural genannt, ist auch eine schlichte und elegante Weise, alle Geschlechter mit einzubeziehen.

Der Fraktionsvorsitzende	-	Die Fraktionsvorsitzenden
Jeder Jugendliche, der	-	Alle Jugendlichen, die
Jeder Ehrenamtliche, der	-	Alle Ehrenamtlichen, die
Beschäftigter	-	Alle Beschäftigten
Auszubildender	-	Die Auszubildenden
Der Vorsitzende	-	Die Vorsitzenden
Der Beauftragte	-	Die Beauftragten
Der Antragsteller	-	Die Antragstellenden
Der Sachverständige	-	Die Sachverständigen
Der Abgeordnete	-	Die Abgeordneten

## **7. BEI BEGRÜSSUNG (alle Menschen)**

Bei einer Begrüßung ist es zunächst sinnvoll, einzelne Personen und beide Geschlechter wahrzunehmen und zu benennen. Um jedoch bei einem gemischten Publikum mehrfache Wiederholungen zu verhindern, bieten sich folgende neutrale Formen an.

Vertreter und Vertreterinnen	-	Delegation/Anwesende/Gäste/Publikum
Schirmherr/Schirmherrin	-	Vertretung der Schirmherrschaft

## 8. ANTRÄGE, FORMULARE UND BEWERBUNGSVERFAHREN (alle Menschen)

Auch in Formularen kann die Dopplung von weiblichen und männlichen Formen vermieden werden, ganz einfach: Sprechen Sie die Adressaten direkt an oder benennen Sie einen persönlichen Bezug.

Name des Antragstellers	-	(Ihr) Name
Unterschrift des Antragstellers	-	(Ihre) Unterschrift
Verfasser	-	verfasst von
Gesetzlicher Vertreter	-	vertreten durch/Vertretung durch
Gesetzlicher Betreuer	-	betreut durch/Betreuung durch
Sozialpädagogischer Berater	-	sozialpädagogisch beraten durch
Die Bauleiterin oder der Bauleiter sollte über ....verfügen.	-	Wer die Bauleitung vertritt, sollte über ...verfügen.
Der Antragsteller hat den Antrag vollständig auszufüllen.	-	Wenn Sie einen Antrag stellen wollen, bitten wir Sie, den Antrag vollständig auszufüllen.

## 9. GESCHLECHT VON INSTITUTIONEN

Institutionen, die einen weiblichen Artikel haben, sollten grammatikalisch korrekt behandelt werden.

Die Kirche als Arbeitgeber	-	Die Kirche als Arbeitgeberin
Die Stadt Siegen ist Herausgeber	-	Die Stadt Siegen ist Herausgeberin
Diese Organisation ist ein langjähriger Partner	-	Diese Organisation ist eine langjährige Partnerin

## 10. FÜRWORTE

Schnell passiert es, dass sich die männliche Form bei Fürworten einschleicht, hier gibt es kleine unkomplizierte Lösungen.

Jeder, Jede	-	Alle, Jemand
Keiner	-	Niemand

## 11. WENN FRAU VON SICH REDET

Oft hört man im Alltag, dass Frauen von sich in der männlichen Form reden. Hier ist der Aufwand wirklich geringfügig. Um zur eigenen Weiblichkeit zu stehen, muss meist einfach nur ein „in“ ergänzt werden.

Ich bin	-	Mitarbeiterin, Kollegin, Lehrerin, Angestellte, Beamtin, Teilnehmerin, Betriebsangehörige, Geschäftspartnerin
Ich bin Jemand, der	-	Ich bin Jemand, die
Ich bin ein Typ, der	-	Vom Typ her gehöre ich zu

## 12. GESPROCHENE WORTE IN GREMIEN (alle Menschen)

In einem vorgetragenen Bericht und in einer Rede gibt es weitere kreative Möglichkeiten die geschlechtergerechte Sprache anzuwenden.

Es besteht auch die Möglichkeit eine kurze Pause einzulegen bei der Erwähnung eines Wortes in einer Kurzform.

„Die Mitarbeiter“ - kurze Pause – „Innen“. Mit diesen Methoden bleiben Texte flüssig und unkompliziert. Es bedarf jedoch noch ein wenig der Übung und des Einhörens.

Bitte beachten Sie folgende Begriffe:

Rednerpult	-	Redepult
Rednerliste	-	Redeliste
Protokollführer ist	-	Das Protokoll schreibt
Vertreter	-	Vertreten durch
Teilnehmerliste	-	Teilnahmeliste

## 13. WEITERE ALTERNATIVEN ZUR BILDUNG NEUTRALER SPRACHFORMEN (alle Menschen)

Je nach Text oder Zusammenhang bieten sich verschiedene Formulierungen an. Es besteht die Möglichkeit, Institutions- und Kollektivbezeichnungen zu wählen anstatt die Benennung von Personen.

Die Teilnehmer des Projektes	-	Das Projektteam
Der Personalvertreter	-	Die Personalvertretung
Rat der Psychologin	-	Psychologischer Rat
Unterstützung eines Kollegen	-	Kollegiale Unterstützung

## 14. STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Die Stadt Siegen verwendet den Zusatz (m/w/d),  
zum Beispiel „Sachbearbeitung allgemeine Verwaltungsangelegenheiten (m/w/d)“.

## 15. SCHNELLE LÖSUNG

[www.geschickt.gendern.de](http://www.geschickt.gendern.de)

### ***Und noch ein kleines Rätsel zum Schluss:***

*Ein Vater fährt mit seinem Sohn im Auto. Sie verunglücken. Der Vater stirbt an der Unfallstelle. Der Sohn wird schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert und muss operiert werden. Ein Chirurg eilt in den OP, tritt an den Operationstisch heran, auf dem der Junge liegt, wird kreidebleich und sagt: „Ich bin nicht im Stande zu operieren. Dies ist mein Sohn.“*

*Wie ist das möglich?*

*Auflösung:*

*DER ARZT, DER DEN JUNGEN OPERIEREN SOLLTE, WAR DESSEN MUTTER!*

*Wären Sie darauf gekommen?*

**Impressum:**

Herausgabe April 2021:

Universitätsstadt Stadt Siegen  
Gleichstellungsstelle  
Markt 2  
57072 Siegen

Martina Kratzel, Gleichstellungsbeauftragte

Layout:  
Henrich GmbH Druckerei und Verlag

Quellennachweis:

§ 4 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG)

Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen vom 15.04.1993

Empfehlungen des Deutschen Städtetages vom 15.10.2013

Empfehlungen Rat für deutsche Rechtsschreibung vom 16.11.2018

Empfehlungen Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten  
Nordrhein-Westfalen (LAG NRW)

Mit freundlicher Unterstützung der Stadt Flensburg



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: 4/5-2 Stadtplanung  
Bearbeitet von: Herrn Stahl

Siegen, 21.06.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Rat** **23.06.2021**

Kurzbezeichnung:

**Bebauungsplan Nr. 458 "Sondergebiet Einzelhandel Eiserfelder Straße" und 107. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Siegen**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 458 "Sondergebiet Einzelhandel Eiserfelder Straße" und die damit verbundene 107. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Siegen gemäß § 2 Abs. 1 BauGB.

### Sachverhalt/Begründung:

Die Geltungsbereiche des Bebauungsplanes und der Flächennutzungsplanänderung sind identisch und liegen im Stadtteil Siegen, Flur 48. Sie haben jeweils eine Größe von ca. 4,28 ha und werden folgendermaßen begrenzt:

- im Norden von der Industriehalle der „Flender GmbH und Co. KG“,
- im Osten von der Eiserfelder Straße,
- im Süden vom „Metro Markt Siegen“ und
- im Westen von der Industriehalle der „Flender GmbH und Co. KG“ (siehe Anlage 1).

Das Plangebiet umfasst folgende Flurstücke in der Gemarkung Siegen, Flur 48: Flurstücke 94, 95, 551, 552, 596, 607, 609, 610, 611, 655.

## Planungsziel

Konkretes Planungsziel des Bebauungsplanes Nr. 458 ist die Umsetzung der Ziele des vom Rat der Stadt Siegen gem. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossenen Einzelhandelsentwicklungskonzeptes (EHEK) und der planungsrechtlichen Vorgaben aus dem Landesentwicklungsplan (LEP NRW).

## Historie und aktuelles Planungsrecht

Das Gebiet Rinsenau ist mit rund 46 ha das größte zusammenhängende Industrie- und Gewerbegebiet im Stadtgebiet Siegen. Hinsichtlich seiner Nutzung liegt der Schwerpunkt im produzierenden Bereich. Der Standort liegt im Spannungsfeld zwischen dem im Einzelhandelskonzept (EHEK) definierten „A-Zentrum“ Siegen-Mitte und dem „C-Zentrum“ Siegen-Eiserfeld. Es bestehen seit Jahren Bestrebungen durch Grundstückseigentümer, gebietsuntypische Nutzungen anzusiedeln, welche das Gebiet einem starken Veränderungsdruck aussetzen würden. Die Ansiedlung solcher Betriebe an diesem, nicht integrierten Standort, würde insbesondere zu negativen Auswirkungen auf die städtebaulichen Entwicklungsziele der Stadt Siegen, wie die Stärkung der vorhandenen städtischen Zentren, führen.

### BPlan Nr. 271 „Gewerbe- und Industriegebiet Rinsenau - Teil A“

Um dieser negativen Entwicklung entgegenzutreten, wurde bereits im Jahr 2000 der Bebauungsplan Nr. 271 „Gewerbe- und Industriegebiet Rinsenau - Teil A“ beschlossen, dessen Ziel u.a. der Schutz des Industriegebietes vor unerwünschter Agglomeration von Einzelhandelsbetriebs an diesem nicht integrierten Standort ist. Trotz der für den gesamten Geltungsbereich festgesetzten Art der baulichen Nutzung als Glg - gegliedertes Industriegebiet - wurde für einen bestehenden großflächigen Einzelhandelsbetrieb (Wertkauf) Bestandsschutz gewährt und dieser nach § 1 Abs. 10 BauNVO im Bebauungsplan abgesichert. Es wurde weiterhin im Bebauungsplan festgesetzt, dass „Änderungen und Erweiterungen der Betriebes gem. § 1 Abs. 10 BauNVO zulässig sind, wenn der Nutzungszweck der Änderung und Erweiterung der vorhandenen Nutzung entspricht und diese eine Geschossfläche von 14.900 m<sup>2</sup> einschließlich des Bestandes sowie einer Verkaufsfläche einschließlich der im Gebäude und im Freien vorhandenen Fläche von 11.400 m<sup>2</sup> nicht überschreitet.“

Der Standort ist im Regionalplan als „Bereich für die Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen“ und im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen als „Industriegebiet (GI)“ gekennzeichnet und dargestellt. Der Standort befindet sich des Weiteren außerhalb des „Zentralen Versorgungsbereiches“ in einem Industriegebiet. Aufgrund seines Sortiments ist der Wertkauf als SB-Warenhaus, d.h. als großflächiger Einzelhandel, einzustufen. Der Wertkauf wird mittlerweile als „REAL-Markt“ betrieben Innerhalb eines Industriegebietes sind großflächige Einzelhandelsbetriebe nicht zulässig. Die Ziele des EHEK und des LEP NRW sind folgende:

### Aussagen des EHEK

Zur Sicherung und Fortentwicklung der Einzelhandelsstandorte sind im EHEK insbesondere die Stärkung der Zentren und der zentralen Versorgungsbereiche als übergeordnetes, gesamtstädtisches Entwicklungsziel formuliert. Das Entwicklungsziel für den Standort des Real-Marktes wird folgendermaßen beschrieben: „Aufgrund der solitären Lage dieser Standorte sowie der eindeutigen Vorprägung durch überwiegend zentrenrelevante [...] bzw. zentren- und nahversorgungsrelevante Sortimente (Standortbereich Real [...]) wird keine funktionale Weiterentwicklung dieser Standortbe-

reiche und insbesondere keine Ausweitung der zentren- oder nahversorgungsrelevanten Verkaufsfläche empfohlen. (EHEK 2013, S. 145).“

#### Ziele des LEP NRW

Gem. Ziel 6.5-2 des LEP NRW „dürfen Kerngebiete und Sondergebiete für Vorhaben im Sinne des § 11 Absatz 3 Baunutzungsverordnung mit zentrenrelevanten Kernsortimenten nur:

- in bestehenden zentralen Versorgungsbereichen sowie
- in neu geplanten zentralen Versorgungsbereichen in städtebaulich integrierten Lagen, die aufgrund ihrer räumlichen Zuordnung sowie verkehrsmäßigen Anbindung für die Versorgung der Bevölkerung zentrale Funktionen des kurz-, mittel- oder langfristigen Bedarfs erfüllen sollen, dargestellt und festgesetzt werden.“

Damit wäre eine Neuaufstellung eines Sondergebietes außerhalb des Zentralen Versorgungsbereiches und folglich für diesen Standort nicht möglich. Jedoch bietet das Ziel 6.5-7 des LEP NRW eine Ausnahme: „Abweichend von den Festlegungen 6.5-1 bis 6.5-6 dürfen vorhandene Standorte von Vorhaben im Sinne des § 11 Absatz 3 Baunutzungsverordnung außerhalb von zentralen Versorgungsbereichen als Sondergebiete gemäß § 11 Absatz 3 Baunutzungsverordnung dargestellt und festgesetzt werden. Dabei sind die Sortimente und deren Verkaufsflächen in der Regel auf die Verkaufsflächen, auf den baurechtlichen Bestandsschutz zu begrenzen.“

#### **Fazit**

Kommunen sollen gem. § 1 Abs. 3 BauGB Bauleitpläne aufstellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung erforderlich ist. An diesem Solitärstandort an der Eiserfelder Straße ist aufgrund der dargelegten Gründe eine Regulierung des möglichen Sortiments, des Verkaufskonzeptes und der Verkaufsflächen auf ihren Bestandsschutz erforderlich. Intension des Bebauungsplanes Nr. 458 ist daher, die Umsetzung der Ziele des geltenden EHEK und der planungsrechtlichen Vorgaben aus dem LEP NRW. Dabei stehen insbesondere die Stärkung der Zentren und der Schutz der zentralen Versorgungsbereiche im Fokus, um negative Entwicklungen auf die Zentren zu vermeiden. Eine Überplanung des Standortes soll als „Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel“ erfolgen. Der Flächennutzungsplan soll im Parallelverfahren geändert werden.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b> Die Regulierung der Verkaufsfläche sowie Sortimentsliste und damit verbundene Bestandsfestsetzung hat keine Klimarelevanz.			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b> Die bestehende Nutzung wird im Bestand gesichert, ohne Effekte auf die bestehende Versiegelung.			

i.V.

gez.

Henrik Schumann  
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Geltungsbereich BPlan 458 SO-Gebiet Einzelhandel Eiserfelder Str](#)

Maßstab 1:2000 im Original

